# Willy Klages

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte

## Historische Schlüsselereignisse von 1989 bis 2017 in drei Bänden Band 10/2

**Das Märchen von Souveränität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ...**

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte
# Schlüsselereignisse von 1989 bis 2017
# Band 10/2

# Das Märchen von Souveränität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ...


| **Inhaltsverzeichnis Band 10/2** | **Seite** |
|---|---|
| Anwerbung von Gastarbeitern, Masseninvasion von ausländischen Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen, Heimatverlust der Deutschen, Teil 2<br>Zusammenfassung der Anwerbung von Gastarbeitern, Masseninvasion von ausländischen Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen, Heimatverlust der Deutschen | 3-101 |
| Vom souveränen Kaiserreich zum abhängigen Vasallenstaat<br>Das Deutsche Reich von 1871-1918<br>Die Weimarer Republik von 1918-1933<br>Das "Dritte Reich" von 1933-1945<br>Ende des Zweiten Weltkrieges<br>Die sowjetische Befreiungsmission in Ostdeutschland (deutsche Gebiete östlich der Oder-Neiße)<br>Die alliierte Befreiungsmission in Mittel- und Westdeutschland von 1945-1947<br>Die Besatzungspolitik der alliierten Siegermächte in West- und Mitteldeutschland von 1948-1989<br>Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1990<br>Der völkerrechtliche Status Ostdeutschlands (deutsche Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße)<br>Der völkerrechtliche Status der Bundesrepublik Deutschland | 102-170 |
| Die Neue Weltordnung des US-Imperiums, Teil 1 | 171-406 |
| | |
| **Inhaltsverzeichnis Band 10/3** | **Seite** |
| Die Neue Weltordnung des US-Imperiums, Teil 2 | 2-162 |
| Politische Unterdrückung, wirtschaftliche Ausbeutung und systematische Umerziehung des deutschen Volkes nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges | 162-205 |
| Der gescheiterte Staat "Failed state": Die Strategie der Destabilisierung Deutschlands durch Massenmigration bzw. Umvolkung und Islamisierung | 206-395 |
| Hinweise für den Leser<br>Quellen- und Literaturnachweis<br>Bildnachweis | 396-403 |

**Anwerbung von Gastarbeitern, Masseninvasion von ausländischen Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen, Heimatverlust der Deutschen, Teil 2**

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 24. September 2015: >>**Flüchtlinge als Waffe**

Die Völkerwanderung des Jahres 2015 kommt nicht aus heiterem Himmel. Der anschwellende Strom, der sich auf unterschiedlichen Routen durch Europa ins Sehnsuchtsland Deutschland Bahn bricht, ist Produkt von politischen Fehlentscheidungen und Interessen. Fasziniert berichten Journalisten über das Phänomen der Vernetzung: Fast jeder Migrant trägt ein internetfähiges Mobiltelefon, heute kein Luxusgut mehr, die Verständigung läuft in Echtzeit über Facebook und Whatsapp. Auf jeden gesperrten Grenzabschnitt und jede Ausweichroute wird blitzartig reagiert.

**Die deutsche "Refugees welcome"-Trunkenheit verbreitet sich wie ein Lauffeuer**

So verbreiten sich die Nachrichten über die "Refugees welcome"-Trunkenheit deutscher Medien ebenso in Windeseile wie Bilder der liebevollen deutschen Kanzlerin, die keine Obergrenze bei der Aufnahmebereitschaft unserer Nation kennen will. Das sind Faktoren, zu denen nicht zuletzt die sagenhaften Sozialleistungen und die Gesundheitsversorgung des deutschen Staates zählen, die Asylanten massenhaft anziehen ("Pull"-Faktoren). "Push"-Faktoren sind indes Gründe, die Wanderungsströme in der Herkunftsregion anschieben. Dazu zählen im Fall von Syrien und Irak der dort tobende Bürgerkrieg und der Terror des IS.

Rätselhaft bleibt jedoch, weshalb sich gerade jetzt die teils seit Jahren existenten Flüchtlingslager in den an Syrien grenzenden Staaten fast schlagartig leeren. Soll beispielsweise ausgerechnet der autoritäre Staat Türkei die Kontrolle über seine Lager und die Seegrenze verloren haben? Oder läuft hier eine scheinbar "spontane Fluchtbewegung" in Wahrheit nach einem Drehplan ab, der den konkreten Interessen beteiligter Staaten - insbesondere Ankaras - entspricht?

**Spielt die Türkei in der Flüchtlingskrise den "Schleusenwärter"?**

Die FAZ kam vor wenigen Tagen zum Ergebnis, der türkische Staatspräsident gebe den Schleusenwärter und lasse nach dem türkischen Eingangstor im Süden nun jenes im Norden öffnen: "Erdogan läßt die Menschen aus Kalkül ziehen, er setzt die Flüchtlinge als Druckmittel gegen Europa ein." Für die Türkei und andere Staaten ist der Migrationsdruck, der nach Europa gelenkt wird, ein probates Mittel der Selbstentlastung und ein scharfes Schwert, eigene Interessen gegen die EU und Deutschland durchzusetzen. Plötzlich wird wieder erstaunlich rege über eine Lösung des Syrien-Konflikts verhandelt.

Plötzlich erlebt der geschmähte syrische Diktator Assad fast schon eine diplomatische Wiederauferstehung als Ordnungsfaktor. Plötzlich ist das bis vor kurzem isolierte Rußland auch für die USA als Teil einer politischen Lösung im Spiel. Es gibt viele interessierte Dritte in diesem Nahostkonflikt, denen die Migranten-Springflut verblüffend gut in ihr Planspiel paßt. Solange die EU und Deutschland unfähig sind, die Souveränität über ihre Außengrenzen zurückzugewinnen, bleiben Flüchtlinge eine brisante Waffe im Kampf geopolitischer Interessen.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 27. September 2015: >>**Islamkritik "Mohammed war ein Massenmörder und ein kranker Tyrann"**

Islamkritiker Hamed Abdel-Samad rechnet mit dem Propheten ab

Hamed Abdel-Samad ist Politologe, Historiker, Autor - und einer der schärfsten Islamkritiker in Deutschland

Der Autor Hamed Abdel-Samad zeichnet nach, welche verhängnisvollen Folgen ein als sakrosankt geltender Prophet bis heute hat. Fanatiker und Moderate können sich auf ihn berufen. Zu Recht.

Der deutschägyptische Autor Hamed Abdel-Samad will Unruhe stiften, sagt er. Er fordert die

Muslime auf, sich kritisch mit ihrer Religion auseinanderzusetzen, ihre als sakrosankt empfundenen Strukturen und Fundamente zu hinterfragen, sie auf die heutigen Lebensverhältnisse umzudeuten und zu adaptieren. Das hat ihm viel Ärger und viele Feinde eingebracht. Sein Buch "Der islamische Faschismus" (Droemer 2014) hatte eine Fatwa, ein religiöses Rechtsgutachten, zur Folge, die seine Ermordung forderte.
Abdel-Samad mußte untertauchen. Aber er schwieg nicht. Der 43-Jährige lebt unter Polizeischutz. Sein neues Buch geht noch einen Schritt weiter. Diesmal ist das Objekt seiner Kritik der Prophet höchstselbst. "Mohammed - Eine Abrechnung" (Droemer, 224 Seiten, 19,99 Euro) erscheint am kommenden Donnerstag. Ein Gespräch über Hybris, Paranoia, religiösen Wahn und den gigantischen Einfluß eines Menschen, der seit 1.400 Jahren tot ist.
**Die Welt:** Sie sagen, Sie würden den islamischen Propheten Mohammed gern endgültig begraben. Was meinen Sie damit?
**Hamed Abdel-Samad:** Mohammed starb zwar vor 1.400 Jahren, aber wirklich begraben wurde er nie. Er gehört nach wie vor zu den mächtigsten Menschen im 21. Jahrhundert. Er herrscht noch immer und ist Vorbild für 1,4 Milliarden Muslime, friedliche wie gewaltbereite. Alle beziehen ihre Legitimation aus seinen Texten und überlieferten Taten. Seine Regeln werden sogar von Nichtmuslimen befolgt: Er darf nicht kritisiert oder gezeichnet werden. Und wir machen mit. Ich sehe das nicht ein. Mohammed und das, was er getan hat, wurde nie kritisch untersucht. Niemand traut sich, ihn als Menschen in seiner Zeit zu betrachten mit all seinen Schwächen, Krankheiten, Zweifeln und Selbstzweifeln. Es wird Zeit, mit ihm abzurechnen und ihn in seiner Zeit zu begraben. Er hat diese Verehrung nicht verdient, und er hat auch diese Macht im 21. Jahrhundert nicht verdient.
**Die Welt:** Sie gehen hart mit dem Propheten ins Gericht, nennen ihn einen "krankhaften Tyrannen", einen "Narzißten", "Paranoiker" und sogar "Massenmörder". Das wird vielen auch moderaten Muslimen nicht gefallen ...
**Abdel-Samad:** Ich gehe von einer multiplen Krankheit aus, die aus seiner persönlichen Geschichte resultiert und die die Muslime absorbiert haben. Narzißmus und Paranoia haben ihren Ursprung sehr oft in Minderwertigkeitsgefühlen, Zurückweisungen, Ablehnung. Mohammed ist als Kind oft zurückgewiesen worden. Den Vater kannte er nicht, die Mutter gab ihn weg und starb, als er sechs Jahre alt war. Er hatte keine Leitbilder, kannte keine Liebe, keine Zärtlichkeit, keine Anerkennung.
So bildete sich eine Persönlichkeit, die unter Kontrollzwang, Verlustängsten und Paranoia litt. Das erklärt auch, daß Mohammed so viele Frauen geheiratet und sie wie Puppen gesammelt hat. Sein Geltungsbedürfnis war auch ursächlich dafür, eine göttliche Offenbarung zu empfangen. Er hat bestimmt nicht gelogen oder abgeschrieben. Er hatte wirklich eine Eingebung, die er aber nur hat empfangen können, weil er in einer so labilen Verfassung war. Er hat aus der Not eine Tugend gemacht.
**Die Welt:** Aber danach war sein Erfolg, das Offenbarte unter die Leute zu bringen, zunächst bescheiden.
**Abdel-Samad:** Genau, er war am Anfang nicht erfolgreich, obwohl die ersten Koranpassagen sanft und friedvoll gewesen sind. Zusammenleben, Toleranz, Rücksichtnahme - niemand war davon beeindruckt. Dann änderte er seine Strategie - und auch die Sprache ändert sich. Mohammed schließt Kriegsbündnisse, im Schatten des Schwertes kam der Erfolg. Erst als Kriegsbeute in Aussicht stand, wurde der Islam auch zu einem ökonomischen Projekt, das immer mehr Anhänger fand. Viele Kriegsfürsten, die Mohammed früher bekämpft hatten, hielten nun zu ihm, weil sie auf das siegreiche Pferd setzen wollten.
**Die Welt:** Das ist Ihr persönliches Bild des Propheten. Sie nutzen und interpretieren aber die gleichen Quellen, die Sie eigentlich kritisieren. Wie paßt das zusammen?
**Abdel-Samad:** Alles ist in den Quellen enthalten, einiges wurde vertuscht, anderes mystifi-

ziert, wieder anderes hinzugefügt. Ich versuche nur, die Spreu vom Weizen zu trennen. Es gibt Geschichten, die man nicht erfinden kann oder deren Erfindung keinen Sinn macht. Daraus leite ich ab, was Mohammed beschäftigt, besorgt, geängstigt haben mag. Es entsteht also ein sehr menschliches Bild des Propheten.

**Die Welt:** Viele werden Sie der Blasphemie zeihen ...

**Abdel-Samad:** Das ist in Ordnung. Die Fundamentalisten und Konservativen rufen das. Aber ich nenne es Vernunft. Historisch-kritische Lesart. Andere trauen sich nicht, sie rechtfertigen lieber und reden schön. Sie sagen: "Ja, Mohammed hat vielleicht 900 Juden an einem Tag getötet. Damals war das ganz normal." Wirklich? Welcher Stamm hat damals 900 Menschen an einem Tag getötet? Keiner, denn es war gängige Praxis, Gefangene gegen Lösegeld freizulassen. Hat Mohammed etwa seine Töchter verheiratet, als sie sechs Jahre alt waren? Kaum. Ich glaube vieles nicht. Ich versuche, aus vielen Puzzleteilen ein Gesamtbild zu erstellen.

**Die Welt:** Im Moment ist es aber doch so, daß jeder sich seinen eigenen Reim auf den Propheten macht, sich herauszieht, was für ihn nützlich ist. Die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) habe nichts mit dem wahren Islam zu tun, hört man immer wieder. Aber stimmt das denn?

**Abdel-Samad:** Diese Behauptung ist nicht nur irreführend, sondern gefährlich. Das würde ja bedeuten, daß wir den Islam so lassen können, wie er ist. Der IS macht nichts, was Mohammed in seiner Zeit nicht auch getan hat. Er zieht aus den historischen Texten für jede seiner Taten eine religiöse Legitimation. Ob Enthauptungen, Versklavung, Vergewaltigung, Ehe mit Minderjährigen, die Vertreibung von Juden und Christen - für alles lassen sich entweder im Koran oder in den Hadithen (Überlieferungen der Taten und Aussagen Mohammeds) Belege finden.

**Die Welt:** Aber wie steht es mit Massenmord an Glaubensbrüdern? Wo findet sich das in den tradierten Texten?

**Abdel-Samad:** Nirgends, aber der IS betrachtet seine muslimischen Opfer nicht als Glaubensbrüder, sondern als Apostaten, die vom wahren Glauben abgefallen sind.

**Die Welt:** Dann läßt sich alles in den Propheten hineininterpretieren und alles rechtfertigen.

**Abdel-Samad:** Ich könnte sagen, daß die Terroristen vom IS Mohammed mißverstanden haben und fehlinterpretieren, wenn aus den authentischen Quellen und Texten herauszulesen wäre, daß Mohammed ein Mönch gewesen ist, der unter einer Palme seine Botschaft verkündet hat, dann friedlich gestorben ist, und die Menschen nach seinem Tode eine Religion begründet haben, die dann mißbraucht wurde. So war es aber nicht. Mohammed war Kriegsherr, er hat das Gleiche getan, was die IS-Terroristen heute tun.

Es ist die Geisteshaltung Mohammeds, der den Menschen mißtraute, die sich bis heute erhalten hat. Die Geisteshaltung eines größenwahnsinnigen Narzißten, der einen inneren Kreis von Gefolgsleuten definiert und alle, die außerhalb dieses Kreises stehen, als Feinde betrachtet, die ausgelöscht gehören. Der IS ist das legitime Kind von Mohammed, in Wort und Tat. Niemand versteht Mohammed so gut wie der IS. Genau wie die Religionspolizei in Saudi-Arabien, die Fanatiker in Indonesien, Boko Haram in Nigeria, al-Schabab in Somalia und die Hamas im Gazastreifen. Sie stammen aus unterschiedlichen kulturellen Kontexten, berufen sich aber alle auf die gleichen multiplen Krankheiten des Propheten und damit auch seiner Religion.

**Die Welt:** Sie wollen die Menschen aus der Reserve locken, das ist Ihnen ja mit Ihren bisherigen Büchern auch schon gelungen. Diesmal aber gehen Sie den Propheten direkt an. Haben Sie nicht die Befürchtung, alle zu verprellen, also auch jene aufgeklärten Muslime, die vielleicht empfänglich für Ihren Denkansatz wären?

**Abdel-Samad:** Ich mache ganz andere Erfahrungen. Die wesentlichen Thesen des Buches habe ich in mehreren Internetvorlesungen auf Video aufgenommen und bei YouTube eingestellt. Allein in den vergangenen drei Monaten haben 1,1 Millionen Menschen in der arabischen Welt das angesehen. Beschimpfungen und Bedrohungen bin ich gewohnt. Aber ich war

überrascht, wie viel Zuspruch ich bekam. Es gibt einen Diskurs, und das ist ein Zeichen dafür, daß die Muslime in der arabischen Welt bereit sind für eine offene Auseinandersetzung über ihre Religion und ihren Propheten. In der Diaspora, die sich den Luxus gönnt, ein romantisiertes Bild vom Islam aufrechtzuerhalten, ist der Diskussionsbedarf nicht groß. Im Westen ist man immer noch der Meinung, eine schützende Hand über die Muslime halten zu müssen.

**Die Welt:** Sie wollen also eine Erweckung, eine Reformation, die mit einem Tabubruch einhergeht?

**Abdel-Samad:** Es gibt das Phänomen der Aufklärung durch Verstörung. Ich möchte, daß die Islam- und Mohammed-Kritik zu einer Normalität wird. Niemals würde man einem Christen solche Fragen stellen, der ein Buch "Jesus - eine Abrechnung" vorlegt. Niemand käme auf die Idee, den Autor zu fragen, ob er nicht fürchte, zwei Milliarden Christen vor den Kopf zu stoßen. Die Tatsache, daß mir diese Fragen gestellt werden, ist die beste Legitimation für das Buch. Ich will erreichen, daß kein Autor oder Zeichner um sein Leben fürchten muß, nur weil er eine Figur kritisiert, die vor 1.400 Jahren gestorben ist.

**Die Welt:** Sind die Christen gegenüber den Muslimen im Vorteil?

**Abdel-Samad:** Ja, weil Jesus dazu einlädt, Gutes zu tun, und man mit Fug und Recht behaupten kann, daß die Kreuzritter die Lehre Jesu mißbraucht haben, weil Jesus niemals einen Feldzug geführt und niemals irgend jemanden enthauptet hat. Drei Kernaussagen des Christentums sind: 1. "Der Sabbat ist für den Menschen da, nicht der Mensch für den Sabbat." 2. "Wer von Euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein." 3. "Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist!" Daraus kann man ohne Probleme eine humanistische Lehre entwikkeln. Die religiösen Regeln wurden von Menschen geschrieben, sie haben nicht diese Immunität wie im Islam.

**Die Welt:** Kann der Reformprozeß damit beginnen, daß die Muslime über sich selbst lachen können müssen?

**Abdel-Samad:** Ja, aber das geht nur, indem man die Menschen herausfordert. Im Moment bestimmen die Fundamentalisten die Regeln. Sie sagen, man darf über Mohammed so nicht schreiben. Und wir nehmen das an. Ich bin ein freier Mensch, und ich habe dafür teuer bezahlt. Ich nehme die Freiheit ernst. Und ich bin darin kompromißlos.

Viele hassen mich dafür. Aber es gibt auch viele, denen ich eine Stimme gebe. Ich suche nicht nach Verbündeten, ich war immer allein. Und ich rege mich auch nicht auf über die Fundamentalisten, die mich töten wollen. Ich rege mich über die vermeintlich liberalen Muslime und Deutschen auf, die mir sagen, du gehst zu weit. Ich lebe unter Polizeischutz und fürchte um mein Leben - aber *ich* gehe zu weit? Haben wir uns so weit umdrehen lassen von der Logik der Fundamentalisten?

**Die Welt:** Oder ist es Angst vor der Gewalt der Islamisten, vorauseilender Gehorsam angesichts auch einer neuen Masseneinwanderung nach Deutschland?

**Abdel-Samad:** Vielleicht, aber es ist falsch. Deutschland läuft Gefahr, den Fehler zu wiederholen, den es mit den Gastarbeitern und deren Kindern gemacht hat. Damals scheute man sich, aus kultureller Sensibilität einzugreifen, wollte die Einwanderer nicht bevormunden. Aber heute muß man doch die Frage stellen: Wovor fliehen die Menschen? Sie fliehen doch genau vor dieser islamischen Geisteshaltung, vor dem Haß auf Andersdenkende und "Ungläubige", vor einer Ideologie, die sich über Jahrhunderte verfestigt hat.

Und dann kommen sie hierher, und wir sind nicht in der Lage, ihnen zu sagen, daß sie das, wovor sie geflohen sind, hier nicht wiederbeleben können? Es hat doch einen Grund, daß die Menschen nach Deutschland, ins Land der "Ungläubigen" flohen und nicht nach Mekka ins Herz des Islam. Der Grund ist, daß Deutschland eine freie und offene Gesellschaft hat, in der die Menschen frei forschen und denken können. Deswegen lebt Deutschland heute in Sicherheit und Wohlstand.

**Die Welt:** Was macht die Politik falsch?
**Abdel-Samad:** Sie hofft auf Schützenhilfe der Islamverbände, die mit staatlichen Geldern islamische Kindergärten, Schulen und Moscheen bauen und die Flüchtlingskinder indoktrinieren wollen. Irgendwann werden die heranwachsenden Muslime dann das Gefühl haben, daß sie ihren Glauben in dieser Gesellschaft nicht ausleben können, im Land der Sünde, wo die Menschen Alkohol trinken. Dann sind sie verloren an die Ideologen des IS.
**Die Welt:** Sie fordern von den Immigranten eine bedingungslose Annahme unseres Lebensentwurfes?
**Abdel-Samad:** Ja. Die Flüchtlinge brauchen Unterstützung, aber auch von Anfang an klare Regeln. Die deutsche Gesellschaft ist eine "Mitmachgesellschaft". Lieber Flüchtling, lieber Immigrant: Mach mit, oder du wird es schwer haben. Schau, daß deine Kinder Deutsch lernen. Und wenn du nicht schwimmen lernen willst, laß wenigstens deine Tochter zum Schwimm- und Sportunterricht gehen, weil dieses Land sich verpflichtet hat, deinem Kind zu seiner persönlichen Entfaltung zu verhelfen.
Wenn du der Meinung bist, daß du das alles nicht willst, dann geht dein nächster Zug zurück nach Ungarn. So einfach ist das. Wenn sie das nicht jetzt begreifen, dann vielleicht nie. Die Botschaft muß sein: Dieses Land ist gut, weil es frei ist, seine Bürger sich entfalten können und Glauben Privatsache ist. Das macht dieses Land lebens- und liebenswert. Und davon profitierst du jetzt! Also hör auf zu meckern und paß dich an!
**Die Welt:** Wie sieht Ihre Lösung für den Islam aus?
**Abdel-Samad:** Es bedarf der Ehrlichkeit. Das setzt voraus, Mohammed seines Heiligenscheins zu berauben. Die göttliche Botschaft - das ist seine Immunität, das ist der Trick. Ich glaube nicht, daß der Islam sich reformieren kann. Die Muslime können aber ihr Denken, ihre Geisteshaltung reformieren und ihr Verhältnis zur Religion modernisieren, indem sie sich zu der Überzeugung durchringen, daß der Glaube Privatsache ist.
Es ist erforderlich, mit der Entmystifizierung Mohammeds und der von ihm gestifteten Religion zu beginnen. Von Teilen des authentischen Islams muß man sich verabschieden, von den Zwängen, von den Gewaltlegitimationen. Die Araber immer als Opfer des Westens zu bezeichnen ist kontraproduktiv. Damit wird die Opferhaltung zementiert. Das ist fast rassistisch. Jemand muß das Eis brechen. Ich will so ein Eisbrecher sein.<<
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 28. September 2015: >>**Islam: Der gefährliche Prophet**
Mohamed ist ein Vorbild für Millionen Muslime - und auch für Terroristen. Der Islamexperte Hamed Abdel-Samad kritisiert ihn als Paranoiker und Tyrannen. Ein Vorabdruck
Von Hamed Abdel-Samad
Viele Muslime sind noch heute Gefangene der mysteriösen Figur Mohamed, die im 7. Jahrhundert gelebt hat. Aber auch der historische Mohamed ist ein Gefangener - der übertriebenen Verehrung und des Anspruchs der Muslime an seine Unantastbarkeit. Die Omnipräsenz des Propheten in Bildung und Politik, die Überbetonung der religiösen Komponente in vielen islamischen Gesellschaften verhindert die Entstehung alternativer Identitätsquellen. Alles geht auf ihn zurück, er schwebt über allem und bestimmt den Alltag von muslimischen Bürgern, Politikern und Theologen. Gleichzeitig verhindern die emotionale Bindung der Muslime an Mohamed und die unreflektierte Überhöhung des Propheten eine historisch-kritische Auseinandersetzung mit dem Begründer des Islams.
Als ich noch ein strenggläubiger Muslim war, dachte ich, ich wüßte alles über Mohamed, nur weil ich seine Biographie, den Koran und seine zahlreichen Hadithe - seine außerkoranischen Aussagen - gelesen hatte. Als Forscher allerdings mußte ich eine kritische Distanz gewinnen. Je mehr ich mich mit Mohamed beschäftigte, um so mehr kam ich mir vor, als hielte ich einen Satz Tarotkarten in der Hand. Manche dieser Karten gaben Trost und Hoffnung, andere waren

furchterregend. Hier der ethisch argumentierende Prediger aus Mekka, dort der intolerante Kriegsfürst in Medina. Hier der Mensch, der für Mitgefühl und Vergebung plädiert, dort der Massenmörder und psychisch kranke Tyrann.
Ich wollte deshalb keine neue Biographie Mohameds schreiben, sondern eine ganz persönliche Annäherung an sein Leben, eine "Abrechnung". Ihr liegen nicht nur heutige Maßstäbe zugrunde, sondern auch die moralischen und gesellschaftlichen Kriterien jener Zeit. Denn auch aus Sicht seiner Zeitgenossen hat Mohamed viel Verwerfliches getan. Darüber hinaus versuche ich, die politischen und psychologischen Motive seines Handelns zu verstehen.

**Die Sucht nach Macht und Anerkennung**

Mohamed war ein Waisenkind, das nicht bei seiner Familie, sondern bei fremden Beduinen aufwuchs. Als er nach Mekka zurückkam, hütete er wie ein Sklave Schafe für seinen Stamm, bei dem er offenbar wenig angesehen war. Ihm fehlten nicht nur die Liebe und Fürsorge der Eltern, sondern auch Leitfiguren. Die Rolle des Einzelkämpfers war ihm in die Wiege gelegt. Später heiratete er eine reiche Witwe und wurde in ihrem Unternehmen ein erfolgreicher Karawanenführer. Er war gut situiert und glücklich.
Doch im Alter von 40 Jahren geriet er plötzlich in eine Sinnkrise. Er wanderte allein in der Wüste umher, meditierte in einer Höhle, hatte Visionen und behauptete, Steine würden zu ihm sprechen. Er litt unter Angstzuständen und trug sich mit Suizidgedanken. Und er glaubte an eine Offenbarung, die ihm vom Himmel gesandt wurde.
Ein zweiter Wendepunkt im Leben Mohameds war seine Auswanderung von Mekka nach Medina. Hier wurde nicht nur der erste muslimische Staat gegründet, hier kam auch der gewalttätige Prophet zum Vorschein, der für seine Ziele über Leichen ging.
Der Unterschied zwischen Mohamed in Mekka und Mohamed in Medina ähnelt dem zwischen dem jungen marxistischen Theoretiker Lenin und dem sowjetischen Staatsoberhaupt Lenin. Nach der Machtergreifung gerieten vormals hochgehaltene Prinzipien immer mehr in den Hintergrund, die Logik der Macht und die Angst vor dem Verrat bestimmten fast alles. Kriege verlangten nach neuen Kriegen, und Mohamed begann eine beispiellose Eroberungswelle, die die Welt bis heute prägt.
Seine ambivalente Persönlichkeit wird auch verständlich durch seine Beziehung zu Frauen. Er behandelte sie nicht wie ein Tyrann, sondern eher wie ein Kind, das unter Verlustängsten litt - und diese prägen die Situation muslimischer Frauen bis heute. Die Verschleierung, die Mehrehe, die Unterdrückung sind nicht zuletzt Mohameds Ängsten geschuldet. Gleichwohl sprach er durchaus positiv über Frauen, manche Muslime finden sogar, er habe die Frauen befreit.
Mohamed war süchtig nach Macht und Anerkennung. Diese suchte er bei Frauen - und im Krieg. Allein in den letzten acht Jahren seines Lebens führte er über 80 Kriege. Erst im Schatten des Schwertes erfuhr er die Anerkennung, die er immer gesucht hatte. Doch je mächtiger er wurde, desto stärker war er getrieben von seiner Macht. Je mehr Feinde er ausschaltete, desto mehr wuchs seine Paranoia.
Seine Anhänger in Medina kontrollierte er auf Schritt und Tritt. Er versuchte alles zu beherrschen und zu regeln, selbst ihren Schlafrhythmus. Fünfmal am Tag versammelte er sie zum Beten, um sich ihrer Treue zu versichern. Er warnte sie vor den Qualen der Hölle. Sünder wurden ausgepeitscht, Lästerer und Apostaten getötet. Was Sünde war, bestimmte er.

**Ein gekränkter Außenseiter als Kriegsfürst**

Die letzten Suren des Koran legten mit ihrer Kriegsverherrlichung und Verdammung der Ungläubigen die Saat der Intoleranz. Da der Koran als das ewige Wort Gottes gilt, das für alle Zeiten Gültigkeit hat, sehen heutige Islamisten die alten Kriegspassagen als Legitimation für ihren weltweiten Dschihad. Mohamed versprach seinen Kämpfern nicht nur das ewige Paradies, sondern bereits im Diesseits satte Gewinne und schöne Frauen als Sklavinnen. Das war die Geburtsstunde der "islamischen Ökonomie". Kriegsbeute, Sklavenhandel und die Einfüh-

rung einer Kopfsteuer für Ungläubige blieben noch Jahrhunderte nach Mohameds Tod die Haupteinnahmequellen der islamischen Herrscher.
Ob Omaijaden, Abbasiden, Fatimiden, Mamelucken oder Osmanen - alle muslimischen Eroberer beriefen sich auf Mohamed. Heute rechtfertigt die Terrorbande des "Islamischen Staates" (IS) ihre Feldzüge mit dem Werdegang des Propheten, der Kriegsgefangene enthaupten ließ und Ungläubige aus ihren Wohnstätten vertrieb.
Doch auch im Gewand des Kriegsfürsten blieb Mohamed in gewisser Weise ein Kind. Er war ein empfindsamer, gekränkter Außenseiter, ein permanent Enttäuschter von der Welt. Ob als Schafhirte, Händler, Prediger oder Feldherr, Mohamed war ständig auf der Suche nach einer neuen Zuflucht. Mal hieß diese Zuflucht Khadidscha (seine erste Ehefrau), mal waren es die Buchstaben des Koran, mal die gläubigen Männer, mal die liebenden Frauen. Und am Ende wurde das Schlachtfeld seine endgültige Heimat.
Mohamed starb vor 1.400 Jahren, doch endgültig begraben wurde er nie. Er hinterließ ein Regelwerk, das bis heute jede Angelegenheit des muslimischen Alltags bestimmt. Seine sozialen Ansätze aus Mekka spenden Trost und Heil. Seine Kriege aus medinischer Zeit rechtfertigen Gewalt. Er hat Züge seiner Persönlichkeit, die man krankhaft nennen könnte, an die Muslime weitergegeben: Allmachtsphantasien und Größenwahn, Paranoia und Verfolgungswahn, Kritikunfähigkeit und Zwangsstörungen. Die beste Würdigung, die Mohamed heute erhalten könnte, wäre, ihn als den Menschen zu sehen, der er war, und den Glauben an seine Allmacht zu überwinden. Mit anderen Worten: ein gefährliches Idol zu beerdigen.
Was macht ein Kind, das wenig Aufmerksamkeit findet? Was macht ein Mensch, der von seiner Gemeinde nicht anerkannt wird? Er sucht die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, die bedeutender ist als seine ursprüngliche. Ein heutiges Migrantenkind aus Dinslaken, das sowohl zu seinen türkischen Wurzeln als auch zu seiner deutschen Umgebung kaum Bezug hat und sich ständig ausgegrenzt fühlt, sucht sich möglicherweise eine imaginäre Gemeinde namens Umma, also die Gemeinschaft aller Gläubigen.
Der Junge findet im Internet und an den Rändern der muslimischen Communities radikale Gruppen, die nur einen Bruchteil der großen islamischen Identität abbilden. Er identifiziert sich mit dem Leid und der Unterdrückung der Muslime in unbekannten Weltengegenden. Er verläßt die alte Welt, die ihn gekränkt hat, und fährt nach Syrien, um Teil der großen Umma-Utopie zu werden. Er schneidet Ungläubigen die Kehle durch und träumt davon, eines Tages Deutschland zu erobern, um sich zu rächen.

**Methoden wie bei der Mafia**

Eine Entwicklungsgeschichte, wie sie sich auch vor 1.400 Jahren zugetragen haben könnte: Mohamed war ein Fremder im eigenen Land. Seine Sippe hatte ihn verkannt und gekränkt. Er begab sich auf eine metaphysische Flucht, auf die Suche nach einer größeren Identität. Die Rückkopplung an Abraham war der Anfang. Mohamed sah Abraham nicht nur als Vorbild, was den Monotheismus anging, sondern auch als seinen leiblichen Stammvater. Er nennt Abraham im Koran Umma, ein Volk.
Den Weg zu Abraham suchte er über Ismael, Abrahams Sohn, der von der Bibel beinahe übergangen wurde. Mohamed sah sich als Auserwählten und Ismael als Wegbereiter dieses Auserwähltseins. Mohamed wurde jähzornig, wenn jemand seine Zugehörigkeit zu Ismael in Frage stellte, denn dies hätte die Verbindung zu Abraham unterbrochen und somit den Gründungsmythos des Islams zerstört.
Heutige Islamreformer behaupten, der Islam sei als eine moralische und soziale Revolution gegen die Ungerechtigkeit in Arabien entstanden und habe sich erst später durch die Omaijaden zu einer kriegerischen Religion entwickelt. Ähnlich argumentieren Mafia-Sympathisanten, die behaupten, die Mafia sei als Widerstandsbewegung gegen die französische Fremdherrschaft entstanden. Das Wort Mafia sei eine Akronym aus *"Morte Alla Francia Italia Ane-*

*la"* - "Den Tod Frankreichs ersehnt sich Italien".
Doch die Mafia war nie eine rechtschaffene Organisation. Und auch der Islam entstand als eingeschworene Bruderschaft, die ein tiefes Mißtrauen gegenüber Menschen einte, die nicht zur Familie, nicht zum Clan gehören. Der Koran beschreibt die erste Gemeinde der Muslime so: "Mohamed ist der Gesandte Allahs. Und die, die mit ihm sind, sind hart gegen die Ungläubigen, doch barmherzig zueinander." Untereinander ist man freundlich, aber gegenüber Feinden gnadenlos. Ein Soldat Mohameds konnte im Gebet vor Ehrfurcht weinen und wenige Minuten später einen Ungläubigen enthaupten. Gleichermaßen kann ein Mafioso andächtig in der Kirche einer Predigt über Nächstenliebe lauschen und wenig später einen Menschen auf offener Straße erschießen.
Noch eine Parallele: Dem Boss der Bosse darf weder widersprochen noch darf er kritisiert werden. Ein Handkuß symbolisiert die Treue der Mitglieder und ihre blinde Hingabe. Mohamed nahm keine Entschuldigungen von seinen Anhängern an, wenn es um die Teilnahme am Gebet oder an einem seiner Kriege ging. Er sagte: "Keiner wird ein wahrer Gläubiger sein, bis er mich mehr liebt als seine eigenen Eltern, Kinder und alle Menschen."

**Der Islam entstand als eingeschworene Bruderschaft, die ein tiefes Mißtrauen gegenüber Menschen einte, die nicht zum Clan gehören**

Doch auch Despoten sind nur Männer. Oft haben sie ein Privatleben, das nicht zu ihrem Image als Alleinherrscher paßt. Einer, der ständig über Leben und Tod entscheidet, will gelegentlich schwach sein. Auch der Prophet war überfordert von der eigenen Macht. Je mächtiger er wurde, desto einsamer. Je älter er wurde, desto pubertärer sein Verhalten gegenüber Frauen - mal liebenswürdig, mal rücksichtslos, oft unsicher und eifersüchtig. Er schrieb ihnen den Vollschleier vor, schränkte ihre Bewegungsfreiheit ein und erlaubte ihnen nur dann, mit Männern zu reden, wenn eine Wand die Sprechenden trennte.

**Mohameds Problem mit Frauen**

Gegen Ende seines Lebens ging er mit Frauen um wie mit Gegenständen, die man nach Belieben sammeln konnte. Auf die erste Ehefrau Khadidscha folgten elf weitere, neun davon lebten mit ihm gleichzeitig in einem Haus. Dazu kamen weitere 14 Frauen, mit denen er zwar einen Ehevertrag schloß, die Ehe aber nicht körperlich vollzog.
Darüber hinaus gab es zwei Dutzend Frauen, mit denen er verlobt war. Nicht zu vergessen seine Sklavinnen, die er im Krieg erbeutet oder als Geschenk bekommen hatte. Mohamed war sogar über seinen Tod hinaus besitzergreifend und verbot seinen Frauen, sich nach seinem Ableben mit anderen Männern zu vermählen. Besonders für seine junge Frau Aischa muß es hart gewesen sein, denn sie war laut islamischen Quellen erst 18 Jahre alt, als sie Witwe wurde.
Als er sie geheiratet hatte, war Aischa gerade einmal sechs Jahre alt. Jahrhundertelang sollte das Heiraten von minderjährigen Mädchen im Islam durch Mohameds Ehe mit Aischa legitimiert werden. Heute ist es vielen moderaten Muslimen eher peinlich, daß ihr Prophet eine Sechsjährige geheiratet hatte; deshalb suchen sie verzweifelt nach Ausreden. Manche erinnern daran, daß er sie zwar ehelichte, als sie sechs Jahre alt war, aber den Liebesakt mit ihr erst drei Jahre später vollzogen hat.
Bei den Apologeten heißt es, damals seien selbst manche Neunjährige frühreif gewesen. Dem läßt sich entgegenhalten: Erstens bestätigte Aischa selbst, daß Mohamed sich ihr von Anfang an sexuell genähert und fast alles mit ihr getan habe, außer sie zu penetrieren. Zweitens: Ein neunjähriges Mädchen ist ein neunjähriges Mädchen und damals wie heute ein Kind. Es war zu Zeiten Mohameds keineswegs üblich, daß ein Mann ein Kind heiratete.
Andere Apologeten zweifeln die Richtigkeit von Aischas Alter an. Dumm nur: Ihr Alter bei der Eheschließung gab Aischa selbst an. Nun wollen einige Islamreformer des 21. Jahrhunderts davon nichts mehr wissen. Sie wollen ihr vom Humanismus geprägtes Weltbild auf den

Propheten übertragen. Fakt ist: Mohameds Verhalten läßt sich nicht erst nach den Maßstäben des 21. Jahrhunderts kritisch bewerten; es widersprach schon zu seiner Zeit den herrschenden Gepflogenheiten.

Trotz der großen Zuneigung zu Aischa heiratete Mohamed im Schnitt fast alle sechs Monate eine weitere Frau. Das Thema Untreue wurde später ein großes Thema für ihn. Nicht nur die Regel der Vollverschleierung wurde konsequent durchgesetzt, auch neue Gesetze zur Bekämpfung von Ehebruch wurden eingeführt:

Wer Unzucht trieb, wurde mit hundert Peitschenhieben bestraft. Wer Ehebruch beging, wurde zu Tode gesteinigt. Bis heute werden Frauen im Irak, in Syrien und Nigeria als Kriegsbeute mißbraucht, leiden fast überall in der islamischen Welt unter physischer Gewalt. Säureattacken auf unverschleierte Frauen, Genitalverstümmelung, Steinigungen und Ehrenmorde sind die brutalsten Formen von Frauenfeindlichkeit in muslimisch geprägten Gesellschaften. Man kann nicht nur Mohamed und den Koran dafür verantwortlich machen, aber diese haben einen großen Beitrag dazu geleistet.

Nach dem Koran hat die Frau vor allem eine Funktion in der muslimischen Gemeinde zu erfüllen: den Mann zu "erleichtern". Bevor die IS-Kämpfer Jesidinnen und Christinnen als Sexsklavinnen erbeuten konnten, wurden junge Männer in Syrien damit angeworben, daß dort der Sex-Dschihad erlaubt sei. Umgekehrt bieten sich Musliminnen aus allen Ecken der Welt, vor allem aber aus Nordafrika, den Dschihadisten an. Sunnitische Gelehrte, die den sexuellen Dschihad unterstützen, berufen sich auf den Propheten, der seinen Soldaten während langer Kriege erlaubte, "Genuß-Ehen" mit Frauen zu schließen. Hier spielt die Frage nach der Moral keine Rolle, denn es geht um ein noch höheres Prinzip: den Dschihad.

Und danach, wie sieht das Paradies aus? Es besteht aus einem himmlischen Bordell, wo jedem Märtyrer 72 Jungfrauen zustehen, dazu noch deren je 70 Dienerinnen. Der mittelalterliche Theologe al-Suyuti schrieb: "Jedes Mal, wenn wir mit einer Huri schlafen, verwandelt sie sich danach wieder in eine Jungfrau. Der Penis eines Muslims wird nie erschlaffen. Die Erektion hält ewig, und der Genuß bei der Vereinigung ist unendlich süß und nicht von dieser Welt. Jeder Auserwählte wird 70 Huris haben neben seinen Frauen, die er auf der Erde hatte. Alle werden eine köstlich verlockende Vagina besitzen."

**Warum muß Mohamed noch im 21. Jahrhundert bestimmen, wer wen lieben oder heiraten darf und was man tun, essen oder anziehen sollte?**

Kaum ein anderes Wort hat mehr Synonyme im Arabischen als das Wort Geschlechtsverkehr. Und die meisten dieser Synonyme beschreiben keinen Liebesakt, sondern einen Akt der Gewalt. Im ersten Wörterbuch der arabischen Geschichte, dem *Lisan al-Arab* aus dem Jahr 1290, finden sich unter dem Stichwort *nikah* unter anderem folgende Begriffe: besteigen, ringen, angreifen, treffen, verletzen, erschöpfen, schießen, zusammen sein, klopfen, treten, fallen, zusammenprallen, dringen in, überfallen, stechen, heulen.

Mohamed selbst war für die damalige Zeit nicht unbedingt frauenfeindlich. Er hat sich mehrfach positiv über Frauen geäußert und mahnte seine Gefährten, ihre Frauen liebevoll zu behandeln. Auch gibt es keine Berichte darüber, daß er jemals eine seiner Frauen geschlagen hat. Gleichwohl verewigte er im Koran das Recht eines Mannes, seine Frau zu schlagen, wenn diese widerspenstig sei. Leider fällt es selbst manchen moderaten Muslimen schwer, heute zu sagen: "Das Schlagen von Frauen ist falsch, ohne Wenn und Aber! Egal, was darüber im Koran steht." Statt dessen wird der Prophet zitiert, der mahnte, daß die Schläge keine Spuren hinterlassen sollten und daß das Gesicht der Frau verschont bleiben muß.

**Paranoia und Kontrollwahn**

Der Prophet hatte Macht und Einfluß auf die Welt, die ihn hervorbrachte. Warum aber muß er die gleiche Macht und den gleichen Einfluß in einer Welt behalten, die er nie gekannt hat? Warum muß er noch im 21. Jahrhundert bestimmen, wer wen lieben oder heiraten darf und

was man tun, essen oder anziehen sollte? Warum begeben sich Muslime in diesen Geschichtskäfig?
Man kann Mohamed vieles vorwerfen, nur nicht, daß er ein Lügner war. Seine Leidenschaft, Leidensfähigkeit und Beharrlichkeit belegen, daß er überzeugt war, Botschaften Gottes empfangen zu haben. Er wünschte sich, daß ihm eine höhere Macht beistehen möge. Zunächst suchte er Befreiung, am Ende war er selbst ein Gefangener. Ein Kontrollfreak. Nicht nur sein Gottesbild spiegelt dies wider.
Viele islamische Rituale sind von sinnlosen Wiederholungen bestimmt, etwa die Gebetsverbeugungen und die Reinigungsrituale. So mußte sich jeder Muslim auch in den trockensten Regionen fünfmal am Tag für das Gebet waschen, wobei jeder Körperteil dabei dreimal mit Wasser benetzt werden mußte. Sollte einmal kein Wasser zur Verfügung stehen, solle man sich symbolisch mit Sand reinigen. Jene Stellen, die das Wasser/der Sand nicht erreicht habe, würden am Jüngsten Tag von Gott verbrannt, ließ Mohamed seine Anhänger wissen.
Möglicherweise litt er unter einem Reinheitswahn, der sowohl auf Schuldgefühlen als auch auf Kontrollzwang beruhte. Bis heute muß ein Muslim sich zum Gebet waschen, wenn er zuvor einer Frau die Hand gegeben hat. Eine Moschee muß man mit dem rechten Fuß betreten, die Toilette dagegen mit dem linken Fuß. Ein Gebet muß vor dem Toilettengang gesprochen werden, um den Muslim vor bösen Dämonen zu schützen, die auf dem stillen Örtchen lauern. Nach dem Toilettengang spricht man erneut ein Gebet aus und dankt Allah, daß man vor den bösen Geistern bewahrt wurde. Die Liste der Anweisungen, die einen Muslim in der freien Gestaltung seines Tages hemmen, ließe sich mit unzähligen Beispielen fortsetzen.
Um ein guter Muslim zu sein, muß der Gläubige den Propheten auf Schritt und Tritt nachahmen. Selbstbestimmung, Flexibilität und Kreativität sind nicht vorgesehen; heutigen konservativen Islamgelehrten eröffnet sich dadurch die Möglichkeit, ihrerseits Macht über die Muslime zu gewinnen. Ganze Fernsehsendungen drehen sich darum, Fragen der Gläubigen im "Sinne des Propheten" zu beantworten. Das Problem hier ist nicht das Streben nach korrektem Benehmen, sondern daß alle, die sich nicht an die Vorgaben halten, als "unreine Sünder" gelten. Heute sind Schuldgefühle und der Wunsch nach Reinwaschung wichtige Motoren der Radikalisierung. Die Islamisten sehen sich als die wahren Erben des Propheten.

**Den Tod mehr lieben als das Leben**

Wer sich selbst überschätzt, überschätzt oft auch die Feindseligkeit seiner Umgebung. Die frühislamische Überlieferung zählt allein 15 Mordkomplotte, die der Prophet angeblich überlebt haben soll: drei durch arabische Heiden und zwölf durch Juden. Zwar steht im Koran, daß Gott die Menschen zu Völkern gemacht habe, auf daß sie einander kennenlernen (Sure 49: 13), doch Mohamed prophezeite: "Die Völker werden eines Tages über euch herfallen. Denn ihr werdet schwach im Herzen sein. Eure Herzen werden dadurch schwach, daß ihr das Leben liebt und den Tod haßt." Islamisten fordern deshalb, den Tod mehr zu lieben als das Leben. Nicht umsonst lautet eine der Kampfparolen der Terroristen gegen den Westen: "Ihr liebt das Leben, und wir lieben den Tod."

**Der Zentralrat der Muslime in Deutschland bestätigte, daß Mohamed keine Ahnung von Fußball gehabt haben konnte**

Es gibt keine Stelle im Koran, die explizit die Todesstrafe für jene vorsieht, die den Propheten beleidigen, aber in der Biographie Mohameds wimmelt es nur so von Erzählungen über Menschen, die auf seinen Befehl hingerichtet wurden, weil sie ihn gelästert hatten. Die Überlieferung zählt über 40 Opfer, darunter einige Dichter und Sänger, die es gewagt hatten, Mohamed ins Lächerliche zu ziehen. So lesen wir in der Hadith-Sammlung von Abū Dawud:
"Der Prophet entdeckte vor seiner Moschee eine getötete Frau. Er fragte die Betenden, wer sie umgebracht habe. Ein Blinder erhob sich und sagte: 'Ich. Sie ist meine Sklavin, und ich habe von ihr zwei Kinder, Perlen gleich. Doch gestern hat sie dich, Prophet Gottes, beleidigt. Ich

forderte sie auf, dich nicht mehr zu beschimpfen, aber sie wiederholte das Gesagte. Ich konnte das nicht aushalten und habe sie umgebracht.' Mohamed entgegnete: Das Blut dieser Frau ist zu Recht geflossen!"

**Fundamentalismus als Folge der Überhöhung des Islam**

Erschreckend an der Geschichte ist nicht nur die Tatsache, daß ein Mann die Mutter seiner Kinder tötet, sondern die Privatisierung von Gewalt. Todesurteile zu vollstrecken ist kein Privileg des Herrschers oder einer Staatsgewalt - jeder Muslim ist dazu befugt. Als ich im Juni 2014 einen Vortrag in Kairo hielt und behauptete, der islamische Faschismus habe bereits mit Mohamed begonnen, rief ein Professor der Al-Azhar-Universität zu meiner Tötung auf und zitierte jene Geschichte von der Sklavin des blinden Mannes als Beleg für die Rechtmäßigkeit seines Aufrufs.

Im Frühjahr 2015 steinigte ein Mob eine junge Afghanin in Kabul zu Tode, weil diese angeblich den Koran verbrannt habe. Eine britische Lehrerin mußte im Sudan ins Gefängnis, weil sie ihren Teddy "Mohamed" nannte. Und der Fußballklub Schalke 04 steckte Kritik ein, weil es in seiner Hymne heißt: "Mohamed war ein Prophet, der vom Fußball nichts versteht." Immerhin: Der Zentralrat der Muslime in Deutschland bestätigte, daß Mohamed keine Ahnung von Fußball gehabt haben konnte.

Das, woran die islamische Welt krankt, kann nur geheilt werden, wenn Muslime sich von den multiplen Krankheiten des Propheten lösen: Selbstüberschätzung, Paranoia, Kritikunfähigkeit sowie die Neigung zum Beleidigtsein. Auch das verzerrte Bild Gottes, das zum Vorbild für Despoten geworden ist, muß in Frage gestellt werden. Fundamentalismus ist nicht eine Folge der Fehlinterpretation des Islams, sondern eine Folge seiner Überhöhung.

Die Reform des Islams beginnt, wenn Muslime es wagen, Mohamed aus dem Käfig der Unantastbarkeit zu entlassen. Erst dann können sie selbst aus dem Gefängnis des Glaubens ausbrechen und Teil einer Gegenwart werden, die nicht von Gott, sondern von den Menschen bestimmt wird.

Hamed Abdel-Samad wurde 1972 in Kairo als Sohn eines sunnitischen Imams geboren. 1991 trat er der Muslimbruderschaft bei, von der er sich später jedoch abwendete. Heute ist er Mitglied der Deutschen Islamkonferenz und einer der bekanntesten Islamkritiker. 1995 kam Abdel-Samad nach Deutschland. Er studierte Politik und arbeitete unter anderem am Erfurter Lehrstuhl für Islamwissenschaft und am Institut für Jüdische Geschichte in München.

2013 verhängten ägyptische Islamgelehrte eine Fatwa gegen ihn und riefen zu seiner Ermordung auf. Abdel-Samad hatte den Muslimbrüdern Faschismus vorgeworfen. 2014 veröffentlichte er sein Buch "Der islamische Faschismus - Eine Analyse". Darin schreibt er auch über die Ideologie der IS-Kämpfer. Sein neues Buch heißt "Mohamed. Eine Abrechnung" (Droemer Verlag) und erscheint am 1. Oktober 2015.<<

Das politische Magazin "Cicero" berichtete am 28. September 2015: >>**Hamed Abdel-Samad: "Mohamed und seine Anhänger lebten von Überfällen"**

VON HAMED ABDEL-SAMAD

Islamisten verehren Mohammed genauso wie friedliche und laizistische Muslime. Hamed Abdel-Samad hat die Geschichte des Propheten nun hinterfragt: In "Mohamed*: Eine Abrechnung" zeichnet der kritische Islamforscher das Bild eines paranoiden Gewaltfürsten, dessen Armee aus Räubern und Gesetzesbrechern bestand. Ein Buchauszug

**Mohammed ist die im Deutschen gebräuchliche Form des arabischen Vornamens Muḥammad. Auch Mohamed ist möglich. Das Verdopplungszeichen heißt im arabischen Tashdid - es bewirkt die Verdopplung der Konsonanten, die es nicht nur gibt, sondern die sogar bedeutungsrelevant ist (etwa für die Unterscheidung der Wörter schreiben und diktieren = schreiben lassen). Aus demselben Grund wird auch Mohammed zumeist mit mm geschrieben. Es gibt hier kein richtig und falsch im absoluten Sinn, denn alle Umschreibungen sind Kon-*

*ventionen, genauso wie die Schreibung mit o und e statt u und a. (Muhammad/Mohammed).*

**Flucht in den Krieg: Mohamed und die 40.000 Räuber**

Mohamed wird von Muslimen nicht nach moralischen und ethischen Kriterien bewertet; sie verehren ihn, weil sie ihn für den Empfänger der letzten Botschaft Gottes halten und weil es ihm gelungen war, die Araber zu einen und zu einer Weltmacht zu machen. Wie diese Einigung zustande kam und war - und der Islam binnen weniger Jahre so mächtig wurde, wird oft verklärt und kaum kritisch bewertet.

Je zerstrittener und damit auch schwächer die Araber nach Mohamed wurden, desto mehr verehrten sie ihren Propheten und desto stärker sehnten sie sich nach dem Wiederaufleben jener glorreichen Zeit. Mohamed-Kritik stößt deshalb bis heute bei Muslimen auf heftige Gegenwehr, nicht nur wegen Mohameds Status als Prophet, sondern auch, weil viele Muslime diese Kritik als Frontalangriff auf ihre eigene Existenzberechtigung deuten.

Die Kritik hinterfragt die Legende und zerstört die Hoffnung, daß man noch einmal jene Größe wiedererlangen könnte wie zur Zeit des Propheten. Es ist diese Mischung aus Nostalgie, Hybris und Narzißmus, die die Grundlage für überzogene Machtansprüche bildet.

**Am Anfang glaubte Mohamed niemand**

Zunächst stieß Mohameds Botschaft bei den heidnischen Mekkanern auf taube Ohren. Sogar sein Clan der Hashimiten, der ihm ohnehin kritisch gegenüberstand, ging auf Distanz. Seine Predigten über den einen Gott und seine Warnungen vor den Qualen der Hölle, in denen Heiden schmoren würden, beeindruckten kaum jemanden. Nach zehn Jahren des unermüdlichen Predigens, in denen rund 3.000 Verse des Koran entstanden, glaubten an Mohameds Botschaft nur ein paar Dutzend Menschen.

Einige von ihnen waren Sklaven, andere waren Abkömmlinge reicher Händler aus der Sippe der Quraisch, die sich neben dem Wohlstand eine geistige Revolution wünschten. Manche von Mohameds Anhängern waren Wegelagerer und Verbrecher, die von ihren eigenen Stämmen verstoßen worden waren.

Offen angefeindet wurde Mohamed in den ersten Jahren seiner "Sendung" in Mekka nicht. Denn die Stadt war offen für alle Götter und ihre Boten. Um die Kaaba herum und auf den Märkten predigten oft Mönche, Magier und Möchtegernpropheten. Die Mekkaner kümmerte dies nicht weiter, solange davon weder die Pilger noch die Händler gestört wurden.

Außerdem war das, was Mohamed verkündete - der Monotheismus -, nicht wirklich neu. Die Bevölkerung kannte das von den christlichen Syrern und den arabischen Juden, außerdem lebten in Mekka einige Hanifen, die die Vielgötterei, den Konsum von Alkohol und Geschlechtsverkehr außerhalb der Ehe ablehnten. Sie verehrten den Gott Abrahams, fasteten und beteten und glaubten an ein Leben im Jenseits nach dem Tod.

**Spott und erste Rückschläge**

Als Mohamed seine Botschaft zu verkünden begann, sprach er nicht gleich von einer neuen Religion namens Islam, sondern von *Millar Ibrahim*, der Religion Abrahams. Die Biographie von Ibn Ishāq spricht von drei Jahren, in denen Mohamed zunächst heimlich vor seinen engsten Verwandten und Freunden predigte; ich persönlich halte das für übertrieben, denn für Heimlichkeit gab es in dieser religiös offenen Stadt eigentlich keinen Anlaß.

Laut Ibn Ishāq sprach Mohamed vor den Stammesführern und lud sie ein, an den einen Gott zu glauben. Sein Onkel Abd al-Uzza soll gespottet haben: "Zur Hölle mit dir, Mohamed, ist das der Grund, warum du uns versammelt hast?" Ähnlich reagierten später auch andere arabische Stämme, die Mohamed auf friedliche Weise und nur mit der Kraft des Wortes zu bekehren suchte.

Im zehnten Jahr seiner "Sendung" mußte Mohamed dann einige Rückschläge hinnehmen, die sein Leben auf den Kopf stellten. Seine Frau Khadidscha und sein Onkel Abū Talib, die ihn von Anfang an unterstützt hatten, starben im gleichen Monat. Vor allem der Tod Khadidschas

schien ihn sehr getroffen zu haben, war sie doch diejenige gewesen, die ihn immer wieder aufgebaut und ermuntert hatte, weiterzumachen. Nach diesem schweren persönlichen Schlag entschied er sich, seine Botschaft außerhalb von Mekka zu verbreiten.

**Mit Gewaltlosigkeit erreichte er nichts**

Seine erste Station war die Stadt Tai'f. Doch als er den Menschen dort einige Suren des Koran vortrug, wurde er wieder nur belächelt. Laut Ibn Ishāq ließen die Stämme von Tai'f Mohamed aus der Stadt jagen, Kinder und Sklaven sollen ihn mit Steinen beworfen haben. Verletzt und erniedrigt kehrte er nach Mekka zurück.

Die Stadt konnte er nun allerdings nur wie ein Fremder im Schutz eines anderen Clanführers betreten. Denn sein eigener Stamm hatte seine Reise nach Tai'f als Versuch gedeutet, fremde Clans gegen die Quraisch aufzuhetzen. Spätestens jetzt erkannte Mohamed, daß er mit Gewaltlosigkeit kaum jemals etwas erreichen konnte. Er entschied sich, Allianzen mit bewaffneten Stämmen und Söldnern zu schmieden.

Kein leichtes Unterfangen, denn er hatte den Stämmen zu diesem Zeitpunkt kaum etwas anzubieten. Sein Weggefährte Abū Bakr organisierte im heutigen Bahrain ein Treffen zwischen Mohamed und den Anführern des Stammes der Shaiban. Die Shaiban hatten sich einen Ruf als gute Kämpfer erworben, nachdem sie einige Jahre zuvor angreifende persische Truppen zurückgeschlagen hatten.

Mohamed wollte eine Allianz mit ihnen gegen die Quraisch schmieden und versprach den Shaiban, wenn sie ihn unterstützten, würden sie bald das gesamte Land der Araber erobern, sie könnten deren Besitztümer beschlagnahmen und deren Frauen als Bettsklavinnen bekommen.

**Risikobereite Verbündete ohne Moral**

Doch die Shaiban lehnten Mohameds Angebot ab. Warum sollte sich ein angesehener Stamm auch mit den Quraisch anlegen? Der Stamm der Kindah, zu dem über Mohameds Mutter Verbindungen bestanden, erteilte ihm ebenfalls eine Absage.

Die Würdenträger beider Stämme betrachteten es als unmoralisch, jemanden im Kampf gegen seinen eigenen Stamm zu unterstützen. So etwas taten nur Söldner und Räuberbanden, die auch nicht davor zurückschreckten, die Hand gegen das eigene Fleisch und Blut zu erheben.

Erst Jahre später, als Mohamed bereits ein mächtiger Fürst in Medina war, waren ihm diese Stämme zu Diensten. Vor allem die Shaiban sollten später eine entscheidende Rolle bei der Eroberung der persischen Gebiete durch Mohameds Nachfolger Omar spielen. Der Prophet selbst mußte sich zunächst andere Verbündete suchen, die risikobereiter waren und keinen Moralkodex kannten, der sie davon abhielt, an seiner Seite um die Macht zu kämpfen.

Bevor die IS-Kämpfer ihr Kalifat in Syrien und im Irak gründeten, verbündeten sie sich mit sunnitischen Stämmen und mit ehemaligen Offizieren der Spezialeinheit des Ex-Diktators Saddam Hussein. Dazu kamen einige Kämpfer aus Europa, die sich dort entwurzelt fühlten und nun im Irak und in Syrien auf Sinnstiftung und einen neuen Lebensinhalt hofften. Ohne diese Allianzen wäre der plötzliche Siegeszug der islamistischen Terrorgruppe kaum vorstellbar.

Solche Verbindungen, geschaffen auf der Basis einer religiösen Ideologie, haben in der islamischen Geschichte eine lange Tradition. Osama Bin Laden verbündete sich mit Warlords und Drogenhändlern in Afghanistan sowie mit Islamisten, die aus arabischen Ländern vertrieben worden waren. Daraus ist al-Kaida entstanden.

In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts hatte sich der Fürst von Nadschd, Mohamed Bin Saud, mit dem Gründer des Wahhabismus, Mohamed Ibn Abd al-Wah-hab, verbündet. Aus dieser Allianz, die bis heute gehalten hat, ist das Königreich Saudi-Arabien entstanden. Als Urmutter solcher Verbindungen aber gilt jene zwischen dem Propheten Mohamed und den kampferprobten Stämmen von Medina, den al-Aos und al-Khasradsch.

**Gewalt und Geld**

Nachdem Mohamed bei seinen Wunschpartnern abgeblitzt war, suchte er die Nähe zu den kriegerischen Stämmen von Yathrib, einem Ort rund 400 Kilometer nördlich von Mekka. Warum ausgerechnet Yathrib? Was machte die Stadt so attraktiv für ihn? Nun, Yathrib lag genau auf dem Karawanenweg zwischen Mekka und Syrien. Nach Jahren, in denen er nur auf die Macht des Wortes gesetzt hatte, wollte er seine Botschaft nun wenn nötig mit Gewalt verbreiten.

Dafür benötigte er nicht zuletzt Geld: Würde er Karawanen nahe Mekka angreifen, müßte er damit rechnen, daß rasch Verstärkung aus der Stadt zur Stelle wäre. Agierte er von Yathrib aus, könnten er und seine Banden unbehelligter handeln. Und mit den Aos und Khasradsch würde er Verbündete an seiner Seite haben, die ihn bei seinem Vorhaben unterstützten.

So wie die Quraisch waren die Aos und Khasradsch einst aus dem Jemen geflohen und hatten sich im nördlichen Teil der arabischen Halbinsel niedergelassen, genauer in der Oase Yathrib. Dort lebten damals drei jüdische Stämme. Diese nahmen die Aos und Khasradsch auf, erlaubten ihnen jedoch nur, am Rande der Oase zu siedeln.

**Der Khasradsch-Clan**

Während die Juden ihren Lebensunterhalt als Bauern, Händler und Handwerker verdienten, hatten die beiden Stämme aus dem Jemen vornehmlich gelernt, Kriege zu führen. Mehrfach versuchten sie erfolglos, die Juden aus der Stadt zu verdrängen. So hatte etwa in der zweiten Hälfte des 6. Jahrhunderts ein gewisser Mālik Ibn Adschlan, Anführer des Khasradsch-Clans, einige Oberhäupter der jüdischen Stämme zu einem Bankett eingeladen und sie dort töten lassen.

Danach hatte er einige der befestigten Stadtteile erobern können, in denen die Juden lebten. Doch dauerhaft konnte er die Herrschaft nicht an sich reißen. Sein Sohn nahm später den Islam an und kämpfte mit Mohamed gegen die Quraisch in der entscheidenden Schlacht von Badr im Jahr 624.

Bleibt die Frage, warum sich die Stämme der Aos und Khasradsch auf diese Allianz mit Mohamed eingelassen haben. Die Khasradsch waren über mehrere Ecken mit Mohamed verwandt und verschwägert. Sein Großvater Hashim hatte eine Khasradsch geheiratet, und Mohameds anderer Großvater Abd al-Muttalib war in Yathrib geboren und aufgewachsen. Er kannte die Krieger dort gut und hatte sie einmal nach Mekka geholt, als er mit seinem Cousin über ein Stück Land nahe der Kaaba stritt.

An diesem Beispiel sehen wir, daß sich die Khasradsch nicht an den Ehrenkodex hielten, nach dem kein Stamm einen Mann im Kampf gegen seinen eigenen Stamm unterstützen sollte. Wie die Aos waren sie Söldner und kämpften da, wo sie Profit witterten.

**Der friedlichste Ort in Arabien**

Die offizielle islamische Version über Mohameds Auswanderung nach Yathrib ist sehr idealisiert. Es wird erzählt, daß Mohamed 13 Jahre lang in Mekka friedlich gepredigt habe, dann aber immer stärker angefeindet und schikaniert worden sei. Schließlich hätten ihn die Mekkaner sogar umbringen wollen, weshalb Gott ihm befohlen habe, die Stadt zu verlassen.

Weiter heißt es, daß sich die beiden Stämme der Aos und Khasradsch in Yathrib lange gegenseitig bekämpft hätten, kriegsmüde geworden seien und sich nach einem Schlichter gesehnt hätten. Mohamed habe diese Rolle übernommen, die Zwistigkeiten erfolgreich beigelegt, weshalb die beiden Stämme den Islam angenommen hätten.

In Wirklichkeit waren die Stämme von Medina weder kriegsmüde, noch suchte Mohamed einen Ort des Friedens. Denn kein Ort in Arabien war damals friedlicher als Mekka, konnte sich die Stadt doch wegen des Handels und der Pilgerfahrt keinen Krieg leisten. Doch genau in einen solchen Krieg wollte Mohamed seine Stadt hineinziehen - und dafür brauchte er Verbündete.

**"Ich bin einer von euch"**
Vor seiner Übersiedlung nach Yathrib hatte er 73 Männer der Aos und Khasradsch getroffen. Am Ende war das Kampfbündnis zwischen den beiden Stämmen und Mohamed besiegelt. Die Vertreter aus Yathrib verpflichteten sich, Mohameds Feinde als ihre eigenen Feinde zu betrachten. Gleichwohl schienen sie zu befürchten, daß er sie wieder fallen lassen könnte, sollte es eines Tages zu einer Aussöhnung mit den Quraisch kommen. Doch Mohamed antwortete: "Nein, es ist das Blut, das Blut, es ist die Zerstörung, die Zerstörung. Ich bin einer von euch und ihr seid von mir."
Nach dieser Zusicherung wollten die Kämpfer ihre Solidarität unter Beweis stellen und boten Mohamed an, Mena - einen Vorort von Mekka - zu überfallen. Mohamed antwortete: "Uns ist das noch nicht befohlen."
In den offiziellen islamischen Erzählungen heißt es, Mohamed habe Mekka verlassen wollen, um auch weiterhin in Frieden seine Botschaft zu verbreiten. Die Quintessenz des Bündnisses war aber der Plan für einen Krieg, von dem sowohl Mohamed als auch die Stämme von Medina profitieren sollten. Den Kämpfern der Aos und Khasradsch wurde reiche Kriegsbeute versprochen.
**Mohameds Angriff auf Mekka**
Das Vorhaben, ganz Arabien zu erobern und die Beute aufzuteilen, bestand seit Mohameds (erfolglosen) Verhandlungen mit anderen arabischen Stämmen. Kurz nach Mohameds Auswanderung nach Yathrib folgten ihm 150 seiner Anhänger aus Mekka.
Mohamed wollte Mekka zunächst wirtschaftlich zusetzen. Seine Heimatstadt war auf Weizenlieferungen aus Ägypten und Datteln aus Yathrib angewiesen. Mohamed verbot den jüdischen Bauern von Yathrib, Nahrung nach Mekka zu liefern. Seine Kämpfer belagerten den Hafen von al-Gar am Roten Meer nahe Yathrib, um die Weizenlieferungen aus Ägypten zu beschlagnahmen.
Der nächste Schritt waren Angriffe auf mekkanische Karawanen, die sich auf dem Rückweg von Syrien befanden. Mohamed und seine Anhänger lebten von diesen Überfällen; später kam die Kopfsteuer, die Juden und Christen zu entrichten hatten, als Einnahmequelle hinzu.
*Hamed Abdel-Samad, Mohamed. Eine Abrechnung, Droemer, 240 Seiten …*
*Hamed Abdel-Samad ist ein deutsch-ägyptischer Politologe und Autor. Wegen seiner kritischen Äußerungen über den Islam erhielt der einst tief gläubige Muslim Morddrohungen und wurde von der islamischen Gemeinschaft angefeindet. Seit 2011 ist er Mitglied des Beirats der Giordano-Bruno-Stiftung. 2013 nahm er an der Zweiten Kritischen Islamkonferenz in Berlin teil. Wenige Wochen später mußte er in Kairo untertauchen, nachdem Islamisten zu seiner Ermordung aufgerufen hatten. Mit Aussagen wie "Der Islam ist nicht auf dem Vormarsch, wir erleben vielmehr den Zerfall einer Religion, die keine konstruktiven Antworten bieten kann auf die Fragen des modernen Lebens" kritisiert er seine Herkunftsreligion.<<*
Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor) schrieb im September 2015 wegen der ungeregelten Masseneinwanderung von Migranten folgenden "Offenen Brief" an die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (x854/...): >>Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin ...
**Falsche Prognosen**
Die Ströme von Migranten, die in diesem Jahr auf Deutschland zukommen, wurden erst auf 250.000, dann auf 450.000 und nun auf 800.000 prognostiziert. Wie wir alle "die Politik" kennen, wird jede unangenehme Entwicklung nur scheibchenweise zugegeben. Zum Jahresende ist eine Realität von einer Million Migranten nicht unwahrscheinlich. Und in den kommenden Jahren ist nicht mit einem Abnehmen des Migranten-Stroms zu rechnen, weil die Bevölkerungsexplosion in Afrika und die Entfesselung von Bürgerkriegen rund um Kerneuropa kein Ende nehmen, und weil das überwiegend herzliche Willkommen in Deutschland und in

Österreich einen unwiderstehlichen Sog auf weitere Millionen "Migranten in Warteposition" ausüben. Unablässig verbreitet sich die frohe Kunde der erfolgreich Angekommenen per Handy in Windeseile innerhalb der Auswanderungsländer und setzt neue Wanderer in Marsch.

**Anfang einer Völkerwanderung**

Der jetzige Strom an Zuwanderern ist kein einmaliges und mit unseren bisherigen Gewohnheiten und Mitteln zu lösendes europäisches Problem. Und die großzügigen Gesten der deutschen und der österreichischen Regierung, ein paar Tausend in Budapest "aufgestaute" Migranten ins Land zu lassen, um das dortige Elend zu beenden, sind nicht, wie einige deutsche Minister geäußert haben, ein einmaliger Akt.

Es wird ein Drama mit immer neuen Szenen geben. Das jetzige Drama ist der Anfang eines stets weiter anschwellenden Problems, der Anfang einer Völkerwanderung. Außerdem ist diese Völkerwanderung aus der Migrantensicht nicht in erster Linie ein europäisches Problem, weil die meisten Migranten ganz bewußt Deutschland und Österreich wegen ihrer Sozialsysteme und ihrer Ausländerfreundlichkeit ansteuern. Trotzdem können sich unsere Politiker bisher nicht zu einer grundsätzlichen und nachhaltigen Lösung des Problems durchringen. ...

**Drei Migranten-Ströme**

Wir werden jetzt von drei Migranten-Strömen überrollt, aus Afrika, aus Kriegsgebieten und aus den südlichen Balkanländern.

**Afrika**

Afrika hat einen jährlichen Bevölkerungszuwachs von 30 Millionen Menschen. Ein erheblicher Anteil dieser Menschen wird Jahr für Jahr nach Europa drängen. Je mehr Europa davon aufnimmt und je komfortabler der zeitweilige oder dauerhafte Aufenthalt in Europa erlebt wird, desto größer wird der Anreiz für immer neuen Migranten.

Inzwischen brauchen Migranten nur noch am Südufer des Mittelmeers in See zu stechen, dann werden sie von den NATO-Marinen abgeholt und auf die europäische Seite des Mittelmeers transportiert. Sie, die Politiker, die das veranlassen, machen unsere Marinesoldaten damit zu "Schleppern und Schleusern" entgegen deren guter Absicht. Außerdem muß zur Kenntnis genommen werden, daß die Systemwechsel-Politik der USA, Großbritanniens und Frankreichs in den Staaten des Süd- und des Ostrandes des Mittelmeers erst die Tore für die Migranten-Ströme aus dieser Richtung geöffnet hat.

Insbesondere der illegale und unnötige Sturz des Gaddafi-Regimes in Libyen hat das zuvor verschlossene Tor vor Afrika weit aufgerissen. Es ist bemerkenswert, daß sich unsere Verbündeten USA und Großbritannien an der Bewältigung des durch die Destabilisierung Libyens entstandenen Migranten-Stroms nicht bzw. kaum beteiligen.

Je mehr Migranten wir über das Mittelmeer aufnehmen, desto größer werden der Anreiz für weitere Migranten, der Gewinn der Schlepper und die Zahl der Ertrinkenden. Die australische Regierung hat das gleiche Drama auf den Seegebieten vor ihrer Nordküste auf wirksame Weise beendet. Sie hat 2013 in allen Herkunftsländern Zeitungs- und TV-Anzeigen geschaltet und verkündet, daß Asylanträge nur noch in den dortigen Konsulaten angenommen und Bootsflüchtlinge generell zurückschickt werden. Und die australische Marine nimmt Flüchtlingsboote seither "auf den Haken", in Seenot geratene Migranten an Bord und fährt sie an die nächste Küste auf dem Gegenufer zurück. Nach kurzer Zeit ist kein einziger Bootsflüchtling mehr vor Australiens Nordküste ertrunken.

Ich fordere Sie auf, auf ein derartiges Vorgehen aller EU Staaten im Mittelmeerraum zu drängen, Schiffe der Bundesmarine unverzüglich in dieser Weise einzusetzen und den anderen EU Staaten so voranzugehen. Und ich fordere Sie auf, die Asylanträge der afrikanischen Migranten, wie bereits vom Innenminister vorgeschlagen, in deren Heimatländern prüfen zu lassen.

**Kriegsgebiete**

Auch die Flüchtlinge aus Kriegsgebieten kommen derzeit aus Territorien, an deren Destabili-

sierung ein Teil unserer Verbündeten mit offenen Kriegshandlungen, Geheimdiensten, Söldnern und Geldzuwendungen einen wesentlichen Anteil hat. Kriegsflüchtlingen muß zwar zeitweise Schutz und Bleibe geboten werden, aber nach den Kriegen sollten sie ihre Länder wieder aufbauen und dazu repatriiert werden. Jahrelanges Verbleiben in Deutschland, Asylanträge mit oft jahrelangen Gerichtsverfahren durch den Instanzenweg hindurch und sogenannte Abschiebehindernisse führen dazu, daß das für die Kriegsdauer gewährte Gastrecht von vielen Flüchtlingen zu einem Anspruch auf Dauerverbleib und ein leichteres Leben in Deutschland ausgenutzt wird.
Deutschland besitzt keinen Steuerungsmechanismus zur Auswahl dieser Zuwanderer, und unsere Politiker auf Länder- und Bundesebene besitzen offensichtlich nicht die Weitsicht für die Folgen dieses Zustroms für unser Sozialsystem und unseren sozialen Frieden und nicht den Mut, die Repatriierungen durchzusetzen.
Schon eine Bürgerinitiative wohlmeinender und mitfühlender Flüchtlingsnachbarn gegen eine Abschiebung versetzt fast jeden Politiker in "Wähler-Angst". So verbleiben bei etwa 97 % der abgelehnten Asylanträge 85 % der Antragsteller trotzdem in Deutschland. Sie werden entweder geduldet oder sie tauchen unverzüglich unter. So verbleiben im familiären Rand nicht repatriierter Bürgerkriegsflüchtlinge in Summa auch massenweise nicht integrierbare und sozialhilfeempfangende Ausländer in Deutschland.

**Südliche Balkanländer**

Eine dritte Gruppe sind derzeit die Migranten aus den südlichen Balkanländern. Es sind in der Regel Menschen mit dem verständlichen Wunsch nach einem materiell besseren und sichereren Leben. Solange sie in geringen Zahlen kamen, konnte unser Volk sie materiell versorgen, und es bestand eine größere Chance, sie in unsere Gesellschaft zu integrieren.
Der jetzt auf Deutschland zurollende, ungebremste Migranten-Strom aus dieser Region sprengt zusammen mit den zwei vorgenannten Migranten-Bewegungen auf Dauer unsere Staats- und Kommunalfinanzen, zerstört den Bürgerfrieden in kleinen Städten, Ortschaften und in vielen Stadtteilen großer Städte und überfordert die Kapazitäten der Kommunalverwaltungen, der karitativen Einrichtungen und der freiwilligen deutschen Helfer.

**Verpflichtungen**

So verständlich es ist, daß Menschen aus Überbevölkerungsgebieten, Kriegsgebieten, Katastrophengebieten und Herrschaftsgebieten mit eingeschränkten Bürgerfreiheiten bei uns in Nordeuropa Schutz, Asyl und bessere Lebensbedingungen suchen, so sehr gehört es zur selben Realität, daß sie auf Dauer von uns ernährt, untergebracht und versorgt werden wollen.
Wir, das deutsche Volk, sind aber genauso wenig moralisch oder anders verpflichtet, wie z.B. Dänen, Tschechen oder Polen, die Aufbau- und Lebensleistung von uns und unserer Vorfahren bis hin zur Selbstzerstörung unseres Gemeinwesens und seiner politischen Kultur den Hoffnungen der Migranten zu opfern.
Wir sind nicht verpflichtet, unsere materielle und kulturelle Substanz und unsere auf numerischer Überlegenheit beruhende Selbstbestimmung im eigenen Land auf Dauer an fremdstämmige Migranten-Mehrheiten abzugeben. Dabei ist nicht nur an die direkte Zuwanderung zu denken. Im Haus neben mir z.B. wohnt eine Migranten-Familie (ohne Deutschkenntnisse). Das Familienoberhaupt hat 11 Kinder, und eine seiner Töchter hat bereits 12 Kinder. Fast alle jüngeren Migranten bekunden außerdem, daß sie ihre Familien nachzuholen gedenken. ...

**Beschimpfungen und mangelhafte Berichterstattung**

Die Mehrheit der deutschen Politiker und Medienleute lenkt mit der Beschimpfung von Kritikern und den Klagen über Ausländerfeindlichkeit vom eigentlichen Problem, der außer Kontrolle geratenen Massen-Zuwanderung, ab. Ausländerfeindlichkeit ist häßlich, aber verglichen mit der derzeitigen Problem-Massierung nur ein sehr bedauerlicher "Kollateralschaden".
Zuwanderungskritik ist etwas anderes. Es fehlt das Reflektieren der Bedenken der Einwande-

rungskritiker. Sie werden in die rechtsradikale Ecke gestellt, "aus der Front der Demokraten" exkommuniziert, als "dumpfes" Pegida-Volk und "empathieloses Pack" beschimpft, des Populismus und des Rassismus bezichtigt, ihnen werden unberechtigte Ängste und Angstmache unterstellt, ihre Bedenken werden als "ideologischer Müll" bezeichnet oder sie werden anderweit verunglimpft und gemobbt. Es fehlt dagegen jegliche Berichterstattung über die nachbarschaftlichen Unverträglichkeiten, die oft in der Nähe größerer Migranten-Ansiedlungen bestehen.

Es gibt in den Medien keine Berichterstattung über die wirklichen Schwierigkeiten der Einfügung in die deutsche Gesellschaft. Es wird nicht über die Fälle von Angriffen und Beschimpfungen auf und von Polizei und Anwohner berichtet und nicht von Fällen von Vermüllung von Unterkünften und Straßen.

Es gibt statt dessen entweder Schuldzuweisungen gegen deutschstämmige Deutsche oder Berichte über lobenswerte Beispiele deutscher Integrationshilfen. Die Realitäten dazwischen werden unterschlagen. Weiterhin wird manchmal falsch, manchmal manipuliert und nach meiner bisherigen Kenntnis nie richtig und umfassend über die Kosten informiert, die ein Migrant (vor seiner Anerkennung als Asylant oder bis zu seiner Ausweisung) pro Monat durchschnittlich den Steuerzahler kostet: an Lebensunterhalt, Unterkunfts-Sanierung, Miete, laufender Reinigung der Unterkünfte, medizinischer Versorgung, Fahrrad, Handy, Wäsche, Taschengeld, Sprachunterricht, Gerichtskosten, Übersetzer-Kosten, Betreuer-Kosten, Polizei-Einsatzkosten, zusätzlichen Planstellen für zusätzliche Lehrer und die Bearbeiter von Registrierungen und Asylanträgen sowie die Rückführungen usw.

In einer demokratischen Gesellschaft mit einer freien Presse hätte das längst offengelegt werden müssen. Daß dies nicht geschieht, erweckt den Anschein, daß alle Politiker Angst haben, Ihre Wähler darüber zu informieren und daß die Medien zu gewissen Themen über die Presse- und Fernsehräte gelenkt werden.

**Zuwanderungskritik**

Die durch Beschimpfungen und Mediendruck nicht mehr öffentlich geäußerte Zuwanderungskritik entzündet sich vordergründig an dem zur Schau gestellten Verhalten etlicher Migranten. Sie hat aber auch eine grundsätzliche Dimension. Die vordergründige Kritik entzündet sich am unangemessenen Verhalten einiger Asylanten und in Deutschland verbleibender oder geduldeter Migranten. Es mag nicht häufig vorkommen, aber es "verbreitet" sich schnell auf dem Erzählweg.

Ich nenne aufdringliches Macho-Verhalten, Mißachtung von deutschen Frauen, z.B. Verhöhnung von Helferinnen, die den Toilettendreck der Migranten entfernen, Drogenhandel, Rempeleien und Schlägereien, überzogene Anspruchshaltung bei Behörden und Ärzten, mangelhafte Hygiene in den Unterkünften, das Verdrängen anderer Ethnien bis hin zur Drangsalierung deutschstämmiger Kinder in mehrheitlich migrantenstämmigen Schulklassen u.a.m.

Die grundsätzliche Dimension ist dagegen bedeutender. Es geht um den Charakter unseres Landes, die Identität, die Sitten und die Rechtsordnung unseres Volkes, um unsere politische Kultur und um unsere Selbstbestimmung als Gastgeber im eigenen Land. Weite Teile unserer Bevölkerung, wahrscheinlich eine Mehrheit der deutschstämmigen Deutschen, wollen ihr Land, ihre Identität und das Sagen im eigenen Land behalten. Diese Mehrheit will keine Auflösung der deutschen Nation in einer europäisch-asiatisch-afrikanischen Mischbevölkerung und keine Auflösung unseres Staats in einem Europa-Staat.

Das haben wir Jahrzehnte lang so gesehen, und das ist uns genauso lang von unseren Spitzenpolitikern versichert worden. Es hieß lange Zeit, daß die Bundesrepublik ein föderatives Europa anstrebt; von einem europäischen Staatsvolk und einem Europa-Staat war nicht die Rede. Aber bereits 1990 gab Herr Lafontaine aus seiner damaligen Ablehnung der deutschen Wiedervereinigung und seiner Ablehnung der damit verbundenen Stärkung Deutschlands die Ge-

genrichtung vor. Er sagte in einem Vortrag: "Wir wollen die Vereinigten Staaten von Europa. Deshalb müssen wir uns von dem völkisch orientierten Nationenbegriff lösen."
Dahingegen bekundete der Vizepräsident der EU Kommission Sir Leon Brittan im Oktober 1996: "Der deutsche Bundeskanzler Kohl hat uns zugesagt, daß er keine Vereinigten Staaten von Europa anstrebt, und daß die Nationen erhalten bleiben."
Drei Jahre später Bundespräsident Rau: "Eine Europäische Föderation wäre nicht darauf angelegt, die Nationalstaaten verschwinden zu lassen." (4.11.1999).
Innenminister Schönbohm (Brandenburg): "Ich glaube, die Nation ist ein ganz wichtiger Identifikationsrahmen in der Geschichte, Schicksalsgemeinschaft, Staatsvolk, Kultur und gemeinsame Zukunftsgestaltung." (26.3.1999)
Die seit ein paar Jahren betriebene Vergemeinschaftung innerhalb der EU zielt aber eindeutig auf einen gemeinsamen Staat und auf eine Mischung der Landesbevölkerungen bis zum Verschwinden ihrer nationalen Eigenschaften und Identitäten.
Der 2014, wie von lenkender Hand gesteuert, einsetzende Migranten-Strom verändert nun auch das Staatsvolk Deutschlands in einer Geschwindigkeit, die keine Integration und Assimilation der Neubürger mehr zuläßt. Nach ungefähren UNHCR-Prognosen und einer genaueren des Prof. für Militärdemographie, Heinsohn, am NATO Defense College (Rom) kommen bis 2050 etwa 950 Millionen Migranten aus Afrika und aus dem Nahen Osten auf Europa zu. Wenn sich ein Drittel davon in Deutschland ansiedelt, verändert das unser Staatsvolk von Grund auf. Pikanterweise erinnert dieser Prozeß an eines der amerikanischen Kriegsziele von 1945, "Der Abschaffung der Reinrassigkeit in Deutschland".
Sie, Frau Dr. Merkel, sagen heute: "Deutschland und Europa werden sich verändern". Sie sagten aber noch im November 2004: "Die multikulturelle Gesellschaft ist gescheitert".
Ihre Anpassung in dieser Hinsicht zeugt von Resignation oder von Prinzipienlosigkeit. Bitte verstehen Sie, daß ein großer Teil der deutschstämmigen Deutschen Ihren Sinneswandel nicht mit vollziehen kann und will. Viele Bürger wollen, daß sie, ihre Kinder und Kindeskinder der dominierende Bevölkerungsteil im eigenen Lande bleiben. Sie sehen in der anrollenden Völkerwanderung eine kalte Eroberung. Viele sind überzeugt, daß die Worte unseres Altkanzlers Schmidt der nahenden Realität entsprechen: "Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag."
Es gibt keine Vertretung der konservativen, das Staatsvolk und die Rechtsordnung bewahrenden Deutschen mehr in den Volksparteien. Diese Wählergruppe ist heute ohne Stimme, und sie gehört inzwischen mehrheitlich zu den Wahlverweigerern. Die deutschen Politiker sollten diesen Umstand in ihrem Willkommens-Hype nicht übersehen, so wie die vielen Wiedervereinigungsgegner von vor 1998 und die Mehrzahl der Medien die tatsächliche Stimmung für eine Wiedervereinigung falsch eingeschätzt haben. (Ablehnend: Lafontaine, Schröder, Bahr, Hans Jochen Vogel, Brandt, Bölling, Glotz, Steinkühler, Joschka Fischer, Jürgen Schmude u.a.m.)
Bitte verkennen Sie auch nicht, daß die häßlichen Gewalttaten gegen Migranten-Wohnheime nur die unschöne Spitze eines unter Wasser großen Eisbergs seriöser Sorgen sind.

**Belastungen contra Bereicherung**

Regierung und Medien bemühen sich, der deutschen Bevölkerung den Zuzug von Migranten in großer Zahl als kulturelle Bereicherung, als Hilfen für den Arbeitsmarkt und als Ausgleich für den derzeitigen Bevölkerungsschwund anzupreisen und eine "Veränderung Deutschlands und Europas" wie etwas Positives erscheinen zu lassen.
Es wird verschwiegen, daß diese Vorteile nur begrenzt zutreffen, und es wird vor allem völlig unterschlagen, daß der Zuzug von Migranten in großen Zahlen auch erhebliche Nachteile für die deutsche Bevölkerung und den deutschen Staat mit sich bringt, dies vor allem, wenn der Migranten-Zulauf weiter unvermindert anhält. Es seien erwähnt:

– die Mißstimmung in einer großen Zahl anderer EU Staaten über Deutschlands Vorpreschen mit seiner Migranten-Aufnahme und über den von ihm ausgeübten Druck zur Übernahme von Migranten nach einer Quote,
– das Bilden weiterer Parallelgesellschaften durch nicht gelungene Integration (Hierauf hat Brandenburgs Innenminister Schönbohm schon 1999 hingewiesen.),
– das Abgleiten weiterer Stadtteile in Zonen außerhalb deutschen Rechts und deutscher Polizeigewalt,
– der überproportionale Zuzug von in den Arbeitsmarkt nicht vermittelbaren Migranten bei unterproportionalem Zuzug von arbeitsmarkttauglichen Migranten,
– dadurch die Zunahme der Armen und der Armut in Deutschland,
– das Absenken der durchschnittlichen Pisa-Vergleichs-Ergebnisse für die Kinder der Wohnbevölkerung in Deutschland,
– die anwachsenden Sozialkosten und Transferleistungen in nicht abschätzbarem Ausmaß,
– dadurch zunehmende Belastungen für die öffentlichen Haushalte und deren erneute Verschuldung,
– die weitere Desintegration der deutschen Bevölkerung,
– das "Einwandern" von Antisemitismus und von ethnischen und religiösen Konflikten aus den Herkunftsländern,
– die Überlastung des Schulwesens,
– das Entstehen einer "Sozialblase" durch den weiter wachsenden Bedarf an Sozialarbeitern, Angestellten der Arbeitsämter und Sozialbehörden, Betreuern, Sonderlehrern, Kita-Mitarbeiterinnen, Gefängnispersonal usw.,
– das Bilden eines neuen Großstadtproletariats aus arbeits- und beschäftigungslosen, nicht integrierten Migranten und abgelehnten, abschiebebedrohten und untergetauchten Asylbewerbern, deren hohe Erwartungen an Deutschland sich trotz eines anfangs herzlichen Willkommens nicht erfüllt haben,
– die verdeckten und leichteren Einreisemöglichkeiten für Extremisten und Terroristen und
– die Abwanderung qualifizierter Fachkräfte und von Akademikern aus "armen" Staaten, die aus Sicht der Herkunftsländer dort zu Fortschritt und Lebensstandard beitragen müßten. Dies wirkt der deutschen Entwicklungshilfe entgegen.

Zu der hier kritisierten Darstellung der Zuwanderungsfolgen durch Regierung und Medien muß man bemerken, daß die ganze Lüge bei der halben Wahrheit anfängt.

**Asyl**

Nach Artikel 16a des GG genießen "politisch Verfolgte" Asylrecht in Deutschland und für abgelehnte Asylsuchende gibt es in bestimmten Fällen Abschiebeverbote. Soweit ergänzende Ausführungsbestimmungen, Gesetze und Urteile den Kreis der "politisch Verfolgten" erweitert haben, können diese Gesetze und Bestimmungen geändert werden und ergangenen Urteilen, auch des Bundesverfassungsgerichts, können in einer neuen Lage neue Urteile nachfolgen. Auch bei früheren, anderen Änderungen der politischen "Großwetterlagen" hat das Bundesverfassungsgericht das GG neu interpretiert und der Bundestag in Grundsatzfragen Kehrtwendungen gemacht, z.B. zu den Bundeswehreinsätzen im Ausland. ...

Politiker-Aussagen wie, "Asyl hat keine Obergrenze" oder "Wir wollen Asylrecht nicht verschärfen. Wir wollen freiwillig zurückführen" sind angesichts der Lageentwicklung weltfremd. Das Asylrecht soll, wie im GG formuliert, Bestand haben, aber die deutsche Asyl- und Abschiebe-Praxis müssen der neuen Lage angepaßt werden. ...

**Europäische Lösung**

Eine nachhaltige Lösung, die inzwischen nicht mehr beherrschbare Völkerwanderung nach Kern-Europa zu beenden, muß eine europäische Lösung sein. Ein "Europäischer Verteilerschlüssel" für Migranten ist aber keine Dauerlösung für das eigentliche Problem. Er ist außer-

dem ein illegitimer Eingriff in die Souveränität der europäischen Staaten. Auch die bisherige, nachgiebige deutsche Haltung gegenüber der Migranten-Wanderung ist unter den 28 EU-Staaten, wie sich zeigt, nicht konsensfähig. ...
Der augenblickliche Beifall des amerikanischen Präsidenten und des englischen Ministerpräsidenten zur plötzlichen Grenzöffnung für die in Ungarn "aufgestaute" Migranten-Menge belegt nicht das Gegenteil. Beide Präsidenten haben ein Interesse an einer weiteren Durchmischung und Desintegration der deutschen Bevölkerung und damit an einer Schwächung Deutschlands gegenüber ihren eigenen Staaten. Deutschland muß in der EU eine Vorreiterrolle für ein Unterbinden der Völkerwanderung übernehmen und nicht weiter auf eine EU-Entscheidung warten.

**Unzulängliche und ungeeignete Vorschläge**

Die augenblicklichen Bemühungen der Kommunen, Länder, des Bundes und der EU richten sich auf die Bewältigung der derzeitigen Migranten-Zuwanderung. Obwohl erkennbar ist, daß der heutige Migranten-Strom der Beginn eines Dauerzustands ist, ist nirgendwo in der Politik ein Ansatz zu einer nachhaltigen Lösung des Problems zu erkennen.
So gut wie kein Politiker zeigt bisher die Weitsicht und die Courage, unser neues Dauerproblem anzusprechen und nachhaltige Lösungen zur Beendigung der neuen Völkerwanderung vorzuschlagen und sie anzustreben. ...

**Vorwurf und Bitte**

... Ich bitte sie, dringend zu erwirken,
– daß die Anwendung des Asylrechts wieder auf den im GG festgeschriebenen Kern zurückgeführt wird,
– daß der Rechts-Instanzenweg im Asylverfahren abgeschafft wird, (In der Schweiz sind Asylverfahren in der Regel binnen 48 Stunden abgeschlossen.)
– daß die Asylverfahren afrikanischer Migranten in Nordafrika oder in den Herkunftsländern der Migranten abgewickelt werden,
– daß die Einwanderung per Schiff über das Mittelmeer nach australischem Vorbild unterbunden wird, (Australiens Regierung hat in allen Herkunftsländern Zeitungs- und TV-Anzeigen geschaltet und bekannt gemacht, daß Asylanträge nur noch in den dortigen Konsulaten angenommen und Bootsflüchtlinge generell zurückschickt werden. Die australische Marine nimmt Flüchtlingsboote "auf den Haken", in Seenot geratene Migranten an Bord und fährt sie an die nächste Küste auf dem Gegenufer zurück.)
– daß Angehörige von Nicht-EU-Balkanstaaten und aus asiatischen Unruhe- und Armutsgebieten ihre Asyl- oder Einwanderungsbegehren nur an deutschen Vertretungen in ihren Heimatländern vorbringen können, und daß Angehörige aus diesen Staaten und Gebieten ohne positive Asyl- oder Einwanderungsbescheide bei illegaler Einwanderung sofort repatriiert werden, und daß dies in den Herkunftsländern bekanntgemacht wird ...<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 15. Oktober 2015 (x892/…): >>**Stellungnahme zur Einwanderungswelle**

Derzeit erleben wir in Europa und besonders in Deutschland eine Einwanderung von Flüchtlingen, die zu einem großen Teil aus verschiedenen Kriegsgebieten des Nahen und Mittleren Ostens, aus Afghanistan und verschiedenen anderen Ländern stammen. Davon sollen allein in diesem Jahr 800.000 bis 1.000.000 Menschen nach Deutschland kommen. Verschiedene Länder Europas haben ihre Grenzen geschlossen, und durch unbedachte Äußerungen der Bundeskanzlerin wurden die Menschen nach Deutschland gelenkt, wodurch nun unser Land die Hauptlast des Flüchtlingsstroms zu tragen hat.
Die deutschen Bischöfe haben die "Einladung" der Flüchtlinge und Einwanderer nach Deutschland durch Angela Merkel begrüßt und die Bevölkerung dazu aufgerufen, im Sinne der Nächstenliebe die Menschen aufzunehmen und ihnen zu helfen.

Bei der ganzen Diskussion für und wider die Aufnahme von Flüchtlingen und Einwanderern wird nicht unterschieden zwischen der persönlichen Not der Hilfesuchenden und der christlichen Verpflichtung zur Nächstenliebe auf der einen Seite und dem Gemeinwohl des Staates auf der anderen Seite. Selbstverständlich ist es die persönliche Pflicht eines Christen, einem Menschen in Not Hilfe zu leisten. Wo eindeutige Asylgründe vorliegen, ist es auch auf der Grundlage des Naturrechts und der katholischen Soziallehre die Pflicht des Staates, diesen Menschen zu helfen, bis sie wieder in ihre Heimat zurückkehren können.
Es ist aber die vorrangige Aufgabe des Staates und seiner Organe, das Gemeinwohl des Staates und seiner Familien zu wahren. Das persönliche Wohl und das Gemeinwohl können einander aber widersprechen. Vom Standpunkt des Gemeinwohls ist es nicht die Aufgabe des deutschen Staates, Menschen, die, aus welchen Gründen auch immer, in Not geraten sind, hierherzuholen, um sie bei uns zu versorgen. Es kann aber durchaus die Aufgabe des Staates sein, die Menschen in den Flüchtlingslagern um die Kriegsgebiete herum finanziell zu unterstützen und durch verschiedene diplomatische und finanzielle Maßnahmen, z.B. im Rahmen der UNO, dafür zu sorgen, daß die betroffenen Menschen wieder in ihre Heimat zurückkehren können.
Die Aufnahme von einer Million Menschen und vielleicht auch mehr allein in diesem Jahr, die zum größten Teil aus islamischen Ländern stammen und deren Integration sich in der Vergangenheit in allen westlichen Ländern als notorisch schwierig erwiesen hat, kann nur zu einem schweren Schaden am Gemeinwohl führen. Darüber sind sich auch viele Beobachter inzwischen im Klaren, denn daß diese Masseneinwanderung Deutschland deutlich verändern wird, wird auch von denjenigen zugestanden, die diese Einwanderung befürworten.
Zudem ist aus allen Äußerungen der Politiker erkennbar, daß es keine Absichten gibt, diese Menschen nach Beendigung der Kriege in ihre Länder zurückzuführen, wie dies im Asylrecht vorgesehen ist. Durch die Aufnahme von Millionen von Menschen aus islamischen Ländern - denn die Zuwanderung wird in den kommenden Jahren weitergehen - kann Deutschland auch die letzten Reste seiner christlichen Kultur verlieren.
Daß es überhaupt so weit gekommen ist, hat natürlich seinen Grund in erster Linie darin, daß seit vielen Jahrzehnten der christliche Glaube in Deutschland und überall in Europa immer weiter verlorengegangen ist und die überwiegende Mehrheit der Menschen heute in Glaubensfragen völlig indifferent ist. An die Stelle des katholischen Glaubens ist leider auch bei den Bischöfen und Priestern ein "sekundäres Christentum" getreten, bei dem die Glaubenswahrheiten keine Rolle spielen und nur noch ein vager Humanismus und Sozialarbeit übrig bleiben.
Die wichtigste Aufgabe der Kirche in der gegenwärtigen Situation wäre es, die hier ankommenden Moslems mit dem katholischen Glauben bekannt zu machen. Es wäre die erste Pflicht der Bischöfe, jetzt missionarisch tätig zu werden und die Priester und Laien zum aktiven Apostolat bei den Einwanderern aufzurufen. Es ist für Katholiken aber jetzt auch keine Lösung, den hier ankommenden Menschen aus dem Weg zu gehen. …<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 16. Oktober 2015: >>**Kosten von bis zu 30 Milliarden Euro, jedes Jahr**
Deutschlands Top-Volkswirte warnen: Die Republik wird sich bei der Flüchtlingskrise übernehmen. Ökonom Fuest rechnet mit Milliarden-Kosten. Dadurch könnten die Steuern um sechs Prozent steigen.
Die Flüchtlingskrise hat das Land fest im Griff. Die Sorgen in der Bevölkerung und in der Politik sind groß: Schaffen wir das? Können wir so viele Flüchtlinge aufnehmen? Können wir die Hilfesuchenden in den Arbeitsmarkt integrieren? Und wie teuer wird das alles? ...
Laut Fuest wird die Integration der Flüchtlinge allerdings mit hohen Kosten verbunden sein. "Wenn man annimmt, daß pro Jahr 800.000 Menschen zuwandern und diese im Durchschnitt

innerhalb von zwei bis drei Jahren so in den Arbeitsmarkt integriert werden, daß sie mit ihren Steuern und Abgaben die öffentlichen Leistungen finanzieren, die sie erhalten, ergibt sich eine zusätzliche Belastung von ungefähr 20 bis 30 Milliarden Euro pro Jahr, solange der Zuwanderungsstrom anhält", sagte Fuest. Der Finanzwissenschaftler rechnet daher wieder mit steigenden Staatsschulden. ...<<

Der pensionierte evangelische Berufsschulpastor Eberhardt Kleina kritisierte am 20. Oktober 2015 in einem Offenen Brief die Flüchtlingspolitik der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel (x881/...): >>**Flüchtlingsströme nach Europa: Eine getarnte Masseneinwanderung?**

**Gegenwärtige Lage, Ursachen und Hintergründe**

Der Ansturm ist gewaltig. Woche für Woche kommen mehrere zehntausend Menschen in Deutschland an, vornehmlich im Münchener Hauptbahnhof. Abends sieht man in den Fernsehnachrichten Menschenmassen, die mit dem Zug aus Österreich kommen, jubelnd begrüßt von einigen hundert Einheimischen:

"Refugees welcome!" - Flüchtlinge willkommen, steht auf buntbemalten Schildern und Spruchbändern. Gespendete Lebensmittel, Kleidung, Spielsachen für Kinder und anderes stapeln sich für die, die aus ihren Heimatländern geflohen sind, wo Krieg, Zerstörung, Elend, Not und Verfolgung herrschen, wie immer wieder von Politik und Medien im Einklang betont wird, um im sicheren Europa Schutz und Asyl zu suchen. Sie kommen auf der sog. Balkan-Route aus dem Nahen Osten, aus Afghanistan, Irak, Syrien, Libanon und anderen Ländern. Die Balkan-Route beginnt in der Türkei, verläuft über Griechenland, Mazedonien, Serbien, Ungarn, Österreich bis hin nach Deutschland.

Ihnen schließen sich viele Menschen aus den West-Balkanstaaten Kosovo, Albanien, Serbien und Mazedonien an. Die andere Flüchtlingsroute verläuft über das Mittelmeer, ausgehend von Nord-Afrika, besonders Libyen. Die Menschen kommen auf halb abgewrackten, aber gestopft vollen Booten und betreten auf der italienischen Insel Lampedusa europäischen Boden, ziehen in aller Regel weiter nach Norden, ungehindert von den Staaten mit EU-Außengrenzen, etwa Griechenland und Italien.

Man kommt auf zwei Routen, hat aber in der Regel ein und dasselbe Ziel: Einige wollen in westeuropäische Länder, beliebt ist auch Schweden, die meisten aber wollen nach Deutschland. "Germany! Germany!", ruft man begeistert in die Fernsehkameras oder auf arabisch "Almaniya!" Mindestens zwei Drittel aller Ankommenden sind Muslime.

Die Menschen kommen aus Ländern, die seit Jahrzehnten eine Bevölkerungsexplosion erleben. Allein Afrika hat momentan 1,4 Milliarden Einwohner, 2030 rechnet man mit 2,4 und 2050 mit unvorstellbaren 4,4 Milliarden Menschen, so der Afrika-Experte Volker Seitz in der Wochenzeitung Junge Freiheit (11.9.2015). Die Massen strömen in das alternde Europa mit seinem Bevölkerungsrückgang.

In den letzten vierzig Jahren hat es keine deutsche Regierung geschafft, die Zahl der Geburten in Deutschland durch familien- und kinderfreundliche Maßnahmen nachhaltig zu erhöhen, man wollte es wohl auch nicht wirklich. Erschwerend kommt hinzu, daß Jahr um Jahr etwa einhunderttausend Kinder nach staatlichen Gesetzen legal schon vor ihrer Geburt getötet werden, die Dunkelziffer dürfte noch einmal so hoch sein. Sind es fünf, sechs oder gar sieben Millionen Kinder, deren Leben in den letzten vier Jahrzehnten vernichtet wurde?

Im Jahre 2012 kamen 77.000 Menschen aus den genannten Regionen nach Deutschland. Zwei Jahre später waren es schon 200.000, explosionsartig stieg ihre Zahl aber seit dem Frühjahr 2015 an und erreichte bis September immer neue Höhepunkte. Im Laufe dieses Jahres wurde die Zahl der prognostizierten Ankömmlinge mehrfach regierungsamtlich nach oben korrigiert. Im Augenblick erwartet man bis Ende des Jahres 800.000, es können aber auch 1.000.000 werden, im Jahre 2016 voraussichtlich noch mehr. Allein am ersten Septemberwochenende

2015 kamen rund 20.000 Menschen in Deutschland an, am darauffolgenden Montag weitere 10.000 plus x, wie der oberbayerische Regierungspräsident Christoph Hillenbrand sagte (Bild online, 7.9.2015).
In Ungarn hatte die Regierung sie vorübergehend an der Weiterreise gehindert, bis die deutsche Bundeskanzlerin am 5.9.2015 zugesagt hatte, alle einreisen zu lassen, aus humanitären Gründen, wie sie betonte. "Wir schaffen das", so Frau Merkel, eine Obergrenze für Flüchtlinge gebe es nicht. Ungarn ist derzeit das einzige Land, das die EU-Vorschriften bezüglich Einreise und Asyl ernst nimmt, wird dafür aber von anderen EU-Staaten und der Brüsseler EU-Zentrale kritisiert.
Die deutsche Einreisegenehmigung sprach sich in Windeseile herum. So berichtete am 11.9.2015 das ZDF aus dem Nordirak: "Seit die arabischen Nachrichtensender von deutscher Willkommenskultur berichten, werden die Erwartungen an Deutschland grenzenlos." Schilder tauchten auf: "Danke, Frau Merkel."
In arabischen Ländern genießt die deutsche Regierungschefin derzeit die größte Verehrung. Weitere Menschen werden hereinströmen. Der Vizekanzler Sigmar Gabriel sieht das nicht als ein Problem, hält 500.000 Einwanderer pro Jahr über einige Jahre hinweg für verkraftbar (Spiegel.de, 8.9.2015).
Man fragt sich, ob diese Entscheidungsträger eigentlich an ihren Amtseid gedacht haben, ihre Kraft dem Wohl des deutschen Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden.
Die Situation ist momentan außer Kontrolle, die Behörden wissen oftmals nicht, wer da einreist. Schwierig ist es für die normalen Bürger, einen Durchblick zu bekommen, ein Gefühl der Angst, Ohnmacht und auch Wut macht sich breit angesichts der hereindrängenden Menschenmassen.
Ist es nun eine zwangsläufige Entwicklung, daß in das kinderarme und alternde Europa die Menschen aus den Ländern mit einem hohen Geburtenüberschuß einwandern, sozusagen ein Bevölkerungsausgleich stattfindet, wobei der europäische Wohlstand noch einen zusätzlichen Anreiz bietet?
Immer öfter wird dagegen die Vermutung angestellt, es könnte eine gewollte Maßnahme sein, daß so viele Menschen einreisen. Beweise gibt es natürlich keine, höchstens Indizien, aber auch da muß man schon genau hinschauen. Gehen wir der Reihe nach vor.
Die Menschen aus dem Nahen Osten und Afrika kommen sehr oft aus Ländern, wo in der Vergangenheit die USA und mit ihnen eine Koalition der Willigen kriegerisch eingegriffen, Regime gestürzt und große Zerstörungen angerichtet haben.
Die Initialzündung war der Terrorangriff tiefgläubiger Muslime auf die Türme des World Trade Centers in New York am 11. September 2001. Die USA intervenierten daraufhin militärisch in Afghanistan, 2003 im Irak und 2011 in Libyen. Oder sie agierten mehr im Hintergrund wie im sog. Arabischen Frühling oder in Syrien, wo man regimefeindliche Gruppen mit Waffen versorgte, um das von Amerika abgelehnte Assad-Regime zu stürzen. Die Folge war und ist ein grausamer syrischer Bürgerkrieg.
Nach Meinung vieler Beobachter sind die USA damit der Auslöser der gegenwärtigen Wanderungswelle. Man wollte Demokratie und Freiheit bringen und beseitigte deswegen die arabischen Diktaturen. Aber erst dadurch brach das Chaos aus. Der libysche Diktator Gaddafi hatte gewarnt, daß sich nach seinem Sturz Millionen Menschen aus Afrika nach Europa aufmachen würden, die bis dahin mit Zwangsmaßnahmen zurückgehalten worden waren. Nun ist es geschehen, die Wanderung ist in Gang gekommen und übt eine Sogwirkung aus auch auf Länder, wo die USA nicht direkt eingegriffen haben.
Es ist eine Völkerwanderung, die die Völkerwanderung der Antike schon jetzt übertrifft, welche die damalige Welt umgepflügt und das Weströmische Reich zum Einsturz gebracht hat.

Sie ist vergleichbar mit der Völkerwanderung weißer Europäer nach Amerika im 18./19. Jahrhundert, wo als Ergebnis die Ureinwohner heute nur noch in Reservaten leben. Die gegenwärtigen Wandermassen werden das Gesicht Europas und insbesondere Deutschlands auf das nachhaltigste verändern. In wenigen Jahren werden wir unser vertrautes Land kaum mehr wiedererkennen.
War die gegenwärtige Völkerwanderung beabsichtigt oder nicht? Für Normalbürger schwer zu durchschauen. Wenn nicht, dann war es eine beispiellose Leichtfertigkeit und Verantwortungslosigkeit, in den genannten Ländern militärisch einzugreifen. Wenn ja, aber mit welchem Ziel? Will man Europa, insbesondere Deutschland, destabilisieren, das trotz der desaströsen Euro-Rettungsmaßnahmen immer noch wirtschaftlich zu stark ist?
Tatsache ist: Die Wanderströme gehen nicht nach Amerika, nicht nach Asien, nicht nach Australien, sie gehen allein nach Europa, West- und Mitteleuropa, vornehmlich nach Deutschland. Welche politischen Kräfte spielen hier eine verdeckte Rolle? Historiker werden später eine Antwort finden.
Mit offenen Karten spielt hingegen der sog. "Islamische Staat". Diese brutale Terror-Organisation, die am 29.6.2014 ein Kalifat unter dem selbsternannten Kalif Al-Bagdadi ausrief, hat gedroht, 500.000 Menschen nach Europa zu schicken, um Chaos zu stiften (Daily Mail online, 6.9.2015). Die Zeitung Sunday Express berichtete am 7.9.2015, daß bereits etwa 4.000 IS-Kämpfer als Flüchtlinge getarnt in Europa angekommen seien. Die ersten IS-Terroristen wurden schon in Bulgarien verhaftet.
Nicht nur Chaos in Europa ist das Ziel des IS, man will auch den Nahen Osten und Nordafrika von Ungläubigen säubern, worunter man vornehmlich Christen und Juden versteht, aber auch Moslems, die nicht gläubig genug sind. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an einen Geheimbeschluß der "Panislamischen Konferenz" aus dem Jahre 1980 im pakistanischen Lahore: "Das ganze Gebiet (Naher Osten) ist bis zum Jahre 2000 völlig zu islamisieren, und zwar im Mittleren Osten dergestalt, daß alle Lebenden, die nicht Muslime sind, die koptischen Christen in Ägypten, die Christen im Irak, Iran, in der Türkei, im Libanon, Syrien ... und insbesondere die Israelis völlig ausgelöscht werden müssen." (Europe News, 13.10.2009)
Genau das versucht man heute, nur um 15 Jahre verspätet. Die "Panislamische Konferenz" umfaßte damals 42 Länder, der Beschluß wurde unter dem Vorsitz der Türkei gefaßt. Was damals noch geheim geschah, propagiert der IS heute öffentlich, ganz auf der Linie des Koran, um den Islam "über jede andere Religion siegreich zu machen." (Sure 61,9)
Auf das Bestreben, insbesondere Europa dem Islam zu unterwerfen, wies auch der Islamwissenschaftler Bassam Tibi bereits im Jahre 1996 hin in seinem Buch "Der wahre Imam", demzufolge die islamische Welt-Liga sowie der Welt-Moschee-Rat im Juli 1993 in Kairo ein Arbeitspapier verabschiedet haben, wonach die Einwanderung nach Europa und der Aufbau islamischer Zentren als Mittel der Islamisierung Europas gesehen werden (S. 64). Ernst genommen haben das nur wenige, leider.
Seit seiner Entstehung ist der Islam eine Eroberungs- und Unterwerfungsideologie, getarnt als Religion, er will die Weltherrschaft (siehe neben Sure 61,9 auch Sure 2,193; 8,39). Nach einem Buhari-Hadith lautet ein Ausspruch Mohammeds: "Der Islam herrscht, er wird nicht beherrscht." Die Gelegenheit jetzt scheint günstig, den Nahen Osten juden- und christenfrei zu machen und Europa zu erobern. Danach sieht man weiter.
Auch der türkische Staatspräsident Erdogan verbirgt seine Meinung nicht. Für ihn sind die Menschenmassen eine Art politisch-religiöse Waffe. In Reden stellt er sich als Beschützer der muslimischen Flüchtlinge dar, die Türkei sei Schutzraum für alle Rechtgläubigen, das gebiete der Koran. Ein hochrangiger Nato-Vertreter aus Brüssel kommentiert, Erdogan spiele mit der Migrationswaffe und befördere die gezielte Massenflucht von Muslimen nach Europa, das passe in sein missionarisches Weltbild, wonach jeder Muslim in Europa die islamische Sache

stärke (N-TV, 25.8.2015).
Dem tiefgläubigen Moslem Erdogan dürfte sehr wohl bekannt sein, daß schon am Anfang des Islam die Masseneinwanderung ein probates Eroberungsmittel war (Einwanderungs-Dschihad), das als erster Mohammed erfolgreich im Jahre 622 n. Chr. anwendete. Nach seiner Flucht aus Mekka fiel die Stadt Medina durch die Einwanderung seiner Anhänger kampflos in seine Hand. Daß die Massenimmigration von Muslimen in der Tat eine Islamisierung bewirkt, bestätigt indirekt der Vorsitzende des Zentralrates der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek: "Die Zahl der Muslime in Deutschland wird signifikant wachsen. Schon jetzt haben wir Moscheegemeinden, die sich wegen der Flüchtlinge innerhalb eines Monats verdoppelt haben." (Tagesspiegel, 27.8.2015)
Herr Mazyek freut sich über bis jetzt schon 600.000 weitere Muslime. Wenn der Zustrom weiter anhält werden in absehbarer Zukunft nicht nur die bisherigen vier Millionen Muslime hier wohnen, sondern sechs, sieben oder noch mehr, bedingt auch durch ihre hohe Geburtenzahl. Langsam, aber sicher wird dann eine kritische Grenze überschritten, die das soziale Gefüge hier völlig umkrempelt. Man wird mehr Mitsprache, Macht und Einfluß einfordern.
Schon im Jahre 1996 schrieb El-Zayat, Generalsekretär des Dachverbandes "Islamisches Konzil": "Ich glaube nicht, daß es unmöglich ist, daß der Bundeskanzler im Jahre 2020 ein in Deutschland geborener und aufgewachsener Muslim ist, daß wir im Bundesverfassungsgericht einen muslimischen Richter oder eine muslimische Richterin haben. … Dieses Land ist unser Land und es ist unsere Pflicht, es positiv zu verändern. Mit der Hilfe Allahs werden wir es zu unserem Paradies auf der Erde machen und der islamischen Ummah (Weltgemeinschaft) und der Menschheit insgesamt zur Verfügung stellen." (Jugendmagazin der Muslimischen Jugend TNT, Nr. 1/9, 1996). Die Islamisierung Deutschlands ist in vollem Gange.
Jeder Moslem ist aufgefordert, die Herrschaft Allahs auszudehnen. Diese Anstrengung für die Sache Allahs, Dschihad genannt, kann mit kriegerischen Mitteln durchgeführt werden, wie es Mohammed in rund 60 Kriegen machte und der IS heute durch beispiellos grausamen Terror, oder mit unkriegerischen Mitteln, eben durch Einwanderung. Die klassischen Einwanderungsländer USA, Kanada und Australien gehen mit Einwanderern, Flüchtlingen und Asylsuchenden ganz anders um. Niemand, der bestimmten Kriterien nicht genügt, kommt ins Land. Auch Polen, Ungarn, Tschechen und andere weigern sich, die jetzt Ankommenden aufzunehmen, wenn überhaupt, dann nur christliche Flüchtlinge.
Wer könnte sonst noch ein Interesse haben, möglichst viele Fremde, besonders Muslime, hier aufzunehmen? Bei einem Blick ins linke politische Spektrum wird man schnell fündig. Hier träumt man seit langem von einem bunten, multikulturellen und multireligiösen Deutschland. Deutschland soll entnationalisiert und internationalisiert werden.
Vorreiter sind Grüne und Linke, aber auch die SPD und selbst CDU und FDP als (einstmals) bürgerliche Parteien scheinen irgendwie offen für diesen Trend zu sein. Schnell erklären sich so die euphorischen Willkommensgrüße, wenn Züge aus Österreich eintreffen, so erklärt sich auch die Meinung eines Herrn Gabriel bezüglich der Zuwanderung, so erklärt sich, wenn der frühere Bundespräsident Wulff und Frau Merkel betonen, der Islam gehöre zu Deutschland. So erklären sich auch die folgenden Stellungnahmen grüner Politiker:
"Deutschland muß von außen eingehegt und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden." (Joschka Fischer, Bündnis 90/Die Grünen, ehemaliger Außenminister).
"Deutschland verschwindet jeden Tag immer mehr, und das finde ich einfach großartig." (Jürgen Trittin, Bündnis 90/Die Grünen, ehemaliger niedersächsischer Landesminister, danach Bundesminister).
"Deutsche sind Nicht-Migranten, mehr nicht." (Claudia Roth, Bündnis 90/Die Grünen, amtierende Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages).
"Der deutsche Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali." (Cem Özdemir, Parteichef

Bündnis 90/Die Grünen).
"Ich wollte, daß Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt." (Sieglinde Frieß, Grüne und Verdi-Funktionärin).
"Wir, die Grünen, müssen dafür sorgen, so viele Ausländer wie möglich nach Deutschland zu holen. Wenn sie in Deutschland sind, müssen wir für ihr Wahlrecht kämpfen. Wenn wir das erreicht haben, werden wir den Stimmenanteil haben, den wir brauchen, um diese Republik zu verändern." (Daniel Cohn-Bendit, Bündnis 90/Die Grünen, Abgeordneter des Europa-Parlaments).
So ist es nicht verwunderlich, daß man von linken Demonstranten auf der Straße Sprechchöre hört wie: "Deutschland verrecke!"
Es soll an dieser Stelle nicht behauptet werden, daß alle Grünen solche extremen Meinungen vertreten, aber es ist bezeichnend, daß man diese Stellungnahmen einfach stehen läßt und nicht vehement kritisiert.
Den Grund für diese Ablehnung, ja manchmal schon Deutschenhaß, muß man wohl in der Hitlerzeit suchen. In linken Kreisen wird Deutschland als Aggressor und als böse schlechthin angesehen, der immenses Unheil über die Welt gebracht hat. Deutschland in seiner bisherigen Form muß völlig umgebaut, soll bunt werden, damit es nie wieder Unheil anrichten kann. Welch eine verquere Weltsicht.
Das Unheil in bezug auf den 2. Weltkrieg soll nicht in Frage gestellt werden - die Verbrechen anderer Staaten seien hier nicht thematisiert - aber die linken Meinungsführer begreifen offensichtlich nicht, daß Jesus am Kreuz von Golgatha alle Schuld der Welt auf sich genommen hat und nach Buße und Umkehr Vergebung gewährt.
Auch ein Volk kann sich ändern (Jona, Kap. 3), und Deutschland hat sich geändert, wie die Neuansiedlung vieler Juden aus Osteuropa zeigt. Auch für Deutschland und seine Menschen gibt es Vergebung. Warum blendet man das aus? Zudem sind längst Nachkriegsgenerationen herangewachsen, und Schuld ist individuell und kann nicht vererbt werden, darauf weist Gott ausdrücklich hin. (Hes. 18, 1- 24). Das immer erneute Hinweisen dagegen auf deutsche Greuel im 3. Reich ist zu einem probaten Mittel geworden, das deutsche Volk in einem Schuldkomplex gefangen und das schlechte Gewissen wach zu halten, wodurch es leichter politisch zu lenken ist.
Durch das neue bunte Deutschland hofft man zugleich einen neuen Menschen zu erziehen, wenn Deutschland ethnisch und religiös durchmischt wird. In diese Richtung weist auch die staatlich verordnete Gender-Erziehung in der Schule, eine gottfeindliche Ideologie, die die normale Familie zerstören soll. Mit der eigenen christlich geprägten Kultur steht man auf Kriegsfuß, sie ist zugunsten des Islam zurückzudrängen.
Geradezu grotesk erscheint es, wenn Gregor Gysi am 9.9.2015 im Bundestag ausgerechnet auf die Bergpredigt der Bibel hinweist, um die gegenwärtige Masseneinwanderung zu unterstützen. In Fragen der Homo-Ehe und Abtreibung schweigt man sich über die Bibel lieber aus. Tatkräftige Unterstützung für linke Positionen gewährt auch die evangelische Kirche. Die Gender-Ideologie hat man übernommen, und seit Jahrzehnten fährt man hier einen Annäherungskurs an den Islam.
Gott, der Vater Jesu Christi, und Allah im Koran seien identisch. Anschläge, Massaker und andere Greueltaten im Namen Allahs erklärt man als Mißbrauch des eigentlich friedlichen Islam und als Einzelfälle.
Letzter Stand der Annäherung: Der EKD-Chef Bischof Bedford-Strohm ist Mitglied im Kuratorium des Münchener Islam-Zentrums. Leider ist auch die katholische Kirche im Islam-Zentrum vertreten, allerdings nicht mit einem Bischof. Auch hier ist man seit dem 2. Vatikanischen Konzil überzeugt, mit den Muslimen denselben Gott zu verehren, eine biblisch unhaltbare Position.

Aktuell erklärte der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz Erzbischof Reinhard Marx im NDR-Info-Radio am 24.9.2015, Christen müßten die heutigen Flüchtlinge schon deshalb aufnehmen, weil der neugeborene Jesus mit seinen menschlichen Eltern auch ein Flüchtling gewesen sei, nach Ägypten fliehen mußte, weil Herodes ihn umbringen wollte. Das stimmt. Dennoch ist dieser Hinweis völlig unangebracht. Denn Joseph, Maria und Jesus kehrten nach Hause zurück, als die Gefahr vorüber war. Die heutigen Flüchtlinge aber werden bleiben und sollen es wohl auch.

Starke politische Kräfte streben die Utopie einer neuen Gesellschaft an. Es soll ein multiethnisches, multikulturelles, multireligiöses Paradies sein, wo alle Gegensätze und Konflikte aufgehoben sind und immerwährender Friede einkehrt, auf der Basis von Gleichheit, Toleranz und gegenseitiger Achtung. Konservative und bibeltreue Meinungen stören hingegen, weil sie die Utopie in Frage stellen. Vor unseren Augen läuft ein gesellschaftspolitisches Großexperiment ab. Aber es wird scheitern an der Herrschaftsideologie Islam.

Von solchen Bestrebungen geht indes eine enorme Gefahr aus. Aus dem kommunistischen Großexperiment des 20. Jahrhunderts hat man anscheinend nichts gelernt, wo in der früheren Sowjetunion und im China Mao Tse-tungs die verschiedensten Völker und Kulturen vermischt und auch ein neuer Mensch geschaffen werden sollte. Das Ergebnis waren gigantische Ströme von Blut. Auch die Verhältnisse im früheren Jugoslawien und im Libanon blendet man beharrlich aus, die Christenverfolgungen in der islamischen Welt behandelt man eher am Rande. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban aber warnt:

"Die europäischen Spitzenpolitiker ... haben keine Ahnung von der tatsächlichen Gefahr, die die Einwanderer für uns bedeuten, auch nicht von der Größenordnung des Problems. Wir reden hier über zig Millionen Menschen. Der Nachschub ist endlos, aus Pakistan, Bangladesch, Mali, Äthiopien, Nigeria. Wenn wir die alle reinlassen, geht Europa zugrunde." (Bild online, 12.9.2015)

Da solche Stimmen die Utopie stören, überhört man sie, schließlich hält man Orban eh für einen Nationalisten, irgendwie braun angehaucht. Aber er hat recht. Tatsächlich sitzen Millionen Menschen auf gepackten Koffern. Allein 38 % der Afrikaner wollen laut Umfragen nach Europa (FAZ, 13.9.2015). Wenn die alle kommen, geht Europa zugrunde. Am 13.9.2015 zog die deutsche Regierung die Notbremse und führte wieder Grenzkontrollen ein. Es bleibt abzuwarten, wie effektiv sie sind.

Schon jetzt haben Städte und Gemeinden die größten Probleme, die lawinenartig hereinströmenden Menschenmassen unterzubringen. Turnhallen werden beschlagnahmt und als Unterkünfte hergerichtet, leerstehende Gebäude mit beträchtlichem Kostenaufwand renoviert. Private Hauseigentümer fordert man bereits auf, nichtgenutzten Wohnraum zur Verfügung zu stellen, das sei "Gold wert für die Integration", so Katrin Göring-Eckhardt von den Grünen (Junge Freiheit, 6.9.2015).

Da voraussichtlich zu wenig privater Wohnraum zur Verfügung gestellt wird, sind schon Zwangseinquartierungen angedacht. Hamburg will noch im Oktober ein Gesetz verabschieden, wonach leerstehende Gewerbeimmobilien im Privatbesitz beschlagnahmt werden können (N-TV, 23.9.2015). Die ersten Städte werfen Mieter aus stadteigenen Wohnungen, melden Eigenbedarf für die Neuankömmlinge an, wie in Paderborn (Neue Westfälische, 28.7.2015), oder quartieren eine ganze Schule aus, wie in Lübbecke, wo Hals über Kopf innerhalb einer Stunde die Realschüler ihr Schulgebäude verlassen mußten, also vertrieben wurden, um Platz zu schaffen (Westfalenblatt, 18.9.2015), bundesweit bisher einmalig.

So geht man nicht mit Menschen um, die Eltern dieser Schüler sind Steuerzahler, der Staat hat eine Fürsorgepflicht für seine Bürger. Die ursächliche Schuld liegt natürlich bei der Regierung, die die Fremden massenweise ins Land läßt, ausbaden muß es das Volk. Man hat den Eindruck, daß die Behörden völlig überfordert sind. Mit derartigen Zuständen hatte niemand

gerechnet. Der Winter steht vor der Tür, viele Menschen in Zeltstädten müssen in feste Quartiere, aber wohin? Schon jetzt brodelt es im Volk, wie man in Gesprächen leicht herausfinden kann.

**Haben die Zuwanderer ein Recht, hier zu sein?**

Ganz deutlich muß man sagen: Nein! Juristisch gesehen sind es Illegale, die jetzt ins Land strömen. Sie hätten laut EU-Gesetzgebung (Dublin-Abkommen) in dem Land Asyl beantragen müssen, wo sie zuerst den Boden eines EU-Mitgliedslandes betreten haben. Sie sind Rechtsbrecher. Als Illegale haben sie mehrere sichere EU-Staaten durchquert, wenn sie in Deutschland ankommen. Auch das deutsche Grundgesetz legt in Artikel 16a, Absatz 2 fest: "Ausländer, welche über einen Staat der EU oder einen sonstigen sicheren Drittstaat einreisen, können sich nicht auf das Asylrecht berufen."

In gigantischem Maß wird demnach Rechtsbruch begangen und zugelassen. Interessant ist, daß die Einreisenden in allen Medien und politischen Verlautbarungen als Flüchtlinge bezeichnet werden. Diese Bezeichnung ist mit Absicht gewählt, eine Manipulation durch Sprache, um die Aufnahmebereitschaft der Einheimischen zu erhöhen. Denn ein Flüchtling ist nach allgemeiner Auffassung und Sprachgebrauch ein Mensch, der ein schweres Schicksal hinter sich hat, dem man helfen muß, alles andere wäre unmenschlich, so bestimmt es unsere christlich geprägte Kultur, Nächstenliebe und Humanität. Das Handeln des barmherzigen Samariters (Lukas 10, 30 ff.) ist Grundbestandteil unserer Ethik.

Die Frage aber, ob diese Menschen wirklich Flüchtlinge sind, wird gar nicht erst gestellt. Sie sind es zu einem großen Teil nicht, und ein Anrecht auf Asyl hat keiner, da sie bereits aus einem Lager in einem sicheren Land kommen. Nur wenige dürften direkt aus dem Kriegsgebiet kommen, aber auch sie hätten im ersten EU-Land Asyl beantragen müssen. Nach internationalem Recht ist für Kriegsflüchtlinge der UNHCR, das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, zuständig. Er wird von den Mitgliedern der Vereinten Nationen mit einem Milliardenbudget ausgestattet, damit er hilft, wo Hilfe geboten ist.

Und wo Hilfe geboten ist, ist im internationalen Recht ebenfalls genau festgelegt: Flüchtlingen wird im Nachbarland des Krieges geholfen bzw. im ersten Land, in dem Sicherheit und körperliche Unversehrtheit der Menschen gewährleistet sind. Und das ist im Falle Syriens zum Beispiel die Türkei und Jordanien. Deutschland ist es nicht.

Nun kann sich Deutschland ganz abgesehen vom internationalen Recht natürlich freiwillig bereit erklären, die Türkei oder Jordanien zu unterstützen und Flüchtlinge aufnehmen. Das ginge ohne weiteres, der UNHCR würde es organisieren. Die Menschen würden dann ganz regulär etwa mit Flugzeugen nach Deutschland gebracht. Erhöht es aber die Aufnahmebereitschaft der Einheimischen und ist es medienwirksamer zu berichten, sie seien Tausende Kilometer unter großen Strapazen zu Fuß hierher gekommen?

In dem besagten Interview antwortet der ungarische Ministerpräsident Orban auf die Frage, wohin denn die Menschen gehen sollen, wenn ab dem 15.9.2015 Ungarn, wie angekündigt, seine Grenzen dicht macht.

Orban: "Dorthin, wo sie herkommen. Diese Migranten kommen ja nicht aus dem Kriegsgebiet zu uns, sondern aus Lagern in den Nachbarstaaten Syriens. … Dort waren sie in Sicherheit. Diese Menschen fliehen also nicht vor der Gefahr, sie sind bereits geflohen und mußten nicht mehr um ihr Leben fürchten. Diese Menschen kommen nicht nach Europa, weil sie Sicherheit suchen, sondern sie wollen ein besseres Leben als in den Lagern. Sie wollen ein deutsches Leben, vielleicht ein schwedisches. Die Lebensumstände in Griechenland, Mazedonien, Serbien, Ungarn und Österreich genügen ihnen nicht. Persönlich kann ich das verstehen. Aber es gibt kein Grundrecht auf ein besseres Leben, nur ein Recht auf Sicherheit und Menschenwürde." (Bild online, 12.9.2015)

Mit anderen Worten: Es sind Wirtschaftsflüchtlinge, etwa 80 % der Ankommenden sind aus

diesem Grund hier. Das aber verschweigt man oder sagt es nur ganz kleinlaut.
Alle, die hierher kommen, müssen einen Asylantrag stellen. Viele haben unterwegs allerdings ihre Papiere "verloren". Wer angibt, er komme aus dem Bürgerkriegsland Syrien, hat gute Aufnahmechancen. Oder er legt sogar gefälschte Papiere vor, für 750 Euro erhältlich in zwei Tagen, hergestellt wahrscheinlich in der Türkei, wie der niederländische Journalist Harald Doornbos recherchierte (N24.de, 17.9.2015).
Spiegel online meldete am 11.9.2015, die deutsche Botschaft in Kabul/Afghanistan habe mitgeteilt, es gebe Anzeichen, daß die afghanische Regierung eine Million Pässe ausgestellt habe, die die Ausreise nach Europa ermöglichten. Die Personen aus den Westbalkanstaaten fliehen definitiv nicht vor Krieg und Terror, ihre Anträge dürften abgelehnt werden. Aber die Aussicht, selbst bei Ablehnung wieder abgeschoben zu werden, ist gering. Die 145.000 abgelehnten Asylbewerber der Vorjahre sind immer noch hier (Bild.de, 5.10.2014). Abschiebungen werden nur in etwa 10 % der Fälle durchgeführt, zudem oft verhindert von Einheimischen aus dem linken politischen Lager.
Die besondere Attraktivität Deutschlands erklärt sich aus den hohen Leistungen, die die Einwanderer hier erhalten, nur wenig unter Hartz-IV-Niveau, was man zu Hause durch reguläre Erwerbsarbeit meist nicht erreicht. Von Anfang an werden sie in die Sozialsysteme aufgenommen, faktisch gleichgestellt den Mitgliedern der Solidargemeinschaft, die jahre- und jahrzehntelang in die Sozialkassen eingezahlt haben. Auch die medizinische Versorgung, die Unterbringung in hier üblichen Wohnungen, die Bildungseinrichtungen und anderes sind für die Menschen sehr attraktiv.
Deutschland aber wird angesichts der zu erwartenden Menschenmassen schnell überfordert sein, es kann nicht die Rolle des Welt-Sozialamtes spielen. Dies und die beinahe bedingungslose Aufnahmebereitschaft für alle, die kommen, üben eine starke Sogwirkung aus. Almaniya scheint das "gelobte Land" zu sein. Klar ist, die Menschen sind gekommen, um zu bleiben. Und die gegenwärtige Politik läßt das zu.
Es sei ausdrücklich vermerkt, daß unter den Hunderttausenden mit Sicherheit viele Menschen sind, die in ihrem Heimatland verfolgt werden und um Gesundheit und Leben fürchten müssen, etwa Jesiden und andere Minderheiten, insbesondere aber Christen. Wir erleben seit vielen Jahren eine in der Geschichte noch nie dagewesene, brutale Christenverfolgung weltweit, ein Christen-Schlachten, nicht nur, aber insbesondere in islamischen Ländern.
Pro Jahr werden etwa 100.000 nur ihres christlichen Glaubens wegen umgebracht, ein Ende ist nicht absehbar. Aber auch politisch Verfolgte sind unter ihnen. Für alle diese Menschen gilt ohne wenn und aber, daß man ihnen hier Schutz gewähren muß. Man kann ihnen ohne weiteres freiwillig ein Bleiberecht einräumen, selbst wenn sie als Illegale ins Land gekommen sind. Denn ein Zurückschicken würde ihren fast sicheren Tod zu Hause bedeuten. Das geht selbstverständlich nicht.

**Die Rolle der Medien**

Wer die Berichterstattung in den Medien aufmerksam verfolgt, wird feststellen, daß sie in ihrer Mehrheit positiv über die gegenwärtige Einwanderungswelle sprechen. Sie stehen auf der Seite des linkspolitischen Gesellschaftsexperimentes. Das ist nicht verwunderlich, da die meisten Journalisten politisch im linksgrünen Lager zu Hause sind.
Problematisch für die Medien ist nur, daß den Einheimischen keineswegs verborgen blieb, daß die Masse der ankommenden Menschen keinen abgekämpften und erschöpften Eindruck macht. Man sieht keine Kriegsverletzten, dafür aber viele, die mit Smartphone, sauberen Jeans und neuen Adidas ausgestattet sind. Woher haben sie das? Andererseits gibt es Bilder, wo gespendete Lebensmittel achtlos weggeworfen, manchmal gar vernichtet wurden. Auch gespendete Kleidung fand sich schon zahlreich in Müllcontainern, Straßengräben und auf Bahngleisen, Lebensmittelpakete des Roten Kreuzes wurden an der mazedonischen Grenze abge-

lehnt, weil auf die Kästen ein Kreuz aufgedruckt war, was für Muslime ein verabscheuungswürdiges Symbol ist.
Die Mitteldeutsche Zeitung berichtete am 24.9.2015, daß 30 Asylsuchende nur zwei Tage nach ihrer Ankunft in einem Ort bei Wittenberg in einen Hunger- und Sitzstreik traten, weil ihnen die Unterkunft, eine Turnhalle, nicht gefiel, sie wollten keine Sammelunterkunft, sondern Wohnungen mit Privatsphäre. Was werden sie wohl in einem Jahr fordern? Schwer zu vermitteln, daß hier der Satz Jesu zutreffen soll, wonach Christen die Hungrigen speisen, den Durstigen zu trinken geben, Nackte kleiden und Fremde aufnehmen sollen (Matthäus 25,31 ff.). Denn so verhalten sich nicht Menschen, die in großer Not Elend und Verfolgung entkommen sind.
Die Stimmung unter den Einheimischen hier ist natürlich nicht verborgen geblieben. Vereint nach Art eines Kartells halten Politik und Medien dagegen. Ein besonders deutliches Beispiel ist die Plakataktion "Refugees welcome" - Ihr seid willkommen", eine Aktion der Kieler Nachrichten, der Segeberger Zeitung, unterstützt von der Landeshauptstadt Kiel, der Stadt Neumünster, den Kreisen Plön, Rendsburg-Eckernförde und Segeberg. Die Plakate wurden an alle Haushalte verteilt, waren gedacht für die Haustüren, man sah aber nur wenige, außer an einigen Geschäften und natürlich öffentlichen Gebäuden, sonst nirgends.
Unablässig mahnen Politik und Medien eine Willkommenskultur an. Man stellt die Hilfsbereitschaft in Form von Sachspenden als beispielhaft heraus, zeigt Bilder, wie Flüchtlinge im Bahnhof begeistert willkommen geheißen werden. Viele haben auch den Eindruck, daß traurige Schicksale instrumentalisiert werden, um Kritik den Wind aus den Segeln zu nehmen.
Tagelang sah man in den Medien das Bild des kleinen ertrunkenen Jungen, der in Bodrum an die türkische Küste gespült wurde. Der Tod des kleinen Aylan, der nur drei Jahre alt wurde, ist ein trauriges Geschick, ohne Frage, aber gehört so ein Bild in die öffentlichen Medien? Viele empfinden das als pietätlos. Sollte damit signalisiert werden: Wer nicht hartherzig sein will, kritisiere bitte nicht mehr die gängige Aufnahmepraxis der Flüchtlinge.
Man täusche sich nicht, Bilder haben eine große Wirkung, man denke nur an das Foto des kleinen Mädchens, das 1972 durch einen amerikanischen Napalmangriff in Vietnam schwer verletzt wurde. Auch das Bild ging um die Welt. Verschwiegen wurde im Falle des kleinen Aylan allerdings, daß sein Vater aus der Türkei kam und nach Europa wollte, weil er neue Zähne brauchte, für etwa 14.000 Euro, die er nicht hatte, aber 4.000 für Schlepper bezahlen mußte, so hat die Tante des Kleinen im kanadischen Fernsehen erklärt, von Sky News veröffentlicht.
Es ist bitter, jetzt hat er Frau und zwei Kinder verloren und hat sie in Kobane regulär beerdigt, will auch in Syrien bleiben. Tage später tauchten Meldungen auf, der Vater selbst sei ein Schlepper, habe leichtfertig den Tod von Menschen riskiert. Auch sei der kleine Aylan an ganz anderer Stelle an die Küste getrieben worden, medienwirksam habe man ihn an eine gut überschaubare Küstenstelle gelegt und dann "geborgen". Die Wahrheit wird wohl nie herauskommen. Aber so oder so: Es fällt schwer, an eine verfolgte Familie zu glauben. Warum berichteten die Hauptmedien das nicht, als es bekannt wurde? Die vielen, brutal vom IS ermordeten Christenkinder kamen fast gar nicht in den Medien vor.
Eine sachliche Auseinandersetzung über den Flüchtlingsstrom ist im Augenblick kaum möglich. Ganze Fragenkomplexe werden nicht thematisiert:
Wieso gerade jetzt diese Flüchtlingsmassen?
Sind diese Menschen wirklich Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention und des deutschen Grundgesetzes?
Wieso gehen sie nicht, da die allermeisten Muslime sind, in die reichen muslimischen Ölstaaten, sondern ausgerechnet in das säkulare und christlich geprägte Europa?
Woher haben sie das Geld für die Schlepperbanden? 4.000 bis 5.000 Dollar und mehr sind für

den Transfer zu entrichten.
Wieso kommen überwiegend junge Männer, deren Leistungsfähigkeit doch eigentlich zu Hause gebraucht würde? Hier sind sie ohne Frauen, wie wirkt sich das aus?
Wieso lassen sie ihre Familien zurück, wenn diese in der Heimat bedroht sind?
Wieso zeigen die Medien aber vornehmlich selektiv Familien mit kleinen Kindern, wie es der Journalist Claus Cancel vom dänischen Radiosender "Radio 24.7" beobachtet hat, der in Mazedonien und Serbien mit den Menschenströmen nach Norden zog.
Sickern mit den faktisch unkontrollierten Massen auch IS-Terroristen ins Land?
Fragen über Fragen. Auch die Frage nach den Kosten des Einwanderungsstromes wird nicht öffentlich in den Medien thematisiert. Man erfährt nichts Genaues. Mancherorts zerfällt die Infrastruktur, Brücken und Straßen müssen saniert werden, manche Schulen sind dringend renovierungsbedürftig. Geld ist keines da. Aber für die Flüchtlinge jetzt plötzlich doch. Wie kann das sein?
Weiter hört man im Umkreis von Aufnahmeeinrichtungen immer wieder von Problemen mit den neuen Mitbürgern:
Nachbarn beschweren sich über laute nächtliche Musik und über Vermüllung der Umgebung.
Man hört von Streitereien, die untereinander mit Brachialgewalt ausgetragen werden, hört von Drogenkriminalität, sexuellen Belästigungen und sogar von Vergewaltigungen einheimischer Frauen. Christliche Flüchtlinge werden von muslimischen in den Unterkünften belästigt oder gar angegriffen Warum wird darüber nicht offen gesprochen?
Wer kritische Fragen stellt, gerät indes leicht in den unangenehmen Ruf, ein Ausländerfeind zu sein bzw. ein Rassist oder ein Rechtspopulist. Mit der Nazi-Keule wird jede noch so sachliche Kritik an der Flüchtlings- und Ausländerproblematik vom Tisch gefegt. Alles wird niedergebügelt, was nach Kritik und Widerstand aussieht, bis hin zu üblen Beschimpfungen durch die Politik ("Pack", "Mischpoke", "Dunkeldeutsche"), was die Medien ausführlich darstellen. Eine kontroverse, mit sachlichen Argumenten geführte Auseinandersetzung ist kaum mehr möglich. Ein schwerer Fehler.
Natürlich sind Brandstiftungen in Unterkünften ein schlimmer Rechtsbruch, man hat aber den Eindruck, daß die Medien so berichten, daß Rechte die Täter gewesen sein könnten, indes die Aufklärungsquote ganz minimal ist. Nicht selten sollen Flüchtlinge selbst schon Feuer gelegt haben. Und was ist mit linker Gewalt? Die redet man eher klein.
Es ist besorgniserregend, wie groß die Kluft zwischen "denen da oben" und "dem Volk da unten" inzwischen geworden ist. Die Sorgen und Ängste der Einheimischen dürfen offensichtlich keine Rolle spielen, Ängste der Eltern um ihre Kinder, Ängste der Großeltern um Kinder und Enkelkinder. Auch seit Jahren oder gar Jahrzehnten gut integrierte Ausländer sind entsetzt über die gegenwärtigen Ereignisse in Deutschland und besorgt, was die Zukunft bringt. Da die Medien ganz offensichtlich einseitig berichten, weichen immer mehr Leute auf das Internet als Informationsquelle aus.

**Sind die Ankommenden integrationsfähig?**

Alle treten für eine rasche Integration der Neuankömmlinge ein. Aber wie realistisch ist das? Wer soll die Hunderttausende Schüler unterrichten, die kein Deutsch sprechen? Die Wirtschaft hofft auf billige Arbeitskräfte, was selbst die Arbeitsministerin Nahles kritisch sieht (Junge Freiheit, 11.9.2015). Diejenigen, die einen christlichen Hintergrund haben, sind in der Regel sicherlich integrationsbereit und - fähig, werden es aber nicht leicht haben.
Anders sieht es bei den Muslimen aus, und die stellen die Masse der Neuankömmlinge. Schon im Jahre 2005 sagte Bassam Tibi: "Man muß offen sagen, die Religion des Islam erlaubt die Integration nicht. Ein Muslim darf sich einem Nicht-Muslim nicht fügen. Wenn er in der Diaspora lebt, dann ist das eine Notsituation, und er kann sich absondern. Das sagt die normale Religion und nicht eine fundamentalistische Variante." (Focus 29/2005)

Sogar bei den bereits seit vielen Jahren hier lebenden Muslimen sieht es mit der Integration nicht besonders gut aus. Waren die Einwanderer der 70er und 80er Jahre durchaus noch offen für die Integration, so sind es die jungen der dritten oder vierten Generation immer weniger, Parallelgesellschaften sind entstanden.
Diese verfestigen sich natürlich durch die Massen der neu hinzukommenden Muslime. In vielen Städten ist die Integration schon heute gescheitert.
Im Jahre 2008 wurde in Duisburg-Marxloh die bis dahin größte Moschee in Deutschland eröffnet, die Merkez-Moschee, hohe Repräsentanten aus Politik und Kirche waren anwesend. Der Bau war von der EU und dem Land NRW mit 3,2 Millionen Euro gefördert worden (Idea, 29.10.2008). Man sprach vom "Wunder von Marxloh", es sollte eine Begegnungsstätte und Vorzeigeprojekt für das reibungslose Zusammenleben verschiedener Kulturen sein, wie auch der Stadtteil Marxloh überhaupt ein Vorzeigeviertel der Einwanderung werden sollte. Die Moschee wurde gelobt für ihre gute Integrationsarbeit (Armin Laschet, CDU). Aber schon zwei Jahre später kamen erste Zweifel auf.
Heute, nur sieben Jahre später, ist die ursprünglich ansässige deutsche Bevölkerung zum großen Teil weggezogen und eine Art muslimisches Ghetto entstanden, in dem andere Werte und Verhaltensmaßstäbe gelten, in das sich selbst Polizisten nur mit Vorsichtsmaßnahmen hineintrauen.
Die Gewerkschaft der Polizei fordert ein Gegensteuern, spricht von rechtsfreien Räumen, Polizeibeamte werden "ohne jeden erkennbaren Grund von einer größeren Menschenmenge bedroht und angegriffen." (Blu-News, 30.6.2015; siehe auch Focus vom 30.6.2015 und news.de vom 20.8.2015). Duisburg-Marxloh, nur ein verunglückter Einzelfall? Keineswegs.
Auch in Dortmund, Essen, Berlin-Neukölln und anderswo klagt die Polizeigewerkschaft über ähnliche Zustände. Niemand hat damals auf warnende Stimmen gehört. Natürlich gibt es säkularisierte Muslime, die nur noch Namens-Muslime sind, aber wie werden diese sich verhalten, wenn die Islamisierung zügig voranschreitet, wenn Salafisten und ähnliche Gruppen immer mehr Einfluß bei uns gewinnen? Der Islam, ein Integrationshindernis?
Man muß die Frage leider bejahen. Es hat keinen Zweck mehr, darum herumzureden. Der Glaube ist für die allermeisten Muslime eminent wichtig, was nur die wenigsten im Westen verstehen.
Muslime, die in westliche Länder kommen, erleben einen Kulturschock, sind empört über westliche Lebensweise, Werte und Moralvorstellungen, die man für dekadent hält. Homo-Ehen verachtet man, auch sexuelle Freizügigkeiten der Geschlechter und manches andere. Als Reaktion besinnt man sich verstärkt auf die eigenen islamischen Werte, fühlt sich erhaben über diese verwahrloste Kultur, die man als identisch mit dem Christentum ansieht.
Normalerweise liest ein Moslem seinen Koran nicht. Aber koranische Grundsätze und Werte prägen durch die Tradition und Erziehung in der Familie, durch Koranschule, Moscheebesuche usw. fest das Leben dieser Menschen. Allahs Wille ist ewig gültig, und zwar für alle Menschen, er bestimmt das Leben bis in Einzelheiten hinein.
Allah hat festgelegt, daß Juden und Christen Ungläubige und Verfluchte sind (Sure 9,30), die schlechtesten Geschöpfe, die garantiert in die Hölle kommen (Sure 98,6), sie stehen noch unter dem Vieh (Sure 8,55; 7,179; 47,12), einige von ihnen hat Allah gar in Affen und Schweine verwandelt (2,65; 5,60; 7,166). Sie sind Muslimen zu Tribut verpflichtet (Sure 9,29).
Von sich selbst nimmt man dagegen an, daß man als Moslem zur besten Gesellschaft gehört, die es überhaupt gibt (Sure 3,110). Gewarnt werden Muslime vor einer Freundschaft mit Ungläubigen: "O ihr, die ihr glaubt, nehmt euch nicht die Juden und Christen zu Freunden, sie sind untereinander Freunde, und wer von euch sie zu Freunden nimmt, siehe, der ist von ihnen. Siehe, Allah leitet nicht ungerechte Leute." (Sure 5,51; siehe auch 3,118; 60,13) Menschen, die diese Grundsätze verinnerlicht haben, können eben nicht integrationsfähig sein. Die

Angst vor Allahs Zorn ist zu groß.
Die Flüchtlinge von heute, unsere Herren von morgen? Durch eine Willkommenskultur begeistert aufgenommen? Leider spricht vieles dafür. Während viele noch ihren gesellschaftspolitischen, multikulturellen, multireligiösen und mehr oder weniger antichristlichen und antideutschen Träumen nachhängen, hat die Gegenseite längst die völlige Islamisierung Europas im Auge.
Schon 1980 erklärte der "Europäische Islamrat" in London: "Islam ist ein Glaube, eine Bewegung zur Aufrichtung der islamischen Ordnung in der Welt." (Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen Nr. 7, 1.7.1980).
Aktuell hat der Scheich Mohammed Ayad, einer der führenden Imame in Jerusalem, die muslimischen Flüchtlinge öffentlich aufgerufen, Europa zu erobern, indem sie sich mit den Europäern verschmelzen: "Wir werden sie fruchtbar machen. Wir werden Kinder mit ihnen zur Welt bringen, weil wir ihre Länder erobern werden", (Sputniknews.com, 22.9.2015). Das kann man nur als Bedrohung empfinden, zumal die Bürger hier merken, daß der eigene Staat die Islamisierung stillschweigend zuläßt oder gar fördert, worauf oben hingewiesen wurde.
Das Beispiel des Libanon, der bis in die 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts noch ein überwiegend christlicher Staat war, ist ein Menetekel, durch islamische Einwanderungswellen und einen daraus resultierenden Bürgerkrieg führen die dort zurückgebliebenen Christen heute ein unterdrücktes Schattendasein.
Bürgerkriegsähnliche Unruhen drohen auch unserem Land, von der Regierung schon seit 2009 erwartet (Udo Ulfkotte, Vorsicht Bürgerkrieg, S. 47 ff.). Der Erzbischof der Stadt Mossul/Irak, Amel Shimon Nona, wendet sich mit eindringlichen Worten an die Europäer und Christen des Westens:
"Unser heutiges Leiden (Anm.: das der Christen im Irak) ist ein Vorgeschmack darauf, was ihr Europäer und Christen in naher Zukunft erleiden werdet. Ich habe mein Bistum verloren ... doch meine Gemeinde ist noch am Leben. Der Islam sagt nicht, daß alle Menschen gleich sind. Eure Werte sind nicht die seinigen. Wenn ihr das nicht schnell genug versteht, werdet ihr zum Opfer des Feindes, den ihr bei euch zu Hause willkommen geheißen habt." (Unsertirol24.com, 18.9.2015)

**Die Masseneinwanderung als Gottesgericht**

Durch den gegenwärtigen Massenansturm bahnt sich ein Gericht Gottes über das einstmals christliche Europa und das einstmals christliche Deutschland an. Der Glaubensabfall ist immens in unserem Volk, Kirchen werden geschlossen und abgerissen. In dem Maße, wie sich der Glaube an den drei- einigen Gott der Bibel verflüchtigt, macht er einem Zeitgeist Platz, nach dem der autonome Mensch glaubt, selbst bestimmen zu können, was gut und böse, richtig und falsch ist.
Die Gebote Gottes spielen eine immer geringere Rolle im Leben der meisten Menschen. In den Kirchen hat eine linksliberale Theologie das Sagen. Durch die historisch-kritische Theologie hat man einen Selbst-Säkularisierungsprozeß ausgelöst, der vom christlichen Glauben nicht viel mehr übrig läßt als die Aufforderung, ein guter Mensch zu sein und gut zu handeln. Der Sühnetod Jesu Christi am Kreuz von Golgatha und seine Auferstehung, Kernpunkte christlichen Glaubens, sind längst nicht mehr selbstverständlich für viele Pfarrer.
Wenn die frühere Bischöfin und jetzige "Reformationsbotschafterin", Frau Käßmann, öffentlich ausspricht, ihrer Meinung nach sei Maria, die Mutter Jesu, keine Jungfrau und Joseph sei der leibliche Vater von Jesus gewesen (Spiegel-Interview 30/2013), dann muß man schon die Frage stellen, ob sie überhaupt noch auf dem Boden der Bibel und des Apostolischen Glaubensbekenntnisses steht. Von Kirchenleitungsseite hat man noch keine Kritik an Frau Käßmann gehört. Wie viele Theologen mögen denken wie sie? Gott allein weiß es.
Dem Gericht Gottes geht immer ein Glaubensabfall voraus. Dem Volk Israel hatte Gott Segen

und Fluch vorgelegt: "Siehe, ich lege euch heute vor den Segen und den Fluch: Den Segen, wenn ihr gehorcht den Geboten des Herrn, eures Gottes, die ich euch heute gebiete, den Fluch aber, wenn ihr nicht gehorchen werdet den Geboten des Herrn, eures Gottes, und abweicht von dem Wege, den ich euch heute gebiete, daß ihr anderen Göttern nachwandelt, die ihr nicht kennt." (5. Mose, 11,26-28)
Dazu zwei Beispiele: Immer wieder hat Gott sein Volk Israel in Zeiten des Glaubensabfalls durch Propheten zur Umkehr gerufen. "O Land, Land, Land, höre des Herrn Wort", rief der Bußprediger Jeremia dem Volk seiner Zeit zu (Jeremia 22,29). Vergeblich. Das Volk war verblendet und wandelte neben dem lebendigen Gott auch weiterhin anderen Göttern nach, die Konsequenz war das Gericht, die Babylonische Gefangenschaft.
"Jerusalem, Jerusalem, die du tötest die Propheten und steinigst, die zu dir gesandt sind! Wie oft habe ich deine Kinder versammeln wollen, wie eine Henne ihre Küken versammelt unter ihre Flügel, und ihr habt nicht gewollt", ermahnte Jesus zu seiner Zeit das Volk (Matthäus 23,37). Vergeblich. Das Volk Israel war verblendet und wandelte seinen eigenen Vorstellungen vom Messias nach. Die hochgerüstete römische Kriegsmaschinerie vollzog das Gottesgericht im Jahre 70 n. Chr., eine fast 2.000jährige Diaspora folgte.
Was für das Volk des Alten Bundes galt, gilt auch für das Volk des Neuen Bundes. Gott läßt nicht zu, daß wir außer IHM noch Allah nachfolgen, gar erklären, ER und Allah seien identisch, wie dies viele Kirchenleitungen tun. Das Erste Gebot steht dem entgegen. Daran gibt es keinen Zweifel. "Was der Mensch sät, das wird er ernten", sagt die Bibel (Galater 6,7). Gott ist ein Gott nicht außerhalb unseres Lebens, er ist ein lebendiger Gott und greift in das Leben ganzer Völker ein.
Aus dem Glaubensabfall folgt die Verblendung, danach das Gericht. Ausgerechnet den zutiefst juden- und christenfeindlichen Islam läßt er durch die Masseneinwanderung über unser Volk kommen. Es wird verheerend sein, wenn wir nicht umkehren. Gibt es die Chance der Umkehr noch?
Im Prinzip ja, aber danach sieht es überhaupt nicht aus. Man huldigt nach wie vor seinen multikulturellen und multireligiösen Ideen, will die dunklen Seiten des Islam nicht sehen. Man hat den Eindruck, daß Politik, Medien und überhaupt die Öffentlichkeit gar nicht so genau wissen wollen, was im Islam steckt, wer Allah ist, man ist regelrecht informationsresistent. Hat Gott uns schon dahingegeben? (Römer 1,24-28)
Die euphorische Willkommensbegrüßung für die Einwanderer und die Aufrufe zur Willkommenskultur sollte man als Verblendung sehen. Gott gebraucht andere Völker, um sein Gericht zu vollstrecken, seien es in der Antike die Babylonier, die Römer oder eben heute ganze Völkerscharen aus islamischen Ländern. ER ist souverän und allmächtig, auch wenn das vielen lächerlich sein mag.
Wie gehen Christen mit der gegenwärtigen und zukünftigen Situation um? Die Gemeinde Jesu Christi hat keine Machtmittel. Sie lebt das Wort Gottes im Alltag, schließt sich unbiblischen Strömungen nicht an, ruft auf zur Umkehr und betet zum drei-einigen Gott für die verantwortlichen Entscheidungsträger in Staat, Kirchen und Gesellschaft, sind so Salz der Erde, das eine bewahrende, konservierende Funktion hat, und Licht der Welt, weisen auf das wahre Licht, Jesus Christus, hin. Sie versuchen, die hereinströmenden Moslems mit dem Wort Gottes zu erreichen, gemäß dem Missionsauftrag Jesu (Matthäus 28,19 f.), da nur Jesus der alleinige Heiland für alle Menschen ist, auch für Moslems, die laut Koran alle in die Hölle kommen (Sure 19,71).
Es ist zu unterscheiden zwischen dem antichristlichen Islam und dem Moslem als Mensch, der nicht selten besser als seine Religion ist. Es gilt das Interesse vieler Moslems am christlichen Glauben aufzugreifen. Denn ernüchtert durch die entsetzlichen Greueltaten von Allahs Kriegern besonders im Nahen Osten und in Afrika (IS, Boko Haram usw.) haben noch nie in der

Geschichte des Islam so viele Allah-Anhänger ihrer Religion den Rücken gekehrt und sind zum christlichen Glauben konvertiert wie heute, unter Gefahr für Leib und Leben.
Für Christen ist die bestehende Staatsgewalt eine von Gott gegebene Ordnungsmacht zum Schutz vor Anarchie und Chaos (Römer. 13,1 ff.). Daß diese Staatsgewalt selbst dem christen- und judenhassenden Islam Tür und Tor öffnet, ist bereits Zeichen des göttlichen Gerichtes und ein deutlicher Hinweis Gottes auf gebotene Umkehr. Das muß in öffentlichen Verlautbarungen und in Gottesdiensten deutlich gesagt werden.
Christen haben aber noch eine weitere Möglichkeit. Grundlegend für unsere staatlich-demokratische Ordnung ist das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Und das bestimmt in Artikel 20: "Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist." (GG, Art. 20,4)
Leider ist mit Gewaltausbrüchen zu rechnen. Das kommt für Christen jedoch nicht in Frage, auch nicht die Teilnahme an Putsch- und Umsturzversuchen. Als stärkste Waffe des Widerstandes haben Christen das Gebet.
Sie können sich aber auch als Bürger des Staates in Briefen, Telefonanrufen usw. an die Politiker und ihre Abgeordneten wenden, können ihr Grundrecht auf Meinungsfreiheit in Gesprächen, Leserbriefen und öffentlichen Vorträgen wahrnehmen, Petitionen unterschreiben, an friedlichen Demonstrationen, Mahnwachen und Info-Ständen in Fußgängerzonen teilnehmen. Sie können Mitglied in islamkritischen, nicht fremdenhassenden Bewegungen sein. Sie haben das Wahlrecht und überlegen bei der nächsten Wahl genau, welche Partei sie auf dem Wahlzettel ankreuzen. Nicht zur Wahl zu gehen, bringt nichts, es stärkt nur die Parteien, die uns in diese heutige Lage gebracht haben.
Wird ein Umdenken und eine Umkehr erfolgen zu dem lebendigen Gott, um Gottes Gericht noch abzuwenden?
"Herr, unser Gott, wir wissen nicht, was jetzt auf uns zukommt, du aber weißt es. Wenn es sein kann, schenke unserem Volk Buße und Umkehr zu dir, dem einzigen und ewigen Gott. Wenn dies nicht mehr dein Wille ist, sei uns gnädig im Gericht. Amen."<<
Der deutsche Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger Bundeswehr, seit 1991) schrieb im Oktober 2015 wegen der Masseneinwanderung von Migranten einen weiteren "Offenen Brief" an die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (x855/...):
>>Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin ...
Inzwischen haben sich die Schätzungen der in Deutschland "aufgestauten" Migranten für das Ende diesen Jahres auf 2 bis 2,5 Millionen aufaddiert, etwa 700.000 nicht anerkannte und nicht zurückgeführte Asylbewerber, etwa 300.000 inzwischen untergetauchte Migranten und 1 bis 1,5 Millionen Neuankömmlinge im Jahr 2015. Sie haben bisher keinen wirksamen Versuch unternommen, die Massenmigration nach Deutschland zu unterbinden. Sie haben in Ihrer Angewohnheit des sehr, sehr langen Abwägens wertvolle Zeit nutzlos verstreichen lassen, in der Sie hätten beginnen können, Schaden von unserem Volk abzuwenden.
Bitte um Ihren Rücktritt
Ich bitte Sie deshalb, so anständig zu sein, von Ihrem Amt zurückzutreten ...
Nach Ihrer jetzigen, indifferenten Haltung unserer bisherigen deutschen Identität und der deutschen Selbsterhaltung gegenüber und nach Ihren zahlreichen, plötzlichen, politischen Kehrtwendungen in jüngster Vergangenheit, ist ohnehin nicht erkennbar, wohin Sie Deutschland in der augenblicklichen Ausnahmesituation führen wollen.
Vorwürfe gegen Sie
Der Hauptvorwurf gegen Sie ist Ihre Verletzung des Amtseids. Sie haben geschworen, den Nutzen des deutschen Volkes zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden. Mit der von Ihnen geduldeten und mit verursachten Masseneinwanderung und der Unfähigkeit, sie zu been-

den, haben Sie dem jetzigen deutschen Volk und seinen Nachfahren unabsehbaren Schaden zugefügt. Mit der dabei gleichzeitigen erwünschten, aber erheblich geringeren Einwanderung von integrationsfähigen Migranten haben Sie dem deutschen Volk dagegen nur einen verschwindend geringen Dienst geleistet.
Sie haben in der Abwägung zwischen christlicher Pflicht zur humanitären Hilfe für Flüchtlinge einerseits und Regierungsverantwortung für unser Volk und seine Selbsterhaltung andererseits Maß und Mitte zu Lasten Ihrer Pflicht als Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland vermissen lassen.
Sie haben mit Ihren Botschaften, Deutschland sei ein Einwanderungsland und Asylanten seien in Deutschland willkommen, einen Migrations-Sog ausgelöst. Diese Migration hat zusätzliches Leid und Tragödien ausgelöst.
Sie haben, um diesen Fehler zu kaschieren, bisher pausenlos die Illusion verbreitet, unser Land und unsere Bevölkerung könnten die durch die Migration auftretenden Belastungen meistern, die für die Staatsfinanzen, die anderen öffentlichen Haushalte, die innere Sicherheit, das Bildungswesen und das Sozialversicherungswesen entstehen. Sie haben dabei die neuen Verschuldungen verschwiegen und die Leistungskürzungen für unsere Bevölkerung und auch die nun unterbleibenden Sanierungen für Straßen, Wasserwege, Brücken und Kanalisationen und die Ewigkeitsbelastungen für unsere Kinder und Kindeskinder.
Sie haben Deutschlands Ruf und Rolle in der EU beschädigt und belastet, weil Sie mit der von Ihnen geförderten Migranten-Flut alle anderen EU-Staaten unter Zugzwang gebracht haben. Die Forderung Ihrer Regierung nach Quotenverteilung von Migranten an andere Staaten ist der Versuch eines illegitimen Eingriffs in die Souveränität anderer Staaten und das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker.
So wie die Territorien und Grenzen der Staaten unantastbar sind und nur mit dem Willen der betroffenen Bevölkerungen veränderbar sind, so sind auch die Staatsvölker nicht durch äußeren Willen und gegen den Willen der betroffenen Bevölkerungen veränderbar. Masseneinwanderung ist eine Veränderung des Landesvolks. (Die Einführung eines Solidaritäts-Mechanismus ist übrigens noch 2013 von Deutschland abgelehnt worden.)
... Die augenblicklichen "Fluchtbewegungen" aus dem Mittleren Osten und aus den Staaten rund um das südliche und östliche Mittelmeer und die Öffnung der südlichen Mittelmeerküste für Flüchtlinge aus Zentral- und Westafrika gehen in erster Linie auf die Systemwechselkriege zurück, die die USA, England und Frankreich begonnen und geführt haben, ohne selbst von diesen Staaten bedroht worden zu sein.
Diese drei Verbündeten haben die Diktatoren in den heute destabilisierten Staaten entmachtet und sie durch Einsatz von Geheimdiensten, Söldnern und Geldzuwendungen und zum Schluß offenen Kriegshandlungen gestürzt. Geblieben sind jedes Mal Bürgerkriege, Chaos, Flüchtlingslager und heute Flüchtlingsströme.
Die USA z.B. haben sich bisher nur bereiterklärt, 2015 1.500 Flüchtlinge (andere Angaben: 4.000) aufzunehmen. Das ist weniger als Bayern an einem Tag hat unterbringen müssen. Die Hauptlast der Flüchtlingsströme den deutschen Bürgern und Steuerzahlern aufzubürden, ist das Gegenteil von "Schaden von ihm abzuwenden."
Sie haben die Diskussion um die Migranten-Aufnahme auf das Begriffspaar "Willkommenskultur" und "Ausländerfeindlichkeit" reduziert und damit erstens eine Auseinandersetzung mit den Ängsten und Sorgen weiter Teile der Bevölkerung unterdrückt und umschifft und zweitens die Nation gespalten. Das angemessenere Begriffspaar wäre "Gäste" und "Gastgeber" gewesen. Das deutsche Volk als Gastgeber hat den Gästen sehr viel Hilfsbereitschaft entgegengebracht und dabei großen Idealismus bewiesen. Aber Sie haben nicht beachtet und deutlich gemacht, daß Gastgeber auch Rechte haben.
Jeder Gastgeber darf bestimmen, wie viele Gäste er in "sein Haus" aufnimmt. Jeder Gastgeber

hat das Recht, die Sitten in seinem Haus zu bestimmen. Jeder Gastgeber hat das Recht, eine auf Dauer angelegte Übernahme seines Hauses durch Gäste zu verhindern. Die Gäste haben diese Gastgeber-Rechte zu respektieren und sich im Gastland einzufügen und anzupassen. Wenn dies wegen der "amorphen Masse" der Gäste durch die einzelnen Gastgeber nicht zu bewirken ist, hat dies der Gastgeber-Staat für seine Bürger sicherzustellen. Davon ist unter Ihrer Regierung nichts zu spüren.
Sie dekretieren statt dessen "Deutschland muß sich ändern"
Sie zeigen eine unklare Haltung zur Wahrung der deutschen Identität unseres Volkes. Sie haben 2010 auf dem Deutschlandtag der Jungen Union gesagt: "Der Ansatz für Multikulti ist gescheitert, absolut gescheitert." Und nun versuchen Sie, der deutschen Öffentlichkeit die Vorzüge der kulturellen Bereicherung durch Zuwanderung zu verkaufen.
Sie wissen sehr wohl, daß Millionen von Neu-Einwanderern ihre Sitten und ihre Herkommens-Kultur nicht abstreifen werden, solange sie in Deutschland in Ghettos leben werden. Sie wissen, daß die Ghetto-Bildung bei einer Zwei-Millionen-Zuwanderung in nur wenigen Jahren unvermeidbar ist. Sie wissen, daß sich Millionen von Einwanderern durch die von uns gewährte Berechtigung zum Familiennachzug in wenigen Jahren weiter aufaddieren werden. Sie wissen, daß der etwa 80 %-Anteil an Muslimen unter den Migranten unseren Rechts- und Moral-Liberalismus für dekadent hält und zu "überwinden" gedenkt.
... Unsere ständige Selbstdarstellung als vorzugsweise "dunkles Land der finsteren 12 Jahre" und das Übergehen von Jahrhunderten glänzender Kultur und Leistungen zeugt auch nicht von Liebe zu uns selbst.
Einwanderer, die sehen, daß die Deutschen sich im Herzen selbst nicht achten und nicht lieben, wollen sicher nicht zu einem solchen Volk gehören. Sie wollen nur den deutschen Wohlstand. ...
Sie versuchen, die Mehrbelastungen, die durch den Massen-Zustrom von Migranten auf uns zukommt, zu verbergen und hinter angeblichen Zugewinnen für die deutsche Volkswirtschaft, für die sozialen Sicherungssysteme und das demographische Defizit zu verstecken. Die Mehrkosten, die jetzt mit 10 Milliarden Euro im Jahr angegeben werden, sind eine pure Irreführung der deutschen Steuerzahler.
Die neuen Kosten umfassen weit mehr für Unterkunfts-Sanierungen, Daueranmietungen, Wohnungsbau, Erweiterungen von Schulen, Kitas, Altersheimen und Gefängnissen, Familienunterhalt, Taschengelder, Gesundheitskosten, Familienzusammenführungen, zusätzliches Personal für Schulen, Kindergärten, Arbeitsverwaltungen, Behörden für Flüchtlinge, Polizei, Übersetzer, Sozialarbeiter, Anwälte, Gerichte, Sprachkurse, Altenheime. (Im jüngsten Werbeheft der Bundesregierung "Deutschland aktuell" Heft 4/2015 steht auf Seite 12: "Über 65-jährige Migranten zählen zu den Bevölkerungsgruppen, die am schnellsten wachsen." Danach folgt der Hinweis, daß sich die Pflegeorganisationen auf Fremdsprachen und religiöse Bedürfnisse einstellen müssen.)
Neuere Schätzungen für die zusätzlichen Jahreskosten für Bund, Länder und Gemeinden stehen inzwischen bei 40 Milliarden Euro.
Der Nutzen für die Volkswirtschaft ist ebenfalls relativ. In unserer Wirtschaft einsetzbare Migranten bilden eine sehr kleine Minderheit an geeigneten Arbeitskräften unter den Zuwanderern. Sie nutzen der Wirtschaft. Die Minderbefähigten fallen den Steuerzahlern auf die Tasche. Das ist eine Bestätigung der These von Herrn Lafontaine: "Gewinne privatisieren. Verluste sozialisieren."
Der Zuzug fremder Arbeitskräfte ist auch in anderer Hinsicht fragwürdig. Erstens werden geeignete Arbeitskräfte oft in ihren Heimatländern für die Entwicklung ihrer Volkswirtschaften benötigt. Ihre Abwanderung nach Europa konterkariert unsere Entwicklungshilfe-Bemühungen. Und zweitens dient die heimische Wirtschaft zuerst der Beschäftigung und Ernährung der

heimischen Bevölkerung. Wenn die heimische Wirtschaft Arbeitskräfte aus dem Ausland anwerben muß, ist ihr erster Zweck, die Vollbeschäftigung, erfüllt. Der zweite Zweck, die Gewinnvermehrung, sollte dann gegen die oben aufgezählten Gemeinschaftskosten für den deutschen Steuerzahler abgewogen werden.
Im Übrigen ist der Anteil der jetzigen Migranten, der in die deutsche Wirtschaft eingegliedert werden kann, minimal. Der Versuch in einer mitteldeutschen Großstadt, aus 300 "Asylbewerbern" Kräfte für den Arbeitsmarkt zu gewinnen, ergab 6 vermittelbare Zuwanderer. In Sigmaringen hat die Wirtschaft über 3.000 in einer Kaserne lebenden, überwiegend jungen Männern Ausbildungsplätze angeboten. 8 Migranten haben vom Angebot Gebrauch gemacht. ...
Das demographische Defizit ist zu erheblichen Teilen in den letzten 40 Jahren selbst verschuldet worden, seit diese Entwicklung punktgenau von demographischen Wissenschaftlern prognostiziert worden ist. Keine deutsche Regierung, auch Ihre nicht, hat den nötigen Anteil aus dem jährlich erwirtschafteten Sozialprodukt in die Förderung von Eheschließungen, Familiengründungen, Geburten, jungen Familien, Kita-Bauten und Kita-Personal investiert.
Statt dessen haben Ihre Vorgängerregierungen und Sie Scheckbuchdiplomatie mit dem Geld Ihrer Steuerzahler betrieben. Statt dessen haben wir Gelder in Länder gepumpt, die längst den Status des Entwicklungslandes überwunden hatten. Statt dessen werden bei fast jeder Auslandsreise deutscher Spitzenpolitiker in ärmere Länder Hilfsgelder versprochen.
Statt dessen betreiben Sie auf Kosten Deutschlands Konkursverschleppung in Griechenland. Statt dessen sind wir größter Nettozahler der EU, ohne Rabatte wie das Vereinigte Königreich in Anspruch zu nehmen. Statt dessen wird Gender-Geschlechter-Wahlrecht propagiert, statt den Jungen und den Mädchen die natürlichen Rollen von Vater und Mutter als erstrebenswert nahe zu bringen. Hier liegt ein weites Feld Ihres Versagens.
Das Demographie-Defizit ist zu großen Teilen die Schuld Ihrer Vorgängerregierungen. Aber Ihre offene "Geldbörse" für Zuwanderer beweist, daß das Geld für junge deutsche Familien auch in Ihrer Regierungszeit dagewesen wäre.
Sie haben mit der Seenotrettung von Migranten im Mittelmeer durch deutsche Kriegsschiffe dem Migranten-Strom und dem Schlepper-Unwesen aus Afrika Vorschub geleistet, weil Sie die Anweisung, gerettete Migranten an die nächste nordafrikanische Küste zurückzufahren, unterlassen haben.
Sie haben mit Ihrer Willkommensbotschaft an die Migranten auch eine falsche Botschaft an die eigene Bevölkerung verbreitet. Sie verkünden, die in kurzer Zeit eingewanderten Migranten seien integrierbar. Die dazu ständig wiederholte falsche Botschaft in den Medien erfährt vermutlich eine Bestätigung, wenn nicht sogar Ermutigung, durch das Bundeskanzleramt. Auch wenn ein Teil der jüngst Zugewanderten integrationswillig und integrationsfähig ist - gute Beispiele zeigen das -, so wird eine erdrückende Mehrheit der Zugewanderten sich nicht integrieren und nicht integrieren wollen.
Der begrenzte Wohnungsmarkt und die finanziellen öffentlichen Mittel werden nicht für eine völlige Verteilung der Zugewanderten unter die deutsche Bevölkerung reichen. Es wird zu neuen "Sprachkolonien" und Ghettos führen, in denen sich neben Positivem auch die für uns nicht tolerierbaren Heimatsitten erhalten (z.B. Frauenbeschneidungen, Zwangsverheiratungen, Ehrenmorde, Drogenhandel). Die bisherige Ghettobildung in Deutschland (wie in Frankreich und England) zeigt, daß sich Ghettos oft zu Problemstadtteilen entwickeln, in denen keine Integration mehr stattfindet, und in die sich keine deutsche Polizei mehr traut. Bereits jetzt schon gibt es neue Migranten-Unterkünfte in Kasernen, die nicht mehr von deutscher Polizei betreten werden.
Die intellektuellen Fähigkeiten und das Analphabetentum mancher Zuwanderer erlauben in der Regel weder eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt noch eine wirkliche Integration in die Gesellschaft. Es wird zu einer weiteren unterhaltsbedürftigen Mittellosen-Schicht kommen.

Die Mehrheit der Migranten sind Moslems. Viele von Ihnen verachten unsere liberale Lebensart und lehnen sie dezidiert ab. Sie werden sich aus Überzeugung nicht integrieren.
Bei Zuwanderung in Maßen werden die Sitten des Gastlandes erfahrungsgemäß langsam von den Gästen übernommen. Bei Zuwanderung von Millionen binnen weniger Jahre werden die Unsitten genauso wie die Sitten der Gäste meist als Identifikation mit der alten Heimat beibehalten.
Frau Dr. Merkel, Ihre Hilflosigkeit gegenüber der Masseneinwanderung wird der Sicherheit und dem sozialen Frieden in unserem Land einen dauerhaften Schaden zufügen.
Das alles ist Ihnen bekannt und Sie verschweigen es. Sie spielen die angesprochenen Probleme herunter, weil Sie sie nicht beherrschen. Machen Sie bitte Ihren Platz für einen Politiker frei, der offensichtlich geeigneter zur Lösung unserer augenblicklichen Probleme ist.
Die häßlichen Begleiterscheinungen
Die Mehrheit der Migranten, die zu uns kommen, sind sicherlich angenehme und normale Menschen. Doch mit der massenhaften Zuwanderung von zwei Millionen Personen kommt auch ein Anteil Zwielichtiger in unser Land, der unseren sozialen Frieden und die innere Sicherheit belastet.
Zu den inzwischen erkennbaren häßlichen Begleiterscheinungen der massenhaften Zuwanderung zählt vieles, was bereits dabei ist, sich in Deutschland einzunisten und zu verbreiten. Die Massen von Migranten bringen nicht nur ihre Not mit sich, der sie hier entfliehen wollen, sondern auch Sitten, die in ihren Kulturkreisen offensichtlich verbreiteter sind als bei uns, oder von denen sie glauben, sie würden in unserem liberalen Lande toleriert. Über alle diese Erscheinungen wird inzwischen vielfach im Internet und von Polizeibeamten und freiwilligen Helfern berichtet, aber sie werden in den deutschen Medien, wie von wunderbarer Hand gelenkt, nicht erwähnt.
Diese häßlichen Begleiterscheinungen sind der "verschwiegene Teil der Wirklichkeit":
- Vergewaltigungen im Umfeld von Migranten-Unterkünften,
- Zwangsprostitution in Migranten-Unterkünften,
- Massenschlägereien zwischen Ethnien, Religionen und Clans mit Knüppeln, Reizgas und Messern,
- Verletzungen und Anpöbeln von Polizistinnen und Polizisten,
- Haustürbettelei,
- Kirchenbesetzungen zum Erzwingen von Kirchenasyl,
- Anpöbeln und Beschimpfen von Passanten als "Sch…-Deutsche"
- Stoßen von deutschen Passanten vom Bürgersteig,
- Angrapschen und Belästigen von Frauen,
- Zertrümmern von Unterkunftsmobiliar, um in eine attraktivere Stadt verlegt zu werden,
- Entweichen aus den von Behörden gestellten Unterkünften, Eisenbahnzügen und Bussen, um der Registrierung zu entgehen,
- lautstarke Beschwerden, wenn die Verpflegung nicht der im Herkunftsland entspricht,
- Beschwerden von Migranten, wenn Sie in Arztpraxen so lange warten müssen, wie deutsche Patienten,
- Weigerung von Migranten, sich von Frauen in Arztpraxen und Behörden dirigieren und beraten zu lassen,
- Massenhafte, nicht bezahlte Einkäufe aus Migranten-Unterkünften im Internethandel,
- Weigerung von Migranten-Gruppen in Geschäften, ihre Einkäufe zu bezahlen.

Daß diese Aufzählung nach bisher gepflegter Regierungskommentierung "ausländerfeindlich" ist, sagt mehr über das Verhältnis der Regierung zur Realität als über die Aufzählung selbst.
Auch wenn, die oben aufgezählten Begleiterscheinungen nur häßliche Ausnahmen sein mögen, so reichen auch die Ausnahmen aus einer Menge von 2 Millionen frisch ins Land ge-

kommener Migranten, um das Klima zwischen Gästen und Gastgebern deutlich zu belasten.
Zu den häßlichen Begleiterscheinungen zählt auch ein bedauerlicher Demokratieverlust in Deutschland. Das sind grobe Verstöße gegen das Grundrecht auf Meinungsfreiheit und gegen den christlich-abendländischen Wert der Wahrheit. Das ist zweitens ein Vertrauensverlust in die Redlichkeit von Regierung, Parlamenten, Parteien und Medien bei einem erheblichen Teil unserer Bevölkerung.
Die Sorgen und Ängste von Bürgern über die plötzlich gekommenen Belastungen werden als "Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Rechter Rand" beschimpft. Sie selbst haben mit vielen solchen Bemerkungen das Diskussions-Klima in Deutschland mit vergiftet und das Recht auf freie Meinungsäußerung stranguliert.
Polizisten und Lehrerinnen haben mir über Sprechverbote und Berichtsverbote über Migranten-Verhalten berichtet. Angestellte einer Ladenkette sind aktenkundig belehrt worden, daß sie Warendiebstähle von Migranten nicht melden und berichten dürften, damit die Firma nicht als ausländerfeindlich gelte. Das sind Zustände, die wir sonst bei autoritär regierten Staaten beklagen.
Der Vertrauensverlust resultiert aus der gefilterten und geschönten Berichterstattung über die Schattenseiten der Zuwanderung und die horrenden Ewigkeitskosten für Bund, Länder, Kommunen und Sozialsysteme. Die ganze Lüge beginnt bekanntlich bei der halben Wahrheit.
Naheliegende Gefahren
Bei weiterhin rasch zunehmender Zuwanderung ist abzusehen, daß die hochgesteckten Erwartungen vieler Zuwanderer nicht erfüllt werden. Eine dadurch verursachte Unzufriedenheit wird sich vorhersehbar irgendwann entladen. Jetzt schon zeigt sich, daß es unter verschiedenen Migranten-Gruppen zu gewaltsamen Verteilungskämpfen kommt und zu Forderungen an deutsche Behörden, Hilfsorganisationen, Helfer und Sicherheitskräfte. ...
Der Hauptanteil der Migranten sind junge und gesunde Männer, auch wenn die Medien bevorzugt Frauen und kleine Kinder zeigen. Diese Männer haben ihre Frauen in ihren Heimatländern zurückgelassen. Ein Teil von ihnen wird sich irgendwann in Deutschland sexuell bedienen.
Wenn sich die jetzt noch in Kasernen und auf Truppenübungsplätzen konzentrierten Migranten über die Dörfer und Städte verteilen, wird unsere Bevölkerung mit den Gefahren konfrontiert.
Jetzt schon absehbare Folgen
Neben der erwünschten Fachkräfte-Zuwanderung und der selbstverständlichen Aufnahme berechtigter Asyl-Suchender gibt es absehbare negative Folgen und Begleiterscheinungen der derzeitigen Massenzuwanderung.
Sie haben sich mit Ihrem Amtseid verpflichtet "Schaden vom deutschen Volk abzuwenden", also auch rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen, daß keine solchen negativen Folgen eintreten.
Diese absehbaren, negativen Folgen sind:
- weitere Migranten-Wellen aus Afghanistan, dem Irak und von Syrern aus der Türkei,
- das Anwachsen von Parallelgesellschaften
- die Zunahme "rechtsfreier Räume", die nicht mehr von deutscher Polizei betreten werden,
- das "Überspringen" bürgerkriegsartiger Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Migranten-Gruppen von ihren Heimatländern auf Deutschland,
- die Zunahme von terroristischen, extremistischen und antisemitischen Gruppierungen in Deutschland,
- die Zunahme der Organisierten Kriminalität,
- die finanziellen Mehrbelastungen für unsere Nachfahrengenerationen als Ewigkeitslasten,
- die Beendigung des Schuldenabbaus in den öffentlichen Haushalten,
- die Überbeanspruchung der Sozialversicherungen,

- die Überlastung des Gesundheitssystems,
- die Wohnraumknappheit in Ballungsgebieten und Mietpreissteigerungen,
- das Verdrängen deutscher minderbefähigter Arbeitssuchender vom Arbeitsmarkt,
- die Mehrbelastung für Schulen und Universitäten,
- das Verdrängen der deutschen liberalen und christlichen Leitkultur,
- das Verbreiten islamischer Rechtsvorstellungen,
- das "Umkippen" der Mehrheitsverhältnisse zwischen alteingesessener und zugewanderter Bevölkerung und zwischen bekennender christlicher und bekennender islamischer Bevölkerung mit den absehbaren Folgen für das Recht und die Sitten in Deutschland.

Fremde Bewertungen

Altkanzlers Helmut Schmidt: "Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag".

Der früherer Richter am Bundesverfassungsgericht Udo Di Fabio: "Was wir heute erleben, ist ja kein Ansturm von Asyl-Berechtigten. Man kann streng genommen auf dem Landweg gar nicht als Asyl-Berechtigter nach Deutschland kommen, weil Artikel 16 (a) des Grundgesetzes die Einreise aus sicheren Drittstaaten nicht zum Asyl rechnet. … So gesehen erleben wir keinen Ansturm von Asyl-Berechtigten, … sie sind Einwanderungs-Willige, aber die allerwenigsten davon haben den subjektiven Anspruch auf Asyl, den unser Grundgesetz verspricht."

Ein deutscher Diplomat aus Afrika: "Die aus Eritrea kommenden jungen Männer sind fast alle Wehrdienstverweigerer und Deserteure."

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Kardinal Reinhard Marx fordert, "Deutschland dürfe keine Insel des Wohlstands werden."

Bischof von Szeged-Csanád (Ungarn) László Kiss-Rigó: "Das sind keine Flüchtlinge. Das ist eine Invasion. Sie kommen hierher mit dem Ruf: Allahu Akbar und wollen uns erobern."

Der Erzbischof von Mossul (Irak) Amel Shimon Nona an Europa: "Unser Leiden ist ein Vorgeschmack darauf, was Ihr erleiden werdet."

Ihre vier Maßnahmen

... Sie haben offensichtlich keinen Plan, die Völkerwanderung auf den "Routen zu Wohlstand und Sicherheit" endgültig zu beenden und den Zustrom auf Asylanten und Erwünschte zu begrenzen.

Ihre "Maßnahmen" sind Illusionen und Kosmetik. Damit trocknen Sie weder dem Migranten-Strom aus noch werden Sie die Mehrheit der abgelehnten Asylanten eher und überhaupt in ihre Heimatländer zurückführen können.

Ihr Verlangen nach einer europäischen Lösung ist erfolglos und außerdem Ihr Spiel auf Zeit um Ihr politisches Überleben. Sie treiben dies Spiel zu Lasten des deutschen Volks, dessen Interessen Sie vertreten sollten.

Ihr häufig wiederholtes "Wir schaffen das!" läßt Sie wie eine Autofahrerin erscheinen, die sich weigert, in der Sackgasse zu wenden.

Erforderliche Maßnahmen

Ich schlage einer neuen Regierung vor, daß sie erwirkt, daß die Grundgesetzartikel 6 und 16, die Gesetze, UN-Konventionen, EU-Verordnungen und nationalen Verordnungen, die einer Lösung des Migranten-Problems entgegenstehen, wegen des "Wegfalls der Geschäftsgrundlage" bis zur Lösung des Problems ausgesetzt und zu Teilen neu verhandelt und Änderungen beschlossen werden.

Der "Wegfall der Geschäftsgrundlage" besteht im jetzigen europäischen Notstand einer bei Schaffung der Gesetze und Vereinbarungen nicht bedachten Völkerwanderung. Die Erfahrungen der letzten Monate zeigen, daß viele Staaten Europas ähnliche Wege beschreiten wollen. Die Bürger aller nicht-deutschen Staaten sind überdies stärker an nationalen Interessen und ihren nationalen Identitäten interessiert, als die Menschen in Deutschland und in Österreich,

die ihre nationale und christliche Identität weitgehend verloren haben. So ist dieses Vorhaben aussichtsreich. ...
Dazu empfehle ich:
- daß die Anwendung des Asylrechts wieder auf den im GG festgeschriebenen Kern zurückgeführt wird,
- daß das GG so angepaßt wird, daß das im GG garantierte Recht auf Familienzusammenführung und das Recht, Asyl in einem mehrstufigen Gerichts-Instanzenweg zu erstreiten, abgeschafft werden, (Nur so können in der Schweiz Asylverfahren in der Regel binnen 48 Stunden abgeschlossen werden.)
- daß die Asylverfahren afrikanischer Migranten in Nordafrika oder in den Herkunftsländern der Migranten abgewickelt werden,
- daß die Einwanderung per Schiff über das Mittelmeer nach australischem Vorbild unterbunden wird, (Australiens Regierung hat in allen Herkunftsländern Zeitungs- und TV-Anzeigen geschaltet und bekannt gemacht, daß Asylanträge nur noch in den dortigen Konsulaten angenommen und Bootsflüchtlinge generell zurückschickt werden. Die australische Marine nimmt Flüchtlings-Boote und –Schiffe "auf den Haken", in Seenot geratene Migranten an Bord und fährt sie an die nächste Küste auf dem Gegenufer zurück.)
- daß Angehörige von Nicht-EU-Balkanstaaten und aus asiatischen Unruhe- und Armutsgebieten ihre Asyl- oder Einwanderungsbegehren nur an deutschen Vertretungen in ihren Heimatländern vorbringen können, und daß Angehörige aus diesen Staaten und Gebieten ohne positive Asyl- oder Einwanderungsbescheide bei illegaler Einwanderung sofort repatriiert werden, und daß dies in den Herkunftsländern bekanntgemacht wird ...<<
Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. November 2015: >>**Europa in der Flüchtlingskrise: Merkel destabilisiert Deutschland und Europa**
Angela Merkels Flüchtlingspolitik bedeutet den Verzicht auf die wichtigsten Gestaltungsmittel der Politik. Mit ihrem Vorgehen nimmt die Bundeskanzlerin das Ende des Westens vorweg.
"Es liegt nicht in unserer Macht, wie viele nach Deutschland kommen." In diesem lapidar klingenden Satz der Bundeskanzlerin stecken eine verblüffende Kapitulation und zugleich ein kühner Aufbruch.
Er enthält den Verzicht auf die wichtigsten Gestaltungsmittel der Politik - die Kontrolle über das Staatsgebiet und das Staatsvolk. In seiner Totalität bedeutet er, daß das Deutschland, das wir kennen, vergehen wird. Und zugleich erkennt er an, was sozial bewegte Christen und linke Internationalisten schon lange voraussagen: daß sich der Widerspruch zwischen einem kleinen Teil der Welt, der friedlich und wohlhabend ist, und einem großen Teil, in dem Armut und Gewalt herrschen, nicht ewig wird aushalten lassen.
Die Frau, die immer auf Sicht gefahren ist, scheint plötzlich den ganz weiten Horizont in den Blick zu nehmen. Ihrer Wende in der Flüchtlings- und Migrationspolitik liegt ein Geschichtsdeterminismus zugrunde, der von einem unaufhaltsamen Epochenwechsel ausgeht und diesen beschleunigt, wenn nicht vorwegnimmt. Jahrzehntelang wurde die "Festung Europa" gehalten - in der stillen Übereinkunft, daß eine Lockerung des Grenzregimes unser Gemeinwesen bis zur Unkenntlichkeit verändern würde. Man hatte zu akzeptieren gelernt, daß Hunger, Leid und religiöser Fanatismus anderswo zu Hause waren und uns nur mittelbar berührten. UN-Appelle, Entwicklungshilfen und humanitäre Einsätze wurden zum Ablaßhandel: Wir tun, was wir können, aber ihr bleibt, wo ihr seid. Seit diesem Sommer gilt das nicht mehr, jedenfalls nicht in Deutschland.
Die Parallele, die einige zum Untergang des weströmischen Reiches ziehen, ist nicht ohne Witz. Ob es die Völkerwanderung war, die das Reich beendete, oder das ermüdete Reich, das die Völkerwanderung möglich machte, bleibt eine offene Frage. Jedenfalls begann auch sie

langsam und auf Bitten der nach Hilfskräften suchenden Römer, wurde dann ungeordneter und aggressiver, bis sie die alte Ordnung unter sich begrub. Guido Westerwelle, der uns "spätrömische Dekadenz" vorhielt, und Thilo Sarrazin, der von der "Abschaffung" Deutschlands warnte, erfahren durch Merkel eine späte, sicher ungewollte Rechtfertigung.
Ausmaß? Es wird so getan, als gehe nur alles oder nichts, so wie 1945 und 1946, als Millionen Deutsche aus den Ostgebieten flohen und vertrieben wurden. Aber ihre Aufnahme war, um mit Merkel zu sprechen, "alternativlos". Es waren Landsleute, und sie wären anderswo nicht aufgenommen worden. Für syrische Kriegsflüchtlinge und pakistanische Wirtschaftsmigranten gilt das nicht.

**"Berlin hat eine Meise"**

Länder wie Großbritannien oder Dänemark kommen daher ihrer Verantwortung nach, indem sie einen kleinen Teil der Flüchtlinge ins Land lassen. Sie haben Sorge, ihre Gesellschaften zu überfordern, und finden es vernünftiger, die UN-Lager in Grenznähe zu Syrien besser auszustatten. Sie stellen auch die Frage, warum reiche islamische Länder wie Saudi-Arabien ihre Grenzen für die Glaubensbrüder und -schwestern schließen.
Wo andere Europäer Augenmaß walten lassen, geben sich Deutsche einem Gefühl hin, das aus zwei sonderbaren Quellen gespeist wird. In der einen sprudelt ein Idealismus, der sich an der Phantasie berauscht, wir könnten etwas schaffen, für das andere zu kleinmütig sind; britische Kritiker sprechen von "Tugendprotzerei".
Die andere Quelle ist eine schicksalsgläubige Geschichtsauffassung. In ihrer naiven Variante sieht sie den ungeregelten Zustrom als natürliche Weiterentwicklung unserer Gesellschaft, der ein bißchen frisches Blut schon immer gut getan habe. Die pessimistische Schule folgt der dunklen Logik, daß alle Hochformen der Kultur irgendwann ermüden und ab einem bestimmten Punkt geradezu wollüstig dem Niedergang entgegenstreben.
Dieser Ansicht begegnet man nicht nur in Deutschland. Der Franzose Michel Houllebecq spielt in seinem Roman "Unterwerfung" mit der atavistischen Energie der muslimischen Kultur und läßt sie schließlich die Nachfolge des erschlafften christlichen Atheismus in Europa antreten. Räumt Merkel am Ende nur den Stein aus dem Weg, der zwischen unserer kraftlosen, verspielten Gegenwart und einer robusteren Zukunft liegt?
Womöglich ist Merkel ihrer Zeit voraus und sieht die globalen Verschiebungen realistischer als ihre Kollegen im Westen. Das ändert aber nichts daran, daß diese es vorziehen, sich noch ein Weilchen zu behaupten und nicht in Jahrhunderten, sondern weiter in Jahren und Jahrzehnten zu denken. Von Australien bis Amerika, von Großbritannien bis Polen hält man Grenzen für sinnvoll und kontrollierbar. Berlin habe eine "Meise", hieß es kürzlich auf einer internationalen Konferenz in London.<<

Die "Deutschen Wirtschafts Nachrichten" (DWN) berichteten am 3. November 2015: >>**Merkel total überfordert: Kanzlerin stürzt Deutschland ins Chaos**

Angela Merkel schickt immer gespenstischere Botschaften in die Welt: Deutschland müsse seine Grenzen offen halten, um einen Krieg in Europa zu verhindern. Damit schürt sie Panik und Angst. Die Idee, die Flüchtlinge in kollektive Abschiebe-Lager zu pferchen, ist Wahnsinn.
Politische Beobachter rätseln, was mit Angela Merkel los ist. Die Kanzlerin sei "überfordert" schreibt die Neue Zürcher Zeitung und spricht gar von der "Merkeldämmerung".
Tatsächlich werden die Botschaften der Kanzlerin immer wirrer: Zuerst öffnete sie die Grenzen für alle. Nachdem die Freiwilligen am Ende ihrer Kräfte waren, rief sie ihnen zu: Wir schaffen das! Schließlich bemühte sie den "Herrgott", der ihr das Problem auf den Tisch gelegt habe. Nun sagt sie: Wenn Deutschland seine Grenzen zu Österreich schließt, drohen militärische Auseinandersetzungen in Europa. ...
Die katastrophale Situation hat ihren Ursprung in der unverantwortlichen "Einladung" Mer-

kels an alle Flüchtlinge und Einwanderungswilligen. Sie hat diesen Menschen ein millionenfach über das Internet verbreitetes Versprechen gegeben – das sie natürlich nicht halten kann. Die Flüchtlinge haben, anders als die Mehrheit der Deutschen, den Versprechen der Kanzlerin Glauben geschenkt. Sie haben gehofft, daß sie es schaffen werden. Nun sitzen sie in der Falle – gemeinsam mit den völlig überforderten Behörden und Hilfsorganisationen. Merkel sitzt immer noch im Kanzleramt, in ihrer eigenen Welt. In der Union wächst der Unmut. In Europa schütteln die ehemaligen Partner nur noch den Kopf. Alle fragen sich: Wie lange noch?<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 4. Dezember 2015: >>**Islam - Wo der Koran Anknüpfungspunkte für Gewalt bietet**

Die Muslime müssen endlich den Koran und die Tradition des Propheten kritisch in Frage stellen. Sonst ist der interreligiöse Dialog zum Scheitern verurteilt.

Kommentar von Abdel-Hakim Ourghi

Muslime sehen den Koran als das Wort Gottes an, als Maß aller Dinge, an dessen Vorschriften sie sich orientieren. Daher nimmt der Koran in ihrem Alltag den wichtigsten Platz ein. Wer auch nur ein wenig an seinem Wortlaut rüttelt, einen Teil von ihm ablehnt oder ihn gar als Menschenwerk betrachtet, gilt manchen als Häretiker. Das Leben des Propheten und dessen religiöses und politisches Handeln kritisch zu hinterfragen, scheint ebenso tabu zu sein. Das Bild eines vollkommenen Lebens ohne Sünden muß aufrechterhalten werden und dient als ewig gültiges, gottgegebenes Vorbild.

Mohammed (570-632) war jedoch nicht nur der anerkannte Verkünder einer göttlichen Botschaft, sondern auch der weltliche Führer, der meisterlich die Macht des Wortes mit der Gewalt des Schwertes vereinte. Indem er sich auf autoritative Koranstellen bezog, griff Mohammed von 624 an in Medina gegen seine Widersacher zur Gewalt, etwa gegen arabische Heiden, Christen und Juden.

**"Führe uns den geraden Weg", heißt es in der ersten Sure des Koran**

Eine sinnstiftende Legitimation dafür sind die sogenannten Schwertsuren. In Sure 9 des Korans - etwa ein Jahr vor dem Tod des Propheten offenbart - werden die Muslime aufgefordert, gegen jene zu kämpfen, "die nicht an Gott und auch nicht an den Jüngsten Tag glauben, die das, was Gott und sein Gesandter verboten haben, nicht verbieten und nicht der wahren Religion angehören - unter den Schriftbesitzern - ..." (Vers 29).

In Vers 33 wird der Islam als wahre Religion bezeichnet. Gott werde der Gemeinde zum Sieg über alle Religionen verhelfen. Auch in der letzten offenbarten Sure 5, Vers 33, ist zu lesen: "Der Lohn derer, die gegen Gott und seinen Gesandten Krieg führen und überall im Land eifrig auf Unheil bedacht sind, soll darin bestehen, daß sie umgebracht oder gekreuzigt werden, oder daß ihnen wechselweise (rechts und links) Hand und Fuß abgehauen wird, oder daß sie des Landes verwiesen werden."

Aus einigen Koranpassagen geht eine "symbolische Gewalt" hervor. Symbolische Gewalt operiert dezent und alltäglich und sichert die Anerkennung von Herrschaftsordnungen. In den Teilen des Korans, die in Medina offenbart wurden, findet sich ein ganzes Sündenregister von Juden, Christen und arabischen Heiden, das letztendlich als Rechtfertigung für den bewaffneten Umgang des Propheten dient. Durch die alltägliche Rezitation dieser umstrittenen Verse legitimieren viele Muslime bis heute unbewußt diese Gewalt im religiösen Leben.

Wenn sie das tägliche Gebet praktizieren, rezitieren die Muslime jeden Tag siebzehn Mal die erste Sure des Korans, "die Eröffnende". In dieser Sure, die offenbar aus der medinensischen Epoche stammt, wird gebetet: "Führe uns den geraden Weg, den Weg derer, denen Du Gnade erwiesen hast, nicht den Weg derer, die Deinem Zorn verfallen sind und irregehen!" (Vers 6-7). Die gesamte muslimische Koranexegese ist der Auffassung, daß sich der zweite Teil auf Juden und Christen bezieht. In Sure 2, Vers 120, werden sowohl Mohammed als auch die Muslime aufgefordert, Juden und Christen zu meiden.

**Das Erbe von Medina**

In Sure 3, Vers 85 ist zu lesen, daß keine andere Religion als Ersatz für den wahren Glauben an Gott dienen kann. Bereits in Vers 19 derselben Sure wird mit Nachdruck betont, daß der Islam die einzig wahre Religion sei. Die Umma (die Gemeinschaft der Muslime) wird sogar als die beste Gemeinschaft bezeichnet, die Gott den Menschen gestiftet habe (Koran 3:110).

Dadurch werden die Muslime in ihrem religiösen Überlegenheitsgefühl als Inhaber der absoluten Wahrheit bestärkt. Die klare Unterscheidung zwischen Gläubigen und Ungläubigen ist das fundamentale Denkschema der Muslime. Seine Dualität prägt das Denken auch in anderen Bereichen, dient zur Orientierung in der sozialen und religiösen Lebenswelt und bringt dementsprechende Praktiken hervor.

**Die Lösung der Gewaltfrage besteht nicht in einem Aufstand der Anständigen**

Zweifelsohne bieten solche Koranpassagen Anknüpfungspunkte für die heutige Gewalt im Islam. Diese radikalen Koraninhalte dürfen nicht mehr verharmlost und ignoriert werden. Der interreligiöse Dialog ist zum Scheitern verurteilt, solange die Muslime sich nicht deutlich dagegen positionieren. Die zwischen 622 und 632 in Medina verkündeten Koranpassagen müssen in ihrem historischen Kontext verstanden werden. Sie haben als historisch-politische Äußerungen nur eine temporäre Gültigkeit für das siebte Jahrhundert.

Die Lösung der Gewaltfrage im Islam besteht nicht in einem muslimischen Aufstand der Anständigen. Mahnwachen sind eine bequeme kosmetische Korrektur. Die Muslime müssen endlich die kanonischen Quellen ihres Glaubens (den Koran und die Tradition des Propheten) kritisch in Frage stellen. Ein Islam ohne eine mutige Islamkritik ist zum Scheitern verurteilt, vor allem im Westen. Wir benötigen dringend ehrliche Kritikerinnen und Kritiker, die den Finger in die Wunden des historischen Verdrängens legen. Gefragt sind humanistische Muslime, die ohne Scheu unangenehme Wahrheiten aussprechen.

Akzentuiert muß betont werden, daß der nicht reformierte Islam keine Religion des Friedens ist. Das gehört zur Redlichkeit einer islamischen Theologie und Religionspädagogik. Es reicht aber nicht, die Offenbarung des Korans in ihrer historischen Entstehungssituation zu verstehen.

Darüber hinaus muß auch eine Methode entwickelt werden, welche den Islam auf der Grundlage einer kritischen Reflexion von der Macht dieser umstrittenen Koranverse befreit.

Meiner Meinung nach ist nur der in Mekka offenbarte Koran (610-622) zeitlos, weil er universell sinnstiftende Lehren im ethischen Sinne beinhaltet. Sowohl der in Medina (622-632) offenbarte Korantext als auch der historische Prophet als Staatsmann sind im Westen dringender denn je kritisch zu betrachten und revisionsbedürftig, sonst bleibt ein Islam, der mit den europäischen Werten vereinbar ist, ein Wunschtraum.

Zum Autor: Abdel-Hakim Ourghi, 47, leitet den Fachbereich Islamische Theologie und Religionspädagogik an der Pädagogischen Hochschule Freiburg.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 19. Dezember 2015 (x892/…): >>**Spaemann: Grenzen setzen!**

In einem Interview mit der "Berliner Zeitung" hat der Philosoph Robert Spaemann Gründe für die Bevorzugung bestimmter Flüchtlingsgruppen genannt. Im Wesentlichen folgt das, was Spaemann im Interview sagt, aus dem Naturrecht. Wenn Hilfe nicht unbegrenzt gegeben werden kann - und dies ist entgegen der Ansicht von Angela Merkel der Fall - dann muß ausgewählt werden. Für diese Auswahl gibt es naturrechtlich ein Kriterium, nämlich das der Nähe. So bin ich in einer Notsituation zunächst für meine Familie verantwortlich, dann für Verwandte und Nachbarn. Nicht anders verhält es sich bei staatlicher Hilfe im Umgang mit Flüchtlingen.

Bei der derzeitigen Einwanderung - nur ein Teil der Personen, die nach Deutschland streben sind Flüchtlinge - muß zunächst die Grenze gesetzt werden bei den wirklichen Flüchtlingen.

Personen aus osteuropäischen Staaten aber auch aus Ägypten, Marokko etc. können keine Flüchtlinge sein und sollten umgehend zurückgewiesen werden. Natürlich sagt Spaemann dies nicht.
Allerdings verweist Spaemann auf die Armutseinwanderung. Wenn die Bundeskanzlerin davon spreche, Asyl nicht nur aus dem üblichen und gerechtfertigten Gründen (Verfolgung aus politischen, religiösen und rassistischen Gründen) zu gewähren, sondern auch aus Armut, dann sei dies "eine katastrophale Ausweitung", so Spaemann. Natürlich versteht man, daß Menschen zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage nach Deutschland kommen wollen, doch es gibt - auch naturrechtlich - keine Pflicht des Staates, solche Menschen aufzunehmen, zumal dies in der gegenwärtigen Situation überhaupt nicht möglich ist.
Bei der Auswahl der wirklichen Flüchtlinge, und dies dürfte bei einem großen Teil der aus Syrien und dem Irak stammenden Ankömmlinge der Fall sein, ist es nicht verpflichtend, diese Menschen, sofern sie aus einem sicheren Herkunftsland kommen, bei uns aufzunehmen. Dies ist europäisches Gesetz, das von Merkel erneut gebrochen wird (in der Griechenland-Krise gleich mehrfach). Wie kann eine Bundeskanzlerin die Beachtung der Gesetze fordern, die selbst unausgesetzt Gesetze bricht?
Da es unverantwortlich ist alle Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen, muß ausgewählt werden. Und hier nennt Spaemann das "Nahe-Kriterium". Dies bedeutet in der aktuellen Situation, daß wir in erster Linie Christen aufnehmen sollten. Nicht nur, weil Christen die am stärksten und brutalsten verfolgte Flüchtlingsgruppe sind, deren Verfolgung hier durch die große Zahl der Moslems in den Aufnahmelagern fortgesetzt wird, sondern weil Deutschland ein christliches Land mit einer christlichen Geschichte und Kultur ist, auch wenn heute sehr viele Deutsche keine Christen mehr sind.
Spaemann verweist darauf, daß einige Länder in Europa genau so entschieden haben. Die Slowakei z.B. hat schon vor Monaten ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen erklärt, aber ausschließlich von christlichen Flüchtlingen.
Den islamischen Flüchtlingen kann man empfehlen, in die benachbarten islamischen Länder, insbesondere in die sehr reichen Golfstaaten zu flüchten, die bisher praktisch keine Flüchtlinge aufnehmen, obwohl insbesondere Saudi-Arabien einer der Hauptverursacher des IS-Terrors in der Region ist, da es den IS jahrelang massiv unterstützt hat.
Eine sehr treffende Bemerkung Spaemanns bezieht sich auf das in der sogenannten "deutschen Öffentlichkeit" weit verbreitete Motto: Der IS-Terror, oder überhaupt Gewalt der Moslems, hat nichts mit dem Islam zu tun. Ganz besonders wird dieser Spruch von deutschen Bischöfen verbreitet und sicher nicht nur, weil sie so "naiv" sind. Spaemann sagt dazu: "Wenn Gott ein so blutrünstiges Wesen ist, wie er durch den IS dargestellt wird, und man sagt, daß dies mit dem Islam nichts zu tun hat, dann ist das naiv." Spaemann weiter: Der Koran sei die einzige Quelle, worauf die Terroristen sich bezögen und "eine andere Quelle haben sie ja gar nicht". Ist das bisher den Bischöfen und anderen Predigern einer Welteinheitsreligion noch nicht aufgefallen?<<
Die Tageszeitung "Berliner Morgenpost " berichtete am 30. Dezember 2015: >>1,1 Millionen Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland
Trotz des Winters machen sich in der Türkei weiter Flüchtlinge auf den Weg in die EU. Im Jahr 2015 waren es etwa 1,1 Millionen.
München/Athen. In Deutschland sind in diesem Jahr nach Angaben der bayerischen Staatsregierung fast 1,1 Millionen Flüchtlinge angekommen. Der Großteil sei über Bayern eingereist, teilte Sozialministerin Emilia Müller (CSU) am Mittwoch in München unter Berufung auf das Erstaufnahme-System "Easy" ("Erstverteilung von Asylbegehrenden") mit.
Der Wille vieler Migranten, Europa zu erreichen, ist ungebrochen. Binnen einer Woche seien fast 30.000 weitere Menschen übers Mittelmeer in Griechenland oder Italien angekommen, so

das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR. ...<<
Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 6. Januar 2016: >>**So viele Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland**
- Im vergangenen Jahr wurden so viele Asylanträge wie nie zuvor in Deutschland gestellt - insgesamt 476.649.
- Der mit 34 Prozent größte Anteil der Asylbewerber kommt aus Syrien.
- Die Zahl der tatsächlichen Einreisen von Schutzsuchenden liegt deutlich höher: Dem Innenministerium zufolge wurden fast 1,1 Millionen Personen registriert.
Im Jahr 2015 haben mehr als eine Million Flüchtlinge Deutschland erreicht. Bis zum 31. Dezember registrierten die Behörden genau 1.091.894 Schutzsuchende, wie das Bundesinnenministerium in Berlin mitteilte. ...<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 6. Januar 2016: >>**Es muß ein Exempel statuiert werden**
*Dieter Stein*
Köln ist eine Zäsur. Die massenhaften sexuellen Übergriffe, die Gewalt, die nordafrikanische und arabische Männer enthemmt in Gruppen in der Silvesternacht um den Hauptbahnhof der Domstadt an fast 100 Frauen verübten, schockieren Deutschland. Und das zu Recht.
Es sind alptraumhafte, das kollektive Unbewußte aktivierende Bilder, wenn wehrlose Frauen eingekesselt, mißbraucht, entehrt und beraubt werden und sie erleben, daß ihre Gemeinschaft sie nicht zu schützen in der Lage ist. Ivan Jurcevic, Türsteher eines Lokals am Kölner Hauptbahnhof, der Zeuge der Übergriffe wurde, schilderte das Auftreten des Migranten-Mobs: "Sie kamen mir vor wie eine richtige Armee." Was ist das für eine Nation, was sind das für Männer, die dies zulassen!
Die Auflösung der staatlichen Autorität, der Staatlichkeit Deutschlands insgesamt, die wir beschleunigt seit der Eskalation der Asylkrise Mitte vergangenen Jahres erleben müssen, bekommt durch Köln ein reales, brutales Bild. Das Staatsversagen, das die Merkel-Bundesregierung zu verantworten hat, bekommt durch Köln einen Namen.
**Ein nationaler Skandal**
Zum nationalen Skandal wird wiederholt das Verhalten öffentlich-rechtlicher Medien und zahlreicher etablierter Presseorgane, die mehrere Tage brauchen, um die Bürger über die Dimension der Kölner Übergriffe realistisch zu informieren. Insbesondere ARD und ZDF hätten aus Sorge darüber, daß Sachverhalte "politisch instrumentalisiert" werden könnten, die Herkunft der Täter lange unterschlagen und statt dessen "Mißtrauen gegenüber den eigenen Zuschauern" demonstriert, wie ein *FAZ*-Kommentar kritisiert: "Besorgte Journalisten" fühlten sich berufen, "zu verhindern, daß die Meinungsbildung beim Publikum unerwünschte Ergebnisse zeigt". Ebenso empörend sind die anfänglichen Versuche der Kölner Polizeiführung, die Vorfälle klein zu reden oder zu vertuschen.
Ein Schlag ins Gesicht der weiblichen Kölner Opfer ist als Konsequenz auf die Sexualübergriffe die Empfehlung der Oberbürgermeisterin Reker, Frauen sollten bei künftigen Großveranstaltungen wie dem kommenden Karneval ihr Verhalten ändern: Sie sollten Fremde "eine Armlänge" auf Abstand halten, um Angriffe zu verhindern. Besser kann die staatliche Handlungsunfähigkeit und das Versagen der Politik nicht bloßgestellt werden.
**Erosion des Rechtsstaates**
Es ist überfällig, seit Köln zwingend, daß unser Staat endlich demonstrativ Härte zeigt. Die Regierung muß Polizei und Justiz ermächtigen - notfalls durch Gesetzesänderungen im Eilverfahren, Recht und Ordnung im gesamten öffentlichen Raum mit eiserner Entschlossenheit durchzusetzen. Hierzu müssen die Samthandschuhe ausgezogen und die staatliche Autorität wiederhergestellt werden.
Schon viel zu lange erleben wir die Erosion des Rechtsstaates, der Autoritäten - ein Ergebnis

der Achtundsechziger-Kulturrevolution, die dem allgemeinen Laissez-faire den Boden bereitet hat. Junge Männer, wie sie am Kölner Hauptbahnhof aufgetreten sind, müssen die Härte eines Staates spüren, der das Gewaltmonopol in diesem Land beansprucht.
Ein Satz von Ernst Jünger aus dem Jahr 1948 hat auf schockierende Weise angesichts der Auflösung staatlicher Grenzen und Autorität Aktualität gewonnen: "Wo der Liberalismus seine äußersten Grenzen erreicht, schließt er den Mördern die Tür auf. Das ist ein Gesetz."

**Die Bundesregierung muß endlich die Grenzen schließen**

Es müssen öffentlichkeitswirksame Exempel statuiert werden: Übergriffe dieser Art münden darin, daß Gesetzesbrecher ihr Aufenthaltsrecht in diesem Land augenblicklich verwirken. Wenn das Asylrecht dieser Möglichkeit entgegenstehen sollte (was Juristen bestreiten), straffällig gewordene Asylanten und Ausländer mit Duldungsstatus umgehend und zur Abschreckung innerhalb weniger Stunden oder Tage abzuschieben, dann muß es eben geändert werden. Hierzu fehlt allein der politische Wille.
Die meisten klassischen Einwandererstaaten handeln mit konsequenter, entschlossener Härte, wenn Ausländer auch nur die kleinste Straftat begehen: Wer nicht bereit ist, sich einzufügen, hat hier nichts verloren und keine Zukunft. Schon bei der ersten Gesetzesübertretung muß die Konsequenz heißen: Ausreise.

**Wann endlich handelt diese Regierung?**

Es ist nicht mehr zu fassen, weshalb öffentliche Plätze unter den Augen der Polizei zum Tummelplatz ausländischer Drogenhändler, Taschendiebe und Autoknacker werden wie der Kölner Hauptbahnhof oder beispielsweise der Görlitzer Park in Berlin. Wenn es nicht hilft, muß die Eingriffsschwelle für die Polizei so lange gesenkt werden, daß selbst bei kleinsten Verhaltensauffälligkeiten ein Zugriff möglich ist, bis das Recht wiederhergestellt ist und das Auftreten der Ordnungsmacht respektiert wird. Anders wird auch langfristig jede notwendige Integration von Ausländern scheitern.
Doch wann endlich handelt diese Regierung? Die Operationspläne für die Bundespolizei für die Wiederherstellung der Rechtsordnung an unseren Außengrenzen liegen auf dem Tisch. Sie könnten innerhalb von 24 Stunden umgesetzt werden. Doch Merkel handelt nicht!
Die Bundespolizei kann Bahnhöfe und Bürger nicht schützen, weil seit Monaten ihre Kräfte gebunden sind mit der Begleitung eines irrwitzigen Asylantenstroms, der auf Weisung der Bundesregierung unter Bruch geltenden Rechts mit Hilfe staatlicher Organe über die Grenzen geschleust wird!

**An der Schwelle zu einem Bürgerkrieg**

Die Bundesregierung muß endlich die Grenzen schließen und damit die Handlungsfähigkeit nach außen und innen wiederherstellen. Zwischen der Kapitulation an der Grenze und dem Zusammenbruch der Ordnung am Kölner Hauptbahnhof besteht ein direkter Zusammenhang.
Wir stehen an der Schwelle zu einem Bürgerkrieg, wenn die staatlichen Organe die eigenen Bürger nicht mehr schützen können, schützen wollen oder schützen dürfen. Wo sich der Staat zurückzieht, übernehmen Clans und Mafia das Kommando, dann regiert das Faustrecht. Die Schwachen - siehe Köln - geraten als erstes unter die Räder.<<
"ZEIT ONLINE" berichtete am 1. Februar 2016 über die Flüchtlingskrise: >>**Flüchtlinge kosten Deutschland 50 Milliarden Euro**

Das Institut der deutschen Wirtschaft prognostiziert wegen der Flüchtlingskrise hohe Kosten für 2016 und 2017. Vor allem Unterkunft und Verpflegung seien teuer.
Unterbringung, Verpflegung sowie Integrations- und Sprachkurse für Flüchtlinge werden den Staat nach einer Prognose des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) 2016 und 2017 knapp 50 Milliarden Euro kosten.
Im laufenden Jahr fielen für Unterbringung und Verpflegung von rund 1,5 Millionen Asylbewerbern 17 Milliarden Euro an, berichtete die *Rheinische Post* unter Berufung auf eine IW-

Studie. Hinzu kämen weitere fünf Milliarden Euro für Sprach- und Integrationskurse.
Im kommenden Jahr erhöhen sich die Unterbringungskosten dem Bericht zufolge auf 22,6 Milliarden Euro, wenn die Zahl der Migranten auf 2,2 Millionen steigt. Zusammen mit den Integrationskosten fielen 27,6 Milliarden Euro im Jahr 2017 an, zitierte das Blatt aus der Prognose des arbeitgebernahen Instituts.
Werden die Prognosen Realität, müßte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) nach Ansicht des IW spätestens 2017 wieder neue Kredite aufnehmen. Zwar könne Schäuble in diesem Jahr auf eine Zwölf-Milliarden-Euro-Rücklage aus dem vergangenen Jahr zurückgreifen, allerdings handele es sich dabei um einen Einmaleffekt.
Herausforderung für den Arbeitsmarkt
Die Bundesagentur für Arbeit (BA) geht derweil davon aus, daß die Eingliederung von Flüchtlingen in den deutschen Arbeitsmarkt ein langwieriger Prozeß sein wird. "Wir sollten nicht zu hohe Erwartungen haben", sagte das neue BA-Vorstandsmitglied Detlef Scheele der *Süddeutschen Zeitung*. "Wenn es gut läuft, werden im ersten Jahr nach der Einreise vielleicht zehn Prozent eine Arbeit haben, nach fünf Jahren ist es die Hälfte, nach 15 Jahren 70 Prozent."
Die Bundesagentur für Arbeit kalkuliert nach Scheeles Angaben 2016 mit 350.000 Flüchtlingen, die auf die staatliche Grundsicherung, also Hartz IV, angewiesen sein werden. Die Kinder, die jetzt hier in die Schule kämen, hätten gute Perspektiven, die Fachkräfte von übermorgen zu werden. "Wer unter 35 ist, hat gute Chancen, sich für eine Arbeit zu qualifizieren. Für Menschen, die deutlich über 40 sind, wird es schwierig", sagte Scheele.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 5. März 2016 (x892/…): >>**Moslemischer Terror gegen Christen in Flüchtlingsunterkünften**
Sozialarbeiter, Flüchtlingshelfer, Politiker und Bischöfe verschließen aus ideologischen Gründen Augen und Ohren vor dem Terror, dem Christen in Flüchtlingsunterkünften ausgesetzt sind und zwar von Moslems, die hier in Deutschland wagen, einen Asylantrag zu stellen, obwohl sie offensichtlich selbst zu den Verfolgern gehören.
In einem Beitrag in der "Tagespost" berichtet ein protestantischer Pfarrer, was so abgeht in den sogenannten Flüchtlingsunterkünften. Handeln Sie jetzt. Unterstützen Sie die verfolgten Christen in Deutschland und schreiben Sie an Ihren Bischof.
Das Ausmaß der Christenverfolgung ist wirklich unvorstellbar. Angefangen von permanentem Mobbing bis hin zu Messerattacken auf Christen ist alles dabei. Die Betreuer und der Wachdienst, der in Berlin selbst fast ausschließlich aus Moslems besteht, die Politiker und Bischöfe sprechen von Einzelfällen und natürlich hat das alles nichts mit der Religion zu tun, schließlich wissen doch alle "Islam ist Friede" bla bla bla, … sondern nur mit den "beengten Wohnverhältnissen", langen Schlangen vor der Essensausgabe etc.
Hört man aber auch Leute, die vor Ort sind, die arabisch sprechen und die Situation kennen, dann sieht man die Wirklichkeit in den Unterkünften. Der Islam zeigt, was er von anderen Religionen hält und das in einem Land, wo er nichts verloren hat. Es braucht keine große Vorstellungskraft um sich auszumalen, wie es in einigen Jahren in Deutschland aussieht, wenn diese Moslems die Situation in Deutschland durchschaut haben: die Feigheit der Verantwortlichen in Politik, Kirche und Verantwortliche in der Sozialindustrie, die um des lieben Friedens Willen die Augen vor dem Terror gegen Christen verschließen.
Pfarrer Gottfried Martens bestätigt in dem TAGESPOST Interview, daß vor dem islamischen Terror geflüchtete Christen in Deutschland vom Regen in die Traufe kommen. "Sie sind hierher geflohen, weil sie gehofft haben, hier Religionsfreiheit zu erfahren, und müssen nun erfahren, daß im Bereich ihrer Unterkünfte diese Religionsfreiheit in keiner Weise gilt".
Ausdrücklich bestreitet der protestantische Pfarrer, daß es sich um Einzelfälle handelt. "Das hat sich seit dem Spätsommer letzten Jahres verändert, seit in sehr großen Zahlen streng

konservative muslimische Flüchtlinge - und um die handelt es sich in einer größeren Zahl, als ich auch selber erwartet hatte (!!!!) - nach Deutschland kamen. Und seitdem haben sich in sehr vielen Heimen - ich sage nicht, in allen, aber doch in sehr vielen Heimen - geschlossene muslimische Communities gebildet, gegenüber denen die Christen eine winzige Minderheit darstellen. Sie sind genaugenommen in derselben Lage, in der sie vorher waren.
Wir haben da das gesamte Spektrum: es geht los - und das ist für unsere Leute aber oft mit das Belastendste - mit dem psychischen Druck, dem sie ausgesetzt sind". Der Pfarrer berichtet von ständigen Bedrohungen, alle möglichen Formen des Mobbings und der Schikanen. Wenn die Christen nicht in der Unterkunft sind, z.B. in der Kirche, dann werden ihre Zimmer verwüstet, Bibeln zerrissen. "Das geht bis hin zu körperlichen Übergriffen, Schlägen, Tritten und allem Möglichen, wenn sie denn als Christen identifiziert werden".
Weiter wird berichtet, daß der Sicherheitsdienst, der die Heime in Berlin betreut, vorwiegend aus Mohammedanern besteht, weil diese "interkulturelle Kompetenz" besitzen. "Das hängt damit zusammen, daß man jetzt, seit die vielen Heime in Berlin aus dem Boden sprießen, Wachschützer eingestellt hat, die einfach nur zwei Kompetenzen brauchen: erstens, sie sprechen Arabisch, zweitens, sie haben einen gewissen Bizepsumfang. Das wird dann "interkulturelle Kompetenz" genannt."
Die Beschwerden von Christen werden von niemandem ernst genommen. Die Verantwortlichen können sich nicht vorstellen - da sie selbst zumeist Agnostiker oder Atheisten sind - daß die Religion bei Konflikten eine Rolle spielen. Daher wird der alltägliche Terror gegen Christen heruntergespielt und auf etwas Anderes zurückgeführt. Auch die Bischöfe gehören zu diesen Verharmlosern, weil es ihrer Ideologie des interreligiösen Dialogs widerspricht. Anstatt ihrer Aufgabe als Hirten der Christen nachzukommen und zugleich alles dafür zu tun, die moslemischen Menschen für Jesus Christus zu gewinnen, blasen sie mit ins Horn der herrschenden linken Eliten.
**Das Civitas Institut fordert:**
- Sofortige getrennte Unterbringung von Christen und Moslems
- Sofortige Ausweisung von Moslems, die Christen schikaniert haben. Die so etwas tun handeln aus demselben Ungeist wie die Terroristen in den Ländern aus denen sie geflohen sind und es könnte sich bei ihnen selbst um potentielle Terroristen handeln. Darum haben sie keinerlei Anspruch auf die Hilfe Deutschlands.
Daher bitten wir unsere Freunde und Leser:
- Schreiben Sie an Ihren Bischof und fordern Sie ihn auf, sich unverzüglich für diese beiden Forderungen einzusetzen. Drohen Sie den Bischöfen damit, daß Sie anderenfalls keine Kirchensteuer mehr zahlen werden. Das ist das Einzige, was für die deutschen Bischöfe noch von Bedeutung ist.
**Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung der geflohenen Christen in Deutschland.**<<
Die Züricher Tageszeitung "Tages-Anzeiger" berichtete am 16. April 2016: >>**Ausgerechnet ein Gedicht wurde Erdogan zum Verhängnis**
Der heutige türkische Präsident wurde 1999 ins Gefängnis gesteckt, weil er ein religiöses Gedicht vorgetragen hatte.
Der Fall sorgt für Wirbel: Recep Tayyip Erdogan verklagt den Satiriker Jan Böhmermann wegen dessen "Schmähgedicht" im deutschen Fernsehen. Der heutige türkische Präsident saß einst selbst wegen eines Gedichts vier Monate im Gefängnis, wie der "Telegraph" in einem Porträt über Erdogan schreibt.
**"Moscheen sind unsere Kasernen"**
Im Jahr 1997 - damals als Bürgermeister von Istanbul - hatte Erdogan an einer Demonstration vier Zeilen des islamischen Dichters Ziya Gökalp vorgetragen. Darin heißt es:
"Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Kuppeln unsere Helme, die Minarette unsere Bajo-

nette und die Gläubigen unsere Soldaten."
Das Staatssicherheitsgericht verurteilte ihn daraufhin zu zehn Monaten Gefängnis wegen "religiöser Volksverhetzung". Demnach hatte Erdogan gegen die säkulare Staatsordnung, also die Trennung von Staat und Religion, verstoßen. Die Richter sahen in Erdogan die Speerspitze einer radikalen, islamischen Bewegung in der türkischen Politik. Er saß die Strafe von März bis Juli 1999 ab und mußte als Bürgermeister von Istanbul zurücktreten. ...<<
"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 20. Juni 2016: >>**Martin Hohmann: "Eine Volksgemeinschaft muß wissen, wer dazu gehört"**
Vor zwölf Jahren mußte Martin Hohmann nach einer Rede mit antisemitischen Tönen die CDU verlassen. Jetzt will er mit der AfD zurück in die Politik.
Ein politischer Diskussionsabend in Fulda. Eindringlich warnt der Mann am Rednerpult vor den Folgen der Einwanderungspolitik der Regierung: "Wenn wir ihnen das durchgehen lassen, wäre das praktisch jetzt die letzte freie Wahl gewesen in dem Sinne, daß der Souverän deutsches Volk entschieden hat."
Es ist das Jahr 1999, Thema ist die doppelte Staatsbürgerschaft, der Redner heißt Martin Hohmann, CDU. Hohmanns Botschaft: Das deutsche Volk wäre nicht mehr dasselbe, wenn ein Großteil seiner Mitglieder mehrere Pässe hätte. Die Deutschen würden dann als Wähler verdrängt von Leuten, die nur im juristischen Sinne dazugehörten.
17 Jahre später, eine andere Partei, derselbe Mann, dieselbe Warnung: "Ich sehe in Angela Merkels Flüchtlingspolitik die reelle Gefahr, daß unser Volk schleichend ausgetauscht wird", sagt er, dieses Mal nicht vor Publikum, sondern beim Tee nahe dem Fuldaer Dom. "Eine Volksgemeinschaft muß wissen, wer dazugehört und wer nicht, wie viele Fremde man aufnehmen kann, ehe die Gemeinschaft ins Chaos fällt."
**Ultrakonservative finden keinen Platz mehr in Merkels CDU**
Hohmann, 2004 aus der CDU ausgeschlossen, ist nun AfD-Mitglied. In seiner neuen Partei könne er "nahtlos die Positionen vertreten, die ich schon vor 25 Jahren in der CDU vertreten habe". Aber in der AfD kann er noch mehr, auch wenn er das nicht sagt: Er kann Rache nehmen.
Nächstes Jahr will der 68-Jährige wieder für den Bundestag kandidieren: "Wenn meine Partei mich auffordert, werde ich wohl nicht Nein sagen können." Würde er gewählt, wäre es ein Triumph. Hohmann will der CDU und vor allem Angela Merkel zeigen, daß es ein Fehler war, ihn wegen einer Rede mit antisemitischen Untertönen aus der Partei zu werfen.
Es geht um Vergeltung und um die neue Ordnung im deutschen Parteienspektrum. Der Fall Hohmann zeigt: Ultrakonservative finden keinen Platz mehr in Merkels CDU. Sie streben in die AfD - und stärken deren rechtskonservativen Flügel.
Hohmann und die CDU, das war mal eine Einheit. 24 Jahre war der Jurist, Reserveoffizier und Vater dreier Kinder Mitglied der Christdemokraten. Sieben Jahre saß er im Bundestag, als Nachfolger des legendären Parteirechten Alfred Dregger. Der erzkonservative Bischof Johannes Dyba war ihm ein "väterlicher Freund".
Männer wie Hohmann muß man heute in der CDU mit der Lupe suchen. Männer, die eine "Willkommenskultur für Ungeborene" fordern anstatt für Flüchtlinge; die fragen, wieso schwule Männer partout die von Kirche und Grundgesetz geschützte Ehe eingehen wollen, und fragen: reicht es nicht, daß sie unbehelligt zusammenleben dürfen?
**Anleihen aus der Nazipropaganda**
In seiner neuen politischen Heimat darf Hohmann sagen, was er denkt. Im März wählten die Bürger Fuldas ihn in den Kreistag, von Platz eins der AfD-Liste, sein Ergebnis lag über dem Landesschnitt. Die guten Umfragewerte der AfD seien ihm "ein wenig Genugtuung", gesteht Hohmann.
Denn er erinnert sich genau, wie "diese alte Sache" damals gelaufen war. Wer zu ihm hielt,

wer umkippte, wer es noch wagte, ihn im Fraktionssaal zu umarmen.
Hohmanns Ende in der CDU war besiegelt, als eine Rede vor seinem Ortsverband Neuhof bekannt wurde. Darin klagte er, die Deutschen würden wegen der Verbrechen im Dritten Reich als "Tätervolk" abgestempelt. Aber es werde kaum thematisiert, wie viele Juden sich "dem Bolschewismus und der Revolution verschrieben" und politische Morde begangen hätten. "Daher sind weder 'die Deutschen' noch 'die Juden' ein Tätervolk", resümierte Hohmann. Böse sei vielmehr, wer gottlos sei.
Eine verharmlosende, antisemitische Rede mit Anleihen aus der Nazipropaganda sei das, rügten hinterher Historiker, Parteifreunde, Kirchenleute. Andere entschuldigten, Hohmann habe sich lediglich gegen die Kollektivschuldthese gewandt.
Die Affäre war eine Zäsur in Merkels Ära als Parteichefin. Sie zog eine rote Linie, was man in der CDU sagen durfte - und was nicht. Manchem, der heute AfD wählt, erschien die Linie zu streng. In einer Infratest-dimap-Umfrage votierten seinerzeit 45 Prozent der CDU-Anhänger für Hohmanns Rauswurf, 48 Prozent dagegen. Die Basis war gespalten.
Merkel sei damals nicht unter den "Bluthunden" gewesen, die ihn gehetzt hätten, sagt Hohmann. Er habe ihr verziehen, wie es der Apostel Paulus predigte. Beiläufig weist er aber darauf hin, daß Merkel ja in der DDR aufgewachsen sei, Politik also in einer Diktatur kennengelernt habe. Nur so als Hinweis. Vergebung klingt anders.
**Volksverhetzungsparagraph schränke Meinungsfreiheit ein**
Wie es der Zufall will, hat derzeit auch die AfD einen Antisemitismus-Skandal. Wolfgang Gedeon, AfD-Abgeordneter in Baden-Württemberg, schrieb 2012 ein Buch mit antisemitischen Passagen. Verurteilte Neonazis und Holocaustleugner nannte er "Dissidenten" und den "Judaismus in seiner säkular-zionistischen Form" einen "Machtfaktor westlicher Politik".
Frage an Hohmann: Wie sollte die AfD Gedeon behandeln? Ihn rauswerfen, wie es der Bundesvorstand vorschlägt?
Hohmann windet sich. "Es kommt auf die Faktizität, den Kontext an. Einzelne Zitate können keinesfalls zu einer abschließenden Bewertung eines Buches oder einer Person führen." Er sehe die Meinungsfreiheit eingeschränkt durch den Volksverhetzungsparagraphen, dieses "volkspädagogische Instrument": "Wir müssen wieder zu einem Zustand der Normalität kommen, weg vom Gouvernantendiskurs."
Antisemitische Sprüche als Normalität? Keine Distanzierung von Gedeon, keine Kritik. Auch die Aufregung um Alexander Gaulands Kritik an Fußballspielern mit ausländischen Wurzeln versteht Hohmann nicht: "Als Empfinden einer Mehrheit der 'Bio-Deutschen' dürfte das zutreffen."
Persönlich habe er aber wirklich nichts gegen Ausländer. "In meiner engeren Verwandtschaft sind Afroamerikaner und Südamerikaner."<<
Die Bürgerbewegung PAX EUROPA e.V. berichtete am 24. Juli 2016 über die Opfer des Heiligen Krieges (Dschihad) des Islam (x931/…): >>**Der Islam: 548 Schlachten - 278 Millionen Tote**
Frage: Wenn es beim Islam wirklich um die Weltherrschaft geht, warum ist es dann so, daß wir immer viel mehr von ihnen getötet haben als sie von uns?
Antwort: Bis jetzt haben muslimische Krieger etwa 270 Millionen Menschen getötet. Das ist mehr als jeder Einzelne, jedes Land, jede Gruppe oder jedes Weltreich jemals in der Geschichte getötet hat. Bei weitem. An zweiter Stelle steht das kommunistische China, das 77 Millionen Menschen getötet hat.
Original: Tears of Jihad by Dr. Bill Warner Übersetzung von Europe News / 29 April 2011.
Diese Zahlen sind nur eine grobe Schätzung der toten Nicht-Muslime durch den politischen Akt des Dschihads.

**Afrika**
Thomas Sowell (Thomas Sowell, "Race and Culture, Basic Books", 1994, S. 188) schätzt, daß 11 Millionen Sklaven über den Atlantik verschifft wurden und 14 Millionen wurden zu den islamischen Staaten Nordafrikas und des Mittleren Osten geschickt. Für jeden gefangenen Sklaven mußten viel andere sterben. Schätzungen dieses Kollateralschadens schwanken.
Der namhafte Missionar David Livingstone schätzte, daß für jeden Sklaven, der eine Plantage erreichte fünf andere in einem vorausgegangenen Kampf getötet wurden, oder durch Krankheiten starben, oder durch Mangel im Verlauf der Zwangsdeportation (Missionsgremium presbyterianischer Frauen, David Livingstone, S. 62, 1888). Diejenigen, die zurückgelassen wurden waren sehr jung, schwach, krank und die Alten.
Sie starben bald, weil ihre Hauptversorger getötet oder versklavt wurden. Also, für 25 Millionen Sklaven, die auf dem Markt angeboten wurden haben wir eine geschätzte Todesrate von ungefähr 120 Millionen Menschen. Der Islam hatte das Monopol für Sklavenhandel in Afrika inne. **120 Millionen Afrikaner**
**Christen**
Die Anzahl der christlichen Märtyrer des Islams liegt bei 9 Millionen (David B. Barrett, Todd M. Johnson, "World Christian Trends AD 30-AD 2200", William Carey Library, 2001, S. 230, Tabelle 4-10). Eine grobe Schätzung von Raphael Moore in "Die Geschichte Kleinasiens" liegt bei 50 Millionen Toten in Kriegen durch den Dschihad. Wenn man also die afrikanischen Christen mitzählt, die im 20. Jahrhundert getötet wurden, dann haben wir: **60 Millionen Christen**
**Hindus**
Koenard Elst schätzt in seinem Buch "Negationismus in Indien", daß 80 Millionen Hindus in dem totalen Dschihad gegen Indien getötet wurden. (Koenard Elst, "Negationismus in Indien, Voice of India", New Delhi, 2002, Seite 34.) Das Land Indien ist heute halb so groß wie das historische Indien, durch den Dschihad. Die hohen Bergketten Indiens werden Hindukusch genannt, das bedeutet der "Scheiterhaufen der Hindus". **80 Millionen Hindus**
**Buddhisten**
Die Buddhisten haben die Geschichte des Krieges nirgendwo aufgezeichnet und nachgehalten. Vergessen Sie nicht, daß es im Dschihad nur Christen und Juden gestattet war als Dhimmis (Sklaven des Islams) zu überleben; jeder andere mußte konvertieren oder sterben. Der Dschihad tötete die Buddhisten in der Türkei, in Afghanistan, entlang der Seidenstraße und in Indien. Die Gesamtzahl beträgt grob geschätzt 10 Millionen (David B. Barrett, Todd M. Johnson, "World Christian Trends AD 30-AD 2200", William Carey Library, 2001, S. 230, Tabelle 4-1). **10 Millionen Buddhisten**
**Juden**
Merkwürdigerweise gab es nicht genug getötete Juden im Dschihad um die Gesamtzahl der Großvernichtung signifikant zu steigern. Der Dschihad in Arabien war zu 100% effektiv, aber die Zahlen lagen in den Tausenden nicht Millionen.
Danach unterwarfen sich die Juden und wurden zu Dhimmis (Diener oder Bürger zweiter Klasse) des Islams und hatten keine geographische Macht mehr.
Dies ergibt nach grober Schätzung **etwa 270 Millionen Menschen**, die durch den Dschihad getötet wurden.<<

**Zusammenfassung der Anwerbung von Gastarbeitern, Masseninvasion von ausländischen Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen, Heimatverlust der Deutschen**
Die "BILD-Zeitung" berichtete am 3. Mai 1955 über die Ankunft der ersten Gastarbeiter: >>**Erste Gastarbeiter kommen**
Alois Tamanini und 25 italienische Kollegen treffen bei der "Bergisch-Märkischen Industrie-

stein" als Steinbrecher ein. Die Gewerkschaft protestiert ... Die Steinbruchfirma hatte keine deutschen Arbeiter finden können.
Immer mehr Betriebe verschiedener Branchen fordern Arbeitskräfte aus Italien an.<<
Die "BILD-Zeitung" berichtete am 10. September 1964: >>**Eine Million Gastarbeiter**
... Zimmermann Armando Rodrigues ... aus Portugal wird als einmillionster Gastarbeiter begrüßt. Geschenk: ein zweisitziges Moped. Ein Vertreter der Arbeitgeberverbände sagt: "Ohne die Mitarbeit der Ausländer, wäre unsere wirtschaftliche Entwicklung nicht denkbar."
Hauptgruppen der Gastarbeiter in der Bundesrepublik: 29,5 % Italiener, 15,9 % Griechen, 15,5 % Spanier, 9,1 % Türken.<<
Otto Uhlitz (Staatsrechtler und ehemaliger enger Mitarbeiter Willy Brandts) kritisierte im Jahre 1987 die deutsche Ausländerpolitik (x268/193): >>Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der Bundesrepublik Deutschland abschaffen will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der Bundesrepublik abschaffen und durch eine multikulturelle Gesellschaft ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt.
Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger. Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf Dauer ignorieren können. ...<<
Die Münchener "Abendzeitung" berichtete am 21. Januar 1991 über eine Rede des CDU-Politikers Heiner Geißler während einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing (x268/177): >>... Durch Asylbewerber und Ausländer hat kein einziger Deutscher auch nur eine Mark weniger verdient oder weniger Rente bekommen oder auch nur einen Quadratmeter Wohnraum verloren.<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1992 berichtete im Mai 1992 über das Buch "Die Invasion der Armen" des deutschen Autors Jan Werner (x853/...): >>**Gigantischer ruinöser Asylschwindel**
Das Problem der Asylanten und illegalen Einwanderer beschäftigt zusehends die Öffentlichkeit. Da kommt Jan Werners Buch wie gerufen. Gegenüber den selbsternannten Wortführern einer "multikulturellen Gesellschaft" hat es den Vorzug, sich nicht auf Ideologien zu versteifen, sondern mit Fakten aufzuwarten. Dr. Hans-Werner Müller, so sein eigentlicher Name, ist als Gefolgsmann Helmut Schmidts sicher unverdächtig. Jahrelang war er Sprecher des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Leiter der Innenpolitischen Abteilung des Bundespresseamtes.
Er weist überzeugend nach, daß die komplexe Thematik meist völlig einseitig behandelt wird, wobei die negativen Aspekte weitgehend verschwiegen werden. So kamen allein 1990 knapp 200.000 Asylbewerber, die pro Jahr 1,64 Milliarden DM kosten.
Die geringe Anerkennungsquote von 3-5 % macht deutlich, daß es sich um Armutsflüchtlinge oder auch bloße Wohlstandsschmarotzer handelt (S. 70). Ähnlich wie in den USA, Frankreich und England stellen die ausländischen Jugendlichen ein besonders schwieriges Kapitel dar. Da sie häufig weder den Hauptschulabschluß noch eine berufliche Ausbildung schaffen, werden sie leicht zu "Gast-Arbeitslosen" und gleiten oft in die Kriminalität ab.
- Werner entlarvt die Idee einer "multikulturellen Gesellschaft" als ideologisches Geschwätz (S.41 ff.) Während es sich bei Ausländern aus der EG um nationale Ausprägungen einer umfassenden europäischen Kultur handelt, stammt die Masse der Asylanten aus der untersten, ungebildeten Unterschicht. Tatsächlich funktioniert die "multikulturelle Gesellschaft" nirgendwo in der Welt. Konkrete Beispiele sind u.a. die USA (vgl. die scharfen Gegensätze zwischen Weißen, Schwarzen, Lateinamerikanern), England, Frankreich, Belgien, Jugoslawien, die ehemalige Sowjetunion usw. Zudem lehnen Moslems/Türken jegliche Integration scharf ab (S. 255).

Sodann ist die Kriminalität der Ausländer viermal so hoch wie die der Deutschen. Tendenz steigend! (S. 101 ff.) Die zunehmende Straßenkriminalität ängstigt zusehends die Bürger. 1989 wurden 1.568.420 Fälle registriert. Nach dem Bericht des Verfassungsschutzes von 1989 sind knapp 100.000 Ausländer in der Bundesrepublik Mitglieder extremistischer Gruppen. (S. 122). Dagegen spielt die RAF keine Rolle. "Das Drogengeschäft ist voll in den Händen der Araber." (S. 132)
Jeder Asylbewerber kostet pro Jahr im Durchschnitt 16.000 DM (S. 77) ...
Mehr und mehr wehren sich die Bürger dagegen, daß die enormen Zahlungen von knapp 16 Milliarden pro Jahr an arbeitslose Ausländer andere Leistungen des Staates beeinträchtigen.
Dabei sind die Deutschen keineswegs hartherzig, vielmehr "Weltmeister im Spenden". (S. 78) So beträgt der jährliche Kulturetat insgesamt 7,7 Milliarden, das Kindergeld 11 Milliarden. Für Berufsschulen stellt der Staat 7,7 Milliarden, für Kindergärten 2,8 Milliarden zur Verfügung. Die hohe Staatsverschuldung von 1,5 Billionen = 1.500 Milliarden im Jahr 1991 macht deutlich, daß die Finanzierungsmöglichkeiten im Grunde bereits weit überschritten sind. Die Zeche werden unsere Kinder und Enkel zahlen müssen. (S. 91 ff.)
- Immer wieder fordern gesellschaftliche Gruppen das Wahlrecht für Ausländer. Jedoch hätte dies verheerende Folgen. Inzwischen bestimmen schon wenige Stimmen knappe Mehrheiten. Geschlossen abstimmende Gruppen, etwa Moslems/Türken, könnten über die Zukunft unseres Landes entscheiden. Schon heute muß jeder Präsidentschaftskandidat in den USA ethnischen Minderheiten Zugeständnisse machen. (S. 256)
Fazit: "Wir werden früher oder später die Masse der hier lebenden Ausländer (aus Nicht-EG-Staaten) in ihre Heimatländer zurückschicken müssen." (S. 256)
- Man mag nicht mit allen Lösungsvorschlägen Werners einverstanden sein. Überdenken sollte man sie auf jeden Fall. Sein Buch ist Pflichtlektüre nicht nur für alle Politiker und politisch Interessierte. Auch politisierende Geistliche aller Ebenen, Sozialverbände sowie kirchliche Lobbyisten einer ideologisch verstandenen, von ihnen mit "evangelischem" Pathos und Moralin geheiligten Betreuungs- und Einwanderungspolitik sollten ruinöse Fakten nicht chronisch verdrängen.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die steigende Zahl der Sozialhilfeempfänger (x268/197): >>... Eine grundlegende Form des Sozialhilferechts würde auch den vermeintlichen Arbeitskräftemangel schnell beheben; denn seit 1992 haben sich Löhne und Sozialhilfe weitgehend angenähert.
Nach Mitteilung des Bundesfinanzministeriums hatte ein repräsentativer Arbeitnehmerhaushalt" mit zwei Kindern monatlich netto 2.738 DM zur Verfügung gegenüber 2.659 DM Sozialhilfe bei einem identischen Haushalt. In den östlichen Bundesländern hatten die Sozialhilfeempfänger sogar schon einen Vorsprung. Hier betrug die obige Relation 2.112 DM zu 2.279 DM.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Mai 2004 (x887/...): >>**Vor dem Bürgerkrieg**
Europa und die Expansion des Islam
... Islamistische Bewegungen haben einen großen strategischen Vorteil. Sie können mit den Moscheen ein kaum kontrollierbares Beziehungs- und Kommunikationsnetz nutzen. In Deutschland bekennen sich die Islamisten nach außen hin zum Grundgesetz. Nach innen aber gilt das Gesetz der Scharia. Diejenigen islamischen Organisationen, die hierzulande die meisten Moscheen und islamischen Kulturzentren errichten, haben ein gemeinsames Ziel: die Islamisierung Deutschlands.
Dies soll über den Umweg der "Takiya" erreicht werden, des Verschweigens bzw. Geheimhaltens der Ansichten und religiösen Überzeugungen in Fällen, in denen es dem Wohle des Islam dienlich ist.

Geduldet wird das, wie der Vorsitzende Richter Breiding im Kaplan-Prozeß feststellte, "durch das lasche und überängstliche Vorgehen der Behörden".
Viele Islamisten sind inzwischen eingebürgert und können nicht mehr ausgewiesen werden. Der innerstaatliche Frieden ist mehr als gefährdet. Schon heute haben wir in vielen Großstädten die sichtbare Balkanisierung der Gesellschaft, morgen vielleicht den Bürgerkrieg, in dem die überalterte Stammbevölkerung schlechte Karten hat.
Häufig als schutzlos empfindet sich jene verantwortungsvolle Minderheit, die noch Kinder hat, während sich die Deutungselite unter der Angstglocke bedeckt hält, um ansonsten nach dem Motto der Mehrzahl der Kinderlosen zu leben: "Nach uns die Sintflut." - Nur kommt hier nicht die Sintflut, sondern eine ganz neue Gefahr, denn, wie Udo Ulfkotte feststellte: "Der Krieg der Zukunft wird in unseren Städten stattfinden." ...<<
Der deutsche Journalist und Sachbuchautor Udo Ulfkotte (1960-2017) schrieb am 1. November 2008 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Widerstandslose Aufgabe**
Am Sonntag wurde in Duisburg die größte Moschee in Deutschland eingeweiht, nur Tage davor wurde im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg die erste Moschee im Gebiet der neuen Länder eröffnet, kurz zuvor eine weitere in Ingelheim. Regelmäßig gratulieren Politiker und Kirchen bei den oft offiziellen Festveranstaltungen. In Duisburg redete Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, ein katholischer Bischof und ein evangelischer Repräsentant sprachen Grußworte, die Einweihung bildete den Auftakt zu einer ganzen Festwoche.
Der in Ingelheim eingeweihte und von Politikern und Kirchenvertretern ebenfalls euphorisch gefeierte Neubau heißt "Fatih-Sultan-Moschee". Der Name ist wohl nicht zufällig gewählt. Der türkische Sultan Mehmet II. trug den Beinamen "Fatih" ("der Eroberer"). Im Jahre 1453 hat dieser Christenhasser das bis dahin christliche Konstantinopel überrannt, alle Christen zusammentreiben, pfählen und köpfen lassen. Er zerstörte das christliche Byzantinische Reich. Das von ihm angeordnete Blutbad war grauenvoll.
Überall in Europa nennen muslimische Mitbürger heute ihre neu entstehenden Moscheen nach den großen Christenhassern ihrer Geschichte. Viele klatschen, wenn etwa mit immer neuen "Fatih"-Moscheen die Gefühle europäischer Christen mit Füßen getreten werden. Bloß nicht den Islam "beleidigen". Kämen Christen auf die Idee, eine Basilika etwa nach dem Kreuzfahrer Gottfried von Bouillon zu benennen? (Womöglich - eine besonders absurde Vorstellung - eine neu gebaute Kathedrale mitten in einem islamischen Land?)
Wollen wir die Wahrheit nicht wissen? Politiker begrüßen, daß die europäische Hauptstadt Brüssel "multikulturell" ist. 57 Prozent der Neugeborenen sind dort derzeit Muslime. Wie in vielen europäischen Städten ist auch dort Mohammed der häufigste Vorname für männliche Neugeborene. Brüssel wird nach Angaben der Universität von Löwen (Leuven) in etwa 15 Jahren eine mehrheitlich islamische Stadt sein.
Die Entwicklung zieht sich durch ganz Europa. Und überall geben wir unsere Werte auf: In Dänemark zahlt seit diesem Jahr die erste Kirche Schutzgeld an Muslime, um ihre Christen beim Kirchgang vor Übergriffen zu schützen. Wir haben zwar Gesetze in Europa, die eigentlich für alle gelten, dennoch akzeptieren wir inzwischen sogar islamische "Scharia-Gerichte", und schon gestatten wir unter bestimmten Voraussetzungen Muslimen die Polygamie. In Ländern wie Schweden diskutiert man über einen Strafnachlaß für "Ehrenmörder" - alles andere könnte ja den Islam beleidigen.
Ein "Kampf der Kulturen" findet nicht statt - wir geben unsere Werte widerstandslos auf. Unsere Kinder werden uns bittere Fragen stellen. Dann aber dürfte es zu spät sein, die Entwicklung noch aufzuhalten.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. August 2009 (x887/...): >>**Auf Wiedersehen Deutschland**
2008 zogen mehr Menschen fort als zu, einige kommen wieder, doch die Besten bleiben häufig in der Ferne ...
In der Bilanz ist trotzdem ein klarer Trend erkennbar: Während 2008 738.000 Personen aus Deutschland fortzogen, wanderten nur 682.000 Menschen nach Deutschland ein. ...
Vor allem Ärzte und Banker galten in den letzten Jahren als besonders auswanderungswillig. Aber auch Naturwissenschaftler würde es in Länder mit besseren Forschungsbedingungen und vor allem Gehältern ziehen.
Zwar gibt es in keinem anderen Land ein so gutes soziales Netz wie in Deutschland, doch das hält eher die Leistungsunwilligen und -unfähigen beziehungsweise zieht sie an. Die Leistungsfähigen, die das soziale Netz ja finanzieren müssen, schreckt es eher ab, daß ihr Gehalt inklusive Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungen zu fast 70 Prozent vom Staat vereinnahmt wird. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 25. September 2010 (x887/...): >>**Fall Sarrazin: Todesurteile unter Nacktschnecken**
Das Buch "Deutschland schafft sich ab" von Thilo Sarrazin hat nicht nur eine Diskussion über die Zukunft der deutschen Kultur und des Sozialstaates ausgelöst, es wird bisweilen auch als Zeichen einer langsam einsetzenden geistigen "Wende" gedeutet. Einige Beobachter zogen Parallelen zu Rudolf Bahros Buch "Die Alternative" von 1977, das dem Untergang der DDR vorausging.
Sarrazin durchkreuzt dreierlei Absichten, die sich hinter dem "multikulturellen" Experiment verbergen. Wirtschaftskreise und ihre liberalen Helfer wünschen sich Einwanderung, um sich ein Reservoir an billigen Arbeitskräften zu erhalten. Die strategisch denkende Linke erhofft sich dadurch eine Zuspitzung von Klassengegensätzen und ein neues aggressives Proletariat, das das "weiße" Bürgertum zu entmachten imstande wäre. "Grüne" wiederum setzen durch das Experimentieren mit "Vielfalt"- und "Diversity"-Konzepten darauf, einen transnationalen "neuen Menschen" zu kreieren.
Die herrschenden Eliten und die ihnen verbundenen Chefredakteurszimmer wirkten anfänglich ungewöhnlich paralysiert, bis schließlich wieder die üblichen bundesdeutschen Versuche der sozialen Ausgrenzung zum Laufen kamen. Doch die Vorwürfe gegen Sarrazin wirkten seltsam stumpf. Political Correctness und "Kampf gegen Rechts" scheinen ihren Zenit überschritten zu haben.
Im Gegenteil. Der Medienwissenschaftler Norbert Bolz geißelte die "neuen Jakobiner", sprach von der "Götterdämmerung der 68er" und kritisierte die dem Volk entfremdete "Parallelgesellschaft" der politischen Elite und der Medienlinken: "Nichts hat den Geist der Bundesrepublik Deutschland so nachhaltig geprägt wie die Generationenherrschaft der 68er … Seit Jahrzehnten haben die deutschen Linksintellektuellen keine politische Idee mehr gehabt. Und wenn man theoretisch nicht weiter weiß, wird man moralisch aggressiv."
Volker Zastrow wandte sich in der "FAZ" gegen den Claudia-Roth-Jargon: "Warum soll 'unerträglich' sein, daß einer die Welt so beschreibt? … Nicht hilfreich, nicht zu ertragen, so lauten soziale Todesurteile unter den Nacktschnecken, die auf der eigenen Schleimspur Karriere machen. ..."<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 3. April 2014: >>**"Wir haben einen veritablen Bürgerkrieg in Deutschland"**
Der Erfolgsautor Akif Pirinçci schreibt in seinem neuen Buch "Deutschland von Sinnen" gegen das "Irrenhaus Deutschland" an. Im Interview mit der JUNGEN FREIHEIT erklärt Pirinçci, warum er Deutschland liebt und was er gegen "Migrantenindustrie, schwachsinnige Politiker und geisteskranke linke Medienleute" hat.

Sein neues Erfolgsbuch "Deutschland von Sinnen" habe er "in einem dreimonatigen Wutanfall zusammengedonnert", sagt Pirinçci. Hart geht er mit den Grünen ins Gericht, die Deutschland in einen "verkommenen Zustand" gebracht hätten und eine "Mischung aus Schämt-euch-Attitüde, Technikfeindlichkeit, Kindersex-Sehnsüchten, Selbsthaß auf alles Eigene und Deutsche und Überhöhung des Anderen" seien.

**"Wenn das Geld alle ist, bricht so eine Gesellschaft auseinander"**

Es gebe ein "links-grün versifftes Dogma, daß Zuwanderung, namentlich islamische, automatisch ein Segen für Deutschland sei". Die Grünen seien dafür verantwortlich, daß sich Einwanderer heute nicht mehr assimilierten. "Das funktioniert aber nicht, spätestens wenn das Geld alle ist, bricht so eine Gesellschaft auseinander. Dann hat er sich ausgetanzt, der Karneval der Kulturen", betonte Pirinçci.

Zur These, daß junge Muslime durch ihre Gewalttaten lediglich ihre Minderwertigkeitskomplexe abreagieren würden, erklärt Pirinçci, "daß nichts und niemand so viel Selbstbewußtsein hat wie ein Araber oder Türke, der einem Deutschen am Bordstein das Hirn aus dem Schädel tritt. Und ich glaube, daß die Zahl der so Ermordeten bewußt geheimgehalten wird, da sonst offenbar werden würde, daß es sich um einen veritablen Bürgerkrieg handelt."<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 19. Oktober 2014: >>**Unsere Straßen, ihr Kampf**

In Celle sind Moslems und Jesiden mit Knüppeln, Steinen und Flaschen aufeinander losgegangen. In Hamburg drohten Kurden und Salafisten sich die Köpfe mit Eisenstangen und Macheten ein- und abzuschlagen. Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Joachim Lenders, sprach sichtlich geschockt von Bürgerkriegsszenen und äußerte die Erwartung, daß dies erst der Anfang sei.

In Mainz, Hamburg und im Ruhrgebiet konnten Bahnhöfe nicht angefahren werden, weil Kurden die Gleise besetzt hielten. In München wurde die CSU-Parteizentrale besetzt, in Köln das Gebäude der Deutschen Welle gestürmt. Auslöser ist der Terror der Armee des "Islamischen Staates" im Nahen und Mittleren Osten. Deutschland soll durch die Aktionen zu einer aktiveren Politik veranlaßt werden.

**Es wird noch schlimmer kommen**

Was in jenen Regionen geschieht, ist schlimm. Doch das überstrapazierte Wort von der "deutschen Verantwortung" ist völlig fehl am Platze, denn weder ist der Konflikt eine Konsequenz deutschen Handelns, noch existiert eine politische Ethik, die einem Land befiehlt, sich in die Geiselhaft externer Konfliktparteien zu begeben und die Politik von ihnen bestimmen zu lassen. Trotzdem sind wir Geiseln - und zwar durch das schiere gewaltfähige Massenpotential, das sich aus der ungesteuerten, zumeist muslimischen Zuwanderung der letzten Jahrzehnte ergibt.

Und es wird noch schlimmer kommen. Denn nicht über die verübten Land- und Hausfriedensbrüche wird diskutiert, nicht über den Zustand vollendeter Erpressung und vor allem nicht über die Notwendigkeit, die Zuwanderung endlich zu drosseln, sondern darüber, immer mehr Neuankömmlinge flächendeckend über das ganze Land zu verteilen. Es wurde sogar beschlossen, die Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit der Türkei zu intensivieren und auf diese Weise zu signalisieren, daß man sich mit der Ausweitung der muslimischen Zuwanderung abgefunden hat.

**Wann war der deutsche Staat ähnlich machtlos?**

Wann war der deutsche Staat ähnlich machtlos und gestattete anderen Völkern, ihre Konflikte herein- und unter religiösem Vorzeichen hier auszutragen? Im Kalten Krieg bildeten die beiden deutschen Staaten jeweils das Glacis für die verfeindeten Supermächte und waren ihre Nukleargeiseln. Eine andere Vergleichsgröße ist der Dreißigjährige Krieg, als Deutschland das Schlachtfeld für die Machtkämpfe der Nachbarstaaten bildete.

Noch sind es Stellvertreterkriege, die auf unseren Straßen ausgetragen werden, doch ihre Methodik kann auch benutzt werden, um etwa die Gleichberechtigung der Scharia oder Autonomierechte in Deutschland einzufordern. Diese Entwicklung beschränkt sich nicht auf uns, sie betrifft ganz Westeuropa. Vermeintliche Realisten beschreiben sie als Teil einer neuen, globalisierten Normalität, an die man sich eben gewöhnen müsse. Doch auch sie scheuen sich, die schon sichtbaren Folgen der Entwicklung auszuformulieren. Wir haben es mit mehreren Tendenzen zu tun, die sich überlagern und gegenseitig dynamisieren, ohne deckungsgleich zu sein.

**Die Welt von morgen als "multikulturelle Freihandelszone"**

Karl Marx hatte im "Kommunistischen Manifest" die Beseitigung aller historischen Bindungen, Traditionen und Grenzen durch den Kapitalismus gefeiert, weil er darin die Voraussetzung für eine weltweite Gemeinschaft freier Menschen erblickte. 150 Jahre später begnügte der Neoliberalismus sich mit der Vision des gleichgeschalteten globalen Einheitskonsumenten. Diese ökonomisch determinierte Ideologie ist von Globalisierungsplanern in eine politische überführt worden.

Der amerikanische Militärstratege Thomas Barnett beispielsweise plant die Welt von morgen als "multikulturelle Freihandelszone", in der Frieden, Freiheit, Demokratie und Ausgewogenheit gedeihen. Die Staaten fungieren lediglich als durchlässige Einheiten für Waren-, Kapital- und Menschenströme, die für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Angleichung sorgen. Es ist eine total vernetzte, aber keineswegs herrschaftsfreie Welt.

Die Macht liegt bei denen, die die Kommunikations- und Handelswege, die Datenarchive und die globale Begriffsbildung kontrollieren. In dieser Perspektive erscheinen die europäischen Nationalstaaten als sentimentaler Plunder, und die Migrationsströme bilden eine Humanwaffe zu ihrer Entmachtung.

**Die Verteidigung der "nationalen Identität" als Verstoß gegen die Menschenrechte**

Allerdings hat diese Politik unvorhergesehene Nebenwirkungen. Die islamische Welt verknüpft mit der Globalisierung ganz eigene Absichten. Sie ist, um einen Ausspruch des türkischen Präsidenten Erdogan zu variieren, der Zug, auf den sie aufspringt. Hilflos erleben die Europäer, wie das Demokratie- und Menschenrechtsvokabular sich gegen sie wendet.

Die Verteidigung der "nationalen Priorität" und "nationalen Identität" sei ein Verstoß gegen die Menschenrechte, die Europäer hätten die Zuwanderung, die Migrantenrechte und die multikulturelle Zukunft ihrer Staaten gefälligst zu akzeptieren, tönt der UN-Menschenrechtsrat, wo die islamischen und Dritte-Welt-Staaten die Mehrheit haben. Die immer schärferen Gesetze gegen "Volksverhetzung" und "Haßverbrechen", der Kampfbegriff "Islamophobie", die "Diversitäts"-Propaganda oder das aufdringliche Loblied auf die Beiträge des Islam zur europäischen Kultur sind keine Zufälle oder Einzelentscheidungen. Sie beruhen auf langfristigen Vereinbarungen zwischen der Europäischen Union und der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC).

Dies geschieht einem Europa, das von historischen Schuldgefühlen geplagt und in Terrorfurcht erstarrt ist, das sich in jeder Hinsicht - auch auf seinem ureigenen Territorium - auf dem Rückzug befindet. Erst von hier aus erschließt sich die volle Bedeutung dessen, was dieser Tage auf unseren Straßen passiert ist, ob in Celle, Hamburg oder anderswo.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 13. November 2014: >>**Evangelische Lemminge**

Wer schon immer Zweifel am Geisteszustand der Führungsgremien der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) hegte, kann sich durch zwei Meldungen der vergangenen zwei Tage einmal mehr bestätigt sehen. Da verhaftet die Polizei nach einer Razzia eine Gruppe von Islamisten, die im Verdacht stehen, systematisch Kirchen und Schulen ausgeraubt zu haben, um mit dem Diebesgut die Reisekasse hier angeworbener Dschihadisten zu füllen, die sich in Sy-

rien dem "Islamischen Staat" anzuschließen gedenken, um dortselbst Kirchen zu schänden und Christen zu massakrieren - und wie lautet die Antwort der evangelischen Amtskirche?
Genau: Die EKD-Synode in Dresden verlangt tags darauf von der Bundesregierung, die Mittel für den "Kampf gegen Rechtsextremismus" auf jährlich 70 Millionen zu verdoppeln, um unter anderem "islamfeindliche Hetze" besser bekämpfen zu können.

**Der Wahnsinn hat Methode**

Absurd? Es kommt noch besser: Die 70 Millionen Euro jährlich aus der Staatskasse für die Päppelung von allerlei Berufs-"Antifaschisten" sind nach Ansicht der EKD-Kirchenvertreter auch deshalb nötig, weil auf deutschen Straßen immer öfter "antisemitische Parolen" zu hören sind. Schon klar: Die fanatischen Jung-Muselmanen, die bei ihren Aufmärschen munter "Juden ins Gas" brüllen, sind wahrscheinlich mit dem deutschen Paß, den viele von ihnen ebenso wie die gerade in Köln verhafteten kirchenplündernden Salafisten in der Tasche haben dürften, per Einbürgerung zu echten deutschen "Nazis" mutiert.
Wer nun folgert, die evangelische Amtskirche habe nicht mehr alle Glocken im Turm und werfe sich lustvoll wie die Lemminge dem eigenen Untergang in die Arme, indem sie ihren erklärten Feinden auch noch generöse Subsidien aus anderer Leute Geldbeutel zustecken will, macht es sich freilich immer noch zu einfach. Der Wahnsinn hat Methode. Mag sein, daß der einfältige Durchschnitts-Synodale es tatsächlich für seine Christenpflicht hält, jeden fremden Eroberer hemmungslos zu umarmen, selbst wenn der Dolch schon gezückt ist, und unterwürfig jede verfügbare Backe hinzuhalten.

**Ersatzreligiöse Götzen**

Die Drahtzieher solcher Beschlüsse haben ganz anderes im Sinn. Nach Jahrzehnten erst roter und dann grüner Unterwanderung ist die EKD auf dem besten Weg, zur heillosen Polit-Sekte zu mutieren, die nicht dem Evangelium dient, sondern den ersatzreligiösen Götzen Schuldkult, "Antifaschismus" und Multikulturalismus.
Auch Päpste und Konzilien können irren, formulierte Doktor Martinus einmal einen Grundpfeiler lutherischer Überzeugung. Die Zusammenkünfte seiner unwürdigen grünroten Erben plagen solche Zweifel offenkundig nicht. Der ideologisch bornierte Unfehlbarkeitsglaube, mit dem sie die Realitäten ignoriert, die sie als Lobbyist dieses Zeitgeistes selbst mit geschaffen und verschuldet hat, trägt jedenfalls Züge des Wahnhaften. Wohl dem, der da nicht mittut.<<
Die Tageszeitung "Westfälische Nachrichten" berichtete am 6. September 2015: >>**Flüchtlinge - Deutschland öffnet seine Grenzen**

Dank einer Ausnahmeregelung sind am Wochenende weit mehr als 10.000 Menschen aus Ungarn über Österreich nach Deutschland gekommen – bis zum späten Sonntagabend wurden insgesamt mehr als 20.000 erwartet.
Sie saßen zuvor zum Teil tagelang in Ungarn fest. Bei ihrer Ankunft in Deutschland waren viele entkräftet. Hunderte Menschen – etwa am Hauptbahnhof in München – empfingen die Flüchtlinge mit Applaus.
Zuvor hatte sich die Lage in Ungarn weiter zugespitzt. Am Budapester Ostbahnhof hatten Tausende tagelang kampiert. Viele von ihnen machten sich zu Fuß in Richtung österreichische Grenze auf. Angesichts der dramatischen Situation vereinbarten Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr österreichischer Amtskollege Werner Faymann in Absprache mit der ungarischen Regierung eine Ausnahmeregelung. Demnach durften die Flüchtlinge ohne bürokratische Hürden und Kontrollen einreisen. Wien verwies auf eine "Notlage" an der ungarischen Grenze. ...
Ungarn stellte Busse bereit und brachte die Flüchtlinge bis zur österreichischen Grenze. Züge, darunter auch viele Sonderzüge, brachten die Menschen schließlich nach Deutschland – das wichtigste Anlaufziel war der Hauptbahnhof in München. Alleine am Samstag reisten 7.000 Flüchtlinge per Zug über München nach Deutschland ein. Rund 2.500 Menschen wurden di-

rekt in andere Bundesländer weitergeleitet.
In Ungarn selbst leerten sich die Flüchtlingslager nach und nach. Nach wie vor reisten Flüchtlinge jedoch zur österreichischen Grenze, um von dort weiter nach Westen zu kommen. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. September 2015:
>>**Adieu, Charlie**
**Wieso die Saudis keine Syrer wollen, warum Karikaturen jetzt ein Fall für die Polizei sind, und wo der totale Vernichtungswille triumphiert**
Haben Sie sich das Bild auf Seite 1 mal genau angesehen? Da stehen, klatschend und lachend, junge, fröhliche Deutsche, in der Hand ein großes Transparent mit der Losung "Refugees welcome" - Flüchtlinge willkommen. Links neben ihnen verharren zwei Männer, die dem Aussehen nach eher "südlicher" Abkunft sein mögen. Und was machen die? Kein Klatschen, kein Lachen - der eine blickt statt dessen ernst und emotionslos in die Richtung der "Refugees", der andere hat die Arme verschränkt und scheint die Flüchtlinge beinahe skeptisch zu mustern, als wollte er sagen: "Na, was da wohl reinkommt."
Eine interessante Momentaufnahme, wobei die beiden Herren vielleicht auch ganz woanders herkommen und wir hier völlig falsche Schlüsse ziehen. Aber so ist das eben mit der "Macht der Bilder", die dieser Tage Deutschland fest im Griff hat.
Der mächtigste Staat der arabischen Welt, Saudi-Arabien, denkt jedenfalls gar nicht daran, auch nur einen einzigen syrischen Flüchtling über die Grenze zu lassen. Im Gegenteil: Die Saudis schmeißen die letzten syrischen Gastarbeiter raus, weil die schlecht über die Folgen der saudischen Politik in ihrem Land reden könnten.
Bekanntlich hatte der Geheimdienst des besten Verbündeten der USA in der Region jene Gruppen massiv gepäppelt, aus denen später der berüchtigte Islamische Staat (IS) erwuchs, vor dem die Syrer nun in Todesangst flüchten.
Zudem sieht man in Riad die Syrer vermutlich bloß als Figuren auf dem Schlachtfeld des "Heiligen Krieges" zur Islamisierung Europas. Saudi-Arabien ist die Heimstatt der Salafisten (die sich dort Wahhabiten nennen). Warum sollten diese Leute Moslems in ein Land holen, wo ohnehin schon alles in radikal-islamischer Hand ist? In Europa dagegen dienen die Syrer der Ausbreitung des Islam, also dorthin mit ihnen!
Damit die Syrer im Land der "Ungläubigen" auch so funktionieren, wie die Saudis es sich wünschen, will König Salman 200 Moscheen in Deutschland für sie bauen lassen. Die deutschen Kirchen werden ihn dabei bestimmt emsig unterstützen, wie sie das bei allen Moschee-Projekten tun. Da das Geld aus dem Land der Wahhabiten kommt, dürfte sichergestellt sein, daß in den Häusern die "richtige", also die radikale Version des Islam ausgestreut werden wird.
Auf jeden Fall wird sich Deutschland durch den Zustrom gründlich verändern, ist das nicht super? Und ob: "Tschüs, altes Deutschland", jubelt der "Spiegel" und kann die Veränderungen kaum noch erwarten. Dabei sind sie tatsächlich schon mit Händen zu greifen. Im Januar waren wir ein ganz anderes Land, da hießen wir nämlich allesamt "Charlie", sogar der Bundespräsident nahm diesen Namen an aus Solidarität mit den ermordeten Mitarbeitern des Pariser Satiremagazins "Charlie Hebdo".
Aus Rache für dort abgedruckte Mohammed-Karikaturen hatten muslimische Mörder in der Redaktion ein Blutbad angerichtet. Das war ein Anschlag auf unser aller Freiheit, die wir niemals dulden werden, lautete unsere tapfere Entgegnung, in Paris gingen Millionen für diese Freiheit auf die Straße.
Hätten sie sich sparen können, denn im neuen, bunten, veränderten Deutschland gilt sie nicht mehr, diese Freiheit. Wie der NDR berichtet, hat man im Lager Friedland "mehrere Zettel gefunden, auf denen unter anderem Mohammed-Karikaturen abgebildet sind". Ergebnis: "Es wurde ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen des Verdachts der 'Beschimpfung

von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen' eingeleitet, hieß es von seiten der Polizei." So geht das heute. Adieu, Charlie.
Entdeckt hatten die Beamten die nunmehr mutmaßlich kriminellen Karikaturen, als sie im Lager eine Schlägerei zwischen zwei Insassen beenden mußten, die mit den Zeichnungen indes nichts zu tun hatte. Peinlich, da mußten erst Polizisten kommen? Warum haben nicht die Mitarbeiter des Lagers oder ehrenamtliche Willkommensdeutsche die Zettel aufgespürt? Wachsamkeit ist die oberste Tugend des bunten Bürgers, überall lauert die giftige Saat der Unbunten, des "Packs".
So hat der Karlsruher Grünen-Stadtrat Jörg Rupp einen Busfahrer gemeldet, weil der beim Transport abgelehnter Asylbewerber ein T-Shirt der Marke "Thor Steinar" getragen hat, auf dem irgendwas Altgermanisches geprangt haben soll. "Thor Steinar" sei auch bei Rechtsextremisten beliebt, heißt es.
Rupp meldete den Mann beim Regierungspräsidium in Karlsruhe, bei diversen Tageszeitungen und dann bei dessen Arbeitgeber, der Angst bekam, den Auftrag für die Transporte zu verlieren und den Fahrer prompt rauswarf.
Nun kritisierte uneinsichtiges Bürgerpack den armen Herrn Rupp als ekeligen Denunzianten, was der überhaupt nicht verstehen kann. Er habe doch bloß "eine Beobachtung weitergeleitet". Mit dem Rauswurf habe er nichts zu tun, schließlich hätte sich der Fahrer ja auch wehren können - ja, als einfacher Busfahrer gegen das Regierungspräsidium, die versammelte Regionalpresse, einen Politiker und seinen Chef, is’ klar.
Übrigens: "Thor Steinar" gehört seit 2009 der Firma von Faisal al Zarooni mit Sitz im arabischen Dubai. Aber das nur nebenbei.
Von wegen "Tschüs, altes Deutschland": Dieses Land hat neben einer schier endlosen Kette großartiger Leistungen auch zwei Diktaturen erlebt, die niemals funktioniert hätten, wenn nicht immer genügend Leute scharf darauf gewesen wären, "eine Beobachtung weiterzuleiten". Während zahlreiche alte Traditionen in Deutschland längst verloren sind, gehen uns die "Beobachter" nie aus. Schäbigkeit, Charakterlosigkeit und niedere Gesinnung sind Qualitäten, die ungeachtet aller historischen Umbrüche die Generationen überdauert haben.
Arbeitslos machen reicht aber nicht. Im Netzportal einer großen deutschen Mediengruppe wird überdies dazu aufgerufen, seinen Nachbarn auch die Wohnung zu entreißen, sollten sie sich als "Rechte" erweisen. In diesem Fall möge man unbedingt den Vermieter informieren. "Oft wissen die gar nicht, wen sie sich ins Haus geholt haben", zitiert das Portal Dieter Frohloff von einer "Mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus". Indes, so heißt es, eine Garantie für einen schnellen Abzug der Rechten sei das nicht, denn: "Rechte Gesinnung allein reicht nicht für eine Kündigung."
Wie überaus schade! Wenn die Rechten allerdings eine verbotene Flagge zeigten oder sich etwas anderes zu Schulden kommen ließen, könne der Vermieter sie rauswerfen. Na, dem Himmel sei Dank, es gibt also doch eine Chance, den Verdächtigten zum Obdachlosen zu machen. Man muß dafür aber immer emsig "beobachten", solange, bis man endlich was zum "Weiterleiten" aufgespürt hat.
Die Jagd ist eröffnet. Wenn’s klappt, kann der "Beobachter" später feixend hinter seiner Gardine kauern und auf den Mann da unten runtergucken, wie er mit Rucksack und Plastiktüte davonschleicht ins Nichts. Job weg, Wohnung weg, Leben zerstört - der Triumph des totalen Vernichtungswillens!
Wie wird Ihnen von solchen Leuten eigentlich? Übel? Bange? Mit Blick auf die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts wäre wohl beides angebracht. Ja, der neue Faschismus wird sich "Antifaschismus" nennen, soll der italienische Intellektuelle Ignazio Silone schon in den 50er Jahren geweissagt haben.
Auch in der Außenpolitik vernehmen wir neuerdings verblüffende Töne von einer politischen

Seite, die eben noch überall "deutsche Großmannssucht" angeklagt hatte. Leute wie der Obergrüne Anton Hofreiter maßregeln unsere europäischen Nachbarn wie ungezogene Bengel, ja, man droht ihnen sogar mit Strafe, falls sie nicht endlich auf die deutsche Version von "Flüchtlingspolitik" einschwenken. Wir kommen aus dem Staunen nicht raus.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 5. Oktober 2015: >>Der Bevölkerungswissenschaftler Gunnar Heinsohn hat den Medien in der Asylkrise eine einseitige Berichterstattung vorgeworfen. Nur ein kleiner Teil der Zuwanderer könne etwa gute Mathematikleistungen vorweisen. "Aus diesem bedrückend schmalen Sektor holen sich Funk und Fernsehen die beliebten Erfolgsgeschichten über migrantische Ärzte, Anwälte oder Politiker zwischen Rhein und Oder", schrieb Heinsohn in einem Beitrag für die *FAZ*.

Konkret beruft sich der Soziologe auf eine Untersuchung der Mathematik-Leistungen aus dem Jahr 2012. Dabei wurde eine Notenskala von eins (sehr gut) bis sieben (ungenügend und schlechter) angewandt. "Die Migrantenkinder der zweiten Generation, die von klein auf und gebührenfrei alle Förderungen der deutschen Erziehung genießen, enden zu 50,8 Prozent mangelhaft, ungenügend oder darunter. Lediglich 1,3 Prozent schaffen eine Eins und 6,2 Prozent eine Zwei", schrieb Heinsohn.

Aus seiner Sicht gebe es keine Gründe, anzunehmen, warum Pädagogen mit den nun nach Deutschland kommenden Einwanderern "weniger niederschmetternde Ergebnisse erreichen sollten als in den vergangenen Jahrzehnten". In Deutschland dagegen werde die Situation im Gegensatz zu anderen Ländern schöngeredet, warnte Heinsohn. "Hinweise, daß die Herkunftsländer all dieser Retter des 'Made in Germany' niemals auch nur ein einziges Unternehmen von Rang hervorgebracht haben, werden als Querschüsse von Lästermäulern abgetan."<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 16. Oktober 2015: >>**Die Nutznießer des Asylchaos**

Udo Ulfkotte offenbart Hintergründe über die Institutionen, die Profit aus dem Milliardengeschäft mit den Asylbewerbermassen schlagen

Der Politikwissenschaftler und Journalist Udo Ulfkotte hat in den letzten Jahren immer wieder eindringlich vor der Islamisierung Europas, einem daraus resultierenden Bürgerkrieg sowie den enormen Folgekosten der Massenzuwanderung gewarnt.

Dabei schoß er nicht selten übers Ziel hinaus, und die handwerkliche Machart seiner in schneller Folge erschienenen Bücher bot auch oft Anlaß zu Kritik: ein "Ulfkotte" fällt stets zu polemisch aus, die permanenten Wiederholungen von Fakten, so aufschlußreich diese sein mögen, stören sehr; das gleiche gilt für Detailfehler infolge des hastigen Produzierens immer neuer Titel. Darüber hinaus werden vielfach Informationen geboten, die wenig mit dem eigentlichen Thema zu tun haben oder bereits allgemein bekannt sind - ebenso kommt die Eigenwerbung zu penetrant daher.

Gleichzeitig zeigen die Ereignisse des Jahres 2015 aber, daß Ulfkotte in fast allen wesentlichen Punkten richtig lag: Der von ihm beizeiten angekündigte "Flüchtlings-Tsunami" hat Deutschland nun tatsächlich mit voller Wucht getroffen und die Gefahr eines Bürgerkrieges zwischen Einheimischen und Migranten ist dadurch realer denn je.

Verantwortlich hierfür zeichnen Politversager aller Couleur sowie die Asylindustrie. Und mit der befaßt sich nun Ulfkottes neuestes Buch, das nicht zuletzt an das vor kurzem erschienene "Mekka Deutschland" anknüpft, in dem der Autor enthüllte, wer hierzulande neben den Muslimen noch von der Islamisierung profitiert - beispielsweise Handelsketten wie Edeka und Metro, die voll auf das Geschäft mit Lebensmitteln setzen, die den muslimischen Speisevorschriften entsprechen.

Doch das sind kleine Fische gegen die Sozial- beziehungsweise nun auch Asylindustrie in Deutschland, dem Flüchtlingsheim Europas, welche im Jahr 140 Milliarden Euro umsetzt und 2,3 Millionen Menschen beschäftigt. Zum Vergleich: In den deutschen Autofirmen arbeiten

gerade einmal noch 738.000 Beschäftigte, und selbst ein Großkonzern wie Siemens mit Standorten in 167 Ländern und 343.000 Mitarbeitern kommt nur auf einen Jahresumsatz von knapp 70 Milliarden Euro!
AWO, Deutsches Rotes Kreuz, Caritas, Malteser Hilfsdienst, Diakonie und wie die im Flüchtlingsgeschäft sonst noch aktiven Sozialdienste alle heißen, haben sich hier einen Zukunftsmarkt schlechthin erschlossen, der sehr viel mehr Profit abwirft als beispielsweise die Betreuung der 300.000 deutschen Obdachlosen. Und diese Gewinnmaximierung drückt sich dann auch in den Gehältern der Vorstände aus: So kassierte alleine die gelernte Krankenpflegerin und Oberin der DRK-Schwesternschaft Berlin, Heidi Schäfer-Frischmann, 500.000 Euro pro Jahr.
Nutznießer des Flüchtlingsansturms sind dabei oftmals genau die Parteien und Politiker, welche uns das Asylchaos eingebrockt haben: Jeder dritte Bundestagsabgeordnete bekleidet eine Vorstands- oder Leitungsfunktion in der Sozialindustrie, die nun zur Asylindustrie mutiert, und die reichlichen Bezüge aus diesen Tätigkeiten fließen dann zu 25 bis 50 Prozent in die Parteikassen.
Das hierfür notwendige Geld darf der deutsche Steuerzahler aufbringen, welcher niemals gefragt wurde, ob er dieses System tatsächlich am Laufen erhalten möchte. Laut Ulfkotte - und seine Schätzung erscheint hier durchaus realistisch - kostet ein Asylbewerber derzeit im Normalfall um die 3.500 Euro im Monat, wenn man einmal alle Ausgaben ehrlich zusammenrechnet und weitere, schlichtweg noch nicht kalkulierbare Kosten wie die für die Psychotherapie der angeblich traumatisierten Einwanderer ausblendet. Das macht bei einer Million "Flüchtlingen" beachtliche 42 Milliarden Euro pro Jahr.
Diese entsprechen der Summe der Etats von nicht weniger als elf staatlichen Institutionen der BRD (Familienministerium, Gesundheitsministerium, Finanzministerium, Umweltministerium, Wirtschaftsministerium, Auswärtiges Amt, Deutscher Bundestag, Bundesrechnungshof, Bundespräsidialamt, Bundesverfassungsgericht und Bundesrat). Oder anders gerechnet: 42 Milliarden Euro benötigt der Staat auch jedes Jahr für das gesamte Arbeitslosengeld; die gleichen Ausgaben fallen beim Kindergeld an. Und das alles angesichts einer Staatsverschuldung des vermeintlich so überaus "reichen" Deutschland von über zwei Billionen Euro, von der übrigens mehr als die Hälfte aus den bisherigen Kosten für die Aufnahme und Integration von Migranten resultiert.
Insofern muß man Ulfkotte zustimmen, wenn dieser konstatiert, daß das Asylsystem unsere Zukunft und die unserer Kinder und Kindeskinder auffrißt: Während die einen satte Gewinne einfahren, droht der Normalbevölkerung das Versinken in der Armut, weil der Staat keine Gnade zeigen wird, wenn es um das Requirieren von Geld für den gefräßigen Kraken Asylindustrie geht. Ebenso gehört nicht viel Phantasie dazu, zu dem gleichen Schluß zu kommen wie der Autor, daß auf dieses System am Ende die Selbstzerstörung wartet, weil es die Gesellschaft derart aussaugt und belastet, daß Gegenreaktionen unausweichlich sind.
Ulfkottes Buch ist diesmal besser recherchiert und faktenmäßig abgesichert als manche seiner früheren Publikationen. Insofern lohnt sich die Lektüre auf jeden Fall, auch wenn man erneut auf den einen oder anderen der eingangs erwähnten stilistischen oder konzeptionellen Mängel trifft. Dabei sollte sich der Leser besonders dann an die Enthüllungen über die Protagonisten der Asylindustrie erinnern, wenn die Sozialverbände, deren Interesse jetzt vorrangig den "Flüchtlingen" gilt, in der Vorweihnachtszeit wieder einmal zum großen Spendensammeln blasen und dazu kräftig auf die Tränendrüse drücken.
Udo Ulfkotte: Die Asylindustrie. Wie Politiker, Journalisten und Sozialverbände von der Flüchtlingswelle profitieren. Kopp-Verlag, Rottenburg 2015, gebunden, 272 Seiten ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" veröffentlichte am 17. Oktober 2015 folgende juristische Stellungnahme des Rechtsanwalts Dr. Björn Clemens: >>Am 4. Septem-

ber öffnete die Bundesrepublik auf Geheiß der Bundeskanzlerin ihre Grenzen zu Österreich, um in Ungarn festsitzende Flüchtlinge ins Land zu lassen. Seitdem ergießt sich ein ungehinderter Flüchtlingsstrom nach Deutschland. Seriöse Schätzungen gehen von 1 bis 1,5 Millionen Menschen aus, die allein dieses Jahr kommen werden.
Angesichts dieser geradezu apokalyptischen Szenarien, die binnen einen Jahres Deutschlands Ende herbeiführen können, wundert es nicht, daß die Hauptschuldige an dieser Katastrophe schon mehrfach als Volksverräterin bezeichnet wurde. Eine andere Frage ist, ob Merkel damit auch Hochverrat gemäß § 81 StGB begangen hat. Dieser schwerwiegende Gedanke erfordert eine sensible Prüfung. Daß man grundsätzlich nicht so falsch liegen kann, wenn man der Kanzlerin Rechtsbruch unterstellt, mag man den Äußerungen des bayrischen Ministerpräsidenten Seehofer entnehmen, der immerhin von Notwehr sprach; und Notwehr setzt eine Straftat, jedenfalls Rechtsbruch voraus.
Hochverrat begeht, "wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt
1. den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder
2. die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern."
Der Tatbestand ist erfüllt, wenn eine Handlung unternommen wird, die einen der beschriebenen Handlungserfolge herbeiführen kann, wenn dieses durch Gewalt oder mit Drohung durch Gewalt geschieht und dabei Vorsatz im Spiel ist. Daß der Bestand Deutschlands in Gefahr gerät und damit Nr. 1 erfüllt wird, wird mittlerweile öffentlich zugegeben, zum Beispiel vom bayrischen Justizminister Bausback, den die FAZ online am 13.10.2015 zitiert.
Die verfassungsmäßige Ordnung gem. Nr. 2 kann durch die Eröffnung der Einwandererflut ebenfalls verändert, wenn nicht vollständig untergraben und aufgehoben werden: Das beginnt bereits mit dem Asylgrundrecht selbst, denn gemäß Artikel 16a Absatz 2 GG kann sich darauf nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem sicheren anderen Drittstaat einreist.
Sodann wird Artikel 14 GG, der das Eigentum schützt, beschädigt. Denn die Kommunen gehen inzwischen dazu über, Grundeigentum der Bürger, Wohnungen, leerstehende Hallen, sonstige Immobilien zu beschlagnahmen. Zwar sind Enteignungen prinzipiell möglich. Sie dürfen aber das Institut Eigentum an sich nicht in Frage stellen und müssen dem Gemeinwohl dienen. Es kann jedoch nicht im Gemeinwohl liegen, Menschen in Deutschland unterzubringen, die kein Recht dazu haben, was für 95 % der Einströmenden gelten dürfte. Hier fordert das Gemeinwohl die Abschiebung und nicht die Unterbringung!
Ferner wird das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach 28 GG ausgehebelt. Denn wenn den Gemeinden von oben aufgezwungen wird, eigene Liegenschaften, wie Stadthallen, Turnhallen o.ä. als Unterkünfte für die Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen, nimmt man ihnen das Recht, über diese Einrichtungen selbst zu bestimmen und verkürzt auch noch ihre finanziellen Spielräume, nimmt ihnen Gelder weg, die sie für die Erhaltung der Infrastruktur, der Wirtschaftsförderung o.ä. brauchen. Ferner ist der ungebremste Zustrom fremder Menschen ein Anschlag auf den Souverän selbst. Denn Träger der Verfassungsordnung ist gemäß Artikel 20 GG das Volk; von ihm soll alle Staatsgewalt ausgehen.
Daß eine veränderte Zusammensetzung des Souveräns ihn selbst ändert, liegt auf der Hand. Hier muß man allerdings einschränken, daß diese Änderung nicht unmittelbar durch die Einwanderung eintritt, sondern erst durch spätere Aufnahme als Staatsbürger. Das dürfte somit als Tatbestandsmerkmal i.S.v. § 81 StGB entfallen. Im Lichte der rechtstaatlichen Ordnung an sich ist der Volksaustausch aber beachtlich. Denn der zügellos und ungesetzlich verlaufende Vorgang umgeht sämtliche Verfassungsinstitutionen. Was die Kanzlerin in einer Art "Führerbefehl" angeordnet hat, hat kein Parlament, und kein Bundesrat mitgetragen. Angesichts der staatsgefährdenden Folgen wäre das aber zwingend gewesen. In diesem Sinne äußerte sich der

Berliner Verfassungsrechtler Kloepfer in der FAZ vom 13.10.15.
Als Hochverrat gilt all das nur, wenn es durch Gewalt herbeigeführt wird. Auch das dürfte man bejahen können, denn der zugrundeliegende Gewaltbegriff zielt auf die Zwangswirkung bei den Betroffenen ab. Zwar haben wir vorliegend einen atypischen, so vom Gesetzgeber nicht vorgesehenen, Fall; nicht den klassischen Umsturz mit Bombenanschlägen und bewaffneten Aufständen. Aber wir haben vollendete Tatsachen, die es den o.g. Grundrechtsträgern schlicht unmöglich machen, ihre Grundrechte auszuüben, wir haben Automatismen, denen sich die Geschädigten nicht entziehen können. Außerdem hat der BGH unter bestimmten Bedingungen Massenstreiks als Gewalt angesehen. Wenn aber Massenstreiks Gewalt sind, müssen es Massenzuströme von Millionen erst recht sein.
Zur Erfüllung des Tatbestandes bedarf es schließlich des Tatvorsatzes. Vorsatz bedeutet Wissen und Wollen der Tatbestandsverwirklichung. Es reicht aus, den Taterfolg für möglich zu halten und trotzdem zu handeln (Eventualvorsatz). Bei der Entscheidung, die Flüchtlinge unkontrolliert ins Land zu lassen, wird man der Kanzlerin vielleicht noch zugute halten können, es sei ihr nur um die Linderung menschlichen Leides gegangen, die Folgen habe sie so nicht erwartet oder gar nicht bedacht, so daß für den Zeitpunkt 4. September zwar Leichtsinn aber noch kein bedingter Vorsatz nachgewiesen werden kann.
Anders sieht es für den Zeitraum danach aus. Je mehr sich die staatsgefährdenden Folgen herauskristallisierten, um so mehr verfestigte sich der Vorsatz in Frau Merkel, der unheilvollen Entwicklung nicht Einhalt zu gebieten, was unter dem Aspekt des strafrelevanten Unterlassens nach § 13 StGB gegen sie wirkt. Da die Kanzlerin eine Gefahrenquelle eröffnet hatte, war sie hinfort zur Beseitigung verpflichtet.
Spätestens als sie am 07.10.2015 (dem Jahrestag der Gründung der DDR) in der Fernsehshow von Anne Will ihre Haltung mit den Worten bekräftigte: "Wir können die Grenzen nicht schließen. … Es gibt den Aufnahmestopp nicht." hat sie ihren Vorsatz begründet. Wenn man also zu der Ansicht kommt, die oben bezeichneten Gefährdungen der Verfassungsrundsätze reichen aus, um die Verfassungsordnung im ganzen zu ändern (das mag man auch anders sehen), spricht bei allen Bedenken, die sich bei einer juristischen Auslegung ergeben, Vieles dafür, bei Merkels Tat von Hochverrat zu sprechen!<<
"ZEIT ONLINE" berichtete am 1. Februar 2016 über die Flüchtlingskrise: >>**Flüchtlinge kosten Deutschland 50 Milliarden Euro**
Das Institut der deutschen Wirtschaft prognostiziert wegen der Flüchtlingskrise hohe Kosten für 2016 und 2017. Vor allem Unterkunft und Verpflegung seien teuer.
Unterbringung, Verpflegung sowie Integrations- und Sprachkurse für Flüchtlinge werden den Staat nach einer Prognose des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) 2016 und 2017 knapp 50 Milliarden Euro kosten. ...
Herausforderung für den Arbeitsmarkt
Die Bundesagentur für Arbeit (BA) geht derweil davon aus, daß die Eingliederung von Flüchtlingen in den deutschen Arbeitsmarkt ein langwieriger Prozeß sein wird. "Wir sollten nicht zu hohe Erwartungen haben", sagte das neue BA-Vorstandsmitglied Detlef Scheele der *Süddeutschen Zeitung*. "Wenn es gut läuft, werden im ersten Jahr nach der Einreise vielleicht zehn Prozent eine Arbeit haben, nach fünf Jahren ist es die Hälfte, nach 15 Jahren 70 Prozent." ... <<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. April 2016 (x887/...): >>**Gemetzel statt Grundgesetz**
Der Islam sei verfassungsfeindlich, behauptet die AfD - Staatsrechtler und Religionswissenschaftler stimmen zu
Das Grundgesetz nimmt die Religionen in Schutz, aber wer schützt eigentlich das Grundgesetz vor der Religion? Als göttlich legitimiertes Rechtssystem mit totalitärem Ansatz, als

hochpolitische Glaubensrichtung mit Weltherrschaftsanspruch tritt der Islam auf. Mit dem Grundgesetz vereinbar ist er in dieser Form ebensowenig wie Kommunismus oder Faschismus.
Was für ein Gesetzeswerk! "Es spiegelt den Geist deutscher Philosophie und Rechtsauffassung", schwärmt der Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider. Es sei von "lakonischer Würde", lobt sein Kollege, der Verfassungsrechtler Christoph Möllers. Das Grundgesetz ist die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland.
Seine Artikel stehen über allen anderen deutschen Rechtsnormen. In ihnen sind die grundlegenden staatlichen System- und Wertentscheidungen festgelegt. Auf seiner Basis hat sich das ebenso stabile wie komplexe politische Leben in Deutschland nach brauner Diktatur und Kriegskatastrophe herausgebildet. Von einem "Leuchtfeuer der Freiheit" sprach der damalige Bundespräsident Horst Köhler 2009 zum 60-jährigen Bestehen des Grundgesetzes.
Wie aber paßt der Islam ins hochgepriesene Rechtsgefüge? Die Antwort erscheint einfach. Artikel 4 des Grundgesetzes sichert die Religionsfreiheit: "Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich", heißt es dort und im nächsten Satz: "Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet."
Was ein Mensch glaubt oder nicht glaubt, ist also ganz allein seine eigene Angelegenheit. Der Staat hat sich nicht darin einzumischen. Mehr noch: Er muß die Entscheidung für oder gegen eine Glaubensrichtung sogar schützen. Ohne Religionsfreiheit gibt es keine wahre Freiheit.
Was aber, wenn ein Mensch nicht nur glaubt, sondern auch gemäß seinem Glauben lebt, und wenn ihm dann eine göttliche Offenbarung Dinge vorschreibt, die im krassen Widerspruch zum Grundgesetz stehen?
Im Islam ist genau dies der Fall. Die Gewalt gegen Andersdenkende beispielsweise gehört zu den Grundlagen dieser Religion. "Als die schlimmsten Tiere gelten bei Allah diejenigen, die ungläubig sind und nicht glauben werden", heißt es in Sure 8,55. Darüber, wie mit diesen abscheulichen Geschöpfen umzugehen ist, läßt der Koran keine Zweifel. In Sure 9,5 ist zu lesen: "Und wenn die heiligen Monate abgelaufen sind, dann tötet die Ungläubigen, wo ihr sie findet, greift sie, umzingelt sie und lauert ihnen auf!" An anderer Stelle ist von "Kopfabschlagen" und "Gemetzel" die Rede.
Gewalt ist auch in der Ehe ein probates Mittel. "Die Männer stehen über den Frauen, und wenn ihr fürchtet, daß Frauen sich auflehnen, dann vermahnt sie, meidet sie im Ehebett und schlagt sie", empfiehlt Sure 4,34.
Daß Männer und Frauen gleichberechtigt seien, wie es Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes vorsieht, muß in den Ohren eines korangläubigen Moslems so fremdartig wie das Urbi et orbi des Papstes zu Ostern klingen. Bei Zeugenaussagen vor Gericht etwa gilt das Wort eines Mannes so viel wie das zweier Frauen.
Auf westliche Leser wirken solche Feststellungen barbarisch und wie aus der Zeit gefallen. Für gläubige Moslems dagegen sind sie Gottes Wort und nicht verhandelbar. Wer daran etwas ändern will, wird in ihren Augen zum Murtad, zum Verräter und Abtrünnigen. Dafür sieht die geltende islamische Rechtsauslegung auch heute noch die Todesstrafe vor. Nicht umsonst stehen prominente Vertreter eines gemäßigten, westlich orientierten Islam unter Polizeischutz, etwa Mouhanad Khorchide, der bekannte aus Palästina stammende Professor für islamische Religionspädagogik an der Universität Münster.
Dabei bilden Khorchide und andere Vertreter einer flexiblen Sicht auf den Koran ohnehin nur eine Minderheit in der islamischen Gemeinschaft. Deren bedeutsamste Reformkraft ist nach wie vor der fundamentalistische Salafismus-Wahabismus. Präsent ist er nicht nur in streng religiösen Ländern wie Saudi-Arabien, sondern auch in Europa.
Als Professor Ruud Koopmanns vom Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung vor

einigen Jahren 9.000 Personen mit türkischem oder marokkanischem Hintergrund in sechs europäischen Ländern, darunter auch Deutschland, nach ihren religiösen Einstellungen befragte, stieß er auf Ansichten, die ebenso aus der Zeit gefallen zu sein schienen wie die Suren des Koran.
Fast die Hälfte der Befragten befand, daß es nur eine gültige Auslegung des heiligen Buches geben könne, daß die Muslime zu den Wurzeln des Islam zurückkehren sollten und daß religiöse Gesetze über weltlichen stünden - also selbstredend auch über dem Grundgesetz.
In welcher Dimension Islam und westliche Wertevorstellungen miteinander kollidieren, zeigt auch der Blick über Europas Grenzen hinaus. 1990 trafen sich die Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OCI), um in Kairo über das Thema Menschenrechte zu debattieren.
In der OCI haben sich alle 56 Staaten zusammengeschlossen, in denen der Islam Staatsreligion oder Glauben einer bedeutenden Bevölkerungsgruppe ist. Länder wie Ägypten, die Türkei, Saudi-Arabien, aber auch Albanien gehören dazu. 45 OCI-Außenminister unterzeichneten in Kairo schließlich eine Erklärung, die den westeuropäischen Menschenrechtsbegriff, wie er etwa in Artikel 1, Absatz 2 des Grundgesetzes festgelegt ist, geradezu pervertiert.
Die Scharia, das religiöse Gesetzeswerk des Islam, wird zur alleinigen Grundlage der Menschenrechte erklärt. Das heißt "Ja" zur freien Meinungsäußerung - außer man wagt es, Gott zu lästern, dann droht die Todesstrafe. Das heißt "Nein" zur Folter, außer man begeht Ehebruch, dann sind Peitschenhiebe fällig.
Im deutschen Grundgesetz aber wird weder zur Peitsche noch zum Schwert gegriffen. Kein Gesetzesbrecher muß um seine Hände, Füße oder den Kopf fürchten. Wer die Scharia befürwortet, wer den Koran als unmittelbares Gotteswort versteht, wer "Ungläubige" für Tiere hält, steht daher nicht auf dem Boden der deutschen Verfassung, auch wenn er in Berlin-Kreuzberg, Duisburg-Marxloh oder Hamburg-Wilhelmsburg seit Jahrzehnten wohnt, arbeitet und betet. Der Berliner Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider: "Der Islam ist in allen seinen Formen nicht mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vereinbar."<<
"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 20. Juni 2016: >>**Martin Hohmann: "Eine Volksgemeinschaft muß wissen, wer dazu gehört"**
Vor zwölf Jahren mußte Martin Hohmann nach einer Rede mit antisemitischen Tönen die CDU verlassen. Jetzt will er mit der AfD zurück in die Politik. ...
17 Jahre später, eine andere Partei, derselbe Mann, dieselbe Warnung: "Ich sehe in Angela Merkels Flüchtlingspolitik die reelle Gefahr, daß unser Volk schleichend ausgetauscht wird", sagt er, dieses Mal nicht vor Publikum, sondern beim Tee nahe dem Fuldaer Dom. "Eine Volksgemeinschaft muß wissen, wer dazugehört und wer nicht, wie viele Fremde man aufnehmen kann, ehe die Gemeinschaft ins Chaos fällt." ...<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 14. September 2016 (x892/…): >>**Der Erzbischof der Moslems**
Deutsche Bischöfe, so haben katholische Gläubige oft den Eindruck, engagieren sich deutlich stärker für Muslime als für ihre eigenen Gläubigen, als deren Hirten sie von Christus in der Nachfolge der Apostel bestellt sind. Besonders tut sich hier der Kölner Kardinal und Erzbischof hervor. Er greift jetzt die CSU an, weil diese nichts anderes tut, als das Gemeinwohl zu verteidigen, indem sie sich gegen die unkontrollierte Masseneinwanderung ausspricht und bei der Aufnahme christlichen Flüchtlingen einen Vorrang einräumen will. Erzbischof Woelki verteidigt demgegenüber die Position Merkels und der "Grünen".
Zunächst muß man betonen, daß es sich für einen Erzbischof nicht geziemt, sich in parteipolitische Auseinandersetzungen einzumischen. Sodann ist es die Aufgabe eines Bischofs, daß Allgemeinwohl zu betonen und abzuwägen, was dem Allgemeinwohl dient und was diesem eher schadet. Selbstverständlich kann man darüber streiten, welche konkrete Maßnahme dem

Gemeinwohl dient, denn dies läßt sich nicht einfach logisch-deduktiv aus obersten Prinzipien ableiten.
Daß aber die unkontrollierte Masseneinwanderung von zumeist gering ausgebildeten und kulturfremden Muslimen auf keinen Fall dem Gemeinwohl Deutschlands und Europas dient, ist ganz offensichtlich. Dies ist auch die Auffassung vieler europäischer Staaten, insbesondere von Staaten wie Polen oder Ungarn, in denen die christliche Religion im alltäglichen Leben eine etwas größere Bedeutung hat als in Deutschland.
Doch der Kölner Erzbischof bleibt weiterhin uneinsichtig und schwimmt auf der linken Welle der Willkommenskultur, die absolut nichts mit einer christlichen Position zu tun hat. Es ist christlich, Flüchtlingen in Deutschland, mit denen ich persönlich zu tun haben, also als Individuum oder als Familie, zu helfen, soweit ist in meinen Möglichkeiten steht und nichts zu unternehmen, was ihnen schaden kann und dies gilt unabhängig von der Religionszugehörigkeit. Allerdings ist auch hier eine Bevorzugung christlicher Flüchtlinge für einen Christen selbstverständlich.
Gesellschaftlich und politisch gibt es aber eine andere Situation, in der das Gemeinwohl des Staates der alleinige Maßstab ist. Und dieser Unterschied sollte auch dem Erzbischof aus der katholischen Soziallehre bekannt sein. Doch der linke Oberhirte aus Köln sagte dem "Kölner Stadt-Anzeiger", daß die CSU mit einer Forderung nach Obergrenzen für Flüchtlinge oder einer Bevorzugung von Zuwanderern aus dem christlich-abendländischen Kulturkreis zu noch "größerer Polarisierung" beitrage und das Geschäft der Rechtspopulisten der AfD betreibe. Womit ist zugleich eindeutige parteipolitische Prioritäten setzt.
Als katholischer Erzbischof - das muß man sich mal gedanklich vorstellen - lehnt Woelki eine Bevorzugung von christlichen Flüchtlingen ab und fordert tatsächlich die CSU zur Verfassungstreue auf. "Wenn die CSU das Grundgesetz ernst nimmt, kann sie keine Obergrenze verlangen. Das läßt das Asylrecht nicht zu. Und das Asylrecht muß bleiben, wie es ist." Woelki fordert daher, daß die "unsinnige Diskussion" aufhören.
Zu solchen völligen Desorientierungen von Bischöfen kommt es erst seit dem II. Vatikanischen Konzil. Die die dort verbreitete Irrlehre des Ökumenismus und der interreligiösen Dialogs ist die Ursache für die völlige Haltlosigkeit und subjektivistische Orientierung auch in Fragen der Sozialethik.
Woelki sagt natürlich kein Wort zu den Gesetzesbrüchen, die Frau Merkel im Verein mit den Roten und "Grünen" bei der Öffnung der Grenzen begangen hat. Er stellt nicht einmal die Frage nach dem Gemeinwohl. Das Einzige worum es diesem Erzbischof offenbar geht, ist der Applaus der Linken. Dafür nimmt er gerne in Kauf, daß Hunderte Katholiken ihrer Kirche den Rücken kehren. Erzbischof Woelki ist offenbar überfordert, und er könnte der katholischen Kirche einen guten Dienst erweisen, wenn er zurücktritt.<<
Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtete am 18. Oktober 2016: >>**Die Demontage des Propheten**
Neues Buch von Abdel-Samad
Seit drei Jahren lebt Hamed Abdel-Samad unter Polizeischutz - seit einem Vortrag in Kairo über sein Buch "Der islamische Faschismus". Damals riefen religiöse Prediger und Professoren zu seiner Ermordung auf. Auch aus Deutschland gab es Morddrohungen. Jetzt ist sein neues Buch erschienen, indem der Publizist mit dem Koran abrechnet.
Von Marie Wildermann
Den Treffpunkt mit Hamed Abdel-Samad gibt der Verlag erst kurz vor dem Interview bekannt. Abdel-Samads Personenschützer sind während des gesamten Gesprächs in einigem Abstand dabei. Seine persönliche Situation dürfte sich durch das neue Buch "Der Koran" noch verschärfen. Hamed Abdel-Samad:
"Die ersten Reaktionen gibt es schon, obwohl dieses Buch auch eine vernünftige Analyse ist,

gilt es schon jetzt als Provokation, weil ich davon ausgehe, daß der Koran menschengemacht ist."

**Koran als Spiegel menschlicher Befindlichkeiten**

Denn die Verse im Koran, die sich zum Teil widersprächen, seien für ihn ein Indiz dafür, daß der Koran kein heiliger, von Gott selbst geoffenbarter Text sei, sondern ein sehr irdischer. Ein Spiegel menschlicher Befindlichkeiten und Defizite.

Abdel-Samad gibt in seinem Buch "Der Koran" zunächst einen Überblick über die Entstehungsgeschichte und das, was heute allgemeiner Konsens ist. In einem Abgleich der Koransuren mit Mohammeds biographischen Stationen stellt er dann fest, daß der Prophet immer genau das verkündet habe, was ihm in seiner jeweiligen Lebenssituation dienlich war.

**Mohammed: in Mekka Religionsstifter, in Medina Armeeführer**

In Mekka, wo Religionsstifter Mohammed noch schwach und seine Gemeinde klein war, und er noch nicht über eine Armee verfügte, habe er Toleranz, Nächstenliebe und Vergebung verkündet:

"Und in Medina gab’s eine Armee, gab’s viele Kriege, die Gemeinde Mohammeds lebte auch teilweise von diesen Kriegen, und deshalb gab’s andere Töne, die den Krieg verherrlicht haben, die den Haß gegen Ungläubige, Juden und Christen zu einer heiligen Mission erhoben haben, Passagen, die den Krieg sogar zu einem Gottesdienst mystifiziert haben."

Wenn man den historischen Kontext und die Lebenssituation des Propheten berücksichtige, würden selbst Koranverse, die scheinbar friedlich und harmonisch gemeint seien, anderes preisgeben, zum Beispiel:

"*Wenn sie, die Ungläubigen, zum Frieden neigen, dann sei ihm auch du zugeneigt oder schließ mit ihnen Frieden ab.* Das verstehen viele Muslime als einen Aufruf zum Frieden, Imame und Dialog-Profis. Aber es gibt eine spätere Passage, die sagt: *'Und rufe nicht zum Frieden auf, wenn du die obere Hand hast.'*

Das ist ein klarer Beweis, daß es sich hier nicht um allgemeine Prinzipien von Frieden und Krieg handelt, sondern nur um strategische Optionen. Das zeigt die menschliche Dimension, das ist Pragmatismus, teilweise sogar Machiavellismus."

**Zweifel unerwünscht**

Um die Macht zu behalten und auszudehnen, sei Mohammed jedes Mittel recht gewesen, so Hamed Abdel-Samad. Er habe Gesetze und Moral verändert und sie als Gesetze Allahs ausgegeben. Denn das garantierte die Gefolgschaft. Denn wer kann schon Gott widersprechen? Ein Dilemma, das den Islam bis heute begleite. Unter der Prämisse, daß es Gott selbst sei, der keine Fragen dulde und keinen Zweifel zulasse, könne sich keine Kultur des kritischen Denkens entwickeln.

Das werde sich erst ändern, wenn die Koransuren nicht mehr als heilige, von Gott gegebene Texte betrachtet würden, sagt Abdel-Samad. Auch Sprache und Wortwahl mancher Koransuren seien schwer vereinbar mit Gott, dem Schöpfer des Universums:

"Sie spotten dich. Gott spottet dich. Wie spottet Gott eigentlich?"

**Mohammed - kein Vorbild für die Menschen des 21. Jahrhunderts**

Die Bestimmungen, die Mohammed für seine Gemeinde erlassen habe, seien für die heutige Welt nicht mehr brauchbar. Auch auf politischer und juristischer Ebene - Gesetze und Verbote zu Krieg und Frieden etwa, zum Erbrecht, zur Rolle der Frau, zur Sexualität - könnte Mohammed kein Vorbild für die Menschen des 21. Jahrhunderts sein:

"Jemand, der von Kriegen gelebt hatte, jemand, der Frauen als Kriegsbeute mißbraucht hatte, auf seine Freunde verteilt hatte, jemand, der Kinderehen eingegangen war, viele Frauen gleichzeitig geheiratet hatte, jemand, der laut seiner offiziellen Biographie Hunderte von Juden an einem Tag enthaupten ließ, die ihm ergeben waren, das ist nach unseren Kriterien heute ein Kriegsverbrechen."

**Abdel-Samad demontiert Koran und den Propheten**

Über gut 200 Seiten arbeitet das Buch von Hamed Abdel-Samad an der Demontage Mohammeds und des Korans. Auf viele Muslime wirkt das bedrohlich, andere finden, eine historisch-kritische Analyse sei Grundlage für eine Erneuerung.

Das, was Abdel-Samad vom Propheten übrig läßt, ist wenig: daß Mohammed ein Dichter war; daß er sich für soziale Gerechtigkeit eingesetzt hat:

"Die menschliche Dimension. Das ist eine Würdigung. Das Buch faßt nicht nur diese Protokolle zusammen, sondern auch die Sehnsüchte dieser Menschen nach Erfüllung, nach Gott, nach Wahrheit, nach Gerechtigkeit."

Doch reicht das, um den historischen Titel Mohammeds als Propheten zu verteidigen?

**6,6 Millionen Zuschauer im Internet**

Natürlich wird Hamed Abdel-Samad auch nach diesem Buch mit Drohungen und Haßkommentaren überhäuft werden. Was ihn positiv stimme, seien die Reaktionen, die er auf seine arabischen Video-Veröffentlichungen im Internet erhalte.

6,6 Millionen vor allem junge Menschen aus der arabischen Welt hätten seine Videos bis heute gesehen, es werde lebhaft diskutiert und kommentiert und viele Menschen würden seine Kritik teilen. Er spüre bei der neuen Generation in der arabischen Welt den starken Wunsch, sich kritisch mit der eigenen Tradition auseinanderzusetzen, etwas, was er sich auch von muslimischen Funktionären und Verbänden wünsche:

"Ich erwarte von moderaten Muslimen, von moderaten Imamen, endlich mal, daß irgend jemand sagt: Es gibt bestimmte Passagen im Koran, die keine Gültigkeit mehr heute haben sollten, die gefährlich sind."

*Hamed Abdel-Samad: "Der Koran. Botschaft der Liebe. Botschaft des Hasses."*

Droemer Knaur Verlag, München 2016 …<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. Oktober 2016 (x887/...): >>**Merkels Verachtung**

Wer Sorgen vor dem Islam hat, soll mehr singen und beten, rät die Kanzlerin

Was wie der Ausdruck von Naivität aussieht, ist kalte Berechnung. Merkel will ihren Bürgern Sand in die Augen streuen.

Kanzlerin Merkel rät den Deutschen, die "Sorgen vor dem Islam" haben, sich zur Weihnachtszeit wieder verstärkt dem christlichen Liedgut zuzuwenden und die Blockflöte zur Hand zu nehmen, denn sonst ginge uns "ein Stück Heimat verloren". Die Empfehlung strotzt vor einer bemerkenswerten Naivität, die allerdings im Falle der intelligenten CDU-Chefin bloß vorgetäuscht ist.

Unlängst hatte Merkel Bürgern mit Sorgen vor dem Islam geraten, einfach öfter in die Kirche zu gehen. Der Autor Henryk M. Broder konterte damals: Das hätten die syrischen Christen auch getan. Heute seien viele von ihnen tot. Was die Kanzlerin als Antwort auf die Ausbreitung eines zunehmend aggressiven politischen Islam vorschlägt, ist eine bewußte Ablenkung der Deutschen von der wahren Herausforderung, vor die sie - insbesondere durch Merkels Politik selbst - gestellt werden.

Mit ihren Verweisen auf Kirchgänge und Weihnachtslieder gaukelt Merkel einen friedlichen, religiös-kulturellen Wettbewerb vor, dem mit Glaubensstärke und der Betonung der eigenen Wurzeln allein begegnet werden könne.

Dem politischen Islam aber geht es nicht um einen spirituellen Wettbewerb oder gar um "kulturelle Bereicherung". Dem politischen Islam geht es um politische Macht. Er will nicht Seelen und Herzen gewinnen, sondern Raum, in welchem er die Macht ausübt und alle Abweichler verfolgen und ausmerzen kann. Diesem Muster folgen auch der türkische Machthaber Erdogan und somit die in Deutschland tätigen religiös-politischen Strukturen der türkischen Regierung.

Die Antwort darauf kann nur in der konsequenten Bekämpfung aller politisch-islamischen Strukturen in Deutschland bestehen. Und in einer ebenso konsequenten Eindämmung der islamischen Zuwanderung, solange sich der politische Islam in der muslimischen Welt immer weiter ausbreitet und mit der islamischen Einwanderung dessen Ausbreitung in Deutschland befördert wird.
Genau dies aber will Angela Merkel mit allen Mitteln verhindern. Sie weigert sich mit aller Sturheit, der massenhaften islamischen Zuwanderung Einhalt zu gebieten und duldet politisch-islamische Frontorganisationen in der ominösen "Deutschen Islamkonferenz".
Daher streut sie den Deutschen mittels kitschiger Gefühlsappelle und lächerlicher Empfehlungen zum Singen und Beten Sand in die Augen. Dabei tritt zutage, daß sie ihre Bürger für bodenlos kindisch halten muß, für einen Haufen Einfaltspinsel, der sich selbst mit dem größten Blödsinn noch hinter die Fichte locken läßt. Nur auf der Basis einer solchermaßen ausgeprägten Verachtung des eigenen Volkes kann Merkel ernsthaft glauben, daß diese Irreführung nicht entdeckt und wütend zurückgewiesen wird.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 29. Oktober 2016: >>**Der verpfändete Rechtsfrieden**
Nun will die Staatsanwaltschaft in Revision gegen das Urteil des Hamburger Landgerichts gehen, das vier der fünf Täter, die im Februar in Hamburg eine alkoholisierte 14jährige vergewaltigt hatten, mit Bewährungsstrafen davonkommen ließ. Bei den Vergewaltigungen war es nicht geblieben. Man hatte dem Mädchen auch verschiedene Gegenstände eingeführt und es anschließend leicht bekleidet bei Temperaturen unter dem Gefrierpunkt im Freien abgelegt, ihren Tod also in Kauf genommen.
Nur durch Zufall war es entdeckt und gerettet worden. Der Vorsitzende Richter führte zur Begründung an, die Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 17 Jahren hätten glaubhafte Geständnisse abgelegt, sich reumütig gezeigt und gute Sozialprognosen.
**Siegesgewisse Matadore**
Wie er darauf wohl kommt? Die 2010 so merkwürdig aus dem Leben geschiedene Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig hatte immer wieder betont, daß milde Strafen, und als solche würden Bewährungsstrafen wahrgenommen, die jugendlichen Täter, und zwar gerade die ausländischen, nur in der Meinung bestärken, sich alles herausnehmen zu dürfen, weil ihnen niemand etwas anhaben könne.
Nach übereinstimmenden Berichten waren die Angeklagten zu Prozeßbeginn im August als siegesgewisse Matadore in den Gerichtssaal eingezogen, und als solche verließen sie ihn wieder. Die geringen Strafen, schrieb *Bild*, seien von den Angehörigen der Verurteilten "mit Siegerposen, Gegröle und abfälligen Gesten" gefeiert worden. Von einer "serbischen Großfamilie" ist die Rede, andere sprechen schlicht von "Zigeunern".
**Rotherham-Muster im Frühstadium**
Es ist das Rotherham-Muster im Frühstadium. In der britischen Stadt hatten Migranten im Schutze staatlichen Desinteresses englische Mädchen aus der Unterschicht jahrelang mißbraucht. Auch die von ausländischen Tätern begangenen Tötungsdelikte an jungen Deutschen und ihre Bagatellisierung durch Behörden und Medien gehören in den Zusammenhang.
Erinnert sei an den Tod des Daniel S. 2013 im niedersächsischen Kirchweyhe, der den Schriftsteller Akif Pirinçci zu dem aufsehenerregenden Aufsatz "Das Schlachten hat begonnen" veranlaßte, in dem er die umgreifende Gewalt insbesondere junger Muslime gegen meist wehrlose autochthone Deutsche zu analysieren versucht.
**Hauptmotiv ist die pure Angst**
Sicherlich gehen ideologische Voreingenommenheit und moralische Indifferenz der Verharmlosung solcher Straftaten voraus, doch das Hauptmotiv dürfte heute die pure Angst sein. In Berlin platzte kürzlich der Prozeß gegen einen arabischen Familienclan, weil sich keine Bei-

sitzer für ihn fanden.
Polizisten, die gegen Straftäter aus dem Migrantenmilieu vorgehen, sehen sich in Windeseile von einer aggressiven Meute umringt; Opfern wird unter der Hand geraten, nicht auf der Strafverfolgung zu bestehen, um sich nicht in Gefahr zu bringen; Belastungszeugen werden unter Druck gesetzt - warum nicht auch Juristen? Abgesehen von der persönlichen Gefährdung müssen die Behörden damit rechnen, daß angemessene Urteile zum Aufruhr der betroffenen Milieus bis hin Bürgerkriegsszenen führen würden.

**Justiz bleibt nicht unberührt**

So wird den Opfern die Genugtuung vorenthalten und die verletzte Hoheit des Rechts zur inoffiziellen Rechtsnorm. Das ist die natürliche Folge der multikulturellen Gesellschaft, die "hart, schnell, grausam und wenig solidarisch" ist und die "Verbindlichkeit ihrer Werte" eingebüßt hat, wie Daniel Cohn-Bendit 1991 schrieb. Anders gesagt: Die Funktionseliten verpfänden mit ihrer Zuwanderungspolitik neben dem Wohlstand auch den Rechtsfrieden und die körperliche Unversehrtheit der Bürger.
Die Justiz bleibt davon nicht unberührt und mutiert vom Organ der Rechtspflege zum Instrument eines politischen, gesellschaftlichen und ethno-kulturellen Umbaus. Denn bei anderen Gelegenheiten stellt sie unter Beweis, daß sie durchaus imstande ist, hart zuzuschlagen. Vorige Woche bestätigte das Landgericht Würzburg die unbedingte Haftstrafe gegen einen Mann, der Haßpostings verbreitet hatte.

**Meinungsstraftaten wiegen schwerer als sexuelle Folter**

Der grüne Justizsenator von Bremen möchte die Beteiligung an Haßsprache (Hate speech) im Internet mit der "bandenmäßigen Begehung von Straftaten im realen Leben" gleichstellen. Gerade wurde die 87jährige Ursula Haverbeck, eine notorische Holocaust-Leugnerin, zu elf Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt, weil sie nicht aufhört, ihre Behauptungen öffentlich vorzutragen.
Es ist bemerkenswert, daß virtuelle und Meinungsstraftaten, die sich durch ihren evidenten Unsinn selbst widerlegen, für schwerer befunden werden als zertretene Hirnschalen und sexuelle Folter. Folgerichtig ist es allemal, und alles hängt dabei mit allem zusammen. Die zivilreligiösen Gesinnungswächter triefen vor einer Hypermoral, aus der sie ihre ideologische Argumentation für den Vollzug des großen Umbaus ableiten.

**Opposition soll verhindert werden**

Die sogenannten Haßpostings sind oft widerwärtig; bei anderen liegt lediglich die Übertretung der normierten Sprachcodes vor. Und fast immer handelt es sich um überschießende Reaktionen, in denen sich die Wut über die Hilf- und Wehrlosigkeit vor allem gegenüber der Zuwanderungspolitik, die man mit Gründen als persönliche Gefährdung wahrnimmt, Luft macht.
Ihre massierte Kriminalisierung zielt darauf ab, die Konstituierung einer Gegenöffentlichkeit und die freie Kommunikation unter Andersdenkenden zu unterbinden, indem man staatlicherseits Angst erzeugt. Kommunikation und Öffentlichkeit aber sind die Voraussetzung für gesellschaftliches Handeln und politische Wirksamkeit.
Es geht also um die Verhinderung einer Opposition, die sich gegen den Umbau und die flächendeckende Etablierung von Alltagsgewalt à la Hamburg und Kirchweyhe und ihre Verharmlosung als neuer Rechtsnorm wendet.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 15. Dezember 2016: >>**4,7 Millionen Muslime**

Die Zahl der in Deutschland lebenden Muslime hat sich von 2011 bis 2015 um rund 1,2 Millionen erhöht. Damit lebten mit Stichtag 31. Dezember 2015 zwischen 4,4 und 4,7 Millionen Muslime in Deutschland, teilte das Bundesinnenministerium mit. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt demnach zwischen 5,4 und 5,7 Prozent. ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 16. Dezember 2016:

>>**Die letzten Tage vor dem Bürgerkrieg?! Teil 1: "Ich f*** Dich auf dem Rücken Deiner Mutter"**

Wolfgang Eggert analysiert die Lage der Nation …

**Rabenschwarze Aussichten**

Am 20. Juni 2012 schockte der FOCUS seine Leser in einem Aufsehen erregenden Artikel unter dem Titel "Die Wahrheit über den Euro-Crash" mit den Worten: "Immer mehr Experten warnen vor schwersten Unruhen mitten in Europa." Der Beitrag, der die Gefahren eines Zusammenbruchs des europäischen Währungssystems behandelte, wartete mit Experten auf die erstaunlich offen warnten. Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, wurde wie folgt zitiert: "Natürlich erwartet die Bundesregierung hier schwere soziale Unruhen. Man weiß, was sich da zusammenbraut, aber man verdrängt das in der Öffentlichkeit lieber".

Ein Finanz-Artikel. Sicher. Und zudem ein paar Tage her. Auch richtig. Allein, die Gefahren für den Euro sind seitdem nicht geringer geworden. Im Gegenteil: der griechische Pleitepatient hängt nach wie vor am Tropf, hinzugekommen sind der Ausstieg Großbritanniens aus dem gemeinsamen Wirtschaftsraum und der drohende Abfall Italiens. Die Wahlen in Frankreich, die aller Voraussicht nach zu einem Durchmarsch des Eurofeindlichen Front National führen werden, stehen noch bevor.

Doch damit nicht genug der beunruhigenden Nachrichten. Denn: Wahrscheinlicher, erheblich wahrscheinlicher ist, daß der finale Zusammenbruch des "Alten Kontinents" von einer zweiten Front her droht, die sich das Brüsseler Establishment mehr noch als die erste höchstselbst eingebrockt hat. Die Rede ist von der Aufnahme von Millionen unausgebildeter, teil sogar analphabetischer Flüchtlinge, deren "Versorgung" kaum geschafft werden kann - auch wenn die deutsche Kanzlerin, auf deren Herrschaftsgebiet sich die Gefahrenlage nun zusammendrückt, das gern anders hätte und vermittelt.

Bereits 2008, als die Migrationslage noch "weicher" anmutete, prognostizierte die CIA in einer Studie für das Jahr 2020 die Unregierbarkeit vieler deutscher Stadtviertel. Als Berlin in einer "dank zahlreicher Rettungspakete" an sich schon bedenklichen Haushaltslage im Spätsommer 2015 einen Tsunami formal illegaler Asylanten ins Land holte, korrigierte der amerikanische Geheimdienst seine Prognose und verlautete, der Bürgerkrieg werde noch früher kommen!

**Unzumutbare Zustände**

Daß die Flut der Hilfsbedürftigen schon finanziell unbewältigbar ist, weiß jede Nachrichtenagentur, deren Aufgabe es ist, fromme Polit-Wünsche auf nackte Wahrheit zu reduzieren. Sie wird auch kulturelle Hürden in ihre Prognose einrechnen. Und Härten, die auf die Kriminalstatistik zulaufen.

Während der ersten sechs Monate dieses Jahres begingen Angaben des Bundeskriminalamts BKA zufolge, Migranten nicht weniger als 142.500 Verbrechen. Also 780 Verbrechen jeden Tag, nur durch dieses Klientel - wobei die veröffentlichten Daten allein solche Straftaten ausweisen, bei denen der Verdächtige auch wirklich gefaßt werden konnte. Kein Wunder also, daß die Polizeikräfte in vielen Teilen Deutschlands nach einem Bericht des auf Sicherheitsfragen spezialisierten New Yorker Think Tanks *Gatestone Institute* (Vorsitzender ist der ehemalige amerikanische UN-Botschafter Bolton) mittlerweile einräumen, mit ihrer Kraft am Ende zu sein.

Die Behörden vor Ort sind um so mehr überfordert, da ihnen die vorgesetzten Staatsanwaltschaften und mit ihnen die weisungsgebende Politik immer wieder die Hände binden. Und Rechtslagen durchwinken, die einer seit hunderten von Jahren an Demokratie, Liberalismus, Humanismus und Aufklärung gewohnte Gesellschaft geradezu wie Hohn anmuten müssen.

So hat die Polizei auf höhere Weisung hin bereits in mehreren Migrationsvierteln das "Funk-

tionieren" von Schariagerichten zu akzeptieren. Als "Vertreter" dieser Nebenjustiz in voller Uniform, mit weithin lesbarem Aufdruck "Schariapolizei" Streife gingen, wurde das von Richtern als rechtskonform durchgewinkt.
Ebenfalls geduldet und sogar entschuldigt werden Kindersexverhältnisse, vorausgesetzt, daß diese "kulturell begründet" sind, also von Migranten ausgeübt werden. Der Fachbegriff dazu lautet Kinderehen. Laut *Gatestone Institute* vom 6. Oktober leben mittlerweile nicht weniger als fünfzehnhundert minderjährige "Bräute" im ehemals zivilisierten Deutschland, 360 unter ihnen sind unter 14 Jahre alt. Die vor der Öffentlichkeit geheimgehaltene Tatsache kam lediglich durch den amerikanischen "Freedom of Information Act" ans Licht, ein Gesetz, das Bürgern die Einsicht in vertrauliche Dokumente gewährt. (https://www.gatestoneinstitute.org/-9078/germany-child-marriage)
Das *Deutsche Institut für Menschenrechte*, eine von vier Bundesministerien finanzierte und nominell unabhängige NGO, sorgte sich daraufhin. Allerdings nicht um die Aufweichung des Rechtsstaats - sondern um Verallgemeinerungen. Jeder Einzelfall, so das seltsame Menschenrechtsinstitut, müsse geprüft und auf Grundlage des Kindeswohls entschieden werden. Eine pauschale Unwirksamkeit könne, so die Mahnung, im Einzelfall zu problematischen Situationen für die Minderjährigen führen.
Ähnlich las es sich in einem vom Nachrichtenmagazin *Spiegel* vorab veröffentlichten Gesetzesentwurf des deutschen Justizministeriums: Gerichte sollten Kinder-Ehen künftig nur dann aufheben können, wenn das Kindeswohl des minderjährigen Ehepartners gefährdet sei, hieß es. Bereits vorher hatte in einem Schwerpunkt-Thema des *ZDF heute Journal* Claus Kleber der Kinderehe normale oder gute Seiten entnehmen können.
"Soll der Staat die Kinder der Ehe entreißen, ohne Fragen zu stellen?", fragte der öffentlich-rechtlich angestellte Anchorman provokativ. Und nahm Bezug auf einen Film, in dem ein Beispiel einer Zwangsehe gezeigt wurde, wo eine Frau sagt: "Die Ehe war gut für mich". Der Gipfel des Beitrags ist die Feststellung Klebers, daß auch in unserem System die Eltern über die Kinder entscheiden können, wenn sie minderjährig sind.
Man muß sich vor diesen Hintergründen nicht wundern, wenn renommierteste angloamerikanische Zeitungen bis hin zum neugewählten US-Präsidenten die Berliner Republik und ihre Chefin Angela Merkel als "weltfremd" oder gar "wahnsinnig" bezeichnen.

**Banden übernehmen Straßen, Viertel und Justizbehörden**

Die angeführten Zustände lesen sich bedenklich genug. Nichtsdestoweniger ist es dem Durchschnittsbürger am Ende schnuppe, was die zugereiste Facharbeiterschaft unter welchen kulturellen Abartigkeiten mit wem im Bett treibt. Und es geht dem Biodeutschen ebenso kalt am Allerwertesten vorbei, welche Polizei in welcher Phantasie-Uniformierung Mohammed das feierabendliche Weinglas aus der Hand nimmt, Hussein um zehn ins Bett schickt oder bei Abdul Schutzgeld kassiert - solange es eben nur diese betrifft.
Es sind allein die *transkulturellen Über*griffe, zumal wenn sie mit Gewalt ausgetragen werden, die der autochthonen Bevölkerung wirklich gegen den Strich gehen. Nur sie sind imstande den innenpolitischen Frieden spürbar zu gefährden. Besetzt "der Fremde" in Drohgebärde *eigene* Lebensräume und Freiheiten, dann macht sich schnell Unbehagen breit. Das sich jederzeit zum regelrechten Volkszorn ausbreiten kann.
Genug Zündstoff gibt es auf diesem Gebiet allemal. Erst am 14.12. berichtete DIE WELT:
*Kriminalhauptkommissar Ralf Feldmann erinnert sich noch gut an das Gespräch, das wie eine **indirekte Kriegserklärung** klang. Drei Vertreter der kurdisch-libanesischen Community saßen am 29. Juli vergangenen Jahres im Büro des Leiters der Polizeiwache Gelsenkirchen-Süd und diskutierten mit Feldmann über Konflikte mit renitentem Nachwuchs. Irgendwann wurde die Atmosphäre angespannter, und Feldmann bekam sinngemäß zu hören:*
*"Die Polizei würde den Kampf mit uns nicht gewinnen, weil wir zu viele sind. Das würde auch*

*für ganz Gelsenkirchen gelten, wenn wir wollten." Der Wachleiter verstand das als verkappte Drohung. … Essens aktueller Polizeipräsident Frank Richter beschreibt es so: Teile der Familienclans seien "im Bereich des gesamten Strafgesetzbuchs unterwegs". …*
*Ende 2015 wurden die Beamten mit einem neuen Problem konfrontiert, den sogenannten Tumultdelikten: Wie auf geheimen Befehl versammelten sich plötzlich in Minuten Dutzende Personen und störten Führerschein- und Personalkontrollen. "Haut ab. Das ist unsere Straße. Ihr habt hier nichts zu suchen", bekamen die Polizisten zu hören. Oder: "**Ich ficke Dich auf dem Rücken Deiner Mutter."***
*Solche Beleidigungen ahnden die Polizisten heute schon gar nicht mehr, da müßte man täglich an die 200 Anzeigen schreiben, erklärt Feldmann lapidar. Er sah sich auch persönlich bedroht und wählte eine Zeit lang immer andere Wege zur Wache.* (Hervorhebung nicht im Original)
Angesichts der Tatsache, daß ein Biodeutscher schon für ein schlichtes Beamten-Duzen zur Kasse gebeten wird, mag man trefflich darüber streiten, ob die Polizei im Ruhrgebiet als umgedreht rassistisch bewertet werden kann. Auf jeden Fall ist sie - in etlichen Ballungsräumen gilt dasselbe - eines: Sie ist schwach. Aufreizend schwach. Die Clans und "Communities" wissen: Sie können sich alles erlauben. Und sie tun das auch.
Jüngstes Beispiel ist der Vorfall des U-Bahntreters von Neukölln. Eine widerliche Tat, verübt in einem Bereich, von dem bekannt ist, daß dort Überwachungskameras angebracht sind. Der Filmmitschnitt zeigt eine junge Frau die eine lange, steile Treppe heruntergeht. Ihr folgt eine Clique 20-30-jähriger Migranten, von denen einer ohne ersichtlichen Grund dem Mädchen von hinten mit voller Wucht in den Rücken tritt. Daß das in hohem Bogen mit dem Kopf vorweg am Treppenende aufschlagende Opfer sich nur den Arm brach, ist ein schlichtes Wunder. Reaktion des Täters und seiner Kompagnons: Keine. Sie flüchten nicht einmal. Sie gehen einfach ihres Weges. So als wäre nichts gewesen.
Direkt vor den Kameras verübt, ist die Tat eine Machtdemonstration. Die Aussage "Was könnt ihr mir schon" wird stillschweigend mitgeliefert. Tatsächlich hielt die Polizei das Verbrechen, wie schon bei den Vorfällen von Köln, unter Verschluß und machte keine sichtbaren Anstalten zu ermitteln. Es war möglicherweise ein und allein der Einsatz eines Whistleblowers, der den Hergang öffentlich bekannt machte: Ein Polizist setzte das Überwachungsvideo ins Internet. Da die Aufnahmen die Personen klar erfaßten, erhielt die Polizei auch entsprechende Hinweise. Ein Gruppenmitglied wurde daher zum Verhör "gebeten", um keine 48 Stunden später wieder auf freien Fuß gesetzt zu werden. Warum der Straftatbestand der Unterlassenen Hilfeleistung nicht griff - unbekannt.
Bekannt hingegen war der Name des Treters, der sich zwischenzeitlich ins Ausland abgesetzt hatte. Der Angreifer soll aus Bulgarien stammen. Informationen der *BZ* zufolge "prüfen die Sicherheitsbehörden, ein Rechtshilfeersuchen zu stellen." Prüfen. Das läßt einen sprachlos. Die Vor- bzw. Nachsicht der Staatsanwaltschaft wird hingegen plausibel, wenn man weiß, daß die Herren von der U-Bahn-Putztruppe allesamt aus einer Waltons-großen Gangsta-Familie stammen.
Wer Berlin mit Clans/Großfamilien und Bulgaren/Roma/Zigeuner googelt, erhält zahlreiche Artikel über ein kriminelles Milieu serviert, das berufsergänzend Justizbehörden, Polizeiobere und Politiker nach bester Mafiamanier kompromittiert, besticht, erpreßt oder einfach "nur" bedroht. Ziel: Ermittlungsvermeidungen. Offenkundig ist man darin recht erfolgreich.

**Die Stimmung (wird ge)schwenkt**

Die High Noon-Lage im Ruhrgebiet ist nicht neu und verbessert sich auch nicht, im Gegenteil. Die von der *Welt* vor zwei Tagen gelieferten Einblicke beschreiben …
Daß es in U-Bahnen der Metropolen immer wieder zu schweren Übergriffen durch Migrantenbanden bis hin zu Morden kommt, ist bekannt. Die Taten verschwinden in Statistiktabel-

len, 99 % der Überwachungskamera-Aufnahmen wurden nie gezeigt - der Vorfall von Neukölln kam nur durch einen Whistleblower heraus, nachdem die Polizeibehörden das Beweismaterial sechs Wochen lang unterdrückt hatten.
Hier wie dort gebe es "Migrationsprobleme", ein Thema das seit jeher als schützenswert behandelt wird. Hier wie dort wurde vertuscht - das ist typisch. Hier wie dort wurde aber jetzt "enthüllt" - das ist symptomatisch. Denn beide Aufdeckungen stehen nicht für sich allein. Seit einigen Wochen beginnt sich die Nachrichtenlage zu ändern. …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 18. Dezember 2016: >>**Jetzt f***** wir das System! Die letzten Tage vor dem Bürgerkrieg?! (Teil 2)**
Wolfgang Eggert analysiert die Lage der Nation …
**Die Systemmedien schwenken**
"Migrationsprobleme" sind ein Thema, das seit jeher von allerhöchster Stelle aus als schützenswert behandelt wird. Politiker, Polizei, Medien, der gesamte "Apparat" hielt sich bis dato an die Vorgabe. "Nicht darüber reden, nicht darüber streiten, nicht darüber schreiben, wenn ein Vorfall ein schlechtes Licht auf das europäische Integrationsprojekt werfen könnte". So lautete das Motto. In der Folge wurde vertuscht, was das Zeug hält.
Den Medien obliegt hierbei die ausschlaggebende Macht. Sie können Mißstände verdunkeln oder beleuchten. Sie können Stimmungen unterdrücken oder fördern. Sie können Aufbegehren in Schach halten oder freisetzen. Bisher haben sie stets ersteres getan.
Diese stringente Linie hat Risse bekommen, deutliche Risse. Seit einigen Wochen beginnt sich die Nachrichtenlage zu ändern. Das Flaggschiff der Berliner Obrigkeit, die Tagesschau, hat sich in einem Akt vermeintlicher Selbstkritik entschieden die einzige systemkritische politische Kraft, die AfD, nicht mehr als "rechtspopulistisch" zu brandmarken. Das ist kein isolierter Akt. Parallel zu diesem verwunderlichen Entschluß wird nun Jahrzehntelang unter der Decke Gehaltenes, Aufgestautes von Zeitungen und selbst Fernsehkanälen vermehrt nach außen gegeben.
Es sind gerade die transatlantischen Medien, die sich an Tabuthemen heranmachen: Mafiöse Clans, islamistische Bedrohung, Scharia, Burka - all das, was vordem als unantastbar galt, ist es nicht mehr. Was die Presse als "vierte", vorgeblich kritisierende "Macht" im Staat schon längst in Dosen hätte verabreichen können, kommt jetzt teilweise schockartig. Berichte, welche die Migration und vor allem den Islam zumindest halbwegs kritisch beleuchten, erscheinen in immer kürzeren Abständen. Es gibt Mainstreammedien, die auf ihren Online-Titelseiten jeden Tag ein neues Negativ-Happening aus diesem Milieu anbieten.
Darunter z.T. Fälle, die nach vorsätzlichen Stimmungsanheizungen aussehen, wie stilsicher mit dem Schwert des Islam vollzogene Machetenangriffe oder angeblich gescheiterte Bombenanschläge. Auch zeitliche Maßschneidung gibt es, so die jüngste Massenenthauptung christlicher Statuen in katholischen Regionen des Rheinlands (http://www.informationliberation.com/?id=55971, in NRW, dort, wo die nächsten deutschen Landtagswahlen stattfinden werden).
Obwohl in sich ganz sicher keine von außen bezahlte Politaction-Tat, fällt auch der U-Bahn-Tritt von Neukölln in die Kategorie "verdächtig" - und zwar aufklärungsseitig. Daß alles, was dort geschah und im Nachhinein "schief lief" auch bekannt (gemacht) wurde, verdutzt einigermaßen.
Der verstörende Filmmitschnitt, seine versuchte Vertuschung, die Enthaftung eines Gangmitglieds unter geradezu aufreizender Begründung ("keine juristische Grundlage"), das Weitergeben des ebenso provokativen Ausspruchs, daß der Versuch des Haupttäters habhaft zu werden noch "geprüft" werde, während sofort eine Anzeige gegen den Ü-Cam-Whistleblower erlassen wurde - das ganze "Strippen" von Ausländerkriminalität nebst staatlichem Vollversagen, alles in einem Fall, quer durch die Medien - kann keinem Zufall geschuldet sein.

Neukölln steht indes nicht für sich allein. Personifizierte Schicksale von Gemordeten oder Vergewaltigten gibt es zuhauf, es gab sie immer, als Nummern in Polizeiakten versteckt und daher ungesehen. Jetzt werden die ersten offen gezeigt, mit Namen: Schicksale bekommen ein Gesicht. Im Ergebnis kommt die - verständliche - Wut langsam aber gewiß auch bei der schweigenden Mehrheit an, wo sie täglich durch nachfolgende Gewalttaten, Polizeiversagen und milde Richter immer weiter hochgetrieben wird.

**Die Selbstermächtigung des verachteten Bürgers**

Wer sich über die daraus entstehenden Folgen unterrichten will, braucht nur die Kommentare unter einschlägigen Artikeln lesen. Der Ruf nach Bürgerwehren und Selbstjustiz ist hier nicht mehr außergewöhnlich. Im Fall des U-Bahn-Treters, ist man bereits über das bloße Vordenken hinausgekommen. Mehrere Seiten haben beachtliche Kopfgelder auf die Ergreifung des Täters ausgesetzt. Deutschlands unterbezahlter Arbeiterbarde Gunther Gabriel ("Hey Boss, ich brauch mehr Geld") geht mit satten 5.000,- Euro an den Start. Ein Personenschützer bietet 2.000,--. Etliche andere legen Summen in gleicher Höhe auf den Pott. Die privat ausgesetzten Prämien erhöhen sich ständig.

Der "hilfspolizeiliche" Vollzug von Gerechtigkeit beginnt lukrativ zu werden. Wobei das Wort hilfspolizeilich angesichts des an § 258a StGB (Strafvereitelung im Amt) erinnernde Behördenversagens in zahllosen Kommentaren schon gar nicht mehr Verwendung findet. "Sachdienstliche Hinweise auf den Täter bitte an" … "mich" / "uns" / "die Organisation XY" / "die Zeitung sowieso" liest man anstelle dessen immer wieder.

Erste "Suchtrupps" haben sich formiert; über das, was man anstellen wird, wenn der Treter gefunden ist, gibt es verschiedene Sichtweisen. Sie reichen von "Polizei anrufen" bis hin zu "An den Füßen aufhängen und abwarten". Plakate mit der Aufschrift "Dead or Alive" wurden bisher nicht gesehen. Noch nicht.

Nachsatz: Der Berliner Treppen-Treter wurde Pressemitteilungen zufolge, am Samstagabend gefaßt, anscheinend nach einem Tipp aus der Bevölkerung. Der Hinweisgeber hätte Anspruch auf eine Gesamt-Kopfprämie von über 20.000,- Euro die von besorgten Bürgern gesammelt bzw. aus privater Tasche ausgelobt wurde. Staatliche Behörden hatten ihrerseits keine Belohnung zur Ergreifung des Straftäters in Aussicht gestellt.

Die Medien berichten, kritisch zwar, aber was bleibt ist bei vielen, sehr vielen, das Gefühl: ENDLICH tut sich was! Nur durch uns und mich allein. Gefühlte Jahrzehnte der korrupten Schlappschwänzigkeit, von anderen verschuldet, fallen von den eigenen Schultern, so als habe man selbst an ihr Mitschuld getragen. Vorbei damit. Jetzt wird aufgeräumt!

Dieses grundpositv erlebte, selbstermächtigende Gefühl ist die Stimmung jeder Vorrevolution. Wer das für übertrieben hält, möge in die Geschichte zurückschauen, um deutliche Parallelen zu finden.

Die **Grundlage jeder Erhebung** ist stets eine klare Interessenstrennung zwischen Regierung und Volk, in einem "unten" als wesentlich und belästigend empfundenen Punkt. Heute wird die Aufgabe des gemeinsamen Hauses Deutschland zugunsten einer aus Brüssel fernverwalteten und aus aller Welt gefluteten Trabantenstadt als genau das empfunden. Wiederholten Umfragen zufolge, lehnt über die Hälfte der Bevölkerung dieses ideologisch-verstiegene Globalisierungsprojekt ab.

Nun sehen wir uns die **Ereignislinie** an, die jedem "Aufstand" historisch zu eigen ist:

1. Die Herrschenden ignorieren (a) diesen Widerwillen im Volk und reklamieren (b) ihre Politik als "alternativlos". Sie verschließen sich (c) in einen Elfenbeinturm und regieren von dort (d) weiter an großen Teilen des Volkes vorbei oder direkt gegen diese.
2. Viele Bürger fühlen die von oben herab vollzogene Abwendung, die früher oder später als echte Trennung erlebt wird. In der Folge wenden sie sich schließlich selbst ab. Erst von den prominentesten Systemvertretern, dann auch von Parteien und schließlich vom System als

solchen.
3. Das Bestehen einer als wirklichkeitsfremd und gegen das Volk wahrgenommenen Politik ist, verbunden mit der fehlenden Bereitschaft, die Betroffenen einzubinden ein wichtiger Punkt ("Die hören uns nicht"). Die Unfähigkeit oder gar der Unwille der Regierung, die Kollateralschäden ihrer selbstangerichteten Politik zu benennen oder zu bereinigen ("Die tun ja eh nichts") ist ein anderer. Gegen ersteres kann die entschlossenste Vertreterschaft der zur Seite geschobenen Bevölkerung (die Avantgarde des Umbruchs) nichts ausrichten. Gegen letzteres schon.
4. Einige Bürger erkennen in einem Einzelfall den Freiraum, selbst praktisch gegen Mißstände zu handeln. Sie steigen ein, um ihn zu nutzen. Sie handeln dabei noch nicht GEGEN die Regierung, sondern agieren NEBEN ihr. Die Aktivisten operieren dabei nicht GEGEN das Gesetz, im Gegenteil, sie HELFEN diesem zu seiner Durchsetzung, auf einem rechtlich erlaubten Spielfeld.
5. Selbst "entschiedene" Bürger beschreiten dieses Feld nur, wenn der Staat auf diesem wiederholte Mißerfolge eingefahren hat, oder wenn schlimmerenfalls gar der Verdacht besteht, daß die Regierung dort - z.B. aus politischen Gründen- gar nicht handeln will. Haben diese Wenigen, und hier reichen bereits ein paar Dutzend, nun als Hilfspolizisten Erfolg, dann kommt "unten" automatisch die für jedes Regime totengräberische Erkenntnis "daß es auch bzw. scheinbar nur so geht" auf.
So und nicht anders "beginnt es". So beginnt eine Revolution. Die Kette fallender Dominosteine ist bereits bis zu diesem Punkt durchschritten, weshalb der Fachmann für Neuere Geschichte und Militärstrategie Prof. Michael Wolffsohn heute mit vollem Recht von "bürgerkriegsreifen oder sich am Rande des Bürgerkriegs entwickelte Situationen" spricht (*Jüdische Rundschau*, 13.12.2016). Wolffsohn unterrichtete 30 Jahre an der Universität der Bundeswehr München und wurde vor wenigen Monaten zum "Hochschullehrer des Jahres 2016" gekürt.
Das ist der Punkt an dem wir stehen. Was überrascht ist nun die vermeintliche Zwangsläufigkeit, in der wir dorthin gekommen sind. Es gibt genügend Regierungsautoritäten, die diesen Prozeß hätten aufhalten können. Sie haben das nicht getan. Im Gegenteil scheint sich das System laufend selbst zu sabotieren. Von außen und von innen. Warum? Warum passiert das? Gibt es Profiteure für die sich laufend weiter erhitzende Situation? Und wenn ja: Wer kann das sein? …<<
**Schlußbemerkungen:** Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross (1932-1999) schrieb im Jahre 1989 (x268/196): >>... Es gibt 2 Typen von Einwanderungsländern.
Die einen, wie die USA, legen pedantisch fest, welche Leute sie hereinlassen, ökonomisch und sozial integrieren können. Die anderen, für die es bis jetzt nur ein historisches Beispiel gibt, bevorzugen Zuwanderer, mit denen sie nichts anfangen können, aber die sie wenigstens unterstützen wollen. ...<<
Der CDU-Politiker Alfred Dregger erklärte am 28. Mai 1993 während einer Rede zur Asylrechtsreform (x268/183): >>... Unbestreitbar ist, daß wir für die Finanzierung des Massenmißbrauchs unseres Asylrechts mehr Geld ausgeben als für die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe. Die Asylbewerber, die zu uns kommen, gehören bestimmt nicht zu den Ärmsten, sonst hätten sie die Reise und irgendwelche Gebühren von Schlepperbanden nicht bezahlen können. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete im Jahre 2004 über die Folgen der Einwanderung (x268/185): >>Aus Sicht der Einwanderer handelt es sich um eine unblutige Landnahme, aus der Sicht der Einheimischen um einen Verlust der Heimat; denn viele Familien ziehen aus den Ausländervierteln weg, weil sie den Eindruck haben, daß ihre Kinder in mehrheitlich deutschen Schulen mehr lernen oder weil ihnen die Straßen im Kiez zu unsicher geworden sind.

Soweit es Vertriebene aus Ostdeutschland sind, verlieren sie ihre Heimat so zum zweiten Mal. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 17. September 2007: >>**Integration "Der Islam hat ein Doppelgesicht"**

Wegen ihrer kritischen Haltung zum Islam wurde Hiltrud Schröter immer wieder bedroht. Im Gespräch mit WELT ONLINE spricht die Autorin über Toleranz, Terrorismus und die Gefahr von Moscheen in Deutschland. Ihre Schlußfolgerung: Der Islam ist nicht mit der Demokratie vereinbar.

Die Autorin und Sozialwissenschaftlerin Hiltrud Schröter aus Frankfurt beschäftigt sich seit gut 20 Jahren mit Islam und Migration. Die 66-Jährige gilt als eine strenge Kritikerin. Die Wissenschaftlerin erhielt wegen ihrer Arbeit bereits mehrere Drohungen und für ihre Studie "Ahmadiyya-Bewegung des Islam" eine Strafanzeige von dieser muslimischen Sekte. Das Strafverfahren wurde allerdings von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Für Ihre Doktorarbeit "Arabesken - Studien zum interkulturellen Verstehen" erhielt sie 1998 den Elisabeth-Selbert-Preis des Landes Hessen. Ihr Sachbuch "Das Gesetz Allahs" ist soeben im Ulrike-Helmer-Verlag erschienen.

**WELT ONLINE:** In Ihrem neuen Buch beschäftigen Sie sich mit dem Gesetz Allahs. Sie behaupten darin vehement, die Rechtsordnung des Islam sei generell nicht mit der Demokratie vereinbar. Warum?

**Hiltrud Schröter:** Unser Grundgesetz folgt dem Grundsatz der Gleichheit, also der Gleichberechtigung. Nach der Scharia dagegen muß Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt werden. Darauf fußt etwa die Diskriminierung der Frau im Islam. Eine Folge davon ist auch, daß Nicht-Muslime in islamischen Ländern weniger Rechte und andere Pflichten haben und Menschen zweiter Klasse sind. Religionsfreiheit gibt es nicht. Der Islam hat ein Doppelgesicht.

**WELT ONLINE:** Inwiefern?

**Schröter:** Der Islam ist ein totales und totalitäres System. Er ist nicht nur Religion, sondern auch Politik. Er ist eine Politreligion mit Überlegenheits- und Herrschaftsanspruch. Allah ist der oberste Gesetzgeber und seine Gesetze sind im Koran und damit in der Scharia enthalten. Und im Koran ruft Allah einerseits zu Toleranz und Frieden auf, andererseits verspricht er denjenigen, die mit Gewalt gegen die Ungläubigen kämpfen, das Paradies. Darauf stützt sich der islamische Terrorismus.

**WELT ONLINE:** In vielen Städten entbrennt momentan die Diskussion - wie in Köln - um den Neubau von Moscheen. Auch in Frankfurt regt sich Widerstand in Form einer Bürgerinitiative gegen den Bau der schiitischen Fatima-Moschee in Hausen. Welche Konsequenzen haben Ihrer Meinung nach die Moscheebauten?

**Schröter:** In Frankfurt-Hausen beispielsweise gibt es bereits zwei islamische Zentren, ein arabisch-sunnitisches und ein iranisch-schiitisches. Die Fatima-Moschee, die eine türkisch-pakistanische Gemeinde bauen möchte, wäre die dritte in diesem kleinen Stadtteil und die größte in Frankfurt. Diese Gemeinden, die sich wahrscheinlich in ihren Herkunftsländern feindlich gesonnen sind, könnten aus Hausen einen Konfliktherd machen. Denn wenn es zwischen den Herkunftsländern kracht, dann kracht es auch in Hausen. Der Konflikt wird so nach Deutschland getragen. Das wird auch in anderen Städten so sein. In Köln kommt hinzu, daß mit der DITIB-Großmoschee mitten in der Stadt eine Enklave des türkischen Staates entsteht.

**WELT ONLINE:** Der Verein, der die Moschee in Hausen plant, spricht davon, einen deutschen Islam einführen zu wollen, der offen und liberal sei.

**Schröter:** Dann soll er sagen, welche Stellen er aus dem Koran streichen will. Das Problem ist nämlich, daß Muslime das Ziel haben - wenn sie denn dem Gebot Allahs folgen - sobald

sie als Minderheit eine gewisse Macht haben, die Scharia einzuführen, erst recht als Mehrheit. Dazu verpflichtet der Koran. Sie täuschen also zunächst die Anpassung vor. Im Koran heißt das taqiya. Innenminister Bouffier nennt das im Hessischen Verfassungsschutzbericht 2002 "Legalitätstaktik".

**WELT ONLINE:** Wie soll man mit Muslimen umgehen? Welche Konsequenzen fordern Sie?

**Schröter:** Ich trenne ganz deutlich zwischen Menschen und dem Islam als System. Das zeigt besonders gut mein Buch "Mohammeds deutsche Töchter". Aber wenn ein Muslim hier islamische Gesetze einführen will, dann lehne ich das ab. Das wichtigste ist, aufzuklären, daß der Islam auch totalitär ist.

**WELT ONLINE:** Das heißt, Sie würden den Neubau von Moscheen verbieten lassen?

**Schröter:** Moscheen sind ja keine "Gebetshäuser" und "Kirchen", wie oft naiv behauptet wird, sondern politische Zentren. Großprojekte wie in Köln und Hausen lehne ich ab, weil sie Demonstrationen islamischer Macht sind, die die Weltherrschaft anstrebt.

**WELT ONLINE:** Warum sind Sie so rigoros mit Ihrem Urteil?

**Schröter:** Meine Generation hat diese Suppe hierzulande eingebrockt. Ich kann die Folgen, die auf unsere Kinder und Enkelkinder zukommen, nicht verantworten: nämlich ein drittes totalitäres System nach Faschismus und Kommunismus und die Wiederkehr des Patriarchalismus.<<

Der deutsch-türkische Journalist Denize Yücel (1973 als Sohn türkischer Migranten in Flörsheim am Main geboren, leuchtendes Beispiel für "gelungene Integration" schrieb am 4. November 2011 in dem großen Nachrichtenportal der Berliner Tageszeitung "taz": >>**Kolumne Geburtenschwund**

**Super, Deutschland schafft sich ab!**

In der Mitte Europas entsteht bald ein Raum ohne Volk. Schade ist das aber nicht. Denn mit den Deutschen gehen nur Dinge verloren, die keiner vermissen wird.

Endlich! Super! Wunderbar! Was im vergangenen Jahr noch als Gerücht die Runde machte, ist nun wissenschaftlich (so mit Zahlen und Daten) und amtlich (so mit Stempel und Siegel) erwiesen: Deutschland schafft sich ab!

Nur 16,5 Prozent der 81 Millionen Deutschen, so hat das Statistische Bundesamt ermittelt, sind unter 18 Jahre alt, nirgends in Europa ist der Anteil der Minderjährigen derart niedrig. Auf je 1.000 Einwohner kommen nur noch 8,3 Geburten - auch das der geringste Wert in Europa.

Besonders erfreulich: Die Einwanderer, die jahrelang die Geburtenziffern künstlich hochgehalten haben, verweigern sich nicht länger der Integration und leisten ihren (freilich noch steigerungsfähigen) Beitrag zum Deutschensterben.

Volkssportarten Jammern und Ausländerklatschen

Noch erfreulicher: Die Ossis schaffen sich als Erste ab. Während im Westen die Zahl der Minderjährigen in den vergangenen zehn Jahren um 10 Prozent gesunken ist, ging sie im Osten um 29 Prozent zurück. Die Sandys, Mandys und Jacquelines pfeifen auf das neue deutsche Mutterkreuz ("Elterngeld") und tragen nach Kräften dazu bei, daß den ostdeutschen Volkssportarten Jammern, Opfersein und Ausländerklatschen in absehbarer Zeit der Nachwuchs ausgehen wird.

Woran Sir Arthur Harris, Henry Morgenthau und Ilja Ehrenburg gescheitert sind, wovon George Grosz, Marlene Dietrich und Hans Krankl geträumt haben, übernehmen die Deutschen nun also selbst, weshalb man sich auch darauf verlassen kann, daß es wirklich passiert. Denn halbe Sachen waren nie deutsche Sachen ("totaler Krieg", "Vollkornbrot"); wegen ihrer Gründlichkeit werden die Deutschen in aller Welt ein wenig bewundert und noch mehr gefürchtet.

Nun ist schon so manches Volk ohne das gewalttätige Zutun anderer von der Bühne der Geschichte abgetreten: Die Etrusker wurden zu Bürgern Roms, die Hethiter gingen im anatolischen Völkergemisch auf, die Skythen verschwanden irgendwo in den Weiten der Steppe.
Eine Nation, die mit ewiger schlechter Laune auffällt
Der baldige Abgang der Deutschen aber ist Völkersterben von seiner schönsten Seite. Eine Nation, deren größter Beitrag zur Zivilisationsgeschichte der Menschheit darin besteht, dem absolut Bösen Namen und Gesicht verliehen und, wie Wolfgang Pohrt einmal schrieb, den Krieg zum Sachwalter und Vollstrecker der Menschlichkeit gemacht zu haben; eine Nation, die seit jeher mit grenzenlosem Selbstmitleid, penetranter Besserwisserei und ewiger schlechter Laune auffällt; eine Nation, die Dutzende Ausdrücke für das Wort "meckern" kennt, für alles Erotische sich aber anderer Leute Wörter borgen muß, weil die eigene Sprache nur verklemmtes, grobes oder klinisches Vokabular zu bieten hat, diese freudlose Nation also kann gerne dahinscheiden.
Apropos Sprache: Die Liste jener deutschen Wörter, die sich nicht oder nur mit erheblichem Bedeutungsverlust in andere Sprachen übersetzen lassen, illustriert, was der Welt mit dem Ableben der Deutschen verlustig ginge: *Blitzkrieg, Ding an sich, Feierabend, Gemütlichkeit, Gummibärchen, Hausmeister, Heimweh, Kindergarten, Kitsch, Kulturkampf, Lebensabschnittsgefährte, Nachhaltigkeit, Nestbeschmutzer, Ordnungsamt, Querdenker, Realpolitik, Schlager, Spaßvogel, Tiefsinn, Torschlußpanik, Vergangenheitsbewältigung, Volksgemeinschaft, Weltanschauung, Wirtschaftswunder, Zwieback.*
Welcher Mensch von Vernunft, Stil und Humor wäre betrübt, wenn diese Wörter und mit ihnen die ihnen zugrunde liegenden Geisteshaltungen verschwinden? Eben.
Mehr Zärtlichkeit für den Schäferhund als für die Sprache
Der Erhalt der deutschen Sprache übrigens ist kein Argument dafür, die deutsche Population am Leben zu erhalten. Denn der Deutsche und das Deutsche haben miteinander etwa so viel zu schaffen wie Astronomie und Astrologie. Oder besser noch: wie Lamm und Metzger. "Für seinen Schäferhund und seine Wohnzimmerschrankwand empfindet der Deutsche mehr Zärtlichkeit als für seine Sprache", bemerkte Thomas Blum einmal. Im Interesse der deutschen Sprache können die Deutschen gar nicht schnell genug die Biege machen.
Nun, da das Ende Deutschlands ausgemachte Sache ist, stellt sich die Frage, was mit dem Raum ohne Volk anzufangen ist, der bald in der Mitte Europas entstehen wird: Zwischen Polen und Frankreich aufteilen? Parzellieren und auf eBay versteigern? Palästinensern, Tuvaluern, Kabylen und anderen Bedürftigen schenken? Zu einem Naherholungsgebiet verwildern lassen? Oder lieber in einen Rübenacker verwandeln?
Egal. Etwas Besseres als Deutschland findet sich allemal.<<
Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 27. Mai 2015 (x893/…): >>**Totalitäre Tendenzen im Islam und ihre Gegenstrategien - Islam und Gewalt (14 / Schluß)**
Der Islam ist nach Mohammeds Beispiel und Weisungen ein religiös-politisches System, das verfassungsfeindliche und totalitäre Tendenzen enthält. Der freiheitlich-demokratische Staat hat die Pflicht, diese politischen Dimensionen von Koran und Islam zu bekämpfen.
Ein Gastbeitrag von Hubert Hecker
**1. Das Programm des salafistischen Islam ist verfassungsfeindlich**
Als Antwort auf einen Leserbrief schrieb der hessische Ministerpräsident dem Autor unter anderem: "Der Salafismus ist gegenwärtig die bundesweit dynamischste und am schnellsten wachsende Bewegung." Wir nehmen "die Gefährdung durch islamistischen Extremismus und Terrorismus … sehr ernst". Die hessischen Sicherheitsbehörden werden "rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung treffen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben sammelt das Landesamt für Verfassungs-

schutz Informationen über verfassungsfeindliche Bestrebungen, die sich gegen diese Grundordnung richten."
Mit Recht schätzt die hessische Regierung den salafistischen Islam als eine politisch-religiöse Kraft ein, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährdet, indem sie die Verfassung und Rechtsordnung durch ein koranbasiertes Scharia-System ablösen will.

**2. Totalitäre Tendenzen im politisch-religiösen System des Islam**

Der Salafismus ist eine radikal-islamische Sammlungsbewegung, zu der mit graduellen Unterschieden die Taliban/Al-Quaida, der Islamische Staat, Boko Haran, aber auch der saudi-arabische Wahabismus, die ägyptische Muslimbruderschaft und andere Islam-Gruppen gehören. Sie wollen die Lehren und Institutionen des Frühislam wiedereinführen - einschließlich einer strikten Anwendung der Scharia.
Die Orientierung an den Weisungen und Taten Mohammeds impliziert einen politischen Islam als religiös orientiertes Herrschaftssystem: Der Prophet als Religionsstifter, Staatslenker und Oberrichter präfigurierte die islamische Einheit von Religion und Politik in einem 'Gottesstaat'. Die Nachfolger Mohammeds sahen sich als religiös-politische Machthaber, die Allahs Herrschaft über Muslime und Nichtmuslime durchzuführen hatten. Dazu erließen sie die koran-basierten Scharia-Gesetze, setzten Scharia-Richter ein und kontrollierten die Durchsetzung, also eine Staatsführung in Gewalteneinheit.
Diesem System ist eine Mitbeteiligung der Bürger, politische Willensbildung auf Interessenbasis, Wahlen und parlamentarische Repräsentanz fremd, von dem Recht auf Opposition ganz zu schweigen. Denn die Scharia-Grundordnung legt einerseits die Formen staatlicher Institutionen und deren Handeln fest - etwa die Strafbestimmungen für die Untertanen, andererseits stellt sie die 'Unterworfenen' (Islam heißt 'Unterwerfung') in ein umfassendes System von privat- und zivilrechtlichen, sozialen, kulturellen und politischen Regelungen, die das Leben der Untertanen bis in letzte Verästelungen regulieren. Aus diesen beiden Ansätzen ergeben sich die totalitären Tendenzen, die bei radikal-islamischen Gottesstaaten festzustellen sind.
Die Scharia läßt weder eine Pluralität von Meinungen noch von Interessen oder Lebensformen. Aus dem theologischen Ansatz der allumfassenden Oberherrschaft Allahs ergibt sich, das es Menschen- und Freiheitsrechte 'von Natur aus' im Islam nicht geben kann.
Mohammed bestimmte durch sein Vorbild und seine Weisungen, daß die Muslime für die Herrschaft des Islam bzw. Allahs Herrschaft als einzig wahre Religion auch mit Gewalt gegen die "Ungläubigen" kämpfen sollten.
Es ist unübersehbar, daß eine programmatische Propagierung des klassischen Islam als ein politisch-religiöses System frontal gegen alle wesentlichen Elemente der freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung unseres Gemeinwesens gerichtet ist.

**3. Junge Muslime werden in deutschen Moscheegemeinden zu islamisch motivierter Gewaltbereitschaft - und damit auf den Dschihad vorbereitet**

Aus den bisherigen Ausführungen ergibt sich, daß in Koran und Islam selbst eine religiös fundierte Gewaltbereitschaft ebenso wie Distanz und Ablehnung unserer Verfassungsordnung angelegt ist. Aus dem Ansatz des klassischen Islam zu Gottesstaat und Gewalt erwachsen immer wieder neu die gewaltbejahenden Bewegungen wie der Salafismus.
Die verwunderte Frage von Politikern, warum derzeit so viele junge Moslems sich so leicht und so schnell zunächst den salafistischen Predigern und dann den IS-Dschihadisten zuwenden, ist leicht zu beantworten: Der Radikalisierungsprozeß ist auf dem Boden des in Deutschland gelehrten Islam gut vorbereitet.
Neuere Untersuchungen bestätigen die Ergebnisse der früheren Studie von Heitmeyer u.a. zur politisch-religiösen Disposition von muslimischen Jugendlichen: Zwischen 30 und 50 Prozent aller muslimischen Jugendlichen, die in der islamischen Kerngemeinde sozialisiert wurden, sind von einer verhängnisvollen Trias geprägt:

Islamisch fundierter Überlegenheitsanspruch: "Der Islam ist die einzig rechtgläubige Religion. Alle anderen Religionen sind nichtig und falsch, deren Angehörige 'Ungläubige'." Zustimmung: 56 Prozent.
Im Islam begründete Gewaltbereitschaft: Bis zu 40 Prozent der muslimischen Jugendlichen in Deutschland befürworten physische Gewalt, Erniedrigungen und auch Tötung feindlicher Ungläubiger, "wenn es der islamischen Gemeinschaft dient."
Distanz bis Ablehnung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, insbesondere des Gewaltmonopols des Staates, der säkularen Justiz- und Rechtsordnung, Ablehnung von Wahlen und Parlament, Befürwortung der Todesstrafe bei Konversion vom Islam u.a.
Bundesinnenminister Thomas de Maizière meinte, daß die deutschen Dschihadisten von dem "seltsamen Reiz des Archaischen" getrieben seien. Dieses Motiv mag hinzukommen, aber die hauptsächliche Triebkraft für die deutschen Muslime, die nach Syrien in den Dschihad ziehen, besteht - im Islam. "Ich bin wegen der Religion des Islam hier in Syrien", hatte der kürzlich in Frankfurt verurteilte Syrien-Rückkehrer Kreshnik B. seiner Schwester gesagt.
Eine politisch-gesellschaftliche Strategie gegen salafistische Werbung zum Dschihadismus wäre demnach völlig unzureichend, wenn sich die Bekämpfung nur gegen die Prediger und Theorien des Salafismus' richten würden, ohne die Politik- und Gewaltansätze des Islam in Koran und Scharia zu berücksichtigen. In den Moscheen der sogenannten gemäßigten Muslime wird der gleiche Islam gelehrt wie in denen der Salafisten. Das zeigen die oben angeführten Befragungsergebnisse bei muslimischen Jugendlichen.
Es besteht nur eine Differenz in der Anwendungs-Interpretation: Die meisten Imame in Deutschland vertreten die Meinung, daß in einer Diaspora- und Minderheitensituation die Muslime die politischen und dschihadisten Elemente der Koran- und Scharia-Lehre (noch) nicht anwenden sollten. Die Salafisten dagegen wollen den ganzen (Früh-) Islam sofort und direkt auf unser Land übertragen. Ein Präventionsansatz gegen salafistischen Dschihadismus wird scheitern, wenn er diese Zusammenhänge nicht berücksichtigt. Das soll im Folgenden erörtert werden.

**4. Strategien gegen die politisch-verfassungsfeindlichen Tendenzen des Islam**

Die hessische Landesregierung macht einige Anstrengungen, neben den polizeipräventiven Maßnahmen ein breites soziales Präventionsnetzwerk gegen Salafismus aufzubauen. Dazu gehören örtliche Beratungsstellen zur Gewaltprävention, Ausstiegs- und Deradikalisierungsprogramme sowie soziale Aktivitäten in Zusammenarbeit mit Jugendämtern und Berufsberatung. In Fortbildungsveranstaltungen für Lehrer soll "über die Gefahren des Salafismus informiert und für den Umgang mit diesem Phänomen sensibilisiert" werden, so Ministerpräsident Volker Bouffier in einem Schreiben an den Autor.
Diese Anstrengungen zu vernetzten Aktivitäten gegen den Salafismus sind natürlich zu begrüßen, aber werden sie greifen? Die islamistische Gewalt ist eben nicht zu vergleichen mit den spontanen Gewaltausbrüchen von Rockerbanden oder Fußball-Hooligans. Denn sie wird nicht einfach vom "Reiz des Archaischen" oder jugendlichen Gewaltphantasien hervorgerufen, sondern von einer Ideologie getragen und gelenkt. Deshalb werden die bisher erprobten Methoden der Gewaltprävention gegen salafistische Dschihadpropaganda ziemlich wirkungslos bleiben. Auch bei den Projekten der hessischen Landesregierung scheint der religions- und ideologiefundierte Charakter der salafistischen Gewaltpropaganda nicht ausreichend berücksichtigt zu werden. Dieser Verdacht regt sich bei betulichen Formulierungen, die Lehrer "für das Phänomen des Salafismus' zu sensibilisieren".
Solche Verharmlosungstendenzen stehen im Widerspruch zu Bouffiers richtiger Einschätzung, nach der vom Salafismus "Gefahren für die freiheitlich-demokratische Grundordnung" ausgehen. Da der salafistische Islam ein umfassendes religiös-politisches System darstellt, muß eine Gegenstrategie alle ideologischen Dimensionen ins Auge fassen. Der Staat hat sich

allerdings bei dem religiösen Kern des Islam herauszuhalten, da die durch die Religionsfreiheit geschützt sind.
Andererseits haben die staatlichen Stellen die Pflicht, die politisch-verfassungsfeindlichen Elemente des Islam zu beobachten, zu benennen, darüber aufzuklären, davor zu warnen und sie zu bekämpfen. Dazu ein Programm zu entwickeln wäre derzeit eine vordringliche Aufgabe von Bund und Ländern. Ein solches Studien- und Informationsprogramm würde einerseits als Unterbau den konkreten Präventionsmaßnahmen zum Nutzen sein, andererseits sollte es als breites Aufklärungsprogramm in die Schulen und Medien wirken.
Insbesondere Politiklehrer wären dafür prädestiniert, die muslimischen und nicht-muslimischen Schüler über die totalitären Tendenzen und verfassungsfeindlichen Dimensionen des Islam aufzuklären. Dabei müßte auch klar werden, daß Islam und Islamismus nur zwei Seiten ein und derselben Medaille sind.
Das hat Konsequenzen für die Aufklärungsstrategie: Die sogenannten moderaten Moschee-Gemeinden werden vielfach als Bündnispartner gegen Salafismus und Dschihadismus benannt. In Wirklichkeit erzeugen die Moschee-Gemeinden schon bei Kindern und Jugendlichen eine muslim-spezifische Gewaltbereitschaft, wie oben gezeigt.
Die salafistischen Prediger brauchen dieses islamisch motivierte Gewaltpotential nur aktivieren und mobilisieren. Auf diesem Hintergrund müssen die staatlichen Instanzen ebenso wie die zivilgesellschaftlichen Kräfte auch an die Islam-Verbände und Moschee-Gemeinden den Anspruch stellen, ihre Lehr- und Publikationstätigkeit auf verfassungsfeindliche Tendenzen kritisch zu überprüfen.
Auch Bundesinnenminister de Maizière hat angekündigt, der islamistischen Propaganda mit einer Aufklärungsoffensive das Wasser abzugraben. Dabei soll mit einer Art Gegenerzählung das Narrativ der Dschihadisten entzaubert werden. Diese Gegenpropaganda über die Unmenschlichkeit der Islamisten soll die Bundeszentrale für politische Bildung übernehmen. Außerdem müßten "wir für die Rolle eines aufgeklärten, europäischen Islam kämpfen", meinte der Minister laut FAZ vom 21.11.2024.
Nach den Formulierungen der Ankündigung ist zu befürchten, daß diese "Aufklärung" nach dem Konzept der Isolierung des Salafismus vom "wahren Islam" abläuft - und damit ziemlich wirkungslos bleibt.
Bisher hat die Bundesregierung durchweg Schriften und Schreiber gefördert, die Loblieder auf alle Schattierungen des Islam sangen und Kritik als Islamophobie diffamierten. Beispiel für die staatlich unterstützten und gewollten Tendenzschriften ist das Sammelwerk des Deutschen Kulturrates mit dem Titel: Islam-Kultur-Politik vom Januar 2011. Nachdrucke von diesen und anderen Islam-Schmeicheleien erschienen im September 2013.
Einer der Desinformatoren zum Islam ist Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland. Er schreibt: "Der Islam mit seiner 1.400-jährigen Geschichte belegt ja nur allzu deutlich, daß er friedliche Absichten hat, niemand kann das leugnen."
Für de Maizière gilt Mazyek als Vertreter eines "aufgeklärten Islam", in Wirklichkeit zeigt dieser Mann, daß er und die deutsche Muslimschaft noch im islamischen Mittelalter stecken geblieben sind, als man die Leute mit Märchen und Legenden beeindrucken konnte.
Mazyek läßt von realistischer, gar selbstkritischer Sicht auf den Islam keine Spur erkennen. In der aktuellen Islam-Debatte vertritt er die Meinung, daß der Salafismus, also die strikte Anwendung von Koran und Scharia, nichts mit dem "wahren Islam" des Korans gemein hätte.
In die falsche Richtung läuft eine Äußerung von de Maizière, daß "wir", also die Bundesregierung, für einen "aufgeklärten Islam kämpfen" sollten.
Mit dieser Parteinahme würde der Staat die verfassungsmäßige Neutralitätspflicht gegenüber den Religionen verletzen. Er hat sich aus allem Richtungsstreit der Religionen herauszuhalten und erst recht nicht für bestimmte Religionen und Religionsrichtungen zu "kämpfen". Das ist

politischer Konsens - seit der Aufklärung. Der demokratische Staat hat allein und erst dann einzuschreiten, wenn in programmatischen Schriften und Verhalten die Elemente der freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung verneint und bekämpft werden.
Auch im sogenannten 'moderaten' deutschen Islam sind diese Tendenzen als Basis für den Salafismus festzustellen, wie oben gezeigt. Deshalb sollte de Maizière statt Schulterschluß zu seinem Lieblingsislam auf die politisch gebotene Distanz gehen. Sodann es ist seine Pflicht als Innenminister, von den deutschen Imamen und Moschee-Gemeinden einzufordern, daß sie aus ihren Lehren sowie den Lehr- und Schulbüchern alle Aussagen und Aufforderungen eines politischen Islam entfernen, die der freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung widersprechen.
Offensichtlich besteht in dieser Hinsicht Handlungsbedarf, wenn muslimische Jugendliche signifikant häufiger gewaltbereit gegen Andersgläubige sind und distanzierter gegenüber unserer Rechtsordnung. Das Einwirken und Einfordern auf der Ebene der muslimischen Moschee-Gemeinden dürfte dann auch eine wichtige und notwendige Basis-Prävention gegen Salafismus sein.<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 13. Januar 2016: >>**Ex-Verfassungsrichter "Merkels Alleingang war ein Akt der Selbstermächtigung"**
Ex-Verfassungsrichter Bertrams übt scharfe Kritik am Vorgehen von Kanzlerin Merkel in der Flüchtlingspolitik. Er vermutet einen Verfassungsbruch und spricht von "selbstherrlicher Kanzler-Demokratie".
Der frühere Präsident des Verfassungsgerichtshofs für Nordrhein-Westfalen, Michael Bertrams, hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in der Flüchtlingspolitik Kompetenzüberschreitung und möglichen Verfassungsbruch vorgeworfen.
**CSU sieht grünes Licht für Verfassungsklage**
Klage gegen die Politik der Kanzlerin? Die CSU scheint diesen Schritt zu erwägen, immerhin hat sie ein Gutachten in Auftrag gegeben, das ihr Recht gibt: Klagen scheint möglich und erfolgversprechend.
"Im Alleingang hat sie Hunderttausende Flüchtlinge ins Land gelassen. Das war zwar sehr mitfühlend, geschah aber ohne erkennbaren Plan", schreibt Bertrams in einem Beitrag für den "Kölner Stadt-Anzeiger".
Merkels Vorgehen werfe die verfassungsrechtliche Frage auf, ob sie dazu überhaupt legitimiert war. "In unserer repräsentativen Demokratie liegen alle wesentlichen Entscheidungen - gerade auch solche mit Auswirkung auf das Budget - in den Händen der vom Volk gewählten Abgeordneten", so Bertrams mit Hinweis auf Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum Parlamentsvorbehalt für den Einsatz bewaffneter deutscher Truppen im Ausland.
Ohne parlamentarische Zustimmung dürfe es solche Einsätze nicht geben. "Kann also schon die Entsendung einiger Hundert Soldaten nach Mali nur mit Zustimmung des Bundestags erfolgen, dann ist diese erst recht erforderlich, wenn es um die Aufnahme Hunderttausender Flüchtlinge geht", so Bertrams.
"Merkels Alleingang war deshalb ein Akt der Selbstermächtigung", betonte er und sprach von einer "selbstherrlichen Kanzler-Demokratie". Bertrams stand von 1994 bis 2013 an der Spitze des NRW-Verfassungsgerichtshofs in Münster.
**Staatsrechtler fordert Grenzschutz**
Ebenfalls scharfe Kritik an Bundeskanzlerin Merkel kommt von dem Staatsrechtler Ulrich Battis. "Die Bundesrepublik muß ihre Grenzen effektiv schützen, wenn ansonsten eine Überforderung durch die Aufnahme von Ausländern droht", forderte der Rechtswissenschaftler von der Humboldt-Universität Berlin in der "Nordwest-Zeitung".
Das System des Dublin-Vertrags funktioniert nicht mehr. Damit ist die Bundesrepublik verpflichtet, sich vor ungeregelter Einwanderung zu schützen.

*Ulrich Battis, Staatsrechtler*
"Ich habe noch die Neujahrsansprache der Kanzlerin im Ohr. Da hat sie gesagt, daß Einwanderung noch jedem Land gutgetan hat. Es geht hier aber nicht um Einwanderung, sondern um Asylsuchende. Einwanderung und Asyl sind zwei unterschiedliche Paar Schuhe", sagte Battis. "Das Asylverfahren ist kein Instrument der Einwanderungspolitik", unterstrich der Staatsrechtler.
Wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen sicheren Herkunftsland einreise, könne sich laut Grundgesetz nicht auf das Asylrecht berufen, sagte Battis. "Diese Regelung ist der Kern des Dublin-Vertrags. Dieses System funktioniert nicht mehr. Damit ist die Bundesrepublik verpflichtet, sich vor ungeregelter Einwanderung zu schützen. Ohne Grenzkontrollen wird auf Dauer nicht nur der Sozialstaat aus den Angeln gehoben, sondern auch der Rechtsstaat", betonte der Staatsrechtler.
Die Entscheidung, ob in großem Stil Einwanderung nach Deutschland stattfinden solle oder nicht, müsse der Bundestag treffen, sagte auch Battis. "Das kann die Bundesregierung nicht allein entscheiden." Merkel setze auf eine europäische Lösung und den gemeinsamen Schutz der Außengrenzen. Das scheine aber nicht zu funktionieren. "Wenn sich auf europäischer Ebene keine Lösung finden läßt, ist die Bundesregierung verpflichtet, für Rechtmäßigkeit und funktionierende Kontrollen an Deutschlands Grenzen zu sorgen", forderte der Staatsrechtler.
**"Halte Klage von Bayern für aussichtsreich"**
Der Freistaat Bayern erwägt eine Klage gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung - sie sei verfassungswidrig. Staatsrechtler Rupert Scholz hält eine solche Klage für gerechtfertigt.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 19. Februar 2016: >>**"Luxus-Asyl": Flüchtlinge bekommen nagelneue Reihenhäuser**
In der mittelfränkischen Gemeinde Eckental sind die ersten Asylbewerber in für sie erbaute Reihenhäuser eingezogen. Die insgesamt sechs Gebäude haben eine Wohnfläche von rund 1.000 Quadratmetern und sollen insgesamt bis zu 50 Asylbewerber beherbergen.
Die ersten bereits eingezogenen Asylsuchenden zeigten sich begeistert über die Reihenhäuser. Die Unterkunft sei "sehr gut", lobte ein Bewohner gegenüber dem Bayerischen Rundfunk. Auch Investor Markus Gildner zeigte sich hocherfreut. "Das sind alles junge Paare, junge Familien mit ein oder zwei Kindern, und das sind alles ganz anständige Leute." Um "Luxus-Bauten", wie einige Bürger kritisiert hatten, handele es sich nicht. "Goldene Wasserhähne wurden nicht eingebaut", betonte Gildner.
**Frauen geben Männern nicht die Hand**
Betreut werden sollen die Asylbewerber von der örtlichen Flüchtlingsinitiative "FLEck e.V." Diese rät den Einheimischen, sich mit den kulturellen Eigenschaften der Asylsuchenden vertraut zu machen. Auf der Internetseite des Vereins heißt es unter anderem: "Bei einigen muslimisch geprägten Kulturen sieht man sich bei einem Gespräch nicht in die Augen - das würde als äußerst unhöflich empfunden. Wenn eine Frau einem Mann in die Augen sieht oder umgekehrt, könnte dies als sexuelles Interesse verstanden werden."
Um Mißverständnisse zu verhindern, sollten sich die Deutschen merken, daß Männer und Frauen, die nicht verwandt sind, sich nicht die Hand geben sollten. Weiter schreibt die Initiative: "In manchen Regionen in Afrika nimmt man keine gebrauchten Kleider an. Denn man geht davon aus, daß der Geist des Vorbesitzers noch in den Kleidern wohnt."
Der Bau der Reihenhäuser hatte bereits im vergangenen Jahr für Unruhe in der Gemeinde gesorgt. Einwohner hatten sich beschwert, daß der Investor behauptet hätte, daß dort junge Familien einziehen würden. "Der Investor hat die Gemeinde und die Anwohner über den Tisch gezogen", sagte ein Einwohner. Insgesamt kostete das Bauprojekt rund zwei Millionen Euro. Zu den Mietpreisen wollte sich Gildner nicht äußern.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 14. April 2016: >>**Die alternative Integration**

Dienstag früh klickten in der Hauptstadt Handschellen. In einer Großrazzia, bei der über 200 Beamte im Einsatz waren, durchsuchte die Polizei in den Morgenstunden 14 Wohnungen und Geschäfte arabischer Familienbanden.

Doch ist das nur ein seltener Stich in ein Wespennest. Die Berliner Unterwelt wird von diesen Clans beherrscht - die Polizei wird der Entwicklung immer weniger Herr. All dies ist Konsequenz einer illusionären Einwanderungs- und gescheiterten Integrationspolitik, wie der Migrationsforscher Ralph Ghadban im Gespräch mit der JUNGEN FREIHEIT bekräftigt.

Vor Berliner Asylunterkünften spielen sich, wie vor wenigen Tagen die Welt berichtete, bizarre Szenen ab: Luxuslimousinen fahren vor. Es sind Fahrzeuge arabischer Clans. Mit den teuren Schlitten wollen Kriminelle orientierungslose Flüchtlinge beeindrucken - und anwerben. Mit Erfolg.

**Rekrutierungsfeld für kriminelle Milieus**

Das Ergebnis: Weniger für die deutsche Wirtschaft, deren Verbandsvertreter immer leiser von neuen Fachkräften schwärmen, scheinen die Hunderttausenden jungen Männer aus Nahost eine Blutauffrischung zu bedeuten. Vielmehr sind Asylanten Rekrutierungsfeld für kriminelle Milieus in Deutschland, die Nachwuchs für die Drecksarbeit suchen.

Überall findet in der Unterwelt ein brutaler Verdrängungswettbewerb statt. Am Drogenbrennpunkt Kottbusser Tor ist dies mit bloßem Auge zu erkennen, wie einer unserer Reporter beobachten konnte. Junge Nordafrikaner verdrängen alteingesessene Dealer. Noch robuster geht es in der Rockerszene zu.

In der Szene der Hells Angels und Bandidos findet im Kleinen statt, was der Gesellschaft insgesamt droht. Die demographisch überalterten deutschen Rocker-Gruppen werden von neuen Streetgangs verdrängt. Sie heißen "Black Jackets" oder "United Tribuns" und werden von Arabern und Türken dominiert.

**Experte: Die deutsche Flüchtlingspolitik ist "eine Katastrophe"**

Dahinter stehen Clans, im Kern männlich-hierarchisch, autoritär geführte Verbände von Großfamilien, als Staat im Staat ein Kontrastbild zur fragmentierten, individualistischen, feminisierten, antiautoritären Gesellschaft. Wie entscheidet sich nun ein junger, haltsuchender Mann aus der Levante, wenn er die Wahl hat zwischen dickem Mercedes vor dem Flüchtlingsheim, schneller Kohle, harten Jungs und dem von Frauen geführten Flüchtlingscafé der örtlichen evangelischen Kirche, anstrengenden Sprachkursen und den kuscheligen deutschen "Alles kann, nichts muß"-Integrations-Angeboten?

Anstelle von Integration in Deutschland findet Assimilation durch andere ethnisch-religiöse Gruppen, arabisch-türkische Parallelgesellschaften statt. Im harten Kern: Rekrutierung durch Islamisten und kriminelle Banden. Wie der Deutsch-Libanese Ghadban im JF-Interview resümiert: Die deutsche Flüchtlingspolitik ist "eine Katastrophe".<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 6. Juni 2016 (x892/…): >>**Willkommenskultur? Rundum-Vollversorgung gratis? Von wegen!**

Ja, sie waren schwer traumatisiert. Noch nicht einmal Jahrzehnte später wissen wir, was sie auf ihrer Flucht alles durchgemacht haben an unbeschreiblichem Leid, Elend, Kummer und Not. Sie haben nicht oder selten davon gesprochen, und oft genug bekamen sie zu hören, daß man davon eben nichts mehr hören wollte. Wer weiß schon, was damals alles "verdrängt" worden ist!

Schlimmer: sie wurden beschimpft, verdächtigt, ausgegrenzt und in jeder Weise mißachtet. Und zwar von den eigenen Landsleuten, im eigenen Land, nach der Vertreibung aus der angestammten Heimat. Vielleicht ist deshalb so manche völlig irrationale heutige Reaktion nur psychologisch erklärbar, etwa als Kompensation eines zeitübergreifenden schlechten Gewis-

sens ... Den Vergleich zieht ein Artikel, den wir hier wiedergeben wollen.
"Die deutschen Vertriebenen wurden nach der Flucht in Deutschland nicht so umsorgt wie heute die Asylsucher
Angesichts der derzeit allenthalben eingeforderten Willkommenskultur sowie der Integrationsangebote, die den ins Land strömenden Asylsuchern entgegenzubringen seien, muß daran erinnert werden, wie es den deutschen Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg in Restdeutschland erging. Für die meisten von ihnen war das mit Stacheldraht und Schlagbäumen befestigte Grenzdurchgangslager Friedland die erste Station in der "neuen Heimat". Im Gegensatz zu den Asylanten, die auf freie Land- und Platzwahl pochen, wurden sie von dort zwangsweise ins Landesinnere verfrachtet.
Diejenigen, die sich ohne Genehmigung in andere als die zugewiesenen Orte aufmachten, hatten enorme Schwierigkeiten, der damals überlebensnotwendigen Lebensmittelmarken habhaft zu werden. Nicht selten landeten sie wegen illegalen Aufenthaltes im Gefängnis. Obwohl keiner von ihnen freiwillig die Heimat verlassen hatte, wurden sie von der einheimischen Bevölkerung abfällig als "Zigeuner", "hergelaufene Habenichtse", "Polacken" oder "Rucksackdeutsche" beschimpft.
Sprüche, wie "Nehmt die Wäsche von der Mauer, es kommen die Sudetengauner!" waren gang und gäbe und nur für die Menschen lustig anzuhören, die nicht wie die Betroffenen ihre Heimat, ihr Hab und Gut, ihren sozialen Status sowie Verwandte und Freunde verloren hatten. Denn alleine bei den von den Tschechen verjagten Sudetendeutschen waren nach Erhebungen der Zentralstelle des kirchlichen Suchdienstes 295.000 Vertreibungstote zu beklagen; die Zahl der bei der Vertreibung ums Leben gekommenen Deutschen insgesamt bewegt sich in einer Größenordnung von weit über zwei Millionen.
Die allermeisten Vertriebenen mußten bis weit in die 1950er Jahre hinein zusammengepfercht in Lagern vegetieren oder in von den ansässigen Deutschen auf Behördenanordnung nur widerwillig geräumten Rumpel- und Abstellkammern, in zugigen Löchern und Verschlagen, ja selbst in Ställen hausen. Die Selbstmordrate bei den Vertriebenen lag - wen wundert es - um einiges über dem Durchschnitt der Bevölkerung. Die deutschen Vertriebenen wurden bei ihrer Ankunft auch nicht, wie das heutzutage die Asylanten erwarten dürfen, von Bischöfen der beiden großen christlichen Konfessionen euphorisch empfangen und frenetisch beklatscht. So geschehen am Münchner Hauptbahnhof im Herbst 2015. Helferkreise gab es für sie ebenfalls nicht.
Den vertriebenen Geistlichen ging es nicht besser. Sie wurden zwar zur Betreuung der heimatvertriebenen Gläubigen dringend gebraucht, doch begegneten ihnen ihre einheimischen Mitbrüder, einschließlich mancher Bischöfe, oftmals mit Mißtrauen. Zudem waren die Kirchengebäude den Vertriebenen häufig dann versperrt, wenn sie als Evangelische in katholischen oder umgekehrt als Katholiken in evangelischen Gemeinden ihre Gottesdienste feiern wollten.
Selbst als Tote versuchte man sie zu diskriminieren. Das bayerische Staatskommissariat für Flüchtlinge und Vertriebene sah sich deshalb genötigt, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß es verboten sei, Flüchtlinge und Vertriebene außerhalb der Friedhöfe zu bestatten.
Die Vertriebenen haben das allmählich einsetzende "Wirtschaftswunder" zwar durch ihre Arbeit entscheidend mitgestaltet, haben von ihm aber am wenigsten profitiert. Wirtschaftswissenschaftler stellten fest, daß die Einkommen der deutschen Vertriebenen auch ein Vierteljahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg fast fünf Prozent unter dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung lagen.
Ähnliches gilt für die zweite Generation der Vertriebenen, deren Einkommen immer noch gut drei Prozent niedriger waren als die vergleichbarer nichtvertriebener Westdeutscher. Deutlich größer war und ist nach wie vor die Diskrepanz beim Eigentum. Denn die erheblichen

Vermögensnachteile der Vertriebenen konnten durch den sogenannten Lastenausgleich, mittels dem höchstens rund fünf Prozent des verlorenen Besitzes "entschädigt" wurden, nur zu einem äußerst geringen Teil ausgeglichen werden.
Wie Psychologen, so der Münchner Traumaforscher Michael Ermann, betonen, sind Vertriebene durch ihre Erlebnisse während der Austreibung sowie anschließend in Restdeutschland erheblich in ihrem psychosozialen Lebensgefühl eingeschränkt. Denn die erlittenen körperlichen wie seelischen Verwundungen und traumatisierenden Erfahrungen, auf die besonders Kinder und Heranwachsende empfindlich reagieren, können nicht von heute auf morgen wie ein Hemd abgestreift werden. Sie begleiten manche ihr ganzes Leben lang und treten selbst in nachfolgenden Generationen offen zutage.
Obwohl nach 1945 Deutsche zu Deutsche kamen, also Landsleute gleicher Sprache, Kultur, Konfession und Geschichte aufeinander trafen, konnte von einer Willkommenskultur beim besten Willen keine Rede sein. Ihre von Politikern in Sonntagsreden immer wieder gerne gefeierte, angeblich so erfolgreich verlaufene Integration mußten sich die Vertriebenen in Jahrzehnten bitter erkämpfen."
Walter Kreul in der Preußischen Allgemeinen Zeitung 22/2016
Danke, Herr Kreul, daß Sie daran erinnern!<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 30. August 2016: >>**Afrikas Bevölkerung wird sich bis 2050 verdoppeln**
Die Bevölkerungszahl Afrikas wird sich bis zum Jahr 2050 mehr als verdoppeln. Derzeit leben rund 1,1 Milliarden Menschen auf dem Kontinent. In 34 Jahren sollen es dann rund 2,5 Milliarden sein, berichtet das amerikanische "Population Reference Bureau" (PRB).
Im gleichen Zeitraum soll die Einwohnerzahl Europas um zwölf Millionen auf 728 Millionen zurückgehen. "Dabei lassen sich jedoch noch immer große regionale Unterschiede ausmachen. Die niedrigen Geburtenraten in Europa sorgen dort für einen Bevölkerungsrückgang, während sich die Anzahl der afrikanischen Bürger erwartungsgemäß verdoppeln wird", sagte PRB-Präsident Jeffrey Jordan.
**Hohe Geburtenzahlen in der Subsahara**
Weltweit halte der Trend zu steigenden Bevölkerungszahlen jedoch an. "Obwohl die Geburtenraten auf der ganzen Welt zurückgehen, bleibt davon auszugehen, daß uns das Bevölkerungswachstum weiterhin auf die zehn Milliarden zutreibt", betonte Jordan mit Blick auf die derzeit etwa 7,4 Milliarden Erdbewohner.
Vor allem in den Staaten der Subsahara wird die Einwohnerzahl wegen der hohen Fertilitätsraten steigen. Die höchste Quote von Kindern pro Frau weisen weltweit der Niger (7,6), der Südsudan (6,7), die Demokratische Republik Kongo (6,5) sowie der Tschad (6,4) auf. Am niedrigsten liegen diese Werte im Moment in Südkorea, Rumänien, Singapur und Taiwan (jeweils 1,2).
Die Bevölkerung Deutschlands soll bis 2050 von 82 auf 81 Millionen sinken.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 18. September 2016: >>**Raum ohne Volk**
Wird Deutschland in den kommenden Jahren und Jahrzehnten noch das Land der Deutschen sein, wenn die Einwanderung aus außereuropäischen Kulturkreisen weiter auf hohem Niveau anhält? Medien- und Politik-Establishment pflegen die wachsenden Zweifel an der verordneten "Willkommenskultur", besonders die an der Wahlurne geäußerten, wahlweise als "irrationale Ängste", "Rassismus" oder Schlimmeres abzutun.
Die Parole, die die Kanzlerin vor Jahresfrist ihrem fakten- und argumentfrei bis heute unablässig beschworenen "Wir schaffen das"-Mantra nachgeschoben hat - bei gut 80 Millionen Einwohnern in Deutschland falle die in einem Jahr ins Land gelassene Asyleinwanderer-Million doch kaum ins Gewicht -, ist die Blaupause der demagogischen "einfachen Antwor-

ten" der Immigrations-Verharmloser.

**Ethnische Deutsche werden zur Minderheit**

Die Wirklichkeit ist härter. In Berlin hat der Anteil der ausländischen Einwohner im ersten Halbjahr 2016 die 30-Prozent-Marke erreicht; zusammen mit fast einer halben Million deutscher Staatsangehöriger mit Einwanderungshintergrund zählen sie 1,1 Millionen. Im Bezirk Mitte und einer Reihe von Stadtteilen im Zentrum stellen die beiden Gruppen bereits die Mehrheit.

Überproportional vertreten sind Einwanderer mit und ohne deutschen Paß in den jüngeren Alterskohorten. Allein das läßt schon ermessen, wohin die Reise geht: Zuerst in den Großstädten, später im ganzen Land werden ethnische Deutsche zur Minderheit in der eigenen Stadt und im eigenen Land werden.

**Ein Drittel mit Einwanderungshintergrund**

Die Asyl-Immigration, die zwar durch äußere, von der Bundesregierung kaum beeinflußte Faktoren gebremst wurde, gleichwohl aber auf hohem Niveau weiterläuft, spitzt diese Situation dramatisch zu. In Deutschland lebten vor Öffnung der Schleusen, Stand 2014, nach Angaben von Destatis gut 29 Millionen Einwohner zwischen 15 und 45 Jahren, rund ein Viertel davon mit Einwanderungshintergrund.

Bei den etwa zehn Millionen unter 15jährigen beträgt der Einwandereranteil ein Drittel, bei den ca. 24 Millionen 45- bis 65jährigen dagegen nur 15 Prozent und bei den gut 17 Millionen Einwohnern im Rentenalter lediglich zehn Prozent und weniger.

**Sozialstaat wird nicht mehr finanzierbar sein**

Man braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, wie tiefgreifend sich das Bevölkerungsbild verändern wird, wenn in den nächsten beiden Jahrzehnten die jetzigen, von Abstammungs-Deutschen dominierten Rentnerjahrgänge mit zunehmendem Alter, Krankheit oder Tod aus der Öffentlichkeit abtreten und die ebenfalls überwiegend abstammungsdeutschen geburtenstarken Jahrgänge der heute 45- bis 65jährigen, die derzeit auf dem Höhepunkt ihres Berufslebens stehen und den Großteil der für Transferleistungen benötigten Steuern und Abgaben erwirtschaften, das Rentenalter erreichen, selbst auf Transferzahlungen angewiesen sind und sich sukzessive ebenfalls aus dem Straßenbild zurückziehen.

Der Sozial- und Umverteilungsstaat, wie wir ihn kennen, wird auf seinem heutigen Niveau nicht mehr finanzierbar sein, seine Einwohnerschaft wird nicht mehr von ethnischen Deutschen geprägt sein, sondern von einer multikulturellen Mischbevölkerung.

**Keine gleichmäßige Verteilung auf Altersgruppen**

1,6 Millionen Asyl-Immigranten haben 2015 und im ersten Halbjahr 2016 die deutschen Grenzen überschritten - mindestens. Selbst bei Halbierung der Zahlen bedeutet das, daß in den nächsten fünf Jahren drei bis vier Millionen Menschen zusätzlich in Deutschland leben - zurückgeschickt wird bekanntlich kaum jemand. Durch Familienzusammenführung dürfte sich diese Zahl mindestens verdoppeln, wenn nicht vervielfachen.

Diese Einwanderer verteilen sich nicht gleichmäßig auf alle Altersgruppen. Man kann sie deshalb nicht einfach in Relation zur Gesamtbevölkerung setzen; die Vergleichsgruppe sind die Alterskohorten der 15- bis 45jährigen, der zwei Drittel der überwiegend männlichen Asylbewerber zuzurechnen sind. Weitere knapp 30 Prozent sind jünger als 15 Jahre. Das betrifft, wohlgemerkt, die registrierten Antragsteller; unter den Hunderttausenden Untergetauchten dürfte der Anteil junger Männer noch erheblich höher sein.

**Der Nachschub an Menschen ist unerschöpflich**

Millionen junger arabischer und afrikanischer Männer treffen also auf 15 Millionen in Deutschland ansässige Männer zwischen 15 und 45, von denen rund 3,5 Millionen selbst einen "Migrationshintergrund" haben. Der Nachschub ist unerschöpflich; Hunderte Millionen sitzen nach Schätzungen des Ökonomen Gunnar Heinsohn in den nächsten Jahrzehnten auf

gepackten Koffern.
Überwiegend sind es zweite, dritte und vierte Söhne, chancenlos in der Heimat, die fordernd und mit hohen Ansprüchen auftreten, ohne an Ausbildung und Leistungswillen auch nur entfernt in der Lage zu sein, in absehbarer Zeit den als selbstverständlich erwarteten Wohlstand selbst zu erarbeiten.

**"Willkommens-Putsch" der Bundeskanzlerin**

Harte Verteilungskämpfe werden die Folge sein, bei denen die Einzelkinder der durch Überalterung pazifizierten Deutschen, von bereits anwesenden und neu hinzugekommenen Einwanderern und ihren höheren Geburtenraten unerbittlich majorisiert, zwangsläufig den kürzeren ziehen werden. Auch die sexuellen Übergriffe werden als Folge des importierten Männerüberschusses weiter zunehmen.
Eine Regierung, die die ethnisch-kulturelle Struktur des Staatsvolkes durch ihre Entscheidungen verändert, ohne dieses zu fragen, verstößt gegen das Prinzip der Volkssouveränität, schrieb zu Jahresbeginn der Staatsrechtler Dietrich Murswiek. Ein "Willkommens-Putsch", sozusagen. Verwunderlich ist nicht, daß Bürger sich dagegen mit dem Stimmzettel zu wehren beginnen, sondern daß dies immer noch so wenige tun.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 22. September 2016 (x892/…): >>**Deutschlandfunk: Ein Beispiel für Systemmedien**

Der Deutschlandfunk hat einen Beitrag von Christiane Florin gesendet, der die ganze Verlogenheit, den linken Subjektivismus und die gezielte Bosheit der Systemmedien deutlich macht, Medien im Übrigen, die von uns allen durch Zwangsbeiträge finanziert werden. Es handelt sich um einen Beitrag über die diesjährigen Priesterweihen in Zaitzkofen. Dafür reiste diese linke Dame extra für zwei Tage ins Priesterseminar. Ihr wurden bereitwillig Interviews mit Priestern und Seminaristen gewährt, in der Hoffnung auf einen zumindest halbwegs objektiven Bericht. Doch die Reise hätte sich die Frau sparen können: Der Beitrag stand sicher bereits vorher fest.
Aus den Interviews mit dem Regens des Priesterseminars, das 40 Minuten dauert, werden drei Sätze aus dem Zusammenhang gerissen zitiert, die zusammen weniger als eine Minute ausmachen. Das Gleiche gilt für die Interviews mit dem deutschen Distriktoberen der FSSPX, Pater Firmin Udressy und mit den Seminaristen.
Das Ziel und die Absicht des ganzen Berichts steht von vornherein fest und ist leicht zu durchschauen: Es soll verhindert werden, daß die Piusbruderschaft wieder voll in die Kirche aufgenommen wird, daß die FSSPX als katholische Priestergemeinschaft von der Kirche anerkannt wird, ein Wunsch, den offenbar auch Papst Franziskus geäußert hat. In dieser Absicht ist sich übrigens Frau Florin mit Bischof Williamson und seinen Anhängern einig, den sie sonst mehrfach benutzt, um die Priesterbruderschaft zu diskreditieren.
Der ganze Beitrag beruht auf Unterstellungen und Verdrehungen, wie man sie aus den Systemmedien seit langem kennt und gegen die man sich nicht wehren kann. So heißt es:
Wäre die katholische Kirche die Bundesrepublik und das Zweite Vatikanische Konzil die freiheitlich-demokratische Grundordnung, so müßte man wohl sagen: Die Piusbruderschaft steht nicht auf deren Boden, sondern weit rechts davon. Nicht wegen der alten Messe, sondern wegen der alten Ansichten: Nur der eigene Glaube gilt ihnen als Weg zum Heil, die autoritäre Kirche des 19. Jahrhunderts als Maß aller Dinge. Alles katholisch, alles hierarchisch, alles wie in Zaitzkofen - dann wäre alles in Ordnung.
Die klare Absicht solcher Sätze: Die Piusbruderschaft ist verfassungsfeindlich - wir, die Guten aus der linken Szene, sind hingegen nicht verfassungsfeindlich. Hätte Adenauer die Meinungen dieser Dame und ihrer GesinnungsgenossInnen gekannt, er wäre sicher der Auffassung gewesen, daß solche linken Ideen mit der Verfassung nicht in Einklang zu bringen sind.
Der ganze Beitrag zeigt zudem eine vollkommene Ahnungslosigkeit über das Wesen und die

Lehre der Kirche, selbst die Lehren des II. Vatikanischen Konzils, die von "unserer" linken Journalistin gegen die Piusbruderschaft ins Feld geführt werden. Sie versteht die Kirche wie eine politische Partei, die sich ein Programm gibt und dieses Programm auch jederzeit ändern kann. Der Beitrag beweist wieder einmal, daß die meisten Journalisten der Systemmedien nicht nur über eine Halbbildung verfügen, sondern noch weiter darunter anzusiedeln sind.
Da sie den Interviewpartnern keine Aussagen entlocken konnte, die in irgendeiner Weise dem entsprachen, was die von Zwangsabgaben deutscher Bürger lebende Dame gerne gehört hätte, muß sie die Aussagen, die sie bekommen hatte, so verdrehen und zusammenstellen, daß selbst Sätze einer jungen Mutter wie:
"Bei uns in der Schweiz geht es nur noch um den Menschen. Hier ist wirklich noch der Herrgott das Zentrum. Das ist einfach das, was bei uns fehlt. Bei der Priesterbruderschaft wird das gelebt, worauf es ankommt. Es geht nicht immer um den Menschen, es muß um den Herrgott gehen" zu Zeichen einer radikalen Ideologie verdreht werden.
Unsere Empfehlung, nicht nur an den Medienberater der FSSPX, der im Beitrag auch sein Fett wegbekommt, sondern an alle Konservativen und besonders an Katholiken: Keine Interviews oder irgendwelche anderen Beteiligungen an Talkshows etc. Vollständige Abstinenz. Wer meint, er könne dabei irgend etwas gewinnen, der täuscht sich.
Wir leben nicht in einer echten Demokratie, wo verschiedene Auffassungen und Meinungen frei und offen diskutiert werden können, sondern wir leben in einer "gelenkten Demokratie", in der die herrschende Klasse im Einklang mit den gleichgeschalteten Medien gegen jede Meinung vorgehen, die nicht linksliberal (oder weiter links) ist. Was diese Systemmedien Putin in Rußland vorwerfen, das ist es, was sie selbst praktizieren. …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 6. Oktober 2016: >>**Abgehobener Größenwahn**
Angela, die Unfehlbare, rettet die Welt. Das "Wohl des deutschen Volkes", auf das sie irgendwann mal einen Amtseid geschworen hat, bläst die Menschheitskanzlerin zur globalen Rettungsmission auf. Für das Wohl Afrikas ist sie schon auch zuständig, mindestens. Die "Konzentration auf Deutschland" ist doch langweilig, Angela Merkel macht lieber Politik für den Rest der Welt.
Den professionellen Gesundbetern und Schönrednern, die gehofft haben mochten, nach den jüngsten Wahlklatschen sei die Partei- und Regierungschefin endlich zu einer gesichtswahrend verpackten Kurskorrektur bereit, hat Angela Merkel mit ihrem jüngsten *Zeit*-Interview krachend vors Schienbein getreten. Das Schweigen der CSU, die vor zwei Wochen noch voll des Lobes für Merkels vermeintliches "Schuldeingeständnis" war, spricht Bände.
Fehler? Macht eine Angela Merkel doch nicht, machen nur die anderen. Die bösen Osteuropäer, die angesichts der nicht enden wollenden Flut von Asylsuchenden ihre Grenzen geschlossen und die Balkanroute dichtgemacht haben. Oder "das ganze System der europäischen Flüchtlings- und Migrationspolitik", weil man nicht schon längst die Verteilung der zumeist illegal hereinströmenden Einwanderer-Millionen nach Quoten beschlossen hat.
**Blühende Landschaften für Afrika**
Als Zeugnis abgehobenen Größenwahns könnte dieses Merkel-Interview in die Geschichtsbücher eingehen: "Wenn ich als deutsche Bundeskanzlerin dafür sorgen will, daß es uns Deutschen gut geht, daß die Europäische Union zusammenhält, muß ich mich auch darum kümmern, daß es in Europas Nachbarschaft so zugeht, daß Menschen dort Heimat auch als Heimat empfinden können. Konkret heißt das in unserer Zeit, daß wir uns in neuer Weise mit Afrika befassen müssen."
An diesem Satzgeholper stimmt so gut wie gar nichts. Sollen die Ressourcen des alternden Deutschlands noch weiter ausgepreßt und an die sich potenzierenden Bevölkerungsüberschüsse Afrikas verteilt werden, um deren Auswandern zu verhindern? Selbst das wäre nicht einmal

ein Tropfen auf den heißen Stein.

**Eine Rückkehr zur Vernunft wird es mit Merkel nicht geben**

Und die EU wird gewiß nicht dadurch "zusammengehalten", daß die Kanzlerin die Anrainerstaaten der Balkanroute arrogant beschulmeistert, weil diese die Notbremse gezogen haben. Auch nicht dadurch, daß sie ihr faules Abkommen mit der Türkei als unfehlbare Wunderwaffe anpreist, obwohl die Spatzen von den Dächern pfeifen, daß der Kuhhandel nicht funktioniert und die Kontrolle über die Einwandererströme nach Europa einem skrupellosen Diktator überantwortet wurden.

Eine Rückkehr zur Vernunft wird es mit dieser Kanzlerin, die dem "Willkommensputsch" die Selbstermächtigung zur Retterin der Menschheit folgen läßt, die mal eben selbstherrlich ihren Amtseid auf das Wohl Afrikas überträgt, während im eigenen Land die Ordnung zerfällt, und die "deutsche Interessen" bis zur Unkenntlichkeit globalisiert, nicht mehr geben - das zumindest wäre jetzt eindeutig klargestellt. Nicht nur die EU-Partner, auch die deutschen Wähler werden daraus ihre Konsequenzen ziehen müssen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. November 2016 (x887/...): >>**Kniefall gen Mekka**

Martin Luther wäre entsetzt - Schwach und liebedienerisch begegnet die evangelische Amtskirche dem Islam

Das große Jubiläum steht an. 500 Jahre Reformation gilt es zu feiern. Feiern? Tatsächlich scheint sich hier eher eine Glaubensrichtung mit großem Aufwand von sich selbst zu verabschieden. Exemplarisch dafür steht der Umgang mit der wohl größten Herausforderung des europäischen Christentums seit Langem: Einem übergriffigen, expansiven Islam auf dem Vormarsch.

Die Schlüssel seines Wagens gibt Roland Weißelberg (73) vorher an der Rezeption des Augustinerklosters in Erfurt ab. Seine Frau kann sie dort leichter finden, wird er wohl gedacht haben. Der aus dem ostpreußischen Königsberg stammende Pfarrer im Ruhestand wird den Wagen selbst nicht mehr brauchen. Niemals mehr.

Während aus der Kirche des Klosters die Bachkantaten eines Gottesdienstes zu ihm herausklingen, steigt Weißelberg in eine Baugrube hinab. Er übergießt sich mit Benzin und zündet sich kurz vor 11 Uhr am Reformationstag des Jahres 2006 selber an. Andere Menschen, die sich nicht in der Kirche aufhalten, sehen den brennenden Weißelberg. Sie können die Flammen löschen. Schwerverletzt kommt er in eine Spezialklinik. 60 Prozent seiner Haut sind verbrannt. Einen Tag nach der tragischen Tat stirbt ein Mensch, den Angehörige und Freunde als humorvoll, engagiert, klug und mutig beschreiben.

Seiner Frau hat Weißelberg einen erklärenden Abschiedsbrief hinterlassen. Es ist die tiefe Sorge vor dem Islam, die ihn zu seiner Tat veranlaßt hat. Die Christen müßten sich viel stärker von ihm abgrenzen, sonst würden sie überrollt werden, schreibt Weißelberg, der sich intensiv mit dem moslemischen Glauben auseinandergesetzt hatte.

"Das Fanal, das keiner versteht", überschrieb der "Spiegel" damals ratlos einen Artikel über die Selbstverbrennung. Dagegen scheint es ziemlich genau zehn Jahre später, als habe der Pfarrer mit bestürzend klarer Voraussicht gehandelt.

Dabei begegnete die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) dem Islam noch im Jahre von Weißelbergs Tod mit großer Distanz. "Klarheit und gute Nachbarschaft" hieß 2006 ein offizieller Text, in dem trotz des versöhnlichen Titels scharfe Kritik an zentralen muslimischen Vorstellungen geübt wurde. Respekt vor Andersdenkenden und die Achtung der Menschenrechte wurden da eingefordert. Der Islam müsse zeigen, daß der Gewaltverzicht zu seinem Selbstverständnis gehöre. Unmißverständlich ist auch die Ansage, daß Christentum und Islam in klarer Konkurrenz zueinander stünden. Jedem Anschein einer Religionsvermischung müsse entgegengetreten werden.

Wer würde heute solche Aussagen aus dem Mund des 2014 zum EKD-Ratsvorsitzenden gekürten Bischofs Heinrich Bedford-Strohm erwarten? Eine schleichende Islamisierung scheint in allen Lebensbereichen des Landes voranzuschreiten, und die Kirchen verlieren kaum ein Wort darüber. Manchmal ist ihr Schweigen so lautstark, daß man sich die Ohren zuhalten möchte. Wenn der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick bekundet, daß für ihn, den Katholiken, ein muslimischer Bundespräsident denkbar sei, wird diese Ungeheuerlichkeit von protestantischer Seite mit einvernehmlichem Schweigen kommentiert.
Gemeinsam biedert man sich den Anhängern des fremden Gottes bei jeder Gelegenheit an. Während einer Pilgerreise ins Heilige Land entledigten sich Bedford-Strohm und Reinhard Marx - als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz oberster Repräsentant der katholischen Kirche in Deutschland - gemeinsam ihrer Amtskreuze beim Besuch des Felsendoms in Jerusalem. Das christliche Symbol wäre als Provokation empfunden worden. Man habe sie auch von israelischer Seite dazu aufgefordert, behauptete Bedford-Strohm, nachdem die unheilvolle Geste in Deutschland für Entsetzen gesorgt hatte.
Ein israelischer Militärsprecher widersprach empört: Niemand habe die Bischöfe darum gebeten. Im Gegenteil: "Es war vollkommen falsch, vor den radikal-muslimischen Forderungen einzuknicken."
Einknicken, wegducken, anpassen, nachgeben: Die übergriffige Religion aus dem Orient, "Gottes Rute und Peitsche", so Martin Luther, findet gerade im Protestantismus nur schwache Konkurrenz im Kampf um die Vorherrschaft des rechten Glaubens. So vieles wird kampflos hingenommen: die Drangsalierung von Christen in den islamisch dominierten Asylsucherheimen ebenso wie die rasant steigende Anzahl an Kirchenschändungen durch Muslime in Deutschland. In manchen Orten terrorisieren orientalische Jugendgangs ganze Kirchengemeinden.
Mit geradezu hysterischem Eifer wird dagegen der Stifter der eigenen Glaubensrichtung demontiert. Zum 500. Reformationsjubiläum wird dem großen Martin Luther alles angekreidet, was nicht ins zeitgeistige Weltbild paßt. Die Jubelfeier wird zum Tribunal. Der "erste Wutbürger" (der "Spiegel" über Luther) kannte ungeheuerlicherweise die Sprachvorschriften und Denkzwänge der Gutmenschen von heute nicht. Luthers wortstarke Predigten gegen den islamischen Feind, dessen osmanische Heerscharen damals Europa bedrängten, stünden der Begegnung und dem Dialog im Weg, heißt es von seiten der EKD.
Das Verhältnis zwischen evangelischer Kirche und Islam müsse neu bestimmt werden. Ein Vorschlag: Zum Beten wenden sich fortan an auch die Kirchenoberen gen Mekka. Vielleicht können sie dort sogar ein glühendes, tiefes Bekenntnis zum eigenen Glauben entdecken, das ihnen selbst längst abhanden gekommen zu sein scheint.
In Erfurt, der Stadt, in der sich Pfarrer Weißelberg verbrannte, ist unterdessen der Bau einer Moschee inklusive Minarett geplant. Ein Bürgerbegehren gegen das Bauvorhaben wurde jüngst von der Stadtverwaltung abgelehnt.<<
Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 8. Dezember 2016: >>**Ein Aufsatz Am Abgrund**
Das neue Heft der Zeitschrift "Tumult" versammelt Äußerungen des kürzlich verstorbenen Historikers Rolf-Peter Sieferle über den Zustrom an Flüchtlingen nach Deutschland. Der Autor warnt vor einer Katastrophe.
Von Gustav Seibt
*Anmerkung der Redaktion: Die Einschätzung unseres Autors Gustav Seibt hat sich durch die Publikation von Nachlaßwerken Rolf Peter Sieferles im Frühjahr 2017 stark verändert.*
Im Winterheft 2015 brachte der *Tumult*, die "Vierteljahresschrift für Konsensstörung" innerhalb einer Serie kritischer Abrechnungen mit der deutschen Willkommenskultur eine kühl durchdachte Abhandlung des Zivilisationshistorikers Rolf-Peter Sieferle, die auf die struktu-

relle Unvereinbarkeit von offenen Grenzen und dem in der neuzeitlichen Industriegesellschaft - und nur hier - entwickelten Sozialstaat hinwies.
Sieferle beschrieb ein Dilemma der Globalisierung, das bis heute ungelöst ist: Die Wirtschaft, die den Sozialstaat finanziert, ist mittlerweile weitgehend auf weltweiten Warentausch und offene Märkte angewiesen; zugleich kann ein Sozialstaat (und der ihn voraussetzende Steuerstaat) bisher nur in nationalen Einheiten funktionieren. Dieses Strukturproblem wird inzwischen auch bei linken Vordenkern mit Überlegungen zu einem wieder stärker nationalen Kapitalismus beantwortet, so bei Sahra Wagenknecht oder dem Soziologen Wolfgang Streeck.

**Seine letzten Äußerungen waren die eines Verzweifelten**

Sieferle starb am 17. September 2016. Nun erfährt man aus dem neuen Heft des *Tumult*, das in dieser Woche erscheint, daß es sich um einen selbst gewählten Tod handelte. Die Zeitschrift bringt eine Auswahl von Äußerungen aus den letzten Lebensmonaten Sieferles, überwiegend aus E-Mails zusammengestellt, die einen Verzweifelten zeigen.
Verzweifelt war er offenbar auch, weil er die Ereignisse des letzten Jahres mit dem Zustrom von - nach heutigem Stand der Statistik - etwa 800.000 Flüchtlingen nach Deutschland auf "Millionen Analphabeten" hochrechnete, die demnächst in die westlichen Industrieländer kommen und das heikle Gleichgewicht in einer arbeitsteiligen, auf historisch einzigartigem Vertrauen und hohem Ausbildungsgrad beruhenden Gesellschaftsform in Gefahr bringen würden.
Viele der teils zugespitzten Äußerungen lesen sich wie eine Zusammenfassung der Merkel-Kritik mit der Unterstellung, die zeitweise Öffnung der Grenzen sei moralisch ("gesinnungsethisch") oder machttaktisch (als Zugeständnis an eine schwarz-grüne Option) oder aber neoliberal (um eine Arbeitsmarktreserve aufzubauen) motiviert gewesen - so recht entscheiden mag sich Sieferle da nicht. Jedenfalls sah er einen "Abgrund" drohen, mit Folgelasten, die von einer finanziellen Armutskrise bis zum Untergang des Rechtsstaats und zu ethnischen Konflikten reichen könnten.
Wie durchdacht diese Ängste waren, wird man allerdings erst erfahren, wenn ein Werk mit dem Arbeitstitel "Die Struktur des Migrationsproblems" erscheint, an dem Sieferle zuletzt arbeitete und dessen Publikation der *Tumult* ankündigt. Sollte es sich auf dem Niveau der bisherigen Schriften Sieferles bewegen, darf man sich auf ein kühle, begrifflich leuchtende, welthistorisch vergleichende Darlegung freuen.
Von möglichen neuen Argumenten ist in der jetzt publizierten Auswahl privater Äußerungen vor allem eines zu erkennen: Sieferle bestreitet energisch einen Sachzusammenhang zwischen dem Einwanderungsdruck und dem Schrumpfen der Bevölkerung in den alten Industrieländern. Dieses begrüßt er sogar als rationale Antwort auf eine Wirtschaftsweise, die massenhafte ungelernte Arbeit kaum noch braucht, die also beim Nachwuchs von Quantität auf Qualität umstellen kann.
Dazu kommen Fluchtlinien auf eine ökologische Geschichte der Demographie und eines globalen Energiegleichgewichts, die eine Reduktion der künftigen Weltbevölkerung auf drei Milliarden wünschenswert erscheinen lassen. Damit kehrt Sieferle zum Ausgangspunkt seines universalhistorischen Lebenswerks zurück, zur Entdeckung des "Naturhaushalts" in der ökonomischen Theorie seit dem 18. Jahrhundert. Die explosionsartige Steigerung von Umsatz und Verbrauch seit mehr als 200 Jahren beruhte auf der Ausbeutung nichtregenerativer fossiler Energien.
Wenn die Menschheit weiterleben will, muß sie zu einem neuen Normalzustand zurückfinden - das wurde zum beherrschenden Lebensmotiv Sieferles. Der Eindruck, den die letzten Notate erwecken können, es sei ihm vor allem um Deutschland oder die westliche Industriegesellschaft gegangen, dürfte einseitig sein. Die treuen Leser dieses großen Autors warten nun auf sein letztes Werk.<<

Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtete am 22. März 2017: >>**Gott will Blut sehen**
Gewalt gehört zum Islam, sie ist im Koran angelegt und wurde von Mohammed vorgelebt. Das sagt der Islamwissenschafter Hamed Abdel-Samad im Gespräch mit NZZ-Chefredakteur Eric Gujer.
Hamed Abdel-Samad wendet sich entschieden gegen die Entschuldigung, islamistische Gewalt habe nichts mit dem Islam zu tun, sondern sie bedeute einen Mißbrauch der Religion. Im Gespräch mit NZZ-Chefredakteur Eric Gujer und der politischen Philosophin Katja Gentinetta sagt er:
"Es ist kein Mißbrauch der Religion, sondern ein Gebrauch. Denn die Religion schreit förmlich danach, gebraucht zu werden für Gewalt, weil es ein Bestandteil der Religion ist." "25 Tötungsbefehle gibt es im Koran, direkte Tötungsbefehle, wo Gott den Tod sehen will. Gott will Blut sehen." Und: "Mohammed war ein Krieger, lebte von Kriegsbeute."

**Islam und Islamkritik**

Auftrag aus dem Koran

Der Koran ist für Gläubige ein Auftrag, eine Handlungsanleitung, die Gewaltanwendung ausdrücklich vorsieht:
"Das Buch hat eine ungeheure Macht. Der Koran wird von der Mehrheit der Muslime als die letzte direkte Botschaft Gottes für den Menschen betrachtet, mit einem politischen Auftrag, mit einem juristischen Manifest, mit einer Verfassung, wie die Menschen leben sollten. Wenn Gott zum letzten Mal spricht, dann hat das eine Macht. Viele Muslime, vor allem Islamisten, legen das so aus, daß sie diesen politischen Auftrag Gottes notfalls auch mit Gewalt in die Welt tragen müssen."

Hamed Abdel-Samad

Geboren 1972 in Kairo, war Hamed Abdel-Samad in Ägypten Mitglied der radikalislamischen Muslimbruderschaft. Mit der Auswanderung nach Deutschland kam der Sinneswandel. Heute gehört Abdel-Samad zu den resolutesten Kritikern des Islamismus wie des Islams.
Abdel Samad fügt an:
"(Den) Auftrag, Gottes Wort in die Tat umzusetzen – das haben nicht moderne Islamisten erfunden. Das steht im Koran, das hat Mohammed so vorgelebt, das haben seine Nachfolger so gelebt."

Freiluftgefängnisse

Wenn der Auftrag Gottes gemäß dem Koran vollzogen wird, führt das zu Unfreiheit in muslimischen Ländern.
"Die Religion insgesamt und ganz besonders der Islam neigt dazu, sich einzumischen in die privaten Angelegenheiten des Menschen. Wenn man diese Einmischung nicht unterbricht, dann kann aus diesem System ein Unterdrückungssystem entstehen." "Überall in der islamischen Welt, wo der Islam die Hauptrolle in der Gesetzgebung spielt, haben wir Freiluftgefängnisse."

Verdammung der Ungläubigen

Die Unterdrückung von Nichtmuslimen ist im Koran angelegt:
"Die Aufteilung der Welt in Gläubige und Ungläubige, die Verdammung von Ungläubigen, das ist im Koran, das ist die islamische Geschichte seit dem Beginn."
"Der Islam geht davon aus, daß die Muslime eine erhobene Gruppe sind, die über der Menschheit steht. Es steht so im Koran. Es steht: Ihr seid die beste Gemeinschaft, die für die Menschheit je hervorgebracht wurde."
"Wir müssen ja den Westen besiegen, damit wir den Auftrag Gottes erfüllen."
Die Folgen für das Zusammenleben:
"Hier beginnt das Faschistoide: daß man diese Ungläubigen verflucht, dämonisiert und ihre Existenzberechtigung in Frage stellt."

"Wenn Ungläubige als schmutzig oder als Schweine oder Affen gelten, wie es im Koran steht, dann fällt es einem Gläubigen schwer, mit diesen Ungläubigen einen normalen Umgang zu haben."

Geburtsfehler des Islams

"Der Islamismus ist nur eine konsequente Umsetzung dessen, was im Koran steht. Die Haltung gegenüber Ungläubigen, die Haltung gegenüber Gewalt – das ist eine Umsetzung des politischen Auftrags des Islams. Der Islam ist mit diesem politischen Auftrag geboren. Es gibt einen Geburtsfehler des Islams, nämlich die Vermischung von Glaube, Politik, Wirtschaft und Gesetzgebung, und zwar seit der ersten Stunde."

Reformer haben Angst

Eine islamische Reform ist laut Abdel-Samad nicht in Sicht:

"Reform würde bedeuten, daß wir uns öffnen sollten, dem Westen gegenüber, vom Westen lernen sollten. Aber das würde aus islamistischer Sicht Selbstaufgabe bedeuten. Wir müssen ja den Westen besiegen, damit wir den Auftrag Gottes erfüllen. Und wenn wir das nicht tun, durch Frieden oder durch gute Zusammenarbeit, dann geht der Plan Gottes nicht auf."

"Die Konsequenz muß sein, die Gewaltpassagen im Koran für ungültig zu erklären, zu sagen, sie spielen heute keine Rolle mehr für unsere Welt. …<<

## Vom souveränen Kaiserreich zum abhängigen Vasallenstaat

Hinter den großen Höhen folgt auch der tiefe, der donnernde Fall.
*Friedrich von Schiller (1759-1805, deutscher Dichter)*

**Das Deutsche Reich von 1871-1918**

Gründung des Deutschen Reiches

Am 18. Januar 1871 erfolgte die Gründung des Deutschen Reiches. Durch die Vereinigung fast aller deutschen Volksstämme verwirklichte Bismarck einen jahrhundertealten deutschen Traum, den sich die anderen großen europäischen Völker längst erfüllt hatten.

Das Deutsche Reich wurde als Bundesstaat ("ewiger Bund") mit 25 Ländern (22 Fürstentümer und 3 Freie Städte) gegründet und war mit 40,8 Millionen Einwohnern und rd. 541.000 qkm, nach Rußland und Österreich-Ungarn, der drittgrößte Staat Europas.

Das Deutsche Reich war eine konstitutionelle Monarchie. Der Kaiser ernannte und entließ den Reichskanzler.

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die Gründung des Deutschen Reiches (x057/157-158): >>Das bedeutendste Ereignis der Krieges (1870/71) war die Gründung des deutschen Kaiserreiches. Sei dem Siege von Sedan verhandelte Bismarck mit den süddeutschen Staaten, und schon am 18. Januar 1871 wurde in Versailles König Wilhelm I. zum erblichen Deutschen Kaiser ausgerufen.

Nach der Reichsverfassung, die aus der Verfassung des Norddeutschen Bundes hervorging, war das Deutsche Reich ein Bundesstaat, der auf Grund freiwilliger Zustimmung der Fürsten und freien Städte 22 monarchische Staaten, 3 freie Städte und das Reichsland Elsaß-Lothringen umfaßte.

Die ausführende Gewalt hatte der König von Preußen als Deutscher Kaiser. Er vertrat das Reich nach außen, berief den Bundesrat und Reichstag und ernannte den Reichskanzler, der dem Kaiser verantwortlich war für die Reichsämter, die von Staatssekretären geleitet wurden (Konstitutionelle Monarchie).

Die gesetzgebende Gewalt wurde durch den Bundesrat und den Reichstag ausgeübt. Die höchste Staatsgewalt hatte der Bundesrat, die Vertretung der verbündeten Regierungen, mit einer Stimmenzahl (58), die sich nach der Bevölkerungsziffer richtete. Daneben stand als Volksvertretung der Reichstag, hervorgegangen aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen aller Männer über 25 Jahre. Der Reichstag umfaßte auch die Vertreter des ganzen Zollvereins und schuf die Zollgrenze.

Den Bundesstaaten war in Kulturfragen große Selbständigkeit gelassen worden; Bayern und Württemberg erhielten Sonderrechte für ihr Heer bzw. ihre Post und für die Besteuerung von Branntwein und Bier. Das Übergewicht im Bundesrat hatte Preußen; sein König war Deutscher Kaiser und sein Ministerpräsident Reichskanzler und Vorsitzender im Bundesrat.

... Die Farben des Deutschen Reiches, Schwarz – weiß – rot, wurden vom Norddeutschen Bund übernommen aus dem preußischen Schwarz-Weiß und dem hanseatischen Weiß-Rot.

Das Deutsche Reich war geeint und damit der langersehnte Wunsch des deutschen Volkes durch Bismarck erfüllt worden. Für Europa bedeutete die deutsche Einigung eine völlige Umwälzung der Machtverhältnisse. Deutschland, seit dem Dreißigjährigen Krieg der Spielball der europäischen Großmächte, war durch die Reichsgründung zu europäischer Machtstellung emporgerückt. Mit der Reicheinheit wuchsen naturgemäß die Aufgaben des neuen Staates. Innere und äußere Gefahren galt es zu beseitigen und das Reich auszubauen zu einem starken Hort der Wohlfahrt und des Friedens.<<

Der deutsche Historiker Hellmuth G. Dahms schrieb später über die Gründung des Deutschen Reiches von 1871 (x090/226): >>Die deutsche Nation wertete das Jahr 1871 als einen Höhe-

punkt ihrer Geschichte. Sie bejahte das von Bismarck geschaffene Kaiserreich, obwohl es ein kleindeutscher Nationalstaat war und die Verfassungsideale der Paulskirche nur teilweise verwirklichte. Auch jenseits der Grenzen, in Österreich und Siebenbürgen, bei den Rußland-Deutschen und emigrierten Achtundvierzigern fand dieser Staat lebhafte Zustimmung. ...
Das Reich war ein "ewiger Bund" von 22 Fürstentümern und drei Freien Städten. Alle diese Staaten hatten eigene Verfassungen und Parlamente, verfügten fast uneingeschränkt über direkte Steuern, Verwaltung, Rechtspflege und Kultus und deckten Fehlbeträge des Reiches durch Matrikularbeiträge (finanzielle Leistungen der einzelnen Mitgliedsstaaten). Im Bundesrat wirkten sie bei der Gesetzgebung mit, die grundsätzlich dem aus 397 Abgeordneten bestehenden Reichstag oblag.
Die Führung hatte naturgemäß Preußen inne, das 70 % des Reichsgebietes und 24,7 der 41,6 Millionen Einwohner umfaßte. Sein König war der Kaiser. Er besaß zwar kein Vetorecht gegenüber Beschlüssen des Reichstages, ernannte und entließ aber ohne parlamentarische Mitwirkung den Reichskanzler, der zugleich den Vorsitz im Bundesrat und fast immer auch das Amt des preußischen Ministerpräsidenten ausübte. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 22.03.2008) über das Deutsche Reich (x887/...): >>**Wann war das Dritte Reich?**
... Das Zweite Reich, das "Wilhelminische Deutschland", begann am 18. Januar 1871, als König Wilhelm I. von Preußen zum Deutschen Kaiser ausgerufen wurde.
Wann endete das Zweite Reich? Sicher nicht 1918, wie das die Nationalsozialisten sahen. Denn 1918 wie 1933/34 änderte sich jeweils nur die Regierungsform. 1938 entstand ein "Großdeutsches Reich", das beinahe den großdeutschen Vorstellungen des 19. Jahrhunderts entsprach. Aber auch wenn im "Anschluß-Gesetz" (RGBl Nr. 28 vom 18.3.1938) "Großdeutsches Volksreich" steht - völkerrechtlich blieb es wie 1918 das "Deutsche Reich". …
Anders als das Heilige Römische Reich Deutscher Nation wurde das Deutsche Reich nie durch irgendeinen Formalakt für beendet erklärt - nicht durch die Kapitulation, nicht durch die Besatzungsmächte, nicht durch Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, ja nicht einmal durch den "Zwei-Plus-Vier-Vertrag". So wurde die Bundesrepublik zwar Rechtsnachfolgerin des nie für tot erklärten Reiches - mit allen daraus erwachsenen Nachteilen. Friedensvertrag gibt es aber keinen. Und auch Österreich hat nur einen "Staatsvertrag" mit Einschränkungen der Souveränität, darunter das "Anschlußverbot".<<
Das Deutsche Reich von 1871 war ein souveräner Staat. Das Deutsche Reich von 1871 verfügte über die klassischen Merkmale eines Staates:
- Staatsgebiet (einen klar abgegrenzten oder definierten Landbesitz) - Das Staatsgebiet oder Hoheitsgebiet ist der Raum, der der territorialen Oberhoheit eines Staates unterliegt.
- Staatsvolk - Das Staatsvolk wird von den Bewohnern eines Staates gebildet, die in dem Staatsgebiet alle bürgerlichen und politischen Rechte besitzen.
- Staatsgewalt - Ausübung der Macht innerhalb eines Staates durch staatliche Regierungsorganisationen, wie z.B. Verwaltung, Polizei, Gerichte etc.
Das Deutsche Reich zählte damals völkerrechtlich zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten in politischen Kontakt zu treten.
Für Europa bedeutete die deutsche Einigung eine völlige Umwälzung der bisherigen Machtverhältnisse. Deutschland, seit dem Dreißigjährigen Krieg (1618-1648) kein ernstzunehmender Gegner der europäischen Großmächte, entwickelte sich nach der Reichsgründung sehr schnell zu einem wirtschaftlich und politisch bedeutenden europäischen Staat.

Wiedergewinnung der nationalen Souveränität im Jahre 1871 erfolgte zu spät
Nicht die angeblich angeborene Bösartigkeit und Kriegslüsternheit, sondern Trägheit und vor

allem die bleierne Langsamkeit wurden dem deutschen Michel schließlich zum Verhängnis, denn die Gründung des Deutschen Reiches und die Wiedergewinnung der nationalen Souveränität im Jahre 1871 erfolgten viel zu spät. Die damaligen Großmächte waren in jener Zeit nicht bereit, das Deutsche Reich als gleichberechtigten Staat zu akzeptieren.
Die gewaltsame Besetzung der ehemaligen deutschen Länder Elsaß und Lothringen erwies sich als besonders schwerer politischer Fehler, denn die französischen Nationalisten hielten den Revanche-Gedanken, daß Elsaß-Lothringen zurückgewonnen und die Deutschen gedemütigt werden müßten, ständig wach.
Die Gründung des Deutschen Reiches wurde von Großbritannien zunächst "großzügig" geduldet, da trotz des preußisch-österreichischen Bürgerkrieges (1866) und des französisch-preußischen Krieges (1870/71) das Gleichgewicht der europäischen Kräfte erhalten blieb. Durch das "neue" Deutsche Reich wurde Mitteleuropa sogar erheblich gestärkt, denn Rußland erhielt erstmalig wieder einen erstzunehmenden westeuropäischen Gegner.
Bismarcks Außenpolitik, die sich hauptsächlich auf Europa beschränkte, entsprach damals den britischen Vorstellungen. Erst als sich das Deutsche Reich allmählich zu einer führenden Industriemacht entwickelte und der deutsche Kaiser Wilhelm II. später versuchte, direkt in die Weltpolitik einzugreifen, veränderte sich das freundschaftliche deutsch-britische Verhältnis grundlegend.
Bereits Ende des 19. Jahrhunderts berichteten besonders die französischen und britischen Zeitungen unentwegt über die vermeintlich angeborene Bösartigkeit und Kriegslüsternheit der Preußen bzw. Deutschen. Obgleich die "kriegslüsternen" Preußen bzw. Deutschen in jener Epoche zu den friedliebendsten Ländern mit der geringsten Zahl von Angriffskriegen und den längsten Friedensjahren zählten (x063/389), wurden die Deutschen pauschal zu gemeingefährlichen Menschen (Barbaren, Hunnen etc.) erklärt und das deutsche Volk international stigmatisiert.
Der deutsche Michel war nie ein aggressiver Welteroberer, kolonialer Sklavenhalter und rücksichtsloser Ausbeuter, sondern die Deutschen arbeiteten selbst in ihrem Land oder handelten mit anderen Ländern. Der deutsche Michel zeichnete sich jeher durch große Ausdauer, Erfindungsgabe, Fleiß, Friedfertigkeit, Großzügigkeit, Gutmütigkeit, Pünktlichkeit, Toleranz, Treue, Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit, aber auch durch politische Leichtgläubigkeit, Naivität, Trägheit, Langsamkeit und fatalistisches Obrigkeitsdenken aus. Der Deutsche liebte vor allem geordnete Verhältnisse, scheute einschneidende Veränderungen und versuchte, aus jeder Lage das Beste zu machen. Er verhielt sich gegenüber seinen in- und ausländischen Nachbarn gewöhnlich friedfertig und wollte vor allem in Ruhe arbeiten und leben.
Das rasante Wirtschaftswachstum und die großartigen Exporterfolge des Deutschen Reiches entschieden schließlich das Schicksal der Deutschen, denn die damaligen Großmächte duldeten keinen weiteren Konkurrenten. Die "aufmüpfige" deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht sollte deshalb während eines Krieges entscheidend geschlagen werden, um den neuen lästigen Konkurrenten dauerhaft zu schwächen und auszuschalten.
Der Erste und der Zweite Weltkrieg waren nicht die Folge unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle. Diese Kriege entstanden nicht unbeabsichtigt, sondern sie wurden von den späteren Siegermächten bewußt im Rahmen einer neuen Weltordnung geplant und systematisch realisiert, um das Deutsche Reich zu beseitigen. Nur weil die damaligen Großmächte damals nicht bereit waren, das neugegründete Deutsche Reich als gleichberechtigten Staat zu akzeptieren, mußten infolge des Ersten Weltkrieges (1,8 Millionen Soldaten und 1,1 Millionen Zivilisten) und während des Zweiten Weltkrieges (5,9 Millionen Soldaten und 8,0 Millionen Zivilisten) schließlich **mindestens 16,8 Millionen Deutsche** sterben.
Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechts-

subjekt.
Infolge der Tatsache, daß die Anerkennung des Versailler Friedensvertrages gewaltsam und damit völkerrechtswidrig erpreßt wurde, waren sämtliche "Friedensbedingungen" (Gebietsabtretungen, Wiedergutmachungsleistungen etc.) unwirksam, so daß die Grenzen des Deutschen Reiches völkerrechtlich unverändert blieben.

**Die Weimarer Republik von 1918-1933**
Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918
Nach ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Heeresleitung unterzeichneten die deutschen Unterhändler am 11. November 1918, um 11.55 Uhr, ein Waffenstillstandsabkommen, daß wesentliche Vereinbarungen des nordamerikanischen "14 Punkte-Friedens" enthielt. Danach schwiegen an den europäischen Fronten die Waffen.
Der Abschluß des Waffenstillstandes war völkerrechtlich keine bedingungslose Kapitulation, sondern ein rechtsverbindlicher Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Ententemächten. Die deutschen Truppen waren zum Zeitpunkt der Friedensverhandlungen zwar schwer angeschlagen, aber bis zum Waffenstillstand konnten fast keine feindlichen Truppen in das Deutsche Reich eindringen. Nur einige Gebiete in Elsaß-Lothringen waren bereits von französischen Truppen besetzt.
Nach dem 11. November 1918 war das Deutsche Reich schließlich den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Die folgenden Waffenstillstandsbedingungen der Siegermächte waren ungewöhnlich brutal und gnadenlos. Auch die unmenschliche Hungerblockade blieb weiterhin in Kraft. Bei der von den alliieren Siegermächten durchgeführten "Hungerblockade" vom 11.11.1918 bis zum 12.07.1919 handelte es sich gemäß Haager Landkriegsordnung (HLKO) - "Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges" - vom 18.10.1907 um ein Kriegsverbrechen.
Die Deutschen mußten innerhalb von 15 Tagen alle besetzten Gebiete sowie Elsaß-Lothringen räumen und sämtliche Waffen abliefern (x041/78). Der Rückzug der riesigen deutschen Truppenverbände wurde termingerecht durchgeführt. Nach dieser erstaunlichen Leistung des deutschen Heeres befanden sich Ende November 1918 alle deutschen Truppen 50 km östlich des Rheins. Das Deutsche Reich mußte alle Kriegsgefangenen entlassen, während die deutschen Kriegsgefangenen zunächst nicht heimkehren durften.
Als die wahren Absichten der Siegermächte bekannt wurden, mußten die Deutschen bestürzt und verzweifelt zur Kenntnis nehmen, daß man sie arglistig getäuscht hatte, denn fast alle Vereinbarungen und verbindlichen Zusagen des Waffenstillstandsvertrages blieben später unberücksichtigt. Vor allem für die deutschen Siedler in Ost- und Mitteleuropa sollte sich diese völkerrechtswidrige "Friedenspolitik" schon bald verheerend auswirken.
Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes (1883-1946) schrieb später über den Abschluß des rechtsverbindlichen Waffenstillstandsvertrages (x063/514): >>Die Natur des Abkommens zwischen Deutschland und den Alliierten ist auf Grund des Austausches der Urkunden klar und eindeutig.
Die Friedensbedingungen (so war vereinbart) sollten die in den Ansprachen des Präsidenten genannten sein und die Aufgabe der Friedenskonferenz, "die Einzelheiten ihrer Anwendung zu besprechen".
Das Zustandekommen des Vertrages vollzog sich auf ungewöhnlich feierliche und rechtsverbindliche Art; eine der Bedingungen war die Zustimmung zu dem Waffenstillstandsabkommen, das so gehalten war, daß es Deutschland wehrlos machen würde.
Nachdem Deutschland sich im Vertrauen auf den Vertrag selber wehrlos gemacht hatte, wurde es zu einer besonderen Ehrenpflicht der Alliierten, ihren Teil des Vertrages zu erfüllen und etwaige Zweifelsfragen nicht auf Grund ihrer Machtstellung auszunützen.<<

Der Versailler "Friedensvertrag" vom 28. Juni 1919

Aufgrund der Drohung der Siegermächte, den Krieg erneut zu eröffnen und nach Deutschland einzumarschieren, unterzeichneten die deutschen Delegierten schließlich am 28. Juni 1919 den von den Siegern allein ausgehandelten und diktierten "Versailler Friedensvertrag".

Der gewaltsam erpreßte Versailler Friedensvertrag war eigentlich ein Racheakt der Siegermächte (Frankreich, Großbritannien und USA). Ohne die heimtückischen Maßnahmen und katastrophalen Folgen dieses vermeintlichen "Friedensvertrages" hätte es keinen Zweiten Weltkrieg und keinen Holocaust gegeben.

Die meisten Deutschen lehnten damals die Unterzeichnung des Vertrages entschieden ab, denn man verweigerte den Deutschen damals nicht nur das völkerrechtliche Selbstbestimmungsrecht, sondern das Land war außerdem fast schutzlos und sollte unfaßbare Reparationen zahlen. Die deutschen Vertragsunterzeichner der Weimarer Republik wurden später unentwegt als Volksverräter ("Novemberverbrecher") beschimpft und verunglimpft.

In einem "Spiegel-Interview" ("Der Spiegel" 5/1971 vom 25. Januar 1971) erklärte der damalige US-Gouverneur des US-Bundesstaates Alabama, George Wallace (1919-1998): >>... Amerika ist in gewisser Weise mitverantwortlich für den Zweiten Weltkrieg. Denn dieser Krieg hätte sich vermeiden lassen ... Der Vertrag von Versailles war ein Racheakt. Man hat den Deutschen diesen Vertrag aufgezwungen, was wirklich unfair war. Hätte es diesen Vertrag nicht gegeben, dann hätte es auch keinen Hitler gegeben ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über den "Versailler Vertrag" (x283/204): >>... Washington hat zwar den Krieg entschieden, sich dann aber aus der Verantwortung für den Frieden gestohlen. Der Kongreß hat den Vertrag von Versailles nicht unterzeichnet.

Immerhin unterblieben die von der französischen Generalität geforderte Aufteilung Deutschlands in seine Bundesstaaten, die Auslieferung der Generale als "Kriegsverbrecher" und die Deportation Kaiser Wilhelms nach Curacao, wo das Quartier für ihn bereitstand.

Das Reizwort "Versailles" war die zugkräftigste Wahl- und Kriegsparole Hitlers. Die unbezahlbaren Reparationen überforderten nicht nur die Wirtschaft, sondern, schlimmer noch, sie belasteten die Regierung und das Weimarer System überhaupt, das in den Augen seiner Gegner von rechts wie von links zum schändlichen Erfüllungsgehilfen Frankreichs wurde. So stand die Demokratie auf schwachen Füßen ... So ist die Weimarer Republik gekennzeichnet durch die doppelte Spannung einerseits zwischen Links- und Rechtsextremisten, die sich allerdings im Kampf gegen Versailles einig waren, und andererseits in der Ablehnung der parlamentarischen Demokratie durch die Aktivisten auf beiden Flügeln des politischen Spektrums und die kaisertreuen Konservativen. ...<<

Der Versailler Vertrag war ein völkerrechtswidriges Diktat gegen das Deutsche Reich und verstieß eindeutig gegen die Grundsätze des schon damals geltenden Völkerrechts. Das Deutsche Reich wurde nach der Ablehnung des Versailler Vertrages nachweislich durch Ultimaten (Gewaltanwendung: "Hungerblockade" vom 11.11.1918 bis zum 12.07.1919 und Gewaltandrohung: sofortige Besetzung des gesamten Deutschen Reiches) unter Druck gesetzt.

Der Versailler Friedensvertrag verstieß zweifelsfrei gegen die damals geltenden Grundsätze des Völkergewohnheitsrechts, denn ein durch Gewaltanwendung und Gewaltandrohung erzwungener Vertrag stellte einen derart eklatanten und schwerwiegenden Bruch des Völkerrechts dar, daß er von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden mußte.

Infolge der Tatsache, daß die Anerkennung des Versailler Friedensvertrages gewaltsam und damit völkerrechtswidrig erpreßt wurde, waren sämtliche "Friedensbedingungen" (Gebietsabtretungen, Wiedergutmachungsleistungen etc.) unwirksam. Die Grenzen des Deutschen Reiches blieben demnach völkerrechtlich unverändert.

Gründung der Weimarer Republik

Die Nationalversammlung verkündete nach 5monatiger Beratung am 11. August 1919 die Weimarer Verfassung. Die Weimarer Verfassung wurde danach von Reichspräsident Friedrich Ebert unterzeichnet.

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die Gründung der Weimarer Republik (x057/224-225): >>Die Nationalversammlung wählte Ebert zum Reichspräsidenten, bildete die Regierung der Weimarer Koalition mit Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum und schuf nach den Plänen von Hugo Preuß die Verfassung des Deutschen Reiches (11. August 1919). Sie beruhte auf dem Gedanken der Demokratie und machte Deutschland zu einer parlamentarischen Republik mit einem Reichspräsidenten als Staatsoberhaupt, der, vom Volk gewählt, das Reich nach außen vertrat.

Er hatte den Oberbefehl über die Wehrmacht, konnte den Reichstag auflösen, ferner einen Volksentscheid nach erfolgtem Volksbegehren herbeiführen und besaß nach Paragraph 48 das Recht, die Grundrechte und Grundpflichten teilweise aufzuheben, falls "die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird". Nach diesem Notverordnungsrecht durfte er ohne den Reichstag Gesetze erlassen.

Der Reichstag war die gesetzgebende Körperschaft, nach allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlen aller Männer und Frauen (von) über 20 Jahren gewählt. Die Reichsregierung bedurfte der Mehrheit des Parlaments (parlamentarische Regierungsform) und stand unter der Leitung des Reichskanzlers.

Der Reichsrat umfaßte die Vertreter der Länder mit eigenen Landtagen und Landesregierungen (Reichsrecht bricht Landrecht). So war das Deutsche Reich ein dezentralisierter Einheitsstaat mit den Reichsfarben schwarz-rot-gold (1848) und der Nationalhymne "Deutschland über alles" (Hoffmann von Fallersleben) und hielt die Mitte zwischen Bundesstaat und Einheitsstaat. Der in der Verfassung enthaltene Anschluß Österreichs (ebenfalls in der österreichischen Verfassung enthalten) mußte auf Grund des Versailler Vertrages wieder fallen gelassen werden. ...<<

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schrieb später über die Gründung der Weimarer Republik (x287/170-173): >>... Im Auftrag des deutschen Volkes verabschiedete die Weimarer Nationalversammlung im August 1919 eine neue Verfassung für das territorial verkleinerte Deutsche Reich, das laut Artikel 1 eine Republik war, in der die Staatsgewalt vom souveränen Volk ausging.

Der Wille des Volkes äußerte sich in der Wahl des Reichstags, wobei durch das Frauenwahlrecht eine staatsbürgerliche Gleichstellung von Männern und Frauen erfolgte. Die nunmehr als Länder bezeichneten Gliedstaaten des Reiches – das reichsunmittelbare Gebiet Elsaß-Lothringen war verlorengegangen – waren im Reichsrat vertreten, der aber als Vertretung der Länderregierungen nur ein beschränktes Mitwirkungsrecht bei der Reichsgesetzgebung besaß. Ein Zweikammersystem sah die Weimarer Verfassung eben nicht vor!

Dem direkt vom Volke gewählten Reichspräsidenten war eine fast monarchische Stellung eingeräumt worden, doch unterschied ihn von einem konstitutionellen Monarchen, daß er unter Anklage gestellt werden konnte. Wie allerdings die nationale Tradition mit der monarchischen noch verknüpft war, zeigte nicht nur die Rolle Hindenburgs als Ersatzkaiser, sondern auch die schwarz-weiß-rote Gesinnung Gustav Stresemanns, der als Reichskanzler und mehrfacher Außenminister der Republik nicht nur an den Idealen der schwarz-rot-goldenen Paulskirche orientiert war, sondern weiterhin Kaiser und König treu bleiben wollte und den Kronprinzen laufend über seine Politik unterrichtete.

Mit der Formulierung von Grundrechten knüpfte die Weimarer Verfassung ausdrücklich an die Frankfurter Verfassung der Paulskirche an. Gleichfalls wie 1849 waren 1919 die Reichsfarben schwarz-rot-gold; 1922 führte Reichspräsident Ebert das Deutschlandlied als offizielle

Nationalhymne ein.
Scheidemann, den Ebert zum Ministerpräsidenten eines Kabinetts der "Weimarer Koalition" ernannt hatte, trat bereits im Juni 1919 zurück, da er den Versailler Friedensvertrag nicht unterzeichnen wollte. Die Hypothek des Ersten Weltkrieges, von der Rechten mit der Dolchstoßlegende abgetan, lastete schwer auf der ersten deutschen Republik und konfrontierte sie mit schwierigen außenpolitischen Fragen.
So sah Artikel 61 der Weimarer Verfassung den Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich vor, den die provisorische Nationalversammlung Deutsch-Österreichs schon am 12. November 1918 verkündet hatte.
Die deutschsprachigen Bewohner des alten Österreichs hatten sich auch noch nach 1866 als Deutsche gefühlt. Wenn es nur nach dem Willen des Volkes gegangen wäre, wäre eine Entwicklung zu einem demokratisch-republikanischen Großdeutschland möglich gewesen. Denn nach dem politischen Zerfall des habsburgischen Vielvölkerstaates hätten die deutschen Österreicher Deutsche werden können.
Obwohl ... Wilson eine Grenzziehung nach klar erkennbaren Sprachgrenzen im Sinn des Selbstbestimmungsrechtes der Völker versprochen hatte, wurde weder auf die deutsche Volks- und Sprachzugehörigkeit der Südtiroler Rücksicht genommen noch auf die der Sudetendeutschen, die sich vielmehr als nationale Minderheit in einem Staate wiederfanden, in dem sich die Tschechen die Rechte eines Mehrheitsvolkes anmaßten.
... Am 6. September 1919 erklärte der Staatskanzler Renner in seinem Bericht über die Ergebnisse von St. Germain vor der Nationalversammlung in Wien: "Deutsch-Österreich wird niemals darauf verzichten, die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich als das Ziel seiner friedlichen Politik zu betrachten."
In der gleichen Sitzung legte die Konstituierende Nationalversammlung der Republik Deutsch-Österreich gegen die Einbeziehung der Deutschen Böhmens und Mährens, deren Siedlungsgebiet von Deutsch-Österreich als eigenes Bundesland reklamiert worden war, in die neue CSR Verwahrung ein. Die Siegermächte von Versailles setzten sich über die Inanspruchnahme des Selbstbestimmungsrechtes durch die Deutschen hinweg.
Dennoch blieben die dem Versailler Friedensvertrag entgegenstehenden Bestimmungen in Artikel 61 Abs. 2 der Weimarer Verfassung als Bekenntnis zum Ziele der nationalen Weiterentwicklung formell stehen, wurden also nicht aufgehoben, sondern ruhten nur, d.h. sie blieben infolge des Nichtigkeitsprotokolls vom 23. September 1919 unwirksam.
In der Zweiten Republik Österreich, dem Beispiel für das Wiedererstehen eines untergegangenen Staatswesens, hießen die Bewohner nach dem Zweiten Weltkrieg allerdings nicht mehr Deutsche, sondern Österreicher. Lediglich die deutschsprachigen Bewohner Südtirols, das politisch bis 1919 zu Österreich gehörte, bezeichnen sich heute noch als Deutsche, nicht als Österreicher. ...<<

Das Ende der Weimarer Republik

Als Reichspräsident Hindenburg den NSDAP-Führer Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte, leitete er gleichzeitig das Ende der deutschen Demokratie ein. Der Niedergang der Weimarer Republik, die das deutsche Volk sicherlich in eine glückliche und würdige Zukunft geführt hätte, entwickelte sich für die Deutschen zur nationalen Tragödie und endete schließlich mit der gigantischen internationalen Katastrophe des Zweiten Weltkrieges.
Nach ungemein schweren Jahren (1919-33), in denen 20 deutsche Regierungen aufgerieben wurden und scheiterten, wurde das Schicksal der "Weimarer Republik" am 30. Januar 1933 entschieden (x051/627). Die aufopferungsvolle, harte Arbeit der deutschen Politiker wurde nicht belohnt, denn gerade als man die große Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Reparationen

und die jahrelange Besetzung des Rheinlandes endlich überwunden hatte, zerstörte tragischerweise Hindenburgs verhängnisvolle Fehlentscheidung die gesamte Aufbauarbeit und Friedenspolitik der ersten deutschen Republik.
Aufgrund der rücksichtslosen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der Siegermächte besaß die Weimarer Republik nach dem Ende des Ersten Weltkrieges eigentlich nie eine realistische Überlebenschance. Der Untergang der Weimarer Republik wurde durch den aggressiven Rechts- und Linksradikalismus (NSDAP und KPD) beschleunigt, denn die radikalen Parteien nutzten in den Jahren 1919 bis 1933 alle politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten gewissenlos aus, um die erste deutsche Republik zu vernichten. Obwohl Hitlers Kriegspläne frühzeitig bekannt waren, wurde die rechtsradikale NSDAP nachweislich durch zahlreiche ausländische Förderer finanziell unterstützt.
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über den Untergang der Weimarer Republik (x063/573-574): >>Die Republik, die ... zu Grabe getragen wurde, nimmt in der Geschichte einen ehrenvollen Platz ein. Mag man ihr nachsagen (wenn das ein Vorwurf ist), sie sei zu demokratisch gewesen und habe zu kritiklos vertraut, daß das Trachten des Menschen von Anbeginn gut sei. Aber sie hat das Reich gerettet, nicht nur 1918; das vorbildliche Werk ihrer sozialen Gesetzgebung legte im Volke die Grundlagen, die noch beim zweiten Sturz 1945 der erneuten Versuchung des Kommunismus widerstanden.
Die Tragik des Geschehens ist um so sinnfälliger, als der Höhepunkt der Staatskrise fast überschritten war, als der Reichspräsident die Republik ihren Feinden auslieferte. Die Wirtschaft hatte das ärgste überstanden, die Arbeitslosigkeit nahm nicht mehr zu, und Verzweiflung und Abenteurertum begannen, einer ruhigeren Stimmung zu weichen. Die Reparationen waren praktisch beseitigt, das Rheinland geräumt, die Rückkehr der Saar gesichert, der Widerstand gegen einen engeren Zusammenschluß mit Österreich hatte seit der Wirtschaftskrise nachgelassen, über Eupen und Malmédy konnte man verhandeln, und selbst eine friedliche Revision der unvernünftigen Ostgrenzen schien nicht für immer aussichtslos; man hätte Polen statt des Korridors durch eine exterritoriale Straßen- und Bahnverbindung den freien Zugang zum Meer vermitteln können.
Die Ernte der Republik, der Stresemannschen Politik der Völkerversöhnung fiel Hitler in den Schoß, aber er wußte sie nicht zu nutzen. Was friedliche Verhandlungen zu bleibendem Erfolg geführt hätten, verdarb seine Methode der Gewalt. Nichts, was Hitler durch Macht erreichte, hat den Zusammenbruch seiner Macht überdauert.
Daß Versailles liquidiert würde, war nicht nur ein deutsches, sondern ein europäisches Anliegen. Daß es der Deutschen Republik versagt blieb, dieses Ziel zu erreichen, deutete eine Entwicklung an, die nunmehr von Versailles über den Untergang der deutschen Demokratie, zum Zweiten Weltkrieg führte. ...<<
Der deutsche Historiker Golo Mann (1909-1994) schrieb später über Hitlers Machtergreifung am 30. Januar 1933 (x058/343-344): >>... Hitler wußte, was er brauchte, um Teilmacht zur totalen zu machen; den Reichskanzlerposten, die Innenministerien im Reich und in Preußen; das hätte ihm etwas früher genügt, wie es ihm etwas später genügte. So wird man auch das Verhalten der Sozialdemokraten im Januar 1933, ihre Weigerung, sich mit Schleicher zu verbünden, kaum noch als entscheidend ansehen können. Die Linke war damals verbraucht, war besiegt seit dem preußischen Staatsstreich ... Der Streit über die Frage, ob Hitler durch wenige Intriganten an die Macht gebracht worden sei oder durch das Volk, ist darum eigentlich gegenstandslos ...
Die Deutschen waren seit den 1890er Jahren ein Volk von Arbeitern und Angestellten. Alles andere war zahlenmäßig Minderheit, insbesondere die sogenannten "besitzenden Klassen" ...
Indem die Sozialdemokraten den Weimarer Staat nicht gestalteten, gestaltete ihn überhaupt niemand. Er wurde von Leuten regiert, die ihn nie gewünscht hatten, die nicht an ihn glaubten

und auch, wenn sie wohl oder übel im Sattel saßen, nach anderen, vielleicht doch besseren Pferden hinüberschielten.
Man ist versucht zu sagen: das, was sich seit 1930 allmählich, dann, 1933, in wenigen Wochen auflöste, die "Republik", hat es überhaupt nicht gegeben. Merkwürdig ist nicht so sehr der Prozeß der Auflösung wie die Tatsache, daß so viele so lange nicht an ihn glauben konnten. ...<<
Die militärische, wirtschaftliche und politische Ausschaltung Deutschlands begann nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg im Jahre 1918 und wurde nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg im Jahre 1945 während der jahrzehntelangen Besatzungsherrschaft kompromißlos fortgesetzt. Deutschland zählt seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung).
Die Weimarer Verfassung war keine frei gewählte Verfassung des deutschen Volkes, denn Deutschland wurde damals bereits von Siegermächten des Ersten Weltkrieges dominiert.
Die Weimarer Republik von 1919 war kein souveräner Staat und verfügte nicht über die klassische Merkmale eines Staates (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt). Aufgrund der Versailler "Friedensbedingungen" (Gebietsabtretungen, hohe Wiedergutmachungsleistungen, Stationierung von Besatzungstruppen, Teilauflösung des deutschen Heeres etc.) zählte die Weimarer Republik von 1919-1933 völkerrechtlich nicht zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten in politischen Kontakt zu treten.

**Das "Dritte Reich" von 1933-1945**

NS-Diktatur

Bei der letzten "freien Reichstagswahl" am 5. März 1933 erhielt die NSDAP trotz großer Massenarbeitslosigkeit (fast 6,0 Millionen Arbeitslose und mehrere Millionen Kurzarbeiter) "nur" 43,9 % aller Wählerstimmen bzw. 288 Mandate, so daß Hitler nur mit Hilfe von radikalen Bundesgenossen "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" (DNVP = 8,0 %) die "einfache Mehrheit" von 51,9 % erreichte. Da spätestens seit dem 28. Februar 1933 diktatorische Machtverhältnisse herrschten (Einschränkung der Grundrechte, Ausnahmezustand, Parteienverbot, SA-Straßenterror etc.). zählte die Wahl vom 5. März 1933 bereits nicht mehr zu den demokratischen und freien Wahlen.

Der NS-Staatsstreich vom 23. März 1933

Am 23. März 1933 wurde das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das sog. "Ermächtigungsgesetz", vom Reichstag mit der notwendigen 2/3-Mehrheit (444:94) gegen die Stimmen der SPD beschlossen. Nach Bekanntgabe der namentlichen Schlußabstimmung gab es im Deutschen Reich endgültig keine Demokratie mehr.
Mit der gewaltsamen Durchsetzung (Verhaftung und Bedrohung von Reichstagsabgeordneten) des "Ermächtigungsgesetzes" am 23. März 1933 begingen die Nationalsozialisten verfassungsrechtlich eindeutig Hochverrat. Hitlers NS-Terroristen hielten das Deutsche Reich nach dem gewaltsamen Staatsstreich praktisch besetzt.
Durch die ungesetzliche Verabschiedung bzw. gewaltsame Durchsetzung des "Ermächtigungsgesetzes" vom 23. März 1933 wurde die deutsche Reichsregierung bzw. der Rechtsstaat völlig ausgeschaltet und das deutsche Volk verlor endgültig seine politische Freiheit. Die "deutsche Katastrophe" war danach nicht mehr aufzuhalten, denn nach Errichtung der NS-Diktatur bestimmten in Deutschland nur noch Hitler und seine "NSDAP-Abgeordneten" bzw. Gewalt und Terror.
Prof. Dr. Karl Jaspers (1883-1969, Philosoph, erhielt von 1937-45 Lehrverbot und ab 1943 Publikationsverbot durch das NS-Regime) schrieb später, daß am 23. März 1933 unter Hitlers

Führung erstmalig in der deutschen Geschichte ein Verbrecherstaat gebildet wurde, also ein Staat, der systematische Verbrechen mittels seiner Institutionen, seiner Träger und Untergeordneten verübte (x154/14).
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-84) berichtete später über den NS-Staatsstreich (x063/578-579): >>Schon nach wenigen Tagen wurde aus der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler eine "Nationale Revolution" konstruiert. Man wollte eine Massenpsychose schaffen, um kraft revolutionären Rechts die eben beschworene Verfassung totalitär zu verändern. Die Mittel der Propaganda, der Presse und des Rundfunks waren bereits in nationalsozialistischer Hand.
Der Reichstagsbrand vom 27. Februar, von ihnen selbst in Szene gesetzt, gab dann den Vorwand zum Verbot nicht nur der kommunistischen, sondern schließlich jeder Opposition. Der Terror wurde, um eine paradoxe Ausdrucksweise zu gebrauchen, zum Verfassungsgrundsatz erhoben. Daß dies nötig war, liefert zugleich für die Geschichte den Beweis, daß das Regime, das sich in frevelhafter Anmaßung mit Deutschland gleichzusetzen wagte, niemals auf dem Willen des Volkes ruhte.
Man sagt oft, die Reichstagwahlen vom 5. März 1933 seien die letzten freien Wahlen gewesen. Aber auch sie fanden schon unter ungemeinem Druck statt. Dennoch erhielten die Nationalsozialisten nur 44 %. Zusammen mit ihren Bundesgenossen in der "Kampffront Schwarz-weiß-rot" brachten sie es auf 52 % - genug, mit knapper Mehrheit eine Regierung zu bilden, aber bei weitem nicht für eine Änderung der Verfassung mit legalen Mitteln.
Also mußten sie mit anderen Kräften nachhelfen. Schon die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 ging über alles hinaus, was der Artikel 48 decken konnte. Am 23. März nahm der Rumpfreichstag (die Kommunisten und einen Teil der Sozialdemokraten hatte man eingesperrt oder am Besuch des Reichstages gehindert) das sogenannte Ermächtigungsgesetz an; alle noch anwesenden Sozialdemokraten stimmten dagegen.
Dieses "Gesetz" übertrug der Reichsregierung legislative Befugnisse, auch unter Abweichung von den Bestimmungen der Verfassung. ... Verfassungsrechtlich war das "Gesetz", da bei der Abstimmung 81 Abgeordnete mit Gewalt ferngehalten wurden, ohnehin null und nichtig. ...<<
Die SS-Terrororganisationen setzten alle politischen, militärischen, wirtschaftlichen, nationalen und sonstigen Ziele mit brutaler Gewalt durch. Das allgegenwärtige NS-Regime kontrollierte systematisch sämtliche Lebensbereiche. Mit Hilfe von brutalen Terrormethoden (Internierung, Folter oder Mord) wurden die persönlichen Freiheiten konsequent erstickt, das Recht gebeugt, der Anstand lächerlich gemacht und die christlichen Gebote verhöhnt, um letzten Endes das Leben, die Würde, die Gesundheit sowie das Lebensglück von Millionen Menschen zu vernichten.
Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schrieb später über den "internen" NS-Terror im März 1933 (x075/73-74): >>... Die Sozialisten stimmten mit Nein, die Kommunisten waren bereits aus dem Reichstag ausgeschlossen worden. Die anderen sagten Ja, teilweise aus Angst. Wie so viele Vereine und Gruppierungen Ja sagen werden – entweder aus tatsächlicher Anhängerüberzeugung oder in der Hoffnung, verschont zu bleiben, wenn sie zulassen, daß der Nachbar verprügelt wird. ...
Aber dem Grauen geht der Terror voraus. Und kein beliebiger Polizeiterror. Die ersten, im Frühjahr 1933 eingerichteten Konzentrationslager dienten nicht nur dazu, die Regimegegner aus dem Verkehr zu ziehen – wie beispielsweise den jungen sozialdemokratischen Abgeordneten Kurt Schumacher, der im Reichstag den Nationalsozialismus als "Aufruf an den inneren Schweinehund im Menschen" charakterisiert hatte. Die Inhaftierung hatte auch die Erniedrigung, die Entwürdigung zum Ziel und bedeutete physische Qualen. So litten und starben Hunderttausende von Deutschen in Buchenwald und anderswo, noch bevor die ersten Depor-

tationstransporte aus dem Ausland ankamen.
Die Brutalität im eigenen Land ging also der Brutalität eines Krieges voraus, in dem Abermillionen von Menschen sterben sollten ...<<

Das "Dritte Reich"
Am 21. März 1933 eröffnete das NS-Regime mit einem Staatsakt in der Potsdamer Garnisonkirche den ersten Reichstag des "Dritten Reiches".
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über das Dritte Reich (x051/134-135): >>Drittes Reich, anfängliche Eigenbezeichnung des nationalsozialistischen Staates, die als Epochenbegriff für die deutsche Geschichte 1933-45 in den allgemeinen Sprachgebrauch eingegangen ist.
Die Nationalsozialisten entlehnten das Schlagwort in den 20er Jahren einem Buchtitel von Moeller van den Bruck und meinten damit zunächst nur die Fortzählung Erstes Reich = Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation (962-1806), Zweites Reich = Hohenzollernreich (1871-1918), Drittes Reich = kommende Herrschaft Hitlers (Weimar galt als Zwischenreich). Gleichzeitig aber knüpften sie an christliche Heilserwartungen des Mittelalters an, das nach dem ersten Reich des Vaters und dem zweiten des Sohnes ein drittes Reich des Heiligen Geistes als Vollendung der Welt- und Menschheitsgeschichte ersehnte. Es sollte die Epoche der Versöhnung von Ideen und Wirklichkeit werden.
Dieser prophetische Entwurf ist vielfach abgewandelt worden, etwa im Werk des norwegischen Dichters Ibsen in der Verschmelzung von Antike und Christentum. Ewigkeitshoffnung (Tausendjähriges Reich) verband sich damit und der Ruf nach dem Messias, als der Hitler von der nationalsozialistischen Propaganda stilisiert wurde.
Doch so nützlich das Schlagwort Drittes Reich in der Phase des Machterwerbs war, so rasch nutzte es sich ab an der Wirklichkeit des real existierenden Nationalsozialismus und reizte zum Spott.
Am 10.7.39 verbot das Propagandaministerium der deutschen Presse die Benutzung des Begriffs und am 21.3.42 hieß es, wie die Briten mit dem Wort "Empire" müsse man künftig "mit dem Begriff 'Das Reich' das neue Deutschland in all seinen Besitzungen vor der Weltöffentlichkeit als geschlossene staatliche Einheit" aufzeigen. Mit dem imperialen Selbstverständnis des Nationalsozialismus als Vollender der deutschen Geschichte vertrug sich ein numeriertes Reich nicht mehr.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über das Tausendjährige Reich (x051/574): >>Tausendjähriges Reich, in der christlichen mittelalterlichen Geschichtsphilosophie Herrschaft Christi nach der ersten "Auferstehung der Gerechten", erwartet als Drittes Reich des Heiligen Geistes.
Die nationalsozialistische Propaganda münzte den Begriff um zum Schlagwort für die angebliche Vollendung der deutschen Geschichte durch den Nationalsozialismus (Drittes Reich). Hitler lehnte den Ausdruck ab, verkündete aber selbst auf dem Reichsparteitag 1934, es werde "in den nächsten tausend Jahren keine Revolution mehr in Deutschland" geben, und sagte z.B. bei Beginn des Westfeldzuges (10.5.40), dieser werde das deutsche Schicksal "für die nächsten tausend Jahre" bestimmen.
Trotz der Gewöhnung an inflationären Gebrauch großer Worte wurde der Begriff Tausendjähriges Reich in der Öffentlichkeit vielfach eher als lächerlich empfunden und bespöttelt.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 22.03.2008) über das Dritte Reich (x887/...): >>**Wann war das Dritte Reich?**
... Von wann bis wann existierte das Dritte Reich. Von 1933 bis 1945, werden viele sagen und vielleicht ergänzen, von der Machtergreifung am 30. Januar 1933 bis zur Kapitulation am 9. Mai 1945. Leider unrichtig, wie zu zeigen ist. Außerdem ist Hitlers Bestellung zum Reichs-

kanzler nicht "die Machtergreifung", denn die war ein Vorgang, der lange vor 1933 begonnen hatte und sich danach noch fortsetzte. Bis alle gleichgeschaltet oder ausgeschaltet waren. …
Woher stammen dann die Ausdrücke "Erstes Reich", "Zweites Reich", "Drittes Reich" und "Tausendjähriges Reich"? Sie kommen allesamt aus der Religion. Sie hängen zusammen mit dem "Millenarismus" (lateinisch) oder "Chiliasmus" (griechisch), mit dem Glauben an die Wiederkunft des Messias. Für "Drittes Reich" steht auch "Tausendjähriges Reich" - wobei "tausendjährig" nach Ablauf des ersten Jahrtausends nicht mehr wörtlich genommen wurde, sondern soviel wie "ewig" bedeuten sollte.
Erstmals in politischem Sinn verwendete diese Ausdrücke der deutsche Kulturhistoriker und Politiktheoretiker Arthur Moeller van den Bruck in seinem Buch "Das dritte Reich" (1923). "Parteigenosse" war er keiner und er starb schon 1925. Ob man ihn als "Wegbereiter" bezeichnen kann, ist Geschmackssache, aber sicher erleichterte er die Arbeit nationalsozialistischer Ideologen.
"Drittes Reich" und "Tausendjähriges Reich" paßten trefflich in das mythisch-mystische Gedankengebäude, das der religionsartigen Überhöhung einer durchaus weltlichen Politik diente. "Drittes Reich" wird heute zwar pauschal für die NS-Zeit verwendet, war aber nicht mehr als ein Schlagwort der Propaganda. Es hatte nie ein Territorium und war nie ein Völkerrechtssubjekt. …<<

**Ende des Zweiten Weltkrieges**

Deutsche Kapitulationserklärung

Generaloberst Alfred Jodl (Chef des OKW), Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und General Wilhelm Oxenius (Luftwaffe) unterzeichneten am 7. Mai 1945, um 2.41 Uhr, die "bedingungslose" deutsche Gesamtkapitulation (in Kraft ab 9.05.1945, 0.01 Uhr).
Da Stalin ausdrücklich die Wiederholung der deutschen Kapitulationserklärung verlangte, unterzeichneten Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel (Chef des OKW), Generaladmiral von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff (stellvertretender Oberbefehlshaber der Luftwaffe) am 9. Mai 1945, um 0.16 Uhr, die militärische Kapitulationsurkunde im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst.

Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges und nach der Kapitulation gerieten rd. 11.094.000 deutsche Soldaten in die Kriegsgefangenschaft (x026/36). Hunderttausende von deutschen Kriegsgefangenen, die im Mai 1945 im Westen kapitulierten, wurden später durch die westlichen Alliierten an die UdSSR, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Italien, Frankreich und andere Länder ausgeliefert. Dort wurden die deutschen Kriegsgefangenen als billige Zwangsarbeiter eingesetzt. Während der jahrelangen schweren Zwangsarbeit ging ein großer Teil der Kriegsgefangenen an Entkräftung, Krankheit und Hunger zugrunde.
Falls die deutschen Kriegsgefangenen die barbarischen Torturen der Kriegsgefangenschaft lebend überstanden, kamen sie mehrheitlich als gebrochene Männer in ihre alte bzw. neue Heimat zurück. Mindestens 1.577.000 deutsche Kriegsgefangene gingen während der jahrelangen Zwangsarbeit ("Wiederaufbauarbeit") zugrunde (x026/45).
Dr. Ernest F. Fisher jun., ehemaliger Oberst der Armee der Vereinigten Staaten von Amerika, schrieb im Vorwort des Buches "Der geplante Tod" über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (x131/15-16): >>... Die Massenkapitulation im Westen stand in auffallendem Kontrast zu den letzten Wochen an der Ostfront, wo die überlebenden Wehrmachtseinheiten noch die vorrückende Rote Armee bekämpften, um so vielen Kameraden wie möglich die Gefangenschaft durch die Russen zu ersparen. ...

Vom deutschen Standpunkt aus lieferte diese Strategie Millionen deutsche Soldaten in die, wie sie glaubten, gnädigeren Hände der Westalliierten aus, die unter dem militärischen Oberkommando von General Dwight Eisenhower standen. Jedoch General Eisenhowers grimmigem und besessenem Haß ausgeliefert, der sich nicht nur gegen das Nazi-Regime, sondern vor allem gegen alles Deutsche überhaupt richtete, ließ sich dieser Glaube bestenfalls als ein verzweifeltes Glücksspiel bezeichnen.
Mehr als 5 Millionen deutsche Soldaten wurden in Stacheldrahtkäfigen zusammengepfercht, viele von ihnen buchstäblich Schulter an Schulter. Der Boden unter ihnen entwickelte sich bald zu einem Sumpf aus Dreck und Krankheit. Dem Wetter ausgesetzt, ohne jegliche auch nur primitive sanitäre Einrichtungen, dazu unterernährt, begannen die Gefangenen sehr bald an Hunger und Krankheiten zu sterben.
Von April 1945 an vernichteten die amerikanischen und französischen Armeen ungefähr eine Million Männer, vornehmlich in den amerikanischen Lagern. – Niemals seit den Greueln in dem von Konföderierten verwalteten Gefängnis in Andersonville während des amerikanischen Bürgerkrieges hatten solche Grausamkeiten unter amerikanischer Militärkontrolle stattgefunden: Mehr als vier Jahrzehnte lag diese beispiellose Tragödie in alliierten Archiven verborgen. Wie kam schließlich dieses gewaltige Kriegsverbrechen ans Licht? Die ersten Hinweise wurden 1986 durch den Autor James Bacque und seine Mitarbeiterin aufgedeckt. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (x026/66): >>Von über 11 Millionen deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs sind fast 1,6 Millionen umgekommen. Die absolut höchste Opferzahl verzeichnete die Sowjetunion mit 1,335 Millionen, die relativ höchste Jugoslawien mit einer Sterberate von rund 50 Prozent. Im Tito-Staat waren auch die meisten Massenerschießungen von Gefangenen und die schlimmsten Grausamkeiten zu verzeichnen. Unter den westlichen Gewahrsamsmächten haben die Gefangenen in Frankreich die schlechteste Behandlung erfahren. ...<<
Im sogenannten Potsdamer Protokoll (Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam stattfand) stellte man später zwar fest, daß es nicht die Absicht der Alliierten wäre, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven, aber in den ost- und westeuropäischen Kriegsgefangenenlagern leisteten damals bereits Millionen von deutschen Kriegsgefangenen völkerrechtswidrige Zwangsarbeit (Sühneleistung bzw. Wiedereinführung der "Sklaverei").
Aufgrund der Haager Landkriegsordnung waren die nicht selten katastrophalen Lebensbedingungen in den osteuropäischen, nordamerikanischen und französischen Kriegsgefangenenlagern und die Zwangsarbeit (Sühneleistung bzw. Wiedereinführung der "Sklaverei") von Millionen deutschen Kriegsgefangenen, von denen die letzten Überlebenden erst zehn Jahre nach Kriegsende zurückkehrten, zweifelsfrei völkerrechtswidrig.
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die völkerrechtliche Bedeutung der Haager Landkriegsordnung (x063/463-464): >>Die Haager Landkriegsordnung baute auf der Entwicklung von Jahrzehnten auf. Die Tradition freiheitlichen Denkens und der Ritterlichkeit leben in Ihr, und in den Zivilpersonen suchte sie die Träger von Menschenrechten zu schützen. Als wichtigen Begriff führt sie das "öffentliche Gewissen" ein. ...
Die Haager Landkriegsordnung geht von der Voraussetzung aus, daß ein Land auch nach der Besetzung durch feindliche Streitkräfte eine Rechtspersönlichkeit bleibt. Eine bedingungslose Übergabe in dem Sinne, daß das Land an den Sieger versklavt und selbst nicht mehr Persönlichkeit wäre, ist ihr unbekannt. Daher bestimmt Artikel 43 des Abkommens, daß die Landesgesetze, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, geachtet werden müssen.
Der Zweck der Haager Landkriegsordnung ist es auch, selbst bei Zerstörung des Staatsappara-

tes alle Menschen der Völkergemeinschaft zu schützen; von diesem allgemeinen Völkerrecht kann kein Staat sich einseitig lossagen. ...
Die Bedeutung der Haager Landkriegsordnung hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg klar herausgestellt. Das Nürnberger und andere internationale und alliierte Tribunale haben ihre Gültigkeit bestätigt, und da das Völkerrecht seiner Definition nach nur eines und unteilbar sein kann, mußte das Vertragswerk von 1899 und 1907 auch die rechtliche Grundlage für die Behandlung Deutschlands nach der militärischen Übergabe bilden. ...<<

Absetzung der "geschäftsführenden Zentralregierung des Deutschen Reiches"
Die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" wurde am 23. Mai 1945 durch den Alliierten Kontrollrat der Siegermächte in Berlin völkerrechtswidrig abgesetzt. Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht (sog. "Dönitz-Clique") wurden am 23. Mai 1945 auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert. Generaladmiral von Friedeburg beging noch am selben Tag in seiner Zelle Selbstmord (Giftkapsel).
Die Deutschen wurden nach der NS-Diktatur von 1933-1945 bzw. dem Ende des Zweiten Weltkrieges von den Siegermächten nicht befreit, sondern politisch und wirtschaftlich entmündigt und in den folgenden Jahrzehnten systematisch ausgeplündert und umerzogen.

**Die sowjetische Befreiungsmission in Ostdeutschland (deutsche Gebiete östlich der Oder-Neiße)**
Während der sowjetischen Befreiungsmission in Ostdeutschland setzte man 1944/45 erstmalig in der Geschichte der Neuzeit eine reguläre Armee vorsätzlich gegen schutzlose Angehörige (Frauen, Kinder und alte Menschen) des Gegners ein.
Nach Stalins Anordnungen hatte jedes weibliche deutsche Wesen den Soldaten der Roten Armee "zur Verfügung" zu stehen. Dieser Stalinbefehl wurde von gefangenen sowjetischen Soldaten und Offizieren ausdrücklich bestätigt (x010/33). Es war eine beschämende Tatsache, daß Stalins Armeeführer das Millionenheer der Roten Armee nicht angemessen überwachten, sondern die aufgehetzten Soldaten völlig straffrei gewähren ließen. Der weitverbreitete Alkoholismus und die absolute Straffreiheit verursachten vielerorts verheerende Befreiungskatastrophen.
Obgleich im Verlauf des deutsch-sowjetischen Ostkrieges nie Gebiete östlich des Urals besetzt wurden, waren es vielfach asiatische Rotarmisten, die mit unfaßbarer Brutalität über die deutsche Zivilbevölkerung herfielen (x025/114).
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die systematische Vorgehensweise während der sowjetischen "Befreiungsmission" (x001/138E-139E): >>Der Umstand, daß die Abtretung beträchtlicher Teile Ostdeutschlands an Polen und die Ausweisung der in diesen Gebieten lebenden Deutschen spätestens seit Anfang 1944 von den Alliierten geplant und über diese Vorhaben bereits Monate vor Kriegsende zwischen den Großen Drei grundsätzliche Einigkeit erzielt worden war, hat die seit Anfang Januar 1945 nach Ostdeutschland eindringende Rote Armee und die nachfolgenden polnischen Behörden von vornherein dazu bestimmt, der Ausweisung möglichst gründlich vorzuarbeiten, ehe diese selbst vollzogen werden konnte.
Hatte doch Marschall Stalin schon in Jalta zur Beschwichtigung Churchills erklärt, daß nur wenige Deutsche zurückbleiben würden, wenn sowjetische Truppen nach Ostdeutschland vordrängen. Daran wird deutlich, daß die Flucht der ostdeutschen Bevölkerung, ja möglicherweise ihre Forcierung durch entsprechend radikales Vorgehen der russischen Truppen bereits ganz bewußt in Hinsicht auf die spätere Ausweisung als eine begrüßenswerte Vorarbeit angesehen wurde, und es ist sehr wahrscheinlich, daß auch bei späteren sowjetischen Maßnahmen,

wie der Deportation von Hunderttausenden ostdeutscher Zivilpersonen nach der Sowjetunion, der Gesichtspunkt eine Rolle spielte, durch eine Verringerung der Anzahl der noch östlich der Oder und Neiße lebenden Deutschen die künftige Ausweisung zu erleichtern. ...
... Fest steht in jedem Falle, daß schon das Vorgehen der Roten Armee, das die panische Massenflucht der deutschen Ostbevölkerung bewirkte, eine Austreibung mit anderen Mitteln war und daß erst recht die zahllosen Übergriffe, Erniedrigungen und Gewalttaten, die die ostdeutsche Bevölkerung unter der Herrschaft von Russen und Polen über sich ergehen lassen mußte, der schließlichen Austreibung in jeder Weise vorgearbeitet haben.
Dies gilt insofern, als während dieser Zeit zahllose Deutsche zugrunde gingen, als die Mehrzahl der Überlebenden auf eine Stufe bloßen Vegetierens herabgedrückt wurde, als die innere Entfremdung von der Heimat durch Verlust des Eigentums, Entzug des Rechtsschutzes und der Existenzmöglichkeiten bei der großen Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung schon erreicht war, ehe mit der Ausweisung der letzte Schritt getan wurde. ...<<
Der deutsche Schriftsteller Jürgen Thorwald (1915-2006) stellte später in seinem Buch "Die große Flucht" folgerichtig fest, daß es sich bei diesen "Flucht- und Vertreibungsverbrechen" nicht um zufällige Einzelaktionen rachsüchtiger Soldaten und Zivilisten handelte, sondern um eine neuartige Form staatlich gelenkter Liquidationspolitik (x027/91): >>Die schlimmste Anklage gegen die Sowjetunion wird bleiben, daß sie sich dieser brutalen und unmenschlichen Propaganda und ihrer Folgen nach dem Betreten des deutschen Bodens bediente, um einen vorgefaßten Plan zu verwirklichen. Das Geschehene in den Gebieten rechts der Oder war nicht das zufällige Ineinanderlaufen unzähliger Einzelaktionen aus dem Haß und dem Rachedurst und der Gier blindwütig gewordener Soldaten, sondern ein wohlvorbereitetes System zur Dezimierung und Vertreibung der Deutschen aus diesem Gebiet.
Die Rote Armee hatte bewußt auf einen Verwaltungsapparat in diesem Gebiet verzichtet, weil es unumstößlicher Beschluß war, diese Gebiete für immer von Deutschland zugunsten eines sowjetfreundlichen Polen abzutrennen. Deswegen hatte sie nicht das geringste Interesse daran, in diesem Gebiet das Leben zu normalisieren. Es war für sie beschlossene Sache, den Polen zwar den Raum, aber möglichst keine Reichtümer zu überlassen. In jeder Stadt und in jedem Dorf Schlesiens wurden daher sofort nach der Eroberung Lager eingerichtet, die der Erfassung des Beutegutes dienten. ...<<
Die sowjetische Militärführung hatte bereits im Dezember 1944 organisatorische Voraussetzungen für den Abtransport des Plünderungsgutes eingeleitet. Die zügellosen "Befreier" plünderten nicht nur hemmungslos, sondern vielfach zerstörten sie außerdem alles, was sie nicht gebrauchen oder mitnehmen konnten.
Um die zugesagte Plünderungsfreiheit zu erleichtern, hetzte man die Deutschen tagelang in der näheren Umgebung ihrer Wohnorte herum. Viele "Plünderungsevakuierte" durften erst nach 8-14 Tagen in ihre Heimatorte zurückkehren.
Nach den Plünderungen und Zerstörungsaktionen konnte man einige Ortschaften fast nicht mehr erkennen. Wohin man auch blickte, überall sah man abgebrannte Ruinen oder Häuser mit zerschlagenen Fenstern und Türen.
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die sowjetischen Plünderungen und Zerstörungen in den ostdeutschen Provinzen (x001/-66E): >>Plünderungen und Brandstiftungen
Neben den Vergewaltigungen der Frauen und den Erschießungen, von denen vor allem die Männer bedroht waren, gab es auch Übergriffe, denen keiner der zurückgebliebenen Deutschen entrann und die, mochten sie auch im einzelnen als nicht so tragisch empfunden worden sein, doch auf Grund ihrer allgemeinen Verbreitung die deutsche Bevölkerung stark in Mitleidenschaft zogen.
An erster Stelle stehen hier die unaufhörlichen Plünderungen und Beraubungen, die beim

Einmarsch der Roten Armee begannen und noch lange unter der russischen Besatzung andauerten, so daß die zurückgebliebene ostdeutsche Zivilbevölkerung durch fortgesetzte Beraubungen ihrer persönlichen Habe weitgehend verarmte.
Das furchtbare Ausmaß, das die Plünderungen in den ersten Tagen und Wochen nach der Eroberung der ostdeutschen Städte und Dörfer angenommen haben, die systematische Gründlichkeit, mit der sie geschahen, läßt auf planmäßiges Vorgehen schließen. Zweifellos hatten die sowjetischen Truppen lange Zeit uneingeschränkte Plünderungsfreiheit. Nicht nur, daß die sowjetische militärische Führung ihre Soldaten gewähren ließ, sie ermunterte sie noch in ganz offensichtlicher Weise, sich an deutschem Eigentum zu bereichern, oder leistete durch gelenkte Maßnahmen Plünderungsaktionen Vorschub. ...<<
Nach Abschluß der militärischen Aktionen inhaftierte man alle "verdächtigen Deutschen" vorübergehend in Zuchthäusern und Gefängnissen oder transportierte sie nach der "Entnazifizierung" in hoffnungslos überfüllte Internierungs- bzw. Deportationslager (z.T. handelte es sich um ehemalige NS-Konzentrationslager). Hunderttausende von Unschuldigen fielen planmäßigen Massenverhaftungen zum Opfer. Im Januar/Februar 1945 begannen in den deutschen Ostprovinzen planmäßige Verschleppungsaktionen von ostdeutschen Zivilisten in die Sowjetunion.
In den ostdeutschen Internierungslagern fanden gewöhnlich regelrechte Sklavenmärkte statt. Der Andrang war sehr groß, denn man konnte die deutschen Arbeitssklaven für geringe Geldbeträge ausleihen. Obgleich die deutschen Häftlinge völlig unzureichend ernährt wurden, mußten sie täglich schwere Zwangsarbeiten verrichten.
Wer Hunger, Krankheit, Kälte und sonstige Strapazen überlebte, kämpfte täglich verzweifelt, um die schwere Zwangsarbeit oder den harten Lageralltag zu überstehen. In den Zwangsarbeitslagern (Polen und Ostdeutschland = 1.255 Lager) wurden häufig die berüchtigten NS-Methoden imitiert. Durch die jahrelange Unterernährung und die unmenschlichen Haftstrapazen wurden Tausende von Reichs- und Volksdeutschen nicht nur physisch, sondern auch psychisch ruiniert.
Die provisorische polnische Regierung errichtete bereits am 14. März 1945 in den besetzten deutschen Ostprovinzen die neuen Verwaltungsbezirke bzw. Woiwodschaften Masuren, Pommern, Nieder- und Oberschlesien (sowie Danzig am 20.03.1945, Dekret vom 30.03.1945) und sorgte frühzeitig für vollendete Tatsachen (x039/228).
Die Sowjets übergaben am 23. Mai 1945 den südlichen Teil Ostpreußens ("Bezirk Masuren") an Polen (x111/26).
Die polnische Regierung erließ am 24. Mai 1945 ein Dekret über die Verwaltung der "Wiedergewonnenen Gebiete" (x001/108E).
Tausende von Ostdeutschen, die etwa 100-200 km von der Oder und Neiße entfernt lebten, wurden Ende Juni 1945 ohne vorherige Ankündigung durch polnische Miliz in "wilden Ausweisungen" nach Westen getrieben (x039/228).
Der Woiwode (Chef der polnischen Verwaltung) in Schlesien ordnete im Juni 1945 die Entdeutschung der "wiedergewonnenen Gebiete" wie folgt an (x294/97): >>... Bis zum 15. Juli 1945 (sind) sämtliche Spuren des Deutschtums in diesen Gebieten zu tilgen. Insbesondere sind deutsche Aufschriften an Häusern, Geschäften, Lokalen, deutscher Wegweiser, Luftschutzschilder sowie sämtliche von der Besatzungsmacht hinterlassenen Bekanntmachungen zu entfernen.<<
Die SMAD stellte Stettin am 9. Juli 1945 unter polnische Verwaltung (x111/46).
Aufgrund der Potsdamer Beschlüsse trat am 1. August 1945 die polnische Verwaltung in den deutschen Ostgebieten und die ostpreußische Teilung in Kraft (x111/55).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die deutschen "Ostgebiete" (x051/434): >>Ostgebiete, nach 1945 Bezeichnung für die östlich der Oder-Neiße-Linie lie-

genden Gebiete des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.37 (also nicht mit Sudetenland), 114.296 qkm mit 9,62 Millionen Einwohnern (1939).
Aufgrund des Potsdamer Abkommens vom 2.8.45 wurden die Ostgebiete vorläufig, d.h. bis zur endgültigen Festlegung der deutschen Ostgrenze in einem Friedensvertrag, polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung unterstellt. Statt der vorgesehenen "humanen" Aussiedlung der deutschen Bevölkerung der Ostgebiete kam es jedoch zur Vertreibung. Gegen das Abkommen verstieß auch die Eingliederung der sowjetisch verwalteten Ostgebiete am 17.10.45 und der polnisch verwalteten Ostgebiete am 12.1.49 in den jeweiligen Staatsverband.<<
Aufgrund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich (in den Grenzen von 1937) nicht annektiert, sondern nur besetzt, deshalb waren die Siegermächte gemäß Haager Landskriegsordnung nicht berechtigt, die deutschen Ostgebiete an Polen bzw. an die Sowjetunion abzutreten.
Der Alliierte Kontrollrat (AKR) stimmte am 20. November 1945 dem Beschluß zu, ab Dezember 1945 10 % der zur Ausweisung vorgesehenen deutschen Bevölkerung auszuweisen (x002/737). Der AKR setzte ferner die "Umsiedlungsquoten" für 6.650.000 Ost- und Volksdeutsche fest, die von den 4 Besatzungszonen übernommen werden sollten (x111/106):
Sowjetische Zone = 2.000.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten und 750.000 Vertriebene aus der CSR.
US-Zone = 1.750.000 Vertriebene aus der CSR und 500.000 Vertriebene aus Ungarn.
Britische Zone = 1.500.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten.
Französische Zone = 150.000 Vertriebene aus Österreich.
Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa entwickelte sich in den Jahren 1945-1951 zur größten gewaltsamen Umsiedlung der Zeitgeschichte. Noch nie wurden bisher derartig riesige Gebiete zwangsentvölkert. Mit der Vertreibung aus Ost-Mitteleuropa wurde die "deutsche Ostsiedlung" Hunderte von Kilometern nach Westen zurückgedrängt. 700 bis 800 Jahre deutsche Siedlungs- und Kulturarbeit gingen abrupt verloren. Sämtliche ostdeutschen Volksstämme verloren ihre Siedlungsgebiete und dadurch ihre eigene Identität. In den deutschen Ostprovinzen und im Sudetenland wurden insgesamt 14.681 deutsche Städte und Gemeinden (Stand: 1939) ausgelöscht.
Bis zur gewaltsamen Vertreibung mußten die verfolgten Deutschen unfaßbare Racheakte und Gewalttaten über sich ergehen lassen. Nach monatelanger, vielfach sogar jahrelanger Schrekkenszeit, in der die rechtlosen Sklaven unglaubliche Schikanen, schwerste Mißhandlungen, Lagergreuel, harte Zwangsarbeit, Hunger, Krankheiten, Not und hoffnungslose Verelendung überstehen mußten, waren die meisten Ost- und Volksdeutschen sogar froh, als man sie bettelarm aus ihrer Heimat jagte.
Am 28. Februar 1946 befanden sich nach amtlichen polnischen Angaben in den "Wiedergewonnenen Gebieten" erst 2.719.320 Polen; davon sind 992.000 "Autochthone" (Deutsche), die teils auf Grund freiwilliger oder erzwungener Option als Angehörige des polnischen Volkes betrachtet wurden (x001/119E).
Aufgrund des sowjetisch-polnischen Abkommens vom 19. September 1947 besetzten polnische Truppen am 5. November 1947 in Ostpommern einen Gebietsstreifen von 50 km Länge und 10 km Breite mit der Hafenstadt Stettin. Diese Verletzung des Potsdamer Abkommens wurde im Jahre 1950 von der DDR sanktioniert (x064/15).
Die sowjetisch-polnische Grenze durch Ostpreußen wurde am 8. Juli 1948 ohne Zustimmung der westlichen Siegermächte "endgültig festgesetzt" (x028/241).
Bei der Volkszählung im Jahre 1950 wurden in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten 1,25 Millionen Deutsche als "Autochthone" klassifiziert (x077/35). Diese ehemaligen deutschen Staatsangehörigen wurden als Autochthone (d.h. Masuren, Ermländer, Kaschuben und Ostoberschlesier) wegen ihres Dialekts oder ihrer Namensform als Polen reklamiert oder

als unabkömmliche deutsche Arbeiter nicht ausgewiesen, sondern zur Option für Polen gezwungen.

**Die alliierte Befreiungsmission in Mittel- und Westdeutschland von 1945-1947**

Nach der Besetzung Mitteldeutschlands führte die Sowjetunion umgehend rücksichtslos den sog. marxistisch-leninistischen Sozialismus ("Diktatur der Arbeiter und Bauern") ein.

US-Präsident Truman genehmigte am 14. Mai 1945 die nordamerikanische Geheimdirektive JCS 1067/6 vom 26.04.1945, die bis zum 17.10.1945 als Top Secret behandelt wurde.

Der Grundsatz dieser Direktive, die bis zum 15.07.1947 in Kraft blieb, lautete (x063/613): >>... Deutschland wird nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt, sondern als eine besiegte Feindnation. ... (Die Befehlshaber werden angewiesen,) keine Maßnahmen zu ergreifen

a) die die wirtschaftliche Erholung Deutschlands bezwecken oder

b) die bestimmt wären, die deutsche Wirtschaft aufrechtzuerhalten oder zu kräftigen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 16. September 2016 (x887/...): >>**"Versteinertes Besatzungsrecht"**

**Interview mit dem Buchautor Bruno Bandulet über die "systematische Plünderung Deutschlands seit 1945"**

… **PAZ:** Auch widersprechen Sie der pauschalen These von der Befreiung Deutschlands 1945 und verweisen auf eine offiziell kaum bekannte US-Direktive JCS 1067. Was besagt denn diese ominöse Direktive?

**Bandulet:** Weder hat sich die Mehrheit der Deutschen befreit gefühlt, wie wir von vielen Zeitzeugen wissen, noch wollten die Siegermächte Deutschland befreien. Die These von der Befreiung verträgt sich ja auch schlecht mit der These von der Kollektivschuld. Nein, sie wollten das Land erobern. Auch Konrad Adenauer spricht in seinen Erinnerungen nicht von Befreiung, sondern von Besetzung.

Die von Präsident Franklin D. Roosevelt am 23. März 1945 unterschriebene Direktive 1067 der Joint Chiefs of Staff, der Vereinten Stabschefs, legt in allen Einzelheiten die künftige amerikanische Besatzungspolitik fest. Sie galt bis zum Sommer 1947. In Paragraph 4 der Direktive heißt es: "Deutschland wird nicht zum Zweck der Befreiung besetzt werden, sondern als besiegte Feindnation." Und in Paragraph 5 wurde untersagt, den Wiederaufbau der Wirtschaft in die Wege zu leiten.

**PAZ:** Führte das etwa dazu, daß der berüchtigte Morgenthauplan, der Deutschland ursprünglich in eine Wüste verwandeln sollte, keineswegs schon im Sommer 1945 begraben wurde, wie Sie behaupten?

**Bandulet:** Der genozidale Morgenthau-Plan wurde zwar nicht eins zu eins umgesetzt, ging aber in abgeschwächter Form in die Besatzungsdirektive JCS 1067 ein. Als diese am 10. Mai 1945 auch vom neuen amerikanischen Präsidenten Truman unterzeichnet wurde, sprach Henry Morgenthau von einem "großen Tag". Er hoffe, fügte er hinzu, daß nicht jemand die Direktive "als den Morgenthau-Plan wiedererkenne". Tatsächlich war der barbarische Plan in den USA nicht unumstritten. Aber erst im Juli 1947 wurden die "Morgenthau-Boys", die Beamten aus dem Finanzministerium, die über die Durchsetzung von JCS 1067 wachen sollten, aus Deutschland abgezogen. Der Bruch mit Stalin und der heraufziehende Ost-West-Konflikt waren es, die Deutschland retteten. …<<

Berliner Deklaration

Mit der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 wurde die deutsche Regierungsgewalt offiziell beendet und an die 4 Militärgouverneure der alliierten Siegermächte (Eisenhower, Montgomery, Shukow und de Lattre de Tassigny) übertragen.

Die Aufteilung in 4 Besatzungszonen erfolgte nach den Grenzen des Deutschen Reiches von

1937. Berlin wurde in 4 Sektoren eingeteilt. Die oberste Regierungsgewalt übte ein Kontrollrat der 4 alliierten Oberbefehlshaber (Sitz in Berlin) aus, der damit die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für die Verwaltung des Landes übernahm (Übernahme der "absoluten Autorität").
Die siegreichen Mächte waren aufgrund dieser Deklaration für sämtliche Geschehnisse in ihrer Zone verantwortlich. Fragen, die das gesamte Deutsche Reich betrafen, sollten gemeinsam und einstimmig durch die Mitglieder des alliierten Kontrollrats entschieden werden. Die Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 stellte damals eindeutig fest, daß das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt nicht untergehen sollte (x151/67).
Aufgrund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich (in den Grenzen von 1937) nicht annektiert, sondern nur besetzt. Die Besatzungsmächte übten deshalb keine volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, so daß zum Beispiel die von ihnen durchgeführten oder gebilligten Gebietsabtretungen, Enteignungen, Bevölkerungsumsiedlungen und Zwangsdeportationen eindeutig gegen das damals geltende Völkerrecht verstießen und völkerrechtswidrig waren.
Gemäß Haager Landkriegsordnung blieb das Deutsche Reich von 1871/1919 jedenfalls weiterhin völkerrechtlich bestehen, denn es wurde durch die Siegermächte nachweislich nicht annektiert, sondern nur besetzt (x063/605). Die oberste Gewalt, die nach der Kapitulation im Mai 1945 von den Besatzungsmächten übernommen wurde, richtete sich nach den Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung von 1899 bzw. von 1907. Diese Rechtsordnung bildete neben den Genfer Konventionen von 1864 und 1929 die Grundlage des humanitären Völkerrechtes.
Prof. Rudolf Laun (deutscher Staats- und Völkerrechtler) schrieb später über den Fortbestand des Deutschen Reiches, daß die Siegermächte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verpflichtet gewesen wären, die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung gegenüber dem geschlagenen Deutschland anzuwenden (x063/604).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Junideklaration" (x051/-295): >>Junideklaration, vier am 5.6.45 herausgegebene Erklärungen der Vier Mächte, Großbritannien, Frankreich, USA und UdSSR, zur Übernahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland:
1. "Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands", aus der die Übernahme sämtlicher Regierungsbefugnisse, einschließlich OKW, und aller Behörden durch die Siegermächte folgte;
2. Errichtung eines Systems der Viermächtekontrolle über Gesamtdeutschland durch den Alliierten Kontrollrat sowie selbständige Verwaltung der jeweiligen Besatzungszonen;
3. endgültige Abgrenzung dieser Zonen;
4. Erklärung der Diskussionsbereitschaft mit allen UN-Staaten hinsichtlich der Deutschen Frage.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über "Berlin" (x009/60-62): >>Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands, kann jedoch z.Z. diese Funktion nicht ausüben. Mit 883,8 qkm Bodenfläche und 3,39 Millionen Einwohnern ist Berlin die größte deutsche Stadt. Von ihren 20 Verwaltungsbezirken gehören 12 mit 481 qkm und 2,2 Millionen Einwohnern zu den 3 westlichen Sektoren, 8 mit 403 qkm und 1,07 Millionen Einwohnern gehört zum Sowjetsektor. ...
Als Sitz des Kontrollrates auch nach der Kapitulation noch Regierungssitz für ganz Deutschland, wurde Berlin durch eine dem Kontrollrat nachgebildete Viermächteverwaltung regiert. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Sowjetische Besatzungszone" (x051/544-545): >>Sowjetische Besatzungszone (SBZ, Sowjetzone), eine der vier

Besatzungszonen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, 107.862 qkm mit 18,3 Millionen Einwohnern (1946).
Die Sowjetische Besatzungszone umfaßte das Gebiet des Deutschen Reiches zwischen Oder-Neiße-Linie im Osten und der Linie Lübeck-Helmstedt-Hof im Westen (ausgenommen West-Berlin). Die zunächst von amerikanischen und britischen Truppen besetzten Teile Mecklenburgs, Sachsens und Thüringens wurden am 1.7.45 von diesen geräumt und ebenfalls sowjetisch besetzt.
Die oberste militärische und politische Gewalt übernahm in der Sowjetischen Besatzungszone am 9.6.45 die Sowjetische Militäradministration (SMAD). Unter ihrer Regie wurde die Sowjetische Besatzungszone systematisch wirtschaftlich ausgebeutet und eine kommunistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung aufgebaut: Schul- und Justizreform; Enteignung des Großgrundbesitzes sowie des Besitzes von "Kriegsverbrechern und Naziaktivisten" und dessen Verteilung an Bauern, Landarbeiter und Vertriebene; Verstaatlichung der Schwer- und Schlüsselindustrie; Vereinigung von SPD und KPD zur SED u.a. Aus der Sowjetischen Besatzungszone entstand 1949 die Deutsche Demokratische Republik (DDR).<<

Konferenz von Potsdam
Am 17. Juli 1945 begann die Konferenz von Potsdam. Im Verlauf der Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof bei Potsdam stattfand, verhandelten Stalin, Truman, Churchill (bis zur Wahlniederlage im Juli 1945) und Attlee (ab 28.07.1945) angeblich über gemeinsame Maßnahmen zur Behandlung des Deutschen Reiches und die Schaffung einer neuen Friedensordnung. Den beteiligten Konferenzteilnehmern ging es in erster Linie um Reparationsregelungen, so daß sich die Potsdamer Verhandlungen schnell zu einem verbissenen Kampf um die Kriegsbeute entwickelten. Ferner wollte man den NS-Staat vollständig vernichten und die ehemalige deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht langfristig ausschalten.
Die Nordamerikaner und Briten hatten vor der Potsdamer Konferenz vereinbart, "nur" die preußischen Provinzen Ostpreußen, Danzig, Ostpommern und Oberschlesien an die UdSSR bzw. Polen abzutreten. Diese Gebietsabtretungen genügten den Osteuropäern jedoch längst nicht mehr. Stalin verlangte für Polen schließlich alle deutschen Ostgebiete östlich der Oder und Görlitzer Neiße (außer Nord-Ostpreußen). Die zusätzliche Abtretung der dichtbevölkerten Provinzen Niederschlesien und Ostbrandenburg war für Churchill und US-Präsident Truman zunächst unannehmbar, deshalb ließen sie sich schließlich auf eine "Politik des Aufschubs" ("policy of postponement") ein.
Die Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen aus Ostdeutschland, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn wurde trotz der langen Verhandlungsdauer nicht mehr ernsthaft diskutiert, sondern die sog. "Umsiedlung" der Deutschen wurde lediglich noch zur Kenntnis genommen.
Die westlichen Alliierten ordneten in Potsdam die Vertreibung der Ost- und Volksdeutschen zwar nicht kategorisch an, aber ihre leichtfertige Zustimmung machte die großangelegte Zwangsumsiedlung von Millionen von Deutschen zweifellos erst möglich. Im Verlauf der Potsdamer Konferenz wurde ausdrücklich festgelegt, daß die "Ausweisungen" in geordneter und humaner Weise durchgeführt werden sollten. Obwohl die Vertreiberstaaten versicherten, daß sie die Umsiedlungen geordnet und human abwickeln würden, hielt sich später niemand an die offiziellen Vereinbarungen und Zusagen.
Die Abmachungen über die vorläufige Oder-Neiße-Linie waren besonders verwerflich und unmenschlich, weil sie bei den Ost- und Volksdeutschen jahrelang die unrealistische Hoffnung förderte, daß man später in die Heimat zurückkehren könnte. Infolge der zahlreichen Verletzungen des Völkerrechts muß das sogenannte "Potsdamer Abkommen" von Anfang an

als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden. Sämtliche völkerrechtswidrigen Vereinbarungen des "Potsdamer Abkommens" waren ohnehin gemäß Völkerrecht unwirksam.
Die Verhandlungsergebnisse wurden im sog. "Potsdamer Protokoll" festgehalten, das bis zum endgültigen Abschluß einer friedensvertraglichen Regelung Gültigkeit besitzen sollte. Ungeachtet der weitreichenden Beschlüsse wurde damals kein völkerrechtliches Abkommen oder ein Friedensvertrag, sondern lediglich ein Gesprächsprotokoll ("14-Punkte-Protokoll") unterzeichnet.
Das sogenannte Potsdamer Protokoll (Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam stattfand) wurde am 22. August 1945 veröffentlicht (x101/190): >>**"Potsdamer Abkommen"**
2. August 1945
*Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin ...*
**III.**
**Deutschland**
Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und **das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen**, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle.
Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und **die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung** in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere **Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann. …**<<
Die Potsdamer Konferenz war keine Friedenskonferenz. Im Verlauf der internationalen Konferenz von Potsdam, die am 2. August 1945 beendet wurde, schlossen die Alliierten keinen völkerrechtlich bindenden Vertrag, denn die Potsdamer Beschlüsse entsprachen nicht den damaligen Kriterien eines internationalen Vertrages. Es handelte sich lediglich um Absprachen bzw. Vereinbarungen zwischen den Siegermächten und den Vertreiberstaaten (x150/18). Die betroffenen Deutschen waren damals in keiner Weise beteiligt.
US-Senator Charles W. Vursell (1888-1974) berichtete später über das Potsdamer Abkommen (x028/149): >>... Durch die Potsdamer Vereinbarung wurde die Regierung der Vereinigten Staaten unbeabsichtigt zum Mitverantwortlichen für den massenhaften Hungertod, besonders in Deutschland. - (Sie verstießen) gegen das geltende humanitäre Prinzip des Völkerrechts, wonach immer dem Sieger die Verantwortung zufällt, nach besten Kräften die unschuldigen Opfer der besiegten Bevölkerung zu schützen.<<
Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schrieb später über die "Potsdamer Konferenz" (x287/-187): >>... In Potsdam hatten die Westmächte die Annexion Nordostpreußens mit dessen Hauptstadt Königsberg durch die UdSSR hingenommen. Truman und der ahnungslose Attlee verpflichteten sich, diesen sowjetischen Gebietsanspruch bei einer endgültigen Friedensregelung zu unterstützen.
Schon vor der Potsdamer Konferenz hatte die Sowjetunion das restliche Ostpreußen und die übrigen Reichsgebiete östlich der Oder und Neiße den Polen übertragen. Die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung stand jedoch im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen.
Denn erstens fand diese größte Massenvertreibung der europäischen Geschichte weder "ordnungsgemäß" noch "human" statt, wie man vorsah. Und zweitens, hätte sich die Vertreibung nur auf altpolnische Gebiete erstrecken dürfen, also nicht auf die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie, da Südostpreußen, das Territorium der früheren Stadt Danzig, Ost-

pommern und Schlesien erst laut Potsdamer Protokoll unter polnische Verwaltung gestellt wurden, und zwar mit dem juristischen Vorbehalt, die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu einer Friedenskonferenz zurückzustellen. ...
Völkerrechtlich ging das Potsdamer Abkommen von Deutschland in seinen Grenzen von 1937 aus, wie sie sich aus dem Versailler Friedensvertrag und der Saarabstimmung ergaben. Die Ostgebiete wurden ... nur vorläufig unter sowjetische und polnische Verwaltung gestellt, da der Übergang der Gebietshoheit formalrechtlich nur durch einen Friedensvertrag erfolgen konnte.
Theodor Veiter vermißt eine völkerrechtliche Grundlage für die Massenaussiedlung der mehr als zwölf Millionen deutschen Menschen (wobei 1,5 Millionen Menschen aus Ostdeutschland durch Flucht und Vertreibung ihr Leben verloren); denn rechtlich sei die Oder-Neiße-Linie keine Grenze. ...<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtete später über die völkerrechtswidrigen Vereinbarungen und die "humane Durchführung" des Potsdamer Abkommens (x044/190-191, x309/125-126): >>Grundlage des Kriegsrechts im Zweiten Weltkrieg war die Haager Landkriegsordnung von 1907. Diese enthält zwar kein direktes Verbot von Deportationen aus besetzten Gebieten, aber sie schränkt die Rechte einer kriegsführenden Macht im besetzten Gebiet ein, verbietet Kollektivstrafen, schützt Leben, Rechte und Eigentum der Zivilbevölkerung (Art. 43, 46, 50).
Mit anderen Worten: Eine Besatzungsmacht übt keineswegs volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, Zwangsdeportationen aus nichtmilitärischen Gründen, die sie trotzdem vornimmt, sind folglich völkerrechtswidrig.
... Grundsätzlich ist kein Staat verpflichtet, seine Grenzen für unerwünschte Einwanderer zu öffnen. Ausweisungen, die so vor sich gehen, daß die Ausgewiesenen kurzerhand und ungefragt über die nächste Grenze abgeschoben werden, sind deshalb allemal völkerrechtswidrig.
... Menschen in den sicheren Tod durch Hunger, Erschöpfung oder Kälte zu deportieren, kann niemals legal sein, sondern ist Massen- bzw. Völkermord, ein "Verbrechen gegen die Menschlichkeit". ...<<
>>... Im März 1950 urteilte die Walter-Kommission des amerikanischen Repräsentantenhauses in einem ausführlichen Bericht über die Vertreibung der Deutschen, daß keine Phase der Vertreibung als human bezeichnet werden könne.
Die Behauptung, die Vertreibungen seien in 'geregelter und humaner Weise' durchgeführt worden, wird seit jeher durch Zehntausende Erlebnisberichte der Ost-Dokumentation des Bundesarchivs sowie durch amerikanische und britische Berichte der Jahre 1945 bis 1948 vollkommen widerlegt.
Seit 1989 bestätigen Dokumente aus russischen, tschechischen, polnischen und serbischen Archiven die Grausamkeit der Vertreibung.<<
Der deutsche Historiker Prof. Dr. Helmuth G. Dahms berichtete später über die Potsdamer Konferenz (x090/306): >>... Die Konferenz formulierte Maximen für die Liquidierung des Nationalsozialismus. Begriffe wie Umerziehung, Entmilitarisierung und Entnazifizierung, Dezentralisierung und Dekartellisierung wurden zu Grundsätzen der Besatzungspolitik. Nicht nur Kriegsverbrecher, auch Personen, die an "nazistischen Maßnahmen" teilgenommen hatten, sollten interniert und vor Gericht gestellt werden.
Die Siegermächte wollten im Kontrollrat gemeinsam und einstimmig beschließen, aber jede (Macht) auch für sich allein entscheiden. Sie sicherten den Menschen in ihren Besatzungszonen gleiche Behandlung zu, doch diese war von vornherein unmöglich, weil die Konferenz kein einheitliches Reparationsgebiet schuf und an dem sowjetischen Sonderweg nichts auszusetzen fand. …<<

Entnazifizierung und Umerziehung

Nachdem die Siegermächte die uneingeschränkte Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Justizgewalt in den Besatzungszonen übernommen hatten, waren die Deutschen den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert und mußten die drakonischen Maßnahmen, Willkürakte und Schikanen der Besatzer erschüttert über sich ergehen lassen.

Damit man die angestrebten Hauptziele (Demilitarisierung, Denazifizierung, Demontage und Demokratisierung bzw. Umerziehung) ungestört realisieren konnte, führten die alliierten Siegermächte und ihre osteuropäischen Verbündeten nach dem Kriegsende 1945 spezielle Maßnahmen durch, um die Deutschen konsequent auszuhungern.

In Mitteldeutschland erließ die SMAD am 27. August 1945 einen Befehl über die Entmilitarisierung und Entnazifizierung. Sämtliche Wehrmachtsoffiziere, ehemalige SS-, SA-, Gestapo- und NSDAP-Mitglieder mußten sich gemäß SMAD-Befehl Nr. 42 einer "Registrierung" unterziehen. Viele wurden im Verlauf dieser Massenregistrierung verhaftet und kurzerhand als "Kriegsgefangene" oder "Kriegsverbrecher" in die Sowjetunion verschleppt (x111/68).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Entnazifizierung" in der SBZ (x009/111): >>Grundlegend für die Entnazifizierung in der SBZ war das Potsdamer Abkommen. Die Entnazifizierung erfolgte

a) gemäß Kontrollrats-Direktive Nr. 24 vom 12.1.1946 (als wirtschaftliche und berufliche Maßreglung) durch "Entnazifizierungskommissionen";

b) gemäß Kontrollrats-Gesetz Nr. 10 vom 20.12.1945 ... (als gerichtliche Bestrafung) durch "Sonderstrafkammern" der Landgerichte, die auf Grund des SMAD-Befehls Nr. 201 vom 16.8.1947 gebildet wurden.

Befehl 201 brachte die politische Gleichstellung aller nur nominellen Mitglieder der NSDAP, verlangte aber schärfere Strafen gegen Schuldige. Die Entnazifizierung war oft nur ein Vorwand, um Enteignungsmaßnahmen zu tarnen, vor allem in Befehl Nr. 124 der SMAD. - Zahlen über die Enteignung in der SBZ wurden nie veröffentlicht. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Konzentrationslager" in der SBZ (x009/228): >>... 1945 wurden von der sowjetischen Besatzungsmacht Zehntausende von Männern und Frauen unter Beschuldigung, "aktive Faschisten" oder Kriegsverbrecher gewesen zu sein, oder weil sie den Sowjets aus irgendeinem Grunde gefährlich erschienen, in Konzentrationslager gesperrt und dort auf das unmenschlichste und unwürdigste behandelt.

Besonders berüchtigte Lager befanden sich in Sachsenhausen (Oranienburg), Buchenwald, Mühlberg, Bautzen, Neubrandenburg und Ketschendorf. Die Angehörigen der dorthin Verschleppten blieben ohne Nachricht und ohne Postverbindung. Die Angehörigen erhielten auch dann keine Mitteilung, wenn der Häftling verstarb.

Nach westlichen Zählungen, die auf Angaben der ehemaligen Totengräber und Ärzte in den Konzentrationslagern beruhen, verstarben in den Lagern von 1945 bis 1950 über 65.000 Häftlinge.<<

Am 22. Mai 1945 trat in Westdeutschland die US-Direktive Nr. 1 der PWD (Psychological Warfare Division) in Kraft (x111/25): >>Der erste Schritt der Umerziehung wird sich ausschließlich darauf beschränken, die Deutschen mit unwiderlegbaren Tatsachen zu konfrontieren, die eine Einsicht in die deutsche Kriegsschuld und die Kollektivschuld für solche Verbrechen wie die Konzentrationslager wachrufen. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schrieb später über die vermeintliche Kollektivschuld der Deutschen (x025/189): >>... Die Theorie von der Kollektivschuld der Deutschen beruht, wie ihre Kritiker dargetan haben, auf der Unkenntnis fundamentaler historischer Tatsachen und der Widerstandsmöglichkeiten in einer totalitären Diktatur.

Sie wurde in der Praxis zur Rechtfertigung von millionenfachen Verbrechen gegen die

Menschlichkeit benützt. Historisch gesehen ist diese Theorie eine der vielen Erscheinungsformen des Rassismus; sie entspricht weitgehend dem christlichen Antisemitismus vergangener Jahrhunderte.<<
Die Besatzungsbehörden verstärkten am 5. März 1946 ihre Entnazifizierungsmaßnahmen (Gesetz Nr. 104 "zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus").
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) berichtete später über die Entnazifizierung (x063/612-613): >>Die "Entnazifizierung" wurde ... in den 4 Besatzungszonen höchst unterschiedlich durchgeführt.
In der sowjetischen genügte es einerseits, ein "Kapitalist" zu sein, um als "Nazi" gebrandmarkt und verfolgt zu werden, andererseits aber konnten auch hochrangige, wirkliche Nazis sofort die Generalabsolution erhalten, wenn sie sich nur zum Kommunismus "konvertierten".
In der französischen Zone dürften die Maßstäbe am mildesten gewesen sein, in der britischen und amerikanischen am methodischsten, aber oft auf Grund der falschen Methoden!
Auch kam es vielfach darauf an, ob man frühzeitig oder später "entnazifiziert" wurde, und auch "Protektion" – vor allem ausländische oder klerikale – war nicht ohne Bedeutung. ...<<
Im Verlauf der Prozesse und der Entnazifizierung wurden in den Westzonen mindestens 800 Kriegsverbrecher durch die Siegermächte zum Tod verurteilt, von denen man etwa 500 hinrichtete. Während dieser Kriegsverbrecherprozesse ahndete man lediglich die zahllosen Verbrechen der Verlierer. Die Kriegs- und Nachkriegsverbrecher der Siegermächte zog niemand zur Rechenschaft.
In den folgenden Jahren ermittelte die westdeutsche Justiz gegen mehr als 84.000 Deutsche und verurteilte über 6.400 Angeklagte wegen nachgewiesener NS-Verbrechen (x025/195).
Im Jahre 1950 kehrten Max Horkheimer (1895-1973, deutscher Philosoph und Soziologe) und Theodor W. Adorno (1903-1969, eigentlich T. Wiesengrund, deutscher Philosoph, Soziologe, Musiktheoretiker) aus dem US-Exil zurück und gründeten mit Finanzmitteln der US-Besatzungsmacht und anderen Geldgebern das Frankfurter Institut für Sozialforschung. Die sogenannte "Frankfurter Schule" prägte später vor allem die 68er Bewegung.

Reparationen und Wiedergutmachung
Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden alle deutschen Rüstungswerke Mittel- und Westdeutschlands demontiert oder zerstört. Hochseeschiffe und Flugzeuge durften jahrelang nicht mehr produziert werden. Sämtliche Patente, Warenzeichen und Fabrikgeheimnisse wurden beschlagnahmt, um die deutsche Wirtschaft auf dem Weltmarkt auszuschalten.
Die AKR-Proklamation Nr. 2 löste am 20. September 1945 alle deutschen Botschaften und Konsulate im Ausland auf. Das Deutsche Reich mußte sämtliche Besatzungskosten der alliierten Streitkräfte übernehmen. Ferner wurden alle Gold- und Silberbestände des Deutschen Reiches beschlagnahmt (x111/78).
Aufgrund des SMAD-Befehls Nr. 124 "Über die Beschlagnahme und provisorische Übernahme einiger Eigentumskategorien in Deutschland" wurden ab 30. Oktober 1945 mehrere zehntausend gewerbliche Unternehmen enteignet und verstaatlicht - Errichtung von SAG-Betrieben bzw. von sowjetischen Aktiengesellschaften - (x301/116): >>... Um den Raub und anderen Mißbrauch des Eigentums, das früher dem Hitlerstaat, den Militärbehörden, den durch das sowjetische Militärkommando verbotenen und aufgelösten Gesellschaften, Klubs und Vereinigungen gehört hat, zu verhindern und dieses Eigentum am rationellsten für die Bedürfnisse der örtlichen Bevölkerung und der Besatzungstruppen auszunutzen, befehle ich:
1. Das Eigentum, das sich auf dem von den Truppen der Roten Armee besetzten Territorium Deutschlands befindet, als beschlagnahmt zu erklären.<<
In der sowjetischen Besatzungszone demontierten die sowjetischen Besatzer etwa 50 % der industriellen Einrichtungen und wandelten 25 % der mitteldeutschen Industriebetriebe in so-

wjetische Aktiengesellschaften um, deren Gewinne bis zur Rückgabe an die DDR im Jahre 1953 an die UdSSR abgeführt werden mußten (x128/195). Die geleisteten SBZ-Reparationen betrugen ca. 30 Milliarden Dollar (x149/143).
Der wirtschaftliche Wiederaufbau Mitteldeutschlands wurde durch die z.T. völlig planlose, überhastete Demontage von Industriebetrieben, Gleis- und Versorgungsanlagen erheblich erschwert. In Mitteldeutschland wurden z.B. Tausende von Kilometern Eisenbahnschienen abgebaut, so daß die meisten Strecken nur noch eingleisig befahren werden konnten.
Nach den Nordamerikanern und Sowjets forderten auch die Briten am 21. Dezember 1945 deutsche Wissenschaftler und Experten an, um sie in britischen Staatsunternehmen einzusetzen (x111/115).
Am 22. Dezember 1945 beschlagnahmte die britische Militärregierung alle deutschen Kohlenbergwerksgesellschaften mit 225 Kohlenbergwerken (x111/116).
Die letzten Schiffe der deutschen Flotte verließen am 22. Dezember 1945 Wilhelmshaven und wurden von den Alliierten übernommen (Reparationen).
Durch den SMAD-Befehl 167 vom 5. Juni 1946 gingen die mitteldeutschen SAG-Betriebe "auf Grund der Reparationsansprüche der Sowjetunion" in sowjetisches Eigentum über. Infolge der Eingliederung in die Organisation der SAG wurden die wichtigsten Schlüsselindustrien im mitteldeutschen Raum sowjetischer Besitz.
Wilhelm Harmssen (Bremer Wirtschaftssenator) berichtete damals, daß man bis zum Jahresende 1947 bereits enorme Reparationsleistungen (Kriegsentschädigungen) aufgebracht hätte. Nach diesen Berechnungen betrugen die Reparationen des Deutschen Reiches von 1945 bis 1947 **rd. 178 Milliarden Reichsmark (RM)** (x111/408).
In Paris einigten sich 18 Staaten über die Verteilung der deutschen Auslandsguthaben und unterzeichneten am 14. Januar 1946 ein Reparationsabkommen. Bis 1947 wurden Reparationsforderungen in Höhe von 300 Milliarden Dollar geltend gemacht (x111/125).
Am 10. September 1952 unterzeichneten die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference in Luxemburg ein Wiedergutmachungsabkommen.
Im Londoner Abkommen einigten sich die USA, Großbritannien, Frankreich sowie 15 weitere Gläubigerstaaten und die BRD am 27. Februar 1953 über die Regulierung und Tilgung der seit dem Ersten Weltkrieg entstandenen Auslandsschulden sowie die Wirtschaftshilfe nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Reparationsforderungen aus dem Zweiten Weltkrieg wurden am 27. Februar 1953 bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit einer gesamtdeutschen Regierung zurückgestellt (x155/104).
Die Sowjets verzichteten am 23. August 1953 auf weitere Reparationen und erklärten sich bereit, die restlichen SAG-Betriebe ab Januar 1954 zurückzugeben (x009/514).
Was die Sowjets, Nordamerikaner, Briten und Franzosen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges als sog. Reparationen aus Ost-, Mittel- und Westdeutschland herauspreßten und raubten, übertraf fast die menschliche Vorstellungskraft. Nach internationalen Berechnungen, die im Jahre 1974 erstellt wurden, erlitten allein die Vertriebenen aus den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas einen **Gesamtvermögensschaden von 654,9 Milliarden DM** (x063/618).
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/1990) berichtete am 12. März 1990 über die deutschen Reparationen für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkrieges: >> **Die deutschen Bäume fällen**
**Die Einigung Deutschlands facht die Diskussion um Reparationen wieder an**
... Professor Arno Peters hat auf die Mark genau ausgetüftelt, was die Bundesrepublik der DDR samt Zins und Zinseszins schulde, weil die Ostdeutschen (Mitteldeutschen) sozusagen für die Westdeutschen Reparationen mitbezahlt haben: Er kam auf **727.165.791.041 Mark**. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 16. September 2016 (x887/...): >>**"Versteinertes Besatzungsrecht"**

**Interview mit dem Buchautor Bruno Bandulet über die "systematische Plünderung Deutschlands seit 1945"**

**… PAZ:** Herr Bandulet, Sie sind ja ein richtiger Legenden-Killer: So schreiben Sie, daß die von Harry S. Truman aufgestellte Behauptung, die USA hätten keine Reparationen verlangt, unrichtig sei. Was stimmt also?

**Bandulet:** Die Behauptung ist nur insofern richtig, als die USA keine Reparationen "verlangt" haben - die Siegermächte haben sie sich einfach genommen. Der Unterschied zu Versailles bestand ja darin, daß kein Friedensvertrag abgeschlossen wurde, sondern daß willkürlich und nach Gutdünken der Sieger geplündert wurde.

Der Wert des geraubten Privateigentums, der Ostgebiete, der Zwangsexporte, der zwei Milliarden Arbeitsstunden der Kriegsgefangenen nach Kriegsende, der intellektuellen Reparationen und der Demontagen läßt sich objektiv nicht beziffern. Ich nenne aber Summen und überlasse es dem staunenden Leser, sich ein Urteil zu bilden. Mein Fazit lautet, daß nach 1945 weitaus mehr aus Deutschland herausgezogen wurde, als auf Grund des Versailler Vertrages an Reparationen geleistet wurde.

**PAZ:** Bei den "intellektuellen Reparationen", wie Sie den Wissenstransfer nach 1945 aus Deutschland nennen, handelte es sich angeblich um den größten Wissenstransfer aller Zeiten. Können Sie ihn in dieser superlativen Dimension wirklich belegen?

**Bandulet:** Stellen Sie sich einmal vor, die USA würden besetzt und die Sieger ließen überall im Land Teams von Spezialisten ausschwärmen, die in Firmenzentralen, Fabriken und Forschungsinstitute eindringen, um sämtliche Betriebsgeheimnisse und den gesamten Stand der Forschung zu sichten und fortzuschaffen. Nichts anderes hat sich in Deutschland 1945 und danach abgespielt.

Allein im Berliner Reichspatentamt wurden von den dort liegenden Patenten und Patentanmeldungen mehr als 17 Meilen auf Mikrofilm fotografiert. Nicht zu vergessen die Wissenschaftler, die mehr oder weniger freiwillig nach Amerika, Rußland, Frankreich und Großbritannien gingen. Die deutsche Technologie war in wichtigen Bereichen Weltspitze. Eine derart systematische Plünderung von Wissen hatte es nie zuvor gegeben. …<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. Oktober 2016: >>**Deutschland läßt sich aussaugen**

Schlimmer als Versailles: Was in der Nachkriegszeit noch Zwang war, geschieht heute freiwillig - wir sind Goldesel und Zahlmeister für andere

Nicht Hitler war der Feind, sondern Deutschland. Nicht der Nationalsozialismus sollte zerschlagen werden, sondern Deutschland. Diese Schlußfolgerung zieht der renommierte Verleger und Autor Bruno Bandulet, der unlängst sein Buch "Beuteland. Die systematische Ausplünderung Deutschlands" veröffentlicht hat. Der Bad Kissinger Wirtschaftsfachmann ist kein Lautsprecher und niemand, der sich bisher durch Verschwörungstheorien hervorgetan hätte. Dementsprechend hält er sich an Fakten.

"Ich muß zugeben, daß die Arbeit an diesem Buch eine echte Entdeckungsreise war. Ich hätte mir nicht vorstellen können, wieviel die Siegermächte im Laufe der Zeit an Sachwerten, an geistigem Eigentum und an Finanzleistungen aus Deutschland herausgezogen haben", erklärt der Autor und benennt Tatsachen. Die Rechnung summiere sich ab 1945 bis in die erste Hälfte der fünfziger Jahre nach heutiger Kaufkraft auf etwa 1.000 Milliarden Euro.

Nach Kriegsende hatten regelrechte Plünderungen stattgefunden. Die deutschen Auslandsvermögen waren beschlagnahmt worden. Zudem gab es Zwangsexporte. Deutschland mußte für die Besatzungskosten aufkommen. Daß der Marshallplan Ursache des Wirtschaftswunders gewesen sei, wird bis heute behauptet. Bandulet verweist dies ins Reich der Fabel. Es sei nach

Kriegsende nicht im Sinne der Besatzer gewesen, aus Deutschland ein wirtschaftlich florierendes Land zu machen.
Der Durchschnittsbürger ist nicht reich
Erst durch die Entzweiung der Alliierten hätten die westlichen Besatzungsmächte die Bundesrepublik als geopolitisch wichtiges Ziel erkannt. Dennoch habe man Deutschland bewußt "klein gehalten". Die seit 1945 gezahlten Reparationen in Kombination mit den Kosten der europäischen Transferunion übertreffen bei weitem die Zahlungen des Deutschen Reiches nach dem Versailler Vertrag.
Die Nettozahlungen, die Deutschland seit der Wiedervereinigung kaufkraftbereinigt an die EU geleistet hat, übersteigen mittlerweile 250 Milliarden Euro. Die Rechnung für die Aufnahme von Afrikanern und Arabern ist nach oben hin offen: Bisher fehle es an seriösen Kalkulationen, was die Flüchtlingskrise kosten werde.
Nirgendwo wurden die Summen aufgelistet und bilanziert, die die Demontagen und Sachlieferungen verursacht haben, für die vor allem Sowjets und Franzosen nach dem Zweiten Weltkrieg verantwortlich gewesen waren. Bis heute existieren nur Schätzungen und grobe Berechnungen. Der größte Teil der Reparationen entfiel auf die Besatzungskosten, welche beispielsweise 1946 allein in den Westzonen 42 Prozent des gesamten Steueraufkommens ausmachten. Im Vergleich mit dem heutigen Steueraufkommen wären dies rund 270 Milliarden Euro.
In den ersten beiden Nachkriegsjahren sind rund 60 Prozent der deutschen Staatseinnahmen an die Besatzer abgetreten worden. Neben dem Staatsvermögen wurde auch Privatvermögen im In- und Ausland konfisziert. Es floß nicht nur Geld, auch Waren wurden transferiert. Reparationen, die einem unterlegenen Staat auferlegt werden, stehen im Einklang mit dem Völkerrecht. Die Enteignung privater Sachvermögen und Guthaben ist dagegen schlicht und ergreifend Diebstahl, macht Bandulet bewußt.
Im Laufe der Jahrzehnte habe sich das System der Transferleistungen verändert. Der Zwang der unmittelbaren Nachkriegszeit sei einem Prinzip der Freiwilligkeit gefolgt. Die D-Mark aufzugeben und die deutsche Bundesbank zu entmachten bezeichnet Bandulet als "größten Fehler der deutschen Nachkriegsgeschichte". …
Bruno Bandulet: Beuteland. Die systematische Plünderung Deutschlands seit 1945. Kopp-Verlag, Rottenburg 2016, gebunden, 333 Seiten, 19,95 Euro<<
<<

Die völkerrechtswidrige Hungerpolitik der Befreier
In San Francisco unterzeichneten 50 Nationen am 26. Juni 1945 die Charta der Vereinten Nationen. Die Unterschrift der provisorischen polnischen Regierung wurde von den Westmächten zunächst nicht anerkannt und mußte am 15.10.1945 nachvollzogen werden (x040/289).
Bei dieser Konferenz wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, **daß die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln Artikel 53 und Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen werden** (x024/344).
Während Briten und Franzosen im Oktober und Dezember 1945 die Lieferung von Medikamenten, Lebensmitteln und Kleidung durch das Rote Kreuz erlaubten, untersagten die Nordamerikaner und Sowjets in ihren Besatzungszonen weiterhin westeuropäische Hilfslieferungen. Obwohl die Hilfsgüter ausdrücklich für Deutschland bestimmt waren, schlugen die US-Militärbehörden vor, diese Spenden in den osteuropäischen Ländern zu verteilen.
Das Jahr 1946 brachte keine Verbesserung der Lebensverhältnisse, so daß die Deutschen weiterhin hungern mußten. In der nordamerikanischen und britischen Zone betrugen die Lebensmittelzuteilungen für den "Normalverbraucher" nicht einmal 50 % des Mindestbedarfs.
Im Mai 1946 machte deshalb vielerorts folgendes Gerücht die Runde (x114/2.166): >>Die

Amerikaner beabsichtigen, die Deutschen auszuhungern. ...<<
Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erklärte am 12. Januar 1947 während einer Rede im Münchener Zirkus Krone, daß seit der Besetzung Deutschlands ein "Dauerzustand von Unehre, Hunger und geistiger Sklaverei" herrschen würde (x111/273).
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die Hungerrationen der Nachkriegszeit (x063/619): >>Das Wort "Kalorien" war ein wichtiger Begriff des täglichen Lebens. Noch im Frühling 1945 erhielt der "Normalverbraucher" über 2.000 Kalorien täglich, gegen 2.000 bis 3.000 vor dem Kriege. Dann sank die Kalorienmenge für die anglo-amerikanische Zone auf 1.550 – 1946 und 1947 in Wirklichkeit für längere Zeit auf 700 bis 1.200. Es kann nicht wundern, daß bei dieser Ernährungslage allein in der anglo-amerikanischen Zone im Sommer 1947 wenigstens 40.000 Fälle offener Tuberkulose auftraten. ...<<
Die Abtrennung der landwirtschaftlichen Überschußgebiete Ostdeutschlands, die jahrelange Versklavung von Millionen von deutschen Kriegsgefangenen, die gewaltsame Umsiedlung von etwa 14 Millionen Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße in das verwüstete Restdeutschland sowie die Verhinderung von westeuropäischen Hilfslieferungen mußten zwangsläufig zu humanitären Katastrophen führen.
Die Lebensverhältnisse der Nachkriegszeit waren nicht nur in Ostdeutschland katastrophal, sondern auch in Mittel- und Westdeutschland herrschten chaotische Lebensbedingungen. Vor allem für die nach Westen geflüchteten oder vertriebenen Reichs- und Volksdeutschen begann damals ein verzweifelter Kampf ums nackte Überleben, um dem Hunger- oder Kältetod zu entgehen.
Bei dieser völkerrechtswidrigen "Hungerpolitik" in den deutschen Besatzungszonen handelte es sich eindeutig um ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 9.08.2008) über die deutschen Kriegs- und Nachkriegverluste des Zweiten Weltkrieges (x887/...): >>**Klassiker aktualisiert**
... Nawratil zählt **8,8 Millionen Nachkriegstote**, davon 4,0 Opfer der Hungerpolitik, 2,8 Opfer der Vertreibungen, 1,6 tote Kriegsgefangene, 0,3 Opfer der Sowjetarmee in Mitteldeutschland und Österreich plus 0,1 Tote in sowjetischen KZ und Gefängnissen in Deutschland. Zum Vergleich stellt er daneben: **Krieg und Diktatur verursachten in Millionen 5,1 Opfer**, davon etwa 4,25 Militärverluste, etwa 0,6 Bombenopfer, 0,17 deutsche Juden, 0,125 sonstige KZ-Opfer und 0,1 Euthanasieopfer. ...<<

**Die Besatzungspolitik der alliierten Siegermächte in West- und Mitteldeutschland von 1948-1989**
Marshall-Plan
Nachdem Stalin in allen befreiten bzw. besetzten Ländern kommunistische Diktaturen errichtet hatte, begann ab 1947 die nordamerikanische Eindämmungspolitik ("Truman Doktrin"), um ein weiteres Vordringen der UdSSR zu verhindern. Außenminister George Marshall beauftragte am 30. April 1947 den Diplomaten Georg F. Kennan, einen Ausschuß für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu bilden, um geeignete Vorschläge und Hilfsmaßnahmen zu erarbeiten ("Geburtsstunde des Marshall-Planes").
Der Marshall-Plan (wirtschaftliche und finanziellen Hilfsaktion für westeuropäische Staaten) sollte vor allem den Wiederaufbau der westeuropäischen Wirtschaft unterstützen und den Expansionsdrang des Stalinismus stoppen bzw. beenden.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Marshall-Plan (x068/275-276): >>... Marshall, bei Beginn des Zweiten Weltkriegs Generalstabschef und militärischer Berater Roosevelts, war beteiligt an der Zerschlagung Mit-

tel- und Südeuropas - und nach dem Krieg baute er es wieder auf.
Erst Volltreffer auf Volltreffer, dann ein Bombengeschäft; ein Bombengeschäft aber schon zur Zeit der Volltreffer, ja schon davor. Dafür erhielt der General 1953 den Friedensnobelpreis – zusammen mit Albert Schweitzer! (Der eigentliche Vater des Marshall-Planes soll freilich Will Clayton gewesen sein, der stellvertretende Wirtschaftsminister).
Außenminister Marshall hatte den Plan erstmals am 5. Juni 1947 in einer Rede an der Harvard University vorgeschlagen, und am 3. April 1948 trat die Wirtschaftshilfe in Kraft, zunächst allerdings nur für die westeuropäischen Staaten. Seit 1950 wurde jedoch auch Westdeutschland einbezogen. Bald nämlich wandte sich Amerikas große Liebe dem ehemaligen Erzfeind zu. Die Deutschen konnten, zur Verzweiflung getrieben, den Sowjets in die Arme fallen und dann mit ihnen gemeinsam den Westen tödlich bedrohen. …<<

Ruhrstatut (später Montanunion bzw. Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl)
Beim "Londoner Sechs-Mächte-Abkommen" beschlossen die westlichen Besatzungsmächte und die Benelux-Staaten (Belgien, Niederlande und Luxemburg) am 28. Dezember 1948 die Einsetzung einer Internationalen Ruhrbehörde (Ruhrstatut), um die gesamte Kohlen- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes zu kontrollieren (x101/18).
Die SPD-Parteizeitung "Neuer Vorwärts" kritisierte am 1. Januar 1949 das "Ruhrstatut" (x112/647): >>Das Statut bedeutet eine große Vertrauenskrise für die Demokratie und die westlichen Siegermächte im deutschen Volk. ...
Die Einigung ist jetzt auf Kosten des deutschen Volkes erfolgt. Durch die vorliegende Regelung wird keine gedeihliche internationale Zusammenarbeit geschaffen. Diese Internationalisierung ist einseitig mit bevorrechtigten Subjekten und dem benachteiligten Objekt Deutschland. ...<<
Das "Ruhrstatut" trat am 22. April 1949 in Kraft.
In diesem "Ruhrstatut" vom 22. April 1949 hieß es (x243/177): >>... Da die internationale Sicherheit und die allgemeine wirtschaftliche Gesundung erfordern, daß die Hilfsquellen der Ruhr ... nicht für Angriffszwecke verwendet werden, sondern im Interesse des Friedens ("errichten Belgien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Großbritannien und die USA) eine internationale Behörde für die Ruhr ... (zur) Aufteilung der Kohle, des Kokses und des Stahls. ...
Sobald eine deutsche Regierung errichtet worden ist, kann sie dem vorliegenden Abkommen beitreten. ...<<
Im Petersberger Abkommen vereinbarten die Bundesregierung und die westlichen Besatzungsmächte am 22. November 1949 einen teilweisen Demontagestopp. Die genötigte deutsche Bundesregierung beantragte danach den Beitritt zur Ruhrbehörde (Ruhrstatut: Einsetzung einer Internationalen Ruhrbehörde, um die gesamte Kohlen- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes zu kontrollieren, Einleitung der späteren EWG-Zwangseingliederung).
Der Beitritt zur Ruhrbehörde (Ruhrstatut) erfolgte nicht feiwillig und verstieß eindeutig gegen die Grundsätze des schon damals geltenden Völkerrechts. Die Westdeutschen wurden vor dem Beitritt nachweislich durch Ultimaten (Gewaltanwendung: "gezielte Hungerpolitik von Mai 1945 bis Anfang 1947 und Gewaltandrohung: Fortsetzung der geplanten Demontagen) systematisch unter Druck gesetzt.
Das Petersberger Abkommen verstieß zweifelsfrei gegen das Völkergewohnheitsrecht, denn ein durch Gewaltanwendung und Gewaltandrohung erzwungener Vertrag stellte einen derart eklatanten und schwerwiegenden Bruch des Völkerrechts dar, daß er von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden mußte.
Der gewaltsam erpreßte und damit völkerrechtswidrige Beitritt zur Ruhrbehörde (Ruhrstatut) sowie die Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften (Europäische Gemeinschaft für

Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) war eine Fortsetzung des Versailler Friedensdiktates von 1919. Die zwangsweise europäische Integration diente hauptsächlich dem Zweck, eine dauerhafte Überwachung und Lenkung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten.
Das Ruhrstatut wurde später aufgrund des Pariser Vertrages vom 18.04.1951 am 23. Juli 1952 in die Montanunion integriert.
Die Hohe Behörde der Montanunion wurde 1967 durch Fusionsvertrag in die EG integriert.
Bei der Ruhrbehörde (Ruhrstatut) handelte es sich um eine Tarnorganisation des US-Imperiums. Diese geschickt getarnte Organisation (angeblich der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich) sollte in erster Linie die langfristige wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung Deutschlands garantieren.
Infolge der Tatsache, daß der Beitritt zur Ruhrbehörde (Ruhrstatut) gewaltsam und damit völkerrechtswidrig erpreßt wurde, war die Mitgliedschaft in den Folgegemeinschaften (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) ebenfalls unwirksam.

Grundgesetz und Besatzungsstatut für die Bundesrepublik
Der für die Erstellung von Richtlinien für ein "Grundgesetz" betraute Sachverständigen-Ausschuß überreichte am 24. August 1948 einen kommentierten Verfassungsentwurf (x063/-630): >>(Nach Auffassung der meisten Sachverständigen) ... **ist das Deutsche Reich als Staat und Rechtssubjekt nicht untergegangen, sondern lediglich desorganisiert und seiner Geschäftsfähigkeit beraubt worden.**
Es kann sich also nicht darum handeln, Deutschland staatlich neu zu konstituieren, sondern ausschließlich darum, es – wenn auch unter Beschränkung auf seine westlichen Gebiete – provisorisch neu zu organisieren, wie etwa Frankreich durch die Verfassung der Vierten Republik nicht neu konstituiert, sondern nur neu organisiert worden ist. ...<<
Der SPD-Abgeordnete Carlo Schmidt (1896-1979, Prof. für Völkerrecht, 1949-66 und 1969-72 Bundestagsvizepräsident) erklärte am 8. September 1948 während einer Sitzung im Parlamentarischen Rat (x156/61-63): >>… Zuerst räumlich betrachtet: Die Volkssouveränität ist, wo man von ihrer Fülle spricht, unteilbar. Sie ist auch räumlich nicht teilbar. Sollte man sie bei uns für räumlich teilbar halten, dann würde das bedeuten, daß man hier im Westen den Zwang zur Schaffung eines separaten Staatsvolkes setzt. Das will das deutsche Volk aber in den 3 Westzonen nicht sein! Es gibt kein westdeutsches Staatsvolk und wird keines geben! ...
Nur das gesamte Volk kann "volkssouverän" handeln, und nicht eine Partikel davon. …
Wenn man die Dokumente Nr. I und III liest, die die Militärbefehlshaber den Ministerpräsidenten übergeben haben, dann erkennt man, daß sich die Besatzungsmächte eine ganze Reihe von Sachgebieten und Befugnissen in eigener oder in konkurrierender Zuständigkeit vorbehalten haben. Es gibt fast mehr Einschränkungen der deutschen Befugnisse in diesem Dokument Nr. I als Freigaben deutscher Befugnisse!
Die erste Einschränkung ist, daß uns für das Grundgesetz bestimmte Inhalte auferlegt worden sind; weiter, daß wir das Grundgesetz, nachdem wir es hier beraten und beschlossen haben, den Besatzungsmächten zur Genehmigung werden vorlegen müssen.
Dazu möchte ich sagen: Eine Verfassung, die ein anderer zu genehmigen hat, ist ein Stück der Genehmigungsberechtigten, aber kein reiner Ausfluß der Volkssouveränität der Genehmigungspflichtigen!
Die zweite Einschränkung ist, daß uns entscheidende Staatsfunktionen versagt sind: Auswärtige Beziehungen, freie Ausübung der Wirtschaftspolitik; eine Reihe anderer Sachgebiete sind vorbehalten. Legislative, Exekutive und sogar die Gerichtsbarkeit sind gewissen Einschränkungen unterworfen.

Die dritte Einschränkung: Die Besatzungsmächte haben sich das Recht vorbehalten, im Falle von Notständen die Fülle der Gewalt wieder an sich zu nehmen.
Die Autonomie, die uns gewährt ist, soll also eine Autonomie auf Widerruf sein, wobei nach den bisherigen Texten die Besatzungsmächte es sind, die zu bestimmen haben, ob der Notstand eingetreten ist oder nicht.
Vierte Einschränkung: Verfassungsänderungen müssen genehmigt werden.
Also: Auch die jetzt freigebende Schicht der ursprünglich voll gesperrten deutschen Volkssouveränität ist nicht das Ganze, sondern nur ein Fragment. Daraus ergibt sich folgende praktische Konsequenz:
Um einen Staat im Vollsinne zu organisieren, muß die Volkssouveränität sich in ihrer ganzen Fülle auswirken können. Wo nur eine fragmentarische Ausübung möglich ist, kann auch nur ein Staatsfragment organisiert werden. …
Mehr können wir nicht zuwege bringen, es sei denn, daß wir den Besatzungsmächten gegenüber – was aber eine ernste politische Entscheidung voraussetzen würde – Rechte geltend machen, die sie uns heute noch nicht einräumen wollen. Das müßte dann ihnen gegenüber eben durchgekämpft werden.
Solange das nicht geschehen ist, können wir, wenn Worte überhaupt einen Sinn haben sollen, keine Verfassung machen, auch keine vorläufige Verfassung, wenn "vorläufig" lediglich eine zeitliche Bestimmung sein soll. Sondern was wir machen können, ist ausschließlich das Grundgesetz für ein Staatsfragment.
Die eigentliche Verfassung, die wir haben, ist auch heute noch das geschriebene oder ungeschriebene Besatzungsstatut. …
Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschließen.
Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten.
Wir haben etwas zu schaffen, das uns die Möglichkeit gibt, gewisser Verhältnisse Herr zu werden, besser Herr zu werden, als wir das bisher konnten.
Auch ein Staatsfragment muß eine Organisation haben, die geeignet ist, den praktischen Bedürfnissen der inneren Ordnung eines Gebietes gerecht zu werden. Auch ein Staatsfragment braucht eine Legislative, braucht eine Exekutive und braucht eine Gerichtsbarkeit. ...<<
Am 8. April 1949 beschlossen die Außenminister Acheson (USA), Bevin (England) und Schuman (Frankreich) während einer Konferenz in Washington (vom 5. bis zum 8. April 1949) ein Besatzungsstatut für Westdeutschland und die Einsetzung einer Alliierten Hohen Kommission (Ersatz für den seit März 1948 entscheidungsunfähigen Alliierten Kontrollrat).
Die westdeutschen Ministerpräsidenten akzeptierten am 12. April 1949 das Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte.
Dieses Besatzungsstatut reduzierte zwar die geplanten Demontagen, aber die Souveränität der "neuen" Bundesrepublik Deutschland wurde nach wie vor bis zum 4. Mai 1955 durch die große Autorität der westlichen Besatzungsmächte erheblich eingeschränkt. Die Oberaufsicht der Alliierten über Reparationen, Entmilitarisierung und Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland sowie die Ruhrkontrolle änderte sich ebenfalls nicht und die "Alliierte Hohe Kommission" kontrollierte weiterhin die deutschen Landesregierungen und die zukünftige deutsche Bundesregierung.
Die westlichen Militärgouverneure, General B. H. Robertson (britische Zone), General Pierre Koenig (französische Zone), General Lucius D. Clay (nordamerikanische Zone), genehmigten am 12. Mai 1949 das Grundgesetz und verkündeten gleichzeitig das Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland (x101/198-199).

Der Parlamentarische Rat stellte am 23. Mai 1949 in einer öffentlichen Sitzung fest, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als zwei Dritteln der beteiligten westdeutschen Länder (Ausnahme: Bayern) angenommen und damit die Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 144 GG als parlamentarischer Staat gegründet worden sei.
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die völkerrechtliche Bedeutung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (x063/605): >>... Unbestritten ist heute, daß durch die militärische Kapitulation und durch die Besetzung des gesamten Staatsgebietes das Deutsche Reich als Staat, als Subjekt des Völkerrechts, nicht zu bestehen aufgehört hat. Es trat nur eine zeitweilige Handlungsunfähigkeit ein.
Diese Handlungsfähigkeit wurde wieder hergestellt, als am 8. Mai 1949 das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom Parlamentarischen Rat verabschiedet und am 23. Mai in Kraft gesetzt wurde. Es kann demnach das Wort von Gerhard Anschütz, verwandt für das Deutsche Reich von 1871 und 1919, ... erneut zitiert werden: "Das neue und das alte Reich stehen nicht im Verhältnis der Rechtsnachfolge, sondern dem der Identität."<<
Eine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes erfolgte damals nicht, so daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 ohne die direkte demokratische Beteiligung des deutschen Volkes in Kraft trat. Das deutsche Grundgesetz, in dem zahlreiche "Sonderwünsche" (Forderungen) der Westmächte berücksichtigt werden mußten, sollte im Hinblick auf Mittel- und Ostdeutschland nur für "eine Übergangszeit" gelten. Es wurde deshalb auf einen Volksentscheid verzichtet.
Die Urfassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 enthielt außerdem wesentliche Beschränkungen deutscher Hoheitsrechte, um Wiedergutmachungen und die Einbindung in Europa zu garantieren.
Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes erlassen, wie es in der Präambel hieß, sondern das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde formalrechtlich infolge eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure der drei Westmächte - als oberste Befehlshaber und Inhaber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen - in Kraft gesetzt.
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die Unterzeichnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (x063/634): >>Obgleich sich die tatsächliche Wirksamkeit des Grundgesetzes auf die ehemaligen 3 westlichen Besatzungszonen, die nunmehrige Bundesrepublik Deutschland beschränkte, so wurde doch in der Präambel gesagt, das Deutsche Volk in den, namentlich aufgeführten, Bundesländern habe "auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war". …<<
Am 5. Mai 1955 traten die Pariser Verträge in Kraft: Die Bundesrepublik Deutschland erhielt endlich die zugesagte Teil-Souveränität und fast alle Hoheitsrechte. Das Besatzungsstatut entfiel zwar offiziell, aber einige Vorbehaltsrechte und geheime Zusatzverträge der alliierten Siegermächte blieben weiterhin bestehen (Stationierungskosten, Truppenstationierung, Berlin-Status, Wiedervereinigungs- und Friedensvertragsfrage, Medienkontrolle u.a.).

Gründung der Deutschen Demokratischen Republik
Am 7. Oktober 1949 gründete die "Provisorische Volkskammer" die Deutsche Demokratische Republik. Die Ausrufung der "DDR" erfolgte aus taktischen Gründen erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland; scheinbar als Antwort auf einen Schritt des Westens. Tatsächlich war dieser Schritt nur die formelle Bestätigung einer Spaltungspolitik, die die Sowjetunion bereits seit Juli 1945 eingeleitet hatte (x009/406). Die von der Volkskammer gewählte Regierung der DDR übernahm später nach dem sowjetischen Muster die Bezeichnung "Ministerrat".

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (x063/635): >>... Während in den Westzonen der demokratische Aufbau von unten nach oben vor sich ging, wurde die staatliche und gesellschaftliche Form in der sowjetischen Besatzungszone von oben, durch die Besatzungsmacht und durch die der kommunistischen Politik und Ideologie verpflichtete SED geprägt. ...
Die Auflösung Preußens durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 – ein Willkürakt ohne Rechtsgültigkeit, da er weit über die Befugnisse hinausging, die die Haager Landkriegsordnung Besatzungsmächten einräumt – zerbrach eine wichtige Klammer zwischen West-, Mittel- und Ostdeutschland.
... Eine Befragung des Volkes, ob es tatsächlich einen Staat, abgetrennt vom übrigen Deutschland, bilden wolle, hat nie stattgefunden. Aus der Massenflucht der Bevölkerung aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet, einem täglichen "Volksentscheid mit den Füßen", Menschen aller Klassen und Stände, die Mehrheit von ihnen unter 25 Jahre, ließ sich die Stimmung gut entnehmen.
Eine Verfassung haben die Parteiinstanzen der Sowjetzone am 19. März 1949 verkündet. Auf dem Papier durchaus demokratisch, mit zahlreichen Bestimmungen, die nahezu wörtlich aus der Weimarer Verfassung übernommen wurden, bildeten sie in Wirklichkeit nur den Deckmantel für eine totale Willkürherrschaft. Die Einrichtung einer Geheimpolizei, des Staatssicherheitsdienstes, eine politisierte Justiz, Säuberungsaktionen, Gleichschaltung der Jugend, in steigendem Maße eine atheistische, religionsfeindliche Propaganda und die nahezu völlige Absperrung nach außen sollten der SED-Regierung die Kontrolle über die Bevölkerung sichern. ...<<
Die von der sowjetischen Besatzungsmacht gegründete DDR war kein souveräner Staat und keine Demokratie, sondern eine Diktatur. Die freien, geheimen Wahlen waren weder frei noch geheim und die Wahlergebnisse wurden je nach Bedarf manipuliert.
Die Parteiendiktatur der verschiedenen gleichgeschalteten Blockparteien leitete die SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) im Auftrag der sowjetischen Besatzungsmacht. Der kommunistische Einheitsstaat kontrollierte sämtliche Lebensbereiche. Alle DDR-Bürger wurden regelmäßig fast überall überwacht und Andersdenkende systematisch unterdrückt. Persönliche Freiheitsrechte gab es nicht. Jegliche freie Meinungsäußerung wurde unterdrückt, Bücher, Zeitungen, Radio, Fernsehen und sonstige kulturelle Einrichtungen wurden systematisch zensiert.
Im Rahmen der sowjetischen Umerziehung wurden die Mitteldeutschen von 1945 bis 1989 zu "überzeugten" Mitgliedern der klassenlosen marxistisch-leninistischen Gesellschaft, in der die Produktionsmittel einheitliches Volkseigentum und sämtliche Mitglieder der Gesellschaft sozial völlig gleich sein sollten, erzogen. In den Schulen mußte Russisch (ab Klasse 5) als erste Fremdsprache gelehrt werden.
Die Kommunisten strebten besonders die Zusammenfassung von Atheisten und Gläubigen an und ließen fast keinen Raum für irgendeine Religion. Nach dem Mauerbau im Jahre 1961 wurde die Reisefreiheit der DDR-Bürger drastisch eingeschränkt. Die allgegenwärtigen Mitarbeiter der Stasi (MfS) bespitzelten und bekämpften danach noch eifriger alle potentiellen Staatsfeinde.
Die "Thüringer Allgemeine" berichtete am 8. Oktober 2014: >>**"Die DDR als Diktatur und Unrechtsstaat"**
Der Politikwissenschaftler und scheidende Vorsitzende der Stiftung Ettersberg, Hans-Joachim Veen, erläutert in einem Gastbeitrag, warum die DDR für ihn ein Unrechtsstaat war. …
Die Dimensionen des Unrechtsstaates
Das kennzeichnet einen Unrechtsstaat:
a) das Fehlen grundlegender individueller Menschen- und Freiheitsrechte,

b) fehlende Freizügigkeit, keine Meinungsfreiheit, keine legale Oppositionsmöglichkeit,
c) das Einsperren der Menschen bei Gefahr ihrer Tötung, wenn sie den Staat verlassen wollen,
d) kein Schutz gegen Verwaltungswillkür, keine Verwaltungsgerichte,
e) keine Gewaltenteilung, keine unabhängige richterliche Gewalt zum Schutz der Rechte des Einzelnen,
f) die Ausbürgerung von Menschen und der Entzug ihrer bürgerlichen Rechte,
g) das Fehlen freier Wahlen, keine Entscheidungsrechte des Volkes,
h) keine demokratische Legitimierung der Herrschaft auf Zeit, sondern eine ideologische Legitimierung der Herrschaft auf unbegrenzte Zeit - die absolute Herrschaft einer Partei und die Ausbildung einer Einparteien-Diktatur,
i) ein Geheimdienst, der außerhalb des Rechts steht und Menschen unbegrenzt, ungehemmt und unkontrolliert bespitzeln, verfolgen, zersetzen und sogar töten kann,
j) eine parteiliche Rechtsprechung, die die Justiz als Instrument der Partei begreift,
k) schließlich ein ausuferndes politisches Strafrecht und Staatsschutzstrafrecht mit Gummiparagraphen, die den Einzelnen sehr rasch und willkürlich ins Unrecht setzen und Strafverfolgung und Schikane ermöglichen. …
Was kennzeichnet die Diktatur in der DDR?
... Wesentliche Kennzeichen einer Diktatur sind:
a) das Ziel einer totalen Erfassung und Gleichschaltung der Bevölkerung durch eine Partei und die ihr untergeordneten gesellschaftlichen Massenorganisationen;
b) das Nachrichtenmonopol des Herrschaftssystems, d.h. also die Unterdrückung einer freien Presse und eines politischen Pluralismus der Medien;
c) die rechtliche oder faktische Existenz eines Einparteienstaates mit dem Entscheidungsmonopol der Partei, die als Massenpartei organisiert ist, zugleich aber den Anspruch erhebt, die politische Elite zu verkörpern;
d) der Einsatz terroristischer Machttechniken, greifbar in der Existenz einer Geheimpolizei und eines entsprechenden Überwachungs-, Spitzel-, und Unterdrückungsapparates;
e) eine dem Anspruch nach allein- und allgemeingültige Herrschafts- und Gesellschaftsideologie.
Im Gegensatz dazu läßt sich die Demokratie knapp kennzeichnen als ein politisches System mit Grund- und Freiheitsrechten, die die Staatsgewalt begrenzen, mit periodischen freien Wahlen und Herrschaft auf Zeit, mit frei konkurrierenden Parteien und Interessenpluralität, mit Gewaltenteilung und mit Rechtsstaatlichkeit. …
Das Rechtsverständnis der DDR
Das Recht in der DDR verstand sich ausdrücklich als "sozialistisches Recht". Was das bedeutet, wird deutlich, wenn man es mit den Rechtsprinzipien der liberalen Demokratie vergleicht.
In der liberalen Demokratie hat das Recht immer die Funktion, dem Staat oder anderen Mächten, Wirtschaftsmächten zum Beispiel, oder auch anderen Menschen Grenzen zu setzen und das Individuum vor dem Machtmißbrauch durch andere zu schützen.
… Individuelle vorstaatliche Grundrechte werden nicht garantiert, außer dem Recht auf Religionsfreiheit.
Doch wer dieses Recht in Anspruch nahm, wurde diskriminiert und um berufliche Chancen gebracht. Meinungsfreiheit wird nur "im Rahmen der Verfassung" gewährt, d.h. durch den Führungsanspruch der Partei konterkariert.
Für die DDR galt, wie für andere sozialistische Staaten auch, eindeutig der Primat der Politik gegenüber dem Recht. Eine unabhängige richterliche Gewalt gab es in der DDR nicht, und das bedeutete, daß der Rechtsschutz der Bürger bis zum Schluß unterentwickelt blieb. …
So konnten die Menschen langjährig schikaniert werden.<<

NATO-Mitgliedschaft

Die Bundesrepublik Deutschland wurde am 9. Mai 1955 Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft (NATO).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Gründung der NATO (x068/272-273): >>... Das amerikanische Wesen ist das Geld: der Inbegriff des Yankee-Daseins. Natürlich erfaßt dies nicht alles, aber das Wichtigste. ...

Für ihre ungeheure Aufrüstung hatten die Amerikaner militärische, mehr jedoch wirtschaftliche Gründe. Deshalb traten auch viele jener, die das Geschwätz von der Gefahr aus dem Osten keinen Augenblick glaubten, für Aufrüstung und Nato ein.

Derart konnte enorm verdient werden und wurde enorm verdient. Und gerade nach dem Verlust Chinas benötigte man Europa auch als Absatzmarkt. Der Verlust des chinesischen Riesenreichs aber seit der Flucht Tschiang Kai-scheks samt seiner unfähig-korrupten Regierung 1949 nach Formosa (Taiwan), seit dem Sieg Mao Tse-tungs hatte die Öffentlichkeit in den USA nahezu unvorbereitet überrascht. Und er war um so größer, als nun nicht nur jeder amerikanische Einfluß in China ausschied, sondern auch im gesamten pazifischen Raum gefährdet schien.

In Europa aber begann jetzt nach dessen militärischer Eroberung die friedliche. Ein US-Konzern nach dem anderen investierte in den zuvor zerbombten und zerschossenen Städten. Und die Rechnung, daß eine im Krieg ruinierte Wirtschaft schneller wächst als eine, die den Krieg so glänzend überstand, erwies sich als richtig, zumal auch die US-Banken von Anfang an mitspielten, deren Politik in Europa war: alte Investitionen retten, neue vornehmen. Ja, das Bankhaus Dillon, Read, setzte so sehr auf die Rentabilität seiner Anlagen im Nachkriegsdeutschland, daß es deutschen Industriebossen noch vor Kriegsende eine Privatanleihe von einer Milliarde Dollar anbot.

Man gründete Filialen, baute Fabriken, erwarb Aktienmajoritäten. Man nahm Fusionen vor, kaufte ganze Betriebe, kaufte Bergwerke und Banken. Die Sache nahm einen ähnlichen Verlauf wie das frühere Vorgehen in Lateinamerika. Die Beherrschung der Alten Welt durch die Neue begann.

Man schuf hunderteweise Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Man überzog Westeuropa mit einem Netz wirtschaftlicher Einfluß- und Machtsphären, und alles geschah mit einem Tempo ohnegleichen. Ganze Branchen, die Mineralöl-, die Büromaschinen-, Landmaschinen-, die Kosmetikindustrie u.a. wurden von US-Firmen beherrscht. Selbst im kleinen Holland gab es schon im März 1960 nicht weniger als 105 Filialen der größten amerikanischen Gesellschaften. …<<

Mitgliedschaft des Warschauer Beistandspaktes

Die Staaten des Sowjetblocks (UdSSR, Albanien, Bulgarien, CSR, Polen, Rumänien und Ungarn), zu denen als 8. Staat die DDR gehörte, schlossen am 14. Mai 1955 in Warschau einen Beistands- und Rüstungspakt (Warschauer Beistandspakt bzw. Militärbündnis) gegen die Abwehrbemühungen der nichtkommunistischen Staaten Europas und unterstellten sich dem Oberbefehl des Sowjetmarschalls Konjew.

Die Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes beschlossen am 25. Februar 1991 in Budapest die Auflösung des Militärbündnisses (Ende des sog. "Kalten Krieges").

**Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1990**

Am 12. September 1990 wurde in Moskau das Abschlußdokument der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" von den Außenministern der beteiligten Länder unterzeichnet.

Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Dieter Blumenwitz schrieb später über den sog.

"Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x151/56): >>... Die Vorgaben für die 2+4-Verhandlungen lauteten: "Kein Friedensvertrag, sondern eine völkerrechtlich verbindliche Regelung über die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Vereinigung". ...<<
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete später (im Juni 2011) über die Folgen der sog. Wiedervereinigung (x878/...):
>>**Europa und das deutsche "nationale Interesse"**
... Der Euro und die Wiedervereinigung
Die Wiedervereinigung stellte die Nachkriegsordnung und damit die bisher bestehenden Grundlagen der europäischen Einigung in Frage. Der Präsident Frankreichs, Mitterrand, machte seine Zustimmung zur deutschen Einheit von der Aufgabe deutscher Souveränität in Gestalt der D-Mark und der Einbindung Deutschlands in einen europäischen Währungsverbund abhängig. (Die USA bestanden auf einem Verbleib Gesamtdeutschlands in der NATO, was auch eine fortbestehende signifikante US-Truppenpräsenz in Deutschland bedeutete.)
Zwar wird der Zusammenhang zwischen Wiedervereinigung und Aufgabe der D-Mark zugunsten des Euro immer wieder bestritten, aber er ist so offenkundig, daß sich eine Diskussion nicht lohnt. Bundeskanzler Helmut Kohl hat mit seinem außerordentlichen historischen Verständnis diese Zusammenhänge in den entscheidenden Jahren 1989/1990 gesehen und entsprechend gehandelt. Er tat dies im deutschen nationalen Interesse, denn ohne diese Konzession wäre die Wiedervereinigung nicht zu haben gewesen. ...<<
Die Deutsche Demokratische Republik trat am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland bei. Gemäß Einigungsvertrag vom 29.09.1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 3. Oktober 1990 Länder der Bundesrepublik Deutschland (obgleich die neuen Länder der Deutschen Demokratischen Republik erst am 14. Oktober 1990 gebildet werden!!!). Der 3. Oktober ist seither ein gesetzlicher Feiertag ("Tag der deutschen Einheit").
Infolge des Inkrafttretens des Staatsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR gehörten die fünf neuen Bundesländer seit dem 3. Oktober 1990 zur EG.

Die BRD und die DDR waren nie souveräne Staaten
Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik waren bis zum Abschluß des "Zwei-Plus-Vier-Vertrages" keine souveränen Staaten, weil das Deutsche Reich völkerrechtlich nie untergegangen ist. Es handelte sich lediglich um Besatzungskonstrukte der alliierten Siegermächte, aber um keine Staaten im völkerrechtlichen Sinn, denn sie verfügten nicht über die klassischen Merkmale eines Staates: Weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Deutsche Demokratisc Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt. he Republik waren völkerrechtlich politisch und ökonomisch unabhängige Staaten.
Bei der sogenannten Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik handelte es sich lediglich um die von den alliierten Siegermächten planmäßig angeordnete Vereinigung von zwei ehemaligen Besatzungszonen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges bzw. von zwei unsouveränen, abhängigen Staatsgebilden.
Die von den Siegermächten gegründete BRD und die DDR waren nie souveräne Staaten. In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) waren die freien, geheimen Wahlen zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten die Interessen des deutschen Volkes nie souverän vertreten.
Aufgrund des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) sowie der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vor-

gaben der alliierten Siegermächte. Insofern waren alle bisher durchgeführten Wahlen in der BRD (wie auch in der DDR) überflüssige Pseudowahlen.

Folgen des Zwei-Plus-Vier-Vertrages

In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag wurde ausdrücklich die offizielle Souveränität der Bundesrepublik Deutschland verkündet. Das neue Verwaltungskonstrukt (BRD und DDR = BRD) übernahm jedoch gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben. Gemäß Bundesgesetzblatt Teil II, Seite 1386 ff. vom 8. Oktober 1990 wurden durch den Abschluß des "Zwei-Plus-Vier-Vertrages" jedenfalls zahlreiche Punkte des Überleitungsvertrages von 1954 nicht verändert.

Die diskriminierenden Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und 107) der UN-Charta wurden ebenfalls ignoriert und nicht gestrichen.

Hans Werner Bracht (1927-2005, deutscher Jurist und Prof. für öffentliches Recht) schrieb später in einem Gutachten über die völkerrechtlichen Konsequenzen des sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrages" vom 12. September 1990 (x800/...): >>... 2. Der Einigungsvertrag zwischen der "Bundesrepublik Deutschland" und der "DDR" vom 6. September 1990 hat in Artikel 4, Ziffer 2 den Artikel 23 des Grundgesetzes aufgehoben.

Daher gilt nach gegenwärtigem bundesdeutschem Staatsrecht nicht mehr: "Das Grundgesetz ist nach dem Beitritt anderer Teile Deutschlands in diesen Teilen in Kraft zu setzen." Diese Aufhebung war staatsrechtlich rechtswidrig, da nicht alle Teile Deutschlands (Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße etwa) dem Grundgesetz beigetreten sind.

3. Von der Bundesregierung ist dafür als Begründung angegeben worden, daß die Wiedervereinigung Deutschlands mit dem Beitritt der DDR zum Grundgesetz vollzogen sei und daher kein weiteres Gebiet in Europa mehr der Bundesrepublik beitreten könne.

Damit hat die Bundesregierung freilich indirekt auf Ostdeutschland jenseits der Oder und Neiße verzichtet (Das eigentliche Ostdeutschland ist niemals Mitteldeutschland, wie dieses heute genannt wird.). Und das obwohl zu diesem Zeitpunkt noch keine gesamtdeutsche Regierung und auch kein gesamtdeutscher Gesetzgeber bestand und daher eine solche Abtretung staatsrechtlich irrelevant ist, zumal ja auch die Bundesrepublik Deutschland nicht identisch mit dem Deutschen Reich war und ist, das nach wie vor besteht.

Zu einer völkerrechtlich gültigen Abtretung fehlt ihr daher jede Rechtsgrundlage: Ich kann und darf nicht rechtsgültig das Grundstück meines Nachbarn an Fremde abtreten.

Das wäre rechtsunwirksam.

4. 4. Noch deutlicher als im Einigungsvertrag kommt diese gewollte Abtretung im "Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland", im sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag, zum Ausdruck, der am 12. September 1990 von der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und den vier Hauptsiegermächten in Moskau abgeschlossen wurde.

In Artikel 1 dieses Vertrages wird auf jeden künftigen Gebietsanspruch Deutschlands anderen Mächten gegenüber verzichtet, ohne daß dafür eine Rechtsgrundlage welcher Art auch immer für die Bundesrepublik Deutschland vorhanden war.

In diesem Artikel werden auch die deutschen Ostgebiete nicht mehr als deutsches Staatsgebiet aufgeführt.

5. 5. Trotz dieser entscheidend deutlichen Völkerrechtsgrundlage muß die Bundesrepublik Deutschland aber in jedem Fall Artikel 20 Absatz 3 des Grundgesetzes berücksichtigen.

Zu diesem dort genannten Recht gehört auch das Völkerrecht nach Artikel 25 Grundgesetz das nach dieser Bestimmung sogar dem Bundesrecht im Rang vorgeht. …<<

**Völkerrechtlicher Status Ostdeutschlands (deutsche Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße)**

Hans Werner Bracht (1927-2005, deutscher Jurist und Prof. für öffentliches Recht) schrieb später in einem Gutachten über die Rechtssituation Deutschlands (x800/...): >>... 10. 10. Dazu ist zu a) und b) festzustellen:

a) Die deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße sind zweifellos annektiert worden. Eine solche Annexion soll durch den Grenzanerkennungsvertrag mit Polen vom 14. November 1990 durch dessen folgende Ratifikation abgeschlossen werden und "Recht" begründen.

Entsprechend verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland auch in Artikel 2 des deutsch-sowjetischen Vertrages über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit vom 9. November 1990, künftig keine Gebietsansprüche künftig mehr gelten zu machen.

b) Eine solche Annexion ist aber niemals ein völkerrechtlicher Grund für einen dauerhaften Erwerb aller deutschen Ostgebiete durch die polnische und sowjetische Annexion und Okkupation.

11. 11. Jede Vereinbarung, die die von Polen und der Sowjetunion annektierten deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße betrifft, ist somit zunächst in diesen beiden Punkten eine Verletzung von Artikel 53 der Wiener Vertragsrechtskonvention. Rechtsfolge könnte daher von jeder Bundesregierung, die der jetzigen folgt, den Okkupationsmächten gegenüber geltend gemacht werden.

Daher kann eine solche Vereinbarung nicht dem Frieden in Europa auf Dauer dienen. Denn dieser völkerrechtlich begründete Rechtsanspruch nach der UNO-Konvention vom 22. November 1967 ist unverjährbar und unverzichtbar nach Artikel 8, Abs. 4 der Genfer Konvention von 1949. Die Geltendmachung solcher Ansprüche gegen Polen und Rußland ist völkerrechtlich daher jederzeit zulässig.

12. 12. Darüber hinaus ergibt sich ebenfalls aus dem allgemeinen Recht der internationalen Verträge ein weiterer Rechtsgrund, dessen Nichtbeachtung gleichfalls zur Nichtigkeit im Sinne von Artikel 57 der Wiener Vertragskonvention von jeder entsprechenden völkerrechtlichen Vereinbarung führt, mit der die Bundesrepublik Deutschland die von Polen und der Sowjetunion annektierten Gebiete des Deutschen Reiches jenseits von Oder und Neiße an die beiden Okkupationsmächte abtreten wollte und würde.

Wenn ein solcher Abtretungsvertrag völkerrechtswirksam sein sollte, muß die Bundesrepublik Deutschland vorerst einmal über die abzutretenden Gebiete auch völkerrechtlich überhaupt abtretungs- und damit verfügungsberechtigt gewesen sein.

Das war jedoch zu keinem Zeitpunkt jemals der Fall, denn das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erstreckte sich nie über Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße.

13. 13. Denn unstreitig ist die Bundesrepublik Deutschland jedenfalls vor der Annexion der deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße über diese Gebiete schon damals nicht völkerrechtlich befugt gewesen, weil sie zum Zeitpunkt der Annexion gar nicht bestand.

Sie ist aber auch nachträglich nicht völkerrechtlich verfügungsberechtigt geworden.

Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes in dieser Sache über den Fortbestand des Deutschen Reiches, das als solches allein völkerrechtlich verfügungsberechtigt über seine Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße ist, ist es auch bis heute nicht untergegangen. Doch ist es als solches auch heute noch nicht einmal völkerrechtlich handlungsfähig.

...

Die Wiedervereinigung hat durch Einigungsvertrag nämlich ebenso wie durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag ausdrücklich nur für Westdeutschland und Mitteldeutschland stattgefunden.

Auch der Untergang des Deutschen Reiches ist bisher noch durch kein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes bestätigt worden.

Für seine Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße bleibt daher auch allein das Deutsche Reich

verfügungsberechtigt. Doch ist es völkerrechtlich nicht handlungsfähig und kann daher schon aus diesem Rechtsgrund kein Gebiet völkerrechtlich zulässig abtreten.
15. 15. Demzufolge hat die Bundesrepublik Deutschland mit dem deutsch-polnischen "Grenzanerkennungsvertrag" vom 14. November 1990 deutsche Gebiete abgetreten, die abzutreten sie weder staats- noch völkerrechtlich die Möglichkeit und daher auch nicht die Befugnis hatte, da sie niemals die Territorialgewalt über diese Ostgebiete ausübte.
Die Wiener Vertragsrechtskonvention kennt zwar keine ausdrückliche Bestimmung, wonach ein Vertrag, der eine unmögliche Leistung zum Gegenstand hat, nichtig ist. Doch gilt auch hier der alte Rechtssatz: Es gibt keine Verpflichtung zu etwas Unmöglichem. Dieser allgemeine Rechtssatz ist sicherlich zwingende Norm des Völkerrechts.
Daher ist der Vertrag vom 14. November 1990, der Ostdeutschland an Polen abtritt, nach Artikel 53 der Wiener Vertragsrechtskonvention nichtig, weil er eine Leistung verspricht, die keiner der Beteiligten erbringen kann.
a) Die Bundesrepublik Deutschland nicht, weil sie über dieses Gebiet völkerrechtlich nicht verfügungsberechtigt ist.
b) Das Deutsche Reich nicht, weil es zwar die Territorialhoheit über seine Ostgebiete hatte und daher insoweit völkerrechtlich auch verfügungsberechtigt gewesen wäre, es aber zur Zeit nicht kann, weil es völkerrechtlich nicht handlungsfähig ist. ...
Solange das Deutsche Reich noch besteht, kann die Bundesrepublik Deutschland nicht auf Ansprüche verzichten, Gebiete von den Okkupationsmächten zurückzubekommen, über die jedenfalls die Bundesrepublik Deutschland niemals verfügungsberechtigt war, da sie darüber niemals irgendeine Territorialgewalt hatte. Und die dazu noch völkerrechtwidrig erlangt wurde.
Auch eine solche Nichtigkeit kann daher jede zukünftige Bundesregierung zu jeder Zeit gegen eine polnische und russische (und litauische) Okkupationsmacht geltend machen.
20. Außerdem besteht bis heute noch kein Friedensvertrag mit Deutschland, da entgegen einer weit verbreiteten Meinung der sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag noch kein solcher Friedensvertrag ist: Er wurde nämlich nicht von Deutschland, sondern nur von der Bundesrepublik Deutschland unterschrieben.
Das ist aber noch nicht Deutschland, sondern nur ein Teil Deutschlands. Ein Teil kann aber nicht für das ganze Deutschland unterschreiben, wenn er dazu gar keine ausdrückliche Vollmacht hat. ...<<
Der ursprüngliche Artikel 146 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, der im Bundesgesetzblatt 1949 Nr. 1 veröffentlicht wurde, lautete wie folgt (x859/...): >>Artikel 146
Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.<<
Artikel 146 des aktuellen deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautete wie folgt (x890/...): >>Artikel 146
Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.<<
Aufgrund des aktuellen Grundgesetzes ist die Einheit und Freiheit Deutschlands angeblich für das gesamte deutsche Volk vollendet. Der "Verzicht" auf Teile des fortbestehenden Deutschen Reiches (Ostdeutschland = deutsche Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße) ist jedoch gemäß Artikel 25 GG völkerrechtswidrig und deshalb ungültig und nichtig.
Artikel 25 des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautete wie folgt (x890/...):
>>Artikel 25
Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den

Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.<<
Bei der Vertreibung von etwa 14 Millionen Deutschen aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas, wobei mindestens 2 Millionen ihr Leben verloren, handelte es sich zweifelsfrei um Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
Der Verzicht auf die deutschen Ostgebiete (Ostdeutschland: 114.648 qkm bzw. 24,4 % des deutschen Staatsgebietes in den Grenzen von 1937) verstieß zweifelsfrei gegen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts. Die Anerkennung dieser gewaltsam festgesetzten Grenzen bedeutet die Billigung von völkerrechtswidrigen Vertreibungen, legalisiert kollektive Schuldzuweisungen sowie kollektive Bestrafungen und befürwortet Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtete im Oktober 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1996 über Ostdeutschland bzw. die deutschen Ostgebiete (x853/...): >>... **47. Tag der Heimat - ein Rückblick**
... Es war eine peinliche Entgleisung, als ein einsamer Zwischenrufer die Rede des Bundespräsidenten mit "Vaterlandsverräter" unterbrach. Dieser bedauerliche Fauxpas spiegelt aber keineswegs die Einstellung der Heimatvertriebenen wider, wenngleich sie von den Ausführungen Roman Herzogs sicher etwas anderes erwartet hatten. Sein Redenschreiber bewies keine glückliche Hand, als er manche Formulierung wählte, welche die Heimatvertriebenen zutiefst verletzen mußten.
Wenn der Bundespräsident ausgerechnet vor Menschen, die mit unglaublicher Brutalität unter Verlust von etwa 3 Millionen Angehöriger sagte, "daß die durch den Krieg verlorenen Ostgebiete zu unserem geschichtlichen und kulturellen Erbe, aber nicht mehr zu unserem Staat gehören", mag dies den Forderungen der political correctness genügen, kaum aber den Erwartungen der Heimatvertriebenen an ihr Staatsoberhaupt gerecht werden.
Ein Wort des Trostes für das unermeßliche Leid vergangener Tage hätte den gedemütigten und geschundenen Opfern haßerfüllter Sieger gutgetan. Der barmherzige Samariter des Evangeliums goß Öl und Wein in die Wunden dessen, der unter die Räuber gefallen war. Warum sich der Redenschreiber für Essig entschied, bleibt unerfindlich. Westdeutschen, die unangefochten in ihrer Heimat leben konnten, mag der Verlust der Heimat von Millionen Ostdeutscher wenig bedeuten. Um so schwerer wiegt er für die Betroffenen, deren Wunden nicht heilen wollen.
Kehren wir zum Zwischenrufer zurück. So inakzeptabel sein "Vaterlandsverräter" war, so menschlich begreiflich erscheint sein Fauxpas auf dem Hintergrund jahrzehntelanger Beteuerungen sämtlicher verantwortlichen Politiker von Konrad Adenauer über Willy Brand bis Herbert Wehner, die sich über alle Parteigrenzen hinweg einmütig zu den Grenzen Deutschlands in den Grenzen von 1937 bekannten. Alle stimmten mit der Erklärung der sozialdemokratischen Politiker Ollenhauer, Wehner und Brandt in ihrem Grußwort zum Schlesiertreffen im Juni 1963 überein:
"Breslau, Oppeln, Gleiwitz, Hirschberg, Glogau, Grünberg, das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen, die in den Seelen von Generationen verwurzelt sind und unaufhörlich an unser Gewissen klopfen. Verzicht ist Verrat. Wer wollte das bestreiten!
Das Recht auf Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhökern. Niemals darf hinter dem Rücken der aus ihrer Heimat vertriebenen und geflüchteten Landsleute Schindluder getrieben werden."
Wenn der Bundespräsident erklärte, Deutschland habe keine Gebietsansprüche, wird ihm auch jeder Heimatvertriebene zustimmen. Natürlich erheben wir keine Gebietsansprüche an Polen und Russen, wohl aber stimmen alle rechtlich denkenden Deutschen mit der Erklärung Professor Hallsteins vom Oktober 1956 vor dem Deutschen Bundestag überein, daß die Heimatver-

triebenen "niemals auf den Anspruch verzichtet haben, ihre Heimat in Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit wiederzuerlangen."
Wenn Politiker erklären, der Verlust eines Viertels Deutschlands sei der Preis für den von uns begonnenen Krieg, steht ihr Argument auf tönernen Füßen. Mit derselben Logik und Konsequenz müßten England, Frankreich, Rußland und Polen erhebliche Teile ihres Landes abtreten, weil sie ausnahmslos alle seit 1800 wesentlich mehr Kriege geführt haben als Deutschland.
England liegt mit 80 Kriegen an der Spitze, dicht gefolgt von Frankreich mit 75 Kriegen. Rußland zog in 63 Eroberungskriege und Polen in 32. Das angeblich so kriegslüsterne Deutschland, einschließlich Preußen, liegt mit 23 Kriegen merklich dahinter.
Erinnern wir uns der Worte des großen Friedenspapstes Pius XII: "Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden!"
Der völkerrechtswidrige und menschenverachtende Raub eines Viertels Deutschlands mag Europa vor neuen gewaltsamen Konflikten bewahren. Zu echter Versöhnung oder gar Freundschaft mit den östlichen Nachbarn leistet er keinen Beitrag. ...<<

**Der völkerrechtliche Status der Bundesrepublik Deutschland**
Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete im August 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 8 – 1989 über "das Deutsche Reich und seine völkerrechtlichen Grenzen" (x853/...): >>... **Klarstellungen zu einem aktuellen Streit**
Seit der CSU-Vorsitzende Theo Waigel auf dem Schlesiertreffen von der offenen deutschen Frage sprach, zu welcher auch das endgültige Schicksal der Ostgebiete des Deutschen Reiches gehöre, ist hierzulande ein erbitterter Streit entbrannt.
Politische Gegner und aufgebrachte Kommentatoren werfen Waigel im Verein mit der kommunistischen Warschauer Regierung "revanchistische Gesinnung" und Anpassung an die "Republikaner" vor und forderten Bundeskanzler Kohl zu einer klärenden Stellungnahme auf. Dieser kam im Rahmen seiner Möglichkeiten dieser Aufforderung nach und warnte vor einer unersprießlichen Grenzdiskussion.
Mehr konnte Helmut Kohl auch nicht tun. Denn als Verfassungsorgan ist der Bundeskanzler an die Aussagen des Bundesverfassungsgerichts gebunden. Und dieses hat in insgesamt 6 Urteilen (vom 23. Oktober 1952, 7. Mai 1953, 26. Februar 1954, 17. August 1956, 26. März 1957 und 31. Juli 1973) den Fortbestand des Deutschen Reiches über den Zeitpunkt der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht hinaus festgestellt. Dabei ging es in Anlehnung an den Grundgesetz-Artikel 116 von "dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937" aus. Zu diesem "Gebiete" gehörten im Osten Schlesien und Pommern ebenso wie Ost- und Westpreußen und sind daher nach der Aussage des Bundesverfassungsgerichts Bestandteile des Deutschen Reiches.
- Da nach der eigenmächtigen Inbesitznahme dieser Gebiete durch die Sowjets und die Polen im Jahre 1945 die tatsächliche Hoheitsgewalt dort seit Jahrzehnten aber nicht mehr vom Deutschen Reich wahrgenommen werden kann, andererseits jedoch auch noch kein rechtsverbindlicher Friedensvertrag abgeschlossen worden ist, befindet sich die endgültige Zugehörigkeit der deutschen Ostgebiete in der Tat noch in der Schwebe und gehört mithin zur offenen deutschen Frage.
Bundesfinanzminister Waigel bewegte sich daher mit seiner Aussage auf dem Schlesiertreffen völlig im Rahmen des Völkerrechts und der höchstrichterlichen Feststellungen des Bundesverfassungsgerichts. Jede Kritik an den Ausführungen des CSU-Vorsitzenden ist mithin auch ein Widerspruch gegen Völkerrecht und innerstaatliche Rechtspraxis, was in einem Rechtsstaat wie der Bundesrepublik nicht unproblematisch ist. Noch bedenklicher erscheinen die Einwürfe gegen die Waigel-Rede vor dem Hintergrund der geschichtlichen Fakten.

Da ist nämlich Tatsache, daß die Sieger des Zweiten Weltkriegs in ihren grundlegenden Aussagen über Deutschland vom Deutschen Reich des Jahres 1937 ausgegangen sind. Das belegen die Dreimächtevereinbarungen zwischen USA, UdSSR und Großbritannien vom August und September 1944 ebenso wie eine von ihnen am 12. September 1944 abgezeichnete Deutschlandkarte "Germany - Zones of Occupation".
Auf dieser Karte erstreckt sich Deutschland von Aurich bis Oppeln und von Freiburg bis zur Memel, umfaßt also eindeutig die deutschen Ostgebiete. Daran ändert sich auch nach der deutschen Kapitulation nichts, wie die Viermächte-Erklärung vom 5. Juni 1945 ausweist. Darin verkündeten England, Frankreich, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, daß "Deutschland innerhalb seiner Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden, für Besatzungszwecke in vier Zonen aufgeteilt wird".
Illustriert wird dieses Deutschland-Bild von einer Karte, welche die amerikanische Besatzungszeitung für Bayern, "Münchener Nachrichten", am 28. Juli 1945 veröffentlichte. Als "Karte der endgültigen Zonen" stellt sie das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 vor und weist der "Russen-Zone" neben der heutigen DDR auch Pommern und Schlesien zu. Aus Platzgründen fehlt die Einzeichnung Ostpreußens.
So blieb die Deutschland-Definition als das Gebiet in den Grenzen von 1937 auch in den Nachkriegsjahren gültig - zumindest für die drei Westmächte. Diese bewirkten dann, daß der Parlamentarische Rat gleichfalls von einem solchen Deutschland ausging und den Grundgesetz-Artikel 116 entsprechend formulierte. Dieser Grenzbeschreibung folgte wiederum das Bundesverfassungsgericht in seinen erwähnten Urteilen über die Gültigkeit des Reichskonkordates von 1933 und die Verfassungsmäßigkeit des Grundlagenvertrages von 1972.
Die im Moskauer Vertrag vom August 1970 und im Warschauer Vertrag vom Dezember 1970 beschriebenen Grenzverläufe mit der namentlichen Erwähnung der Oder-Neiße-Linie als der polnischen Westgrenze und der innerdeutschen Grenze als Staatsgrenze beanspruchen nach dem Verständnis des Grundgesetzes keine Endgültigkeit, da sie nicht Bestandteil eines Friedensvertrags oder einer friedensvertragsähnlichen Regelung sind. In diesem Falle hätten die beiden Ostverträge mit Zweidrittel-Mehrheit gebilligt werden müssen. Sie haben aber bekanntlich nur eine relative Mehrheit im Deutschen Bundestag bekommen und diese auch nur nach Annahme einer von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion durchgesetzten gemeinsamen Resolution des Deutschen Bundestages. ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt " berichtete am 8. Juli 2000 (x887/...): >>**Die Diskriminierung muß weg**
**55 Jahre "Feindstaatenklausel" - wie lange noch?**
Die Vereinten Nationen stehen für Recht und Gerechtigkeit zwischen den Völkern, sie stehen für Sicherheit und 55 Jahre nach Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945 auch für Kontinuität.
Kontinuität kann bisweilen auch die Ungerechtigkeit und das Unrecht haben. Die Charta beinhaltet für die heutige Zeit unhaltbare weil in hohem Maße ungerechte Regelungen. Artikel 53 Absatz 1 Satz 2,2 und 3. Halbsatz und Absatz 2 sowie Art. 107 der Charta der Vereinten Nationen erklären beispielsweise Deutschland zum "Feindstaat" und damit für vogelfrei.
Die Bestimmungen der Artikel 53 und 107 der Charta diskriminieren Deutschland, Österreich und Japan, indem Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen ohne Zustimmung des Sicherheitsrates Zwangsmaßnahmen gegen diese Länder beschließen können, ohne daß hierdurch gegen die Charta verstoßen würde.
Gemäß VN-Charta gelten die damaligen Achsenmächte im Zweiten Weltkrieg Deutschland, Österreich, Italien, und das verbündete Japan als sogenannte Feindstaaten. Die Bestimmungen sind über 55 Jahre nach Beendigung jenes Krieges, nach über 50 Jahren der Zusammenarbeit mit diesen zuverlässigen demokratischen Staaten, nach über 50 Jahren der äußersten Zurück-

haltung in der Nutzung der eigenen Streitkräfte jenseits der eigenen Grenzen und nach Jahrzehnten der Einbindung in die internationalen und supranationalen Staatengemeinschaften Vereinte Nationen, Europäische Union, Europarat und OSZE schlichtweg nur noch unverständlich.
Diese Regelungen der Charta gehören daher auf die Tagesordnung der Generalversammlung der Vereinten Nationen, um einer ersatzlosen Streichung zugeführt zu werden, so wie jedes Land Gesetze ändert, wenn sie nicht mehr sinnvoll erscheinen. Bleibt die Feindstaatenklausel rechtlich gültig und mag ihre Anwendung auch noch so sehr theoretischer Natur sein, kann dies nur noch als beabsichtige Diskriminierung verstanden werden.
Aus Sicht deutscher Heimatvertriebener ist die aus der Charta erwachsende Diskriminierung gleich doppelter Natur, da über die Diskriminierung der Artikel 53 und 107 der VN-Charta hinaus auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker gemäß Artikel 1 Ziffer 2 der VN-Charta für die Bevölkerung der deutschen Ostprovinzen, die zu Millionen brutal vertrieben wurde, keine Verwirklichung erfährt. Dieser völkerrechts- und menschenrechtswidrige brutale Akt der Vertreibung wird seit den verschiedenen Vertreibungen in den letzten zehn Jahren auf dem Balkan vom Internationalen Strafgerichtshof gewissenhaft verfolgt.
Die Vertreibung der Deutschen bleibt trotz gegenteiliger Erklärungen der Vereinten Nationen ein Ausnahmefall, denn Jahrzehnte nach den Nürnberger Prozessen findet eine strafrechtliche Verfolgung der Verbrechen Angehöriger der Vertreiberstaaten, selbst wenn ihnen individuelles Unrecht im Sinne menschenrechtswidriger Verbrechen nachgewiesen werden kann, nicht statt.
80 Jahre nach der Volksabstimmung vom 11. Juli 1920 in Ost- und Westpreußen, in Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, das in der internationalen Völkergemeinschaft als ius cogens (zwingendes Recht) gewertet wird, bleiben den deutschen Heimatvertriebenen das Selbstbestimmungsrecht und das damit im Zusammenhang stehende Recht auf die Heimat verwehrt. Was bleibt ist eine VN-Charta, die zur Floskel verkommt. Es besteht Handlungsbedarf!<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. November 2008 (x887/...): >>**Westbindung gegen wirtschaftliche Vorteile**
Vor 60 Jahren unterzeichneten Adenauer und die Alliierten Hohen Kommissare das Petersberger Abkommen
Vor 60 Jahren hatten der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer und die Vereinigten Staaten von Amerika ein wichtiges gemeinsames Ziel. Beide wollten die Westbindung der Bundesrepublik einschließlich Teilnahme an der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), Europarat und Marshallplan.
Und wie Adenauer hatten auch die USA ein Interesse daran, daß der amtierende Bundeskanzler im Amt blieb. Mit der Alternative, Oppositionsführer Kurt Schumacher, war die geplante Westbindung nämlich kaum zu erreichen. Der sozialdemokratische, patriotische Westpreuße wollte ein sozialistisches, unabhängiges, geeintes Deutschland. Die Bindung an den "kapitalistischen Westen" lehnte er ab, weil sie - zumindest in seinen Augen - zum einen analog zur Ostbindung der DDR die Vereinigung der beiden deutschen Staaten erschwerte und zum anderen der Bundesrepublik ihre (vermeintliche) Wahlfreiheit zwischen Sozialismus und Kapitalismus nahm.
Adenauer wußte, daß seine Politik der Westbindung in der Bundesrepublik nur politisch mehrheitsfähig und damit durchsetzbar war, wenn sie mit einer Verbesserung der Lebenssituation seiner Mitbürger einherging. Schon aus diesem Grunde mußte er sich für eine Lockerung des Besatzungsregimes mit seinen Demontagen und Beschränkungen etwa der Werftindustrie einsetzen. In den USA sah man durchaus ein, daß man den Bundesbürgern materielle Anreize bieten mußte, wollte man sie als Verbündete in der bipolaren Ordnung mit der Sowjetunion

gewinnen.
Abgesehen davon, daß es fünf Jahre nach dem Völkerringen in den USA durchaus noch Ressentiments gegen Deutsche gab, wollten die US-Amerikaner es allerdings verhindern, in dieser Frage von der Bundesregierung gegen ihre Verbündeten und Mitbesatzungsmächte Großbritannien und Frankreich ausgespielt zu werden. Entsprechend reserviert war ihr Entgegenkommen gegenüber der Bundesregierung.
Im Prinzip stellten sich vor 60 Jahren die drei Westmächte zu der in Aussicht stehenden Stärkung der Bundesrepublik genauso wie 40 Jahre später. Die europäischen Mächte Großbritannien und Frankreich reagierten mit Angst. 1949 wurde die Fortsetzung der wirtschaftlich-industriellen Knebelung der Bundesrepublik von Frankreich aus sicherheitspolitischen Gründen gewünscht, damit Deutsche in Feldgrau "nicht ein viertes Mal in hundert Jahren" auf französischem Boden stünden, und von den Briten aus wirtschaftspolitischen, um die deutsche Konkurrenz auf den Weltmärkten nicht zu groß werden zu lassen.
Die USA hingegen reagierten 1949 wie 1989 mit der Souveränität einer Supermacht. Ihnen schien die Bundesrepublik weder sicherheitspolitisch noch wirtschaftspolitisch gefährlich werden zu können. In den USA wußte man 1949 wie 1989, daß eine Stärkung der Bundesrepublik die Stärkung des von ihnen selbst geführten westlichen Lagers bedeutete, sofern denn die Westbindung der Bundesrepublik sichergestellt wäre.
Ein Pfand war den US-Amerikanern dabei das wenige Wochen vor der Verkündung des Grundgesetzes beschlossene Ruhrstatut, das der Bundesrepublik die (alleinige) Verfügungsgewalt über das wirtschaftliche Herz Deutschlands, wenn nicht gar Europas, das Ruhrgebiet, vorenthielt. Gemäß diesem von den Westalliierten und den Beneluxstaaten beschlossenen Statut sollte eine von den Unterzeichnerstaaten und Deutschland beschickte Ruhrbehörde das Aufsichtsrecht über die westdeutsche Schwerindustrie ausüben.
Von der Bundesregierung erwarteten die Besatzungsmächte nun, daß sie wie die Signatarstaaten Vertreter in die Behörde entsandte und sie damit anerkannte. Für Schumacher war das genauso wie die gemeinsame Mitgliedschaft mit dem Saarland im Europarat Verrat - und Adenauer ein "Bundeskanzler der Alliierten", denn dieser setzte die Mitarbeit in der Ruhrbehörde wie den Beitritt zum Europarat durch.
Im Gegensatz zu den Franzosen und Briten, aber ähnlich wie die US-Amerikaner verband der Kanzler mit der Ruhrbehörde die Hoffnung, daß von diesem Instrument der einseitigen Diskriminierung der Bundesrepublik eine (west)europäische Integration gleichberechtigter Staaten ausgehen könne. Erleichtert wurde der Bundesregierung die Entscheidung zur Mitarbeit in der Ruhrbehörde durch diverse, insbesondere wirtschaftliche und damit für den Volkswohlstand bedeutende Erleichterungen des Besatzungsregimes: Die Demontagen wurden eingeschränkt, die Beschränkungen im Schiffbau gelockert und die Errichtung von Konsulaten in den westlichen Ländern genehmigt.
Festgezurrt und verbindlich gemacht wurden diese ersten Schritte der Bundesrepublik Richtung Westbindung und die Gegenleistungen der Besatzer durch das Petersberger Abkommen. Vor 60 Jahren, am 22. November 1949, unterzeichneten der deutsche Bundeskanzler auf der einen Seite sowie die drei Alliierten Hohen Kommissare Sir Brian Hubert Robertson, André Francois-Poncet und John Jay McCloy auf der anderen diese erste frei ausgehandelte Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und ihren Besatzungsmächten auf dem Petersberg, dem Sitz der Alliierten Hohen Kommission.<<
Der deutsche Jurist Dr. Klaus Sojka (1926-2009) schrieb im Jahre 2008 über die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland (x857/...): >>**Die BRD ist kein Staat**
Die BRD ist kein Staat, sondern lediglich ein provisorisches "Besatzungs-Konstrukt". …
Die Annahme oder Ablehnung des Grundgesetzes kann nur unmittelbar durch das Volk bestimmt werden. Das geht aus Art. 20 II hervor. Danach geht alle Staatsgewalt vom Volke aus.

Sie wird (vornehmlich) vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und (untergeordneter, zweitrangiger Weise) durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt. Nun wurde auch hier mit formaljuristischen Winkelzügen "ausgelegt", daß der Text "in Wahlen und Abstimmungen" nur für den Begriff Wahlen gilt. Abstimmungen könnten nur bei der Neugliederung des Bundesgebietes (Art. 29) stattfinden. Demgegenüber ist klarzustellen, daß ein Verfassungstext eindeutig sein muß, daß er für jedermann verständlich und in keiner Weise "auslegungsfähig" ist. Sonst gilt im Zweifel das, was dem Volk selbst zum Besten gereicht.
Und hätten die Väter des Grundgesetzes tatsächlich den Begriff der Abstimmungen nur auf die Neugliederung des Bundesgebiets bezogen, hätten diese besten Fachleute das mit wenigen Worten im Text festgestellt. Die Einschränkung auf Art. 29 II GG ist daher verfassungswidrig, weil willkürlich, daher unbeachtlich. –
Und eine Annahme unmittelbar durch das Volk gleichsam durch schlüssige Handlung, etwa durch mehrheitliche Teilnahme an Bundestags-Wahlen, ist staatsrechtlich ebenso undenkbar wie der Begriff "indirekte Demokratie", der einen Widerspruch in sich bezeugt. Das Grundgesetz ist daher gegenwärtig nicht wirksam zustande gekommen. Und weil jeder Staat die klassischen Mindest-Säulen, nämlich ein Staatsvolk, ein Staatsgebiet und eine gültige Verfassung, aufweisen muß, kann die BRD kein rechtlich fundierter Staat sein. Eine gültige Verfassung für Deutschland steht, wie erwähnt, nach wie vor aus. …<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 27. Februar 2010: >>**Parteitag in Dortmund: SPD-Chef Gabriel holzt gegen Union und FDP**
Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat auf dem Sonderparteitag in Dortmund den Angriff auf Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen ausgerufen. In seiner Rede kritisierte er die Spitzen von Union und FDP: Rüttgers schade der Demokratie, Westerwelle sei ein Populist und Kanzlerin Merkel mangele es an Führungswillen.
Zehn Wochen vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hat SPD-Chef Sigmar Gabriel die bundespolitische Bedeutung des Urnengangs hervorgehoben und die schwarz-gelben Regierungen im Bund und in Düsseldorf scharf angegriffen.
In Deutschland sei ein "kräftiges Signal" gegen die Politik von CDU und FDP im Bund nötig, sagte Gabriel auf einem Parteitag der nordrhein-westfälischen SPD in Dortmund. "Das muß auch das Signal sein, das am 9. Mai von NRW ausgeht." Die Wahl im bevölkerungsreichsten Bundesland sei für die ganze Republik von Bedeutung.
Der Bundesregierung aus Union und FDP warf Gabriel Unfähigkeit vor. Er habe in seinem politischen Leben "noch nie einen so katastrophalen Start einer Regierung in Deutschland erlebt". Schwarz-Gelb sei "die schwächste Regierung, die wir je hatten". **"Wir haben gar keine Bundesregierung"**, fügte Gabriel unter dem Beifall der rund 450 Delegierten hinzu.
**Vielmehr sei Kanzlerin Angela Merkel (CDU) "Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland"**. Sie könne die schwarz-gelbe Koalition in keiner einzigen wichtigen Frage auf eine gemeinsame Linie bringen. Merkel sei nur solange eine gute Kanzlerin gewesen, "wie sie von Sozialdemokraten bewacht wurde". …<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 23. April 2011 (x887/...): >>**Frieden schaffen**
von Max Klaar
Die immer noch aufrechterhaltene Feindstaatenklausel der UN gegen das Deutsche Reich ist abzulösen. Die ehemaligen Kriegsgegner sollen zum Wohle ihrer Völker auf der Grundlage eines Friedensvertrages als souveräne, gleichberechtigte Partner den Weg der Sicherheit und Zusammenarbeit durch friedlichen Interessenausgleich beschreiten.
Dazu schlägt der Verband deutscher Soldaten e.V. vor:
1. Gegenseitiges auf ewig gültiges Verzeihen aller aneinander begangener Völkerrechts-

verbrechen im Zuge der Kriegshandlungen.
2. Gegenseitiger und endgültiger Verzicht darauf, sich diese Verbrechen wechselseitig vorzuwerfen und Ansprüche daraus geltend zu machen. Die unselige und rückwärtsgewandte Kriegsschulddebatte ist nach den beiden Weltkriegen zu beenden. Dazu halten wir für erforderlich:
3. Öffnung aller Archive der ehemaligen Kriegsgegner zur Erforschung der wahren Gegebenheiten in den Abläufen 1910 bis 1950 und Rückgabe der beschlagnahmten, unverfälschten Archivstücke auf Gegenseitigkeit.
4. Berufung einer Wahrheitsfindungs-Kommission von unabhängigen Historikern zur Auswertung der bisher geheimgehaltenen Dokumente aus verschlossenen Archiven und Übernahme ihrer Ergebnisse in die Bildungsarbeit. Der Frieden soll zwischen den Vertragspartnern unumkehrbar gemacht werden. Das ist zu erreichen durch:
5. Beendigung aller Besatzungen und Auflösung militärischer Fremdstationierungsstützpunkte im Vertragsgebiet.
6. Unverletzlichkeit aller Staatsgrenzen der Vertragspartner.
7. Rückgabe beschlagnahmten Eigentums; wo das nicht möglich ist, wird über eine Regelung Einigkeit hergestellt.
8. Verpflichtung zur Öffentlichkeit der Diplomatie.
9. Umwandlung der Nato zur Neso (Northern Earth Security Organisation). Diese soll als politische Organisation und zugleich reine Verteidigungsgemeinschaft gewährleisten, daß kein Mitglied im Bunde mit anderen Mitgliedern dieser Organisation gegen einen dritten Staat der Gemeinschaft aus Eurasien und Nordamerika koalieren kann.
10. Die Neso soll den freien Welthandel sichern. Sie erklärt dazu die Offenheit der Handelswege zu Land, Luft und See.
11. Piraterie wird geächtet. Alle Nationen haben zur Abwehr der Piraterie das Notwehrrecht.
12. Die Neso-Staaten erklären den Verzicht auf Gewalt als Mittel ihrer Politik. Sie werden das Selbstbestimmungsrecht der Völker respektieren und nie wieder als erste Waffen einsetzen. Nur die UN haben das Gewaltmonopol, gegen Staaten vorzugehen, die Völkerrechtsverbrechen wie Völkermord und/oder Vertreibung begehen.
13. Die Neso-Staaten werden keinen anderen Staat unterstützen, der sich künftig des Völkerrechtsverbrechens der Vertreibung und/oder des Völkermordes schuldig macht.
14. Die Neso-Staaten garantieren religiöse Toleranz und werden keine religiösen Dominanzbestrebungen zulassen.
Auf der Grundlage dieser Punkte sind die Regierungen aller betroffenen Staaten zu einer Friedenskonferenz nach Münster und Osnabrück einzuladen, um den Zweiten Weltkrieg abzuschließen und dadurch künftigen Generationen die Perspektive einer friedlichen Zukunftsordnung in gegenseitiger Achtung und Verantwortung zu ermöglichen.
Nachdruck aus "Soldat im Volk". Max Klaar ist Oberstleutnant a.D. und Bundesvorsitzender des Verbandes deutscher Soldaten e.V.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 16. Oktober 2011: >>**"Lebenslüge der Bundesrepublik"**
von Egon Bahr
*Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung.*

In der *Zeit* habe ich geschildert, wie dem frisch gewählten Bundeskanzler Willy Brandt bei Amtsantritt "drei Briefe" an die Botschafter der Westmächte zur Unterschrift vorgelegt wurden. Damit sollte er zustimmend bestätigen, was die Militärgouverneure in ihrem Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 an verbindlichen Vorbehalten gemacht hatten. Als Inhaber der unkündbaren Siegerrechte für Deutschland als Ganzes und Berlin hatten sie diejenigen Artikel des Grundgesetzes suspendiert, also außer Kraft gesetzt, die sie als Einschränkung ihrer Hoheit verstanden.
Willy Brandt war empört. Zum einen darüber, daß man dem früheren Regierenden Bürgermeister damit unterstellte, er wüßte nicht, was die Vorbehaltsrechte der drei Mächte für Berlin (West) seit der Gründung der Bundesrepublik bedeutet haben. Zum anderen hat er sich immer auf seine demokratische Wahl bezogen und dieses Mandat über dem der weisungsgebundenen Stadtkommandanten empfunden. Vor allem hat es ihn empört, weil er als Bundeskanzler zuerst seinem Amtseid verpflichtet ist.
Die Siegermächte besiegelten die Deutsche Teilung
Die Beamten haben ihn darauf hingewiesen, daß Adenauer diesen Brief vor der Genehmigung des Grundgesetzes durch die drei Militärgouverneure unterschrieben hatte, was dann Erhard und Kiesinger wiederholt hatten. - Dann könne er das auch machen, entschied Brandt. Helmut Schmidt konnte sich nicht erinnern, einen entsprechenden Brief vorgelegt bekommen zu haben. Kohl habe ich nicht gefragt.
… In der Charta der Vereinten Nationen existieren noch immer die Feindstaatenartikel, nach denen die Sieger im Falle eines Falles ihre Rechte über Deutschland aktivieren können.
Lebenslüge der alten Bundesrepublik
Die BRD und die DDR mußten einen Brief, den ich mit DDR-Staatssekretär Michael Kohl abgestimmt habe, an unsere jeweiligen Großen oder Freunde schreiben, daß auch durch Beitritt der beiden Staaten die Siegerrechte nicht erlöschen. Aber das spielt keine Rolle mehr, weil die Vier versichert haben, sie würden sich darauf nicht mehr berufen und die Charta seit ihrem Bestehen nicht verändert wurde und die Büchse der Pandora geöffnet würde, falls man auch nur in einem Punkte damit beginnen würde.
Daß über die geschilderten Realitäten geschwiegen wurde, hat einen einfachen Grund. Es war eine der Lebenslügen der alten Bundesrepublik, 1955 mit dem Beitritt zur Nato zu behaupten, wir wären souverän geworden. Im obersten Ziel der Einheit der Nation waren wir es nie. Die Bundesregierung und die drei Westmächte hatten 1955 dasselbe Interesse: Über die fortdauernde Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung nicht zu sprechen. …<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. Juni 2013 (x887/...):
>>**Der Anspruch auf Konfisziertes besteht fort**
Es ist still geworden um die Entschädigung des konfiszierten Eigentums in den Heimatgebieten der deutschen Vertriebenen. Viele Anspruchsberechtigte sind verstorben, die rechtmäßigen Erben haben resigniert oder sind ahnungslos hinsichtlich ihrer Ansprüche. Der Bund der Vertriebenen (BdV) hat sich letztmalig 2006 hörbar zu der Problematik geäußert. Bei der Bundesdelegiertenversammlung 2006 wurde dazu eine Resolution verabschiedet. Sie hatte einen Appell an die Bundesregierung und die Nachbarstaaten im Osten zum Inhalt, die offenen Vermögensfragen einer Lösung zuzuführen.
Die 2007 gegründete Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV) hat als Hauptziel die Entschädigung des zurückgelassenen Eigentums im Programm. Abgesehen von den Landsmannschaften Ostpreußen, Schlesien und dem Landesverband Baden-Württemberg der Sudetendeutschen Landsmannschaft wurde und wird die EUFV von allen übrigen deutschen Vertriebenenverbänden nicht unterstützt. Inzwischen haben die Bundeskanzlerin und 2004 auch der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder erklärt, daß sie Entschädigungsforderungen nicht unterstützen werden; ja, sogar darauf hinwirken wollen, daß diese unterblei-

ben. Dem scheint das BdV-Präsidium Rechnung zu tragen.
Jedenfalls haben alle Bundesregierungen seit 1990 versäumt, die offenen Vermögensfragen einer Lösung zuzuführen. Dabei gab es gute Gelegenheiten, das Problem auf höchster diplomatischer Ebene zu lösen. Bevor Polen Mitglied der EU wurde, hätte man deutscherseits die entsprechenden Verhandlungen führen müssen. 2003 erklärte der damalige polnische Staatspräsident Kwasniewski bei seinem Deutschlandbesuch, daß die Entschädigungsfrage ungelöst sei. Er wisse auch keine Lösung. Mit gutem Willen auf beiden Seiten wäre damals eine Übereinkunft möglich gewesen.
Den Enteigneten ist immer klar gewesen, daß eine Lösung der Eigentumsproblematik nur im Rahmen einer humanitären und symbolischen Geste möglich gewesen wäre. Doch noch nicht einmal eine derartige Geste des guten Willens haben die Regierungen zustande gebracht. Die Bundesregierung hat den gebotenen diplomatischen Schutz der eigenen Landeskinder in der Wiedergutmachungsfrage unterlassen. Deshalb hat sie sich nun entschädigungspflichtig gemacht. Diese Auffassung hatte schon 2004 der verstorbene Völkerrechtler Blumenwitz vertreten.
Ein weiterer Aspekt, der diese Auffassung stützt, kommt hinzu. Die Bundesregierung hat im Rahmen des Natobeitritts Deutschlands 1955 den Überleitungsvertrag unterzeichnet. In diesem Vertrag verpflichtet sich die deutsche Regierung, jetzt und zukünftig, keine Entschädigungsansprüche gegenüber den Siegermächten geltend zu machen.
Als Siegermächte gelten auch die Vertreiberstaaten. Kanzler Kohl hat diesen Überleitungsvertrag 1990 erneut unterzeichnet. Kohl, dem Wahrheit und Klarheit zweitrangig waren, wenn es ihm opportun erschien, hat den Überleitungsvertrag nicht dem Bundestag zur Genehmigung vorgelegt, sondern in einer kurzen Protokollnotiz die weitere Gültigkeit des Vertrages bekanntgegeben.
Der Bundesvorstand der LO hat nunmehr offiziell klargestellt, daß sich alle Entschädigungsansprüche für das konfiszierte Eigentum in den Heimatgebieten gegen die Bundesregierung richten. Dieser Haltung liegt die richtige Erkenntnis zugrunde, daß die Heimatvertriebenen nun fast 25 Jahre nach der Wende und ebenso langer intensiver Aufbauarbeit in den Ostprovinzen des früheren deutschen Reiches, das stabile Vertrauensverhältnis zwischen der heutigen polnischen und litauischen Mehrheitsbevölkerung und der deutschen Minderheit nicht gefährden wollen.
Das Verhältnis zu den Nachbarn im Osten hat sich normalisiert, das soll aus Sicht der Heimatvertriebenen auch so bleiben. Die Entschädigungsansprüche der Vertriebenen wegen ihres konfiszierten Eigentums in Heimatgebieten gegen die Bundesregierung bestehen weiterhin. Der in den 50er und 60er Jahren gezahlte Lastenausgleich war keine Entschädigung. Schon in der Präambel des Lastenausgleichgesetzes wird klargestellt, daß die Leistungen aus diesem Gesetz lediglich ein Ersatz für Nutzungsausfall sind.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Juli 2013 (x887/...):
>>**Land minderen Rechts**
NSA-Skandal wirft alte Frage neu auf: Wie souverän ist Deutschland?
Kanzlerin und Opposition spielen die Empörten. Doch glauben kann ihnen die Entrüstung niemand, der die Hintergründe kennt.
Die Enthüllungen des Edward Snowden haben den Blick auf einen lange verdrängten dunklen Punkt der deutschen Wirklichkeit gelenkt: die noch immer eingeschränkte Souveränität unseres Landes gegenüber ehemaligen Besatzungsmächten.
Wie beiläufig tritt zutage, daß die Deutschen nicht nur massiv ausspioniert werden, sondern daß zudem deutsche Geheimdienste nach einer Vereinbarung von 1968 verpflichtet sind, Rohdaten an die Westalliierten weiterzugeben. BND, Verfassungsschutz und Militärischer Abschirmdienst (MAD) erscheinen so als Handlanger fremder Mächte. Die Vereinbarungen

waren bis 2012 geheim. Angeblich nehmen Westalliierten ihr Recht seit 1990 nicht mehr in Anspruch - so wird behauptet, doch was darf man nach den jüngsten Enthüllungen noch glauben?
Im Zusammenhang mit der Vereinbarung berichtet die "Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" von mehreren gemeinsamen Absichtserklärungen von BND und US-Geheimdiensten, die weiterhin als streng geheim eingestuft würden. Solche sinistren (unheilvollen) Andeutungen rufen die sagenumwobene "Kanzlerakte" in Erinnerung:
Eine Verpflichtungserklärung, welche alle deutschen Regierungschefs nach Amtsantritt zu unterzeichnen hätten. Allein Willy Brandt soll sich, erbost und entsetzt vom Inhalt, zunächst geweigert haben, die Akte zu unterzeichnen. Erst, als ihm eindringlich bedeutet wurde, daß alle seine Vorgänger unterschrieben hätten und dies auch für ihn unumgehbar sei, habe er sich gefügt. Brandt nannte die Akte einen "Unterwerfungsbrief", wie Egon Bahr 2009 in der "Zeit" enthüllte hat.
Bis zur Offenlegung durch Bahr wurden alle Mutmaßungen über die "Kanzlerakte" ins Reich der Verschwörungstheorien verbannt. Seitdem hat sich ein Spalt geöffnet auf eine Realität, vor deren Hintergrund die spontane Entrüstung der Kanzlerin wie der Opposition über die NSA nur noch scheinheilig klingt. "Freunde abhören geht gar nicht", empört sich Merkel wenig glaubwürdig, der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dieter Wiefelspütz, tönt: "Keine Bundesregierung kann akzeptieren, daß wir ein Land minderen Rechts sein sollen." Und warum haben SPD-Regierungen das dann getan?
Für den Status "minderen Rechts" spricht, daß deutscherseits offenbar kaum Gegenspionage betrieben wird. Überdies bauen die USA nach Absprache mit deutschen Behörden in Wiesbaden für mehr als 100 Millionen eine neue Spionagezentrale.
Solche Nachrichten richten schweren Vertrauensschaden an. Die Deutschen könnten den Eindruck gewinnen, daß ihre Politiker Deutschlands Interessen an andere Länder verraten und ihr eigenes Volk hinters Licht führen. Um dem zu begegnen, muß Merkel mehr liefern als durchschaubare Wahlkampfsprüche.<<
Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtete am 4. August 2013: >>**"Das ist mir alles zu lahm"**
Linksfraktionschef Gregor Gysi über den Wahlkampf in Deutschland
Er vermisse die Leidenschaft im Wahlkampf, sagt Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der Linken im Bundestag. Er spricht zudem darüber, wie regierungsfähig seine Partei ist und wie er einen Politikwechsel durchsetzen will in einem Land, in dem zur Zeit kaum Wechselstimmung zu spüren ist.
Gregor Gysi im Gespräch mit Gerhard Schröder
**Gerhard Schröder:** Herr Gysi, PRISM, Tempora, X-Keyscore, das sind kryptische Kürzel, die vor kurzem niemand kannte. Jetzt stehen sie in den Schlagzeilen. Sie bezeichnen Programme, mit denen britische und amerikanische Geheimdienste massenhaft E-Mails und andere Daten von auch Privatnutzern im Internet abschöpfen sollen. Das behauptet zumindest der frühere amerikanische Geheimdienstler Edward Snowden, der sich derzeit in Rußland versteckt hält. Sind für Sie die Ausmaße dieses Abhörskandals schon erkennbar?
**Gregor Gysi:** Nein, noch nicht, weil man ja jeden Tag was Neues erfährt, und das ist dann immer so, daß das so ein Zyklus ist, bei dem plötzlich die Faktenlage sich verändert, verschiebt. Es geht offensichtlich um Millionen Daten, es sind natürlich schwerwiegende Grundrechtsverletzungen, und ich finde, daß unsere Regierung viel zu wenig tut. Aber was ich eben auch erstaunlich finde ist, daß ja das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wäre es nicht doch an der Zeit, daß wir mal als Land souverän werden und die Besatzung beendet wird? Dazu müßte eben auch das Besatzungsstatut aufgehoben werden. Jetzt haben sie nur die Verwaltungsvereinbarung zwischen den Geheimdiensten aufgekündigt, das reicht nicht. Wir brauchen kein

Besatzungsstatut mehr, Deutschland muß das beenden.
Und außerdem muß ich mal sagen: Das finde ich jetzt spannend, die Lösung. Ich verstehe ja, daß die Regierung Hemmungen hat, Herrn Snowden Asyl zu gewähren, weil das die amerikanische Regierung übel nähme.
Aber eines steht ja auf jeden Fall fest: Wir müssen ihn als Zeugen hören. Und ich finde, man müßte ihn dann nach Deutschland einladen, dann muß man seine Sicherheit gewähren, dann bekommt er a) die Kronzeugenregelung und b) ein Zeugenschutzprogramm. Das machen wir auch für Deutsche, warum nicht für einen US-Amerikaner? Und dann müßten wir ihn schützen. Wenn sie den Mumm nicht haben, dann sollten sie aber nicht gegen Rußland wettern, sondern hinfahren und ihn vernehmen. Wir müssen doch einmal wissen, was hier eigentlich los ist, sagen Sie mal.
**Schröder:** Wer sollte ihn vernehmen?
**Gysi:** Na, die Staatsanwaltschaft dann, ganz klar. Also, ich meine, da kann dann natürlich auch noch meinetwegen die Bundeskriminalpolizei dabei sein. Aber zunächst müssen die Ermittlungsorgane ihn vernehmen als Zeugen, anders geht es ja gar nicht.
**Schröder:** Die Bundesregierung, Sie haben das erwähnt, hat nun ein Abkommen mit Großbritannien und den USA gekündigt, von 1968 ist es. Es regelt den Austausch von Daten, auch mit Geheimdiensten. Ist das nicht ein richtiger Schritt?
**Gysi:** Ja, aber der reicht nicht, weil das Besatzungsstatut nach wie vor gilt. Und es kommt noch etwas hinzu. Es gibt ja die Genehmigung an über 200 Firmen, die steuerbefreit sind, die andere Privilegien hatten, erteilt von Außenministern, hier zu spionieren. Die machen das ja im Auftrage dieser Geheimdienste; im Auftrage des Militärs. Und wissen Sie, wer der erste Außenminister war, der das genehmigt hat?
Das war Joschka Fischer. Der zweite hat es erweitert, das war Herr Steinmeier. Und der dritte, der es auch noch mal erweitert hat, war Herr Westerwelle. Über 200 Firmen haben im Auftrage des amerikanischen Militärs und der amerikanischen Geheimdienste hier die Spionage privilegiert organisiert, steuerbefreit. Die konnten machen, was sie wollten. Die Regierung hat gesagt, die sind nicht an das Recht gebunden. Das hat mich wirklich entsetzt, damit hatte ich nicht gerechnet.
**Schröder:** Was kann denn die Bundesregierung konkret tun, damit amerikanische oder britische Geheimdienste Daten von Deutschen nicht abschöpfen?
**Gysi:** Also das Erste ist mal, daß man keine Abkommen schafft und keine Genehmigungen erteilt, die genau das Gegenteil bewirken. Die Genehmigungen an die Firmen, diese Verwaltungsabkommen, haben eben zum Gegenteil geführt. Dann muß man, ich sage es noch einmal, das Besatzungsstatut aufheben, das können wir auch verlangen, wir sind ja ein souveränes Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen ...
**Schröder:** ... welche Folgen hätte das denn?
**Gysi:** Ja, das hätte die Folgen, daß sie nicht aus dem Besatzungsstatut Rechte herleiten können für ihr Militär, für ihre Geheimdienste. Das ist dann vorbei. Und damit sie rechtmäßig handeln, geht es dann nur noch über Verträge mit Deutschland. Und dann hängt es wieder vom Willen der politischen Mehrheit und der Regierung ab, was sie genehmigt und was sie nicht genehmigt. Ich glaube übrigens natürlich auch, daß es ihnen sicherlich um die Fragen von Terroristen geht, aber ich glaube, es geht denen auch um Wirtschaftsspionage, es geht den USA um viel mehr. Und wer will denn das kontrollieren, woher sollen wir denn wissen, was sie mit den Daten machen, was sie damit anstellen, wofür sie sie verwenden?
Weiß es die Regierung? Nein. Und wenn ich die Regierung eines Landes bin, dann ist es meine Aufgabe, meine Bevölkerung zu schützen. Und dann muß man Verträge machen, die man sogar transparent machen kann, daß man sagen kann: Das hat man ihnen erlaubt und alles andere ist unterbunden worden.

**Schröder:** Die NSA sagt: Wir schöpfen gar nicht massenhaft ab, sondern nur gezielt zur Abwehr von Verbrechen und Terror. Nicht glaubwürdig?

**"Geheimdienste leiden darunter, daß sie alles wissen wollen"**

**Gysi:** Ich kenne keinen Geheimdienst, der nicht sich geheimnisvoll umgibt hinsichtlich dessen, was er macht. Und warum sollen die denn das zugeben? Natürlich werden die das so sagen. Aber sie erfassen ja Daten millionenfach. Nun behaupten sie bloß - sie gucken ja gar nicht rein, sondern sie gehen da nur nach bestimmten Stichworten. Geheimdienste leiden immer darunter, daß sie eigentlich alles wissen wollen. Und dann brechen sie irgendwann zusammen, weil sie mit dem Wissen gar nichts mehr anfangen können.

Aber ich bin ganz sicher, daß sie auch Wirtschaftsspionage und andere Dinge betreiben. Da sind die USA relativ hemmungslos schon immer in ihrer Geschichte gewesen, auch heute. Und dem Geheimdienst würde ich nicht trauen. Und schon deshalb, wenn wir das aufklären wollen, müssen wir Herrn Snowden als Zeugen hören.

**Schröder:** Unklar ist, ob die amerikanischen Geheimdienste auch in Deutschland zum Beispiel Server nutzen, um Daten auszuspähen. Welche Bedeutung hätte das, wenn das so wäre?

**Gysi:** Also das wäre natürlich ein starkes Stück, muß ich mal sagen, weil ja dann das Ganze nicht mehr von den USA organisiert wird, sondern direkt in Deutschland. Und das ist das, was ich vorhin meinte. Jeden Tag kommt jetzt was Neues raus, und dann ist man irgendwie entsetzt und sagt: Was, das kommt auch noch dazu und das kommt auch noch dazu. Und vor allen Dingen finde ich ja auch witzig, daß unsere Geheimdienste erklären, davon nie was gewußt zu haben.

Also ich meine, das ist ja nun grotesk, das glaube ich ihnen nicht. Aber wenn sie es wirklich nicht gewußt haben, sind sie auch komplett unfähig. Also wenn die nicht mal mitkriegen, daß hier millionenfach Daten abgeschöpft werden von den USA, ja - wozu hat man denn dann Geheimdienste? Also, das kann ich mir, ehrlich gesagt, nicht vorstellen.

**Schröder:** Fühlen Sie sich von der Bundesregierung ausreichend informiert?

**Gysi:** Nein. Ich meine, ich kann mir schon vorstellen, die einzelnen Personen haben nicht immer alles selbst gewußt, das ist schon so. Aber die ganze Struktur stimmt doch nicht. Da passiert doch in den Ministerien vieles, und ich glaube auch die Bevölkerung glaubt weder Frau Merkel noch Herrn Westerwelle, noch dem Bundesinnenminister, daß sie diese Umstände nicht zumindest in den Grundzügen gekannt und gewußt haben, nicht im Detail, aber in den Grundzügen. Und sie eiern da ziemlich rum.

**Schröder:** Zuständig für die Kontrolle der Geheimdienste ist das sogenannte Parlamentarische Kontrollgremium. Da sitzen einige Abgeordnete drin. Wie können die Abgeordneten hier jetzt für Aufklärung sorgen?

**Gysi:** Das ist schwer, und zwar, sie haben recht, da sitzt ja auch ein Abgeordneter von uns. Das Erste ist mal, daß sie zur Verschwiegenheit verpflichtet sind. Sie machen sich sogar strafbar, wenn sie diese Verschwiegenheitsverpflichtung nicht einhalten. Dadurch ist es ja nur eine kleine Gruppe von Abgeordneten, die etwas erfährt. Aber das Zweite ist: Sie sind ja immer auf die Information der Geheimdienste angewiesen, sie wissen ja auch nicht, ob ihnen die Wahrheit gesagt wird oder ob ihnen die Wahrheit nicht gesagt wird. Deshalb ist die Fähigkeit des Parlaments, diesbezüglich wirklich zu kontrollieren, sehr eingeschränkt.

**Schröder:** Wäre ein Untersuchungsausschuß hilfreich?

**Gysi:** Das müßte man sehen, das werden wir prüfen in der nächsten Legislaturperiode. Wichtig ist nur: Es gibt so viele Zeugen, die wir aus den USA brauchten, die kriegen wir dafür nicht. Aber wenn es genügend Stoff gibt, den wir hier in Deutschland aufklären können, dann bin ich dafür. Also, wir werden das prüfen, und es spricht im Augenblick vieles dafür, daß wir einen solchen Untersuchungsausschuß bilden müssen im Deutschen Bundestag. Zum Beispiel auch mit der Frage: Wie können wir die Kontrolle durch das Parlament deutlich verbessern,

also viele andere Sachen, die einen in diesem Zusammenhang beschäftigen.
**Schröder:** Sollte Edward Snowden auch dem Parlament, dem Parlamentarischen Kontrollgremium, Auskunft geben, würden Sie dafür plädieren?
**Gysi:** Ja, und wenn wir einen Untersuchungsausschuß bilden, erst recht. Ich meine, bisher hat sich alles bestätigt, was er gesagt hat. Also er scheint ja nicht zu lügen, sondern im Gegenteil. Er sorgt in gewisser Hinsicht für Aufklärung. Da müssen wir ihn natürlich auch hören. Aber dafür müssen wir dann auch seine Sicherheit gewährleisten, denn eines darf nicht passieren, daß er dann hier entführt und in den USA vor Gericht gestellt wird. Also das geht nicht, wenn man Aufklärung will, muß man die Person auch schützen.
**Schröder:** Die Bundesregierung hat gesagt, Asyl können wir Herrn Snowden nicht gewähren.
**Gysi:** Müssen sie ja nicht, sie können ja ein Zeugenschutzprogramm machen, das reicht ja. Dann müssen wir ihn auch verstecken. …<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. November 2013 (x887/...): >>**NSA-Affäre: Trotz Unmuts will Berlin das Verhältnis zu den USA nicht überdenken**
Die Schieflage in der Beziehung zwischen Deutschland und den USA ist vor allem im deutschen Selbstverständnis begründet.
Einer peinlichen Situation begegnet man am besten durch ein schnelles, resolutes Wort. So ließ sich Kanzlerin Angela Merkel im Bunde mit ihrem mutmaßlichen Koalitionspartner SPD nicht viel Zeit, um klarzustellen: Kein Asyl für Edward Snowden in Deutschland, aus rechtlichen Gründen und wegen der "überragenden Bedeutung der transatlantischen Beziehungen".
Auf diese "Beziehungen" fällt nach Snowdens Enthüllungen indes ein fahles Licht: Unter Bruch deutschen Rechts haben US-Spitzel Millionen Deutsche bis hin zur Kanzlerin zum Spionage-Objekt gemacht. Empörung darüber beantworten amerikanische Offizielle gar nicht oder mit einem Achselzucken: So sei das eben, das machten doch alle so.
Ebenso "normal" ist es allerdings, daß man Überläufern, die dem Ausgespähten verraten, was die andere Seite bei ihm getrieben hat, Schutz gewährt. Doch das soll nun plötzlich nicht mehr gelten.
Kurz gesagt: Den USA ist es erlaubt, Deutschland wie jedes beliebige Land der Welt zu traktieren und entsprechend Staat, Volk und Wirtschaft auszuspionieren. Andersherum aber verpflichtet sich Berlin, die USA als "überragenden" Verbündeten zu behandeln und eben nicht als Staat wie jeden anderen.
Diese Schieflage der Beziehungen ist nun jedem Deutschen unter die Nase gerieben worden, und das ist gut so. Denn vielleicht ringt sich nun der eine oder andere zu der Frage durch, wie es zu diesem Herr- und Vasall-Verhältnis kommen konnte. Der verlorene Krieg? Zu lange her. Die geringe Größe Deutschlands? Viel kleinere, schwächere Länder pochen erfolgreicher auf ihre Souveränität.
Den eigentlichen Grund für die schmähliche Position Deutschlands offenbarte die Snowden-Debatte selbst: Gerade die, die jetzt besonders laut die nationale Souveränität und Selbstbehauptung der Deutschen einklagen, verteufeln derlei Forderungen an anderer Stelle als "rückwärtsgewandten Nationalismus".
Sie können nationale Hoheit nicht schnell genug an Europa, ja die ganze "Weltgemeinschaft" loswerden und weigern sich, Bundeswehr und Auslandsgeheimdienst die Mittel zu geben, die nötig wären, um nicht mehr nur Trittbrettfahrer der USA zu sein. Hans-Christian Ströbele und Gregor Gysi handeln aus Haß auf die USA, nicht aus dem Gefühl vaterländischer Verpflichtung. Sie fordern Richtiges aus falschem Grund. Union und SPD wiederum sehen Deutschlands Vasallenrang als unabänderliches Schicksal an.
Diese Grundhaltungen müssen erst geändert werden, bevor man sich in Berlin ernsthaft daran machen kann, die deutsche Souveränität auf ein angemessenes Niveau zu heben. Echte Souve-

ränität muß zuallererst wirklich gewollt werden. Sie muß von innen kommen, nur dann hat sie auch eine Chance, draußen respektiert zu werden.<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 18. November 2013: >>**US-Geheimdiensttätigkeiten Wie souverän ist Deutschland?**

Die Recherchen zum geheimen Krieg der USA zeigen: Auf deutschem Boden existieren offenkundig zwei Staatsgewalten - die deutsche und die amerikanische. Wenn die Deutschen das Schalten und Walten der US-Geheimdienste tolerieren, akzeptieren, respektieren, wirft das die Frage nach ihrer Souveränität auf.

Moderne Staaten haben sich der Könige entledigt, aber nicht der Souveränität, so sagt der deutsche Europarechtler und Rechtsphilosoph Ulrich Haltern. Aber was bedeuten Souveränität und Selbstbestimmung heute? Ist Souveränität nur noch ein Habitus, eine Art von staatsmännischer Gelassenheit? Ist es also souverän, wenn es die Bundesregierung hinnimmt, daß die USA von deutschem Boden aus Krieg führen? Ist es souverän, wenn die Bundesanwaltschaft dabei zuschaut? Ist es souverän, daß die deutschen Staatsgewalten das geheimkriegerische Schalten und Walten der Amerikaner tolerieren, akzeptieren, respektieren?

Ist Souveränität die Gabe der deutschen Autoritäten, das alles zu ertragen, was derzeit in der *Süddeutschen Zeitung* und dem NDR ('Der geheime Krieg') an Merk- und Denkwürdigkeiten beschrieben wird - weil es nur um den Preis größter Aufregung und eines Zerwürfnisses mit der Weltmacht und dem Nato-Partner USA zu ändern wäre? Wenn dies Souveränität ist, würde das bedeuten: Souverän ist, wer vergißt, was nur schwer zu ändern ist. Das wäre dann eine sehr souveräne Insouveränität.

Wer ist der Souverän? In der Demokratie ist der Souverän nicht ein König, sondern das Volk. So steht als Kernsatz auch im Grundgesetz: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus", heißt es dort in Artikel 20. Das Volk ist in der Demokratie das Subjekt, in dem Recht und Macht zusammenfallen. Aber jedenfalls das deutsche Volk und die deutsche Volksvertretung wissen nichts oder fast nichts davon, daß von Deutschland aus US-Drohnen gesteuert werden, daß hier eine US-Logistik zur Folterung und Exekution von Menschen sitzt; schon gar nicht haben sie das gebilligt.

Ist es mit der Souveränität womöglich so wie mit der Wirtschaft, hat sie sich globalisiert? Wenn es so wäre, dann könnte das ja nicht nur eine einseitige Angelegenheit sein - dann müßte es nicht nur US-Staatsgewalt in Deutschland geben, sondern deutsche Staatsgewalt auch in den USA, so wie es dort (oder in China oder in Rußland) deutsche Autos gibt. Souveränität hat sich nicht globalisiert. Sie sieht allerdings ganz anders aus als früher.

Es hat einen Entstaatlichungsprozeß gegeben - das bekannteste Kürzel dafür heißt Europäische Union. Die Nationalstaaten sind von dem dichten Geflecht einer EU-Rechts- und Quasi-Verfassungsordnung umgeben, dazu auch noch von vielen internationalen Vertragswerken eingehüllt.

Die Staatsrechtler und die Politikwissenschaftler reden daher von 'offenen Staaten' und von einer 'Welt jenseits des Staates'; sie konstatieren eine Postnationalisierung des Verfassungsrechts, sie reden von einem europarechtlich überlagerten Grundgesetz und einer relativierten Staatlichkeit. Mit dieser relativierten Staatlichkeit ringt auch das Bundesverfassungsgericht in jeder seiner Euro-Entscheidungen: Wieviel Hoheit braucht der Staat, um noch als Staat zu existieren?

Der Nationalstaat ist nicht tot, aber entzaubert. Das ist, angesichts der blutigen Geschichte dieser Nationalstaaten, gewiß nicht schlecht. Die Exzesse einer fast mystisch aufgeladenen Staatlichkeit hatten sich im alten, klassischen Konzept von Souveränität niedergeschlagen. Heute sind Deutschland und Co weit entfernt von der absoluten Befehls- und Selbstbestimmungmacht, von der "summa soluta potestas" - die einst, im 16. Jahrhundert, der Staatstheoretiker Jean Bodin als den Inhalt von Souveränität beschrieben hat. Die modernen Staaten, die

in Europa zumal, haben Teile ihrer Herrschaftsgewalt delegiert und dafür die Möglichkeit erhalten, internationale Politik und internationales Recht zu gestalten.
Mit diesem neuen Konzept ist aber das rigorose Schalten und Walten der USA in Deutschland kaum zu erklären. Dieses Schalten und Walten legitimiert sich allenfalls zum Teil durch Verträge, also durch das souveräne Verhandeln zweier Staaten. Die Legitimation der US-Militär- und Geheimdienstlogistik in Deutschland besteht offenbar auch in ihrer schieren Existenz. Muß man das - mit Carl Schmitt, dem umstrittensten Staatsrechtslehrer des 20. Jahrhunderts - einfach als Faktum respektieren? Carl Schmitt hat in seiner Verfassungslehre geschrieben: "Was als politische Größe existiert, ist, juristisch betrachtet, wert, daß es existiert."
Es existieren offensichtlich zwei Staatsgewalten in Deutschland: erstens die deutsche, und zwar in der Gestalt, die ihr die EU- und andere Verträge gegeben haben; daneben zweitens die US-amerikanische, in nicht genau bekannter Form. Mit zwei nebeneinander existierenden Macht- und Herrschaftssystemen gibt es freilich in Deutschland reiche Erfahrungen: Jahrhunderte lange waren das zuerst Kaiser und Papst, dann Staat und Kirche.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 2. Mai 2015 (x887/...):
>>**Jämmerlicher Vasall**
Die BND-Affäre taucht die Bundesrepublik in ein katastrophales Licht
Der neueste Geheimdienstskandal wirft fundamentale Fragen nach dem Wesen dieser Republik auf. Gibt es die "Kanzlerakte" doch?
Das Licht, welches die neuesten Enthüllungen zur Kungelei zwischen dem deutschen Bundesnachrichtendienst BND und US-Geheimdiensten auf die Bundesrepublik wirft, ist katastrophal. Die Republik erscheint wie ein jämmerlicher Vasallenstaat, dessen ferngesteuerte Führung im Auftrag einer fremden Macht gegen die Interessen des eigenen Landes und Volkes agiert.
Kanzlerin Merkel und ihre Entourage werden einiges aufbieten müssen, um dieses verheerende Bild zu korrigieren. Billige Ausflüchte wie beim letzten Durchlauf der immer wieder aufflammenden BND-NSA-Affäre darf man ihr nicht mehr durchgehen lassen.
Der BND hat also zigtausende Informationen an die US-Dienste gegeben und den Amerikanern dabei, wie es aussieht, sogar bei der Industriespionage gegen deutsche und europäische Unternehmen geholfen. Prominentestes Opfer sei Airbus. Das Kanzleramt wußte davon seit spätestens 2010 und unternahm nichts.
Als Argument für die Beihilfe, die wie ruchloser Verrat aussieht, wird angeführt: Man benötige im Gegenzug brisante US-Informationen, etwa zum islamischen Terror. Ohne die Gaben der US-Agenten sei man hier "blind und taub", was Deutschlands Sicherheit gefährde. Dafür verlangten die Amerikaner billigerweise entsprechend wertvolle Gegenleistungen.
Diese Begründung für den Vasallendienst ist mehr als fadenscheinig. Denn mit dem gleichen Argument könnte sich Berlin auch in den Dienst Rußlands oder des Iran stellen. Rußland hat ein gravierendes islamisches Terrorproblem nicht bloß in Tschetschenien. Der schiitische Iran ist einer der Hauptfeinde der sunnitischen Terror-Armeen wie IS, Al-Kaida oder Boko Haram.
Die Geheimdienste beider Länder verfügen daher mit Sicherheit über umfassende Kenntnisse und intime Quellen im terroristischen Umfeld. Dennoch käme niemand auf die Idee, sich Moskau oder Teheran auf die gleiche Weise unterzuordnen wie Washington mit dem Hinweis, man sei ohne dessen Informationen wehrlos gegen den radikalislamischen Terror.
Was bedeutet "taub und blind" überhaupt? In Berlin wird dem BND gerade ein gigantischer, milliardenteurer Gebäudekomplex hingestellt, 6.500 Mitarbeiter tun beim BND Dienst, sie verschlingen einen Jahresetat von mehr als 600 Millionen Euro. Wenn dabei nur Blindheit und Taubheit herauskommen, ist die Frage zwingend, was dort eigentlich getrieben wird.
Der frühere CDU-Außenpolitiker Willy Wimmer warnt, der Vorfall sei Nahrung für das Gerücht über eine angebliche "Kanzlerakte", nach der jeder Bundeskanzler seit 1949 der USA

die Treue schwören müsse, bevor er ins Amt gelange. Wenn Merkel sich erneut herauszuwinden versucht, sind solche Gerüchte kein Wunder. Mit den Ausflüchten muß endlich Schluß sein.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 13. Juli 2015: >>**Ein Staat im Wachkoma**

Die Augenwischerei nimmt kein Ende. Seit nunmehr 70 Jahren phantasieren Politiker und Medien im Widerspruch zur ständigen Rechtsprechung vom Untergang des Deutschen Reiches. Dem liegen Mißverständnisse und bewußte Falschinformationen zu Grunde, wie sich gerade wieder gezeigt hat.

Die Linken im Bundestag hatten sich Anfang Juli erhofft, daß ihre Rechtsauffassung endlich bestätigt und der aus ihrer Sicht gefährliche Geschichtsrevisionismus vermeintlich rechter Kreise eine Abfuhr bekommen würde. Dann kam alles anders. In einer kleinen Anfrage baten unter anderem die linken Abgeordneten Andrej Hunko, Niema Movassat, Alexander S. Neu, Azize Tank und Sarah Wagenknecht am 27. Mai 2015 um Aufklärung bezüglich der weiterhin gültigen Rechtsetzung des Bundesverfassungsgerichtes.

Die Frage war: "Gedenkt die Bundesregierung für Klarheit zu sorgen und die These von der Fortexistenz des Deutschen Reiches öffentlich als unhaltbar zurückzuweisen, damit diese Behauptung nicht von Neonazis und der sogenannten Reichsbürgerbewegung für ihren Gebietsrevisionismus gegenüber den EU-Nachbarländern instrumentalisiert werden kann?"

Das höchste deutsche Gericht hatte in einem Grundsatzurteil 1973 festgestellt, daß "das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist". Es besäße nach Ansicht der damaligen Richter "nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig". Die Bundesrepublik Deutschland sei dementsprechend nicht "Rechtsnachfolger" des Deutschen Reiches, "sondern als Staat identisch mit dem Staat Deutsches Reich - in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings teilidentisch."

Es sind diese kryptischen Formulierungen, die nach wie vor bei vielen Linken und Otto-Normal-Abgeordneten für Unmut und Stirnrunzeln sorgen. Kaum jemand begreift aber, was hier wirklich gemeint ist und welche Auswirkungen dieses Urteil, das seither mehrfach bestätigt und auch schon in einer kleinen Anfrage von Februar 2015 unterstrichen worden ist, wirklich hat.

Im Lichte der heutigen Besatzungssituation Deutschlands, bedingt durch die fortgeltenden Besatzungsstatute und Vorbehaltsrechte der Alliierten, die in Deutschland Militärbasen, amerikanische Atomwaffen und grenzenlose Spionage überhaupt erst möglich machen und vor dem Hintergrund, daß Deutschland nach wie vor bei den Vereinten Nationen als Feindstaat geführt, keine Verfassung, kein gültiges Grundgesetz und keinen Friedensvertrag hat, läßt sich das Fortbestehen des Deutschen Reiches nur so verstehen, wie Wolfgang Schäuble es im November 2011 formulierte: "Wir hier in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."

Das ist mittlerweile vielen klar geworden, besonders seit der NSA-Affäre, was allerdings die Konsequenzen dieser Aussage sind, verstehen nach wie vor die Wenigsten. Wenn Deutschland seither kein souveräner Staat mehr gewesen ist, dann deshalb, weil der einzig legitime Staat auf deutschem Territorium, der jemals souverän gewesen ist, daß Deutsche Reich war, das nach Auffassung der Richter in den letzten völkerrechtlich verbindlichen Grenzen vom 31. Dezember 1937 Bestand hatte. Dieses Deutsche Reich konnte nicht einfach untergehen oder von einer sogenannten Bundesrepublik vereinnahmt werden.

Erinnert wird hier an die Worte von Theo Waigel beim Schlesiertreffen in Hannover im Juli 1989, der seinerzeit formulierte: "Durch die Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai

1945 ist das Deutsche Reich nicht untergegangen." Das heißt: Der legitime Staat, auf dem wir uns heute befinden heißt nicht Bundesrepublik Deutschland sondern immer noch Deutsches Reich. Das hat nichts mit Geschichtsrevisionismus und noch viel weniger etwas mit braunem Gedankengut zu tun - obwohl allein der Name "Reich" bei vielen unwillkürliche Beißreflexe auslöst.
Hier geht es nicht um die Wiederherstellung des sogenannten Dritten Reiches, sondern um das Anknüpfen an die letztgültige und in freier Art und Weise erlassene Deutsche Verfassungsordnung von 1871. Die tausendjährige deutsche Rechts- und Verfassungsgeschichte gebietet, daß man sich an ihr orientiert, wenn man die Besatzung Deutschlands aufheben und wieder zum Recht und zum Frieden zurückfinden will.
Daß das Bundesverfassungsgericht sich damals anmaßte, die BRD als identisch mit diesem souveränen Deutschen Reich zu bezeichnen, ist als Täuschung wahrzunehmen, denn die BRD war, besonders wenn man die historische Situation während des Urteils 1973 bedenkt, weder souverän, noch wiedervereint, noch in irgendeiner anderen Weise dazu befähigt, über den völkerrechtlichen Zustand des besiegten Deutschen Reiches zu bestimmen. Darauf weist auch die Formulierung hin, das Deutsche Reich besäße nach wie vor "Rechtsfähigkeit", sei aber nicht "handlungsfähig".
Das geht nur deshalb zusammen, weil die Siegermächte völkerrechtlich nicht im Stande waren, den legitimen Deutschen Staat (dessen Geschichte weit über die zwölf dunklen Jahre hinausweist) vollends aufzulösen. Also installierten sie ein Besatzungskonstrukt oben drauf. Zuerst in vier Besatzungszonen aufgeteilt, dann zu zwei deutschen Teil-Verwaltungen (BRD und DDR) zusammengefaßt, dann ab 1989 wieder zusammengefügt, gab es nie den Moment, an dem ein von den Siegermächten errichtetes Staatskonstrukt das Deutsche Reich abgelöst hätte. Das war völkerrechtlich unmöglich. Was aber möglich war, war die Handlungsunfähigkeit des Deutschen Reiches sicherzustellen - bis heute geschieht dies auf verschlungenen Pfaden (siehe sog. Bereinigungsgesetze).
Seit der militärischen Niederlage 1945 liegt das Deutsche Reich - das sich aus Staatsvolk, Staatsgebiet, Staatsverfassung und Staatsgewalt zusammensetzte - im Wachkoma. Die Bundesrepublik Deutschland, nach Aussage der Väter des Grundgesetzes ein Besatzungskonstrukt ohne Verfassung, die den ehemaligen Siegermächten ihre Befugnisse sichern und daher nur als Verwaltungsgebiet angesehen werden kann, war ebenso wie Deutsche Demokratische Republik nie ein Staat im eigentlichen Sinne. Der Hauptgrund dafür ist der, daß sie beide 1949 durch die Alliierten gegründet worden sind und bis zum Schluß dem Diktat der Sieger unterlagen.
Bei der sogenannten Wiedervereinigung wurde das Deutsche Reich nicht wiederhergestellt, sondern lediglich zwei Verwaltungskonstrukte zusammengeführt, ohne dabei aber das Besatzungsrecht tatsächlich aufzuheben, wie aus den Klauseln des Zwei-plus-vier-Vertrages deutlich wird, der noch Teile des Überleitungsvertrages von 1954/55 fortbestehen ließ. Explizit wurde damit 1989/90 sichergestellt, daß die USA als Hauptsiegermacht weiterhin ihre Befugnisse über Deutschland behalten würde.
Tatsächlich geht es auch überhaupt nicht um einen sogenannten Gebietsrevisionismus, wie die Linke in ihrer Anfrage befürchtet. Der ehemalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher gab in seinen Memoiren ("Erinnerungen" 1995) zu, daß die damalige Bundesregierung bei den Verhandlungen zum Zwei-plus-vier-Vertrag 1990/91 ausdrücklich darauf verzichtet hatte, die Frage der endgültigen Grenzziehung zu regeln. Die sollte nach vorherigen Absprachen einer endgültigen Friedensregelung vorbehalten bleiben, die aber nie zustande kam.
Der Grund: Genscher erklärte in eklatanter Übertretung seiner parlamentarischen Befugnisse am Verhandlungstisch mit den polnischen Vertretern: "Die Bundesregierung schließt sich der Erklärung der vier Mächte an und stellt dazu fest, daß die in der Erklärung der vier Mächte

erwähnten Ereignisse und Umstände nicht eintreten werden, nämlich daß ein Friedensvertrag oder eine friedensvertragsähnliche Regelung nicht beabsichtigt sind."
Der sogenannte Gebietsrevisionismus ist aus diesem Blickwinkel heraus nicht eine gefährliche, kriegerische Aggression, die den ehemaligen Kriegsgegnern etwas wegnehmen will - Im Gegenteil: Zuallererst geht es um einen Friedensvertrag, der die Grenze Deutschlands im Osten, die de facto längst gezogen und für die Millionen Deutsche von ihrem Land vertrieben worden sind, auch rechtlich endlich feststellt.
Das wäre der erste Schritt zu einem echten Friedensvertrag für Deutschland! Käme dieser zustande, wären das US-Militär und sein Geheimdienstapparat nicht länger befugt, uns als Feindstaat und Kriegsbeute zu behandeln. Auch wäre damit der Existenz der Vereinigung der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges - den Vereinten Nationen - die Existenzgrundlage entzogen. So ließe sich die Neue US-dominierte Weltordnung noch abwenden.<<
**Schlußbemerkungen:** Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik waren keine souveränen Staaten, weil das Deutsche Reich völkerrechtlich nie untergegangen ist. Es handelte sich lediglich um Besatzungskonstrukte der alliierten Siegermächte, aber um keine Staaten im völkerrechtlichen Sinn, denn sie verfügten nicht über die klassischen Merkmale eines Staates**:**
- Staatsgebiet (einen klar abgegrenzten oder definierten Landbesitz) - Das Staatsgebiet oder Hoheitsgebiet ist der Raum, der der territorialen Oberhoheit eines Staates unterliegt.
- Staatsvolk - Das Staatsvolk wird von den Bewohnern eines Staates gebildet, die in dem Staatsgebiet alle bürgerlichen und politischen Rechte besitzen.
- Staatsgewalt - Ausübung der Macht innerhalb eines Staates durch staatliche Regierungsorganisationen, wie z.B. Verwaltung, Polizei, Gerichte etc.
Während der sogenannten Wiedervereinigung im Jahre 1990 wurden demnach nur zwei unsouveräne Besatzungskonstrukte (völkerrechtlich nicht politisch und ökonomisch unabhängige Vasallenstaaten) zusammengeführt.
Hans Werner Bracht (1927-2005, deutscher Jurist und Prof. für öffentliches Recht) schrieb später in einem Gutachten über die Rechtssituation Deutschlands (x800/...): >>... 1. Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht identisch mit dem Deutschen Reich und daher auch nicht identisch mit dem Deutschland von heute.
Das Deutsche Reich besteht vielmehr bis auf den heutigen Tag fort. Und zwar aus folgenden Rechtsgründen:
2. Es gibt kein festes Datum, ab dem das Deutsche Reich untergegangen wäre. Daher besteht das Deutsche Reich bis auf den heutigen Tag fort. Das hat auch noch zur Folge, daß auch das Gesetz des Alliierten Kontrollrates Nr. 46 aus dem Jahre 1947, daß das Land Preußen auflösen sollte und wollte, von Rechts wegen nicht besteht.
Denn es widerspricht dem allgemeinen Völkerrecht eindeutig, da eine Besatzungsmacht nach Kriegsvölkerrecht nicht berechtigt ist, das Gebiet des besetzten Landes willkürlich zu verändern. Nach Artikel 25 des Grundgesetzes geht das Völkerrecht dem deutschen Recht im Range vor, weshalb alles, was dagegen verstößt, in Deutschland rechtswidrig ist.
Das ergibt sich völkerrechtlich aus dem im Völkerrecht für den Krieg allein geltenden Gesetz des Internationalen Kriegsrechts, der sog. Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907.
Sie gilt noch heute für jede Besatzungsmacht in jedem fremden Land, das infolge eines Krieges besetzt wurde (Artikel 22). Mithin ist davon auszugehen, daß das Deutsche Reich und auch Preußen noch vollständig weiterbestehen und nicht etwa gar völkerrechtlich zulässig von den Okkupationsmächten Polen, Rußland (Nord-Ostpreußen), Litauen (Memelkreise) annektiert worden sind.
3. Nach allgemeinem Völkerrecht könnte das Deutsche Reich und auch Preußen am 8. Mai. 1945 erloschen sein, sofern eine sogenannte debellatio vorliegen würde. Das ist nach allge-

meinem Völkerrecht dann der Fall, wenn eine politische Macht durch eine andere militärische Macht den Staat "Deutsches Reich" und auch "Preußen" vollkommen besiegt hätte.
Das aber war nicht der Fall, wie sich völkerrechtlich eindeutig aus der "Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Gewalt des Staates durch die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Provisorische Regierung der Französischen Republik vom 5. Juni 1945 (sog. Berliner Erklärung)" ergibt. …
4. Diese Rechtsgrundlage wurde vom deutschen Staatsrecht bestätigt, indem das Bundesverfassungsgericht am 31. Juli 1973 nach deutschem Verfassungsrecht festlegte, daß das Deutsche Reich fortbesteht und daß das bis auf den heutigen Tag so bleibt, da diese Entscheidung bis heute nicht aufgehoben wurde.
Sie wurde sogar noch durch eine neue Entscheidung dieses Gerichtes von 1975, die zu den Ostverträgen erging, bestätigt, welche ebenfalls bis heute fortbesteht.
Sie ist daher auch nicht etwa der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, das ja als solches staats- und völkerrechtlich weiterbesteht.
Es wird international auch nicht etwa durch die Bundesrepublik Deutschland vertreten, da dafür kein entsprechendes Mandat besteht.
Eine den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes entgegenstehende Entscheidung hat es bis heute noch nicht gegeben. …<<

Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland
Die ursprüngliche Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, die im Bundesgesetzblatt 1949 Nr. 1 veröffentlicht wird, lautete wie folgt (x859/...):
>>Präambel
Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk
in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern,
um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.
Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war.
Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.<<
Das BdV-Präsidium erklärte am 4. April 1969 in Bonn (x155/156): >>... 1. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet Parteien, Staatsführung und Bürger, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Dieses verfassungsrechtliche Gebot legt die politische Aufgabe fest, nach Widerherstellung des Staates in seinen rechtmäßigen Grenzen zu streben. Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechts. Damit ist die Beachtung der allgemeinen Menschenrechte, des Selbstbestimmungsrechts, des Rechts auf die Heimat, des Annexionsverbotes verfassungsrechtliche Pflicht für Staat und Gesellschaft gemeint.
2. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Obhutspflicht gegenüber allen Vertriebenen übernommen. Diese schließt die Sorge für die in der angestammten Heimat verbliebenen Deutschen ein.
3. Die Deutschlandpolitik muß im Hinblick auf die friedensvertragliche Regelung von der Tatsache ausgehen, daß das Deutsche Reich in seinen völkerrechtlich anerkannten Grenzen

fortbesteht. Einen Friedensvertrag kann nur eine gesamtdeutsche Regierung schließen. Verträge über die deutschen Ostgebiete und das Sudetenland können nur mit Zustimmung der Deutschen aus diesen Gebieten geschlossen werden. ...<<
Die Präambel des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautete wie folgt (x890/...):
>>Präambel
Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.
Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.<<
Eine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes erfolgte bis zum heutigen Tag nicht.

Besatzungskosten
Artikel 120 des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautete wie folgt (x890/...):
>>Artikel 120
(1) Der Bund trägt die Aufwendungen für Besatzungskosten und die sonstigen inneren und äußeren Kriegsfolgelasten nach näherer Bestimmung von Bundesgesetzen. …<<
Die Bundesrepublik Deutschland zahlt gegenwärtig noch jährlich etwa 30 Milliarden EUR Besatzungskosten (x317/152).
Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 16. November 2013: >>**Geheimer Krieg: Deutschland zahlt Millionen für US-Militär**
Wenn die Amerikaner in Deutschland neue Basen bauen, zahlt der Bund drauf. Das kostet die deutschen Steuerzahler Hunderte Millionen Euro. Grund dafür ist ein jahrzehntealtes Abkommen. Die Bundesregierung sieht keinen Änderungsbedarf.
Das US-Militär ist gut versteckt in den fast 3.000 Seiten Bundeshaushalt. Im Einzelplan 12 etwa, dem Budget des Verkehrsministeriums, im Kapitel 12.15, Titel 632.03, unter der Überschrift "Erstattung der den Ländern bei der Erledigung von Bauaufgaben des Bundes entstehenden Kosten".
Unter diesem Etat hat die Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren 598 Millionen Euro Subventionen an die Amerikaner abgerechnet. Doch das sind nicht die einzigen Kosten: Addiert man die Summe der Ausgaben für die US-Streitkräfte im Bundeshaushalt zwischen 2003 und 2012, erhält man etwa eine Milliarde Euro.
Der deutsche Steuerzahler trägt so dazu bei, die amerikanische Militärinfrastruktur für den geheimen Krieg aufzubauen. Von US-Basen in Deutschland werden Drohnenangriffe in Afrika koordiniert, die Geheimdienste sind im Land aktiv - und private US-Konzerne helfen ihnen.
Zu den 598 Millionen Euro für Bauten kommen 327 Millionen Euro, mit denen Schäden ausgeglichen wurden, die US-Soldaten angerichtet haben, und Sozialleistungen bezahlt wurden, die von den Amerikanern entlassene Zivilangestellte bekommen. Hinzu kommen Subventionen für den Umzug der amerikanischen Luftwaffe von Frankfurt nach Ramstein und Spangdahlem in Höhe von 70 Millionen Euro sowie Steuer- und Zollvergünstigungen in unbekannter Höhe. …<<
Deutsche Staatsangehörigkeit
Im Artikel 25 des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) werden die deutschen

Staatsangehörigen lediglich als Bewohner bezeichnet (x890/...): >>Artikel 25
Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes. …<<
Hans Werner Bracht (1927-2005, deutscher Jurist und Prof. für öffentliches Recht) schrieb später in einem Gutachten über die Rechtssituation Deutschlands (x800/...): >>... II
1. In diesem Rahmen besteht auch die deutsche Staatsangehörigkeit fort, die rein staatsrechtlich nicht die der Bundesrepublik Deutschland ist, für die es kein eigenes Gesetz gibt. Wohl aber gibt es die Staatsangehörigkeit des Deutschen Reiches nach dem Reichs- und Staatsbürgergesetz von 1913: Jeder Deutsche ist also nach dem öffentlichen Recht im Staats- und Völkerrecht Reichsdeutscher und nicht etwa Bundesdeutscher. …<<

Recht auf Selbstbestimmung
Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet wie folgt (x870/...):
>>Das Recht auf Selbstbestimmung, das sich weder in der UN-Menschenrechtserklärung noch in der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten findet, ist, wie im UN-Zivilpakt, herausgehoben und in einem besonderen Teil den übrigen im Pakt behandelten Rechten vorangestellt.
Der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts soll den Völkern, deren nationale Gemeinschaft durch außenpolitische Ereignisse zerrissen wurde, erneut das Recht bestätigen, über ihren politischen Status und damit über ihre staatliche Einheit entscheiden zu können. …
Artikel 1 Absatz 2 der UN-Sozialcharta sichert die wirtschaftliche Seite des Selbstbestimmungsrechts durch das Recht auf freie Verfügung der Völker über ihre Naturschätze und Wirtschaftsquellen, das später in Artikel 25 der Sozialcharta noch einmal aufgegriffen wird.
Artikel 1
(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.
(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.
(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<<
Die in der Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland (3. Strophe des "Liedes der Deutschen") angestrebte "Einigkeit und Recht und Freiheit / Für das deutsche Vaterland …" konnte man bis zum heutigen Tag leider nicht verwirklichen.
August H. Hoffmann von Fallersleben (1798-1874, von 1830-42 Prof. für deutsche Sprache und Literatur in Breslau) schrieb am 26. August 1841 auf der damals britischen Insel Helgoland "Das Lied der Deutschen" bzw. "Das Deutschlandlied" (x230/41-42):
>>Deutschland, Deutschland über alles,
Über alles in der Welt,
Wenn es stets zum Schutz und Trutze
Brüderlich zusammenhält.
Von der Maas bis an die Memel,
Von der Etsch bis an den Belt -
Deutschland, Deutschland über alles,

Über alles in der Welt.

Deutsche Frauen, deutsche Treue,
Deutscher Wein und deutscher Sang
Sollen in der Welt behalten
Ihren alten, schönen Klang,
Uns zu edler Tat begeistern
Unser ganzes Leben lang.
Deutsche Frauen, deutsche Treue,
Deutscher Wein und deutscher Sang.

Einigkeit und Recht und Freiheit
Für das deutsche Vaterland,
Danach laßt uns alle streben
Brüderlich mit Herz und Hand.
Einigkeit und Recht und Freiheit
Sind des Glückes Unterpfand.
Blüh im Glanze dieses Glückes,
Blühe, deutsches Vaterland.<<

Hoffmann von Fallersleben wurde im Jahre 1842 wegen des "Deutschlandliedes" von der preußischen Regierung als Professor entlassen und mußte Preußen verlassen. Der liberale Patriot wurde erst 1848 rehabilitiert.

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schrieb später über die im "Lied der Deutschen" vorgenommenen geographischen Abgrenzungen (x287/125): >>... Die von Hoffmann vorgenommene geographische Abgrenzung darf nicht mit annexionistischen Parolen verwechselt werden ... So gehörte der Fehmarnbelt, die Wasserstraße zwischen Fehmarn und Lolland, eindeutig zu Holstein, also zum Deutschen Bund. Die Etsch gehörte in ihrem Tiroler Oberlauf zum österreichischen Kaiserstaat, der Präsidialmacht des Deutschen Bundes war. Das deutschsprachige Memelland gehörte zwar geographisch zu Deutschland, lag aber außerhalb des Bundesgebietes; andererseits gehörte es zu Preußen ... Die Maas war der westlichste Grenzfluß Deutschlands; denn den im Jahre 1839 an den Deutschen Bund gefallenen niederländischen Teil von Limburg durchfloß die Maas.
Die dichterische Grenzziehung gab demnach tatsächlich den Umfang des damaligen Deutschlands geographisch richtig wieder. ...<<

Das zunächst verbotene "Lied der Deutschen" wurde am 9. August 1890 anläßlich der Übergabe Helgolands an das Deutsche Reich erstmals während einer offiziellen Veranstaltung gesungen und zählte später als sog. "nationales Bekenntnislied" zu den meistgesungenen Liedern im Deutschen Reich.
Der erste deutsche Reichspräsident Friedrich Ebert erklärte das Lied am 11. August 1922 offiziell zur Nationalhymne der Deutschen Republik.
Nach 1933 wurde bei offiziellen Anlässen die erste Strophe des "Deutschlandliedes" zusammen mit dem Kampflied der NSDAP ("Horst-Wessel-Lied") von den Nationalsozialisten als deutsche Hymne gespielt und gesungen.
Im Jahre 1945 verboten die Siegermächte das "Deutschlandlied", weil es angeblich die Herrschaft über andere Völker verherrlichen bzw. anstreben würde.
Im April/Mai 1952 bestätigten Bundespräsident Theodor Heuss und Bundeskanzler Konrad Adenauer die Wiedereinführung des "Deutschlandliedes" als Nationalhymne. Bei staatlichen Anlässen wurde jedoch nur noch die 3. Strophe des "Liedes der Deutschen" als Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland gesungen.

Nach einem Briefwechsel mit Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte Bundespräsident Richard von Weizsäcker im Frühjahr 1991 die dritte Strophe des "Liedes der Deutschen" zur Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland.

Beendigung der gegenwärtigen Fremdbestimmung

Da keine rasche Beendigung der gegenwärtigen Fremdbestimmung zu erwarten ist, sondern die Bundesrepublik Deutschland zukünftig sogar noch Teile der geringen Souveränitätsrechte an zwischenstaatliche Organisationen (Europäische Union/EU und Vereinte Nationen/UN) abgeben soll, müssen unverzüglich entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden, um endlich den Status eines völkerrechtlich souveränen Staates zu erhalten.

Verzicht der Siegermächte auf die Feindstaatenklauseln

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik wurden am 18. September 1973 in die Vereinten Nationen aufgenommen, obwohl sie weiterhin zu den sog. "Feindstaaten" des Zweiten Weltkrieges gehörten.

Aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und 107) dürfen gegen Feindstaaten des Zweiten Weltkrieges, ohne besondere Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat, Zwangsmaßnahmen verhängt werden. Die Alliierten können z.B. bei aggressiven politischen Ausnahmezuständen in Deutschland, oder falls die Deutschen sich gegen die alliierten Nachkriegsregelungen auflehnen sollten, gemäß Haager Landkriegsordnung jederzeit den Waffenstillstand beenden und die Feindseligkeiten ohne UN-Mandat wieder aufnehmen.

Die Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 (in Kraft seit dem 26. Januar 1910) legte für den Waffenstillstand folgende Regeln und Gebräuche des humanitären Völkerrechts fest (x852/...): >>… Fünftes Kapitel: Waffenstillstand

Artikel 36 Der Waffenstillstand unterbricht die Kriegsunternehmungen kraft eines wechselseitigen Übereinkommens der Kriegsparteien. Ist eine bestimmte Dauer nicht vereinbart worden, so können die Kriegsparteien jederzeit die Feindseligkeiten wieder aufnehmen, doch nur unter der Voraussetzung, daß der Feind, gemäß den Bedingungen des Waffenstillstandes, rechtzeitig benachrichtigt wird.

Artikel 37 Der Waffenstillstand kann ein allgemeiner oder ein örtlich begrenzter sein. Der erstere unterbricht die Kriegsunternehmungen der kriegführenden Staaten allenthalben, der letztere nur für bestimmte Teile der kriegführenden Heere und innerhalb eines bestimmten Bereichs.

Artikel 38 Der Waffenstillstand muß in aller Form und rechtzeitig den zuständigen Behörden und den Truppen bekanntgemacht werden. Die Feindseligkeiten sind sofort nach der Bekanntmachung oder zu dem festgesetzten Zeitpunkt einzustellen.

Artikel 39 Es ist Sache der abschließenden Parteien, in den Bedingungen des Waffenstillstandes festzusetzen, welche Beziehungen etwa auf dem Kriegsschauplatze mit der Bevölkerung und untereinander statthaft sind.

Artikel 40 Jede schwere Verletzung des Waffenstillstandes durch eine der Parteien gibt der anderen das Recht, ihn zu kündigen und in dringenden Fällen sogar die Feindseligkeiten unverzüglich wieder aufzunehmen.

Artikel 41 Die Verletzung der Bedingungen des Waffenstillstandes durch Privatpersonen, die aus eigenem Antriebe handeln, gibt nur das Recht, die Bestrafung der Schuldigen und gegebenen Falles einen Ersatz für den erlittenen Schaden zu fordern. …<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt " berichtete am 8. Juli 2000 (x887/...): >>**Die Diskriminierung muß weg**

**55 Jahre "Feindstaatenklausel" - wie lange noch?**

Die Vereinten Nationen stehen für Recht und Gerechtigkeit zwischen den Völkern, sie stehen für Sicherheit und 55 Jahre nach Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945 auch für Kontinuität.

Kontinuität kann bisweilen auch die Ungerechtigkeit und das Unrecht haben. Die Charta beinhaltet für die heutige Zeit unhaltbare weil in hohem Maße ungerechte Regelungen. Artikel 53 Absatz 1 Satz 2,2 und 3. Halbsatz und Absatz 2 sowie Art. 107 der Charta der Vereinten Nationen erklären beispielsweise Deutschland zum "Feindstaat" und damit für vogelfrei.

Die Bestimmungen der Artikel 53 und 107 der Charta diskriminieren Deutschland, Österreich und Japan, indem Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen ohne Zustimmung des Sicherheitsrates Zwangsmaßnahmen gegen diese Länder beschließen können, ohne daß hierdurch gegen die Charta verstoßen würde.

Gemäß VN-Charta gelten die damaligen Achsenmächte im Zweiten Weltkrieg Deutschland, Österreich, Italien, und das verbündete Japan als sogenannte Feindstaaten. …

Bleibt die Feindstaatenklausel rechtlich gültig und mag ihre Anwendung auch noch so sehr theoretischer Natur sein, kann dies nur noch als beabsichtige Diskriminierung verstanden werden.

Aus Sicht deutscher Heimatvertriebener ist die aus der Charta erwachsende Diskriminierung gleich doppelter Natur, da über die Diskriminierung der Artikel 53 und 107 der VN-Charta hinaus auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker gemäß Artikel 1 Ziffer 2 der VN-Charta für die Bevölkerung der deutschen Ostprovinzen, die zu Millionen brutal vertrieben wurde, keine Verwirklichung erfährt. Dieser völkerrechts- und menschenrechtswidrige brutale Akt der Vertreibung wird seit den verschiedenen Vertreibungen in den letzten zehn Jahren auf dem Balkan vom Internationalen Strafgerichtshof gewissenhaft verfolgt.

Die Vertreibung der Deutschen bleibt trotz gegenteiliger Erklärungen der Vereinten Nationen ein Ausnahmefall, denn Jahrzehnte nach den Nürnberger Prozessen findet eine strafrechtliche Verfolgung der Verbrechen Angehöriger der Vertreiberstaaten, selbst wenn ihnen individuelles Unrecht im Sinne menschenrechtswidriger Verbrechen nachgewiesen werden kann, nicht statt. …<<

Falls die alliierten Siegermächte nicht bereit sind, auf die Feindstaatenklauseln zu verzichten, sollten die Deutschen die UN-Mitgliedschaft unverzüglich kündigen.

Abschluß eines Friedensvertrages

Die bis zum heutigen Tag fortgeltenden Befugnisse und Vorbehaltsrechte des Überleitungsvertrages von 1954 (Militärbasen, Truppenstationierung, Stationierung von US-Atomwaffen, Stationierungskosten, Medienkontrolle u.a.) der Alliierten bestätigen zweifelsfrei, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht zu den souveränen Staaten gehört, sondern weiterhin ein besetztes Land ist. Diese völkerrechtswidrige Besatzungssituation muß endlich beendet werden, deshalb benötigt die Bundesrepublik Deutschland unbedingt den Abschluß eines völkerrechtlich anerkannten Friedensvertrages.

Die Regelung der endgültigen Grenzziehung und der noch strittigen Reparationen (unter Anrechnung aller Reparationen und Besatzungskosten Ost- Mittel- und Westdeutschlands sowie sämtlicher verdeckten Wiedergutmachungen und "Ausgleichszahlungen" der Bundesrepublik Deutschland an NATO, EU, EURATOM) kann ebenfalls nur durch einen Friedensvertrag erfolgen, der von den ehemaligen Siegermächten und einer demokratisch gewählten souveränen deutschen Regierung geschlossen werden muß.

Der Alterspräsident Paul Löbe (1875-1967) erklärte am 13. Juni 1950 im Namen des Deutschen Bundestages (außer KPD) zur umstrittenen Oder-Neiße-Linie (x243/197): >>... Gemäß dem Potsdamer Abkommen ist das Gebiet östliche von Oder und Neiße ... der Republik Polen

nur zur einstweiligen Verwaltung übergeben worden. ... Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben und eine Politik des Verzichtes zu treiben.
Die Regelung aller Grenzfragen Deutschlands ... kann nur durch einen Friedensvertrag erfolgen, der von einer demokratisch gewählten deutschen Regierung ... geschlossen werden muß.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. Oktober 2016: >>**Deutschland läßt sich aussaugen**
… Obwohl die Bundesrepublik 1990 mit der Wiedervereinigung völkerrechtlich souverän wurde, sind Überreste des Besatzungsrechtes nach wie vor in Kraft. Die berüchtigten UN-Feindstaatenklauseln wurden nicht gestrichen. Somit bleibt der Spielraum der deutschen Außenpolitik begrenzt. Die Regierung um den ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer und den Wirtschaftsminister Ludwig Erhard kämpfte noch um Souveränitätsgewinne. Auch aus den Reihen der SPD waren damals noch patriotische Töne zu hören. Im Laufe der Jahrzehnte verstummten diese Stimmen gänzlich. Bandulet zitiert in seinem Buch zustimmend den britischen Historiker Niall Ferguson, der die von Deutschland finanzierte Umverteilung in der EU ein "einvernehmliches System von Kriegsreparationen" nannte.
Immer wieder belegt Bandulet Einflußnahmen der US-Regierung auf die aktuellen Geschehnisse in Europa. Beim Ausbruch der Griechenlandkrise im Jahr 2010 habe Bundeskanzlerin Merkel zunächst noch vorgehabt, sich an die Kriterien des Maastrichter Vertrags zu halten, der eine gemeinschaftliche Schuldenhaftung ablehne: "Dann klingelte das Telefon aus Washington, Merkel wurde von Präsident Obama bearbeitet - und fiel um. Seitdem läuft die vertragswidrige Euro-Rettungsmaschinerie."
Die Ausplünderung der Bundesrepublik geht weiter. Weil das Land, wie es Buchautor Bandulet belegt, zwar formaljuristisch "frei" sei, aber geistig-moralisch immer noch gefangen ist. "Die tonangebenden europäischen Eliten betreiben planmäßig eine Politik, die darauf hinausläuft, im Zeichen des Multikulturalismus die Homogenität der Nationalstaaten zu unterminieren." Die Abschaffung Deutschlands - das Hauptziel dieser Politik. Und alles mit deutschem Geld.
Bruno Bandulet: Beuteland. Die systematische Plünderung Deutschlands seit 1945. Kopp-Verlag, Rottenburg 2016, gebunden, 333 Seiten, 19,95 Euro<<

Ablösung des provisorischen Grundgesetzes durch eine neue deutsche Verfassung
Das derzeitige Grundgesetz ist nach wie vor ein Provisorium, da nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands keine Volksabstimmung stattfand.
Artikel 146 des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautet noch immer wie folgt (x890/...): >>Artikel 146
Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.<<
Wenn man die derzeitige Besatzung Deutschlands beenden und endlich wieder zur Einigkeit, Recht und Freiheit zurückkehren will, kann angesichts der mehr als tausendjährigen deutschen Rechts- und Verfassungsgeschichte nur die letzte in freier Art und Weise erlassene Deutsche Verfassungsordnung von 1871 eine solide Basis bilden.
Der deutsche Jurist Dr. Klaus Sojka (1926-2009) schrieb im Jahre 2008 über die Ablösung des provisorischen Grundgesetzes (x857/...): >>Das Grundgesetz
… Diese verfassungsähnliche Satzung, die ausdrücklich als Provisorium gedacht war, mußte
a) die für sie verbindlichen Vorstellungen der drei westlichen Besatzungsmächte berücksichtigen (vergleiche Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 III ...), gleichwohl

b) die Formulierung eines modernen Verfassungstextes anbieten und hierbei
c) vor allem durch den Hinweis auf die Vorläufigkeit die unterdrückte Abstimmung durch das Volk übermänteln und nicht zuletzt
d) den - nicht kompetenten - Ländern die Annahme hauptsächlich durch den Hinweis auf das Provisorium schmackhaft machen, das ja einer **späteren Volksabstimmung** unterliegen würde. …
Die **Vorläufigkeit** des Bonner Grundgesetzes geht aus der ursprünglichen Fassung der vom "Parlamentarischen Rat" verabschiedeten und von den Ländern angenommenen Fassung hervor. Darin heißt es unter anderem, das deutsche Volk habe in den damals bestehenden Ländern, "um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben", das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Das gesamte deutsche Volk bleibe (jedoch) aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Und in seinem Art. 146 ist festgeschrieben:
"Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."
Dieses eherne Gebot hätte spätestens bei der Wiedervereinigung erfüllt werden müssen, indem eine neue Bundesverfassung der unmittelbaren Abstimmung durch das Volk zugeführt würde.
Das ist nicht geschehen!!
Vielmehr hat der Bundestag, ohne die Wähler überhaupt zu befragen, mit ziemlicher Dreistigkeit selbst die Präambel geändert und behauptet, die Deutschen in den nunmehr gesamten Bundesländern hätten "in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet"; damit gelte dieses Grundgesetz für das gesamte deutsche Volk.
Und geradezu skrupellos fand auch eine Änderung des Art. 146 statt, wonach dieses Grundgesetz nach Vollendung der Einheit und Freiheit für das gesamte deutsche Volk gelte. Aber gleichwohl bleibt die elementare Feststellung gültig: Das Grundgesetz "verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist".
Eine solche Volksentscheidung ist bisher vorenthalten worden.
Entscheidung nur unmittelbar durch das Volk …<<

Volksabstimmung über die Annahme einer neuen Bundesverfassung
Der deutsche Jurist Dr. Klaus Sojka (1926-2009) schrieb im Jahre 2008 über die Rechtssituation Deutschlands (x857/...): >>… Der BRD-Politik waren wiederholt Chancen eingeräumt, die volle Souveränität, den Abschluß eines Friedensvertrages und den Wegfall der Feindstaatenklausel zu erreichen. Sie hat diese - aus welchen Gründen auch immer - nicht wahrgenommen. … Es muß verlangt werden: Die Volksabstimmung über die Bundesverfassung. …
Volksabstimmungen über alle Verfassungsänderungen und sonstigen das Verfassungsgefüge berührenden Angelegenheiten (Grundfragen),
- unmittelbare Wahl des Bundespräsidenten durch das Volk,
- Abzug aller Besatzungs-Militärs,
- Beendigung aller Vorbehalte der Siegermächte hinsichtlich der deutschen Staatsordnung und ihrer Verwirklichung und
- klarer Verzicht der Siegermächte auf die Feindstaatenklausel gegenüber Deutschland, sowie
- ein eindeutiger Friedensabschluß. …
Der BRD-Gesetzgebung wäre es gerade durch das Grundgesetz ohne weiteres möglich, Plebiszite durch Klarstellung im Art. 20 GG und die unmittelbare Wahl des Bundespräsidenten durch Änderung des Art. 54 GG zu verwirklichen. Denn Änderungen des Grundgesetzes sind nach Art. 79 GG leicht durchführbar. Die Vorenthaltung von Volksabstimmungen über die Annahme der Bundesverfassung und ihre Änderungen ist staatsrechtlich unverantwortlich und

dient - trotz aller anderweitigen Beschwörungen - letztlich nur dem Erhalt der gegenwärtig bestehenden Macht.<<

Beendigung der EU-Mitgliedschaft

Die Europäische Union (EU), die ursprünglich eine Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) war, verteidigt schon längst nicht mehr die Demokratie, die Interessen des Gemeinwohls und die christlichen Nationalstaaten Europas, sondern setzt sich in erster Linie für die Durchsetzung eines EU-Einheitsstaates, gesellschaftszerstörende Ideologien und für die Macht der Banken (Neue Weltordnung) ein.

Die Massenmedien behaupten zwar bei jeder Gelegenheit, daß die Europäische Union (EU) für die Deutschen lebensnotwendig wäre und vor allem für die Deutschen nur Chancen und Vorteile bieten würde, aber die Realität sieht völlig anders:

Ungeachtet der katastrophalen Folgen des Zweiten Weltkrieges besaß die Bundesrepublik Deutschland Ende 1958 bereits wieder einen Überschuß in Höhe von 2,9 Milliarden DM (x069/215).

Obgleich die deutsche Wirtschaft in den folgenden Jahrzehnten unaufhörlich große Exportüberschusse erzielte, die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nicht verschwenderisch lebte und der Staat keine außergewöhnlichen Maßnahmen finanzierte (Ausnahme: Vereinigung BRD/DDR), betrug die amtliche Schuldenlast der vermeintlich reichen Bundesrepublik Deutschland Ende 2010 mehr als 2.000 Milliarden Euro.

Diese Schuldenlast erhöht sich außerdem um eine **Haftungssumme von vermutlich mehr als 1.000 Milliarden Euro**, die im Rahmen des EZB-Anleihekaufprogrammes entstehen wird.

Eine im April 2013 veröffentlichte Studie der Europäischen Zentralbank kam zu dem Ergebnis, daß die Deutschen im Schnitt sogar ärmer sind als z.B. die Bevölkerung der EU-Krisenstaaten Spanien, Italien, Griechenland und Zypern.

Angesichts der enormen deutschen Exportüberschüsse stellt sich natürlich die Frage, wo die Milliardenüberschüsse des deutschen Staates seit 1959 geblieben sind.

Ein beträchtlicher Teil der deutschen Überschüsse wurde offensichtlich durch die EU systematisch konfisziert (Wohlstandstransfer bzw. verdeckte Reparationen an die zahlreichen Nettoempfänger der EU).

Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland müßte aufgrund der erfolgreichen Exportwirtschaft eigentlich zu den reichsten Bürgern Europas zählen, aber aufgrund der EU-Zwangsintegration besitzen die Deutschen lediglich geringe Vermögen und belegen laut EZB-Studien gegenwärtig den letzten Platz innerhalb der EU. Angesichts dieses Ergebnisses muß man die deutsche Zwangsmitgliedschaft in der EU als "Erfolgsgeschichte" einordnen, denn die Vorgaben der Siegermächte (Potsdamer Abkommen) wurden nicht nur erfüllt, sondern sogar wesentlich übertroffen.

Im sogenannten Potsdamer Protokoll (Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam stattfand) hieß es z.B. (x101/191-192): >>>... **B. Wirtschaftliche Grundsätze**

... 15. Es ist eine alliierte Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten, jedoch nur in den Grenzen, die notwendig sind:

a) zur Erfüllung des Programms der industriellen Abrüstung und Entmilitarisierung, der Reparationen und der erlaubten Aus- und Einfuhr;

b) zur Sicherung der Warenproduktion und der Dienstleistungen, die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Besatzungsstreitkräfte und der verpflanzten Personen in Deutschland notwendig sind und die wesentlich sind für die **Erhaltung eines mittleren Lebensstandards in Deutschland, der den mittleren Lebensstandard der europäischen Länder nicht übersteigt**. (Europäische Länder in diesem Sinne sind alle europäischen Länder mit Ausnahme des

Vereinigten Königreiches und der Sowjetunion) ...<<
Aufgrund der permanenten politischen Entmündigung und planmäßigen Ausplünderung der deutschen Bevölkerung ist es unumgänglich, die EU sofort zu verlassen, um diese völkerrechtswidrige Unterdrückung und Ausbeutung endlich zu beenden.
Der sofortige EU-Austritt dürfte völkerrechtlich unproblematisch sein, weil der Beitritt zur Ruhrbehörde (Ruhrstatut) gewaltsam und damit völkerrechtswidrig erpreßt wurde, war auch die Mitgliedschaft in den Folgegemeinschaften (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) von Anfang an nichtig und damit unwirksam.
Die europäischen Nationalstaaten sollen demnächst zu Provinzen eines neuen zentralistischen EU-Bundesstaates werden (Schaffung eines EU-Haushaltes und eines EU-Finanzministers, Vergemeinschaftung der Schulden). Der Europäische Gerichtshof soll für sämtliche Bereiche des EU-Rechts zuständig werden. Dieser linkslastige EU-Einheitsstaat scheint um jeden Preis die Nachfolge der gescheiterten kommunistischen Diktatur in der ehemaligen UdSSR anzustreben. In dieser EU-Diktatur werden Leistungsbereitschaft, Eigenverantwortung und Kreativität, die bisher die einzelnen Nationalstaaten auszeichneten, schnell spurlos verschwinden.
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (52/1999) berichtete am 27. Dezember 1999 über den luxemburgischen Politiker Jean-Claude Juncker (seit 2014 Präsident der Europäischen Kommission): >> **Die Brüsseler Republik**
Im 21. Jahrhundert wächst der europäische Bundesstaat heran. Er wird ein Multikulti-Staatsvolk von wenigstens 440 Millionen Menschen umfassen.
Jean-Claude Juncker ist ein pfiffiger Kopf. "Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert", verrät der Premier des kleinen Luxemburg über die Tricks, zu denen er die Staats- und Regierungschefs der EU in der Europapolitik ermuntert. "Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."
So wurde bei der Einführung des Euro verfahren, als tatsächlich kaum jemand die Tragweite der ersten Beschlüsse 1991 zur Wirtschafts- und Währungsunion wahrnehmen mochte. …<<

Beendigung der NATO-Mitgliedschaft
Obwohl Stalin im Jahre 1952 die Rückgabe der deutschen Ostgebiete im Tausch gegen eine deutsche Neutralität und Nichteintritt in die NATO angeboten hatte, wurde die Bundesrepublik Deutschland am 9. Mai 1955 Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft (NATO). Die geplante deutsche Bundeswehr wurde danach in die NATO-Strukturen integriert und die Bundesrepublik Deutschland erklärte sich damals bereit, auf die Entwicklung von ABC-Waffen zu verzichten.
Für die Mitgliedschaft in der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft (NATO) entfiel im Jahre 1955 angeblich das Besatzungsstatut und die Bundesrepublik Deutschland sollte außerdem endlich die zugesagte Souveränität und fast alle Hoheitsrechte erhalten. Tatsächlich blieben jedoch weiterhin wesentliche Befugnisse und Vorbehaltsrechte des Besatzungsstatutes der alliierten Siegermächte bestehen.
Während der Wiedervereinigungsverhandlungen Mittel- und Westdeutschlands im Jahre 1990 setzten die USA schließlich die Verlängerung der NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland durch.
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 3. September 2015: >>**Von Hiroshima zu Euroshima**
Die USA wollen auch auf unserem Kontinent wieder nuklear aufrüsten: Wie in den 1980er Jahren wird die Stationierung von Marschflugkörpern geplant. …
Was die Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis nimmt: Der Einsatz von Massenvernichtungswaf-

fen gegen Rußland wird bereits geprobt! Zum Beispiel im Manöver Steadfast Noon im Oktober 2014: Kampfflugzeuge aus sieben NATO-Staaten starteten von der Luftwaffenbasis Ghedi Torre in Norditalien, wo etwa 20 US-Atombomben gebunkert sind. Getestet wurde die sogenannte nukleare Teilhabe: Trägerstaaten aus Staaten wie der Bundesrepublik, die selbst auf Massenvernichtungswaffen verzichtet haben, werden im Ernstfall mit US-Nuklearsprengköpfen bestückt. (…)
In einer aktuellen Studie fordert das regierungsnahe Polish Institute for International Affairs einen "radikalen Wechsel im bürokratischen NATO-Herangehen in Bezug auf Atomwaffen". Die NATO solle nicht nur insgeheim den Atomwaffeneinsatz üben - genannt wird die Beteiligung von strategischen B-52-Bombern am Ostsee-Manöver Baltops im Juni 2015 -, sondern das auch offensiv kommunizieren. Um eine "atomare Botschaft" an Moskau zu schicken, sollten in solche Testläufe "so viele Alliierte wie möglich" einbezogen werden.
Parallel will das Pentagon "implizit - wenn auch nicht explizit erklärt - die Fähigkeit von US-Atomwaffen verbessern, militärische Ziele auf russischem Territorium zu zerstören" (AP, 4.6.2015). Genau dazu dürften die neuen Cruise Missiles in Europa dienen. Man bedenke: Es geht hier um "pre-emptive strikes", also um "vorbeugende Schläge", noch bevor Rußland NATO-Territorium attackiert hat, also um einen Angriffskrieg mit Atomwaffen! Aber das paßt ja zur Aussage von General Joseph Dunford, ab September 2015 Nachfolger von Dempsey im US-Oberkommando, der die "Atommacht Rußland (…) für gefährlicher als die Terrormiliz Islamischer Staat hält". (Focus, 15.7.2015) (…)<<
Die "Neue Rheinische Zeitung"-ONLINE veröffentlichte am 27. April 2016 ein Interview mit dem deutschen Dramatiker Rolf Hochhuth: >>**Krieg und Frieden**
Zum Erscheinen des Buches "Ausstieg aus der NATO – oder Finis Germaniae"
"Wir Deutschen, willenlose Satelliten des Pentagons"
Am 31. März 2016 ist ein ungewöhnliches Buch erschienen. Autor ist Rolf Hochhuth. Es trägt den Titel: "Ausstieg aus der NATO – oder Finis Germaniae". …
**"Wir sind keine souveräne Macht" - "Wir sind Entmündigte"**
*Herr Hochhuth, Sie nennen Ihr Buch "Ausstieg aus der Nato oder Finis Germaniae". Was meinen Sie damit?*
Ich meine damit, daß die Amerikaner sehr bald ihren geplanten Krieg gegen Rußland anfangen und wir Deutschen dann vernichtet werden - als stärkstes europäisches Kontingent der Nato, als willenloser Satellit des Pentagons. Ich habe ein ganzes Buch geschrieben, um das zu belegen.
Daß ich nicht in Panik rede, sondern aufgrund von Fakten panisch bin, möchte ich an folgenden Beispielen zeigen. Warum führt die Nato einhundert Meter, nicht Kilometer, vor der russischen Grenze, in Narwa, Estland eine Militärparade durch? …
Mein Hauptzeuge ist Altbundeskanzler Helmut Schmidt, der vierzehn Tage vor seinem Tode mit höchster Beunruhigung gesagt hat, hört endlich mit dem Unfug der Sanktionen auf. Auch Frau Merkel will das natürlich nicht. Aber wir sind Entmündigte. Das Kabinett hat einen ehrlichen Menschen, den Minister Schäuble, der fatalistisch gesagt hat: "Wir müssen uns eben daran gewöhnen, wir sind keine souveräne Macht." …<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. April 2017 (x887/...): >>**"Deutschland sollte kein besetztes Land mehr sein"**
von Eva Herman
Ein erstaunliches Interview wurde vor wenigen Tagen von dem Internet-Sender Querdenken.TV veröffentlicht. Michael Friedrich Vogt, Publizist und ehemaliger Honorarprofessor für Journalistik an der Universität Leipzig, hatte Mitte April 2017 in Moskau den stellvertretenden Vorsitzenden der russischen Duma, Wladimir Wolfowitsch Schirinowski, getroffen. Der Rechtsanwalt und studierte Türkeiwissenschaftler ist Chef der liberaldemokratischen Partei

und sitzt im russischen Parlament. …
Schirinowski verurteilte die NATO-Osterweiterung, vor allem in den baltischen Ländern. Sie stelle eine immense Gefahr für den Frieden in Europa, ganz speziell für Deutschland, dar: "Wir haben Deutschland gebeten, aus der NATO auszutreten. Und es würde ein großes Deutschland sein, ohne Besatzungstruppen, das demokratischste in Europa. Aber, nein! Und die DDR wurde hineingezogen, und sie alle zusammen sind jetzt in der NATO. Die deutschen Soldaten sind schon im Baltikum! Doch warum machen sie das? Dieser Krieg wird der letzte sein. Alles wird vernichtet. Ganz Europa wird vernichtet. Man sollte darüber nachdenken. Amerika ist weit weg. Und wir haben noch hinter dem Ural genug Territorium. Und was bleibt von Europa nach dem Krieg?"
Schirinowski erläuterte die seit nahezu 200 Jahren verursachten Störungen der russisch-deutschen Beziehungen durch Großbritannien, die USA und Frankreich. Ihnen sei die russisch-deutsche Allianz ein Dorn im Auge, die zu friedvoller Macht führen und ihnen deshalb gefährlich werden könnte. …
Schirinowski beendete das Interview mit der bereits zu Anfang erwähnten Thematik der deutschen Ostgebiete: "Wir haben den Deutschen die östlichen Gebiete weggenommen und den Polen gegeben. Aus welchem Grunde befinden sich heute die Polen auf dem deutschen Territorium? Man kann alles Deutschland wiedergeben. Dabei können wir helfen. Beim deutschen Hafen Memel, Klaipeda, wir können dabei helfen, für Deutschland das ganze Preußen wieder herzustellen. Keiner hilft, nur wir!"<<
Angesichts der aggressiven Osteuropapolitik der NATO sollte die Bundesrepublik Deutschland umgehend die Neutralität bzw. Bündnisfreiheit (nach dem Vorbild Finnlands, Österreichs, Schwedens und der Schweiz) anstreben.

**Die Neue Weltordnung des US-Imperiums, Teil 1**

> Gebt mir die Kontrolle über die Währung einer Nation, und es ist mir gleichgültig, wer die Gesetze macht!
> *Mayer Amschel Rothschild (1744-1812, deutscher Bankier, Gründer des Hauses Rothschild)*

Am 9. Dezember 1948 wurde die UN-Konvention "über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes" offiziell verabschiedet und verkündet (x075/52-53): >>Nach Erwägung der Erklärung, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Resolution 96 (I) vom 11.12.1946 abgegeben wurde, daß Völkermord ein Verbrechen gemäß internationalem Recht ist, das dem Geist und den Zielen der Vereinten Nationen zuwiderläuft und von der zivilisierten Welt verurteilt wird,
In Anerkennung der Tatsache, daß der Völkermord der Menschheit in allen Zeiten der Geschichte große Verluste zugefügt hat, und
In der Überzeugung, daß zur Befreiung der Menschheit von einer solch verabscheuungswürdigen Geißel internationale Zusammenarbeit erforderlich ist,
sind die vertragsschließenden Parteien hiermit wie folgt übereingekommen:
Art. I. Die vertragsschließenden Parteien bestätigen, das Völkermord, ob im Frieden oder im Krieg begangen, ein Verbrechen gemäß dem internationalen Recht ist, zu dessen Verhütung und Bestrafung sie sich verpflichten.
Art. II. In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:
a) Tötung von Mitgliedern einer Gruppe;
b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;
e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe. ...<<
In dieser Erklärung der UNO-Generalversammlung hieß es ferner, daß niemand willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden darf (Art. 9) und daß jeder Mensch das Recht hat, jedes Land, auch sein eigenes Land, zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren (Art. 13). Auch eine Verschwörung zur Begehung von Völkermord und bereits der Versuch, waren aufgrund dieser UN-Konvention zu bestrafen.
Diese UNO-Konvention enthielt zwar keine eigene Strafnorm, aber sie verpflichtete die Signatarstaaten gemäß Art. VI, Handlungen, die als Völkermord definiert waren, unter Strafe zu stellen (x086/249).
Trotz Stimmenthaltung aller "Ostblockstaaten" wurde die UNO-Erklärung der Menschenrechte damals allgemein gültig.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den Tatbestand des Völkermordes (x051/608): >>Völkermord (Genozid), physische (auch kulturelle) Vernichtung nationaler, ethnischer, religiöser, sozialer oder rassischer Gruppen.
Der Tatbestand des Völkermordes ist so alt wie die Menschheitsgeschichte, der Begriff dafür wurde im 20. Jahrhundert entwickelt und völkerrechtlich gefaßt. In Ansätzen schon im Gefolge der Minoritätenverfolgungen in der Sowjetunion seit 1917 formuliert, wurde Völkermord kodifiziert nach den Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Ausrottungspolitik gegen Polen, Slawen und Juden (Endlösung): In Artikel 6c der IMT-Satzung vom 8.8.45 für die

Nürnberger Prozesse wurde er unter die Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingereiht und am 9.12.48 Gegenstand des Abkommens zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, das einstimmig von der UN-Vollversammlung angenommen wurde.
Zum Völkermord zählt danach bereits das körperliche und geistige Schädigen sowie das Töten von Mitgliedern einer Gruppe mit dem Ziel ihrer Zerstörung, was durch planmäßige Schaffung unerträglicher Lebensbedingungen, Vertreibung, Geburtenverhinderung u.a. geschehen kann.
1954 trat die Bundesrepublik dem Abkommen bei und schuf in § 220a StGB einen Straftatbestand des Völkermordes.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen.
Die Stämme der Schlesier, Ostpreußen, Wolgadeutschen usw. haben praktisch zu existieren aufgehört; das Geschehen in den Vertreibungsgebieten – die größte Vertreibung der Weltgeschichte – müßte als Genozid eingestuft werden, selbst wenn es nicht so viele Menschenleben gekostet hätte.<<
James P. Warburg (1896-1969, Privatbankier, Finanzberater der US-Militärregierung in Deutschland) berichtete im Jahre 1949 in seinem Buch "Deutschland – Brücke oder Schlachtfeld" über die nordamerikanische Nachkriegspolitik (x156/40-41): >>... Von der Lösung, die für die deutsche Frage gefunden wird, hängt nicht nur unser eigenes Glück und unsere eigene Wohlfahrt ab, sondern auch die Sicherheit unserer Nation, mehr noch die Weiterentwicklung der menschlichen Zivilisation auf unserer Erde überhaupt. ...
Es mag ... wohl sein, daß das, was sich heute in Deutschland ereignet, uns gefühlsmäßig nicht sehr nahegeht, insoweit, als es sich dabei um unsere Sympathie für das deutsche Volk handelt. Aber dennoch hat all das aus einem ganz anderen Grunde für uns eine tiefe und lebenswichtige Bedeutung: diese Vorgänge berühren nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Welt. Wir Amerikaner haben ein vitales Interesse an der Zukunft Deutschlands, weil Deutschland das Versuchsfeld für ein großes Experiment ist, das wir machen müssen. Wir müssen versuchen, einen dauernden Frieden durch die Zusammenarbeit der großen Mächte zu verbürgen. Deutschland ist das Laboratorium, in dem dieses Experiment gelingt oder mißlingt. ...
Wir Amerikaner haben ein vitales Interesse an der Zukunft Deutschlands, weil Deutschland das Versuchsfeld für ein großes Experiment ist, das wir machen müssen. Wir müssen versuchen, einen dauernden Frieden durch die Zusammenarbeit der großen Mächte zu verbürgen. Deutschland ist das Laboratorium, in dem dieses Experiment gelingt oder mißlingt. ...
Wenn man das nicht will, so muß man eben das deutsche Volk gänzlich ausrotten oder versklaven, das deutsche Volk aufteilen und von den Nachbarländern annektieren lassen.
Da niemand an solch drastische Maßnahmen denken kann, besteht das deutsche Problem heute nicht nur aus der Frage, wie man das deutsche Volk friedfertig und dem Gesetz gehorsam machen, sondern auch darin, wie man das Können, die Arbeitskraft und die natürlichen Hilfsmittel einer neuen und friedfertigen deutschen Nation zum Besten Europas und der Welt wirksam werden lassen kann.<<
Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb im Jahre 1965 in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die nordamerikanische Deutschlandplanung (x306/60-70): >>**What to do with Germany?**
Die Geschichte der amerikanischen Deutschlandplanung im Zweiten Weltkrieg ist die traurige Geschichte, wie Sachverstand und politische Verantwortung die Waffen strecken gegenüber

dem ideologischen Fanatismus einer kleinen Gruppe, die sich gedeckt vom Sperrfeuer der "öffentlichen Meinung" frei zu entfalten vermag.
Nach einem kurzen Kräftemessen entglitt das politische Steuer den Händen des für die militärischen Aspekte der Deutschlandplanung zuständigen Kriegsministeriums und des für die zivilen Aspekte der Planung zuständigen Außenministeriums und geriet in den Griff jener Behörden, in denen sich die Liberalen verschanzt hatten, des Finanzministeriums unter Morgenthau, der Verwaltung für Außenwirtschaft (Foreign Economic Administration) unter Leo T. Crowley und des Amtes für Kriegsnachrichten (Office of War Information) unter Elmer Davis.
Vom September 1944 ab war die Deutschlandplanung im Dreibehördenrahmen zwischen Kriegsministerium, Außenministerium und Finanzministerium abzusprechen. Das Finanzministerium, das für die Deutschlandplanung im Grunde so wenig zuständig war wie andere nicht beteiligte Ministerien, wurde von Roosevelt in seiner Eigenschaft als Sprecher des liberalen Antigermanismus eingeschaltet.
Senat und Repräsentantenhaus waren durch Roosevelts System des persönlichen Regiments bei der amerikanischen Nachkriegsplanung ohne Einfluß. Das Kriegsministerium war in sich gespalten, da sich die Civil Affairs Division (Leiter: General Hilldring) dem liberalen Antigermanismus angeschlossen hatte, während der zuständige stellvertretende Kriegsminister John McCloy eine nicht ganz durchsichtige, vermittelnde Position einnahm.
Das Außenministerium allein konnte dem Ansturm der Antigermanen nicht standhalten, deren durchschlagendstes Argument war, daß sie den neuen Geist der Vereinten Nationen repräsentierten, während das Außenministerium lediglich das veraltete amerikanische Nationalinteresse vertrete.
Roosevelt entzog die Außenpolitik dem Einflußbereich des Kongresses, indem er Erklärungen und Protokolle unterzeichnete, Verwaltungsabkommen schloß und so völkerrechtliche Verträge, die der Genehmigung des Kongresses bedurft hätten, vermied. Eine dieser Erklärungen ist die der Vereinten Nationen, die am Neujahrstag 1942 von Roosevelt, Churchill, Litwinow und Sung unterzeichnet wurde.
Die Unterzeichner stellten fest, daß sie in gemeinsamem Kampf gegen einen wilden und brutalen Feind stünden, dessen vollständige Niederlage für die Bewahrung der Menschenrechte und der Gerechtigkeit grundlegend sei. Sie verpflichteten sich, ihre ganze Kraft in diesem Kampf einzusetzen und keinen Separatfrieden zu schließen. Im übrigen beriefen sie sich auf die vielstrapazierte Atlantik-Charta. Als Churchill im Weißen Haus gerade in der Badewanne saß, wurde er von Roosevelt gefragt, ob man die Kriegskoalition nicht die der Vereinten Nationen nennen könne. Churchill brummte seine Zustimmung, die Vereinten Nationen traten ins Leben.
Einen Tag nach der Unterzeichnung im Weißen Haus durch die vier Großmächte, durften die übrigen neugebackenen Vereinten Nationen ihre Unterschriften im Büro von Adolf Berle im Außenministerium abliefern. Es war ein wenig ansehnlicher Troß, der sich aus den britischen Dominien, 8 Exilregierungen und 9 mittelamerikanischen Satelliten der Vereinigten Staaten zusammensetzte. Daß der Tag der Vereinten Nationen am 14. Juni, dem Tag der amerikanischen Flagge, begangen wurde, galt als gutes Omen dafür, daß die neue, etwas gemischte Koalition dem amerikanischen Geist entsprechen würde. Man war der Überzeugung, daß eine (entsprechend ausgewählte) amerikanische Tradition in die neue und eine Welt hinüberleiten werde.
Für den ersten "Tag der Vereinten Nationen" sprach Roosevelt demnach über den Rundfunk das folgende Gebet:
"Gott der Freien, wir geloben heute unser Herz und unser Leben der Sache der gesamten Freien Menschheit. Unsere Erde ist nur ein kleiner Stern im großen Universum. Aber wir können,

so wir wollen, aus ihr einen Planeten machen, der unbelästigt ist vom Kriege, verschont ist von Hunger und Furcht, ungespalten ist durch die sinnlosen Unterscheidungen von Rasse, Hautfarbe und Theorie. Der Geist des Menschen ist erwacht, und die Seele des Menschen ist vorangeschritten.
Gib uns das Geschick und den Mut, die Welt von der Unterdrückung und der alten gemeinen Lehre, daß die Starken die Schwachen aufessen müssen, weil sie stark sind, zu säubern. Schenke uns einen gemeinsamen Glauben, daß der Mensch Brot und Frieden, Gerechtigkeit und Rechtschaffenheit, Freiheit und Sicherheit, Gelegenheit und die gleiche Chance, sein Bestes zu tun, nicht nur in unserem Land, sondern in der ganzen Welt, kennenlernen wird. Und in diesem Glauben laßt uns marschieren, auf die saubere Welt zu, die unsere Hände schaffen können.
Amen."
Die Architekten dieser neuen sauberen Welt waren nicht übermäßig besorgt, daß die Mitarbeit der Sowjetunion ihr geplantes Gebäude zum Einsturz bringen könnte. Näher und bedenklicher waren für sie die architektonischen Gefahren, die sich aus dem eigenen Lager erhoben. Eifersüchtig wurden Versuche beobachtet, an eine politische Planung, insbesondere eine Deutschlandplanung, heranzugehen, die nicht vom neuen Geist der Vereinten Nationen inspiriert waren. Man war gewappnet, daß von der Diplomatie und der militärischen Führung auf der einen, von der Industrie auf der anderen Seite Quertreibereien zu erwarten seien, und Wachsamkeit war das Gebot der Stunde.
Der Provost Marshall, dem die Militärpolizei unterstand, hatte 1942 in der Universität von Virginia in Charlottesville eine Schule für Militärregierung errichtet. Später wurden einmonatige Kurse in Fort Custer (Michigan) und eine anschließende Ausbildung an CATS (Civil Affairs Training Schools) an verschiedenen amerikanischen Universitäten eingerichtet.
Hier sollten die Spezialisten für die Verwaltung der von den amerikanischen Truppen zu besetzenden Gebiete ausgebildet werden. Die Presse widmete den neuerrichteten Schulen gebührende Aufmerksamkeit, zumal 1942 wenig Erfreuliches von den Kriegsschauplätzen zu berichten war.
Eines Tages fragte der liberale Innenminister Ickes Roosevelt nebenbei, ob dieser die Errichtung einer "Gauleiter-Schule" in Charlottesville angeordnet habe. Roosevelt hatte nicht, aber er verstand den Wink. Er kümmerte sich höchstpersönlich um die Art und Weise, wie die Armee der Zivilbevölkerung der zu besetzenden Länder gegenübertreten werde. Im Frühjahr 1943 ließ er im Kriegsministerium eine Abteilung für Zivilangelegenheiten errichten, deren Leiter Generalmajor John Hilldring als Stadtkommandant im Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg einige unliebsame Erfahrungen gesammelt hatte.
In dieser Zivilabteilung ging es sehr zivil zu. An den Schlüsselstellen saßen neben den die Kompetenzen der Abteilung löwenhaft verteidigenden Rechtsanwälten Männer, die die politischen Visionen des Liberalismus teilten. Unter ihnen war John Boettiger, Roosevelts Schwiegersohn, dessen Frau Anna ständigen Umgang mit ihrem Vater hatte. Die in deutschen Fragen treibende Kraft der Abteilung war der Oberst David Marcus.
Marcus war bis Kriegsbeginn der Leiter der Gefängnisse der Stadt New York und der "starke Mann" der extrem liberalen und Roosevelt persönlich treu ergebenen Stadtverwaltung der "Fusionisten" von New York unter dem Bürgermeister Fiorello H. La Guardia gewesen. Marcus‘ Tätigkeit ist in Dunkel gehüllt. Die einzige Biographie über ihn ist ein Heldenbuch für Kinder im Alter von sechs bis 10 Jahren. In einem Nachruf in der "Saturday Evening Post" wurde Marcus‘ Karriere folgendermaßen skizziert:
"Nach Dienst mit seiner Division im Pazifik wurde er nach Washington zur Dienstleistung im Stab von General Marshall zurückgesandt und dort mit einer Reihe von Sonderaufträgen betraut, die Präsident Roosevelt auf ihn aufmerksam machten. Er begleitete Roosevelt später

nach Jalta und Teheran und war mit Truman in Potsdam. ... Er löste einige der wichtigsten Aufgaben hinter verschlossenen Türen, wobei er häufig direkt an das Weiße Haus berichtete. Er half mit, die Kapitulationsurkunden zu entwerfen, die Italiener und Deutsche unterzeichneten. Er arbeitete das Programm für die Militärregierung in den besetzten Gebieten aus und ging selbst an Ort und Stelle, um zu sehen, daß es auch ausgeführt wurde."
Marcus, der bei Kriegsende die Planungsabteilung der Civil Affairs Division leitete, war in der Nachkriegszeit erst im Stab des Militärgouverneurs in Deutschland, dann im Stab von MacArthur in Japan, ab Juni 1946 wieder in Washington, diesmal als Leiter der Abteilung für Kriegsverbrechen. Im April 1947, als das Ende der liberalen Phase der amerikanischen Politik sich deutlich abzeichnete, trat er aus der Armee aus und eröffnete ein Anwaltsbüro in der Fifth Avenue. Aber auch hier hielt es den ruhelosen Geist nicht lange. Er trat unter einem falschen Namen in die israelische Armee ein und fiel am 11. Juni 1948 vor den Toren Jerusalems.
Die Planung des Vorgehens der Armee bei der Besatzung war Sache der Civil Affairs Division in Washington. …
Anfang 1944 waren die Absolventen der Schulen von Charlottesville und Fort Custer in England eingetroffen. 2.000 künftige Angehörige der Militärregierung wurden in der neuerbauten Kadettenanstalt von Shrivenham zusammengefaßt. Über die Grundsätze der Besatzungspolitik gab es kaum Vorschriften, und einige mehr naive Offiziere gingen sogar so weit, diese aus dem Text der Atlantic Charta zu entwickeln.
Das zusammenfassende "Handbook for Military Government" lag im August 1944 nach drei Umarbeitungen druckfertig vor, als Henry Morgenthau als liberaler Deus ex machina in London erschien, die geleistete Arbeit annullierte und dafür sorgte, daß die Besatzungsplanung an den Pulsschlag des amerikanischen Liberalismus und der antigermanischen Ideologie angeschlossen wurde.
Nicht nur von seiten des Pentagon, auch von seiten des State Department witterten die Liberalen Gefahr. Die "gestreiften Hosen" der Diplomaten wurden von ihnen im gleichen Maße als Fremdkörper in der amerikanischen Demokratie angesehen wie der "brass" (Messing der Rangabzeichen) der Generale. Militär und Diplomatie schienen Rudimente des europäischen Zeitalters der Machtpolitik, deren Aussterben im Zeitalter der friedlichen Harmonie und Gesinnungspolitik man entgegensehen konnte.
Die Diplomaten des State Department und die privaten Spezialisten des halbamtlichen "Council of Foreign Relations" in New York hatten noch vor dem amerikanischen Kriegseintritt mit umfangreichen Vorarbeiten für die Nachkriegsplanung begonnen. Die Problematik einer weiteren Ausdehnung der kommunistischen Machtsphäre wurde dabei nicht außer acht gelassen. Aus welchen politisch ideologischen Wetterwinkeln sich der Gewittersturm gegen eine nüchterne außenpolitische Planung erheben würde, blieb dem Außenminister Cordell Hull nicht verborgen.
Mit gutem Grund rief er ein Advisory Committee on Post War Foreign Policy ins Leben, das als Vertretung der "Öffentlichkeit" im Februar 1942 die Nachkriegsplanung aus den Händen eines interministeriellen Ausschusses übernahm, der seit Januar 1940 mit den Nachkriegsregelungen befaßt gewesen war. Im 45köpfigen Ausschuß bildeten die 11 Diplomaten eine Minderheit. Neben ihnen waren andere Ministerien, einige Senatoren, aber auch Privatleute an der Nachkriegsplanung beteiligt.
Obwohl sich unter den letzteren auch bekannte Interventionisten wie Hamilton Fish Armstrong ("We or they?" "Hitler’s Germany") und Anne McCormick von der "New York Times" befanden, genügten die eingeschalteten gemäßigten Sachkenner nicht, um die Öffentlichkeit von der ebenso leidenschaftlichen wie unsachgemäßen Erörterung der Nachkriegsfragen abzuhalten. Als nach der Landung in Nordafrika, Sizilien und Unteritalien praktische Entscheidungen zu treffen waren, wurde der beratende Ausschuß aufgelöst.

Inzwischen hatte die liberale Öffentlichkeit den "Fall Darlan" zu einem Testfall für die Behandlung außenpolitischer Fragen aufgebaut. Darlan, ein ehemaliger Minister der Vichy-Regierung, war in Nordafrika zu den Alliierten übergegangen. Diese bedienten sich seiner Dienste. Die Öffentlichkeit sah darin ein Paktieren mit dem Faschismus. Der "Fall Darlan" wurde zwar mit mäßiger Eleganz durch die Ermordung des Generals (am 24.12.1942) geregelt, die aufgeputschte Öffentlichkeit wollte aber ein für allemal festgelegt wissen, daß mit "Faschisten" nicht verhandelt werden dürfe und daß eine Diplomatie zwischen den Schützengräben unstatthaft sei. …

An der Stätte des Wirkens Darlans forderte Roosevelt zum Abschluß der Konferenz von Casablanca vor der Presse am 24. Januar 1943 die bedingungslose Kapitulation Deutschlands, Italiens und Japans. Die Form der Beendigung des Krieges durch bedingungslose Kapitulation ging nach dem Wortlaut der Erklärung Roosevelts aus dem Kriegsziel der totalen Ausschaltung der militärischen Macht der genannten Staaten hervor.

Ob Roosevelt die Forderung improvisiert habe (Churchill), ob bereits beim Mittagessen am 23.1. darüber gesprochen worden sei (Elliott Roosevelt) oder ob schon Monate zuvor die Formel in interministeriellen Besprechungen aufgetaucht sei (Herbert Feis), ob das Ziel der Erklärung war, einen Sonderfrieden zwischen der Sowjetunion und Deutschland zu verhindern oder den Widerstandswillen in den von den Achsenmächten besetzten Ländern zu fördern, ist umstritten.

Unumstritten ist die Wirkung der Formel. Niemand behauptet, daß die sowjetische Politik sich durch sie an die Kette legen ließ, niemand bestreitet, daß die Gegner Amerikas zum bedingungslosen Kampf aufgeputscht wurden, da weder ein Wechsel der Politik noch einer der Regierungen Aussicht auf einen leidlichen Ausgang eröffnete.

Die Erklärung von Casablanca war eine Erklärung des totalen Krieges bis zum totalen Sieg, die alle Brücken abbrach und das diplomatische Spiel zum Erliegen brachte. …

Was nach der bedingungslosen Kapitulation mit Deutschland zu geschehen habe, interessierte die amerikanische Öffentlichkeit mehr als die Regierung. Diese hielt dafür, daß die Zukunft Deutschlands im Rahmen der Nachkriegsordnung zu sehen sei. Ein Kriegsziel, über das ohne weiteres Einigkeit bestand, war die militärische Ausschaltung Deutschlands durch seine vollständige Entwaffnung. Roosevelt und Molotow hatten am 1. Januar 1942 ihr Einvernehmen in diesem Punkte festgestellt.

Aus der Entwaffnung, die Roosevelt ja für alle Staaten außer den vier Großmächten vorgesehen hatte, folgte die Vernichtung der politischen Existenz Deutschlands, das sein Schicksal jedoch mit allen anderen Nichtgroßmächten teilte. Der Streit zwischen den Anhängern des "harten" und des "weichen" Friedens ging um die Frage, ob und in welchem Maße auch die zivile Existenz Deutschlands zu vernichten sei.

Roosevelts Nachkriegskonzeption war nicht unbestritten. Seine Vorstellung der Viermächte-Treuhänderschaft über die Welt und die Vorstellung seines Außenministers Hull einer Erneuerung des Völkerbundes zwischen gleichberechtigten Staaten waren nur schwer auf einen Nenner zu bringen. …

Im Sommer 1943 erzwang Hull den Rücktritt seines Stellvertreters Welles, der über den Kopf des Ministers hinweg Roosevelts private Außenpolitik gemacht hatte. Als Roosevelt Welles daraufhin als seinen persönlichen Vertreter zur Moskauer Außenministerkonferenz entsenden wollte, bestieg der greise Hull zum ersten Mal in seinem Leben ein Flugzeug und flog im Oktober 1943 nach Moskau. Hier gewann er die vorläufige sowjetische Unterstützung seines Konzepts einer Weltorganisation, basierend "auf der souveränen Gleichheit aller friedliebenden Staaten", gegen das Treuhänderschafts-Konzept Roosevelts.

Hull legte Molotow auch ein Deutschland-Memorandum vor, das zwei Beamte des Außenministeriums vorbereitet hatten. Molotow berichtete, daß Stalin "begeistert" sei. Im Laufe der

Verhandlungen stellte es sich jedoch heraus, daß die Vorschläge des Memorandums (Bedingungslose Kapitulation, Besetzung durch die drei Mächte, restlose Entwaffnung, Auflösung der NSDAP) von den Russen als Minimum-Programm betrachtet wurden.
War Hull mit seinem Deutschland-Memorandum zuerst zu den Russen gegangen, um zu zeigen, daß er keine gemeinsame Front mit den Engländern bilde, so bot Eden den Russen die Aufteilung Deutschlands an, um zu zeigen, daß er seinerseits nicht mit den Amerikanern unter einer Decke stecke. So begann das westlicherseits mangelhaft koordinierte Spiel um das Tranchieren des deutschen Bratens, dessen erste Moskauer Scheiben mit der Abtrennung Ostpreußens auf den sowjetischen Teller und mit der Abtrennung Österreichs und dessen Behandlung als "befreites Gebiet" zwischen die Teller fielen.
Was mit Restdeutschland zu geschehen habe, sollte eine in London tagende Dreimächtekommission ausfindig machen ...
… Moskau war durch die Kriegführung voll in Anspruch genommen und zögerte seine Anweisungen oft monatelang hinaus. In Washington hatte sich die Deutschlandpolitik im verschlungenen Kräftespiel der verschiedenen Strömungen in und außerhalb der Regierung verfangen, und Abwarten war für Roosevelt die innenpolitisch beste Lösung.
Das Ergebnis der anderthalbjährigen Sitzungen waren mehrere Kapitulationsurkunden, die Zoneneinteilung und die Errichtung des Kontrollrats für Deutschland. Die Kapitulationsurkunde sollte eine juristische Fassung der Erklärung von Casablanca sein. Es stellte sich heraus, daß eine Rooseveltsche Erklärung in juristische Terminologie zu fassen, gar nicht so einfach war, da der "neue" Geist schlecht in das "alte" Völkerrecht paßte.
Die Engländer als die Fußkranken der neuen Weltordnung wollten eine genaue Abgrenzung der Rechte der Besatzungsmächte, die Amerikaner forderten ein generelles "mandate for change", während die Russen vor allem an der Zerschlagung der deutschen Wehrmacht und der Überführung der gesamten deutschen Armee in die Gefangenschaft interessiert waren. Alles andere würde man schon späterhin regeln.
Es kam zu einem Kompromißdokument, das die Zustimmung der vier Regierungen fand, nur daß es, wie sich im Frühjahr 1945 herausstellte, nicht brauchbar war, da es eine deutsche Zivilregierung als Kapitulationsunterzeichner voraussetzte. Man machte sich daher an die Abfassung eines neuen Dokuments, das denn auch prompt vier Tage nach der deutschen Kapitulation fertig wurde. In dieser "Erklärung über die Niederlage Deutschlands und die Übernahme der obersten Gewalt in Deutschland" sollten die vier Oberkommandierenden von sich aus die Kapitulation Deutschlands erklären.
Doch die Zeit hatte gedrängt und Eisenhower nicht länger gewartet. Er ließ nach Abstimmung mit den Russen eine militärische Kapitulationsurkunde ausarbeiten, der auf Drängen Winants noch ein allgemeiner Ermächtigungsparagraph eingefügt wurde. Eisenhowers Urkunde wurde am 7. und 8. Mai in Reims und Berlin von den Vertretern der Wehrmacht unterzeichnet, während die Erklärung des Londoner Viermächteausschusses (inzwischen war im November 1944 auch der französische Botschafter hinzugekommen) am 5. Juni 1945 im sowjetischen Hauptquartier in Karlshorst von den vier Oberkommandierenden unterfertigt wurde.
Die anderen Londoner Ergebnisse waren nicht viel glückhafter. In der Zoneneinteilung (September 1944) wurde (unbeabsichtigt) die Magna Charta der Teilung Deutschlands nebst permanenter Berlinkrise erarbeitet, und was aus dem Kontrollrat geworden ist (November 1944), ist allgemein bekannt.
Der amerikanische Botschafter in London, John Winant, war kein Karrierediplomat, sondern der zu Roosevelt übergelaufene ehemalige republikanische Gouverneur New Hampshires. Sein britischer Kollege Strang schildert ihn als "eine sich selbst marternde Seele." Winant war eine zeitgemäße Kopie seines Meisters Roosevelt, mit dem er über den Marine Code unter Umgehung des Außenministeriums direkte Verbindung hielt. Er glaubte mit Roosevelt, daß

man sich auf menschlicher Basis mit den Russen verständigen müsse.
Als Botschafter Murphy ihn darauf hinwies, daß die westlichen Zugangsrechte nach Berlin vertraglich gesichert werden sollten, sagte er, daß das Zonenabkommen nicht umgestoßen werden dürfe, da es nur zustande gekommen sei, weil er und Botschafter Gusew so gute Freunde geworden seien.
Er glaubte daran, daß man in Berlin und anderswo sein Geschick in die Hände der Russen legen sollte, diese würden sich durch Annäherung wandeln. Sie würden das ihnen erwiesene Vertrauen und die nach dem Ende des diplomatischen Zeitalters herrschende Arglosigkeit zu schätzen wissen und sich - noblesse oblige - bei dem Aufbau der neuen Weltordnung kooperativ erweisen. Winant überlebte den Zusammenbruch dieser neuen Ordnung nicht. Er setzte 1947 seinem Leben ein Ende.<<
Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (51/1967) berichtete am 11. Dezember 1967 über die "Deutschland-Pläne" des US-Imperiums: >>**MORGENTHAU-Plan der Rache**
Die Herren des Reichspropagandaministeriums hatten einen großen Tag. Ihre Orders an Presse- und Funkredaktionen sicherten, daß die kriegsmüden Deutschen aus jedem Lautsprecher, aus jeder Zeitungsspalte die beklemmende Nachricht erfuhren: In Washington habe man Deutschlands Tod beschlossen.
"Roosevelt und Churchill machten sich Judas Mordplan zu eigen", krakeelte der "Völkische Beobachter" am 26. September 1944, und später setzte er nicht ohne heimliches Vergnügen hinzu: "Wir verzeichnen diese Ausgeburten haßbenebelter Gehirne, weil das deutsche Volk wissen muß, wes Geistes Kind seine Feinde sind."
Fast zur gleichen Zeit aber schrieb Amerikas Kriegsminister Henry L. Stimson in sein Tagebuch: "Ich fürchte sehr, daß es auf unserer Seite zu einer Massenvergeltung kommen wird. Das muß unweigerlich eine äußerst gefährliche Reaktion in Deutschland auslösen und wahrscheinlich einen neuen Krieg."
Die versteckte Genugtuung der NS-Führer und die Besorgnis des US-Liberalen galten einem Deutschland-Plan des amerikanischen Finanzministers Henry Morgenthau, der Amerikas Präsidenten Franklin D. Roosevelt und Englands Premier Winston Churchill bewogen hatte, dem zuzustimmen, was er die "harte Behandlung der Deutschen" nannte.
Um Deutschland die Entfesselung eines neuen Krieges (Morgenthau: "Diese Teufel sind ja so schlau") unmöglich zu machen, wollte der Finanzminister
- die gesamte deutsche Industrie zerstören und Deutschland in eine Agrargesellschaft verwandeln;
- das Reich in zwei separate Staaten spalten, außerdem das Saargebiet, Teile des Rheinlands und Norddeutschlands, Ostpreußen und Oberschlesien von Deutschland abtrennen und
- einige Millionen Deutsche als Zwangsarbeiter nach Afrika umsiedeln.
Dieser "Plan blinder Rache", wie der US-Außenminister Cordell Hull das Morgenthau-Projekt nannte, bestimmte für eine kurze, aber entscheidende Zeit die Deutschland-Politik der Vereinigten Staaten. Er trug nach dem Urteil des US-Historikers John L. Snell dazu bei, "die deutschen Kriegsanstrengungen zu stärken und ... den deutschen Widerstand gegen die Alliierten anzufeuern" (Andreas Hillgruber: "Probleme des Zweiten Weltkrieges". Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln-Berlin, 1967 ...).
Die Erinnerung an den Morgenthau-Plan hat sich in die Gefühlswelt deutschen Selbstmitleids so tief eingegraben, daß noch heute viele Deutsche glauben, den Präsidenten Roosevelt habe ein Kreis meist jüdischer Deutschenfeinde umgeben, die aus "alttestamentarischem Haß" ("Industriekurier") Amerika die Vernichtung Deutschlands suggerierten.
Noch immer hängen manche Deutsche der NS-These vom jüdischen Weltverschwörer Morgenthau an. Ihn darf die rechtsradikale "Deutsche National-Zeitung" unwidersprochen "einen der größten Verbrecher der Menschheitsgeschichte" nennen, und selbst Publizisten wie Max

Walter Clauss wittern im Morgenthau-Plan einen Versuch, "die alliierte Kriegführung in den Dienst der jüdischen Weltvergeltung zu stellen" ("Der Weg nach Jalta", 1952).
Das allzu populäre Morgenthau-Bild wird jetzt im SPIEGEL ein amerikanischer Historiker korrigieren, der die Intentionen Morgenthaus aus erster Quelle kennt. John Morton Blum, 46. Professor für Geschichte an der Yale-Universität, Linksdemokrat und im Zweiten Weltkrieg Marineoffizier, hat die Geschichte des Morgenthau-Plans dargestellt, wie sie noch nie dargestellt worden ist: im Spiegelbild von Morgenthaus Tagebüchern.
Anfang der fünfziger Jahre war Blum von dem alternden Exminister gefragt worden, ob er Lust habe, Morgenthaus Tagebücher zu bearbeiten und herauszugeben. Blum akzeptierte und erhielt Zugang zu den 800 Tagebüchern, die Morgenthau von seiner Ernennung zum Finanzminister im Jahr 1934 bis zur Verabschiedung im Sommer 1945 geführt hatte.
Mit pedantischer Genauigkeit war vom Minister alles notiert worden: Unterredungen mit dem Präsidenten, Gespräche mit Ministern und Untergebenen, Kernsätze aus Akten und Notizen. Blum: "Die Tagebücher liefern einen von Minute zu Minute reichenden Bericht über Morgenthaus Amtszeit."
Außer 80.000 Tagebuchseiten las Blum die Geheimakten des Finanzministeriums, die Sitzungsprotokolle alliierter Konferenzen und die persönlichen Aufzeichnungen prominenter Freunde und Gegner des Ministers. Als er seine Arbeit abschloß, meinte der Professor, er habe "mindestens eine Million Seiten durchgesehen".
1959 veröffentlichte Blum den ersten Band seines dreiteiligen Werkes "From the Morgenthau Diaries" (aus den Morgenthau-Tagebüchern), 1965 folgte ein zweites Buch. Im Februar 1968 wird im Düsseldorfer Droste-Verlag der letzte und für deutsche Leser besonders aufschlußreiche Band erscheinen: die Geschichte des Morgenthau-Plans.
Freilich bleibt auch in der verständnisvollen Darstellung Blums der Morgenthau-Plan eines der niederdrückendsten Dokumente politischer Wahnideen. Gleichwohl differenziert Blum an einer entscheidenden Stelle: Der Plan ging weniger auf das Wirken allmächtiger Deutschenfeinde in Amerika zurück als auf den lässigen Regierungsstil Roosevelts und die Kompetenzkabalen Washingtoner Bürokraten.
Professor Blum demoliert mithin die deutsche Lieblingsvorstellung, im Weißen Haus habe ein Präsident residiert, der mit seinen deutschfeindlichen Beratern unentwegt bestrebt war, das Deutsche Reich von der politischen Landkarte zu tilgen. Tatsache ist, daß Deutschland in Roosevelts Weltbild keinen zentralen Platz einnahm.
Die Roosevelt-Biographen hatten stets Mühe, Beziehungen des Präsidenten zu den Deutschen nachzuweisen. Solche Bemühungen förderten kaum mehr zutage als die Geschichte von der Radtour des Schülers Franklin am Rhein, auf der er an einem Tag viermal von deutschen Gendarmen arretiert wurde wegen Bagatell-Vergehen: Überfahren einer Gans, unerlaubtes Pflücken von Kirschen, Abstellen eines Fahrrads auf einem Bahnhof, nächtliche Fahrt ohne Beleuchtung.
"Diese Vorkommnisse", wähnte Biograph John Gunther, "vermittelten Roosevelt tiefe Einblicke in den deutschen Charakter, die er nicht vergessen sollte." Immerhin lernte Jung-Franklin an der Bad Nauheimer Volksschule, die er 1891 besuchte, solange sein Vater zur Kur in Deutschland blieb, genügend Deutsch, um später am Radio Hitler-Reden in der Originalsprache verfolgen zu können.
Zuweilen brüstete sich der Spötter Roosevelt in Anwesenheit des steifen Außenministers Hull, er verstehe von Deutschland mehr als alle seine Mitarbeiter. Widersprach ihm aber ein Experte, dann gab Roosevelt entwaffnend zu, natürlich kenne er Deutschland nicht gut, denn es sei schon lange Zeit her, daß er das Land gesehen habe.
Die Bemerkung verriet etwas von der Nonchalance, mit der Franklin Roosevelt das Deutschland-Problem im Krieg behandelte. Er konnte wütend ausrufen, man müsse alle Deutschen

kastrieren, und kurz "darauf Diplomaten warnen, Amerika dürfe nicht den "Fehler von Versailles" wiederholen und etwa eine Spaltung Deutschlands betreiben.
Diese Lässigkeit wurde immer bedenklicher, je mehr sich die Niederlage Deutschlands abzeichnete. Schon im März 1943 hatte Englands Außenminister Anthony Eden bei einem Besuch in Washington die Frage aufgeworfen, "what to do with Germany" -- der Präsident wußte keine konkrete Antwort.
Als schließlich das Gerücht umging, Sowjetrußland baue sich mit dem "Nationalkomitee Freies Deutschland" kriegsgefangener deutscher Soldaten und Offiziere eine eigene Armee und Regierung für das Nach-Hitler-Deutschland auf, entwarfen auch amerikanische Behörden Pläne für die deutsche Zukunft.
Im State Department trat eine Studiengruppe zusammen, die vorschlug, Amerika müsse versuchen, noch vor Beendigung der Kampfhandlungen Abkommen mit England und der Sowjet-Union über die gemeinsame Verwaltung eines einheitlichen Deutschlands abzuschließen.
Die NS-Kriegsverbrecher sollten bestraft, der wirtschaftliche Einfluß Deutschlands in Europa zurückgedämmt, eine deutsche Wiederbewaffnung verboten, zugleich aber demokratische Einrichtungen geschaffen und die Struktur des deutschen Einheitsstaates erhalten werden.
Außenminister Hull billigte das maßvolle Programm, sein Stellvertreter und Rivale Sumner Welles aber verschärfte es. Er forderte die Spaltung Deutschlands in drei Staaten.
Roosevelt schloß sich trotz anfänglicher Bedenken dem Teilungsplan an und befahl dem Außenminister Hull, auf der Moskauer Konferenz der alliierten Außenminister im Oktober 1943 die deutsche Spaltung zu empfehlen. Hull wußte jedoch in Moskau die Politik des State Department durchzusetzen, ohne mit den Anweisungen seines Präsidenten in Konflikt zu geraten.
Die Außenminister der Großen Drei beschlossen, in London eine Europäische Beratende Kommission (European Advisory Commission, abgekürzt EAC) zu bilden, in der britische, sowjetische und amerikanische Diplomaten mehrere Abkommen über die gemeinsame Verwaltung Deutschlands ausarbeiten sollten. Da aber Briten und Sowjets in der Frage einer deutschen Spaltung genauso skeptisch waren wie Hull, wurde dieses Problem nur "studienhalber" der EAC überwiesen.
Im Januar 1944 erhielt US-Botschafter John Winant, Amerikas Vertreter in der EAC, von Hull die Weisung, mit seinen Partnern den Mechanismus eines Alliierten Kontrollrats auszuarbeiten, der von Berlin aus alle Besatzungszonen einheitlich regieren sollte. Da rebellierten die amerikanischen Militärs gegen das State Department.
Auch das Kriegsministerium und sein Satellit, das Marineministerium, hatten inzwischen Deutschland-Pläne formuliert. Die beiden Militär-Ministerien stellten sich freilich die Besetzung Deutschlands anders vor als das State Department: Sie wollten in Deutschland nur eine kurze, wenn auch äußerst harte Strafexpedition gegen Nazis und deren Mitläufer führen; nach acht Wochen sollte sich jedoch die Besatzungsarmee aus ihrer politischen Rolle zurückziehen und die Macht an einen zivilen US-Hochkommissar abtreten
Am ärgsten gerieten Diplomaten und Militärs bei der Formulierung der Vollmachten für den projektierten Militärgouverneur aneinander:
Das Kriegsministerium glaubte nicht an eine Zusammenarbeit mit den Sowjets und wollte daher dem Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungszone nahezu unumschränkte Vollmachten einräumen, das Außenministerium hingegen hoffte auf die Kooperation mit Moskau und war deshalb geneigt, den Militärgouverneur jeder Besatzungszone dem Alliierten Kontrollrat zu unterordnen.
Außenamt und Militär-Ministerien befehdeten einander so hartnäckig, daß sie einen gemeinsamen Ausschuß, das Working Security Committee (Arbeitsausschuß für Sicherheit, abgekürzt WSC), bilden mußten, um wenigstens nach außen eine gemeinsame Sprache zu finden.

Praktisch aber blockierte das WSC die amerikanische Deutschland-Politik.
Das State Department verlor nicht nur die federführende Rolle in Deutschland-Fragen, die Vertreter der Kriegs- und Marineministerien konnten auch die Politik des Botschafters Winant in der EAC sabotieren, weil jeder Schritt Winants, jede Instruktion an den Botschafter zuvor von den Kriegs- und Marineministerien genehmigt werden mußte.
Die Kompetenzschlachten in Washington irritierten auch den Mann, der die Verantwortung in der künftigen US-Besatzungszone übernehmen sollte. Seit Wochen wartete General Dwight D. Eisenhower, Oberbefehlshaber der alliierten Truppen in Westeuropa, auf Instruktionen über das Verhalten im besetzten Deutschland.
Als die Instruktionen ausblieben, ließ Eisenhower ohne Rückfrage in Washington eigene Anweisungen formulieren. Sein Planungsstab arbeitete im Sommer 1944 ein "Handbuch für die Militärregierung in Deutschland" aus, das Besatzungsoffizieren als politischer Leitfaden dienen sollte.
Eisenhower nahm an, Amerika wolle in Deutschland eine maßvolle Politik einschlagen, und entsprechend schrieben die Verfasser des "Handbuches" ihre Art von Deutschland-Politik nieder: Unterscheidung zwischen Nazis und anderen Deutschen, Erhaltung des deutschen Einheitsstaates, wirtschaftliche Selbstversorgung Deutschlands, begrenzter Wiederaufbau.
Kaum aber hatte der General diesen dritten Deutschland-Plan der USA abgezeichnet und zur Genehmigung nach Washington geschickt, da tauchte in seinem Hauptquartier ein amerikanischer Politiker auf, der in allen bisherigen Deutschland-Projekten Verrat und Weichheit witterte. Finanzminister Henry Morgenthau, im August 1944 zu finanzpolitischen Verhandlungen nach England gereist, wollte die Deutschland-Politik entscheidend abändern.
Auf dem Flug nach England hatte er zum erstenmal von dem Deutschland-Plan des State Department gehört, und in Eisenhowers Hauptquartier spielte ihm Oberst Bernard Bernstein, ein ehemaliger Vertrauter Morgenthaus, das Handbuch zu.
Was Morgenthau da las, bestätigte ihm nur das alte Mißtrauen, wieder würden "diese Bestien", wie er zuweilen die Deutschen nannte, in Amerika mitleidige Freunde finden, die es ihnen unbewußt und ungewollt ermöglichen könnten, schon in kurzer Zeit die Welt in einen dritten Krieg zu stürzen. Mit den Deutschen mußte man anders umgehen: ohne Zerstörung der Industrie kein dauerhafter Friede, ohne Spaltung Deutschlands keine Sicherheit vor den Teutonen, ohne Schwächung des deutschen Volkes keine europäische Harmonie.
Henry Morgenthau machte sich daran, den Präsidenten für diese Konzeption zu gewinnen. Nach Washington zurückgekehrt, hielt er Roosevelt vor, dessen Minister und Botschafter ignorierten die Wünsche des Präsidenten.
Der Vorstoß des Finanzministers hatte im Weißen Haus Erfolg, weil Roosevelt seit Jahren gewohnt war auf die Ratschläge von "Henny-Penny" zu hören. Keiner seiner Minister stand dem Präsidenten näher als der Freund und Gentleman-Farmer Morgenthau, dessen Obstgut am Hudson River bei New York Roosevelts Landsitz Hyde Park benachbart war.
"Wir sind zwei von der gleichen Sorte", schrieb der Präsident auf ein Bild, das er Morgenthaus Ehefrau schenkte. Seit Roosevelts Eintritt in die Politik hatte ihm der "nette Kerl" zur Seite gestanden, zunächst als Organisator der Roosevelt-Anhänger im Landkreis Dutchess, dann als Agrar-Programmatiker des New Yorker Gouverneurs Roosevelt, schließlich als Finanzminister des Präsidenten.
Auch in Deutschland-Fragen vertraute Roosevelt dem Rat des Nachbarn, weil er ihn für eine Art Experten hielt. Die Morgenthaus stammten aus Deutschland, Großvater Lazarus hatte in Mannheim Zigarren verkauft, ehe er 1866 nach Amerika auswanderte, Vater Henry noch als Grundstücksspekulant und US-Botschafter in Konstantinopel Mannheimer Stadtstiche aufgehängt.
Derlei romantische Arabesken verschleierten die Abneigung, mit der die Morgenthaus der

alten Heimat begegneten. Schon der Botschafter Morgenthau verabscheute die Deutschen und ließ sich von der alliierten Propaganda willig einspannen: Selbst nach 1918 hielt er sich für einen Kronzeugen der vermeintlichen Alleinschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg.
Die Deutschfeindlichkeit des Sohnes Henry stammte denn auch aus den Konstantinopler Tagen, da er bei seinem Vater als Privatsekretär diente und vertrauliche Kurierdienste zu Englands Außenminister Sir Edward Grey besorgte. Leidenschaftlich teilte er die Absicht seines Vaters, an Stelle des abwesenden Briten-Botschafters die Stellung Englands in Konstantinopel gegen die deutschen Hunnen zu verteidigen.
Damals hatte Jung-Henry ein unvergeßliches Erlebnis. "Ich erinnere mich immer eines Weihnachtsabends an den Dardanellen", erzählt er. "Da saß ein deutscher Offizier und schwang Reden; er konnte nicht wissen, daß ich Deutsch verstand. Ich hörte, wie er die Amerikaner in übelsten Ausdrücken beschimpfte. Das machte großen Eindruck auf mich."
Je mehr aber die Gewaltpolitik Hitlers die düsteren Prophezeiungen extremer Deutschenfeinde wahrmachte, desto eifernder forderte Morgenthau, der deutschen Gefahr mit Brachialmitteln ein Ende zu bereiten. Ende 1943 erreichten Morgenthau die ersten sicheren Nachrichten über die Ausrottung des europäischen Judentums. Von nun an stand sein Entschluß fest: den traditionellen deutschen Staat zu beseitigen.
Roosevelt billigte die Vorstellungen Morgenthaus und ermunterte ihn, einen Plan über die Behandlung Deutschlands auszuarbeiten. Mochten auch die Deutschland-Experten des Außen- und des Kriegsministeriums vor Radikalmitteln warnen -- Morgenthau war nicht mehr zu stoppen. Die Geschichte des Morgenthau-Plans hatte begonnen.<<
Der schweizerische Theologe Dr. Samuel R. Külling (1924-2003) berichtete im Jahre 1989 über die Parolen der französischen Revolution "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" (x914):
>>**Freiheit – Gleichheit - Brüderlichkeit**
Entsprechen die Parolen der französischen Revolution "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" biblischen Forderungen?
Man preist heute, nach 200 Jahren, die Proklamation der unveräußerlichen Menschenrechte der Menschenrechtserklärung der französischen Revolution 1789: "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit".
Entsprechen diese Forderungen wirklich denen der Bibel und gehören sie zur göttlichen Schöpfungsordnung? Hier besteht weitgehend, auch bei bibeltreuen Christen, große Unklarheit. Darum sollen die drei Begriffe untersucht werden. Ich beginne mit der Gleichheit:
**1. Gleichheit**
Wie verhängnisvoll sich die Proklamation von "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" auf Gleichheit auswirkt, zeigt der heutige **Feminismus.** Gott hat z.B. Mann und Frau **ungleich geschaffen**; also ist dies **seine Schöpfungsordnung** und alle **Gleichheitsideologie** in dieser Hinsicht ist nicht von Gott, sondern von unten. Wir merken ihre negativen Auswirkungen bereits heute in der Politik und werden sie noch deutlicher erkennen in der Zukunft, wenn sie vielleicht nicht mehr zu ändern ist.
Wir haben die negativen Auswirkungen der Gleichheitsideologie der französischen Revolution bereits einmal bei der Frage des neuen Eherechts besprochen und damals gesagt: "Zugunsten der Gleichheitsansprüche wird die Gemeinschaft der Ehe geopfert. Zwischen Gleichheitsansprüchen zweier unabhängigen Partner und der Gemeinschaft der Ehe gibt es nur ein Entweder - Oder."
Gott hat auch jeden Menschen **ungleich** geschaffen. Also ist der Ruf nach Gleichheit aller Menschen unbiblisch. "Es gibt keine größere Ungerechtigkeit als unterschiedliche Wesen identisch zu behandeln", sagte Montesquieu zu recht. Er schreibt: "Diese Unterschiede ignorieren oder aufheben wollen heißt, gegen das Wesen der Dinge angehen, heißt, der Ideologie weichen." Gewiß sind wir nicht gegen das Prinzip: "Gleichheit aller Menschen vor dem Ge-

setz".
Aber dieses Prinzip der "Gerechtigkeit" kann leicht zu neuer Ungerechtigkeit führen, wenn man nicht vom biblischen Menschenbild ausgeht. Und dies tat die französische Revolution nicht. Sie ging nicht von einem dem Schöpfungswerk entsprechenden vielfältigen, individuell ganz unterschiedlichen (jedes nach seiner Art) Menschenbild aus, sondern von einem uniformen, gleichgeschalteten. Gleichheit bedeutet für sie darum einheitliche Denk-, Glaubens- und Verhaltensweise. Und das ist eine der göttlichen Schöpfung radikal widersprechende Gleichheitsideologie. Dieses unbiblische Verständnis von Gleichheit zeigte sich besonders deutlich den Juden gegenüber.
Wohl wurden, besonders durch den Einfluß des radikalen Revolutionärs Robespierre, am 27. September 1791 zum ersten Mal in der Geschichte der Juden im Exil in Europa die Juden rechtlich den Nichtjuden gleichgestellt. Das hieß aber für die Juden, ihre Judentum weitgehend aufzugeben. Sie sollten nicht mehr als religiöse Minderheit mit eigener Religion, Kultur und Sprache leben. "Die Juden wurden emanzipiert, weil sie Menschen, nicht weil sie Juden waren" (Daniel Gerson in Jüdische Rundschau Nr. 28, 1989). Dieses Gleichheitsverständnis bezog sich auch auf andere Minderheiten. Gleichheit hieß für sie Gleichschaltung, Aufgabe ihrer individuellen Überzeugungen. Das zeigt sich sehr deutlich bei einem anderen der proklamierten Menschenrechte, der Freiheit.

**2. Freiheit**

Die Freiheit der französischen Revolution war nicht die biblisch verstandene Freiheit. Diese Freiheit war absolut nicht die Freiheit von aller Sklaverei. Sie war gebunden an das uniforme Menschenbild der Revolution. Und das war ein **atheistisches Menschenbild.**
Freiheit, losgelöst von göttlicher Autorität, wird zur Tyrannei durch Menschen, wie Wilhelm Hahn ausführt: (Hahn Christliche Weltrevolution. Stehen wir vor einer Spaltung der Christenheit, in Rupert Hofmann, Verlag Regensberg 1987). "Der Mensch soll sein Schicksal und das der Menschheit in seine eigenen Hände nehmen und eine menschenwürdige, ideale Welt schaffen! Das Reich der Gerechtigkeit und des Glücks für alle Menschen, die alle gleich sind, läßt sich von Menschen auf dieser Welt erreichen."
"Welchen Fanatismus das Ziel der Menschheitsbeglückung hervorgebracht hat (von Robespierre bis Marx, von Lenin, Stalin bis hin zu Hitler oder Pol Pot und schließlich Ajatollah Khomeini) wird erhellt aus dem folgenden programmatischen Wort Robespierres: 'Die Triebkraft der Volksregierung ist in Friedenszeiten die Tugend. Sie ist in Zeiten der Revolution zugleich Terror und Tugend: Die Tugend, ohne die der Terror unheilvoll ist, der Terror, ohne den die Tugend machtlos ist. Der Terror ist nichts anderes als das schlagfertige, unerbittliche, unbeugsame Recht. Er ist somit eine Emanation (Ausfluß) der Tugend".
Darum war es auch gar keine echte Freiheit, auch wenn sie noch so lauthals verkündet wurde. Sie bestand in lauter Verboten, was die Glaubens und Gewissensfreiheit betrifft. Ist das etwa Freiheit, die nur mit neuen Verboten (christliche Feiertage und Feste, bestimmte religiöse Handlungen usw.) gepaart war, gegeben von Menschen, die von göttlicher Autorität nichts wissen wollten, sondern einer "Göttin der Vernunft" (Demoiselle Maillard) huldigten, oder die das Volk zum Gott machten?
Wen wundert es, daß schon in den ersten Jahren nach der Emanzipation (besonders 1793/94) die jüdischen Gottesdienste meistens im Geheimen abgehalten werden mußten und es zu Verhaftungen von Rabbinern kam. Was ist das für eine Freiheit, wo nicht jeder nach seiner Überzeugung seines Glaubens leben kann?

**3. Brüderlichkeit**

Heute sollte man nach den Forderungen der Feministinnen "Schwesterlichkeit" sagen! Aber lassen wir den Ausdruck der Revolution stehen. Auch hier ist natürlich nicht an christliche Bruderschaft zu denken. Auch hier gibt es nur bedingte Brüderlichkeit.

Auch hier galten diejenigen, die die Gedankengänge und gottlosen Prinzipien der Revolution, ihr Bekenntnis ("die Existenz eines höchsten Wesens und die Unsterblichkeit der Seele") oder ihre ideologischen Kultfeiern usw. nicht guthießen, praktisch nicht als Brüder, sondern als unliebsame Außenseiter oder Fremdkörper im Staat, die man entweder als "quantité négligeable" (zu vernachlässigende Größe) überging oder gewaltsam zum Bruder machen wollte ("Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein"). Die Schreckensherrschaft Robespierres geschah sicher nicht im Sinn der Brüderlichkeit seiner Untertanen!

**4. Was sagt die Bibel?**

Aus obigen Darlegungen ist hervorgegangen, daß die französische Revolution mit ihrer Proklamierung von "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" etwas anderes meinte als die Bibel und darum nicht christliche Begriffe oder Werte durchgesetzt hat. Im Rahmen dieses Aufsatzes kann natürlich nur sehr beschränkt und lückenhaft darauf eingegangen werden, was wir von der Bibel her zu Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit zu sagen haben.

**a) Freiheit**

**Nach der Bibel gibt es keine absolute Freiheit.** Als das Volk Israel von der Knechtschaft in Ägypten befreit wurde, kam es zum Sinai, wo es lernen sollte, sich an das Gesetz Gottes zu binden. In Römer 6,15-7,6 sagt Paulus, daß der Gläubige freigemacht wurde von der Sündenknechtschaft, aber zugleich Knecht der Gerechtigkeit wurde. "Jetzt dagegen, wo ihr von der Sünde frei und Knechte Gottes geworden seid, habt ihr als eure Frucht die Heiligung und als Endergebnis das ewige Leben." (Römer 6, 22)

Dieser zentrale Vers sagt alles. Die Proklamation einer ziellosen, zügellosen Freiheit ist völlig unbiblisch. Die Bibel lehrt uns keine Freiheit von aller Sklaverei. Sie lehrt uns, daß wir entweder "Sklaven" der Sünde oder "Sklaven" Gottes sind. Es gibt nur dieses Entweder Oder. Als Knechte Gottes haben wir als Ziel die Heiligung (in diesem Leben) und als Endergebnis das ewige Leben. Wir sind nie absolut frei, also haben wir auch keine solche Freiheit zu verkündigen.

Luther sagte es in dem Paradox: "Der Christ ist ein freier Mann und niemandem untertan. Der Christ ist ein dienstbarer Knecht aller und allen untertan". Freiheit vom mosaischen Gesetz bedeutet nicht Zügellosigkeit, sondern Gehorsam Christi, Gebundenheit an das Gesetz Christi (1. Korinther 9, 21). Biblisch verstandene Freiheit ist nur möglich durch die neue Gebundenheit an den Geist Gottes und seine Leitung (Römer 8, 14). Freiheit muß ein Ziel haben (verherrlicht Gott mit eurem Leibe (1.Korinther 6, 20), sonst wird sie nur Menschenknechtschaft (1. Korinther 7, 23).

Da diese Freiheitsproklamation der französischen Revolution kein solches Ziel hatte, wurde sie nur zur neuen Gebundenheit an Menschengebote und -verbote. Sklaven des Verderbens können nicht wahre Freiheit verheißen (sie verheißen ihnen Freiheit, sind dabei aber selbst Sklaven des Verderbens; denn von wem jemand im Kampf überwunden ist, dem ist er auch als Sklave verfallen (2. Petrus 2, 19).

**b) Gleichheit**

**Es gibt nach der Bibel nur eine Gleichheit,** die für uns alle gilt, nämlich die von Römer 3, 10-19: Die ganze Menschheit ist dem Gericht Gottes verfallen! Und es gibt nur einen Heilsweg für uns alle: Die Gottes-Gerechtigkeit, die durch den Glauben an Jesus Christus für alle da ist und an alle kommt, die da glauben (Römer 3, 22). Denn hier gibt es keinen Unterschied; alle haben ja gesündigt und bleiben unteilhaftig des Ruhmes, den Gott verleiht; so werden sie geschenkweise durch seine Gnade gerechtfertigt infolge der Erlösung, die in Christus Jesus begründet ist (Römer 3, 23-24).

Hier ist es angebracht von Gleichheit zu reden. Aber davon redet die französische Revolution nicht. Und die Gleichheit, die sie verkündet, gibt es, wie wir ausgeführt haben, nicht. Sie führt nur zu neuer Ungerechtigkeit im Namen eines unbiblischen Menschenverständnisses von

Gleichheit.

**c) Brüderlichkeit**

Die Bruderschaft im biblischen Sinn ist nur möglich durch den Vater im Himmel ("Vater" ist etwas anderes als "die Existenz eines höchsten Wesens" von Robespierre). Gott möge uns verschonen vor einer Brüderlichkeit des Schafotts! Gott möge uns verschonen vor einer Brüderlichkeit des atheistischen Genossen! Gott möge uns verschonen vor einer Zwangsbruderschaft! Gott möge uns auch bewahren vor einer Zwangsschwesternschaft des Feminismus! Gott möge uns bewahren vor einer Bruderschaft, die keine ist! Die Bruderschaft der französischen Revolution, **die die Vaterschaft Gottes leugnete,** ist keine Bruderschaft.

Und diesen Vater in Jesus Christus hat die Revolution ausgeschaltet. Sie wollte "Brüder", ohne den "Meister" anzuerkennen (Matthäus 23, 8).

**Ihr Bruderbild war nicht das der Bibel:** "dem Bilde seines Sohnes gleich zu werden: dieser sollte der Erstgeborene unter vielen Brüdern sein (Römer 8, 19).

Reden wir also nicht mehr davon, die französische Revolution habe "christliche Rechte" durchgesetzt. Sie war weit entfernt davon.

Vertiefen wir uns mehr in die Bibel, um zu erfahren, was sie über "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" sagt.<<

Der österreichische Publizist Erik von Kuehnelt-Leddihn (1909-1999) berichtete im Juni 1992 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 – 1992 (x853/...): >>**Die Gleichheit - auch ein theologisches Problem**

Es dürfte ein Gemeinplatz sein, zu behaupten, daß die Menschen zwar nicht identisch, wohl aber "gleich", im Sinne von gleichwertig seien. Doch hüte man sich davor, wie uns schon Leon Bloy in seinem **Exegese des in lieux commung** gewarnt hatte, in Gemeinplätzen Wahrheiten oder Tatsachen zu sehen.

Doch sollte es eigentlich offenbar sein, daß wir eben nicht gleichwertig sind, da unsere Werke, die Produkte unserer Hirne und Hände, von einander sich sehr wohl qualitativ unterscheiden. Als Maler kann ich mich nicht mit Leonardo da Vinci messen und als Mechaniker sind mir meine Söhne überlegen. Auch hat meine Frau einen besseren Stil. Aber selbst dann, wenn man alle Talente, Fertigkeiten und Tugenden tatsächlich addieren könnte, wären die Endsummen verschieden, sogar oft sehr verschieden.

*Da* mag allerdings ein Flachkopf einwenden, daß dies zwar aus menschlicher Warte gesehen so sein möge, aber: "Vor Gott sind wir doch alle gleich: "Das aber sind wir, vom Kleinstkindstadium abgesehen, ganz und gar nicht.

Doch wie steht es da um die schönen al fresco gemalten Darstellungen des Jüngsten Gerichts in den mittelalterlichen Kirchen, auf denen man Päpste, Bischöfe, Fürsten, Bürger und Mönche sowohl himmelwärts gehend als auch in die Hölle versinkend sehen kann? "Soziale Unterschiede" werden da sicherlich keine gemacht, aber gerade vor Gott sind diese beiden Gruppen radikal ungleich. Steht das Gegenteil denn nicht in der Bibel? Keineswegs. Von *Isotes* im Sinne der Gleichheit hört man im Neuen Testament nichts (wohl aber von der Freiheit) und der Dominikaner R. L. Bruckberger nennt es sogar "eine Botschaft der menschlichen Ungleichheit."

Nun aber ist seit der Französischen Revolution die Gleichheit innerhalb unserer Zivilisation ein hohes Ideal geworden. Alles, was an eine größere menschliche Ungleichheit gemahnt, wird programmatisch verteufelt. Und da doch schließlich diesem Unsinn eine politische Ideologie zugrunde liegt, wird dieser irrealistische Gleichheitswahn in jeder Richtung aktiviert.

Es gibt heute keine politische, soziale, religiöse, wirtschaftliche, personale, ja animalische Domäne unserer Existenz, die nicht von der egalitären Manie erfaßt wird. (Es wird jetzt sogar von "Tierrechten" gesprochen, die aber noch nicht auf Bandwürmer, Spulwürmer und Zecken ausgedehnt werden.) Wenn aber diese fixe Idee tatsächlich erfolgreich werden sollte, würde

die Menschheit in einen Ameisenhaufen oder Termitenhügel verwandelt werden.
- Hier müssen wir uns vor allem daran erinnern, daß die verschiedenen Teile unserer politischen und sozialen Gesamtheit wie beim menschlichen Körper nicht nur verschiedene, sondern auch wichtigere und weniger wichtige Funktionen ausüben. Nicht jede Region des Gehirns ist genau so wichtig wie jede andere: Der Dünndarm spielt eine geringere Rolle als der Blinddarm, die Gallenblase als die Leber, der Magen als das Herz, die Finger als die Zehen. Dasselbe gilt für Staat und Gesellschaft, wo - sagen wir - die Verantwortung des Finanzministers größer ist als die des Kassierers eines Panoptikums in einem Vergnügungspark.
- Seien wir aber nun praktisch. Denken wir an die Familie. Vater, Mutter, Kinder werden "gleichgestellt". Gatte und Gattin können aber nicht unter sich wie in einem Parlament eine "Mehrheitsentscheidung" treffen. Einer wird den anderen "überstimmen". (Das aber erregt vielleicht schon ideologischen Unmut.) Kindern muß man Vorschriften machen und von ihnen Gehorsam verlangen.
Kein Unternehmen kann nicht hierarchisch geführt werden. Keine Fabrik kommt ohne Führungskräfte aus; keine Armee kann auf Gleichheit beruhen, ohne Autorität gibt es keine Schule, keine Klinik kommt ohne Leitung aus, keine Bank ohne Vorstand, kein Hotel, keine Eisenbahn, kein Klub, kein Theater ohne "Direktoren", also Personen, die, wie der Name sagt, eine Richtung festlegen.
Damit kommen wir auch zur Kirche. Natürlich glauben auch wir katholische Christen an ein allgemeines Priestertum. Selbst ein Laie mag taufen und in der Ehe dem Partner ein Sakrament spenden, also zwei Sakramente - wie der evangelische Pastor.
Aber Priester kommt von Prexbyteros, d.h. der Ältere, und "der Ältere" ist bei allen Kulturvölkern der mit größeren Rechten ausgestattete; denn auch im nichtsakralen Sinn ist er der Wissendere, Erfahrenere und daher auch der Weisere. Das drückt sich auch sprachlich von Lissabon bis Tokio aus.
Der Priester kann 5 Sakramente spenden, auch die Firmung in Vertretung des Bischofs, der ein Nachfolger der Apostel ist. (Der verheiratete Priester in unseren Ostriten hat *vor* seiner Weihe geheiratet.) Es ist der Bischof, der das Vollpriestertum besitzt.
- Es versteht sich "von selbst" (und nicht nur aus Matthäus XVI, 18), daß eine Weltkirche ein Haupt haben muß, einen Nachfolger des Apostelfürsten, der diese auf Erden leitet. Anders steht es um die "Landeskirchen" der anderen christlichen Gemeinschaften. (So ist der Präses der EKD ein sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter.)
Doch diese verschiedenen handfesten Tatsachen bereiten allen möglichen Leuten, ja, einem ganzen Sektor des "Publikums" schlaflose Nächte. Man ist darüber sehr unglücklich und hofft auf "Lösungen". (Wie sagte doch Rivarol: "Das Publikum! Das Publikum!
Wieviele Idioten braucht man, um ein Publikum zu bilden?") Aber warum verlangen heute wirklich so viele Menschen die Gleichheit? Woher kommt diese eigenartige Sucht?
Für diese Frage gibt es eine unmittelbare Antwort: Geschichtlich steht die Französische Revolution dahinter. Aber diese sollte uns nicht befriedigen. Der krankhafte Krampf der Gleichmacher ist nicht neu. Schon vor gut über 2.000 Jahren gab es den "Fall Sokrates", von dem man uns bereits im Gymnasium vormachte, daß dieser kritische Nörgler zum Tode verurteilt wurde, weil er die Jugend verführe und einen *Daimon(ion)* sein eigen nannte.
In diesem hochpolitischen Prozeß wurde jedoch der tragische Philosoph mit dem Tode bestraft, weil er die Vielherrschaft verdammt und die Monarchie gepriesen hatte. Die Demokratie Athens stand für die Gleichheit, und wer sich zu weit hinaufwagte, verfiel dem Scherbengericht, dem *Ostrakismos.*
Nein, die Ideen der Französischen Revolution zündeten, weil sie in Wirklichkeit nicht die Freiheit und die Brüderlichkeit förderten, sondern eben nur die Gleichheit. (Als Madame Roland zum Schafott gebracht wurde, rief sie aus: "Freiheit, was für Verbrechen werden in dei-

nem Namen verübt!" Und als Metternich von den Greueln in der Vendee hörte, sagte er: "Wenn ich einen Bruder hätte, würde ich ihn jetzt lieber Vetter nennen!").
Der Zündstoff war also schon vorhanden und der bestand in einer dauernden menschlichen Schwäche: im Unwillen, daß andere auf irgendeiner Weise - durch angeborene Eigenschaften und Talente, durch ererbtes oder erworbenes Vermögen, staatliche oder gesellschaftliche Strukturen "über" einem standen - mehr waren, mehr hatten, als mehr galten. Dieser Unmut, diese Entrüstung und Enttäuschung, das zu einem Beleidigtsein, einem Gefühl des Neids und manchmal auch der Eifersucht führt, manifestiert sich bei allen möglichen Gelegenheiten.
So kann sich jemand ärgern, wenn ein Bekannter (ja, selbst ein "Freund") größer ist als man selbst, eine bessere schulische Bewertung erhält, eine schnellere Beförderung im Dienst, ein größeres Einkommen, eine deutlichere Bevorzugung beim anderen Geschlecht wenn nicht gar eine allgemeine Beliebtheit genießt, aber vor allem dann, wenn ein Mitmensch dadurch zu einer dominierenden Stellung gelangt.
Man kann sich da lebhaft vorstellen, wie provokant anno 1789 ein gut aussehender, reicher, von Frauen umschwärmter Aristokrat in hoher Stellung gewirkt haben muß. Daß man a) selbst zur Heiligkeit *berufen* ist, und b) der Beneidete nach seinem Tod vielleicht sehr zu leiden hätte, kam natürlich einem Ungläubigen gar nicht in den Sinn. Alle Ungleichheit mußte ihm als "unmoralisch" erscheinen, und der Ruf nach Gleichheit fand in ihm ein starkes Echo. Also Kopf ab! Die Guillotine wartete schon ...
Dieser Protest gegen alle Ungleichheit geht dann so weit, daß man große Vorteile eines anderen Menschen als wahren "Skandal" empfindet, auch wenn einem dadurch nicht der geringste Nachteil entsteht. So hat auf einer Berliner Straße während der roten Hochkonjunktur nach dem Ersten Weltkrieg ein Mann (vielleicht ein "Spartakist?) eine sehr schöne, ihm unbekannte Dame mit den Worten: "Nein, so schön darf man ganz einfach nicht sein!" geohrfeigt. Dabei konnte bei ihm doch das (unausgesprochene) idiotische Argument einer persönlichen Benachteiligung nicht ins Gewicht fallen. Ihre Schönheit ging doch gar nicht auf seine Kosten.
Das ist allerdings "normalerweise" das alte linke Argument jener Besitzlosen, die, überzeugt und moralisch entrüstet über den Reichtum anderer, der festen Überzeugung sind, daß deren materieller Wohlstand nur auf ihre eigenen Kosten gehen könne. Diesem Unsinn huldigte auch Marx - und daher auch der Siegeszug seiner primär so wirtschaftlich ausgerichteten Ideologie; denn die Massen fallen bekanntlich immer auf die "falschen, aber klaren Ideen" herein, vor allem aber in der Volkswirtschaft, die komplizierteste und kniffligste aller Wissenschaften.

II

Wenn man die ungeheuren persönlichen wie auch kollektiven Qualitätsunterschiede der Menschen vor Augen hat, kann man vernünftigerweise nicht von einem Durchschnittsbürger verlangen, daß er sich im Labyrinth der Volkswirtschaft auskennt oder auch in den Gefilden der Politik, einem Wissensgebiet, das mit einem ganzen Dutzend anderer Disziplinen im engsten Zusammenhang steht und genau wie die Volkswirtschaft isoliert überhaupt nicht verstanden werden kann ...
Nun aber leben wir seit zwei Jahrhunderten im Bann der Französischen Revolution, die eine *Civitas Humana* und nicht eine *Civitas Dei* angestrebt hatte. (Daher auch 1789 und 1793 die wiederholte "Erklärung der Menschenrechte" im Schatten der Guillotine!) Der Mensch sollte nicht mehr unter der Herrschaft "von oben" stehen - war das Schlagwort -, sondern "sich selbst" regieren.
Das erhoffte man sich entweder durch Beschlüsse von Volksversammlungen (wie in einigen kleinen Schweizer Kantonen) oder doch wenigstens durch frei gewählte Parlamente. Wer aber durfte, wer sollte wählen? Natürlich die "freien Bürger"! Anfänglich beschränkte man deren Anzahl, und so hatten in den jungen Vereinigten Staaten von den dreieinhalb Millionen Ein-

wohnern nur etwas mehr als 60.000 Bürger das Wahlrecht.
Doch wurde es zunehmend klar, daß alle Wahlbeschränkungen willkürlich waren. Bis zum Jahre 1907 (1908) gab es im alten Österreich (und in Preußen bis zum Oktober 1918) ein "Klassenwahlrecht", das sich nach der Höhe der Steuern richtete. Frauen durften damals nirgends wählen - außer im Großfürstentum Finnland, wo sie dank des von Nikolaus II unterschriebenen Dekrets schon 1906 ihre Stimme abgeben konnten - lange vor England oder den Vereinigten Staaten.
Mit dem Ende des Klassenwahlrechts kam der Sieg der Formel *"One Man: One Vote"*, ein Mann - eine Stimme und bald auch eine zunehmende Herabsetzung des Wahlalters, denn Qualifikationen sollten nunmehr keine Rolle mehr spielen. Damit siegte auch die politische Gleichheitsideologie, die sich aber nicht bloß auf das Gebiet der Politik beschränken sollte; denn Ideologien haben einen dynamischen wie auch totalitären Charakter und wollen unbedingt in alle Lebensbezirke eindringen.
So empfand es der demokratisch gesinnte Sozialist (oder der sozialistisch gesinnte Demokrat) bald beschämend, daß der reiche Fabrikant in seiner teuren Equipage zum Wahllokal fahren durfte, der hungrige Arbeiter mit löchrigem Schuhwerk aber zu Fuß hinwanken mußte. Die Menschen waren doch alle "gleich" und wenn sie nicht wirklich als Gleiche leben konnten, so mußte dies durch Gesetze verwirklicht, und wo die Gesetze fehlten, dann durch Gewalt, also nicht durch den Stimmzettel, sondern durch Barrikadenkämpfe erreicht werden.
Heute aber gibt es kaum noch einen Existenzbereich, in dem man die Gleichheit nicht verwirklichen möchte, obwohl in Wirklichkeit immer noch die Verordnungen "von oben" her kommen.
Auch in den extremsten Wahldemokratien wird "von oben her" regiert, was freilich eine radikale Minderheit stört, wie z.B. die APO, die "Außerparlamentarische Opposition".
Man muß sich da aber vor Augen halten, daß "Herrschaft" erst durch die Erbsünde in die Welt gekommen ist - angefangen mit dem Vorrang des Mannes vor der Gattin. (Hierbei erwähnt die Heilige Schrift mit den Worten Gottes an Eva zum erstenmal eine Herrschaft: "Nach dem Mann wird dein Verlangen sein und er wird über dich herrschen!")
Zwar behaupten die meisten unserer Theologen, daß es auch ohne Erbsünde den Staat und nicht nur die Gesellschaft gegeben hätte, doch zählten wir in unserem Buch *Freiheit oder Gleichheit?* (Salzburg, 1953) die Gründe für den Dissens auf. So wie der Einzelne Eltern hat, hat er auch eine Regierung - eine rein existentielle Tatsache. Die illusorische "Selbstregierung" ist bestenfalls die Regierung einer Mehrheit über eine Minderheit und man gehört (zufällig) zur einen oder zur anderen. Wie "gut" ist aber eine solche "Selbstregierung"?
Sir Henry Campbell-Bannerman, britischer Premierminister und Gefangener einer Ideologie, erklärte allen Ernstes: "Eine Selbstregierung ist besser als eine gute Regierung." Das hieße aber auch, daß im Falle einer schweren Krankheit das eigenwillige quacksalbern besser wäre als die Behandlung durch erfahrene Ärzte.
Doch für moderne Wahlen mit dem "Ein Mann - eine Stimme" - Prinzip braucht man heute die Fiktion der menschlichen Gleichheit. Die neunzehnjährige Geheimprostituierte hat in geheimen Wahlen dasselbe "Gewicht" wie der 59-jährige Geheimrat und Jurist. Eine Alternative im Einklang mit den herrschenden Ideologien gibt es nicht. Doch, wie wir schon sagten: Beim Wählen (wie auch bei der parlamentarischen Abstimmung) bleibt das Gleichheitsprinzip nicht stehen.

III

Schon in einem früheren Artikel erwähnten wir Bestrebungen, auch die Kirche "egalitär" umzugestalten. Vielleicht gäbe es schließlich in diesem Wunschbild Nonnen, die Beichte hören, Bischöfe, die von Pfarrern oder von Laien gewählt werden, Damen, die die Messe feiern, Mesner, denen die Firmung obliegt und schließlich sollte man womöglich "beim Papst" zum

Kaffeeklatsch eingeladen werden. Ich könnte mir vorstellen, daß es Linkskatholiken gibt, denen solche "Reformen" nicht unerwünscht wären.
Doch bei den Hochschulen, die einst eine Art "weltlicher Kirche" bildeten, hat man in dieser Richtung bedeutende "Erfolge" erzielt, ja selbst in Spitälern, Fabriken und dergleichen mehr gibt es heute ein "Mitspracherecht", wobei - was für unsere Gleichmacherei bezeichnend ist, die Eignung, also das Wissen und die Erfahrung außer acht gelassen werden. Will ja der Egalitarismus primär alle "Herrschaft" beseitigen und den früher einmal "Beherrschten" das Gefühl geben, daß er an der Herrschaft beteiligt werde, wobei ihm aber verschwiegen wird, daß er nunmehr für alle Entscheidungen irgendwie auch verantwortlich ist.
Doch gerade diese, wenn auch "mikroskopische" Verantwortung sollte vor der Öffentlichkeit durch den geheimen Charakter der Wahl aufgehoben werden. (Daher konnte man das NSDAP-Mitglied, nicht aber den NSDAP-Wähler bestrafen!) So ist dann das Ganze eine delikate Spielerei mit Ziffern und Zahlen, weshalb Jorge Luis Borges uns sagen konnte, er glaube nicht an die Demokratie; denn sie wäre doch nur ein kurioser Mißbrauch der Statistik.

IV

Wenden wir uns nun aber zum Schluß dem Gleichheitswahn theologisch zu; denn er ist ein religiöses Problem. Im alten katholischen Kulturkreis wußte man, daß man hier auf Erden einem "Stand" angehörte (der keine Kaste war) und auch verändert werden konnte, meistens durch eigene Entscheidungen oder eigenes Zutun. Man war ein Bauer, konnte aber in die Stadt ziehen; denn "Stadtluft und Bürgersein machte frei". Der Bürger konnte ein Priester oder Mönch oder auch geadelt werden.
Aber was immer man war oder wurde, man versuchte, es "ganz" zu sein - ein Bauer, ein bürgerlicher Handwerker, ein Mann der Kirche, ein Adeliger, und das Ganz-Sein hieß dienen, vor allem Gott und hier auf Erden einem Berufsideal und einem Berufsethos wie auch der Allgemeinheit, was praktisch auch einem Herrn zu dienen bedeutete.
Vergessen wir da nicht, daß ein Minister (also "Dienender") einen sehr hohen Rang hatte, daß die "aufgeklärten" absoluten Monarchen sich als "höchste Diener des Staates" betrachteten und daß selbst der Heilige Vater "*servus servorum Dei"*, also "Diener der Diener Gottes" ist.
Da gab es Kirche, Staat und Gesellschaft und darin füllte man als *Person* (und nicht als "Individuum", was fast ein Schimpfwort geworden ist) eine spezifische Rolle aus. (Erinnern wir uns daran, daß *persona* vom etruskischen phersü kommt, von der Maske des Schauspielers, der eine spezifische "Rolle" zu spielen hat!)
- Es versteht sich da von selbst, daß wir da auf Erden mehr oder weniger wichtige, persönliche Aufgaben oder "Rollen" haben. Wie im Theater gibt es da Hauptrollen, Nebenrollen und Statisten, wobei freilich selbst ein Statist ein Stück böswillig oder aus Dummheit völlig zerstören kann. (Der Generaldirektor einer Eisenbahn kann ein hochwichtiger Mann sein; aber der Weichensteller, der versagt, kann zahllose Menschenleben auf dem Gewissen haben!) "Diener" sind wichtig - für uns und auch vor dem HERRN.
So hatte auch der heilige Paulus nur Worte der Aufmunterung für Dienende wie auch für Sklaven in seinen Episteln, sie zur Treue gemahnt und nicht etwa zu einer lächerlichen "Selbstverwirklichung". (I. Korinther 7, 20-24, Epheser, 5, 8 Kolosser, 3, 22 bis 4, 1)
Doch der moderne ungläubige Mensch wiederholt das satanische *Non serviam* und beruft sich auf seine "Gleichheit", denn er leugnet die Ewigkeit und beschränkt seine Existenz auf das Erdenwallen.
Daher ist ihm seine radikal verkürzte Existenz *unter* einem Mitmenschen völlig unerträglich. Bezeichnend war da für mich im Jänner 1960 die Klage eines schwarzen Medizinassistenten in dem damals noch kolonialen Kongo. Er gestand mir, daß im nächsten Jahr die ersten schwarzen Ärzte promovieren werden. "Und dann," sagte er bitter, "wird mir einer dieser Leute Vorschriften machen können - dabei ist er aber genau so ein Schwarzer wie ich!"

- Nun lebt aber der moderne Ungläubige (wie wir alle) in einem horizontal ausgerichteten Universum, gefüllt mit angeblich "gleichen" Nebenmenschen, und nicht mehr in einer Ordnung, in der Gott-Vater im Himmel, der Heilige Vater in Rom, der Monarch als Vater des Vaterlands und der Vater als König in der Familie "vertikal" herrschten.
Wie weit der egalitäre Horizontalismus in unserem Jahrhundert gehen kann, beweist die Aussage des ansonsten klugen Sozialistenführers und "Friedensmärtyrers" Jean Jaures, der gesagt hatte: "Wenn sich Gott in sichtbarer Gestalt manifestieren würde, dann sollte sich der Mensch weigern, ihn als Autorität anzuerkennen, und mit ihm lediglich als Gleichem unter Gleichen diskutieren."
Auch wenn die menschlichen Ungleichheiten bei Gruppen einen eher statistischen Charakter haben, sind sie in der Regel recht deutlich vorhanden, doch für den modernen Menschen auch aus ideologisch-politischen Gründen inexistent oder "unerträglich".
Interessanterweise waren auch Marx, Engels und Trotzki überzeugt, daß alle Menschen alle erdenklichen Talente hätten. (Bei den Internationalen und Nationalen Sozialisten gibt es eine besondere Gleichheit und wegen des "Anderssein" wird jeweils eine andere Kategorie verfolgt und vernichtet.) Es ist zwar offensichtlich, daß der Watussi (Durchschnittsgröße 1 Meter 85) und der Bambuti (Durchschnittsgröße 1 Meter 50) im Laufen verschiedene Rekorde erzielen, auch daß Frauen und Männer, Weiße und Schwarze, Ostasiaten und Maoris jeweils andere Talente, andere Intelligenzquotienten, andere Stärken und Schwächen besäßen, diese aber zum Teil kulturell, zum Teil aber auch biologisch bedingt sind. Das wird auch von den neuesten Hirnforschungen bestätigt.
Doch wer diese nackten Tatsachen heute aufs Tapet bringt, ist ein Nationalist, Rassist oder "Sexist". Eigentlich müßte man auch den Vertreter der Max Weberschen These von der "Protestantischen Wirtschaftsethik" als engen, sektenhaften Fanatiker abkanzeln.
- Doch ist die Gleichheit, die offiziell mit allen Mitteln gefördert, finanziert, erzwungen, vorgeschrieben wird, praktisch doch immer nur Norm und Gesetz geworden, wie z.B. bei den Wahlen. Wenn es auf Leben und Tod, um wirtschaftlichen Erfolg oder Bankrott, um Sieg oder Niederlage geht, hört sich der Spaß auf.
Wer das Geld hat, wird sich im Falle einer schweren Krankheit den besten Arzt leisten, der sich auftreiben läßt. Er wird keinen Kassierer zum Bankdirektor ernennen oder die Armee vor einer Entscheidungsschlacht von einem Rekruten befehligen lassen. Chancengleichheit?
Ein leeres Schlagwort; denn man müßte dann bei der Erbmasse und der Erziehung innerhalb der Familie anfangen. Gleichheit vor dem Gesetz? Sollte der Hungrige, der in seiner Verzweiflung für seine Familie Lebensmittel stiehlt, genauso vom Richter behandelt werden, wie der Playboy, der stiehlt, um seine Spielschulden zu begleichen? Nicht Gleichheit ist Gerechtigkeit, sondern der Grundsatz: "Jedem das Seine."
Doch der nicht wirklich Glaubende leidet durch den Mangel an Gleichheit. Es schmerzt ihn wahrhaftig, unter der Kontrolle von Leuten zu stehen, die man als ihm überlegen betrachtet. Er ist darüber erbost, daß er sich nicht alles leisten kann wie sein Nachbar. Das heutige politische Modell schwebt ihm als Ideal vor.
In den Vereinigten Staaten ist man dem Beispiel Indiens nachgefolgt und läßt nunmehr auch Analphabeten wählen. So soll es aber überall im Leben sein; denn "wir sind ja alle gleich". Der Trost, daß mit dem Tod die Rollen völlig neu verteilt werden, ist für ihn nicht vorhanden. Somit ist für ihn auch das Leben sinnlos und "ungerecht" - alle Ungleichheiten sind doch Ungerechtigkeiten, oder nicht?
Was ihn da dauernd quält und peinigt sind die Mitmenschen, die ihn - so fühlt, ahnt und glaubt er - ein wenig verachten, hassen, übervorteilen, ihn verlachen, ihn übertreffen und in den Schatten stellen und dabei ist er "gerade so gut" wie alle anderen.
Gott ist für ihn tot, und so schaut er immer nur gebannt auf seine Nebenmenschen - nach

rechts, nach links, nie aber "hinauf" oder in die weite Ferne. Bei dieser totalen Abhängigkeit triumphiert er zwar manchmal in diesem Tale der Tränen, doch meistens leidet er sinnlos bei dieser Konkurrenz mit den angeblich so "gleichen" Mitmenschen; denn was sie von ihm denken, ist doch unwesentlich.
Nur was Gott von ihm denkt, ist entscheidend. All dies erinnert so sehr an Sartres Drama *Huis-clos,* das in der Hölle spielt, und in dem der traurige Held die verzweifelten Endworte spricht: **"Die Hölle - das sind die Andern."**<<
Das deutsche Nachrichtenmagazins "DER SPIEGEL" berichtete am 10. August 1992 über den vom "Office of War Information" eingezogenen US-Umerziehungsexperten Billy Wilder, US-amerikanischer Drehbuchautor, Filmregisseur und Filmproduzent (x354/18): >>… Man wollte für den Tag nach Hitler ein Programm haben, Regeln, nach denen sich die Deutschen auf ihrem Weg zur Demokratie richten sollten. Und ich sollte an der Ausarbeitung dieses Programms mitarbeiten, sollte mich um die Leute in Deutschland kümmern, die wieder Filme machen wollten. Und sollte verhindern, daß ehemalige Nationalsozialisten weiter Filme machten.
Mit diesem Programm fingen wir noch während des Krieges an. … Als man mich einzog, steckte man mich in New York auf eine Art Schule, wo ich auf meine Umerziehungsaufgabe vorbereitet wurde.<<
Der deutsche Studiendirektor Rudolf Willeke berichtete im Mai 1994 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1994 über die "Neue Weltordnung" (x853/...): >>**EUropa – "das gemeinsame Haus"?**
... Um das "Gemeinsame Haus Europa" herum stehen viele bekannte und weniger bekannte Architekten, Baumeister, Maurer und Handlanger. Zusammen haben sie dieses Projekt der Moderne seit 1944 entworfen, konstruiert und aufgezogen. Jetzt sind die zukünftigen (360 oder 630 Mio.) Bewohner freundlich eingeladen, einzuziehen und sich wohnlich darin einzurichten. Aus allen Lautsprechern der Zusteigebahnhöfe schallen die Werbeslogans:
"Wer zu spät kommt", ... "wer jetzt nicht auf den anfahrenden Trans-Europa-Expreß aufspringt, sieht alsbald nur noch zwei rote Schlußleuchten", "nur ganz unverbesserliche Nationalisten wollen nicht zur Endstation Sehnsucht, wollen schon in Berlin 'aussteigen' "der Euro-TGV Brüssel-Wladiwostok, via Swerdlowsk rollt unaufhaltsam weiter - Richtung Phantasialand."
Der Euro-Bürger schwankt noch zwischen Furcht und Europhorie. Für die einen ist das "Gemeinsame Haus" das idyllische Euro-Dorf im Grünen, der Hort friedlichen Zusammenlebens, Ort gegenseitiger kultureller Bereicherung der verschieden-unterschiedlichsten Mietparteien im Hause und der unumkehrbare Fortschritt zur Großfamilie "aller Menschen guten Willens" in einem Großreich ohne Krieg für die nächsten 100 oder 1.000 Jahre.
Andere sehen in dem konstruktivistisch-gnostischen Friedensreich EU vom Atlantik bis zum Ural oder Pazifik den alles einebnenden, egalisierenden und uniformierenden Leviathan, den Prozeß der Irreversibilität, den Expreß ohne Wiederkehr in die Heimat.
Besonders verlockend erscheinen der kaum ins Gewicht fallende Preis für die Fahrkarte und die kontrafaktisch in Aussicht gestellte Wohlstandsmehrung für jeden im "Sanatorium Euro 2000" - Die Wirtschafts-Union kennt nur Chancen und Vorteile für alle, zumindest aber für die Deutschen.
Da die Zeit drängt und der Expreß schon an Geschwindigkeit zunimmt, hat sich eine volkspädagogische Euro-Lyrik und Integrations-Semantik über die Lautsprecheranlagen eingespielt, mit denen Fragen übertönt und Antworten gegeben werden, die nicht erfragt wurden.
Die Werbe-Slogans für das "Phalansterium Euro 2000" (Phalanstere, frz.: ist die Produktiv- und Konsumgenossenschaft und zugleich Lebensgemeinschaft der Frühsozialisten), von verschleiernder Lyrik befreit, lauten etwa wie folgt:

1. Europa wird "christlich" sein, oder es wird nicht sein.
2. Europa wird "multikulturell/multinational" sein.
3. Europa wird "demokratisch" sein - wie demokratisch wird es sein?
4. Europa wird eine "Union der Vaterländer" sein, oder wird es die "Vereinigten Staaten" sein"?
5. Das Haus Europa wird als "sozialer Wohnungsbau" errichtet, sonst ziehen die "sozial Schwachen" nicht ein.
6. Europa wird eine "irreversible" Wirtschaftseinheit und eine "unkündbare" Währungsgemeinschaft sein.
7. Kontinental-Europa wird integraler Bestandteil der "Neuen Weltordnung", der Weltgesellschaft "aller Erdbewohner", des Welt-Einheitsstaates mit einer Weltreligion unter einer Weltregierung des "Auserwählten Volkes" sein.
In dieser Situation offener Fragen, fehlender Antworten und widersprüchlicher Versprechungen erscheinen fast gleichzeitig neben zahlreichen anderen Titeln
Roland Baader, *Die Euro-Katastrophe - Für Europas Vielfalt - gegen Brüssels Einfalt* (A. Tykve Verlag), 71005 Böblingen 1993, 249 S.
Bruno Bandulet, *Das Maastricht Dossier - Deutschland auf dem Weg in die dritte Währungsreform* (Langen, Müller, Herbig Verlag) München 1993, 172 S.
Johannes Rothkranz, *Der Vertrag von Maastricht - Endlösung für Europa, Bd. I u. II* (A. A. Schmid Verlag), 87467 Durach 1993, 632 S.
Alle drei Autoren rücken die europäische Idee und die europäische Wirklichkeit nach dem Maastrichter Vertrag unter vielfältigen Aspekten in das Blickfeld des Lesers.
R. Baader argumentiert überwiegend demokratie-theoretisch, staatsrechtlich-politisch. Er befaßt sich mit den Strukturen, Institutionen und Entscheidungsprozessen in der Wirtschafts-Union und im Super-Staat Europa.
B. Bandulet argumentiert ökonomisch, finanz- und währungspolitisch, wenn er die Kosten-/Nutzenseite Europas in den Mittelpunkt rückt.
J. Rothkranz schließlich geht der Sache auf den Grund, er fragt nach den EUropa zugrundeliegenden Ideen, Konstruktionsplänen und Baugenehmigungsverfahren aus ideengeschichtlicher Sicht, gestützt auf eine Überfülle von geschichtlichem Material verschiedenster Art.

**1. Europa wird "christlich" sein?**

Die Devise "Europa - christlich", die von den ersten drei Baumeistern (K. Adenauer, A. de Gasperi, R. Schuman) in den Umlauf gebracht wurde, wird an den Meinungsbörsen der Metropolen nur noch lustlos gehandelt, dementsprechend niedrig ist ihr Kurs.
Lediglich die Pan-Europa-Bewegung (0. v. Habsburg, S. Alber, MdEP), die "Sondersynode der Bischöfe für Europa", sowie einige vom ZK der Katholiken (R. Waschbüsch) Bewegte vertrauen noch dem inneren Wert der "Schuldverschreibung: Europa - Christlich" und werben unter den praktizierenden Christen für die "Große Stadt, die ersteht", für "Europa in der Einen (!) Welt" oder für den "Konziliaren Prozeß" Richtung Ökumene der Weltreligionen mit dem universalen "Weltethos" (H. Küng), das den Frieden unter den Religionen und den Frieden unter den Nationen gewährleisten soll.
Eine Weltreligion soll es werden, die den Weltfrieden garantiert. Plakative Werbung unterscheidet allerdings oft nicht, ob die Trommel für die "Stadt Gottes" oder die "City of Man", für die "Stadt Babylon" oder das "Neue Jerusalem" gerührt wird.
- Das Europa-Parlament, das kein Parlament ist (R. Dahrendorf), sondern der "teuerste Gesangverein Europas", hat die Probe aufs christliche Exempel nicht bestanden, als es am 12.3.1990 mit 3/4 Mehrheit (!) einen Entschließungsantrag an alle Mitgliedsstaaten annahm, die Abtreibung bis zum Eintritt der Geburt für "nicht rechtswidrig" oder "nicht strafbar" zu erklären. (Rothkranz, II, S. 544)

- Der Euro-Staat in Errichtung hat bisher weder eine Verfassung mit Menschen-, Grund- und Bürgerrechten noch eine Verfassungsgebende Versammlung der besten Fachleute Europas.
Auch der Maastrichter Vertrag enthält in Art. B (Ziele der Union) keine ideellen, kulturellen oder religiösen Ziele.
- Das "Gemeinsame Haus Europa" - Haus ohne Hausordnung - ist nicht auf christlichem Fundament errichtet, ein Super-Staat ohne Verfassung ist ein monströses Konstrukt ...

**2. Europa wird "multikulturell-multinational" sein**

... Ob man sie kauft oder anbietet, sie ist da, die gemischte Gesellschaft. Auch der multinationalisierte Staat ist Realität. Die sogenannte doppelte Staatsbürgerschaft macht Ausländer zu Inländern. Seit 1993 leben 7 Mio. Nicht-Deutsche unter 80 Mio. Deutschen und verlangen/erhalten Gruppen-Rechte von ihren Gastgebern (Art. 20b GG, neu), die den Deutschen jegliche Integrationsanstrengungen untersagt.
- Menschen aus 60 (!) Nationen/Kulturen werden in deutschen Haftanstalten "resozialisiert", bevor sie sozialisiert werden konnten. Wer nach Dunkelziffern fragt, ist unhöflich, wer die Vermutung artikuliert, neben den 7 Mio. registrierten könnten noch weitere 7 bis 10 Mio. Ausländer "illegal" bei uns eingewandert sein, wird kurzerhand der "ausländerfeindlichen Gesinnung" verdächtigt und ausgegrenzt. "Überfremdung" war das "Unwort", das negativste, unaussprechlichste Wort des Jahres 1993.
Wo beginnt Überfremdung, bei 7 %, bei 21 %, bei?
- Den einen bedeutet "Multikultur" soviel wie Öffnung, Weite, Modernität, wie gegenseitige Bereicherung durch Austausch von Folklore, Backrezepten, Moden und Lebensformen, wie schiedlich-friedliches Zusammenleben auf den Etagen und Korridoren des "Gemeinsamen Hauses", jeder nach seiner Fasson, aber in unlimitierter Toleranz und Solidarität gegenüber den Mitmenschen (H. Geißler, D. Oberndörfer, R. Scholz/CDU, P. Glotz/SPD, J. Fischer, D. Cohn-Bendit/Grün-Alt., J. Trittin/ehem. KBW).
- Für Informierte und Wissende hingegen ist "Multikulti" der Code für Auflockerung, Vermischung, Integration der Religionen, Weltanschauungen, Lebenswelten, der Sprachen, Bewußtseinsinhalte, Wertmaßstäbe.
So erklärt z.B. der Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels György Konrad am 13.10.1991 selbstgewiß:
"Der Nationalismus, aggressiv von Grund auf, ist eine Ideologie des Hasses und eine Europäische Krankheit. Der Nationalismus hindert die Menschen Europas, Europäer zu werden. Das Zusammenwachsen zu einer europäischen Nation unter einem Weltrecht, muß das Ziel der gegenwärtigen Nationen sein. Das Europa von Morgen ist nur als eine multikulturelle, multinationale Einheitskonstruktion (!) vorstellbar".
Dieser Appell ist an die Menschen in Deutschland und Europa gerichtet: das Zusammenwachsen muß durch Einheitskonstrukteure beschleunigt und befestigt werden. G. Konrad scheint fest überzeugt, daß seine private Nationalismus-Theorie keine Ideologie und frei ist von Haß. Gegenwärtig können die Nationen Europas ihre Ziele noch selbst bestimmen.
Walther Leisler Kiep/CDU hält mit G. Konrad jedes Europa für "illusorisch", das an der Oder-Neiße-Grenze endet, das nicht alle Kulturen und Nationen zwischen Atlantik und Ural/Pazifik einbezieht und "integriert", ob sie wollen oder nicht. Was nicht zusammenwächst, wird zusammengeschmiedet mit Hilfe des Weltrechts und des ECU.
Bedenkenträger gegen diesen Kulturimperialismus/Internationalismus halten "Multikultur" für eine Absage an die christliche Kultur, an die gemeinsame Kultur Alt-Europas (Jerusalem - Athen - Rom). Lebenswelten, Lebensziele, Lebensführung sind eben kulturabhängig, und zwischen der Kultur der Briten, Franzosen, Italiener und Deutschen bestehen gewisse qualitative Unterschiede zu der der Kosovo-Albaner, Azeris, Tschetschenen, Muslime. Die Überformung und Einebnung dieser Unterschiede führt zum Kulturverfall, nicht zu einer neuen, integriert-

angereicherten Kultur.
- R. Baader ("Die Euro-Katastrophe - Für Europas Vielfalt - gegen Brüssels Einfalt"), der die lebendige Alltagssprache liebt und vor Verschleierungsdeutsch warnt, sieht in "Multikultur" ein "sozialistisches Zersetzungsinstrument, mit welchem das nihilistisch-emanzipatorische Polit-Gesindel des Westens die europäischen Kulturen je einzeln - und somit auch die "Europäische Kulturnation" als Gesamtheit - auflösen und politisch 'entsorgen' will". (Baader, S. 22). "Multikultur" gefährdet die Offene Gesellschaft, ist "Sprengsatz" für die politische Union Europas (Baader, S. 25).
- Nach B. Bandulet ("Das Maastricht Dossier - Deutschland auf dem Weg in die dritte Währungsreform") kommt unausweichlich mit der "Multikultur", mit dem "Haus der offenen Tür", mit der Ent-Grenzung des Staates die Multikriminalität, die Explosion der Gewalt, das faktische Zurückweichen des Rechts vor der Gewalt, die Re-Barbarisierung der Gesellschaft ins Gespräch.
- J. Rothkranz ("Der Vertrag von Maastricht - Endlösung für Europa") hält "Multikultur" für ein Instrument zur Auswechselung des "Volkes" - die rassisch-völkisch-nationale Uniformierung des "Volkes" Pan-Europas (Rothkranz, S. 553/55) stehe auf dem Programm der Bauherren eines konstruktivistischen Europas. Dieses Programm sei in der Charta von Paris für ein neues Europa am 21.1.1990 festgeschrieben. Dabei geht es weniger um das Zusammenwachsen als um das Zusammenschmieden der 12/16 Nationen unter einem "Europa-Recht".
- Vor dieser Illusion und Ideologie "Multikulturalismus" glaubt auch Bassam B. Tibi, Göttingen die Europäer und Deutschen warnen zu müssen: Multikultur bedeute "Abschied Deutschlands von der europäischen Zivilisation" und Verlust der "kulturellen Identität" der Deutschen. (FAZ, 11.1.1994)
- In ähnlich eindeutiger Weise äußert sich auch die Tageszeitung "Israel-Nachrichten", Jerusalem (Nr. 64/93) zum Einwanderungsthema:
"Schuld an diesem Problem ist auch das Ausland, das von den Deutschen Dinge verlangt, die in anderen Staaten nicht praktiziert werden. Kein Land hält seine Grenzen schrankenlos offen", und weiter "die deutschen Politiker reagieren weltfremd, heuchlerisch und feige" und schließlich "1993 war auch ein Jahr der großen Angst. Die Unsicherheit im täglichen Leben wächst ständig. Man traut sich nachts nicht mehr aus dem Haus. Soweit hat es dieser Staat mit seiner gefühlsdusseligen (!) Nachsicht gegenüber Rowdies und Gewaltverbrechern gebracht."
Wie gesagt, die von deutschen Juden in Israel herausgegebenen "Israel-Nachrichten", nicht die deutsche "Nationalzeitung" äußern sich so.
Die geschichtlichen Erfahrungen mit konstruktivistischen Vielvölker-Unionen (SU, Balkanstaaten, Libanon, Los Angeles) sind unheilsverheißende Zeichen auf der Wand und warnen die Euro-Illusionisten, die Spekulation in die "Aktie EUropa multikultura" weiter anzuheizen. Mit dem Papier könnten die Spekulanten selber abstürzen.
Weltfriedensreiche für 100 oder 1.000 Jahre zu errichten, ist Aufgabe von Propheten, Religionsstiftern und Missionaren. Politiker sollten sich damit bescheiden, die Inflations-, Arbeitslosigkeits-, Kriminalitäts-, Staats- oder Abgabenquote um 2 % zu senken.
Nach Karl Popper, dem Verteidiger der "Offenen Gesellschaft" gegen ihre "Feinde", ist von allen Ideen der Wunsch, die Menschen vollkommen und glücklich zu machen, am gefährlichsten. Der Versuch, den Himmel auf Erden zu verwirklichen, produzierte stets die Hölle. Der aufgeklärt-mündige Bürger setzt sein Vertrauen auf Realpolitik, nicht auf "gefühlsdusselige" Politikabstinenz oder nationalmasochistische Einebnungsbemühungen der gerade Herrschenden. Keiner auf der Welt wird reicher, wenn die Deutschen ärmer gemacht werden, damit der Chimäre Nationalismus keine Hörner wachsen.

**3. Europa wird "demokratisch" sein - wie demokratisch wird es sein?**

Bundeskanzler H. Kohl, der 1991 die europäische Einigung als das "Herzstück der Politik"

seines Kabinetts bezeichnete, konnte sich ein geeintes Europa nur als ein "demokratisches" Europa vorstellen, in dem Demokratie und Rechtsstaat unauflöslich mit der europäischen Idee verbunden bleiben. Bei Verleihung des Bayerischen Verdienstordens bekräftigte er, daß er keinen Euro-Zentral-Staat wolle: "Dieses Europa wird 'föderal' sein oder es wird nicht sein." (24.1.1994)
Zwei Jahre lang hatte der Bundeskanzler Zeit, den Vertragstext von Maastricht zu lesen und nach "demokratisch-föderalen" Spurenelementen darin zu suchen. Was er den Bayern referierte, gehört in die Rubrik "Mythen, Sagen und Legenden aus dem Brüsseler Schatzkästlein". Der Kanzler selbst hat mit den anderen elf Regierungschefs für die Deutschen den Vertrag von Maastricht ausgehandelt.
Straßburg soll entscheiden, ob Homosexuellen-Duos rechtlich den bürgerlichrechtlichen Ehen gleichgestellt werden.
Brüssel soll entscheiden, welche Krümmung Euro-Bananen/-Gurken, welche Maße der Sitz auf Euro-Treckern und der Euro-Kondom haben müssen/dürfen. Bonner Parlamentarier wollen sich nicht länger mit "Petitessen", sondern mit wirklichen Problemen von Weltmaßstab befassen.
Die Bundestagsfraktion von CDU/CSU (Hornhues) plädiert für ein taktisches Zurückweichen von den (abschreckenden) Begriffen "Bundesstaat" und "Vereinigte Staaten". Das "Ausmaß des Souveränitätsverzichts der nationalen Parlamente", das ist die Einschränkung oder Abschaffung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen durch den Deutschen Bundestag sei nach Maastricht erst noch fraktionsintern (!) und dann im Bundestag festzustellen.
Die Aussagen des Grundgesetzes zum Souveränitätsverzicht Art. 20 GG und speziell zur sogenannten Ewigkeitsklausel des Art. 79 (3) GG werden in der CDU/CSU-Fraktion und im Deutschen Bundestag sicherlich mitberücksichtigt, wenn es um Verschleierungs-Taktik geht, denn noch ist das Bundesverfassungsgericht nicht durch den Europäischen Gerichtshof "entrechtet".
Das BVerfG hat am 12.10.1993 nicht geprüft, ob durch den Vertrag von Maastricht die Souveränität des Staates Bundesrepublik Deutschland abgeschafft oder nur in rechtlich zulässiger Weise eingeschränkt wurde.
Der Frage, wie "demokratisch" Europa schon ist und nach Maastricht sein wird, sind alle drei Autoren, unterschiedlich argumentierend, nachgegangen.
Die Antwort kann vorweggenommen werden: Europa wird keine gewaltenteilende, machtbegrenzte, herrschaftskontrollierende Demokratie sein. Im Vertrag von Maastricht fehlen (fast) alle Verpflichtungen zur Demokratisierung der Institutionen oder Entscheidungen in Straßburg bzw. Brüssel.
- R. Baader formuliert hier wiederum erfreulich präzise: Der "Euro-Super-Staat in Errichtung" hat keine Verfassung, alle Tendenzen laufen auf die Struktur eines Bundesstaates hinaus mit "absolutistischer Machtvollkommenheit" der 12/16 Regierungschefs bei gleichzeitiger Entdemokratisierung der 12/16 Mitgliedsstaaten.
Im einzelnen:
Der Minister-Rat wird nicht gewählt, sondern von den 12/16 Mitgliedsstaaten gestellt. Bundeskanzler Kohl entsendet Herrn Kohl und Herrn Waigel in den Minister-Rat. In Bonn gehörten der Kanzler und der Finanzminister zur Exekutive, in Brüssel zur Legislative. Zu legislativen Kompetenzen ist der Minister-Rat demokratisch nicht legitimiert. Die "feierlichen Beschlüsse" entbehren zumeist der Legitimation, in der rechtsstaatlichen Demokratie haben Regierungschefs und Kabinettsmitglieder nichts zu "beschließen" (Rothkranz, S. 16), es sei denn, sie beschließen zurückzutreten.
- Die Europäische Kommission als zweites Gesetzgebungsorgan und gleichzeitig als Spitze der EU-Verwaltung (Exekutive) besteht aus derzeit 17 Kommissaren, die von den 12 EU-

Regierungen "ernannt" werden (Art. 158 MV). "Ernennung" ersetzt in der Euro-Demokratie die demokratische Legitimation.
Auf gleich schwachen demokratischen Füßen steht die "Autonomie" der Europäischen Zentralbank und die "Unabhängigkeit" des Europäischen Gerichtshofes. Die Judikative des Euro-Staates (13 Richter und 6 Generalanwälte) wird von den 12/16 nationalen Regierungen "ernannt" (Art. 167 MV), nicht von Richterwahlausschüssen gewählt.
Zur "Unabhängigkeit" der Europäischen Zentralbank hat Ministerpräsident Mitterand zu verstehen gegeben, daß die EZB ausführendes Organ der Regierung sein werde, daß er und seine Regierung sich an Art. 7 des Protokolls über die EZB nicht gebunden fühlen. Frankreich hat eben ein anderes Verhältnis von Demokratie und "Autonomie".
Die 12/16 Regierungschefs erscheinen als absolutistische Herrscher mit fast schrankenloser Machtvollkommenheit ausgestattet. Aber auch dieser Eindruck täuscht. Über dem Parlament, das nichts zu sagen hat und über Minister-Rat und Euro-Kommission, die viel zu sagen, aber keine demokratische Legitimation vorzuweisen haben, "thront" als Super-Legislative der Europäische Rat der 12/16 Regierungschefs, der zweimal jährlich beschließt, was der Minister-Rat zu beraten und zu beschließen hat (Art. J. 8 MV).
Der Europäische Rat, so beschreibt es eine Informationsbroschüre 1990, "berät ohne feste Regeln", "locker", in "absoluter Vertraulichkeit" und "ohne förmliches Protokoll", er "unterrichtet" danach das Europa-Parlament über Ergebnisse der Beratung.
- Die Beratungs- und Beschlußvorlagen erhält der Europäische Rat von COREPER, dem "unbekanntesten Wesen" Europas, das nach R. Baader neben der Europäischen Kommission die Spitze der bürokratisch-zentralistischen Euro-Diktatur darstellt. ...
Man liest es dreimal, ein Ausschuß von 24 Botschaftern, Gesandten und Ministerialbeamten beschließt, was zu beschließen ist und führt aus, was der Rat in Auftrag gibt. Natürlich arbeitet COREPER eng mit der Kommission zusammen - schon vor Beschluß und bei Ausführung des Beschlusses - ganz demokratisch bevollmächtigt.
- Es drängt sich die Frage auf, von wem denn COREPER die Beratungs- und Beschlußsachen vorgelegt bekamen. Aber vor soviel "absoluter Vertraulichkeit" und angesichts der filigran feingeknüpften Fäden zwischen den "Brüsseler Spitzen" vor und "hinter den Kulissen" kann sich der Euro-Bürger solch impertinente Fragen nur versagen und in demokratischer Ehrerbietung sein Haupt verneigen.
Das Europa-Parlament in Straßburg/Brüssel ist als "Vertretung der Völker Europas" gedacht. Es übt Beratungs- und gewisse Kontrollbefugnisse aus und ist am Rechtssetzungsprozeß "beteiligt", heißt es in den 28 Mio. DM verschlingenden Werbeprospekten für EUropa "wie es swingt und lacht".
- Richtig ist, daß dieses "Parlament" kein Parlament ist und bei der Rechtssetzung nichts zu sagen hat. Es kann insbesondere keine Gesetze einbringen, beraten, verhindern, es kann die Regierung (Kommission/Minister-Rat) nicht abwählen (Art. 160), und es kann nicht über die Einnahmen des EU-Etats befinden.
- Richtig ist auch, daß die Sitzverteilung im "Parlament" extrem ungerecht (undemokratisch) zu Lasten der Deutschen vorgenommen wurde:
1 Abgeordneter Luxemburgs vertritt 60.000 Luxemburger
1 Abgeordneter Belgiens vertritt 410.000 Belgier
1 Abgeordneter Frankreichs vertritt 700.000 Franzosen
1 Abgeordneter Deutschlands vertritt 1.000.000 Deutsche
Ein Wahlkreis in Deutschland ist also 16mal größer als in Luxemburg, 2 1/2mal größer als in Belgien und um ca. 40 % größer als in Frankreich oder England. Um des Friedens willen gibt sich "Michel" mit dieser diskriminierenden Sitzverteilung zufrieden, hat er doch den 2. Weltkrieg vom Zaun gebrochen und verloren - und "Marianne" hat immer Recht.

Noch ist nicht gesichert, ob den Deutschen nach der Vereinigung mit Mitteldeutschland weitere 18 Sitze im Straßburger Parlament zugebilligt werden. Deutschland ist nämlich um 17 Mio. Einwohner größer geworden, während England, Frankreich und Italien bei rd. 57 Mio. stehengeblieben sind.
Frankreich läßt sich dieses Zugeständnis mit deutschen Millionenbeträgen für die Miete des Straßburger Parlamentsgebäudes "bezahlen", Demokratie hat eben ihren Preis. ...
Richtig ist weiter, daß diese "Vertretung der Völker" in zwei repräsentativen Parlamentsgebäuden tagt, aber nicht aus zwei Beschlußorganen wie etwa Oberhaus/Unterhaus oder Bundestag/Bundesrat besteht, daß sie also ein erhebliches Maß an Demokratiedefizit aufzuweisen hat. Zum Abbau dieses Defizits an Demokratie und zur Förderung der Politischen Union wurde in Maastricht die Gründung des "Ausschuß der Regionen" als "tragende Säule der Europäischen Union" beschlossen. Dieses neue Organ konstituierte sich am 8./9. März 1994 in Brüssel.
Vereinbart wurde, daß Deutschland in diesem Ausschuß 24 von 189 Sitzen erhält, also ein Stimmgewicht von 12,7 % bei einer Zahllast von rd. 30 % der Kosten für Europa bekommen soll. Die "Region Bayern" ist in diesem tragenden Organ mit einem, höchstens zwei Abgeordneten vertreten, um Interessen der Bayerischen Motoren- oder Brau-Werke zu vertreten. Der geplante Beitritt weiterer Staaten Ost-Europas verringert das Stimmgewicht und erhöht die Zahllast der deutschen "Region".
Sir R. Dahrendorf, Oxford hält den Vertrag von Maastricht nicht für einen Einigungs-, sondern für einen Spaltungsvertrag, gegen den sich in England und überall Widerwille errege. Zumindest den desillusionierenden Terminus "irreversibel" möchte R. Dahrendorf aus der Euro-Semantik gestrichen sehen.
Sein Appell "Europa muß (!) demokratisch sein - oder es hat keine Zukunft" (SPIEGEL, 3.1.1994, S. 28/9) wird durch zahlreiche Wissenschaftler gestützt, z.B. durch die "European Constitutional Group" (13 Wissenschaftler aus europäischen Forschungseinrichtungen), die 10 erhebliche verfassungsrechtliche "Webfehler" am Maastrichter Vertrag, speziell an der Politischen Union entdeckt hat (FAZ, 28.8.1993).

**4. Europa wird eine "Union der Vaterländer" sein - oder wird es die "Vereinigten Staaten" sein?**

Von einem "Europa der Vaterländer" (Ch. de Gaulle) ist von Europolitikern aller Couleur nichts mehr zu hören, seit Maastricht entwickelt sich der Euro-Staat zu einem zentralistischen Bundesstaat ohne Einfluß des Euro-Parlaments, des "Ausschuß der Regionen" und der noch bestehenden Parlamente der Nationen.
Der Ausstieg Dänemarks und Englands und die äußerst schlappe Zustimmung der Franzosen zum Maastrichter Vertrag (bei einer Wahlbeteiligung von 70,6 % votierten 51 % für Maastricht = 36 % der wahlberechtigten Franzosen) hat den Trans-Europa-Expreß nicht zum Halten, eher schon zu einer Beschleunigung der Geschwindigkeit gebracht, nicht zuletzt durch Drängen Bundeskanzler Kohls.
Bundespräsident R. v. Weizsäcker umriß beim Empfang des Diplomatischen Corps die gegenwärtige Europa-Politik mit folgenden Worten: "Das außenpolitische Ziel Deutschlands sei das vereinte Europa." Dieses Europa sei die "Einigung unseres Kontinents", nicht "saturierter Zustand", sondern "dynamischer Prozeß".
Die Deutschen haben sich auf die lange Reise, nicht auf das Ziel einzustellen, denn, so der Bundespräsident, "Europa muß 'mehr' werden als ein Europa der Vaterländer" -. Alle Völker sollen daran Anteil haben.
Unser Bundespräsident hat Sinn für Visionen. Die Vision deutscher Außenpolitik nach Maastricht ist ein Kontinental-Europa ohne Grenzen, ein grenzenloses Groß-Friedens-Reich gemäß der Euro-Hymne "Seid umschlungen Millionen ... Brüder".

Nach der Überwindung der alten Trennungslinie durch den Kontinent dürfe es keine neuen Gräben geben. Vielmehr müsse deutsche Außenpolitik Kontinental- und Globalpolitik werden und die Versorgung bzw. die Lebenschancen für "alle" Erdbewohner zum Ziel haben. (Bulletin 18.1.1994, S. 27)
"Mehr" als ein "Europa der Vaterländer" ist ein Bundesstaat Europa oder ein Welt-Staat für alle Erdbewohner, in dem sich deutsche Politik um die Versorgung und Verbesserung der Lebensqualität "aller" 6 Mrd. Erdbewohner verantwortlich fühlt.
- In der Vision unseres Bundespräsidenten ist der Euro-Zentralstaat nach Maastricht nur eine Vor- oder Zwischenetappe auf der "langen Reise" zum Ziel: Eine-Welt-Staat, in dem dann durch "aktive solidarische Beteiligung" der Deutschen "Menschheitsprobleme durch die Weltgemeinschaft" bewältigt werden. Der Bundespräsident gibt damit der deutschen Außenpolitik eine ganz neue ganzheitlich-global-planetarische Zielperspektive.
Von den Kosten der Versorgung und der Verbesserung der Lebensqualität "aller" Erdbewohner sprach der Präsident nicht, aber eine deutsche Außenpolitik, die als Welternährungspolitik und Weltsozialpolitik Welt-Sozialstaatspolitisch nach Schwedens Vorbild verstanden wird, ist ohne Umverteilung von Nord nach Süd und von West nach Ost leeres Versprechen.

**5. Das "Haus Europa" wird im "sozialen Wohnungsbau" errichtet, sonst ziehen die "sozial Schwachen" nicht ein**

Das Ziel der europäischen Sozial-Union ist es, den "sozialen Fortschritt durch Stärkung des sozialen Zusammenhalts zu fördern", die "Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten zu stärken" und "dem relativen Wohlstand der Mitgliedsstaaten Rechnung zu tragen". (EU-Vertrag Protokolle, S. 237 ff.)
Weiterhin aber auch "Hebung der Lebenshaltung" in den Mitgliedsstaaten, insgesamt also die "Verbesserung und 'Angleichung' der Lebensbedingungen". (Art. 117 EG-Vertrag)
"Angleichung" wird so verstanden, daß den unterdurchschnittlich Wohlhabenden dazugegeben, was den überdurchschnittlich Wohlhabenden weggenommen wird - ganz sozial - sozialistisch.
Der EU-Vertrag schafft die Voraussetzungen eines gigantischen Umverteilungskarussells von Norden nach Süden. Zur Erreichung dieses "Sozialziels" werden in Brüssel Umverteilungsfonds in großer Anzahl als "Struktur- oder Kohäsionsfonds" errichtet.
Aus diesen Fonds erhalten die "schwächeren" Staaten, Regionen, Wirtschaftszweige jährlich Euro-Subventionen (vgl. Art. 123 EG-Vertrag) in großem Umfange (rd. 22 Mrd.) als Geschenk.
Als "schwach" wurden solche Länder definiert, die ein Pro-Kopf-Sozialprodukt von weniger als 90 % des durchschnittlichen EU-Pro-Kopf-Sozialprodukts erreichen. Wer also 10,1 % weniger Wohlstand hat als der EU-Durchschnitt, ist "arm", wer mehr als 1 % über dem Durchschnitt liegt, ist "reich".
Nach den natürlichen, historischen, ökonomischen oder politischen Ursachen dieser relativen Unterentwicklung und Ungleichheit wurde dabei nicht gefragt.
Das bedeutet aber für die wohlhabenderen Mitgliedsstaaten eine höhere "Besteuerung" ihrer Leistung. Die Bestrafung der Leistungsfähigen, so wird unterstellt, wird ihre Solidarität mit den "Schwachen" nicht schwächen.
- Die "schwachen" Länder und Regionen der EU sind zufällig auch die, die dem leistungsfeindlichen Sozialismus/Kommunismus frönen, nämlich Griechenland, Portugal, Spanien, aber auch Italien und Frankreich. ...
Im 20-Jahresdurchschnitt streikten die italienischen Arbeitnehmer 26mal so viel und die spanischen Arbeitnehmer 17mal so viel wie die deutschen Kollegen.
Wer in der EU wenig leistet und oft streikt, erhält viel Strukturbeihilfen aus Brüsseler Fonds, wer in die "Hände spuckt und das Sozialprodukt hebt", erzeugt unerwünschte Wettbewerbs-

verzerrungen und wird Nettozahler auf dem Umverteilungskarussell. Auf diese Weise will der Minister-Rat die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten stärken, die Angleichung der Lebensverhältnisse erreichen und die Streikfreude "vergolden".
Zu den "starken" Staaten zählen Deutschland, England, Frankreich und Italien. Diese sind Nettozahler, jene Nettoempfänger aus den Fettöpfen der EU.
Im Jahre 1992 hatte die EU rd. 137 Mrd. DM Ausgaben; bis 1999 sollen diese verhältnismäßig moderat auf 165 Mrd. DM, also um ca. 22 % (in 7 Jahren) steigen, nach zweistelligen Wachstumsraten in den vorausgegangenen Jahren.
Von den 137 Mrd. Ausgaben zahlte Deutschland alleine 36 Mrd. = 26 % (brutto).
- Nach dem Bundesbankbericht Nr. 11/93 war Deutschland 1992 mit 19,4 bis 22 Mrd. DM größter Nettozahler - Zahlmeister der EU. Großbritannien erhält auf die Euro-Fahrkarte einen Sozialrabatt von 60 % und zahlt statt 10,7 nur 4,7 Mrd. DM, Frankreich ist Nettozahler von 2,8 Mrd. und Italien von 1,0 Mrd. DM.
Deutschland zahlt also rd. 30 %, mit der Tendenz zu 38 % der EU-Ausgaben
Deutschland zahlt das 6 1/2fache von Frankreich
Deutschland zahlt (netto) 2 1/2mal mehr als Frankreich, England und Italien zusammen zahlen
Deutschland zahlt 1,5 Mrd. DM mehr, weil England 6 Mrd. DM Preisnachlaß durchsetzen konnte.
Diese Lastenverteilung soll die "Solidarität zwischen den Mitgliedern der EU stärken", die Lebensbedingungen angleichen und die Lust auf Europa verstärken.
Im gleichen Jahr erhielten
Irland rd. 4 Mrd.
Portugal 4 Mrd.
Spanien 5 Mrd.
Griechenland 7 Mrd. = insgesamt 20 Mrd. DM aus dem EU-Haushalt.
Damit sollen Verkehrswege, Rohr- und Kabelnetze in den sozialschwachen Staaten gebaut werden, um so die Produktivität und das Einkommensniveau dieser Staaten und die "Lebenshaltung" der Griechen, Süditaliener, Spanier und Portugiesen zu "heben".
Dafür werden in den nächsten 6 Jahren 800 Mrd. DM benötigt - davon 33 % von Deutschland aufzubringen.
Deutschland "exportierte" also allein in 1992 zwischen 38.000 und 44.000 Arbeitsplätze ans Mittelmeer, wenn man unterstellt, daß ein deutscher Arbeitsplatz 1/2 Mio. DM kostet.
- Schließlich drängt sich die Frage auf, warum Deutschland den vier "schwachen" Ländern die 19-22 Mrd. DM nicht direkt überweist, erst Brüssel dazwischenschaltet. Das könnte erstens die Solidarität der vier Beschenkten mit dem Schenker erhöhen, das könnte zweitens einige von den 25.000 Umverteilungsplanstellen in der Brüsseler Beamtenhierarchie einsparen, und das könnte schließlich die Empfängerländer daran gemahnen, daß auch bei der Flüchtlings-, Asyl- und Einwanderungspolitik (Art. K 1 EU-Vertrag) Solidarität, Zusammenarbeit und gerechte Lastenverteilung zur "Erreichung der gemeinsamen Ziele der Union" gefordert sind. Auf diesem Gebiet besteht zwar kein Demokratie-, wohl aber ein Gerechtigkeitsdefizit und großes Sozialdefizit.
Deutschland hat bis 1992 insgesamt 177 Mrd. DM in die Euro-Fonds eingezahlt und wird bis 1999 weitere 200 Mrd. einzahlen müssen, rd. 100 Mrd. DM mehr als ihm im Versailler "Vertrag" aufoktroyiert wurden. B. Bandulet: "Maastricht, das ist Versailler Vertrag ohne Krieg". In den Augen prominenter französischer Politiker (Ph. Seguin, M. Rocard) ist die Europäische Union ein Instrument, um Deutschland zu fesseln.
Aber Deutschlands Solidaritäts-, Friedens- und Wiedergutmachungsabgaben fließen nicht nur in den Süden, sie fließen auch - jetzt schon - nach Osten:

8 Mrd. gingen nach China (Kanton),
70 Mrd. erhielten die GU-Staaten, noch mehr sind in Aussicht gestellt,
100 Mrd. und mehr erhielt Israel,
25 Mrd. erhielt Polen, die Hälfte davon als Geschenk,
12 Mrd. erhielten die Westalliierten des Irak-Krieges,
13 Mrd. erhalten die sogenannten östlichen Reformstaaten, die in freien Wahlen die ehemaligen Kommunisten wieder zur Herrschaft berufen.
Milliardenbeträge sind als Wiedergutmachung den jugoslawischen Nachfolgestaaten und dreistellige Millionenbeträge sind als Wiedergutmachung den palästinensischen Autonomgebieten in Aussicht gestellt worden - durch Herrn Möllemann (FDP) höchstpersönlich und ganz spontan-uneigennützig (WN 15.2.1994).
J. Möllemann weiß auch, daß aus den bundesdeutschen Kassen, die Finanzdefizite von 2.000 Mrd. DM aufzuweisen haben, keine Spenden und Völkerverständigungsgeschenke verteilt werden können, ohne den deutschen Steuerzahler noch ein wenig mehr zu schröpfen.
- Unsere Volksvertreter nehmen sich das Recht, ohne Hemmungen in entleerte Kassen zu greifen, um Demokratisierungs-, Freundschafts- und Friedensdividenden, die den Interessen benachbarter Staaten entgegenkommen, zu verteilen oder zu versprechen (Rußland, Polen, Ukraine, Südosteuropa). Der politische Wille des deutschen Volkes, 50 % der Hilfeleistung für Rußland zu übernehmen, wird dabei unterstellt, ein Belastungsgleichschritt mit den Euro-Partnern wird in vorauseilendem Gehorsam gar nicht erst angestrebt. Über notwendige Steuererhöhungen spricht man dann später.
Für Europa darf es keine "neuen Gräben", keine Grenzen geben, jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der Union zu werden" (Art. 0 MV). Bei den "Beitrittsprämien", die in Aussicht stehen, ist es gar nicht verwunderlich, daß Norwegen, Schweden und Finnland, Litauen, Estland und Lettland, Polen, Ungarn, Tschechien und Ukraine, Österreich, Türkei und Malta ihre Beitrittsbereitschaft bekunden oder den Antrag schon gestellt haben, wie die Schweiz. Zwei wahrscheinlichen Nettozahlern (Österreich und Schweden) stehen mindestens zehn Nettoempfänger gegenüber, die alle gleiches Stimmgewicht, aber höchst unterschiedliche Zahllasten erhalten, zweimal zu Lasten der Deutschen.
Die Umverteilung von West nach Ost geht jetzt richtig los. Es bleibt die Hoffnung, daß mit diesen ECU-Geschenken die Freundschaft, die Demokratie und die "Partnerschaft für den Frieden" trotz der Kriege auf dem Euro-Kontinent gestärkt werden. In Bankenkreisen nennt man diese Politik "Cash gegen Hoffnung". …
Die Haushaltsausgaben der EU haben sich von 1983 bis 1991 verdoppelt, von 1988 bis 1991 sind sie um 43 % gestiegen. Das Haushaltsvolumen der EU von 1981 bis 1994 expandierte exzessiv um 300 %, die deutsche Nettozahlung 78/91 explodierte um 800 %.
Das ist ungerecht und Ausbeutung der Deutschen, weil deutsche Politiker in Brüssel Euro-Interessen gegen deutsche Interessen durchsetzen, ganz im Gegensatz zu französischen, englischen, spanischen, griechischen Politikern.
Deutsche Euro-Politiker sollten das auch den deutschen Bürgern ehrlich eingestehen. Halbwahrheiten und Unwahrheiten desinformieren und desorientieren den Bürger.
Ernsthaft zu bezweifeln ist schließlich die Beschwichtigungsformel, die der EU geschenkten 20 Mrd. jährlich, die der GUS geschenkten und geliehenen 80 Mrd. und die den Polen erlassenen 12,5 Mrd. würden ja doch "irgendwie" als Exportaufträge an die Bundesrepublik "zurückfließen". ...
Die deutschen Verhandlungsführer (Kohl, Genscher, Kinkel, Waigel u.v.a.) sind gehalten, ihr politisch-soziales Gewissen an Art. 56 GG zu überprüfen:
"Wohl und Nutzen des deutschen Volkes" müssen nicht ganz und gar der europäischen Idee und dem Sozialsozialismus des Euro-Wohlfahrtsstaates, der Demokratisierung Kontinentaleu-

ropas und der Weltfriedensstiftung geopfert werden.

**6. Europa wird eine "irreversible" Wirtschafts-Einheit und eine "unkündbare" Währungsgemeinschaft sein**

Bevor die Europäische Union von 12 auf 16 oder 24 Mitgliedsstaaten erweitert wird, soll sie über die Wirtschafts- zur Währungs- und zur Politischen Union vertieft werden.

Nach Art. B des Maastrichter Vertrages gehört die "Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion, die auf längere Sicht auch eine 'einheitliche' Währung nach Maßgabe dieses Vertrages umfaßt", zu den zentralen Zielen der europäischen Einigung.

An der Frage: Bleibt das Modell der sozialen Marktwirtschaft Leitbild der Wirtschafts-Union oder wird dieses Modell durch französische Vorstellungen von "Industriepolitik" ausgewechselt, entzündet sich die Diskussion zwischen den Befürwortern und den Bedenkenträgern. Bei Durchsicht des Vertrages (Titel XIII Industrie, Art. 130 bis 130p) fällt auf, daß der Terminus soziale Marktwirtschaft nicht erscheint, es wird durchgehend von den Kompetenzen des Minister-Rates und der Kommission gegenüber den Industrieunternehmen und den Industrieregionen gesprochen.

Der Euro-Staat setzt Ziele, er verpflichtet die Mitgliedsstaaten, ihre Wirtschaftspolitiken den Zielen unterzuordnen, die Kommission überprüft, ob die Ziele erreicht wurden, Regionalfonds fördern die "rückständigen Gebiete", der Staat fördert die "bessere Nutzung des industriellen Potentials".

- Alle Initiativen gehen von der EU-Kommission aus, sie macht dem Rat Vorschläge, der Rat gibt diesen Gesetzeskraft, die Kommission überwacht und fördert (mit Geld) die Durchführung. Alle Entscheidungen sind in Brüssel zentralisiert, den selbstregulierenden Kräften des Marktes wird offenbar wenig Bedeutung beigemessen. Der Euro-Staat (Kommission und Rat) initiiert, fördert und kontrolliert, aber den Staat kontrolliert niemand.

Zur Bekämpfung der unionsinternen Arbeitslosigkeit hat die Brüsseler Kommission, von der der Europäische Rechnungshof jüngst veröffentlichen ließ, sie habe "die geringstmögliche Auffassung von ihrer Aufgabe" (Wam S, 20.2.1994 H. Hotze) ein "Weißbuch" vorgelegt, aber nicht geweissagt, wer von den 12/16 wachstumslosen Mitgliedern den "Wohlstand für alle" produzieren soll, der Minister-Rat war deshalb auch ziemlich ratlos.

Zwischen dem 1.1.1994 und der angestrebten Harmonie der Vollbeschäftigung, der Zinssätze, der Inflationsraten, der Staatsquoten, der Anteile der öffentlichen Schulden am Sozialprodukt, der volkswirtschaftlichen Wachstumsraten und Fiskal- bzw. Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsstaaten liegt die "lange Reise", auf die der Bundespräsident die Deutschen beim Empfang des Diplomatischen Corps einzustimmen versuchte.

Der Wirtschaftsprofessor J. Starbatty (FAZ 15.1.1994) kritisiert,

- daß im gemeinsamen Markt alle (natürlichen, historischen, politischen) Unterschiede als Wettbewerbsverzerrungen interpretiert und egalisiert werden,
- daß durch Euro-Gesetze und -Verordnungen neue Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EU oder im Welthandel entstehen, wie z.B. bei den europäischen und südamerikanischen Bananen, bei den französischen und deutschen LKW-Steuern, bei den deutschen, italienischen und französischen Stahlstandorten,
- daß kein unabhängiges Amt für europäischen Wettbewerb vorgesehen ist, daß mit jedem Schritt in Richtung Zentralismus, Staatsdirigismus, Staatsinterventionismus ein Stück soziale Marktwirtschaft und bürgerliche Freiheit abgeschafft wird.

Zu diesem Euro-Interventionismus unter dem Decknamen "Industriepolitik" schreibt R. Baader: "Mit einigem Geschick - und daran mangelt es keinem Angehörigen der politischen Klasse - läßt sich aus der Sorge-, Schutz-, Förder- und Erleichterungs-Berufung die gesamte wohlbekannte Horror-Litanei staatlicher Subventions-, Protektions- und Interventionsfindigkeit herleiten" (S. 142).

Das OFFEN-MARKT bzw. Industriepolitik-Modell hat mit liberal und sozial sehr wenig, mit sozialistisch dagegen viel zu tun, es internationalisiert den Sozialismus französischer Provenienz auf Kontinental-Europa. Europa, das ist die Überwindung der sozialmarktwirtschaftlichen Ordnung.
Die "Unwiderruflichkeit" der Währungs-Union wurde auf "deutschen Antrag" hin in den Maastrichter Vertrag aufgenommen (Fr. Mitterand). Die Währungs-Union der 11 Mitgliedsstaaten begann am 1.1.1994 mit der Gründung des Europäischen Währungsinstituts (EWI), Sitz Frankfurt/M.
Dieses Institut soll die Voraussetzungen für die Währungs-Union schaffen und ab sofort die "Koordinierung der Geldpolitiken" der Mitgliedsstaaten verstärken, verschiedenste Konsultationen durchführen, die technische Einführung der Euro-Währung (ECU) vorbereiten und die Währungsreserven der nationalen Notenbanken schrittweise übernehmen und verwalten. Damit erhält Brüssel direkten und unkontrollierbaren Zugriff auf deutsche und andere nationale Währungsreserven.
Zwischen 1997 und 1.1.1999 wird das EWI durch die Europäische Zentralbank, wird die DM durch den ECU abgelöst, wird die autonome Bundesbank zur Filiale der EZB, nachdem sie zuvor die deutschen Währungsreserven (DM 120 Mrd., wahrscheinlich aber sehr viel mehr) auf die EZB übertragen (internationalisiert) und je 2,- DM in 1 ECU umgetauscht hat. Ob dann 1 ECU dieselbe Kaufkraft hat und behält wie vor dem Stichtag 2,- DM hatten, weiß niemand zu sagen, das wird sich herausstellen.
Am 1.1.1999 sollen dann, so wird versprochen, aus vielen auch schwachen nationalen Währungen mit Inflationsraten zwischen 3 % und 18 % (1993), wie durch ein Wunder, eine starke, europäisch-internationale Währung entstehen, die "mindestens" so stabil ist, wie die DM in den vorausgehenden 50 Jahren war. Von dieser dritten Stufe an bestimmt die EZB "autonom", welche Geldmenge, welcher Diskontsatz, welcher Wechselkurs für Europa "gut" ist. Und was gut ist für EUropa, ist auch gut für Deutschland.
- Aber nicht nur die Währungsreserven (120 bis 200 Mrd.) sondern auch die Schuldengebirge der 12/16 Mitgliedsstaaten werden internationalisiert. Die Mitgift der Deutschen 200 Mrd. Reserven und 2.000 bis 3.600 Mrd. Schulden, von der Mitgift Griechenlands, Belgiens, Italiens gar nicht zu reden.
Im "Zentralbankrat" der EZB hat Deutschland eine oder zwei Stimmen von 12, 16 oder 24- formal ganz demokratisch: one man, one vote.
B. Bandulet (S. 40): "Entweder sind die (drei) Beitrittsbedingungen (zur Währungs-Union) nicht ernst gemeint und werden großzügig ausgelegt - dann beginnt die Währungsunion spätestens 1999 als 'europäische Inflationsgemeinschaft'.
Oder aber sie werden streng interpretiert - dann können 1999 vielleicht nur 2 oder 3 Länder (und vielleicht nicht einmal Deutschland) teilnehmen. Dann aber geriete die Währungs-Union zur Farce".
- 60 deutsche Wirtschaftsprofessoren der ordo-liberalen Schule halten die Maastrichter Beschlüsse zur Wirtschafts- und Währungsunion in "entscheidenden 11 Punkten" für ungeeignet, das "konfliktarme Zusammenwachsen in Europa" zu erreichen.
Was im August 1993 begann - die praktische Aufgabe des Europäischen Wechselkurssystems (EWS) mit relativ festen Wechselkursen unter dem Leitkurs des ECU - könnte 6 Jahre später oder früher den Kontinent in eine schwere Geld-, Währungs-, Wirtschafts- und Sozialkrise stürzen.
Auf dem Internationalsozialismus lassen sich keine "gemeinsamen Häuser" errichten, weil bald alle durchschnittlich arm sind und nichts mehr umzuverteilen ist. Wo bleibt eigentlich die sozialdemokratische Euro-Opposition, die vor hastigen Schritten der "illusionistischen" Regierung und der Euphoriker warnt, wenn sie als Partei der kleinen Leute die "Sorge der

Bürger um die Stabilität der DM für nicht unberechtigt" hält?
Die Symbole der Europäischen Union sind die Europa-Flagge und die Europa-Hymne. Beide Symbole sollen dem Euro-Bürger die Identifikation mit der europäischen Idee und dem Euro-Staat erleichtern. Der Text der Hymne "Freude, schöner Götterfunken" stammt von Friedrich von Schiller, die Melodie von "Unbekannt" vor 1799.
Die Europa-Flagge zeigt auf dunkelblauem Grund das "Sternenzelt", über dem "ein lieber Vater" wohnen muß, der ein "Unbekannter", ein "guter Geist", ein "Sternenrichter" ist. Das Euro-Sternenzelt besteht aus einem Kreis von "zufällig" 12 Sternen. Der Zufall wollte es, daß die Zahl nicht 6 beträgt (nach der Zahl der Gründerstaaten) und nicht mit jedem weiteren beitretenden Staat (auf 16 oder 25) erhöht wird. Die 12 ist "zufällig" eine für Europa symbolische Zahl, obwohl die Zahl 13 noch symbolischer wäre.
- Die goldenen 12 Sterne sind auch keine christlichen Symbole, wie etwa der Stern von Bethlehem, der den Magieren aus dem Orient den Weg zum Friedensfürsten zeigte, denn die Sterne Europas haben "zufällig" die Form des Pentagramms. Dieses ist sowohl Symbol für den Pentateuch (5 Bücher Mose) als auch für die Freimaurerei, als auch für die Sowjet-Union (Sowjet-Stern) und die USA (Stars and 13 Stripes). Es fällt auch auf, daß die Pyramide nicht zu den Europa-Symbolen ernannt wurde.
Aber, ganz "zufällig" wiederum, ziert die Spitze des Frankfurter Messeturms eine bei Nacht weithin sichtbare "Pyramide" aus Leuchtstoffröhren als Symbol der Europäischen Währungs-Union. In diesem Euro-Hochhaus hat das Europäische Währungsinstitut (EWI) am 1.1.1994 seinen Sitz gefunden. Dieses Gebäude wird auch wohl ab 1.1.1999 Sitz der Europäischen Zentralbank (EZB) werden, wenn es der Zufall nicht anders will.
- Von dieser Zentrale aus wird dann die umlaufende europäische Geldmenge ECU kontrolliert. Der OB der Stadt Frankfurt/M. von Schöler schlug Ende Februar 1994 vor, die neuen ECU-Noten mit den Köpfen der Mayer Amschel Rothschild Söhne zu zieren.
Wieder ein paneuropäischer Zufall, der dem Euro-Bürger die Identifikation mit dem Euro-Geld, das in drei oder vier Jahren die bewährte DM ablösen wird, erleichtern soll, denn die Rothschilds sollen sich um den Aufbau des Bankenwesens in der Welt verdient gemacht haben.
Verfasser schlägt vor, bei der multikulturellen Besetzung europäischer Banknoten Edith Stein, P. Maximilian Kolbe, Johann Sebastian Bach zu berücksichtigen und Bettina von Arnim, Annette von Droste Hülshoff und Balthasar Neumann nicht schon wieder zu verabschieden, sie haben die wirkliche europäische Kultur geprägt.
Man muß es ihnen lassen, die Europa-Architekten haben Sinn für Symbole und Zufälle, denn die Architektur ist "für das Europa des 21. Jahrhunderts" ersonnen worden, wie der Professor für politische Bildung P. Fontaine, Paris in "Zehn Lektionen" (Mai 1992) doziert:
"Die Europäische Union ist ein einmaliges Gebilde, das zwischen der Regierungszusammenarbeit und der Föderation angesiedelt ist", "die Union hat die Aufgabe, langfristig sämtliche demokratischen Länder des Kontinents(!) zusammenzufassen. Aber dieser Prozeß wird selbstverständlich schrittweise vonstatten gehen" und schließlich "die gegenwärtige Gemeinschaft" soll in der Architektur Europa 2000 "die Rolle des föderalistischen Motors des ganzen Kontinents spielen".
Die Architekten und Baumeister des "Gemeinsamen Hauses" sind sich darin einig, daß alle Länder des Kontinents vom Atlantik bis zum Ural oder Pazifik, vom Nordpol bis zum Äquator unter einem Staat, unter einer Regierung, einer Verfassung, einem Recht zusammengefaßt werden sollen.
Auch Bundespräsident R. v. Weizsäcker will die "Einigung unseres Kontinents", will aus Europa "mehr" machen als ein "Europa der Vaterländer", will allen Völkern daran Anteil geben und will mit der Europapolitik und mit Europa die Lebenschancen "aller Erdbewohner" ver-

bessern.
Daher stellt sich die Frage, wie EUropa aussehen wird, wenn sich die "europäische Idee" im 21. Jahrhundert, in 6 Jahren also, verwirklicht hat, schrittweise versteht sich.

**7. Kontinental-Europa wird integraler Bestandteil der "Neuen Weltordnung", der Weltgesellschaft "aller Erdbewohner", des Welt-Einheitsstaates mit einer Welt-Religion unter einer Weltregierung des "Auserwählten Volkes" sein**

Diese These vertritt natürlich kein Politiker, sie könnte den Bürger verschrecken und wird deshalb nur in volkspädagogisch bekömmlichen Häppchen vorgetragen, zuerst von den Baumeistern, dann von den Maurern und Handlangern.
In der Ansprache des Bundespräsidenten am 12. Januar 1994 wird das Ziel der "langen Reise" wie folgt angedeutet:
"Auch im vergangenen Jahr habe ich auf zahlreichen Reisen Länder in Afrika, Asien und im Pazifik, in Amerika und Europa besucht", "diese Reisen dienen nicht allein dem politischen Dialog, sondern auch den 'Signalen nach Hause'. Wir sind als Deutsche nicht nur Europäer. Wir leben gemeinsam auf unserem Planeten Erde. Unsere gegenseitige Abhängigkeit wächst von Jahr zu Jahr."
So wird aus deutscher Außenpolitik planetarische, globale oder Weltwohlfahrtsstaatspolitik als "neues Kapitel in der Geschichte der europäischen Idee" nach Maastricht. Diese These 7 vertritt J. Rothkranz (S. 514).
- Für Bundeskanzler H. Kohl ist Maastricht-Europa eine Wahlentscheidung über Krieg oder Frieden im 3. Jahrtausend christlicher Zeitrechnung.
Aus der Sicht des Kritikers an sozialistischen Ideen und gnostischen Weltfriedensreich-Utopien ist diese Art Kontinentaleuropa die vielleicht gefährlichste Idee nach der Wende.
Mit Karl Popper und Wolf Biermann wissen wir: "Wer immer den Himmel auf Erden sucht, wird in der Hölle landen. Und wer (wie H. Heine und K. Marx) das Paradies verspricht, der bereitet uns auf eine Karriere als KZ-Opfer oder als KZ-Aufseher vor. Traurig, aber wahr? Nein. Das ist nicht traurig, denn das ist die Wahrheit." (W. Biermann, in "Israel-Nachrichten" v. 31.12.1993)
Die Wahrheit über Europa?
Die Bewohner des "Haus Europa 2000" sind aufgerufen, "in Verantwortung vor Gott und den (Mit-)Menschen" von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Wer die drei oben genannten Titel gelesen hat, weiß, was zur Wahl ansteht und weiß, wen er wählt, wenn er wählt. Er weiß auch v.a., was und wen er unter keinen Umständen freiwillig wählen darf.<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) berichtete im Jahre 1996 in seinem Buch "Der Moloch …" über die Machtpolitik des US-Imperiums (x068/170-228): >>**Der große Kriegsgewinnler (1914/18)**
*… ein Boom von ungewöhnlichen Ausmaßen*
… Noch unmittelbar vor Kriegsbeginn stecken die USA in einer wirtschaftlichen Rezession, die in eine größere Krise auszuarten droht. Ein Streik von 150.000 Textilarbeitern in New York City im Januar 1913 dauert Monate und greift nach Boston über. ... Im September desselben Jahres beginnen auch Bergleute in Colorado einen Arbeitskampf, der 16 Monate anhält ...
Alle bedrohlichen, seit der industriellen Revolution ohnedies stets wiederkehrenden Schwierigkeiten aber löst der große europäische Krieg. Zunächst zwar bestürzt die US-Exporteure der mögliche Verlust ihrer Überseemärkte. Doch rasch beruhigen, ja berauschen sie die Einkäufe der Europäer, die kaum glaubhaft in die Höhe schnellen.
Das große Blutvergießen beschert den Yankees einen ungeahnten monetären Aufschwung, Aufträge über Aufträge, ein gigantisches Geschäft, zumal sie nahezu ihr gesamtes ökonomisches Potential für den Krieg mobilisieren und der Arbeiter nun fest zum Fabrikanten steht, im

Schweiße seines Angesichtes dessen Konten füllt, ja die "unions" jetzt sogar, gegen Anerkennung des Achtstundentages, auf das Streikrecht verzichten.
Während sich die Europäer zerfleischen, reibt man sich in den USA die Hände über den buchstäblich ungeheuren Nachfrageschub, wobei zuerst die Metall-, dann die chemische Industrie (anstelle der deutschen) profitieren.
Und da der Krieg immer mehr mechanisiert, industrialisiert wird, da man 1918 auch die Feindaufklärung und Feindverfolgung mit Flugzeugen und Tanks betreibt statt, wie bisher mit Pferden, mit Kavallerie, steigt der Bedarf an Material aller Art enorm. Ja, die USA sind derart dem großen Kriegsgewinn ergeben, daß ihr schließlicher Eintritt in das Gemetzel weder militärisch noch technisch recht vorbereitet ist. Und dann werden sie mit Aufträgen ihrer eigenen Streitmacht zusätzlich überschwemmt.
Die Zahl der Werften beispielsweise steigt allein in den beiden letzten Kriegsjahren von 61 auf 314 ... US-Reedereien, die im Ersten Weltkrieg für ihre Regierung produzierten, machten 90 % Gewinn.
Nun erzeugten die USA aber nicht nur Kriegsausrüstung, lieferten sie nicht nur Waffen nach Europa, sondern auch Nahrung. Wer schießen, wer erschießen, wer sogar erschossen werden soll, muß erst satt gemacht werden. So gingen von 1914 bis 1924 nicht weniger als 8,42 Millionen Tonnen Nahrungsmittel nach Frankreich, und zwar 1918 doppelt soviel wie 1914, und dies trotz schlechter Ernte. Der Getreidepreis verdreifachte sich in den ersten 5 Jahren, der Baumwollpreis vervierfachte sich.
Der Exportüberschuß verdoppelte sich von Kriegsjahr zu Kriegsjahr und erreichte 1917 (über den Import) 3,5 Milliarden Dollar. Und da die alliierten Gold- und Devisenreserven gefährlich schrumpften, da Briten und Franzosen, obwohl sie ihre vielen US-Wertpapiere so schnell wie möglich verkauften, ... um Bargeld zu haben, da eben dies Bargeld trotz allem ausging, mußten sie Schulden machen, gaben ihnen amerikanische Banken Kredite zur Finanzierung der Kriegsaufträge – bis zum Frühjahr 1917 bereits 2,3 Milliarden Dollar. ... Natürlich waren gerade diese (New Yorker) Banken 1917 an einem Sieg der Alliierten äußerst interessiert.
Nun vergrößerten aber nicht nur die Lieferungen an Waffen, Ausrüstung, Nahrung für die Entente den Reichtum der USA, auch die neutralen Länder tätigten ihre Einkäufe bei den Vereinigten Staaten. Insbesondere kamen noch jene früher vorwiegend von deutschen und britischen Firmen belieferten Exportmärkte hinzu, die während des Krieges durch den Ausfall der europäischen Mächte den USA zufielen. ...
Die Gesamtproduktion der USA wächst so während des Ersten Weltkrieges um 15 Prozent, der Export steigt um das Dreifache, der Exportüberschuß um das Achtfache. ...
Zwischen 1900 und 1920 verzehnfacht sich beinah – vor allem infolge des Ersten Weltkrieges – das Budget der US-Regierung. ... Das "Volkseinkommen" wächst in diesem Zeitraum von 28 auf mehr als 61 Milliarden Dollar, es schnellt allein in den Jahren, in denen Europa sich zu Tode windet, auf fast das Doppelte – "ein Boom von ungewöhnlichen Ausmaßen" (William H. McNeill).

*Die Samtpfötchen des Woodrow Wilson*

Es ist begreiflich, daß zunächst kaum jemand in Amerika den Kriegseintritt zu wünschen schien, nicht einmal das Big Business und die Regierung. Was sie interessierte, war das verlockende Geschäft, das Geschäft mit dem Tod. Um so verlockender, als es nicht sie selber, sondern Europa schwächte, nicht das amerikanische, sondern das europäische Kapital (und einiges darüber hinaus).
Bereits eine Woche nach Kriegsausbruch erklären die USA ihre Neutralität, und zwar am 4. August im Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien sowie zwischen Deutschland einerseits, Rußland und Frankreich andererseits; und am 5. August zwischen Deutschland und

Großbritannien. Ja, Präsident Wilson, den der Ausbruch des Krieges unter den blutrünstigen Europäern natürlich entsetzt ("Unglaublich!", ruft der Pazifist im trauten Familienkreis. "Das ist unglaublich"), bietet sich - kein Risiko damals, keine Gefährdung des Krieges - als Friedensvermittler an und fordert seine Landsleute auf, unparteiisch zu sein, "in Gedanken wie in Taten".

Woodrow Wilson (1913-1921) hieß eigentlich Thomas. Da er aber abergläubisch war - ein Glaube, den er sogar mit Großen der Geschichte teilt - und dreizehn für seine Glückszahl hielt, nannte er sich Woodrow (Wilson), weil dies dreizehn Buchstaben ergab.

Woodrow Wilson, der Dreizehnbuchstabige, erst Professor der Geschichte und Staatswissenschaften, Präsident der Universität Princeton, dann 1910 zum Gouverneur von New Jersey gewählt, entstammte durch den Vater wie die Mutter dem presbyterianischen Pfarrhaus. Er war vom neuenglischen Puritanismus geprägt, verkörperte auch "mehr den geistigen Typ des Kirchenmannes als den des Staatsmannes" (Hans von Hentig), war mit den Ideen von "God's own country" groß geworden, mit der Vorstellung vom "American way of life", von "manifest destiny", "holy experiment" etc.

Er bildete sich ein oder ließ es die Welt wenigstens glauben, daß sie am amerikanischen Wesen genesen müsse. Schon 1901 hatte er im Hinblick vor allem auf Asien geschrieben: "Der Osten muß geöffnet und umgeformt werden, ob wir wollen oder nicht: die Normen des Westens sind ihm aufzuerlegen."

Aber da Wilson ein heller, wendiger Kopf war, doch gewiß auch ein schwankender, ein Mann, von dem Lloyd George (dem man freilich selbst "a fluid State of his judgments" attestierte) meinte: "He was not only a mixture, but he was badly mixed", kurz, da Wilson eine reichlich schillernde Rolle spielte, konnte er auch die Welt, besonders die europäische (für die er sie vor allem prägte), durch die hehrsten Grundsätze beschämen.

Bereits wenige Tage nach seinem Einzug ins Weiße Haus verurteilt er die Dollar-Diplomatie seines Vorgängers, setzt das imperialistische Abenteuer aber fort, wobei, jetzt wie später, der demokratische "Idealismus" stets dem ökonomischen "Realismus" zum Opfer fällt - was Wilson kaum gern zugegeben hätte. Kann er, der sich für einen "Radikalen" mit konservativen Zügen hielt, der sein Land von der Wurzel her reformieren und die Welt auf den Weg der Tugend führen wollte, der einen neuen Geist der Politik propagierte, eine Außenpolitik nicht des Egoismus, sondern der Gerechtigkeit, der göttlichen Mission, der seine wichtigsten Wahlreden unter dem Titel "The New Freedom" publizierte, kann Wilson im März 1913 doch geradezu erklären, die USA hätten "in Mittel- oder Südamerika nichts zu suchen".

Ja, im Oktober dieses Jahres verkündet er: "Die Vereinigten Staaten werden nie wieder versuchen, durch Eroberung ihrem Land einen einzigen Quadratmeter hinzuzufügen ... Wir werden uns nie von dem Grundsatz entfernen, nach dem es die Moral und nicht die günstige Gelegenheit ist, die uns führen muß, und nie werden wir aus Bequemlichkeit oder Opportunismus Ungerechtigkeit dulden."

Ergo: nicht neu rüsten will Wilson, sondern mit seinem Staat der ganzen Welt das eindrucksvolle Exempel eines entschlossenen pazifistischen Idealismus geben.

Da sich der Präsident aber auch der Politik des "watchful waiting" verpflichtet fühlt, da er nicht nur schwungvolle, die Nation begeisternde Reden halten, sondern in Wutanfällen auch die Vasen seiner Freunde zerdeppern kann, agiert und regiert er in vieler Hinsicht nicht anders als sein republikanischer Vorgänger Taft, der beispielsweise noch in seinem letzten Regierungsjahr, am 14. August 1912, zum Schutz der US-Interessen in Nicaragua US-Truppen landen ließ. Und Nachfolger Wilson, der Pazifist, ist gerade ein Jahr im Amt, da beordert er die US-Flotte Richtung Mexiko und läßt am 21. April 1914 durch Matrosen und Marineinfanterie Vera Cruz besetzen, natürlich auch nur zum Schutz amerikanischer Interessen, wobei auf beiden Seiten viel Blut fließt, ja, die USA und Mexiko geraten "an den Rand des Krieges"

(Schomaekers).
Und im Mai 1916 befiehlt Wilson amerikanischen Soldaten, in Santo Domingo zu landen, um wieder amerikanische Interessen zu schützen, worauf das Land noch Jahre besetzt bleibt. Und im Februar 1917 läßt Wilson Truppen in Santiago de Cuba einfallen, aus den bekannten Gründen - und hatte doch in Mittel- und Südamerika nichts mehr zu suchen, hatte nur der Moral und nicht der günstigen Gelegenheit folgen wollen ...
Aber die Gelegenheit war nun einmal gut, war besser als die Moral. Die halbe Welt befand sich im Krieg, im Krieg gegen das böse, das wilhelminische, das kaiserliche Deutschland, das im übrigen, ganz wie die "demokratischen" USA, eine wirtschaftliche und machtpolitische Expansion erstrebte.
Und Woodrow Wilson hatte es schon 1912 als den gefährlichsten Rivalen im Welthandel ausgemacht, als größere Konkurrenz selbst als das gleichfalls expansionslüsterne Japan oder die alten Großmächte England und Frankreich. Auch andere Vielvermögende in den Staaten dachten so. Schon 1915 bilden sich deshalb nationale Verteidigungsorganisationen ...
Dazu paßt, daß Wilson zunächst den Banken verbietet, den Alliierten Geld zu leihen, im Herbst 1915 den Bankiers aber mitteilt, er könne Anleihen offiziell zwar nicht billigen, werde aber nichts gegen sie unternehmen – nachdem US-Banken schon seit September über eine 500 Millionen Dollar-Anleihe an England und Frankreich verhandeln.
Dazu paßt, daß Oberst House, Wilsons Graue Eminenz, nach einer Unterredung mit Aristide Briand (Friedensnobelpreis 1926) am 9. Februar 1916 an Präsident Wilson schreibt. Wir einigten uns schließlich dahin, daß sie nicht intervenieren würden, wenn die Alliierten im Frühjahr und Sommer nennenswerte Erfolge hätten. Wenn dagegen die Flut des Krieges gegen sie ginge oder sich nicht veränderte, würden sie intervenieren."
Dazu paßt, daß Bryan-Nachfolger Außenminister Lansing um die Jahreswende 1916/17 im Gespräch mit dem französischen Botschafter Jusserand die Alliierten zu einer verschärften Ablehnung des Friedens zu veranlassen sucht.
Dazu paßt, daß bereits damals in der Mitte des Krieges, der US-Handel mit den Mittelmächten gegenüber 1914 auf weniger als ein Drittel gesunken, der mit den Alliierten aber um das Vierfache gestiegen ist, von 800 Millionen auf 3 Milliarden Dollar.
Ganz klar, daß Deutschland sich gegen die enormen amerikanischen Lieferungen an seine Kriegsgegner wehren muß. Es erklärt im Februar 1915 die See um Großbritannien und Irland als Kriegsgebiet und kündigt die Versenkung feindlicher Handelschiffe an. Bald darauf werden amerikanische Reisende durch Deutschland in einer New Yorker Zeitung ausdrücklich vor Fahrten in britischen Gewässern gewarnt.
Die USA verstehen dies als eine Verletzung der Neutralität – aber natürlich nicht ihre Kriegslieferungen an Deutschlands Gegner. Und nachdem bis März 1917 deutsche U-Boote 5 US-Schiffe versenkt haben, betreibt Wilson im Kongreß die Kriegserklärung an Deutschland.

*Wir haben keinen Streit mit dem deutschen Volk*
... Wir haben keinen Streit mit dem deutschen Volk, sagte Wilson. Wir haben ihm gegenüber keine anderen Gefühle als Sympathie und Freundschaft ... Wir haben keine egoistischen Ziele, keine Eroberungsabsichten oder Herrschaftsansprüche. Wir suchen keine materielle Entschädigung für die Opfer, die wir freiwillig bringen werden. Wir kämpfen nur für die Menschenrechte ...
Es ist furchtbar, dieses große und friedliche Volk in den Krieg führen zu müssen ... Aber das Recht ist wertvoller als der Frieden und wir werden für die Ideale kämpfen, die uns immer am meisten am Herzen gelegen haben ...
Dieser Aufgabe weihen wir unser Leben, unser Glück und alles, was wir sind und was wir haben. Wir sind stolz darauf zu wissen, daß der Tag gekommen ist, an dem Amerika das Vor-

recht hat, sein Blut und seine Kräfte für die Grundsätze hinzugeben, denen es seine Geburt und sein Glück verdankt, für den Frieden, der ihm teuer ist.
Mit Gottes Hilfe kann es nichts anderes tun ...
Alles fand sich hier, um Menschen guten Willens zu begeistern, zu entflammen: reine Selbstlosigkeit, keine Spur von schnödem Egoismus, von Macht, von Geldgier, keine Eroberungs-, keine Herrschaftsgelüste.
Nur Opfer, freiwillige Opfer, versteht sich, lauterste, für die gute, die beste Sache, für die Rechte, die Menschenrechte, die höchsten Ideale, ja, Sympathie gar und Freundschaft für die Feinde.
Und alles mit Gottes Hilfe ...
Gott, wer möchte da nicht mitkämpfen, wer nicht augenblicklich sein Blut verspritzen! Der Kongreß, zu alt zwar, zu kostbar, um selbst zu fechten, konnte leider nur andere (für sich) fechten lassen und jubelte. Ja, Demokraten wie Republikaner applaudierten. ...
Und wirklich – hatte es je eine freundschaftlichere Kriegsbotschaft gegeben? Je edlere Gründe für einen Krieg? Je eine zu tätigende größere Tugendübung? Ein menschenfreundlicheres Werk? Es war eine Rede in jenem grandiosen Yankee-Stil, den man da seit den Tagen der Jefferson und Lincoln kultivierte, eine Heuchelei, die in Yankeebrüsten vielleicht gar nicht mehr empfunden wird, so tief schon ist sie eingedrungen durch Mark und Bein ins innerste Gemüt – ein Puritanererbe eben.
Auch Premier Asquith, ein Earl von Oxford und Asquith, vom gleichen Erbe begnadet, erkannte denn sofort im Unterhaus in der amerikanischen Kriegserklärung an Deutschland am 6. April 1917, ohne wie er betonte, jede Schmeichelei und Übertreibung, "eine der uneigennützigsten Handlungen der Geschichte". Der König und die Königin von England nahmen an einem feierlichen Dankgottesdienst in der Sankt-Pauls-Kathedrale teil.
Und Wilson, der "Friedensengel" wurde zum totalen Krieger, zum Bundesgenossen eines Chauvinisten wie Clemenceau, eines Lloyd George (der Asquith im Dezember 1916 als Ministerpräsident verdrängte), die nun beide die Notwendigkeiten eines totalen Sieges propagierten. Denn Wilson fürchtete eine Weltherrschaft Deutschlands.
Die Welt aber wollten die USA beherrschen. Schließlich hatte dort seit zwei Jahrzehnten eine gewisse Führungsgruppe auf einer expansiven Weltpolitik bestanden, nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen, genauer Schwierigkeiten.
Die USA trieben seinerzeit Deutschland auch immer mehr dazu, seine "autokratische" Regierung zu stürzen. Auch dies sollte es natürlich schwächen. In seiner den Kriegseintritt begründenden Rede sagte Wilson: "Die Bedrohung des Friedens und der Freiheit der Völker liegt in dem Dasein autokratischer Regierungen." Diese könnten Demokratien weder auf Dauer "Treue halten" noch "ihre Gesetze beachten".
Und am 27. August beschimpfte der Präsident gegenüber dem frankophilen Papst Benedikt XV. die deutsche Regierung als "unverantwortliche Regierung", "unbarmherzige Beherrscherin des deutschen Volkes", als "rasende, brutale Macht", mit der keine Friedensverhandlungen möglich seien. Völlig zutreffend nannte dies der französische Botschafter Jusserand "eine direkte und dringliche Einladung an das deutsche Volk, sich seiner Regierung zu entledigen."
Wilson unterschied zeitweise zwischen Regierung und Volk; zwischen dem monarchischen, autokratischen, wilhelminischen Deutschland, dem Deutschland des "preußischen" Militarismus, des Imperialismus, und dem "anderen" Deutschland, zu dem er bevorzugt die Sozialdemokratie zählte. Dann freilich gab er diese Differenzierungen auf und bekämpfte die Deutschen überhaupt, nicht nur ihre Obrigkeiten.
Nun hatte die US-Regierung aber nicht nur Probleme mit dem deutschen Volk, sondern auch mit dem eigenen. Breite Kreise waren durchaus nicht kriegsbegeistert, und zwar nicht nur Deutsch- und Iro-Amerikaner, von Wilson-Vorgänger Roosevelt gehässig "Hyphenate Ameri-

cans" (Bindestrich-Amerikaner) genannt. Das Volk ist moralisch (besser: unmoralisch) auf den Krieg überhaupt nicht vorbereitet gewesen. Selbst unter den Politikern stimmten noch bei der Kriegserklärung 6 Senatoren und 50 Abgeordnete dagegen.

*Kriegshetze und Hexenjagd im Land der Freiheit*

Erst mit Hilfe einer großangelegten Propagandakampagne wurden die Massen ideologisch korrumpiert und aufgeputscht. Ein eigens geschaffenes öffentliches Informationskomitee hatte die Aufgabe, sie umzuerziehen.

Schriftsteller und Gelehrte stellten sich in den Dienst der Massenverdummung und Massenverrohung. Nicht weniger als 75.000 "Vier-Minuten-Männer" (nach den "minute men" des Unabhängigkeitskrieges benannt) wurden auf das Volk losgelassen - heute macht das alles die Glotze - und bearbeiteten in 7.500.000 Reden 315.000.000 Zuhörer, spiegelten ihnen noch die groteskesten Greuel ihrer Gegner, auf der eigenen Seite aber einen Kreuzzug für die Demokratie vor, wie der Präsident (make the world safe for democracy) schon in seiner Kriegserklärung.

Man peitschte die Massen in eine regelrechte Kriegspsychose hinein. Es kam zu hysterischen Attacken auf Pazifisten, Nonkonformisten auf alle suspekten "Elemente". Dabei riß die Regierung dieser ach so freien Staaten eine Kontrolle nach der anderen an sich. Sie filzte verdächtige Schriften ebenso wie die Eisenbahnen, Wasserwege, den Expreßdienst (Espionage Act, Railroad Administration). Sie führte höhere Steuern ein, sogar, man staune, eine Besteuerung übermäßiger Gewinne, was immer man darunter verstehen mochte oder wollte, auch eine sogenannte Luxussteuer (War Revenue Act).

Natürlich kontrollierte sie die Auslandspost, den Auslandshandel und beanspruchte auch das Recht, das Eigentum feindlicher Staatsangehöriger zu kassieren. Ja man stellte nicht nur die Unterstützung des Feindes, sondern schon "jede Form der Kritik an den Kriegsanstrengungen" unter schwere Strafen (Trading with the Enemy Act, Sedition Act).

Einzelne Staaten schufen noch spezielle Gesetze für die "Hexenjagd". Doch löste man da und dort auch die Justiz oder sogenannte Justiz gleich durch Selbstjustiz ab - was stets viel Papierkram, viel Bürokratismus erspart und den Staat entlastet: zumal er ja gerade in Kriegszeiten überstrapaziert ist durch Vollstreckung der Gerechtigkeit auch außerhalb seiner Grenzen. Und natürlich heulte, vorsichtig gesagt, auch ein Teil der Geistlichkeit mit den Schakalen. So mancher Gottesmann wollte jeden für unamerikanische Äußerungen kurzerhand aufgehängt sehen. Schon ein deutscher Name genügte nicht selten für die schwersten Verdächtigungen selbst der unbescholtensten Bürger.

Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Verurteilungen waren alltäglich, gegen jede Art von Feindunterstützung. "Wehrkraftzersetzung", ging man unnachsichtlich vor, als wäre man in Deutschland und schriebe schon 1939. Eine rigorose Zensur knebelte die Meinungsfreiheit. Sozialistische Blätter, die zur Besonnenheit mahnten, wurden vom Postvertrieb ausgeschlossen und derart systematisch ruiniert. Überall fahndete man nach Spionen, Saboteuren, ein widerliches Schnüffeln begann, wobei man die Bevölkerung ganz bewußt einbezog. Das zwischenmenschliche Klima wurde vollständig vergiftet.

Das Land der Freiheit verprügelte, teerte, federte, man sperrte ein, beschmierte die Häuser Verdächtiger mit gelber Farbe, zwang Unpatriotische kniend die Bundesfahne zu verehren oder hohe Kriegsanleihen zu zeichnen. Man sprach auch nicht mehr von Sauerkraut (ein deutsches Fremdwort im Englischen), sondern von "Liberty cabbage" (Freiheits-Kohl). Und statt "German measles" sagte man "Liberty measles". Ja, der so friedfertige Demokrat Wilson wollte seine Gegner in den USA und außerhalb "zermalmen" und drohte: "Gewalt, Gewalt, bis zum Äußersten, Gewalt ohne Maß und Schranke".

Doch niemand mache den Präsidenten schlechter als er war. Niemand unterstelle ihm mehr

Heuchelei als er hatte, mehr Ausreden als er auch sich vermutlich vorzugaukeln verstand. Ging er doch sogar mutig gegen die von ihm selbst heraufbeschworene Kriegshysterie an, tat er "zumindest sein Bestes, um die Kriegsziele auf ein ethisches Niveau zu heben" - oh, wie schön das gleich klingt!
"Den noch zögernden Amerikanern und der Welt gab er Hoffnung", nun worauf wohl? Auf die Zeit "nach dem Kriege" natürlich! Denn es ist immer wichtig, im Krieg auf die Zeit danach, für die man ja Krieg führt, hinzuweisen, nachdrücklich; so wie im Leben etwa schon hinzuweisen auf das Leben danach, weil man doch jenes überhaupt nur für dieses führt: wobei die Nachkriegszeit immerhin kommt, jedenfalls bisher immer gekommen ist ...
Ja, Amerika und der Welt gab der zum Krieg trommelnde Pazifist die Hoffnung, "daß nach dem Kriege eine internationale Völkervereinigung zur Erhaltung des Friedens geschaffen würde" - was ja allein jeden Krieg schon lohnt, wird dadurch etwas für den künftigen Frieden getan, für die Zeit vor dem nächsten Krieg - und auch sie muß wieder überstanden werden ...
So wurde durch Wilson sogar "der pazifistische Idealismus für die Kriegsanstrengungen angeworben" (A. Maurois). Respekt, Respekt!
... Tatsache ist: der Krieg wurde durch die USA verlängert, verschärft. (Nie lese ich auf Gedenktafeln ohne vermehrte Trauer, Wehmut, Wut die Namen derer, die es noch gegen Schluß dieses Wahnsinns erwischte.) Und die Kritik, die Klage Kennans, des US-Diplomaten, "daß der erste Weltkrieg nicht im November 1917 beendet wurde, als die Bolschewisten seine Beendigung forderten, daß es "den Alliierten im Herbst 1917 an Staatskunst fehlte", ... daß "sie unfähig waren, die Tragödie und Sinnlosigkeit des Krieges selbst zu erkennen und den Kampf auf der Grundlage eines Kompromisses aus eigener Kraft zu beendigen", dies trifft doch niemanden mehr als die USA und ihren Präsidenten. Denn sie dehnten das Morden noch aus, vergrößerten es.

*Die "Zimmermann-Note"*
Viele Gründe mögen den Kriegseintritt der USA 1917 mitbestimmt haben, wirtschaftliche vor allem, machtpolitische, die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges durch Deutschland, Wilsons Vorliebe für die Alliierten - darüber streitet man seit langem.
Eine Rolle - welchen Ausmaßes ist schwer zu sagen - spielte auch die berühmte "Zimmermann-Note". Es war dies ein Telegramm des deutschen Staatssekretärs des Auswärtigen, A. Zimmermann, am 17. Januar 1917 an den deutschen Botschafter in Washington, der es dem deutschen Botschafter in Mexiko weiterleiten sollte.
Sein Wortlaut: "Wir haben die Absicht, am 1. Februar den totalen U-Boot-Krieg zu eröffnen. Trotzdem werden wir versuchen, uns die Neutralität der Vereinigten Staaten zu erhalten. Sollte dies mißlingen, unterbreiten wir Mexiko einen Bündnisvorschlag auf folgender Grundlage: den Krieg zusammen zu führen, den Frieden zusammen zu schließen mit der Vereinbarung, daß Mexiko die verlorenen Gebiete Texas, Neumexiko und Arizona zurückerhalten muß. Die Regelung bleibt Ihnen überlassen.
Sie werden den Präsidenten von Mexiko streng geheim über alles informieren, sowie der Kriegseintritt der USA feststeht, und ihm außerdem nahelegen, von sich aus Japan aufzufordern, seine Zustimmung zu geben, wobei er seine Vermittlung zwischen Japan und uns anbieten soll.
Lenken Sie die Aufmerksamkeit des Präsidenten auf die Tatsache, daß der totale Einsatz unserer U-Boote jetzt die Möglichkeit bietet, England in einigen Monaten zum Frieden zu zwingen. Bestätigen Sie den Empfang."
Unmittelbar nach der deutschen Entscheidung für einen neuerlichen uneingeschränkten U-Bootkrieg und in Erwartung der amerikanischen Kriegserklärung bietet hier das Deutsche Auswärtige Amt Mexiko ein Kriegsbündnis an zur Rückgewinnung der im nordamerikani-

schen Raubkrieg von 1848 verlorenen Gebiete. Beim Kriegseintritt der USA soll somit ein Großteil ihrer Truppen eine Kriegserklärung Mexikos binden. Mexikos Präsident Carranza versichert dem deutschen Außenminister auch seine warme Sympathie gegenüber Deutschland und verspricht eine verstärkte politische und militärische Kooperation.
Das Zimmermann-Telegramm, das kurioserweise über das Kabel des US-Außenministeriums läuft, ist weniger naiv als manche meinen wollten. Aber es wird durch die britischen Geheimdienste abgefangen und, da diese längst den deutschen Codeschlüssel besitzen, sofort dechiffriert. Am 23. Februar übergibt es der britische Premierminister Balfour ("der dramatischste Augenblick meines ganzen Lebens") dem US-Botschafter in London, Page. Es schlägt wie eine Bombe ein, wird vielfach für eine Fälschung gehalten, gilt auch amerikanischen Senatoren und in Kreisen der New Yorker High-Society als Machenschaft britischer Agenten, bis Zimmermann selbst auf einer Pressekonferenz am 2. März in Berlin erklärt: "Es ist die Wahrheit".
In den USA kommt es nun zu Entrüstungsstürmen ohnegleichen. Theodore Roosevelt, der alte Scharfmacher, schreibt an Senator Lodge: "Wenn Wilson nicht ab sofort den Krieg erklärt, werde ich ihn lebendig erwürgen."
Die öffentliche Meinung ist jetzt für den Krieg, den die "Zimmermann-Note" gewiß nicht verursacht, aber mit auslöst.

*Das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co.*
Eine wichtige, vielleicht sogar entscheidende Rolle für den Kriegseintritt der USA - wovon man freilich nur sehr selten etwas liest - spielt das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., genauer ein Bankkollektiv unter seinen Leitern Jakob H. Schiff, den (besonders bedeutsamen) Brüdern Paul M. Warburg (gest. 1924) und Felix M. Warburg (gest. 1938), der u.a. an den europäischen Rothschildbanken beteiligt war, den Bankiers Otto H. Kahn, Mortimer Schiff, Jerome H. Hanauer sowie einem Mitglied der Guggenheim-Familie, an deren Spitze der "Kupferkönig" stand.
Das Bankhaus, im späten 19. Jahrhundert von jüdischen Einwanderern aus Deutschland gegründet, war mit seinen führenden Köpfen den (durchschnittlichen) Politikern weit überlegen, teilweise sogar hochgebildet, was besonders für die Warburgs gilt, die auch namhafte Vertreter des geistigen Lebens stellten, den Kunst- und Kulturhistoriker Aby Warburg, den Begründer der Warburg-Bibliothek (erst in Hamburg, seit 1933 in London); den Botaniker Otto Warburg; den Zellphysiker und Nobelpreisträger (1931) Otto Heinrich Warburg.
Die Bankiers des Kapitalkollektivs waren Großspekulanten, vielleicht ein bißchen "bescheidener" sogar als andere, aber sicher auch ein bißchen klüger und glücklicher. Im Schatten der Topfiguren des Metiers machten sie zunächst ihre Manöver, Transaktionen. Im dubiosen, undurchsichtigen Bereich des großen Geldes entwickelten sie Strategien, Spekulationen, verfolgten sie in den diversen Verzweigungen der Hochfinanz zwischen Risiko und Reiz, Verlockung und Gefahr, ihren Vorteil, schnappten die Beute und verschlangen sie.
Zu Beginn des 20. Jahrhunderts rivalisierte Jakob H. Schiff, samt den Harrimans, mittels einer "berühmten" Aktienspekulation auf Eisenbahnen scharf mit dem "Finanzkönig" John Piermont Morgan I. Es wurde ein zwar unentschieden bleibender Fischzug, bei dem nur das breite Publikum verlor, aber Jakob H. Schiff hatte den Star aller Spekulanten beeindruckt. In künftigen Pokerrunden der Spitzenbanker rückten er und sein Kollektiv dem Riesen näher; bis 1917 der entscheidende Coup gelang, die dauernde Verbindung mit Morgan & Co., dem größten Finanzkonzern der Welt, wodurch man selbst einen Giganten wie Rockefeller mit der Standard Oil, die bisher größte globale Vermögensakkumulation, hinter sich ließ.
Trotz seiner gewaltigen Geldmacht war Morgan in der Vorkriegszeit, wie so viele, in zunehmende Schwierigkeiten geraten, in Prestigeverlust, vor allem durch das Fiasko einer Kartellie-

rung diverser Eisenbahnunternehmen, das ungezählte Tausende um ihr Geld gebracht hatte, eine groß angelegte Gaunerei, für die jetzt der Kriegsausbruch in Europa verantwortlich gemacht worden ist. Auch sonst erwies sich das Gemetzel jenseits des Ozeans als großes Glück für den US-Geldhai, der als "offizieller Finanzagent der Alliierten" die Millionen nur so scheffelte.
Als aber die vermittelten Kredite bis auf eineinhalb Milliarden geklettert waren und die deutschen Kriegserfolge schwindelnde Summen in Rauch aufzulösen schienen, Morgan auch sonst Kummer hatte, u.a. über den Absatz von Eisenbahnaktien im Wert von 400 Millionen Dollar (schon der hl. Augustinus hatte beredt die von Sorgen gequälten Reichen geschildert - und den Armen die "arbeitsreiche Armut" empfohlen), da mußte Morgan handeln.
Er akzeptierte jetzt die Partnerschaft seines zähen Konkurrenten Kuhn, Loeb & Co., wobei Jakob H. Schiff zur Erreichung seines Zieles die eventuelle Finanzierung Deutschlands bei Wilson ins Spiel gebracht hatte und mit dem Präsidenten umgesprungen war "wie mit einer Figur auf dem Schachbrett". Und den nächsten Zug sozusagen machte dann Schiffs Partner Morgan oder, genauer, der von diesem für ein Jahressalär von 25.000 Dollar gekaufte amerikanische Gesandte in London, Walter Hines Page.
Der bestochene Diplomat schickte seinem Präsidenten am 5. März 1917, einen Monat vor der Kriegserklärung an Deutschland, aus London jene berüchtigte Depesche, worin er den Kriegseintritt der USA für unerläßlich hielt zur Rettung der Alliierten, des amerikanischen Geldes und der amerikanischen Wirtschaft; andernfalls folge der augenblickliche Zusammenbruch.
Nun verlangten seinerzeit die USA - die ja ohnedies das größte Geschäft, bei weitaus geringsten Verlusten, durch das allgemeine Schlachten machten und gerade dadurch zur Weltmacht aufstiegen (und England entthronten) - für ihre Hilfe noch einen ganz speziellen Preis. Und dieser spezielle Preis, den man von Großbritannien für die amerikanische Kriegsbeteiligung forderte, bestand in der Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina.
Nach Absprache mit Chaim Weizmann, dem nachmaligen Staatspräsidenten Israels (1948-1952), sicherte der britische Außenminister Earl of Balfour ein "national home" in Palästina zu, wobei freilich alle politischen, rechtlichen, rassischen und religiösen Interessen der dortigen nichtjüdischen Bevölkerung strikt gewahrt werden sollten. Am 2. November 1917 wurde die Balfourdeklaration veröffentlicht.
Hinter diesem ganzen so folgenschweren Projekt aber standen Männer und Mächte, die zu den einflußreichsten Beratern des amerikanischen Präsidenten zählten. Eine so markante Figur etwa im Obersten Gericht wie Louis Dembitz Brandeis. Oder Amerikas früherer Botschafter in der Türkei, Henry A. Morgenthau.
Vor allem aber das Bankhaus Kuhn, Loeb und seine Partner, besonders der Finanzmagnat Bernard M. Baruch, an den zu erinnern auch in anderem Zusammenhang nützlich ist.

*Bernard M. Baruch, der Leiter des War Industry Board*

Der Wallstreet-Bankier Bernard M. Baruch gehörte zum Kreis der Partner des Bankhauses Kuhn, Loeb & Co. Er war zugleich aber mit dem "Kupferkönig" Guggenheim verbunden, dem Mitglied einer von St. Gallen nach den USA ausgewanderten jüdischen Familie. Und er war ein enger Freund und Berater Präsident Wilsons. Seit Amerikas Kriegseintritt leitete Baruch das Kriegsindustrieamt (War Industry Board) und war damit verantwortlich für alle wirtschaftlichen Leistungen der Kriegsindustrie, natürlich auch für den Kauf von Kriegsmaterial. Er hat von sich selbst gesagt, mehr Macht besessen zu haben als je eine Einzelpersönlichkeit in der Geschichte, und später vor dem Senat bekannt, daß 10 Milliarden Dollar zur Finanzierung des Sieges über Deutschland durch seine Hand gegangen seien.
Auch durch die Hände einiger, die ihn unterstützten.

Einiger Wirtschaftskapitäne beispielsweise, die stracks ihre Fabriken aufgaben, einstweilen sie ihrem Management überließen, um gleichfalls die Millionen und Milliarden durch ihre Finger gleiten zu lassen; sie zu verteilen für Arbeitskräfte, Aufträge, Dringlichkeitsunterstützungen. Alles aus purem Patriotismus, versteht sich, reinem Pflichtgefühl, edler Selbstlosigkeit, wie denn schon ihre Benennung sagte, "dollar a year men". Arbeiteten sie doch, man denke, für einen einzigen Dollar pro Jahr - und niemals dürfte eine geringere Bezahlung mehr eingebracht haben.
Nun war von kriegsentscheidender Bedeutung neben dem Stahl vor allem das Kupfer - im Zweiten Weltkrieg errechnete man, daß ein einziges Schlachtschiff 1.000 Tonnen Kupfer benötigte. Baruch aber hatte schon vor dem Kriegseintritt der USA ein Syndikat von Kupferproduzenten gebildet, dem drei Guggenheim angehörten, die gleichsam über das Kupferkönigtum der Welt fast allein geboten. Und so kauften die USA während des Ersten Weltkrieges von Kupferlieferanten durch Baruch, den Chef des Kriegsindustrieamtes und Schatzkanzler der Guggenheim, mehr als 660 Millionen Pfund Kupfer; zunächst, gegenüber den Gestehungskosten, für die Verkäufer mit hundert-, dann mit zweihundertprozentigem Gewinn.
Die Stahlerzeugung aber war durch raffinierte Transaktionen großenteils in den Besitz von Morgan & Co. gelangt und, zumal im Krieg, ebenfalls eine märchenhafte Geldquelle. Es ist klar, daß die US-Finanzgiganten gar kein Interesse an einer raschen Niederlage Deutschlands hatten. Je länger es blutete, desto mehr verdienten sie. In diesem Sinn animierte denn auch Morgans maßgeblicher Mann, Thomas Lamont, die Präsidenten der Wallstreet-Banken, den Krieg zu verlängern.
Eben damit war ihnen aber einer bereits zuvorgekommen: Jakob H. Schiff, dessen Interesse im Besonderen dem deutsch-russischen Konflikt galt.

*Die US-Hochfinanz finanziert die Russische Revolution*
Das zaristische Reich kollabierte, die revolutionäre Regierung mußte den Krieg verlängern, die rote Armee war zu finanzieren. Jakob H. Schiff, dem Zaren gram wegen der Judenverfolgungen, hatte schon im Russisch-Japanischen Krieg 1905 russische Revolutionäre finanziert und derart zum Sieg der Japaner beigetragen. 1917 aber bezahlte er den bolschewistischen Umsturz, und zwar über Leo Trotzki, der mit der Tochter eines ihm befreundeten Bankiers, Giwotowski, verheiratet war.
Einerseits gelangte derart ein ununterbrochener Geldstrom an die roten Revolutionäre mittels der den Partnern von Kuhn, Loeb & Co. offen stehenden Kredite bei den Rothschildbanken in Paris, London und Petersburg, Lazare Frères, Speyer & Co. und Ginzburg & Co. Andererseits war ja auch die deutsche Heeresleitung zur Unterstützung der russischen Revolution bereit.
Die amerikanischen Partner des Bankhauses Kuhn, Loeb & Co., Felix M. Warburg und Paul M. Warburg, schalteten also ihren in Deutschland lebenden Bruder Max M. Warburg ein. (Er war eng befreundet mit dem deutschen Großindustriellen, dem 1922 ermordeten Reichsminister Walther Rathenau, der ab 1914 die Rohstoffabteilung im preußischen Kriegsministerium leitete und als Verwaltungsratsmitglied in weit über hundert Firmen saß.) Max M. Warburg widmete sich fast nur europäischen Unternehmen und gab über seine Bank das deutsche Geld ins neutrale Schweden, an die Nye-Banken in Stockholm, deren Leiter Oscar Ahlström es den Bolschewisten transferierte.
Man wird in Erinnerung behalten müssen, daß die Finanzierung des Umsturzes in Rußland und der roten Armee durch die US-Hochfinanz geschah, ja, daß sie auch dort - über Max M. Warburg - ihre Finger im Spiel hatte, wo der deutsche Goldstrom zum Fließen kam, nämlich das Geld des Rheinisch-Westfälischen Syndikats, einer nahezu singulären Industriekonzentration, auf die Max M. Warburg größeren Einfluß hatte als seine Rivalen Thyssen, Stinnes oder Hugenberg.

Trotzkis Position an der Seite Lenins wurde durch seine kapitalistischen Verbindungen beträchtlich verstärkt, von Stalin später aber unter vielem anderen zu seiner Diffamierung und Verfemung benutzt. Doch ist nicht sicher erwiesen, daß Trotzki in Mexiko einem Anschlag der russischen Seite erlag.
Er hatte zuletzt seinen Stalin-Attacken auch Hinweise auf die Wallstreet beigefügt; zum Beispiel erklärt, "daß die kommunistische Internationale geradezu als konservatives Unternehmen bezeichnet werden müsse, wenn ihr vergleichsweise die Börse von New York gegenübergestellt werde".
Als Jakob H. Schiff jedenfalls seine Verdienste am bolschewistischen Umsturz herausstrich, verfiel er zeitweise so etwas wie dem Boykott der US-Gesellschaft, und sein Schwager Paul M. Warburg mußte sich von ihm distanzieren. …

*Erst die USA zwangen Deutschland 1918 zu Boden*
In den ersten fünf Wochen des Krieges schien es, als sei der Sieg Deutschlands fast sicher. Der Schlieffenplan - nach der durch Nachfolger Moltke veränderten Vernichtungsstrategie des preußischen Generalfeldmarschalls praktiziert - lief ab wie auf dem Papier. Und in den letzten zwei Kriegsjahren wurde das deutsche Heer durch Materialmangel nie ernsthaft behindert. Ja, die Pulverproduktion, die zunächst seine Schlagkraft beeinträchtigt hatte, erklomm im Oktober 1918 den Höchststand.
Bei den Westmächten aber folgt im vorletzten Jahr des Krieges ein Mißerfolg und Rückschlag dem anderen. Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg Deutschlands - am 31. Januar 1917 (den USA) angekündigt, am 1. Februar begonnen - kulminierte bald. Die deutschen U-Boote schickten Schiff um Schiff auf den Meeresgrund, monatlich 500.000 bis 600.000 Tonnen, von Februar bis September 1917 beinahe 4,7 Millionen Tonnen, im ganzen Jahr 1917 rund 6.500.000 Tonnen, während die Alliierten nur 2.700.000 bauten.
"Sie werden gewinnen", sagte der britische Admiral Sir John Jellicoe zu US-Admiral Sims, "wenn wir unsere Verluste nicht aufhalten können - und zwar sehr schnell". Die Lebensmittelversorgung wird prekär: England hat im April 1917 Vorräte für nur noch zwei Monate.
Die französischen Offensiven scheitern, Meutereien beginnen. Die britische Somme-Offensive bricht zusammen.
Wichtige Verbündete scheiden mehr oder weniger aus. Rußland ist am Ende und kapituliert (wenn auch die faktische Beendigung des Kampfes für die Mittelmächte zu spät kommt, weil die USA eben schon in den Krieg eingetreten waren). Die im Süden angreifenden Italiener erleiden im Oktober 1917 eine katastrophale Niederlage, die Mittelmächte durchstoßen die Isonzofront. Italien, Frankreich und England bitten um sofortige militärische Hilfe, und Wilson erklärt prompt auch Österreich-Ungarn den Krieg, da die Donaumonarchie "augenblicklich nicht ihr eigener Herr sei, sondern Vasall der deutschen Regierung".
Gewiß waren die Kräfteverhältnisse auch ohne Amerikas Eingreifen zugunsten der Entente, war sie an Menschen und Material überlegen. Im Herbst 1916 treffen auf 7.345.000 Soldaten der Mittelmächte 14.308.000 der Entente, auf 20.042 Maschinengewehre der Mittelmächte 76.276 der Entente, auf 1.200 Flugzeuge der Mittelmächte 3.163 der Entente. Aber der britische Marschall Douglas Earl of Haig betonte mit Recht am 25. Oktober 1918 gegenüber Marschall Foch: "Germany is not broken in a military sense".
Gewiß drohte auch Deutschland der Ermattungsstrategie seiner Gegner zu erliegen. Konnte es doch nicht, wie sie, wichtige Bedarfsgüter aus Übersee beziehen. Und gerade die an sich großen Erfolge seiner Rüstungsproduktion nach 1916 führten zu immer ernsteren Funktionsstörungen der deutschen Volkswirtschaft insgesamt.
Doch die deutschen Armeen standen noch nach der Niederlage auf französischem Boden. Und ohne die militärische Intervention der Vereinigten Staaten, die eine Division nach der anderen

an die Fronten warfen, die in dem Augenblick in den Krieg eintraten, als die Alliierten ihn zu verlieren drohten, hätten sie ihn wohl auch verloren - wie wahrscheinlich ebenso den Zweiten Weltkrieg. Jedenfalls veränderte erst der Kriegseintritt der USA das Kräfteverhältnis entscheidend. Er machte die Blockade gegen die Mittelmächte weltweit wirksam, auch China und lateinamerikanische Staaten erklärten jetzt Deutschland zumindest formal den Krieg.
Zwar waren die USA, versessen auf das große Geschäft, weniger vorbereitet, den Krieg zu führen, als darauf, jene, die ihn führten, zu schröpfen. Kriegsminister Newton D. Baker, wie sein Chef Pazifist, hatte nur ein stehendes Heer von allenfalls 300.000 Mann, Nationalgarde und Reserve eingeschlossen. Doch wie der Chef bezwang auch Baker seinen Abscheu vor jedem Militarismus. Schon im Mai 1917 verfügte man die Wehrpflicht, schon im Juni wurden zehn Millionen Mann gemustert. Und ... (im Juni) 1917 landeten die ersten Amerikaner unter John J. Pershing, dem Oberkommandierenden des Expeditionsheeres, in Europa. Der General hatte bereits Erfahrungen in Kuba gesammelt, auf den Philippinen, beim Raubkrieg in Mexiko. Und war sein Erscheinen gewiß auch noch keine materielle Hilfe, so doch eine starke "moralische".
Immer neue US-Einheiten wurden nach Frankreich verschifft, auf englisch-amerikanischen Truppentransportern, wovon infolge des hervorragenden Geleitschutzes angeblich nur zwei torpediert worden sind und nur ein einziges Schiff sank. Während der Offensive in der Champagne griffen bereits acht US-Divisionen ein.
Im September stürmte die Erste amerikanische Armee unter Pershings persönlichem Befehl die Höhe Saint-Mihiel, eroberte 443 Kanonen und machte 16.000 Gefangene. Und Ende 1918 beliefen sich die Expeditionstruppen auf mehr als zwei Millionen Mann, auf 42 Infanterie-Divisionen (die allerdings, um Zeit und Schiffsraum zu sparen, erst in Europa ausgerüstet worden sind). Insgesamt dienten im November 1918 fast 4.800.000 amerikanische Männer und Frauen in der Armee, und 24,2 Millionen hatte das Selective Service Act bereits im Mai 1918 für den Militärdienst erfaßt.
Wie entscheidend Amerikas Kriegseintritt war, zeigt auch die Versorgung Frankreichs mit Nahrungsmitteln. Seine Getreideernte fiel von ihrem Durchschnitt von 8,5 Millionen Tonnen in den unmittelbaren Vorkriegsjahren auf 3,1 Millionen Tonnen 1917. Einmal hatte selbst die französische Armee Getreidevorräte nur noch für zwei Tage. Die Zufuhr aus Übersee verhinderte die Katastrophe.
Bis November 1918 befördern alliierte Handelsschiffe nicht weniger als 4,4 Millionen Tonnen Nachschubgüter nach Frankreich. Selbst die französische Industrie, die eigentliche Waffenschmiede der Alliierten im Ersten Weltkrieg, geriet zeitweise "ins Stolpern", doch erhielt man knapp werdende kriegswichtige Güter von Großbritannien oder den Vereinigten Staaten. Gerade die Käufe in Übersee ermöglichten es den Franzosen, ihre eigenen Ressourcen in großem Umfang auf die Rüstungsproduktion und den Kampf an der Front zu konzentrieren. Fast alle Geschütze und Tanks der Expeditionstruppen stammten von den Franzosen, ebenso zehn Millionen 7,5-cm-Granaten und 4.791 von insgesamt 6.287 Flugzeugen.
Es ist klar, zu den größten Kriegsgewinnlern, neben den Finanziers, gehörte die Kriegsindustrie auf allen Seiten. Also hatte auch sie wohl, neben den Finanziers, das größte Interesse gehabt, den Kriegsausbruch zu betreiben. ...
Die Rüstungsfirmen haben die Kriegspolitik großgezogen und ihre eigenen Länder überredet, Kriegspolitik zu treiben und ihre Rüstungen zu steigern. Im In- und Ausland versuchten die Rüstungsfirmen Regierungsbeamte zu bestechen. Die Rüstungsfirmen haben Falschmeldungen über die Militär- und Marineprogramme verschiedener Länder verbreitet, um die Ausgaben für die Rüstung hochzutreiben. Durch Kontrolle der eigenen und ausländischen Zeitungen suchten die Rüstungsfirmen die öffentliche Meinung zu beeinflussen.
Die Rüstungsfirmen haben internationale Rüstungsringe organisiert, die den Rüstungswett-

streit durch das Ausspielen eines Landes gegen das andere förderten. Internationale Rüstungstrusts wurden organisiert, die die Preise für die Rüstungen erhöht haben.
In Frankreich übernahm schließlich statt des Kriegsministers das Rüstungsministerium unter Étienne Clémentel die Führung bei der Koordinierung der Kriegsproduktion. Eine ökonomische Kooperation zwischen Frankreich, England und Italien begann, die auch im Frieden das industrielle Übergewicht dieser Staaten über Deutschland sichern sollte.
Doch die USA fürchteten diesen entstehenden Wirtschaftsblock, und nach ihrem Eintritt in den Krieg mußte Clémentel seine Pläne mit Rücksicht auf den amerikanischen Argwohn und die amerikanische Industrie begraben.

*Heil Wilson, dem Gerechten!*
Am 8. Januar 1918 gab Wilson in einer Rede vor dem Kongreß sein berühmtes Vierzehn-Punkte-Programm für den Frieden bekannt. Es enthielt die Forderung öffentlicher Verhandlungen ohne Geheimverträge, allgemeine Grundsätze wie Freiheit der Meere, Beschränkung der Rüstung, Aufhebung wirtschaftlicher Barrieren, unparteiische Lösung des Kolonialproblems sowie gerechte und maßvolle Regelung territorialer Fragen. Am 11. Februar ergänzte der Präsident dieses Programm durch die "Four Principles", am 27. September durch die "Five Particulars", die wieder große Allgemeinheiten brachten. Beides sollte den Abschluß eines Friedensvertrages mit den Mittelmächten begründen.
Bevor Deutschland 1918 aufgab, gelang es seiner Führung, den Waffenstillstandsvertrag ausdrücklich auf der Grundlage der 14 Punkte und der "Prinzipien" Wilsons abzuschließen, was auch Franzosen und Briten, mit drei unbedeutenden Einschränkungen akzeptierten.
Als Wilson am 5. Dezember 1918, labil, krank, doch hochgradig von sich überzeugt, an Bord des Riesendampfers George Washington unter Salutschüssen, begleitenden Flugzeugen das Flaggenmeer des New Yorker Hafens verließ, wartete Europa auf ihn wie auf einen Erlöser. Wo immer er dann einzog, in Paris, London, in Rom, überall erlebte er sagenhafte Triumphe, Ovationen der Massen, die sich da und dort zu Adorationen (Anbetungen) steigerten, geradezu hysterische Formen annahmen. In Polen grüßten einander Gebildete mit dem Ruf "Wilson!" In Italien entzündeten Bauern Opferkerzen vor seinem Bild. Und als er am 14. Dezember 1918, von Volksmassen umjubelt, die Champs-Elysees entlang fährt, überspannt ein großes Spruchband die Straße: "Heil Wilson, dem Gerechten!"
Woodrow Wilson, der 13 für seine Glückszahl hielt, war am 13. Dezember 1918, einem Freitag, auf französischem Boden gelandet. Ob in guter, in böser Absicht, wer weiß es. Wer weiß, ob er mit seiner Friedensordnung die Mittelmächte von Anfang an getäuscht, bewußt in Sicherheit gewogen, ob er ihr Vertrauen in den zu schließenden Vertrag arglistig erschlichen hat. Nach außen zumindest tat er, als ginge es ihm nicht um Vernichtung, nicht einmal um Sieg, hielt er doch an seiner Formel "Frieden ohne Sieg" anscheinend fest, an den hehrsten Zielen, den höchsten Idealen Amerikas.
Tatsächlich aber trat er nicht mehr dafür ein, nachdem der Gegner gefallen war. Ganz bewußt hatte das Deutsche Reich sein Waffenstillstandsgesuch nicht an den Obersten Kriegsrat der Alliierten gerichtet, sondern an den höchsten Repräsentanten der USA, der freilich in Paris jeder Kraftprobe, die er, wie die Dinge standen, hätte bestehen können und müssen, bald mehr und mehr aus dem Weg ging.
Dabei war der Schottenabkömmling, der Mann mit dem grobknochigen Kleppergesicht, dem angriffigen Kinn, der Mensch, von dem ein Freund meinte, Gott habe ihn häßlich geschaffen, aber er selbst sich ein gutes Aussehen gegeben, dabei war dieser Präsident doch sonst so selbstsicher, so von sich eingenommen, daß er in seinem intellektuellen Hochmut kaum zugänglich für andere Ansichten war, daß er keinen Widerspruch duldete und gern bemerkte: "Ein Yankee glaubt immer, daß er Recht hat, ein Schotte weiß, daß er Recht hat".

Ja, dieser Präsident hielt sich für so messiasgleich, daß Journalisten höhnten, er sei inmitten des Atlantiks vom Schiff in die Tiefe gesprungen, Begleitern, die ihn hindern wollten, zurufend: "Er ist doch auch auf dem Meere gewandelt!" (Indes war Wilson nicht verrückt, wie ... Pius XL, der Verkünder der Päpstlichen Unfehlbarkeit, der nicht nur das Christuswort "Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben" auf sich angewandt, sondern 1870 durch den Zuruf an einen Krüppel "Stehe auf und gehe!", auch eine mißglückte Wunderheilung zu verzeichnen hatte).
Mündliche Auseinandersetzungen wurden den Deutschen verweigert, ihre schriftlichen Gegenvorschläge weitgehend abgelehnt. Wilson hatte wenigstens Verhandlungen im vollen Licht der Öffentlichkeit zugesagt – gleich der erste seiner 14 Punkte. ...
Entschieden aber wurde im geheimen Komitee der fünf Großmächte, gewöhnlich durch ihre Regierungschefs und Außenminister. Als sich Japan zurückzog, konferierten im Rat der Vier nur noch Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando, wobei die letzten Entscheidungen zwischen Wilson und Clemenceau gefällt worden sind.
Man trieb also Geheimverhandlungen, Geheimpolitik, mit all den dabei üblichen faulen Kompromissen. Und der US-Präsident, nicht nur von den Massen abgöttisch verehrt, erwies sich jetzt als schwankendes Rohr, als unsicher, von auffallend langsamer Auffassungsgabe auch und schlecht unterrichtet.
Zwar verhinderte Wilson Deutschlands Zerstückelung durch Etablierung eines linksrheinischen Pufferstaates (womit der lebenslange Opportunist Konrad Adenauer durchaus einverstanden war); doch auch Lloyd George verwarf, wie Wilson, die von Frankreich geforderte Abspaltung einer "Rheinischen Republik". Beide wollten unter keinen Umständen eine weitere Verstärkung Frankreichs, sondern Deutschland als Gegenspieler auf dem Kontinent.
Im übrigen aber machte Wilson Franzosen und Briten eine Konzession nach der anderen. Er war mit der Beschlagnahme des deutschen Auslandsguthabens (rund 10 Milliarden Goldmark) ebenso einverstanden wie mit der Überführung der saarländischen Kohlenbergwerke in französisches Eigentum. Und er billigte auch die Ausdehnung der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtung von den zivilen Schäden auf alle Kriegskosten, was die dem Waffenstillstand vorangegangenen Vereinbarungen eindeutig verletzte.
Überhaupt hielt Wilson den Vertrag von Versailles zwar für hart, doch für gerecht. Dabei wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker völlig preisgegeben. Millionen Deutsche – kamen gegen ihren Willen – unter französische, tschechische, polnische Herrschaft.
Gelegentlich führte der Präsident später eine Entscheidung auf "ungenügendes Studium" zurück, wie seine Preisgabe Südtirols an Italien – wobei er nicht einmal den richtigen Namen des Brenner-Passes kannte: er sprach von der "Brunner-Grenze". Und Rastatt hielt er für einen rheinischen Brückenkopf. Und sogar Lille für "einen festen Platz am Rhein".
Überhaupt waren die Geographiekenntnisse der Yankees, was Europa (und darüber hinaus) betrifft, einfach stupend. Etwa gleich der des Mannes nach und neben Wilson: Außenminister Lansing (dem Wilson insgeheim grollte, so daß er ihm endlich - natürlich an einem 13., am 13. Februar 1920 - mitteilen ließ, daß "seine Resignation dem Präsidenten nicht unangenehm sein würde").
Doch wie der Chef von der "Brunner-Grenze" sprach, so Außenminister Lansing von "Heligoland" - "Heligoland to be ceded to Denmark ..."; ebenso übrigens wie ganz Schleswig-Holstein, obwohl die Dänen am Krieg doch gar nicht teilgenommen hatten und auch dankend auf die ihnen zugedachte große Beute verzichteten (Ein kleines, von Dänen bewohntes Stückchen genehmigten sie sich). Österreich hatte teilgenommen, freilich auf der "falschen" Seite - gleichwohl wollte es Außenminister Lansing generös auf die Schiffahrt von Rhein und Elbe anweisen.
Und Spitzbergen hielt er für deutsches Gebiet. Da durfte Chefberater Oberst House, die Graue

Eminenz des Weißen Hauses, nicht zurückbleiben. Für ihn grenzte Mesopotamien an Ägypten, lag Anatolien am Bosporus. Doch seien wir nachsichtig. Clemenceau, den Dingen ja so viel näher lebend, glaubte, die Bahnstrecke Köln - Paris führe durch Holland ...
Wer die Kenntnisse der (allermeisten) Politiker höher einschätzt als etwa ihre Moral, verdankt dies nur eigner Ignoranz. Vielleicht aber war, mancherlei spricht dafür, Wilsons Moral ursprünglich gar nicht so übel - wenn sich auch schwer vorstellen läßt, wie man mit einer intakten Moral Präsident werden, geschweige bleiben kann. ...
Wilson wand sich und log, als ihm in Paris Geheimverträge der Alliierten vorgelegt wurden, nichts davon gewußt zu haben. Wir wissen jedoch sicher durch das von Oberst House publizierte Material daß Wilson die Existenz der meisten Geheimverträge lange vor der Pariser Konferenz kannte. Als freilich am 19. August 1919 Senator Johnson vor dem Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten die Geheimverträge aufzählte, antwortete der Präsident auf die Frage, ob er "irgendeine Kenntnis" von den Geheimverträgen vor der Konferenz gehabt habe: "No, Sir. Ich kann zuversichtlich Nein sagen was mich anbelangt."
Die Alliierten aber dachten nicht daran, Wilsons Programm einzuhalten, wozu sie sich ihrer schlechten militärischen Lage wegen bereiterklärt hatten - für Deutschland die Voraussetzung des Waffenstillstands. Jetzt gierten die Sieger nur nach Beute, am meisten die "Tiger" Clemenceau und Lloyd George, der am 14. Dezember unter der Parole "Hängt den Kaiser und laßt die Deutschen die Kosten des Krieges zahlen" einen überwältigenden Wahlsieg errang.
Mit Deutschland wurde 1919 nicht einmal verhandelt. Man präsentierte am 28. Juni - dem Jahrestag von Sarajewo - im Spiegelsaal von Versailles einfach den fertigen Vertrag. Und der war ein rückhaltloser Bruch des Waffenstillstandsabkommens.
Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau, der Führer der deutschen Delegation in Versailles, verweigerte seine Unterschrift und demissionierte. Johann Giesberts, Reichsminister seit 1919, rief beim Lesen der langen Anklageschrift: "Dieser schamlose Vertrag, ... ich habe bis heute an Wilson geglaubt. Ich hielt ihn für einen Ehrenmann und jetzt schickt uns dieser Schurke einen solchen Vertrag".
Und selbst der Retter, der Heiland, der Jesus Christus nicht nur öffentlich zu kritisieren, sondern der auch zu sagen vermochte, wie man es besser machen könnte als er, selbst Wilson, der pathetische Schwächling, gestand nun in vertrautem Kreis, als Deutscher würde er den Vertrag nicht unterschrieben haben: "If I were a German, I think, I should never sign it."
Als der Präsident aber nach seiner Rückkehr dem Senat den Vertrag darstellte, sagte er in seiner salbungsvollen Art: "Die Bühne ist aufgebaut, das Schicksal enthüllt. Nicht wir haben diesen Plan gemacht; Gottes Hand hat uns den Weg gewiesen" ...

**Von Wilson bis Roosevelt oder: Vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg**

*… "The Roaring Twenties"*

Obwohl die USA als maßgebliche Weltmacht aus dem Krieg hervorgehen, haben sie während des ganzen folgenden Jahrzehnts kaum weltpolitische Ambitionen. Der Isolationismus herrscht vor, der Protektionismus. Man erhöht zugunsten der Industrie kräftig die Zolltarife und begrenzt die Einwanderung. Man sucht weder mit dem Völkerbund noch mit der Sowjetunion Kontakte. Ja, der neue Präsident Harding versichert bei seiner Amtseinführung, die USA wollten "keinen Anteil an der Lenkung der Geschicke der Welt ..."
Das Jahrzehnt nach dem Ersten Weltkrieg, "the Roaring Twenties", war in den USA einerseits eine Zeit der satten Selbstzufriedenheit und kruden Prosperität. Subventionen überschwemmten die heimische Wirtschaft. Die Banken florierten, gewährten Kredite, "liberty bonds". Spekulationen begannen, die Preise stiegen steil, und die Verteuerung traf natürlich am härtesten die Arbeiter und die Armen. Andererseits waren diese Jahre, bedingt teils durch Umstellungsprobleme der Friedenswirtschaft, teils durch das Wachstum, die Verschlingungssucht gerade-

zu der Konzerne, eine Epoche der Arbeitskämpfe, der Arbeitslosigkeit, der Preistreibereien und Korruptionsskandale. Die Werftarbeiter, die Stahlarbeiter, die Kohlenkumpel streikten noch 1919. Denn die Kriegsgewinne hatte natürlich nur eine verschwindend kleine Schicht gemacht - 1914 gab es 4.500 Dollar-Millionäre in den USA, 1920 waren es 11.000 -, die Masse besaß so wenig wie vor dem Krieg.
Der Wirtschaft aber ging es - einige weniger begünstigte Zweige (Textilindustrie, Kohlebergbau, Schiffbau) beiseite - glänzend. In den meisten Geschäftsbereichen herrschte Konjunktur, auch in den Banken, Versicherungen, Warenhausgesellschaften. Die Industrieproduktion verdoppelte sich fast zwischen 1921 und 1929 - alles andere als wunderbar.
Während des vierjährigen Blutbads in Europa hatte man enorm verdient, doppelt verdient sozusagen, ganz legal und illegal dazu, hatte das US-Kriegsministerium doch 18.501.117.899 Dollar für Rüstungsaufträge gezahlt und war dabei auch noch um sechs Milliarden von der US-Geschäftswelt geprellt worden. Im Prozeß aber, der vier Jahre dauerte, gingen alle Angeklagten straffrei aus. Steckten ja die größten Firmen mit in dem Riesenbetrug. Und so mokierte sich Senator George W. Norris: "Warum bringen wir eigentlich kein Gesetz heraus, wonach jeder, der über mehr als hundert Millionen Dollar verfügt, nicht verurteilt werden kann?
Doch der Staat hatte längst nicht mehr die Wirtschaft, sondern die Wirtschaft den Staat in der Hand, was vieles zeigt, nicht nur die Ohnmacht der Justiz. Obwohl zum Beispiel die behördliche Lenkung der Wirtschaft, eine Art Staatssozialismus, während des Krieges florierte, wollten die maßgeblichen Industriekreise nun nichts mehr davon wissen. Vergebens versuchte der Präsident, das War Industry Board als Industrial Board beizubehalten. Die Herren, die so selbstlos für einen Dollar pro Jahr im Kriegsindustrieamt die Millionen und Milliarden verteilt hatten, wollten nun keine Wirtschaftskontrolle mehr. Sie wollten zu Hause wieder auf die alte Weise wirtschaften. Und das taten sich auch: der Präsident mußte klein beigeben. ...

*Amerikas rührende Fürsorge für Deutschland*

Die Amerikaner schätzten uns richtig ein durch das ganze Jahrhundert. Sie wußten auf die Deutschen ist Verlaß. Erst konnten sie die Nation 1917/18 kaputtschießen, danach, in den goldenen zwanziger, den braunen dreißiger Jahren, sie wieder auferstehen lassen, in den vierziger Jahren ihr erneut den Rest geben, recht kräftig sogar und endlich in den fünfziger Jahren sie abermals aufrüsten – ein wahrhaft wundervolles Geschäft, das Geschäft des Jahrtausends.
... Im ... Jahr (1924) ist es bezeichnenderweise ein Bankier, Charles G. Dawes, der (in dem seinen Namen tragenden Plan) für eine Reorganisation der Deutschen Reichsbank und die Stabilisierung der deutschen Währung eintritt durch eine Anleihe von nicht weniger als 800 Millionen Goldmark.
Eine mildtätige Aktion? Ein karitativer Anflug? Ein Samariterdienst? Nun, man brauchte eine gewisse wirtschaftliche Gesundung, eine aktive Handelsbilanz, um weitere Reparationsleistungen zu bekommen, um Deutschland auch künftig auspowern zu können.
Dabei mußte es auf die endgültige Festsetzung der Höhe der Reparationen freilich verzichten. Doch ermöglichte die gewaltige Geldspritze die Rückkehr der deutschen Währung zum Goldstandard. Und da die deutsche Wirtschaft nun wieder in Schwung kommt, die deutsche Tüchtigkeit floriert, der innerdeutsche Markt sich förmlich bläht, zieht die erste Anleihe die nächste nach sich, dann immer neue mit hohen Zinssätzen natürlich, auch für langfristige Projekte, und bald sind die ausländischen, meist US-Anleihen auf 16 Milliarden geklettert.
Hatte Arthur Rosenberg, der marxistische Historiker, so unrecht, als er schrieb, Deutschland sei damals zu einer Kolonie der New Yorker Börse geworden? Jedenfalls wuchs Deutschlands Verschuldung infolge dieser Kredite immer mehr.
Dabei aber blieb es nicht. Man kam den Deutschen noch weiter entgegen durch eine Revision des Dawes-Planes, im sogenannten Young-Plan, benannt wiederum nach einem amerikani-

schen Finanzmagnaten, dem Industriellen und Direktor der New Yorker Federal Reserve Bank, Owen D. Young. Man reduzierte die deutschen Reparationszahlungen im Jahr 1929 auf 37 jährliche Zahlungen in Höhe von 2,05 Milliarden Reichsmark, danach noch auf 22 Jahresraten bis 1988 in Höhe von 1,65 Milliarden Reichsmark. Und zur Sicherung der Interessen des internationalen Finanzkapitals, besonders des amerikanischen, gründete man in Basel die "Bank für internationalen Zahlungsausgleich".

Freilich erwies sich auch der Young-Plan rasch als undurchführbar. So sah bereits das Hoover-Moratorium vom 20. Juni 1931, angeregt durch den Präsidenten Hoover, eine vorübergehende Schuldensistierung vor, eine einjährige Aussetzung interalliierter Kriegsschulden und Reparationszahlungen im Interesse der US-Bankiers, die um die Sicherheit ihrer Investitionen in Deutschland bangten. Nicht genug. Im Juni/Juli 1932, ein halbes Jahr vor Hitlers Machtantritt, streicht man auf der Konferenz von Lausanne mehr als 90 % der noch im Young-Plan geforderten Zahlungen.

Nun war das Motiv für all diese ja in nur wenigen Jahren Deutschland gewährten Milliarden-Kredite selbstverständlich nichts als politische und vor allem wirtschaftliche Spekulation, nichts als nackte Profitsucht. Ausschließlich deshalb versuchte man den ruinierten Weltkriegsgegner vor einer zu starken Schwächung (zugunsten Frankreichs), vor dem völligen finanziellen Fiasko, aber auch vor einer drohenden sozialistischen Revolution zu retten.

Eine gewisse Stärke Deutschlands, wirtschaftlich und sogar militärisch, hatte gerade Präsident Wilson seit der deutschen Niederlage angestrebt. Und länger als ein Jahrzehnt wurde diese "amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland" (Werner Linke) fortgesetzt. Noch 1931 sagte Außenminister Henry Stimson zu Präsident Hoover, daß "wir fest an die Situation Deutschlands gebunden sind".

Sofort nach dem Waffenstillstand begannen amerikanische Militärbeauftragte, "ein sehr enges und sogar herzliches Verhältnis zur deutschen Reichswehr aufzubauen, die uneingeschränkt pro-amerikanisch zu sein schien."

Ebenfalls engagierten sich alsbald amerikanische Geschäftsleute in der Weimarer Republik und bauten "systematisch ihren Anteil an der deutschen Wirtschaft aus", durch Kredite, durch Fusionen. Und indem Amerika Deutschland stabilisieren half, "steigerte es natürlich dessen militärische Möglichkeiten" (Klaus Schwabe).

Der ganze Geldfluß kam, gewollt oder nicht, auch der insgeheim betriebenen Wiederaufrüstung zugute. Denn schon lange vor Hitlers Machtergreifung war diese Wiederaufrüstung geplant, hatte das Militär projektiert, die Armee von sieben auf 21 Divisionen zu erweitern. Das dürfte den USA schwerlich unbekannt geblieben sein, zumal man es schon Ende der zwanziger Jahre relativ weit gebracht hatte. Von 8 1/3 Millionen Reichsmark Gesamtausgaben des Deutschen Reiches (abzüglich der Überweisungen an die Länder) entfielen bereits 1928/29 nicht weniger als 63,5 % zur Deckung der Folgen des letzten Krieges und zur Vorbereitung eines neuen, nämlich 5 1/3 Milliarden RM; während aus den restlichen 3 Milliarden RM sämtliche andere Ausgaben bestritten werden mußten.

Wenn sich Hitler 1931 von dem katholischen Reichskanzler Heinrich Brüning "tief beeindruckt" zeigte, so offenbar nicht wegen seines Glaubens, sondern wegen seines enormen Rüstungsprogramms. Betrieb der katholische Kanzler, ein im Weltkrieg mehrfach ausgezeichneter Infanterieoffizier, doch insgeheim die deutsche Wiederbewaffnung, besonders die Förderung der Luftstreitkräfte. Die "Luftfahrtabteilung" seines Verkehrsministeriums leitete jener Hauptmann Brandenburg, der ein Jahrzehnt später maßgebend an der Leitung der Fliegerangriffe auf London beteiligt war. Flugzeugfirmen wie Junkers und Heinkel wurden bereits stark staatlich subventioniert. Militärflieger in 44 illegalen Ausbildungslagern geschult, und in den Tresoren lagen detaillierte Pläne für die Bombardierung von London, Paris und der Maginotlinie.

Die Staatsausgaben des Deutschen Reiches für Kriegsfolgen und Kriegsvorbereitungen betrugen damals, beispielsweise, das Hundertfache seiner Ausgaben für Bildung! Denn warum Leute bilden lassen, die man doch wieder (und immer wieder!) abschlachten läßt? Oder anders gesagt: Würden sich Menschen für Hasardeure und Gangster noch umbringen lassen, wären sie gebildet? Kritisch aufgeklärt?
Das Verfassungs- und Außenpolitische Ziel des katholischen Zentrumskanzlers Brüning war weniger Erhaltung der Demokratie als vielmehr die Wiederherstellung der Monarchie, und zwar in ihrer alten Machtfülle; nicht nur militärische Gleichberechtigung Deutschlands, sondern, visionäre Endziele freilich vorerst, Revision der deutschen Ostgrenze, vielleicht gar eines Tages, als Erbe der einstigen Donaumonarchie, die Führung Südosteuropas. "Diese Außenpolitik hat zur innerpolitischen Faschisierung Deutschlands, wenngleich ungewollt, einen kräftigen Beitrag geleistet, die internationalen Voraussetzungen für ein Kabinett Hitler geschaffen und die ersten außenpolitischen Schritte des nationalsozialistischen Deutschland ermöglicht" (H. Graml).
Nun wurde Deutschland aber nicht nur offiziell von den Vereinigten Staaten unterstützt. Es gab eine zusätzliche inoffizielle, eine geheime Unterstützung, von der die deutsche Öffentlichkeit - und nicht nur sie - bis heute nichts ahnt. Diese Unterstützung leistete die internationale Hochfinanz, ganz besonders die der USA.

*Die Wallstreet kauft Hitler*
Es waren dieselben Wallstreet-Kreise, die schon 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatten, die auch Hitler beisprangen, in der einzigen Absicht, seine Machtergreifung, seine Aufrüstung sowie den nächsten Weltkrieg zu ermöglichen und damit für sie selbst noch riesigere Gewinne als im letzten. Dieselben Wallstreet-Kreise übrigens, die nach 1945 auch den Kalten Krieg schürten und die großen Nutznießer der Remilitarisierung der deutschen Bundesrepublik wurden.
Treffend resümiert der Amerikaner H. R. Knickerbocker in seinem Buch "Deutschland So oder So?" die Lage in Europa im Jahr 1932: "Die amerikanischen Investitionen auf dem europäischen Kontinent sind in einem Schlachtfeld angelegt".
Und eine von Henry Ford tradierte Äußerung Paul Warburgs vor einem Senatsausschuß besagt, "daß es zur jüdischen Politik - vielleicht zu der großer Finanz-Firmen im Allgemeinen - gehört, auf alle Parteien zu setzen, so daß ihre Interessen auf jeden Fall gesichert sind, gleichviel welche Partei obenauf kommt".
Man hat die Summe, mit der Adolf Hitler gekauft worden ist, um den Zweiten Weltkrieg zu inszenieren, auf etwa eineinhalb Milliarden Mark, nach heutiger Kaufkraft, geschätzt. So fragwürdig diese Bezifferung sein mag - feststeht, daß Hitler nicht nur der Erfüllungsgehilfe der deutschen Industrie gewesen ist. Und wenn diese Industrie, wie seit langem erwiesen, doch längst nicht jedermann bekannt, selbst während des Ersten Weltkrieges - mit Wissen der obersten deutschen Behörden! - auch die Feindstaaten beliefert hat (die Firma Thyssen, die dann auch Hitler mitfinanzierte, gelegentlich sogar fast halb so billig wie die eigene deutsche Heeresverwaltung).
Warum sollten amerikanische Banken nicht Hitler finanzieren, noch dazu im Frieden?
So "hausgemacht", so ein Produkt bloß deutschen Mistes, wie immer wieder hingestellt, ist Hitler nicht gewesen.
Man sollte den überragenden Einfluß des Geldes, das doch nach einem ebenso alten wie zutreffenden Gemeinplatz die Welt regiert, nicht ausgerechnet auf Politik und Geschichte geringer veranschlagen, als es ihm zukommt. Wobei es keine so große Rolle spielt, ob die Regierenden etwas von Geld verstehen, aber eine große Rolle, die größte, ob sie Geld haben, wieviel, woher und wofür.

"Die Vereinigten Staaten", schreibt Henry Ford, "haben noch nie einen Präsidenten gehabt, der etwas von Geldsachen verstanden hätte, sie mußten ihren Rat in solchen Dingen stets bei den Geldleuten holen. Geld ist das verbreitetste Gut, wird am meisten verwaltet und regiert; und doch hat die Regierung nichts damit zu tun, außer wenn sie, wie das Volk, gezwungen ist, es sich von denen zu verschaffen, die es beherrschen".
Seit der Antike war es üblich, die Völker durch Aufrüstung und Kriege auszunehmen, sie symbolisch und faktisch bluten zu lassen. Der Bankexperte O.M. Blessing will von Konstantin, dem ersten christlichen Kaiser, bis zum Zweiten Weltkrieg 815 Großkriege gezählt haben mit anschließender erbarmungsloser Schröpfung der Überlebenden "durch inflationäre Währungsreformen".
Und während des ganzen 20. Jahrhunderts schürte die gewaltigste Hydra internationaler Finanzmacht die zwischen diversen Staaten schwelenden Konflikte und hetzte die von ihr mehr oder weniger gegängelten und dann mehr oder weniger gebeutelten und gewürgten Gegner aufeinander, verursachte sie Kriege (mit), einzig und allein, um durch ihre eiskalt abgewogenen mörderischen Einsätze noch mehr zu gewinnen, mehr Macht noch und noch mehr Geld.
Die etablierte Geschichtsschreibung, die mitunter so überheblich wie unlauter auf Objektivität insistiert, vernachlässigt noch immer gerade die wirtschaftlichen Komponenten im globalen Beziehungsgeflecht, die ökonomischen Faktoren als bestimmende Antriebskräfte, und spart die Manipulationen des multinationalen Geldgesindels gewöhnlich gänzlich aus. Sie dient meist mehr der Verschleierung geschichtsentscheidender Züge als deren Aufdeckung, dient mehr den herrschenden Strömungen und Potentaten als der echten Kritik.
Man denke doch nur an die deutsche Geschichtswissenschaft dieses Jahrhunderts! ...
Hitlers inländische Unterstützungen reichten in der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 bei weitem nicht aus, auch nicht die Gelder, die für ihn der Bankier und spätere Parteigenosse SS-Brigadeführer Freiherr von Schröder und die Ruhrindustrie natürlich zu ihren Gunsten mobilisierten.
Auch ein weiterer Großkapitalist wurde zur Rettung Deutschlands aktiv. 1929 appellierte Alfred Hugenberg in einem Rundschreiben an 3.000 US-Millionäre, das drohende Chaos in Deutschland abzuwenden. Bis 1918 Vorsitzender des Krupp-Direktoriums, dann eigener Konzernchef, eine Art Axel Springer der Weimarer Republik, kooperierte Hugenberg zeitweise eng mit Hitler, wurde 1933 Reichswirtschafts- und -ernährungsminister und blieb, bald zurückgetreten, bis 1945 Mitglied des Reichstags.
In seinem Brief an die US-Millionäre beschwor der Konzernherr bereits die Gefahr eines Krieges mit der Sowjetunion und machte klar, offenbar eigentliches Ziel der Agitation, daß man Geld brauchte für eine Partei, die wieder aufrüste. Er schloß seinen Appell: "Unsere Sache ist die Ihre".
Hugenbergs Aufruf verhallte jenseits des Atlantik nicht ungehört. Es war das Jahr der heraufziehenden großen Wirtschaftspanik, die US-Stahlkonzerne lagen darnieder. Wie hätte da nicht das mit einer deutschen Aufrüstung verbundene Geschäft verlocken sollen! Zwar hatte die Weimarer Republik die Remilitarisierung bereits eingeleitet, doch im großen Stil konnte man dies wohl erst von dem Heil- und Siegbringer aus Braunau erhoffen.
Daß Hitler die Mittel für seine äußerst intensiven Wahlfeldzüge in den frühen dreißiger Jahren weder aus den Beiträgen seiner Genossen noch von den Geldern der deutschen Industrie bestreiten konnte, hatten aufmerksame Beobachter bemerkt. Diese Finanzquellen waren nach Feststellungen der Preußischen Polizei im Sommer 1930 stark zurückgegangen. Doch gab es neben der Parteikasse noch einen Geheimfonds, und amtliche Stellen Berlins hatten auch Hitlers Finanzierung durch ausländische Geldgeber längst registriert.
Daß der deutsche "Führer" käuflich war, ist früh bekannt gewesen. Schon ein Prozeß im Sommer 1923 wegen der NSDAP-Finanzierung hatte ergeben, daß der Partei dreimal große

Geldbeträge aus dem Saargebiet über die Deutsche Bank zugegangen waren. Nach Überzeugung des Gerichts stammten sie von amerikanischer Seite, dem Großindustriellen Henry Ford, der lebhaft eine deutsche Aufrüstung wünschte.
Agenten des langjährigen preußischen Innenministers Carl Severing (zwischen 1928 und 1930 Reichsinnenminister) hatten seit 1929 aber auch Verhandlungen Hitlers mit US-Bankiers im Berliner Hotel Adlon beobachtet, Verhandlungen, die dort bis 1933 stattfanden. (Das Resultat dieser Untersuchungen gelangte später ins "Abegg-Archiv" in Zürich, wo es allerdings nicht mehr ist.)
Severing beauftragte Ende 1931 seinen Staatssekretär Dr. Abegg mit Nachforschungen über Hitlers Vorleben und seine ausländischen Finanzquellen. Dabei ergab sich, das Geld für die aufwendige Nazipropaganda stammte "nur aus dem Ausland, insbesondere aus den USA". - Übrigens hatte Hitler auch einen großen Teil der Waffen für SA und SS nicht von der Reichswehr, sondern vom Ausland erhalten.
An den Konferenzen im Hotel Adlon waren beteiligt: "Bankier Warburg als Treuhänder des New Yorker Bankhauses Kuhn, Loeb & Co. sowie eine Gruppe der amerikanischen Ölfinanz. Auf deutscher Seite haben an den Verhandlungen teilgenommen Hitler, Göring, Georg Strasser, von Heydt, ein Berliner Rechtsanwalt L. ..."
Was aber bestimmte Warburg, den Treuhänder von Kuhn, Loeb & Co., von demselben Bankhaus also, das 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatte, nun Hitler zu finanzieren, und zwar mit der beträchtlichen Summe von 32 Millionen Dollar, 128 Millionen Reichsmark (60, 40 und 28 Millionen), die getarnt über verschiedene Banken, die Banca d'Italia, Rom, die Bank Mendelson & Co., Amsterdam u.a., in Hitlers Hand gelangten?
Nicht nur darüber hinterließ Unterhändler Warburg selbst Aufzeichnungen. Daraus ergibt sich, daß die US-Hochfinanz 1929 an ausländische Regierungen und Private Forderungen von etwa 85 Milliarden Dollar hatte, und daß sie, wie die US-Regierungen, den Frankreich zu sehr begünstigenden Versailler Vertrag mißbilligte.
Frankreich nämlich bestand auf Reparationen in Gold, nicht in Natura, und alle Deutschland-Kredite der USA seien über die Reparationen Frankreich zugute gekommen. Nur wenn es keine Reparationen mehr erhalte, könnten sich Deutschland und auch die USA wieder erholen. Zudem fürchteten die Amerikaner die seit dem Rapallo-Vertrag, dieser antiwestlichen Demonstration, sich entwickelnde Ost-Orientierung Deutschlands, dessen politische und wirtschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion, ja, sie befürchteten einen bolschewistischen Umsturz im Land. Und während Frankreich aus Sicherheitsgründen ein schwaches Deutschland wünschte, wollten die USA ein starkes - wie nach 1945 wieder!
Bei Beratungen der Präsidenten der "Federal Reserve" Banken, des eigentlichen Finanzzentrums der Wallstreet, der fünf unabhängigen Banken, Vertreter der Royal Dutch, der Standard Oil, Rockefeller jun. u.a. im Sommer 1929 wurde Warburg schließlich gebeten zu prüfen, ob Hitler für amerikanisches Geld zugänglich sei. Als Gegenleistung hätte dieser gegenüber Frankreich eine aggressive Außenpolitik einzuleiten, sollte aber "in die wirklichen Motive der amerikanischen Unterstützung nicht eingeweiht werden".
Hitler seinerseits habe bei den Verhandlungen in Berlin betont, "daß er mit den Arbeitslosen alles machen könne, wenn er ihnen nur Uniformen und Verpflegung gebe ... Auf diese Weise werde er Frankreich schon klein bekommen ... Alles hinge vom Geld ab ... Die USA-Hochfinanz habe doch sicher ein Interesse daran, daß er, Hitler, an die Macht komme, denn sonst hätte sie ihm nicht bereits 10 Millionen Dollar übergeben ... Wenn er von der USA-Hochfinanz 500 Millionen Mark erhalte, sei er in sechs Monaten fertig."
Hitler habe auch die Kommunisten als erledigt bezeichnet und erklärt, er werde nun die Sozialdemokraten ausschalten, durch Wahlen oder mit Gewalt. Eventuell komme noch eine Verhaftung von Hindenburg, Schleicher, Papen, Brüning in Betracht, aber alles koste Geld, und

das bisher aus den USA erhaltene sei verbraucht.
Kurz vor Hitlers überraschendem Wahlsieg 1930, errungen mit einem für deutsche Verhältnisse ganz ungewöhnlichen Propaganda-Aufwand, war das große Geld aus dem Ausland gekommen und floß weiter bis zu seiner Machtübernahme 1933. Die Summe von Kuhn, Loeb & Co., die ihm zwischen 1929 und 1933 den Weg zur Macht ebnete, war zwar sehr stattlich, doch nicht überdimensional, spielte aber die Rolle des "Züngleins an der Waage". Die Wallstreet-Bankiers hatten gut kalkuliert, nicht mehr gegeben als nötig, doch genau so viel. Sind sie ja wohl einem Mann wie Hitler, der das ihm wirklich Zugedachte kaum ahnen konnte, geistig weit überlegen gewesen, jedenfalls mehr als charakterlich.
Informiert über die Recherchen Abeggs waren zunächst Reichskanzler Brüning und General von Schleicher, seit 1929 Chef des neu errichteten Ministeramts im Reichswehrministerium und am 2. Dezember 1932 selber Reichskanzler.
Als sich Abegg dann im Frühjahr 1933 in die Schweiz absetzte, beschlagnahmte die SS bei einer Durchsuchung seiner Wohnung das Dossier Hitler. Das Duplikat sollte sie ein Jahr später bei einer Durchsuchung des Hauses von General Schleicher sicherstellen; der General, ein intimer Kenner von Hitlers Auslandsfinanzierung, und seine Frau wurden bei dieser Gelegenheit im Zusammenhang mit dem sogenannten Röhmputsch ermordet.
Ebenfalls beseitigte man seinerzeit einen weiteren Mitwisser von Hitlers geheimen Geldquellen, Georg Strasser, der innerhalb der NSDAP antikapitalistische Ideen vertrat und als Führer der sozialistischen Opposition galt. Hitler hatte ihn gleichwohl 1925 zum Reichsorganisationsleiter der Partei ernannt, deren Finanzierung sowohl Strasser wie Schleicher genau bekannt war.
Selbstverständlich standen die Hitler so verhängnisvoll fördernden ausländischen Geldgeber nicht vor dem Nürnberger Tribunal. Selbstverständlich wurden die Dokumente des Abegg-Archives beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß nicht zugelassen. Das heikle Thema der Hitler-Unterstützung durch die großen Finanzmächte der USA durfte unter keinen Umständen auch nur erwähnt werden. Als es der zunächst länger mit Hitler kooperierende Bankier und Politiker Hjalmar Schacht, bis 1937 Reichswirtschaftsminister, bis 1939 Reichsbankpräsident, zur Sprache bringen wollte, wurde er rasch zum Schweigen gebracht.
"Als Schacht", meldete die "Neue Zürcher Zeitung" am 2. Mai 1946, "wiederum auf die Haltung ausländischer Mächte gegenüber der Nazi-Regierung und auf die Hilfe, die sie ihr angedeihen ließen, zu sprechen kam, entschied der Gerichtshof, daß diese Dinge mit der Sache nichts zu tun hätten und daher unzulässig seien ..."
Es ist auffallend, daß damals die Sowjetunion nicht auf Offenlegung des Sachverhalts bestand.
Sollte dies wirklich darauf zurückzuführen sein, daß Hitlers Förderung durch die westliche Hochfinanz "auch im Interesse des neozaristischen Staatskapitalismus", das "kommunistische" Moskau nur "ein Zweigbetrieb der Wallstreet" gewesen sei, der Weltöffentlichkeit bloß durch permanente ideologische Scheingefechte verschleiert?
Hitlers Bezahlung durch das Bankhaus Warburg und das amerikanische Großkapital thematisierte auch das 1933 von Van Holkema & Warendorf, Amsterdam, unter dem Namen von Sidney Warburg verlegte Buch "De Geldbronnen van het Nationaal-Socialisme. Drie gesprekken met Hitler door Sidney Warburg".
Doch wurde das Buch kurz nach der Publikation vom Verlag aus dem Handel gezogen bzw. zurückgekauft, und zwar durch einen Amsterdamer Rechtsanwalt, offensichtlich im Auftrag der Warburgfamilie, ohne daß man natürlich alle Exemplare wieder bekommen konnte. (Zwei Bände gelangten in die Hände des österreichischen Gesandten von Alexis in Den Haag.)
Gegen die baden-württembergische Deutsche Gemeinschaft, die 1950 beweiskräftige Dokumente über die Finanzierung der Hitler-Wahlen von 1930 bis 1933 veröffentlicht hatte, wurde

prozessiert. Diesen Prozeß, doch eine historische Sensation ersten Ranges, gewann die Deutsche Gemeinschaft auch, aber keine einzige deutsche Zeitung berichtete darüber zu einer Zeit, da die Remilitarisierung Deutschlands schon eingeleitet war.
Nun gab es aber weitere amerikanische Banken, die Hitler finanzierten, sogar noch viel höher, obwohl auch darüber fast nichts durchgesickert ist.

*John Foster Dulles – eine Milliarde für den "Führer"*
Schon im Oktober 1944 hatte US-Senator Claude Pepper, Florida, geäußert, zu jenen, die Hitler zur Macht verhalfen, habe auch John Foster Dulles gehört, "denn es waren Dulles' Firma und die Schroeder-Bank, die Hitler das Geld beschafften, das er benötigte, um seine Laufbahn als internationaler Bandit anzutreten".
Erstaunt es, daß ausgerechnet John Foster Dulles sich derart engagierte, der nachmalige US-Außenminister und Adenauer-Freund?
Doch war damals, 1932/33, nicht auch Adenauer selbst dafür eingetreten, daß die Hitlerpartei "unbedingt führend an der Regierung vertreten" sein müsse?
Er war.
Und agitierte dafür nicht mit aller Kraft auch Adenauers Glaubens- und Parteigenosse Franz von Papen, der baldige Stellvertreter Hitlers und Päpstliche Kammerherr?
Er agitierte.
Und Papen kannte natürlich auch den Bankier und Parteigenossen Baron Schroeder, der seinerseits wieder nicht nur mit Hitlers Wirtschaftsberater Keppler in ständiger Verbindung stand, sondern zugleich auch mit einem amerikanischen Banken-Konzern, den John Foster Dulles juristisch beriet. Nach US-Presseberichten nahm Dulles auch an jener, so Papen später, "nun geschichtlich gewordenen Unterredung" im Hause von Schroeder teil, bei der, wie man annehmen darf, Papen Hitler die Unterstützung des Papstes zugesichert hat.
Die New York Times berichtet im Januar 1933 über den Dulles-Besuch in Köln und erinnert noch einmal am 11. November 1944 daran. Beide Artikel sollen aber aus den amerikanischen Bibliotheken verschwunden sein. Auch der ehemalige amerikanische Botschafter in Berlin, William E. Dodd, notiert in seinem Tagebuch, daß die von Dulles vertretenen Banken schon Ende 1933 Deutschland Anleihen im Wert von einer Milliarde Dollar gewährt hatten.
Auf diese Zusammenhänge machte ich in mehreren Artikeln aufmerksam. Dazu schrieb mir ein junger Politologe:
"Meine eigenen Nachforschungen geben Ihnen Recht. Ich schreibe gegenwärtig eine Dissertation über das Thema eines Weltbürgerkrieges von 1939-45, der mit einer neuen Siegeridentität für die Deutschen endete. Seit 1945 gibt es im Westen Deutschlands befreite Demokraten, im Osten befreite Sozialisten.
Aber wo bleiben die besiegten Deutschen?
In der Erforschung der Großlage stieß ich auf die obige Stelle in Ihrem Artikel. Das bringt mich zur eigentlichen Frage an Sie:
Ist es möglich, von Ihnen eine unzensurierte Fotokopie oder das genaue Datum und Titel der NYT Artikel im Januar 1933, sowie die Überschrift des Artikels vom 11. November 1944 zu erhalten?
Die NYT aus diesen Jahren ist bei den mir zur Verfügung stehenden Quellen auf Mikrofilm gespeichert. An der Universität von Kalifornien in Los Angeles faßte ich die Kopien aus. Erstaunlicherweise, die Ausgabe vom 11. November 1944 ist ganze 14 Seiten kürzer, von normalen 40 Seiten schrumpfte die Kopie auf dem Film auf 26 zusammen. Meine Fragen an die Bibliothekare wurden nur mit ungläubigem Achselzucken beantwortet.
Die Januar 1933-Ausgaben enthalten keine Angaben über den angeblichen Besuch Dulles' bei Schroeder; auch hier griff jemand vorsätzlich zur Schnittschere. Man schlug dann vor, daß ich

die besagten Artikel aus dem Ausland beziehe, bevor ich mich zwecks einer Erklärung und Vergleich an die NYT wende. Weiter erfuhr ich, daß die Mikrofilmkopien in Michigan durch Ann Arbor hergestellt werden, eine der wenigen Zentralstellen, wo möglich direkter Einfluß und Zensur von Washington ausgeübt werden konnte.
Es ist durchaus denkbar, daß in den Jahren nach dem Krieg gewisse Informationen verschwanden, waren (und sind) doch bestimmte Gruppen in den USA an einem ganz bestimmten historischen (Zerr)Bild Deutschlands interessiert."
Die Fürsorge des amerikanischen Großkapitals für Hitler dauerte sogar nach Jahren seiner Terrorherrschaft noch fort. Und natürlich hatte man längst in diese Fürsorge auch die italienischen Faschisten eingeschlossen, hatte etwa J. P. Morgan & Co. Mussolini schon in den zwanziger Jahren Kredite und Anleihen im Wert von 100 Millionen Dollar gegeben. Warum auch nicht – wenn Mussolinis damaliger Bundesgenosse, Papst Pius XI., der ihn schon mit an die Macht gebracht und diese dann wie keiner sonst gefestigt hatte, doch auch mit Morgan verbunden war?!
Denn soweit der größere Teil der vatikanischen Milliarden nicht bei der Crédit Suisse, Zürich, steckte, hatte man sie beim Bankhaus in New York deponiert, dessen nicht-katholischem Oberhaupt John P. Morgan, Papst Pius XI. denn auch für all seine Verdienste 1938, ein Jahr vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, einen hohen päpstlichen Orden verlieh. Derselbe Papst, der auch Hitler die Diktatur ermöglichte, da er von ihm, wiederholt erklärt, die Zerstörung des Kommunismus und Bolschewismus erwartete, was ohne Krieg nicht möglich war.
... Amerikanische Banken, darunter besonders Morgan und Dillon, Read, hofften seinerzeit auf einen Krieg Hitlers gegen Rußland und waren bereit, ihn dafür zu finanzieren. …<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) berichtete im Jahre 1996 in seinem Buch "Der Moloch …" über die Machtpolitik des US-Imperiums (x068/229-304): >>**Dasselbe Spiel im Zweiten Weltkrieg**
*… F.D. Roosevelt heuchelt Neutralität*
Die ungeheuren Kriegsgewinne des kleinsten, aber mächtigsten US-Zirkels konnten nicht verborgen bleiben. Im Frühjahr 1934 forschte ihnen sogar ein Senatsausschuß unter Vorsitz von Gerald P. Nye, North Dakota, nach. Aufgrund eines gewaltigen, von anderer Seite natürlich angefochtenen Materials erwies sich der Kriegseintritt der USA 1917 weitestgehend, wenn nicht fast ausschließlich, als das Resultat der kriegstreiberischen Kooperation von Rüstungsindustrie und Banken. Renommierte Historiker wie Harry Elmer Barnes oder Charles A. Beard kamen zu ähnlichen Schlüssen, die nach jenen, die mit den Wölfen heulen, versteht sich, nichts als Kurzschlüsse waren. Indes sind die Dinge evident.
Das amerikanische Volk neigte vor und bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs in seiner großen Mehrheit dem Isolationismus zu; kein Zufall. Gerade im Bewußtsein der Kriegstreibereien und Kriegsgewinne des Großkapitals im Ersten Weltkrieg wollte man weithin Neutralität. Man hielt die Beteiligung an diesem Krieg für einen Fehler, sprach viel von Neutralität, der "Neuen Neutralität", die chauvinistischen Kreise mußten sich mehr oder weniger zurückhalten.
Es kam sogar zu diversen Neutralitätsgesetzen, womit man vor allem den Präsidenten zu binden suchte, ebenso aber auch die Außenwirtschaft, die natürlich an Produktion und Verkauf von Kriegsmaterial sowie kriegswichtigen Gütern aller Art lebhaft interessiert war, die ihre "Erfolge" vom Ersten Weltkrieg wiederholen, möglichst noch übertreffen wollte. Hitler und Mussolini aber fühlten sich durch diese Verfügungen eher ermutigt, mußten sie doch annehmen, daß ihre Gegner kein Kriegsmaterial aus den USA bekommen würden. Roosevelt selbst bekannte später: "Unser Waffenembargo begünstigte die Aggression."
Das amerikanische Volk freilich wollte den Frieden - wie zunächst auch im Ersten Weltkrieg.
Und Roosevelt war inzwischen, nach einem der erbittertsten Wahlkämpfe der US-Geschichte,

am 3. November 1936 wieder gewählt worden mit dem Versprechen der Neutralität. Vier Wochen darauf eröffnete er in Buenos Aires die Inter-America-Konferenz zur Erhaltung des Friedens.
Doch spätestens seit Beginn des Zweiten Weltkriegs ist der Präsident nicht mehr neutral, falls er es, was man bezweifeln darf, je war. Er beeilt sich nun, die Neutralitätsgesetze, die er im Frieden, vor seiner Wiederwahl, eingeführt, im Krieg wieder aufzuheben. Vor allem das Verbot, "Waffen, Munition und Kriegsgerät" an Kriegsführende zu verkaufen, würde nun die schönsten und größten Geschäfte unmöglich machen. Kraft des neuen Gesetzes aber werden im Lauf des Krieges über 50 Milliarden Dollar umgesetzt. (Kaum freilich ist der Krieg zu Ende, hat auch dieses Gesetz ausgedient. Es wird am 21. August 1945 annulliert.)
Auch ein Erlaß von 1934, der allen Staaten Kredite abschlägt, die ihre Schulden aus dem Ersten Weltkrieg noch nicht beglichen, ist jetzt hinderlich. Also verabschiedet man im März 1941 ein neues Darlehens-Gesetz, das es den USA gestattet, den Alliierten noch im selben Jahr mit Lieferungen im Wert von 750 Millionen Dollar beizustehen.
Im Kampf gegen die eigenen Neutralen aber, die Isolationisten, ist der Präsident nicht wählerisch. Er hält nicht nur seinen populärsten Gegner, den Atlantik-Überquerer und Volkshelden Charles A. Lindbergh, für einen Nazi, sondern rückt auch dessen Anhang in die Nähe von Nazi-Sympathisanten, Nazi-Agenten, Verrätern. Er schaltet seinen Justizminister, das FBJ und andere Behörden gegen sie ein, er läßt Telefone anzapfen. Nicht genug: "Führende Isolationisten fürchteten um ihr Leben. Viele erlitten das Ende ihrer Karriere. Ihr Ansehen wurde unwiderruflich zerstört, weil sie beschlossen hatten, alles in ihrem Kampf gegen die Außenpolitik des Präsidenten zu riskieren" (Wayne S. Cole).
Der Präsident aber täuscht weiter. Er lügt und schwindelt sich durch die Jahre. Scheinbar für Neutralität eintretend, bereitet er den Kriegseintritt vor. Das "Pacht- und Leihgesetz" dient diesem Zweck, die Aufhebung des Waffenembargos, die immense Aufrüstung, gerechtfertigt durch die Behauptung, sie mache den Kriegseintritt gerade unnötig.
Schreckte er doch immer wieder in Reden und Äußerungen das Volk durch die Gefahr eines deutschen Angriffs auf die USA. Und ein Teil seiner Minister stimmte in diese Propagandaphrasen, die nichts als Amerikas Kriegseintritt ermöglichen sollten, eifrig ein. Man machte jedermann vor, Hitlers letztes Ziel sei die Eroberung der USA, der ganzen Welt. Roosevelt selbst beschwor wahre Horrorvisionen:
"Statt der Bibel werden die Worte von Mein Kampf gewaltsam als Heilige Schrift durchgesetzt werden. An die Stelle des christlichen Kreuzes werden zwei Symbole treten - das Hakenkreuz und das blanke Schwert. Der Gott von Blut und Eisen wird den Platz des Gottes der Liebe und Barmherzigkeit einnehmen".
Kurz: "Die amerikanische Nation wurde mit Versprechungen über einen Nicht-Kriegseintritt in den Krieg geführt" (Detlef Junker).
Ein deutliches Signal für die drohende Einmischung war u.a. das berüchtigte Tauschgeschäft mit Großbritannien am 3. September 1940. Überläßt man England doch jetzt 50 ältere Zerstörer gegen die Verpachtung von Inseln in der Karibik, von Luft- und Seestützpunkten auf Neufundland, auf den Bermudas und den Bahamas, auf Jamaika, St. Lucia, Trinidad, Antigua und in Britisch-Guayana an die USA. Die "St. Louis Dispatch" kommentiert diesen Vorgang am nächsten Tag: "Diktator Roosevelt begeht eine Kriegshandlung".
Offensichtlich war Roosevelt seit längerem zum Kriegseintritt fest entschlossen. Wiederholt hatte er in den dreißiger Jahren die Gefahr eines unparteiischen Neutralismus beschworen, die eigene außenpolitische Reserve viel mehr geheuchelt als gehegt. Doch war er klug und Opportunist genug, sich dem deutlichen Volksbegehren scheinbar zu fügen. Immerhin wollte, nach Meinungsumfragen, die Mehrheit noch 1939 um fast keinen Preis einen Krieg. Noch im Oktober erklärten sich 96,5 % gegen den Kriegseintritt. Allerdings wünschten 84 % einen Sieg

der Westmächte und nur 2 % den Deutschlands. Roosevelt paßte sich wieder aalglatt an und behauptete: "Diese Nation wird neutral bleiben, aber ich kann nicht fordern, daß jeder Amerikaner auch in Gedanken neutral bleibe".
Für die Erhaltung des Friedens hat Roosevelt nichts getan – wenn auch jeden Wahlkampf mit Friedensparolen geführt, zweimal schon. Und 1940 ebenfalls. In einer Wahlrede versicherte er: "Ich werde es wieder und immer wieder sagen: Eure Jungen werden in keinen fremden Krieg geschickt werden!"
Dies erinnert fatal an seinen Vorgänger Wilson im Ersten Weltkrieg, der ebenfalls seinen Wahlkampf durch Friedensbeteuerungen gewann. Und genau wie Wilson suchte auch Roosevelt nur einen Vorwand zur Einmischung.
Wenige wußten dies so gut wie Churchill. Er wäre im Kampf gegen Hitler ohne die Hilfe der USA und der Sowjetunion in Kürze sang- und klanglos erledigt gewesen. Man darf ihm glauben, wenn er nach Roosevelts Wiederwahl am 6. November 1940 schreibt, "daß ich für ihren Erfolg gebetet habe und dankbar dafür bin" ...

*… und provoziert Deutschland*

... Die ungeheuren deutschen Siege aber im Frühjahr und Sommer 1940, die Überrollung Hollands, Belgiens, Frankreichs, die Besetzung Dänemarks und Norwegens, die Erfolge der deutschen Kriegsmarine, die Monat für Monat 500.000 Tonnen der Royal Navy in den Atlantik bohrte, erlaubten es nunmehr Roosevelt, eine gigantische Aufrüstung in Angriff zu nehmen, ermöglichten ihm immer gewaltigere Kriegslieferungen an Großbritannien, was der Präsident aber nicht als Kriegs-, sondern als nationale Verteidigungspolitik verstand. Denn noch immer erschien erst 30 % der US-Bevölkerung eine Einmischung berechtigt.
Doch Roosevelt plante bereits, mit Milliardensummen die US-Flotte fast zu verdoppeln und den Bestand von nicht ganz 3.000, zum Teil veralteten Kriegsflugzeugen durch eine jährliche Produktion von 50.000 zu vergrößern. Ferner holte er im Juni 1940 zwei alte Scharfmacher der Republikaner in sein Kabinett, Henry L. Stimson als Kriegs- und Frank Knox als Marineminister. Und im September sah er durch ein Wehrpflichtgesetz die Ausbildung von 1,2 Millionen Mann und 800.000 Reservisten vor. Aber da er auch ein drittes Mal gewählt werden wollte, versicherte er, die USA keinesfalls in den Krieg zu führen.
Kaum aber war er wieder Präsident, kurbelte er weiter die Rüstungsproduktion an. Und obwohl Hitler wohlweislich alles vermied, Amerika einen Grund zum Kriegseintritt zu geben, steuerte Roosevelt voll darauf zu. Während er fort und fort die Öffentlichkeit belog, legten schon britisch-amerikanische Generalstabsbesprechungen das Vorgehen fest, lieferte er pausenlos Kriegsmaterial an England, erlaubte er schließlich auch die Reparatur englischer Schiffe auf US-Werften, befahl er im April 1941 die Besetzung Grönlands, um die dort stationierten britischen Truppen abzulösen.
Dem kommunistischen Rußland, das im Land des Hochkapitalismus noch begreiflich wenig Sympathien genoß, gab er Anfang August großzügige Hilfsversprechen, hatte auch schon die Vermögenswerte der Achsenmächte in den USA "eingefroren" und deren Konsulate geschlossen. Kurz, von Neutralität war längst keine Rede mehr, das Neutralitätsgesetz ein purer Hohn, eine Karikatur, so sehr, daß selbst Churchill - freilich erst 1949 - gestand, die deutsche Regierung sei zur Kriegserklärung durchaus berechtigt gewesen.
Roosevelt provozierte Deutschland fortgesetzt, um endlich Krieg führen zu können. Er verletzte die Neutralität durch das Leih- und Pachtgesetz. Er befahl der Atlantikflotte, faschistische Kriegs- und Handelsschiffe zu verfolgen, ebenso Flugzeuge und deren Bewegungen alle vier Stunden der britischen Marine und Luftwaffe durch Funk zu übermitteln. Nicht einmal, als amerikanische Marine-Infanterie am 7. Juli 1941 in Island landete, um eine Besetzung durch deutsche Truppen zu verhindern, ließ sich Deutschland herausfordern.

"Wir verfolgten kein anderes Ziel, als die USA aus dem Krieg herauszuhalten", erklärte Ribbentrop. "Diese Politik erforderte auf deutscher Seite ein Übermaß von Zurückhaltung ... wir antworteten auf keine der zahllosen Provokationen".
Bezeichnend ist folgender Vorfall.
Am 4. September 1941 heftete sich der US-Zerstörer "Greer" südwestlich Islands auf die Fährte des deutschen U-Boots U 652. Dabei funkte der Zerstörer fortgesetzt seine Position, um britische Kriegsschiffe herbeizuziehen, bis ihn endlich das U-Boot mit zwei Torpedos angriff und er Wasserbomben warf; beides erfolglos. Doch gab Roosevelt eine Woche später die Sache als einerseits unprovozierten, andererseits wohlüberlegten Überfall, als groß angelegten Angriff auf Amerika aus. Ja, er kündigte nun für alle alliierten Schiffe zwischen Amerika und Island Geleitschutz an und befahl gegen Schiffe der Achsenmächte das Feuer "auf Sicht" zu eröffnen. Schließlich sagte er: "Die Schießerei ist losgegangen. Und die Geschichte verzeichnet, wer den ersten Schuß abfeuerte".
Für einen Krieg konnte der Präsident sein Volk nur gewinnen durch einen Angriff auf die USA oder deren Truppen. Da die Deutschen auf keinerlei Herausforderungen reagierten, reizte er nun dauernd Japan, das freilich ebenfalls keinen Krieg mit den USA wünschte, diesen vielmehr unbedingt verhindern wollte. Auch alle deutschen Bemühungen, Japans Furcht vor der vereinten Flottenmacht der Angelsachsen zu zerstreuen, scheiterten. ...

*Vergnügen mit Stalin*
… Den anglo-amerikanischen Waffenbrüdern war Stalins beinah beispielloser, zumindest bis dahin selbst Hitler in den Schatten stellender Despotismus natürlich bekannt.
Bekannt waren ihnen seine erbarmungslosen Ausrottungsmechanismen, seine fürchterlichen Terrororganisationen, die aus der Tscheka 1922 hervorgegangene berüchtigte GPU und schließlich seit 1934 der ebenso gefürchtete NKWD ...
Bekannt war ihnen die verheerenden "Säuberungen" zwischen 1936 und 1939, die in der Geschichte als "Jeschowschtschina" sozusagen fortlebenden Massenexekutionen, "eine Art Bartholomäusnacht in Permanenz" (Georg W. F. Hallgarten).
Bekannt war ihnen eine Reihe aufsehenerregender Entführungs- und Mordfälle, wodurch Stalin sich seiner Gegner entledigte.
Bekannt war ihnen, daß der rote Zar die lange Reihe russischer Despoten seit Iwan IV., dem Schrecklichen, vielleicht vielhundertfach übertraf.
Bekannt war ihnen, daß er Millionen und Abermillionen Unschuldiger in die entferntesten Winkel Sibiriens und Kasachstans zur Zwangsarbeit verschleppen ließ, um auch derart seine Fünfjahrespläne und die monströse sowjetische Industrialisierung buchstäblich durchzupeitschen.
Das alles hielt weder den Nobelmann Churchill noch gar Roosevelt ab, sich eng mit Stalin zu verbünden. Sobald er allerdings seine Hilfe geleistet hatte, ließ ihn Churchill fallen und bekämpfte ihn; Roosevelt hinderte der Tod daran. ...
... Churchill, ... der bereits 14 Tage nach Pearl Harbor eine Woche lang in Washington vorsprach, (tat) alles, um die russische Front, die ihm ja nächst der deutschen am fatalsten war, nicht zu früh zu entlasten. Bloß das nicht! Stalin mochte noch so drängen ... Churchill konnte das Unternehmen "Overlord", bis 1944 hinausschieben, das kostete sehr viel mehr Russenköpfe, aber sehr viel weniger der übrigen Alliierten, eine glatte Rechnung.
Solange keine "Zweite Front" bestand, solange die Invasion der Alliierten im Westen nicht begonnen hatte, war dies für Stalin begreiflicherweise stets das Problem Nummer Eins. ...
Doch mochte die russische Front auch brennen und bluten soviel sie wollte. Hauptsache sie stand. Im übrigen: je mehr Brand und Blut dort, desto besser doch. ...
Als der Brite seinerzeit erstmals Stalin persönlich begegnete, waren ihre Unterhaltungen teil-

weise, so Churchill, "äußerst unangenehm". ...
Churchill haßte die Sowjetunion glühend. Aber im Kampf gegen Hitler wäre er ohne sie gescheitert. So suchte er nicht nur "mit Gottes Hilfe die Welt von diesem Scheusal" zu befreien, sondern auch mit der Hilfe der doch kaum minder bösen Bolschewiken. Vorerst aber wollte Churchill "Rußland und dem russischen Volk jedmögliche Hilfe gewähren, die wir gewähren können. ...
Dann aber wollte Churchill nach Beseitigung des einen Scheusals, das andere erledigen, das ohne Zweifel ihm viel mehr geholfen hatte als er ihm. Im Krieg warb er um sowjetischen Beistand, nach dem Krieg attackierte er wie kein zweiter die Sowjetunion. …

*Erträglich, hocherträglich*
... Während die europäischen Völker bluteten und Millionen und Abermillionen ihrer Menschen verbluteten, sanierten sich die Vereinigten Staaten von Amerika und mauserten sich zur Weltmacht und schließlich zur führenden Weltmacht. Während die europäischen Länder viele Außenmärkte infolge des Krieges nicht mehr beliefern konnten, übernahmen diese wieder die USA, stellten sie auch Staaten, die sich mit Deutschland, Italien, Japan im Krieg befanden, Versorgungsgüter zur Verfügung, weiteten sie ihre Absatzmärkte, ihre Rohstoffquellen bis in den letzten Winkel der Welt aus, griffen sie für ihre Kriegsmobilisierung auf Ressourcen in Lateinamerika, Afrika, Indien zurück, das überdies eine große Armee gegen die Japaner in Burma aufstellte.
Die US-Rüstungsindustrie aber erfährt während des Zweiten Weltkrieges einen geradezu alptraumhaften Auftrieb. ...
Nur durch den Krieg kommt die zuvor so gebeutelte US-Wirtschaft wieder in Schwung. Bereits zwischen August 1939 und dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten im Dezember 1941 verdoppelte sich deren Industrieproduktion. Insgesamt stiegen die Importe um 50 %, die Exporte verdreifachten sich, der Aktivsaldo ist 1945 doppelt so hoch wie der von 1920, als man schon durch den Ersten Weltkrieg so immens sich saniert hatte.
Das europäische Fiasko brachte den USA auch jetzt wieder das Heil. "Fünf Jahre Krieg in Europa und Asien waren wirksamer als alle wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen des New Deal zwischen 1932 und 1939" (Claude Julien). Von 13 Millionen Arbeitslosen 1932 gab es 1938 noch immer 10 Millionen – trotz Roosevelt und "New Deal". Der Krieg aber brachte die Vollbeschäftigung und das volle Geschäft. ...

**Kalter Krieg und heiße Geschäfte**
*Die Russen sollen zur Hölle fahren*
Wie die USA aus dem Ersten Weltkrieg, dessen eigentliche Gewinner sie waren, am besten herauskamen, so erst recht aus dem Zweiten. Was die Europäer schwächte, hatte sie enorm gestärkt, ja zur mächtigsten Nation gemacht. Auch zur reichsten, mit Abstand. Nicht weniger als drei Viertel des gesamten Weltkapitals befanden sich in den USA. Ebenso zwei Drittel der gesamten Industriekapazität. All dies aber war ihnen mehr in den Schoß gefallen, als daß sie es sich erkämpft oder im strengen Sinn erarbeitet hätten. Auch deshalb verloren sie schon in wenigen Jahrzehnten eine einmalige industrielle Vormachtstellung.
Das Territorium der USA hatte durch den Krieg nicht gelitten. Kein Haus war zerbombt, kein Zivilist durch Kriegseinwirkungen getötet, keiner zum Flüchtling gemacht worden. Die Nation, seit nun bald zweihundert Jahren nie mehr innerhalb ihrer Grenzen attackiert, fühlte sich im Vollgefühl ihrer Kraft. Ruinen und Leichen in Europa und Japan, doch der "American way of life" nahm seinen Lauf, die "Pax Americana", das "amerikanische Jahrhundert" - mit dem Kalten Krieg, dem Koreakrieg, Vietnamkrieg, Golfkrieg und einer Fülle anderer "Interventionen".

Zur Sowjetunion war das Verhältnis der westlichen Führungsmacht gleich nach dem Zweiten Weltkrieg schon wieder so schlecht, wie es etwa noch 1931 gewesen war, als Präsident Hoover, der Vater der "Politik der guten Nachbarschaft", "die Vernichtung der UdSSR" sein Ziel genannt hatte. Zwar erkannte Roosevelt 1933 die Sowjetunion rasch an (freilich nur, um sie gegen Japan auszuspielen). Zwar fühlte sich die Masse der US-Amerikaner mit ihr im Weltkrieg eng verbunden. Doch bestand bereits neben dieser pro-russischen, scharf faschistenfeindlichen Richtung auch weiter eine antikommunistische Tendenz, ideologisch wie machtpolitisch motiviert, und sie setzte sich durch.
Schon während des ganzen Krieges hatten Deutsche und Amerikaner geheime, gegen die UdSSR gerichtete Verhandlungen geführt: in Vichy, Bern, Stockholm sowie im Vatikan, in Staaten, nebenbei, die mit Hitlerdeutschland sympathisierten. Und bereits Ende 1944 glaubte US-Admiral Furer die Amerikaner "jetzt darauf vorbereitet, der Tatsache ins Auge zu sehen, daß der Krieg zur Beendigung aller Kriege noch nicht gekämpft worden sei"; erklärte US-General Arnold gegenüber dem britischen Luftmarschall Portal, "unser nächster Feind sei Rußland".
Und kaum war Roosevelt beerdigt, so beschloß man einen Tag danach, am 15. April 1945, seine Politik umzukehren. Es geschah in einer Sitzung von etwa 15 Personen im Außenministerium, an der auch Vertreter des Kriegsministeriums teilnahmen, auch ehemalige Bankiers, wie John McCloy, auch Senator Vandenberg und John Foster Dulles, Präsidenten der führenden Aktiengesellschaften, der Präsident von General Motors, kurz, Repräsentanten von Großbanken und Großindustrie, die längst einen Kurswechsel befürwortet hatten.
Sie alle wünschten einen milden Frieden mit Deutschland, um dies als Bollwerk gegen Rußland aufzubauen. Der Wechsel der amerikanischen Politik wurde eingeleitet, bevor ernsthafte Schwierigkeiten zwischen beiden Weltmächten bestanden. Und er wurde weder durch den Präsidenten noch den Kongreß sanktioniert. Er erfolgte außerhalb demokratischer Legalität.
Für Truman, einen erfahrenen Taktiker, jedoch ohne geistige Qualifikation, war die demokratische Mission der USA ebenso ausgemacht wie das Streben Moskaus nach Weltherrschaft. Schon wenige Tage nach seiner Amtsübernahme prahlte er, "daß die Russen bald auf ihren Platz verwiesen würden und daß die Vereinigten Staaten dann die Führung dabei übernehmen würden, daß die Welt so regiert werde, wie sie regiert gehöre".
Den Russen gegenüber benahm sich Truman immer unfreundlicher. Noch in der Schlußphase des Krieges hatte man versucht, sie von dem - zunächst so begehrten - Eintritt in den Krieg gegen Japan abzuhalten. Bei der Regierungsbildung in Italien und Griechenland wurden sie gar nicht mehr gefragt, ihre gewünschte große Anleihe von mindestens zehn Milliarden Dollar wurde ebenso übergangen wie schließlich jede zusätzliche Lend-Lease-Lieferung - während man dem Kriegsfeind Deutschland im ureigenen Interesse bald entgegenkam.
Es spricht für sich, daß Truman schon am 23. April 1945 seinem Kabinett erklärt, "wenn die Russen sich uns nicht anschließen wollen, dann sollen sie eben zur Hölle fahren".

*… und die ganze Welt "das amerikanische System übernehmen"*

1946 versteifte sich die Haltung der USA gegenüber der Sowjetunion weiter. Man unterstellte ihr das Betreiben eines Dritten Weltkriegs und wollte ihr, so Truman am 5. Januar 1946, "eine eiserne Faust" zeigen. Die USA beendeten ab sofort ihre inoffiziellen Zusammenkünfte mit russischen Diplomaten, und bald darauf auch die in Potsdam beschlossenen Reparationsleistungen aus westdeutschen Demontagen. Kein Wunder, daß der Kreml im Gegenzug die Sowjetisierung Osteuropas immer rücksichtsloser betrieb. Hatten zunächst nur Albanien, Jugoslawien und Bulgarien kommunistische Regierungen, so dann auch Rumänien, Polen, Ungarn und zuletzt die Tschechoslowakei.
Washington aber ging es nun bloß noch darum, Amerika umzustimmen, das heißt, das gleiche

Geschäft zu besorgen wie schon im Ersten und im Zweiten Weltkrieg: die Nation mußte wieder kriegswillig gemacht und vor allem auch Westeuropa gegen Sowjetrußland mobilisiert werden.
Das amerikanische Volk aber, das nur mit Hilfe der Russen den großen Krieg gerade gewonnen, war 1945 keinesfalls bereit, die bisherigen Verbündeten plötzlich zu bekämpfen. Noch jetzt sprachen sich, laut einer Gallup-Umfrage, 55 % der Bevölkerung für ein weiteres Zusammengehen mit Rußland aus, darunter fast zwei Drittel aller gebildeten Amerikaner. (1918 hatten nur 2 % die Anerkennung des Sowjet-Staates befürwortet.) Inzwischen war die Mehrzahl prorussisch gesinnt. Dies jedoch mußte rückgängig gemacht werden. So wurde Moskau fortwährend gereizt. Es sollte immer der Nein-Sager, immer in Opposition sein zu den edlen Zielen und Taten der USA, sollte immer unbeliebter werden.
In diesen Zusammenhang gehören: der Abwurf der Atombombe zwei Tage vor dem vereinbarten Einmarsch der Russen in die Mandschurei; die Ernennung eines US-Oberkommandierenden für Japan, ohne die Russen überhaupt zu fragen; die Deklaration von Potsdam, die man publizierte, bevor die Russen ihr Einverständnis gegeben hatten; die Einfügung der Artikel 51 und 52 in die am 26. Juni 1945 in San Francisco verabschiedete Charta der Vereinten Nationen, die man damals - im Opernhaus! - aus der Taufe hob.
Und noch am selben Tag bliesen ihnen, wie der Präsident der Konferenz, Edward R. Stettinius, gleich klar erkannte, die Artikel 51 und 52 das Lebenslicht aus (kick the daylights out of the world organization).
Die Einfügung war das juristische Meisterstück von John Foster Dulles, der nicht von ungefähr den Ruf genoß, der beste Rechtsanwalt der USA zu sein; assistiert hatte ihm Senator Arthur H. Vandenberg (offiziell war Dulles der juristische Beirat). Der Text beider Artikel - voller Fußangeln, nur von Experten sofort zu verstehen - hob die restlichen 109 Artikel der Charta auf und bezweckte nichts anderes als die Isolierung der Sowjetunion und eine entscheidende Verschärfung der Spaltung zwischen den beiden Machtblöcken. L. L. Matthias nennt in seinem kaum genug zu empfehlenden Buch "Die Kehrseite der USA" das Werk von Vandenberg und Dulles den "coup d'état von San Francisco". Legten die beiden Artikel doch den juristischen Grundstein für die "Vereinten Nationen", die Spaltung der Welt in zwei Teile.
Das aber genügte noch nicht zur "Umerziehung" des amerikanischen Volkes, dem man vordem beigebracht, sich "Uncle Joe" zu denken wie zumindest frühere christliche Generationen den lieben Gott sich gedacht, weise, gütig und mit großem Schnurrbart. Um eine breite antirussische Mehrheit zu erzeugen, bedurfte es einer besonders Aufsehen erregenden Aktion, wobei man sich des alten und eigentlichen Gegenspielers von Stalin bediente, der populären britischen Kriegsfurie Churchill, so konservativ im Übrigen, daß er wohl am liebsten die ganze Welt mit Kaisern und Königen bevölkert hätte.
Noch im Oktober 1944 zwar hatte Churchill in Moskau einen Toast auf "Marschall Stalin" ausgebracht, ihn "Stalin den Großen" genannt - freilich bald auch in einem Telegramm (das seine Memoiren nicht erwähnen) Marschall Montgomery angewiesen, die Deutschen zu bewaffnen, sollten die Russen die Elbe überschreiten. Bat er ja auch dringend den US-Präsidenten, keinen fußbreit besetzten Gebietes der UdSSR zu überlassen, obwohl doch die Begegnung der amerikanischen und sowjetischen Truppen an der Elbe, somit weit östlich von der in London vereinbarten Linie stattfand.
Im Augenblick seines höchsten Triumphes, während der Konferenz in Potsdam, durch eine Wahlniederlage von Labour zur Abdankung gezwungen, reiste der Brite im folgenden Frühjahr als Privatmann in die USA und heizte dort den Kalten Krieg an.
Es geschah in einer Rede am 5. März 1946 im Westminster College von Fulton, einer kleinen Stadt in Missouri, dem Heimatstaat Trumans, der Churchill eingeladen hatte und gemeinsam mit ihm per Bahn angereist war. In seiner Ansprache, in vier Erdteile und mehr als 40 Spra-

chen verbreitet, warnte der illustre Gast alle Welt "vor den zwei finsteren Mordbrennern ... - dem Krieg und der Tyrannei". Zwar bekundete Churchill "viel Bewunderung für meinen Kriegskameraden Marschall Stalin", zwar glaubte er "nicht, daß Sowjetrußland den Krieg wünscht. Was sie wünschen, sind die Früchte des Krieges ..."
Doch das war schlimm genug, denn die wünschten auch andere. "Ein eiserner Vorhang hat sich über den Kontinent gesenkt", rief Churchill. Und fiel auch weder hier, wie man oft meint, das Wort vom Eisernen Vorhang zuerst, noch in Churchills vertraulichem Telegramm an Truman vom 12. Mai 1945, sondern im Tagebuch von Hitlers Propagandaminister Goebbels, der es da gegen Kriegsende wiederholt gebraucht - Churchill hat es aufgegriffen und das weltpolitische Klima der nächsten Jahre entscheidend beeinflußt, selbstverständlich in Übereinstimmung mit der US-Regierung.
Und verlangte er auch noch keinen "Kreuzzug", längst hatte er gefordert, "den Sozialismus in der Wiege zu ersticken", hatte er den von Labour erstrebten Sozialismus fast mit Kommunismus, ja, ein Leben bereits unter einer Labour-Regierung mit dem Dasein unter der nazistischen Gestapo gleichgesetzt.
Die Fronten waren gewechselt, und es schien, als habe man den Zweiten Weltkrieg nur beendet, um einen Dritten zu beginnen.
Neben Churchill auf dem Podium im Westminster College in Fulton saß seinerzeit US-Präsident Harry Truman. Und hatte dieser gerade, ganz in der Nachfolge seines dahingegangenen Chefs und Parteigenossen, Stalin noch geschätzt, zumindest so getan und geschwärmt: "I like Joe", nun plötzlich war der für ihn der verhaßte "son of a bitch". Und ein halbes Jahr später hatte sich, nach einer neuen Gallup-Umfrage, die Nation umorientiert: statt 55 %, die für Fortsetzung des Bündnisses mit Sowjetrußland plädierten, waren es jetzt nur noch 46, dann 38 %. ...
Die Akzente, die Churchill und Truman mit ihren Reden gesetzt hatten, bestimmten die Amerika-, die Europa-, die Deutschland-Politik, sie veränderten die Welt. Es war auf einmal, als stünde der Dritte Weltkrieg schon vor der Tür. In Wirklichkeit fürchteten die USA nicht einen Krieg mit der Sowjetunion, nicht den "Eisernen Vorhang" oder den internationalen Kommunismus, sondern sie fürchteten - einen Erfolg der russischen Planwirtschaft.
Dies gestand kein anderer als der Präsident der Vereinigten Staaten, Harry Truman, in einer Rede am 6. März 1947 in Texas. Wenn Amerika nicht handle, so sagte er, könne diese Planwirtschaft das Vorbild für das nächste Jahrhundert werden. Die USA müßten dann das gleiche System praktizieren, das freie Unternehmertum würde verschwinden und damit "unsere Freiheit". Ergo, schloß Truman: "Die ganze Welt sollte das amerikanische System übernehmen, denn das amerikanische System kann nur überleben, wenn es das System der ganzen Welt wird".
Am amerikanischen Wesen soll die Welt genesen.

*Ein ganz spezieller Schluck für ihre Kehlen*
Das amerikanische Wesen ist das Geld: der Inbegriff des Yankee-Daseins. Natürlich erfaßt dies nicht alles, aber das Wichtigste. ...
Für ihre ungeheure Aufrüstung hatten die Amerikaner militärische, mehr jedoch wirtschaftliche Gründe. Deshalb traten auch viele jener, die das Geschwätz von der Gefahr aus dem Osten keinen Augenblick glaubten, für Aufrüstung und Nato ein.
Derart konnte enorm verdient werden und wurde enorm verdient. Und gerade nach dem Verlust Chinas benötigte man Europa auch als Absatzmarkt. Der Verlust des chinesischen Riesenreichs aber seit der Flucht Tschiang Kai-Scheks samt seiner unfähig-korrupten Regierung 1949 nach Formosa (Taiwan), seit dem Sieg Mao Tse-tungs hatte die Öffentlichkeit in den USA nahezu unvorbereitet überrascht. Und er war um so größer, als nun nicht nur jeder ame-

rikanische Einfluß in China ausschied, sondern auch im gesamten pazifischen Raum gefährdet schien.
In Europa aber begann jetzt nach dessen militärischer Eroberung die friedliche. Ein US-Konzern nach dem anderen investierte in den zuvor zerbombten und zerschossenen Städten. Und die Rechnung, daß eine im Krieg ruinierte Wirtschaft schneller wächst als eine, die den Krieg so glänzend überstand, erwies sich als richtig, zumal auch die US-Banken von Anfang an mitspielten, deren Politik in Europa war: alte Investitionen retten, neue vornehmen. Ja, das Bankhaus Dillon, Read, setzte so sehr auf die Rentabilität seiner Anlagen im Nachkriegsdeutschland, daß es deutschen Industriebossen noch vor Kriegsende eine Privatanleihe von einer Milliarde Dollar anbot.
Man gründete Filialen, baute Fabriken, erwarb Aktienmajoritäten. Man nahm Fusionen vor, kaufte ganze Betriebe, kaufte Bergwerke und Banken. Die Sache nahm einen ähnlichen Verlauf wie das frühere Vorgehen in Lateinamerika. Die Beherrschung der Alten Welt durch die Neue begann. Man schuf hunderteweise Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Man überzog Westeuropa mit einem Netz wirtschaftlicher Einfluß- und Machtsphären, und alles geschah mit einem Tempo ohnegleichen. Ganze Branchen, die Mineralöl-, die Büromaschinen-, Landmaschinen-, die Kosmetikindustrie u.a. wurden von US-Firmen beherrscht.
Selbst im kleinen Holland gab es schon im März 1960 nicht weniger als 105 Filialen der größten amerikanischen Gesellschaften. Noch in der Schweiz, deren Binnenmarkt für die US-Haie gewöhnlich nicht sehr attraktiv ist, existierten 1960 immerhin 320 amerikanische Firmen, 1961 etwa 400, 1962 schon 520.
Die US-Investitionen in Europa erreichten bereits Ende der fünfziger Jahre eine so Schwindel erregende Höhe, daß die Amerikaner den Plan der EWG, dies durch einen Kongreß in Baden-Baden ans Licht zu bringen, erfolgreich in Bonn hintertrieben. Die New York Times bezifferte gleichwohl nach ihren mehrfach geprüften Angaben am 15. April 1963 die Gesamtanlagen der USA in Europa auf 44,8 Milliarden Dollar oder 179,2 Milliarden DM. Davon entfielen 64 Millionen DM auf militärische Investitionen.
Nicht nur die niedrigen Löhne lockten die Yankees. Auch die Regierungen hofierten die Sieger. In Holland durften amerikanische Firmen Grundstücke, Gebäude und Betriebseinrichtungen in den ersten zwei Jahren mit 70 % abschreiben, innerhalb von drei Jahren den Rest von 30%. Sie konnten Grund und Boden zur Hälfte des Realwertes erwerben. Luxembourg gab den Grund für Betriebsbauten sogar umsonst. Nicht genug. Seine Regierung ließ Firmengebäude auf eigene Kosten errichten, um sie den Amerikanern erst günstig zu vermieten, schließlich günstig zu überlassen.
Ähnlich großzügig kam Italien den Siegern entgegen. Oder die deutsche Bundesrepublik, wo bereits 1963 nicht weniger als 700 deutsche Firmen von US-Firmen kontrolliert worden sind. Deutsche Neugründungen wurden mehr als riskant bis unmöglich. Im Vorstand, in der Verwaltung so mancher US-Tochtergesellschaft in Deutschland sprach man schon damals englisch. War Stalins Erklärung, daß zwischen Nazideutschland und den anderen kapitalistischen Staaten nur ein "vorübergehender politischer" Dissens bestand, so falsch?
Die US-Anlagen in Europa, besonders im EWG-Bereich, nahmen Ende der fünfziger Jahre schon einen solchen Umfang an, daß die klassischen US-Investitionsländer Kanada und Lateinamerika dagegen abfielen. Die amerikanischen Wirtschaftsführer empfanden Europa fast als Kolonie oder, wie einer von ihnen 1958 auf einem Kongreß in Washington sagte, als "ganz speziellen Schluck für unsere Kehlen" (our particular cup of tea).
Einst war's eher umgekehrt.
Die USA sind bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein in vielen Ländern Europas weder sehr bekannt noch sehr angesehen gewesen. Man kannte sie kaum besser als China, Südafrika oder Australien. Und bis ins 20. Jahrhundert hinein dachte man über sie in Europa

fast ausnahmslos negativ, dachte darüber wie der berühmte englische Romancier D.H. Lawrence, der lange in New Mexico gelebt hatte: "Die Neue Welt bedeutet mir nichts".
Es ist bezeichnend, daß es bis zum Zweiten Weltkrieg in ganz Europa nur drei Lehrstühle für Amerikakunde gab. Offenbar hatte man für US-Wertvorstellungen in der Alten Welt noch gar keinen Sinn entwickelt, kannte man die Höhe der Zivilisation in Übersee überhaupt nicht. Als dann aber die Massen der GIs über den großen Teich schwappten, "Camel" und "Lucky Strike" kamen, der Jazz und Rock und Pop, Giftgas und Atomsprengköpfe, kurz alles, was die Neue Welt der Alten an Kultur zu bieten hatte, da ließ sie sich rasch vom Sieger eines anderen und natürlich besseren belehren. Da beurteilte man plötzlich die USA fast ausnahmslos positiv. Zumal in Deutschland war man servil, devot, fast wie in einem Bananenstaat.
Und wie man eben noch Hitler in den Hintern kroch, so nun den Amis. Die Politiker voran. "Wir alle sind Amerikaner", rief ein sozialdemokratischer Bundeskanzler schließlich beim Empfang des Ehrendoktorhutes in Übersee.
Alles nahm man nach dem Zweiten Weltkrieg hier mit ausgestreckten Händen auf, alles von drüben, Soldaten, Bankiers, Fabrikanten, die Anleihen, Kredite, sogar ihre mildtätigen Spenden.

*Der Marshall-Plan*
*oder die Kunst, sich selbst zu beschenken*
... Marshall, bei Beginn des Zweiten Weltkriegs Generalstabschef und militärischer Berater Roosevelts, war beteiligt an der Zerschlagung Mittel- und Südeuropas - und nach dem Krieg baute er es wieder auf.
Erst Volltreffer auf Volltreffer, dann ein Bombengeschäft; ein Bombengeschäft aber schon zur Zeit der Volltreffer, ja schon davor. Dafür erhielt der General 1953 den Friedensnobelpreis – zusammen mit Albert Schweitzer! (Der eigentliche Vater des Marshall-Planes soll freilich Will Clayton gewesen sein, der stellvertretende Wirtschaftsminister).
Außenminister Marshall hatte den Plan erstmals am 5. Juni 1947 in einer Rede an der Harvard University vorgeschlagen, und am 3. April 1948 trat die Wirtschaftshilfe in Kraft, zunächst allerdings nur für die westeuropäischen Staaten. Seit 1950 wurde jedoch auch Westdeutschland einbezogen. Bald nämlich wandte sich Amerikas große Liebe dem ehemaligen Erzfeind zu. Die Deutschen konnten, zur Verzweiflung getrieben, den Sowjets in die Arme fallen und dann mit ihnen gemeinsam den Westen tödlich bedrohen.
Also päppelte man gerade die Exnazis wieder auf, überaus erfolgreich und ganz selbstlos, aus purem Mitleid mit dem verführten Volk, dessen böse Führer man hängte; ein paar Teufel, fast an zwei Händen herzuzählen, worauf die blanke Unschuld zum Vorschein kam; harmlose Mitläufer allenfalls, Nachläufer, die nun gleich weiterlaufen konnten, sollten, mit denen sich das alte Spielchen einer flotten Aufrüstung, vielleicht eines flotten Aufmarsches; Einmarsches gar, wiederholen ließ.
"Nach Ostland ..." – nur diesmal eben im Dienst der guten Sache.
Waren die Russen Feinde, mußten die Deutschen Freunde werden. Und mit den Deutschen brauchte man weitere europäische Länder, am besten ganz Europa. Ganz Europa eine Abwehrfront, eine Aufmarschbasis. Auf jeden Fall aber ganz Europa ein Absatzmarkt für US-Produkte, ein Absatzmarkt, größer als der eigene daheim. Über England drang man vor - das Trojanische Pferd der Überseeler, denen ja auch ein großer Teil des englischen Kapitals gehörte. Aber das konnte und sollte überall in Europa, in Westeuropa, so werden.
Man pumpte also zwischen 1948 und 1952 rund 13 Milliarden ins christliche Abendland: 3,1 Milliarden für Großbritannien, 2,6 Milliarden für Frankreich, 1,4 Milliarden für Italien, 1,3 Milliarden für Westdeutschland, 1,0 Milliarden für die Niederlande, um nur die Spitzenempfänger zu nennen. Mit humanitärer Hilfe hatte das so gut wie nichts zu tun, so gut wie alles

aber mit geschäftlichen und machtpolitischen Bedürfnissen – selbst da, wo man nicht langfristige Kredite dafür nahm, sondern sogar schenkte.
Für den US-Senator Arthur H. Vandenberg trug die Marshall-Plan-Hilfe – "durchaus der harten Wahrheit Rechnung – ob wir sie mögen oder nicht -, daß die Eigeninteressen der USA, unsere nationale Wirtschaft und unsere nationale Sicherheit mit diesen Zielen untrennbar verbunden sind".
Man beachte die Reihenfolge: die Wirtschaft kommt zuerst (die Sicherheit dient eigentlich nur dem Geschäft). Auch in der Präambel des Plans stand schon, daß er "Macht und Stabilität" der USA auf westdeutschem Boden sichern sollte. Für Deutschlands Spaltung, seine Wiederaufrüstung, für die eventuelle Reservierung als Schlachtfeld segneten die Sieger die Besiegten, zogen sie sich heran, was sie brauchten. Und wenn kein riesiges Schlachtfeld, so jedenfalls ein riesiger Marktplatz.
"Wir brauchen große Märkte, auf denen wir verkaufen und kaufen können", bekannte der stellvertretende amerikanische Wirtschaftsminister Will Clayton, der auch privat als Geschäftsmann dabei seine Geschäftchen machen konnte. Denn schließlich treibt ein US-Amerikaner die Politik des Geschäftes wegen und nicht umgekehrt. Und natürlich treibt er sie nur für jene, die bereit sind, sich in seinem Sinn, für seine Sache, sein Geschäfte zu engagieren. So sagte Dean Acheson, seit 1949, dem Rücktritt Marshalls, neuer Außenminister, über das Auslandshilfeprogramm seines Staates: "Menschen, die unseren Glauben teilen, wollen wir helfen, weiterhin so zu leben, wie sie leben wollen."
Doch wehe, wenn sie diesen Glauben nicht teilen!" Unser" Glaube muß es schon sein. Und "unser" Interesse. Und "unser" Profit.
Die deutschen Michels aber, als ausgehungertes Konsumgut, als potentielles Kanonenfutter eingekauft, bekamen in Erinnerung daran Jahrzehnte später noch glänzende Augen. Seinerzeit ... schien es ihnen, als hätten sie das Heil der Welt geschaut. Und den Allerklügsten scheint es noch heute so. Wie sie vordem für Hitler waren, so nun für die neuen Herren. Und wie sie einst für jenen starben, millionenweise, so sind sie seitdem präpariert, für diese zu krepieren; dort für Arbeit und Brot, Blut und Boden, Kraft durch Freude, da für Kleider, Konserven, Mais und Trockenmilch - von der doch selbst ihre jetzige Nummer eins (viele meinen, gar noch eine Nummer davor) gezehrt. Und ist es nicht gut angeschlagen?
Ja: "... was unsere amerikanischen Freunde in der Stunde der Not für uns taten" – das taten sie für sich, Mr. Kohl.
Der italienische Sozialist Pietro Nenni nannte den Marshall-Plan "ein ökonomisches Instrument der Truman-Doktrin und der Wallstreet-Politik". Der russische Außenminister Molotow geißelte ihn als imperialistische Verschwörung zur Versklavung Europas, was etwa auf dasselbe hinauslief. Jedenfalls sollte er alle europäischen Staaten umfassen, hätten die USA ihre Hilfe doch am liebsten auf ganz Europa ausgedehnt, vorerst. Aber nur 16 Staaten konnten zugreifen und wurden eher mehr als minder amerikanisiert.
Am 20. Januar 1949 erweiterte dann Truman im vierten Teil seiner Antrittsrede die in Europa bereits so bewährte technische und finanzielle Hilfe auch auf die "unterentwickelten" Gebiete der Welt (dann feiner "Entwicklungsländer" genannt: erst hatte man sie - meist "Kolonien" - aufs Äußerste geschröpft; darauf, fortschrittlicher, das große Schröpfen zeitgemäß entwickelt). Natürlich sollte die Hilfe, die Entwicklung, auch dem Entwickelnden selbst etwas zugute kommen, ihm sogar, offen gesagt, zuerst und am meisten, denn sonst könnte er sich ja gar nicht, noch dazu so groß, entwickeln. Und flössen dabei auch Millionen um Millionen Dollar vor allem in die Taschen der Herrschenden vieler Entwicklungsländer, so war dies gewiß mit einkalkuliert. (Man braucht Verbündete - und wer herrscht viel Geld, um vor Bestechungen sicher zu sein.) Hauptsache die Rechnung im Ganzen ging auf. Ende 1959 hatten die diesbezüglichen Gesamtausgaben bereits eine Höhe von 72,5 Milliarden erklommen.

Leider konnte man nur einen Teil Deutschlands befreien. Zwar war dieser Teil zunächst größer, doch trat man dann Teile des Teils, die man schon in Händen hatte, rücksichtsvollerweise den Russen ab. So konnten sich da und im übrigen Mitteldeutschland seit dem 22. April 1946 die echten Sozialisten (SED) entfalten, darauf auch allerlei Enteignungsmaßnahmen, Bodenreformen etc. Schließlich gab es Währungsreformen hier und dort, und endlich war die Spaltung perfekt. Jede Seite hatte einen Brocken, und die Welt war sicherer. Sogar Deutschland war sicherer vor sich selbst - jedenfalls so lange, bis es sich wieder vereinigte.

*Wünsche der Manufacturers und Truman-Doktrin*

Hinsichtlich der Deutschland-Politik nach dem Zweiten Weltkrieg zeigten sich die Alliierten zunächst gespalten. Die einen waren gegen, die anderen für den Wiederaufbau des Landes. Jahrelang herrschte ein übles Durcheinander.

Ursprünglich wollte man Deutschland nach dem Krieg vollständig entmilitarisieren. Man wollte es zerstückeln und ganz klein machen, schon um selber, ungestört, ganz groß, noch größer werden zu können. Finanzminister Henry Morgenthau und sein Unterstaatssekretär Harry Dexter White hatten deshalb einen vorzüglichen Plan ausgearbeitet, der nicht von ihnen, sondern von zwei rassereinen Deutschen stammte, aber dann der "Morgenthau-Plan" hieß. Danach sollte Deutschland ein Bauernstaat werden - die Russen gaben wenigstens einen Arbeiter- und Bauernstaat vor -, und die Deutschen sollten, so Präsident Roosevelt, immerhin aus "Suppenküchen" ernährt werden. Menschenfreundlicher ging's kaum noch.

Dann aber war den Amis ein solch großer Kartoffelacker an der Grenze zum Osten zu riskant. Die Revitalisierung des Ruhrgebiets und das Mitmischen dabei schienen Erfolg versprechender. So milderte man, stets zum eigenen Vorteil, versteht sich, den Morgenthau-Plan so lange, bis von allerlei Plänen, einer Art "Roosevelt-Plan", einem "Churchill-Plan" und anderen Eingriffen schließlich die Direktive JCS 1067 übrig blieb, die Richtlinie für Eisenhowers Besatzungspolitik: Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Aufteilung in vier Zonen.

Zuletzt wollte Eisenhower "starke Alliierte". Man erkannte die Nützlichkeit der Besiegten, konnte sie zum Puffer gegen die roten Teufel machen, zum "Bollwerk", so McCloy, "gegen die Sowjetunion": auch, wenn es denn sein mußte, zum Schlachtfeld. Die Deutschen hatten Erfahrung in derlei, und diese Erfahrung ließ sich nutzen.

Ergo entstanden sowohl der "Eiserne Vorhang" wie die "Bundesrepublik Deutschland" zuerst in amerikanischen Köpfen. Das eine wie das andere ist ihr Erzeugnis. Die Amerikaner befahlen, die Deutschen führten aus: die "Währungsreform" im Sommer 1948, die Konstituierung des "Parlamentarischen Rates" im Herbst desselben Jahres, das "Grundgesetz" am 23. Mai 1949. Nichts geschah ohne Billigung der Sieger. Und Kurt Schumacher sagte selbstverständlich die Wahrheit, als er Adenauer den "Kanzler der Alliierten" nannte, worauf sich ein Sturm der Entrüstung erhob, wie immer nach dem Aussprechen einer unangenehmen Tatsache.

Ein Befürworter der Demontage Deutschlands war zunächst der erste Militärgouverneur und frühere Stellvertreter General Eisenhowers, General Lucius D. Clay. Aber die amerikanische Geschäftswelt war anderer Auffassung und hatte ihre Leute natürlich auch in der Militärverwaltung. Ihre Wirtschaftsabteilung leitete damals General William H. Draper, vordem Unterstaatssekretär im US-Kriegsministerium.

Der General, jetzt eine Art Wirtschaftsminister für Deutschland, vertrat die Interessen der Bank Dillon, Read & Comp., deren Vizepräsident er einst gewesen, wobei er 1944 sogar in eine Anklage des Generalstaatsanwalts verstrickt war, die man jedoch für alle Zeiten niederschlug. Anders als Clay wünschte er selbstverständlich, wie die amerikanische Industrie überhaupt, die Aufrüstung Deutschlands. Clay aber wollte eher seinen Abschied nehmen, "als dem Ansinnen der Manufacturers zu entsprechen".

Doch als sich Amerika fürs Aufrüsten entschied, nahm Clay seinen Abschied nicht, sondern

beugte sich dem Mammon und vollzog die Wünsche der Manufacturers. Clay war dem Druck mancher Seite ausgesetzt, auch dem eines guten Bekannten General Drapers, dem von McCloy, Unterstaatssekretär im Kriegsministerium, Berater mehrerer Präsidenten, schließlich selber Hochkommissar in Deutschland und ohne Zweifel der kompetente Mann, der besonders die Interessen Rockefellers wahrnahm, darüber hinaus aber enge Kontakte zu fast allen großen US-Banken hatte, wie er denn selbst, ehe er Hochkommissar wurde, Präsident der Weltbank gewesen ist.
Noch bevor Marshall seine Hilfe gestartet, waren schon die Türkei und Griechenland in einen gewissen Dollargenuß gekommen: die Türkei zu 150 Millionen, Griechenland zu 250 Millionen Dollar - und beide Staaten banden schließlich als Stützpfeiler der NATO, 26 Divisionen des Warschauer Pakts.
Auf der Türkei ruhte Stalins Auge wegen der großen strategischen Bedeutung der Dardanellen für Rußland. Und in Griechenland, wo Churchill in einer dreißigtägigen Straßenschlacht in der Athener Innenstadt alle antimonarchisch eingestellten Gegner hatte niedermetzeln lassen, tobte seit 1944 der offene Bürgerkrieg, bekämpften sich rechte und linke Gruppen. Da England offensichtlich überfordert war, griff Harry Truman ein.
Am 12. März 1947 erschien er, im blauen Zweireiher, vor dem Kongreß, dessen Sitzung, wie üblich, mit Gottes Beistand begann:
"Mit Deinem Segen, Herr, brauchen wir weder Entscheidungen zu fürchten noch vor Taten zurückzuschrecken".
Darauf verkündete der Präsident in die gespannte Ruhe sein nachmals "Truman-Doktrin" genanntes Glaubensbekenntnis. "Ich glaube, daß es die Politik der Vereinigten Staaten sein muß, jedes freie Volk, das sich der Unterjochung durch bewaffnete Minoritäten oder äußerem Druck widersetzt, zu unterstützen ...
Ich glaube, daß unsere Hilfe in erster Linie in einer wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung bestehen sollte, die für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Stabilität und der politischen Ordnung entscheidend ist ... Die Saat des Totalitarismus wird durch Elend und Not genährt. Sie gedeiht und wächst in dem schlechten Boden der Armut und der Konflikte. Und sie geht auf, wenn die Hoffnung des Volkes auf ein besseres Leben gestorben ist. Wir müssen diese Hoffnung am Leben erhalten."
Daß er selbst die Saat totaler Menschenverachtung durch zwei Atombombenabwürfe eindrucksvoller als jeder vor ihm ausgestreut, hätte er kaum geglaubt.
Wallstreet-Bankier Bernard Baruch aber sagte: "Täuschen wir uns nicht, wir sind heute mitten in einem Kalten Krieg". Das Wort, das schon aus dem Beginn des Zweiten Weltkriegs stammte, als sich Deutsche und Franzosen noch abwartend gegenüberlagen und die Franzosen von einer "drole de guerre" oder "guerre froide" sprachen, das Wort setzte sich jetzt ebenso fest, wie die Sache sich schon festgesetzt hatte. Mit Recht sah Baruch die Welt bereits "mitten" in diesem Krieg. ...

*Doch die Russen mußten stets die Bösen sein*

... "Im Herzen Europas", jammerte Churchill. Aber schließlich hatten die Amerikaner den Sowjets 1945 noch Gebiete überlassen, die sie selber schon besaßen, große Gebiete und ganz kleine Plätze, wie im Harz, als sie allzu generös die Voraussetzungen dafür schufen, daß die Russen mit dem Sputnikstart die technische Führung der USA in Frage stellten, überrundeten.
Damals hatten Teile der 3. US-Panzerdivision am 11. April 1945 bei Nordhausen die "Mittelwerke" erreicht, das Herz der deutschen V2-Fabrikation. Sie fanden nicht nur riesige Raketen, die deutsche "Wunderwaffe", abschußbereit vor, sondern auch sonst alles unversehrt in gigantischen, peinlich sauberen Anlagen der größten unterirdischen deutschen Waffenfabrik.
In einem ersten Sonderbefehl zwar sollte dies offenbar viele Milliarden Dollar schwere Beu-

tegut natürlich sichergestellt werden. Doch ein zweiter, von einer "sehr hohen Dienststelle" ausgehender Befehl instruierte den technischen Experten Major Hamille, "daß Nordhausen zur russischen Zone gehören würde und daß alle Dokumente und Gegenstände für die Sowjets an Ort und Stelle gelassen werden sollten".
In einem weiteren Befehl verfügte der Oberkommandierende Eisenhower: "Alle Fabriken, Anlagen, Werkhallen, Forschungsinstitute, Laboratorien, Versuchsanstalten, Patente, Pläne, Zeichnungen und Erfindungen müssen intakt und in gutem Zustand für die alliierten Vertreter zur Verfügung gehalten werden".
Einiges requirierte Major Hamille nun zwar auf eigene Faust. Doch staunten die Russen Stein und Bein über die Großzügigkeit ihrer Verbündeten, als sie das Erbe von Nordhausen unversehrt antraten. Ein Sowjetoberst lachte schließlich laut und meinte: "Das alles haben uns die Amerikanski geschenkt! Aber in zehn Jahren werden sie weinen!" Und der Oberstleutnant Taranakov rief: "Was für Idioten diese Amerikaner sind!"
Die Amerikaner hielten damals ihre Heere von Berlin ab, von Prag, von Wien, um den Russen den Vortritt zulassen. Sie wichen 250 Kilometer auf einer Breite von 650 Kilometern zurück. Und so saßen die Sowjets zuletzt von Bulgarien und Rumänien über Ungarn, die Tschechoslowakei, Polen bis hinauf ins Baltikum. Natürlich hatte Stalin dort überall Regierungen nach seinem Gutdünken eingesetzt und ohne Amerika zu fragen - das sich im Übrigen im Westen nicht anders verhielt und, wo immer es Macht hatte, nur Regierungen seines Vertrauens zuließ. Doch waren all die von den Russen kontrollierten Länder nicht vielmehr Schutzwall für sie als Aufmarschbasis?
Die Russen haben nie einen Ausfall gemacht. Und ein russisches Geheimdokument, das dem englischen Intelligence Service im Herbst 1947, ein halbes Jahr also etwa nach der Truman-Rede vom 6. März in Texas, in die Hände fiel, nannte als das "wichtigste Aktionsfeld der russischen Politik" den Vorderen Orient. Man erkannte die Ölfelder in Persien, Arabien, im Irak als Schwachstelle der USA und wollte hier den Kalten Krieg aufnehmen.
Gewiß verweigerten die USA nun schon eine von den Sowjets angestrebte Anleihe von mindestens 10 Milliarden Dollar, hatten zunächst aber weder etwas gegen die Demontage deutscher Industrieanlagen noch gegen den völkerrechtswidrigen Einsatz deutscher Kriegsgefangener in der UdSSR, noch gegen eine Entschädigung Polens für die Abtretung Ostpolens an die Sowjetunion, noch gegen die Austreibung von immerhin 6,5 Millionen Deutschen aus Osteuropa, erfolge sie nur "in ordnungsgemäßer und humaner Weise".
In Kürze freilich waren nicht mehr die Braunen die Bösen, sondern die Roten. Dabei wußte die amerikanische Führung aber immer, daß die Sowjetrussen keinen Krieg mit ihr wollten. Nie sah sie sich in all diesen Jahren auch nur irgendwie ernsthaft bedroht. Nicht als ihr Generalstab, bereits im Frühjahr 1944, den Dritten Weltkrieg erwog, einen Kampf auf Leben und Tod "zwischen Gut und Böse". Nicht 1945, als sie, im Alleinbesitz der Atombombe, diesen weiteren Weltkrieg schon vorbereitet hat. Nicht in den folgenden Jahren. Im Gegenteil. Man gab durchaus zu, daß die UdSSR "keine unmittelbare Gefahr" bedeute, daß ihre Wirtschaft, ihr Arbeitskräftepotential, "vom Krieg ausgelaugt" sei, weshalb sie sich "in den nächsten Jahren auf den inneren Wiederaufbau und begrenzte diplomatische Zielsetzungen konzentrieren" werde.
Amerikanische Regierungsdokumente bekunden solche Überzeugungen und die Memoiren bekannter Politiker. Wie Churchill 1946 sagte: "Ich glaube nicht, daß Sowjetrußland den Krieg wünscht", so telegraphierte im selben Jahr einer der besten amerikanischen Diplomaten, der Historiker George F. Kennan, aus Moskau (wo er ab 1952 Botschafter war), die Sowjetmacht gehe, im Gegensatz zu Hitlerdeutschland, "keine unnötigen Risiken" ein; sie sei nicht "auf Abenteuer" aus und "gemessen an der westlichen Welt insgesamt ... bei weitem schwächer".

Noch 1949, als die Amerikaner bereits 400 Flotten- und Luftstützpunkte in aller Welt errichtet hatten und die Vereinigten Stabschefs in ihrem Kriegsplan "Dropshot" vom 19. Dezember schon damit rechneten oder wenigstens vorgaben, damit zu rechnen, daß im "Laufe der Zeit" das steigende Militärpotential der Sowjets "den Krieg von ihrem Standpunkt aus als weniger gewagt erscheinen lasse", meinten sie: "Ein dritter Weltkrieg wird vom Kreml wahrscheinlich als die aufwendigste und am wenigsten wünschbare Methode zur Erreichung des grundlegenden Ziels angesehen".
Viele erkannten dies, aber wollten oder konnten, durften es nicht sagen, je höher sie standen, desto weniger. Und doch hatte 1947 Handelsminister Henry A. Wallace, von 1941 bis 1945 Vizepräsident der Vereinigten Staaten, den Mut, den antisowjetischen Kurs zu kritisieren, hatte er die Redlichkeit zu bekennen: "Für mich liegt die Kriegsgefahr viel weniger im Kommunismus als im Imperialismus". Ein einziger Entrüstungssturm fegte ihn beiseite. (Ehrlichkeit zahlt sich in der Politik nur in jenen seltenen Fällen aus, wo sich Unehrlichkeit nicht auszahlen würde.)
Die Zeitschrift Newsweek schrieb 1948, es sei das Ziel der amerikanischen Strategen, "den Ring der Luftstützpunkte um Rußland zu schließen und ihn dabei so lange immer kleiner und enger zu machen, bis die Russen ersticken". Doch die US-Nachkriegspolitik hat immer und unentwegt die Russen der Aggressivität beschuldigt und sich als "defensiv" bezeichnet. In Wirklichkeit war es (aus vielen Gründen) eher umgekehrt.
Ein erst Jahre später, 1964, bekannt gewordenes Dokument ist hier erhellend. Im Januar 1950 nämlich beauftragte Präsident Truman den Außen- und Verteidigungsminister, "eine erneute Überprüfung unserer Ziele in Frieden und Krieg und der Auswirkung dieser Ziele auf unsere strategischen Pläne vorzunehmen ..." Das Ergebnis dieser Zwischenbilanz verschiedener Stellungnahmen, enthalten in der Dokumentenreihe Nr. 68 des Nationalen Sicherheitsrates (National Security Council 68 Series: NSC-68) - nach Außenminister Dean Acheson "eines der großen Dokumente in unserer Geschichte" -, prägte maßgeblich den Kalten Krieg.
Es weist einmal mehr die USA als seine Initiatoren aus und macht sie verantwortlich für die Geschichte der fünfziger Jahre. Fordert es doch gegenüber der Sowjetunion weiterhin "kühne Angriffsfreudigkeit" (hold aggressiveness) - übrigens zwei Monate vor Beginn des Korea-Kriegs. Ja, das NSC 68 fordert nicht nur "kühne Angriffsfreudigkeit", sondern erkennt auch die militärische Überlegenheit der Russen in sämtlichen Waffen, außer Atomwaffen, an.
Warum aber, wenn sie aggressiv waren, nützten das die Russen nicht aus? Wegen der atomaren Überlegenheit der Amerikaner? Doch die Amerikaner besaßen nach dem Krieg gar keine Atombomben mehr, wenn auch offizielle Persönlichkeiten mit "Dutzenden und Dutzenden" von solchen Bomben Rußland und die Welt blufften, so daß nicht wenige Nationen angesichts dieser Macht und der Legende von der "russischen Gefahr" das atlantische Bündnis mit den USA eingingen. Dabei pfiffen es dort bald die Spatzen von den Dächern, und natürlich wußten dies auch die Russen:
Amerika hatte nur drei Atombomben besessen, zwei wurden über Japan abgeworfen, das größte Kriegsverbrechen der bisherigen Geschichte, die dritte verschwand spurlos mit einem Kriegsschiff auf der Fahrt nach der Insel Tinian (an Westrand des Marianengrabens) im Pazifik. Erst im Lauf des Jahres 1948 kamen die Amerikaner in den Besitz weiterer Nuklearwaffen.
Doch zu ihrer Bestürzung zündeten die Russen 1949, fünf Monate nach Gründung der NATO, ebenfalls eine (selbst von US- Experten noch nicht erwartete) Atombombe, worauf ein gesteigertes Wettrüsten begann, das der Korea-Krieg noch angefacht hat.

**Von Korea nach Vietnam**
*… Mit John Foster Dulles am Rand des Krieges*

John Foster Dulles war zunächst Anwalt einflußreicher Banken, großer Aktiengesellschaften sowie mehrerer europäischer und amerikanischer Regierungen. Er leitete die International Nickel Company, eine New Yorker Bank und, in den zwanziger Jahren, die North American Holding Company, die seinerzeit größte amerikanische Holding-Gesellschaft - nicht als Einzige der von Dulles betreuten Firmen gerichtlich belangt, wobei er im letzten Moment abspringen konnte.
Dulles gehörte auch zu den Anwälten der Bank Dillon, Read & Co., die faschistische Kommunen Italiens finanziert und den Vereinigten Stahlwerken in Deutschland anfangs der zwanziger Jahre 125 Millionen Dollar kreditiert hatte. Dulles wurde darauf Generalanwalt der IG-Farben AG, des größten deutschen Konzerns. Auch vertrat er die Interessen des deutschen Bankhauses von Schroeder in den USA, einer Bank, die durch Hitlers Beziehungen zu Thyssen öffentlich bekannt geworden ist. Und Dulles nahm auch die Interessen des faschistischen Diktators Franco wahr, als dieser von den USA die Freigabe einer beschlagnahmten Summe von zehn Millionen Dollar verlangte.
John Foster Dulles, der mit faschistischen Ideen sympathisierte, war nicht nur der Sohn eines Geistlichen (wie schon sein Vorgänger, Bischofssohn Dean Acheson, den er seit 1951 offiziell beriet), er war auch Mitglied des Vorstands einer religiösen Vereinigung, aus der die Union aller protestantischen US-Kirchen hervorging. Er begünstigte Hitler und hätte viel lieber dessen Sieg über die Russen gesehen als den ihren über ihn. Und er wünschte die Neutralität der Vereinigten Staaten im Zweiten Weltkrieg.
Als Dulles Außenminister wurde, starb Stalin. Ein Schlaganfall am 1. März führte am 5. März zum Tod. Zu seinem Nachfolger hatte er Malenkow nominiert. Im gleichen Jahr wird Innenminister Berija amtsenthoben, wegen Hochverrat verurteilt und hingerichtet. 1955 zwingen Malenkow politische und wirtschaftliche Fehlschläge zum Rücktritt. Jetzt übernimmt das Gespann Chruschtschow/Bulganin die Führung, das die Politik der friedlichen Koexistenz proklamiert. Entstalinisierung, eine gewisse Entspannung deutet sich an. Die Sowjets stimmen auch der Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit Österreich zu.
Doch während Chruschtschow aus der Sackgasse starrer stalinistischer Machtpolitik heraus - und eine Koexistenzpolitik anstrebt, sieht Dulles darin nur ein Schwächemanöver und dirigiert die westliche Welt in eine neue Sackgasse starrer Machtpolitik hinein.
Dulles war verbohrt und fleißig; eigentlich eine ganz deutsche, eine sehr schlechte Mischung. Als warmer Befürworter der nuklearen "Abschreckung" setzte er anstelle von Trumans Eindämmung sowjetischer Macht das Konzept des atomaren Vernichtungsschlages (massive Retaliation bzw. Vergeltung), wofür es verschiedene Gründe gab, waffen- und truppentechnische, finanzielle, nicht zuletzt aber den schon fast pathologischen Antikommunismus, dem Dulles mit wahrhaft sektiererischem Starrsinn frönte - wie sein Freund Adenauer, der ja gleichfalls geistlichen Kreisen nahe stand, ihnen seinen Stuhl sogar verdankte.
Für die im April 1955 in Bandung tagende Konferenz der 29 neutralen Völker hatte Dulles so wenig übrig wie für die ganze unter der Führung von Nehru, Tito, Nasser stehende Bewegung des "Neutralismus" überhaupt.
"Entwicklungshilfe" wollte er nur jenen Staaten geben, die sich auch klar zur "freien Welt" bekannten.
Am eklatantesten scheiterte er damit in Ägypten bei Nasser, der zunächst Washingtons Wohlwollen genoß, dann aber durch seine Ostkontakte sich mißliebig machte, worauf die CIA an seinem Sturz zu arbeiten begann. Die Verschwörung mißlang, doch zog Dulles am 19. Juli 1956 die amerikanische Assuan-Anleihe an Ägypten zurück, die USA unterbrachen auch ihre langjährigen Getreidelieferungen, führten sie dann zwar zu ungünstigeren Bedingungen fort, setzten Nasser indes unter Druck, stellten politische Bedingungen und drohten ihm schließlich vor Ausbruch des israelisch-arabischen Konflikts mit der Intervention der VI. Flotte, sollte er

die Feindseligkeiten eröffnen.
Dulles verkannte die Situation völlig, hielt Nassers Politik für bloßen Bluff und die Sowjetunion zur Gewährung einer großen Wirtschaftshilfe gar nicht imstande. Nasser verstaatlichte darauf am 16. Juli den Suezkanal, um mit den Kanalgebühren selber seinen Staudamm zu finanzieren. Und Dulles entglitt die Führung des Westens, zumal in den Staaten wieder einmal Wahlkampf war. Briten und Franzosen gingen, im Bund mit Israel, militärisch gegen Nasser vor. Und die Russen nutzten das Durcheinander, um brutal den ungarischen Aufstand niederzuwerfen. Gewalt hier wie dort. Die Geschlossenheit des Westens war angeschlagen, ebenso seine Glaubwürdigkeit, sein Ansehen. Dulles aber stand als Außenpolitiker Ende 1956 "vor einem Scherbenhaufen" (Angermann).
Instruktiv sind auch die US-Dollarhilfen für den Iran, dessen Erdölvorkommen immerhin (etwa) 13 % der Weltvorkommen ausmachen. Anfang der fünfziger Jahre hatte der Großgrundbesitzer und Führer der "Nationalen Front", Ministerpräsident Mohammed Mossadegh (1951-1953), die Anglo-Iranian Oil Co. verstaatlicht, und am 2. August 1953 erhält er bei einem Volksentscheid nicht weniger als 99,4 % der abgegebenen Stimmen. Da freilich war ein Staatsstreich fällig. Die USA, stark am Öl des Landes interessiert, schürten die Gegenrevolution, so daß der Schah von Persien, Reza Pahlewi, wieder an die Macht gelangte, gestützt durch die Vereinigten Staaten und geschützt von "Savak", dem damals vielleicht grausamsten Staatssicherheitsdienst der Welt.
Die Schah-Polizei hatte in den vierziger Jahren US-General Schwartzkopf, einer der Hauptagenten der CIA, neu organisiert. Er begünstigte jetzt auch den iranischen Polizeigeneral Zahedi. Und er schürte und führte den Umsturz an, gedeckt durch den Leiter des CIA, Allen W. Dulles, Chef des amerikanischen Nachrichtendienstes in Europa (Bern) während des Zweiten Weltkriegs und besagter Bruder des Außenministers.
Der erste Chef der 1947 gegründeten CIA, Admiral Hillenkoetter, erwies sich als unfähig. Er versagte bei so bedeutsamen Ereignissen wie der Explosion der russischen Atombombe oder dem Ausbruch des Korea-Krieges und trat zurück. Auch sein Nachfolger General Bedell Smith, ein ehrlicher Draufgänger, war dem neuen Geschäft nicht gewachsen. Die Amerikaner erwarten, klagte er, unsereiner müsse Gottes und Stalins Gedanken lesen können. "Sie glauben, man sei imstande zu prophezeien: Nächsten Dienstag um 17 Uhr 32 bricht der Krieg aus."
1953 löste ihn Allen Dulles ab, der jahrzehntelange Erfahrungen im Geheimdienst hatte. Er verstärkte den politischen Einfluß der CIA. Er legte dem Präsidenten Tag für Tag einen streng geheimen Bericht mit den wichtigsten Informationen vor und konnte auch, wann und wo immer es ihm nötig erschien, den Präsidenten durch Privattelefon oder persönlich erreichen. Eisenhower schreibt selbst: "Jeden Tag beratschlagte ich mit den Vertretern des State Departments, des Verteidigungsministeriums und der CIA und las die Berichte unserer Vertreter an Ort und Stelle, die mit den Anhängern des Schahs aktiv zusammenarbeiteten."
Dies aber war vor allem die CIA unter General Schwartzkopf, der den "spontanen Aufstand" organisiert und finanziert und dabei Bestechungsgelder von über zehn Millionen Dollar verteilt hatte, besonders an die Armee. Derart stürzten dann die "Iraner" Mossadegh am 19. August, dem sie doch noch am 2. August mit 99,4 % der Stimmen ihr Vertrauen bescheinigt hatten.
"Während der ganzen Krise", schreibt Eisenhower wieder selbst, "hatte die amerikanische Regierung alles Menschenmögliche zur Unterstützung des Schahs getan." Und während sie dem nun jahrelang eingesperrten Mossadegh vorher jedes Geld verweigerte, gab sie jetzt dem Iran unter General Zahedi - dem eine fingierte Wahl, eine grauenhafte Farce, auch noch den Anschein demokratischer Legalität verlieh - allein im Jahr des Umsturzes annähernd 85 Millionen Dollar, schickte aber in den folgenden Jahren, bis 1961, fast eine Milliarde Dollar. Und

schon 1957 berichtete das Repräsentantenhaus in einer Beschwerde von Hunderten von Millionen Dollar, von denen man "unmöglich" genau sagen könne, "wohin diese Gelder geflossen seien".
Einiges ließ sich doch eruieren. So waren für den Bau eines Staudamms mehrere Millionen Dollar vorgesehen. Alles aber, was dafür geschah, war, daß man "auf dem Papier den Verlauf einer Straße in der Nähe des vorgesehenen Ortes nachzeichnete" - was schon drei Millionen Dollar kostete.
Im Iran saß nun vorläufig General Zahedi im Sattel, seit je ein übler Spekulant, eine "entsetzliche Kanaille", so der britische Konsul John Gault, hatte Zahedi doch im Zweiten Weltkrieg insgeheim mit Hitlerdeutschland kollaboriert. Nun schreibt Eisenhower: "Telegraphisch sende ich General Zahedi meine Glückwünsche" und notiert am 8. Oktober seinen Vorsatz, General Zahedi "zugleich finanziell und mit klugen Ratschlägen" beizustehen. Alles angeblich zur Bekämpfung des Kommunismus, tatsächlich alles wegen des Öls. Der ad hoc getätigte Zusammenschluß der US-Erdöl-Gesellschaften verstieß zwar gegen die Anti-Trust-Gesetze. Doch ein Sondererlaß des Justizministeriums, gestützt "auf die Bedürfnisse der Vereinigten Staaten hinsichtlich ihrer nationalen Sicherheit", schützte die Erdölgesellschaften vor gerichtlicher Verfolgung.
Die USA selbst aber schützte John Foster Dulles. In Abkehr von Trumans Containment-Politik, die er als eine rein negative und daher zum Fiasko verdammte Politik ansah, propagierte er seine Strategie des "Roll-back". Die sowjetischen Untermenschen sollten überall, wo es angängig war, zurückgedrängt, die Sowjetunion selbst durch einen ganzen Gürtel von Militärbasen bedroht werden, um sie notfalls atomar zur Strecke bringen und alle Unterdrückten befreien zu können, soweit dann noch vorhanden.
Für diese Politik der Stärke, dies flotte Taumeln "am Rand des Krieges" (on the brink of war) hatte Dulles in einem schöpferischen Anfall die Bezeichnung "Brinkmanship" geprägt. Natürlich wollte Dulles nicht unbedingt Krieg. Im Gegenteil. Wie sein Chef wünschte er herzlich, jedem ein guter Nachbar zu sein jedem, der auch selbst ein guter Nachbar war. Doch die Welt war böse, böse war sie, und das war das Problem.
John Foster Dulles blieb zeitlebens, tief durchdrungen von seiner Mission, um nicht zu sagen seinem Evangelium. Doch obwohl er unerschütterlich und fromm, in bester Absicht ringsum hetzte (auch in des Wortes wörtlicher Bedeutung, denn er besuchte 47 Länder, eine runde halbe Million Meilen dabei im Flugzeug rasend), blieb es bei dem ihm so verhaßten Status quo. Alles aber, was antikommunistisch war und sich einspannen ließ, wurde vor Dulles' Wagen gespannt, wobei man jetzt den Verbündeten statt durch "Wirtschaftshilfe" mehr und mehr durch Militärhilfe beizustehen suchte, damit sie sich, Sinn solcher Hilfe, selber beistehen konnten und nicht alle, eigensüchtig, aus nacktem Egoismus, Hilfe von den selbstlosen USA erwarteten.
Noch ein so korruptes und unfähiges Regime wie das von Tschiang Kai-shek hat Dulles fortwährend aufgewertet, was natürlich den Ausgleich mit Rotchina blockierte. Vor allem aber wurden die einstigen Hauptfeinde, Japan und Deutschland, remilitarisiert.

*Opportunist Adenauer nutzt eine US-Werbeagentur*

... Verhandlungen über die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik begannen, bereits zwei Jahre vor deren Gründung, in Washington, im Winter 1948/49 mit deutschen Generälen. Glaubte das Pentagon doch, daß in Westeuropa allein Deutschland eine wirklich schlagkräftige Landarmee aufzustellen vermöge. ...
Die deutschen Generäle stimmten im Winter 1948/49 in Washington den dortigen Wiederaufrüstungswünschen zu. Und von nun an kommandierten die Amerikaner die Militarisierung und setzten die Deutschen nachweislich unter Druck. Beispielsweise drohte man bei Nichter-

füllung mit Einstellung der Marshallplan-Hilfe. Doch verkettete man überall finanzielle Hilfeleistungen mit militärischen Forderungen. Es war Prinzip, vor allem ein Prinzip der Dulles-Politik.
"Kein Land der Welt erhielt auch nur eine halbe Million Dollar", betont L. L. Matthias, "wenn es sich nicht verpflichtete, dafür gewisse militärische Zugeständnisse zu machen, sei es durch Waffenkäufe in den Vereinigten Staaten, durch pachtweise Überlassung eines Flugzeugstützpunktes, durch Abtretung eines Geländes für Abschußrampen atomarer Geschosse oder für die Stationierung amerikanischer Truppen. Amerikanische Kredite oder Anleihen mußten bezahlt werden. Man begnügte sich nicht, wie in vergangenen Zeiten, mit Garantien und Zinsen. Man ließ sich die finanzielle Hilfe doppelt und dreifach bezahlen".
Mit offenen Armen nahmen die Yankees Generäle auf, die noch wenige Jahre zuvor Hunderttausende deutscher Soldaten Hitler ans Messer geliefert und sie selbst blutig bekämpft hatten. Andererseits lieferten auch die deutschen Offiziere ihre "Osterfahrungen" gern dem US-Generalstab aus, der einfach alles brauchen konnte: von Reinhard Gehlen, Chef der Abteilung "Fremde Heere Ost", der nun (Jahre bevor er Präsident des Bundesnachrichtendienstes wurde) mit seiner ganzen Einheit zum bisherigen Feind übertrat und mit dessen Spionagedienst ein Abkommen schloß (worin es wörtlich heißt, daß man "nach Osten aufklärt bzw. die alte Arbeit im gleichen Sinne fortsetzt"), bis zur Gestapo-Hyäne von Lyon, Klaus Barbie, der jetzt so "vorzüglich" für die USA gearbeitet hat, daß sie den vielbewährten Kriegsverbrecher im März 1951 über Genua nach Bolivien in Sicherheit brachten. (Noch ungezählten anderen, selbstverständlich, wurde derart zur Flucht verholfen, auch durch weitere Menschenfreunde, vor allem durch den Vatikan.)
Geradezu gierig stellten die Staaten Hitlers Mörder in ihren Dienst, und das "verfügbare Menschenmaterial ... Deutschlands", das sie benötigten, lieferte ihnen mit schöner Beflissenheit der "Kanzler der Alliierten". Denn wie das ostdeutsche Marionettenensemble in Pankow Moskaus Direktiven erfüllte, so (erfüllte) im Westen, in Bonn, der katholische Kanzler (Adenauer) die Wünsche Washingtons, der USA, wo er übrigens, vielleicht als erster ausländischer Staatsmann, für sich eine Werbeagentur nutzte.
Schließlich konnte der Mann der ahnungslosen Nation jenseits des großen Wassers allerlei altes Neues über sich melden. Zum Beispiel:
Ich habe als Oberbürgermeister Kölns 1917 versichert, die Stadt werde "untrennbar mit dem Deutschen Reich vereinigt" sein "und sich stets als Glied des deutschen Vaterlandes fühlen".
Ich habe 1919 proklamiert: "Entweder wir kommen direkt oder als Pufferstaat zu Frankreich ..."
Ich habe im Winter 1932/33 erklärt, "daß nach meiner Meinung eine so große Partei wie die NSDAP unbedingt führend in der Regierung vertreten sein müsse."
Ich habe 1934 in einem Brief an Hitlers Innenminister meine Verdienste, meine jahrelangen Verdienste für die Nazipartei betont. Ich habe die Partei des Führers schon in der Weimarer Republik "immer durchaus korrekt behandelt" und ich tat das im "Gegensatz zu den damaligen ministeriellen Anweisungen"! Ich bin ein Paradebeispiel für alle Beamten.
Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde ich, natürlich als Widerstandskämpfer, Oberbürgermeister von Köln, dann zwar von den britischen Behörden "wegen Unfähigkeit" bald wieder entlassen. Aber wie Harry Truman mit einem kleinen Krimskramsgeschäft bankrott machen und doch Präsident der Vereinigten Staaten werden konnte, so stieg auch ich, der infolge "Unfähigkeit" entlassene Kölner Bürgermeister, zum deutschen Bundeskanzler auf, mit besonderer Hilfe, wie ich hinzufügen möchte, der römisch-katholischen, der allein wahren Kirche.
Während Konrad Adenauer aber alsbald mit aller Intensität die geforderte Wiederaufrüstung betrieb, belog er - er müßte denn kein Politiker gewesen sein - systematisch die Deutschen, was schlicht unumgänglich war, weil die meisten einfach genug hatten vom Krieg, weil sie

schon jeder Uniformknopf unausstehlich anstank, geschweige mehr. Die Wiederaufrüstung war, wie er, Adenauer, selbst zugeben mußte, trotz "aller Anstrengungen der Bundesregierung ... im deutschen Volk sehr unpopulär". Also machte er sich zum Sprecher des deutschen Volkes und redete mit jener Entschiedenheit, die Politiker immer bekunden, wenn sie lügen, "prinzipiell gegen eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland", "strikt gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik".
"Eine Aufstellung von militärischen Streitkräften in Deutschland wünschen wir nicht, wir haben genug vom Krieg" usw. Kurz, Adenauer war so pazifistisch wie Wilson bis 1917. Oder Roosevelt bis 1941. Oder wie Konrad Adenauer 1919. Und wie er fast alle Nazis, außer jenen, die nun mal in Nürnberg gehängt worden waren, wieder in Dienst nahm, wie er die Justiz mit hohen Nazirichtern, das Auswärtige Amt mit hohen Nazidiplomaten nur so überschwemmte, so eben auch die neue alte Truppe mit Nazigenerälen und -admirälen. Fast alle kamen sie wieder, nur jetzt natürlich nicht mehr für das Böse, sondern für das Gute wirkend. Sie alle hatten sich gewandelt, alle, ganz von innen her, wahrhaftig. Siehe, alles ist neu geworden ...
Wirklich, war es ein Wunder, daß Kanzler Adenauer, einmal von Vizekanzler Erhard gefragt, ob er denn das ganze deutsche Volk und seine Interessenvertreter für korrupt halte, prompt die Gegenfrage stellte, ob Erhard etwa glaube, daß dem nicht so sei ...
Ein Staat kann nicht besser als seine Führung sein, jedenfalls nicht so lange, bis er das Gegenteil beweist. Adenauer bemühte sich nun, päpstlicher zu sein als der Papst. Als hochgedienter Knecht machte er sich dem Herrn gefällig. Und während er eine Rüstungsbeschränkung nach der andern beseitigte, während er unentwegt Angst suggerierte, unentwegt drohte mit dem Menetekel der bolschewistischen Gefahr - wie schade, daß wir die Höhe seines Kontos nicht kennen -, lehnte er jedes Disengagement, jede Veränderung des Status quo, zum Beispiel in Berlin, starrsinnig ab, ein Zustand, den selbst Eisenhower "anomal und gefährlich" nannte.
Dafür harmonierte der deutsche Kanzler um so besser mit den US-Außenministern. Hatte er schon zu dem Bischofssohn Dean Acheson, der Trumans Containment-Politik betrieb, ausgezeichnete Beziehungen, so noch bessere zu dessen Nachfolger. Dulles und Adenauer, das waren zwei Seelen aus einem Stoff, verbohrte Antikommunisten mit einer starken Affinität zu Leuten wie Mussolini, dem Adenauer 1929 telegraphiert hatte, sein Name werde in goldenen Buchstaben in die Geschichte der katholischen Kirche eingetragen ... Für Hitler allerdings hatte der Beauftragte der US-Banken, Dulles, mehr getan als der Oberbürgermeister von Köln je hätte tun können. ...<<
Der österreichische Publizist Erik von Kuehnelt-Leddihn (1909-1999) berichtete im Februar 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 2 – 1998 (x853/...): >>**Ehe und Familie, bedroht, bedrängt, belagert**
Wenn wir über die Krise von Ehe und Familie reden, müssen wir uns vor Augen halten, daß diese Tragödie im Rahmen einer spezifischen Kultur und Zivilisation stattfindet. Was aber charakterisiert diese in Euramerika?
Vor allem die Erste und dann die zweite Aufklärung unserer Tage, ferner auch die üble Erbschaft der Französischen Revolution mit ihren sadistischen Greueltaten, die erst im Spanischen Bürgerkrieg und in der Chinesischen Kulturrevolution ihre Nachahmer fanden. Der Hauptideologe der Französischen Revolution, der Marquis de Sade, war in dieser Beziehung nicht nur "Philosoph", sondern auch "Praktikant". Dieser radikal linken Revolution entstammen unsere Demokratie, der Nationalismus, der Nationalsozialismus und der Internationalsozialismus mit allen deren Abarten. (Der Rassismus des 19. Jahrhunderts kam erst durch die Geburtshilfe des Darwinismus richtig auf die Welt)
Wir erwähnten den Begriff "links". Was ist nun aber wirklich "links"? Hier müssen wir daran denken, daß wir mit einem Sektor des Tierreichs einen "animalischen" Herdentrieb gemeinsam haben, dank dessen uns die Gesellschaft gleichrassiger, gleichnationaler, gleichaltriger,

gleichgeschlechtlicher, gleichweltanschaulicher, gleichinteressierter und mit gleichem Geschmack begabter Menschen angenehm und kongenial ist. Man ist ganz "unter sich". So wie ein Schaf in seiner Herde oder eine Ameise in ihrem Bau.
Da wir aber Menschen … sind, haben wir auch den Trieb zur Vielfalt, der dem Tierreich fehlt. Darum genießen wir die Gesellschaft des anderen Geschlechts, die Abwechslung in der Nahrung, die Debatte mit Andersdenkenden, und vor allem das Reisen in ferne Gegenden, die in jeder Hinsicht eine totale Abwechslung bieten und auch "abenteuerlich" sind. Der "diversitären" Sehnsucht nach Vielfalt stehen die "identitären" (und "egalitären") Triebe der Einfalt gegenüber. (Zehn Zehnpfennigstücke sind "gleich" einer Mark, aber sie sind mit ihr nicht identisch.
Das Einmarkstück ist aber identisch und gleich jedem anderen Markstück desselben Prägungsjahres.) Dieser Einfalt entstammen Wunschträume von Ländern mit nur einer Sprache, einer Rasse, einer Klasse, einer Partei, einer Ideologie, einem Schultyp, einer Kleidung, einem Bildungsgrad. (Robespierre hatte schon die Uniformierung aller Franzosen und die Zerstörung aller "undemokratisch" hohen Kirchtürme geplant, was da und dort auch durchgeführt wurde. Auch an die physische Vernichtung der Elsässer dachte man, da diese sich nicht der "republikanischen Sprache" bedienten.
In seinem Testament sagte der heilige Ungarnkönig Stefan dem heiligen Emmerich: "Mein Sohn, ein Reich von nur einer Sprache und einer Sitte ist zerbrechlich und dumm", wohl ein Ausspruch, den der moderne Mensch in seiner phantasielosen Einfalt kaum verstehen könnte. Alle "Unterschiede" erscheinen ihm politisch, administrativ, wirtschaftlich und moralisch belastend.
Nun muß man einmal die Problematik der Ehe und der Familie im Rahmen unseres zutiefst "linken" Zeitalters, das gottlos oder nur noch vom Geruch einer leeren Flasche lebt, und nicht isoliert im luftleeren Raum betrachten. 1989 wurde die linke ökonomisch geschlagen. Nun aber rüstet sie sich zum biologischen Kampf.
Da ist nicht nur die Frage zu beantworten, was der Mensch ist, sondern auch was es bedeutet, ein Mann oder eine Frau zu sein. Der Mensch hat einen dreifachen Aspekt: Er ist einerseits als Ebenbild Gottes geschaffen (Genesis, 1, 27), andererseits aber ist sein Sinn von Kindheit an auf das Böse gerichtet (Genesis, 8, 21) und überdies ist er durch die Erbsünde in seiner Natur verwundet.
Männer und Frauen sind jedoch körperlich und seelisch völlig verschieden. Zwar sind ihre geistigen Eigenschaften nur "statistisch" anders gelagert; so könnte man zum Beispiel sagen, daß Männer eher brutal und Frauen eher grausam sind, doch kann man keine Regel daraus ableiten. Man nehme nur einmal 12 Farbtuben; mit diesen kann man völlig verschiedene Bilder malen, wobei auch die Farben quantitativ und nicht nur lokativ ganz anders verteilt sind. Die neuere Forschung, auch stark durch den Feminismus angeregt, hat in den letzten Jahren immer weitere, zusätzliche Geschlechtsunterschiede wissenschaftlich festgestellt, die aber schon immer geahnt wurden.
Von den hormonalen Unterschieden wissen wir längst, vom männlichen "Y" in jeder Zelle aber erst mit Sicherheit seit 1958. Nun wurde in den letzten 20 Jahren viel Hirnforschung betrieben und auch da wieder taten sich Abgründe auf. Daß Frauen gewisse Dinge wohl tun, andere aber kaum bewältigen können, wurde von naiven Gemütern oft mit der jahrtausendlangen Unterdrückung der Frau begründet, dabei aber vergessen, daß jede Frau einen "ungebundenen" Vater und jeder Mann auch eine "geknechtete" Mutter hatte, also das Generationsargument völlig haltlos ist.
Frauen komponieren nur in den seltensten Fällen (doch hätte auch in der Vergangenheit niemand einem jungen Mädchen ein Notenheft aus der Hand gerissen), Mathematikerinnen von Weltruf sind äußerst selten, ebenso Schachmeisterinnen und Philosophinnen.

Männer lieben das Abstrakte, Frauen das Detail und das Konkrete. Wer Säuglinge betreut, darf nicht in den Wolken schweben. In den bildenden Künsten sind Frauen nur in Ausnahmefällen extrem hoch produktiv, aber sprachlich sind sie äußerst begabt (nicht nur im gesprochenen, sondern auch im geschriebenen Wort) und was sie durch reine Intuition und Inspiration vermögen, ist anscheinend außerhalb jeder wissenschaftlichen Forschungsmöglichkeit.
Nur dumme Männer verachten das weibliche Geschlecht oder legen ihm (wie der arme Strindberg) ungerechterweise männliche Maßstäbe an.
Es geht hier also (wie bei den Rassen) nicht um Über- und Unterlegenheit, sondern um weitgehende Verschiedenheiten, die der Linken nicht behagen. Sie will diese ganz einfach nicht wahrhaben.
Besonders in den Vereinigten Staaten, ursprünglich einer sehr aristokratischen Republik, in der die Demokratie seit 1828 immer größere Siege errang, tobt die Debatte nicht nur um das sehr delikate Thema der Rasseneigenschaften, sondern auch um die Unterschiede zwischen den Geschlechtern, wobei die Feministinnen in der Frage "Natur oder Aufziehung?" alle Geschlechtsunterschiede auf den jahrtausendealten "Patriarchalismus" zurückführen wollen.
Doch die egalitär-identitäre Ideologie unseres Zeitalters will von der Idoneität ("Eignung") der Menschen nichts wissen. Jedermann ist "mündig", jedermann kann über jegliches Ding reden und ein Urteil fällen, alle sind "gleich", alle können wählen, alle sind "auswechselbar". … Unterschiede zu sehen, zu machen oder zu bewerten ist "undemokratisch". Ja, die (angenommene) Gleichheit ist doch eine Grundbedingung im politischen Prozeß. Wenn nicht alle Bürger "gleich" sind, wie kann man sie da nach dem Urnengang addieren?
Nun aber ist die Familie, vor allem die Großfamilie, eine "diversitäre", eine hierarchisch gegliederte Gruppe bestehend aus drei Generationen und zwei Geschlechtern mit einer ganzen Reihe von Beziehungsmöglichkeiten - Großeltern zu Eltern, Eltern zu Kindern, Kinder zu Großeltern, Geschwister untereinander, Onkel-Tanten zu Neffen-Nichten, Vettern und Basen.
Die Familie bedeutet Autorität, Liebe, Tradition, Gehorsam, Treue, Freundschaft, Bindung, Loyalität, Vorfahrenverehrung, Respekt, Aufopferung, Hilfsbereitschaft, aber weder Gleichheit, noch Nämlichkeit, und unterliegt auch nicht dem Zahlenzauber der stets auf Wechsel erpichten Demokratie.
Die alte Ordnung war vertikal, die jetzige, linke, aber ist horizontal. Heute schiebt man die Großeltern gerne ins Altersheim ab, die Kinder in die Ganztagsschule.
So ist die Familie in unserer Zeit ein wahrer "Fremdkörper" geworden, der womöglich durch seinen Autoritätsanspruch für einige gute Leute fast "faschistoid" wirkt. (Der Antiautoritarismus geht ja manchmal so weit, daß ein Wiener "Theologe" von Christi Jüngern als von Seinen "Haberern" d.h. Freunden, Kumpeln, schreibt, doch war Er … der HERR.)
Darum hat die Linke, die auch den stets totaler werdenden Staat beherrscht, mit ihren horizontalen Leidenschaften sich stets gegen die "Exklusivität" der Ehe und Familie gewandt. Und natürlich auch auf der politischen Ebene gegen die Monarchie, die ja auf Ehe und Familie basiert und in der Christenheit (so wie die katholische Kirche) eine übernationale Einrichtung war. Im Jahre 1910 hatten von den souveränen Staaten eigentlich nur Serbien und Montenegro einheimische Dynastien.
(Die Hohenzollern waren keine Preußen, die Romanows waren mit Peter II. ausgestorben und das Haus Savoyen war französisch.) Die "Nationalmonarchien" waren zu gutem Teil Produkte des linken Nationalismus im 19. Jahrhundert.
Freilich war das traditionelle Weltbild Europas patriarchal-elterlich: da war Gott-Vater im Himmel, der heilige Vater in Rom, der Monarch der Vater des Vaterlands und der Vater als König in der Familie. Doch da war auch Maria als Königin des Himmels, die regierende Königin oder Kaiserin gelegentlich das Haupt der Dynastie und die Frau und Mutter das Herz der Familie und oft als Witwe die Stelle ihres Mannes übernehmend. Die Kirche gestand ihr eben-

so wie dem Mann immer das Wichtigste zu: die Möglichkeit der Heiligkeit.
Aber hier auf Erden (wo wir alle nur Pilger auf dem Weg in die Ewigkeit sind und keine Bleibe haben) ist die Idoneität, d.h. die "Eignung" im Rahmen der Gesellschaft ausschlaggebend. Das gilt für Männer genau so wie für Frauen. Maurer sollen keine Herztransplantationen ausführen, Chirurgen keine Brücken entwerfen, Schornsteinfeger keine Uhren reparieren und Frauen nicht Scharfrichter, Soldaten, Bergleute oder Kanalräumer werden.
Der Feminismus, den wir heute in Nordeuropa und Nordamerika haben, ist teils die Reaktion auf die Misogynie in diesen Ländern, zu gutem Teil ist er aber auch das Resultat einer abstrusen Verachtung aller positiven weiblichen Werte, also eines sterilen Selbsthasses. Von den Geschlechtern gilt auch weitgehend die ernüchternde Bemerkung Freuds: "Anatomie ist Schicksal".
Der heilige Johannes Chrysosthomus meinte, daß der Mann für die Frau Sicherheit, die Frau aber für den Mann Trost bedeute. Aufgabe der Frau ist es nun einmal, Kinder zu gebären und sie aufzuziehen. Ihre Rolle als Mutter, als Gattin, als Hüterin des Heims, als Quelle der Eingebungen und Ermutigungen ist nicht nur innerhalb des Christentums immer geehrt und bewundert worden.
Die Frau ist für die Völker und daher auch für die Geschichte von größter Bedeutung. Wo man sie ins Abseits drängt, kommt es zum kulturellen Stillstand. Als Brotverdienerin ist sie in einer christlichen Gesellschaft nur in zweiter Linie berufen, und wenn ein Konflikt zwischen ihrer natürlichen Berufung, ihren Pflichten und dem Erwerb für den Götzen "Lebensstandard" entsteht, sollten ihr von Gott (Heiden würden sagen: "von der Natur") gegebenen Aufgaben deutlich den Vorrang haben. Lebensstandard und Lebensqualität sind nicht dasselbe. Niemand wird mir sagen, daß die Menschen in Stockholm glücklicher sind als in Sevilla.
IV.
Die Ehe selbst ist eine "Eidgenossenschaft", aber es ist gerade die feste Bindung, die dem "modernen Menschen" zuwider ist.
Er ist eine Mischung von Papagei und Chamäleon, also ein Papamäleon, oder auch ein Jerk. ein amerikanischer Ausdruck, der wörtlich übersetzt "Ruck" bedeutet, aber für einen jüngeren Mann verwendet wird, der "geschwind", oberflächlich, wurzellos, etwas zynisch, abgeschmackt, ungebildet, unzuverlässig, also keineswegs "ideal" für eine Ehe ist, denn eine Ehe, die auch Kinder in die Welt setzt, ist nun einmal ein äußerst ernsthafter Bund. Im feudalsten Zeitalter war die ganze Gesellschaft auf Treuebündnisse gegründet. Das galt beileibe nicht nur für den Adel, sondern auch für Klerus, Bürgertum und Bauernschaft.
Basis der Ehe ist weltweit (was wir oft vergessen) weder Eros, noch Sexus, sondern die elterliche Vorsorge. Jean Guitton schrieb, daß in den gehobeneren Schichten Frankreichs erst mit Anbruch dieses Jahrhunderts die Liebesehe in den Vordergrund trat. Hermann Keyserling trat für die "Standesehe" ein und betrachtete eine Ehe primär aufgrund einer sexuellen Anziehung als infame Verirrung. Doch auch auf den Eros ist bekanntlich kein Verlaß. Thomas von Aquin erwähnte die Freundschaft als sichere Grundlage und tatsächlich sollten sich Brautleute fragen, ob ihr Partner *ein Freund auf Lebenszeit* sein könnte, denn die Treue gehört wesenshaft zur Freundschaft und nicht zum Eros und schon gar nicht zum Sexus.
Doch die Ehe hatte schon seit jeher ihre Feinde. Da war zuerst einmal der Staat, der immer und überall eine gewisse annexionistische Tendenz hat, besonders in seiner "laizistischen" Form. Es war Frankreich, das durch die Revolution und dem Code Napoleon (1804) die Zwangszivilehe einführte, die dann im Kulturkampf durch Bismarck übernommen, im Dritten Reich weitergeführt und, wie so viele braune Gesetze, von der Zweiten österreichischen Republik wacker als nationalsozialistisches Erbstück beibehalten wurde.
Martin Luther betrachtete zwar die Ehe als "ein weltlich Dinge", aber er hielt dennoch an ihrer Unauflöslichkeit fest und verbot die Wiederverheiratung Geschiedener. (Einmal drückte er

allerdings ein Auge zu). Hier muß man sich immer daran erinnern, daß Luther kein Lutheraner war und der heutige "Lutheranismus" durch die Erste Aufklärung in ihr wahres Gegenteil verkehrt worden ist. Auch die anglikanische Kirche hat bis in unsere Tage die Wiederverheiratung von Geschiedenen offiziell nie gestattet.
Der katholischen Lehre nach ist die Ehe ein Sakrament (das biblische Wort für Sakrament ist my sterion), das sich die Brautleute mit dem Segen der Kirche gegenseitig spenden. Kurioserweise verbieten viele "liberale" Demokratien diesen persönlichen wie auch kirchlichen Akt ohne vorhergehende staatliche Zeremonie.
Doch die Ehe ist eben nicht nur eine biologische, sondern auch eine existentielle und moralische Einrichtung. "Treue bis in den Tod" ist eines ihrer Leitmotive, aber für Treue und Glaube steht im Griechischen und Lateinischen dasselbe Wort (pistis beziehungsweise fides). Auch im Deutschen sind Treue und Trauen wie auch Vertrauen verwandt. … Die Ehe ist sowohl "Hingabe" an einen anderen als auch die Möglichkeit der "Erschaffung" eines neuen Menschen.
V.
Dagegen kämpft die Linke von allen Seiten, sie schießt darauf aus allen Rohren. Sie tut dies durch Gesetze, sie "verstaatlicht" die Ehe, sie beraubt sie ihrer Absolutheit, sie versucht die Familie durch den Versorgungsstaat zu ersetzen, sie bestimmt den Erziehungscharakter der Kinder und nicht zuletzt greift sie ihre biologisch-moralische Grundlage an.
Mit dem Marxismus einst innig verbunden, versucht sie sich nun mit einem veränderten, obwohl nicht ganz neuem Profil. (Der Marxismus hatte einen enormen Anfangserfolg dank seiner wirtschaftlichen Ignoranz, die auf einer ganzen Kette "klarer, aber falscher Ideen" beruhte. Jedoch, je dümmer die Idee, desto größer und schneller der Erfolg bei den Massen. Das Christentum brauchte 300 Jahre bis zum äußeren Erfolg.)
So manchem Linken fällt der Abschied von der kollektiven Staatswirtschaft gar nicht so schwer. Das einst so sozialistische Schweden hat gezeigt, daß der Versorgungsstaat auch den bösen "Kapitalismus" beherbergen kann, und China gibt uns jetzt das schöne Beispiel einer "freien Marktwirtschaft im Sozialismus".
(Die "patriotischen Kapitalisten" hatte Mao nicht nur toleriert, sondern auch gepflegt - wenn sie auch später, während der "Kulturrevolution", mit Lehrern und Bonzen manchmal auf die viehischste Art umgebracht oder sogar, wie in den Provinzen Guangxi und Hunan abgeschlachtet und von terrorisierten Bürgern buchstäblich aufgefressen wurden.
Was die Linke heute anstrebt ist nach wie vor der totale Staat, der allein imstande ist, einen gleichmacherischen Horizontalismus zu fördern und die Freiheit als "liberale" Gegenleistung auf den Unterleib zu beschränken. Daß dies zu einem barbarischen Zustand führt, wußte auch Freud (ein rechtsdralliger Atheist), der dem Christentum dankte, am Ende der Antike den Eros vor dem Sexus gerettet zu haben. Er war ein Gegner der Promiskuität und wußte, daß eine Kultur ohne "Repression" undenkbar ist. Und dieser antieheliche und antifamiliäre Destruktivismus wird grundsätzlich und mit Fanatismus betrieben.
Die neue Regelung der Familiennamen ist nur dem Chaos förderlich, die Demoralisierungsbestrebungen jedoch bilden das weitaus größere Übel. Dank der Abschlachtung der Ungeborenen geht sie bis zum Mord. Als Folge der Amoralpropaganda steigt nicht nur die Anzahl der vorgeburtlich Ermordeten, sondern auch der unehelich Geborenen und damit der existentiell vaterlosen Kinder.
Sie beträgt in den USA bei der weißen Bevölkerung über 30 Prozent, bei den Farbigen über 60, beides mit stark ansteigender Tendenz (wobei freilich die neue Rollenverteilung der Geschlechter ein wichtiger Faktor ist).
Die psychologischen Probleme dieser "vaterlosen" Einzelkinder, die dann später in ihrem Leben an den Folgen ihrer Erziehung schwer leiden werden, dürfen nicht vergessen werden.

Über den Unfug, der mit dem "Sexualunterricht" getrieben wird, können Eltern und Seelsorger ein Lied singen.
Aber nicht genug damit: der gleichgeschlechtlichen "Liebe" wird zunehmend ein offizieller Status gegeben, und homosexuellen Pärchen, die gesetzliche Ansprüche auf steuerliche und andere Eheprivilegien machen, werden Adoptivkinder zugebilligt. (Der "New Yorker" veröffentlichte eine Scherzzeichnung, in dem eine lesbische Mutter einem ungezogenen Kind sagt: "Na, warte nur, du Schlingel, wenn die zweite Mama nach Hause kommt!") Auch die amerikanischen Homosexuellen stehen in der Regel links (wie auch anderswo), denn sie sind ja "identitär". Mit Geschlechtsunterschieden können sie nichts anfangen.
Die kommunistischen britischen Hochverräter, angefangen mit Philby, waren fast alle Homosexuelle und dies obwohl so geartete Unglückliche gerade in der UdSSR brutal verfolgt wurden. Kein Wunder auch, daß Walt Whitman, der große Barde der ursprünglich so unamerikanischen Demokratie, ein Schwuler war, den Thomas Mann mit dem Hinweis auf sein Gebrechen als echten Vertreter einer demokratischen Mentalität zitierte.
Doch bei uns stehen die Dinge auch nicht besser, wenn ein evangelisches Diakoniewerk ein sexuelles Gesellschaftsspiel mit anatomischen Details für Kinder herausgibt oder ein in der Schweiz aktiver holländischer Pastor ein Buch veröffentlicht, in dem die Pädophilie für ihre Praktizierer wie auch für ihre Opfer im Kindesalter als höchst "gesund" dargestellt, ja geradezu empfohlen wird.
Die liberale Demokratie hat ein Janusgesicht mit einem egalitär-identitären und einen freiheitlichen Aspekt. Die Demokratisten wollen alles "demokratisieren", aber in der echten Ehe ist das ebenso unmöglich wie in der katholischen Kirche, in Banken, Kasernen, Schulen, Fabriken, Bauernhöfen oder Atomkraftwerken.
Der liberalen Komponente sind ebenfalls Grenzen gesetzt. Zellen, die sich unbegrenzt vermehren, muß man auch Schranken setzen, sonst können sie tödlich werden. Völker, die keine Werte haben, sind wertlos und gehen in der Geschichte unter. Sie sterben nur zu oft ganz einfach aus, wenn sie nicht von anderen Völkern überrollt werden.
Die Krise der Ehe und der Familie würde da verhängnisvoll die Weichen stellen. Diese Krise (Krisis heißt ursprünglich "Urteil") kann nicht isoliert behandelt oder gar geheilt werden. Kulturen bilden, wie der menschliche Körper, stets ein Ganzes. Ebensowenig könnte man die Syphilis heilen, indem man die einzelnen Geschwüre herausschnitte und die Wunden dann kosmetisch behandelte.
Diese Krise ist ein einzelner (wenn auch zentraler) Teil einer Un-Ordnung, die vor über 200 Jahren ihren Anfang nahm und immer "kritischer" wird. Im Kern ist sie natürlich ein theologisches Problem, denn nur eine theistische Religion kann dem Menschen eine Antwort auf die Frage des Woher, des Wohin, des Warum und des Wie geben. Auch ein "natürliches Sittengesetz" von Menschen erforscht kann das praktisch nicht, sondern nur Gottes geoffenbartes Wort. …<<
Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtete im Juli 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 – 1998 (x853/...): >>**Der Medienkampf gegen Religion, Kirche und christliche Wertordnung**
Der chinesische Philosoph Hsün-tsu (häufig als Sun Tsu wiedergegeben) stellte etwa 500 v. Chr. folgende "Regeln für die politischpsychologische Subversion" auf, die nach dem Urteil von General Gehlen, dem langjährigen Chef des BND noch heute nahezu unverändert und uneingeschränkt gültig sind, wenn man sie der Formulierungen entkleidet, die den Besonderheiten ihrer Zeit entsprechen. Es heißt bei Sun Tsu:
"Die höchste Kunst besteht darin, den Widerstand des Feindes ohne Kampf auf dem Schlachtfeld zu brechen. Nur auf dem Schlachtfeld ist die direkte Methode des Krieges notwendig; nur die indirekte kann aber einen wirklichen Sieg herbeiführen und festigen. Zersetzt alles, was im

Lande des Gegners gut ist! Verwickelt die Vertreter der herrschenden Schichten in verbrecherische Unternehmungen; unterhöhlt auch sonst ihre Stellung und ihr Ansehen; gebt sie der öffentlichen Schande vor ihren Mitbürgern preis! Nutzt die Arbeit der niedrigsten und abscheulichsten Menschen!
Stört mit allen Mitteln die Tätigkeit der Regierungen! Verbreitet Uneinigkeit und Streit unter den Bürgern des feindlichen Landes! Fördert die Jungen gegen die Alten! Zerstört mit allen Mitteln die Ausrüstungen, die Versorgung und die Ordnung der feindlichen Streitkräfte! Entwertet alle Überlieferungen und Götter!
Seid großzügig mit Angeboten und Geschenken, um Nachrichten und Komplizen zu kaufen! Bringt überall geheime Kundschafter unter! Spart überhaupt weder mit Geld noch mit Versprechungen, denn es bringt hohe Zinsen ein."
Wenn man sich an das Wort von Sigmund Freud erinnert: "Der Verlust der Scham ist der Beginn des Wahnsinns", wird deutlich, warum destruktive Kräfte in unserer Gesellschaft den Pansexualismus fördern.
Es ist nicht zu übersehen, daß hierzulande die Freiheit weitgehend pervertiert ist. Artikel 5 (1) unseres Grundgesetzes bestimmt:
"Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten ..."
In Absatz (2) heißt es: "Die Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze ..."
Jedermann, der die Zeit der braunen oder roten Diktatur erlebt hat, wird dieses Grundrecht vorbehaltlos begrüßen, ist es doch für eine freiheitliche demokratische Staatsordnung "schlechthin konstituierend", wie das Bundesverfassungsgericht sagt (BVerfGE 20, 97).
"Meinungsmache gegen die Kirche hat Konjunktur in Deutschland. Kaum eine Talkshow oder Gazette, die sich den Unentwegten unter den Kirchenkritikern nicht schon als Forum angedient hätten.
Kirchensteuer, Zölibat und Drewermann auf allen Kanälen, Enthüllungsbücher auf den Bestsellerlisten. Vergleichbares an öffentlichen Schmähungen kirchlicher Amtsträger, aber auch Verhöhnung und Veralberung christlicher Glaubensinhalte, Gebote und Riten findet nur, wer bis in die dreißiger Jahre zurückgeht.
Im "Stürmer-Stil" wetterte zum Beispiel der sozialdemokratische Pressedienst "ppp" am 23.6.92, die "verbalen Exzesse" der "Oberpriester" und "klerikalen Fundamentalisten" Meisner, Lehmann und Dyba gegen den Bundestagsbeschluß zum Paragraphen 218 seien ein "Affront", der "Grundfragen der demokratischen Verfassung berührt". Die "bedauerliche Tatsache, daß die Kirche aus Steuermitteln finanziert wird, macht sie noch nicht zu einer demokratischen Institution. Die mittelalterlichen Kostüme und Requisiten, in denen die Oberhirten stolzieren, sind ... weder ein Ausweis für ein Mandat noch für staatsmännische Weisheit, höchstens für patriarchalischen Starrsinn und Hochmut. Im demokratischen Rechtsstaat müsse 'der Kircheneinfluß auf die Gesetzgebung so gering wie möglich bleiben'."
Mit diesen Worten leitet Andreas Pittmann im "Rheinischen Merkur" vom 2.7.93 eine Untersuchung über Religion in der Gesellschaft ein. Hat er zu schwarz gesehen, stark übertrieben oder ist an seinen Feststellungen zumindest "etwas dran"? Nun, wer Presse, Rundfunk und Fernsehen in den letzten Jahrzehnten aufmerksam verfolgt hat, muß den Beobachtungen Püttmanns zustimmen.

**Vom Guten Geschmack und der Freiheit der Kunst**

Die seit Jahr und Tag in verschiedenen Medien zunehmende und sich ständig steigernde Stimmungsmache, ja Hetze gegen die Kirchen, bezeichnete der damalige bayerische Innenminister Edmund Stoiber im Juni 1988 als "Alarmsignal".
Offenkundig handelt es sich nicht um ein rein innerkirchliches Problem, sondern um eine Fra-

ge, die von einschneidender Bedeutung für unsere ganze Gesellschaft ist. Wenn insbesondere die katholische Kirche im Fadenkreuz der Angriffe steht, dürfte dies vor allem daran liegen, daß sie noch immer wesentlich fester gefügt ist als die evangelische. Zudem sind in Papsttum, Hierarchie und in ihrem im allgemeinen noch geschlossenen Lehrgebäude die Angriffsziele deutlicher auszumachen.
Aber nicht nur die Kirche als Institution und ihre offiziellen Vertreter werden immer wieder attackiert, sondern inzwischen häufen sich auch massive Angriffe auf Christus, die jegliches Mindestmaß an Anstand und Respekt vor den religiösen Überzeugungen der Gläubigen vermissen lassen. Angehörige nichtchristlicher Religionen begegnen christlichen Glaubenswahrheiten bisweilen mit einer Ehrfurcht, die vielen Medienleuten fremd ist.
So protestierte etwa der Islamische Weltkongreß in seinem Zentralorgan "The Muslim World" gegen Herstellung und Verbreitung des seinerzeit in Dänemark geplanten Films "Das Liebesleben des Jesus Christus": "Dieser Film ist eine einzige Herabwürdigung des erhabenen Charakters des Jesus von Nazareth" (Die Welt, 17.9.73).
Und während in mehreren nichtchristlichen Ländern z.B. in Indien und Israel "Die letzte Versuchung Christi" verboten wurde, war sie bei uns im Zeichen der Freiheit der Kunst in den Kinos zu sehen. Als sich in Biberach Gläubige vor dem Kinoeingang zum Sühnegebet einfanden - es gab keinerlei Gewalt und niemand wurde am Betreten des Kinos gehindert - schimpfte eine Fernsehjournalistin bei ihren Kollegen über die Beter:
"So fängt's an – und bei den Hexenverbrennungen endet es. Ich bin entsetzt."
Vor Jahr und Tag strahlte die ARD ein Spottgedicht auf das "besoffene Christkind" aus. In der Sendung "Pink" durfte Udo Lindenberg das Kind von Bethlehem ungestraft als "Sensationsfratz" verhöhnen. Und wer die "Karikaturen" der Berliner "taz" zum Weihnachtsfest 1988 gesehen hat, kann über den geradezu satanischen Haß gegen den Erlöser des Menschengeschlechts nur zutiefst erschrecken.
Ist es eigentlich noch keinem dieser "Künstler" in den Sinn gekommen, daß seine "Witze" und "Gags" den Sudel- und Hetzblättern der Nazis wie "Das Schwarze Korps" und "Der Stürmer" zum Verwechseln ähnlich sehen? Damals ging es gegen die "Dunkelmänner", heute handelt es sich vielfach um einen Aufstand gegen Gott und seine Kirche mit erhobener Faust.
Wenn auf dem Berliner "Gag-Festival" 1965 der Papst als Esel im Stall von Bethlehem zu sehen war, Kleriker als Fledermäuse oder Vampire mit Krallen, Prälaten, die gierig ein Kruzifix fressen und geil nach nackten Nonnen schauen, während der Gekreuzigte augenzwinkernd zuschaut, so erinnert dies an die braunen Schmutzblätter. Aber ein gekreuzigtes Schwein auf Golgatha – so etwas gab es nicht einmal im Dritten Reich.
Am 18.4.1987 befaßte sich die "taz" unter der Überschrift "Gourmands und Gourmets - Gut abgehangen am Kreuz ist er allgegenwärtig. Zum Osterfest einige Tips, was etwas kultiviertere Küchen daraus machen würden", mit der Geschichte des Kannibalismus. Dem Beitrag wurden die Einsetzungsworte Jesu beim Letzten Abendmahl vorangestellt.
Von verschiedener - auch nichtchristlicher Seite - wurde gegen die Verantwortlichen Strafantrag gestellt - vergebens. Die Staatsanwältin erklärte, die Freiheit der Kunst sei nicht grenzenlos, sondern werde durch die Grundrechte der Religionsfreiheit und der Menschenwürde eingeschränkt. Hier handele es sich nicht mehr um eine Satire, sondern das religiöse Empfinden der Gläubigen werde in den Schmutz gezogen. Dagegen meinte das Gericht, der inkriminierte Artikel sei nicht geeignet, den öffentlichen Frieden zu stören. Der Tatbestand einer Religionsbeschimpfung sei nicht verwirklicht. Ist dies eigentlich erst dann der Fall, wenn gegen diese Art von "Satirikern" Morddrohungen à la Khomeini ausgestoßen werden?
Auf dem Hintergrund der Berliner Gerichtsentscheidung ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 24.5.88 von Interesse. In ihm heißt es, weder die Beschlagnahme obszöner Gemälde noch die Verurteilung des Künstlers bzw. Ausstellers wegen

unzüchtiger Veröffentlichungen verstoße gegen die Freiheit der künstlerischen Äußerung (Art. 10 der Menschenrechtskonvention).
Dieses Urteil macht Mut, nicht jede Verunglimpfung des christlichen Glaubens oder der Kirchen - an Juden und Moslems traut man sich vorsichtshalber nicht ran – widerspruchslos hinzunehmen, sondern sich gegen die geistigen Umweltverschmutzer in Presse, Rundfunk, Fernsehen und auf der Bühne entschlossen zur Wehr zu setzen. Eine wehrhafte Demokratie darf nicht dulden, daß unter dem Deckmantel der Freiheit von Kunst und Presse Millionen Andersdenkende tyrannisiert werden. Sonst verkommt sie zum Nachtwächterstaat und schaufelt sich letztlich das eigene Grab.
In jüngster Zeit gab es einen Hoffnungsschimmer: Das Kölner Amtsgericht verurteilte den Regisseur der alternativen Karnevalsveranstaltung "Stunksitzung" zu einer Geldstrafe von 6.000 DM, weil er in einer Sitzung ein Kruzifix zeigte, auf dem der Schriftzug INRI durch "Tünnes" ersetzt worden war. (Dewezet, 30.6.93)

**Hexen und Morden**

In vorderster Front gegen die verhaßte Kirche steht der "Spiegel". In seiner Nr. 51/1987 heißt es im Kommentar "Die Abtreibung ein Stellvertreter-Krieg":
"Wenn die christliche Kirche, korrupt wie alles Menschenwerk, die Menschen zu deren Unglück manipuliert; wenn die römische Kirche Politik zum Schaden der Menschheit treibt, ... wie sollte ein von ähnlichen Ignoranten gewählter Papst, dem die Disziplinierung seines weltweiten Imperiums immer noch das Wichtigste war, über die moralischen und psychischen Probleme einer Kindesabtreibung autoritäre Aussagen machen? ... Die christliche Kirche, man vergißt es immer wieder, hat durch all die Jahrhunderte wenig Respekt vor dem bereits geborenen Leben gezeigt. Sie hat selbst in einer Weise gemordet und morden lassen, die den Verbrechen des 20. Jahrhunderts immerhin nahekommt."
Vielleicht waren es Passagen dieser Art, welche die Moderatorin Lea Rosh, inzwischen Leiterin des Funkhauses Hannover, in den von ihr kräftig manipulierten Talkshows vom 20.1. und 10.2.89 "Freitagnacht - Kirche adieu - Die Lust der Christen und der Frust der Kirchen" zu ihren gewohnt gehässigen Ausfällen gegen die katholische Kirche animierten, die mit der geschichtlichen Wahrheit wenig zu tun hatten.
Die Äußerungen der Berliner Pastorin Helga Frisch, sie "habe mit Vergnügen gelesen, daß im 11. Jahrhundert, als das Zölibat eingeführt wurde, die Priester sogar mit der Ermordung des Erzbischofs gedroht und den Nuntius umgelegt haben. Ich wundere mich, daß die Priester heute nicht mal so ein paar ähnliche Maßnahmen ergreifen", quittierte sie mit Lachen.
"Ganz nebenbei" ließ sie einfließen, die katholische Kirche solle das Wort Menschenrecht nicht in den Mund nehmen. Neben ihrer Mitschuld am Massenmord an den Juden habe die Kirche allein eine Million Frauen als Hexen verbrannt.
Da solche dummdreisten Behauptungen immer wieder aufgetischt werden, mag es hilfreich sein, hierauf einmal etwas näher einzugehen.
Zum Komplex der Judenverfolgung möchte ich noch etwas ausdrücklich sagen, zumal der Vatikan erst kürzlich ein Dokument über die Shoah veröffentlicht hat. 1968 war ich zum ersten Mal in Yad Vashem, dem weltweit größten Dokumentationszentrum über die Judenverfolgung. Der Abteilungsleiter für Bayern sagte mir:
"Aus meiner langjährigen Arbeit kann ich sagen: Es gab nur 2 wirkliche Gegner des Nationalsozialismus: die Kommunisten und die katholische Kirche". Wenngleich dies sicher etwas überspitzt ist, trifft es doch weitgehend zu. Die katholische Kirche hat nach dem sorgfältig recherchierten und gut belegten Buch des jüdischen Historikers und Theologen Pinchas E. Lapide, der im vergangenen Jahr gestorben ist, "Rom und die Juden" unter Pius XII. wenigstens 700.000, wahrscheinlich aber sogar 860.000 Juden vor dem sicheren Tod gerettet, weit mehr als alle anderen Kirchen, religiösen Einrichtungen, das Internationale Rote Kreuz und

die westlichen Demokratien zusammengenommen. (S. 188)
An dieser Rettungsaktion haben deutsche Katholiken ihren Anteil. Thomas Mann und Max Horkheimer, beide nicht gerade Freunde der katholischen Kirche, ließen nach 1945 untersuchen, wer den Juden in Deutschland am meisten geholfen hat. In einem Spiegel-Interview des Fernsehens zeigten sie sich überrascht, "daß gläubige Katholiken die größte Bereitschaft zeigten, den Verfolgten zu helfen." Für Juden gab es katholische Hilfsstellen in Berlin, Hamburg, Freiburg. Die größte Hilfsstelle befand sich in Wien, das ja damals zum Großdeutschen Reich gehörte und über 4.000 Juden betreute. Über das im vergangenen Jahr noch einmal aufgelegte Buch von Lapide urteilt "The Jewish Chronicle", London:
"Hier handelt es sich nicht um eine Reinwaschung, sondern um eine wesentliche Berichtigung zum "Stellvertreter" von Rolf Hochhuth ... Lapides Beweisführung scheint mir schlüssig ... Hätten denn Papst Pius XII. und seine Kirche überhaupt mehr tun können?"
Was ist mit der Million Hexen, die der Mordlust der katholischen Kirche zum Opfer gefallen sein sollen? Der "Spiegel" gab in seiner Ausgabe vom 22.10.84 ihre Zahl mit 6 Millionen an. Hans Küng, der sich nach Entzug der Lehrerlaubnis verstärkt gegen die Kirche ins Zeug legt, brachte es in einem Artikel der "ZEIT" (4.10.85) gar auf stolze 9 Millionen. Man fühlt sich unwillkürlich an ein Wort des mutigen Kämpfers gegen den Hexenwahn, P. Friedrich v. Spee, erinnert, der in seiner "Cautio Criminalis" schreibt:
"Da ist es denn kein Wunder, wenn das immer mehr um sich greifende Gerede uns in wenigen Jahren Hexen in so reichlicher Zahl verschafft."
Am Sonntag, dem 19.4.98, brachte das ZDF um 19.30 Uhr in der Reihe Sphinx die Sendung über "Hexenjagd im Namen Gottes", die erstaunlich um objektive Darstellung bemüht war, nicht zuletzt über Spee.
Der Reichsführer SS Himmler ließ von 1935-44 durch die Forschungsstelle H (= Hexen) sämtliches Material über Hexen und deren Prozesse sammeln und auswerten. 154 Archive und Bibliotheken wurden systematisch durchgekämmt, vermutlich, um es bei der nach dem "Endsieg" geplanten "Endlösung der Kirchen" als Belastungsmaterial vorzulegen. Für Deutschland liegt die ermittelte Zahl deutlich unter 100.000. Für ganz Europa kamen die Forscher auf eine Zahl, die eher bei 500.000 als bei einer Million liegt.
Sie ist gewiß erschreckend genug. Aber warum die Bilanz des Grauens so maßlos übertreiben? Übrigens befanden sich unter den beklagenswerten Opfern keineswegs nur Frauen, sondern neben Knaben wurden auch zahlreiche Männer, darunter nicht wenige Priester, als "Hexer" verbrannt.
Vom 15. Jahrhundert an wurden die Hexenprozesse vorwiegend vor weltlichen Gerichten geführt, weil die geistlichen Obrigkeiten immer weniger gegen angebliche Hexen und Zauberer vorgingen. Schließlich machte nicht die Aufklärung, sondern vor allem die "Cautio Criminalis" des Jesuiten Friedrich v. Spee diesem grausigen Spuk allmählich ein Ende. Der Philosoph Leibniz nannte dieses Werk "das männlichste Buch, das je der Feder eines Kämpfers für Wahrheit und Recht, gegen Lüge und Unrecht entflossen ist".
Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß neben der breiten Masse des Volkes Naturwissenschaftler und Juristen dem Hexenwahn nicht weniger verfallen waren als Theologen beider Konfessionen. So vertrat der große Astronom, Mathematiker und Naturforscher Johannes Kepler die Ansicht, die Hexerei lasse sich nicht leugnen. Der Schöpfer der deutschen Strafrechtswissenschaft, Benedict Carpzov, ebenso Protestant wie Kepler, soll über 10 Todesurteile gegen vermeintliche Hexen als weltlicher Richter unterschrieben haben.
Nun sollte sich gerade unsere Zeit nicht hochmütig über die gewiß bedauerlichen Untaten vergangener Jahrhunderte erhitzen. Die Massenmorde der Bolschewiken und Nazis sind noch in schrecklicher Erinnerung. Zudem werden alljährlich allein in Deutschland zwischen 250.000 und 300.000 ungeborene Kinder unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Frauen

im Mutterleib gemordet.
- Ende Mai 1995 berichtete eine Tageszeitung über "Ermunterung zu Sex und Abtreibung für starke Mädchen". Es handelt sich um ein illustriertes Heft der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Mit ihm ist der bisherige Höhepunkt staatlicher "Aufklärung" erreicht. 1979 war eine Schrift des Bundesministeriums für Jugend usw. erschienen unter dem Titel: "Mußehen muß es nicht geben."
Die Quintessenz dieser Broschüre lautet: Probiert ruhig alles aus, aber paßt auf! 1986 folgte die Schrift "Gemeinsam leben ohne Trauschein", um die damals auf 2 Millionen geschätzten "Lebenspartner" - heute sollen es nahezu 5 Millionen sein - vor den schlimmsten Enttäuschungen zu bewahren, wenn der "Egoismus zu weit" ein jähes Ende findet.
Die frühere Ministerin Süßmuth, die im Volksmund Rita Kondomi heißt, bediente sich bei ihrer "Aufklärung" über Aids staatlich subventionierter Erfüllungsgehilfen, deren Slogans ausgesprochen pervers sind: "Laß deiner Phantasie freien Lauf: Setze alles in die Tat um, worauf du scharf bist! Entdecke die Geilheit!"
1994 veröffentlichte die Landeszentrale für Gesundheitserziehung in Rheinland-Pfalz das Sexheft "Let's talk about Sex". In ihm werden Kinder und Jugendliche zum lustvollen Ausleben ihrer Sexualität ermuntert: "Macht das, was Euch Spaß macht, dann, wann Ihr wollt, Euer Gefühl zählt."
Mit dem Heft "Starke Mädchen" wird Moral und Menschenwürde endgültig der Abschied gegeben: "Sich selbst zu befriedigen (zu onanieren oder zu masturbieren, wie es auch heißt), ist auch für Mädchen schön. Wie und wie oft Du es machst, mußt Du selbst entscheiden, Regeln gibt es dafür nicht." Alles, was Spaß macht, ist für die Autoren "normal":
"Normal sind alle Beziehungen zwischen Frau und Mann, Frau und Frau, Mann und Mann, in denen die Partnerinnen freiwillig und gleichberechtigt über Sex entscheiden. Die sexuellen Techniken sind dann unerheblich. Denn Sex ist Deine Privatsache."
Natürlich kann dabei auch etwas schiefgehen. Dann wird ein Schwangerschaftstest empfohlen, denn "nur wenn Du Bescheid weißt, hast Du eine echte Wahl, ob Du das Baby bekommen oder die Schwangerschaft unterbrechen willst."
Hier wird die Verantwortungslosigkeit auf die Spitze getrieben: Eine Abtreibung so, wie man überlegt, ob man in die Disco oder auf eine Party gehen soll? Die Entscheidung für das Kind ist mit zahlreichen Problemen behaftet, hingegen die Tötung des Kindes kein Grund für Bedenken oder Vorwürfe.

**Stern, Spiegel, Basta & Co.**

Betrachtet man die ständige Hetze gegen die Kirchen einmal vorurteilsfrei, drängt sich die Frage auf, wie so etwas in einer Zeit, die sich so gern auf Toleranz beruft, möglich ist. Gewiß vermögen wir keine schlüssigen Beweise vorzulegen, dennoch gibt es aufschlußreiche Hinweise.
Viele Medienleute sind nicht nur nicht christlich, sondern suchen auch christliche Stellungnahmen zu verhindern. Unerwünschte Leserbriefe werden nicht abgedruckt, zu Sendungen, die sich mit Kirchenfragen befassen, werden häufig nur solche Vertreter christlicher Kirchen eingeladen, die nur mehr dem Namen nach Mitglied einer Kirche sind und deren Animosität gegen die "Amtskirche" hinlänglich bekannt ist. Anders ist es wohl kaum zu erklären, daß ausgerechnet die ehemalige Theologieprofessorin Uta Ranke-Heinemann immer wieder im Fernsehen - in den letzten Jahren über 100 x - Gelegenheit zu Ausfällen gegen Kirche und Christentum erhält.
Wer sich der Peinlichkeit unterzieht, Frau Ranke-Heinemann in ihren zahlreichen Fernsehauftritten zu "bewundern", kann nur mit Bestürzung registrieren, daß so jemand Professorin der Theologie werden konnte. Wahrlich kein Ruhmesblatt für Kirche und Wissenschaft!
Wie gewohnt, bewegt sich Frau Ranke-Heinemann auch in einer Talkshow mit Lea Rosh auf

derart niedrigem Niveau, daß selbst aus dem recht einseitig ausgesuchten Publikum gefragt wurde, ob sie denn vor nichts Ehrfurcht habe. Nach Sigmund Freud ist der Verlust der Scham der Beginn des Schwachsinns. Wenn dies zutrifft, dürfte Frau Ranke-Heinemann bald ein Fall für den Psychiater werden.
Auch in unserem Nachbarland Österreich hat man längst zum Sturm auf die Kirche geblasen. Noch bevor der Nachfolger von Kardinal König am 14.9.86 im Wiener Stephansdom geweiht wurde, suchte ihn das österreichische Polit-Sex-Magazin "Basta" mit einem "Knüller" der Lächerlichkeit preiszugeben, vor dem man selbst im Dritten Reich zurückschreckte.
Eine sog. Journalistin suchte den designierten Erzbischof im Beichtstuhl auf, um ihm allerlei über Politik und Sex zu entlocken. Sie sei Volksschullehrerin und suche einen seelsorgerischen Rat. Bei diesem "Beichtgespräch" ließ sie heimlich ein Tonband mitlaufen. Unter dem Titel "Pater Groer bittet zur Beichte" (im Inhaltsverzeichnis heißt es: " 'Basta' beichtet beim Erzbischof") veröffentlichte sie, was P. Groer angeblich oder tatsächlich gesagt hatte. Dieser Afterjournalismus rief in Österreich lebhafte Empörung hervor.
Fast noch erschreckender war der darauf folgende Club 2. Der Chefredakteur des famosen Blattes betonte in der Fernsehsendung mehrmals, er habe sich bei den Katholiken entschuldigt, die sich getroffen gefühlt haben könnten. So etwas habe er nicht beabsichtigt.
Beim Erzbischof gebe es nichts zu entschuldigen. So etwas sei, bitte schön, nicht neu. Im deutschen Sprachraum sei dies bereits der 21. Fall! "Spiegel", "Stern" und "Pardon" hätten schon vor Jahren solche "Beichten" gebracht und seien von den Gerichten stets freigesprochen worden.
Der bekannte Journalist Kurt Ziesel untersuchte in seinem 1988 erschienenen Buch "Die Meinungsmacher", "Spiegel", "ZEIT", "Stern" & Co" die völlige Einseitigkeit dieser Publikationsorgane, die durch Verbreiten von Halbwahrheiten, Lügen, Manipulationen und historischen Verfälschungen zur Desinformation der Öffentlichkeit beitragen. Dort heißt es:
"Der besondere Haß des "Stern" gilt der katholischen Kirche. Wenn man an die vielen Pamphlete gegen sie, gegen ihre christlichen Bräuche und erst unlängst gegen den Papst liest, wird man an die antikatholischen Hetzartikel in der SS-Wochenzeitschrift Schwarzes Korps erinnert." (S. 158)
Als Papst Johannes Paul II. zum zweiten Mal Deutschland besuchte, empfing ihn der "Stern" mit einer Serie über angebliche "Geheime Sünden des Vatikans". Nach Art der Porno-Blätter war auf dem Titelblatt ein Kardinal mit über dem Schoß weit geöffneter Soutane zu sehen, in die in knalligem Rot Bilder des Papstes, einer nackten Frau und einer Hand mit gebündelten Geldscheinen montiert waren. Mit dem Motto "Kaputte Finanzen, böse Intrigen, lockere Moral" wurden der Vatikan und seine Priester charakterisiert.
In seinem Artikel "Weg mit dem Zölibat" vom 18.2.93 wußte der "Stern" zu vermelden:
"Heute steht Papst Johannes Paul II. für die 2.000 Jahre Leib- und Lustfeindlichkeit der katholischen Kirche. Und zugleich für ihre Bigotterie, denn den meisten Diözesen sind die heimlichen Verhältnisse ihrer Priester nicht nur bekannt, sie dulden sie auch."
Natürlich bleibt der "Stern" die Beweise für diese ungeheuere Beschuldigung schuldig. Aber das dürfte ihn wenig kümmern. Schon die alten Römer wußten: Audacter calumniare, semper aliquid haeret! (Verleumde nur tüchtig, etwas bleibt immer hängen!)
Wenn z.B. der Schreiberling der Badischen Zeitung in seinem Artikel "Zölibat - Liebe verboten!" (1993) behauptet, seit 1965 hätten allein in Deutschland 48.000 Priester ihr Amt wegen des Zölibats aufgegeben und jährlich würden deswegen etwa zwanzig bis 25 Prozent ihren Dienst quittieren, scheint er nicht gemerkt zu haben, daß dann schon längst kein Priester mehr existieren würde, ganz davon abgesehen, daß die Kirche in dieser Zeit nicht annähernd über so viele Priester insgesamt verfügt hat.
Am 25. Oktober 1993 war Kardinal Ratzinger zu einer Priestertagung in Paderborn. In der

anschließenden Diskussion wurde er gefragt, wieviele Priester denn tatsächlich ihr Amt in Deutschland aufgegeben hätten. Da der Kardinal nicht über das Zahlenmaterial verfügte, antwortete Erzbischof Degenhardt auf diese Frage.
Er tat es um so lieber, als in den Medien seit Jahren der Eindruck erweckt wird, als verließen jährlich Tausende von Priestern ihren Dienst. Nach Erzbischof Degenhardt gibt es derzeit insgesamt 17.000 Priester in Deutschland. Seit 1935 (!) wurden in Paderborn 110 Priester laisiert, etwa zehn Prozent von allen in den 27 deutschen Diözesen laisierten Priestern. (Paderborn gehört zu den umfangreichsten Diözesen mit entsprechend vielen Priestern.)
Man könne daher davon ausgehen, daß seit 1935 insgesamt etwa 1200 Priester laisiert wurden. Gewiß ist jeder einzelne Fall bedauerlich, denn jeder Priester sprach bei seiner Weihe sein "Adsum", ich bin bereit. Immerhin haben die phantastischen Zahlen der Badischen Zeitung gottlob nichts mit der Realität zu tun.
Dem Kenner der Zeitgeschichte fällt in diesem Zusammenhang die Greuelpropaganda des Herrn Goebbels - weiland Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda unter Hitler - ein. Er behauptete am 28. Mai 1937 in seiner Rede in der Deutschlandhalle, bei den damals - nach der Enzyklika Pius XI. "Mit brennender Sorge" - inszenierten Sittlichkeitsprozessen gegen Priester und Ordensleute, in diesem Verfahren handele es sich nicht um bedauerliche Einzelerscheinungen, sondern um einen allgemeinen Sittenverfall, wie er in diesem erschreckenden und umfangreichen Ausmaß kaum jemals in der Kulturgeschichte der Menschheit festzustellen sei.
Es könne heute leider keinem Zweifel unterliegen, daß selbst die tausend und abertausend Fälle, die zur Kenntnis der Justiz gekommen seien, nur einen Bruchteil des wahren Umfangs dieser Sittenverderbnis darstellten und nur ein Symptom für den Gesamtverfall bedeuteten. Die deutschen Bischöfe stellten hierauf am 1.6.1937 fest:
"Von 21.641 Weltpriestern Deutschlands sind 49 in diese Prozesse verwickelt. Davon sind 21 verurteilt. Von 4.174 Ordenspriestern sind neun angeklagt, einer davon abgeurteilt."
Will der Schreiberling der Badischen Zeitung dem "Altmeister der Lüge" nacheifern? Nach wie vor gilt der Satz: Lügen haben kurze Beine.
Der "Spiegel-Herausgeber" Augstein, dem die deutschen Bischöfe durch ihren Sprecher ein "neurotisches Verhältnis" zur katholischen Kirche bescheinigten, bringt mit einer gewissen Regelmäßigkeit vor christlichen Feiertagen Beiträge voller Un- und Halbwahrheiten. Dabei läßt er sich an primitiven Geschmacklosigkeiten so leicht nicht übertrumpfen. Zu Weihnachten 1990 hatte er sich wieder einmal unter der Titelgeschichte "Der Papst und die Lust" auf Johannes Paul II. eingeschossen. Das Titelbild "schmückt" ein Bild des Papstes mit einem Kondom, der in einer Teufelsfratze endet. Wie beim Leib- und Magenblatt der "Aufgeklärten" und Pseudointellektuellen üblich, wenn es um die katholische Kirche geht, verzapft er in diesem Artikel hanebüchenen Unsinn:
"In Johannes Paul II. kristallisieren sich 2.000 Jahre christlicher Leib- und Lustfreundlichkeit, die den Leib und die Liebe haßten ... Für Papst Johannes Paul II. ist die Welt mindestens vor 60 Jahren stehengeblieben." So konnte es natürlich nicht ausbleiben, daß nach Ansicht des "Spiegel" die Enzyklika Humanae vitae "eine der fatalsten Fehlentscheidungen (ist), zu der sich ein Papst in diesem Jahrhundert hinreißen ließ".
Daß Augstein in demselben Heft die Fristenlösung als das "einzige Privileg" preist, das den neuen Bundesländern noch verblieben sei, verwundert dann nicht mehr.
Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, sagte bei der Eröffnung der Frühjahrskonferenz der deutschen Bischöfe 1993 zu Recht:
"Wir sind nicht wehleidig, aber das Maß ist nun bald voll." Denn wenn wir auch keinen "klassischen Kulturkampf" bismarckscher Prägung haben, muß man doch von einem massiven Kampf der verschiedenen Medien gegen Religion und Kirche sprechen.

Nun glaubt jemand in einer Kirchenzeitung (Ruhrwort, 22.5.93) unter dem Titel: "Nur nicht Märtyrer spielen - Schluß mit einer neuen Wehleidigkeit!", vor "Panikmache und unseriösem Vergleich" warnen zu sollen. Er zitiert dann ein Wort des hartgesottenen Medienfuchses Gerd Bacher vom ORF, der von "medialer Christenverfolgung", sowie von Bischof Kasper, der von "drohendem Kulturkampf" sprach, in dem die Kirche "sturmreif" geschossen werden solle. Dann kritisiert er "das laute Wehklagen" und ein 'Wehret den Anfängen', bevor die Kirche einem 'Kirchenkampf im Stürmer-Stil' ("pur-magazin") zum Opfer fällt. Später heißt es bei ihm: "Nicht zu vermeiden sind sicher Beiträge, die aus Haß, Unkenntnis oder Besserwisserei verbreitet werden." (Warum eigentlich nicht? Vgl. etwa die Artikel 1 und 18 des Grundgesetzes)

Der Verfasser, den die "Freunde" der Kirche sicher als "nützlichen Idioten" schätzen werden, plädiert für "etwas Humor".

Zweifellos, läßt sich vieles mit Humor leichter tragen. Nicht aber Verspottung und Diffamierung dessen, was Menschen heilig ist. Oder sind Juden und Moslems eigentlich auch so humorvoll? Schließlich empfiehlt er doch sogar den Gang zum Kadi, "wenn aus Rücksichtslosigkeit und mit fehlender Achtung vor religiösen Gefühlen die Kirche angegriffen wird bis zur Gotteslästerung".

Das Strafgesetzbuch biete im § 166 die Möglichkeit, gegen solche Entgleisungen vorzugehen. Er lautet: "(1) Wer öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) den Inhalt des religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft."

Aber weiß denn der blauäugige Autor nicht, daß unsere Gerichte nahezu ausnahmslos selbst die gröbsten Beleidigungen der Kirche und ihrer Amtsträger, sowie die Verächtlichmachung der Religion lediglich als Ausdruck der Meinungsfreiheit oder "Satire" einstufen? In Friedrich Wilhelm Webers "Dreizehn Linden" sagt der noch heidnische Held des Epos:

"Wo ich mich in Demut beuge, darf ein Tor nicht ruchlos schelten: Was euch heilig, will ich achten; was mir heilig, laßt es gelten."

**Politische Agitation**

Als der "Rote Campus", die Zeitung der Hochschulgruppe der Jusos Frankfurt im Wintersemester 1992-1993 einen großformatigen Aufruf unter dem Titel "Katholikenproblem lösen!" veröffentlichte, befanden die Richter, hier handele es sich ganz offenkundig um eine Satire. In diesem "satirischen" Aufruf heißt es:

"Schon das Symbol, das die Katholiken anbeten, das Bild eines Gefolterten am Kreuz, ist ein beredtes Zeugnis der latenten Gewaltbereitschaft dieser Gruppe. Muß es erst so weit kommen, daß sich keine hessische Frau mehr aus Angst vor Katholiken auf die Straße traut?"

Zu den Vorgängen um die Frankfurter Hochschulgruppe und ihr Pamphlet veröffentlichte die FAZ eine aufschlußreiche Glosse (27.1.93):

"Es hat in der SPD immer Strömungen gegeben, die sich gegen die Kirchen und die ihr angehörenden Menschen richteten. In den sechziger und siebziger Jahren hat die SPD-Spitze zwar viel Mühe darauf verwandt, das Verhältnis zur Kirche zu verbessern. In dem Maße aber, wie die Kirchgänger als weltanschaulich gebundener Wählerblock an Bedeutung verloren haben, haben auch die entsprechenden Bemühungen der Sozialdemokraten nachgelassen.

Nein, da kann es keinen Zweifel geben: Wenn der SPD-Landesvorsitzende, Ministerpräsident Eichel, wenn der Frankfurter Oberbürgermeister von Schoeler (SPD) oder der "Kirchendezernent" im Magistrat Grüber (SPD) befürchten müßten, die Geschmacklosigkeiten ihres Parteinachwuchses könnten sie Stimmen kosten, dann hätten sie sich längst distanziert.

Hätte ein angetrunkener Hohlkopf ähnliche Scherze über Juden, Muslime oder Gewerkschafter verbreitet - die Gralshüter von Menschlichkeit und Toleranz hätten laut aufgeschrien. So

geht es aber nur um ein paar Katholiken, die ohnehin im Verdacht stehen, eher die "falsche" Partei zu wählen. Im übrigen denken sich die sozialdemokratischen Spitzen wohl, wer mit der Kerze in der Hand für Mitmenschlichkeit auf der Straße gestanden hat, darf sich alles erlauben."

Daß es die Feinde der Kirche aber nicht bei bloßen Hetzreden bewenden lassen, sondern auch "mutig" zur Tat schreiten, zeigte sich in bis dahin einmaliger Weise am 26. September 1991. Randalierer, die sich zu einer Protestkundgebung gegen die Haltung der Kirche zu Aids und Drogen zusammengefunden hatten, drangen in den Fuldaer Dom ein und störten mit Hetzparolen wie: "Stoppt die Kirche! Die Kirche geht über Leichen! Die Kirche bringt uns den Tod!" die Abschlußandacht der Deutschen Bischofskonferenz. Als zuständiger Hausherr erteilte Erzbischof Dyba den Chaoten eine deutliche Antwort, die wenige Tage später "Die Welt" zu einem gehässigen Artikel gegen ihn veranlaßte: "Fulda versagt dem Oberhirten die Gefolgschaft."

Nun kennt zwar die katholische Kirche keine Gefolgschaftsführer, aber Tausende Katholiken aus Fulda und Umgebung bekundeten in einer spontanen Aktion ihre Solidarität mit ihrem Bischof. Eine gemeinsame Erklärung wurde Erzbischof Dyba nach einer feierlichen Vesper im Dom unter lang anhaltendem Beifall überreicht.

Dem Redakteur war - abgesehen von der Fehleinschätzung der Katholiken - offenbar nicht bewußt, daß § 167 unseres Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren bedroht, wer einen Gottesdienst oder eine gottesdienstliche Handlung in grober Weise stört.

Zu einem noch weit gravierenderen Zwischenfall kam es dann am Abend des 8.11.91 in Marburg. Rund 50 Demonstranten störten einen Gottesdienst in der St. Johannes-Kirche, indem sie das hintere Drittel des Gotteshauses besetzten und mit Trillerpfeifen, Gesängen und Zwischenrufen den Gottesdienst störten und die Predigt des Erzbischofs verhinderten. Als dieser nach der hl. Messe unter Polizeischutz die Kirche verließ, machten Autonome Jagd auf ihn. Skandierende Chöre heizten die Chaoten an: "Haut dem Dyba eine rüber!" und "Schlagt den Dyba tot!"

Zusammen mit 3 anderen Priestern wurde der Erzbischof durch die Gassen Marburgs gejagt, getreten und bespuckt.

Eine in Marburg verteilte Erklärung, die von Gruppen wie "AStA-Friedensreferat" (!), "Aids-Hilfe Marburg", "Autonomes Schwulenreferat", "Rosa Telefon Marburg", "Feministisches Archiv" usw. unterzeichnet worden war, ließ erkennen, daß mit den tätlichen Angriffen der Fuldaer Oberhirte nicht nur als einzelner getroffen werden sollte. Sein engagiertes Eintreten für den Schutz der ungeborenen Kinder brachte diese Gruppen zur Raserei.

In dem Pamphlet wird Erzbischof Dyba und dem Papst vorgeworfen, eine Politik zu betreiben, "die das Selbstbestimmungsrecht von Frauen, Lesben, Schwulen, Fixern, HIV-Infizierten, an Aids Erkrankten, Prostituierten und Jugendlichen mit Füßen tritt, eine Politik, die zu Ignoranz und Doppelmoral führt und dadurch permanent Menschenleben kostet."

Die Marburger Kriminalpolizei leitete ein Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruch ein, der als Offizialdelikt verfolgt werden muß. Aber, wie es bisweilen zu gehen pflegt, gelang es ihr nicht, unter den inzwischen auf 150 "kampfstarken Chaoten" angewachsenen Gruppen auch nur einen einzigen Täter zu ermitteln. Handelte es sich hier um Schlamperei, schlichte Unfähigkeit oder gar einen "Wink von oben"?

Die hessische CDU-Landtagsfraktion verurteilte die "wiederholten Störungen von Gottesdiensten in Hessen und die tätlichen Angriffe auf den Fuldaer Erzbischof Dyba". Zuletzt seien Gottesdienste in Deutschland durch die Nationalsozialisten gestört worden.

Es sei erschreckend, mit welcher Intoleranz Gewalttäter die Freiheit der Religionsausübung zu verhindern trachteten. Aufgabe "aller verantwortlich denkenden Menschen" über parteipolitische und konfessionelle Grenzen hinweg sei es, diesen Anfängen zu wehren. Für die Angriffe

in Marburg könne und dürfe es keine Rechtfertigung geben. (KNA 15.11.91)
Und noch ein Beispiel ...
In seinem Buch "Die Meinungsmacher" untersucht Kurt Ziesel neben "Spiegel" und "Stern" auch die sich "liberal" dünkende Zeitung die "ZEIT".
Wenn es gegen die Kirche geht, scheint dem Organ der "roten Gräfin" Dönhoff kein Autor, keine Quelle zu suspekt zu sein. Am 3.9.82 ließ sie im "ZEIT-Dossier" einen abgefallenen Priester einen langen Artikel über "SS-Spitzel mit Soutane" zum Thema schreiben, "wie die katholischen Bischöfe im "Dritten Reich" mitschuldig wurden." Herr Denzler, Autor dieses Artikels, stützte sich auf das "Zeugnis" eines ebenfalls abgefallenen Priesters, der in der Nazizeit einen Mitbruder denunziert und es später als SS-Sturmbannführer zum Kirchenreferenten Heinrich Himmlers gebracht hatte.
Der inzwischen verstorbene Karmelit, P. Eugen Dost, schrieb hierauf an die "ZEIT" und wurde sogar von Gräfin Dönhoff höchstpersönlich einer Antwort gewürdigt: "Ja, Sie haben ganz recht, es war eine unselige Idee, Herrn Denzlers Artikel in der ZEIT zu bringen. Offenbar hat keiner von uns gewußt, um wen es sich dabei handelt."
Angesichts der zahllosen Schmähungen und Verleumdungen von Religion und Kirche in den verschiedenen Medien scheint es angebracht, sich in Erinnerung zu rufen, was Friedrich der Große, der bei seinem Regierungsantritt 1740 verordnet hatte: "Gazetten dürfen nicht genieret werden", am 13. August 1756 an Voltaire schrieb:
"Die Toleranz muß jedem Bürger die Freiheit lassen, zu glauben, was er will. Aber sie darf nicht so weit gehen, daß sie die Frechheit und Zügellosigkeit junger Hitzköpfe gutheißt, die etwas vom Volk Verehrtes dreist beschimpfen. Das ist meine Ansicht. Sie deckt sich mit dem, was zur Sicherung der Gedankenfreiheit und der öffentlichen Ruhe nötig ist - und das ist der erste Gesichtspunkt jeder Gesetzgebung."
Nun bieten ja die Grundrechte unserer Verfassung sowie die einschlägigen Bestimmungen des Strafgesetzbuches über "Straftaten, welche sich auf Religion und Weltanschauung beziehen", genügend Schutz gegen Mißbrauch der freien Meinungsäußerung, insbesondere der Pressefreiheit - wenn sie nur angewendet würden.
Die völlige Verwilderung der mitmenschlichen Kultur läßt für ein friedliches Zusammenleben in einer pluralistischen Gesellschaft nichts Gutes ahnen. Der ehemalige Bundespräsident Heinemann erklärte in der Diskussion über den Gotteslästerungsparagraphen, Gott bedürfe keines Schutzes. Aber um ein friedliches Zusammenleben in der Gesellschaft zu ermöglichen, dürfe die Verächtlichmachung der Religion nicht geduldet werden.
Der Verdacht liegt nahe, daß sich enthemmte Chaoten und dezidierte Atheisten nur deswegen gegen den christlichen Glauben austoben, weil sie von den Kirchen nichts zu fürchten haben. Können wir aber von unseren Jugendlichen, bei denen sich eine steigende Neigung zur Kriminalität abzeichnet, Achtung vor fremdem Eigentum, vor der Würde und Unantastbarkeit ihrer Mitmenschen erwarten, wenn wir die höchsten Güter der Menschheit der Verächtlichmachung preisgeben?
- Es wird allem Anschein nach geflissentlich übersehen, daß die Erziehung der Jugend zur "Ehrfurcht vor Gott, im Geist der christlichen Nächstenliebe, zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe ... zu sittlicher und politischer Verantwortlichkeit" in mehreren Bundesländern Verfassungsauftrag ist. So fast gleichlautend in Baden-Württemberg (Artikel 12), Saarland (Artikel 30) und Rheinland-Pfalz (Artikel 33).
Die "mutigen" Medienleute und Journalisten, die sich nicht scheuen, im Bewußtsein ihrer Machtposition die verhaßte(n) Kirche(n) immer wieder zu verunglimpfen und mit Schmutz zu bewerfen, sollten sich an den Zauberlehrling erinnern, der die Geister, die er rief nicht mehr los wurde. Das ständige Schüren von Emotionen könnte eines Tages in unkontrollierbaren Haß münden. Die Zeit der braunen Diktatur lehrt uns, daß es von der Hetze zur Diskriminie-

rung und schließlich zur Verfolgung oft nur ein kurzer Weg ist. Mit Bezugnahme auf Anschläge gegen Ausländer schrieb der "Stern" am 3.6.93: "Rufmord geht Mord voraus".
Dies gilt auch für die Kirche. An Brandstiftung und Vandalismus in unseren Kirchen haben wir uns ja bereits gewöhnen müssen.<<
Michael Kotsch (Dozent für Kirchengeschichte) berichtete später über die Verfolgung von Hexen (x912): >>**Hexen**
**Historische Wurzeln**
Schon immer rechneten Menschen mit der Möglichkeit eines übernatürlichen Einflusses auf ihr irdisches Leben. Einzelnen, meist ungewöhnlichen Menschen sprach man dabei eine besondere Nähe zu jenseitigen Mächten zu. Im Christentum wird der Teufel als Verursacher von Krankheit, Not, Tod und anderen Übeln angesehen.
Wer mit ihm oder einem seiner Dämonen Kontakt pflegte oder ein Bündnis mit ihnen einging, wurde als Hexe, Zauberer oder Magier bezeichnet. Als Urmutter aller europäischen Hexen wird gemeinhin die antike Hekate gehandelt, die gefürchtete Herrscherin über Wind und Wetter. Auch heidnische Priesterinnen, weise Frauen und Kräuterweiber gelten als Stamm-Mütter späterer Hexen.
Der Begriff Hexe taucht im deutschsprachigen Raum zuerst in Dokumenten des 9. Jahrhunderts auf, als "hagazussa" (Zaunweib = dämonisches Wesen, das über den Zaun in den Privatbereich der Menschen vordringt). Wenig später findet sich der bis heute geläufige Begriff "Hexse" (1293).
Ausgelöst durch das verstärkte Auftreten häretischer Gruppen (Katharer, Albigenser, Bogumilen) setzte zwischen 1230 und 1430 in Europa eine intensive Diskussion über Zauberei und Ketzerei ein. Tatsächlich tauchen in diesem Umfeld auch immer wieder vorchristliche keltische, antike gnostische und magische Vorstellungen auf. Ausgehend von der Realität des Teufels und seiner Dämonen sah man sich unabwägbaren okkulten Gefahren ausgesetzt. Weltliche und kirchliche Gerichte gingen gegen Menschen vor, denen man vorwarf, einen Bund mit dem Teufel geschlossen zu haben und Schadenszauber zu betreiben.
Ab dem 13. Jahrhundert galt Hexerei (im Zusammenhang mit Irrlehre) als todeswürdiges Vergehen. Im Laufe der nun intensiv einsetzenden Hexenverfolgung wurden rund 100.000 Menschen getötet, zumeist verbrannt (90 % Frauen). Gelegentlich trug der Kampf gegen Magie und Zauberei deutlich frauenfeindliche Züge.
Damaligen Vorstellungen entsprechend wirkt die Hexenkunst am nachhaltigsten in der Walpurgis-, Oster- oder Johannisnacht. Mit einem Hexenbesen oder auf einem Ziegenbock durch die Luft reitend, versammelten sich die Hexen zu ihren schändlichen Festen auf bestimmten Bergen (z.B. dem Blocksberg = Brocken).
Bei diesen Hexensabbaten huldigten sie dem Teufel in Bocksgestalt, mit dem sie sich sexuell vereinigten. Daneben war Schadenszauber aller Art ihre Hauptbeschäftigung. Sie verhexten Tier und Mensch, waren für Unwetter und Mißernten verantwortlich (Hexenring, Hexenschuß). Hexen griffen bei ihrer Kunst auf den "bösen Blick", magische Zaubersprüche oder geheimnisvolle Kräuterextrakte zurück.
Den historischen Hexen ist Schadenszauber, Luftflug, Wahrsagerei, Liebesmagie, Ketzerei, Verwandlung in Tiere und Teufelsbuhlschaft vorgeworfen worden. In Prozessen erhaltene Geständnisse verurteilter Hexen können sowohl auf den Druck der Folter als auch auf echte okkulte Erfahrungen zurückgehen.
Einige mittelalterliche Heilkundige und Magier griffen für ihre Kontaktaufnahme mit der jenseitigen Welt auch auf Halluzinogene (z.B. Pilzgifte, Eisenhut, Schierling, Mohn) zurück, durch die tatsächlich Wahnzustände erreicht werden können, in denen der Betreffende meint zu fliegen, sich in ein Tier zu verwandeln oder mit der Natur sprechen zu können (vergleichbar mit Erfahrungen der Schamanen). Mangelndes Wissen über diese biochemischen Hinter-

gründe bestärkte die Inquisitoren noch in ihrem Weltbild und erschwerte die Unterscheidung zwischen Betrug, Rausch und echtem Okkultismus.

**Neues Hexentum**

Seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts läßt sich eine Hexen-Renaissance in Europa beobachten. Deutschlands erster Hexenladen öffnete 1995 in München seine Türen. Zwischenzeitlich bieten zahllose Jugendzeitschriften, Ratgeber und Fachbücher, aber auch unterhaltende Medienmagazine zumeist positiv werbende Informationen über Hexerei und Zauberhilfen für den Alltag.

Eine unübersehbare Szene selbstbewußter "neuer Hexen" hat sich etabliert, die insbesondere im esoterischen Umfeld ihre Dienste als Spezialistinnen für weiße Magie, Kräuterkunde, sexuelle Fragen, Reinkarnation und Lebensberatung anbieten. Die "neuen Hexen" fühlen sich keiner einheitlich strukturierten Gruppe zugehörig.

Manche praktizieren ihre Überzeugungen lediglich im Privatleben, andere schließen sich zu Vereinen oder Hexenzirkeln (covens) mit maximal 13 Mitgliedern zusammen, die sich wiederum auf verschiedene Traditionen zurückführen (Dianer Kult, Druiden, Gardnerer, Odinismus, welsche, piktische oder nordische).

Wenn sich die einzelnen Hexengruppen auch deutlich voneinander unterscheiden, finden sich andererseits auch einige gemeinsame Grundüberzeugungen: Heiligkeit der Natur, Verehrung der "Großen Göttin", Magie, Astrologie und Wahrsagen. Historisch gesehen haben die "modernen Hexen" ihre Wurzeln im Feminismus, dem Neuheidentum, der Esoterik und der Ökologiebewegung.

In der Frauenbewegung wurde die Selbstbezeichnung Hexe in den 70er Jahren aufgegriffen. Damit wollte man an die weibliche Macht mittelalterlicher Hexen anknüpfen, die als Gegenbild der damaligen, als patriarchal empfundenen Welt verstanden wurden.

Die Hexenverfolgung wurde als Vorläufer gegenwärtiger gesellschaftlicher Auseinandersetzung zwischen Patriarchat und Matriarchat (Männer- und Frauenherrschaft) interpretiert. Hexen seien von Männern verfolgt worden, die sich durch weibliche Sexualität und vorchristliche matriarchale Glaubensformen bedroht sahen. Patriarchales Denken sei unfrei, unterdrücke Gefühle und Vielfalt und beute die Natur hemmungslos aus. Dieser Konflikt setze sich durch die Benachteiligung der Frauen in der Neuzeit fort.

Die stärker religiöse Komponente "moderner Hexen" zeigt sich vor allem im "Wicca-Kult" (altenglisch wicce = die Weise/Hexe). Angestoßen wurde die Hexenbewegung durch ein Buch des amerikanischen Ethnologen Charles Godfrey Leland (The Gospel of the Witches, 1899), in dem er vorgeblich uralte Hexenrituale vorstellt und bewirbt.

Dieses Buch diente den Wicca-Gruppen als Vorbild für ihr "Book of Shadows". Einflußreich für die "modernen Hexen" war auch ein Buch der Ägyptologin Margaret Alice Murray (The Witch Cult in Western Europe, 1921), in dem sie behauptet, die Hexen stünden in direkter Tradition vorchristlicher Fruchtbarkeitskulte, in der die "Große Göttin" und der "Gehörnte Gott" verehrt würden. Dieser Matriarchatskult sei die älteste und umfassendste Religion, die erst durch das patriarchale Christentum verdrängt worden sei.

Organisatorisch geht der Wicca-Kult auf G. B. Gardner (1884-1964) und A. Sanders (1916-1988) zurück. Erste Wicca-Gruppen bildeten sich nach der Aufhebung des Hexenverbots in England (1951). Zwischenzeitlich geben Hexen-Vereinigungen eigene Mitteilungsblätter heraus, den "Wicca-Brief", das "Magazin für Hexenglauben" oder "Abraxas", das Organ des "Yggdrasil-Kreis e.V.", der als gemeinnützig vom Finanzamt anerkannt ist und in Wahrsagerei, Astralwandern und "Magia Sexualis" einführt.

Gelegentlich werden Hexenkulte auch von rechtsextremen Gruppen vereinnahmt, weil diese darin einen "arteigenen" germanisch-keltischen Glauben erkennen, den sie gegenüber Juden- und Christentum als "orientalischen Religionen" den Vorzug geben.

"Moderne Hexen" kennen keinen personalen Gott und keine übernatürliche Offenbarung. Feste Dogmen, absolute ethische Ordnungen oder Glaubensregeln lehnen sie ab. Im Hexenglauben gibt es keinen eindeutigen Unterschied zwischen Diesseits und Jenseits, zwischen heilig und profan (weltlich). Alles im Kosmos steht in Wechselbeziehung zueinander.
Die Göttin wohnt im Menschen und in der Natur. Gleichzeitig verfügt sie über unbegrenzte kosmische Kraft, die Hexen sich mittels magischer Rituale nutzbar machen. Sie erstreben eine herrschaftsfreie Gesellschaft, in der die Menschen im Einklang mit der Natur und miteinander leben. Hexen feiern 13 Mond- und acht Sonnenfeste.
In ihren Ritualen wird die Göttin als Jungfrau, als Erwachsene und als weise Alte verehrt. Gelegentlich werden auch konkrete Göttinnen verehrt (Diana, Gaia, Mondgöttin), deren Namen meditativ gesprochen (gechantet) werden und deren Einheit man sucht. Die Welt wird vor allem aus ihrer Polarität (Mann - Frau / Geist - Materie / Hell - Dunkel usw.) gedeutet, die es zu überwinden gelte. In symbolischen Handlungen mit Kelch (weiblich) und Stab (männlich) wird diese Vereinigung symbolisch vollzogen.
Andere Rituale sollen die Frauen in Einklang mit dem Kosmos bringen, Gesundheit, Glück oder Ausgeglichenheit bewirken oder negative Energien abbauen. Konkrete Verhaltenweisen, Amulette, magisch aufgeladene Substanzen (Edelsteine, Schmuck, Figuren …) und heilige Worte sollen die Gegenwart und Hilfe der göttlichen Macht fördern.
Einige engagierte Hexen sind der Überzeugung, ihre Rituale bewirkten die letztliche Rettung der Menschheit und der Natur. Die Hexe könne nicht nur sich selbst, sondern auch die ganze Welt erlösen. Dazu bedarf es ausschließlich der Aktivierung der in ihr selbst ruhenden Kräfte der Erkenntnis ihres eigenen, göttlichen Wollens.

**Beurteilung**

Sicher kann der moderne Hexenglaube als Reaktion auf kalte Rationalität, Globalisierung und Naturbeherrschung verstanden werden. Andererseits füllt er das religiöse Vakuum, das durch den Bedeutungsverlust etablierter christlicher Kirchen entstanden ist. Kritische säkulare Auseinandersetzungen mit der "Modernen Hexerei" finden sich vor allem bei Will-Erich Peuckert (1895-1969) und Johann Kruse (1889-1983).
Das "Johann-Kruse-Archiv zur Bekämpfung des neuzeitlichen Hexenglaubens" hält bis heute in Hamburg regelmäßige Hexensprechstunden ab, was nicht gerade einer Warnung vor dem Hexenglauben dient. In letzter Zeit wurde das "Kruse-Archiv" in ein Hamburger Völkerkundemuseum übernommen.
**Hexenkulte stehen in deutlichem Widerspruch zu christlichen Grundüberzeugungen.** Christen unterscheiden deutlich zwischen Gott und Mensch (Natur). Hexen vergöttlichen den Menschen und vermenschlichen Gott. Christen kennen Gott als personales Gegenüber. Hexen wenden sich an anonyme, kosmische Energien. Christen akzeptieren Gottes souveräne Entscheidungen und seine ethischen Regeln. Hexen geben eigene Empfindungen als Reden Gottes aus und versuchen, "göttliche" Kraft zu eigenen Zwecken zu manipulieren.
Christen wissen um die tief sitzende Schlechtigkeit des Menschen, die nur durch die liebende Erlösungstat Jesu überwunden werden kann. Hexen setzen auf eine rituelle Selbsterlösung und gehen davon aus, daß der Mensch (insbesondere die Frau) von Natur aus gut sei. Darüber hinaus verurteilt Gott in der Bibel jede Art von Hexerei und Magie (2. Mose 22, 17; 5. Mose 18, 10; 1. Samuel 28, 9; Jesaja 2, 6; Offenbarung 21, 8). In der Absicht, sich Gottes Macht zu vereinnahmen, stehen diese Bemühungen im deutlichen Gegensatz zum christlichen Glauben, der sich Gott vertrauensvoll ausliefert.
Wer sich mit Hexerei und Magie beschäftigt, steht nicht nur in Gefahr, von einem unbiblischen Weltbild geprägt oder von zwielichtigen Scharlatanen betrogen zu werden. Christen wissen um die Gefahr okkulter Bindungen durch die intensive Beschäftigung mit Hexerei. Menschen werden innerlich unfrei und können geistlich von übernatürlichen dämonischen

Mächten in Beschlag genommen werden (Lukas 8, 26 ff., 11, 24-26; Apostelgeschichte 8, 9 ff., 19, 19; Galater 5, 20). Das kann sich in übernatürlichem Wissen bezüglich der Zukunft, Heilungsfähigkeiten, außerordentlicher Kraft, Selbstmordgedanken, Depression in Wahnvorstellungen, Angstzuständen, aber auch in körperlichen Phänomenen und einer generellen Ablehnung christlichen Gedankenguts niederschlagen. …<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 31. Dezember 1998 (x887/...): >>**1999 - ein Jahr ungewisser politischer Experimente**

Das Volk als demokratischer Souverän hat den politischen Wechsel gewählt. Nun ist dieser Souverän verunsichert ob der Tragweite seiner Entscheidung. Diese Unsicherheit wurde auch nicht beseitigt durch die Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder. Darin bezeichnet er die Regierung als eine "Generation", die aufgewachsen ist "in dem Aufbegehren gegen autoritäre Strukturen und im Ausprobieren neuer gesellschaftlicher und politischer Modelle".

Diese Phase des "Ausprobierens" erschwert den Blick in die Zukunft und verstärkt die Unsicherheit. Wie sollen insbesondere wir Heimatvertriebene den altbekannten Satz interpretieren: "Wir wollen uns den Realitäten stellen und wieder einmal mehr Demokratie praktizieren." Oder die Aussage: "Die Rechte der Opfer von Verbrechen werden wir stärken."

Als Opfer und Überlebende der größten "ethnischen Säuberung" in der Geschichte der Menschheit haben wir den 1969er Wechsel noch schmerzhaft in Erinnerung. Unter der Maxime "Entspannung" wurden damals unsere Menschenrechte völlig ignoriert und auf dem Altar "Machtpolitik" geopfert. Dabei bedeutet Rechtsstaat "Herrschaft des Rechts". Alle Staatsorgane sind an das Recht gebunden, insbesondere das Völkerrecht wie die Grund- oder Menschenrechte. Wo immer auf der Erde Menschen leben, kommen ihnen bestimmte unveräußerliche Fundamentalrechte zu. Das ist für alle Rechtsstaaten spätestens seit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 anerkannt.

Doch immer noch, mehr als 50 Jahre nach Kriegsende, kann von der Herrschaft des Rechts, von Gerechtigkeit und Frieden, keine Rede sein. Im Gegenteil, es zeigt sich, daß Unrecht und Eingriffe in elementare Menschenrechte immer noch praktiziert werden, auch in den "Rechtsstaaten". Doch sie verjähren nicht, solange die Entrechteten um Recht und Gerechtigkeit kämpfen.

Ein Beispiel: In den USA sind "Wiedergutmachungsklagen" gegen Staaten wie Unternehmen in Millionen-, ja Milliardenhöhe, an der Tagesordnung. Der US-Anwalt Ed Fagan begründet sie wie folgt: "Die Industrieunternehmen spielten eine wesentliche Rolle beim Holocaust. Sie bildeten und realisierten mit dem Nazi-Regime eine Verschwörung, um die Holocaust-Opfer bewußt zwangsweise zu verpflichten und auszubeuten und so vom Holocaust zu profitieren." Nach der "Nazigold-Konferenz" 1997 in London fand 1998 in Washington die "Holocaust-Vermögenskonferenz" statt. Wann kommt die "Vertreibungs-Vermögenskonferenz"?

Beflissentlich vergessen wird bei diesen Konferenzen, daß auf allen Seiten Opfer zu beklagen sind, die nach Gerechtigkeit und Wiedergutmachung "schreien" und an das moralische Weltgewissen appellieren. Mehr als 15 Millionen Deutsche flohen aus den Ostprovinzen des Deutschen Reiches und aus den Siedlungsgebieten der Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen oder wurden auf äußerst brutale Art und Weise vertrieben, wie die ungeheure Zahl von fast drei Millionen Vertreibungstoten zeigt. Ihren ganzen Besitz - Hab und Gut, Haus und Hof - mußten sie zurücklassen.

Mehr als zwei Millionen deutsche Soldaten und Zivildeportierte mußten in russischen Arbeitslagern Zwangsarbeit verrichten. Die meisten verhungerten, erfroren, wurden von Seuchen dahingerafft oder ermordet. Nur wenige Zehntausende wurden zum Teil erst zehn Jahre nach Kriegsende freigelassen. Es ist kein billiges Aufrechnen von Verbrechen, auch für diese Opfer Entschädigung zu fordern, sondern nur eine Gleichstellung. Denn Mord bleibt Mord, egal an

wem, auf welche Art oder unter welchen Regimen auch immer er geschieht.
Nach György Konrad, Präsident der Berliner Akademie der Künste, gibt es kein höheres Interesse, durch das Vertreibungen und Deportationen zu rechtfertigen wären. "Kollektive Bestrafung und Verfolgung von Gemeinschaften, die notwendigerweise die Peinigung von ganzen Familien, Kindern, Frauen und Alten also, nach sich ziehen, können weder politisch noch religiös in irgendeiner Weise legitimiert werden. … Jeder Deportierte, unabhängig von seiner nationalen, ethnischen, religiösen Zugehörigkeit, hat ein Recht auf - zumindest moralische - Wiedergutmachung."
Dies betonen zu müssen ist angesichts des 50. Jahrestages der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" 1948 durch die Vereinten Nationen eigentlich beschämend für die internationale Staatengemeinschaft. Dies besonders deswegen, weil der Satzung der Vereinten Nationen sowohl die Atlantik-Charta als auch das Nürnberger Statut zugrunde liegen. Den UN wurde die Kompetenz zugesprochen, sich mit der Förderung der Achtung der Menschenrechte zu befassen. Grundrechte gelten für alle Menschen, wie die Formulierungen "Jeder Mensch hat das Recht auf …" und "Niemand darf …" deutlich zu erkennen geben. In Artikel 1 heißt es: "Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren."
1999 jähren sich zum 50. Male erstens am 12. Mai die Bewilligung des Grundgesetzes durch die Militärgouverneure und zweitens am 23. Mai das Inkrafttreten des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Das Grundgesetz ist als Provisorium für die Übergangszeit bis zur Wiedervereinigung Deutschlands geschaffen worden. Nach dem Verständnis Konrad Adenauers war die Bundesrepublik Deutschland mit dem Deutschen Reich völkerrechtlich identisch. Hierzu Konrad Adenauer im ersten Band seiner "Erinnerungen":
"Die Deutsche Wehrmacht hatte bedingungslos kapituliert. Aber viele, darunter auch ich, waren der Auffassung, daß Deutschland damit nicht aufhörte, als völkerrechtliches Subjekt und Objekt weiterzubestehen. Die bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht, die am 7. und 8. Mai 1945 erfolgte, war ein militärischer Akt, durch den der völkerrechtliche Status Deutschlands nicht ausgelöscht wurde."
Das Haus Bundesrepublik Deutschland wird politisch völlig neu gestaltet, einer ungewissen gesellschaftsverändernden Revision unterzogen. Wie es eines Tages aussehen wird und welche Veränderungen wir verkraften müssen, das ist bisher nur schemenhaft zu erkennen. Was uns Heimatvertriebene betrifft, so hat die neue Bundesregierung die Menschenrechte zum Maßstab ihrer Politik erhoben. Doch geben wir uns keinen Illusionen hin. Die erste Abfuhr haben wir bereits erhalten.
Wir Heimatvertriebene haben offensichtlich keine Rechte, wie Bundeskanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joseph Fischer es bei ihren Antrittsbesuchen in Warschau klar und unmißverständlich zum Ausdruck brachten. Die Zukunft wird nicht mit Problemen der Vergangenheit belastet. Mit anderen Worten: Den Völkermord durch Vertreibung hat es "politisch" nicht gegeben.
Dabei bleibt unverständlich, daß gerade diejenigen, die der "Gleichheit" aller Menschen wie der "Einen Welt" das Wort reden, immer wieder vor der Macht kapitulieren, das unteilbare Recht für teilbar erklären und damit ganze, insbesondere eigene (!), Volksgruppen diskriminieren. Wer "ethnische Säuberungen" als Verbrechen gegen das Völkerrecht wie die Menschenrechte brandmarkt, muß auch die Vertreibung der Deutschen als Völkermord verurteilen und ahnden.
Da wir auf der bundesrepublikanischen politischen Bühne so gut wie keine Fürsprecher für unsere Anliegen haben, müssen wir uns lauter und noch vernehmlicher auf der internationalen Bühne äußern und mehr als bisher "global" nach Verbündeten und Mitstreitern für Recht und Gerechtigkeit suchen. Wir müssen über die Ostpreußen in aller Welt unsere Vertreibung und damit den Völkermord an mehr als 15 Millionen Deutschen als "Deutsche Shoah" in der

Weltöffentlichkeit bewußt machen, die wie "Auschwitz" nach Sühne und Wiedergutmachung schreit.
Die Zeit arbeitet für uns, weil wir stets auf Gewalt und Rache verzichtet und unbeugsam für eine friedliche Zukunft in Europa unter der "Herrschaft des Rechts" gefochten haben. Nehmen wir uns ein Beispiel an den jüdischen "Mitchristen".
Sie ruhen nicht und artikulieren über die Jewish Claim Conference ständig das an ihnen begangene Unrecht. Die individuellen Menschenrechte haben nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme sogar wieder an Stellenwert gewonnen. Hierzu haben auch sehr die blutigen Konflikte auf dem Balkan mit Massenflucht wie "ethnischer Säuberung" (Massenaustreibung) beigetragen. Bei allen Friedensverhandlungen steht auf einmal die Frage der Rückkehr der Flüchtlinge in die Heimat aufgrund des elementaren Rechts auf die angestammte Heimat im Mittelpunkt der internationalen Friedensbemühungen und Konfliktlösungsstrategien.
Das amerikanische Repräsentantenhaus hat am 13. Oktober 1998 eine Resolution verabschiedet, mit der alle Staaten Mittel- und Osteuropas aufgefordert werden, Enteignungen aus der Zeit des Kommunismus und Nationalismus wiedergutzumachen.
Die Vertreibung liegt einzig und allein in der Verantwortung der handelnden Staaten. Das Potsdamer Abkommen hat die Vertreibung keineswegs befohlen, sondern dem Unrecht Völkermord nur tatenlos zugesehen. Selbst die Siegermächte konnten das Völkerrecht, insbesondere die Haager Landkriegsordnung von 1907, nicht außer Kraft setzen, zumal sie feststellten, daß das Deutsche Reich in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 fortbesteht.
Unsere Beharrlichkeit und unser Kampf für die Durchsetzung der Menschenrechte haben exemplarischen Charakter, und zwar weltweit. In einem gemeinsamen Europa wird man die isolierte Diskriminierung der Deutschen nicht durchhalten können, soll der Grundsatz "gleiches Recht für alle" nicht vollends zur leeren Floskel degradiert werden. Wenn Europa keine Rechtsgemeinschaft wird, dann hat es keine friedliche Zukunft. Kämpfen wir also 1999 unbeirrt weiter für Recht und Gerechtigkeit, denn nichts ist verloren, außer man gibt es verloren.<<
Die US-Zeitschrift "The Barnes Review" berichtete im Juli/August 1999 über eine Rede des US-Schriftstellers Benjamin H. Freedman (1890-1984) von 1961 (x922/…): >>**Deutschland und die Juden**

**Die Rolle der Juden im 1. und 2. Weltkrieg**

Eine Rede von Benjamin H. Freedman - 1961

**Vorwort**

Benjamin H. Freedman wurde 1890 als Sohn jüdischer Eltern geboren. Er wurde ein erfolgreicher Geschäftsmann in New York City und war der Haupteigentümer der Woodbury Soap Company. Er beendete seine Verbindungen mit dem organisierten Judentum nach dem 2. Weltkrieg. Mit einem finanziellen Aufwand von 2.5 Millionen Dollar verbrachte er den Rest seines Lebens damit, den Einfluß der Juden in Wirtschaft und Politik in den USA zu veröffentlichen. Er war ein Insider auf höchster Ebene in jüdischen Organisationen, und war persönlich befreundet mit Bernard Baruch, Samuel Untermyer, Woodrow Wilson, Franklin Roosevelt, Joseph Kennedy, John F. Kennedy und vielen anderen die in dieser Zeit etwas bewegt und zu sagen hatten.
Benjamin H. Freedman im Willard Hotel, Washington D.C. 1961:
Hier in den USA haben die Zionisten und ihre religiös Verbündeten die komplette Kontrolle über unsere Regierung. Es wäre zu komplex jetzt näher darauf einzugehen, aber die Zionisten und ihre religiös Verbündeten regieren die USA als wären sie die absoluten Monarchen dieses Landes.
Wahrscheinlich denken Sie, daß das eine sehr leichte und einfache Erkenntnis ist, aber lassen Sie mich erzählen und zeigen was passierte während wir alle "schliefen".

Was war passiert? Der 1. Weltkrieg brach im Sommer 1914 aus. Einige in meinem Alter werden sich noch daran erinnern. Nun, dieser Krieg wurde auf der einen Seite von England, Frankreich und Rußland, und auf der anderen von Deutschland, Österreich/Ungarn und der Türkei geführt.
Innerhalb von 2 Jahren gewann Deutschland diesen Krieg, nicht offiziell, aber auf dem Schlachtfeld. Die deutschen U-Boote, welche eine Überraschung für die Welt waren, fegten alle Konvois vom Atlantik.
Großbritanniens Munition und Vorräte gingen der Neige zu, danach kam der Hunger. Zur gleichen Zeit meuterte die französische Armee, sie hatten 600.000 Blüten der französischen Jugend bei der Schlacht von Verdun an der Somme verloren. Die Russen waren am Ende, sie nahmen ihr Spielzeug und gingen nach Hause, sie wollten nicht mehr weiterspielen, und sie mochten den Zar auch nicht unbedingt. Die italienische Armee kollabierte.
Nicht ein Schuß wurde auf deutschem Boden abgefeuert. Nicht ein Feind hatte die deutsche Grenze überschritten, und dennoch bot Deutschland England den Frieden an. Einen Frieden auf einer Basis den Anwälte den "Status quo ante" nennen würden. Das bedeutet - Laßt uns den Krieg beenden und laßt alles so sein wie es vorher war.
England dachte im Sommer 1916 ernsthaft darüber nach. Sie hatten keine Wahl, entweder sie würden dieses Friedensangebot annehmen oder bis zur Selbstvernichtung weiterkämpfen.
Während dieser Phase wandten sich deutsche Zionisten, die die Zionisten Osteuropas repräsentierten, an das britische Kriegskabinett, und, ich möchte die ganze Sache hier verkürzen, aber ich habe alle Dokumente hier um das zu beweisen, sie sagten: "Seht her, ihr könnt diesen Krieg noch gewinnen, ihr müßt nicht aufgeben. Ihr müßt diesen Frieden nicht annehmen den euch die Deutschen angeboten haben. Mit den USA als euren Verbündeten könnt ihr diesen Krieg noch gewinnen."
Die USA hatten mit diesem Krieg noch nichts zu tun. Wir waren frisch, wir waren jung, wir waren reich und wir waren mächtig. Die Zionisten sagten zu England: "Wir führen die USA in den Krieg als euren Verbündeten, nachdem Ihr den Krieg gewonnen habt und Deutschland, Österreich/Ungarn und die Türkei besiegt sind, wollen wir im Gegenzug Palästina, das ist Euer Preis."
Nun, England hatte das gleiche Recht irgend jemanden Palästina zu versprechen, wie wir, wenn wir den Iren Japan versprechen würden, aus welchen Gründen auch immer. Es war absolut absurd, daß Großbritannien, das keine Interessen und auch keine Verbindungen zu Palästina hatte, es als Zahlungsmittel für den Kriegseintritt der USA verwenden würde. Wie auch immer, sie gaben dieses Versprechen im Oktober 1916. Und kurz danach, ich weiß nicht wie viele sich noch daran erinnern werden, traten die USA, die immer und absolut pro-deutsch waren, als Verbündete Großbritanniens, in den Krieg ein.
Ich sage die USA waren immer pro-deutsch, weil die Zeitungen unter jüdischer Kontrolle waren, die Bankiers waren Juden, die Massenmedien in diesem Land waren unter jüdischer Kontrolle und die Juden selbst waren pro-deutsch, weil viele von ihnen aus Deutschland kamen. Sie wollten, daß Deutschland den Zar besiegt. Die Juden haßten den Zar, sie wollten nicht, daß Rußland den Krieg gewinnt.
Diese jüdischen Bankiers, wie Kuhn-Loeb und andere Großbanken, weigerten sich England und Frankreich auch nur mit einem Dollar zu unterstützen. Sie sagten: "Solange England und Frankreich Verbündete Rußlands sind gibt es nicht einen Cent!" Aber sie pumpten Geld nach Deutschland, sie kämpften mit Deutschland an einer Seite gegen den Zar, um das zaristische Regime zu brechen.
Nun, dieselben Juden schlossen den Vertrag mit England ab als sie die Möglichkeit sahen Palästina zu bekommen. Auf einmal veränderte sich alles, wie eine Ampel die von rot auf grün schaltet. Alle Zeitungen, die den Menschen erzählten, wie schwer es doch die Deutschen im

Kampf gegen die Briten hätten, änderten plötzlich ihre Meinung. Sie erzählten die Deutschen wären schlecht, sie wären wie die Hunnen, wie Barbaren. Sie, die Deutschen würden Rot Kreuz Schwestern erschießen und kleinen Babys die Hände abschneiden. Sie wären einfach schlecht. Kurz darauf erklärte Präsident Wilson Deutschland den Krieg.
Die Zionisten in London telegrafierten in die USA, zu Richter Brandeis, mit der Aufforderung: "Bearbeiten Sie Präsident Wilson, wir bekommen von England was wir wollen. Bringen Sie Präsident Wilson dazu in den Krieg einzutreten."
Auf diese Art und Weise traten die USA in den Krieg ein. Wir hatten kein Interesse daran. Wir hatten das gleiche Recht in diesen Krieg einzutreten, wie wenn wir heute Abend auf dem Mond anstatt in diesem Saal wären. Es gab absolut keinen Grund diesen Krieg zu unserem zu machen. Wir wurden hineingetrieben, nur damit die Zionisten ihr Palästina bekommen. Das ist etwas was den Bürgern dieses Landes noch nicht erzählt wurde. Sie wußten nicht warum wir in den 1. Weltkrieg eintraten.
Nachdem wir eingetreten waren gingen die Zionisten nach London und sagten: "Wir haben unseren Teil der Abmachung erfüllt, jetzt seid Ihr dran, gebt uns ein Schriftstück das uns zeigt, daß wir Palästina bekommen, nachdem Ihr den Krieg gewonnen habt."
Sie wußten auch gar nicht wie lange der Krieg dauern würde, ob 1, 2 oder 10 Jahre, aber sie fertigten es an. Das Schriftstück wurde in Form eines Briefes, in einer eigenartigen Ausdrucksform geschrieben, so daß die Welt nicht genau wissen würde was dahintersteckt. Dieses Schriftstück wurde die BALFOUR DEKLARATION genannt.
Die Balfour Deklaration war nichts anderes als das Versprechen Englands für dieses abgemachte "Geschäft". Diese "große" Balfour Deklaration ist genauso wertvoll wie eine 3 Dollar Note. Ich denke, ich kann mich nicht anders ausdrücken.
So begann der ganze Ärger. Die USA traten in den Krieg ein. Die USA vernichteten Deutschland. Was dann passierte wissen Sie ja. Als der Krieg zu Ende war, und die Deutschen bei der Pariser Friedenskonferenz 1919 eintrafen, waren auch 117 Juden anwesend. Eine jüdische Delegation, die die Juden Osteuropas repräsentierte, angeführt von Bernard Baruch. Ich war auch da, ich sollte das wissen. Was passierte dann? Die Juden in dieser Konferenz, als man gerade dabei war Deutschland zu zerstückeln um es an die Europäer zu verteilen, sagten: "Wie wäre es mit Palästina für uns?"
Und sie brachten in Gegenwart der Deutschen die Balfour Deklaration zur Sprache. Die Deutschen erkannten was vor sich ging. "Aha, das war das Spiel, deswegen traten die USA in den Krieg ein." Die Deutschen erkannten zum ersten mal, daß sie nur deswegen besiegt worden waren, weil die Zionisten Palästina besitzen wollten. Die Deutschen mußten diese Schmach und irrsinnigen Reparationszahlungen nur aus diesem einen Grund erdulden.
Das bringt uns zu einer anderen interessanten Sache. Als die Deutschen das erkannten, nahmen sie das den Juden verständlicherweise sehr übel. Bis zu dieser Zeit ging es den Juden in keinem anderen Land auf dieser Welt besser als in Deutschland.
Es gab Herrn Rathenau, der bestimmt genauso wichtig in Industrie und Finanz war, wie Bernard Baruch in diesem Land. Es gab Herrn Balin, Besitzer der großen Dampfschiffahrtslinien, der Norddeutsche Lloyds und der Hamburg-Amerika Linie. Es gab Herrn Bleichröder, der Bankier der Hohenzollern Familie. Es gab die Warburgs in Hamburg, eine Kaufmanns- und Bankiersfamilie, die größten auf dieser Welt. Den Juden ging es sehr gut in Deutschland. Aber die Deutschen dachten: "Das war ein ziemlicher Ausverkauf."
Es war ein Ausverkauf der dieser hypothetischen Situation gleichkommt:
Gehen wir davon aus, wir die USA wären im Krieg mit der UdSSR, und wir wären am gewinnen, und wir bieten der UdSSR den sofortigen Stopp an. Wir würden ihnen Frieden anbieten. Plötzlich würde das rote China in den Krieg eintreten, als Verbündeter der UdSSR. Und dadurch würden wir vernichtend geschlagen werden. Gleich danach kämen Reparationszahlun-

gen in einem Ausmaß, das wir uns gar nicht vorstellen können, auf uns zu.
Stellen Sie sich vor, daß wir gleich nach dem Krieg erfahren würden, daß unsere US-Chinesen, unsere Mitbürger, von denen wir immer dachten daß sie loyale und zuverlässige Bürger unseres Landes wären, stellen Sie sich vor wir fänden heraus daß sie es waren die für unsere Vernichtung verantwortlich gewesen sind. Stellen Sie sich vor daß diese US-Chinesen uns an die UdSSR verkauft hätten, wie würden wir uns fühlen!? Ich glaube keiner von ihnen könnte sein Gesicht jemals wieder auf den Straßen zeigen.
Es würde nicht genug Laternen geben die sie bei Nacht schützen würden. Wie würden wir uns fühlen ...? Nun, so fühlten auch die Deutschen gegenüber den Juden. Sie waren immer sehr anständig zu den Juden gewesen. Als 1905 die kommunistische Revolution in Rußland fehlschlug, und die Juden aus Rußland vertrieben wurden, gingen sie alle nach Deutschland, und Deutschland gab ihnen Unterschlupf. Sie wurden sehr gut behandelt. Jetzt aber haben sie Deutschland verraten und verkauft, und zwar nur aus einem Grund, nur um Palästina zu besitzen. Als ihr "Jewish Commonwealth."
Nahum Sokolow und all die großen Führer und Namen die man heute mit dem Zionismus in Verbindung bringt, schrieben von 1919-1923 in ihren Zeitungen, und sie waren voll mit ihren Aussagen, daß, trotzdem die Deutschen erkannt haben, daß sie durch jüdische Einmischung den Krieg verloren haben, das Gefühl gegenüber den Juden noch annehmbar sei.
Es gab keine religiösen Gefühle, es gab auch keine Anfeindungen nur weil die Juden einen anderen Glauben haben. Es war nur wirtschaftlicher Natur, und alles andere als religiös. Niemanden in Deutschland kümmerte es ob ein Jude abends nach Hause ging, seinen Rolladen herunterließ und "Shema Yisroel" oder "Unser Vater" sagte. Niemand kümmerte sich darum, nicht mehr und nicht weniger wie hier in den USA. Die Gefühle die sich später entwickelten waren nur darauf zurückzuführen, daß die Deutschen die Juden für ihre Niederlage verantwortlich machten.
Der 1. Weltkrieg begann, ohne daß die Deutschen dafür verantwortlich gewesen waren. Sie hatten überhaupt keine Schuld, nur die Schuld erfolgreich zu sein. Sie bauten eine große Marine. Sie hatten Handel mit der ganzen Welt. Sie müssen sich darüber klar werden, daß Deutschland während der französischen Revolution aus über 300 Stadtstaaten, Grafschaften, Fürstentümern usw. bestand. Zwischen dieser Zeit, der Zeit Napoleons und Bismarcks, wurden sie zu einem Land zusammengerührt.
Innerhalb von 50 Jahren wurde Deutschland zu einer der Weltmächte. Ihre Marine rivalisierte mit der britischen und sie gingen dem Handel auf der ganzen Welt nach. Sie machten bessere Produkte und sie konnten mit jedem konkurrieren. Und was war das Ergebnis des Ganzen?
England, Frankreich und Rußland verschworen sich gegen Deutschland. Sie wollten Deutschland niederstrecken. Es gibt heute keinen Historiker der einen stichhaltigeren Grund finden könnte, warum Deutschland von der Landkarte verschwinden mußte.
Als die Deutschen erkannten wer für ihre Niederlage verantwortlich war, waren sie natürlich sehr verärgert. Aber nicht ein Haar wurde den Juden gekrümmt, nicht ein einziges. Professor Tansill der Georgetown Universität, der Zugang zu allen geheimen Unterlagen des State Departements hatte, zitierte in seinem Buch ein Dokument, geschrieben von Hugo Schoenfelt, ein Jude den Cordell Hull 1933 nach Europa schickte um die sogenannten Lager der politischen Gefangenen zu untersuchen, daß alle Gefangenen in guter Verfassung seien. Allen ging es gut und jeder wurde gut behandelt.
Die Lager waren gefüllt mit Kommunisten. Viele der Gefangenen waren Juden, weil 98 % der Kommunisten in Europa Juden waren. Einige Priester, Gewerkschaftsführer und andere mit internationalen Verbindungen waren auch unter den Gefangenen.
Der Hintergrund dessen war: In den Jahren 1918-1919 übernahmen die Kommunisten für einige Tage Bayern. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und eine Gruppe anderer Juden

übernahmen die Regierung für drei Tage.
Nach dem Krieg floh Kaiser Wilhelm nach Holland, weil er dachte, daß ihm das gleiche Schicksal widerfahren würde wie dem Zaren Rußlands. Nach der kommunistischen Bedrohung in Deutschland arbeiteten die Juden wieder daran ihre alten Stellungen zurückzubekommen. Die Deutschen aber, bekämpften das so gut es ging. Sie bekämpften die Juden, wie die Prohibitionisten in unserem Land den Alkohol und deren Anhänger bekämpft haben.
Sie wurden nicht mit Pistolen bekämpft. Das war die Art und Weise wie die Juden in Deutschland bekämpft wurden. Zu dieser Zeit gab es zwischen 80-90 Millionen Deutsche, und nur 460.000 Juden. Ungefähr 0,5 % der Einwohner waren Juden, und doch kontrollierten sie die ganze Presse, und sie kontrollierten den Großteil der Wirtschaft, weil sie, als die Deutsche Mark abgewertet wurde, mit ihrem wertvollem Dollar praktisch alles aufkauften.
Die Juden versuchten das zu vertuschen, sie wollten nicht, daß die Welt versteht und begreift, daß sie Deutschland verraten und verkauft haben, und die Deutschen nahmen ihnen das sehr übel. Die Deutschen bekämpften sie mit geeigneten Aktionen. Sie diskriminierten sie wo auch immer sie konnten. Sie mieden sie auf die gleiche Art und Weise wie wir die Neger, die Chinesen oder die Katholiken meiden würden, wenn sie verantwortlich für unsere Niederlage gewesen wären und sie uns an den Feind verkauft hätten.
Nach einer Weile trafen sich die Juden zu einer Weltkonferenz in Amsterdam. Juden aus jedem Land nahmen an diesem Treffen 1933 teil.
Und sie sagten zu Deutschland: "Ihr feuert Hitler und gebt uns unsere alten Positionen zurück, egal ob einer Kommunist oder was auch immer ist. Ihr könnt uns so nicht behandeln. Wir die Juden der Welt stellen euch ein Ultimatum." Sie können sich vorstellen was die Deutschen den Juden erzählt haben. Was geschah dann?
1933, als Deutschland sich dem Weltkongreß verweigerte, wurde die Konferenz abgebrochen. Mister Samuel Untermyer, der Kopf der amerikanischen Delegation und Präsident der gesamten Konferenz, kam zurück in die USA. Er ging vom Dampfschiff direkt zu den Studios der Columbia Broadcasting System - CBS, und gab eine Stellungnahme über die Radiostationen der gesamten USA ab, in welcher er sagte: "Wir sind nun in einem heiligen Konflikt mit Deutschland, und wir werden sie bis zur Aufgabe hungern lassen. Wir werden Deutschland weltweit boykottieren."
Tatsache ist, daß zwei Drittel der Lebensmittel der Deutschen importiert werden müssen, und es kann nur importiert werden, wenn auch gleichzeitig exportiert wird. So, wenn Deutschland nicht exportieren kann müssen zwei Drittel der deutschen Bevölkerung hungern. Es gab nur genug Lebensmittel für ein Drittel. In dieser Deklaration, die ich hier habe, und welche auch in der New York Times am 7. August 1933 abgedruckt war, gab Mister Samuel Untermyer bekannt, daß dies "unsere Art der Selbstverteidigung ist."
Präsident Roosevelt hat diese Handhabung in der National Recovery Administration bekanntgegeben, daß jeder der sich dem New Deal nicht beugt, auf diese Art und Weise boykottiert wird. Sie werden sich daran erinnern meine Damen und Herren, sogar der oberste Gerichtshof nahm es an. Letztendlich erklärten die Juden Deutschland den Krieg, und dieser war so effektiv, daß sie in keinem Laden mehr einen Artikel mit dem Aufdruck - Made in Germany - finden konnten.
Ein Mitarbeiter der Woolworth Company erzählte mir, daß sie Geschirr im Wert von mehreren Millionen Dollar in den Fluß werfen mußten, da Kunden, die diese gefunden haben, sie, die Inhaber gleich mit "Hitleristen, Mörder usw." gebrandmarkt haben. Es gab viele dieser Aufmärsche und Protestaktionen.
In einem Laden, der der R. H. Macy-Kette angehörte, der von der Familie Strauss geführt wurde, die auch Juden waren, fand eine Frau Strumpfhosen mit dem - Made in Germany - Aufdruck, Strumpfhosen aus Chemnitz, die dort seit 20 Jahren verkauft werden, wurden boy-

kottiert. Die Besitzer wurden mit "Hitleristen" beschimpft. Hunderte von Menschen liefen auf und ab und protestierten... Bis zu dieser Zeit wurde keinem Juden in Deutschland auch nur ein Haar gekrümmt. Die Juden hatten nichts zu erleiden, mußten nicht hungern, wurden nicht attackiert oder ermordet.
Natürlich sagten sich die Deutschen: "Wer sind diese Menschen, die unser Land boykottieren, unser Volk arbeitslos werden lassen und unsere Industrie zum Stillstand führen? Wer sind diese Menschen, daß sie so etwas machen?"
Die Deutschen nahmen ihnen das sehr übel. Plötzlich wurden in Deutschland jüdische Geschäfte mit Aufschriften und Zeichen bemalt. Warum auch sollte ein Deutscher sein Geld in ein Geschäft bringen dessen Besitzer Deutschland mitboykottiert, der dafür sorgt, daß das deutsche Volk hungern mußte und dadurch zur Aufgabe gezwungen werden und sich dem Weltjudentum ergeben sollte!? Ein Boykott von Menschen, die den Deutschen ihren Premier oder Kanzler aufzwingen wollten, es war lächerlich.
Der Boykott ging noch weiter, aber im Jahre 1938, als ein junger polnischer Jude in die deutsche Botschaft in Paris eindrang und einen Mitarbeiter erschoß, wurde es rauher für die Juden in Deutschland. Sie brachen Fenster ein und hatten Straßenkämpfe. Nun, ich benütze das Wort Antisemitismus ungern, weil es bedeutungslos ist, aber ich benütze es, weil sie es nicht anders kennen.
Der einzige Grund warum die Deutschen antijüdische Gefühle hatten, war der, daß sie wußten, daß die Juden für die Niederlage im 1. Weltkrieg und den Boykott verantwortlich waren. Dahingehend waren die Juden auch für den 2. Weltkrieg verantwortlich, weil, als das Ganze aus der Hand glitt, es wichtig war zu sehen, wer den Kampf überleben und als Sieger herausgehen wird.
Ich habe in Deutschland gelebt, und ich weiß, daß die Deutschen sich zwischen Kommunismus und Christentum zu entscheiden hatten. Es gab nichts dazwischen. Die Deutschen entschieden sich für das Christentum.
Sie begannen sich wieder zu bewaffnen. Im November 1933 haben die USA die Sowjetunion anerkannt. Die Sowjetunion wurde sehr mächtig, die Deutschen erkannten das und entschieden sich zu gehen und erst wieder zu kommen bis sie stark genug sind. Das gleiche machen wir hier doch auch, gehen und erst dann wieder auf der Bildfläche erscheinen bis wir stark sind.
Unsere Regierung gibt im Jahr 83 oder 84 Milliarden für Verteidigung aus. Verteidigung gegen wen? Verteidigung gegen 40.000 kleine Juden in Moskau, die Rußland übernommen haben, und in ihrer unaufrichtigen Art auch die Kontrolle über andere Staaten der Welt.
Heute leben wir an der Grenze zum 3. Weltkrieg aus dem keiner als Sieger hervorgehen wird. Das geht über meine Vorstellungskraft hinaus. Ich weiß, daß Atombomben im Megatonnenbereich gemessen werden. Eine Megatonne ist die Bezeichnung für l Million Tonnen TNT. Unsere Atombomben hatten eine Kapazität von 10 Megatonnen, 10 Millionen Tonnen TNT, als sie zum ersten mal entwickelt wurden. Heute haben wir Atombomben im 200 Megatonnen-Bereich, und nur Gott weiß wie viel die Russen davon haben.
Mit was haben wir es heute zu tun? Wenn wir heute einen Krieg auslösen, könnte er sich zu einem Atomkrieg entwickeln. Könnte das passieren? Es wird, wenn der Vorhang zum dritten Akt hochgeht. Akt 1 war der erste Weltkrieg, Akt 2 der zweite, Akt 3 wird der dritte Weltkrieg sein. Die Juden dieser Welt, die Zionisten und ihre religiös Verbündeten sind fest entschlossen, die USA weiterhin als ihren Stützpunkt für ihren Plan zu benützen, das Land Palästina zur Hauptstadt ihrer Weltregierung zu machen. Das ist so wahr wie ich hier stehe. Nicht nur ich weiß das und habe es gelesen, viele hier haben das auch, und es ist auf der ganzen Welt bekannt.
Was können und sollen wir tun? Das Leben, das Sie retten könnten, könnte das Ihres Sohnes

sein. Ihre Jungs könnten heute Nacht auf dem Weg in den Krieg sein, und Sie wußten genauso wenig darüber wie Sie 1916 wußten, als die britische Regierung und die Zionisten ihren Deal abschlossen. Hatten Sie das gewußt? Niemand in den USA wußte das. Es war Ihnen nicht erlaubt das zu wissen. Wer wußte es?
Präsident Wilson wußte es. Colonel House wußte es. Andere Eingeweihte wußten es auch. Habe ich es gewußt? Ja, ich hatte eine ziemliche Ahnung was so vor sich ging. Ich stand in enger Verbindung mit Henry Morgenthau sen., in der Wahlkampagne 1912, als Präsident Wilson gewählt wurde. Es wurde rund um das Büro viel gesprochen. Ich war Vertrauensmann von Henry Morgenthau sen., dem Vorsitzenden des Finanzkomitees, und ich stand in enger Verbindung mit Rollo Wells, dem Schatzmeister.
Da saß ich nun in dieser Runde, Präsident Wilson am Tischende, und all die anderen. Ich hörte wie sie ihm die Einkommensteuer in sein Gehirn eingehämmert haben, durch die die Federal Reserve (Bundesbank) entstand, und ich hörte wie sie ihm die zionistische Bewegung indoktriniert haben. Richter Brandeis und Präsident Wilson waren sich so nahe wie diese zwei Finger an meiner Hand. Präsident Wilson war so inkompetent als dieses Newborn-Baby beschlossen wurde.
Das war die Art und Weise wie wir in den 1. Weltkrieg eintraten, während wir alle "schliefen". Sie schickten unsere Jungs auf die Schlachtbank, für was? Nur damit die Juden "ihr" Palästina bekamen, als ihr "Commonwealth".
Sie haben euch so verdummt, daß ihr nicht mehr wißt was links und rechts ist. Was wissen wir über die Juden? Ich nenne sie vor Ihnen Juden weil man sie so kennt. Ich selbst nenne sie nicht Juden. Ich nenne sie nur die "sogenannten Juden", weil ich weiß wer sie sind. Die osteuropäischen Juden, von denen 92 % der jüdischen Weltbevölkerung abstammen, sind eigentlich gar keine Juden.
Sie sind eigentlich Khazaren. Die Khazaren waren ein kriegerischer Stamm der Tief im Herzen Asiens lebte. Sie waren so kriegerisch, daß die Asiaten selbst sie aus Asien vertrieben und nach Europa schickten. Die Khazaren gründeten ein großes Königreich von 800.000 Quadratmeilen. Zu dieser Zeit existierte Rußland noch nicht, genauso wie viele andere europäische Länder. Das Khazarenkönigreich war das größte im gesamten Europa, so groß und so mächtig, das, wenn andere Monarchen es um Kriegshilfe gebeten hätte, es diesem leicht 40.000 Soldaten hätte leihen können. So groß und mächtig waren sie.
Die Khazaren waren Phallus-Verehrer/Anbeter, was sehr unanständig ist und ich möchte auch nicht näher darauf eingehen. Das war ihre Religion wie sie auch die Religion vieler anderer Barbaren und Heiden auf diesem Planeten war. Der Khazarenkönig war so angewidert von dieser degenerierten Lebensweise, daß er sich entschied einen Glauben zu "adoptieren", entweder das Christentum, den Islam oder das Judentum, was eigentlich Talmudismus ist.
Er entschied sich für das Judentum, und das wurde zur Staatsreligion. Er gründete die Talmudschulen Pumbedita und Sura aus der tausende von Rabbis hervorgingen. Er eröffnete Synagogen und Schulen, und seine Leute wurden was wir heute Juden nennen. Keiner von ihnen hatte jemals einen Vorfahren der auch nur mit einem Zehen das heilige Land betreten hat, nicht in der Geschichte des alten Testamentes noch vom Anbeginn ihrer Zeit. Keiner von ihnen.
Und dennoch kommen sie zu den Christen und bitten um militärische Hilfe in Palästina. Sie sagen: "Wollt Ihr nicht dem auserwählten Volk helfen ihr gelobtes Land, die Heimat ihrer Vorfahren zurückzubekommen? Es ist eure christliche Pflicht. Wir gaben euch einen unserer Söhne als Herrn und Erlöser. Ihr geht Sonntags in die Kirche, kniet nieder und betet einen Juden an, und wir sind Juden."
Aber sie sind heidnische Khazaren, sie konvertierten genauso wie die Iren zum Christentum konvertierten. Es ist lächerlich, sie Volk des heiligen Landes zu nennen, so wie es lächerlich

wäre 54 Millionen chinesische Moslems Araber zu nennen. Sie würden sich fragen ob diese Chinesen nicht ganz bei Trost sind. Jeder der glauben würde, daß diese Chinesen Araber wären, wäre nicht normal. Alles was sie taten war den Glauben anzunehmen, dessen Ursprung Mekka in Arabien ist. So wie die Iren es auch taten. Die Iren wurden nicht zu anderen Menschen. Sie waren immer noch die Gleichen, nur, daß sie das Christentum angenommen haben, und trotzdem sind sie immer noch Iren.
Diese Khazaren, diese Heiden, diese Asiaten waren eine mongolische Rasse die aus Asien nach Europa vertrieben wurde. Weil ihr König diesen Glauben angenommen hatte, hatte auch das Volk keine andere Wahl. So wie in Spanien, war der König katholisch, war es das Volk auch, wenn man sich weigerte hatte man das Land zu verlassen. So wurden die Khazaren was wir heute Juden nennen.
Jetzt können Sie sehen wie dumm es von den christlichen Regierungen war zu sagen: "Wir werden Gottes auserwähltem Volk, mit unserer Macht und unserem Prestige helfen das Land ihrer Vorfahren zurückzubekommen."
Gibt es eine größere Lüge als diese? Die Juden kontrollieren die Zeitungen, die Magazine, das Radio, das Fernsehen, die großen Buchverlage, und weil unsere Politiker ihre "Sprache" sprechen, ist es nicht überraschend, daß Ihr diese Lügen glaubt. Ihr würdet glauben schwarz sei weiß, wenn Ihr es nur oft genug hören würdet. Ihr würdet schwarz nicht mehr schwarz nennen.
Ihr würdet schwarz weiß nennen, und niemand könnte euch die Schuld geben. Das ist eine der großen Lügen in unserer Geschichte. Es ist das Fundament des ganzen Elends das uns befallen hat.
Wissen Sie, was die Juden am Tag des Atonements (?) machen, der Tag bei dem Sie denken, das er so heilig für die Juden wäre? Ich war einer von ihnen. Das ist kein Hörensagen. Ich bin nicht hier um Ihnen irgendeinen Schwachsinn zu erzählen. Ich gebe Ihnen hier Fakten!
Am Tag des Atonements (?) geht man in eine Synagoge. Für das erste Gebet, das man vorträgt, steht man aufrecht.
Es ist das einzige Gebet für das man steht. Man wiederholt dreimal ein Kurzgebet mit dem Namen Kol Nidre. In diesem Gebet schließt man ein Abkommen mit Gott, das besagt, daß jeder Eid, jedes Versprechen und jedes Gelöbnis, das man während der nächsten zwölf Monate gegenüber Nichtjuden macht, null und nichtig ist. Der Eid ist kein Eid, das Versprechen kein Versprechen und das Gelöbnis kein Gelöbnis. Das alles hat bei Juden keinen moralischen Wert. Und der Talmud lehrt auch, daß, wann immer man einen Eid, ein Versprechen oder ein Gelöbnis abgibt, man sich immer an den Tag des Atonements (?) erinnern soll, weil man als Jude diese Dinge nicht erfüllen muß und man davon ausgenommen ist. ...
Nun, wie sehr können Sie auf die Loyalität eines Juden zählen. Sie können darauf genauso zählen, wie die Deutschen im Jahre 1916 darauf gezählt haben.
Wir werden das gleiche Schicksal erleiden wie Deutschland, aus den gleichen Gründen.<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (52/1999) berichtete am 27. Dezember 1999:
>>**Die Brüsseler Republik**
Im 21. Jahrhundert wächst der europäische Bundesstaat heran. Er wird ein Multikulti-Staatsvolk von wenigstens 440 Millionen Menschen umfassen.
Jean-Claude Juncker ist ein pfiffiger Kopf. "Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert", verrät der Premier des kleinen Luxemburg über die Tricks, zu denen er die Staats- und Regierungschefs der EU in der Europapolitik ermuntert. "Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."
So wurde bei der Einführung des Euro verfahren, als tatsächlich kaum jemand die Tragweite

der ersten Beschlüsse 1991 zur Wirtschafts- und Währungsunion wahrnehmen mochte.
So ähnlich lief es jetzt wieder beim EU-Sondergipfel im finnischen Tampere, wo komplizierte Entscheidungen zur Justiz- und Rechtspolitik fielen. In wenigen Jahren werden die Mitgliedstaaten die Folgen spüren. Brüssel gibt dann die Mindeststandards für die Asylpolitik vor. Und das Geschrei in Bayern und anderswo wird groß sein, wenn die Ermittlungsaufträge von Europol an deutsche Sicherheitsbehörden die Polizeihoheit der Bundesländer durchlöchern.
Nach derselben Methode soll der Bau des Bundesstaates Europa weitergehen.
Eigentlich gibt es den bereits - auch wenn das Karlsruher Bundesverfassungsgericht das nicht wahrhaben will und lieber von einem Staatenverbund spricht. Die Europäische Union weist die entscheidenden Merkmale auf: Als Rechtsgemeinschaft mehrerer Staaten entscheidet sie wie ein Bundesstaat über jene Fragen, die für den Bestand des Ganzen wesentlich sind, während die Gliedstaaten ihre Staatlichkeit behalten und an der Willensbildung des Ganzen entscheidend beteiligt sind.
Das bundesstaatliche Phänomen in Brüssel ist noch ziemlich unfertig, funktioniert aber. Mindestens 60 Prozent der deutschen Innenpolitik, sagt sogar Europaskeptiker Edmund Stoiber, werden heute in Brüssel gemacht.
Es werden sich, das lehrt der Blick zurück, die bundesstaatlichen Strukturen im neuen Jahrhundert verfestigen, mal schleppend, mal in Schüben wie bisher. Aus der Montanunion, der aus den Schrecken zweier Weltkriege geborenen Friedensallianz zwischen den Deutschen, Franzosen, Belgiern, Italienern, Luxemburgern und Niederländern, wurde die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und dann die Europäische Union der derzeit 15 - stets ging es in Richtung Bundesstaat.
Ein zunehmend mächtigeres Europäisches Parlament (EP) nimmt sich mit wachsendem Selbstbewußtsein neue Rechte. Ohne Widerspruch aus Paris, London oder Berlin nennt Präsident Romano Prodi, vom EP als Quasi-Kanzler gewählt, seine EU-Kommission eine "Art europäische Regierung".
Der Ministerrat der EU, das Legislativorgan der Mitgliedstaaten, ist eine Art Bundesrat, in dem die Regierungsvertreter eine entscheidende Rolle in der Gesetzgebung spielen.
Eine eigene Armee hat die Brüsseler Republik bald auch. Der Aufbau einer modernen, EU-geführten Streitmacht von 150.000 Mann ist eine der Hauptaufgaben für den neuen Hohen Repräsentanten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (Gasp), Javier Solana, den EU-Außenminister. Und eine Art gemeinsames "Staatsgebiet" bildet der Binnenmarkt schon jetzt - ohne Grenzen für Personen, Waren und Dienstleistungen.
Daß die Nationen auf den Kern ihrer Souveränität, die eigene Währung, zu Gunsten des Euro verzichteten, war der entscheidende Schritt hin zum europäischen Bundesstaat. Die Europäische Zentralbank in Frankfurt lenkt inzwischen ohne größere Probleme die gemeinsame Geldpolitik im Euroland der Elf; Briten, Schweden, Dänen und Griechen werden früh im neuen Jahrhundert im Interesse ihrer Wirtschaft dazustoßen.
Die EU ist in ihren Strukturen und Kompetenzen nicht versteinert, sondern beweglich geblieben. Deshalb auch wird sie mit der Erweiterung nach Osten und Süden fertig werden. Ob zur EU 375 Millionen Menschen oder bald 440 Millionen oder eines Tages 540 Millionen gehören, ist mehr ein Organisationsproblem - wenn nur die strengen Beitrittsbedingungen der EU bei Demokratie, Menschenrechten und Wirtschaft nicht mißachtet werden.
Die Erweiterung zwingt die EU, sich selber zu reformieren. Der Ministerrat muß besser funktionieren - weniger einstimmige Beschlüsse, mehr Mehrheitsentscheidungen. Damit wächst zugleich die Macht des Parlaments, da bei Mehrheitsentscheiden des Rates in der Regel seine Zustimmung nötig ist.

Der Bundesstaat Europa wird sogar eine Art Multikulti-Staatsvolk aufweisen. Hielten die Leute 2002 erst einmal die Banknoten und Münzen des Euro in den Händen, sagt Luxemburgs Juncker voraus, "dann bildet sich bald ein neues Wir-Gefühl: wir Europäer".<<

Kurt Quadflieg berichtete im Jahre 1999 in seinem Buch "SODOM UND GOMORRAH HEUTE" (x913/…): >>**SODOM UND GOMORRAH HEUTE**

**Im Vorfeld der Apokalypse …**

Es wird sein wie in den Tagen Lots: Sie aßen und tranken, sie kauften und verkauften, pflanzten und bauten, bis zu dem Tag, als Lot die Stadt Sodom verließ. Da regnete es Feuer und Schwefel vom Himmel, und alle kamen um. Genau so wird es an dem Tag sein, an dem der Menschensohn erscheint (Lukas 17, 28-30).

Gott hat die Städte Sodom und Gomorrah zum Untergang verurteilt und sie in Schutt und Asche sinken lassen. Er hat an diesem Beispiel gezeigt, wie es den Gottlosen ergehen wird (2. Petrus 2, 6).

**VORWORT**

Dieses Buch ist eine Herausforderung an alle wiedergeborenen Christen, in einer Zeit zunehmender gesellschaftlicher Verfallserscheinungen das Evangelium aggressiver und konsequenter zu präsentieren. Wir dürfen dem Zeitgeist nicht erliegen und einer falsch verstandenen Toleranz zu huldigen.

Wo staatliches Gesetz und Recht der Heiligen Schrift und den Geboten Gottes zuwiderlaufen, müssen wir unsere Stimme dagegen erheben ist Verweigerung angesagt. Wir Christen wollen "der Stadt Bestes" (Jeremia 29, 7) und dasselbe auch für unser Land und Volk. Deshalb beten wir für alle Menschen, insbesondere für alle Regierenden, wie es uns die Schrift gebietet. Das heißt aber nicht, daß diese ihr Tun nicht auch messen und beurteilen lassen müssen an dem Wort der Wahrheit, der Heiligen Schrift.

In dem vorliegenden Buch werden Fakten angemahnt, die sicherlich nicht den Beifall eines jeden finden werden. Wer jedoch im glaubensgestärkten Aufblick zu seinem Herrn den Tod nicht fürchtet, ist nur schwer zu erschrecken. "Denn Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft und der Liebe und der Zucht" (2. Timotheus 1, 7).

Gottlob Ling, Pforzheim, Verleger

**ZUM GELEIT**

Hesekiel, der dritte große Prophet des Alten Testaments, war von Gott dazu berufen, das Volk Israel zu warnen. "Sie sind ein widerspenstiges Volk, das sich gegen mich auflehnt … frech und trotzig … Sage die Botschaft von mir weiter, damit sie wissen, was auf sie zukommt", lesen wir dazu im 3. Kapitel des Buches Hesekiel. Und im Vers 18 auferlegt Gott dem Propheten noch einmal ganz deutlich die persönliche Verantwortung für das Schicksal der Menschen seines Volkes: "Wenn ich dem Gottlosen sage: Du mußt des Todes sterben! und du warnst ihn nicht, damit er am Leben bleibe so wird der Gottlose um seiner Sünde willen sterben, aber sein Blut will ich von deiner Hand fordern."

Bei dieser eindringlichen Warnung Gottes geht es im Hintergrund um die Katastrophe, die Jerusalem kurz darauf treffen sollte, als Folge der Gottlosigkeit der Menschen. Auch in unseren Tagen gebietet uns die Bibel ein Wächteramt, das uns veranlassen soll, die Mißstände und das Unrecht in der Welt aufzudecken und die Menschen vor dem drohenden Absturz in die Katastrophe zu bewahren.

Wir leben heute in ähnlichen Verhältnissen wie damals die Israeliten, bevor Gott sein Strafgericht über dieses Volk aussprach und es in die Gefangenschaft nach Babylon verschleppen ließ. Die Parallelität mit unserer heutigen Welt ist unübersehbar.

Die fast unbeschreibliche sittliche Verwahrlosung in unseren Tagen entspricht in zunehmendem Maße den erschreckenden Verhältnissen im damaligen Jerusalem, das in Hesekiel 16 mit einem treulosen Weib verglichen wird. Infolge der schändlichen Abtrünnigkeit von Gott seien

dort die Zustände schlimmer als in Sodom gewesen. Dabei wird in der Bibel die Allegorie mit verblüffender Offenheit durchgeführt, weil wohl nur durch eine stellenweise schockierende Darstellung die damaligen Verhältnisse, die ganze Dekadenz der Gesellschaft, beschrieben werden konnte.
Als wäre man aus dem Jerusalem vor zweieinhalbtausend Jahren in eine Großstadt unserer Tage versetzt, lesen wir im Buch des Propheten: "An jeder Straßenecke hast du deine Hurenlager aufgeschlagen und hast deine Schönheit in den Schmutz gezogen. Du warst unersättlich und … du hast deinen Ehemann mit fremden Männern betrogen, und während man eine Hure bezahlt, da hast du deine Liebhaber noch mit Geschenken angelockt. … Ich verfahre mit dir, wie es das Gesetz für eine Ehebrecherin und Mörderin vorschreibt. Weil du meinen Zorn gereizt und meine Eifersucht geweckt hast, verurteile ich dich zum Tod."
Das angedrohte Gericht ist dann über diese entartete Generation auch unerbittlich hereingebrochen. Auch heute, in unseren Tagen, hat die totale Demontage moralischer Werte bereits Ausmaße erreicht, die an die Verhältnisse zur Zeit Hesekiels und die vor der Sintflut erinnern, wo Gott wegen des schamlosen Treibens der Menschen sagen mußte: "Ich will sie vertilgen von der Erde …" (1. Mose 6, 7).
Die Boshaftigkeit der Menschen ist heute dieselbe wie in biblischen Zeiten und sie eskaliert augenscheinlich. Politisch, moralisch und auch religiös befindet sich diese Welt, die mit atemberaubendem Tempo ihrem Ende zugeht, in den Fängen antichristlicher Machenschaften. Es ist längst Mitternacht auf der Weltenuhr.
Als die Jünger Jesu auf dem Ölberg in Jerusalem ihren Herrn fragten, was das Zeichen sein wird für sein Kommen und für das Ende dieser Weltzeit, da verwies er auf eine Reihe von Drangsalen, die über all jene kommen werden, die den Sohn Gottes abgelehnt haben. Und weil auch die Gottlosigkeit überhand nehmen und die Liebe unter den Menschen verkümmern wird, wird es eine Zeit moralischer Verdorbenheit wie nie zuvor sein. In diesen Tagen leben wir bereits. Dies zeichnen auch die Bilder und Geschehnisse in den nachfolgenden Kapiteln dieses Buches.
Jesus hat uns nachdrücklich aufgefordert, auf die Zeichen der Zeit zu achten, und im Gleichnis vom Feigenbaum kleidet er seine Mahnung zur Wachsamkeit in die Worte: "Denn wie es in den Tagen Noahs war, so wird auch sein das Kommen des Menschensohnes" (Matthäus 24, 36-40). Auch Paulus und andere Apostel haben die Mißstände und den Abfall vom Glauben angeprangert, der am Ende der Zeiten in nie zuvor dagewesenem Ausmaß vorherrschen wird. Sie haben unablässig gegen die Zersetzung und Auflösung der Gebote Gottes gepredigt. Dies verpflichtet auch uns, im Gehorsam dem Wort Gottes gegenüber zu warnen und auf die Zustände hinzuweisen, die die prophetischen Aussagen der Schrift bereits überdeutlich kennzeichnen.
Den Charakter unserer Zeit kann nur derjenige richtig erkennen, der die Heilige Schrift kennt. Der natürliche Mensch versteht nichts vom Geist Gottes, sagt uns die Bibel. Er kann hinter dem vordergründigen Geschehen nicht die unheimlichen Entwicklungen im Hintergrund durchschauen. Allein der Heilige Geist führt in alle Wahrheit.
Christen wissen, die Bühne für das letzte große apokalyptische Szenarium ist vorbereitet und sämtliche Mitwirkenden haben bereits ihre Plätze eingenommen. Was wir heute erleben, ist die größte Manifestation von Gottlosigkeit, Ungerechtigkeit, Zügellosigkeit und moralischer Entartung, die die Welt je gesehen hat. Der Schriftsteller **Wolfgang Borchert** hat dies einmal auf den Punkt gebracht: **"Wir sind die Generation ohne Grenze, ohne Hemmung und Behütung. Wir sind die Generation ohne Gott."**
Aus der Fülle der aktuellen Themen, in bezug auf den Zustand der völligen Degeneration unserer Gesellschaft, konnten in diesem Buch natürlich nur Fragmente zur Illustration angeführt werden. Das tatsächliche Ausmaß der Sündhaftigkeit und Gottabwendung kann bestenfalls

erahnt werden. - Der Verfasser

**Welt ohne Gott**

Vor einiger Zeit las man in christlichen Zeitschriften Schlagzeilen wie: "Gott hat in Deutschland die Mehrheit verloren." Oder: "Nur noch ein geringer Prozentsatz glaubt an Gott." Die Gottlosigkeit schreitet in unserem Land immer weiter voran. Der Mensch hat sich von Gott emanzipiert. Er hat Gott ganz einfach abgeschrieben, will nichts mehr mit ihm zu tun haben. Er hat den lebendigen Gott durch die Götzen unserer Tage ersetzt. Heute wird nur noch der Lebensstandard angebetet.

Selbst vor den Kirchen macht der Atheismus nicht halt. Während nur 26 Prozent der Bundesbürger an Jesus Christus glauben, wird er lediglich noch von etwas mehr als der Hälfte der Kirchenmitglieder als Sohn Gottes anerkannt. Die meisten Menschen sind nicht in der Lage, auch nur die Hälfte der Zehn Gebote anzugeben oder die vier Evangelien zu benennen. Sieben von zehn Deutschen wissen nicht, wer die Bergpredigt gehalten hat. Traditionelle christliche Wertvorstellungen und Glaubenssysteme bleiben zunehmend auf der Strecke.

Der ehemalige britische Missionar in Indien, Leslie Newbigin, sieht in der herausforderndsten missionarischen Aufgabe unserer Zeit die Mission in den westlichen Ländern. Er schreibt: "Der größte Teil Westeuropas ist im Bann eines aus der Ablehnung des Christentums entstandenen Heidentums. Dieses postchristliche Heidentum ist daher weitaus schwieriger zu durchdringen und resistenter gegenüber dem Evangelium als das prächristliche Heidentum, mit dem sich die Missionare der letzten 200 Jahre im Ausland zu befassen hatten."

Zu dieser erschütternden Tatsache kommt, daß inzwischen auch die Geistlichkeit in zunehmendem Maß Abschied vom Christentum genommen hat. Humanismus und zerstörerische Bibelkritik unterhöhlen den Glauben unserer Väter. Die neutestamentliche Lehre wird von der liberalen Theologie verdrängt und macht immer stärker einem volkskirchlichen Pluralismus Platz.

Immer mehr maßgebliche Kirchenführer verneinen neuerdings sogar den Absolutheitsanspruch Christi. So zum Beispiel die Generalsekretärin der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK), die unter anderem aufforderte, die Lehrverurteilungen zwischen den Religionen aufzuheben und eine "Toleranzerziehung in den eigenen Reihen durchzuführen". Zur ACK gehören sämtliche evangelische Landeskirchen und fast alle Freikirchen sowie die katholische und orthodoxe Kirche.

Ein weiterer prominenter Vertreter der Kirchenhierarchie, der mit dem Absolutheitsanspruch Christi Schwierigkeiten hat, ist der ehemalige Ratsvorsitzende der EKD Klaus Engelhardt. Als er in einem Interview gefragt wurde, was im innerreligiösen Dialog der Absolutheitsanspruch des Christentums, wie er im Neuen Testament zum Ausdruck kommt, überhaupt noch bedeute, da meinte der Kirchenobere, daß dies unter keinen Umständen bedeuten würde, "den anderen zu vereinnahmen". Mit einer solchen Feststellung wird der Missionsbefehl Jesu, der in der Bibel als betont vordringlich gilt, offen sabotiert.

Bei den ökumenischen Einheitsbestrebungen für eine antichristliche Weltreligion wird Jesus Christus, der von sich sagte, daß nur er die Wahrheit ist, natürlich immer mehr zum Störfaktor Wenn aber an die Stelle der Heiligen Schrift und ihrer von Gott gegebenen Aussagen ein anderes Evangelium tritt, dann gerät die Kirche unweigerlich in Gefahr, zu einer Institution Satans zu werden.

Engelhardt, der sich als einen "modernen Menschen" bezeichnete, sagte in dem genannten Interview weiter: "Ich selbst bin dankbar, daß ich in meinen Studien die historisch-kritische Auslegung der Bibel kennengelernt habe. ..." Es verwundert somit auch keineswegs, daß gerade unter seiner Amtszeit der christliche Grundkonsens, auf dem unsere Gesellschaft jahrhundertelang aufgebaut war, immer mehr abgebröckelt ist.

Bei der weiteren Frage: "Wenn Sie jetzt ein Moslem fragt, ob er auch in seinem Glauben selig

werden kann, oder ob er dazu unbedingt Christ werden müsse, was würden Sie ihm antworten?" wand sich Engelhardt mit den bezeichnenden Worten: "Ich werde hier nicht einfach mit ja oder nein antworten …" Also auf jeden Fall kein Ja, was natürlich auch eine unmißverständliche Antwort ist. Es ist angebracht, sich an dieser Stelle daran zu erinnern, daß Jesus einmal gesagt hat: "Wer nicht für mich ist, ist gegen mich. ..."
Das gilt übrigens auch für die Hamburger Bischöfin Maria Jepsen, die nicht nur als schriftverachtende Feministin und für ihr Engagement für die "gesellschaftlichen Randgruppen" der Schwulen und Lesben bekannt ist. Darüber hinaus lehnt sie den Absolutheitsanspruch des Christentums mit der Bemerkung ab, das sei "Glaubensarroganz".
Einer der mit ihr sympathisierenden Pfarrer und Synodale der Nordelbischen Kirche hat ein Buch geschrieben, in dem auch er die Christen auffordert, ihren Absolutheitsanspruch aufzugeben. Jesus Christus sei nur "einer von vielen. … Im Rahmen eines spirituellen Supermarktes wird Christus gleichgestellt mit Religionsstifter und Idolen wie Buddha, Mohammed, dem Dalai Lama und Prinzessin Diana.
Ich las dieser Tage in einer christlichen Zeitschrift von einem Mann, der sich nicht damit abfinden konnte, daß in zunehmendem Maß behauptet wird, alle Religionen seien legitime Heilswege und göttliche Offenbarungen. Um diesen fundamentalen Irrtum beispielsweise an den Aussagen des Islam aufzuzeigen, gab er in seiner Heimatzeitung ein Inserat auf, in dem er lediglich zwei Suren aus dem Koran anführte: "Darum haut ihnen die Köpfe ab und haut ihnen alle Enden ihrer Finger ab (8, 13)" und "Schlagt sie tot (die Juden und Christen), Sure 2, 187". Dazu gab er bewußt seine Telefonnummer an.
"Das Echo war riesig", schreibt er später. "Das Telefon klingelte noch nach zehn Tagen. Ich wurde meistens beschimpft. Als ich versuchte, noch einmal ähnliche Annoncen aufzugeben, wurde mir von der Zeitungsredaktion mitgeteilt, daß man ab sofort keine religiösen Anzeigen mehr annehmen würde …
Im August fand im Rathaus von Lennestadt eine als Islamausstellung getarnte Islammission statt, die ich auch besuchte. Als Vertreter der katholischen und evangelischen Kirchen den Islam in den Himmel lobten, griff ich Mohammed, Allah und den Koran an, worauf ich mit heftiger Kritik bedacht wurde. Als zum Schluß der Moderator der Diskussion mit einem Gebet zu Allah endete, fragte ich, ob ich denn nun auch zu Jesus Christus beten dürfte. Daß man mich nicht gesteinigt hat, lag wohl an dem Mangel an Steinen im Rathaus …"
**Und das mitten im Land der Reformation.** Auch hier haben wir ein typisches Spiegelbild unserer geistlichen Landschaft und davon, wie versucht wird, die biblische Lehre immer mehr zu unterhöhlen. "Den Herrn, deinen Gott, sollst du anbeten und ihm allein dienen", ermahnt uns Jesus in Matthäus 4, 10, und im Buch der Offenbarung lesen wir: Fremde Religionen sind "Wohnstätten der Dämonen, Schlupfwinkel für unreine Geister" (18, 2).
Gegen Jesus und seine göttliche Autorität stellte sich auch die Evangelische Familienhilfe in Bremen, die genau am 26. November 1996 den Namen Jesu Christi aus ihrer Satzung gestrichen hat. Begründet wurde dies damit, daß sich "aus dem Namen Christus ein männlicher Herrschaftsbegriff" ableiten lasse. "Bremer Richterspruch über Jesus Christus" betitelte eine Zeitung diesen Abschied einer sich Christen nennenden Gemeinschaft vom Sohn Gottes.
**Gottes Gebote gelten heute im christlichen Abendland kaum noch etwas** und sind keinen Pfifferling mehr wert. Der Mensch hat sie längst abgeschafft und durch seine eigenen ersetzt. Pastor A. Dächsel hat vor fast genau hundert Jahren geweissagt: "Christus wird wie ein Sturmlauf aus dem Staate, aus dem Hause, aus der Schule und selbst aus der Kirche hinausgedrängt werden, damit der materialistische, von Gott sich lossagende Zeitgeist alle diese Gebiete in Besitz nehme." Nur ein Blinder nimmt diese Zeichen heute nicht wahr.
**Die Bibel sagt, daß ein Volk ohne Gott in die Irre geht.** Christian Morgenstern hat einmal geschrieben: "Es gibt für Unzählige nur ein Heilmittel - die Katastrophe." Die Menschen be-

reiten sich ihre Hölle selbst. Es war **Dostojewski,** der gesagt hat: "Die Hölle ist da, wo Gott nicht mehr hinsieht …"
Die eigentliche Krise hat eine geistige und geistliche Dimension. Es ist der Säkularismus und die Permissität der Gesellschaft. Die Bibel unterstreicht dies unter anderem auch im Buch des Propheten Jeremia, im 2. Kapitel, über das untreue Volk, wo Gott sagt: "Deine Bosheit ist schuld, daß du so geschlagen wirst, und dein Ungehorsam, daß du so gestraft wirst. Und du mußt innewerden und erfahren, was es für Jammer und Herzeleid bringt, den Herrn, deinen Gott, zu verlassen und ihn nicht zu fürchten".
**Mit ungeheurer Wucht überrollt eine gewaltige Lawine der Gesetzlosigkeit und Sittenlosigkeit unser Land** und reißt das Volk immer mehr in den Abgrund des Verderbens. Zuerst wurde die Gotteslästerung freigegeben. Später bildhafte Darstellung von Unzucht. Alsbald Abtreibung als Mord im Mutterleib. Ihm folgten perverse Geschlechtlichkeit wie Homosexualität und Lesbianismus. Und sexueller Umgang mit Tieren und Verwandten ruft schon nach Legalität. Diese Reihe ist zwangsläufig. Wenn es soweit ist, hat die Welt den gleichen Zustand erreicht wie die Menschheit vor der Sintflut und die Städte Sodom und Gomorrah vor ihrem Untergang. Es gibt nur noch eine Steigerung nach unten in offener Anbetung Satans und des Antichristen.
Es ist für den Durchschnittsbürger in unserem Land ein kaum zu ertragender Schock, wenn in den Massenmedien, wie zum Beispiel im Fernsehen, immer offensichtlicher und in zunehmendem Maß lesbische und homosexuelle Lebensweisen als völlig normal und gesellschaftsfähig dargestellt werden, und zwar mit einer verblüffenden Selbstverständlichkeit, die gleichzeitig ein Höchstmaß an abscheulichen und widerwärtigen Details körperlicher Perversion schamlos und ungeniert demonstriert.
Vor nunmehr über 20 Jahren wurden unter dem damaligen Bundesjustizminister Gustav Heinemann (SPD) die Schleusen zur "Entrümpelung des Sexualstrafrechts" geöffnet. Er meinte, man könne einer modernen Gesellschaft keine christlichen Lebensnormen mehr zumuten. Und dann verloren nach und nach noch viele weitere christliche Normen ihre Bedeutung.
Es war einer der ranghöchsten katholischen Theologen, Joseph Kardinal Ratzinger, der den Satz prägte: "Ein Staat, der von Gott nichts mehr wissen will und nur auf Mehrheitsmeinungen aufbaut, sinkt zur Räuberbande ab."
Man spürt es heute überall, wie der Hauch der Hölle bereits über diese Erde streift, wie die dämonische Welt sich zum Endspurt rüstet. Wir stehen im "Krieg". Alle Lebensgebiete des Menschen sind einbezogen. Die Erde ist das gewaltige Operationsgebiet dieses Endkampfes zwischen Satan einerseits und dem Nazarener und den Heiligen andererseits.
Es gibt kaum noch Tabus in jüngster Zeit. Immer nachhaltiger wird die Frage aufgeworfen, ob die Nennung Gottes im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland überhaupt noch berechtigt sei. Man müsse ernstlich darüber nachdenken. In der Präambel des deutschen Grundgesetzes von 1949 heißt es unter anderem, daß sich das deutsche Volk dieses Gesetz "im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott" gegeben hat.
Angesichts der auffallend zunehmenden Gottabwendung der verantwortlichen Politiker muß man sich heute ernstlich fragen: Wie würde wohl heute die Präambel des Grundgesetzes einleitend formuliert werden? Vor über vier Jahrzehnten haben sich die Deutschen noch auf ihren christlichen Ursprung besonnen und die Verfassung mit der "Verantwortung vor Gott" beginnen lassen. Aber inwieweit betrachten sich Politiker und Staatsdiener in Deutschland heute noch daran gebunden?
Der ehemalige Generalsekretär der FDP, Günter Verheugen, schreibt: "Für mich ist ganz klar, daß es in der Verfassung … keine Berufung auf Gott geben darf." Derselben Meinung sind auch die Grünen, die außer der Streichung des Gottesbezuges aus dem Grundgesetz auch den Paragraphen 166 StGB abschaffen wollen.

Nach dieser Gesetzesvorschrift macht sich strafbar, wer das religiöse oder weltanschauliche Bekenntnis anderer in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören. Man sagt heute, der § 166 beschneide die "Meinungs- und Kunstfreiheit". Er gehöre längst in die Mottenkiste. Es ist offensichtlich die Absicht dieser Leute, christlich abendländische Werte systematisch zu zersetzen.

Zur verheerenden Entwicklung in unserer Gesellschaft und deren fatalen Folgen schreibt L. Ravenshill in "Sodom hatte keine Bibel": "Welche Verpflichtungen sollte Gott eigentlich einem Volk gegenüber haben, dessen vielfältige Sünden eines einzigen Tages größer sind als alle, die in Sodom und Gomorrah in einem Jahr begangen wurden? Wenn wir dann außerdem noch bedenken, welches Vorrecht wir genießen, weil bei uns seit Jahrhunderten das Evangelium von Jesus Christus gepredigt wird, das Sodom nie zu hören bekam.

Sodom hatte keine christlichen Gemeinden und Kirchen. Wir haben viele Tausende. Sodom hatte keine Bibeln. Wir haben Millionen davon. Sodom hatte keine Pastoren und Verkündiger des Evangeliums. Wir haben Zehntausende. Sodom hatte keine Universitäten mit theologischen Fakultäten, keine theologischen Seminare und Bibelschulen.

Wir haben davon eine ganze Anzahl. Sodom hatte keine Möglichkeit, die christliche Botschaft in gedruckter Form oder im Radio oder über das Fernsehen zu empfangen. Wir haben alle diese Möglichkeiten. Sodom konnte nicht aus der Erfahrung jahrtausendealter Geschichte schöpfen, die uns den Zorn und das Gericht, aber auch die Gnade und Barmherzigkeit Gottes zeigt. Obwohl Sodom so im Nachteil war, mußte es zugrunde gehen."

Und dann fragt der Verfasser mit Recht danach: "Welche Verpflichtungen hat Gott einem Volk gegenüber, von dem sonntags ein minimaler Prozentsatz eine Stunde in die Kirche geht, die weitaus größere Anzahl aber am gleichen Tag absolut nicht nach Gott fragt, sondern Gottes heiligen Namen verunehrt?

Welche Verpflichtungen hat Gott einem Volk gegenüber, an dessen Zeitungskiosken man kaum einmal ein christliches Blatt sieht, dafür aber genügend Magazine mit sexuell frivoler Zurschaustellung nackter Körper?

Welche Verpflichtungen hat Gott einem Volk gegenüber, das immer kinderfeindlicher wird, dafür aber Geldmittel in Millionenhöhe aus öffentlichen Krankenkassen dafür ausgibt, die Kosten für Abtreibungen zu bezahlen?

Welche Verpflichtungen hat Gott einem Volk gegenüber, dem er in seiner Gnade geholfen hat, eines der reichsten Länder der Erde zu werden, das aber für Missionsarbeit in den Ländern der Dritten Welt nur einen winzigen Bruchteil dieses Reichtums übrig hat?

Eigentlich haben Völker, die in einem solchen Zustand sind, nichts anderes verdient, als daß Gott die Gerichte, die er im Alten Testament wegen Mißachtung seiner Gesetze androhte, über sie kommen läßt."

**Verfälschung des Evangeliums**

Unsere Zeit ist geprägt von einer Fülle widergöttlicher Ereignisse. Wir befinden uns bereits mitten im großen Abfall von Gott. Betroffen sind von diesem Werteverfall längst auch eine Reihe kirchlicher Institutionen. Das Heidentum ist in Deutschland bis weit in die Kirchen vorgedrungen.

Landessynoden votieren für Abtreibung; Bischöfin toleriert Homosexualität; Horoskopkurse in Württemberg; Verbrüderung mit dem Islam; Tiergottesdienste; Verteilung von Präservativen auf Kirchentagen; Yoga-Abende als "Passionsandachten"; Homosexuellen-Gottesdienst im Ulmer Münster (innerhalb der EKD soll es 300 homosexuelle Geistliche geben); lesbische Frauen leiten EKD-Bildungsstätte.

Man könnte die Reihe dieser Skandale innerhalb der evangelischen Kirche noch beliebig fortsetzen. An Schlagzeilen der vorgenannten Art fehlt es nicht. Die Kirche hat sich dem gesellschaftlichen Zeitgeist in erschreckender Weise angepaßt.

Der Informationsdienst der Evangelischen Allianz zitierte unlängst den Theologen Ernst Panzer, der seinen Kirchenaustritt unter anderem mit der Feststellung begründet: "Mit großer Erschütterung mußten wir jüngst zur Kenntnis nehmen, daß Landesbischof Dr. Klaus Engelhardt nun öffentlich die Sünde Sodoms und Gomorrahs für gesellschaftstüchtig befand. Ferner eröffnete Engelhardt am 9. Juli 1994 in Gelnhausen das Frauenstudien- und Bildungszentrum im Rahmen einer gottesdienstlichen Feierstunde und führte dabei die beiden Feministinnen Herta Leistner und Renate Jost in ihr Amt ein.
Beide Studienleiterinnen stellen sich bewußt gegen den in Jesus Christus geoffenbarten Gott. Lästerhaft äußern sie sich über das Sühneblut Christi, wenden sich gegen Normen und Wertsetzungen der Bibel, ja setzen sich für die Anerkennung lesbischer bzw. homosexueller Lebensbeziehungen in Kirche und Staat ein und leben zum Teil selbst bereits in solch widernatürlichen Lebensbeziehungen. Damit ist nun in der evangelischen Kirche Deutschlands grundsätzlich Tür und Tor für solche antichristliche Lehre geöffnet worden."
In der von zahlreichen bibelgläubigen protestantischen Theologen unterzeichneten "Hirzenhainer Erklärung" der Konferenz bekennender Gemeinschaften heißt es zu dem vorgenannten skandalösen Vorgang in Gelnhausen: "H. Leistner und R. Jost vertreten einen radikalen Feminismus. Der Dreieinige Gott, der Vater, der Sohn und der Heilige Geist, ist für sie keine geoffenbarte Realität, sondern Ausdruck einer historisch bedingten patriarchalisch geprägten Denkweise von Menschen. Den Offenbarungsgehalt der Bibel verändern, ergänzen oder ersetzen sie durch feministisches Gedankengut. Der Begriff 'Göttin' wird von ihnen selbstverständlich benutzt, bis in die Liturgie hinein.
Der stellvertretende Sühnetod Jesu Christi am Kreuz ist für diese Feministinnen nicht die Heilstat Gottes, sondern eine 'sadomasochistische Auslegung' des Todes Jesu. Damit richten sie ihren Angriff gegen das Herzstück der Offenbarung Gottes, gegen die Versöhnung und Erlösung der Menschheit mit Gott und gegen die Entmachtung Satans. So erkennen sie die Bedeutung des Blutes Christi in der Feier des heiligen Abendmahls für sich als Frauen nicht an. Gotteslästerlich fragen sie: Wieso brauchen die Männer eigentlich das Blut aus einer Wunde, auch das Blut aus der Kreuzeswunde, und nicht das Blut, das die Frau ständig vergießt …?"
Im 3. Kapitel der Offenbarung warnt der erhöhte Herr die Gemeinde in Thyatira. Dort hat man das Weib Isebel, eine selbsternannte 'Prophetin', geduldet, mit der Folge, daß Unzucht und Götzendienst in der Gemeinde Einlaß fanden und selbst die Diener Gottes zur Sünde verführt wurden.
Ab dem Vers 20 droht Jesus all denen Gericht an, die der Hurerei Isebels anhangen: "Aber ich habe gegen dich, daß du Isebel duldest, diese Frau, die sagt, sie sei eine Prophetin, und lehrt und verführt meine Knechte, Hurerei zu treiben und Götzenopfer zu essen. Und ich habe ihr Zeit gegeben, Buße zu tun, und sie will sich nicht bekehren von ihrer Hurerei. Siehe, ich werfe sie aufs Bett, und die mit ihr die Ehe gebrochen haben in große Trübsal, wenn sie sich nicht bekehren von ihren Werken."
Wenn wir solche Worte aus dem Mund Jesu hören, dann entspricht dies im großen und ganzen auch dem, was wir heute auf religiösem Gebiet um uns her sehen und erleben. Zwar wird in unserem Land noch jedes Stadtbild geprägt von den Türmen jener alten Gebäude, die man Kirchen nennt, sie sind aber nur noch geisterhafte Denkmäler einer längst erloschenen Epoche des Glaubenslebens. Da wo heute noch volles Evangelium gepredigt wird, das sind lediglich Oasen inmitten einer gottlosen Welt.
Nach neuesten demoskopischen Umfragen predigt und lehrt die große Mehrheit der landeskirchlichen Pfarrer nicht mehr schriftgemäß. Sie kommen weitgehend aus einer bibelkritischen Ausbildung und bringen damit in die Gemeinden geistliche Selbstzerstörung. Die Unterwanderung durch Irrlehren nimmt rapide zu.

Die biblische Aussage "Das Jüngste Gericht wird kommen", wird nur von 34 Prozent der Pfarrer akzeptiert. Mit der Überzeugung, daß die Menschen die Erlösung von der Sünde brauchen, ist es ähnlich, da sind es 52 Prozent. Allgemein werde das Christentum zwar noch als ethische Vorgabe verstanden, es dürfe aber die persönliche Freiheit nicht einschränken. Daß Gott allmächtig ist, sagen nur noch 42 Prozent der Pastoren.
Wenn ferner nur jeder fünfte Pfarrer Jesus Christus, den Sohn Gottes, als sein Vorbild betrachtet, dann wundert es auch nicht, wenn immer mehr Theologen offen bekunden, daß die Bibel nicht Gottes Wort ist. Sie sei vielmehr das "Ergebnis von Machtkämpfen der frühen Christengemeinschaften", so einer der maßgeblichen Repräsentanten liberaler Theologie, Professor Gerd Lüdemann von der Universität Göttingen.
Nachdem in den letzten Jahren grundlegende biblische Wahrheiten wie Auferstehung und Himmelfahrt immer mehr ins Zwielicht geraten sind:
Lüdemann schrieb, der Leichnam Jesu sei verwest, gerät nun neuerdings auch der Apostel Paulus zunehmend in die Schußlinie. Seine Briefe seien zum großen Teil fingiert oder gefälscht, sagt man. Der Berliner Theologe Hermann Detering hat dazu ein Buch geschrieben, dessen Titel "Der gefälschte Paulus" lautet. Für den Verfasser ist Paulus lediglich eine "literarische Erfindung". Er spricht von einer "Paulus Legende". Zur Charakteristik der Person von Hermann Detering muß noch gesagt werden, daß er an der Kirchlichen Hochschule Berlin bei Walter Schmithals promoviert hat, der ein überzeugter Schüler Rudolf Bultmanns ist.
Viele Theologen die heute auf der Kanzel stehen sind während ihres Studiums in die anrüchige Schule von Rudolf Bultmann gegangen. Wer dieser Mann war, das demonstriert am besten eine Presseerklärung aus dem damaligen Leningrad. In den achtziger Jahren wollte dort das Museum für Atheismus "beweisen, daß die Bibel nicht recht hat". An entsprechenden Stellen aufgeschlagen, lagen dann dort Bücher von Bultmann zur Einsicht aus. Kein Wunder, daß die Kommunisten dann freudig erklären konnten: "Dieser deutsche Gelehrte ist der gleichen Meinung wie wir: die Bibel ist ein Märchenbuch."
Die moderne Bibelkritik findet, das kann man wohl sagen, ihre radikalste Vollendung im Entmythologisierungsprozeß Bultmanns und seiner Schüler. Sie führt zu dem Ergebnis, daß ein großer Teil der neutestamentlichen Berichte keine zuverlässige Wiedergabe der Worte Jesu und der von ihm gewirkten Wunder seien, sondern auf "literarische Fiktionen späterer Redaktoren zurückgehen". Auch wird die leibliche Auferstehung des Herrn als "Mythos" bezeichnet: "…weil die Rückkehr eines Gestorbenen in das Leben der diesseitigen Welt unglaubhaft ist."
Auch die Wiederkunft Jesu ist für Bultmann kein ernsthaftes Thema. Ferner bestreitet Bultmann ausdrücklich, daß die Schuld der Menschen "durch den Tod eines Sündlosen getilgt werden kann", also den Sühneakt von Golgatha, dazu die Jungfrauengeburt, und so geht es Punkt für Punkt weiter, bis das Evangelium total zerfetzt und ruhmlos zu Grabe getragen ist.
Nun muß man wissen: Wer solche theologische Lehrmeister hat wie Bultmann, bei dem braucht man sich nicht zu wundern, wenn er ebenfalls aus der Art schlägt. Die Bibel sagt: "Wer mit Weisen umgeht, der wird weise; wer aber der Toren Geselle ist, der wird Unglück haben" (Sprüche 13,20).

**Im Sog geistlicher Prostitution**

Es sind nun schon einige Jahrzehnte, seit sich die Kirche in einer rapiden Auflösung biblischer Werte befindet. Der Teufel versucht auf vielerlei Weise, christliches Bekenntnis, Ethik und Ordnung zu untergraben. Und der Unkrautsamen, den er ausgesät hat, ist inzwischen längst aufgegangen. Das zeigen zum Beispiel auch die verschiedensten Arten "neuer Gottesdienstformen", die zum Teil derart widerlich sind, daß selbst dem abgebrühtesten Betrachter dabei stellenweise die Haare zu Berge stehen.
So wurde im Februar 1996 in der Hamburger Katharinen-Kirche eine sogenannte Techno Par-

ty veranstaltet, bei der im wahrsten Sinne des Wortes "die Sau herausgelassen" wurde. Ein christliches Blatt beschrieb diese Show: "Die Kirche wurde zu einer Tanzkneipe umfunktioniert. Bänke kamen heraus. Dafür wurden eine Bühne und Musikcomputer hineingestellt. Bei ohrenbetäubender Techno Musik (monoton hämmernde Computermusik) tanzten etwa 2.000 Menschen bis zu zwei Stunden. Wo sonst Abendmahlswein ausgeschenkt wird, standen nun Schnaps , Wein und Bierflaschen, wovon reichlich konsumiert wurde.
Das greulichste an diesem Höllenspektakel (bei 100 Dezibel Phonstärke), das sogar 60 Mark Eintritt kostete, war der Auftritt … einer Gruppe, die so gut wie nackt tanzte (nur mit hautengem, hauchdünnem Stoff bekleidet). Die gotische Hallenkirche in Hamburg wurde so zu einem Tanztempel und einem tiefen Kniefall vor Satan. Auf diese Weise will man die Jugend für die Kirche gewinnen. Der nordelbische Synodale O. Löwa verteidigte das Teufelsfest so: Mit Techno fängt man Mäuse."
Der Vollständigkeit halber wäre diesem Bericht noch hinzuzufügen: Während die Bar mit Grabsteinen (!) dekoriert wurde, heizte ein Discjockey aus Frankfurt den ausgerasteten Besuchern in hämmerndem Rhythmus mächtig ein. Das Wochenmagazin "DER SPIEGEL" nannte ihn einen "Barbarenfürsten" und sein Pult mit den Plattentellern ironisch "Altar".
Sehr erfreut über diesen trivialen Massenkult, der von der Nordelbischen Evangelisch Lutherischen Kirche mitveranstaltet wurde, war der Manager der Party, Pastor Stefan Wolfschütz, der diesen "Gottesdienst" begeistert als "einmalig auf der Welt" bezeichnete. Auch der Hauptpastor von St. Katharinen verteidigte in der EKD-Wochenzeitung "Das Sonntagsblatt" die Veranstaltung, die er als "musikalische Begegnung zwischen altkirchlicher Gregorianik und der säkularen Technokultur" pries.
Die Tageszeitung "Die Welt" (Hamburg) schrieb: "Man kann es drehen und wenden wie man will: Mit der Lehre vom Evangelium und der Liebe Christi hat das, was Luthers Erben in der Hansestadt veranstalteten, nichts zu tun. Aber es ist konsequent. Es reiht sich nahtlos in die vielen Versuche, mit denen ein Teil der Pfarrer seit 30 Jahren versucht, eine 'zeitgemäße' Kirche zu zimmern. Weil sie sich von Luthers Weg entfernten, leerten sich die Kirchen."
Nicht zuletzt ist die St. Katharinen Kirche in Hamburg unrühmlich dafür bekannt, daß sich in ihren Mauern immer wieder Dinge abspielen, die nicht gerade zur Ehre Gottes gereichen. So hatte dort vor kurzem der Altbundeskanzler Helmut Schmidt Gelegenheit, eine ganz besondere Tirade loszulassen, indem er öffentlich bekannte, daß er die Auferstehung Jesu Christi nicht akzeptieren könne. Wörtlich sagte er: "Ich glaube nicht an die Wunder und an das leere Grab … Auch mit der Lehre von der Dreifaltigkeit habe ich ganz große Schwierigkeiten." Außerdem und das paßt haargenau zu seinen verschwommenen religiös humanistischen Ansichten sprach er sich für eine intensivere Zusammenarbeit der Weltreligionen aus.
In einmalig gotteslästerlicher Weise mißbraucht wurde auch ein Gotteshaus in Köln. In der dortigen Luther Kirche wurde am 1. Februar 1997 eine Modenschau veranstaltet, bei der auf dem Laufsteg, der mitten durch das Kirchenschiff ging, auch weibliche Unterwäsche präsentiert wurde. Der Gemeindepfarrer Hans Mörtler hatte die freizügige Mode-Party damit begründet, daß die Gemeinde pleite sei und dringend Geld brauche. Mörtler ist übrigens bereits 1994 schon ins Zwielicht geraten, als er zwei Homosexuelle in einer trauungsähnlichen Zeremonie segnete.
Aus "Diakrisis" (September 1996) ist zu entnehmen, daß am 1. Juni 1996 in der Petri Kirche in Braunschweig mit Transparenten in den Seitenschiffen für einen Huren-Kongreß geworden wurde. Während des Gottesdienstes wurden etwa 70 Huren und Strichjungen von einer evangelischen Diakonin sehr herzlich begrüßt. Der Pfarrer der Petri Kirche meinte anschließend in einer Predigt, man müsse den Huren und Strichern "Abbitte tun". Danach griff er zur Gitarre und sang mittelalterliche Balladen von unkeuschen Mönchen und einer Nonne, "die nicht gerne allein schläft"…

Die Reihe der sittlichen Verwahrlosungen ist endlos. Vor der evangelischen Nikolai Kirche in Potsdam wurde im Rahmen einer Werbeaktion für eine Aids-Ausstellung in der brandenburgischen Landeshauptstadt ein 13 Meter hoher Obelisk mit einem rosa Kondom aus Segeltuch umhüllt. Wenn dies alles so weitergeht, dann könnte es eines Tages möglicherweise sogar einmal einen "christlichen" FKK-Strand geben.
Der Gemeindeausschuß der Evangelisch Lutherischen Landeskirche in Braunschweig hat in einer Beschlußvorlage für das Kirchenparlament vorgeschlagen, Homosexualität nicht mehr als "Sünde" zu bezeichnen.
In dem Papier heißt es unter anderem, daß Homosexualität lediglich "eine angeborene Ausprägung menschlicher Sexualität" und "eine Variante der Natur" sei.
Im Jahre 1995 war in der Reformierten Kirche in Wuppertal ein "Gottesdienst zum Hurentag" anberaumt worden. Damals berichtete das rheinische Kirchenblatt "Der Weg" (26/95), daß in dieser illustren Versammlung die Forderung erhoben wurde, Prostitution als normalen Frauenberuf gesellschaftlich anzuerkennen. Die predigende Pfarrerin erhielt darob viel Beifall.

**Vermählung mit dem Zeitgeist**

Die Vermählung mit dem Zeitgeist seitens der Kirchen macht vor keiner sich bietenden Gelegenheit halt. Jede Gelegenheit, und sei sie noch so lapidar und niveaulos, wird eifrig wahrgenommen. Bei der Fußball Europameisterschaft, dem Kontinentalwettbewerb der kickenden Millionäre, im Sommer 1996 in England, wurden die Spiele auf Großleinwand in die Säle von insgesamt 250 Gemeinden in ganz Deutschland übertragen.
Darunter befanden sich auch als konservativ evangelikal bekannte Gemeinden, die damit Kirchenfremde in die Gemeindehäuser zu locken versuchten. Diese Fußball-Party in der Kirche nannte man auch fälschlicherweise "Die missionarische Chance für die Gemeinde". Bei der Übertragung der Spiele befanden sich die Zuschauer in einem wahren Fußballfieber, zum Teil mit Fahnen behängt und in den Trikots bekannter Bundesligavereine.
Auch "idea" berichtete seinerzeit über dieses Spektakel unter anderem: "Grenzenloser Jubel … in ganz Deutschland von Dresden bis nach Mönchen Gladbach und von Cuxhaven bis nach Freiburg im Breisgau … Mit einer Polonaise tanzten die Fans durch den Saal und starteten nach der Überreichung des Cups durch Königin Elisabeth zu einem Autocorso durch Wetzlars Innenstadt."
Ferner war zu erfahren, daß nach Beendigung des Endspiels im Londoner Wembley Stadion neben Grillfest und Disco noch ausführliche Gespräche über "Gott und den Fußball" geführt wurden. "Fußball als Einstieg in das Christsein."
Während der "Mannheimer Morgen" vom "König Fußball auf dem Altar" berichtete, schrieb der "Reutlinger Generalanzeiger": "Fußballfest im Gotteshaus und Sierra Madre statt Ave Maria. 300 Jünger des runden Leders pilgerten zum Gebetssaal der Christlichen Gemeinde … Statt Psalmen gab's Pizza und statt des üblichen Predigttextes gab's die gesammelte Vielfalt der Stadionssprechchöre eine denkbar weltliche Szenerie.
Die Kollekte für Mozambique konnte der gläubige Anheizer Johannes Kadel über die Versteigerung eines Fußballs aufbessern, den die deutsche Nationalmannschaft signiert hatte. Die La-Ola-Welle klappte links wie rechts herum. Gerstensaft floß in Strömen, und das Gemeindehaus glich einem Vereinsheim." …
Beim Christival-Kongreß im Herbst 1996 in Dresden hing über der Ruine der Trinitatis-Kirche ein Transparent mit der Aufschrift "Gott ist geil", und in der Festzeitschrift stand unter anderem zu lesen: "Jesus läßt euch nicht in der Scheiße sitzen. Er hat keinen Bock darauf, euch zu verarschen."
Ein Missionar aus Rumänien, der an diesem von 30.000 Teilnehmern besuchten Kongreß ebenfalls teilgenommen hatte, bemerkte anschließend: "Statt im Geist und in der Wahrheit betet man jetzt immer mehr im Gefühl und frommer Berauschung an. Das ist stimulierte Psy-

che und geistliche Selbstbefriedigung. Es ist die Ausdrucksform einer Generation, für die biblische Wahrheit Nebensache, die religiöse Wohlfühlatmosphäre und seelisch manipulierte Einheit Hauptsache geworden ist … Manches erinnert uns an Karneval, und das ist beklagenswert. Die Verführung ist zum Teil so weit gediehen, daß Verhaltensweisen, die man früher eindeutig als fleischlich erkannte, nun als geistlich deklariert werden."
Apropos Karneval und kirchliches Engagement. In der christlichen Publikation "Wort zur Zeit" (2/95) war dazu passend zu lesen: "Die Unterländer Faschingsvereine drängten sich, gleich Sardinen in der Dose, in farbenprächtiger Maskerade wie am Rosenmontagsball in der Kathedrale der St. Augustinus Kirche zum Narrengottesdienst.
Der Pfarrer der lutherischen Wartberggemeinde hielt dann eine büttenreife Predigt in Reinform. Thema: Jesus der Narr. Darin kreuzigte er den Sohn Gottes mit beißenden Nägeln des Spottes wiederum und beschrieb ihn als Königsgestalt, abgemagert, häßlich und alt. Er wurde dafür von der anwesenden Karnevalsprinzessin mit dem obligatorischen Küßchen bedacht. Die leibhaft Anwesenden waren vom Dargebotenen ebenso entzückt wie die unsichtbare Hölle."
Die Lokalzeitung aus Pinneberg in Schleswig Holstein berichtete am 28.2.1990 über einen Faschingsball im Gemeindehaus der Heilig Geist Kirche: "Sahira, die Blume der Wüste, mußte mehrere Zugaben ihrer Bauchtanz-Kunst geben. Die Gäste dankten es ihr mit frenetischem Beifall … Pastor Matthias Burmann war einer der eifrigsten Tänzer auf dem Faschingsball … Nicht nur die aus Buntpapier zurechtgeschnittenen Moscheen an den Wänden des Gemeindesaales vermittelten einen morgenländischen Eindruck …"
Der frühere Superintendent und evangelische Pfarrer Manfred Kock aus Köln sieht im Karneval "etwas herrlich Respektloses. Es gereicht zur Ehre, wenn einem die Narren den Spiegel vorhalten. Das kann auch unserer Kirche nur gut tun. So ein bißchen Distanz zu sich selbst finden mit Augenzwinkern und Alaaf und unter den Paukenschlägen der Jecken. Wenn Pfarrerinnen und Pfarrer bald wieder zu Sitzungen in kirchliche Gemeindehäuser einladen, dann ist garantiert, daß die Augen vor Lachen feucht werden und nicht von Tränen über leere Kassen. Der Karneval mag vieles freisetzen in Herzen und Köpfen."
Was der Karneval, der heidnischen Ursprungs ist, beträchtlich freisetzt, das ist jedoch keine Freiheit, sondern Versklavung durch Satan. Das ist am augenscheinlichsten in den deutschen Bischofs- und Kardinalzentren wie München, Mainz und Köln wahrzunehmen.
Der frühere Dompropst, Prälat Ketzer aus Köln, der auch den berüchtigten "Karnevalsorden wider den tierischen Ernst" erhielt, kleidete seine Einstellung zu den bedenklichen Randerscheinungen des rheinischen Karnevals in die bezeichnenden Worte: "Leute mit kleinen Lastern sind mir am liebsten. Wenn niemand mehr sündigt, verliere ich meine Existenzberechtigung … Weihwasser und Kölner Bier inspirieren gleichermaßen."
Ferner hielt der … Dompropst im Kölner Dom ein festliches Hochamt zu Ehren aller lebenden und verstorbenen Karnevalisten. Mit Weihrauchdüften und Kerzenschein empfing er fast alle Kölner Narren am Hauptportal und geleitete sie zum Altar. Dort gab er der neuen Standarte den kirchlichen Segen.
Vor einiger Zeit berichtete der Kölner "Express" darüber, daß beim Kölner Karneval "Christus als Tünnes am Kreuz hing, dem eine Nonne lüstern in den Lendenschurz schaute". Schamlosigkeit dieser Art kann kaum noch übertroffen werden.
Der Essener Pfarrer H. Engel predigte in einer vom Westdeutschen Rundfunk übertragenen Morgenandacht: "Ich liebe den Karneval. Prinz Karneval ist ein legitimes Kind der Mutter Kirche. Es gibt eine Blutsverwandtschaft zwischen dem Helau und Alaaf der Narren und dem Halleluja und Hosianna der Christen. ..."
Die Bibel sagt uns: "Die Narren treiben Gespött mit der Sünde" (Sprüche 14, 9) und "... sie werden an ihrer Torheit sterben" (Sprüche 10, 21). Jesus unterstreicht den Ernst dieser Aussa-

gen noch mit den Worten: "Ich sage euch aber, daß die Menschen Rechenschaft geben müssen am Tage des Gerichts von jedem nichtsnutzigen Wort, das sie geredet haben" (Matthäus 12, 36).
Große Teile der Geistlichkeit sind im Trend der Zeit inzwischen zu modernen Baalspriestern geworden und die Kirche weitgehend zu der in der Bibel beschriebenen Babylon-Kirche der Endzeit. Bekannt ist der Name Babylon hauptsächlich im Zusammenhang mit dem Turmbau zu Babel geworden (1. Mose 11,19). Das Wort Babylon bedeutet soviel wie "verwirren" oder "zerstreuen".
Die Bibel berichtet uns, daß die Menschen sich entschlossen, sich dem Befehl Gottes und seinen Geboten zu widersetzen und sprachen: "Wohlauf, laßt uns eine Stadt und einen Turm bauen, des Spitze bis an den Himmel reicht, daß wir uns einen Namen machen …" Das Gericht Gottes, das das ungehorsame Handeln der abgefallenen Menschen traf, hatte schwere Folgen. Seither geht der Name Babel durch die ganze Bibel hindurch bis zum Buch der Offenbarung. Johannes bezeichnet die ungläubige und religiöse Welt in der Endzeit als Hure Babylon.
"Der Ausdruck Hure wird im geistlichen Sinne gebraucht", schreibt Heinrich Müller in seiner Schrift "Die Wiederkunft Jesu" und fährt fort: "Er will uns sagen, daß es sich um Menschen handelt, die sich einmal Gott geweiht haben. In Jesaja heißt es: 'Wie geht das zu, daß die fromme Stadt zur Hure geworden ist?' und Jakobus sagt: 'Ihr Ehebrecher, wißt ihr nicht, daß der Welt Freundschaft Gottes Feindschaft ist?' Die große Hure ist die abgefallene Kirche, die gelobt hatte, Jesu Eigentum zu sein und nun mit der Welt Ehebruch treibt. Sie ist das Sinnbild der verweltlichten Religion."

**Der Hauch der Hölle**

Satan rast heute um die Welt, weil er weiß, daß er nicht mehr viel Zeit hat (Offenbarung 12,12). Er will noch schnell einen Sieg nach dem anderen erringen, bevor seine Stunde schlägt. Wie nie zuvor in ihrer Geschichte ist die Menschheit dem Teufel untertan. Durch den Propheten Jesaja sagt Gott erzürnt über die Menschen: "Böse ist, wonach sie streben, und ihre Stärke ist Unrecht. Sie sind alle vor mir gleich wie Sodom und Gomorrah." Es ist finster geworden auf dieser Erde. So furchtbar wie heute hat die Sünde noch nie grassiert. Sie beherrscht die Menschen immer mehr. "Entweiht liegt die Erde da unter ihren Bewohnern, denn sie haben die Gebote übertreten …", sagt die Bibel.
Neben einer Reihe anderer Perversitäten ist es hauptsächlich die totale Sex-Emanzipation, die inzwischen sämtliche Hemmschwellen überschritten hat. Das Resultat ist der Zusammenbruch jeglicher Moralvorstellungen, der Verlust aller ethischen Werte.
Professor Wilder Smith kommentierte diese Entwicklung: "Religiös bedingte Sex-Begrenzungen gelten heute direkt als rückständig.
Dagegen gilt Sex-Emanzipation als fortschrittlich und als eine Errungenschaft heutiger Ideologien. Ein promiskes Leben ist, so lehrt man in gewissen 'progressiven' Kreisen, normal und physiologisch bedingt und hat nichts mit Religion zu tun. So wie man essen und trinken muß, so müssen auch die Sex-Instinkte voll ausgelebt werden können, wenn man sich selbst verwirklichen will … Gegen Promiskuität darf man heute nichts mehr sagen, und Religion ist irrelevant. Homosexualität, lesbische Liebe und auch die Abtreibung entspringen den Gedanken der Sex-Emanzipation und sind heutige Normen, die legalisiert sind, obwohl die Bibel sie verbietet."
Schon der Prophet Jesaja sagte vor 2.800 Jahren: "Von ihrer Sünde sprechen sie offen wie Sodom, sie verhehlen sie nicht. Wehe ihrer Seele! Denn sich selbst bereiten sie Böses." Was Jesaja damals über seine Zeitgenossen sagte, ist heute allgemeine Praxis geworden. Nichts ist zu pervers und nichts ist zu gemein, um es nicht öffentlich darzustellen. Das offene Reden der Leute von Sodom über ihre Sünden war der Beweis, daß Gott in ihrem Denken überhaupt kei-

nen Platz mehr hatte. Leider hat sich inzwischen auch bei uns die Öffentlichkeit längst diese Haltung zu eigen gemacht und sich mit den derzeitigen Verhältnissen als etwas ganz Normales abgefunden. Aber Gott nicht.
William McDonald schreibt zu Römer 1,18, wo davon gesprochen wird, daß Gottes Zorn vom Himmel her geoffenbart werden wird über alle Gottlosigkeit und Ungerechtigkeit der Menschen: "Wir sündigen Menschen sollten uns nicht damit beruhigen, daß Gott anscheinend zu unserem Verhalten schweigt und nichts unternimmt.
Wenn er Sünde nicht immer sofort bestraft, so heißt das noch lange nicht, daß er sie niemals ahnden wird … Ganz offensichtlich erschlägt er die Menschen nicht sofort als Reaktion darauf, daß diese Sünden begehen. Denn wenn er das täte, dann hätte sich die Weltbevölkerung schon drastisch verringert. Doch er hat bei einzelnen Gelegenheiten deutlich seine Meinung gesagt, um die Menschheit zu warnen: Ihr Vergehen wird nicht ungestraft bleiben."
Es ist ferner bemerkenswert, was zum Beispiel japanische Wissenschaftler und Ärzte bei einer kritischen Betrachtung des Fernsehens festgestellt haben: "Das Fernsehen als solches hat eine direkte hypnotische Ausstrahlung. Mit TV ist ein neuer Mediumismus, eine Geistesmacht, über die Welt gekommen, die über der Wirklichkeit des Lebens steht und depressives Irresein damit hervorruft.
Es wird eine Geistes- und Handlungsweise aufgebaut, die dem echten Sein des Menschen zuwiderläuft, womit ihm aufgezwungen wird, was er eigentlich gar nicht will. Die Individualität des Menschen wird zu einer knetbaren Masse. Ihnen erscheint das Anormale und Unnatürliche als das Normale. Daher diskutieren und handeln sie unter der Einwirkung der medialen Beeinflussung wie Schlafwandler."
Wenn man darüber hinaus weiß, daß viele Jugendliche durch ihren Computer Anschluß an die internationalen Datennetze wie "Internet" oder "Compuserve" haben und damit unkontrolliert zu allen Arten von Sex und Pornographie, dann wird damit das Gesamtbild erschreckend abgerundet.
Der bekannte evangelische Jugendpfarrer Wilhelm Busch aus Essen hat bereits Anfang der sechziger Jahre in bezug auf die sittlichen Maßstäbe unserer Zeit, die einen bisher nie dagewesenen Tiefstand erreicht haben, festgestellt:
"Die Menschen sind heute davon überzeugt, daß Sexualität mit Gut und Böse gar nichts zu tun hat, weil sie Gottes Gebote aus ihrem Leben längst verabschiedet haben. Wenn ich einen totschlage, so sagen sie, das ist böse, wenn ich aber 'liebe', so hat das doch mit Gut und Böse nichts zu tun. Und wer sorgt dafür, daß so etwas geglaubt wird?
Es ist der Teufel, der dazu unter anderem das Fernsehen benutzt, wo erotische Filme zeigen, wie interessant Ehebruch ist. Der 'unverstandene Mann' wird endlich bei einer anderen glücklich, weil sie ihn 'versteht'. Die Psychiater haben uns darüber hinaus jahrelang erklärt, wie gefährlich 'verdrängte Komplexe' sind, so daß schließlich das ganze Volk glaubte, verdrängte Sexualkomplexe zu haben."
Vor einiger Zeit berichtete die "Süddeutsche Zeitung" über den Auftritt der britischen Skandaltruppe "Rockbitsch", bei dem es "zu Geschlechtsverkehr auf offener Bühne" gekommen sei. Beschrieben wird diese Rocksex-Orgie als eine "Pepshow, deren Elemente sich auf die Genitalbereiche reduzierten", und im einzelnen: "Die Gruppe (sechs Frauen und ein Mann), die weitgehend unbekleidet aufzutreten pflegt, zeigt so ziemlich alles, was man schon immer über Sex wissen wollte, sich aber nie vorzustellen wagte. Die Mädels befummelten sich an allen nur erdenklichen Körperpartien, zeigten, was man mit einer Colaflasche alles anstellen kann, und urinierten sogar ins Publikum."
Wenn sich die an sich eigentlich seriöse Zeitung aus München hier einer ungeschminkten Darstellung bedient, die die Fäkalien-Mentalität der "Rockbitsch" zum Ausdruck bringt, zeigt dies, wie drastisch inzwischen die Zustände allüberall geworden sind, und daß kaum noch

eine Institution den Sog der Zeit unbeachtet lassen kann.
Zu einer der schlimmsten Kunstorgien der jüngsten Zeit gestaltete sich die Aufführung der Oper "Moses und Aaron" im Bremer Theater. Nackte Jungfrauen verzehrten einen Phallus, eine Blondine läßt sich den Darm eines geschlachteten Jünglings schmecken. Aaron verrichtet auf dem Donnerbalken seine Notdurft, als ihn der Ruf zur Gründung einer Religion ereilt, ein fetter halbnackter Spion des Pharao wird mit dem Hackebeil zerlegt und zum Schmaus zubereitet und im Hintergrund leuchtet eine Leuchtschrift: "Die Party ist in vollem Gange."
Kein Richter in Deutschland schreitet heute mehr gegen diese satanischen Verunglimpfungen ein, die immer drastischer in unserem inzwischen dämonisierten Abendland ausgegossen werden. Anders dagegen, wenn zum Beispiel heidnische Religionen karikiert werden. Als sich vor Jahren der TV-Showmaster Rudi Carrell über Moslems lustig machte, da gab es sofort einen Aufruhr, und sogar die Bundesregierung sah sich in die Pflicht genommen und entschuldigte sich offiziell bei den islamischen Gottesstaatlern in Teheran.
In vollem Gange sind heute alle möglichen Formen wilder Lustbarkeit und pervertierter Unterhaltungsspiele. Man kann heute kaum noch eine Tageszeitung aufschlagen, ohne zahllosen Kontaktanzeigen von männlichen und weiblichen Prostituierten zu begegnen.
Die Einnahmen aller deutschen Verlage bei dem Geschäft mit der käuflichen Liebe belaufen sich auf ca. eine Milliarde pro Jahr. Unsere Gesetzeshüter drücken aber beide Augen zu, wenn Sexclubs, Fotomodelle und Prostituierte, also professionelle Huren, unter Angabe ihrer Telefonnummer ihre "Dienste" anbieten. Diese Sex-Vermittlungsanzeigen, die vom Staat großzügig geduldet werden, erfüllen übrigens den Tatbestand des § 18 la, Abs. 3 des StGB (kupplerische Zuhälterei). Es gab einmal eine Zeit, die liegt lediglich ein paar Jahrzehnte zurück, da wurde die Offerte von Unzucht gegen Bezahlung strafrechtlich verfolgt.
"Ein Aufschrei der Entrüstung geht durch unser Land", schreibt der Vorsitzende der Europäischen Ärzteaktion, Dr. Siegfried Ernst, "angesichts der Entwicklung zur totalen Enthemmung und radikalen Schamlosigkeit. Es fehlt nur noch die Forderung: 'Wollt ihr den totalen Sex?' Wobei man ein Volk mit der totalen sexuellen Enthemmung genauso zerstören kann wie mit einem totalen Krieg.
Die völlige Unfähigkeit etwa, den logischen Zusammenhang der Massenpornographie mit ihrem letzten Schrei, der Kinderpornographie und der Vergewaltigung und Ermordung von Kindern, zu begreifen, zeigt eine große Abstumpfung. Deshalb verwundert es nicht, wenn auch Politiker sich weigern, wenigstens die alten Strafgesetze gegen Pornographie und Blasphemie wieder herzustellen (§ 184 und 166 StGB), um diese Zerstörung der Menschenwürde etwas zu bremsen. Sodom und Gomorrah werden durch diesen Zustand unserer Gesellschaft in den Schatten gestellt.
Jüngst fand in der Hauptstadt Kenias, Nairobi, eine große Demonstration gegen die weiße Entartung durch die Sexüberflutung statt. Sexliteratur und Sexfilme aus Europa wurden öffentlich verbrannt. Unsere Massenmedien schwiegen selbstverständlich dieses Ereignis weithin tot.
Die systematische Zerstörung aller lebenswichtigen Verhaltensnormen und Tabus und besonders des Schamgefühls zwischen den Geschlechtern und im Sexualbereich bedeutet im Endeffekt die Beseitigung des Gewissens auch in allen anderen Lebensbereichen aus einem Volk. Das aber führt in Chaos, Anarchie, Verbrechen und zum Untergang einer solchen gewissenlos gewordenen Gesellschaft." - Soweit Dr. Ernst.
Man muß sich tatsächlich nach den sittlichen Normen einer Gesellschaft fragen, die, wie es die Nordrheinwestfälische Regierung fertig bringt, auf der einen Seite Mittel für Kindergärten zu sperren, auf der anderen Seite aber Mittel für die Einrichtung eines Schwulen- und Lesbenreferats mit sieben Mitarbeitern im Sozialministerium zu bewilligen. Oder einem sich öffentlich als schwul bekennenden Aidskranken das Bundesverdienstkreuz um den Hals hängt. Das

sind Totengräber der Moral, die mit dem Teufel paktieren (Johannes 10, 10).
Es gibt da in Bonn einen Bundestagsabgeordneten mit Namen Volker Beck. Er ist 36 Jahre alt und gehört zur Fraktion der Grünen. Vor nicht allzu langer Zeit bekannte er sich öffentlich zur Homosexualität und erklärte: "Ich lebe mit einem Partner in einer festen Beziehung. Mein Gatte ist Franzose. Ich liebe ihn und möchte ihn heiraten." Beim Standesamt in Köln hatte er das Aufgebot bestellt. "Auch für Schwule und lesbische Paare sollen die Hochzeitsglocken läuten", ist sein sehnlichster Wunsch. In Deutschland gibt es ca. 3,2 Millionen Homosexuelle, die sich öffentlich bekennen. Die Dunkelziffer ist mindestens doppelt so hoch.
Leute wie Beck machen in Bonn (heute Berlin) und zum Teil auch in den Bundesländern Politik. Sie werden möglicherweise in einer Koalition über die Einführung von ihnen besonders gelegenen Gesetzen entscheiden. So haben die Grünen in Bonn bereits den Entwurf eines sogenannten Antidiskriminierungsgesetzes vorgelegt. Danach soll die Diskriminierung z.B. von Homosexuellen zivilrechtlich verboten werden.
Sie soll, wie es heißt, "teuer zu stehen kommen". Daran ist zu erkennen, was uns in Zukunft noch alles ins Haus steht, während die Herren Beck Arm in Arm mit ihren perversen Partnern und mit einer Blume im Knopfloch fröhlich zum Standesamt marschieren, um sich dort zivilrechtlich trauen zu lassen. Bei der derzeitigen politischen Konstellation werden wir spätestens zu Beginn des neuen Jahrtausends soweit sein.
Wie bereits vorerwähnt, macht die Verwahrlosung der Sitten selbst vor den Kirchentoren nicht halt. Lesbischer und homosexueller Lebensstil wird offen von oben toleriert. Kein Wunder, da die Bischofsstühle fast nur noch von liberalen, bibelkritischen und linksgerichteten Kandidaten besetzt sind, die die Gebote Gottes neu interpretieren. Die Zeitgeist-Bischöfin von Nordelbier, Maria Jepsen, befürwortet, Homo-Partnerschaften anzuerkennen. Menschen in solchen Partnerschaften sollten auch gesegnet werden, da sie ihre Sexualität "verantwortlich gestalten" würden. Man sollte diese Art von Sexualität als Gabe Gottes betrachten.
Der Theologe Hans Georg Wiedemann schreibt in einem Kommentar zur Orientierungshilfe der EKD "Mit Spannungen leben": "Leitbild kann überhaupt nicht eine Lebensform, also die Institution Ehe sein, sondern nur das Leben in ihr. Es ist längst an der Zeit, daß sich besonders die evangelische Kirche von ihrer Ehe mit der Ehe trennt. Diese Ehe hat es verhindert, daß die Kirche der Vielfalt der menschlichen Lebensformen überhaupt ansichtig wurde."
Diese "Vielfalt" erstreckt sich nach Ansicht des Schreibers natürlich auf alle Formen des menschlichen Zusammenlebens außerhalb der Gebote Gottes. Solche Leute sehen in den diesbezüglichen biblischen Texten lediglich "zeitbedingte" und für heute nicht mehr relevante Aussagen. Man muß sie dem heutigen Empfinden, dem Empfinden des modernen Menschen und seiner veränderten Ansichten anpassen. Zu gut deutsch: Gottes Wort ist stellenweise inzwischen überholt, nicht mehr zeitgemäß, von dem man sich zumindest da und dort distanzieren muß, wenn man mit der modernen Gesellschaft Schritt halten will.
Gott verweist am Ende der Bibel nochmals mit allem Nachdruck auf die Unabänderlichkeit der Schrift, indem er sagt: "Wenn jemand etwas wegnimmt von den Worten des Buches, so wird Gott ihm seinen Anteil wegnehmen am Baum des Lebens …" (Offenbarung 22, 19).

**Unter dem Fluch Gottes**

Es ist weithin bekannt, daß Homosexualität im selben Atemzug mit Sadismus, Voyeurismus, Masochismus, Inzest und Sodomie genannt wird, also etwas Verwerfliches und Abartiges, von dem sich der normale und anständige Mensch angewidert fühlt. Nicht nur, daß es zumindest sonderbar erscheint, wenn angesichts zweier sich in der Öffentlichkeit ungeniert gebender Homosexueller zum Beispiel ein Kind seine Eltern ahnungslos fragt: "Warum geben sich denn die Onkels Küsse?"
Die scheußlichen und sehr speziellen Praktiken dieses unnatürlichen Verkehrs (anal) zwischen männlichen Personen kann man nur als ausgemachte Schweinerei betrachten. Es ist für einen

normalen Menschen unverständlich, wie man sich in seinem Sexualverhalten animalisch auf der primitiven Stufe von Tieren produzieren kann. Gott nennt dies eine Schande, von der er sagt: "Wenn jemand bei einem Manne liegt wie bei einer Frau, so haben sie getan, was ein Greuel ist, und sollen beide des Todes sterben" (3. Mose, 20, 13). Der Psalmist sagt: "Denn siehe, die von Gott abweichen, werden umkommen" (73, 27).
So wird es all denen gehen, die die Gebote Gottes mißachten und den Sünden frönen, die auf den vorangegangenen Seiten aufgezeigt worden sind. Was der Herr damals durch seinen Knecht Mose dem immer wieder in Ungehorsam fallenden Volk Israel sagen ließ, gilt auch für die Menschen unserer Tage.
Wir lesen im 5. Buch Mose, Kapitel 28: "Wenn du aber nicht gehorchen wirst der Stimme des Herrn, deines Gottes, und wirst nicht halten und tun alle seine Gebote und Rechte, die ich dir heute gebiete, so werden alle diese Flüche über dich kommen und dich treffen … der Herr wird dich schlagen mit Auszehrung, Entzündung und hitzigem Fieber, bis du umkommst … der Herr wird dich schlagen mit ägyptischem Geschwür, mit Pocken, Grind und Krätze, daß du nicht geheilt werden kannst. Der Herr wird dich schlagen mit Wahnsinn, Blindheit und Verwirrung des Geistes … Alle diese Flüche werden über dich kommen und dich verfolgen… so wird der Herr schrecklich mit dir umgehen und dich und deine Nachkommen schlagen mit großen und anhaltenden Plagen, mit bösen und anhaltenden Krankheiten …"
Zu den Plagen gehört auch die Lustseuche Aids, bei der wir es mit einer Geisel Gottes zu tun haben. Aids, vier todbringende Buchstaben, die um die Welt geistern, wobei die Spur dieser verheerenden Krankheit bereits von Millionen Toten gekennzeichnet ist. Die Sintflut naht, und keine Arche ist in Sicht. Die apokalyptischen Reiter sind auf dem Weg. Auf ihrem Banner steht die Zahl 666 Sex, Sex, Sex! (Offenbarung 13, 18). Keine Therapie kann diese endzeitliche Seuche jemals in den Griff bekommen. Sie ist eine Strafe Gottes an denen, "die nicht gehorchen der Stimme des Herrn und halten seine Gebote" (3. Mose 26, 25).
Es ist die Sünde der Homosexualität, die dieser schrecklichen Krankheit erst den Weg geebnet hat, und es ist ein Leiden, das den schlimmsten Qualen gleicht, die Menschen treffen können. Sie werden furchtbar gezeichnet von Schmerzen, die sie zum Wahnsinn treiben: bösartige Geschwüre, geschwollene Lymphdrüsen, Atemnot, Fieber, Hautausschläge, Darmblutungen, verbunden mit Gehirnzerfall bis zur Blindheit. Ihre Körper werden langsam verfaulen und der Fluch ihrer Sünden wird sie auffressen. Sie werden nicht einmal wie normale Tote versorgt. Ihre Leichen kommen in einen Plastiksack aus schwerem, reißfestem Material. Dann wird der breite Reißverschluß zugezogen und der Sack luftdicht verschlossen. Obenauf erhält er einen deutlichen Vermerk: "Hochgradig ansteckend! Nicht mehr öffnen!" Dann erst wird dieses verschnürte Bündel in den Sarg gelegt.
Die Bibel sagt, der Tod ist der Sünde Sold. Und so werden sie alle sterben, alle, die Gottes Gebote mißachtet, die sich eingebildet haben, sie bräuchten sich einen Dreck darum zu kümmern, was in der Heiligen Schrift steht. Gott hat die Menschen in diesem Buch gewarnt und uns eine Reihe Beispiele überliefert, die die unweigerlichen Folgen sittlicher Verderbtheit aufzeigen. Eines davon finden wir in 1. Mose 19.
"Darum sagte der Herr: Über die Leute von Sodom und Gomorrah sind schwere Klagen zu mir gedrungen. Ihre Schuld schreit zum Himmel. Deshalb will ich jetzt hingehen und mit eigenen Augen sehen, ob sie es tatsächlich so schlimm treiben."
Seine beiden Begleiter waren Engel. "Es war schon gegen Abend, als sie nach Sodom kamen", heißt es in der Schrift. Lot, der Neffe Abrahams, lud sie ein, in seinem Haus zu übernachten, wozu sie sich nach einigem Zögern auch bereiterklärten. "Die beiden wollten sich eben schlafen legen", lesen wir weiter, "da liefen alle Männer von Sodom, alt und jung, zusammen und umstellten das Haus. 'Lot, Lot', riefen sie, 'wo sind die Männer, die heute abend zu dir gekommen sind? Gib sie heraus, wir wollen mit ihnen Verkehr haben.'

Lot trat vor das Haus und zog die Tür hinter sich zu. 'Begeht doch nicht solch ein Verbrechen', rief er. 'Ich habe zwei Töchter, die noch kein Mann berührt hat, ich will sie euch herausbringen; macht mit ihnen, was ihr wollt. Aber die beiden Männer behelligt mir nicht. Sie sind meine Gäste und stehen unter meinem Schutz.'
Sie aber schrien: 'Mach, daß du wegkommst! Du bist ein Fremder und willst uns Vorschriften machen? Wir werden dir noch ganz anders mitspielen als denen.' Sie fielen über Lot her und versuchten die Tür aufzubrechen. Da zogen die beiden Männer Lot ins Haus und verschlossen die Tür. Sie schlugen die Leute von Sodom mit Blindheit, so daß sie die Tür nicht mehr finden konnten."
Wie wir sehen, waren die Männer von Sodom völlig verdorben. Die Bibel spricht auch ausdrücklich davon, daß alle Männer Lot und die Engel bedrohten. Sicher hatten die Bewohner dieser Stadt noch eine Reihe anderer Sünden. Aber Gott hat gerade die Sünde der Homosexualität für so widerwärtig und verabscheuungswürdig befunden, daß er sie, und ausschließlich nur sie, in der Bibel wörtlich benannte.
Wie es mit Sodom weiterging, blieb uns auch nicht verschwiegen. Als am nächsten Morgen die Sonne aufging, ließ Gott auf sämtliche Städte in der Jordangegend Schwefel und Feuer vom Himmel fallen. Sie wurden restlos zerstört, ihre Bewohner getötet und das Land verwüstet, so daß nichts mehr darauf wuchs. Lot, der als einziger Mann zusammen mit seinen beiden Töchtern der Katastrophe entging, sah, als er später auf die Gegend am Jordan herabschaute, wie von dort eine einzige Rauchwolke aufstieg, "wie von einem Schmelzofen", wie die Bibel sagt.
Das geschah um 1800 vor Christi Geburt. Die beiden Städte Sodom und Gomorrah konnten bis heute nicht lokalisiert werden. Man nimmt an, daß sie unter dem Toten Meer begraben sind. Sie wurden wegen der Sünden ihrer Bewohner vernichtet.
Eine ganz ähnliche Geschichte berichtet uns die Bibel in dem Buch der Richter, und zwar in den Kapiteln 19-21. Das zentrale Geschehen dieser drei Kapitel ist das Verbrechen von Gibea in Benjamin. Es ist ebenfalls ein Höhepunkt der Gottlosigkeit und Gesetzlosigkeit jener Tage, eines der schlimmsten Verbrechen, die in der Bibel überhaupt erwähnt werden. Was war geschehen?
Ein Levit kam mit seiner Frau und seinem Knecht von Bethlehem nach Gibea, um dort zu übernachten. Nach einigen Schwierigkeiten fand er dann auch eine Herberge bei einem alten Mann, der sie in sein Haus führte und sie und ihren Esel versorgte.
Wörtlich heißt es dann ab Vers 22: "Und als ihr Herz nun guter Dinge war, siehe, da kamen die Leute der Stadt, ruchlose Männer, und umstellten das Haus und pochten an die Tür und sprachen zu dem alten Mann, dem Hauswirt: 'Gib den Mann heraus, der in dein Haus gekommen ist, daß wir uns über ihn hermachen.' Aber der Mann, der Hauswirt, ging zu ihnen hinaus und sprach zu ihnen: 'Nicht, meine Brüder, tut nicht solch eine Schandtat! Siehe, ich habe eine Tochter, noch Jungfrau, und dieser hat eine Nebenfrau; die will ich euch herausbringen. Die könnt ihr schänden und mit ihnen tun, was euch gefällt, aber an diesem Mann tut nicht eine solche Schandtat.'
Aber die Leute wollten nicht auf ihn hören. Da faßte der Mann seine Nebenfrau und brachte sie zu ihnen hinaus. Die machten sich über sie her und trieben ihren Mutwillen mit ihr die ganze Nacht bis an den Morgen. Und als die Morgenröte anbrach, ließen sie sie gehen. Da kam die Frau, als der Morgen anbrach, und fiel hin vor die Tür des Hauses, in dem ihr Herr war, und lag da, bis es licht wurde."
Als der Levit festgestellt hatte, daß die Frau tot war, legte er ihre Leiche auf den Esel und zog nach Hause ins Gebirge Ephraim. Er war entschlossen, sich auf eine furchtbare Weise zu rächen. Dazu zerteilte er die Leiche in 12 Stücke und verschickte diese an die 12 Stämme Israels, um so den Haß des ganzen Volkes gegen die Benjaminiter zu entfachen, und er hatte Er-

folg damit. "Es versammelten sich gegen die Stadt alle Männer Israels, geschlossen wie ein Mann."
In den Kapiteln 20 und 21 des Buches der Richter lesen wir von der fast völligen Ausrottung des Stammes Benjamin. Obwohl in der Stadt, die "geschlagen wurde mit der Schärfe des Schwertes", nur etwa 700 Männer gewohnt hatten, wird nahezu der ganze Stamm vernichtet. 25.000 Männer mußten ihr Leben lassen. Die Stadt Gibea ging auf in Flammen, und auch alle anderen Städte im Lande Benjamin wurden mit Feuer verbrannt. Die Ursache der Tragödie von Gibea war die Homosexualität ihrer Bewohner.
Um der Vollständigkeit dieser Thematik zu genügen, sollte dieses Kapitel nicht abgeschlossen werden, ohne dem immer wieder erhobenen Einwand zu begegnen, warum zum Beispiel auch unschuldige Kinder oder betrogene Ehepartner Opfer der tödlichen Lustseuche Aids werden, obwohl sie nie eine Beziehung zu irgendwelchen Risikoherden hatten.
Die Ansteckung in diesen Fällen geschieht außer durch Geschlechtsverkehr hauptsächlich durch Bluttransfusion. Verseuchte Babys kommen in der Regel bereits mit dem tödlichen Virus der infizierten Mutter zur Welt. Selbst unschuldig, zahlen sie für die Sünden ihrer Väter oder Mütter, und kaum, daß sie in die Welt gekommen sind, müssen sie diese schon bald wieder verlassen.
Wie in so vielen Fällen dieser Art, wird auch hier von kurzsichtigen Betrachtern immer wieder die uralte Frage gestellt: "Warum läßt Gott so etwas zu?" Es ist die älteste Frage der Welt. Sie wurde schon von den ersten Menschen gestellt - wohlweislich, nachdem von ihnen die erste Sünde begangen wurde. Gott hatte sie dazu nicht animiert, im Gegenteil, er hatte sie ausdrücklich gewarnt.
Wie wir bereits hinreichend festgestellt haben, hat Gott den Menschen seine Gebote gegeben, die bei Beachtung alle schlimmen Folgen auch eine Geisel wie Aids ausschließen. Wenn nun beispielsweise eine schwangere Frau von ihrem Mann angesteckt wird, der zwischenzeitlich bei einer aidsinfizierten Hure gewesen ist, oder wenn die Ansteckung der Mutter durch eine unsaubere Injektionsnadel erfolgte, dann kann man doch nicht so naiv sein und Gott die Schuld zuschieben, wenn Kinder infiziert werden.
Was hat das offensichtliche Vergehen der Eltern mit Gott zu tun? Es ist eine biologische Gesetzmäßigkeit, daß sich bestimmte Dinge von den Eltern auf die Kinder vererben. Oder will man von Gott den man ja ansonsten auch nicht braucht in solchen speziellen Fällen verlangen, daß er die biologischen Gesetze, die in seinem Schöpfungsplan verankert sind, vorübergehend umstößt? Wer ist denn nun eigentlich gerecht und wer ungerecht? Gott hat ja schließlich den Vater nicht ins Hurenhaus geschickt. Er ist aus eigenem Entschluß dorthin gegangen.
Ein anderes Beispiel: Eine Frau, die raucht, dem Alkohol verfallen oder drogensüchtig ist, während sie mit einem Kind schwanger geht, muß wissen, daß sie dem Neugeborenen oft in verheerender Weise schadet. Trotzdem rauchen und trinken viele werdende Mütter verantwortungslos weiter. Es ist dann aber nicht die Schuld Gottes, wenn das Kind ein bedauernswertes Opfer der Sucht der Mutter geworden ist, sondern die Folgen ihrer Sünden.
Wie sieht es denn heute bei uns aus? Männer schlafen mit Männern, Frauen mit Frauen und was es sonst noch alles gibt. Das finden wir alles in bester Ordnung. Wehe, es wagt mal jemand zu sagen: "Kehrt um und tut Buße!", wie es Johannes der Täufer gesagt hat. Obwohl der Mensch die Krönung der Schöpfung ist, ist er durch eigenes Verschulden zutiefst gesunken.
Betrachten wir einmal unsere Tierwelt. Die Tiere halten sich an die von Gott gegebene Ordnung. Nur der Mensch meint, er könne sich alles erlauben. Kommt dann eine Krankheit wie Aids, dann darf man auf keinen Fall von Umkehr und Einsicht über den Lebenswandel reden, sondern man muß schnell irgendein Mittel finden, das einem erlaubt, genauso weiterzumachen wie zuvor.
Erinnern wir uns: Als seinerzeit werdende Mütter das Arzneimittel Contergan nahmen, brach-

ten sie mißgebildete Kinder zur Welt. Lange hat sich damals die zuständige Pharmaindustrie gegen den Vorwurf der offensichtlichen Schädlichkeit des von ihr hergestellten Medikaments gewehrt. Dann mußte sie Milliarden an Entschädigung zahlen. Trotzdem aber bekam keines der Kinder dadurch wieder gerade Glieder. Sie blieben gezeichnet, und so mancher kurzsichtige Zeitgenosse schielte vorwurfsvoll zum Himmel, wenn er so ein behindertes Kind sah: "Wie kann Gott nur so etwas zulassen …?" Es war aber nicht Gott, der in der Giftküche des Pharma-Konzerns das verhängnisvolle Präparat zusammengemixt hatte.
Noch bis Mitte 1986 sind bei uns in Deutschland amerikanische Blutkonserven verwendet worden. Jahre zuvor hatte man schon davor gewarnt, nachdem andere Länder das US-Plasmaderivat, das zur Versorgung von Blutern verwendet wurde, bereits kategorisch verboten hatten. Doch das Gesundheitsministerium in Bonn hatte lange geschlafen. Die Folge davon war, daß mehr als die Hälfte der von der Bonner Universitätsklinik betreuten und behandelten Bluter-Patienten durch die Übertragung aidsverseuchter Gerinnungspräparate infiziert wurden.
Oder nehmen wir in bezug auf das Leiden gerade der Kinder das klassischste aller Beispiele, den Krieg. Wie viele unschuldige Kinder kommen dabei um. Die Schuld haben ihre Väter, die Gottes Gebote mißachten durch Haß, Machthunger, Eroberungslust und das Töten überhaupt. Gott hat den Menschen immer wieder mit Nachdruck auferlegt, sich untereinander zu lieben, ja sogar ihre Feinde zu lieben.
Wenn die Menschen dann aber für ihr Fehlverhalten die Rechnung präsentiert bekamen, klagten sie Gott an. Hinzu kommt dann noch, daß Leute, die solche anklagenden Reden führen, in der Regel gar nicht an Gott glauben. Sie leben zumeist in totaler Gottesferne. Wie können sie Gott kritisieren, dessen Existenz sie bewußt leugnen? Hier wird doch der ganze Widersinn einer solchen Handlungsweise offenkundig.
Wenn es beispielsweise allein in Schwarzafrika über 20 Millionen Aidskranke gibt, dann ist dies neben der Homosexualität und der weit verbreiteten Prostitution auch auf die chaotischen Verhältnisse des wahllosen Geschlechtsverkehr der Männer zurückzuführen, die völlig zügellos und primitiv nur ihrer animalischen Lust leben und damit den Aids Virus epidemisch über den ganzen Kontinent streuen.
Die Bibel sagt uns schon lange, was richtig und was falsch ist. Aber der Mensch sagt: "Ich will tun, was ich will …" Und der Gesetzgeber unterstützt ihn dabei noch, indem er Schwulengesetze macht, die das widerwärtige Treiben der Homosexuellen rechtfertigt, hoffähig macht und legalisiert. Anschließend wundern sich dann alle, wenn Gott den Menschen die Konsequenzen für ihr sündiges Tun auferlegt.

**Die Macht der Finsternis**

Aus Jesu Endzeitreden wissen wir, daß in den letzten Tagen überall Finsternismächte auftreten und gewaltig zunehmen werden. Ihr Wirken unter den Menschen wird riesengroß sein und sich auf alle natürlichen und übernatürlichen Bereiche erstrecken.
Die derzeitige Situation unseres gesellschaftlichen Lebens bietet sich für diese unheilvolle Entwicklung geradezu an. Wenn wie dies in unseren Tagen augenscheinlich geschieht auch der letzte Rest von Gottesglauben aus den Herzen der meisten Menschen vertrieben wird, dann entsteht hier ein Vakuum.
Und in dieses Vakuum stoßen gezielt die Mächte der Finsternis. Sie füllen diesen Leerraum mit allen nur erdenklichen Formen des Okkultismus und des Aberglaubens. In dem Maß, in dem sich die Menschen von der Verehrung Gottes abwenden, öffnen sie sich bereitwillig übernatürlichen Dingen und Strömungen aller Art. Eine Welle des Bösen rollt über unser Land, und die Beschäftigung mit dem Übersinnlichen treibt überall Blüten. Es ist heute schlimmer als im Mittelalter. Die okkulte Invasion hat in unserer westlichen Welt bereits Ausmaße angenommen, die als alarmierend angesehen werden müssen.

Wer kümmert sich heute noch darum, daß Gott einmal gesagt hat: "Du sollst keine anderen Götter neben mir haben"?
Unlängst haben sich bei einem Kongreß in Berlin 700 Sterndeuter ein Stelldichein gegeben. Die Zahl der Handlinienleser, Kartenleger und Tischrücker wird bei uns auf über 100.000 geschätzt. Es ist eine blühende Dienstleistungsindustrie. Der geschätzte Jahresumsatz geht in die Milliarden. … Die esoterische Literatur stellt zur Zeit einen Anteil von über 10 Prozent des gesamten Bücherangebots. Darunter befinden sich Publikationen besonders über Astrologie, Magnetismus, Hypnotismus, Spiritismus und Hellsehen. … Dies alles sind Gewächse der Hölle.
Der inzwischen heimgegangene Evangelist Walter Wilms hat dazu einmal geschrieben: "Wer mit seiner Not nicht zu dem lebendigen Gott und seinem Wort Zuflucht nimmt, sondern zu solchen Mitteln und Irrlehren, geht mit dem Teufel ein Vertrauensverhältnis ein. Ob er es weiß und will oder nicht, die Verbindung ist geknüpft. Natürlich denkt man nicht, daß dieses Tun üble Folgen haben könnte. Man nimmt diese Hilfe gern an.
Manche denken: Es ist gleich, ob Gott hilft oder Satan. Sie wissen aber nicht, daß Satan sich diese Hilfe teuer bezahlen läßt. Das Schlimmste aber ist, daß solche Seelen dann nicht mehr an den lieben, helfenden Gott glauben können, der in Jesus Christus allen Menschen eine Erlösung geschaffen hat."
Und Pfarrer J. Chr. Blumhardt, der bekannte Kämpfer gegen Aberglauben und Zauberei, stellte in einem seiner Bücher fest: "Die traurigste Folge für den Menschen, wenn er seine Abgötterei nicht bekennt und bereut, kommt nach dem Tode …"
Gott warnt uns: "Was der Mensch sät, das wird er auch ernten" (Galater 6, 7), und Paulus sagt uns im 1. Korintherbrief: "Götzendiener werden das Reich Gottes nicht ererben."
Im letzten Buch der Bibel steht geschrieben, daß Zauberer und Götzendiener, wenn sie in ihrer Sünde beharren, auf ewig verloren gehen (Offenbarung 21, 8 und 22, 15).
Es ist inzwischen überall Mitternacht geworden. Fragwürdige diesbezügliche Angebote bieten unter anderem die Volkshochschulen überall in Deutschland, besonders im Bereich der Esoterik und New Age. Aber auch auf dem Gebiet der "Gesundheitsbildung" gibt es einen Boom mit Yoga, autogenem Training und Bioenergetik. Psycho-Kulte aller Art breiten sich wie ein Steppenbrand aus. Da blühen Okkultismus, Esoterik, Magie, Hexenglauben, New Age, Geistheilung, Reinkarnation, Schamanismus, Satanismus usw. Wir leben, wie gesagt, in einer Welt, in der die dämonischen Bewegungen aller Art oben auf sind, wo sie gesellschaftsfähig geworden sind und sich immer größerer Beliebtheit erfreuen.
Wir leben in der von der Bibel vorausgesagten Abfallzeit, wo Glaubenssubstanz verworfen wird und wo man Gott längst in Pension geschickt hat. Er paßt nicht mehr in die Vorstellungswelt der meisten Menschen. Man ignoriert sein Wort, die Heilige Schrift, wo immer man kann. Bekämpft jede sittliche Ordnung, soweit sie sich auf die Richtlinien der Bibel bezieht. Die Menschen suchen sich selbst zu helfen, ohne Gott, ohne Bibel, ohne Gebet. Sie sagen: Hilf dir selbst. Sie vertrauen nur auf ihre Intelligenz, auf ihr Geld usw. …
Besonders schlimm ist es auf dem Gebiet der Gesundheit, dem Hauptproblem, der Nummer eins. Dabei suchen immer mehr Menschen Hilfe im okkulten Bereich, bei paramedizinischen Heilmitteln. Die Folgen sind oft schrecklich, verheerend. Es geht bei den okkulten Heilmethoden um die sogenannte weiße Magie. Dazu gehören alle fernöstlichen Heilpraktiken, die zum großen Teil ausgesprochen unwissenschaftlichen Praktiken zuzuordnen sind und einen medialen Hintergrund haben.
Sie kommen meistens aus der chinesischen Philosophie mit all ihren okkulten Inhalten. Auffallend ist unter anderem, daß medial veranlagte Menschen viel eher auf diese Heilmethoden ansprechen als zum Beispiel gläubige. Es gibt chinesische Ärzte, die weigern sich deshalb Patienten zu behandeln, die aus christlichen Kulturkreisen kommen.

Nun, wir wissen, daß auch die Wunderheiler Erfolge aufzuweisen haben. Das spricht aber noch lange nicht für die Richtigkeit ihrer Methoden. Heilungen dieser Art geschehen auch bei Magiern, bei den Medizinmännern im Busch und bei den Zauberdoktoren und den Naturreligionen in Afrika, Asien und Südamerika. Es sind zum Teil sogar verblüffende Erfolge. Sogar solche, die im Namen Jesu heilen, wie zum Beispiel die Christliche Wissenschaft, kann mit beachtlichen Heilerfolgen aufwarten.
Aber damit ist noch lange nicht gesagt, daß sie auch in göttlichem Auftrag handeln bzw. unter göttlicher Salbung stehen. Ein gläubiger Christ sollte sich niemals in diese Bereiche begeben. Mediale Kräfte sind immer gefährlich. Ein Christ sollte sich in allen Dingen stets unter den Schutz Jesu stellen. Auf keinen Fall sollten wir nach dem Motto handeln: Gesundheit um jeden Preis.
Ein junger Mann kam mit einer lebensbedrohenden Krankheit in die Praxis eines dieser ominösen Heiler. Zuvor hatten ihm die Ärzte wenig Hoffnung auf eine Besserung seines Zustandes gemacht. Der Heiler bediente sich während der Untersuchung seiner Apparaturen und stellte dabei eine hundertprozentig treffsichere Diagnose.
Auch die anschließende Behandlung war erfolgreich, und der junge Mann wurde wieder gesund. Er wußte aber nicht, daß er sich in die Hände eines medialen Heilers begeben hatte, und so mußte er seine Gesundheit teuer bezahlen. In der Folge stellten sich bei ihm gravierende körperliche Veränderungen ein.
Wenn er in die Kirche ging oder daheim die Bibel lesen wollte, bekam er plötzlich körperliche Schmerzen. Auch hatte er keine Freude mehr am Beten. Wenn er christliche Lieder singen wollte, versagte ihm die Stimme. Dazu stellten sich gleichzeitig auch charakterliche Veränderungen ein. Er wurde Alkoholiker und Kettenraucher, der am Tag bis zu 80 Zigaretten rauchte. Dazu kamen Depressionen und zuletzt ein völliger seelischer Bankrott. Er war zwar zunächst körperlich geheilt gewesen, aber schließlich seelisch ruiniert.
Okkulte Praktiken befreien nicht, sie knechten. Die Bibel sagt in Galater 5, 1: "Zur Freiheit hat Christus uns befreit. So stehet nun fest und lasset euch nicht wieder in das knechtische Joch fangen."
Leider haben dunkle Mächte inzwischen auch in christliche Kreise Einlaß gefunden. So entstand vor einiger Zeit in Stuttgart ein "Arbeitskreis für christliche Meditation und Yoga". Man suchte dort neue Wege zu religiösem Erleben und spirituellen Erfahrungen. Übungen aus anderen Religionen seien gefragt. Die Leiter dieses Kreises sind evangelische Pfarrer.
Die Meditation, von der hier die Rede ist, ist eine Art Selbsthypnose durch Autosuggestion, eine Technik der psychischen Selbstbeeinflussung. Wenn sich der Mensch etwas selbst einsuggeriert, dann ist das immer eine ungöttliche Handlung. Die Meditation gehört in den Bereich der Psychoanalyse und ist aus der Hypnose entstanden. Im Mittelpunkt steht immer das Ich des Menschen. Eine Innenschau, eine Versenkung, ein Zustand der Entrückung, eine Traumwelt der Phantasie. Der Mensch konzentriert sich nur auf sich, nicht auf Gott.
Ähnlich ist es beim Yoga. Yoga ist heute weit verbreitet und kommt aus dem Buddhismus und dem Taoismus. Letzteres ist eine chinesische Volksreligion und hat mit Aberglaube und Zauberei zu tun. Es ist ein Teilbereich des Spiritismus und total unvereinbar mit dem christlichen Glauben. Wenn es das Ziel von Meditation und Yoga ist, eine Art Selbsterlösung zu erlangen, dann ist Jesus Christus natürlich überflüssig geworden.
Wir sollten grundsätzlich festhalten: Es gibt in dieser Welt zwei Quellen, aus denen der Mensch schöpfen kann. Die eine Quelle ist Gott und die andere die Macht der Finsternis mit ihrem beherrschenden Fürsten Satan. Wir können Hilfe von der einen Seite bekommen, wir können uns aber auch der anderen Seite zuwenden und den Weg der finsteren Mächte wählen. Aber Letzteres führt unweigerlich in Gebundenheit, Ausweglosigkeit und ewige Nacht.
Im übrigen verbietet uns die Heilige Schrift ausdrücklich, Hilfe bei der Quelle zu suchen, die

nicht von Gott kommt, denn das würde bedeuten, fremde Götter und Götzen anzurufen. Gott, unser Herr, mahnt uns in 2. Mose 20, 3-6:
"Du sollst keine anderen Götter haben neben mir. Du sollst dir kein Bildnis noch irgendein Gleichnis machen, weder von dem. was oben im Himmel, noch von dem, was unten auf Erden, noch von dem, was im Wasser unter der Erde ist. Bete sie nicht an und diene ihnen nicht! Denn ich, der Herr, dein Gott, bin ein eifernder Gott, der die Missetat der Väter heimsucht bis ins dritte und vierte Glied an den Kindern derer, die mich hassen, aber Barmherzigkeit erweist an vielen Tausenden, die mich lieben und meine Gebote halten. Du sollst den Namen des Herrn, deines Gottes, nicht mißbrauchen, denn der Herr wird den nicht ungestraft lassen, der seinen Namen mißbraucht."
Auch der Apostel Paulus warnt in seinem Brief an die Gemeinde in Galatien eindringlich vor Götzendienst und Zauberei und sagt dazu, daß die, die solches tun, das Reich Gottes nicht erben werden.
Das sind harte Urteilsworte Gottes. Sie sind um so ernster zu nehmen, da, wie es uns die Bibel sagt, unser Universum von okkulten Kräften voll durchdrungen ist. Das ist genau das, was Paulus an anderer Stelle sagt:
"Denn wir haben nicht mit Fleisch und Blut zu kämpfen, sondern mit Mächtigen und Gewaltigen, nämlich mit den Herren der Welt, die in der Finsternis herrschen, mit den bösen Geistern unter dem Himmel."
Der "Gott dieser Welt" verblendet seine Opfer mit Geheimwissen aus allen möglichen dunklen Quellen. Dabei ist eine weitverbreitete Greuelsünde, wie gesagt, der Aberglauben.
Was ist Aberglauben? In dem Wort Aberglauben finden wir zunächst das Wort Glauben. Aber es steht nicht allein, denn es wird von dem Wort "aber" begleitet. Aberglauben ist also nicht dasselbe wie Glauben. Es ist vielmehr ein Irrglauben. Glauben ist für wahre und überzeugte Christen ausschließlich der Glauben an den lebendigen Gott und seine übernatürliche Kraft. Was den Aberglauben betrifft, so bezieht sich dieser dagegen nicht auf Gott, sondern auf einen anderen, den "Fürsten der Welt".
Das heißt also, auf der einen Seite steht Gott und auf der anderen Satan. Dazwischen steht der Mensch. Diese Konstellation ist gerade heute in unseren Tagen ausgeprägter denn je. Wenn der Mensch an Gott glaubt, dann kommt er auch unter göttlichen Einfluß. Glaubt er dagegen an den Teufel und seine Macht, so kommt er unter dessen Einfluß. Es gibt ein Sprichwort, das besagt: "Wenn man dem Glauben die Tür weist, kommt der Aberglaube zum Fenster herein."
"Wenn euch Jesus nun frei macht, so seid ihr wirklich frei" (Johannes 8,36). Und an anderer Stelle heißt es: "Dazu ist erschienen der Sohn Gottes, daß er die Werke des Teufels zerstöre" (l. Johannes 3,8).

**Quo vadis Deutschland?**

Die Bibel zeichnet ein sehr drastisches Bild von der sittlichen Verwahrlosung der Menschen in der Endzeit, die ihren Impulsen unbeherrscht und betont egoistisch freien Lauf lassen, ungeachtet der Gebote Gottes. Bei dem Bestreben eines totalen Auslebens sündhafter Bedürfnisse spielt auch bei uns in Deutschland immer wieder die Forderung nach genereller Abschaffung des Abtreibungsparagraphen 218 eine Rolle.
Begonnen hatte die Debatte um die Liberalisierung dieser Gesetzesvorschrift bereits im Jahre 1976. Damals zur Zeit der sozialliberalen Koalition in Bonn lag die Zahl der Kindestötungen bei etwa 8.000 im Jahr. Heute gehen die Zahlen bereits in die Hunderttausende. Als dann die C-Regierung wieder an die Macht kam, wurde es keineswegs besser. Inzwischen wurden Millionen Kinder ermordet als Folge der Inkonsequenz auch der sogenannten christlichen Politiker, die nur noch Wenn- und Aber-Paragraphen zustande brachten. Das Töten geht ungehindert weiter, und das 5. Gebot Gottes, "Du sollst nicht töten", ist regierungsamtlich außer Kraft gesetzt. Töten wurde damit legal.

Bei den mit staatlicher Duldung einhergehenden Verbrechen am ungeborenen Leben besteht ein sichtbarer Zusammenhang mit der schwindenden Bindung an den christlichen Glauben. Kaum ein anderes Vorkommnis charakterisiert so sehr das sich in permanenter Auflösung befindliche Rechtsbewußtsein wie der Kinder-Holocaust in Deutschland, der alljährlich 300.000 Abtreibungsopfer fordert. Das sind dreimal mehr Menschen, als der Hiroshima-Bombe zum Opfer fielen. In einer einzigen Woche werden bei uns 2.500 Kinder qualvoll im Mutterleib ermordet. Umgerechnet sind das täglich rund 15 Schulklassen mit jeweils 23 Schülern. Für sie gibt es nicht mal ein Grab, noch Blumen, noch Tränen …
In einer Gesellschaft, in der selbst bei Schwerstkriminalität die Todesstrafe abgeschafft ist, hat jede Mutter das Recht, gegen ihr Kind ein Todesurteil zu fällen. Welch eine Ironie. Dabei hat solch ein Kind überhaupt nichts verbrochen, außer unerwünscht zu sein. Die Tötung unschuldiger Menschen zu legalisieren, das heißt, sie beliebig ausradieren zu können, war bisher nur in Unrechtssystemen möglich.
Das ist eine einmalige Katastrophe auf dem Gebiet der Rechtsordnung unseres Landes und eine bewußte Entscheidung, den Weg ohne Gesetz zu gehen. Somit kann die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr als Rechtsstaat betrachtet werden. Es kann angesichts der Erosion des Unrechtsbewußtseins nicht genug über Abtreibung und die damit zusammenhängende Problematik geschrieben werden.
Ein Theologe sagte einmal sehr richtig: "Wenn man der Mutter das Recht gibt, ihre ungeborene Tochter zu töten, weil sie ihr eine Last ist, dann gibt man der Tochter dasselbe Recht, ihre Mutter aus demselben Grund zu töten. Freie Abtreibung bedeutet früher oder später freie Euthanasie, weil man in beiden Fällen dasselbe Recht zu töten bestimmten Personengruppen in besonderen Umständen überläßt. Das zugrunde liegende Denkschema ist exakt dasselbe.
Inzwischen haben wir in der Bundesrepublik einen Keller voller Leichen, und man muß sich fragen, wie unsere verantwortlichen Politiker, besonders die mit dem "C", mit einer solchen Hypothek leben können. Ein Journalist fragte einmal einen Politiker in Bonn: "Herr Abgeordneter, beten Sie?" Die Antwort war kurz und unmißverständlich: "Ich führe keine Selbstgespräche." Für solche Leute ist Gott tot. Sie sind aber mitverantwortlich dafür, daß unsere Welt zunehmend in einem Chaos landet, weil sie sich nur vom Zeitgeist leiten lassen und nicht von dem, was die Bibel den Menschen als Maßstab ihres Handelns vorschreibt.
Ein verantwortungsbewußter Arzt hat dem Kanzler der Bundesrepublik Deutschland einmal einen Brief geschrieben, indem es unter anderem heißt:
"Haben Sie, Herr Bundeskanzler, nicht folgenden Eid geschworen: Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohl des deutschen Volkes widmen … Schaden von ihm abwenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen … und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde? Meine Freunde und ich bitten Sie, diesen Schwur in die Tat umzusetzen, das heißt unter anderem, das im Grundgesetz garantierte Lebensrecht zu verteidigen, Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben, also auch gegen das wehrlose Ungeborene, um so Schaden von unserem Volk abzuwenden …
Auch Sie, Herr Bundeskanzler, werden einmal vor dem Thron des Weltenrichters stehen müssen, des wirklichen Herrn über Leben und Tod. Dort werden bei der letzten, für jeden von uns entscheidenden Abstimmung, auch diejenigen Stimmrecht haben, deren Stimmen hier auf Erden vorzeitig zum Schweigen gebracht wurden, aus mangelnder Opferbereitschaft, Feigheit oder ideologischer Verblendung … Denn das Blut dieser unschuldigen Kinder, die nach Gottes Ebenbild geschaffen sind, schreit zum Himmel. Und was wollen Sie einst dem Schöpfer antworten, wenn er Sie nach den Kindern fragt, die unter Ihrer Kanzlerschaft nicht geboren werden durften, obwohl er sie in seinem Schöpfungsplan vorgesehen hatte?"
Eine christliche Informationsschrift hat einmal, was die Leichtfertigkeit in den politischen Entscheidungen der Regierenden unseres Landes betrifft, halb ironisch und halb "prophetisch"

festgestellt: "Wäre zum Beispiel Helmut Kohl heute ein ungeborenes Kind, wäre er mit großer Wahrscheinlichkeit abgetrieben worden. Nach einer Befragung im Auftrag des Bundestages sehen fast 55 Prozent von befragten Frauen eine Veranlagung zu Übergewicht als hinreichenden Grund für eine Tötung des Kleinstkindes aus eugenischen Gründen. So sehr hat das schwergewichtige Kabinett schon gegen sich selbst gearbeitet."
Speziell zum Thema "Kohl und Abtreibung" äußerte sich auch der inzwischen als konsequenter Gegner der Abtreibung bekannt gewordene lutherische Theologe Dr. Johannes Lerle aus Erlangen, indem er zunächst auf die frommen Worte des Bundeskanzlers hinwies, die dieser auf der EKD-Synode Anfang November 1997 in Wetzlar lauthals von sich gegeben hat. Dr. Lerle fuhr dann fort: "Doch im Jahre 1995 stimmte Kohl für ein Gesetz, das die Bundesländer verpflichtet, 'ein ausreichendes Angebot zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen' sicherzustellen. Das heißt, auch Kohl hat durch seine Zustimmung andere beauftragt, Tötungskapazitäten bereitzustellen. Auf diesen Auftrag können sich Kindermörder berufen.
Zum Boykott der bundesdeutschen Rechtsstaatlichkeit und der von allen ethischen Imperativen abgekoppelten Moralauffassung unseres Volkes schreibt der Politologe Professor Günter Rohrmoser in "Der Ernstfall - Die Krise unserer liberalen Politik":
"Wenn etwa die Tötung unschuldigen wehrlosen Lebens für rechtens gehalten und für straffrei erklärt wird, wie das im Beschluß des Bundestages zur Fristenlösung geschehen ist, dann wanken die Fundamente unseres Rechtsstaates. Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland ist zum einen gegeben vor Gott. Sie hat die Würde und damit das Leben des Menschen zum höchsten Gesetz des Staates erklärt, und sie hat das natürliche Sittengesetz anerkannt.
Bei der Debatte um den Abtreibungsparagraphen hat sich gezeigt, daß das Gefühl für Sittlichkeit sich so gut wie verflüchtigt hat. Wenn sich aber die Einsicht in die sittliche Natur auflöst, dann kann auch der Rechtsstaat auf Dauer nicht mehr bestehen bleiben. Ein Rechtsstaat, der zu seiner Grundlage und Voraussetzung nicht die gelebte Sittlichkeit seiner Bürger hat, wird sich auf Dauer selbst vernichten und wird neue Formen der Barbarei ermöglichen, von denen wir einige Erfahrungen in unserem Jahrhundert schon gemacht haben."
Wir alle kennen die Geschichte im 1. Buch Mose, wo der Herr sprach: "Es ist ein großes Geschrei über Sodom und Gomorrah, daß ihre Sünden schwer sind … und die Sonne war aufgegangen auf Erden, als Lot nach Zoar kam. Da ließ der Herr Feuer und Schwefel regnen vom Himmel herab auf Sodom und vernichtete die Städte und die ganze Gegend und alle Einwohner der Städte und alles, was auf dem Land gewachsen war." Sodom wurde so vollständig in Schutt und Asche gelegt, daß es selbst den tüchtigsten Archäologen später nicht gelang, auch nur die geringste Spur dieser Stadt wiederzufinden.
In der Bibel steht Sodom für Gottlosigkeit, denn in dieser Stadt waren die greulichsten Sünden zu Hause. Die sexuelle Perversion in dieser Stadt ist inzwischen sprichwörtlich geworden. Dort wurden Homosexualität, Lesbianismus und alle Arten sexueller Abartigkeit offen praktiziert, genau wie heute in unseren Tagen und in unserem Land.
Wie nahe stehen wir heute Sodom? Der bibelgläubige amerikanische Autor Dr. M. Panton schreibt dazu: "Sodom ist ein Beispiel für das kommende Weltgericht. Unser Herr sagt ausdrücklich, daß die Zustände am Ende der Tage im Prinzip denen von Sodom gleich sein werden. In Gottes Wort finden wir häufige Parallelen in bezug auf die Welt als auch auf die Heilsgeschichte. Gott handelt unter gleichen oder nahezu gleichen Umständen immer gleich. So kann man den Untergang Sodoms und das Entkommen Lots dem Untergang der Welt und der Entrückung der Gemeinde Jesu gleichsetzen.
Es gibt eine Grenze für die Sünde. Ist diese Grenze überschritten, dann ist das Gericht unausweichlich und beschlossen. Übergroße Bosheit ist immer der Beweis bevorstehenden Gerichts, weil von denen, die freiwillig Gott den Rücken zugekehrt haben, gesagt wird: 'Darum hat Gott sie auch dahingegeben' (Römer 1,24)."

**In den Fußstapfen von Herodes**

Jeder Bibelleser kennt die Geschichte der unschuldigen Kinder. Sie ist eng mit dem Namen Herodes verbunden. Wir lesen über den Kindermord des Königs von Judäa im Matthäus Evangelium im 2. Kapitel. Dort heißt es, daß der König sehr zornig über die Geburt Jesu war und alle Kinder "in Bethlehem und in der ganzen Gegend, die zweijährig und darunter waren", töten ließ. Herodes lebt heute noch, tausendfach sogar, in all den feigen Kindermördern überall in der Welt, wo unschuldige, menschliche Wesen rücksichtslos und brutal getötet werden. Damals, vor 2.000 Jahren, war es Machtgier und Angst vor einem "Konkurrenten".

Heute ist es Egoismus, der Menschen veranlaßt, unerwünschtes Leben grausam zu vernichten. Geändert haben sich die Zeiten lediglich um eine unwesentliche Nuance. Damals waren es rohe Soldaten mit dem Schwert, die den Babys den Kopf abschlugen, heute ist es der Herr Doktor im weißen Kittel, der mit Hilfe modernster medizinischer Technik den Körper des werdenden Kindes zerstückelt und absaugt. Überall in der Welt sind Ärzte am Werk, die diese grausame Schlachterei für eine Handvoll Silberlinge ausführen.

Diese hochgebildeten und gelehrten Akademiker haben allesamt einmal einen Eid geschworen, den man den Hippokratischen Eid nennt und der für die Ärzte seit Jahrhunderten als moralischer Grundsatz verbindlich gilt und von dem ihre Tätigkeit an den Menschen geleitet werden sollte. In diesem Eid, der an den Wänden vieler Arztpraxen stilvoll eingerahmt hängt, heißt es: "Ich werde keinem, und sei es auf Bitten, ein tödliches Gift verabreichen, noch einen solchen Rat erteilen, desgleichen werde ich keiner Frau ein abtreibendes Mittel geben." Es mutet darum schon schizophren an, wenn man weiß, daß durch Abtreibung weniger als ein Prozent der Ärzte mehr Menschenleben beenden, als die anderen 99 Prozent jährlich durch ihre Arbeit erhalten können.

Vor einigen Jahren erzählte die Krankenschwester Anne-Katrin Asmussen in "Idea-Spektrum" von der Zeit ihrer Ausbildung in einem kleinen Kreiskrankenhaus in der Nähe von Hamburg. Dort war sie im OP eingesetzt und es war regelmäßig ihre Aufgabe, das abgesaugte "Material" eines "Schwangerschaftsabbruchs" unter fließendem Wasser in einem Sieb zu spülen, mit einer Pinzette die Teilchen in Formalinlösung zu legen und an ein Institut zur Gewebeuntersuchung zu schicken.

"Oft fischte ich dabei winzige Ärmchen und Beinchen heraus", schreibt sie. "Mir wurde dabei immer übel … Einmal erlebte ich ein Schwangerschaftsende im sechsten Monat mit. Die Frau hing am Wehentropf, das heißt, die Wehen wurden mit einem Medikament künstlich eingeleitet. Die Preßwehen setzten ein. Ich rief den Arzt. Der im Bett liegenden Frau wurde ein Steckbecken untergeschoben, und das Kind fiel hinein. Es wimmerte. Die Frau fragte ungläubig: 'Lebt es etwa? Schreit es?' Das Kind wurde vom Arzt abgenabelt und der Deckel auf das Steckbecken gelegt. Ich brachte das Becken in den Spülraum unserer Station, wo es nach Vorschrift zwei Stunden stehen mußte. Dann war das Kind schließlich tot. Es kam zum klinischen Müll.

In einem anderen Fall war das abzutreibende Kind im fünften Monat in einer sogenannten Querlage und konnte im Mutterleib nicht gedreht werden. Die Mutter wurde in den OP gebracht, da die Hebammen sich weigerten, diese 'Geburt' durchzuführen. Der operierende Arzt erzählte mir nach dem Eingriff, daß er das Kind im Mutterleib zerschneiden und die Teile einzeln herausholen mußte, um einen Kaiserschnitt zu verhindern."

Melody Green berichtet in ihrem Artikel "Kindersachen zum Wegwerfen?" von einem Arzt, dem, nachdem er seine erste Abtreibung durchgeführt hatte, so schlecht wurde, daß er glaubte, sterben zu müssen. Wochenlang hat er Depressionen gehabt und an Selbstmord gedacht. Er sagte: "Das erste Mal fühlte ich mich wie ein Mörder, aber ich tat es immer wieder … und jetzt, 20 Jahre später, muß ich erkennen, was aus mir als Arzt und Mensch geworden ist. Natürlich wurde ich verhärtet. Natürlich war das Geld wichtig. Und es war ja so leicht, als ich

erst einmal den Schritt getan hatte, diese Frauen wie Tiere anzusehen und diese Babys als bloßes Gewebe."
Melody Green beschreibt dann die am häufigsten angewandten Abtreibungsmethoden. Zunächst die sogenannte Curettage. Dabei "wird die Öffnung des Muttermundes mit einer Reihe von Instrumenten erweitert, um das Einführen des Bogenmessers oder eines scharfen Instruments zum Schaben in dem Uterus zu ermöglichen. Oft wird dabei der Fötus in Stücke geschnitten und dann von der Gebärmutter abgeschabt."
Beim Absaugen "wird der Muttermund ebenfalls zunächst erst einmal erweitert und durch ihn ein flexibler Plastikschlauch eingeführt. Das Kind wird dann durch einen Sog, der etwa zehnmal stärker ist als der eines Staubsaugers, auseinandergerissen und als Gewebebrei abgesaugt."
Die Salzvergiftung wird in der Regel ab der 16. Schwangerschaftswoche angewandt, "wenn sich in der Fruchtblase um das Baby genug Flüssigkeit angesammelt hat. Etwas von dem Fruchtwasser wird entnommen und statt dessen eine starke Salzlösung eingespritzt. Das hilflose Baby schluckt dieses Gift und leidet sehr stark. Es stößt und zuckt heftig, da es durch diese Lösung buchstäblich bei lebendigem Leib verbrannt wird. Bei dieser Methode dauert es über eine Stunde, bis das Baby tot ist. Die äußere Schicht der Haut wird vollständig verbrannt. Innerhalb von 24 Stunden setzen gewöhnlich die Wehen ein, und die Mutter bringt ein totes Kind zur Welt."
Dann gibt es noch die chemische Abtreibung (Prostaglandin). Bei dieser neuesten Form der Abtreibung "werden Chemikalien verwendet, die bewirken, daß sich der Uterus stark zusammenzieht und dabei das Baby hinausgestoßen wird. Die Kontraktionen sind so außerordentlich stark, daß manche Babys dadurch schon geköpft wurden. Die Nebenwirkungen für die Mutter sind zahlreich. Einige starben sogar an Herzinfarkt, als ihnen die Chemikalien eingespritzt wurden."
Nicht zuletzt noch ein Wort zur Abtreibung durch Kaiserschnitt. Da wird das Baby losgeschnitten, in einen Behälter geworfen und ebenfalls dem Tod überliefert. Babys in einem bestimmten Alter bewegen sich dabei noch, atmen und schreien, bevor sie zitternd im Mülleimer sterben. Anstelle einer warmen Wiege finden sie ein kaltes Grab.
Der Jude Dr. Bernhard Nathanson war Leiter der größten Abtreibungsklinik der USA und verantwortlich für 75.000 Abtreibungen. Eines Tages verspürte er in seinem Gewissen die schwere moralische Last, die er sich durch das Töten unschuldiger Kinder aufgeladen hatte, und nahm eine radikale Kehrtwendung vor. Seither führt er einen entschiedenen Feldzug gegen die Abtreibung und hält Vortragsreihen überall in der Welt. Dazu schuf er einen Film "Der stumme Schrei", der zu den erschütterndsten Dokumenten über den Kindermord gehört.
Ein Sprecher der "Aktion SOS Leben", der den Film sah, schrieb zu diesem Streifen, in dem die Reaktionen des Kindes im Mutterleib während der Abtreibung gezeigt werden: "Sie hätten dabei sein sollen, um den Widerstand des Kindes zu erleben. Man glaubt einen ausgewachsenen Menschen im Augenblick der Folter zu erkennen. Der Mund öffnet sich wie zum Aufschrei … Das Kind versucht, auf die dem Folterwerkzeug und dem Tod entgegengesetzte Seite des Mutterleibes zu entfliehen … Solche Grausamkeit geschieht allein in der Bundesrepublik durchschnittlich alle zwei Minuten."
Eine Abgeordnete der Grünen, Jutta Oesterle-Schwerin, hat einmal vor Jahren gesagt: "Das Abholzen alter Kastanien tut mir viel, viel mehr weh als das Absaugen von Zellgewebe, das eine Frau in ihrem Körper nicht haben will … Es ist Urschleim, von dem sich die Frau um ihrer Selbstbestimmung willen trennen kann."
Nun ist es eine Tatsache, und das wird auch von den Ärzten nicht bestritten, daß sich ab dem Zeitpunkt der Verschmelzung von Ei und Samenzellen und deren Einnistung in die Gebärmutter bereits menschliches Leben entwickelt hat. Beide werden zu einer vollständigen geneti-

schen Einheit, die darauf programmiert ist, sich zu einem erwachsenen Menschen zu entwikkeln. Es ist medizinisch nachgewiesen, daß das Herz des Babys bereits ab dem 18. Tag nach der Zeugung zu schlagen beginnt.
Bis zum 30. Tag haben fast alle Organe schon angefangen sich zu bilden. Nach sechs Wochen bewegt es Arme und Beine, und nach 43 Tagen können sogar die Gehirnströme des Babys abgelesen werden. Es kann Reiz empfinden und Schmerz spüren. Es ist kein Teil der Mutter, sondern eine völlig andere Person. Es hat nämlich nach acht Wochen auch schon eigene Fingerabdrücke. Von diesem winzigen Wesen wird es in der Geschichte der Menschheit kein zweites Exemplar mehr geben. So einzigartig ist das Kind bereits im Mutterleib.
Und die Bibel sagt uns, daß nur Gott das Recht hat, den Mutterleib zu öffnen und zu schließen. Wenn der Mensch diese Dinge in die eigene Hand nimmt, dann bricht er Gottes Gesetze, und das wird nicht ohne Folgen für ihn sein. Wir täuschen uns, wenn wir glauben, Gott würde nicht sehen, was in den Abtreibungskliniken Tag für Tag geschieht. In Sprüche 15, 3 lesen wir: "Die Augen des Herrn sind an jedem Orte, schauen aus auf Böse und auf Gute."
Bei den meisten Frauen bleibt eine Abtreibung "nicht in den Kleidern hängen", wie man sagt. Es ist inzwischen erwiesen, daß nahezu jede zweite Frau, die abgetrieben hat, diese Entscheidung früher oder später bereut und den Schwangerschaftsabbruch am liebsten wieder rückgängig machen würde. Wie die Ärztezeitschrift "Medical Tribune" berichtet, haben zwei von drei Frauen nach einer Abtreibung "für lange Zeit Reue und Schuldgefühle sowie Angstzustände oder schwere Depressionen".
Hinzu kämen auch nicht selten körperliche Leiden wie Migräne, Herzrhythmusstörungen oder Magen-Darm-Beschwerden. Auch in der Beziehung zum Partner würden sich Probleme wie Haßgefühle, Gefühlskälte oder Launen bis hin zur Frigidität ergeben.
In der Schülerzeitung "Scheibenkleister" in Bad Neustadt in Bayern gab eine junge Frau, die abgetrieben hatte, ihren Erlebnisbericht wieder, um junge Menschen davor zu warnen, daß sie sich durch eine unüberlegte Handlung ihr ganzes späteres Leben kaputtmachen. Sie war gerade im ersten Lehrjahr, als sie schwanger wurde. Zusammen mit ihrem Freund ging sie zur Beratungsstelle, nachdem ihr zuvor "liebe Freunde" geraten hatten, das Kind nicht zur Welt zu bringen. Bei der Beratungsstelle schrieb ihr die Sachbearbeiterin eine Indikation. Das ist eine Bescheinigung, die eine angebliche Notlage begründen soll und mit der man dann zum Arzt gehen kann, um "es wegmachen zu lassen".
"Der Arzt überwies mich dann in eine Privatklinik", erzählt die Frau. "Der Tag, an dem die Abtreibung vorgenommen wurde, ist wie ein Brandmal, das ich niemals verlieren werde. So wie dieses Kind dann gestorben ist, ist auch etwas in mir gestorben, das niemals mehr zum Leben erweckt werden kann. Ich würde es heute nie wieder tun, egal, wie meine Umwelt darauf reagiert. Ich lebe nur noch mit der Angst, und ich werde damit nicht fertig. In meinen Alpträumen sehe ich, wie ein kleines Mädchen mit ausgestreckten Armen auf mich zugelaufen kommt und mich immer wieder fragt: 'Warum, Mami, warum'? Danach wache ich schweißgebadet auf. Und dieser Traum und der Blick des Mädchens verfolgen mich, seit ich den Eingriff habe machen lassen."
Zum Schluß fügt die junge Frau dann noch das Übliche hinzu: "Heute bin ich ganz allein, denn mein Freund hat mich inzwischen verlassen. Er wollte seine Freiheit wieder haben …"
Der "Arbeitskreis Leben" in Emden hat in einer Aufklärungsschrift einmal festgestellt: "Die einzige Möglichkeit, Ungeborene zu schützen, geht nur durch ein Gesetz, das die Abtreibung strickt verbietet, ohne den Zusatz eines Wenn- und Aber-Paragraphen. Die Ansicht, daß ein Kind erst ab der Geburt ein Mensch ist, gehört der Vergangenheit an.
Die Zwölf Wochen Frist, in der eine Abtreibung erlaubt ist, ist daher pure Ironie. Jede Frau ist für ihre Schwangerschaft selbst verantwortlich … Daß es Probleme geben kann, wenn eine Schwangerschaft eintritt, ist nicht von der Hand zu weisen, doch dann müssen die Probleme

beseitigt werden und nicht das Kind … Erzwungene Beratungen durch den Staat, bei denen der Freifahrtschein zur Abtreibung ausgestellt werden muß, sind nutzlos, da die Frau dann immer noch die letzte Entscheidung hat, über das Leben oder den Tod ihres Kindes zu bestimmen."
Nun, da der Bundestag ein Gesetz beschlossen hat, das das ungeborene Kind der Willkür von Müttern, Vätern, Familien und Ärzten preisgibt, ist der sonst schützende Mutterleib inzwischen zum lebensgefährlichsten Platz in Deutschland geworden, wie in einer großen deutschen Tageszeitung zu lesen war. Der Staat erlaubt die Tötung von Ungeborenen. Die Täter werden nicht zur Rechenschaft gezogen, sofern sie nur die Bestimmungen beachten, die vom Gesetzgeber im § 218 festgelegt sind. Es darf getötet werden, ohne daß eine Anklage erhoben wird, ein Verhör stattfindet und ein Richterspruch erfolgt.
Da alle Parteien, auch die, die sich am Anfang ihres Namens "christlich" nennen, den Kinderholocaust legalisiert haben, ist es damit auch die Mehrheit unseres Volkes, die den Mord an Kindern zuläßt. Die Regierung ist ja schließlich vom Volk gewählt, und auch die Abgeordneten im Parlament. Damit hat das Volk zur Mißachtung von Gottes Geboten freie Bahn gegeben. Des Volkes Stimme wird höher gewertet als Gottes Stimme.
Somit wird die Meinung der Mehrheit zum Maßstab für Recht und Unrecht. Die Rechtsprechung entwickelt sich zur Unrechtsprechung. Das Resultat ist verheerend, wenn die öffentliche Meinung nur noch auf subjektiven Grundlagen und egoistischen Gesichtspunkten beruht, wobei sich jeder selbst der Nächste ist. Dann ist der Mensch und nicht mehr Gott der Maßstab aller Dinge. Er ist sein eigener Gott, sein eigener Gesetzgeber geworden. Recht ist, was die Mehrheit will.
Wenn der Antichrist einmal auf der Bildfläche erscheinen wird, um seine verderblichen Pläne in die Tat umzusetzen, dann wird er hierfür einen vorbereiteten Boden finden, auf dem jegliche satanischen Auswüchse gedeihen können. Auch die staatliche "Infrastruktur" steht ihm dann perfekt zur Verfügung. Staat und Behörden tun heute schon alles, um hergebrachte christliche Lebensnormen und das Bestreben ihrer Befürworter, diese zu schützen und zu erhalten, im Keim zu ersticken.
Da gibt es in Nürnberg ein Krankenhaus, das nennt sich Klinikum Nord. Auf dem Gelände des Klinikums betreibt ein Gynäkologe eine Praxis, in der Schwangerschafsunterbrechungen ambulant vorgenommen werden. Der Mediziner namens Andreas Freudemann wird für sein spezielles Handwerk sogar noch von der Krankenkasse bezahlt. Der 45jährige Johannes Lerle aus Erlangen verteilte daraufhin Flugblätter unter dem Titel "Kindermord im Klinikum Nord". Es stand dann noch zu lesen: "Die Opfer werden zu Tode gequält und lebendig in Stücke gerissen …"
Natürlich gefiel dies dem Herrn Doktor keineswegs, obwohl er nicht das Gegenteil beweisen konnte. Aber die Anschuldigung, als Mörder bezeichnet zu werden, kann dem Ruf eines Mediziners nicht gerade förderlich sein. Also erstattete er bei den staatlichen Behörden Anzeige wegen "Beleidigung und Rufschädigung". Was bei solcher Sachlage geschädigt werden kann, das ist doch wohl ausschließlich nur das ungeborene Kind. Der abtreibende Arzt macht dabei nur Profit.
Ein Betrachter hat dazu in einer christlichen Zeitschrift unter anderem festgestellt: "Wer die genannte Zahl von jährlich 2.500 Entkindungen multipliziert mit dem Einzelpreis von rund 350 Mark, der gewinnt eine Vorstellung von der finanziellen Macht, die der … Arzt besitzt. Dem hat der mittellose Johannes Lerle in einer (möglichen) Gerichtsverhandlung nichts entgegenzusetzen außer Gebet."
Eigentlich sollte es in einem solchen Fall selbstverständlich sein, daß sich alle bibeltreuen Gemeinden in ganz Deutschland aufmachen und wie ein Mann hinter Johannes Lerle stellen. Aber selbst viele Christen haben sich in den letzten Jahren bequemerweise daran gewöhnt, die

Augen einfach zuzumachen, wenn sie ihr Weg an einer medizinischen Anstalt vorüberführt, von der bekannt ist, daß darinnen auch ungeborene Menschen getötet werden.
Und nicht wenige von ihnen berufen sich im Zusammenhang mit der vom Staat legalisierten Abtreibung und ihrer passiven Haltung dazu fälschlicherweise sogar auf Römer 13, 1, wo Paulus vom Gehorsam gegenüber der Obrigkeit spricht. Sie übersehen dabei aber, daß diese Aussage in unserem speziellen Fall wohlweislich zusammen mit Apostelgeschichte 5, 29 gelesen werden muß, wo die angeklagten Apostel vor dem Hohen Rat standen und Petrus unmißverständlich erklärte, daß man Gott mehr gehorchen muß als den Menschen.
Weder die Obrigkeit noch ein Arzt, der Leben tötet, braucht sich zu wundern, wenn Bürger sich dagegen wehren und initiativ werden. Natürlich wundert es andererseits auch nicht, wenn sich die Handlanger der Justiz dann unverzüglich auf den Weg machen, so wie im Fall Lerle, um in der Wohnung des bösartigen Abtreibungsgegners "belastendes Material" zu beschlagnahmen. Auf den Flugblättern, die sie dort fanden, stand aber nichts anderes als das, was alle Welt ohnehin schon weiß und was überdies die ehrenwerten Politiker in Bonn vor Jahren schon beschlossen haben.
Dies alles hinderte aber die Staatsanwaltschaft in Nürnberg nicht, ein Ermittlungsverfahren in Gang zu setzen. In diesem Fall wird von der Judikatur (Rechtsprechung) nicht Mord verfolgt, wie es eigentlich ihre Aufgabe sein sollte, sondern der, der den Mord anzeigt. Eine Praxis, die die Schizophrenie der endzeitlichen Rechtsstaatlichkeit nicht drastischer aufzeigen kann.
Dieses Spaltungs-Irresein, ein psychopathologischer Zustand, wie es die Wissenschaft nennt, ist im Rahmen der bundesdeutschen Justiz stellenweise auch insofern erkenntlich, als es gerichtlich abgesegnet wurde, daß man Soldaten als potentielle Mörder bezeichnen darf, aber Abtreibung nicht als Mord. Auf diesen Widersinn ging auch der Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz, Hartmut Steeb, in einem Kommentar ein.
Der Vater von zehn Kindern stellte unter anderem fest, daß die Tötung ungeborener Kinder Mord ist. Und Mord, darin müßten sich die Juristen ja eigentlich einig sein, "ist die besonders schwere Form eines Tötungsdelikts, nämlich, wenn zum Beispiel die heimtückische Art der Tötungshandlung dem Ermordeten keine Chance der Gegenwehr läßt (§ 211 StGB).
Und wenn Abtreibung Mord ist, ist eine Abtreibungsklinik ein 'Zentrum des Mordens'. Wenn Abtreibung Mord ist, dann ist einer, der es tut, ein …" - Daß diese Aussage dem Betroffenen nicht gefällt, wundert nicht. Ebenso, daß es einer Stadt nicht gefällt, wenn man ihr Klinikum 'Zentrum des Mordens' nennt. Aber das war bei den Euthanasieärzten des Dritten Reiches und bei den dafür mitverantwortlichen Obrigkeiten nicht anders …
Wohin sind wir gekommen, wenn der Ankläger zum Schweigen gebracht, statt der Täter zur Rechenschaft gezogen wird? Wohin steuert ein Rechtsstaat, in dessen Verfassung zwar steht, daß die Würde des Menschen unantastbar ist, er aber zuläßt, daß sie jeden Tag hundertfach durch die Ermordung von Kindern nicht nur angetastet, sondern ausgelöscht wird?
Der radikale und diesbezügliche entscheidende Einbruch in unsere Rechtsordnung geschah, als vor Jahren das Bundesverfassungsgericht der Abtreibung den Weg ebnete, weil man angeblich rechtlich nicht sicher sagen könne, ob es sich in den ersten Tagen des neuen Lebens schon um menschliches Leben handelt.
Zuvor hatte bereits eine "große Koalition" von CDU/CSU, SPD und FDP ihre Zustimmung zur Abtreibung gegeben und sich damit endgültig vom Lebensrecht des ungeborenen Kindes verabschiedet. Seitdem leben wir auf einem Berg von Kinderleichen, und es ist überdies kein angenehmer Gedanke, zu wissen, daß man unter so viel Mördern lebt.
Inzwischen hat auch das Landgericht in Nürnberg es sich nicht nehmen lassen, zu demonstrieren, was nunmehr "Recht" in Deutschland ist, und hat dem Abtreibungsgegner Johannes Lerle saftige Strafen angedroht, wenn er seine Behauptung, in dem genannten Klinikum geschehe Kindermord, weiterhin aufrechterhalten würde. Das Gericht nannte ein Ordnungsgeld von bis

zu 500.000 Mark oder Haft bis zu sechs Monaten … - Der Ausgang dieses unwürdigen Verfahrens vor deutschen Rechtsbehörden war bei Drucklegung dieses Buches nur insoweit bekannt, als Johannes Lerle zunächst zu einer Geldstrafe verurteilt wurde.

**In "Gottes eigenem Land"**

Es kann, wie gesagt, nicht oft genug über Abtreibung geschrieben werden. Schon deshalb, weil die breite Öffentlichkeit inzwischen weitgehend zur Tagesordnung übergegangen ist. In der Denkweise der meisten Menschen ist der tägliche Kindermord im Mutterleib in den letzten Jahren immer mehr verdrängt worden.

Eine gefährliche und lähmende Gleichgültigkeit hat, selbst in christlichen Kreisen, der anfänglichen Empörung Platz gemacht. Und da wiederum alles ordnungsgemäß gesetzlich abgesichert ist, besteht bei den meisten Menschen kein Grund, gegen staatlich sanktionierte Maßnahmen ihre Stimme zu erheben. Man will ganz einfach seine Ruhe haben. Es gibt schließlich genug andere Probleme, denen man nicht ausweichen kann.

So ist nun mal der Mensch, überall in der Welt, und darum ist das Problem der Abtreibung auch weltweit. Es schreit zum Himmel, ob in Deutschland oder in Amerika. Heute kommt in den USA auf drei Geburten eine Abtreibung. Man spricht von zwei Millionen Abtreibungen im Jahr.

Die amerikanische Krankenschwester Brenda Shafer schilderte vor nicht all zu langer Zeit einen Fall von Abtreibung, der ihr, wie sie sagte, das Blut in den Adern erstarren ließ. Dies geschah im Frauenmedizinischen Zentrum in Dayton/ Ohio:

"Dann schloß der Arzt das Ultraschallgerät an, und ich sah, wie das Baby sich bewegte. Der Doktor zog mit einer Zange erst die Beinchen, dann den Oberkörper heraus, achtete aber genau darauf, daß das Köpfchen im Geburtskanal steckte. Wenn es herausrutscht, und er das Kind tötet, ist es nach US-Gesetz Mord. Wenn es aber drinbleibt, keine zehn Zentimeter von der Geburt entfernt, ist es 'nur' eine Abtreibung. Die Beine strampelten, dann nahm der Arzt eine Schere, stach sie dem Kind in den Nacken, machte ein Loch und saugte das Hirn aus. Der Körper des Babys erschlaffte. Der Arzt zog den Kopf heraus und durchtrennte die Nabelschnur."

In einem Container eines pathologischen Laboratoriums in Los Angeles, das sich auch mit Befunden für Abtreibung befaßte, wurden die zerstückelten Leichen von 17.000 Kindern gefunden. Teilweise waren die toten Kinder schon sieben Monate alt gewesen. In der Folge ergab sich unter anderem ein Rechtsstreit wegen der Beerdigung der Embryos, der sogar bis vor den Obersten Gerichtshof der USA getragen wurde.

Eine feministische Frauengruppe setzte sich für eine Verbrennung ein, mit der Begründung, daß eine Beerdigung "die Privatsphäre jener Frauen verletzen würde, die sich einem Schwangerschaftsabbruch unterzogen hätten". Das Gericht entschied dann aber doch zugunsten der Abtreibungsgegner und die Leichenteile wurden in sechs sargähnlichen Behältern in drei nichtgekennzeichneten Gräbern auf einem inoffiziellen Friedhof begraben. Dieser Friedhof trägt den Namen "Odd Fellows Cemetery", was soviel heißt wie "Friedhof für seltsame Leute".

Die Mutter des getöteten Babys in Dayton - sie war bereits im 7. Monat schwanger gewesen - war danach so verzweifelt, daß sie zu Gott schrie, er möchte ihr vergeben.

Welchen Wert auch das ungeborene Leben schon bei Gott hat, erfahren wir aus zahlreichen Aussagen der Bibel. Paulus bekennt: "Gott hat mich vom Mutterleib an berufen" (Galater 1, 15). Daraus ersehen wir, daß Gott also schon das ungestaltete Embryo, das ungeborene Kind, als Mensch betrachtet. David bezeugt: "Du hast meine Lebensmitte bereitet und hast mich gewoben im Mutterleib. Ich danke dir dafür, daß ich wunderbar gemacht bin. Wunderbar sind deine Werke, das erkennt meine Seele" (Psalm 139, 13-14). Gott kümmerte sich also um David, noch ehe er geboren war. Der Prophet Jesaja wurde von Gott geformt, als er sich noch im

Mutterleib befand. Das lesen wir in Jesaja 49, 5.
Um den grausigen Bluttaten im Rahmen der Abtreibungen ein Ende zu bereiten, beschloß der US-Kongreß Ende 1995 ein Verbot dieser Schlächterei. Es konnte aber aus einem bemerkenswerten Grund nicht in Kraft treten. Präsident Bill Clinton legte nämlich sein Veto ein. Man muß sich bei dieser Gelegenheit schon fragen, was ist das für ein Mensch, der, obwohl er dazu in der Lage wäre, Unrecht nicht verhindert, das inzwischen zum Himmel schreit.
Der amerikanische Schönheitschirurg Thomas Molnar hatte wegen einer Vielzahl von medizinischen Schweinereien in den USA Praxisverbot erhalten. Daraufhin ging er nach Moskau, um dort einen lukrativen Handel mit abgetriebenen Embryonen zu betreiben. Mit Zustimmung des Präsidenten der russischen Ärztekammer und dem Vizepräsidenten der russischen Akademie der Wissenschaften legte er mit Körperteilen ungeborener Kinder (voll entwickelte Organe des Fötus) ein Ersatzteillager für wohlhabende Patienten an.
Was bei der Abtreibung mit den noch lebenden Kindern geschieht, schilderte dieser gewissenlose Arzt dem US-Fernsehsender CBS: "Wir zerhacken die Körperteile des Fötus wie eine Zwiebel." Dann werden die zu Brei zermalmten frischen Zellen der einzelnen Organe künstlich am Leben erhalten und konserviert. Das bezieht sich im einzelnen auf Gehirn, Leber, Milz, Magen, Lunge und Herz. Diese Zellen werden dann den Patienten eingespritzt. Eine Behandlung kostet im Durchschnitt 16.000 Mark.
Auch in den USA hat man sich inzwischen mit dem Gedanken vertraut gemacht, medizinische Ersatzteillager der vorgenannten Art anzulegen. Bekannt ist auch geworden, daß Gewebeteile abgetriebener Kinder bereits in das Gehirn beispielsweise von Patienten, die an der Parkinsonschen Krankheit leiden, injiziert worden sind.
Darüber hinaus haben amerikanische Wissenschaftler abgetriebene Babys regelrecht enthauptet und die Köpfe dann längere Zeit künstlich am Leben erhalten. Es war zwar bis zum Jahr 1989 in den Vereinigten Staaten verboten, Experimente mit Embryonengeweben mit staatlichen Mitteln zu begleiten, doch bereits drei Tage nach seinem Amtsantritt leistete sich Präsident Clinton auch hierbei ein Husarenstück und hob kurzerhand dieses Verbot auf. Nun herrschen auch dort russische Zustände.
Was ist nur aus diesem Amerika geworden, diesem einst "Gottes eigenem Land", an dessen Küste die frommen Pilgerväter damals erst auf die Knie gingen, bevor sie ihre Füße auf den Boden setzten und Gott das Land weihten, ein Land, von dem man sagt, daß an jeder Ecke eine Kirche steht.
Immer mehr glaubensbezeugende Traditionen werden dort in Frage gestellt. Nachdem bereits vor über 30 Jahren durch den Obersten Gerichtshof unter anderem das Schulgebet abgeschafft wurde, hat man damit dokumentiert, daß Gott keine Rolle mehr spielt. 1980 wurde der Film "Die zehn Gebote" aus den Oberschulen verbannt. 1987 wurden "Minuten der Stille" untersagt und 1987 Gebete bei Schulabschlußfeiern.
Durch ein Gesetz im Staat Louisiana wurde Lehrern verboten, die Lehre der göttlichen Schöpfung in den Schulen darzustellen. Zweiundsiebzig amerikanische Nobelpreisträger bezeichneten die biblische Betrachtung der Schöpfung als "pseudowissenschaftliche Lehre". In Kalifornien dürfen auf staatlichem Gelände keine Kreuze mehr aufgestellt werden. Ebensowenig harmlose Krippen zur Weihnachtszeit in öffentlichen Parks.
Der vormalige US-Präsident George Bush scheute sich nicht, Homosexuelle und Lesbierinnen offiziell ins Weiße Haus einzuladen, damit sie an einer Zeremonie teilhaben konnten, wo ein Gesetz gegen deren "Diskriminierung" unterzeichnet wurde. Im selben Sinne erlauben es Gerichte in Amerika, daß Frauen in der U-Bahn "oben ohne", also mit bloßem Oberkörper fahren dürfen. Ferner können nach gerichtlicher Entscheidung inhaftierte Satanskult-Anhänger in den Gefängnissen neuerdings auch Teufelsmessen zelebrieren. Die Richter begründeten die Genehmigung mit dem garantierten Grundrecht auf Religionsfreiheit.

Daß die Vereinigten Staaten immer mehr auf Kollisionskurs mit Gott kommen, ist nicht zuletzt auch deshalb möglich und durchsetzbar, weil diejenigen, die es eigentlich besser wissen müßten, es mit den Geboten Gottes ebenfalls nicht mehr so genau nehmen. Wenn man überlegt, daß die größte protestantische Kirche der USA, die "Southern Baptists", keine Bedenken mehr gegen eine Mitgliedschaft in einer Freimaurerloge hat, dann weiß man so ziemlich genau, wo wir im Augenblick stehen. Zu dieser Kirche gehört übrigens auch der derzeitige Präsident Bill Clinton. Ebenso sein Vize Al Gore.
Während des Wahlkampfes für die Präsidentenschaft haben sich die Homosexuellen-Organisationen in den USA für Clinton so stark gemacht wie nie zuvor für einen Kandidaten. Und als Clinton es geschafft hatte, da waren die Schwulen Amerikas in Hochstimmung. Clinton hatte ihnen zuvor mehrfach versprochen, er würde dafür eintreten, daß sie nicht länger diskriminiert würden. Schließlich sei die sexuelle Orientierung des einzelnen seine Privatsache.
Nach der Wahl nahmen ihn dann die "Gays" natürlich beim Wort, und Clinton ließ sich nicht lumpen. Er besuchte nicht nur, als erster Präsident der Vereinigten Staaten, eine Galaveranstaltung der Homosexuellen-Bewegung, er votierte auch unverzüglich gegen das Verbot der Homosexualität bei den US-Streitkräften, und zwar mit Erfolg.
Das Land mit dem Sternenbanner gerät unter Präsident Clinton zunehmend ins "rosa" Zwielicht. Analog seiner demonstrativ zur Schau getragenen Sympathie für die Homosexuellen, berief er erst unlängst den sich offen zur Homosexualität bekennenden James Hormel in den diplomatischen Dienst der Vereinigten Staaten. Er soll die USA im Großherzogtum Luxemburg als Botschafter vertreten, wobei zwar noch unklar ist, ob sein Lebenspartner als offizieller Botschaftsgatte in Erscheinung treten darf.
Die Clintonsche Lockerungspolitik zielte aber hauptsächlich auf die von seinen Vorgängern verhängten Einschränkungen bei der Abtreibung, so daß wieder grünes Licht zum Massenmord gegeben werden konnte. Der dritte Weltkrieg braucht eigentlich erst gar nicht auszubrechen. Er findet bereits auf den Schlachtbänken der Abtreibungskliniken statt, wo Millionen Ungeborener bestialisch umgebracht werden, ohne sich dagegen wehren zu können. Ihre Zahl wird weltweit mit 60 Millionen jährlich geschätzt.
Dies sind Sittenbilder einer Gesellschaft, wie sie nicht drastischer und grauenerregender gezeichnet werden können. Und dies geschieht, wie gesagt, unter der Verantwortung von Menschen, die mit dem Gesangbuch unter dem Arm und mit frommem Augenaufschlag am Sonntag in die Kirche marschieren und dabei nichts weiter als Heuchelei kundtun.
Von Clinton wird unter anderem gesagt, er sei während des Gottesdienstes so ergriffen, daß ihm bei den Chorälen die Tränen in den Augen stehen würden. Dieser Mann, der einmal gesagt hat: "Ich glaube nicht, daß nach der Bibel Abtreibung Mord ist", und nach dessen Ansicht die Gebote Gottes zur Homosexualität nichts aussagen, ist inzwischen weit und breit bekannt geworden, auch für recht lockere moralische Grundsätze …
So ist eine Sexklage gegen ihn anhängig. Sie bezieht sich auf die Zeit, als Clinton noch Gouverneur des Staates Arkansas war. Damals habe er eine Mrs. Jones "in sein Hotelzimmer bestellt, sich vor ihr entblößt und sie zum Oralsex aufgefordert", so Presseberichte wörtlich. Dies soll übrigens nicht der erste Fall dieser Art gewesen sein. Wenn man sich in diesem Zusammenhang vergegenwärtigt, daß solche Leute als Staatsmänner und Politiker maßgeblich Einfluß auf die Geschicke der Menschheit haben, dann ist es wahrlich nicht schwer, zu erkennen, daß wir uns bereits mitten im endzeitlichen Sodom und Gomorrah befinden.
Es geht zusehends bergab in "Gottes eigenem Land". Die Gattin des Präsidenten, Hillary Clinton, die der methodistischen Kirche angehört, hat ebenso wie ihr Mann nicht nur ein wohlwollendes Verhältnis zum Islam und dem Koran, die First Lady knüpft auch mit Hilfe einer "spirituellen Beraterin" fleißig Kontakte ins Jenseits. So soll sie unter anderem mit der 1963 ver-

storbenen Eleanor Roosevelt sowie mit dem toten Mahatma Gandhi imaginäre Gespräche geführt haben. Jüngst ließ sie sich sogar von einem indianischen Geistheiler "segnen".

**Die Hure Politik**

Unter den Machtmitteln, aufgrund derer Satan heute die ungläubige Menschheit beherrscht, ist das der politischen Machenschaften aller Art ein hervorstechendes. Es wird immer deutlicher, daß auch noch die letzten vereinzelten Bastionen christlichen Einflusses in der Politik unseres Landes vom antigöttlichen Zeitgeist hinweggefegt werden. Die Politiker sind mitverantwortlich dafür, daß unsere Welt in einem Chaos landet, weil sie sich nur von Zeitströmungen leiten lassen und nicht von dem, was Gottes Gebote den Menschen als Maßstab ihres Handelns vorschreiben. Sie sind nicht mehr bereit, moralische und christlich ethische Werte anzuerkennen und zu bewahren.

Noch vor nicht all zu langer Zeit standen jugendgefährdende Filme wie zum Beispiel "Das Schweigen" von Ingmar Bergmann auf dem Index. Die Kindestötung im Mutterleib war ebenso verboten wie Homosexualität und Pornographie. Ehe und Familie waren geschützt, und Ehescheidung erfolgte nach dem Schuldprinzip.

Man nannte Sünde noch beim Namen. Dann aber haben die Politiker dem sich unter satanischem Einfluß entwickelnden veränderten Rechtsbewußtsein Tür und Tor geöffnet. Sozusagen über Nacht wurde die Pornographie freigegeben, die sexuelle Freiheit für alle gefordert, die Abtreibung legalisiert und der Sexualkundeunterricht in den Schulen eingeführt. Damit war das moderne Sodom eingeläutet. Es gibt heute nicht eine Stadt in unserem Land, wo die Sünden dieser verruchten biblischen Stätte nicht offen ausgeübt werden.

Wenn man die Handlungsweise der Verantwortlichen hinterfragt, dann sagen sie sorglos und im Brustton der Überzeugung, sie hätten alles im Griff. Aber das ist eine Lüge. Sie haben überhaupt nichts im Griff. Sie haben nicht mal ihr Privatleben im Griff. Unlängst stellte ein Journalist die berechtigte Frage: "Kann sich ein 82 Millionen Volk an Männer binden, die jeweils drei bzw. zwei Frauen nicht an sich binden konnten?

Leben sie doch bereits mit der vierten bzw. dritten zusammen. Führungspersönlichkeiten mit wechselnden ehelichen und außerehelichen Verhältnissen wecken Zweifel an ihrer Fachkompetenz, weil ihre Lebenskompetenz offenbar nicht sonderlich ausgebildet ist." Damit sind die Ministerpräsidenten von Niedersachsen und dem Saarland gemeint. Einer von ihnen wird im Herbst 1998 als Kanzlerkandidat für die Bundesrepublik Deutschland aufgestellt (wer von beiden, ist bei der Abfassung dieser Zeilen noch nicht bekannt).

In der ZDF Sendung "Frontal" am 14. Oktober 1997 sagte der Moderator Hauser: "Wer dreimal sein Ja-Wort bricht, dem glaubt man nicht." Und sein Kollege Kienzle meinte: "Der Schröder bricht sein Ja-Wort im Schnitt alle zwölf Jahre. Das sind immerhin drei Amtszeiten eines Bundeskanzlers." Daraufhin wiederum sein Vorredner: "Ein Mann, der drei Frauen sitzenläßt, der läßt irgendwann auch ein ganzes Volk sitzen …"

In einem Leserbrief an eine bekannte deutsche Tageszeitung schreibt eine Frau: "Bin ich altmodisch, weil mir Herr Schröder durch seinen Umgang mit Frauen unsympathisch geworden ist? Bin ich altmodisch, weil ich der Meinung bin, daß dies auf eine menschliche Unreife hinweist und ich mir deswegen nicht vorstellen kann, daß dieser Mann geeignet ist, Führungspositionen innezuhaben? Ich weiß nicht, aber für mich ist dieses Verhalten, immer wieder Ehen aufzulösen, wenn es scheint, etwas Besseres gefunden zu haben, ein Zeichen von Mangel an Konfliktfähigkeit, von Lernbereitschaft und Achtung gegenüber dem Menschen, mit dem eine Partnerschaft eingegangen wurde … Ein Politiker ist kein Showstar. Er sollte auch ein Vorbild in seinem persönlichen Leben sein."

Der vorgenannte Professor an der Universität Hohenheim/Stuttgart, Günter Rohrmoser, erklärte in einem Interview mit Helmut Matthies zu der Frage, ob die Erneuerung in Deutschland von der SPD und deren Führungskräften kommen könne: "Der SPD Vorsitzende Oskar

Lafontaine hat auf die Frage nach seinen Lebensmaximen, die ihn vor dem Mißbrauch der Macht schützen sollen, geantwortet: 'Fressen, Saufen und F. ...' Daran sehen Sie, daß von dieser Partei auch keine Erneuerung zu erwarten ist."
Von Leuten regiert zu werden, die aufgrund ihres Lebenswandels christlich ethische Werte kaum noch repräsentieren können, ist ein Greuel. Es war überdies früher auch nicht denkbar, daß die Inhaber hoher Staatsämter, deren Ehebruch öffentlich bekannt wurde, weiter in ihrem Amt bleiben konnten. Heute darf sich über diese "Privatsachen", die nur noch als Kavaliersdelikte angesehen werden, kein Mensch mehr ein Urteil erlauben.
"Vor über 60 Jahren noch mußte Englands König auf den schönsten Thron der Welt verzichten, um eine geschiedene Frau heiraten zu können", schrieb der Publizist Claus Jacobi: "Heute ist der britische Kronprinz selbst geschieden. Mit Ronald Reagan zog der erste geschiedene US-Präsident ins Weiße Haus … Im 20. Jahrhundert des Zweifels begannen viele Menschen dem Wert der herkömmlichen Ehe zu mißtrauen (wie so manchem anderen auch). Warum warten, bis der Tod scheidet, wenn's das Amtsgericht kann. Warum nicht Freuden ohne Fesseln, warum nicht jung gegen alt eintauschen?"
Als sich vor einem Jahrzehnt der amerikanische Präsidentschaftsbewerber Gary Hart anschickte, das Weiße Haus zu erobern, da stolperte er über sein unmoralisches Leben, und seine Karriere war sehr schnell zu Ende. Einige Zeitungen veröffentlichten nämlich Bilder der Geliebten des verheirateten Hart. In den USA muß das Staatsoberhaupt, zumindest nach außen, immerhin noch eine einigermaßen saubere Weste haben. Kandidaten mit drei gescheiterten Ehen wie Gerhard Schröder hätten dort keine Chance.
Wer nun aber glaubt, daß die außerehelichen Liebesaffären der prominenten Spitzenpolitiker (der SPD) ihrer politischen Karriere bei uns schaden würden, der irrt sich. Eine öffentliche Diskussion darüber, ob zum Beispiel Schröder angesichts seiner privaten Beziehungsprobleme für das Kanzleramt geeignet ist, findet in Deutschland nicht statt. Davon sind wir weit entfernt. Das wäre, wie eine Zeitung schreibt, "ein Rückfall in die muffige Moral der 50er Jahre". Heute könnten die Bürger sehr wohl unterscheiden zwischen dem "individuellen Recht auf private Neigungen und dem Umgang mit dem Institut der Ehe".
Weder Altkanzler Willy Brandt, der, wie er einmal forsch sagte, in seinem Leben "nichts anbrennen" ließ, noch der CSU Vorsitzende Theo Waigel, die beide ihre Ehefrauen wegen einer Jüngeren sitzen ließen, könnten "wegen ihrer amourösen Eskapaden nicht unsolide genannt werden", so die liberale Presse.
Was Waigel betrifft, so meinte der Münchener Kardinal Georg Wetter seinerzeit nicht ohne Grund, ob man einem solchen Mann überhaupt noch Verantwortung übertragen könne, der einen solchen Lebenswandel führt. Nachdem er 27 Jahre lang mit der ihm angetrauten Frau verheiratet war, verließ er sie unter den unwürdigsten Umständen und wandte sich einer nahezu 20 Jahre Jüngeren zu. Für einen Mann seines Schlages, der nach der Bibel offen in Ehebruch lebt, haben die göttlichen Gebote lediglich den Stellenwert eines Tirolerhutes, wie es einmal jemand ausdrückte.
Um auf die "Neigungen" von Gerhard Schröder zurückzukommen, so hatte er von Anfang an keinen Hehl daraus gemacht, daß er das Land Niedersachsen bewußt ohne Gott regieren möchte. Sechs Minister seines Kabinetts verzichteten bei der Eidesformel anläßlich der Amtsübernahme auf den Zusatz: "So wahr mir Gott helfe …" Sie wollten also von vornherein Gott aus allen ihren politischen Bemühungen ausgeschaltet wissen. Schon seinerzeit, als er noch Bundesvorsitzender der Jungsozialisten war, umriß Schröder knallhart die Richtlinien seiner zukünftigen Politik: "Unsere Aufgabe ist es nicht, Kirchen zu bekämpfen, sondern gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, in denen Kirchen überflüssig sind."
Es fällt immer wieder schwer, zu begreifen, daß sich solche Leute nicht nur in verantwortlichen Staatspositionen befinden, sondern auch noch maßgeblich an der Gesetzgebung beteiligt

sind. Von ihnen sagt die Bibel: "Weh denen, die aus Finsternis Licht und aus Licht Finsternis machen …" (Jesaja 5, 20).
Was das Zusammenleben zwischen Mann und Frau betrifft, so hat uns Gott eine wunderbare Gebrauchsanweisung gegeben, die Bibel, sein Wort. In diesem Buch steht kein Wort zuviel aber auch keines zu wenig. Die Ehe ist von Gott selbst eingesetzt worden. Sie ist keine menschliche Erfindung und auch keine wissenschaftliche Errungenschaft. Darum kann sie auch nicht willkürlich manipuliert werden. Nur unter der Führung Gottes und bei Beachtung der göttlichen Normen ist eine Ehe wirklich glücklich und gesegnet.
Die meisten unserer Politiker sind total unfähig, auch nur einigermaßen vernünftige Maßnahmen zu treffen. Ihr Handeln besteht weitgehend nur aus Lüge, Betrug, Korruption, Bereicherung und leeren Versprechungen. Einer unserer Kanzler hat einmal lakonisch gesagt: "Was kümmert mich mein dummes Geschwätz von gestern …" Für das derzeitige Staatsmanagement in unserem Land gibt es nur ein passendes Wort: Lotterwirtschaft! Unsere "lieben" Volksvertreter plündern die Menschen immer mehr aus, während sie selbst sich an erhöhten Diäten, satten Pensionen und fetten Übergangsgeldern mästen.
Es ist im übrigen heute alles derart verkorkst, daß kein Mensch mehr die politischen und wirtschaftlichen Probleme dieser Welt lösen kann. Und es wird auch keinen Frieden mehr geben auf dieser Erde weder in Israel noch sonst wo. Christen wissen das. Die Bibel sagt es ihnen.
Es gab noch nie so viele Gipfeltreffen wie heute und noch nie so wenig Übereinstimmung in der Lösung der Probleme. Die Großen dieser Welt sind ratlos. Sie wissen weder ein noch aus. Die Quelle, aus der sie Weisheit schöpfen könnten und die Gott die Quelle des Lebens nennt, haben sie längst verlassen und sich statt dessen löchrigen Brunnen zugewandt.
Ein biederer deutscher Pfarrer kam einmal nach Amerika. In New York besuchte er auch den riesigen Palast der Vereinten Nationen am East River. Dort, wo die maßgebenden Führer der Völker zusammenkommen, um die Geschicke der Menschheit zu lenken, um nach Auswegen aus Krisen zu suchen, Elend zu mildern und Kriege zu vermeiden.
Der Pfarrer erzählt dann: "Ich bat einen Ordner, mir die Kapelle zu zeigen. Er sah mich erst etwas eigenartig an, dann sagte er: 'Ach, Sie meinen wohl den Meditationsraum'?"
Wenn man nicht mehr betet, sondern nur noch meditiert, begibt man sich auf einen gefährlichen Irrweg. Bei der Meditation handelt es sich um ein aus dem Buddhismus kommendes östlich religiöses System, um das Unterbewußtsein im Menschen aufzuschließen, des Versinkens in sich selbst, wobei dann eine Passivität entsteht, in die fremde (okkulte) Mächte einströmen können.
Hoffnungen, die sich auf Institutionen wie die korrupte Weltorganisation in New York und deren viele wirkungslosen Nebenorganisationen, auf Nato, EU und Europaparlament stützen, auf daß ein kollektives Sicherheitssystem den Weltfrieden bewahren soll, sind genauso zum Scheitern verurteilt, wie sich seinerzeit der ähnlich klägliche Versuch des Völkerbundes als monströser Unsinn herausstellte.
Am 10. Dezember 1948 verkündeten die Vereinten Nationen die "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte". Seitdem hat es mehr Kriege gegeben als je zuvor. Seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges hat es keinen einzigen Tag wirklichen Friedens mehr gegeben. Es gab ca. 140 Kriege, die 37 Millionen Menschenleben forderten. Das ist mehr als die Hälfte der Opfer der beiden Weltkriege, die insgesamt 65 Millionen betrugen.
Es gibt unter den Menschen keinen wirklichen Frieden. Seit der Stunde, da Kain seinen Bruder Abel erschlug, seit jenem ersten Mord in der Weltgeschichte, haben die Menschen nie mehr aufgehört zu töten, und die Erde hat seither gewaltige Ströme von Blut getrunken. Bis auf den heutigen Tag ist der Frieden eine Illusion geblieben, weil das Herz des Menschen böse ist, wie die Bibel sagt.
Schon der Prophet Jesaja sagte: "Sie kennen den Weg des Friedens nicht, und Unrecht ist auf

ihren Pfaden …"
Die Menschen sehnen sich zwar nach Gerechtigkeit, aber die Ungerechtigkeit wird immer größer in der Welt. Kein Wunder, denn das unrechte Verhalten der Menschen hat seine Ursache in ihrem gestörten Verhältnis zu Gott. Es hat einmal jemand gesagt: "Das Geschöpf ist ohne den Schöpfer bald erschöpft."
Wir leben in einer Welt, die sich von Gott längst losgesagt hat. Seine Gebote haben für die Menschen keine Gültigkeit mehr. Sie wollen, daß Gott draußen bleibt. Man möchte darum auch in den Foren der Nationen der Welt, wie der UN, aus eigener Kraft schaffen, was sich Gott für eine Welt des Friedens vorbehalten hat. Aber dieses Vorhaben wird nicht gelingen, denn es ist ein Vorhaben ohne den Friedensstifter Jesus. Es mündet vielmehr in die größte Menschheitskatastrophe der Weltgeschichte.
Gott hat uns von Anfang an die Regeln übermittelt, nach denen das Leben in seiner Schöpfung funktioniert. Die Gebrauchsanweisung steht in der Heiligen Schrift. Und darum sollte die Bibel auch unser Kursbuch sein. Darum ist das Evangelium der einzig gangbare Weg zum Frieden. Solange wir Gott nicht erlauben, den wahren Frieden in uns zu schaffen, können wir auch nicht erwarten, daß die Völker in Harmonie leben. Die christlichen Werte, die die Menschen inzwischen zu Grabe getragen haben, müssen wieder erneuert werden. Der Apostel Paulus bringt es auf den Punkt: "Wenn wir gerecht geworden sind durch den Glauben, haben wir Frieden mit Gott …"

**Wie vor der Sintflut**

"Wenn der Menschensohn kommt", sagt Jesus, "wird es sein wie zu Noahs Zeit. Damals vor der großen Flut aßen und tranken und heirateten die Menschen, wie sie es gewohnt waren bis zu dem Tag, an dem Noah in die Arche ging. Sie ahnten nicht, was ihnen bevorstand, bis dann die Flut hereinbrach und sie alle wegschwemmte. So wird es auch sein, wenn der Menschensohn kommt."
Es gibt hier eine unübersehbare Parallelität zu den Menschen von heute. Mit den Dingen, die vorstehend genannt werden, sind die Menschen auch heute vollauf beschäftigt. Darum haben sie auch keine Zeit für Gott. "Sie achteten es nicht ...", heißt es in einer anderen Übersetzung. Sie beachteten Gott überhaupt nicht, sie nahmen ihn nicht für voll. Statt dessen gingen sie nur den angenehmen Dingen des Lebens nach: "Sie aßen, tranken, freiten und ließen sich freien ..."
Nun sind Essen, Trinken und Heiraten ja bekanntlich sehr angenehme Dinge und natürlich auch notwendig. Im übrigen sind sie auch von Gott gewollt, brachte Theo Lehmann einmal zum Ausdruck und fügte dem hinzu: "Aber wenn von jemandem weiter nichts zu sagen ist, als er ißt, er trinkt und er hat Geschlechtsverkehr, da weiß man ja noch nicht mal, ob von einem Menschen oder von einem Hund die Rede ist. Denn Essen, Trinken und Sex, diese drei Dinge, hat der Mensch mit dem lieben Vieh gemeinsam. Aber schließlich muß es da doch noch einen Unterschied geben. Und den gab's damals eben nicht …"
Den gibt es auch heute nicht. Auch heute erschöpft sich alles in Fressen, Saufen und Sex. Mehr ist nicht drin. Jeder denkt nur an sein Vergnügen. Der Gedanke an Gott hat da keinen Platz. Die Menschen sind ausschließlich mit materiellen Dingen beschäftigt. Jesus hat dies damals schon gewußt, und darum sagte er auch, so wie die Leute waren, bevor die Sintflut kam, werden sie auch sein, bevor ich wiederkomme. Sie mißachten Gottes Gebote, sie treten sie mit Füßen. Wir leben heute in einer Gesellschaft, wo der Mensch ohne Gott glücklich zu werden versucht und wo der Name Christi nicht willkommen ist. Es ist ein Zeitalter, das Jesus als das letzte bezeichnet hat. Die Bosheit der Menschen ist heute so groß, daß Gott sie nur noch strafen kann.
Es soll sich niemand einbilden, dies alles würde ewig so weitergehen und Gott würde auch weiterhin stillschweigend zusehen. Dann hätte er uns nicht sein Wort zu geben brauchen.

Wenn Jesus uns warnt, mit dem ausdrücklichen Hinweis auf Noah und seine Zeit, dann sollten wir gut hinhören. Jesus sagt uns, daß dann das Ende kommen wird. Überhaupt hat Jesus sehr ausführlich über dieses Thema gesprochen. Allein im Matthäus-Evangelium finden wir zwei Kapitel darüber, das 24. und 25. Kapitel. Das zeigt uns die gewaltige Bedeutung dieser Aussagen.
Damals vor der Sintflut schaute Gott vom Himmel und sah die Gottlosigkeit auf Erden. Es entging ihm nichts, und er drückte auch kein Auge zu. In 1. Mose 6, 6 heißt es: "Da reute es Gott, daß er die Menschen gemacht hatte."
Es gab noch nie soviel Gesetzlosigkeit wie heute. Man könnte mit Jesaja sagen: "Finsternis bedeckt das Erdreich und Dunkel die Völker" (60, 2).
Jede Nachrichtensendung bestätigt heute die Angaben der Bibel, die Vorzeichen der untergehenden Welt, wie sie Jesus vorausgesagt hat. Aber die Menschen hören nicht auf Jesu Worte. Sie sind genauso verstockt wie zu Noahs Zeiten. "... Und sie achteten nicht darauf."
Aber Noah ließ sich nicht beirren. Er baute die Arche, genau so, wie Gott es ihm befahl. Und was für ein Schiff war das. Wir können es in der Bibel nachlesen: 145 Meter lang, drei Decks mit einer Deckfläche von 89.000 Quadratmetern. Das sind ungefähr 18 Fußballfelder. Der Rauminhalt des Schiffes betrug 39.500 Kubikmeter. Das war ein Brummer von der Größe eines heutigen Ozeanriesen. Und das alles mitten in der Wüste. Ringsum kein Wasser. Weit und breit kein Fluß, kein Meer, nur trockenes Land.
Kein Wunder, daß die Leute ihn alle ausgelacht haben. Sie haben ihn verspottet, verhöhnt und überall lächerlich gemacht. Am meisten aber haben sie über die Aussage Noahs gelacht, als er sagte, Gott habe es ihm befohlen, dieses Schiff zu bauen. Genau so, wie sie heute über die Warnungen der Bibel spotten, wenn man ihnen sagt, daß bald das Gericht kommen wird.
Der Bau der Arche erregte viel Aufsehen damals. Und die Nachricht von dem alten "verrückten" Mann verbreitete sich mit Windeseile im ganzen Land. Sicherlich sagten sich viele der Spötter: "Dieser Noah hat bestimmt einen Sonnenstich bekommen. Ist ja auch kein Wunder, mitten in der Wüste ein Schiff zu bauen!"
Ich kann mir auch gut vorstellen, daß man überall im Land so eine Art von Kaffeefahrten organisierte, um den neugierigen Zeitgenossen diese Sensation vorzuführen. Und dann kamen sie in Scharen und starrten Noah an wie einen Exoten, wie einen Geisteskranken, der zudem altersschwach und senil ist, bei dem man schon den Kalk rieseln hört. Ein Mann mit Halluzinationen. Und sie sagten sich: "Wie können wir doch froh sein, daß wir normal sind."
Aber die Bibel berichtet uns: Die Flut nahm sie alle hinweg, alle die Spötter und Ungläubigen. Die Menschen verlassen sich bekanntlich so gerne auf ihren Verstand und auf das, was sie sehen und erklären können. In Sprüche 3,5 warnt uns der weise Salomo davor, uns auf unseren Verstand zu verlassen. Wir sollen statt dessen vielmehr allein auf den Herrn vertrauen und auf das, was er uns sagt. Noah hörte nur auf Gott, und der gab ihm genaue Anweisungen, wie er die Arche bauen sollte, und die befolgte Noah dann auch, denn er glaubte und vertraute Gott.
Er hat sich auch nicht vorstellen können, daß es einmal 40 Tage lang regnen wird. Er sagte auch nicht etwa: "Herr, es gibt doch überhaupt keine wissenschaftlichen Erkenntnisse und Beobachtungen, die auf eine große Flut hindeuten. Noah hatte in seinem ganzen bisherigen Leben noch nie eine Flut gesehen, und er war bis zu diesem Zeitpunkt immerhin schon 600 Jahre alt. Noah hatte auch keine Wetterkarte. Er hörte keinen Wetterbericht, und es gab damals noch keine Satellitenfotos und auch keine Meteorologen, die ihm hätten sagen können, daß sich ein großes Unwetter entwickelt. Noah konnte sich nur auf das Wort Gottes verlassen. Er argumentierte auch nicht mit Gott, er glaubte an Gott. Gott hatte es ihm ja schließlich gesagt.
Und dann kam der Sturm, dann kam das Wasser, und es stieg und stieg und überschwemmte

alles. Die Flut nahm sie alle hinweg. Alle! Nicht nur einige. Die Alten und die Jungen. Ob sie nun erst in der Blüte ihrer Jahre standen oder schon graue Haare hatten. Die Reichen und die Armen, die Bettler und die Fürsten, die Dirnen und die Frommen, die Spötter und die Theologen, die Hurer und die Priester. Die Flut deckte alles zu: die Lehmhütten der Elenden und die Paläste der Könige, die ruchlosen Freudenhäuser und die Tempel der Religiösen. Sie alle waren außerhalb der Sicherheitsarche. So wird es auch einmal am Ende der Zeit sein.

Charles H. Spurgeon, der große Erweckungsprediger im vergangenen Jahrhundert, hat den Spöttern, Zweiflern und Besserwissern einmal ins Stammbuch geschrieben: "Die Flut hat sie alle vertilgt. Doktor der Rechte und der Theologie wurden unbarmherzig dahingerafft. Niemand war imstande, durch alles, was er je gelernt hatte, der Flut zu entrinnen. Wissen ist keine Rettungsboje. Logik ist kein Schwimmgürtel und Rhetorik kein Rettungsboot. Mit ihrer ganzen Wissenschaft versanken sie, gingen sie unter … Und so werden sie alle dahingerafft werden von der Flut des Gerichts, wenn sie sich dem Rettungsangebot Gottes in seinem Sohn Jesus Christus entziehen."

Das nächste Mal, so sagt Gott, kommt nicht Wasser, sondern Feuer. Das wird am Ende des 1.000-jährigen Reiches sein. Dann wird auch das Gericht vor dem großen weißen Thron stattfinden. Im 2. Petrusbrief (4,5-7) heißt es: "Sie wollen nicht wahrhaben, daß es schon einmal einen Himmel und eine Erde gab. Gott hatte sie durch sein Wort geschaffen. Die Erde war aus dem Wasser aufgestiegen, und auf dem Wasser ruhte sie. Und durch das Wasser wurde sie auch zerstört: durch die große Flut. Ebenso ist es mit der jetzigen Welt. Sie besteht nur so lange, wie Gott es bestimmt hat. Wenn der Tag des Gerichts da ist, wird sie durch Feuer untergehen, und mit ihr alle, die Gott nicht gehorcht haben".

Eines Tages ist der letzte Tag. Eines Tages ist Schluß. Eines Tages ist die Welt zu Ende. Vom 1. Buch Mose bis hin zum Buch der Offenbarung lesen wir davon, daß einmal der Tag kommen wird, an dem Gott Gericht hält. Und dieser Tag ist bereits längst festgesetzt. Es ist der Tag X in der Geschichte der Menschheit. Dann werden einmal alle Menschen Rechenschaft darüber ablegen müssen, was sie auf dieser Erde getan oder nicht getan haben.

"Sie werden dann der Tatsache ins Auge sehen müssen, vor der sie bisher die Augen verschlossen haben. Nämlich, daß Jesus lebt, daß die Christen nicht gesponnen haben und daß die Bibel kein Märchenbuch ist. Da kann sich dann keiner drücken, nicht mal durch den Tod. Denn die Toten werden auferstehen. Egal, ob die Menschen am Jüngsten Tag schon gestorben sind oder noch leben bei diesem Treffen mit Jesus sind sie dabei, auf alle Fälle ..." So hat es einmal ein gläubiger Pfarrer in einer sehr anschaulichen Predigt zum Ausdruck gebracht.

120 Jahre lang hat Noah gepredigt und gewarnt. Und dann gab Gott nochmals sieben Tage, ganz zum Schluß. Wir können das nachlesen im 1. Buch Mose, 7, 4. Wie viele Menschen hat Noah in diesen sieben Tagen noch retten können? Keinen, nicht einen einzigen trotz dieser Brisanz. Es hat einmal jemand gesagt: "Wer im Zeitraum von 120 Jahren abgestumpft ist, der läßt sich auch in den letzten sieben Tagen nicht mehr retten …" Bei Noah haben nur die eigenen Familienangehörigen auf Gott und seine Ermahnung gehört. Unser Problem heute ist, daß nicht mal mehr unsere eigenen Familienangehörigen auf uns hören.

Es gibt ein zu spät! Wenn der Mensch die Liebe Gottes mit Füßen tritt, wenn er aus lauter Stolz und Selbstbewußtsein die Liebe Gottes nicht haben will, dann kommt die Stunde, in der auch Gott nein sagt. Dann werden sie rufen, schreien, flehen, sie werden ihre Kleider zerreißen, aber Gott wird nicht antworten. Die Chance ist vertan, und sie wird den Unbußfertigen nie wieder geboten. Die Flut wird sie alle hinwegnehmen. Es wird auch diesmal sein wie zur Zeit Noahs. Die einen sind drinnen, die anderen sind draußen …

Die Menschen haben sich seitdem nicht geändert. Sie spotten und höhnen nach wie vor gegen alles Göttliche. Sie leben und handeln im Geist ihrer Zeit. Bei Noah haben sie gesagt: "Seht euch nur diesen lächerlichen Kasten an ..." Aber der Kasten schwamm, und die acht Men-

schen, die sich darinnen befanden, überlebten. … Spötter machten sich schon immer lustig über die Vorstellung göttlichen Gerichts und ihres Verlorenseins. Sie lachten nicht nur über Noah, sie lachten ebenso über Jeremia, als er die Zerstörung Jerusalems vorhersagte. Sie lachten auch über Lot, der Sodom warnte, und sie lachten über Amos und seine Gerichtsankündigung. Aber die Gerichte Gottes trafen immer ein, präzise und unerbittlich. Die Zerstörung war jedesmal total.

Auch heute hängt alles davon ab, ob wir uns innerhalb oder außerhalb der Arche befinden. Die Menschen müssen sich entscheiden. Es gibt den Zeitpunkt, wo die Gnadenzeit vorbei ist. Und so wie hinter Noah und seiner Familie Gott selbst die Türe abschloß, wie hinter den fünf Jungfrauen die Türe verschlossen wurde und Jesus den fünf törichten sagte, daß er sie nicht kenne, so gibt es Rettung nur für den, der rechtzeitig die bergende Arche aufsucht. Das muß aber noch vor der Flut sein.

Dabei spielt das Maß unserer Sünden keine Rolle, ob wir viel oder wenig gesündigt haben. Gott fragt uns nicht, ob wir die Ehe gebrochen, gestohlen oder gar gemordet haben. Er fragt uns nur, und das ausschließlich, nach unserem Verhältnis zu seinem Sohn. Und solche, die ihn, den Herrn Jesus, im Glauben angenommen haben, werden gerettet, die anderen aber, die ihn abgelehnt haben, gehen verloren. In den Augen Gottes gibt es nur zwei Wege, den breiten und den schmalen.

Es gibt nur zwei ewige Bestimmungen, ewige Freude oder ewige Pein. Die Bibel sagt uns: "und wisset, daß ihr nicht mit vergänglichem Silber und Gold erlöst seid von eurem eitlen Wandel nach der Väter Weise, sondern mit dem teuren Blut Christi, als eines unschuldigen und unbefleckten Lammes" (1. Petrus 1, 18).

Ohne bewußte Bekehrung zu Jesus Christus sind wir alle verloren und nimmt uns die Flut hinweg. Gott gibt dem unbußfertigen Sünder auch keine zweite Chance. Das Gericht ist eine furchtbare Endgültigkeit. Nur die, die mit Noah in der Arche waren, waren sicher. Sie wurden durch die schreckliche Katastrophe hindurchgebracht. Und so wird Jesus Christus auch alle die erhalten, die sich in ihm bergen. "Wer zu mir kommt, den werde ich nicht hinausstoßen", sagt er und fordert uns auf, durch die enge Pforte zu gehen.

Die Arche Noah hatte nur eine Tür. Auch heute gibt es nur eine Tür zur Errettung, und diese Tür ist Jesus, der von sich sagte: "Ich bin die Tür, wer durch mich hineingeht, der wird selig werden" (Johannes 10, 9). Außer der Tür hatte die Arche noch ein Fenster nach oben. Heute ist das nicht anders. Wir können nur nach oben blicken. Wir finden nur Schutz in der Arche des Gnadenbundes, dem Werk und der Person Christi. Jesus sagt eindringlich und nicht ohne Grund immer wieder: "Wachet!"

Dieser Befehl kommt im Neuen Testament in Verbindung mit der Wiederkunft des Herrn zehnmal vor; allein neunmal aus dem Mund des Herrn selbst. Noch nie war Wachsamkeit so dringend nötig wie gerade in unseren Tagen. Wir sind in einer Zeit angelangt, wo alles zu Ende gehen wird. Und wir tun gut daran, weniger auf die Nachrichtensprecher zu hören als vielmehr auf das biblische Wort.

Bald werden die Bücher geschlossen werden, und wenn der letzte Mensch den Leib Christi vervollständigt hat, dann wird das Gnadentor sich schließen und niemand kann mehr hineinkommen. Das könnte noch heute geschehen. Es hat einmal jemand gesagt: "Der Leib Christi wird keine Mißbildung sein. Er wird keine sechs Finger an einer Hand haben. Es wird ein vollkommener Körper sein. Jedes Glied daran ist im Blute Jesu gewaschen und wiedergeboren."

**Mahnung zur Umkehr**

In diesem Buch wurden wiederum eine Menge von Fakten zusammengetragen, die in teils erschreckender Form bezeugen, daß sich nicht nur in unserem Volk derzeit ein ungeheuerlicher moralischer, sittlicher und ethischer Bewußtseinswandel vollzieht, der sämtliche mensch-

lichen Grundwerte auflöst. "Ihrer Sünde rühmen sie sich wie die Leute in Sodom und verbergen sie nicht. Wehe ihnen!" (Jesaja 3, 9).
In bedrohlicher Vielzahl werden die Menschen "immer perverser, verhurter, gottloser, satanischer, greulicher, mörderischer, sündiger und antichristlicher. Die Gottlosigkeit schreit zum Himmel …" formulierte es die "Evangeliums Mission". Mit ungeheurer Wucht überrollt die Lawine der Schamlosigkeit und Hurerei unser Land und reißt das Volk immer mehr in den Abgrund des Verderbens.
Sicher wurden Sünden der vorgenannten Art zu allen Zeiten begangen, aber heute werden sie öffentlich geduldet. Unser Land ist zu einem Tummelplatz der abscheulichsten Formen der Sittenlosigkeit geworden. Das Widergöttliche und Unnatürliche ist inzwischen Norm. Die Kinder gehorchen ihren Eltern nicht mehr. Die Eltern gehorchen Gott nicht mehr. Auch die Obrigkeit gehorcht Gott nicht mehr. Das hängt damit zusammen, daß in den letzten 50 Jahren, wie nie zuvor, Generationen von Gottlosen heranwuchsen.
Es begann mit der Preisgabe der Grundlage allen Glaubens, der Heiligen Schrift. Wo das Wort Gottes preisgegeben wird, braucht man sich über die Folgen nicht zu wundern. Unsere Gesellschaftsordnung ermöglicht es, daß gottlose Menschen wiederum gottlose Menschen in das Parlament wählen, die ihrerseits gottlose Gesetze erlassen, damit die Gottlosen so richtig in allerlei Sünden leben können. Eine ganze Anzahl von Moralgesetzen wurden inzwischen "reformiert". Andere ganz abgeschafft. Mit dieser Art von zügelloser Freiheit haben die liberalen Politiker Deutschland zu einem Schweinestall gemacht.
Eine Gesellschaft, die Handlungen wie Homosexualität, Pornographie, Drogenmißbrauch, Abtreibung und andere duldet, oder sogar öffentlich noch fördert, obwohl sie in den Augen Gottes Sünde und Greuel sind, gräbt sich ihr eigenes Grab. Die Bibel sagt uns: "Gerechtigkeit erhöht ein Volk, aber die Sünde ist der Leute Verderben" (Sprüche 14, 34).
"Wenn die Menschen gottlos leben, dann sind die Sitten zügellos, die Mode schamlos, die Lügen grenzenlos, die Verbrechen maßlos, die Völker friedlos, die Schulden zahllos, die Regierungen ratlos, die Politik charakterlos, die Beratungen ergebnislos, die Konferenzen endlos und die Aussichten trostlos ..." Ein vielzitierter Slogan, der die Situation unseres Volkes treffend kennzeichnet.
Nach wie vor haben die bekannten Verse des Dichters Heinrich Heine, die er im Leiden um seine Heimat im französischen Exil schrieb, brennende Aktualität: "Denk ich an Deutschland in der Nacht, so bin ich um den Schlaf gebracht. Ich kann nicht meine Augen schließen und lasse meine Tränen fließen."
Wenn wir die Nachrichten hören oder die Tageszeitungen aufschlagen, könnte man in der Tat verzweifeln. Nichts als Mord und Totschlag, Kriege, Katastrophen, Terror, Hungersnöte und Verwahrlosung der Sitten. Genau wie es die Endzeitprognosen der Bibel aufzeigen. Die untergehende westliche Kultur stellt nur noch eine verrottete Zivilisation dar.
Es ist ein regelrechtes Sodom und Gomorrah, das sich wie ein übelriechender Abfallhaufen direkt vor unserer Haustüre anhäuft. Die Menschen taumeln immer mehr in Angst und Hoffnungslosigkeit in eine Situation ohne Ausweg und niemand ist mehr in der Lage, die Probleme der Menschheit zu lösen, die immer verwirrender werden. Als Christen wissen wir, daß aber das Schlimmste für die Menschen erst noch kommt. Die Bibel sagt es uns.
Vor kurzem las ich in einem Andachtsbuch die ernsten Worte von Fritz Berger, eines aufrechten Gottesmannes und Predigers aus der Schweiz:
"Wir gehen einer Zeit entgegen, oder sind schon mitten drin, wo sich der Zorn Gottes gegen die Völker offenbart. Ein Strafgericht über das andere wird kommen. Gott wird mit seinem grimmigen Zorn über alles gottlose Wesen kommen und wird die Spötter spotten und die Schmäher und Lästerer schrecklich heimsuchen, und alles abgöttische Volk muß zuschanden werden, welche meinen, sie können es ohne Gott machen in dieser Welt. Es wird ihnen gehen

wie Sodom und Gomorrah. Ja, was angekündigt ist, wird alles kommen, daß er seinen Feinden die Zunge im Maul verfaulen läßt und die Augen in den Löchern die Zunge, mit welcher sie Gott gelästert haben, und die Augen, mit denen sie sein Volk zu vernichten suchten."
Was im letzten Buch der Bibel, der Offenbarung, an die Gemeinde in Laodicäa gerichtet ist, läßt sich auf unsere heutige Zeit und Situation gleichnishaft übertragen: "Ich weiß deine Werke, daß du weder kalt noch warm bist. Ach, daß du doch kalt oder warm wärst! Weil du aber lau bist und weder warm noch kalt, werde ich dich ausspeien aus meinem Munde. Du sprichst: Ich bin reich und habe gar satt und bedarf nichts, und weißt nicht, daß du bist elend und jämmerlich, arm, blind und bloß" (3, 15-17).
Unermeßlich wird der Zorn Gottes sein, wenn die jetzige Gnadenzeit abgelaufen ist und er die furchtbaren Gerichte, die er in seinem Wort angekündigt hat, über diese gottlose, gottvergessene und gottvermessene Menschheit schütten wird. In der Bibel lesen wir: "Und der Herr wird aus Zion brüllen und aus Jerusalem seine Stimme hören lassen, daß Himmel und Erde erbeben werden" (Joel 4, 16).
Auch den Propheten Jeremia (25, 30-31) ließ er im Hinblick auf unsere Zeit verkünden: "Der Herr wird brüllen aus der Höhe und seinen Donner hören lassen aus seiner heiligen Wohnung. Er wird brüllen über seine Fluren hin, wie einer, der die Kelter tritt, wird er seinen Ruf erschallen lassen und über die Bewohner der Erde hin, und sein Schall wird dringen bis an die Enden der Erde. Der Herr wird mit den Völkern rechten und mit allem Fleisch Gericht halten; denn die Schuldigen wird er dem Schwert übergeben".
Im Wort Gottes wird aber nicht nur das Bild der Apokalypse gezeichnet. Es wird auch die Möglichkeit des Auswegs aus diesem verderblichen Chaos aufgezeigt. Gott verheißt denen, die ernsthaft zu Buße und Neuanfang bereit sind, Gnade und Vergebung. "Siehe, wenn ich den Himmel verschließe, daß es nicht regnet, oder die Heuschrecken das Land fressen oder eine Pest unter mein Volk kommen lasse und dann mein Volk, über das mein Name genannt ist, sich demütigt, daß sie beten und mein Angesicht suchen und sich von ihren bösen Wegen bekehren, so will ich vom Himmel her hören und ihre Sünde vergeben und ihr Land heilen" (2. Chronik 7, 13-14).
Noch gibt Gott den Menschen Zeit zur Buße. Vor der Sintflut warnte er durch Noah und ließ diesen die Arche bauen, damit die Glaubenden gerettet werden. Vor der Zerstörung Sodoms durch Feuer und Schwert schickte er Engel, um Lot und die Seinen aus der verfluchten Stadt herauszuholen. Bevor er Ninive richten wollte, sandte er Jona, um die in ihrer Bosheit verstrickte Stadt zu warnen.
Es gibt noch eine Hoffnung für eine bereits am Abgrund taumelnde Menschheit: Jesus Christus, der von sich sagt: "Ich bin das Licht der Weit. Wer mir nachfolgt, der wird nicht wandeln in der Finsternis, sondern wird das Licht des Lebens haben" (Johannes 8, 12). Als Gott vor 2.000 Jahren seinen Sohn in diese finstere und verdorbene Welt gesandt hat, da hat er es mit der aus seiner unendlichen Liebe geborenen Absicht getan, die zwischen ihm und den Menschen, zwischen Geschöpf und Schöpfer zerbrochene Verbindung wieder herzustellen. Als Jesus dann starb, trug er stellvertretend für uns unsere gesamte Schuld und Sündenlast, unsere Finsternis und Gottesferne zum Kreuz. "Die Strafe liegt auf ihm, auf daß wir Frieden hätten ..." (Jesaja 53, 4).
Dieser Friede und die Möglichkeit, wieder ein Leben nach Gottes Gesetzen, seinem Wohlgefallen und Rechtsempfinden zu führen, ist uns allen angeboten. Die Menschen müssen nur wollen und umkehren.
Wir, die wir Gottes Wort kennen und von dessen Wahrhaftigkeit zutiefst überzeugt sind, müssen die Menschen immer wieder eindringlich warnen und ihnen inmitten des dornigen Gestrüpps des Pluralismus, der geistlichen Verwirrung und den vielen Irrlichtem den Weg aus der Finsternis zeigen. Nur der Weg im Gehorsam dem Wort Gottes gegenüber und in Ehr-

furcht und Achtung seiner Gebote und Gesetze führt in die Seligkeit. Es ist der schmale Weg, nicht der breite, der rettet. Christen sind Wegweiser in einer orientierungslosen Welt, Leuchttürme, die mit der erlösenden Botschaft des Evangeliums die Dunkelheit durchdringen und das untrügliche und wahrhaftige Wort der Schrift bewahren.
Der Inhalt dieses Buches sollte uns trotz der vielen schrecklichen Vorkommnisse und des vielen negativen Materials, das hier zusammengetragen wurde, nicht zum Resignieren bringen.
Einer meiner Verleger, Autor und Leiter einer gesegneten Außenmission, Pastor Peter Assmus, hat im Rahmen einer ähnlichen Publikation einmal festgestellt: "Wer das vorliegende Buch liest und den Heilsplan Gottes, so wie er in der Bibel aufgezeichnet ist, nicht kennt, wird entsetzt sein. Er wird vielleicht sagen: Wie kann man nur so etwas glauben und auch noch in einem Buch publizieren?
Er wird sagen: Ist die Welt nicht so schon schrecklich genug mit alledem, was man Tag für Tag in der Zeitung liest, am Radio hört und im Fernsehen sieht? Oder, ist es notwendig, den Menschen mit Horrorgeschichten der Bibel noch mehr Angst zu bereiten? Nun, ich kann diese Reaktion sehr gut verstehen.
Die Perspektive für die nahe Zukunft wird in der Bibel nicht rosig geschildert. Was gesagt wird, klingt schrecklich und es wird wohl tatsächlich noch schrecklicher sein, als es klingt. Man hat auch wirklich nur die beiden Möglichkeiten, dazu Stellung zu nehmen: Entweder man lehnt die Aussagen der Bibel ab oder man glaubt sie. Auf gar keinen Fall wäre zulässig, das Angenehme zu akzeptieren und das Unangenehme abzulehnen. Leider sind wir in unseren Tagen aber dahin gekommen, daß man vielfach gerade dies tut."
Vom Chaos der letzten Zeit zu reden, macht die Herzen zwar nicht leichter, aber die Bibel fordert uns dazu auf, die Zeichen der Zeit zu beachten und den Menschen den Weg aus der Verlorenheit zu zeigen. Doch bei all dem dürfen wir wissen, unser Herr sitzt nach wie vor im Regiment und hat alles in seiner Hand. Als Kinder Gottes sind wir auf der Siegerseite. Die Menschen wissen nicht, was auf sie zukommt, Christen wissen es: Jesus kommt wieder. Das ist unsere Zukunft. Es ist das größte Geschenk, das Gott uns machen kann außer der Errettung. Wir wissen zwar nicht, wann genau das sein wird, wir glauben aber, daß es bald ist.
Der amerikanische Publizist Joseph W. Thach erläutert dazu: "Dann wird Jedes Volk auf Erden anfangen, eine neue Lebensweise zu erlernen. Der König aller Könige und Herr aller Herren wird die Herrschaft über alle menschlichen Machtgebilde antreten und wird Maßnahmen einleiten, die der Welt endlich dauerhaften Frieden bringen.
Eine von Grund auf neue Gesellschaft, fußend auf Gottes Gesetz der Liebe und des Friedens, wird für alle Menschen errichtet werden. Und die oberste Instanz dieser vollkommenen und gerechten Herrschaft wird die Macht haben, das Richtige durchzusetzen. Und er wird richten unter den Heiden und zurechtweisen viele Völker. Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen. Denn es wird kein Volk wider das andere (mehr) das Schwert erheben, und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen" (Jesaja 2, 4).
"Gefahrvolle und harte Zeiten stehen uns bevor. Die gute Nachricht aber ist: Gleich danach bricht das herrlichste Zeitalter des Friedens an, das die Menschheit nie gekannt hat. Wenn Jesus kommt, dann kommt er als König der Könige, als Herr der ganzen Welt" (Offenbarung 19, 11-12), und sein Reich wird alle weltlichen Reiche ablösen.
In Offenbarung 11, 15 steht dazu geschrieben: "Es sind die Reiche der Welt unseres Herrn und seines Christus geworden, und er wird regieren von Ewigkeit zu Ewigkeit. Das Reich Gottes setzt allen bestehenden Herrschaftsformen ein für allemal ein Ende. Es wird die Machtenthebung aller Regierungen sein, die es auf Erden gibt. Die Länder der Weit werden dann zu Reichen Christi werden und Christus, der König aller Könige, wird oberste Instanz sein. Ihm wird gegeben sein alle Gewalt, und seines Reiches wird kein Ende sein, so sagt es die Schrift."
Die Zeit ist gekommen, wo der Herr sein Volk auf seine Wiederkunft vorbereitet. Es gibt zwei

geistige Mächte in der Welt; die eine ist von Gott, die andere von Satan. Letztere haben wir auf den vorstehenden Seiten zur Genüge kennengelernt. Der Teufel bereitet auf seine Weise seine Handlanger ebenso zu, wie Gott seine Kinder zubereitet. Der Herr hat jedem Menschen das Recht gegeben, demjenigen zu dienen, dem er dienen will. Wir sind an dem Punkt angelangt, bei dem die Geschichte unseres Zeitalters zum Abschluß kommt und an dem wir uns entscheiden müssen.

Die Berichte in diesem Buch wurden nicht zur Befriedigung von Neugierde niedergeschrieben oder etwa wegen der Sensationslust, sondern um die Menschen mit den Zeichen der Endzeit bekannt zu machen und ihnen zu zeigen, wie spät es bereits an der Weltenuhr ist. Es wurde auch durchaus nichts Außergewöhnliches berichtet, denn das Wichtigste und Aktuellste in diesem Buch können Sie in der Bibel selbst nachlesen und das andere in der Tageszeitung. Es wurde nur beides zusammengestellt, verbunden und erklärt, und dabei an die uns vom Wort Gottes auferlegte Pflicht gehalten, unsere Mitmenschen eindringlich vor dem zu warnen, was kommen wird.

Corrie ten Boom sagte dazu einmal ihrerseits: "Ich finde die Tagesnachrichten so schrecklich, daß Zeitungslesen und Nachrichtenhören mich manchmal beinahe verzweifelt und mutlos machen könnten. Ein Ende ist nicht abzusehen. Man beginnt sich zu fürchten und fragt sich, worauf das alles noch hinauslaufen soll. Wie tröstlich ist es dann, die Bibel zu lesen und zu sehen, daß Gott all das, was jetzt geschieht, schon lange vorher gewußt hat, und daß er uns eine herrliche Zukunft verspricht, durch all die schrecklichen Ereignisse hindurch.

Der Herr Jesus beschreibt in seinen Abschiedsworten, in Lukas 21, was wir nun in den Zeitungen lesen können. Darum ist es gut, in unseren Tagen die Bibel zusammen mit den Zeitungen zu lesen. Da erfahren wir es, daß Jesus bald kommen kann. Wir wissen jetzt viel mehr von den Zeichen der Zeit als früher, weil wir sie in den Zeitungen finden. Es ist ein Gebot des Herrn, daß wir auf die Zeichen achten sollen.

Ich glaube, was über die Wiederkunft Jesu in der Bibel geschrieben steht. Alles, was über die Zeit vor dem Kommen Jesu in der Bibel steht, ist geschehen. So wird auch geschehen, was wir über die Wiederkunft Jesu lesen. Ich sage nicht, daß ich das alles verstehe das brauchen wir auch gar nicht … Aber auch das oft so schwerverständliche Buch der Offenbarung ist heutzutage viel besser zu verstehen als vor zehn oder zwanzig Jahren.

Die Bibel sagt uns, daß uns Schuld trifft, wenn wir schweigen. "Jesus weinte über Jerusalem" (Lukas 19, 41). Wie lange ist es her, daß wir eine Träne über die schlechte Stadt, in der wir leben, vergossen haben?", fragte einmal der christliche Publizist W. C. Moore und fuhr fort: "Die größten Verbrecher, die schlimmsten Verräter sind nicht die ehrlosen Politiker, obwohl sie schlecht sind, sondern die Christen, die das schwere Unglück auf unser Land zukommen sehen und weder beten noch handeln, um den Ruin zu verhindern. Gott gab uns die ganze siegreiche Botschaft der Errettung umsonst, damit wir uns daran erfreuen, sie aber auch anderen mitteilen, wie es uns der Herr befohlen hat" (Markus 16, 15 und Matthäus 28, 18-20).

Im Rahmen des Missionsbefehls, den Jesus den Seinen auferlegt hat, ist es unsere wichtigste Aufgabe und heilige Pflicht, zu mahnen und aufzuklären, damit noch so viele kostbare Seelen wie möglich gerettet werden können. Schweigen wir, so wird uns Schuld treffen (2. Könige 7, 9). Es geht um Leben und Tod, und die Zeit ist knapp. Und so möge Gott Gnade geben, daß auch diese Warnschrift den Lesern Segen bringt und sie erkennen läßt, daß all die Fragen, die die Welt bewegen, letztlich nur von einem Buch beantwortet werden können, das ist die Bibel, die Heilige Schrift Gottes.

Bevor ein Schiff am Sinken ist, ertönt der Ruf SOS. Er ist international bekannt und bedeutet: "Rettet unsere Seelen." Für die bevorstehende große Lebenskatastrophe, dem drohenden Untergang eines großen Teiles der Menschheit, erschallt der Ruf Gottes mit der Einladung, in das Rettungsboot Jesu Christi zu kommen, das alle aufnehmen kann, die sich retten lassen wollen.

Noch ist seine rettende Hand ausgestreckt, aber bald kann es zu spät sein.
Darum sagt uns die Bibel auch, daß heute der Tag des Heils ist und "wenn ihr seine Stimme hört, verhärtet eure Herzen nicht" (Hebräer 4, 7). Die seiner Stimme folgen, werden es nie bereuen, die aber die Hand des Erlösers zurückweisen, werden es in alle Ewigkeit bereuen. Er allein ist das Licht der Welt und der einzige Weg in eine glückliche Zukunft.
Um das Bild dieser Zukunft mit menschlicher Vorstellungskraft zu beschreiben, drückte es einmal ein Evangelist mit den Worten aus: "Wo liegt das Land, in dem ein jeder von uns für immer wohnen möchte? Wo gibt es ein Land ohne Sünde, ohne Verbrechen, Gesetzlosigkeit und Blutvergießen, ohne Krankheit, Tod, Schmerz und Herzeleid"?
Himmel heißt das Land, das nichts von alledem mehr aufweist, was so bezeichnend ist für jedes irdische Land. Im Reich Gottes gibt es keine Grenzen, keine trennenden Mauern oder Vorhänge, keine Rassenschranken, keine Soldaten, denn dort werden keine Kriege geführt; es gibt keine Polizei, denn Sünde oder Verbrechen sind unbekannte Begriffe.
Man findet keine Leichenbestatter, denn dort gibt es keine Gräber; keine Ärzte, denn Bakterien, Fieber, Seuchen und Krankheiten fehlen; es gibt dort auch keine Diebe, denn dort herrscht keine Dunkelheit. Wer sehnt sich nicht nach diesem herrlichen, begehrenswerten Land, in dem es keine Trennungen, keine zerrütteten Familien, keine Alkoholiker, keine Drogensüchtigen, keine Gefängnisse, keine Krankenhäuser, keine Bettler, keine Blinden, Tauben, Stummen oder Lahmen gibt? Welch ein Land! …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 17. Januar 2003: >>**Wir sind alle Amerikaner**
Der imperiale Einfluß der USA fußt vor allem auf einer kulturellen Übermacht
Viel ist in diesen Tagen von dem Machtstreben der USA und der mit diesem Streben verbundenen Hegemonialpolitik zu lesen. Mit Recht, schicken sich doch die USA mit imperialem Gestus an, dem Weltgeschehen immer unverhohlener ihren Stempel aufdrücken zu wollen. Ein Indiz dafür ist die Kaltschnäuzigkeit, mit der die USA alle Einwände gegen einen Krieg mit dem Irak beiseite wischen.
"Bush will den Krieg um jeden Preis", erklärte jüngst der ehemalige UN-Generalsekretär Butros Ghali. Die USA verhielten sich, so ergänzte Ghali, "wie ehedem die Kolonialmächte im 19. und 20. Jahrhundert". Dennoch wagt keiner der mit den USA "befreundeten" Staaten lauten Protest. Diese benehmen sich vielmehr so, wie es sich die graue Eminenz der US-amerikanischen Außenpolitik, Zbigniew Brzezinski, immer erhofft hat: nämlich wie "Vasallenstaaten".
Dieser Vasallenstatus ist freilich nicht nur ein von den USA oktroyierter. Das Phänomen der globalen US-Hegemonie muß differenzierter betrachtet werden. Diese beruht zu einem guten Teil auf der kulturellen Wirkmächtigkeit der USA. Während viele europäische Intellektuelle bei ihren Reisen durch die USA eine ambivalente Erfahrung aus Faszination und Ablehnung durchleben, bewundern viele Völker dieser Erde die USA und versuchen diese fast bruchlos zu imitieren oder gar zu kopieren.
Deswegen ist es immer nur ein Teil der Wahrheit, wenn Neomarxisten oder auch konservative Kulturkritiker den weltweiten Siegeszug des American Way of Life als "Kolonialismus" oder "kulturellen Imperialismus" zu denunzieren trachten. Auch wenn die USA einerseits ein Netzwerk "tributpflichtiger Vasallen" unterhalten, auf allen Kontinenten präsent sind, und andererseits an vielen Orten dieser Erde US-amerikanische Symbole, Fahnen oder Bilder amerikanischer Präsidenten zerfetzt oder verbrannt werden, verbreitet sich die amerikanische Art zu denken und zu handeln nach Art einer "mimetischen Replikation" (Rudolf Maresch). Der weltweiten An- und Übernahme US-amerikanischer Werte wird im Grunde genommen - sieht man vom islamischen Fundamentalismus einmal ab - kein nennenswerter Widerstand entgegengesetzt.

Die USA seien heute die "erste universelle Nation", formulierte der US-Historiker Ben J. Wattenberg. Nachdem diese nahezu alle Kulturen auf ihrem Hoheitsgebiet versammelt und assimiliert haben - mit allen negativen Begleiterscheinungen (Ghettobildung, Jugendkriminalität, soziale Verwahrlosung, Drogensucht, Analphabetentum) - sind die USA heute dennoch dabei, ihre gesellschaftlichen Errungenschaften auf ökonomischem, politischem und kulturellem Gebiet mit Hilfe eines weltumspannenden Kommunikationsnetzes bis in den letzten Winkel des Planeten zu kommunizieren.
Zbigniew Brzezinski war einer der ersten, der der kulturellen Komponente einen deutlich höheren Stellenwert zugewiesen hat als jeder andere Geostratege vor ihm. Bereits 1969 publizierte er ein Buch mit dem Titel "Between Two Ages", in dem er den Übergang von der industriellen zur "technotronischen Gesellschaft" beschrieben hat. Letztere sei dadurch gekennzeichnet, so stellt Brzezinski in diesem Buch fest, daß "deren Form auf der kulturellen, psychologischen, sozialen und ökonomischen Ebene durch den Einfluß von Technologie und Elektronik - insbesondere durch Computer und Kommunikation bestimmt wird".
Mit "Technotronik", einer Verschmelzung aus Technologie und Elektronik, wandte sich Brzezinski gegen den vor allem unter Soziologen bis heute viel populäreren Begriff der "postindustriellen Gesellschaft". Während der Begriff des "Postindustriellen" aber allenfalls auf die wachsende Bedeutung des tertiären Sektors (Wissen, Technik, Dienstleistungen) für die Entwicklung moderner Gesellschaften abhebt, versucht Brzezinski mit dem Begriff der "Technotronik" auf globale Abhängigkeitsverhältnisse aufmerksam zu machen, denen Politik, Wirtschaft und Kultur durch die technologische Revolution heute unterlägen.
Weltweite Militärpräsenz, technologische Überlegenheit und wirtschaftliche Macht seien zwar wichtige Säulen für den Bestand einer Supermacht. Aber erst die Beherrschung der Nachrichten- und Kommunikationssysteme sichere diesen Einfluß und baue ihn unmerklich und schleichend aus.
Besonders die Unterhaltungsindustrie, Amerikas Massen- und Popkultur, die eine bis heute ungebrochene Anziehungskraft in aller Welt ausübt, ist, um es mit dem deutschen Staatsrechtler Carl Schmitt zu sagen, "Instrument und Waffe" der USA im Kampf um die globale Vorherrschaft geworden. Die Entwicklung der USA seien - so schlußfolgert der Publizist Rudolf Maresch - ein beeindruckendes Beispiel für die These Schmitts, wonach mit jeder "Steigerung menschlicher Technik" neue Raum- und Rechtsordnungen einhergingen, die neue Maßnahmen und Formen der Raumeroberung und Raumkontrolle nötig machten. Dies begriffen und verinnerlicht zu haben, macht einen guten Teil der heutigen US-Hegemonie aus.
Brzezinski jedenfalls, der Amerikaner polnischer Herkunft, konnte mit seinen aus Europa importierten geopolitischen Konzepten in den USA reüssieren. Sein Denkansatz fand unter den politischen Eliten des Landes rasche Verbreitung.
Dies geschieht, ohne daß traditionelle Glaubenshaltungen, Moral- oder Wertvorstellungen aufgegeben oder Immigranten gezwungen werden mußten, jenen puritanischen Eifer zu teilen, der als durchgehendes Ostinato die Außenpolitik der USA von Beginn an bestimmte. "
Auf jeden Fall beruht die Macht der USA", so unterstrich Brzezinski 1990 in einem Interview mit der französischen Zeitung Libération, "zu einem sehr großen Teil auf seiner beherrschenden Stellung auf dem weltweiten Medienmarkt, denn 80 Prozent der Worte und Bilder, die auf der Welt zirkulieren, stammen aus den USA." Sieben Jahre später stellt Brzezinski fest: Die Sprache des Internets sei Englisch, und ein überwältigender Teil des Computer-Schnickschnacks stamme ebenfalls aus den USA und bestimme somit die Inhalte der globalen Kommunikation nicht unwesentlich.
Schon allein deswegen kann und muß der rasche Ausbau des Internets, die anfängliche Subventionierung und Anschubfinanzierung dieser Technologie durch die US-Regierung, die technische Grundierung von unbeschränktem Welthandel und individualistischem Lebensstil

sowie die Forderung nach einem "freien Fluß der Information" mit in eine Kritik des US-Imperialismus eingehen. Konsequent zu Ende gedacht, wird diese Kritik die für viele Zeitgenossen unangenehme Wahrheit zu Tage fördern, daß wir in gewisser Weise "alle Amerikaner" sind.<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 22. Mai 2003: >>**Menschenrechte: Der Babysitter kommt im Kampfanzug**

Früher haben Konservative eine Politik der Menschenrechte oft verspottet. Heute soll die Freiheit weltweit durchgesetzt werden. Spricht etwas dagegen?

Auf der Erde leben eine Menge "Sorgenkinder", die sich nicht an die globalen Spielregeln halten, üble Streiche aushecken und friedliebende Nachbarn ärgern. Diesen Zöglingen fehlt ein "Babysitter", der ihnen mit dem Stöckchen eins auf die Finger gibt und auf den Pfad der Tugend führt. Andere Weltenkinder darben im Hinterhof und wünschen sich nichts sehnlicher als die Freiheit. Doch wer schenkt sie ihnen? Die Alteuropäer? Gewiß nicht. Wer dann?

Fragt man Thomas P. M. Barnett, dann gibt es nur eine Macht der Welt, die willens und in der Lage ist, den "Babysitter" zu spielen und die Menschenrechte weltweit durchzusetzen: die Vereinigten Staaten von Amerika. Barnett, Professor am U.S. Naval War College und Berater von US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, hat vor kurzem *The Pentagon's New Map* veröffentlicht, eine Liste "künftiger Konfliktherde und Interventionspunkte". Barnett will die gefährlichen "Lücken" auf der Landkarte der Weltgesellschaft beseitigen und isolierte Länder einbinden, notfalls auch mit Gewalt. Eine Lücke, das ist für Barnett ein "Ozonloch" im Himmel der Globalisierung, und aus so einer Lücke kam al-Qaida.

Deshalb bestehe Amerikas Mission darin, die "Lücken" an den freiheitlichen "Kern" anzuschließen, und zwar schon bald, in der "nächsten Runde von Auswärtsspielen des US-Militärs". Die Faustregel lautet: "Je weniger ein Land an der Globalisierung teilhat, desto eher wird es eine militärische Intervention der Vereinigten Staaten heraufbeschwören. … Wir müssen Feuer mit Feuer bekämpfen." Barnett nennt es "Babysitting", und dann folgt, nachzulesen im Mai-Heft der *Blätter für deutsche und internationale Politik*, eine Liste von 16 Problemkindern, die unter Beobachtung stehen - darunter Iran, Nordkorea, Pakistan, Südafrika.

**Diktatoren das Handwerk legen**

Bei solchen Sätzen glaubt man seinen Augen nicht zu trauen. Konservative Intellektuelle, die vor kurzem noch Hohn und Spott über den Universalismus der Menschenrechte ausgegossen hatten, sind vom Saulus zum Paulus geworden: zu Kosmopoliten und Vorkämpfern für den "Fortschritt der Freiheit". Auch in Deutschland erhalten die Weltverbesserer Zulauf, so zuletzt von dem prominenten Neuankömmling Hans Magnus Enzensberger. Nicht daß "HME" je mit Despoten wie Saddam Hussein sympathisiert hätte, im Gegenteil. Aber Enzensbergers Buch *Aussichten auf den Bürgerkrieg* war eine gequälte Abrechnung mit dem Universalismus der Menschenrechte, für ihn das größte Gift, das je die Köpfe von Intellektuellen verlassen hat. "Es ist an der Zeit, sich von moralischen Allmachtsphantasien zu verabschieden."

Das war gestern. Heute ist von der Skepsis gegenüber "Traumtänzern" und universalistischen "Spinnern" nichts übrig geblieben. Überall, am besten sofort, sollen Freiheit und Menschenrechte, Markt und Demokratie durchgesetzt werden, und zwar nicht von der Völkergemeinschaft, sondern von den USA, dem Treuhänder der Freiheit. Dieser *gentle civilizer*, so formulieren es die Revolutionäre im Pentagon, soll in die Fußstapfen der zimperlichen UN treten, die in ihren Reihen mehr Schurken duldeten, als in einem Zuchthaus Platz fänden.

In der Tat: Was spricht dagegen, wenn die Folter abgeschafft und Menschenquälern das Handwerk gelegt würde? Wenn in Tschetschenien der Terrorismus wie auch der Staatsterrorismus ein Ende hätten? Wenn der chinesische Gulag beseitigt und aus Nordkorea ein freundliches Land würde? Was spräche dagegen, wenn alle Halb- und Volldiktaturen sich in Gesellschaften verwandelten, in denen man das Wort Freiheit aussprechen darf, ohne zu fürchten,

auf immer zu verschwinden? Wenn die Todesstrafe, auch in den USA, abgeschafft würde? Und die barbarische Scharia dazu? Was spricht gegen eine Welt, in der Gerechtigkeit und kulturelle Verschiedenheit keine Gegensätze bilden und in der ein in Kinshasa geborenes Kind ähnliche Lebenschancen hat wie ein in Karlsruhe geborenes?

Dagegen spricht: nichts, nicht das Geringste. Der Sieg der Demokratie über autoritäre Repressionsgesellschaften wäre eine planetarische Umwälzung, ja ein ethischer Sprung in der Entwicklung der Menschheit. Und unterstellen wir, gegen alle Erfahrung mit der US-Politik in Lateinamerika, die neokonservative Vision meine es ernst und sei frei von machtpolitischem Zynismus, dann müßte man sagen: Es ist fabelhaft, daß Intellektuelle von der Morgenröte der Demokratie schwärmen und an eine Utopie erinnern, die aus den Köpfen verschwunden war, sogar bei den Restlinken, die sich von Systemtheoretikern einreden lassen, man dürfe die Welt nur verändern, wenn sie bleibt, wie sie ist.

Doch die Schwierigkeiten mit der neokonservativen Vision beginnen schon vor Sonnenaufgang. Sie beginnen damit, daß die Vereinigten Staaten einen bestimmten "Pfad" der Modernisierung exportieren: Einen Kapitalismus, der bereits im eigenen Land mit einer Sozialpolitik erkauft wird, die eines reichen Landes unwürdig ist und kein Vorbild für die Welt darstellt. Diese Behauptung stammt übrigens nicht von Attac. Sie stammt von Joseph Stiglitz, dem Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, ehemaligen Chef-Ökonom der Weltbank und früheren Clinton-Berater.

Die Globalisierung nach amerikanischem Muster, so Stiglitz in der Zeitschrift *Lettre* (Heft 60/03), habe "viele der Ärmsten in der Dritten Welt noch ärmer gemacht. Und selbst wenn es ihnen besser geht, haben sie das Gefühl, daß ihr Dasein unsicherer geworden ist."

Stiglitz ist kein Gegner der Globalisierung, aber er entzaubert die Mythen, mit denen sie unter das Volk gebracht wird. Es sei ein Irrtum anzunehmen, Amerika besitze die einzig richtige Antwort auf die Mißstände der Weltgesellschaft; es sei eine Illusion, die "Globalisierung nach amerikanischem Muster" folge den "hehren Prinzipien von Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit" und nütze nicht nur den amerikanischen "Finanzmärkten, sondern auch den Armen in der Dritten Welt".

Tatsächlich "kommen die Früchte bescheidenen Wachstums fast nur den Reichen zugute". In den Goldenen Neunzigern sei die Deregulierung "zu weit getrieben" und den "Sonderinteressen" der Konzerne zu sehr nachgegeben worden. Kurzum, die USA "waren zu sehr darauf bedacht, die Globalisierung zu ihrem kurzfristigen Vorteil zu gestalten", ohne zu merken, was sie sich "selbst und der Welt damit angetan haben".

Wenn Stiglitz Recht hat und die amerikanische Form der Globalisierung nur bedingt exportfähig ist, dann bleibt noch der Teil zwei der Vision, das Versprechen auf Freiheit und Sicherheit. Der bestechende Gedanke lautet: Wenn erst einmal auf der ganzen Welt demokratische Regierungen im Amt sind, dann erledigt sich das Problem der Sicherheit von selbst. Weder bringen sich Demokratien gegenseitig um, noch benutzen sie Massenvernichtungswaffen. Wer heute die Freiheit durchsetzt, muß morgen für seine Sicherheit nicht sorgen.

Leider ist der Glaube, Freiheit und Sicherheit seien wahlverwandt und stets *brothers in arms*, rechtschaffen naiv. Das Problem beginnt schon im eigenen Land, wenn die Sicherheitsinteressen des Staates gegen verfassungsmäßige Bürgerrechte ausgespielt werden. Das geläufige Argument lautet: Weil ein schutzloser Staat niemanden schützt, müßten die Bürgerrechte beschnitten werden, damit sie auch in Zukunft erhalten bleiben.

Ein Meister dieser Kasuistik ist der amerikanische Justizminister John Ashcroft, der im Zuge des U.S. Patriot Act die Freiheitsrechte der Bürger spürbar eingeschränkt hat. Kunden- und Benutzerdaten von Buchhandlungen und Bibliotheken dürfen jederzeit vom FBI eingesehen und die Leser ermittelt werden. Buchhändler unterliegen einer "Schweigevorschrift", die ihnen untersagt, über die FBI-Spitzeleien zu reden. Nicht einmal gegenüber dem Parlament ist die

Bundespolizei auskunftspflichtig. Durchsuchungen werden nicht, wie bislang üblich, von einem unabhängigen Richter angeordnet, sondern von einem "Geheimgericht", das bislang für Auslandsspionage zuständig war.
Eine zweite, "verbesserte" Auflage des U.S. Patriot Acts liegt schon in der Schublade. Nach NDR-Informationen sieht er drakonische Verschärfungen vor, bis hin zu geheimen Verhaftungen. Die Beweislasten sollen umgedreht und, für die amerikanische Rechtsgeschichte ungeheuerlich, "terrorismusverdächtigen" Personen die Staatsbürgerschaft entzogen werden.
Doch ebenso brisant ist es, wenn der Widerstreit von Freiheit und Sicherheit auf dem Feld der Außenpolitik ausgetragen wird. Mal ist es die Freiheit, die bewahrt, mal die Sicherheit, die durchgesetzt werden muß, und niemand weiß, welcher "Joker" gerade gezogen wird. Das war beim Irak-Krieg der Fall. Erst firmierte der Angriff auf den Irak als "legitimer" Verteidigungskrieg zur Beseitigung von Massenvernichtungswaffen; dann, als die Waffen, deren Existenz durchaus zu vermuten steht, nicht gefunden wurden, verwandelte sich der Verteidigungskrieg in einen "Krieg für die Freiheit".
Hier Freunde, dort Feinde
Schwarzmalerei? Man denke nur an den spektakulären Auftritt, den US-Präsident George W. Bush zum Ende des Irak-Krieges inszenierte. Er landete als Commander-in-Chief mit einem Kampfjet auf dem Flugzeugträger Abraham Lincoln - aber nicht, um den gewonnenen Frieden zu bekräftigen, sondern nur, um das Ende der Kampfhandlungen zu verkünden.
Der Krieg für die Freiheit, so konnte man die Inszenierung verstehen, geht weiter, und Amerika steht erst noch am Anfang. Fast zeitgleich hatte der frühere CIA-Direktor und Vorsitzende des Committee for the Liberation of Iraq, James Woolsey, den "Vierten Weltkrieg" der Freiheit ausgerufen. "Wir haben uns diesen Kampf nicht ausgesucht, aber jetzt haben wir ihn aufgenommen. Und da wir ihn aufgenommen haben, gibt es für uns keine andere Option, als ihn zu gewinnen."
Es gibt keinen Grund, daran zu zweifeln, daß Woolsey und seine Mitstreiter aus dem Pentagon Abscheu vor Diktatoren empfinden und die terroristische Gefahr realistisch einschätzen. Aber ihr Denken folgt einem trivialen Freund-Feind-Schema. Hier die Freiheit, dort Terror; hier Demokratie, dort Despotie. Sie wissen zwar, daß die westliche Demokratie keineswegs so ansteckend ist wie eine Seuche. Aber einen Zusammenhang zwischen Terror und Globalisierung sehen sie nicht, im Gegenteil. Sie sind überzeugt, daß der Fundamentalismus verschwindet, sobald die nichtwestlichen "Lücken" auf dem Globus mit Demokratie gefüllt sind. Tatsächlich aber läuft ihr Freund-Feind-Schema Gefahr, Konflikte zu verewigen und aufs Neue hervorzutreiben. Sie verstehen ihre Politik als katechontisches Projekt, als Niederhaltung des Bösen und ewigen Kampf. Das aber hieße: Die Substanz der Freiheit besteht im Kampf gegen die Unfreiheit.
Nicht nur das. Wer den "Vierten Weltkrieg" der Freiheit ausruft, droht auch dem "Irrtum des Mittels" zu erliegen. Weil das mächtige Instrument des Militärs so wirkungsvoll ist, glaubt man, auch alle anderen Weltprobleme seien durch militärische Intervention zu lösen. Und im Handumdrehen könnte sich der Krieg gegen den Terror in eine Alibi-Kulisse verwandeln, die andere, zum Beispiel geostrategische Interessen, verbirgt und dem Mißbrauch des Rechts Tür und Tor öffnet. Die Welt rutscht, mit einem Wort des italienischen Philosophen Giorgio Agamben, in den "Ausnahmezustand".
Agamben hat sich eine Menge Ärger mit der Bemerkung eingehandelt, die Vereinigten Staaten verhängten einen Ausnahmezustand über die Welt und würden nach Gutdünken entscheiden, wann völkerrechtliche Normen gelten und wann nicht. "Amerikaner bedienen sich derzeit des Ausnahmezustands nicht nur als eines Instruments der Innenpolitik, sondern auch und vor allem, um ihre Außenpolitik zu legitimieren" *(FAZ* vom 19.4.2003).
Nun kann man fragen, ob Agamben, der mit seinem Buch *Homo sacer* bekannt wurde, wirk-

lich der beste Anwalt der Demokratie ist, weil er der reaktionären Liberalismuskritik stärker verhaftet ist, als dies seinen Fans lieb sein kann. Doch diesmal legt Agamben den Finger auf die Wunde: Die neokonservativen Weltordnungsrevolutionäre unterminieren ihre eigenen Normen, solange sie Freiheit als Permanenz des Ausnahmezustandes begreifen und die Nationen darüber im Ungewissen lassen, wann das Völkerrecht gilt und wann es zugunsten von "Sicherheit" suspendiert wird. Wird der Ausnahmezustand gar zu einer normalen Regierungstechnik und zum Nomos der Moderne, dann "verändern sich Sinn und Wesen der demokratischen Verfassungen radikal".
Der befürchtete Ausnahmezustand beginnt für Agamben nicht erst dort, wo ein rechtsfreier Raum geschaffen wird, sondern schon vorher, in der Grauzone der Politik, an der Schwelle zwischen Regel und Ausnahme, Krieg und Frieden.
In diesem dauerhaft unklaren und virtuellen Zustand befindet sich alles "Leben" zugleich innerhalb wie außerhalb der Rechtsordnung. Diese Grauzone ist für Agamben der Ort amerikanischer Souveränität - "souverän" entscheiden die USA darüber, ob der Hegemon sich an die Spielregeln hält, die er selbst gesetzt hat. Werden die Vereinigten Staaten Syrien angreifen? Ist die Drohung schon eine Ankündigung?
Dagegen könnte man einwenden: So war es schon immer, und Agamben ist wie alle Philosophen auf beiden Augen blind für die Gesetze der Macht. Er sieht nicht, was den Koloß USA im Innersten zusammenhält: die durch das Völkerrecht unzähmbare und rational unauflösbare Substanz des politischen Willens. Und doch, das ist nur eine Seite der Medaille. Denn keine Macht der Welt überlebt eine Machtpolitik, die jene Normen verletzt, auf deren Gültigkeit sie sich beruft. Selbst wenn die Macht völlig zynisch verfahren sollte, die Versprechen, die sie öffentlich gibt, stehen im Raum, und daran wird man sie messen:
Freiheit und Sicherheit, gerechter Markt und Demokratie. Andernfalls, und Colin Powell hat ein Gespür dafür, regeneriert die Hypermacht die Quellen des Terrors und wundert sich darüber, daß mit jedem Sieg über die al-Qaida die Zahl ihrer Sympathisanten wächst.
Für Intellektuelle ergibt sich daraus eine angenehm unbequeme Position. Ihren innigsten Wunsch, die Rolle des Gesellschaftskritikers an den Nagel zu hängen, dürfen sie vergessen. Getrost können sie alte Tugenden entdecken und Politiker an den Normen messen, auf die sie sich berufen. Sie können versuchen, den Westen mit den Augen des Südens zu sehen, um dann zu beobachten, was dieser nicht beobachtet und aus seinem liberalen "Menschheitsfokus", seinem "Imperialismus der Bilder" (Armin Nassehi) ausgrenzt.

**Die Wut auf den Westen**

Für Illusionen bleibt dabei wenig Raum. Eine Weltordnungspolitik, die sich die Durchsetzung von Freiheit auf die Fahnen schreibt, ist nur dann vor Mißbrauch zu schützen, wenn die Vereinten Nationen, und nicht eine Supermacht allein, die Regeln ihrer Anwendung bestimmt. Doch selbst auf einer von den UN legitimierten Menschenrechtspolitik lastet die unheimlichste aller Fragen: Die Demokratie ist vielleicht das Beste, was der Welt passieren kann - doch warum ist sie es, die ihre Gegner in Scharen gegen sich aufbringt?
Erst wer diese Dialektik der Modernisierung entschlüsselt, ist einen Schritt weiter. Dann wird deutlich, daß die "Lücken" der Weltgesellschaft, die nach dem "Babysitter" schreien, keine archaische Flecken sind. Die "Lücke" hat ihre Erfahrung mit dem "Kern" bereits hinter sich, mit Doppelmoral und zweierlei Maß, mit Korruption und Unterdrückung, mit Elend und moralischem Verfall. Daraus erwächst, um in Barnetts Verharmlosungsjargon zu bleiben, dem "Babysitter" das Schlimmste, was ihm passieren kann: Man will ihn nicht mehr.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 9. April 2004: >>**Mit dem Teufel im Bunde**
Dr. Friedrich Romig
Zu den heute vergessenen, doch einst weitverbreiteten Schriften des berühmten russischen

Religionsphilosophen Wladimir Solowjew zählt die "Kurze Erzählung vom Antichrist". Seit er sie seinen Studenten in den späten Februartagen des Jahres 1900 vorlas, hat sie Tag für Tag an beklemmender Aktualität gewonnen. Er sah die blutigen Weltkriege der Völker voraus, den Einfall "der asiatischen Barbaren" infolge Uneinigkeit der europäischen Staaten, "die alle nur an ihre Sonderinteressen dachten", bis endlich im "einundzwanzigsten Jahrhundert ein Bund von Völkern, die alle mehr oder weniger demokratisch regiert werden, entsteht - die Vereinigten Staaten von Europa".
Äußere Wohlfahrt und Wirtschaft machten daraufhin erhebliche Fortschritte, doch die Religion verblaßte. Die Mehrheit der denkenden Menschen wurde ungläubig. Begriffe wie der "von einem Gott, der die Welt aus dem Nichts geschaffen hat, wurden nicht einmal mehr in den Grundschulen gelehrt". Kein Dogma hielt der Prüfung durch die Vernunft noch stand. Doch fehlt die Religion als Bindekraft der Gesellschaft, dann muß eine Zwangsgewalt her, die die Einheit wahrt.
So hielten "die Lenker der Politik der europäischen Gemeinschaft, die dem mächtigen Bund der Freimaurer angehören", Ausschau nach einem "Menschen der Zukunft", dem, zum "Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt", die zentrale Exekutivgewalt anvertraut werden konnte. Ihre Wahl fällt auf einen jungen, dreiunddreißig Jahre alten, jedoch wegen seiner viel gelesenen, geradezu genialen Schriften weithin anerkannten Menschen - "viele nannten ihn einen Übermensch". Er selbst sieht sich als "zweiter Christus", der aber in Wahrheit der rangmäßig erste, weil vollkommene und endgültige Erlöser ist, er, der wahre Wohltäter, der den Menschen alles gibt, was sie brauchen.
Sein Vorläufer, geschichtlich der erste, jedoch noch unvollkommene Christus, trennte die Menschen durch die Unterscheidung von Gut und Böse, er aber, der neue Christus, läßt seine Sonne aufgehen über Gute und Böse und läßt es regnen über Gerechte und Ungerechte. Er droht nicht mit dem Jüngsten Gericht, sondern läßt Gnade walten, sein Gott fordert nicht Gehorsam bis zum Tod am Kreuz, sondern hat Verständnis für die unbegrenzte Freiheit und wird jedem angenehm sein.
Schon nach einem Jahr sind die Keime des Krieges ausgerissen, ein letztes Mal tritt die Friedensliga zusammen, doch nur um dem großen Friedensbringer zu huldigen und ihn zum Weltmonarchen zu küren. Er schlägt seinen Sitz in Rom auf, denn wo wäre es angemessener, der neuen "Zivilreligion" eine Heimstätte zu bieten? Systematisch wurde das Christentum "marginalisiert", die Kirche in ein "archäologisches Museum" verwandelt, der Papst aus Rom vertrieben und das Kreuz durch den Wohlstand um seine Kraft gebracht.
In wenigen Jahren verminderte sich Zahl der Christen, einst weit mehr als eine Milliarde, auf fünfundvierzig Millionen. Ein beträchtlicher Teil der anglikanischen Kirche vereinigte sich mit der katholischen. Unter den Protestanten gewann religiöser Indifferentismus und Unglauben die Oberhand, die meisten fielen ab, nur wenige fanden in einem neubelebten Urchristentum Befriedigung ihrer Glaubensbedürfnisse. Auch die russische Orthodoxie verlor viele Millionen Mitglieder, doch trotz dieser Verluste fanden sich, wenn auch nur vereinzelt, bei ihr wie auch bei den anderen Bekenntnissen und Kirchen Zeugnisse tiefer Religiosität, hoher Gelehrsamkeit und neuer Kräfte des Geistes.
Bereits vier Jahre nach Antritt seiner Herrschaft scheint die Zeit reif zur Vereinigung der Religionen. Der Weltkaiser beruft ein ökumenisches Konzil nach Jerusalem, der heiligen Stadt der abrahamitischen Hochreligionen, um sich dort auch zum geistlichen Führer küren zu lassen und so die als verhängnisvoll angesehene Trennung von Politik und Religion, Kirche und Staat aufzuheben. Über dreitausend Vertreter der Weltreligionen folgen seinem Ruf. Auf dem Konzil hält der Kaiser eine flammende Rede, in der er von den Vertretern der Weltreligionen seine Anerkennung als ihr geistliches Oberhaupt einfordert.
Fast alle katholischen Bischöfe und auch die Repräsentanten der anderen Religionen anerken-

nen ihn, nur ganz wenige zeigen sich störrisch. Letztere verlangen vom Kaiser ein klares Bekenntnis zu Christus, doch der offenbart sich jetzt als der Antichrist, seit jeher mit dem Teufel im Bunde. Der Großmagier des Kaisers sorgt mit Donnerschlag und Kugelblitzen für die Auslöschung der meisten Widerstrebenden. Jene, die überleben, gehen in die Wüste. Der Kaiser läßt auf einem ad hoc einberufenen Konklave seinen Großmagier Apollonius, der in Indien geboren wurde, zum neuen Papst wählen, und noch am selben Tage unterzeichnen die Vertreter der Orthodoxie und der Protestanten eine Urkunde über die Vereinigung ihrer Kirchen mit der katholischen.
Ein Sturm der Begeisterung über die endlich gelungene Vereinigung der Religionen erhebt sich, der durch die Freude über einen "Ablaß für alle vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Sünden" noch verstärkt wird.
Die Erzählung endet mit einer Erhebung der Juden, die am Welterfolg des Jubelkaisers ja nicht unbeteiligt waren und seinen Versprechungen geglaubt hatten, er betrachte die Aufrichtung der Weltherrschaft Israels als seine Hauptaufgabe. Ihre Empörung bricht aus, als sie entdecken, daß der Kaiser nicht beschnitten ist. Ihre grenzenlose und glühende Verehrung, die sie dem Retter Israels und vermeintlichen Messias bisher entgegenbrachten, schlägt in ebenso grenzenlosen Haß um.
Der überraschte Kaiser läßt Zehntausende von Juden und Christen hinmorden. Doch die Juden siegen dank eines Erdbebens, der Kaiser und seine Truppen gehen in einem Flammenmeer unter. Als die Juden, um zu danken, nach Jerusalem ziehen, zeigt sich ihnen Christus, der nun "für tausend Jahre" - ein Ausdruck für die Ewigkeit - sein Regnum antritt.
Auch ohne an Irak-Krieg, Völkerrechtsbruch und die religiös verbrämten, martialischen Bush-Reden zu denken, wird derjenige, der diese vor mehr als hundert Jahren geschriebene Erzählung liest, nicht umhinkönnen, aus den Auseinandersetzungen um die Europäische Union, ihre Gründungsgeschichte und Absichten, ihre Versprechen, für Frieden, Sicherheit und Wohlstand zu sorgen - übrigens für Paulus immer ein sicheres Erkennungszeichen des Antichrist -, um ihre "Zivilreligion" und Laizität, ihre Verfassung und Präsidentenschaft, um das Verschwinden der Nationen und um den Kampf der Kulturen seine Schlüsse zu ziehen.
Seit ihrer Konzeption durch Graf Coudenhove-Kalergi, den noch vor Kriegsende konzipierten Entwürfen für die Nachkriegsordnung Europas, ihrer schrittweisen Verwirklichung über die Rom-Verträge bis hin zu Maastricht und dem Verfassungskonvent, erscheint dem Tieferblikkenden die EU als eine Werkstatt des Antichrist, der Europa immer weiter von seinen christlichen Wurzeln "befreit".
Dieses EU-Europa empfiehlt der Kirche die Abkehr von ihren "dogmatischen" und "fundamentalistischen" Positionen, mehr Toleranz in Fragen der Bevölkerungskontrolle, Kontrazeption, Abtreibung, Euthanasie, Genmanipulation, Ehescheidung, Anerkennung und Gleichstellung "eheähnlicher" Partnerschaften, Verständnis und Wohlwollen für Homosexualität. Die Kirche wird zur Mitarbeit an einer "humanistischen Weltethik" aufgefordert, zum Verzicht auf Zölibat oder Geschlechterdiskriminierung bei der Priesterweihe.
Vor allem aber wird ihr der Ersatz ihrer hierarchischen durch "demokratische" Strukturen nahegelegt. Sie soll sich endlich mit einer ähnlichen Stellung begnügen, wie sie anderen "humanistischen Organisationen" und "Tendenzbetrieben", etwa von der Art der Liga für Menschenrechte, Amnesty International oder Greenpeace, innerhalb der EU eingeräumt wird. Ihren Anspruch, herrschendes "Lebensprinzip" oder gar "Seele" der gesamten menschlichen Gesellschaft zu sein und diese nach göttlichem Recht gestalten zu wollen, müsse sie aufgeben.
Um künftig akzeptiert zu werden, habe sie sich mit dem Liberalismus zu versöhnen und auf ethische Vorschriften zu verzichten, die den Menschen zum ständigen Sünder stempeln und ihm die Freude am Leben nehmen. Schließlich lebten wir alle ja nur einmal. Mit dem Glauben an die Auferstehung zum ewigen Leben trösteten sich ja heute nur noch die wenigen, die mit

dem irdischen Leben nicht fertigwerden oder zu wenig Spaß haben.
Gibt es noch Rettung? Peter Handke, von dem eine solche Aussage kaum zu erwarten war, bringt die Antwort mit zwei Worten auf den Punkt: "Erneuern? Umkehren!" Das liest sich leicht, ist aber das Schwerste. Umkehren? Den Weg zurückgehen, auf dem wir so hurtig "fortschritten"? War er ein Irrweg?
Brachte er uns nicht Wohlstand, Bequemlichkeit, Demokratie, das Licht der Aufklärung, Freiheit und Mündigkeit? Gilt es sich also zu "erheben wider die moderne Welt", wie das ja nicht nur der Kulturphilosoph Julius Evola, sondern auch die Pius-Päpste verlangten? Zurückgehen in die Wüste des Durstes, der Armut, der Plackerei und der Einfalt? Zurück also zu dem, den wir verlassen und aus den Augen verloren haben, dem redemptor hominis (Erlöser des Menschen)?
Der versöhnliche Schluß der "Kurzen Erzählung" deutet an, was uns nach dem Karfreitag der Geschichtsepoche, in der wir uns befinden, erwarten wird: der Ostermorgen des wahrhaft Auferstanden. Um ihn zu sehen, rät uns der Platon des Höhlengleichnisses, das Auge beizeiten an das Licht der Wahrheit zu gewöhnen.
*Univ.-Dozent Dr. Friedrich Romig lehrte Politische Ökonomie in Wien, Graz und Aachen. Er war Mitglied der Europakommission der Österreicher Bischofskonferenz und Europaberater von Bischof Krenn (St. Pölten).*<<
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 29. April 2004: >>**Blick ins ökonomische Schurkenland**
**Erst den Besitz verkaufen und ihn dann leasen - ein hohes Risiko für Kommunen**
Über der hitzig geführten Reformdebatte gerät oft aus dem Blick, wie modern Deutschland in den vergangenen 15 Jahren geworden ist. So modern, daß einem zuweilen ganz schwindelig werden kann. Man betrachte etwa die so oft als verschnarcht gescholtenen Kommunen, wie sie den schier aussichtslosen Kampf gegen wachsende Haushaltslöcher ausfechten. Da wird privatisiert und Tafelsilber verscheuert, als ob der Laden morgen dichtgemacht würde. Besonders beliebt in den vergangenen Jahren: Cross Border Leasing (CBL) - ein Spiel mit Steuerschlupflöchern, das, scheinbar frei von Nebenwirkungen, deutschen Kommunen in den vergangenen fünf Jahren so manche Million in die Kassen gespült hat.
Es klingt alles so einfach. Ein großer amerikanischer Investor kauft der Stadt ihr Rathaus oder ihre Abwasserkanäle ab. Die Stadt least zurück. Eine lupenreine Scheininvestition, denn der Investor hat kein wirkliches Interesse an der Immobilie in Gelsenkirchen, Kulmbach oder Leipzig. Er ist an der Abschreibung interessiert, die er beim amerikanischen Fiskus geltend macht. Die Stadt jedoch kassiert für ihre freundliche Beihilfe zur Steuervermeidung einen so genannten Barwertvorteil, meist vier Prozent der Vertragssumme.
**Hospitäler und Kanäle - alles steht zur Disposition**
Rund 150 solcher Leasinggeschäfte zwischen Kommunen und amerikanischen Investoren sind bis heute bekannt. Den Anfang machte 1995 der Mannheimer Verkehrsverbund mit einem Leasingvertrag über Straßenbahnen. Seit 1999 werden auch Müllverbrennungsanlagen und Klärwerke verleast (in Wuppertal und Ulm, in Herford und Düsseldorf), inzwischen gibt es CBL-Verträge über Schulen und Rathäuser, Tunnel und Wasserwerke, Krankenhäuser und Abwasserkanäle. Doch neuerdings geraten die Geschäfte ins Stocken.
Die Bürger haben begonnen, ihren Kommunen beim Abschluß solcher Verträge auf die Finger zu sehen. Im November 2002 wurde im fränkischen Kulmbach erstmals ein Cross Border Lease durch einen Bürgerentscheid verhindert. Die Kommune hatte ihr Kanalnetz verkaufen wollen. Den Initiatoren dieses Bürgerentscheides hat Werner Rügemer sein Buch über Cross Border Leasing gewidmet.
Der Autor hatte sich erstmals 2001 in einer WDR-Hörfunksendung mit den Cross Border Leases beschäftigt - und sich über die große Resonanz gewundert. Es gab so viele Anfragen

nach dem Sendemanuskript, darunter von Stadträten und Landesbeamten, daß die Sendung schließlich auf CD gebrannt und verschickt wurde. Andere Hörer riefen beim Sender an, um zu fragen, ob sie eine Satire gehört hätten, so unglaublich erschien ihnen das Finanzgebaren der Kommunalverwaltungen. Jetzt sind die kompletten, ergänzten Recherchen auch als Buch erschienen.
Werner Rügemer schildert das Cross Border Leasing als ein höchst risikoreiches Geschäft mit vielen Unbekannten: Die Kommunen begeben sich als kleinstes Rädchen ins unübersichtliche Getriebe internationaler Finanz- und Steuerakrobatik. Dort schließen sie Leasingverträge mit Trusts und Einzweck-Gesellschaften ab, zumeist Briefkastenfirmen in Steueroasen wie dem US-Bundesstaat Delaware oder karibischen Inselstaaten.
Als Investor fungieren Banken, Finanzdienstleister und Versicherungen, die das Geld nach Rügemers Recherchen meist von vermögenden Privatanlegern einwerben. Unterzeichnet werden die Verträge in New York, was das Schicksal deutscher Klärwerke und Rathäuser letztlich den Regeln US-amerikanischen Rechts unterwirft, noch dazu jenen der besonders investorenfreundlichen New Yorker Variante. Die umfangreichen Vertragswerke im Umfang von mehr als 10.000 Seiten liegen nur in englischer Sprache vor. Die Kommunalparlamente bekommen zudem nur Zusammenfassungen zu sehen.

**Investoren locken Gewinne von 300 Prozent**

Rügemer ist es nach umfangreichen Recherchen gelungen, derartige Verträge einzusehen. Erstmals zeigt er nun einer breiten Öffentlichkeit die geschäftliche Konstruktion von Cross Border Leases auf. Er nennt beteiligte Unternehmen und Banken, und er rechnet vor, wie aus einem geschlossenen Geldkreislauf allein durch Steuervermeidung für die Investoren am Ende ein Gewinn von 300 Prozent herausspringt.
Die deutschen Kommunen dagegen, denen laut Rügemers Erkenntnissen vertraglich alle Risiken des Geschäfts aufgebürdet werden und im Falle eines Scheiterns exorbitante Schadensersatzforderungen ins Haus stünden, werden mit Brosamen in Höhe von vier Prozent abgespeist. Nebenbei erfährt man, daß Privatunternehmen, die ihre Anlagen verleasen, in der Regel doppelt so hohe "Barwertvorteile" kassieren.
Allein Rügemers Schilderung der Risiken, die Kommunen in CBL-Verträgen übernehmen, dürfte so manchem Kämmerer den Schweiß auf die Stirn treiben. Sagt man ihnen doch regelmäßig bei Abschluß der Verträge, daß die Kommune faktisch Eigentümerin der Anlage bleibe. Es wird mit dem Konstrukt eines doppelten Eigentums argumentiert - eben eines deutschen und eines amerikanischen.
Der amerikanische Investor sieht das anders. Er muß verbriefte Eigentumsrechte vorlegen, denn ansonsten würde die amerikanische Steuerbehörde die Abschreibungen nicht akzeptieren. Tatsächlich berichtet der Autor von CBL-Verträgen, in denen sich die Investoren minutiös Eigentumsrechte und Abtretungsverpflichtungen sichern ließen. Sollte es in solchen Fällen zum Konflikt zwischen Investor und Kommune kommen, dürften die deutschen Eigentumsrechte vor New Yorker Gerichten keinen Pfifferling wert sein.
Nebenbei verhökern Kommunen, die ihr Abwassersystem oder ihre Krankenhäuser in Cross Border Leases einbringen, auf Jahrzehnte ihre politische Gestaltungsfähigkeit. Die verleasten Anlagen müssen im vereinbarten Umfang in Betrieb gehalten werden - auch wenn wirtschaftliche Strukturen oder veränderte politische Rahmenbedingungen zum Beispiel das Abwasseraufkommen deutlich verringern würden.
Rügemer zeichnet auf rund 150 Seiten das Bild eines internationalen wirtschaftlichen Schurkenstücks, in dem die Kommunen nur die kleinen Handlanger sind für fiktive Geschäfte, die allein dazu dienen, öffentliches Geld in private Kassen zu schaufeln. Fragt sich nur, warum all die Bürgermeister und Kämmerer in den vergangenen Jahren CBL-Verträge abgeschlossen haben. War es das bitter benötigte schnelle Geld, das alle Bedenken verblassen ließ? Oder war

es der Wunsch, endlich auch vom globalen Monopoly zu profitieren? Endlich modern zu sein?
Werner Rügemer: Cross Border Leasing
Ein Lehrstück zur globalen Enteignung der Städte; Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2004; 200 S. …<<
Der evangelische Theologe und Publizist Dr. Lothar Gassmann berichtete im Jahre 2005 in seinem Buch "Europa - das wiedererstehende Römische Reich?" (x880/...): >>**Europa, Vatikan und die Neue Weltordnung**
**Nähert sich das Reich des Antichristen?**
**1. Einleitung**
In absehbarer Zeit wird es nicht nur die **Vereinigten Staaten von Amerika** geben, sondern auch die **Vereinigten Staaten von Europa.** Zugleich zeichnet sich in Gestalt der **Vereinten Nationen** (UNO) bereits eine Weltregierung ab - mit Weltparlament, Weltgerichtshof, Weltbank, Weltarmee und Weltpolizei.
Die Entwicklung ist faszinierend - und gerade wegen ihrer Faszination gefährlich: Wir sind Zeugen der Wiederentstehung des Römischen Reiches. Die Frage nur stellt sich: Ist dieses neue Römische Reich eine auf Europa beschränkte oder weltweit ausstrahlende Größe?
Das antike Römische Reich umfaßte in der Zeit seiner größten Ausdehnung - zur Zeit des Kaisers Trajan um das Jahr 117 nach Christus - alle Länder rund um das Mittelmeer, aber auch Gallien, große Teile Britanniens und die Schwarzmeerregion. Es begann in Portugal und Spanien im Westen und reichte bis nach Mesopotamien im Osten. Es begann im schwarzafrikanischen Nubien im Süden und endete in Schottland und Germanien im Norden, wo es allerdings auch seine Grenzen (Limes, Hadrianswall) fand. Rom hatte zwar viele, aber nicht alle Länder seiner Zeit unterworfen.
Kommt das jetzt anders? Nun, heutzutage umfaßt die Europäische Union bereits 25 Staaten vom Nordmeer bis zum Mittelmeer und vom Atlantik bis zum Bosporus. Nicht in allen Ländern wurde die Bevölkerung gefragt, ob sie der Europäischen Union beitreten will. In mehreren Staaten regte sich starker Widerstand, so etwa in der Schweiz und in Norwegen, die momentan - aufgrund von Volksabstimmungen und gegen den Willen der Regierenden - noch nicht Mitglieder der Europäischen Union sind. Aber auch in mehreren bereits zur EU gehörenden Ländern ist es keineswegs sicher, ob diese nach dem künftigen Willen der Bevölkerungsmehrheit in der EU bleiben werden.
Von den Regierenden und hinter ihnen stehenden Interessengruppen jedoch wird in der überwiegenden Zahl der Staaten der EU-Beitritt propagiert und forciert, so etwa auch in der islamisch dominierten Türkei, deren Beitritt weithin umstritten ist. Der Wille zur Vereinigung ist - zwar gegen den Willen zahlreicher einzelner Bürger, aber gemäß dem Willen der Mächtigen - da und wird sich daher wohl auch vollends durchsetzen.
Dies entspricht auch der biblischen Prophetie, welche die Entstehung eines antichristlichen Einheitsreiches am Ende der Zeiten voraussagt. Die Frage ist eben nur: Wird dieses Einheitsreich eine regional begrenzte Größe (z.B. Europa) oder ein weltweiter Verband sein?
Meine These, die ich im weiteren Verlauf der Darstellung entfalten werde, lautet: **Das wiedererstehende Römische Reich** besitzt sein maßgebliches religiöses Zentrum - **nämlich Rom** - in Europa. Es umfaßt aber am Ende die gesamte Welt und Menschheit. Die Herrschaft des Antichristen und seines falschen Propheten wird eine weltweite Erscheinung sein. Denn es heißt im Wort Gottes:
"Die ganze Erde wunderte sich über das Tier, und sie beteten den Drachen an, weil er dem Tier Macht gab, und beteten das Tier an … Und ihm wurde Macht gegeben über alle Stämme und Völker und Sprachen und Nationen. Und alle, die auf Erden wohnen, beten es an, deren Namen nicht vom Anfang der Welt an geschrieben stehen in dem Lebensbuch des Lammes,

das geschlachtet ist" (Offenbarung 13, 3 ff.).

**2. Die Bezeichnung "Europa"**

Europa bedeutet sprachgeschichtlich "Abendland", "Land des Dunkels", "Land der untergehenden Sonne". Im hebräischen und phönizischen Sprachbereich bedeutet "ereb" "Abend" bzw. "dunkel". Das griechische Wort "erebos" meint "das Dunkle", "das Schattenreich". Für die geographisch im Südosten Europas lebenden Völker (Hebräer, Phönizier) war der heute als "Europa" bezeichnete Erdteil die Gegend, in der die Sonne untergeht.

**3. Die Sage von "Europa" und die Frau auf dem Tier**

Ein immer wieder auftauchendes Symbol für den Kontinent Europa ist eine nackte Frau auf einem Stier. - Was hat es damit auf sich?

Dieses Symbol geht auf eine griechische Sage zurück, die u.a. vom römischen Dichter Ovid überliefert wurde. Die Sage berichtet von der phönizischen Prinzessin Europa, Tochter des Königs Agenor und der Telephassa, die mit ihrer Familie am Strand von Tyrus spielt. Plötzlich kommt ein Stier aus dem Meer hervor, der sich Europa nähert. Sie streichelt ihn und streut Blumen auf seinen Kopf. Als er ihr andeutet, auf seinen Rücken zu steigen, tut sie dies, und der Stier schwimmt mit ihr davon.

Erst als sie zusammen auf der Insel Kreta ankommen, zeigt der Stier sein wahres Gesicht. Vor den Augen der erstaunten Europa verwandelt er sich in den griechischen "Göttervater" Zeus. Wegen seiner argwöhnischen Gattin Hera hatte er die Verwandlung in den Stier vorgenommen. Nun, da er sich in seine wahre Gestalt zurückverwandelt hat, zeugt er mit Europa drei Söhne: Minos, Rhadamantys und Sarpedon. Und die "Göttin" Aphrodite sendet die Verheißung, daß der Erdteil nach der Prinzessin Europa benannt wird.

Dies - so meine ich - ist kein rühmlicher Anfang für unseren Kontinent. Diese Sage berichtet von Täuschung und Betrug, von Ehebruch und Hurerei. Der "Göttervater" Zeus entpuppt sich als ein menschlich-allzumenschliches Wesen, das mit dem wahren Gott und Schöpfer des Universums nichts gemeinsam hat. Und die Königstochter Europa, die mythologische Namensgeberin des europäischen Kontinents, läßt sich in hurerischer Weise auf den Ehebruch des Zeus ein.

So verwundert es nicht, daß Ausleger der Bibel immer wieder Europa, die Frau auf dem Stier, in Verbindung gebracht haben mit der Frau auf dem Tier, von der in Offenbarung 17 und 18 die Rede ist. Dort lesen wir z.B.:

"Ich sah eine Frau auf einem scharlachroten Tier sitzen, das war voll lästerlicher Namen und hatte sieben Häupter und zehn Hörner. Und die Frau war bekleidet mit Purpur und Scharlach und geschmückt mit Gold und Edelsteinen und Perlen und hatte einen goldenen Becher in der Hand, voll von Greuel und Unreinheit ihrer Hurerei, und auf ihrer Stirn war geschrieben ein Name, ein Geheimnis: Das große Babylon, die Mutter der Hurerei und aller Greuel auf Erden" (Offenbarung 17,3-5).

Ist die Tatsache, daß ausgerechnet die Frau auf dem Stier als ein zentrales Symbol für Europa gewählt wurde, ein Hinweis auf eine antichristliche Entwicklung in diesem Kontinent? Welche Rolle spielt hierbei die Europäische Union? Wir werden diese Frage weiter untersuchen. Doch zuvor betrachten wir, wie es zur Entstehung der Europäischen Union kam.

**4. Die Paneuropa-Idee**

**"Jedes große historische Geschehen begann als Utopie und endete als Realität."**

Dieses Motto steht über der programmatischen Schrift, die wie keine andere die Entstehung des vereinten Europa im 20. Jahrhundert nach Christus geprägt hat. Es ist das Buch Pan-Europa (auf deutsch ungefähr: "All-Europa", allumfassendes Europa), im Jahre 1923 veröffentlicht von dem erst 29jährigen Adligen Graf Richard N. Coudenhove-Kalergi (1894-1973). Coudenhove war der Gründer und erste Präsident der Paneuropa-Union. Sein Nachfolger Otto von Habsburg (geb. 1912), Sohn des letzten österreichischen Kaisers, bezeichnet Coudenhove

im Vorwort zur Neuauflage 1982 dieses Buches als "Prophet Europas".
Coudenhove beginnt sein Werk mit folgenden Sätzen:
"Dieses Buch ist bestimmt, eine große politische Bewegung zu wecken, die in allen Völkern Europas schlummert. Viele Menschen erträumten ein einiges Europa; aber wenige sind entschlossen, es zu schaffen. Als Ziel der Sehnsucht bleibt es unfruchtbar - als Ziel des Wollens wird es fruchtbar. Die einzige Kraft, die Pan-Europa verwirklichen kann, ist: der Wille der Europäer; die einzige Kraft, die Pan-Europa aufhalten kann, ist: der Wille der Europäer. So liegt in der Hand jedes Europäers ein Teil des Schicksals seiner Welt" (S. VII).
Erschüttert von den blutigen Erfahrungen des Ersten Weltkrieges, kommt Coudenhove zu der Erkenntnis, daß nur ein vereintes Europa derartige Konflikte in Zukunft verhindern kann. Er stellt die "europäische Frage":
"Kann Europa in seiner politischen und wirtschaftlichen Zersplitterung seinen Frieden und seine Selbständigkeit den wachsenden außereuropäischen Weltmächten gegenüber wahren - oder ist es gezwungen, sich zur Rettung seiner Existenz zu einem Staatenbunde zu organisieren?" (S. IX).
Für Coudenhove ist die Antwort klar. Sie kann nur lauten:
"Weder der Westen noch der Osten will Europa retten: Rußland will es erobern - Amerika will es kaufen. Durch diese Skylla der russischen Militärdiktatur und die Charybdis der amerikanischen Finanzdiktatur führt nur ein schmaler Weg in eine bessere Zukunft. Dieser Weg heißt Pan-Europa und bedeutet: Selbsthilfe durch Zusammenschluß Europas zu einem politisch-wirtschaftlichen Zweckverband" (S. X).
Doch die Vereinigung Europas ist für Coudenhove nicht das Letzte. Sie ist nur die notwendige Vorstufe zur Herstellung der Welteinheit:
"Soll die Weltorganisation an die Stelle der Welt-Anarchie treten, so müssen erst die Staaten sich zu Über-Staaten zusammenschließen. Wie die Einigung Deutschlands, Italiens und Polens notwendige Etappen waren für die Einigung Europas - so wird die Einigung Europas eine notwendige Etappe bilden zur Einigung der Menschheit … Erst muß Europa sich einigen - dann die Menschheit: diese Entwicklung läßt sich nicht umkehren" (S. 87).
In der geistesgeschichtlichen Begründung des Paneuropa-Gedankens geht Coudenhove zurück bis zum Römischen Reich:
"Europa … ist verbunden durch die christliche Religion, durch die europäische Wissenschaft, Kunst und Kultur, die auf christlich-hellenischer Basis ruht. Die gemeinsame europäische Geschichte begann mit dem Römerreich und der Völkerwanderung, fand ihre Fortsetzung in Papsttum und Feudalismus, Renaissance und Humanismus, Reformation und Gegenreformation, Absolutismus und Aufklärung, Parlamentarismus, Industrialismus, Nationalismus und Sozialismus" (S. 143).
Unter der Überschrift "Wege zu Pan-Europa" nennt Coudenhove konkrete Schritte, die inzwischen - Jahrzehnte nach der Niederschrift seines Buches - zum Teil in verblüffender Weise in die Tat umgesetzt worden sind:
"Der erste Schritt zu Pan-Europa wäre die Einberufung einer paneuropäischen Konferenz durch eine europäische Regierung oder durch mehrere …
Der zweite Schritt zu Pan-Europa ist der Abschluß eines obligatorischen Schieds- und Garantievertrages zwischen allen demokratischen Staaten Kontinentaleuropas…
Der dritte Schritt zu Pan-Europa ist die Bildung einer paneuropäischen Zollunion, der Zusammenschluß Europas zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet …
Die Krönung der paneuropäischen Bestrebungen wäre die Konstituierung der **Vereinigten Staaten von Europa** nach dem Muster der Vereinigten Staaten von Amerika" (S. 151 ff.).
Coudenhove ließ es nicht bei der Theorie bewenden, sondern schritt eifrig zur Tat. So gründete er im Zusammenhang mit der Veröffentlichung seines Buches die Paneuropa-Union. Der

erste Europa-Kongreß der Geschichte fand auf Initiative Coudenhoves vom 3. bis 6. Oktober 1926 in Wien statt. Er führte rund zweitausend Teilnehmer aus 24 Ländern zusammen, darunter zahlreiche Politiker. Im Bamberger Programm der Paneuropa-Union vom 9. Juni 1996 heißt es u.a.:

**Die Paneuropa-Union erstrebt die Aufnahme der europäischen Völker,** die dazu bereit sind und die entsprechenden Bedingungen insbesondere auf dem Gebiete der Rechtsstaatlichkeit, des Menschen-, Volksgruppen- und Heimatrechts erfüllen, in die Europäische Union, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union zur Sicherung des Friedens und der Freiheit in Europa, die Weiterentwicklung der Europäischen Union zu einer politisch nach außen und innen voll handlungsfähigen Einheit, ein souveränes Europa, das keiner fremden Macht untergeordnet ist.

Dieses Programm - so meine Beobachtung - trägt einerseits die Handschrift einer konservativen Politik mit der Beibehaltung christlich-ethischer Werte - im Gegensatz zu liberalistischen und sozialistischen Konzeptionen im Europäischen Parlament. Zugleich aber wirkt es durch die Forderung einer politischen Vereinigung bisher getrennter Staaten revolutionär - doch nur auf den ersten Blick.

Betrachtet man die Hintergründe ausführlicher, dann erkennt man dahinter das Ziel des wiederhergestellten einheitlichen europäischen Reiches, wie es im Altertum durch den römischen Kaiser und im Mittelalter durch Kaisertum und Papsttum verkörpert war. Nicht zufällig war der Sohn des letzten österreichischen Kaisers, Otto von Habsburg, jahrzehntelang Präsident der Paneuropa-Union und zugleich einer der einflußreichsten Wegbereiter der Europäischen Union. In ihm und seinen Nachfolgern lebt der Gedanke vom politischen Einheitsreich in Verbindung mit dem Papsttum weiter.

Seine Kaiserliche Hoheit Otto von Habsburg war nicht nur jahrzehntelang Europaparlamentarier, sondern auch von 1930 bis 2000 "Chef und Souverän des Ordens vom Goldenen Vlies". Er gab die Leitung aus Altersgründen an seinen Sohn Karl ab. Der Orden vom Goldenen Vlies ist "der Jungfrau Maria gewidmet". Sein Ziel ist "die Erhaltung des katholischen Glaubens, der Schutz der Kirche und die Wahrung der unbefleckten Ehre des Rittertums".

Über weitere weltanschauliche Hintergründe der Begründer der Europa-Idee schreibt der ungarische Jesuit und Freimaurer Töhötöm Nagy:

**"Die Vorkämpfer der Idee eines vereinten Europas waren Freimaurer,** zumal diese Ideologie durch ihre freiheitlichen und brüderlichen Grundsätze typisch maurerisch ist. Einer der Großen dieser Bewegung war Graf Richard von Coudenhove-Kalergi; als ich vor vielen Jahren einmal voller Begeisterung ein Buch von ihm las, hätte ich mir nicht träumen lassen, daß er Freimaurer war und daß ich ihn eines Tages als die Personifizierung des maurerischen Prinzips zitieren würde. Drei bedeutende Förderer des paneuropäischen Gedankens wurden mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet: Aristide Briand, Gustav Stresemann und General George Marshall - alle drei Maurer." - Als der 29jährige Coudenhove-Kalergi sein Werk "Pan-Europa" schrieb, hatte er in seiner Freimaurerloge bereits den 18. Grad des Schottischen Ritus, den "Ritter vom Rosenkreuz", erreicht.

**Welche Ziele vertritt die Freimaurerei?**

Es ist ein seit langem erklärtes Ziel der freimaurerischen Doktrin, insbesondere der Illuminaten, eine "Weltbruderschaft" zu errichten, in der alle Unterschiede zwischen Menschen - vor allem politischer und religiöser Art - beseitigt sind und es keinen Absolutheitsanspruch irgendeiner Religion auf "Wahrheit" mehr gibt. Laut Auskunft des "Internationalen Freimaurerlexikons" gehört es zu den Grundgesetzen der Freimaurer, sich "bloß zu der Religion zu verpflichten, in welcher alle Menschen übereinstimmen und jedem seine besondere Meinung zu lassen." Der Satz von der "Religion … in der alle Menschen übereinstimmen … ist das Fundament der Freimaurerei geworden."

Mutig und treffend stellt hierzu der katholische Freimaurer-Experte Manfred Adler fest, "daß der Progressismus (Fortschrittsdenken), der die katholische Kirche seit dem II. Vatikanischen Konzil (und nicht nur diese! L. G.) tiefgründig überflutet, ein Ergebnis des philosophischen Einflusses der Freimaurerei auf die Kirche ist. Zwischen der Maurerei und dem Progressismus besteht enge verwandtschaftliche Beziehung hinsichtlich der geistigen Konzeption."
Und weiter: "Tatsächlich ist es der geheime und offene Traum der maurerischen Weltpolitik, eine universale Weltregierung in einem universalen Welt-Einheits-Staat zu errichten. Nicht zuletzt um dieses Endziels willen waren einflußreiche kosmopolitische Maurerbrüder maßgeblich an der Gründung der 'Organisation der Vereinten Nationen' (United Nations Organization = UNO) beteiligt, die ihr 'Hauptquartier' in New York haben und 1945 an Stelle des Völkerbundes traten, der sich 1920 in Genf konstituiert hatte."

**5. Welteinheit ohne Gott**

In Artikel 1 der UN-Charta setzen sich die Vereinten Nationen u.a. folgende Ziele:
"1. den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen;
2. freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen;
3. eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen…"

**Welches sind die weltanschaulichen Grundlagen und Ziele der Europäischen Union?**

Im VERTRAG ÜBER EINE VERFASSUNG FÜR EUROPA ... heißt es:
Schöpfend aus den kulturellen, religiösen und humanistischen Überlieferungen Europas, deren Werte in seinem Erbe weiter lebendig sind und die zentrale Stellung des Menschen und die Unverletzlichkeit und Unveräußerlichkeit seiner Rechte sowie den Vorrang des Rechts in der Gesellschaft verankert haben … (sind die Hohen Vertragsparteien nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten wie folgt übereingekommen:)
In Artikel 2 der EU-Charta werden die Werte der Union beschrieben:
"Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte; diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Nichtdiskriminierung auszeichnet."
Es fällt auf, daß in dieser Präambel sowie in der Beschreibung der Werte und Ziele jeder Bezug auf Gott und die christlichen Wurzeln des Abendlandes fehlt. An der Stelle Gottes wird in der Präambel "die zentrale Stellung des Menschen" betont. Dementsprechend finden sich dann die "Werte" eines atheistischen Humanismus, vor allem der Gedanke des Pluralismus und der Toleranz.
Pluralismus und (Sach-)Toleranz schließen aber gerade feste Werte aus, wie sie uns etwa in den Zehn Geboten der Bibel vermittelt werden. Pluralismus und Toleranz - das bedeutet praktisch: Duldung unterschiedlichster Meinungen und Wertvorstellungen, auch wenn sie in Widerspruch zu Gottes Willen und Geboten stehen. Diese gottlose Basis des neuen Europa zeigt sich besonders folgenreich in Artikel 21 der EU-Charta über "Nichtdiskriminierung", wo es heißt:

"Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sind verboten."
Unter "Diskriminierung" wird die Herabsetzung eines Menschen - etwa aus den genannten Gründen - verstanden. Die entscheidende Frage freilich ist: Wann beginnt der "Straftatbestand" Diskriminierung? Bei einer üblen Beschimpfung (die in der Tat abzulehnen und zu ahnden ist) - oder aber bereits bei einer von der Bibel her gebotenen sachlichen Kritik? Darf ein Christ etwa nicht mehr sagen: "Wer einer nichtchristlichen Religion anhängt, kann gemäß Johannes 14,6 nicht zu Gott dem Vater kommen." Oder: "Wer Homosexualität praktiziert, tut Sünde."?
Hier tut sich ein Konflikt zwischen dem "Nichtdiskriminierungs-Gesetz" und der ebenfalls (bisher) gesetzlich verankerten Meinungs-, Glaubens- und Religionsfreiheit auf, der den Juristen noch viel zu schaffen machen könnte. Der christliche Jurist Thomas Zimmermans schreibt hierzu:
"Es ist damit zu rechnen, daß schon in den nächsten Jahren weitere Gesetze oder Ergänzungen zu bestehenden Gesetzen erlassen werden, in denen die Diskriminierung von Frauen, Homosexuellen usw. unter Strafe gestellt oder in sonstiger Weise rechtlich belangt wird. Dies kann zur Folge haben, daß Werturteile, die sich z.B. gegen Abtreibung, feministische Positionen oder Homosexualität richten, nach solchen Gesetzen für strafbar oder schadensersatzpflichtig erklärt werden. Auch berufliche Konsequenzen insbesondere für Angehörige des öffentlichen Dienstes sind dann nicht mehr auszuschließen.
Eine EU-Richtlinie vom 29.06.2000 sieht u.a. vor, daß niemand einen Vertragsabschluß wegen der Rasse oder der ethnischen Herkunft des Anderen verweigern darf. Die Bundesjustizministerin wollte diese Kriterien u.a. auch auf 'sexuelle Orientierung' ausdehnen. Danach hätte sich ein Hauseigentümer nicht mehr weigern dürfen, eine Wohnung an ein homosexuelles Paar zu vermieten. Auch ein Tendenzschutz für christliche Kirchen und Vereinigungen wäre nicht vorgesehen gewesen, so daß diese gegebenenfalls verpflichtet wären, einen atheistischen oder moslemischen Mitarbeiter einzustellen. Auf Grund starker Proteste u.a. auch aus Wirtschaftskreisen ist diese Richtlinie bislang noch nicht in geltendes Recht umgesetzt worden, jedoch ist weiterhin jederzeit damit zu rechnen.
In Schweden wurde im Herbst 2002 mit großer Mehrheit ein Gesetz verabschiedet, wonach u.a. kritische Äußerungen über Homosexualität und Homosexuelle mit Freiheitsstrafe bis zu vier Jahren bestraft werden. Dies soll auch dann gelten, wenn sich der Äußernde auf die Bibel beruft; die entsprechenden Bibelstellen sollen wohl noch zitiert werden dürfen, nicht aber als weiterhin verbindliches Wort Gottes verkündigt werden dürfen. Es ist anzunehmen, daß solche Gesetze nicht auf Schweden beschränkt bleiben und auch in den anderen EU-Staaten die erforderlichen Mehrheiten finden werden."

**6. Die Prophetie Daniels über die vier Weltreiche**

(Im) Kapitel Daniel 2 geht es um einen Traum, in dem vier Weltreiche geoffenbart werden. Zunächst wird ein goldenes Haupt erwähnt - das ist das babylonische Weltreich (625 bis 538 v. Chr.). Dann kommt der silberne Brustteil, der etwas länger ist, auch entsprechend der Jahreszahlen, die dann zu sehen sind - das ist das Reich der Meder und Perser (538 bis 331 v. Chr.). Dann kommen der Bauch und die Lenden aus Kupfer: Griechenland (331 bis 168 v. Chr.). Und schließlich wird ausführlich das vierte Reich beschrieben:
"Und das vierte wird hart sein wie Eisen; denn wie Eisen alles zermalmt und zerschlägt, ja, wie Eisen alles zerbricht, so wird es auch alles zermalmen und zerbrechen.
Daß du aber die Füße und Zehen teils von Ton und teils von Eisen gesehen hast, bedeutet: das

wird ein zerteiltes Königreich sein; doch wird etwas von des Eisens Härte darin bleiben, wie du ja gesehen hast Eisen mit Ton vermengt.
Und daß die Zehen an seinen Füßen teils von Eisen und teils von Ton sind, bedeutet: zum Teil wird's ein starkes und zum Teil ein schwaches Reich sein.
Und daß du gesehen hast Eisen mit Ton vermengt, bedeutet: sie werden sich zwar durch Heiraten miteinander vermischen, aber sie werden doch nicht einander festhalten, so wie sich Eisen mit Ton nicht mengen läßt.
Aber zur Zeit dieser Könige wird der Gott des Himmels ein Reich aufrichten, das nimmermehr zerstört wird; und sein Reich wird auf kein andres Volk kommen. Es wird alle diese Königreiche zermalmen und zerstören; aber es selbst wird ewig bleiben,
wie du ja gesehen hast, daß ein Stein ohne Zutun von Menschenhänden vom Berg herunterkam, der Eisen, Kupfer, Ton, Silber und Gold zermalmte …" (Daniel 2,40-45).
Das vierte Reich wird ein zerteiltes Königreich sein. Und es wird Eisenhärte haben. Viele Ausleger - und auch ich - deuten dies auf Rom. Rom teilte sich in Ost- und Westrom und besaß die Härte des Eisens. Es betrieb große Kriegszüge, in denen es mit brachialer Gewalt viele Völker unterjochte. Schließlich ist es selber zerbrochen wie Ton.
Es gibt auch Stellen in der Johannesoffenbarung, die darauf hinweisen, etwa Offenbarung 17,8, wo von dem "Tier" gesprochen wird, das "gewesen ist, nicht ist und wieder aufsteigen wird". Diese Stelle läßt sich auf Rom beziehen: Es ist äußerlich untergegangen, wird aber am Ende der Tage wieder entstehen. Rom folgte auf Griechenland, und wie Eisen alles zermalmt, so zermalmte es durch seine Kriegszüge seine Feinde.
Wir müssen jetzt noch eine weitere Stelle betrachten, Daniel 7,1-27. Hier ist die Rede von vier Tieren: das erste wie ein Löwe, das zweite wie ein Bär, das dritte wie ein Panther und das vierte schrecklich anzusehen mit verschiedenen Hörnern. In Daniel 7 wird dies so ausgelegt, daß diese vier Tiere vier Königreiche sind, die auf Erden an die Macht kommen werden.
Die Ausleger sind sich einig, daß es sich bei den drei ersten Reichen um das babylonische (625-538 vor Christus), das medo-persische (538-331 vor Christus) und das griechisch-hellenistische Weltreich (331-168 vor Christus) handelt. Das vierte Reich wird häufig auf Rom (seit 168 vor Christus) gedeutet: Es ist zunächst geeint, bricht dann in Ost- und Westrom auseinander, verschwindet eine Zeitlang von der politischen Weltbühne und steht am Ende der Zeiten wieder auf (vergleiche Daniel 2,39-43; Offenbarung 17,8).
Das wiedererstandene römische Reich teilt sich dann in zehn Staaten (vergleiche die zehn Hörner in Offenbarung 17,12), die manche Ausleger mit den Staaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) gleichgesetzt haben. Die Geschichte hat gezeigt, daß diese Rechnung nicht stimmt, denn bereits 1986 wurde die Zehnzahl überschritten.
Deshalb neige ich eher der Deutung zu, die zum Beispiel Arnold Fruchtenbaum gibt, und aktualisiere sie nachfolgend. Fruchtenbaum begrenzt das vierte Reich nicht nur auf Rom im begrenzten geographischen Sinn, sondern faßt es weiter: als imperialistisches Reich, das die anderen Länder "frißt" (Daniel 7,19). Dieses Reich durchläuft fünf Phasen:
1. Das geeinte Stadium = Römisches Reich in der Antike.
2. Das zweigeteilte Stadium = die Teilung in Ost- und Westrom, die sich im politisch-religiösen Zweigestirn Rom-Konstantinopel und im zwanzigsten Jahrhundert schließlich im Ost-West-Konflikt fortsetzt. Dieses Stadium hörte meines Erachtens im Jahr 1989 auf, als der "kalte Krieg" endete. Als nächstes kommt:
3. Das Weltherrschaftsstadium: Der Gedanke der "Neuen Weltordnung" wird verkündet und gewinnt immer mehr Einfluß. Diesem wiederum folgt:
4. Das Zehn-Reiche-Stadium: Die zehn Reiche sind vielleicht zehn Verwaltungsbezirke, in welche die Welt zwecks besserer Überschaubarkeit und Kontrollierbarkeit aufgeteilt wird. Diese Möglichkeit ist meines Erachtens realistischer als die (überholte) Deutung auf Europa

oder einen Staatenblock um das Mittelmeer herum.
5. Das Antichrist-Stadium: Die Deutung "zehn Reiche gleich Staatenblock um das Mittelmeer" vertritt - mit aller gebotenen Vorsicht - zum Beispiel Marius Baar. Er schreibt:
"1968 haben sich in Beirut zehn arabische Länder zur OAPEC (Organisation arabischer ölausführender Länder) zusammengeschlossen … Wenn ich noch nicht davon ausgehe, daß wir hier schon die zehn Könige finden, so bin ich deshalb nicht weniger davon überzeugt, daß die zehn Könige, die ihre Macht dem Tier - das nicht ist und wiederkommt - übergeben, in dem fünften Reich aus Daniel 2 demnach in der Welt der Propheten zu suchen sind (siehe Offenbarung 17,13), die in Verbindung mit oder gerade um Israels willen die Weltbühne betreten und eines Sinnes gegen Jahwe und seinen Gesalbten sein werden."
Obwohl diese Deutung im Blick auf die Situation Israels manches für sich hat, gehe ich doch vom biblischen Gesamtkontext her davon aus, daß es sich beim antichristlichen System (bzw. seiner Vorstufe) um eine weltweite Herrschaftsausübung handelt. Die Staaten um das Mittelmeer herum oder auch Europa könnten innerhalb dieses Systems eher einzelne Verwaltungsbezirke von den zehn sein. Dabei liegt die Vermutung nahe, daß das wiedervereinigte Europa - ungefähr auf dem Gebiet des antiken Römischen Reiches liegend und mit dem Vatikan in seinem Zentrum - bei der Vereinigung der Welt eine zentrale Rolle spielen könnte ...
Solche Pläne, die Welt in zehn Verwaltungsbezirke zu gliedern, finden sich übrigens in Veröffentlichungen des einflußreichen Club of Rome. Der Club of Rome teilte in Plänen aus den 70er- und 80er-Jahren des 20. Jahrhunderts die Welt in die folgenden zehn Wirtschaftsräume auf:
1. Kanada und USA;
2. Europäische Gemeinschaft (EG);
3. Japan;
4. Israel, Südafrika und Australien;
5. Comecon-Staaten (= Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe);
6. Lateinamerikanische Freihandelszone;
7. Arabische Liga;
8. Organisation für Afrikanische Einheit (OAU);
9. Nichtkommunistische Staaten Asiens und des Südpazifiks;
10. China und kommunistisches Asien.
Vorstufen solcher Verwaltungsbezirke könnten zum Beispiel auch die bereits existierenden wirtschaftlichen Zusammenschlüsse sein, die in ihrer Zielsetzung der EU entsprechen, zum Beispiel die arabischen OPEC-Länder, die Contadora-Staaten, die Staaten des Zentralamerikanischen Gemeinsamen Marktes, die AKP- (Afrika-, Karibik-, Pazifik-)Staaten und die ASEAN-Staaten (Ostasien).
Während des Zehn-Reiche-Stadiums - so sagt es uns die Bibel weiter - wird der Antichrist auftreten, drei Reiche vernichten und die restlichen sieben unterwerfen (vergleiche Daniel 7,7 f. 24; Offenbarung 17,12 ff.). Dann kann er seine absolute Herrschaft ausüben. Zentren der antichristlichen Herrschaft könnten durchaus in Rom (vergleiche Offenbarung 17 f.; 1. Petrus 5,13) und in Jerusalem (vergleiche Daniel 9,27; 2. Thessalonicher 2,4) liegen.
Freilich handelt es sich hierbei nur um eine mögliche Deutung. Zu oft schon ist es anders gekommen, als Menschen es sich in übergenauer Konstruktion ausgedacht haben. So möchte obiges System nur ein Anstoß zum Nachdenken und weiteren Beobachten der weltpolitischen Entwicklung sein.
**Fest steht allerdings Folgendes:**
Die Weltgeschichte entwickelt sich - besonders auffallend seit dem Ende des 20. Jahrhunderts - auf einen Punkt zu, an dem die Menschheit aus eigener Kraft versucht, ein Friedensreich zu bauen. Sie betreibt damit nichts anderes als den Versuch, das tausendjährige messianische

Friedensreich Jesu Christi (vergleiche Offenbarung 20,1-6) aus eigener Kraft vorwegzunehmen. Die Bibel spricht deutlich davon, daß diese Bemühungen der vereinigten Menschheit ohne den einen, lebendigen Gott der Bibel im Antichristlichen - im zweiten Turmbau von Babel (1. Mose 11,1-9; Offenbarung 17) - enden werden.
Doch dieses Friedensreich hat keinen Bestand. Es ist ein Reich "aus Ton und Eisen gemischt" - eine Einheit ohne Wahrheit, eine Einheit durch Vermischung unterschiedlicher Ideologien und Religionen (vergleiche Daniel 2,33.43). Jesus wird sein Gericht über dieses "Sein-Wollen-wie-Gott" der Menschheit halten: "Wenn sie sagen werden: Es ist Frieden! Es hat keine Gefahr! - dann wird das Verderben schnell über sie kommen" (1. Thessalonicher 5,3).

**7. Das wiedererstehende Römische Reich und die Römisch-Katholische Kirche**

Am 29. Oktober 2004 wurde die Verfassung der Europäischen Union von Staats- und Regierungschefs aus 25 Ländern auf dem Kapitol in Rom unterzeichnet. Radio Vatikan kommentierte: "Den Text der Verfassung, der völlig ohne die Worte Gott oder Christentum auskommt, unterzeichnen alle - Ironie der Geschichte - unter einer großen, historischen Papststatue."
War dies wirklich nur eine Ironie der Geschichte? Warum hat man denn gerade diesen symbolträchtigen Ort gewählt? Hat der Vatikan vielleicht doch mehr mit der Vereinigung Europas zu tun, als viele denken?
Am 30.10.2004 jedenfalls, einen Tag nach der Unterzeichnung, wurde der Papst mit folgenden Worten zitiert: "Die Unterzeichnung ist ein Ereignis, das auf gewisse Weise den Prozeß der Erweiterung (der EU; L. G.) abschließt. Europa wurde um jene Staaten erweitert, die immer an der Herausbildung der spirituellen und institutionellen Fundamente des alten Kontinentes mitgearbeitet haben, die aber gleichzeitig in den vergangenen Jahrzehnten an den Rand dieses Kontinentes gedrängt waren. Der Heilige Stuhl und ich persönlich haben diesen Erweiterungsprozeß unterstützt, damit Europa mit seinen zwei Lungenflügeln atmen kann: dem Geist des Westens und dem Geist des Ostens …
Obwohl in der EU-Verfassung ein ausdrücklicher Verweis auf die christlichen Wurzeln fehlt, die doch die Kultur aller heutigen EU-Nationen bestimmt, bin ich zuversichtlich, daß die Werte des Evangeliums weiterhin die Bemühungen jener Menschen inspirieren, die für das Antlitz Europas verantwortlich zeichnen. Und ich hoffe, daß Europa dieses spirituelle Erbe als Basis seiner Einheit bewahrt."
Immer wieder hat Johannes Paul II. (Karol Wojtyla) seinen Willen zur europäischen und weltweiten Vereinigung unüberhörbar bekundet, so z.B. bei dem interreligiösen Friedensgebetstreffen in Assisi im Oktober 1986 oder bei seiner Ansprache an die südwestdeutschen Bischöfe vom 21.12.1992. Dabei sagte er:
"Ich begrüße Eure Initiative, sich der umfassenden Herausforderung des europäischen Einigungsprozesses, gemeinsam mit den Katholiken in allen Ländern Europas, zu stellen. Dabei bin ich sicher, daß ihr wie bisher die Aufgaben in dem noch umfassenderen Einigungsprozeß auf dem Weg zur einen Welt nicht aus den Augen verlieren werdet."
Ebenso äußerte sich Wojtylas Nachfolger im Papstamt, Benedikt XVI., bereits im Jahre 1995 (noch als Joseph Kardinal Ratzinger): "Der Gedanke der Nation muß durch den europäischen Gedanken ergänzt und erweitert werden, der wiederum in die weltweite Verantwortung aller Kulturen füreinander in der einen Welt einzufügen ist."
Auch die Europafahne gibt einen Hinweis auf den Einfluß der Römisch-Katholischen Kirche auf das vereinte Europa. Sie besteht aus einem Kreis aus zwölf goldenen fünfzackigen Sternen auf blauem Grund. In der Internet-Enzyklopädie Wikipedia wird festgestellt:
"Entwicklungsgeschichtlich geht die Europaflagge auf die Flagge der Paneuropäischen Bewegung zurück. Bei dieser entstammen die zwölf Sterne (plus Sonnenscheibe und Kreuz) der Bibel: Und es erschien ein großes Zeichen am Himmel: Eine Frau, mit der Sonne bekleidet, und der Mond unter ihren Füßen und auf ihrem Haupt eine Krone von zwölf Sternen (Offen-

barung 12,1).
Ohne wirklichen Anhaltspunkt im Bibeltext, wird diese Erscheinung von der Römisch-Katholischen Kirche immer wieder auf Maria, die "Mutter Gottes", gedeutet. Es kann sich aber - vom biblischen Kontext her - kaum um Maria handeln, sondern eher um ein Symbol für Israel oder die Gemeinde.
Dennoch hat diese Erscheinung bzw. ihre katholische Auslegung die Gestaltung der Europafahne stark beeinflußt. Nach katholischer Vorstellung ist Maria die Herrin Europas. Wir erinnern uns, daß auch Otto von Habsburg, ein überzeugter Katholik, jahrzehntelang sowohl der Paneuropa-Union als auch dem "Orden vom Goldenen Vlies" vorstand, der Maria geweiht ist. Papst Pius XII. hatte bereits am 24.12.1941 den Appell ausgegeben, "ein neues Europa und eine neue Welt aufzubauen". Immer wieder haben "Marienerscheinungen" - in Wirklichkeit "spiritistische Phantome" (E. M. Slade) - über ihre Medien dazu aufgerufen, Europa und die Welt zu vereinigen und diese "dem Herzen Marias zu weihen".
Obwohl manche denken, Papst Benedikt XVI. sei "reformatorischer" als seine Vorgänger, darf man sich doch über seine tiefreichende katholische Prägung und unbiblische Marienverehrung keine Illusionen machen. So versprach er z.B. den Teilnehmern des Weltjugendtages in Köln im August 2005 unter bestimmten Voraussetzungen einen Ablaß (!) ihrer zeitlichen Sündenstrafen im Fegefeuer. Und so hielt er wenige Tage vor diesem Kölner Großereignis in seiner Sommerresidenz Castel Gandolfo eine Ansprache anläßlich der "Himmelfahrt Marias", in der er ausführte:
"Wie Christus mit seinem verherrlichten Leib von den Toten auferstanden und in den Himmel aufgefahren ist, so wurde die ihm voll zugesellte Jungfrau mit ihrer ganzen Person in die himmlische Herrlichkeit aufgenommen … Ich bitte die in den Himmel aufgenommene Jungfrau Maria um ihren Beistand für die jungen Teilnehmer des Weltjugendtages … In und mit Gott ist sie jedem von uns nahe, kennt unsere Herzen, kann unsere Gebete hören, kann uns mit ihrer mütterlichen Freundlichkeit helfen und ist uns gegeben, wie der Herr sagte, als eine Mutter, zu der wir uns in jedem Augenblick wenden können. Sie hört uns immer zu, ist uns immer nahe und besitzt als Mutter des Sohnes Anteil an der Macht des Sohnes und seiner Gottheit."

**8. Brautgemeinde gegen Babylonkirche**

Die Vereinigung der Menschheit geht heute mit Riesenschritten voran. Die Frage stellt sich: Nähern wir uns der Weltherrschaft des Antichristen in Verbindung mit der Hure Babylon?
Denn zur Person des Antichristen gehört Babylon, das mit 1. Mose 11 (Turmbau zu Babel) zusammenhängt. Babylon ist das System, das mit dem Antichristen kooperiert. Die Hure Babylon ist die vom lebendigen Gott abgefallene, religiöse Welt, die dem Antichristen huldigt. Die Stadt Babylon ist die wirtschaftliche und soziale Welt, in welcher der Handel und der Verkehr gemäß Offenbarung 18 stattfinden.
Der Name "Babylon" könnte damit zusammenhängen, daß das Ereignis von Babel (Sprachenverwirrung) wieder aufgehoben wird, indem man die Einheit der Welt auf allen Gebieten erstrebt: durch das politische Welteinheitsreich, durch das wirtschaftliche Einheitssystem und durch die Einheitsreligion, die eben die antichristliche Anbetungsreligion sein wird. Nun stellt sich mit Macht die Frage:
Bestehen Zusammenhänge zwischen der Hure Babylon und Rom?
Die "sieben Hügel" in Offenbarung 17,9 deuten durchaus auf Rom hin. Gerade in der damaligen Zeit, in der die Johannesoffenbarung entstanden ist, hat jeder sicherlich sofort an Rom gedacht, wenn er von den sieben Hügeln hörte. Es waren ja zum Großteil sehr problematische Kaiser, die im 1. Jahrhundert nach Christus herrschten, so daß die Anspielung auf Rom nicht verwunderlich war.
Ferner finden sich verschiedene Kennzeichen, welche auf die Römisch-Katholische Kirche zutreffen, in deren Lokalisierung und Struktur sich auf eine gewisse Weise das römische

Reich fortsetzt. "Katholisch" bedeutet wörtlich "allumfassend". Schon durch diese Selbstbezeichnung wird in der Deutung Roms der Anspruch auf Weltherrschaft oder zumindest globale Einflußnahme offen ausgesprochen. Es besteht wirklich ein universaler Anspruch des Papsttums, vor allem die Jurisdiktionsgewalt über alle katholischen Herrscher und im Grunde auch über die anderen Regenten. Der Papst hat als "Vertreter Christi und Petri" die oberste Gewalt der Rechtsprechung auf Erden.
Die römische Kirche benutzt auch heute noch Latein als Sprache. Ihre Würdenträger sind mit wertvollen Stoffen, Scharlach und Purpur, bekleidet, was auch in Offenbarung 17 und 18 eine gewisse Rolle spielt. Die römisch-katholische Kirche ist sehr reich. Der Papst trug bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil öffentlich drei aufeinandergesetzte Kronen, die "Tiara". Rom besitzt ungeheure Kunstschätze und Reichtümer. Es ist "trunken vom Blut der Heiligen" (Offenbarung 17,6), es hat - etwa anfangs als römische Staatsmacht und später durch die Inquisition der römisch-katholischen Kirche - viele Gläubige verfolgt und getötet.
Heute ist Rom - neben dem Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf - Vorreiter einer "interreligiösen Ökumene" mit dem Ergebnis einer antichristlichen Vermischung der Religionen und dem Entstehen einer Welteinheitsreligion. Das hat sich etwa bei den sogenannten "Friedensgebetstreffen" der Religionen in Assisi/Italien und an anderen Orten auf Initiative des Papstes auf schockierende Weise gezeigt.
Dennoch ist die Identifikation der Hure Babylon (Offenbarung 17 f.) mit der römisch-katholischen Kirche meines Erachtens zu eng. Ich stimme René Pache zu, der schreibt:
"Die Hure stellt nicht lediglich eine bestimmte Gruppe von Abgefallenen dar, sondern alle falsche(n) Religion(en) auf Erden. Es hat viele falsche Christen bei den Katholiken gegeben, aber ebenso bei den Protestanten, den Orthodoxen und anderswo. Geistlichen Ehebruch begehen alle, die ihr Herz zwischen Gott und der Welt teilen, die bei einem strengen Dogma die Bekehrung ablehnen, die vom Glauben an die Bibel abweichen, indem sie die Gottheit Jesu Christi und die Sühnekraft seines Blutes leugnen, alle, welche Andersgläubige verfolgen … Die große Hure ist die abgefallene Kirche, die Jesu Eigentum zu sein gelobte und nun mit der Welt Ehebruch treibt."
Das tut eben nicht nur Rom, sondern das geht leider quer durch die Konfessionen hindurch. Dabei schließe ich nicht aus, daß Rom durch seine Macht und seinen Einfluß hierbei eine Schlüsselrolle übernimmt und viele auch aus anderen Konfessionen verführt.

**Was sagt die Heilige Schrift über den Unterschied zwischen Hure Babylon und Brautgemeinde Christi?**

Die Gemeinde ist die Braut. - Die Hure ist die von Gott abgefallene Kirche, die nichts mehr mit seiner Wahrheit zu tun hat.
Die Gemeinde ist Christus untertan. - Die Hure aber sitzt auf dem Tier (Offenbarung 17,3).
Die Gemeinde ist das neue Jerusalem, - die Hure das große Babylon.
Die Gemeinde ist ein Organismus, durch Gottes Geist geprägt und belebt, - während Babylon eine Weltorganisation ist, die aufgebaut wird durch Druck, Zwang und falsche Religiosität.
Die Gemeinde geht durch irdische Niedrigkeit, Verachtung und Verfolgung hindurch zur himmlischen Herrlichkeit (Matthäus 10,9 f.; 24,9-13; 2. Timotheus 3,12). - Die Hure ist auf Geld und Macht aus (Offenbarung 17,4.18; 18,7.9-19); sie ist äußerlich prachtvoll, aber innerlich tot (vergleiche Offenbarung 3,1).
Die Gemeinde paßt sich dem Zeitgeist nicht an, sondern ist Salz und Licht der Welt (Matthäus 5,13 ff.; Römer 12, 1; 1. Johannes 2,15-17). - Die Hure stellt sich der Welt gleich und vertauscht Gottes Geist mit dem Zeitgeist (Offenbarung 17,2; 18,3).
Die Gemeinde hält Jesus Christus als dem einzigen Herrn und Erlöser die Treue und lehnt jede Religionsvermischung ab (Johannes 14,6; Apostelgeschichte 4,12). - Die Hure betreibt "Hurerei", das heißt: sie setzt heidnische Götzen mit dem Gott der Bibel gleich und vermischt

die Religionen und Ideologien (Offenbarung 17,2.5.15; vergleiche Hosea 1,2; 3,1).
Die Gemeinde setzt sich zusammen aus Gläubigen in allen Denominationen (Glaubensgemeinschaften), die nur Gott wirklich kennt (Johannes 17,20-26). - Die Hure bringt die wahrhaft Gläubigen zunehmend in Bedrängnis (Offenbarung 17,6).
Die Gemeinde fällt nicht auf falsche Zeichen und Wunder herein, sondern orientiert sich allein am Wort der Heiligen Schrift (Jeremia 23,28; 2. Timotheus 3,14-17). - Die Hure lenkt durch falsche Zeichen und Wunder von den rettenden Wunden Jesu ab (vergleiche Matthäus 24,24; 2. Thessalonicher 2,9; Offenbarung 13,13).
Die Gemeinde wartet auf Jesu Wiederkunft (Matthäus 24 f.; 2. Petrus 3,11 ff.); sie bereitet Christus den Weg, indem sie viele in seine Nachfolge ruft (Matthäus 24,14). - Die Hure bereitet dem Antichristen den Weg, der sie zunächst für sein religiöses Gaukelwerk mißbraucht, um sie anschließend fallenzulassen (Offenbarung 17,3.16). Die Religion Babylons vermischt also sämtliche Ideologien und Religionen miteinander und möchte sie unter Umgehung der Wahrheit Gottes zum antichristlichen Einheitssystem verbinden: Die falsche Einheit nach Offenbarung 17 und 18 ist am Entstehen.
**Die wahre Einheit hingegen ist die Einheit nach Johannes 17:** die Einheit aller derjenigen - und nur derjenigen! -, die an Jesus Christus als den lebendigen Sohn Gottes glauben, ihn lieben und ihm durch alle antichristlichen Wirren hindurch die Treue halten.
Jesus Christus selber beschreibt diese wahre Einheit mit folgenden Worten in seinem Gebet zum Vater:
"Ich bitte aber nicht allein für sie (meine Jünger), sondern auch für die, die durch ihr Wort an mich glauben werden, damit sie alle eins seien. Wie du, Vater, in mir bist und ich in dir, so sollen auch sie in uns sein, damit die Welt glaube, daß du mich gesandt hast" (Johannes 17,20 f.)
Heute geht die falsche Einheit mit Riesenschritten voran. Es gibt eine "Globalisierung" in der Politik und Wirtschaft, aber leider genauso in christlichen Kirchen und Gemeinden. Alle Religionen und Konfessionen sollen zusammenrücken um des äußeren und inneren Friedens willen. Einheit und Friede werden über Eindeutigkeit und Wahrheit gestellt. Der Maßstab ist nicht mehr "allein Christus", "allein der Glaube" und "allein die Heilige Schrift", sondern eine falsch verstandene Liebe (ohne Wahrheit), eine Selbstverwirklichungs-Ideologie und ein "Evangelium" zum Wohlfühlen. Hier sollten wir äußerst wachsam sein.<<
Die Berliner Tageszeitung "taz" berichtete am 26. Juli 2006: >>**Schwarze Balken für die Wahrheit**
Der "ungebetene Nachruf auf Alfred Freiherr von Oppenheim" hat der Familie des verstorbenen Kölner Großfinanziers nicht gepaßt: Das Buch "Der Bankier" von Werner Rügemer gibt es nur noch mit geschwärzten Stellen. Die umstrittenen Geschäfte des Bankhauses kritisiert der Autor jedoch weiter
Werner Rügemer hat viele Bücher geschrieben. Aber das ist dem Kölner Publizisten nie passiert: Das gerade fertig gestellte und an die Buchhandlungen ausgelieferte Werk wurde verboten. "Der Bankier" heißt das umstrittene Buch: "Ungebetener Nachruf auf Alfred Freiherr von Oppenheim". Die Oppenheims haben nicht nur nicht darum gebeten, sie haben mit allen Mitteln gegen die Veröffentlichung der Streitschrift gekämpft.
In dem Buch schildert Rügemer das Leben des verstorbenen Seniorchefs der Bank und bringt es in Verbindung mit der Darstellung von Geschäftszweigen und -praktiken des Hauses Oppenheim und seiner Tochterfirmen. Als Anlaß für seine reportagehaft angelegten Texte nimmt Rügemer die Trauerfeier, die für den Protestanten Oppenheim im vergangenen Jahr im katholischen Kölner Dom stattfinden durfte. Er erzählt, welche Gäste er dort gesehen und in welcher Beziehung sie zum Verstorbenen und seinen Geschäften standen. Das Gleiche wiederholt er anschließend auf dem Friedhof, wo er die Namensschleifen auf den Grabkränzen

analysiert.
Das alles mag man im diskreten Kölner Reichen-Bankhaus morbide und unangebracht finden, damit läßt sich aber noch kein Verbot rechtfertigen. Also nahmen sich Anwälte einer Berliner Medienkanzlei das Werk vor und zerpflückten es. Heraus gekommen sind über 20 Punkte, die nach Ansicht der Juristen falsch sind. Zwar gibt es den einen oder anderen Punkt, der womöglich als fehlerhaft ausgelegt werden könnte. Unter anderem wurde in einem Schreiben aber auch darüber lamentiert, ob das Portrait des Seniorchefs in der Eingangshalle der Bank gemalt oder fotografiert ist.
Konkret analysiert Rügemer vor allem das öffentlich weitgehend unbekannte Engagement der Bank bei der Privatisierung öffentlicher Firmen. "Da steht die Bank eher auf der Seite der Investoren und von deren Vorteilen - die Städte werden dabei über den Tisch gezogen", meint der Korruptionsforscher, Vize-Präsident der Organisation "Business Crime Control" und Lehrbeauftragte der Kölner Universität. Derart inhaltlich angegriffen zu werden - ob zu Recht oder nicht - behagt dem Bankhaus offenbar nicht. "Geheim, geheimer noch als geheim" ist die Geschäftspolitik eben. Die wohlhabenden Anleger schätzen es nicht, wenn über ihre Finanz-Aktionen öffentlich kritisch diskutiert oder auch nur berichtet wird.
Mit einigen Punkten setzten sich die Anwälte vor einem Berliner Gericht durch. Per Einstweiliger Verfügung untersagten sie den Vertrieb des Buches. Zuvor aber schrieben sie schon die Buchhändler an. So erhielt Ulrich Klinger von der "Buchhandlung für ausgesuchte Literatur" im Kölner Stadtteil Bickendorf einen juristischen Schriftsatz per Fax. Wenn er nicht binnen Stunden antworte, könne er bestraft werden, hieß es sinngemäß - weil er sich quasi der Verbreitung von Lügen schuldig gemacht habe. "Das ist für mich ein Relikt aus vordemokratischen Zeiten", schimpft Klinger.
Doch Rügemer wäre nicht Rügemer, wenn er sich tatsächlich den Mund verbieten ließe. Auch wenn er bestimmte Aussagen nicht wiederholen darf, kritisiert er weiterhin Bauprojekte wie die Kölnarena und die Kölner Messehallen. Beide wurden errichtet von einem Immobilienfonds, der eine Tochter des Troisdorfer Bauunternehmers Esch und des Bankhauses Oppenheim ist. Beide Projekte sind nach Ansicht Rügemers ungünstig für die Stadt Köln. Im Fall der Messe ermittelt sogar der Staatsanwalt.
"Mir haben viele Leute gesagt: Mensch, die Bank Oppenheim und der Esch-Oppenheim-Fonds hätten doch froh sein können, daß sie bei der Kölnarena so relativ günstig mit einem blauen Auge raus gekommen sind", erklärte Rügemer im Gespräch mit der taz: "Daß die dasselbe Muster noch mal machen - mit der selben Stadt - das hat doch bundesweit großes Aufsehen erregt."
Derzeit gibt es nun eine Auflage des Buches in den Läden, in der die vom Bankhaus angeprangerten Stellen in "Der Bankier" geschwärzt sind. Rügemer will aber weiterhin mit seinem Verlag gegen das Verbot vorgehen und wird dabei bereits von der Gewerkschaft Ver.di unterstützt.
Wer sich trotzdem aktuell über eines der wichtigsten Geschäftsfelder des Hauses Oppenheim informieren will, kann das auch in einem anderen neuen Werk von Rügemer - in seinem ebenfalls jüngst erschienenen Buch "Privatisierung in Deutschland - eine Bilanz" beschäftigt er sich auf etlichen Seiten mit dem Bankhaus. Systematisch zeigt er auf, wie zum Beispiel Volksvertreter in (teil) privatisierten öffentlichen Unternehmen den Einfluß verlieren. Und auch hier finden wir wieder den Zusammenhang zwischen Kölnarena und Messe: "Bei den Messehallen handelt es sich um eine Wiederholungstat."
Werner Rügemer: Der Bankier (geschwärzte Ausgabe), Verlag Nomen, … Privatisierung in Deutschland, Verlag Westfälisches Dampfboot …<<

Die Berliner Tageszeitung "taz" berichtete am 3. Februar 2007: >>**In der Falle der Neoli-**

**beralen**

Es fehlt gegenwärtig nicht an Versuchen, die Welt neu zu erklären. Vor ein paar Jahren war der "Terror der Ökonomie" (Viviane Forrester) recht populär, dann kam das "Empire" (Negri/Hardt). Anderen Autoren reicht immer noch der Begriff "Globalisierung".

Rar sind dagegen Autoren, die sich in die Niederungen der real existierenden Ökonomie begeben und sich kritisch mit Cash-Flows, Portfolios oder REITs (Real Estate Investment Trusts) beschäftigen.

Das ist schade, denn so bleibt dieses Feld entweder den Neoliberalen überlassen, die wenig mehr zu bieten haben als die Heiligsprechung des Kapitalismus. Oder aber den Börsengurus, die ihren Lesern mit ihrer Ratgeber- und Erweckungsliteratur einreden wollen, daß auch "Du es schaffen kannst".

Eine löbliche Ausnahme ist Werner Rügemer. Seit Jahren beschäftigt sich der Kölner Publizist mit "Public Private Partnership", Verkauf von Genossenschaftswohnungen oder dem "Cross Border Leasing" - jenen berüchtigten Scheingeschäften, bei denen dutzende deutsche Kommunen ihre Infrastruktur für Scheingeschäfte hergegeben haben, bis der amerikanische Kongreß dieser Praxis einen Riegel vorgeschoben hat. Mit "Privatisierung in Deutschland" legt Rügemer nun eine Bilanz der Privatisierung seit der Wiedervereinigung vor.

Mit unzähligen Beispielen belegt er, daß durch Privatisierung bisher staatlicher Betriebe die Preise keineswegs niedriger werden oder die Leistungen besser. Bei der Post verschwinden zum Beispiel immer mehr Briefe, weil sich das Unternehmen die Nachforschungen spart. Und bei der Bahn steigen die Preise unaufhörlich, während die Verspätungen immer zahlreicher werden.

Am Beispiel der ehemaligen DDR zeigt Rügemer, wie die Treuhand nach der Wende öffentliches Eigentum regelrecht verschleudert hat. Privatisieren geht vor Sanieren, bringt er das auf eine Formel. Dabei hätte es oft preiswertere Alternativen gegeben, die ostdeutsche Wirtschaft zu sanieren, etwa durch Genossenschaften. Rügemer bringt hier Beispiele aus der Abwasserwirtschaft. Das wurde jedoch zugunsten von Firmeninteressen verhindert.

Leider erschlägt die Menge der Kommunen, Firmen und Finanzierungsmodelle, die Rügemer als Belege anführt, den Leser förmlich. Ein wenig mehr Einordnung und etwas weniger Zahlen hätten dem Buch gut getan. Zumal der gelernte Philosoph Rügemer einiges zu sagen hat. Zum Beispiel warnt er davor, sich auf die Frage "staatlich oder privat" einzulassen. "Rein rechtlich gesehen, können sich Aktionäre auch für neue Arbeitsplätze, für umweltverträgliche und nachhaltige Produktion entscheiden", argumentiert er. Umgekehrt gebe es auch genügend Fälle von kommunaler Mißwirtschaft. Die Frage "staatlich oder privat?", so seine These, ist eine Falle der Neoliberalen. "Die Voraussetzung, es gebe hier einen wesentlichen Unterschied, trifft nicht zu."

Das ist Diskussionsstoff für die globalisierungskritische Bewegung, der sich auch Rügemer im weitesten Sinne zugehörig fühlt. Denn de facto sind Linke in den Kommunen, in lokalen Attac-Arbeitskreisen oder Parteien immer dagegen, kommunale Unternehmen zu verkaufen. Und auch Rügemer plädiert am Ende für Wiederverstaatlichung von Unternehmen der Daseinsfürsorge wie der Wasserversorgung. Denn das könne ein erster Schritt zu einer "kooperativen Ökonomie" sein, um die - von ihm abgelehnte - "privatistische Profitwirtschaft" zu ersetzen. Was er damit meint, bleibt jedoch leider reichlich vage.

Werner Rügemer: "Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz". Westfälisches Dampfboot, Münster 2006, 204 Seiten …<<

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 27. September 2007: >>**Verschwörungstheorie – Antisemitisches Wirtschaftsbuch wird Bestseller in China**

Die Niederlage von Waterloo, Hitlers Aufstieg oder die Asienkrise: Für all das ist die Bankendynastie Rothschild verantwortlich, so eine Verschwörungstheorie aus China. Ein neues Buch

über das Bankhaus ist dort zum absoluten Bestseller geworden.
Peking - Es ist eine absurde Auflistung von Ereignissen, die Song Hongbing in seinem Buch "Currency Wars" in Verbindung bringt. Egal, ob Waterloo, sechs tote US-Präsidenten, Hitlers Aufstieg, der Zusammenbruch der japanischen Wirtschaft, die Asienkrise oder die Umweltzerstörung - all diese unterschiedlichen Ereignisse aus zwei Jahrhunderten haben nach Meinung des chinesischen Bestseller-Autors eine gemeinsame Ursache: Die Kontrolle der internationalen Geldmärkte durch das Bankhaus Rothschild.
Selbst die US-Notenbank Fed sei heute, so Songs These, in der Hand von Privatbanken, die wiederum von Rothschild kontrolliert würden, schreibt die "Financial Times" in einem Bericht über den Verkaufserfolg aus China. Die jüdische Rothschild-Familie gehört seit rund 200 Jahren zu den einflußreichsten Bankiersfamilien und führt heute unter anderem eine der großen internationalen Investmentbanken.
An sich wären solche wilden Verschwörungstheorien nicht weiter erwähnenswert - wenn sich China nicht gerade mitten in einer heftigen Debatte um die Öffnung seiner eigenen Finanzmärkte befände. "Das Buch ist zu einem Überraschungshit geworden und wird von hohen Führungskräften aus der Regierung und der Wirtschaft gelesen", heißt es in dem "FT-Bericht" weiter. "Nicht wenige Geschäftsführer haben mich gefragt, ob das alles stimmt", zitiert die Zeitung Ha Jiming, Chef der größten lokalen Investmentbank China International Capital.
Damit liefert das Buch all jenen Munition, die dagegen sind, daß Peking sich dem amerikanischen Druck beugt und den chinesischen Renminbi aufwertet. Nach Angaben des chinesischen Verlags sind inzwischen fast 200.000 Exemplare des Buchs verkauft worden – geschätzt wird, daß noch mal 400.000 Raubkopien davon kursieren. So verbreiten sich Thesen wie "Wer immer die Geldmärkte kontrolliert, der kontrolliert das ganze Land" oder "Die geheimen Verbindungen von George Soros zu den Rothschilds haben ihn zum Chef der mächtigsten Finanzgruppe der Welt gemacht."

**"Hätte nie gedacht, daß das ein Erfolg wird"**

Der Autor von "Currency Wars" ist eigentlich IT-Berater und Hobbyhistoriker und lebt selbst seit 1994 in den USA. Er habe ursprünglich nur herausfinden wollen, was die Ursachen der Asienkrise von 1997 gewesen seien, sagt Song laut "FT". Seine ersten Ergebnisse habe er in einem Blog veröffentlicht und sei dann von Freunden ermuntert worden, ein ganzes Buch daraus zu machen. "Ich hätte nie gedacht, daß es so ein Erfolg und von den wichtigsten Führungskräften gelesen wird."
Seine Landsleute seien wegen der Bewegung auf den internationalen Finanzmärkten nervös und wüßten oft nicht, wie sie mit den realen Gefahren umgehen sollten. Sein Buch informiere über die Hintergründe. "Was mich wirklich schockiert hat, war die Entdeckung, daß die US-Notenbank eine privat geführte Bank ist", so Song. Er spielt dabei auf die Tatsache an, daß private Banken Anteile an der Fed besitzen. In seiner Wahrnehmung, schreibt die "FT", werde die Notenbank letztlich von fünf Großbanken kontrolliert, darunter die Citibank, die enge Beziehungen zu den Rothschilds hätten. Daß die sieben Vorstandsmitglieder von der Regierung gewählt werden und die Bank damit unter staatlicher Kontrolle stehe, ignoriere Song dabei, heißt es in dem Zeitungsbericht weiter.

**"Chinesen halten Juden für clever und reich"**

Antisemitisches Gedankengut kann Song in seinen Thesen nicht erkennen. "Die Chinesen halten Juden für reich und clever, deshalb sollten wir von ihnen lernen", zitiert ihn die "FT". Auch er halte sie für die wahrscheinlich intelligentesten Menschen weltweit. "Tatsächlich haben Chinesen größte Hochachtung vor dem, was sie als jüdischen Intellekt und Geschäftssinn verstehen - ohne dabei antisemitisch zu sein", bestätigt auch Jon Benjamin, Hauptgeschäftsführer des Jüdischen Verbandes in Großbritannien. "Zugleich gehören diese Beschreibungen zu den gängigen Vorurteilen und Verschwörungstheorien über Juden und ihren angeb-

lichen Einfluß."
Daß das Buch so populär werden konnte, führt Investmentbank-Chef Ha auf einen ganz anderen Grund zurück: Nach der jahrelangen Stagnation durch die Asienkrise und den Zusammenbruch der japanischen Wirtschaft gebe es tiefe Vorbehalte unter chinesischen Entscheidungsträgern. "Sie sind zutiefst mißtrauisch gegen den Rat der westlichen Industrienationen, ihre Finanzsysteme zu öffnen und ihre Währung freizugeben. Sie glauben, das ist nur ein neuer Versuch, die Entwicklungsländer auszuplündern."<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. November 2007 (x887/...): >>**Ablaß zahlen für Klimasünden**
Das Aufkommen eines "Welterrettungs-Kults" angesichts der Angst vor einer drohenden Klimakatastrophe beobachtet der Trendforscher Matthias Horx.
"Die Klima-Religion ist der adäquate Kult einer Konsum- und Medien-Erregungsgesellschaft, die ihrem eigenen Fortschritt nicht mehr traut. Sie ist der neue Fundamentalismus für jedermann", schreibt Horx. In dem Beitrag mit dem Untertitel "Warum die Rettung des Planeten zur neuen Mainstream-Religion wird" fragt er:
"Haben Sie heute schon Ihren Kohlendioxyd-Ausstoß gezählt? Nein? Das ist schlecht." Denn mit jedem Atemzug, dem Betätigen von Lichtschaltern, Fensterklinken, Fernbedienungen sowie Auto-, Zug- und Flugreisen bringe man die Menschheit dem Untergang näher. Aber, so Horx: "Keine Angst, Erlösung ist in Sicht." Wer dem kalten Herbst in den Süden "entfliegt", "der kann Ablaß zahlen". Dies gehe durch eine Geldspende, mit der in Tasmanien oder Sibirien Bäume gepflanzt werden:
"Und schon ist man von allen Öko-Sünden befreit!" Die Idee, daß die Welt auf den Abgrund zutreibe, sei so alt wie die Menschheit selbst. Die katholische Kirche verlange seit dem Mittelalter stets Reue des Herzens, Bekenntnis und Genugtuung - "eine Choreographie, die man heute unschwer in jeder Weltuntergangs-Talkshow (also praktisch in jeder Talk-Show) erkennen kann". Die Katastrophenthese sei niemals zu widerlegen, und furchtbares Wetter werde es immer geben. Horx:
"Der Kult verheißt Sinn und Drohung, Feindbild, Weltordnung und Ritual. Und Geschäftsmöglichkeiten en masse. Richten wir also unser Leben, unser Geschäftsmodell, unsere Produktpalette, unser Marketing auf das Kohlendioxyd-Zeitalter aus."
Nach Ansicht des Trendforschers hat auch Merkel "klug erkannt", daß sie mit dem Besetzen des Klima-Themas "einen Konsensbogen zwischen grünem Bürgertum und dem alten Wertkonservativismus spannen kann, der die neuen Mehrheiten definiert".<<
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 3. Januar 2008: >>**Österreich: Staat, ade!**
Österreichische Vordenker warnen in einer ZEIT-Umfrage: Die zunehmende Privatisierung des Gemeinwesens könnte den sozialen Zusammenhalt zerstören
Das Jahr endete, wie es begann: Die Krankenkassen sind pleite, die Frage nach häuslicher Pflege bleibt ungelöst, Konzepte für die Zuwanderung und Integration von Ausländern fehlen völlig. Alle diese Probleme, die in den vergangenen zwölf Monaten die Debatten dominierten, sind seit geraumer Zeit bekannt. Doch anscheinend muß erst ein kosovarisches Mädchen per Videobotschaft mit Suizid drohen, bevor eine öffentliche Diskussion über den Umgang mit integrierten Wirtschaftsflüchtlingen beginnen kann. Der Chef der Wiener Gebietskrankenkasse muß erst mit eindringlichen Worten die Zahlungsunfähigkeit seines Unternehmens beklagen, bevor der Bundeskanzler sich dazu äußert.
Oft diskutieren Experten in ihren elitären Denkfabriken jahrelang ein sich abzeichnendes Problem, doch Politiker und Medien ignorieren es konsequent. Das ist fatal: Denn je früher ein Konflikt erkannt und benannt wird, desto größer ist auch das Potential, ihn zu lösen. Ist er erst einmal voll ausgebrochen, gelingen in der Regel nur Scheinlösungen, weil politische Katzenmusik jeden ernst zu nehmenden Vorschlag verhindert.

Zum zweiten Mal initiierte die *ZEIT* nun gemeinsam mit dem Wiener Beratungsunternehmen Kovar & Köppl eine Umfrage unter österreichischen Experten aus Politik, Forschung und Wirtschaft, um Antworten aus zwei zentrale Fragen zu finden: Welche Themen werden derzeit übersehen? Und welches sind die verschwiegenen Probleme, die in den kommenden Jahren unweigerlich auf die politische Agenda rücken werden?

In der ersten Arena Analysis (ZEIT Nr. 40/06) warnten etwa einige der Befragten vor der Bedrohung des Wintertourismus durch den Klimawandel. Sie behielten recht. Auch in diesem Jahr benennen die Experten wieder einige Aspekte der Klimaveränderung, die von der breiten Öffentlichkeit bislang nicht wahrgenommen wurden.

**Der Niedergang des Mittelstandes gefährdet das demokratische System**

Scheinbare mediale Dauerbrenner wie Globalisierung, Geburtenrückgang, Kriminalität, Gleichberechtigung oder Emanzipation spielen in den Antworten der Experten keine große Rolle. Statt dessen stehen das politische System, der Sozialstaat, die öffentliche Infrastruktur und das Internet zur Debatte. So unterschiedlich die Einschätzungen der Befragten auch sind, eine Prognose zieht sich als roter Faden durch einen Großteil der Antworten: Der Staat, das politische System und die demokratische Gemeinschaft werden an Bedeutung verlieren. Was heute noch als die öffentliche Domäne gilt, ist im Begriff, sich zurückzuziehen.

Diesen Rückzug des Öffentlichen prognostizieren die Befragten in verschiedensten Bereichen. Etwa im Kern des staatlichen Systems: dem demokratischen Rechtsstaat. Clemens Jabloner, Präsident des Verwaltungsgerichtshofs, wagt eine "düstere Prognose", wenn er auf den "Niedergang des Mittelstandes in der westlichen Welt" verweist. Der Mittelstand, das Rückgrat der Demokratie, verschwinde durch sozialen Aufstieg oder durch Verarmung zusehends aus der Gesellschaft. Damit bröckle eine der wichtigsten Voraussetzungen für das demokratische Miteinander weg, fürchtet Jabloner.

"Die reiche Oberschicht braucht die Demokratie nicht, weil sie ihren Willen und ihre Interessen ohnedies durchsetzen kann. Die arme Unterschicht hingegen hat auch nichts von ihr, weil ohnedies keine Planungssicherung mehr gegeben ist." Zwei Schichten mit völlig unterschiedlichen Bedürfnissen und Lebenszielen, die jedoch eines eint: ihre Gleichgültigkeit gegenüber demokratischen Prinzipien.

"Andererseits wird in China, Indien und Rußland der Mittelstand immer stärker werden", meint Jabloner. "Es wird also dort vielleicht zu einer Entwicklung zum Besseren kommen." Kann es passieren, daß die westlichen Nationen schrittweise ihre Demokratien abschaffen? Ist sinkende Wahlbeteiligung mit gleichzeitigem Aufstieg der Populisten ein erstes Indiz dafür?

Mit diesen Befürchtungen steht Jabloner nicht allein. Auch der Politologe Peter Hajek sieht "in den nächsten Jahren etwas ganz Grundsätzliches auf dem Spiel" stehen: Das demokratische System. Gerade in Österreich seien die beiden dominierenden politischen Gruppierungen - Sozialdemokraten und Volkspartei - auf der Suche nach neuen Positionen. "Sie haben eigentlich ihre politischen Aufgaben erfüllt.

Dadurch wurde Platz für neue Gruppen frei." Das österreichische Wahlsystem mit seiner Ausrichtung auf Konsens und Proporz führe beim heutigen Mehrparteienparlament dazu, daß "keine klaren Mehrheiten gebildet werden können", meint Hajek. "Viel schwerer wiegt aber, daß es populistischen Gruppierungen möglich wird, Regierende vor sich herzutreiben, da diese zu Koalitionen quasi gezwungen werden." Das Ergebnis: Politikfrust, der den Entscheidungsträgern die Lösungskompetenz abspreche. Hajeks Analyse: "Letztlich bleibt ein im Kern ausgehöhltes politisches System, das nur mehr Bestehendes verwaltet, aber keine Innovationskraft mehr erzeugen kann."

Erste Auswirkungen dieser Entwicklung sind jetzt schon sichtbar: Politik verkommt zur müden Show, in der die Form wichtiger ist als der Inhalt, Parteien zu lästigem Beiwerk der Demokratie. In Beliebtheitsrankings der Berufsgruppen nehmen Politiker stets einen der hin-

tersten Plätze ein. Daß sie für ihre Arbeit Geld verdienen, dürfen sie - so scheint es - gar nicht mehr laut aussprechen: Sie gelten von vornherein als überbezahlt. Und der beliebteste Politiker ist seit Jahren ausgerechnet jener, der kaum reale Macht besitzt: der Bundespräsident.

Mitten in dieses Vakuum könnten die Religionen stoßen, glaubt der Politologe Anton Pelinka. Er prophezeit für das nächste Jahr "eine Wiederbelebung der Fristenlösungsdebatte und eine Wiederkehr des politischen Katholizismus". Dabei könnten ungewöhnliche Allianzen entstehen. "Der konservative Katholizismus, für den Weihbischof Andreas Laun, Ewald Stadler und die Fundamentalisten bei Opus Dei stehen, müßte im Islam einen Verbündeten sehen", meint Pelinka. Mit Kreuz und Halbmond gegen gleichgeschlechtliche Partnerschaften, Emanzipation und Relativismus: Koalition der Gläubigen statt Clash of Civilizations.

Nicht nur in der Legislative könnte der Staat künftig in Bedrängnis geraten. Auch sein Gewaltmonopol, eine der Grundfesten des Rechtsstaates, sehen einige Befragte in Gefahr. Stefan Titscher, Soziologe an der Wirtschaftsuniversität Wien, spricht von einer Gefährdung des "staatlichen Gewaltmonopols durch die private Militärwirtschaft", während Clemens Jabloner über die "Privatisierung der Sicherheit" besorgt ist.

Er prophezeit "abgesperrte, private Wohnquartiere", die von kommerziellen Sicherheitsdiensten bewacht werden, weil sich die reichen Bürger von der überforderten Polizei nicht mehr ausreichend geschützt fühlen. Stacheldraht rund um die bessere Gegend in den urbanen Vororten, wo die Einbruchskriminalität traditionell hoch ist? In Österreich ist das noch Zukunftsmusik, in den USA bereits Realität.

Es ist der Verlust des öffentlichen Raumes, der sich in solchen Vorhersagen abzeichnet. "Man kommt im Europa von heute zwar überallhin, bald aber nirgends mehr rein", fürchtet Jabloner. Durch die schrittweise Privatisierung von Flächen, die früher öffentlich waren, und durch die allgegenwärtige Überbetonung des Konsums gehe ein zentraler Wert der Gesellschaft verloren: die Freizeit. "Der Bürger wird bald nur mehr als Kunde existieren, das bloße zwecklose Herumgehen wird verpönt werden", fürchtet Jabloner.

**Wer auf der Straße nicht mehr schlendern kann, tut das auf Myspace**

Alternativen dazu würden viele im Internet suchen, glaubt der Präsident des Verwaltungsgerichtshofes. Wer auf der Straße nicht mehr schlendern kann, tut das eben auf Myspace, Facebook oder in der Blogosphäre. "Web 2.0" hat sich bereits in den vergangenen zwei Jahren zu einem geflügelten Wort entwickelt.

Die Gesetzgebung und die öffentliche Diskussion hinken den Entwicklungen dabei oft hinterher. Gerfried Stocker, Chef des Ars Elektronika Center, weist auf eine bislang ungelöste Frage hin: Wem gehört der virtuelle öffentliche Raum? Der Service ist bekannt: Informationen, Botschaften oder Werbung werden von Unternehmen mit bestimmten, real existierenden Orten verknüpft, etwa in einem Georeferenzierungssystem von Google.

"Ich kann eine Werbung so positionieren, daß sie nur auf den Handys von Besuchern eines bestimmten, gut gehenden Lokals sichtbar wird", erklärt Stocker. Wem aber gehört nun diese örtlich gebundene Werbefläche, die physisch gar nicht existiert? "Dem Netzwerk-Provider? Demjenigen, der den Service und den Speicherplatz zur Verfügung stellt? Dem Grundstückseigentümer? Der Gemeinde? Dem Staat?"

Fragen, die so abseitig scheinen, daß etablierte Kommentatoren darüber höchstens die Nase rümpfen würden. Was aber, wenn die Beliebtheit der Geoinformationsangebote steigt? Es gibt dazu keine Gesetze, keine Präzedenzfälle und keine Gutachten. Gehören Google bald ganze virtuelle Landstriche? Ersitzt sich das Unternehmen den weltweiten digitalen Raum, nur weil sonst niemand Anspruch darauf erhebt?

"Die virtuellen Räume sind aber auch nicht öffentlich im klassischen Sinn, sondern im privaten Besitz und unterliegen daher der Willkür der Eigentümer", meint Stocker. Das führe zu einem "Wildwuchs des Datensammelns und Profilings auf privatwirtschaftlicher Basis".

Heute schon bieten Suchmaschinen wie Spock kommerziell Dienste an, die nur knapp an einer Mißachtung jeglicher Persönlichkeitsrechte vorbeischrammen: Spock sammelt gezielt personenbezogene Daten im gesamten Netz und stellt Profile aller im Internet aufscheinenden Personen zusammen. Noch funktioniert der Dienst mehr schlecht als recht. Wenn er jedoch einmal fertig entwickelt sein wird, könnte er zum hilfreichen Tool etwa für Arbeitgeber werden, die mittels "Spockens" (analog zum Googeln) Stellenbewerber oder Angestellte auf Jugendsünden abchecken könnten.
Falls es dann noch Angestellte gibt. Der Trend zur prekären Beschäftigung war eines der bestimmenden Arbeitsmarktthemen des vergangenen Jahres. Euphemismen wie Ich-AG oder Neue Selbständige prägen die Diskussion um jene rasant wachsende Gruppe von Arbeitnehmern, die abhängig von einzelnen Auftraggebern ihr Dasein als Scheinselbstständige fristen. "Das wird im Moment nur auf einer individuellen Ebene diskutiert", klagt Dwora Stein, Bundesgeschäftsführerin der GPA. "Was mittel- oder langfristig passiert, wird aber nicht angesprochen.
Jeder betreibt seine Ich-AG. Aber was passiert mit der Gesellschaft?" Kann der Sozialstaat im 21. Jahrhundert aufrechterhalten werden, wenn sich immer häufiger die Arbeitgeber ersparen, ihren Anteil zur Sozialversicherung oder die Kommunalsteuer für Mitarbeiter zu bezahlen? Stein vermißt zudem eine unaufgeregte Diskussion darüber, wie es angesichts der schwindenden Ressourcen mit den Leistungen der öffentlichen Hand weitergehen soll: "Das wird in Österreich lediglich negativ diskutiert. Zu viele Beamte, zu hohe Zulagen." Die drängenden Fragen würden so ins Hintertreffen geraten: Was soll die öffentliche Hand leisten? Und: Was kann der Sozialstaat zukünftig überhaupt noch leisten?
"Das Thema wird nur punktuell diskutiert", meint Peter Hajek. Das bedrohliche Gesamtbild jedoch habe es noch nicht in das öffentliche Problembewußtsein geschafft. "Es greift da eines ins andere", sagt Hajek. "Das Steuer- und Sozialsystem gehört grundlegend reformiert und wird dadurch unser Leben, unsere Einstellungen und Werte entscheidend ändern."

**Bis wann lohnen sich medizinische Eingriffe bei älteren Menschen?**

Die meisten Befragten sehen auch bei dem Gesundheitssystem hohen Diskussionsbedarf. So etwa Gerald Wintersberger, Leiter des Karl Weigl-Bildungshauses der Arbeiterkammer: "Die Diskrepanz zwischen dem Stand der Forschung und den Leistungen, die das System zahlen kann, vergrößert sich." So würden etwa neuartige Screeningverfahren zur Tumorfrüherkennung präsentiert und beworben: Sie seien aber schlicht unleistbar. Zweiklassenmedizin ist erst in den vergangenen Monaten zu einem Schlagwort geworden.
Dahinter verbirgt sich ein Strukturproblem, das Ausdruck einer zunehmenden Privatisierung des Gesundheitswesens ist, in dem finanzielle Überlegungen schlagen würden: "Bis wann lohnen sich medizinische Eingriffe bei älteren Menschen? Hat ein 85-Jähriger Anspruch auf ein künstliches Hüftgelenk?" Eine heikle Diskussion, die nach Ansicht Wintersbergers im Jahr 2008 noch stärker geführt werden wird als derzeit.
Die Privatisierung setzt nicht nur dem Sozialstaat zu. Ein "Infarkt" drohe auch dem Verkehr, prognostiziert Claus Faber von der Gewerkschaft Vida. Er spricht von einer "permanenten Überlastung der Verkehrsinfrastruktur", der weder Schiene noch Straße gewachsen seien. "Beim Personenverkehr wird der Kollaps zuerst in den Ballungsräumen sichtbar werden, wo der Pendlerverkehr täglich zum Totalstau führen wird." Eine privatisierte Bahn könne dabei keine Alternativen bieten. "Die außerbudgetäre Finanzierung der ÖBB wird 2012 kollabieren. Jedes Jahr werden 1,6 Milliarden Baubudget aufgenommen - bei einer jährlichen Lücke von einer Milliarde." Die Konsequenz für Faber: Weitere Privatisierung der maroden Bahn, was selbstverständlich zu einer Reduzierung des Angebots führen muß.
Das Beispiel ÖBB zeigt ebenso wie der zunehmende Rückgriff auf private Sicherheitsdienste oder der Trend zu selbst versicherten Ich-AGs: Wo der Staat sich von öffentlichen Aufgaben

langsam zurückzieht, diese dem Einzelnen überläßt oder sie gleich auf private Unternehmen abwälzt, ergeben sich keineswegs nur Vorteile.
Ein anderer Bereich, den der Staat zumindest inoffiziell längst aus der Hand gegeben hat, sind die Pensionen: Junge rechnen kaum noch damit, daß sie nach dem Arbeitsleben ihr Auskommen mit einer staatlichen Rente finden werden. Private Pensionsversicherungen erfreuen sich daher großer Beliebtheit.
Der Politikberater Karl Jurka sieht auch diesen Boom auf tönernen Füßen: "Wenn die erste nennenswerte Lebensversicherung in Zahlungsschwierigkeiten kommt, wird die private Pensionsvorsorge zu einem zentralen Emotionsthema. Die Europäische Kommission erwartet das für 2015. Es könnte aber schon früher sein."
Der Winzer Willi Bründlmayer hat einen anderen Vorschlag für Pensionisten, deren staatliche Rente nicht zum Leben reicht. "Den Pensionisten sollten vernünftige Gleitzeitregelungen und Ruhestandsbestimmungen angeboten werden, die den Zuverdienst beispielsweise im Weinbau ohne Pensionskürzung ermöglicht", fordert Bründlmayer. "Eine sehr anregende Zusatzbeschäftigung, um die magere Pension aufzuspritzen, ist das Sektrütteln." …<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 21. Januar 2008 (x892/…): >>**Das Naturrecht als Grundlage jeder staatlichen Ordnung**
Vortrag des Civitas Instituts
**1. Was versteht man unter Naturrecht?**
Wenn man heute in verschiedenen Kreisen das Wort "Naturrecht" gebraucht, stößt man nicht selten auf völliges Unverständnis. Das Verständnis des überlieferten Naturrechts scheint in der Tat vollständig aus dem Bewußtsein unseres Volkes verschwunden zu sein.
Man assoziiert damit so etwas wie die Ordnung von Naturvölkern, das "Recht des Stärkeren" und ähnliches. Man erkennt hieran einmal mehr, wie schnell ein grundlegender politischer und sozialer Begriff verschwinden kann, wenn bestimmte interessierte Kreise alles daran setzen, ihn zu unterdrücken und durch etwas anderes zu ersetzen. An die Stelle des Naturrechts hat man den Begriff der Menschenrechte gesetzt, der einen völlig anderen Hintergrund hat, worauf ich später noch genauer zu sprechen kommen werde.
Ohne ein gutes Verständnis des wahren Naturrechts, wie es seit Jahrhunderten von der Kirche verteidigt wird, ist eine richtige und angemessene Beurteilung ethischer, sozialer, politischer und juristischer Probleme unserer Welt nicht möglich. Darum ist es geradezu eine Verpflichtung für einen Katholiken, sich zumindest die Grundkenntnisse des Naturrechts anzueignen und für seinen persönlichen Lebensbereich fruchtbar zu machen. Dies will ich mit dem folgenden Vortrag versuchen.
Leider hat die katholische Kirche selbst den Begriff des Naturrechts nach dem II. Vatikanischen Konzil entweder ganz aufgegeben und ebenfalls durch den Begriff der Menschenrechte ersetzt, oder ihn so abgeändert, daß er nicht mehr im Widerspruch zum neuzeitlichen rationalistischen oder aufklärerischen Naturrechtsverständnis steht. Es gibt nämlich nicht das Naturrecht schlechthin, sondern ganz verschiedene Verständnisse des Naturrechts. Dazu später mehr.
Was ist nun mit dem Wort "Naturrecht" gemeint? Das Wort "Natur" bezieht sich nicht primär auf die allgemeine von Gott geschaffene Natur, sondern meint die Natur im Sinne von Wesen und zwar des menschlichen Wesens. Der Mensch ist nicht, wie uns der Existentialismus und ähnliche Ideologien klar machen wollen, das "nicht festgestellte Tier" (Nietzsche), er ist nicht ein weißes, unbeschriebenes Blatt, daß sich selbst zu dem macht, was es sein will, ein "geworfener Entwurf", wie Heidegger sagt, sondern er hat eine ihm, die allen Menschen gemeinsame Natur, ein unveränderliches Wesen, das allen Menschen aller Jahrhunderte gemeinsam ist. Alle Menschen sind Menschen und keine Kühe, oder Hühner, oder Regenwürmer. Dasjenige, was den Menschen zum Menschen macht, das, wodurch er sich von allen anderen Geschöpfen

unterscheidet und wodurch er eben ein Mensch ist, nennt man die Natur des Menschen.
Und was ist diese Natur des Menschen, was zeichnet ihn vor allen anderen Geschöpfen aus? Der Mensch ist eine leib-seelische Einheit. Der Mensch ist das animal rationale, wie man im Mittelalter sagte, das vernunftbegabte, geistige, rationale Lebewesen. Er ist weder reiner Geist wie die Engel noch einfach ein Lebewesen wie die Tiere und Pflanzen. Es ist vor allem anderen der Geist, die Vernunft, die den Menschen von allen anderen Lebewesen auf der Erde unterscheidet. Und was ist mit dem Geist genauer gemeint? Insbesondere zwei Fähigkeiten sind es, die den Geist charakterisieren: durch seine Geistigkeit kann der Mensch etwas als etwas erkennen.
Die menschliche Erkenntnis ist nicht einfach so, daß sie z.B. irgend etwas bloß wahrnimmt was ihr auf seinem Weg durch einen Raum im Wege steht, oder nur insofern wahrnimmt, als es zu seiner Lebenserhaltung notwendig ist wie beim Tier, sondern der Mensch nimmt z.B. wahr, daß der Stuhl dort aus Holz ist, daß der Himmel heute bedeckt ist und Regen verheißt. Durch die Vernunft kann der Mensch zudem erkennen, was gut ist und was schlecht ist, was böse ist. Er sieht z.B. nicht bloß einfach, daß ein junger Mensch einer älteren Dame die Tasche aus der Hand nimmt, sondern er sieht damit auch ein, daß diese Handlung böse ist. Und die zweite Fähigkeit des Geistes ist der Wille.
Dadurch kann sich der Mensch frei, ohne inneren und äußeren Zwang für das Gute entscheiden. Er kann durch den Willen auch eine naheliegende Befriedigung zu Gunsten einer höheren Befriedigung zurückstellen, und das nicht nur einige Minuten, sondern tage-, wochen- und oft jahrelang; er kann seine natürlichen Triebe unterdrücken, umlenken und umformen.
Aus der kaum zu leugnenden allgemeinen Tatsache der leib-seelischen Einheit, die der Mensch ist, ergeben sich nun ganz bestimmte Gesetzmäßigkeiten, die mit dem Wort "Naturrecht" zusammengefaßt werden, z.B. das ganz einfache Gesetz, daß bei allem was der Mensch tut, das Geistige gegenüber dem leiblichen vorherrschen soll.
Diese Gesetzmäßigkeiten sind göttlichen Ursprungs, weil der Mensch, wie alles andere auch, von Gott geschaffen ist. Deshalb können sie vom Menschen ebenso wenig geändert oder beseitigt werden wie die allgemeinen Naturgesetze der Physik, der Chemie und Biologie. Der Mensch unterliegt auch diesen Naturgesetzen, sie sind gültig, unabhängig von Raum und Zeit. Allerdings sind die Gesetze des Naturrechts nicht in derselben Weise bindend, wie die Naturgesetze der Physik usw. Letztere sind unabänderlich und können durch uns nicht außer Kraft gesetzt werden.
Wir können gegen Naturgesetze praktisch gar nicht verstoßen ohne zumindest schweren Schaden davon zu tragen. Wer die Gesetze der Schwerkraft nicht beachtet, fällt sogleich heftig auf die Nase und wird deshalb z.B. alles tun, möglichst nicht aus dem fünften Stock eines Hauses zu springen. Im Prinzip kann man auch gegen das Naturrecht nicht verstoßen, ohne schweren Schaden zu verursachen, doch tritt dieser Schaden nicht immer sofort ein und ist oftmals auch nicht sogleich zu erkennen.
Die Gesetze des Naturrechts sind nämlich moralische Gesetze, Gesetze die ein Sollen beinhalten, was von den Naturgesetzen der Physik zweifellos nicht gesagt werden kann. Man kann gegen das Naturrecht verstoßen, sich darüber hinwegsetzen und anderes tun, als vom Naturrecht vorgesehen. Wir können uns z.B. unseren Begierden überlassen, uns von einer Wut beherrschen lassen und auf Rache aus sein. Dann herrscht das Animalische in uns über das Geistige.
Wir sehen also, woher das Naturrecht seinen Ausgangspunkt nimmt. Die Grundlage des Naturrechts ist das Wesen des Menschen, die menschliche Natur. Dies ist ein objektiver Ausgangspunkt, etwas, das völlig unabhängig von uns besteht, was wir uns nicht selbst ausgedacht haben, was wir nicht selbst gemacht haben. Es ist eine schlichte, auch wissenschaftliche

Tatsache, daß der Mensch eine leib-seelische Einheit ist, daß er Person ist, die leibliches und geistiges in sich verbindet.
Schon in diesem Ausgangspunkt, in der Grundlage unterscheidet sich das christlich verstandene Naturrecht, - man spricht auch vom metaphysisch verstandenen Naturrecht - von allen anderen Naturrechtstheorien. Das aufklärerisch-individualistische Naturrecht beispielsweise nimmt seinen Ausgangspunkt von einem angeblichen Urzustand des Menschen, einem einsamen Robinson Crusoe, wobei die Beschreibung dieses Urzustandes weitgehend von den subjektiven Vorlieben des Autors bestimmt wird.
Beispiele hierfür sind etwa Jean Jacques Rousseau und Thomas Hobbes, die sich auch noch in der Beschreibung des Urzustandes des Menschen deutlich unterscheiden. In diesen Theorien wird zudem der Mensch in seiner Individualität zum Ausgangspunkt genommen und damit die soziale Natur des Menschen als etwas zweitrangiges, nicht ursprünglich zum Menschen gehörendes angesehen. Folglich können diese Theorien auch nur zum Individualismus führen.

**2. Wo hat das Naturrecht seinen Ursprung?**

Die Lehre vom Naturrecht ist eigentlich schon sehr alt und keine christliche Erfindung. Das Naturrecht selber ist allerdings noch viel älter als die Lehre vom Naturrecht. Die wichtigsten Elemente des Naturrechts finden sich praktisch in fast allen Hochkulturen der Menschheit, am deutlichsten ausgeprägt freilich in der griechisch-römischen Kultur und ganz besonders im Volk Israel in den Zehn Geboten. Die Zehn Gebote, die das Volk Israels am Berge Sinai von Gott selbst empfangen hat, sind gewissermaßen eine klare Kurzfassung des gesamten Naturrechts.
Durch die schwere Beeinträchtigung die die menschliche Natur durch die Sünde unserer Stammeltern erlitten hat, sah Gott offenbar die Notwendigkeit, dem auserwählten Volk Israel das Naturrecht in einer einfachen und einprägsamen Form mitzuteilen. Grundsätzlich ist aber festzuhalten, daß der Mensch auch ohne göttliche Offenbarung, wenn auch mit verschiedenen Schwierigkeiten, das Naturrecht mit seiner Vernunft einsehen und verstehen kann. Dies sieht man beispielhaft in der griechisch-römischen Kultur, wenn hier auch zweifellos nicht immer alles mit rechten Dingen zuging und verschiedene Irrtümer fast unvermeidbar waren.
Die Lehre vom Naturrecht geht zurück auf die Anfänge der Philosophie bei den Griechen, besonders aber auf Aristoteles. Ihre systematische und christliche Prägung erhielt es insbesondere durch den hl. Thomas von Aquin. Auch hier sieht man, daß das Christentum das Vorhandene nicht einfach zerstört, sondern aufnimmt und durch das geoffenbarte Licht des Glaubens durchdringt, reinigt und erhellt. Seit der Zeit des engelgleichen Lehrers ist die Lehre vom Naturrecht die Grundlage für die Lehrverkündigung der Kirche in Bezug auf allgemeine moralische, soziale, politische und rechtliche Fragen mit denen sich die Kirche an alle Menschen des Erdkreises wendet und nicht nur an die Gläubigen.
Die Lehre des Naturrechts ist nicht primär eine kirchliche Lehre oder mit der katholischen Lehre identisch. Sie bezieht sich ausschließlich auf die natürlichen Rechte und Pflichten des Menschen als Menschen. Dies wird schon dadurch ersichtlich, daß z.B. die christliche Moral weit über die Ethik des Naturrechts hinausgeht. Die genuin christlichen Tugenden von Glaube, Hoffnung und Liebe sind übernatürliche Tugenden, die ohne die göttliche Gnade nicht bestehen können. Gnade setzt aber die Natur voraus. Das Naturrecht ist das allgemeine Gesetz, das sich aus der von Gott geschaffenen Natur des Menschen ergibt. Es ist für alle Völker aller Zeiten verbindlich, weil das Wesen des Menschen unabhängig von Volkszugehörigkeit, Kultur und Geschichte ist.

**3. Wandlungen im Verständnis des Naturrechts (Rationalismus, Aufklärung, Menschenrechte); protestantische Autoren.**

Heute und schon seit dem 16. Jahrhundert wird das wahre Naturrecht häufig einfach mit der katholischen Moral identifiziert und auf Grund dieser Verbindung abgelehnt. Dazu beigetra-

gen hat nicht zuletzt auch die Revolution des Protestantismus, der zunächst mit Luther das Naturrecht ablehnte, sich dann aber später wieder damit befaßte und eine eigene Naturrechtstheorie entwickelt. Zu nennen ist hier Hugo Grotius, der die Grundlagen für das liberale Naturrechtsverständnis geschaffen hat und Samuel Puffendorf, dessen Naturrechtsverständnis die wichtigsten Grundlagen für das Naturrecht der Aufklärung vorwegnimmt.
Ganz im Sinne von Luther ist beiden die Trennung von göttlichem und weltlichem Recht gemeinsam, beide säkularisieren das Naturrecht, d.h. sie trennen die Rechte und Pflichten des Menschen von den Rechten Gottes. Diese Trennung von Gott und Mensch in der Gesellschaft findet sich seither bei allen anderen Theorien des Naturrechts, am radikalsten bei den auf die französische Revolution zurückgehenden "Menschenrechten", in denen Gott bestenfalls noch in irgendeiner Präambel vorkommt.
Die Theorie der Menschenrechte ist die Naturrechtslehre der Freimaurer. Hierzu gehört auch das Projekt "Weltethos" des sogenannten 'Theologen' Hans Küng, für das er am 17. Mai 2007 den "Kulturpreis Deutscher Freimaurer" vom Großmeister Jens Oberheide überreicht bekam. Laudator war übrigens der Intendant des WDR, Fritz Pleitgen.
Vor allem seit den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts ist der Begriff des Naturrechts nicht nur aus der öffentlichen Diskussion weitgehend verschwunden, sondern auch aus der kirchlichen Lehrverkündigung. Dies wird ersichtlich am neuen Sozialkatechismus der katholischen Kirche (Kompendium der Soziallehre der Kirche, 2006), der seine individualistisch-personalistische Prägung nicht verbergen kann und den Grundbegriff der überlieferten Soziallehre, das Gemeinwohl, kaum noch verwendet. An die Stelle des Naturrechts treten heute die "Menschenrechte".
Wir halten also fest, daß es nicht das Naturrecht gibt, sondern daß es zumindest drei unterschiedliche Verständnisse des Naturrechts gibt. Gemeinsam ist allen drei Auffassungen der Gegensatz zum sogenannten positivistischen Rechtsverständnis, welches das gesamte Recht als bloße Setzung (lat. positio) des Menschen, bzw. der menschlichen Vernunft, versteht. Damit hört aber bereits die Gemeinsamkeit auf.

**4. Das metaphysisch verstandene Naturrecht:**

Die Natur des Menschen als leib-geistige Einheit

Doch kehren wir zurück zum ursprünglichen und wahren Verständnis des Naturrechts. Naturrecht in diesem Sinne hat eine ontologische, eine metaphysische Begründung im Wesen, in der Natur des Menschen. Und die Natur des Menschen, wie der Mensch und alles andere überhaupt, ist von Gott geschaffen. Hier sind wir schon beim wichtigsten Unterschied zwischen dem überlieferten, metaphysischen Naturrecht und allen anderen Naturrechtsverständnissen, die sich später in der Neuzeit herausgebildet haben.
Außer dem metaphysischen Naturrecht sind alle anderen Begriffe des Naturrechts, einschließlich der protestantischen Formen, säkularisierte Formen des Naturrechts. Selbst wenn bei ihnen Gott noch vorkommt, hat er eine bestenfalls nebensächliche Bedeutung, bildet aber nicht das Prinzip des Naturrechts.
Dabei ist zu beachten, daß der naturrechtliche Gottesbegriff nicht mit dem Gott der Offenbarung identisch ist! Im Naturrecht nimmt man Bezug auf einen Gott, wie er mit den Mitteln der natürlichen Vernunft klar erkannt werden kann. Gott ist demnach ein ewiges, unveränderliches, allmächtiges, allwissendes, gerechtes und gütiges Wesen, das das gesamte Universum geschaffen hat, ein Gottesverständnis, wie es zum Teil bereits in der griechischen Philosophie beschrieben wurde.
Was folgt aber aus dieser Stellung Gottes? Wenn Gott alles erschaffen hat, dann hat er selbstverständlich auch uns, den Menschen erschaffen. Und mit dem Menschen hat Gott bestimmte Gesetze erschaffen an die sich der Mensch halten muß, um seiner menschlichen Würde gerecht zu werden.

Um welche Gesetzmäßigkeiten handelt es sich nun? Man kann die sich aus der Natur des Menschen ergebenden Gesetzmäßigkeiten in drei Gruppen einteilen, die sich aus den Beziehungen ergeben, in denen der Mensch, also wir, eingebunden sind. Man findet ja oft die Vorstellung, daß Gott nur Einzeldinge erschaffen hat und alles andere gewissermaßen von selbst da ist oder von den Einzeldingen selbst gemacht wurde. Diese Vorstellung, die das Einzelne, Individuelle in den Mittelpunkt stellt und alles andere, wie z.B. die Beziehungen und Eigenschaften der Dinge und Menschen als zweitrangig betrachtet, nennt man Nominalismus.
Diese Vorstellung stammt aus dem Spätmittelalter und war der Wegbereiter der neuzeitlichen Welt. Gott hat keineswegs nur Einzeldinge und einzelne Menschen erschaffen, sondern ebenso alle allgemeinen Eigenschaften und Beziehungen, in denen die Dinge und Menschen stehen, also auch z.B. die Familie und die Gesellschaft! Die Gesetzmäßigkeiten die mit dem Wort Naturrecht zusammengefaßt werden ergeben sich nun aus den drei Gruppen von Beziehungen, in denen der Mensch immer schon steht, die Gott mit dem Menschen zusammen erschaffen hat. Es gibt nun drei Gruppen solcher Beziehungen:
1. Da sind zunächst die Pflichten und Rechte, die sich aus dem Verhältnis des Menschen zu Gott ergeben, denn er ist ein von Gott geschaffenes Wesen, das in seinem gesamten Leben vollständig von Gott abhängig ist.
2. Aus seiner Natur als leib-seelisches Wesen ergeben sich bestimmte Verpflichtungen im Verhältnis des Menschen zu sich selbst.
3. Es folgen bestimmte Rechte und Pflichten aus der Natur des Menschen im Verhältnis zu seinen Mitmenschen.
Zur Verdeutlichung des hier sehr allgemein Gesagten zunächst eine kurze Erläuterung.
Zu 1.: Als von Gott geschaffenes und von ihm abhängiges Wesen folgt für den Menschen die Verpflichtung, Gott zu danken und ihm die Ehre zu erweisen. Der Mensch ist vollständig von Gott abhängig, unendlich abhängiger, als ein Säugling von seinen Eltern. Und während die Abhängigkeit des Kindes von den Eltern im Verlauf des Lebens immer mehr abnimmt, gilt dies von der Abhängigkeit des Menschen von Gott keineswegs. …
Es folgt daraus aber auch das Recht zur Ausübung des wahren religiösen Kultes. Dadurch wird unmißverständlich deutlich, daß die zunehmende Beseitigung der Sonntagsruhe durch den liberal-kapitalistischen Staat ein schwerer Verstoß gegen das Naturrecht ist. Dies ist nur ein Beispiel wie der moderne Staat, der bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit über Menschenrechte daher faselt, die Rechte Gottes, aus denen sich überhaupt erst Rechte für den Menschen ergeben, mit Füßen tritt. Ein Christ, der dies auch offen ausspricht, wird von denselben Personen mit einem islamistischen Haßprediger gleichgesetzt.
Zu 2.: Kommen wir nun zum zweiten Bereich der Beziehungen, den Beziehungen des Menschen zu sich selbst. Die leib-geistige Natur des Menschen bedeutet nicht, daß der menschliche Leib und sein Geist einfach nur nebeneinander bestehen wie zwei Welten. Dieser radikale Dualismus wurde von dem französischen Philosophen René Descartes im 17. Jahrhundert vertreten und fand später viele Anhänger.
Es gibt hier eine Hierarchie zwischen dem Leiblichen und dem Geistigen, wobei das Geistige im Menschen dem Leiblichen, - seinen Trieben, Emotionen usw. - übergeordnet ist. Daraus folgt für den Menschen die Verpflichtung, alles Triebhafte und aus seiner Physis stammende, dem Geistigen soweit wie möglich unterzuordnen. Damit gemeint sind bestimmte Tugenden, wie die Mäßigkeit, die Keuschheit usw., also Verhaltensweisen, in denen der Mensch seine triebhafte Natur nicht ausschaltet, sondern dem Geistigen unterordnet. Ein auch nur grober Blick auf unsere gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände macht schon klar, daß heute das genaue Gegenteil propagiert wird.
Man muß seine Triebe ausleben, alles in vollen Zügen genießen. Zurückhaltung, Mäßigkeit

gilt als "total spießig". In früheren Jahrhunderten waren diese Tugenden schon allein zur Erhaltung der gesellschaftlichen Ordnung lebensnotwendig. Die moderne Gesellschaft hat offensichtlich Mechanismen entwickelt, durch die solche Tugenden heute scheinbar überflüssig geworden sind. Ich bin mir aber sicher, daß dies sich rächen wird und die moderne liberale Gesellschaft an ihrer Triebhaftigkeit zugrunde geht.
Schon heute wird überdeutlich, daß der Staat kaum noch in der Lage ist, die Geister die er selbst rief, zu bändigen und die gesellschaftliche Ordnung aufrecht zu erhalten. Ganze Stadtteile in Großstädten werden heute schon von kriminellen Banden beherrscht, die ihren Anteil an der Triebbefriedigung "jetzt und sofort" fordern und in die sich die staatlichen Ordnungsorgane nicht mehr hineinwagen. Schulen müssen durch Sicherheitskräfte geschützt werden und der Drogenkonsum, - ein typisches Kennzeichen einer reinen auf Lustmaximierung gerichteten Gesellschaft - fordert mehr und mehr Opfer.
Zu 3.: Kommen wir nun zur dritten Beziehung in die der Mensch eingebunden ist, der Beziehung zu den Mitmenschen. Der Mensch ist von Anfang an ein soziales Wesen, er steht immer schon in Beziehungen zu Mitmenschen. Er wird in eine Familie hinein geboren und ist zunächst vollständig von seinen Eltern abhängig.
Auch aus dieser Abhängigkeit ergibt sich die Pflicht zur Unterordnung der Kinder unter ihre Eltern, zum Gehorsam gegenüber ihnen. Auch Dankbarkeit und Ehrfurcht gebührt den Eltern von seiten ihrer Kinder, sowie die Verpflichtung, ihnen später im Alter, wenn sie selbst Hilfe brauchen, beizustehen. Alle diese Verpflichtungen, die sich natürlicherweise aus dem Wesen des Menschen ergeben und Jahrtausende lang nicht in Frage gestellt wurden, werden heute lächerlich gemacht.
Der Mensch ist aber außer in der Familie und der weiteren Verwandtschaft noch in zahlreichen weiteren sozialen Beziehungen eingebunden - als Nachbar und Mitglied seiner Heimatgemeinde, als Staatsbürger, er ist Kollege in einem Unternehmen und in einer Berufsgemeinschaft. All diese Beziehungen bringen bestimmte Pflichten mit sich, aus denen auch Rechte für den Einzelnen erwachsen, nicht umgekehrt. Die grundsätzlichste und allgemeinste Verpflichtung, die sich aus den sozialen Beziehungen des Menschen ergeben, ist die Verpflichtung, bei allen seinen Handlungen zum Gemeinwohl der jeweiligen Gemeinschaft aber auch des Ganzen, daß heißt des Staates, beizutragen. …
Aus dem wenigen, das ich bisher zu den Rechten und Pflichten gesagt habe, die sich aus der menschlichen Natur ergeben, erkennt man bereits, daß alle Rechte des Menschen in Pflichten gegründet sind, daß das "subjektive Recht nichts anderes ist, als die Befugnis, seine Pflicht zu erfüllen" (Fellermeier, 1980, 9). Dies ist ein weiterer ganz entscheidender Unterschied des wahren Naturrechts zu den Naturrechtsverständnissen des Rationalismus und der Aufklärung, aber ebenso zu den sogenannten Menschenrechten. Die Menschenrechtsfanatiker haben nichts Besseres zu tun, als die Rechte des Menschen aufzulisten und sie lassen keine Gelegenheit außer acht, neue Menschenrechte zu proklamieren.
Neuerdings werden das Recht auf freie sexuelle Orientierung, das Recht auf Abtreibung, das Recht auf Selbstmord usw. als Menschenrechte gefordert. Allein durch den bloßen Hinweis auf das Grundprinzip des Naturrechts, daß Rechte sich aus Pflichten ergeben, würden alle diese angeblichen Rechte mit einem Schlag erledigen. Gibt es eine Pflicht zur Homosexualität? Eine Pflicht gezeugte Kinder umgehend zu ermorden oder sich selbst, im angemessenen Alter und bei Hilfsbedürftigkeit zu erhängen? Man sieht hier, wie lächerlich der Begriff der Menschenrechte ist. Menschenrechte sind der Kampfbegriff der Freimaurerei gegen die Rechte Gottes.
Wenn alle Rechte in Pflichten begründet sind, dann bedeutet das natürlich auch, daß derjenige, der größere Pflichten hat, auch mehr Rechte daraus ableiten kann. Eltern haben natürlich mehr Pflichten und damit auch Rechte als ihre Kinder, und ein mittelständischer Unterneh-

mer, der die Verantwortung für sein Unternehmen und dreihundert Mitarbeiter hat, hat selbstverständlich auch mehr Rechte als seine Mitarbeiter. Hierzu das Zitat des Sozialethikers Jakob Fellermeier, der noch 1980 eine im großen und ganzen ordentliche kleine Schrift zum Naturrecht veröffentlicht hat:
"Die grundsätzliche Voranstellung der Rechte vor den Pflichten, wie sie in der Forderung nach Gleichberechtigung der Geschlechter oder nach dem Recht auf Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft zum Ausdruck kommt, hat den Naturrechtsbegriff der Aufklärung zur Voraussetzung, der das Naturrecht primär als subjektives Recht sieht und jede Rechtspflicht als nachträgliche Beschränkung dieses Rechts auffaßt" (ebd. 10).
In diesem Satz ist das Wesentlichste zum Problem der Gleichberechtigung kurz und klar zusammengefaßt. Hinsichtlich der Würde als von Gott geschaffene Ebenbilder sind alle Menschen gleich; die liberalistische und sozialistische Forderung nach vollständiger Gleichberechtigung aller Menschen führt zu nichts anderem als zu maßlosen Ungerechtigkeiten.
Ein Familienvater, der gut für seine Familie sorgt und in zahlreichen Pflichten eingebunden ist, hat selbstverständlich auch mehr und andere Rechte als seine Ehefrau. Dies ist absolut keine Herabwürdigung der Frau, sondern ganz im Gegenteil die Einsetzung der Frau in ihre eigentliche und volle Würde. Selbstverständlich hat eine Frau, die selbst arbeiten geht und zum Lebensunterhalt der Ehe, evtl. zum Lebensunterhalt der Familie beitragen muß, weil die liberal-kapitalistische Gesellschaft dem Vater ein angemessenes Familieneinkommen verweigert, auch zusätzliche Pflichten und damit auch zusätzliche Rechte.
Seit Jahren werden in Deutschland ganze Wahlkampfschlachten um den Begriff der Gerechtigkeit geführt. Keine schwachsinnige Talkshow ohne Diskussion um "soziale Gerechtigkeit". Haben Sie in diesen Jahren auch nur einmal von einem Politiker, egal ob CDU-Politiker, Sozialdemokrat oder Linkssozialist jemals gehört, was überhaupt Gerechtigkeit bedeutet, nämlich "Jedem das Seine"? Natürlich nicht! Gerechtigkeit bedeutet für diese Ideologen "allen das Gleiche". Der Kommunismus ist keineswegs mit dem Zusammenbruch des Ostblocks untergegangen. Er findet sich heute mitten in der liberalen Gesellschaft.
Mit dem naturrechtlichen Prinzip, daß alle Rechte in Pflichten gründen, haben wir zugleich ein gutes Mittel in der Hand, die sogenannten Menschenrechte angemessen zu beurteilen.
Ob ein sogenanntes Menschenrecht auch ein wirkliches Recht des Menschen ist, zeigt sich daran, ob dieses Menschenrecht eine vorausgehende Pflicht mit sich bringt. Nehmen wir das Beispiel eines sogenannten Menschenrechts, daß heute scheinbar eines der wichtigsten ist und in fast allen liberalen Verfassungen der Welt ganz weit oben steht. Ich meine das Menschenrecht auf Meinungsfreiheit. Ergibt sich dieses vermeintliche Recht aus der Natur des Menschen? Wenn dies zutrifft, dann muß es eine Pflicht geben, die dem Recht auf Meinungsfreiheit vorhergeht.
Gibt es eine solche Verpflichtung des Menschen? Aus der menschlichen Natur, die in der Lage ist, das Gute und Böse zu erkennen und zu unterscheiden und damit das oberste Gesetz des Naturrechts "Man soll das Gute tun, und das Böse lassen" (Thomas von Aquin) mit Hilfe des Gewissens erkennt, folgt die Verpflichtung, stets dem Gewissen zu folgen. Aus dieser Pflicht folgt das Recht auf Gewissensfreiheit, wobei ein gebildetes Gewissen selbstverständliche Voraussetzung ist. Einem fünfjährigen Kind wird niemand Gewissensfreiheit zubilligen, weil es noch kein gebildetes Gewissen haben kann. Gewissensfreiheit ist aber etwas durchaus anderes als Meinungsfreiheit.
Meinungsfreiheit bedeutet, daß jeder uneingeschränkt seine Meinung in Wort und Schrift ausdrücken darf, sofern er nicht die Rechte anderer Personen verletzt, diese z.B. beleidigt. Von der Wahrheit der Meinung wird dabei völlig abgesehen. Dieses Absehen von der Wahrheit ist überhaupt ein allgemeines Kennzeichen der liberalen Menschenrechtsauffassung. Der

Liberalismus ist agnostizistisch, das bedeutet, er geht davon aus, daß niemand die Wahrheit mit Sicherheit erkennen kann. Wenn die Wahrheit aber nicht erkennbar ist, dann darf sie auch nicht bei den Rechten und Pflichten eine Rolle spielen.
Jeder soll seine Meinung vertreten können die er "persönlich" für wahr hält, denn wer weiß schon, ob seine Meinung wahr oder falsch ist. Auf welcher Pflicht gründet aber dann das Recht auf Meinungsfreiheit? Es gibt eine Verpflichtung stets die Wahrheit zu sagen, aber keine Pflicht, stets seine Meinung zu sagen. Meinungsfreiheit im naturrechtlichen Verständnis besagt das Recht, Dinge die in politischer Hinsicht strittig sind oder die dem Volk abgefordert werden, offen und frei besprechen zu dürfen.
Ein demokratischer Staat, und auf diesen bezieht sich vor allem diese Bestimmung der Meinungsfreiheit durch Papst Leo XIII., darf vom Volk nicht verlangen, daß es "die ihm auferlegten Pflichten und Opfer" einfach ableistet, ohne sich seine "eigene Ansicht zu bilden", und dieser Ansicht ehrlich "Ausdruck zu verleihen und in einer dem Gemeinwohl entsprechenden Weise Geltung zu verschaffen" (Leo XIII., Libertas praestantissimum, vgl. auch: Herders Sozialkatechismus, Bd. II, 1953, 232).
Die so verstandene Meinungsfreiheit ist an Bedingungen geknüpft, z.B. daß die Äußerungen dem Gemeinwohl dienen, daß sie sich auf Fragen beziehen, "über die man verschiedener Meinung sein kann, welche Gott dem Menschen anheimgestellt hat, diese zu untersuchen", und sie entspringt aus der Verpflichtung zum Gehorsam gegenüber der staatlichen Obrigkeit. Der heutige Begriff der Meinungsfreiheit, wie er auch den Menschenrechten zugrunde liegt, ist hingegen individualistisch geprägt; sie ist durch nichts begrenzt, außer daß sie die Rechte anderer Personen nicht beeinträchtigt, diese vor allem nicht beleidigt.
Die grundlegendste menschliche Gemeinschaft, die von Gott selbst gestiftet wurde, ist die Ehe. Die Ehe beruht auf der Liebe zwischen Mann und Frau und ist die Keimzelle der Familie. Gegen diese rein natürlichen Grundlagen, die sich aus dem Wesen des Menschen und seiner Erschaffung als Mann und Frau selbstverständlich ergeben, laufen die Feinde Gottes schon seit zweihundert Jahren Sturm.
Während man sich über die Mißachtung der Meinungsfreiheit in China oder Rußland die größten Sorgen macht, stört sich niemand dieser Moralapostel an der Zerstörung der Grundlagen der Gesellschaft. Ganz im Gegenteil betreibt der Staat selbst die Aushöhlung von Ehe und Familie. Dafür ein aktuelles Beispiel, das gleich mehrere Verstöße des deutschen Staates gegen das Naturrecht offenbart. Das Wesen der Ehe ist die von Gott gestiftete unauflösliche Gemeinschaft von Mann und Frau, die schon in der Schöpfungsordnung angelegt ist. Mann und Frau sind von Anfang an aufeinander verwiesen, Gott hat den Menschen in zwei Geschlechtern geschaffen."
Der geschlechtliche Unterschied ist unter den Menschen der grundlegendste und tiefgreifendste; er ist nicht nur körperlich, sondern ebenso gut geistig-seelischer Art" (Herders Sozialkatechismus, II, 3). Der Sinn der Ehe ist die Zeugung, Pflege und Erziehung von Nachkommen, denn dadurch wird die menschliche Gemeinschaft erhalten. Kinder sind von Geburt an und über viele Jahre unselbständig und bedürfen der Pflege und Erziehung. Wenn diese schlichten empirischen Tatsachen auch heute mehr und mehr bestritten werden, so kann jeder gesunde erwachsene Mensch, der nicht total ideologisch verbohrt ist, diese Tatsachen ohne große Überlegung erkennen.
Nun folgen aber aus diesen Tatsachen einige weitere Sachverhalte, die durch den modernen Liberalismus und Sozialismus in Frage gestellt werden. Was zunächst aus den Tatsachen der Ehe folgt ist die Verpflichtung der Eltern, mit allen ihnen verfügbaren Mitteln für die Pflege und Erziehung der ihnen geschenkten Kinder zu sorgen. Dies ergibt sich als logische Folge aus dem Ziel der Ehe. Niemand kann den Eltern diese Aufgabe abnehmen, es ist ihre ureigenste Pflicht, denn die Kinder gehören den Eltern, es sind allein ihre Kinder.

Nicht nur, daß sich der Staat schon seit langem das Recht anmaßt, Ehen zu schließen und gültig geschlossene Ehen zu scheiden, - beides schwere Verstöße gegen das Naturrecht -, er will nun auch die Kindererziehung selbst übernehmen. Eine derartige ungeheure Anmaßung war bisher nur aus kommunistischen und nationalsozialistischen Diktaturen bekannt.
Natürlich ist der Staat berechtigt und auch verpflichtet, die Erziehung der Eltern zu schützen, auf verschiedene Weise zu unterstützen und nach den Erfordernissen des Gemeinwohls zu ergänzen, aber in keinem Fall ist es dem Staat erlaubt, die elterliche Erziehung zu ersetzen. Sollten die Eltern, aus welchen Gründen auch immer, nicht in der Lage sein, für die Erziehung der Kinder zu sorgen, so tritt hier zunächst die Hilfe der Angehörigen in Kraft.
Sollten auch diese nicht in Lage sein, die Kinder zu erziehen, dann ist die Kirche mit ihren Einrichtungen zuständig. …
Auf keinen Fall hat jedenfalls der Staat ein Erziehungsrecht oder irgendeine Gewalt über Kinder.
Nun wird sehr oft eingewandt, daß das Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder nicht selten mißbraucht wird. Denn wenn den Eltern das erste Erziehungsrecht zusteht, dann sind die Kinder auf Gedeih und Verderb den verschiedenen Einstellungen und Weltanschauungen der Eltern ausgeliefert. Sie können ihre Kinder zu Ungläubigen, Asozialen, Sektierern, Kommunisten und was sonst noch erziehen. Dieser Einwand ist zweifellos richtig. Wie alles andere auch, so kann auch das Elternrecht mißbraucht werden, d.h. die Eltern kommen ihrer Pflicht nicht in angemessener Weise nach. Aber der Mißbrauch eines Rechts kann niemals dazu führen, das Recht selbst abzuschaffen oder mehr und mehr zu untergraben.
Bei Mißbrauch des Elternrechts kann der Staat von Fall zu Fall eingreifen und zwar im Sinne des Gemeinwohls. Die Gründe für den gerade in unserer Zeit massenhaften Mißbrauch des Elternrechts liegen nicht in diesem Recht, sondern im modernen Zeitgeist, dem der Staat entgegentreten sollte, anstatt, wie es heute geschieht, diesen noch zu fördern. Ein Staat, der die Tötung von Kindern im Mutterleib nicht bestraft, muß sich nicht wundern, wenn Eltern ihre Kinder nach der Geburt mißhandeln oder töten. Die Botschaft die von solch einer nicht bestraften Tat wie der Abtreibung ausgeht ist doch die, daß das Leben von Kindern nichts wert ist.
Hinzu kommt die staatlich betriebene Aushöhlung der Ehe, die das Fundament der Familie ist, durch die Förderung - nicht nur Duldung, was schon schlimm genug wäre - der Homosexualität, der Ehescheidung und so weiter. Ehe und Familie und das sich aus der Natur der Ehe ergebende Elternrecht sollten hier nur als Beispiel dienen für die zunehmende Zerstörung der naturrechtlichen Grundlagen der Gesellschaft und des Staates durch den modernen liberalen Staat, der zunehmend anstelle des Naturrechts das positive Recht setzt: 'Allein der menschliche Wille ist Urheber und Grund aller Gesetze und allen Rechts.'
Mehr und mehr nimmt diese Auffassung in der politischen Diskussion die Mehrheit ein. Selbst die sogenannten Menschenrechte werden heute zunehmend positivistisch gedeutet, indem man nach eigenem Gutdünken bestimmte Rechte wegnimmt und andere hinzufügt. Nur so kann man erklären, warum seit einigen Jahren das "Recht auf freie sexuelle Orientierung und freie Wahl der Geschlechtsrolle" als Menschenrecht gefordert wird.
Das Naturrecht ist ewiges Recht, von Gott selbst erschaffen und dem Menschen gegeben, damit er sein ewiges Ziel erreichen kann. Niemand, keine Gewalt auf dieser Erde und auch nicht die freimaurerische UNO, kann dieses Recht außer Kraft setzen.
Damit komme ich nun zum Schluß und möchte dazu die entscheidende Frage stellen: Warum ist der Kampf für das Naturrecht so wichtig? Die Antwort ergibt sich aus einem bekannten Dogma der katholischen Kirche, dem Dogma nämlich, daß die Gnade die Natur voraussetzt. Wo die menschliche Natur schwer beeinträchtigt ist, wo der Mensch in seinem natürlichen Wesen bedroht und entwurzelt ist, dort besteht nur noch geringe Hoffnung, daß er sein ewiges

Ziel, die glückselige Anschauung Gottes, erreicht.
Starke Drogenabhängigkeit, sexuelle Perversionen in großem Ausmaß, Heimat- und Bindungslosigkeit, mit schwer zerrütteten Familien und ausgeprägter Egoismus mit starken gesellschaftlichen Spaltungen sind heute keine Ausnahmeerscheinungen mehr. Je mehr derartige Phänomene zunehmen, desto schwieriger wird es für die Kirche ihrer Aufgabe noch nachzukommen, daß Evangelium zu verkünden, die Menschen und die Gesellschaft zu Christus zu führen. Und diese Aufgabe ist die Aufgabe jedes Christen, nicht nur der Ordensleute, Priester und Bischöfe.
Um Louis Veuillot zu zitieren: "jeder Gabe, die wir erhalten, wohnt zugleich die Pflicht inne, Seelen und Leiber der vielen schwachen und unwissenden Brüder zu schützen. Der besondere Schutz, den wir den Schwachen schulden, ist die Einrichtung von Gesetzen, die ihnen die Erkenntnis Gottes und die Kommunikation mit Gott ermöglichen. …
Apostolat, Mission und Re-Christianisierung sind nur möglich auf der Grundlage einer gesunden menschlichen Natur, deren Wesenseigenschaft die Offenheit für Gott ist.
Der liberal-individualistische Staat ist seinem Wesen nach auf die Isolierung, Atomisierung und Individualisierung des Menschen gerichtet und zerstört so aus seinem inneren Wesen heraus die Grundlagen der menschlichen Gemeinschaft, die für den Liberalismus nichts anderes ist als ein nachträgliches Phänomen, eine Aktiengesellschaft. Dieser Zerstörung der menschlichen Natur, die sich mehr und mehr rächen wird, dürfen wir nicht weiter tatenlos zusehen. Alle Menschen guten Willens, besonders aber wir Christen, sind zum Widerstand gegen die Zerstörung der menschlichen Natur aufgerufen.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 2. Januar 2009: >>**Kontrapunkte**
Die vom Civitas-Institut herausgegebene und dreimal jährlich erscheinende Zeitschrift Civitas befaßt sich in ihrer aktuellen Ausgabe (4/2008) im Schwerpunkt mit dem Thema Ehe und Familie. "Auf breiter Front" habe der "totalitäre Liberalismus" einen Angriff auf die Grundlagen des Naturrechts und damit auf die Natur des Menschen gestartet, schreibt Rafael Hüntelmann in seinem Editorial. In seinem Ziel, der Zerstörung von Ehe und Familie, die das Fundament jeder Gesellschaft bilden, unterscheide er sich somit nicht vom Kommunismus.
Die Grundzüge dieser verhängnisvollen Entwicklung schildert die Gynäkologin Gabriele Marx in ihrem Beitrag "Die Pille - Vom Aufgang bis zum Untergang". Die Medizinerin, öffentlich bekannt durch einen Auftritt in der Fernsehsendung "Menschen bei Maischberger", beschäftigt sich nicht nur mit den ethisch und demographisch verhängnisvollen Folgen der Verhütungspille, sondern beschreibt auch den Widerstand von Papst Paul VI., der mit seiner Enzyklika "Humanae vitae" seinerzeit einen deutlichen Kontrapunkt setzte.
Doch relativierten die Deutsche Bischofskonferenz mit ihrer "Königsteiner Erklärung" und die österreichischen Bischöfe mit der "Maria Troster Erklärung", in denen sie den Gebrauch der Pille der Gewissensentscheidung der Gläubigen überließen, die Mahnungen Roms. Eindrücklich schildert die Autorin, wie der Beruf des Frauenheilkundlers und Geburtshelfers spätestens seit der sexuellen Revolution der 68er zum Verhüter, Abtreiber und künstlichen Befruchter degenerierte und durch schamlose Sexualaufklärung bereits im Kindergarten, öffentliche Pornographie in allen Medien und eine "moderne" Jugendkultur die allgemeine Sexualisierung vorangetrieben wurde und schließlich zum Glaubensabfall führte.
Den massiven Angriff auf Ehe und Familie durch die totalitäre Gender-Ideologie, deren Ziel die Abschaffung des natürlichen Geschlechts ist, beschreibt Inge M. Thürkauf. Gender Mainstreaming zeichne sich als letzte übriggebliebene Ideologie des 20. Jahrhunderts durch besondere Aggressivität und Menschenverachtung aus, da der Angriff direkt gegen die Natur des Menschen geführt werde. Ihr liegt eine Weltanschauung zugrunde, die in der Konstruktion eines "neuen Menschen" gipfelt. Die Gender-Ideologen sind sich dabei bewußt, daß sie "jegliche bisher geltende Normen einreißen" und alles, was seit Anbeginn der Menschheit als "na-

türlich" und "normal" gegolten hat, durch Unordnung und Perversion ersetzen. Die Umerziehung zum "neuen Menschen", der "reif werden soll für die Neue Weltordnung, für die Neue Welteinheitsreligion", muß daher "schon bei Kleinstkindern, spätestens aber im Kindergarten beginnen".
Ein dritter Beitrag beschäftigt sich mit den naturrechtlichen Grundlagen der Familie aus dem bereits 1957 erschienenen und inzwischen leider längst vergessenen Buch "Amour, Famille, Christianisme" von Roger de Saint Chamas.
Anschrift: Civitas-Institut. Postfach 1541, 63133 Heusenstamm. … Internet: www.civitas-institut.de <<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 7. März 2009 (x892/…): >>**Jeder Angriff auf die Familie ist ein Angriff auf die Freiheit**
Der morgige 8. März (2. Fastensonntag) wird, von der UNO natürlich offiziell gefördert, auch als "Internationaler Frauentag" begangen. Der blutige sowjetische Diktator Lenin hatte ihn bereits 1921 in der Sowjetunion per Dekret eingeführt; in Deutschland wurde diese Tradition zunächst nur von der DDR aufgenommen. Erklärtes Ziel ist letztendlich eine "Gleichberechtigung" der Frauen.
In Wirklichkeit handelt es sich um nichts weiter als um einen Teil einer weit angelegten Kampagne, welche die volle Berufstätigkeit der Frauen herbeiführen will.
Nun ist niemand grundsätzlich gegen eine Berufstätigkeit der Frauen. Es gilt aber, zu verhindern, daß diese Vollzeit-Berufstätigkeit zu Lasten der Familie geht, des Kernes der bisherigen Gesellschaft. Die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft beginnt (nicht allein) mit der Zerstörung von Ehe und Familie.
Auf einer viel zu wenig beachteten Seite des Internetauftritts des Heiligen Stuhles verweist Alfonso Kardinal López Trujillo, Präsident des Päpstlichen Rates für die Familie, bereits im Dezember 1999 auf diese Zusammenhänge, leider nicht auf Deutsch. Wesentliche Sätze seien hier kurz auf Deutsch wiedergegeben:
"Macht, ihre Ausübung und ihre Regelungen sind Angelegenheit der politischen Gesellschaft, während die Zivilgesellschaft auf Zusammengehörigkeiten, freiwilligen Zusammenschlüssen, auf natürlichem Zusammenhalt beruht. Diese Unterscheidung erhellt zugleich auch die vielfältige Wirklichkeit der Familie, die ja der Kern der Zivilgesellschaft ist. Ganz ohne Frage hat sie eine wichtige wirtschaftliche Funktion, ihre Rollen jedoch sind weit mehr als wirtschaftlicher Art. Vor allem ist sie eine Lebensgemeinschaft, eine natürliche Gemeinschaft. Darüber hinaus stellt sie einen Zusammenhalt dar, weil sie auf die Ehe begründet ist. Diesen Zusammenhalt findet man in anderen zwischenmenschlichen Gemeinschaften nicht.
Allerdings hat die Familie in den letzten Jahrzehnten ganz erhebliche negative Einflüsse erfahren, und zwar durch die Tatsache, daß sie Seitens des Staates den gleichen Angriffen ausgesetzt war wie die anderen Zusammenschlüsse, welche der Staat entweder zu eliminieren oder nach seinen Vorstellungen zu lenken und zu leiten versuchte. Wenn der Staat sich die Macht anmaßt, die Familienbeziehungen zu reglementieren und Gesetze aufzudiktieren, die diese ihm übergeordnete natürliche Gemeinschaft nicht respektieren, dann steht zu befürchten, daß der Staat sich der Familien bedient, um seine eigenen Interessen zu verfolgen und daß er, anstatt die Familie zu schützen und ihre Rechte zu verteidigen, diese schwächt oder gar abschafft, um die Völker gänzlich zu dominieren".
Den "Internationalen Frauentag" wollen wir in dem Sinne denken, daß wir alle Frauen ehren, die es (berufstätig oder nicht) in diesen für die Familien materiell und geistig schwierigen Zeiten schaffen, liebende Mitte ihrer Familie zu sein und sich somit stark und aktiv den Angriffen auf die Familie zu widersetzen, deren Endziel die Dominanz über die Völker ist.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. Oktober 2009 (x887/...): >>**Sarrazin oder das Ende der politischen Korrektheit**

Sarrazin, der Sarazener, wie sein Name auf französisch heißt, der gut angepaßte Einwanderer, dessen Vorfahren vor Jahrhunderten als Hugenotten einmal in Deutschland Aufnahme vor religiöser Verfolgung fanden, hat mehr als Mut bewiesen, als er öffentlich aussprach, was die meisten Deutschen über die türkischen und arabischen Einwanderer in unserem Land denken. Aber was heißt hier Mut. "Mut zeigt auch der Mameluck. Gehorsam ist des Christen Schmuck."
Eben diesen Gehorsam verweigerte Sarrazin dem System der politischen Korrektheit. Kühnheit aber heißt zu wissen, wann der Zeitpunkt gekommen ist, an dem man das Unbehagen, das alle empfinden, aussprechen muß. Die historischen Wendepunkte werden durch die richtigen Worte im richtigen Moment eingeleitet. Siehe Leipzig, "Wir sind das Volk!" Sarrazin hatte den richtigen Zeitpunkt.
Vor seiner Zeit wurden Menschen, die Binsenwahrheiten aussprachen oder einfach ihre Meinung sagten, gejagt. Immer, wenn in Deutschland einer den Mund aufmachte und aus der Front der politisch Korrekten ausschied, wurde er gejagt. Von einer Gruppe, die es auch heute noch gibt und sich Antifa nennt. (Antifa ist eine Abkürzung von Antifaschismus.) Und von der linksliberalen Presse. Manchmal genügte es schon, wenn man Hitlers Autobahnen erwähnte, die bekanntlich schon lange vor seiner Machtübernahme geplant waren, oder, wie die beliebte Fernsehsprecherin Eva Herman, die Mutterschutzgesetze im NS-Staat, mit denen der Kinderreichtum gefördert werden sollte. Dann erfolgte der Appell der Antifa-Jagdkommandos an die demokratischen Parteien.
Nicht selten mit Erfolg auch bei CDU und FDP. Antifaschistische Bündnisse wurden geschmiedet und Geld eingeworben, das noch immer jährlich in zweistelliger Millionenhöhe für den "Kampf gegen Rechts" bereitsteht. Der Treppenwitz ist nur: Die Antifa-Leute sind meistens selber Extremisten. Und zwar Linksextremisten. Anhänger von Stalin und Lenin. Kommunisten. Manchmal auch Anarchisten. Ihre eigenen Grüppchen haben meist keine Aussicht auf Erfolg bei der Bevölkerung oder bei den Wahlen. Deshalb suchen sie ihren Einfluß durch die "Antifa-Ausschüsse". Diese Taktik hat eine lange Tradition bei den Kommunisten und reicht weit in die 20er des vorigen Jahrhunderts hinein.
So lange gibt es "Antifaschisten", und sie hatten schon damals die gleiche Funktion wie heute: den Bock zum Gärtner, radikale Linke zu Hütern der Demokratie zu machen.
Das ganze System der Ausgrenzung hat im Falle Sarrazin versagt. Die Waffe der politischen Korrektheit war stumpf geworden. 85 Prozent aller Leserbriefe und E-Mails gaben Sarrazin recht, die großen Zeitungen wie die "Welt" oder die "FAZ" schlugen sich auf seine Seite. Die "FAZ" sah in einem Leitartikel auf Seite 1 einen Zusammenhang zwischen der Aufforderung zu mehr Zivilcourage nach dem Mord an Dominik Brunner, der sein Eingreifen gegen gewalttätige Schläger mit dem Leben bezahlt hatte, und dem öffentlichen Auftreten von Sarrazin.
Selbst der Zentralrat der Juden, der gegen den ehemaligen Berliner Finanzsenator fast schon automatisch die Faschismus-Keule geschwungen und ihn mit Hitler verglichen hatte, machte einen Rückzieher und entschuldigte sich bei dem jetzigen Bundesbank-Manager. Seine Motive für die Einmischung in den Fall Sarrazin bleiben rätselhaft und sollten auch nach der Entschuldigung nicht unter den Tisch gekehrt werden.
Manchmal, wenn man aus Spaß oder Neugierde in die Linkspresse guckt, in die "taz" ebenso wie die "Süddeutsche", - sie unterscheiden sich immer weniger - so kriegt man einen Schreck. Die leben immer noch wie vor der Wende.
Die eisgraue Reserve, vor allem "taz"-Oldie Semmler (Steine-Semmler, der Sieger in der legendären Steineschlacht gegen die Polizei am Tegeler Weg von 1969, als die Studentenbewegung von 1967 endgültig in die Gewalt abdriftete), Ströbele, Kreuzberger "Urgestein" und Ex-RAF-Anwalt mit Leib und Seele, und so unbeirrbare, also unbelehrbare Linksschreiber wie Leyendecker in der "Süddeutschen" und die große, aber überschaubare Zahl ihrer Anhänger

leben noch in der Vergangenheit, der Zeit vor der Wende.
Dies wurde nicht erst am Wahltag im September sichtbar. Die Alt-Linken und die Linksliberalen sind einfach noch nicht angekommen in der Wirklichkeit. Für sie ist immer noch Atomtöter-Zeit, Angst-Zeit, Antifa-Zeit, Trittin-Zeit, Flaschenpfand- und Windmühlen-Zeit - SED und Stasi halb so schlimm.
Wenn man die "Süddeutsche", die "taz", manchmal auch die "Zeit" aufschlägt, Radio hört wie den einst konservativen, heute links-anbiederischen Deutschlandfunk, die Fernsehmagazine wie Panorama und Monitor sieht, die seit 30 Jahren gleichgeschaltet sind, und die vielen ehrlichen, aber dummen SPD-Mitglieder (Der Ehrliche ist immer der Dumme) - sie alle schreiten immer noch Seit' an Seit', und die alten Lieder klingen, und sie spüren immer noch, es muß gelingen.
Mein Gott! Sie merken es nicht. Sie werden ihre linken Lebenslügen mit ins Grab nehmen: 1. Kapitalismus ist an allem schuld. 2. Kommunismus hatte Fehler, war aber nicht so schlimm. 3. Terrorismus ist auch nicht so schlimm, weil eigentlich für die gute Sache. Letzten Ende auch irgendwie links. Dafür haben sie gekämpft. Doch was da mit großer Energie und Verbissenheit gegen die "Ewiggestrigen" und "Stichwortgeber" verteidigt werden soll, ist nichts Geringeres als die eigene Medienmacht, die Dauerverfügung über Schulen und Universitäten, Parteien und Gewerkschaften, Verlage und Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehstationen.
Wissend, daß eine Zweidrittelmehrheit aller Deutschen - auch in der SPD - die offen angestrebte Volksfront aus SPD, Grünen und der umbenannten SED-Linken ablehnt, wissend, daß sich zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung ein sich ständig verbreiternder Graben auftut, fühlt sich die kleiner werdende, aber in der Verteidigung ihrer Macht und ihrer Jahresgehälter radikale Minderheit der Betroffenheitsprofis und festangestellten Trauerarbeiter nicht zu Unrecht in ihrer Alleinherrschaft bedroht. Ihre Zeit ist um. Aber sie merken nichts. Sie werden ihre linken Lebenslügen mit ins Grab nehmen.
Während die neue Regierung sich zusammenrauft und Rußland, China und Indien immer mächtiger werden und
Obama langsam auf Normalmaß schrumpft, preisen sie immer noch die alten Helden - Greenpeace gegen Atomkraftwerke! Gewerkschaften gegen Ausbeutung und Entlassungen. Höhepunkt in dieser Woche: Wallraff als Neger! Türke war er vor Jahrzehnten, 1985. Alles war echt, nichts war getürkt, auch der Reinverdienst. Nun diese neue, mutige Tat. Heldenhaft. Als Neger in die deutsche Provinz. Was kann denn dieser Mohr dafür, daß er so weiß nicht ist wie ihr? Zum Schrecken mancher Hausfrauen, Vermieter oder Vereinsvorsitzenden. Latenter Rassismus. Wieder einmal wurde das deutsche Volk entlarvt. Ganze Seite in der "Süddeutschen". Von Leyendecker persönlich. Lachen Sie nicht.
Beinahe wären wir alle auf diese Schnulzen hereingefallen. So wie die Antifa, die politische Korrektheit und der Ökowahn beinahe gesiegt hätten. Aber wie sagt unser größter antikommunistischer Dichter Bertolt Brecht: "Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!"
Holzauge!<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 20. Februar 2010 (x887/...): >>**Untergangsbeschwörer vor dem Aus?**
von Klaus Rainer Röhl
Jeden Tag schippen wir dreimal hintereinander Schnee. Seit sechs Wochen. Die Straßen werden vom Streudienst freigehalten. Aber das Salz wird in einigen Bundesländern schon knapp. Heizöl muß zum zweiten Mal nachgefüllt werden. Alte Leute und Kranke fallen dauernd hin, die Versicherungen sind alarmiert über die große Zahl von Knochenbrüchen, die in den Krankenhäusern versorgt werden müssen. Aber die Kinder sollen sich freuen. Jeden Tag können sie mit ihren Eltern Schneemänner bauen und Schnellballschlachten machen. Schön, dieser Winter. Aber selbst für die Kinder ist der Winter langsam langweilig. Schneemannbauen

macht nur beim ersten Mal Spaß. Schlittenfahren wird nach drei Wochen langweilig. Viele sind erkältet. Die Erwachsenen warten auf die nächste Tagesschau:
Wann kommt endlich wieder die Erderwärmung? Nix. Stand 15. Februar. In Köln ist wenigstens Karneval, auch in Mainz und München ist mächtig was los. Hauptsächlich im Fernsehen. Die immer gleichen Karnevalssänger und die Fernsehreporter versuchen, gute Laune zu verbreiten. Ja, Nicole, wie ist denn die Stimmung auf dem Rathausplatz? Bombig! Was soll die durchgefrorene, nur mäßig durch Glühwein beschwingte Lokalreporterin schon sagen? Die Stimmung ist mies. Außer bei den schwer alkoholisierten Jugendlichen. Also wieder die gleichen doofen Witze über die Ehefrau und ihre eingebildeten Krankheiten, den bis zum Platzen dummen Bauchredner mit seiner Plastikpuppe. "Ihr seid alle bekloppt!" Fein beobachtet.
Keine brisanten Themen auf den Karnevalswagen. Abwrackprämie? Kann schon keiner mehr hören. SPD und die "Die Linke"? Wo ist da der Witz? Arbeitslosigkeit? Haiti? Hartz IV? Kinderarmut? Moschee-Bauten? Deutschland als Zahlmeister für den Euro? Darüber macht man keine Scherze. Also lieber wieder den Bauchredner und die Witze über die Frauen, die nicht Auto fahren können. Alaaf. Helau. Wauwau.
Schade. Dabei hätte es diesmal ja eine ganze Menge Stoff für die Karnevalswagen gegeben: Die geplatzten Behauptungen über eine "Klimakatastrophe", über die zunehmende "Erderwärmung", über die schmelzenden Gletscher auf dem Himalaja oder die Dürrekatastrophen in Afrika, die drohenden Überschwemmungen, also kurz, die Zerstörung der Mutter Natur durch den profitgierigen Menschen, und den gedankenlosen Konsum von - eigentlich allem, was gut schmeckt und sich gut anfühlt. Es ist kurz vor zwölf.
Das jedenfalls verkündet vor allem der Weltklimarat der UN (IPCC) unter seinem jetzigen Chef, dem gebürtigen Inder Rajendra Kumar Pachauri. Vor einigen Monaten geriet der Weltklimarat allerdings böse in die Schlagzeilen.
Ein führender Forscher der englischen Climate Research Unit (CRU), die dem IPCC zuarbeitet und an der Vorbereitung des Weltklimagipfels beteiligt war, hatte einen amerikanischen Kollegen aufgefordert, alle E-Mails zu löschen, aus denen hervorging, daß die Erdtemperaturen, im Gegensatz zu den ständigen Behauptungen des IPCC, sich nicht erhöht hatten, sondern es in der Welt seit 110 Jahren immer kälter geworden ist.
Diesen Skandal konnte Pachauri - unter Hinweis auf die letzten hundert Jahre Klimamessungen - gerade noch relativieren. Vor 110 Jahren, als die Klimamessungen begannen, war es - geringfügig - kälter. In den Jahrhunderten davor war es oft sehr viel wärmer. Aber die Kritik am Weltklimarat wurde nicht leiser.
Daß 40 Prozent der Regenwälder am Amazonas durch die Erderwärmung irreparabel geschädigt würden, erwies sich schon vor einem Jahr als Lügenmärchen aus der Feder des indischen Münchhausen. Inzwischen flog, nachdem einmal der Anfang gemacht war, die nächste Klimalüge von Pachauri auf, die Mär von den Gletschern am Himalaja, die das angeblich steigende Klima sogar in 8.000 Metern Höhe zum Abschmelzen bringen würde. Diese absurde Behauptung erwies sich als wissenschaftlich in keiner Weise begründbar und wurde trotzdem weiterhin vertreten, bis sie nicht mehr zu halten war.
Pachauris Aufstieg zum Welt-Gutmenschen und Nachfolger des Lügenbarons Münchhausen ist erst einige Jahre her und war von der Öffentlichkeit zunächst nicht weiter beachtet worden. 2002 wurde er, angeblich auf Druck der USA, zum Vorsitzenden des Klimarats IPCC gewählt, der damals noch für kaum jemanden ein Begriff war. Das änderte sich jedoch schlagartig mit dem 4. IPCC-Bericht im Frühjahr 2007, der erstmals einen menschlichen Einfluß auf das Weltklima für wahrscheinlich (mehr war auch damals nicht vertretbar) erklärte. Wenige Monate darauf erfolgte die Verleihung des Friedensnobelpreises an den IPCC. Das Prestige und der Einfluß des gelernten Eisenbahningenieurs, Bankberaters und Leiters einer von der BP Indien finanzierten Öko-Firma Pachauri wuchsen ins schier Unermeßliche. Bis alles platz-

te.
Inzwischen flogen, nachdem einmal der Anfang gemacht war, weitere Klimalügen auf, vor allen Dingen die Behauptung von drohenden Dürre- und Erntekatastrophen in Afrika. Bis zum Jahre 2020, so prophezeite der von Pachauri mitverfaßte Report aller Arbeitsgruppen des IPCC, seien in Afrika voraussichtlich - mal eben über den Daumen gepeilt - zwischen 75 und 250 Millionen Menschen von Hungertod bedroht.
Die angesehene "Sunday Times" brachte ans Tageslicht, daß es sich um eine Untersuchung des marokkanischen Unternehmens "EcoSecurities" handelte, das natürlich auch ein finanzielles Interesse an solchen Horrormeldungen hat. Letzte Woche kam nun heraus, daß auch die Voraussage des Weltklimaberichts, die Hälfte der Niederlande seien durch die Erderwärmung von Überflutung bedroht, reine Spekulation war. Das Haager Umweltministerium hat mittlerweile schriftlich gegen die falschen Angaben des Weltklimarats protestiert.
Immer, wenn solche Fälschungen und Fehlmeldungen auftauchen, sprechen ihre Produzenten von "grauer Literatur". Was ist das, graue Literatur? Wir kannten bisher den grauen Star, den schwarzen Markt und rote Zahlen - aber die graue Literatur in der Wissenschaft ist, um es kurz und ein bißchen einfach zu sagen, eine Untersuchung, für die es keine Beweise, sondern nur Phantasie-Modelle gibt. Alle Angst-Szenarien des IPCC werden als unumstößliche wissenschaftliche Forschungsergebnisse ausgegeben. Woran sollen wir uns noch halten, wenn niemand in der Welt den düsteren Untergangsprognosen mehr glaubt, für die die Befürworter des Klimaschutzes und vor allem ihre Nutznießer-Firmen die Hand aufhalten?
Nur ganz radikale Gutmenschen und Umweltfreaks bei den Grünen glauben noch an einen totalen Ausstieg aus nicht erneuerbaren Energien. Sie - und einige Tagträumer in der CDU - reden heute schon von einer Welt ohne Kohle, Öl und Atomstrom. Ich traute meinen Ohren nicht, als ich gestern den Bundesumweltminister Norbert Röttgen im Radio davon reden hörte, daß es in 40 Jahren (Röttgen ist 44) nur noch "saubere Energie" in Deutschland geben werde, und er daher auch den Ausstieg aus der Atomenergie noch beschleunigen wolle.
Das sagt der Mann drei Monate vor der entscheidenden Wahl in NRW. Die CDU-Minister von Hessen, Bayern und Baden-Württemberg protestieren gegen Röttgen. Wir aber fragen uns: Ist der Mann noch in der richtigen Partei - oder bewirbt er sich jetzt schon um einen Posten beim Weltklimarat?
*In Kürze erscheint Röhls Buch "Verbotene Trauer", Universitas Verlag, wieder.*<<
Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 21. Mai 2010: >>**Geheimbünde - Skulls & Bones**
An den englischen und amerikanischen Eliteuniversitäten gibt es zahlreiche studentische Geheimgesellschaften. Eine der bekanntesten wurde an der Yale University gegründet.
An den englischen und amerikanischen Eliteuniversitäten gibt es zahlreiche studentische Geheimgesellschaften, von denen die meisten im frühen 19. Jahrhundert gegründet wurden.
Geheimlogen und philosophische Kreise fanden besonders in den College-Gemeinschaften von Cambridge begeisterte Aufnahme (Cambridge Apostles).
Absolventen der Universität brachten die akademischen Traditionen Großbritanniens in die USA, wo sich an vielen Universitäten noch heute geheime Verbindungen finden: Skull and Bones in Yale (New Haven (Connecticut), der Porcellian Club in Harvard (Cambridge, Massachusetts), die Owl Society an der Universität von Pennsylvania oder Sphinx Head in Cornell.
Auch an deutschsprachigen Hochschulen gibt es Studentenverbindungen, deren Ursprünge bis ins Mittelalter zurückreichen. Heute sind es Verbände derzeitiger und ehemaliger Studenten einer Universität mit eigenem Brauchtum und gewachsenen Traditionen.
Geheimbünde an den Universitäten werden von manchen Leuten gerne als studentischer Ulk heruntergespielt, aber oft dienen sie ihren Mitgliedern als Karrieresprungbrett in Wirtschaft,

Wissenschaft und Politik.

**Skull & Bones**

Skull & Bones (Schädel und Knochen) ist eine studentische Geheimgesellschaft an der Yale University (USA), die 1832 von William Huntington Russel gegründet wurde. Russel soll die Idee für eine Studentenverbindung aus Deutschland mitgebracht haben, wo er ein Studienjahr verbracht hatte.

Manche Bräuche dieser studentischen Vereinigung erinnern tatsächlich an die der deutschen Burschenschaften. Der Geheimbund ist auch unter den Namen "Orden des Todes", "Der Eulogianische Club" und "Loge 322" bekannt. Jedes Jahr werden 15 Yale-Studenten aufgenommen, die nach der Initiation als "Bonesmen" (Knochenmänner) bezeichnet werden. Seit 1991 sind in dem Geheimbund auch Frauen als Mitglieder zugelassen ("Boneswomen").

Der Bund rekrutiert seine Mitglieder aus dem jeweils neuen Semester. Kein Student kann sich um die Mitgliedschaft bewerben, sondern wird von denen ausgewählt, die im Jahr zuvor ihre Initiation hatten. Anders als in deutschen Studentenverbindungen setzen sich die Aktiven aus nur einem einzigen Studienjahrgang zusammen. Eine Probezeit gibt es nicht.

Skull & Bones gehört keinem Dachverband an. Die Aufnahme der neuen Mitglieder geht in zwei Phasen vor sich: die Auslese und die Initiation, bei der verschiedene Zeremonien stattfinden; ein Aufnahmeritual ist beispielsweise, daß der Kandidat Blut aus einem Schädel trinken muß.

**Verschwiegenheit und gegenseitige Hilfe**

Ein wesentliches Gebot des Ordens ist die Verschwiegenheit, außerdem verpflichten sich die "Bonesmen", sich gegenseitig in ihrer Karriere zu helfen. Nach den Initiationsriten wird der Aufgenommene (Neophyt) von einem anderen "Bonesman" im Don-Quichotte- Kostüm zum "Ritter" geschlagen. Die Neophyten erhalten dann neue Ordensnamen.

Das Symbol der Organisation ist ein Totenschädel über den gekreuzten Knochen, auch die Zahl 322 gehört zum Logo. Es ist die Raumnummer des "Inneren Tempels" in der "Gruft", einem Haus im klassizistischen Stil auf dem Campus, wo die Treffen, Zeremonien und wahrscheinlich auch die Rituale von Skull & Bones stattfinden; über die Bedeutung dieser Zahl gibt es unterschiedliche Behauptungen.

Eine davon lautet, daß 322 das Todesjahr des griechischen Redners Demosthenes ist, was zwar stimmt, aber unbegründet ist und daher keinen wirklichen Sinn ergibt. Skull & Bones ist ein immerwährender Bund, der nicht mit dem Tod des einzelnen Mitglieds ("Ritters") endet, sondern von den folgenden Generationen weiter getragen wird.

Ein wesentliches Merkmal der Geheimgesellschaft ist, daß alle anderen Menschen als "Heiden" oder "Vandalen" bezeichnet werden. Damit grenzt der Geheimbund sich und seine Mitglieder von der übrigen Welt ab, wozu auch die eigene Zeitrechnung dient.

Diese Zeitrechnung, S. B. T. (Skull & Bones Time), weicht von der üblichen Zeit an der Ostküste um fünf Minuten ab. Die Mehrzahl der Mitglieder stammt aus einfluß- und traditionsreichen Familienclans mit jeweils einer Reihe von Yale-Absolventen in der Ahnengalerie.

Die Gesamtzahl der lebenden "Bonesmen" wird auf etwa 800 geschätzt. Darunter befinden sich einige führende Vertreter in Wirtschaft und Politik wie der Präsident der USA, George W. Bush (Ordensname "Temporary"), dessen Vater George Bush, ehemaliger US-Präsident, sowie G.W. Bushs Konkurrent um die Präsidentschaft 2004, John Kerry. Ein dritter "Bonesman", der es bis zum US-Präsidenten gebracht hatte, war William Howard Taft.<<

Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. März 2011: >>**Migration & Erpressung: Die neue Superwaffe**

Nicht die Distanzierung vom Terror war der entscheidende Grund zur Annäherung des Westens und Gaddafis. Ausschlaggebend war vielmehr das libysche Versprechen, an der Eindämmung des Stroms afrikanischer Einwanderer mitzuwirken. Das Ergebnis einer Erpres-

sung?
Jetzt mögen sie ihn nicht mehr. Dabei haben gerade die Europäer Muammar al-Gaddafi jahrelang hofiert - weil er ein Garant für die sichere Ölversorgung war und weil er ihnen die Migranten vom Leib hielt. Als die Außenminister der EU Mitte Oktober 2004 übereinkamen, sämtliche noch bestehenden Sanktionen gegen den jahrzehntelang als Paria firmierenden Wüstenstaat außer Kraft zu setzen, honorierten sie damit auf den ersten Blick die Aufgabe des libyschen Programms zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen, die öffentliche Absage an den Terrorismus sowie nicht zuletzt die Übernahme der Verantwortung für den Bombenanschlag auf den Flug Pan Am 103, dem im Dezember 1988 beim schottischen Lockerbie 270 Menschen zum Opfer gefallen waren.
Tatsächlich spielten diese Maßnahmen jedoch für den Entschluß der Europäer nicht die entscheidende Rolle. Ausschlaggebend war vielmehr das libysche Versprechen, an der Eindämmung des rasant anschwellenden Stroms afrikanischer Einwanderer mitzuwirken. Nicht Geschosse oder Bomben, sondern Menschen waren die Waffen, mit denen Gaddafi die "größte politische und wirtschaftliche Gemeinschaft der Welt" zum Nachgeben gezwungen hatte.
So sieht es die amerikanische Politikwissenschaftlerin Kelly M. Greenhill, die mit ihrem Buch die "erste systematische" Untersuchung "dieser in höchstem Maße regelwidrigen Methode der Überredung" vorlegt. Nicht zufällig lehnt sich der Titel - "Weapons of Mass Migration", also "Massenmigrationswaffen" - phonetisch eng an den geläufigen Fachbegriff aus der Welt der Militärs an.
Wenn die Autorin auch betont, daß es sich nicht um eine "Art von Superwaffe" handle, suggeriert der Titel gleichwohl, daß die Migrationswaffen gewissermaßen die "Weapons of Mass Destruction", die "Massenvernichtungswaffen", jener Akteure sind, die nicht über solche verfügen. Für die einen wie die anderen Waffen gilt, daß sie vor allem eine Funktion haben: Sie sind Druckmittel.
Trotz oder gerade wegen des martialisch klingenden Titels ist klar, daß es Greenhill um jene Migranten geht, die zu Objekten beziehungsweise Opfern eines zynischen politischen Pokers werden. Dabei konzentriert sie sich auf jene Fälle "migrationsgestützter Nötigung", die sie zwischen der Unterzeichnung der sogenannten Genfer Flüchtlingskommission im Sommer 1951 und dem Abschluß ihrer Forschungen im Jahr 2006 verifiziert hat.
Eingehend dargestellt und mitunter umständlich analysiert werden vier Beispiele aus den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, darunter die Entwicklung der Flüchtlingsfrage im Kosovo-Konflikt. Ein informativer Appendix listet sämtliche von Frau Greenhill registrierten 56 Fälle auf.
Der letzte ist ein neuerlicher libyscher Erpressungsversuch der EU vom Sommer 2006 - der erste ist die Massenwanderung von der DDR in die Bundesrepublik im Umfeld des 17. Juni 1953. Konrad Adenauer nämlich habe diese "Abstimmung mit den Füßen" genutzt, um die amerikanischen Schutz- und Vormacht zu weitreichender finanzieller und politischer Unterstützung zu bewegen. Die unkontrollierte Einwanderung, so die Warnung des Kanzlers, könne zu einer potentiellen Destabilisierung der Bundesrepublik führen.
Ob Frau Greenhill das aus wenigen Literaturhinweisen gewonnene Bild richtig zeichnet, sei dahingestellt. Außer Frage steht, daß der Einwanderungsdruck in den betroffenen Staaten nicht selten genutzt wird, um nach innen wie außen Forderungen durchzusetzen, die mit dem eigentlichen Thema wenig oder nichts zu tun haben. Außer Frage steht auch, daß in aller Regel die den Exodus forcierenden Akteure das Geschehen bestimmen.
In fast drei Viertel der hier untersuchten Fälle waren sie damit jedenfalls teilweise erfolgreich, und zwar entweder auf dem direkten Weg, nämlich durch die Überforderung der Aufnahmekapazitäten in den Zielländern oder aber durch eine mehr oder weniger kaschierte Erpressung, die sich deren moralische oder auch gesetzliche Verpflichtung zur Aufnahme verfolgter Men-

schen zunutze macht.
Der erste Weg ist für die aufnahmefähigen Staaten der unmittelbar brisantere, der zweite ist für die Akteure der langfristig erfolgversprechendere, jedenfalls gegenüber "liberalen, demokratischen Zielen". Denn zum einen finden die westlichen Gesellschaften bislang kaum zu einer tragfähigen Antwort auf die Frage, ob und unter welchen Umständen man "Menschen gegen ihren Willen zur Rückkehr in ihre Heimat zwingen" darf; zum anderen - und nicht zuletzt deshalb - verfügen sie offenbar über keine geeigneten Mittel, um Regierungen wie die libysche von der Drohung mit der "Migrationswaffe" abzuhalten.
So gesehen, berichtet Kelly M. Greenhill auch über die Dilemmata von Demokratien im Zeitalter der Globalisierung.
***Kelly M. Greenhill: Weapons of Mass Migration.*** Forced Displacement, Coercion, and Foreign Policy. Cornell University Press, Ithaca/London 2010. 342 Seiten …<<
Die Tageszeitung "Handelsblatt" berichtete am 21. Juni 2011: >>**Wege aus dem Schuldendilemma**
**Joschka Fischers Griechenland-Szenario**
"Mangelnde Entschlossenheit", "Zögerlichkeit", "nationale Egoismen": Joschka Fischer geht mit den Griechen-Rettern hart ins Gericht. Und er skizziert seinen Plan zur Rettung des Mittelmeerstaats und des Euros.
Die Griechenland-Krise hat ihn alarmiert. Joschka Fischer, den Vorzeige-Außenpolitiker aus rot-grünen Regierungszeiten. Wie sein damaliger Kabinettskollege, der einstige Finanzminister Peer Steinbrück (SPD), nimmt auch der Grünen-Politiker kein Blatt vor den Mund. In einem Gastbeitrag in der "Süddeutschen Zeitung" beweist er einmal mehr, daß er etwas hat, was den heute politisch Aktiven - insbesondere den deutschen Regierungspolitikern - völlig zu fehlen scheint - die Fähigkeit glasklare Gedanken zu fassen, die schließlich in noch klarere Pläne münden. Griechenland braucht genau das, einen Rettungsplan, der nicht nur das Land vor der Pleite bewahrt, sondern auch den Euro vor seinem Ende.
Joschka Fischer hat das längst verstanden. Aber, fragt der Ex-Außenminister zu Recht: "Warum regiert statt energischem Krisenmanagement und einer visionären Neuausrichtung der EU als Antwort auf deren Existenz bedrohende Krise fast ausschließlich das Prinzip des "Zuwenig und zu spät"?" Fischer sieht die Politik in einer verheerenden Lage und spricht von mangelnder Entschlossenheit, Zögerlichkeit und nationalen Egoismen. All das ist für ihn Beleg für ein dramatisches Führungsdefizit der EU und seiner wichtigsten Mitgliedstaaten in dieser Krise.
Dabei geht es nach Fischers Überzeugung schon gar nicht mehr nur um Griechenland: "Es droht ein von der ungeordneten Insolvenz Griechenlands ausgehender Schneeballeffekt, der weitere Länder der südlichen Peripherie der EU, darunter auch sehr große, und damit systemrelevante europäische Banken und Versicherungen mit in den Abgrund reißen wird", skizziert er ein mögliches Worst-Case-Szenario. Es droht damit aus seiner Sicht auch eine erneute Krise des Weltfinanzsystems mit einem erneuten weltwirtschaftlichen Schock wie im Herbst 2008.
"Und", so Fischer weiter, "es droht ein Scheitern der Eurozone, das den gemeinsamen Markt nicht unbeschädigt lassen wird und deshalb auch zum ersten Mal in seiner Geschichte ein Scheitern des europäischen Projektes als solchem." Fischer sieht die EU am Scheideweg, wenn er sagt: "Es geht um fast alles."
**"Lachhafte" Debatte in Deutschland**
Fischer sieht vor diesem Hintergrund die EU-Partner Griechenlands in der Pflicht, endlich zu begreifen, das Handeln und nicht weiteres Lavieren das Gebot der Stunde ist. Denn, redet er den Regierenden ins Gewissen, auch Staaten können Pleite gehen, aber anders als Unternehmen verschwänden sie dann aber nicht. "Und man sollte deshalb Staaten weder bestrafen noch

ihre fort geltenden Interessen unterschätzen", betonte Fischer und skizziert anschließend, wie er sich eine Rettung Griechenlands vorstellt.
"Statt Bestrafung empfiehlt es sich, zahlungsunfähigen Staaten Hilfe zur Neustrukturierung zu gewähren, und zwar nicht nur im finanziellen Sektor, sondern darüber hinaus, damit sie sich aus ihrer Krise herausarbeiten können", schreibt der einstige Grünen-Frontmann. Dieses Faktum gelte heute ganz besonders für Griechenland, dessen Strukturprobleme noch weitaus umfassender sind als seine Zahlungsschwierigkeiten.
Doch warum die EU bisher darauf verzichtet habe, diese umfassenden Strukturprobleme gemeinsam mit der griechischen Regierung anzupacken, eine entsprechende Wiederaufbaustrategie für die Realwirtschaft und die staatlichen Strukturen und deren Finanzierung zu entwickeln und so der griechischen Bevölkerung ein Licht am Ende des Tunnels zu zeigen, ist selbst für Fischer "schwer erklärlich".
Dabei wisse jeder, daß Griechenland sich ohne eine massive Entschuldung nicht aus seiner Krise werde herausarbeiten können. "Die Frage ist nur noch, ob dies geordnet und kontrolliert geschieht oder ungeordnet und mit chaotischen Konsequenzen weit über Griechenland hinaus", schreibt Fischer. Die Debatte in Deutschland, ob man die griechischen Schulden bezahlen müsse, hält der ehemalige Außenminister angesichts der Faktenlage für schlicht "lachhaft".
Denn entweder komme es zu einem geordneten Zahlungsausfall oder zu einem ungeordneten. Im ersten Fall werde Deutschland, gemeinsam mit anderen, bezahlen müssen. "Im zweiten Fall gilt dies aber erst recht, weil dann sofort offensichtlich würde, daß es weniger um Griechenland als vielmehr um die Zahlungsunfähigkeit europäischer Banken und Versicherungen ginge, deren Pleite ein systemisches Risiko nach sich zöge", so Fischer.

**Euro-Ende wäre "Tragödie für neue Weltordnung"**

**Ultimatum für Griechenland**

Und wieder stellt er dann die Frage, worauf die Regierungschefs der Eurozone eigentlich warten: "Will man den Bevölkerungen keinen reinen Wein einschenken, weil man um die eigene Mehrheitsfähigkeit und somit die Wiederwahl fürchtet?" Fischer gibt die Antwort - und sie ist so einfach wie nachvollziehbar: "Die Finanzkrise ist eine politische Krise, weil die europäischen Staats- und Regierungschefs nicht in der Lage sind, sich für die notwendigen Maßnahmen zu entscheiden. Statt dessen verliert man Zeit mit Nebensächlichkeiten, die vor allem innenpolitische Gründe haben."
Fischer führt als Beispiel die Debatte um eine Beteiligung privater Gläubiger an den Kosten der Griechenland-Rettung an, die - auch aus Gründen des Koalitionsfriedens - vor allem von deutscher Seite geführt wird. Doch Fischer warnt davor, sich bei diesem Thema gänzlich zu verheben. "So richtig es grundsätzlich ist, eine Beteiligung der Banken an der Finanzierung der Krise zu fordern, so wenig Sinn hat es, darauf zu bestehen, solange eine solche Beteiligung getreu der Devise "too big to fail" zu einer erneuten Krise des Finanzsystems führen kann", macht er unmißverständlich klar.
Die Politik hat es schlicht versäumt, rechtzeitig zu reagieren und Anfang 2009 eine Neuaufstellung des gesamten Systems zu forcieren. Damals habe eine große Chance bestanden, aber diese habe man kaum genutzt verstreichen lassen - mit bitteren Folgen. Denn, ist sich Fischer sicher, die europäische Finanzkrise werde sich weiter "voran fressen" und die EU destabilisieren, wenn die Existenz bedrohende politische Krise der EU nicht beantwortet wird. "Im Zentrum der politischen Krise steht die Gewißheit, daß der Euro und damit die EU als Ganzes ohne politische Union nicht überleben werden", so Fischer.
Die politisch Verantwortlichen müßten sich daher entscheiden, ob sie den Euro erhalten und sich also schleunigst auf den Weg in die politische Union machen wollten, oder der Euro quasi aufgegeben und die europäische Integration nolens volens rückabgewickelt werde. "Eu-

ropa würde dann nahezu alles verlieren, was es an Integrationsfortschritten über ein halbes Jahrhundert hinweg erreicht hat, und sich in ein Europa der Renationalisierung zurückentwickeln", warnt Fischer und fügt hinzu: "Dies wäre angesichts der entstehenden neuen Weltordnung eine Tragödie."
Kriegt die Politik noch die Kurve? Fischer ist skeptisch und verweist in diesem Zusammenhang auf den zaghaften und letztlich gescheiterten Versuch des scheidenden Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB), Jean-Claude Trichet, eine Antwort auf diese Existenzkrise der EU und des Euro zu geben. Trichet hatte unlängst die Schaffung eines europäischen Finanzministers vorgeschlagen. Für Fischer ein Fingerzeig in die richtige Richtung. Doch die ablehnende Reaktion der Staats- und Regierungschefs sei "umwerfend deprimierend" gewesen. Dies zeige, so Fischer, "daß im Europäischen Rat offensichtlich kaum jemand bereit ist, sich der Tiefe der Krise der EU wirklich zu stellen".
Drei Szenarien für eine Griechenland-Lösung
**Wahrscheinlich:** Aller Voraussicht nach wird Athen weitere Milliardenkredite erhalten verbunden mit neuen Sparauflagen. Warum? Bedingt durch ihre Konstruktion muß die EU eine einstimmige Lösung für das Griechenland-Problem finden. Und der Kompromiß heißt: neue Kredite mit neuen Auflagen und einer Beteiligung privater Investoren auf freiwilliger Basis.
Das allerdings bedeutet: Der Steuerzahler wird letztlich die Hauptlast der Rettung tragen. Denn die Ökonomen sind sich einig: Eine freiwillige Umschuldung in Form einer Laufzeitverlängerung bringt Griechenland kaum Entlastung. Erstens, weil Investoren nicht freiwillig Verluste in Kauf nehmen. Zweitens verringert sich selbst bei einer Akzeptanz eines Umschuldungsangebots am Markt nicht einmal die Schuldenlast Griechenlands. Ein "bißchen Umschuldung" funktioniert eben nicht.
**Unwahrscheinlich:** Eine Alternative zu neuen Krediten wäre der Schuldenschnitt. Das Land würde seine Zahlungsunfähigkeit erklären und alle Zahlungen für ausstehende Anleihen verweigern. Gleichzeitig würde die Regierung den Investoren anbieten, die Anleihen gegen identische Papiere mit halbem Nennwert einzutauschen, die dann wieder bedient werden würden.
Das Motto dieser Lösung: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Auf einen Schlag würde der Staat die Hälfte seiner finanziellen Belastung los. Allerdings handelt es sich um einen "Default", um offen erklärte Zahlungsunfähigkeit mit all ihren negativen Folgen für die Banken, die übrigen hochverschuldeten Euro-Staaten wie auch für die Griechen selbst.
Außerdem wäre damit ein Präzedenzfall geschaffen, daß Staatsanleihen aus dem Euro-Raum nicht mehr als zweifelsfrei sichere Anlagen angesehen werden könnten. Das bedeutet, daß alle Länder mit zweifelhafter Bonität des Staates, derzeit vor allem Irland, Portugal und Spanien, Probleme hätten, sich über den Kapitalmarkt zu refinanzieren, weil die Investoren nicht nochmals Verluste einfahren wollen.
**Sehr unwahrscheinlich:** Was passiert, wenn gar keine Einigung zustande kommt? Wenn zum Beispiel in Griechenland die notwendigen Sparpakete nicht verabschiedet werden und die europäischen Regierungen anschließend weitere Hilfen verweigern? Dann geht der griechischen Regierung das Geld aus. Sie wird ihre Beschäftigten und ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen. Und die Zinsen für Kredite und Anleihen wahrscheinlich auch nicht mehr, jedenfalls nicht vollständig. Man hätte eine ungeregelte Staatspleite - ohne Hilfe von außen und ohne Vorbereitung im Inneren. Die Folge wäre nicht nur ein Chaos an den Märkten, sondern auch innerhalb des Landes. Schließlich sind viele Griechen auf staatliche Zahlungen angewiesen.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 9. September 2011

(x892/…): >>**Warum Katholiken gegen die EU sind**
Seit den Anfängen der Idee eines vereinten Europas hat die katholische Kirche diese Bestrebungen unterstützt. Katholiken waren nie gegen ein vereintes Europa. In zahlreichen Ansprachen von Papst Pius XII. aus den vierziger und fünfziger Jahren wird deutlich, daß er die Bestrebungen zur Gründung und zum Aufbau der damaligen EWG lebhaft unterstütze. Selbst Vereinigte Staaten von Europa verstoßen keineswegs gegen die katholische Soziallehre, wenn ... Auf dieses "wenn" kommt es aber an, und die heutige EU verstößt mit fast jeder Maßnahme gegen das, was nach der katholischen Soziallehre fundamental im Aufbau eines Staatenbundes oder einer überstaatlichen Gemeinschaft ist.
Vereinigte Staaten von Europa verstoßen keineswegs gegen die katholische Soziallehre, wenn das grundlegende Prinzip der Subsidiarität auf allen Ebenen strikt und uneingeschränkt beachtet wird.
Dieses Prinzip besagt, daß eine höhere Ebene einer niedrigeren Ebene keine Aufgabe abnehmen darf, die diese aus einer Kraft selbständig erledigen kann. Die grundlegendste Ebene jeder Gesellschaft ist die Familie. Jede Einmischung in die Aufgaben und Pflichten der Familie von seiten einer höheren Gemeinschaft, ist nach dem Subsidiaritätsprinzip strikt verboten. Zu den Aufgaben der Familie gehört insbesondere das Recht aber auch die Pflicht, zur Erziehung der Kinder, einschließlich der Schulbildung.
Darüber stehen die Gemeinden, die Landkreise, Regionen und die Länder, deren Aufgaben genau bestimmt werden müssen hinsichtlich dessen, was sie aus eigener Kraft selbst leisten können. Hierher gehören auch die Berufsgemeinschaften aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die ihre Angelegenheiten weitgehend selbständig verrichten sollen, wozu der Staat nur allgemeine Richtlinien vorgeben kann.
Darüber steht der Bundesstaat dessen Aufgaben darin bestehen (sofern keine übergeordnete Gemeinschaft besteht, wie dies bei den früheren Nationalstaaten der Fall war), sich besonders um Außen- und Verteidigungspolitik, Wirtschaft- und Finanzpolitik (in Zusammenarbeit mit den Berufsgemeinschaften) zu kümmern. Einige dieser Aufgaben können in einem Staatenbund an eine höhere Ebene, wie die Europäische Gemeinschaft abgegeben werden. Auf keinen Fall aber hat der Bundesstaat und schon gar nicht die Europäische Union Kompetenzen und Rechte im Bereich von Bildung und Erziehung.
Inzwischen sind in Deutschland fast 80 Prozent der Gesetze des Bundestags bloße Umsetzungen von Richtlinien der EU die direkt oder indirekt massiv in die Kompetenzen untergeordneter Ebenen eingreifen. Dies führt zu einer mehr und mehr anwachsenden Allmacht der europäischen Institutionen der Ziel offensichtlich ein europäischer Zentralstaat ist, der sich anmaßt, alles und jedes zu regeln und allen untergeordneten Ebenen zu Befehlsempfängern der EU-Kommissionen zu machen. Schon der Aufbau und die Tätigkeit der EU-Kommissionen erinnert stark an die "Union der sozialistischen Sowjetrepubliken" mit ihrer Devise von der "begrenzten Souveränität sozialistischer Staaten".
Gleichzeitig wird diese Politik dazu mißbraucht, eine radikal säkularistische und glaubensfeindliche Richtung in allen EU-Staaten durchzusetzen und das Naturrecht als Grundlage jeder Gesetzgebung außer Kraft zu setzen um es durch rein positivistisch verstandene "Menschenrechte" zu ersetzen, die mehr und mehr subjektivistisch verstanden werden.
All dies ist der Grund, warum Katholiken die derzeitigen Bestrebungen zum weiteren Ausbau der Europäischen Union nur entschlossen zurückweisen können. Diese Bestrebungen richten sich gegen das Grundprinzip der Soziallehre - das Subsidiaritätsprinzips - und stellen darüber hinaus einen direkten Angriff auf die Natur des Menschen dar, der zu einem "neuen Menschen", ohne Geschlecht (Gender Mainstreaming), ohne Herkunft und Vaterland, ohne Geschichte und Kultur (Multi-Kulti) und letztlich ohne Familie umgestaltet werden soll um so ein "Paradies auf Erden" zu errichten, wie es bereits die nationalen und internationalen Sozia-

listen im 20. Jahrhundert versucht haben. Die Folgen sind bekannt.<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 43 berichtete am 24. Oktober 2011:

>>**Das Geld regiert die Welt - oder es dient ihr**

*Autoren Philippe Mastronardi und Peter Ulrich*

*Die Staaten haben die Finanzmärkte in die Freiheit entlassen, ohne ihnen Verantwortung zu überbinden. Nun herrscht das Geldsystem über das politische System. Unter dem heutigen Finanzmarktregime wird sich das nicht ändern. Erst wenn sich Geld nur noch im Rhythmus der wirtschaftlichen Realentwicklung vermehren läßt, können spekulative Finanzblasen verhindert werden und stabile Verhältnisse einkehren.*

Es mußte soweit kommen, daß Rating-Agenturen ihr Urteil über die Weltmacht USA sowie über verschiedene hoch verschuldete Euro-Länder fällten, bis uns die Einsicht dämmerte, wie verkehrt unsere gegenwärtige Wirtschaftswelt ist. Da entscheiden tatsächlich private Firmen über die Vertrauenswürdigkeit ganzer Staaten und begründen ihr Urteil im Fall der USA etwa damit, es genüge nicht, die Sozialprogramme nur an den Rändern zu beschneiden; sie müßten grundsätzlich reformiert werden.

Je nach Belieben könnte die Begründung auch ganz anders lauten, da die urteilende "Instanz" frei von jeder öffentlichen Rechenschaftspflicht walten kann. Die betroffenen Regierungen wehren sich zwar jedes Mal verbal gegen die Verurteilung, finden aber auf den Finanzmärkten kein Gehör. Die Herrschaft des Ratings kennt keine demokratischen oder rechtsstaatlichen Prozeduren der Gewaltenteilung - sie steht also offenbar über ihnen und ist nicht verhandelbar. Die Wahrheit wird von privat ernannten Experten verfügt. Diese folgen der Logik des Finanzmarktes, nicht der öffentlichen Vernunft.

Daß die Finanzmärkte zunehmend die Realwirtschaft steuern, ist spätestens mit der Finanzmarktkrise von 2008 unübersehbar geworden. Heute wird darüber hinaus klar, wie weitgehend sie auch die Politik der Staaten beherrschen. Eine neue Weltordnung hat sich durchgesetzt: Die höchste Macht kommt den Prozessen an den Finanzmärkten zu, gefolgt von den Entwicklungen in der Realwirtschaft und schließlich den politischen Prozessen in und zwischen den Staaten.

Die Staaten konkurrieren im internationalen Standortwettbewerb um die günstigsten - sprich: privatwirtschaftlich gewinnbringendsten - Investitionsbedingungen. So ist aus der notwendigen staatlichen Ordnung des Wettbewerbs ein fast regelloser Wettbewerb zwischen den staatlichen Rahmenordnungen geworden. Nun bestimmen die Kapitalverwertungsinteressen von Anlegern, Unternehmern und Managern weitgehend darüber, was ordnungspolitisch "möglich" und "notwendig" ist.

Und da die "Finanzindustrie", die genaugenommen gar nichts produziert, diesen Kapitalverwertungsinteressen naturgemäß am nächsten steht, dominiert sie gegenüber der Realwirtschaft. Diese ist zur Finanzierung ihrer Geschäftsprozesse von einer funktionierenden Geld- und Kreditversorgung und kostengünstigen Finanzdienstleistungen abhängig. Aber diese ursprünglichen Aufgaben im Dienste der Volkswirtschaft stehen längst nicht mehr im Zentrum der Finanzwirtschaft, vielmehr versteht sie sich in erster Linie als privatwirtschaftliche Branche, die mit ihren "Finanzprodukten" möglichst ohne den Umweg über die Realwirtschaft "Geld macht".

Aus genau diesem privatistischen Verständnis heraus ist die Finanzwirtschaft von den meisten Staaten in den vergangenen 30 Jahren weitgehend dereguliert worden, so daß sie kaum noch Beschränkungen unterliegt. Die Macht des Geldes untersteht keiner normativen Verfassung mehr. Als Rechtfertigung für die Entfesselung der Finanzmärkte diente regelmäßig das Argument, daß damit der gesamten Volkswirtschaft neue Dynamik verliehen würde.

Bewirkt wurde - von gewaltigen Einkommens- und Vermögensumverteilungen von den Besitzlosen zu den Besitzenden ganz abgesehen - vor allem eine grundsätzliche Instabilität, die

in Krisensituationen politisch kaum mehr beherrschbar ist. Denn die Finanzmarktakteure können jederzeit gegen mißliebige Regulierungsansätze mit der Abwanderung an weniger regulierte Standorte oder mit der Verweigerung benötigter Finanzierungen drohen und damit die nationalen Regierungen erpressen.
Aus durchaus verständlicher Angst vor der Reaktion der Rating-Agenturen und der Finanzmärkte wagt die verantwortliche Politik beispielsweise noch immer nicht den Schritt zu einem geordneten Schuldenschnitt im Falle Griechenlands. So zieht die Finanzwirtschaft alle andern Mächte zur Verantwortung, ist aber ihrerseits nahezu keiner (Gegen-)Macht mehr verantwortlich. Der Satz, wonach das Geld die Welt regiere, gilt radikaler als je zuvor: Neben den einzelnen Kapitaleignern meint er nun auch das globalisierte Finanzsystem als Ganzes. Die persönliche Macht der Geldbesitzer wird durch die systemische Macht einer maßlos kapitalistischen Ordnung überlagert.
Dementsprechend hilflos wirken unter diesen Bedingungen die Bemühungen der Regierungen zur Krisenbewältigung. Die Forderungen der Finanzwelt sollen im je nationalen Kampf um Sparmaßnahmen vorwiegend auf dem Rücken von Arbeitenden und Steuerzahlern befriedigt werden, ohne daß sie auf ihre Legitimität hinterfragt werden. Das läuft allzuoft auf Raubbau am gesellschaftlichen Kitt der Solidarität hinaus und zerstört damit den demokratisch grundlegenden Zusammenhalt der Bürgerschaft.
Vom sonst weitgehend akzeptierten Verursacherprinzip ist auf Grund der skizzierten verkehrten Machtverhältnisse kaum die Rede, wenn es die Finanzbranche betrifft. Ganz im Gegenteil hat das alte Diktum von der Privatisierung der Gewinne und der Sozialisierung der Verluste eine vor der Finanzkrise so kaum gemeinte Bedeutung erhalten.
Nichts anderes sind die meisten Maßnahmen zur Stützung der systemrelevanten Banken - man denke an die Übernahme ihrer "Schrottpapiere" durch die Zentralbanken, die sogenannten "Rettungsschirme" und "Quantitative easing-Programme" (Vergrößerung der Geldmenge mittels Ankauf von Staatsanleihen, Devisen usw.). Wenn auch nicht allein deshalb, so doch zu einem wesentlichen Teil ist deswegen die öffentliche Schuldenlast vieler Staaten sprunghaft angestiegen. So ist aus der Finanzmarktkrise eine nur mehr schwer einzudämmende internationale Schuldenkrise geworden.
An der Wurzel angepackt hat die internationale Politik das Übel bisher nicht. Man begnügt sich mit immer weiteren, zum Teil konzeptlos anmutenden Symptomtherapien. Systeminterne Retuschen verschaffen aber höchstens einen Zeitgewinn und verschieben den gefürchteten Zusammenbruch des Systems auf einen späteren Zeitpunkt, in dem er vermutlich noch heftigere Wirkungen zeitigen wird. Gewiß sind viele Staaten teilweise selbst dafür verantwortlich, daß sie sich in so hohem Masse verschuldet haben:
Sie haben opportunistisch versucht, im Standortwettbewerb von der Dynamik der Finanzwelt zu profitieren. Damit haben sie sich von dieser abhängig gemacht, statt ordnungspolitisch vorbeugend für kontrollierbare Verhältnisse mit begrenzten Risiken zu sorgen. Aus diesem Teufelskreis gilt es auszubrechen.
Diese knappe Analyse zeigt bereits, daß eine tiefer greifende Systemreform nötig ist. Es braucht eine globale Finanzmarktverfassung, welche die aufgeblähten Finanzmärkte wirksam an die Entwicklung der Realwirtschaft zurückbindet und die Staaten nicht weiter Spielball der finanziellen Spekulation sein läßt.
Wie kann das Geld vom Herrn zum Diener der Welt gemacht werden? Die Staaten müssen die Geld- und Kreditversorgung als volkswirtschaftliche Infrastruktur begreifen und ernst nehmen. Nötig ist eine grundsätzliche Reform der Finanzmarktverfassung, die auf folgenden konzeptionellen Grundlagen beruht:
1. Die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit ist eine öffentliche Aufgabe: Der Finanzmarkt ist kein gewöhnlicher Markt, in dem die Privatautonomie jedes einzelnen Teilneh-

mers das höchste Gut ist, sondern ein öffentlicher Raum, in welchem eine grundlegende volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Aufgabe zu erfüllen ist. Die Finanzbranche hat einen Service public zu erbringen.
Die moderne Wirtschaft kann nur auf der Grundlage einer Staatsverantwortung für die Versorgung mit Geld und Kredit funktionieren. Was ökonomisch als Markt betrachtet wird, gehört aus ordnungspolitischer Sicht zu den grundlegenden Rahmenbedingungen einer leistungsfähigen Volkswirtschaft und muß deshalb rechtlich und politisch als Staatsaufgabe gestaltet werden. Wieviel von dieser Staatsaufgabe mit marktnahen Mitteln und durch private Akteure wahrgenommen werden kann, soll demokratisch entschieden werden.
2. Das herkömmliche Aufsichtsmodell - das Konzept staatlicher Kontrolle über den Markt - ist abzulösen: Nach dem Paradigma des "freien Marktes" wurde bis anhin der Finanzmarkt auf der Grundlage eines Aufsichtsmodells geregelt: Im Grundsatz galt für alle Akteure die Wirtschaftsfreiheit. Der Staat übte lediglich eine polizeiliche Aufsicht aus, um Mißbräuche oder schädliche Auswirkungen zu verhüten oder zu beheben. Dabei folgte er der Problementwicklung immer nur reaktiv und korrektiv, ohne die tiefer liegenden Ursachen und ihre Dynamik je in den Griff zu bekommen.
Finanzmarktkrisen waren nach diesem Modell hinzunehmen, weil sie den Preis der Wirtschaftsfreiheit bildeten. Sie konnten lediglich Anlaß dazu sein, die Aufsicht zu verschärfen und die Rahmenbedingungen zu stärken. Jetzt erleben wir, daß dieses Modell versagt.
3. Die zukünftige Finanzmarktverfassung hat sich am Gewährleistungsmodell zu orientieren: Wenn die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit eine Staatsaufgabe ist, ist sie von vornherein als öffentliche Infrastrukturleistung zu gestalten, ähnlich wie beispielsweise das Rechts-, das Bildungs-, das Verkehrs- und das Energieversorgungssystem. An die Stelle des Aufsichtsmodells tritt damit das Gewährleistungsmodell: Der Staat gewährleistet die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit unter Beiziehung Privater.
Was bedeutet dieses Gewährleistungsmodell? Es umfaßt drei Teilverantwortungen, die zwischen Staat und Privaten aufgeteilt werden können: Der Staat hat einen funktionierenden Finanzmarkt zu gewährleisten, welcher die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit sicherstellt (Gewährleistungsverantwortung). Er kann damit private Dienstleister beauftragen, welche die öffentliche Aufgabe nach den staatlichen Vorgaben und Zielen zu erfüllen haben (Erfüllungsverantwortung). Versagen die Privaten in ihrer Leistungspflicht oder überschreiten sie die Grenzen ihres Mandats, kann der Staat die Aufgabe wieder an sich ziehen oder Dritten übertragen (Auffangverantwortung).
Staatsaufgabe bedeutet also nicht Verstaatlichung! Gemäß dem modernen Konzept der Public governance können öffentliche Aufgaben in unterschiedlichster Weise durch ein Zusammenspiel des Staates mit Privaten erfüllt werden.
Umfassend ist nur die Staatsverantwortung für die Erbringung einer gemeinwohldienlichen Leistung. Inwieweit der Staat diese Leistung selbst erbringt, ist Sache der konkreten Ausgestaltung. Diese ist demokratisch zu bestimmen.
Im Bereich des Finanzmarktes wird eine Aufgabenteilung zwischen einer autonomen staatlichen Instanz (der Zentralbank, in der Schweiz "Nationalbank" genannt) und der privaten Finanzbranche zu suchen sein. Die Erfahrung zeigt freilich, daß der Zentralbank wesentlich mehr Kompetenzen zugesprochen werden müssen als bis anhin.
4. Im Finanzbereich ist der Vorrang der Demokratie vor der Wirtschaftsmacht durchzusetzen: Die Staaten müssen den Banken die private Geldschöpfung wieder entziehen. Denn heute entsteht neues Geld zum größten Teil durch Kreditschöpfung, indem sich jemand bei einer Bank verschuldet. Auf Grund der geringen Eigenmittelanforderungen können die Geschäftsbanken auf diesem Weg riesige Volumen an sogenanntem Buchgeld schaffen, das großenteils spekulativen Zwecken auf den Finanzmärkten dient.

Deshalb haben die Zentralbanken die Kontrolle über die Geldmenge verloren. In Zukunft soll auch Buchgeld - wie die Münzen und Banknoten - gesetzliches Zahlungsmittel sein, das nur von der Zentralbank geschöpft werden kann (sogenannte Vollgeldreform). So wird das gesetzliche Geldmonopol wiederhergestellt. Die Zentralbank (Nationalbank) gibt so viel Geld in Umlauf, wie es die Entwicklung der Volkswirtschaft erfordert.
Damit sorgt sie dafür, daß die Geldmenge das Volumen der Realwirtschaft abbildet. Den Banken verbleibt die Verteilung und Verwaltung des Geldes: der Zahlungsverkehr, die Kreditvergabe (soweit sie vom Vollgeld abgedeckt ist) sowie Finanzdienstleistungen für die Realwirtschaft und die Vermögensverwaltung für Private.
Die Zentralbanken bestimmen auch die Grenzen der zulässigen Wirtschaftstätigkeit der Finanzbranche. Sie unterstellen bestimmte Tätigkeiten einer Bewilligungspflicht und verhindern volkswirtschaftlich schädliche Finanzprodukte. Sie verbieten zum Beispiel Wetten auf die Zahlungsunfähigkeit von Staaten.
Zu diesem Zweck werden auf nationaler Ebene verfassungsrechtliche Regelungen nötig, die klarstellen, welche Entscheide demokratisch zu treffen sind, welche an die Zentralbank delegiert werden sollen und welche der Finanzbranche anvertraut werden dürfen.
Das Geld kann zum Diener der Welt gemacht werden, sobald wir erkennen, daß es uns zu versklaven droht. Geld macht frei, aber nur, wenn wir es unserer demokratischen Verantwortung unterstellen.
*Die beiden Autoren sind emeritierte Lehrstuhlinhaber an der Universität St. Gallen: Philippe Mastronardi für öffentliches Recht, Peter Ulrich für Wirtschaftsethik. ...<<*
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. Oktober 2011 (x887/...): >>**Brüsseler Scheindemokratie**
"Mehr Europa"? - Bundesbürger sind im EU-Parlament stark unterrepräsentiert
Die endlosen Streitereien über die sogenannten Rettungsschirme haben schwere Konstruktionsfehler von Euro-Zone und EU aufgedeckt. Im Gestrüpp der Zuständigkeiten und Hoheitsrechte sind kaum noch tragfähige Einigungen zu erzielen. Als Lösung fordern immer mehr Verantwortliche, auch die deutsche Kanzlerin Angela Merkel: "Wir brauchen mehr Europa!" Sprich: eine noch weitergehende "Integration" auf Kosten der nationalen Selbständigkeit.
Unklar bleibt jedoch, was darunter genau zu verstehen ist. Würde beispielsweise eine "Fiskalunion" eingeführt, wo die Steuern aller EU-Bürger zusammenflössen, würde die Mehrheit der schwachen Länder letztlich über das Steuergeld der starken verfügen, weil die Zahlerländer deutlich in der Minderheit sind. Die Deutschen zählten mit Sicherheit zu den Hauptverlierern.
Zudem sind die europäischen Instanzen wie EU-Kommission, EU-Ratspräsident oder die Leitungsgremien der Rettungsschirme alles andere als demokratisch gewählt. So entstünde also zudem ein verfassungsrechtliches Problem.
Dem wollen die Befürworter von "Mehr Europa" mit einer Stärkung des EU-Parlaments begegnen. Doch auch hier steht es schlecht um grundlegende demokratische Prinzipien. So kommen in Deutschland mit seinen 99 Sitzen bei gut 81 Millionen Einwohnern mehr als 800.000 Bewohner auf einen Platz im Parlament. Malta verfügt hingegen mit seinen nur 418.000 Einwohnern über sechs Sitze, das heißt: Die Stimme eines einzigen Maltesers hat ein stärkeres Gewicht im EU-Parlament als die vom mehr als elf Deutschen. Und ab 2014 soll Deutschland auch noch drei Sitze einbüßen, während alle anderen Staaten ihre Parlamentsstärke behalten.
Würden die Deutschen mit Maltesern oder Luxemburgern (sechs Sitze bei 511.000 Einwohnern) gleichgestellt, müßte Deutschland mehr als 1.000 Abgeordnete ins EU-Parlament entsenden. Sollte hingegen die Repräsentanz Luxemburgs und Maltas auf deutsches Niveau reduziert wurden, müßten sich die beiden Zwergstaaten einen einzigen Parlamentarier teilen. Damit könnte eine gerechte Vertretung der Wähler im Parlament hergestellt werden. Die Wi-

derstände gegen eine solche Reform würden indes vermutlich schnell enthüllen, wie ernst es den Politikern der EU wirklich ist mit dem Aufbau eines "demokratischen Europas der Bürger".<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. März 2012 (x887/...):

>>**Gezielt manipuliert**

**Wem die Auslöschung der Nationen dient**

Wer sich als Zeitgenosse versteht, der die Ereignisse in der Welt zunehmend mit ungläubigem Staunen verfolgt, dem sei das Buch "Neue Weltordnung" als praktischer Ratgeber empfohlen. Darin geht der Autor Manfred Kleine-Hartlage zielgerichtet und prägnant der Frage nach, ob es sich um einen Zukunftsplan oder eine weitere Verschwörungstheorie handelt. Und hebt hervor, welche Auswirkungen und Veränderungen dies auf Völker, Familie und Religionen zeitigt. Dabei wird deutlich, daß manches Ereignis einer diskreten "Regieanweisung" folgt.

Lesern, die dazu neigen, einer Verschwörung das Wort zu reden, ruft der Autor einen Satz von Angela Merkel in Erinnerung. Anläßlich der Festivitäten 2009 zum Fall der Mauer stimmte die deutsche Kanzlerin den aufmerksamen Zuhörer nachdenklich: "... sind Nationalstaaten bereit und fähig dazu, Kompetenzen an multilaterale Organisationen abzugeben, koste es, was es wolle."

Wo so eindeutig Klartext geredet wird, erübrigt sich der Verdacht im Verborgenen agierender dunkler Mächte. Aus dem Buch wird denn auch ersichtlich, wo die Vordenker der "New World Order" angesiedelt sind. Der Leser erfährt unter anderem, welche Staaten die One-World-Apologeten ungeschoren davonkommen lassen beziehungsweise wer ihren Unwillen erregt und damit militärische Interventionen hervorruft.

Einen weiteren Erkenntnisgewinn beschert Kleine-Hartlage, indem er Roß und Reiter benennt, die die "Neue Weltordnung" quasi "alternativlos" unters Volk bringen. So erfährt man neben anderen Akteuren auch etwas über die Aktivität der damit befaßten Stiftungen, darunter auch die Atlantik-Brücke, die erfolgversprechende Nachwuchspolitiker aus den USA und Deutschland zusammenführt.

Wer nun meint, da eröffne sich eine neue Ära im internationalen Beziehungsgeflecht, wird rasch eines Besseren belehrt. Erste Schritte zu dieser staatliche Grenzen überschreitenden Politik wurden vor mehr als 100 Jahren eingeleitet. Der aus dem Völkerbund hervorgegangenen Uno sollten weitere supranationale Organisationen folgen: IWF und Weltbank für das globale Finanzsystem sowie die Welthandelsorganisation zwecks Abbau lästiger Zollschranken. Aber auch EU, Nato und der Internationale Strafgerichtshof gehören in diese Kategorie.

Gemeinsam ist allen, daß sie es verstanden haben, die ihnen angehörenden Mitgliedsländer auf einen Wertekanon einzuschwören, und es parallel dazu fertigbrachten, die politische Klasse der einzelnen Staaten zu bewegen, ihre Rechte zu übertragen. Werden dort doch gebetsmühlenartig Begriffe postuliert wie Menschenrechte und friedliches Zusammenleben, mit denen sich ein jeder Weltbürger gern identifiziert. Aber führt all dies zu mehr individuellen Freiräumen?

Manfred Kleine-Hartlage: "Neue Weltordnung", edition Antaios, Kapplaken 2011 …<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. März 2012 (x887/...):

>>**wikipedia: eine "Autobiographie"**

Hintergründe zur Online-Enzyklopädie - Alfred M. de Zayas abgelehnt

"Na toll, wikipedia über wikipedia, da wirst du bestimmt lauter Enthüllungen lesen", so der ironische Kommentar einer Kollegin über das Buch "Alles über wikipedia und die Menschen hinter der größten Enzyklopädie der Welt" von Wikimedia Deutschland e.V. Doch das ist zu kurz gedacht, denn natürlich verrät auch eine Autobiographie etwas über den Autor und seine Sicht der Dinge. Nun ist wikipedia zwar keine Person, sondern die größte Online-Enzyklopädie weltweit, doch das ändert nichts daran, daß man dank des Buches Blicke hinter die Kulis-

sen von wikipedia erhält.
Bis vor einiger Zeit gehörte die Rezensentin auch noch zu jenen, die auf die Frage, wie sie wikipedia findet, wikipedia schlicht für gut befunden hätte. Doch seitdem sie an der Bearbeitung des Wikipedia-Eintrages der PAZ mitbekommen hat, wie dort viele der ehrenamtlichen Autoren "ticken", und nachdem US-Wissenschaftler in einer Studie belegt haben, daß wikipedia keineswegs politisch neutral ist, ist sie auf Distanz gegangen.
Man muß das vorliegende Buch insoweit loben, als daß die dort versammelten ehrenamtlichen Wikipedia-Mitarbeiter zum Teil selbst die fehlende Neutralität der Enzyklopädie kritisieren dürfen. Allerdings läuft die Kritik in eine aus PAZ-Sicht unbefriedigende Richtung.
So merkt Benutzer "Neon02" zwar an, daß die Autoren und Administratoren nicht die Gesellschaft abbilden, sondern es sich nur hauptsächlich um junge, gutgebildete Männer handele, die mit ihrer Sicht wikipedia prägen, doch dann betont er, daß es eine offene Flanke nach rechtsaußen gebe. Dies würde man daran erkennen, daß ein "Revisionist wie Alfred M. de Zayas als reputable Quelle" gelten darf.
Jemand, der den Völkerrechtler de Zayas so einordnet, braucht keine Aussage mehr zu treffen, wo er selbst politisch einzuordnen ist. Und da in dem Buch besonders renommierte und aktive Wikipedia-Mitarbeiter versammelt sind, sagt das auch viel über Wikipedias politische Ausrichtung.
Aber man sollte sich vor Verallgemeinerungen hüten, so mancher der im Buch versammelten Autoren hat vermutlich einfach die Schaffung einer freizugänglichen Enzyklopädie im Blick. Sie dürfen hier von ihren Erlebnissen berichten. Die Anekdoten verraten auch viel darüber, wie wikipedia entstanden ist und funktioniert, wie sich die Online-Enzyklopädie entwickelt und verbessert hat, aber auch, an welchen Stellen es immer noch harkt.
Wikimedia Deutschland e.V.: "Alles über wikipedia und die Menschen hinter der größten Enzyklopädie der Welt", ... Hamburg 2011 ...<<
Das österreichische Internetmagazin "KATH.NET" berichtete am 27. April 2012 (x894/…):
>>**Was steht eigentlich im Koran?**
*Islamistische Salafisten verteilen derzeit 25 Millionen Ausgaben des Korans im deutschsprachigen Europa. Wer schon einmal hineingeschaut hat, weiß: Er ist nur schwer zu verstehen. idea bat deshalb einen evangelischen Islam-Experten, Pfarrer Eberhard Troeger (Wiehl bei Köln), die wichtigsten Aussagen des Korans zusammenzustellen. Die Zitate sind dem GTB-Sachbuch "Der Koran" (1992) in der Übersetzung von Adel Theodor Khoury entnommen.*
Korandrucke werden kunstvoll gestaltet und sehen schön aus. Die Rezitation des Korans (auf Deutsch: Lesung, Vortrag) auf Arabisch ist beeindruckend. Doch wer versteht seinen Inhalt? Für gläubige Muslime ist der Koran die Offenbarung Allahs (also Gottes nach islamischem Verständnis). Muslimische Gelehrte haben früh versucht, mit verschiedenen Methoden alle Probleme des Textes zu erklären. Dabei griffen sie zurück auf die recht fragwürdigen Hadithe ("Nachrichten" vor allem über den Propheten Mohammed). Durch diesen "Auslegungsschlüssel" ist das Verständnis des Korans weitgehend festgelegt worden.
Der unvoreingenommene Koranleser kann sich damit nicht zufriedengeben. Zum inhaltlichen Verständnis muß er sich mit der religiösen und politischen Geschichte des Nahen Ostens im 7. Jahrhundert nach Christus und mit der Geschichte des frühen Islams beschäftigen. Denn der Koran ist ein sehr irdisches Buch. Er spiegelt einen religiösen und politischen Prozeß wider, in dem sich die zentralarabischen Stämme vom Heidentum lossagten, manche Glaubensinhalte und Praktiken aus dem Judentum und dem Christentum entlehnten, diese aber umdeuteten, um einem typisch "arabischen Eingottglauben" zu folgen. Er wurde die Gemeinschaftsreligion eines neuen Großstaates.
Dieser Prozeß verlief konfliktreich und blutig, wurde aber vom Koran göttlich sanktioniert. Der Koran ist somit die Urkunde der religiösen und politischen Emanzipation der Araber von

den umgebenden Völkern, Kulturen und Religionen.

**Der Koran: Eine Anrede an eine anonyme Person**

Der Koran besteht aus 114 Suren (Abschnitten), die unterschiedliche Namen tragen (Sure 2 heißt etwa "Die Kuh", 22 "Die Wallfahrt", 48 "Der Erfolg"). Formal ist der Korantext weitgehend eine Anrede Allahs an eine anonyme Person, in der die muslimische Tradition den Propheten Mohammed (ca. 570-632) sieht (Sure 96,1-3). Der Text enthält zahlreiche Anspielungen auf die Lebensgeschichte dieser Person (93, 6-8; 33,53) und seine - teilweise kämpferischen - Auseinandersetzungen mit verschiedenen Gegnern und Feinden.

**Weder chronologisch noch thematisch geordnet**

Es ist mühsam, den Koran zu lesen, da die Suren weder chronologisch noch thematisch, sondern nach Länge angeordnet sind. Zudem stammen die Texte aus unterschiedlichen Lebenssituationen seines Verkündigers: Die frühen Texte lassen sich seiner religiös und friedlich geprägten Wirkungszeit in Mekka zuordnen (nach der Tradition die Jahre 610 bis 622 n. Chr.). Die späteren Texte (nach Mohammeds Flucht - der Hidschra - 622 nach Medina) atmen hingegen den Geist des politischen und militärischen Kampfes. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß der Koran zahlreiche Widersprüche enthält.

Da die Texte in knapper und vager Reimprosa verfaßt sind, lassen sie viele Deutungsmöglichkeiten zu. Insofern ist es problematisch, aus dem Koran grundsätzliche Aussagen etwa zum Gottesglauben, zum Menschenbild, zur Lebensgestaltung oder zur Menschheitsgeschichte herauszuarbeiten, da hinter vielen Texten heftige Kontroversen sichtbar werden. Die heute vertretene muslimische Lehre, kultische Praxis und Rechtsauffassung decken sich außerdem nur zum Teil mit den Aussagen des Korans.

**Die Endzeitkatastrophe: das ewige Feuer**

Die frühen Korantexte kündigen das Gericht Allahs über die egoistisch und materialistisch lebenden Menschen an (Sure 82). Die Endzeitkatastrophe wird in drastischen Bildern geschildert (Sure 101: "ein glühendes Feuer"; 69,13-27). Konsequenterweise verkündigt der Koran eine allgemeine Auferweckung der Toten, damit Allah alle Menschen zur Rechenschaft ziehen kann (79,6-14). Er fällt die Entscheidung über Paradies und Hölle. Die gottlosen Menschen können in diesem Gericht nicht bestehen - ihr Ende ist im ewigen Höllenfeuer (102,6).

**Islam bedeutet Unterwerfung und Gehorsam**

Zahlreiche Texte preisen die Einheit, Allmacht und Barmherzigkeit Allahs, nennen seine verschiedenen Namen (Herr, König usw.) und loben ihn als Schöpfer und Erhalter des Seins (2,255). Dabei beinhaltet die Betonung der "Einsheit" Allahs eine polemische Spitze gegen den heidnischen Glauben an viele Gottheiten und auch gegen das christliche Bekenntnis zu Jesus Christus als Sohn Gottes bzw. zur Dreifaltigkeit Gottes (Sure 112,3: "Er hat nicht gezeugt, und er ist nicht gezeugt worden"; 5,73). Gerühmt wird die Größe Allahs als unumschränkter Schöpfer (35,1), Erhalter (35,41) und Richter.

Er bestimmt alles (8,17), gegen ihn kann niemand etwas ausrichten. Er fordert vom Menschen bedingungslose Hingabe, Unterwerfung und Gehorsam - genau das ist auch die Bedeutung des Wortes "Islam". Gleichzeitig wird Allah als der "Allerbarmer" gepriesen. In seinem Namen werden alle Suren gelesen, jede Sure beginnt mit der Formel "Im Namen Gottes, des Erbarmers, des Barmherzigen." Er gewährt den Menschen ihren Lebensunterhalt, beschützt sie und zeigt ihnen im Koran den rechten Weg zum Paradies (1,6-7). Der Koran verkündigt Allah als den von allem Menschlichen getrennten, absolut freien und gleichzeitig großzügigen Herrn.

**Was vom Menschen verlangt wird**

Zahlreiche Texte zählen die Inhalte des muslimischen Glaubens auf: Muslim ist, wer an Allah glaubt, an die von Allah gesandten Propheten und Boten, an den Koran und die früheren Offenbarungen, an die Engel, an die Vorherbestimmung und das Endgericht (4,136; 2,3-4; 2,177; 2,285). Zahlreiche Texte führen die kultischen Pflichten auf (z.B. 2,177: Gebete ver-

richten, die Armen und Gefangenen unterstützen) sowie sonstige Gebote und Verbote (17,22-37: Verbot von Mord, Ehebruch, Diebstahl).

**Frauen stehen grundsätzlich unter den Männern**

In verschiedenen Zusammenhängen wird das Menschenbild des Korans deutlich. Der Mensch ist Diener Allahs, um die Erde zu verwalten (2,30 f.). Dabei stehen die Frauen grundsätzlich unter den Männern (4,34). Der Mensch ist von Natur schwach (4,28) und neigt zur Übertretung der Gebote Allahs - er ist aber fähig, das Gute und Richtige zu tun. Der Mensch sündigt nicht gegen Allah, sondern (schon im Paradies.) gegen sich selbst (7,23) und verliert dadurch sein Leben. Als schlimmste Sünde gilt, neben Allah andere Gottheiten zu verehren (4,48).

Der Mensch kann seine Sünden durch Beten, Fasten - d.h. durch "islamisches" Verhalten - ausgleichen (Sure 101,6-9: "Wer dann schwere Waagschalen hat, der wird ein zufriedenes Leben haben. Und wer leichte Waagschalen hat, der wird zur Mutter einen Abgrund haben.") und deshalb auf Allahs Gnade im Gericht hoffen (2,38). Eine Gewißheit darüber würde jedoch der Freiheit Allahs widersprechen (2,284). Der Glaubende bleibt also in Unsicherheit bis zu seinem Tod. Im Gericht ist Fürsprache ausgeschlossen (82,19). Der Koran verkündigt Allah als einen gerechten Richter über die Taten und Untaten des Menschen (31,16).

**Nach dem Koran war auch Jesus ein Muslim**

Der Koran projiziert seine Verkündigung in die Vergangenheit zurück: Alle gottesfürchtigen Menschen waren demzufolge Muslime, z.B. Abraham, der als Musterbeispiel eines vorbildlichen Muslims gilt, weil er seine Zeitgenossen zum Glauben an Allah aufrief (Sure 29,16-18). Alle früheren Propheten - Noah, Mose, David - waren Muslime und verkündigten nichts anderes, als was im Koran steht. Allah schickte immer wieder Propheten (33,7) und Gesandte (2,285), um die Menschen zum Islam zu rufen.

Nach dem Koran war auch Jesus ein Muslim und Gesandter Allahs (4,171); er war also nicht Sohn Gottes und starb auch nicht am Kreuz (4,157). Er hat sogar einen Nachfolger angekündigt (61,6), was auf Mohammed gedeutet wird. Dieser gilt als der letzte Gesandte Allahs (33,40). Alle Menschen müssen Mohammeds Botschaft glauben und ihm gehorchen (24,54).

**Die Überlegenheit des Islams**

Damit spricht der Koran die Überlegenheit des Islams über die früheren Glaubensweisen aus, denn die Muslime sind die beste Gemeinschaft (Sure 3,110). Da sich der Islam bereits in Medina (einer Stadt in Saudi-Arabien) zu einem Herrschaftssystem entwickelt hatte, wird hier im Kern die Herrschaft des Islams über die ganze Welt formuliert (vgl. 61,9).

**Juden und Christen werden verflucht**

Der Koran enthält zahlreiche Verfluchungen der Gegner des Islams. Juden und Christen (die "Schriftbesitzer") werden verdächtigt, ihre heiligen Bücher nicht richtig zu zitieren bzw. Texte zu "verheimlichen" - und werden dafür verflucht (Sure 2,159: "Diejenigen, die verschweigen, was wir an deutlichen Zeichen und Rechtleitung hinabgesandt haben … diese wird Gott verfluchen, und verfluchen werden sie auch die Fluchenden").

Noch schärfer sind Texte, die Juden und Christen vorwerfen, Menschen zu "Söhnen Gottes" erhoben zu haben (Sure 9,30): "Die Juden sagen 'Uzayr ist Gottes Sohn'. Und die Christen sagen: 'Christus ist Gottes Sohn … Gott bekämpfe sie. Wie leicht lassen sie sich doch abwenden. (31) Sie nahmen sich ihre Gelehrten und ihre Mönche zu Herren neben Gott, sowie auch Christus, den Sohn Marias. Dabei wurde ihnen doch nur befohlen, einem einzigen Gott zu dienen. Es gibt keinen Gott außer ihm. Preis sei ihm. Erhaben ist er über das, was sie (ihm) beigesellen."

Der Koran fordert Allah auf, gegen sie zu "kämpfen" und sie zu bestrafen. Es sind solche Texte, die heute die Sicht vieler islamistischer Fundamentalisten auf Nichtmuslime prägen.

**Die Blutrache wird vorgeschrieben**

Der Koran enthält "Rechtsvorschriften", die sich mit einer Rechtsordnung nach unserem Verständnis nicht vertragen. In den muslimischen Rechtsschulen werden solche Anweisungen unterschiedlich "streng" ausgelegt: Moderate Muslime wollen sie nicht mehr angewandt wissen, aber Fundamentalisten fordern ihre wörtliche Befolgung.
Viele Vorschriften basieren auf konkreten geschichtlichen Anlässen in der Entstehungszeit des Islams - sie lassen sich keinesfalls wörtlich in die heutige Zeit übernehmen. So soll etwa einem Dieb die Hand abgehackt werden (Sure 5,38): " … und hackt dem Dieb und der Diebin die Hände ab zur Vergeltung … dies als abschreckende Strafe von seiten Gottes". (Im nächsten Vers heißt es übrigens geradezu zynisch: "Wenn aber einer … umkehrt und Besserung zeigt, wird Gott sich gewiß ihm zuwenden." Die abgehackte Hand dürfte davon allerdings nicht wieder anwachsen.) Die Blutrache wird vorgeschrieben bzw. erlaubt mit der Möglichkeit, Blutgeld zu zahlen (2,178: "der Freie für den Freien"; 17,33). Bis heute führt diese Regel in muslimischen Gesellschaften zu blutigen Fehden.

**Frauen dürfen gezüchtigt werden**

Der Koran erlaubt Männern, ihre Frauen körperlich zu züchtigen, wenn sie ihnen nicht gehorchen (4,34: "Entfernt euch von ihnen in den Schlafgemächern und schlagt sie"). Den Frauen wird befohlen, sich in der Öffentlichkeit zuchtvoll zu kleiden ("ihre Scham zu bewahren") und ihren Schmuck nicht zu zeigen (24,31). Aus Anweisungen wie Sure 33,59 ("etwas von ihrem Überwurf über sich herunterziehen") eine Ganzkörperverhüllung abzuleiten, ist allerdings weit hergeholt.

**Wer vom Islam abfällt, dem droht die Hölle**

Der Koran verurteilt scharf den Abfall vom Islam (16,106; 3,85-91; 2,217): Den Abtrünnigen werden der Fluch Allahs und die Höllenstrafe angedroht. Im Koran ist allerdings nicht eindeutig, ob das die muslimische Gemeinschaft zum Töten des Abtrünnigen berechtigt, wie das später die Rechtsschulen festgelegt haben. Der Koran verbietet außerdem Nichtmuslimen, Menschen vom Islam abzuhalten oder Muslime zum Abfall zu verführen (8,39; 2,191; 2,217). Auch hier ging es um konkrete Situationen zur Zeit Mohammeds. Heute fordern Fundamentalisten jedoch, jegliche Herabsetzung des Islams und jede Verkündigung unter Muslimen für einen anderen Glauben hart zu bestrafen.

**Wer gegen den Islam kämpft, wird mit dem Tod bedroht**

Eindeutig ist die Tötung von Menschen vorgeschrieben, die gegen den Islam kämpfen (Sure 5,33): "Die Vergeltung für die, die gegen Gott und seine Gesandten Krieg führen … soll dies sein, daß sie getötet oder gekreuzigt werden, oder daß ihnen Hände und Füße wechselseitig abgehackt werden." Dabei kommt es darauf an, was hier unter "Kampf" zu verstehen ist: Sind verbale Angriffe auf Mohammed oder eine Verunglimpfung des Korans schon Grund genug, den Täter umzubringen? In manchen Ländern gelten entsprechende Blasphemiegesetze, und für Selbstjustiz radikaler Gruppen gibt es genügend Beispiele.

**Aufruf zum "Krieg" gegen die "Ungläubigen"**

Zahlreich sind im Koran die Aufrufe zum Krieg gegen Andersdenkende (9,73 f.: "setze dich gegen Ungläubige ein"), worunter sowohl die heidnischen Gegner Mohammeds, heuchlerische Opportunisten wie auch jüdische und christliche Gegner zu verstehen sind. Auch hier stellt sich die Frage nach der Verhältnismäßigkeit zwischen einem "Angriff" auf den Islam und den muslimischen Reaktionen:
Für radikale Muslime sind grundsätzlich alle Nichtmuslime sowie alle "liberalen" Muslime Ungläubige. Sie begründen dies mit einem Text, der ursprünglich zum Kampf gegen heidnische Gegner aufrief (Sure 9,29: "Kämpft gegen diejenigen, die nicht an Gott … glauben und nicht verbieten, was Gott und sein Gesandter verboten haben, und nicht der Religion der Wahrheit angehören"), weil sie nicht der "wahren Religion" angehörten. Durch den Anschluß "… - von denen, denen das Buch zugekommen ist …" (gemeint sind also Juden und Christen)

werden auch sie zu Gegnern des Islams, die bekämpft werden müssen, bis sie den Muslimen "Tribut entrichten als Erniedrigte".

**Es gibt kein einheitliches Verständnis des Korans**

Während sich im Laufe der muslimischen Auslegungsgeschichte eine relativ einheitliche Deutung des Textes ergeben hat, gehen Muslime heute recht unterschiedlich mit dem Koran um: Manche wollen nur noch die religiös unbedenklichen und ethisch vertretbaren Texte gelten lassen. Die meisten glauben zwar, daß der gesamte Koraninhalt dem Willen Allahs entspricht, wollen aber für problematische Bestimmungen "pragmatische" Lösungen finden. Die fundamentalistisch denkenden Muslime fordern dagegen, den Korantext auch in der heutigen Zeit wortwörtlich anzuwenden. Und dafür liefern sie täglich Beweise.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete 13. Oktober 2012 über den Genderismus (x887/...): >>**Von der Gleichberechtigung zur globalen Gleichschaltung**

Nach dem Willen des Bundesrats soll künftig in den Führungsetagen von Unternehmen ein fester Anteil Frauen sitzen. Die Befürworter einer gesetzlich festgelegten Frauenquote sprechen von Gleichberechtigung, die den Frauen bei der Besetzung von Spitzenpositionen bislang verwehrt werde.

Gleichberechtigung wird heute allerdings allzu gern mit Gleichstellung bezeichnet, die einer Gleichschaltung im Sinne der Herrschenden Tür und Tor öffnet. Der ganze Unsinn dieses Gedankens kommt besonders in der Geschlechtergleichschaltung zum Ausdruck, die nicht etwa eine Geschlechtergleichberechtigung zur Folge hat, sondern die einer Geschlechterzerstörung gleichkommt.

Auch der in diesem Zusammenhang zu nennende Feminismus als Ideologie von der Führungsrolle der Frau erfüllt keine sinnvolle Funktion innerhalb unseres Staatswesens. Er ist fehl am Platze, denn er hat die Frau ihrer vordringlichen Rolle beraubt. Ebenso wie den Mann, der die Familie schützte, ernährte und ihr in bestimmten organisatorischen Aufgaben zur Seite stand. Das alles soll nun beseitigt werden. Der Daseinszweck des Mannes ist völlig in Frage gestellt. Indem man den Mann seiner typischen männlichen Aufgaben beraubt, entmannt man ihn sozial und im weiteren Zuge dann auch wirtschaftlich und politisch. …

Wie wird nun das Ziel sozialer Entmannung und familiärer Zerstörung erreicht? Mit Niedrigentlohnung zum Beispiel. Lohndumping bei Männern führt zum Zwang der Mitarbeit der Ehefrau …

Dasselbe Symptom finden wir beim Staat, denn das falsche Denken hat überall seine Entsprechung. Dort herrscht auf Grund weichlich-weiblicher Machtstrukturen - auch wenn diese von Noch-Männern ausgeübt wird, ebenfalls der Hang zum Verkonsumieren und Genießen des Lebens und des dabei irrational ablaufenden Schuldenmachens. Die Bank wird sozusagen zur Übermutter der Gesellschaft. Das führt zu dem bekannten Privatisierungswahn, der auf dem Vertrauen in Bankkredite lebt und der den einstmals männlich und nach männlichen Prinzipien geführten Staat immer weiter schwächt - "Verschlankung" nennt man das.

Der von den führenden Machtgruppen geplante Weltstaat - dies wird immer als "Verschwörungstheorie" abgetan, obwohl es erwiesen ist - führt schließlich in die völlige Abhängigkeit der Geldverleiher, die sich ja schon vorher durch das irrationale, im Grunde verbrecherische Zinssystem zu ihrer jetzigen Macht entwickeln konnten. Man kann eben nicht mit Geld Geld verdienen.

Dies ist eine fundamentale Täuschung der sogenannten Kreditnehmer. Hinter jedem Geldbetrag muß zwingend die Arbeitskraft des Individuums stehen, sonst ist es kein Geld, sondern eine wertlose papierne Versprechung, für die erst noch gearbeitet werden muß.

Fazit: Wer das Männliche zerstört, zerstört letztlich auch das Volk, damit auch die Familie, ebenso die Frau, und führt durch das egoistische Konsumentenverhalten die gesamte Existenz auf diesem Planeten in Dauerkonflikte und damit in den Abgrund. Da nützen auch Gesetze

nichts mehr. Das feministische Programm sowie auch die einseitige Intellektualisierung der Menschheit bei fortschreitendem Verlust der natürlichen Emotionen war ein Fehlprogramm. Was eigentlich hätte laufen müssen, wäre Demut vor den Naturgesetzen, bescheidene Lebensführung, echte Religiosität und Gemeinschaftsdenken. Dies alles war bei den sogenannten "Wilden" noch selbstverständlich. …
Die gesamte Zivilisation hat im Grunde versagt. Der Geist der Aufklärung ist in einem Ungeist des Materialismus zu Ende gegangen. Kultur, das also, was man pflegt, hat seinen Sinn verloren, denn inzwischen werden mehr und mehr kulturzerstörerische Dinge gepflegt. …
Zusätzlich wurde mit Angst vor der Hölle Geld verdient. Per Ablaß kaufte man sich davon frei, heute sind es die Spenden und die Wohltätigkeit derer, die ein schlechtes Gewissen haben. Und man bedient sich eines neuen Angstmechanismus, der Angst vor der "Klimakatastrophe". Ein neuer Ablaßhandel ist in Gang gekommen.
Sogenannte Demokratisierung, internetgesteuerte "Revolutionen" und die angeblich notwendige "Globalisierung" zur Erreichung optimaler Profitergebnisse des kapitalistischen Zinssystems sind die Instrumente der Machterhaltung geworden, für die jeder Preis gezahlt wird. Begleitendes Instrumentarium sind die Massenmedien, deren ausgesuchte und aussortierte Inhalte den Völkern das vorgeben, was zur Machterhaltung der bestehenden Systeme nützlich erscheint. Alles andere wird als Störwissen ausgeblendet.
Der zunehmende Verlust der Ethik, die Nichtbeachtung der Zehn Gebote, die sich in der Beliebigkeit von Lebensstilen und Verhaltensweisen zeigen, werden nun mit dem neuen Begriff der "Menschenrechte" getarnt, deren Definition aus neuen linken philosophischen Ideenküchen und Denkfabriken - die Frankfurter Schule läßt grüßen - der um ihr Leben kämpfenden Machtelite stammt. Sozialismus im Mäntelchen des Weltkapitals.
Nicht mehr Weltrevolution per Kommunismus, sondern Weltumerziehung per Medieninformation heißt die Devise. Links gilt also weiterhin als schick und förderungswürdig und wird chimärenhaft mit einer immanenten Friedens- und Wohlstandsversprechung gleichgesetzt. Zurück zu einem neuen, umgefärbten Kommunismus? Wir drehen uns im Kreis, und das Volk macht auch noch mit.<<
Das Nachrichtenmagazin "Focus" (48/2012) berichtete am 26. November 2012 über "Wikipedia": >>**Wie ich bei Wikipedia zum "neurechten Kettenhund" wurde**
**Anonyme Humanisten**
Ein Wort in eigener Sache von FOCUS-Redakteur Michael Klonovsky
"Papa", fragte mein Neunjähriger, "wenn dich jemand öffentlich Hund nennt, warum haust du dem nicht eine auf die Zwölf?" Nein, ich erzählte nichts von Zivilgesellschaft und Duellverbot, sondern erklärte, daß ich diesen Menschen gar nicht kenne und daß er mir das nicht ins Gesicht gesagt habe, das würde der sich gar nicht trauen, sondern er habe es geschrieben, und das stünde nun in diesem Online-Lexikon, das er, Sohn, ja aus der Schule kenne. "Und warum schreibt der so was?" Nun, das sei eben ein Maulheld, der über gewisse Dinge anderer Meinung sei als ich und das nicht eleganter formulieren könne. "Aber wieso steht so was in einem Lexikon?" – Kinder stellen oft die richtigen Fragen.
Der Reihe nach. Nachdem ich in einem Artikel die Umarbeitung des Wikipedia-Eintrages über die libertäre Zeitschrift "eigentümlich frei" und deren fragwürdige Einsortierung bei der "Neuen Rechten" thematisiert hatte (FOCUS 46/2012), nahm sich der anonyme Autorenschwarm prompt jener Wikipedia-Seite an, über welcher mein Name steht. Das Resultat ist nicht nur der erwartbare Versuch, mich ebenfalls erkennungsdienstlich der bösen Rechten zuzuordnen, sondern obendrein einer Spezies als boshaft geltender Vierbeiner.
Die "Rechtsextremismusforscher" Martin Dietzsch und Anton Maegerle "verorten den von ihnen mit Kettenhund betitelten Klonovsky ... in der Neuen Rechten", kann man in Wikipedia lesen (dabei ist mir alles Neue ein Graus!). Der aparte Tiervergleich taucht auf der Seite mal

auf, dann verschwindet er wieder, weil diese Gesinnungs-Paparazzi natürlich wissen, über wessen Geisteszustand er tatsächlich Auskunft gibt und ihn lieber weghaben wollen; er ist aber im Anmerkungsteil jederzeit abrufbar.
Die Rubrizierung unter "Neue Rechte" wiederum ist deswegen obligatorisch, weil man dort zum Sympathisanten des "völkischen Nationalismus" wird – und einen Klick weiter der NPD. Der Eintrag wird abgerundet durch falsche Behauptungen über den Inhalt eines Gerichtsurteils, ein Zitat aus der Fachzeitschrift "Emma" sowie die Beurteilung meiner Person durch Sozio- und Politologen, so namenlos wie links, deren wesentliche wissenschaftliche Leistung darin besteht, mich zu zitieren und das Zitierte dann ganz schlimm zu finden.
Gleichwohl bleiben Fragen. Zum Beispiel, wer mich am anderen Kettenende hält. Helmut Markwort? Die Bankenmafia? Der NSU? Und wer sind diese beiden metaphernfreudigen "Forscher" mit offenbar enzyklopädischer Relevanz?
Der eine ist momentan Herausgeber der "Antifaschistischen Nachrichten", die von verschiedenen Verfassungsschutzbehörden dem linksextremistischen Spektrum zugeordnet werden (steht so in Wikipedia! Tut doch was!), der andere fühlt sich dermaßen verfolgt, daß er unter Pseudonym verleumden muß. Beide schreiben für das Duisburger Institut für Sozialforschung (DISS), ein bedeutender Linksextremistensüppchenkochclub mit mindestens drei festangestellten Köchen.
Die Wikipedia-Schreiber selbst werkeln unter Pseudonymen wie "Fiona", "SanFran Farmer" und "Bürgerlicher Humanist" (Letzterer brachte mich kurzzeitig auf die Idee, mich als "Proletarischer Humorist" einzuloggen). Die Vermutung liegt nahe, daß sie in ihrem analogen Leben nichts Gescheites zu tun haben. Im Grunde ist es fast schade, daß sich andere Autoren parallel um eine ausgewogene Darstellung bemühen und der Artikel so eine partiell seriöse Anmutung bekommt. Sonst würde sich schneller herumsprechen, daß in gewissen politischen Fragen die deutsche Wikipedia nichts anderes ist als ein linker Denunziantenstadl.<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 3. Februar 2013: >>**Wie die USA eine neue Weltordnung schaffen wollen**
Von Michael Stürmer
Das Pentagon muß sparen. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz kam es deshalb zu einer deutlichen Mahnung an die Europäer: Amerika will und kann die Bürde der Weltordnung nicht mehr alleine tragen.
Die Natur und die Geopolitik dulden kein Vakuum. Barack Obama will als Friedensfürst in die Geschichte eingehen: "Ein Jahrzehnt der Kriege nähert sich dem Ende", verhieß er bei seiner Inauguration. Die große Frage lautet, ob ihm Wirtschaftskraft und Finanzlage der Vereinigten Staaten das ermöglichen, und ob der Rest der Welt der letzten Supermacht Ferien vom Ich gestattet. Die Antwort ist offen.
Das politische Hochamt der Vereidigung markiert den Übergang vom Stimmenfänger zum Staatsmann und verlangt vom Präsidenten, Hohepriester und Staatspoet zu sein. Seine Rede verriet die Vision des mächtigsten Mannes der Welt, nach einem traumatischen Jahrzehnt in Asien sein Land aus Konflikten und Kriegen herauszuhalten, die Boys heimzuholen und den Globus auf Autopilot zu stellen - wenn dies denn möglich wäre: Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.
Der hohe Ton aber ist nicht nur Poesie, er kündigt eine Wendung nach innen an, die auf Kosten der weltpolitischen Führungsrolle geht. Nirgendwo wird das deutlicher als für die dem islamischen Krisenbogen hauteng benachbarten Europäer.
**Von Mali bis Kabul**
Die Europäer sind gewarnt, daß künftig nichts mehr so sein wird wie gewohnt. Nato hin oder her, Washington kann sie nicht mehr bewahren vor den Folgen von Führungsschwäche und Zerfahrenheit. Die neue Weltunordnung verstärkt jenes Malaise, das als "imperial overstretch"

diagnostiziert wird. Amerikas "exceptionalism" kann nicht mehr alles leisten. "Central Command" muß sich um den Weiteren Mittleren Osten kümmern von Mali bis Kabul.
Gleichzeitig entsteht rund um das pazifische Becken ein neues Gleichgewicht, das ohne die Flotten-, Luft- und Cybermacht Amerikas dem Reich der Mitte nicht viel entgegenzusetzen hätte. Für Europa aber, was bleibt da übrig an Material und Menschen? Bei der Münchner Sicherheitskonferenz dieses Wochenende fiel Vizepräsident Joe Biden die Aufgabe zu, den Europäern Vertrauen zu vermitteln, sie auf die Reise zum Pazifik mitzunehmen und zu mahnen, daß Amerika die Bürde der Weltordnung nicht allein tragen kann und will.
Zwei Träume bestimmen von jeher Amerikas Verhältnis zur Welt, und ihre Wirkung ist heute so widersprüchlich wie vor zwei Jahrhunderten. Da ist die Neue Weltordnung - "novus ordo seclorum" heißt es auf dem Großen Siegel der Vereinigten Staaten von 1776, zu besichtigen auf jeder one-dollar-bill. Zuletzt hat noch einmal Bush senior nach dem 100 Stunden Krieg am Golf 1991 die Verheißung wiederholt.

**Keine verstrickenden Allianzen**

Amerika die leuchtende Stadt auf den Bergen, Leuchtturm den Völkern. Die Vereinigten Stabschefs versprachen damals ihren politischen Meistern, zweieinhalb Kriege führen und gewinnen zu können. Die "Revolution in Military Affairs", mit Lasern, Cyberkünsten und weltweiter Aufklärung, sollte allen Friedenstörern entgegentreten. Die asymmetrischen Kriege seitdem, ob "9/11", Afghanistan oder Irak, haben davon nicht viel übrig gelassen, doch die Kosten ins Unermeßliche hochgetrieben.
Gegenläufig zu dem Sehnen, die Welt vor sich selbst zu bewahren, gibt es den anderen Traum, sich herauszuhalten aus den Machenschaften des Teufels. Staatsgründer George Washington warnte in seiner Abschiedsadresse, das junge Amerika solle "entangling alliances" meiden: keine verstrickenden Allianzen. Außenminister John Adams stellte fest: "Es ist nicht unsere Berufung, Monster zu zerstören".
Zuletzt hat Robert Gates, bis letzten Sommer Obamas republikanischer Verteidigungsminister, in Brüssel bei der Nato die Alliierten beschworen, für sich selbst zu leisten, was Amerika nicht mehr leisten kann: Geschehen ist, außer Streichungen und Reduzierungen, nicht viel. Die große Transformation steht aus. Daß aber die zitternde Trompete Frieden ankündigt, muß noch bewiesen werden.

**"Leading from behind"**

Der Libyen-Krieg sah Großbritannien und Frankreich nach 48 Stunden am Ende ihrer Kapazitäten, und Amerika lieferte nicht nur Luftbetankung, Aufklärung und intelligente Munition, sondern auch den Begriff des "leading from behind" - Reduzierung auf die Reserverolle. Was Mali und die terroristische Destabilisierung Afrikas zwischen Mittelmeer und Sahelzone betrifft, so sieht es wahrscheinlich nicht viel besser aus, auch wenn das Pentagon seit langem ein "Africa Command" unterhält.
Das klingt nach mehr, als tatsächlich zu haben ist. Aus guten Gründen hat Obama, ungeachtet aller Ratschläge in Richtung Eingreifen in Syrien, Amerika bisher aus dem dortigen Kriegsgeschehen herausgehalten und ist nicht über Lieferung von Aufklärungsergebnissen und Bereitstellung einer Batterie "Patriots"-Raketenabwehr hinausgegangen.
Aus Washington hört man, daß er auch die israelische Führung ins Gebet nahm, um Alleingänge gegen den Iran zu verhindern - und der dann folgenden Finanz- und Wirtschaftskrise vorzubeugen. Chuck Hagel, altgedienter Senator aus den dezimierten Reihen moderater Republikaner und seit kurzem designierter Verteidigungsminister, macht aus seiner Skepsis, was einen Militärschlag gegen die Atomanlagen des Iran angeht, kein Geheimnis. Er gehört zu jenen in Washington, die von jeher vor den unbeabsichtigten Folgen von Interventionen warnen. Seine Benennung ist Programm.

**Die Grenzen amerikanischer Macht**

Daß auf der Münchner Sicherheitskonferenz der Außenminister des Iran Verhandlungen offerierte, ist, nebenbei bemerkt, mehr Taktik als Ernst: Die Iraner verlangen, zuvor müßten die USA jede militärische Drohung vom Schachbrett nehmen. Damit wären sie wieder Meister des Spiels. Keine US-Administration kann sich darauf einlassen.
"Nation building" hat Obama zum inneren Programm gemacht, von Gesundheitsvorsorge bis Infrastruktur. Das Pentagon muß schmerzhaft sparen, man konnte das bis München hören. Manches betrifft nur obsolete Programme. Anderes aber reduziert die Fähigkeit der USA, Machtprojektion rund um den Globus zu leisten.
Nach dem hohen Ton der Eidesleistung verlangt der Alltag sein Recht. Kein Konflikt ist zur Zeit so explosiv wie die militärischen Gestikulationen Japans und Chinas um vier unbewohnte Inseln. Krieg zu verhindern, der unweigerlich Amerikas Streitkräfte ins Desaster hineinziehen würde, ist oberste Priorität. Nichts verdeutlicht mehr als die Krisen in der Ostchinesischen See und am Persischen Golf die Grenzen amerikanischer Macht.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 28. Februar 2013 (x892/…): >>**Wie die EU die moralischen Grundlagen der Staaten zerstört**
Um ihre freimaurerische Politik der Entchristlichung Europas und der Auslöschung aller naturrechtlichen Fundamente, auf denen die europäischen Staaten einst gegründet wurden, durchzusetzen, ist den Eurokraten jedes Mittel recht.
Ein aktuelles Beispiel ist die Durchsetzung der naturrechtswidrigen künstlichen Befruchtung in Polen, wobei die Freigabe der Abtreibung und die Gleichstellung widernatürlicher Partnerschaften mit der Ehe folgen werden. Auf dem EU-Gipfel in Brüssel Anfang dieses Monats wurde Polen 107 Milliarden Euro zugesprochen. Der liberale Regierungschef Polens, Donald Tusk sagte freudig: "Polen ist der größte Nutznießer der EU", allerdings will die EU Gegenleistungen sehen.
Zu diesen Gegenleistungen gehören an erster Stelle die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften und ihre rechtliche Gleichstellung mit der Ehe. Der strenge Schutz, den ungeborene Kinder in Polen derzeit noch genießen, soll ebenfalls beseitigt werden und ein EU-Standardabtreibungsgesetz durchgesetzt werden. Man wird in den kommenden Jahren sehen, wie derartige Unrechtsgesetze in Polen durchgesetzt werden.
Gegenwärtig macht die EU massiven Druck um Polen zu zwingen, bis Ende März die EU-Richtlinien zur sogenannten In-Vitro-Fertilisation durchzusetzen, also zur künstlichen Befruchtung auch für nicht-verheiratete Paare. In einem Schreiben der EU-Kommission an Polen wird mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof gedroht, wenn dies nicht bis Ende März durchgesetzt wird.
Da auf legalem parlamentarischem Weg ein solches Gesetz in Polen nicht durchsetzbar ist, hat der treue Knecht der EU-Bonzen, Regierungschef Tusk Maßnahmen eingeleitet, um ein solches Gesetz am Parlament vorbei durchzusetzen: Die Regierung fördert mit finanziellen Zuschüssen die künstliche Befruchtung, die eigentlich in Polen verboten ist. Ab 1. Juli können Paare (ob verheiratet oder nicht), die unter 40 Jahre alt sind, bis zu drei Versuche zur künstlichen Befruchtung vom Staat finanziert bekommen. Illegales Verhalten wird so vom Staat bezahlt. Ein Beispiel für Demokratie in Europa.
Die Oppositionsparteien und selbst der Koalitionspartner von Tusk‘ liberaler Partei sind nicht mit diesem Vorgehen einverstanden. Insbesondere die katholische Kirche protestiert deutlich. Ein Sprecher der polnischen Bischofskonferenz nannte die Diskussion um die künstliche Befruchtung "unsachlich, manipuliert und politisiert", womit er sicher noch deutlich untertrieb. "Wir erleben einen weiteren Versuch der Regierung, ethische Kriterien durch Zwang zu vermeiden" sagte der Sprecher der Bischofskonferenz.
In Europa sind allerdings solche Vorgehensweisen schon länger an der Tagesordnung. Die Rede von einer Eurodiktatur ist gewiß keine Untertreibung, sondern alltägliche Realität. Die

Durchsetzung des Gender Mainstreaming in alle Politikbereiche in Deutschland ist nur eines der vielen Beispiele, wie an den Parlamenten vorbei krankhafte und naturrechtswidrige Verordnungen und Gesetze durchgesetzt werden.
Die Eurokraten kaufen sich die Regierungschefs mit hohen Geldzuweisungen, stützen deren Macht und bekommen dafür als Gegenleistung die Durchsetzung der EU-Agenda zur Zerstörung der europäischen Grundwerte und des Naturrechts.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. März 2013 (x887/...):
>>**Demokratie in Gefahr**
Französischer Ex-Minister warnt davor, daß Regierungen bald nur noch Marionetten seien
Jours de Pouvoir" ("Tage der Macht") hat der ehemalige französische Landwirtschaftsminister Bruno Le Maire seinen Einblick hinter die Kulissen der Präsidentschaft von Nicolas Sarkozy genannt. Anders als der Buchtitel suggeriert, scheint sich während der Präsidentschaft Sarkozys zunehmend ein Gefühl der Ohnmacht breitgemacht zu haben.
Kaschiert durch den Pomp des französischen Staatsapparats wurde der Öffentlichkeit das Bild eines kompetenten und machtvollen Präsidenten serviert - Sarkozy selbst sah sich allerdings zunehmend als Getriebener: "Unser Schicksal entgleitet uns, es liegt nun allein in den Händen der deutschen Kanzlerin und des Präsidenten der EZB", gibt Le Maire die Stimmung wieder, die sich an der Spitze Frankreichs im Laufe der Euro-Krise breitgemacht hatte.
Hierbei plaudert Le Maire in interessantes Detail aus: Im November 2011 war Sarkozy mit der konkreten Frage beschäftigt, wo sich Banknoten für die Wiedereinführung des französischen Francs beschaffen lassen, denn man befürchtete den Zusammenbruch des Euro. Gegenüber der Öffentlichkeit hatte Sarkozy allerdings genau diese Gefahr energisch bestritten. Die Täuschung der Öffentlichkeit ist nicht die einzige beklemmende Botschaft, die Le Maire im Rückblick auf seine dreijährige Amtszeit unter Sarkozy liefert.
Der Ex-Minister fürchtet nichts anderes, als den kommenden Zusammenbruch der parlamentarischen Demokratie. "Die Regierung hält nicht mehr alle Fäden des Kapitalismus in der Hand, höchstens noch einen oder zwei, und wenn sie nicht achtgibt, so ist sie morgen selbst die Marionette und der Kapitalismus die Hand. Der Tag wird kommen, an dem Unternehmen, ausländische Firmenchefs, Pensionsfonds und Investoren uns sagen, 'Macht!', und wir gehorchen", so die düstere Warnung Le Maires.
Nicht gerade zur Entkräftung derartiger Befürchtungen trägt eine Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Linken-Fraktion bei, die nun bekannt geworden ist. Befragt nach Kontakten zu Vertretern von Banken und der Finanzbranche mußte die Regierung eine erstaunlich hohe Anzahl von Gesprächen einräumen. Geht man von der Häufigkeit der Kontakte aus, dann scheint ausgerechnet die höchst umstrittene Investmentbank Goldman Sachs der wichtigste Ansprechpartner der Bundesregierung in der Bankenwelt zu sein. An Beschlüssen der Regierung seien die Banker "nicht beteiligt gewesen", so der Versuch, die Bedeutung der Treffen - die auch mit Vertretern von Commerzbank und Deutscher Bank stattgefunden haben - herunterzuspielen.
Erklärungsbedürftig bleibt die hohe Zahl von Treffen zu Goldman Sachs trotzdem. Nicht allzu lange ist es her, daß die Bank etwa in der Kritik stand, Griechenland bei seinen Tricksereien zur Verschleierung der Staatsverschuldung behilflich gewesen zu sein und damit den griechischen Euro-Beitritt erst möglich gemacht zu haben.
Heftige Kritik an den zahlreichen Kontakten der deutschen Regierung zu Bankenvertretern kommt von der Vorsitzenden von "Transparency International Deutschland", Edda Müller: "Wir würden gern wissen, wie oft sich Spitzenvertreter der Bundesregierung mit Verbraucherschützern oder Financewatch getroffen haben", so Müller im "Handelsblatt". Offen bleibt einstweilen, worüber bei den zahlreichen Treffen von Regierungsvertretern mit den Bankern gesprochen wurde.

Kaum Zweifel über die Absichten sind allerdings beim jüngsten Vorstoß des EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy möglich. In einem Positionspapier fordert Van Rompuy ganz offen, die nationalen Parlamente weiter zu entmachten. Sie würden nicht im Interesse der EU handeln und müßten deshalb in ihrer Bedeutung zurückgedrängt werden, so Van Rompuy. Beileibe nicht die erste Kampfansage an die Demokratie, die in den etablierten Medien kaum erwähnt wird.

Bereits im vergangenen Jahr hat der inzwischen von den Wählern massiv abgestrafte Ex-Premier Italiens, Mario Monti, ebenfalls die Entmachtung nationaler Parlamente gefordert. Monti - ehemaliger EU-Kommissar, langjähriger Berater von Goldman Sachs und hochrangiger "Bilderberger" - verstieg sich sogar zu der Forderung, die Regierungen hätten die Pflicht, die Parlamente zu "erziehen".

An derartigen Forderungen wird vor allem eines deutlich: In Brüssel scheint man keine Chance zu sehen, auf demokratischem Wege das Projekt "Europäische Integration" zu erreichen. Der Versuch der Entmachtung von Parlamenten - bei kaum vorhandener eigener demokratischer Legitimation der EU - bedeutet allerdings de facto nichts anderes, als eine neue Form einer Diktatur.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 23. März 2013 (x887/...):

>>**Spitzenjournalisten auf Linie**

Studie untersuchte, was Medienmacher antreibt und deckte heikle Verbindungen auf

Die Medien gelten als vierte Gewalt im Staat. Starke Zweifel an der Funktion von Medien als Kontrollinstanz der Macht kann allerdings eine Studie wecken, die an der Universität Leipzig erstellt wurde. Brisanter Inhalt der auch unter dem Titel "Meinungsmacht" in Buchform erschienene Analyse des Medienwissenschaftlers Uwe Krüger: die Einbindung deutscher Spitzenjournalisten in Machtzirkel der Eliten.

Für die Untersuchung wurde die soziale Umgebung von 219 leitenden Redakteuren führender deutscher Medien unter die Lupe genommen. Das Ergebnis: Ein Drittel der Redakteure unterhielt - außerhalb ihrer direkten journalistischen Aufgaben - informelle Kontakte zu Machtzirkeln der Politik- und Wirtschaftseliten in Deutschland. Konkret waren 64 Journalisten häufig in Organisationen wie der "Atlantik-Brücke", der Münchner Sicherheitskonferenz, der Trilateralen Kommission und der Bilderberger anzutreffen.

Nicht um berufliche Pflichten wie Recherchen oder Interviews zu verfolgen, sondern eher als Teilnehmer der Treffen. Vom neutralen Beobachter sind die Journalisten quasi ins Lager der politischen Akteure gewechselt. Problematisch ist dabei nicht nur, daß dieser Seitenwechsel den Medienkonsumenten nicht mitgeteilt wird, sondern daß dies auch einen nachweisbaren Einfluß auf die Berichterstattung hat.

Ausgerechnet vier leitende Außenpolitik-Journalisten der deutschlandweit führenden Printmedien - "Frankfurter Allgemeine Zeitung", "Süddeutsche Zeitung", "Die Welt" und "Die Zeit" - waren alle im selben US- und Nato-affinen Elitenmilieu unterwegs. Nicht nur das:

Bei scheinbar politisch so grundverschieden ausgerichteten Zeitungen sollten eigentlich weit voneinander abweichende Meinungsbilder zu erwarten sein, doch das Gegenteil war der Fall. Wenn es um Themen wie Außen- und Sicherheitspolitik, die Nato oder den Afghanistan-Krieg ging, konnte der Medienwissenschaftler einen auffallenden Gleichklang von Journalisten wie Michael Stürmer ("Welt"), Klaus-Dieter Frankenberger ("FAZ"), Stefan Kornelius ("SZ") und Josef Joffe ("Die Zeit") nachweisen.

Konkret festgemacht wurde dies am sogenannten "erweiterten Sicherheitsbegriff", für den symbolhaft die umstrittene Aussage des ehemaligen Verteidigungsministers Peter Struck (SPD) stehen kann: "Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt." Während die Mehrheit der Bevölkerung mit diesem stark ausgeweiteten Begriff von Verteidigungspolitik ein Problem hat, herrschte in der untersuchten Berichterstattung der vier Spitzenjournalisten die -

stark an die USA angelehnte - Sichtweise von Sicherheitspolitik vor. Naheliegend ist die Erklärung, daß sich eine erstaunliche Zahl von Journalisten direkt von sicherheitspolitischen Eliten beeinflussen läßt - im Klartext, "einspannen" läßt.
Der Medienwissenschaftler Krüger hält aber noch eine andere Deutung für möglich. "Journalisten mit Eliten-kompatiblen Meinungen haben bessere Chancen, Karriere zu machen, denn sie können im eigenen Haus und in der Branche mit exklusiven Informationen und hochrangigen Interviewpartnern punkten."
Problematisch sei aber, daß diese Verbundenheit der Journalisten mit Machtzirkeln in der Berichterstattung nicht transparent gemacht wird. Zumindest im Regelfall. Beim Springer Verlag werden Redakteure ganz offen mit Hilfe von Unternehmensgrundsätzen, die in den Arbeitsverträgen enthalten sind, unter anderem auf die "Unterstützung des transatlantischen Bündnisses" verpflichtet.
Unverblümt ist auch die Parteinahme, auf die Krüger im Zuge seiner Untersuchung beim ZDF gestoßen ist. Im Präsidium der "Deutschen Atlantischen Gesellschaft", einer Organisation, die Lobbyarbeit für die Nato betreibt, war ein Außenpolitik-Ressortleiter des Fernsehsenders aktiv. Scheinbar ebenso wenig Wert auf den Anschein journalistischer Neutralität legte ein ZDF-Hauptstadtstudioleiter. Er saß im Beirat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, einer Einrichtung der Bundesregierung.<<
Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 1. April 2013 (x893/…): >>**Ich war Freimaurer - Das zerstörerische Wirken der Logenbrüder: Der Papst ist Feind Nr. 1**
(Paris) Der französische Arzt und Buchautor Maurice Caillet, ein ehemaliger Freimaurer und Meister vom Stuhl, der sich zum Christentum bekehrte, gab am 20. Februar dem Internetradio *Culturacattolica.it* ein Interview über die Freimaurerei, deren subversives Wirken und seine Bekehrung.
Caillet, Sohn atheistischer Eltern und von Jugend an erklärter Kirchenfeind, wurde 1969 im Alter von 35 Jahren in Rennes in eine Loge des *Grande Orient de France* aufgenommen. Eine der ältesten und mächtigsten Logen. Er brachte es dort bis zum 18. Grad der Rosenkreuzer. Er hatte damit Zugang zu den höheren Graden des Schottischen Ritus, die den meisten Logenbrüdern der niederen Grade unbekannt sind. Caillet interessierte sich für Okkultismus, Weiße Magie und Radiästhesie.
Er gehörte in den 70er Jahren zu den französischen Pionieren der Familienplanung, und setzte sich für die Verbreitung von künstlichen Verhütungsmitteln und die Legalisierung der Tötung ungeborener Kinder ein. Als Mitglied der Sozialistischen Partei und Freund von Staatspräsident Mitterand konnte er als Stuhlmeister seiner Loge nach dessen Wahl ein explosionsartiges Interesse an Logenmitgliedschaften erleben. Ebenso konnte der aufstrebende Meister den Einfluß der Logenbrüder in Politik, Medien, Wirtschaft und öffentlichem Dienst aus nächster Nähe erleben.
1984 begleitete er seine kranke Frau nach Lourdes, wo sein Leben eine radikale Wendung nahm. Als er dort erstmals in seinem Leben einer Heiligen Messe beiwohnte, hörte er eine "sanfte Stimme, die mich rief, und die weder die Stimme meines Gewissens noch eine äußere Stimme war. Die Stimme rief mich bei meinem Namen und sagte zu mir: Es ist gut, daß du mich um die Heilung deiner Frau bittest. Aber was hast du mir zu bieten?" In diesem Augenblick bot er sich selbst an. "Es war alles, was ich zu bieten hatte. Nicht wenig für einen Atheisten, der 40 Jahre lang ein Kirchen- und Priesterhasser war", so Caillet in einem seiner Bücher über das Ereignis, das am Beginn seiner Bekehrung stand.
Heute ist er Ehrenmitglied der *Alliance Vita*, die sich für den Schutz des ungeborenen Lebens einsetzt. Caillet engagiert sich heute auch aktiv gegen Ehescheidung, Homo-Ehe, die Drogenfreigabe und die Euthanasie, da es "die perfekte Ordnung Gottes zu verteidigen, gegen die

Pläne der zerstörerischen Freimaurerei".
Caillets Bücher sind in Französisch, Italienisch, Spanisch, Portugiesisch und Polnisch erschienen. In deutscher Übersetzung liegen sie nicht vor. Zum Thema Freimaurerei verfaßte er unter anderem: *Das Geheimnis der Logen im Lichte Christi* (1998), *Hedonismus und Christentum* (2001), *Gott ist nichts unmöglich. Die Gabe der Heilung* (2002), *Die Freimaurerei: Sünde wider den Geist?* (2002), *Okkultismus und Christentum. Unterscheidungshilfen* (2005), *Katholik und Freimaurer: ist das möglich?* (2008)
*Was ist die Freimaurerei?*
**Maurice Caillet:** Die Freimaurerei ist nebulös. Die Leute treten ihr aus den unterschiedlichsten Motiven bei, so wie der Zweck ihres Beitritts vielfältig ist. Was behauptet sie von sich selbst? Offiziell das Gute zu wollen und die Menschheit zu bessern. Die menschliche Vernunft mit ihren Projektionen und ihren Rechtfertigungen ist eine Art von Gottheit für die Freimaurer.
*Wie entstand sie?*
**Maurice Caillet:** Der Mythos will, daß die spekulative Freimaurerei im 18. Jahrhundert durch eine Weiterentwicklung aus der sogenannten "operativen" Freimaurerei entsteht. Der Mythos will (aber es gibt verschiedene), daß die moderne Freimaurerei der Erbe der mittelalterlichen Baumeister der Kathedralen ist. Deshalb behaupten die Freimaurer, von der Erbauung von Gebäuden zur "Erbauung der Welt" übergegangen zu sein. Und zwar durch Ideen, nicht praktisch.
*Ist es wahr, daß die Freimaurerei mit dem Judentum verbunden ist?*
**Maurice Caillet:** Das hängt davon ab. Es ist nicht leicht, das zu sagen. Es ist wahr, daß im Inneren der Logen eine gewisse "Kompatibilität" besteht zwischen der jüdisch-hebräischen Ideologie, die eine völlig himmlische Hoffnung und der freimaurerischen Ideologie, die eine völlig irdische Hoffnung vertritt. Für die Christen ist das anders.
In Wirklichkeit, das ist zu betonen, kommt der ideologische Impuls der Freimaurerei vom Naturalismus, von der Naturrechtsphilosophie, vom Nominalismus und auch vom Protestantismus. Wahr ist, daß die Freimaurerei auf die Durchsetzung einer Universalreligion abzielt, das Judentum eines universalen Gottes. Auch in dieser Hinsicht gibt es eine gewisse Kompatibilität.
*Wie kann man einen Freimaurer erkennen? Stimmt es, daß es untereinander Erkennungszeichen gibt?*
**Maurice Caillet:** Ja, es gibt Zeichen. Es ist aber auch wahr, daß es eine Geheimhaltungspflicht gibt. Deshalb ist man sehr vorsichtig, diese Zeichen gegenüber Unbekannten zu gebrauchen. Ich zum Beispiel erfuhr öfter, daß jemand Freimaurer ist, weil er es mir sagte, als durch seltsame Erkennungsgesten.
*Wie haben Sie die Freimaurerei verlassen?*
**Maurice Caillet:** 1984. Ich war mit meiner schwerkranken Frau in Lourdes. Da ich nicht mit ihr in die Becken konnte, ging ich zufällig in eine Krypta. Dort wohnte ich zum ersten Mal in meinem Leben einer Heiligen Messe bei. Und ich hörte mich plötzlich persönlich von Christus gerufen. Darauf - noch heute kann ich mir selbst diese Momente kaum erklären - ging ich nach der Messe zum Pfarrer und bat ihn um die Taufe.
*Wie reagierte die Loge, der Sie angehörten, auf Ihre Bekehrung?*
**Maurice Caillet:** Als ich es in der Versammlung ankündigte (eine solche findet in jeder Loge alle 15 Tage statt), … sehr schlecht, wirklich sehr schlecht. Niemand schaute mich mehr an. Sie wußten nicht, was sie sagen sollten. Da habe ich die "Toleranz" kennengelernt, die sich die Freimaurerei so groß auf ihre Fahnen geschrieben hat, die sie ständig vor sich herträgt. Für die Katholiken gilt sie nicht. Aber ich hatte mir das schon erwartet: Der Papst ist der Feind Nummer Eins der Freimaurer.

*Gibt es in Frankreich Katholiken, die Freimaurer sind?*
**Maurice Caillet:** Ja, es gibt Katholiken, die Freimaurer werden …
*Auch Priester und Bischöfe?*
**Maurice Caillet:** Ob es freimaurerische Bischöfe gibt, weiß ich nicht mit Sicherheit. Ich weiß aber, daß es Bischöfe gibt, die - man möge mir den Ausdruck nachsehen - mit der Freimaurerei flirten und sich im Gespräch mit ihr befinden. Ich verstehe nicht, was die Absicht, was das Ziel dabei sein soll …
*Welches sind die Dinge, denen die Freimaurerei am meisten Aufmerksamkeit schenkt?*
**Maurice Caillet:** Die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Vor allem zu den Themen, die die Freimaurerei auf politischer Ebene voranträgt und die sie für wichtig für ihre Pläne hält. Die Abtreibung: damals, als das Gesetz diskutiert wurde, wurde enormer Druck auf die Medien ausgeübt, um die Meinung der Massen zu lenken, aber noch mehr Druck wurde auf die Politiker der Rechten ausgeübt, die sich 1974 dann tatsächlich nicht mit Entschiedenheit widersetzten, sodaß das Gesetz ohne Probleme durchging.
Heute sind die Themen: Homo-Ehe, Relativismus, Libertinage, Verhütungsmittel, Scheidung, Hedonismus, Genußsucht, die Ablehnung des Leidens.
Der Mensch muß frei sein, sich dem Genuß hinzugeben. Das ist die Besserung der Menschheit, auf die die Freimaurerei abzielt.
*Welche Rolle spielen Okkultismus, Esoterik, Magie?*
**Maurice Caillet:** Die Freimaurerei würde ohne Esoterik nicht existieren, sie ist eine Form von Esoterik.
Und ihre Rituale haben alle mit Magie zu tun, mit der Beschwörung obskurer Kräfte, von der Initiation angefangen.
Das Motto der Freimaurerei lautet *liberté, égalité, fraternité,* es dürfte Ihnen bekannt vorkommen. Die Interpretation dieses Mottos ist aber nichts anderes, als eine Form der Nachäffung des Christentums.
Damals schon fragte ich mich manchmal, ob der Teufel in der Freimaurerei gegenwärtig ist. Ja, er ist es. Ich selbst habe im Augenblick, als ich aussteigen wollte, diese Gegenwart gespürt.
*Kann es zwischen Katholiken und Freimaurern Versöhnung geben?*
**Maurice Caillet:** Es ist schwierig. Noch schwerwiegender aber ist, daß sich die Katholiken nicht genau im Klaren sind, warum für sie die Mitgliedschaft bei den Freimaurern eine schwere Sünde ist. Viele wissen es einfach nicht. Viele sagen, daß sich die Kirche seit 1983 nicht mehr geäußert hat und daß die Exkommunikation aufgehoben worden sei. Es herrscht keine Klarheit.
*Akzeptiert die Freimaurerei auch Atheisten?*
**Maurice Caillet:** Das kommt darauf an: Der Großorient von Frankreich in der Theorie ja. Die Nationale Großloge von Frankreich in der Theorie nein. Aber auch dort, wo dieser Große Baumeister aller Welten gilt oder wo irgendeine Form von Glauben an Gott gefordert wird, spielt Gott in Wirklichkeit keine Rolle. Deismus vielleicht.
*Man spricht in der Freimaurerei von "Niederen Graden" und "Hochgraden", aber auch von einer ausgeprägten Gleichheit unter den Logenbrüdern. Wie sieht es wirklich aus?*
**Maurice Caillet:** Es ist sehr kompliziert. Der Großteil derer, die in die Freimaurerei eintreten, hat nicht die geringste Vorstellung davon, was sie wirklich ist. Sie wissen einfach nicht, in was sie sich hineinstürzen.
Die Freimaurerei unterteilt die Menschheit in zwei Gruppen: die Initiierten, also die Wissenden und die Unwissenden. In Freimaurer und Nicht-Freimaurer.
Wer aber den Niedergraden, vor allem den drei ersten Graden angehört, hat nicht die geringste Idee von dem, was in den Hochgraden geschieht.

Ein Lehrling weiß nicht, was die Gesellen tun, die Gesellen wissen nicht, was die Meister tun. Deshalb sind jene, die den niederen Graden angehören, nicht viel mehr als Instrumente für die Oberen. Was geschieht in den "Ateliers de perfectionnement"? Ein Lehrling weiß es nicht.
Was geschieht in der "Blauen Loge", in der "Johannesloge", in der "Grundloge". Nur wenige wissen, was geschieht. Der Unterschied aber ist enorm.
Ich hatte es bis zum 18. Grad geschafft. Von den Hochgraden weiß ich, daß vom 30. Grad verlangt wird, die "Tiara der Päpste" mit den Füßen zu treten.
Der Papst ist der Feind Nummer Eins. Das weiß in Wirklichkeit jeder, auch jene, die es nicht sagen. Die katholische Kirche ist universal, hat einen Papst, der die Integrität des Glaubens verteidigt. Eines Glaubens, der sich "der Welt widersetzt". Die Katholische Kirche ist der Feind der Freimaurerei.
*Wird für die freimaurerischen Riten der Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erhoben?*
**Maurice Caillet:** Ich war Chirurg, ein Arzt, und ich kann sagen, daß vom wissenschaftlichen Standpunkt die freimaurerischen Riten einfach nur absurd sind.
*Wie eng ist die Verbindung Freimaurerei-Politik?*
**Maurice Caillet:** Seit dem Zweiten Weltkrieg haben wir in Frankreich mindestens 50 Minister gehabt, die dem Großorient angehörten. Die derzeitige sozialistische Regierung zum Beispiel ist freimaurerisch, sehr sogar.
Wir leben in einer Gesellschaft, die auf einer freimaurerischen, laizistischen Grundlage beruht, der eine oder andere erleuchtete Intellektuelle schlägt vor, Weihnachten in ein "Fest der Freiheit" oder ein "Fest der Kinder" umzuwandeln. Die Freimaurerei steckt auch hinter solchen Plänen? Oh ja. So wie sie zu meinen Zeiten hinter den Plänen zur Legalisierung der Abtreibung steckte. Ich selbst habe Abtreibungen in der Bretagne durchgeführt. Ich war sogar der erste dort und trug dazu bei, dieses Modell von "Fortschritt und Toleranz" zu verbreiten. Und heute sind die Themen jene, die wir jeden Tag sehen.
*Stimmt es, daß Sie für die Bekehrung der Freimaurer beten?*
**Maurice Caillet:** Jeden Tag. Viele Freimaurer sind Männer, die sich verirrt haben. Sie haben sich auf der Suche nach Antworten über das Leben und ihr Schicksal verirrt. Sie wissen nichts von Jesus. In Frankreich wissen heute nur mehr wenige etwas von Jesus, so wie ich nichts von ihm wußte, und so wie ich landen viele in den Logen. Für sie bete ich.
Übersetzung: Giuseppe Nardi<<
Kontakt: Mysteries, Postfach, CH-4002 Basel, … www.mysteries-magazin.com …<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 16. November 2013 (x887/...): >>**Mehr Kredit!**
Was Hollande schon wieder falsch gemacht hat, warum wir mehr Schulden machen sollen, und wozu wir fleißig bleiben müssen
Im Kino lachen wir uns schlapp über Typen, denen einfach alles schiefgeht. Die morgens nicht mal das Bett zu verlassen brauchen, ohne daß die erste kleine Katastrophe über sie hereinbricht.
Erinnern Sie sich noch an das Filmchen "Das Bild hängt schief" von Loriot? Der sagenhafte Komödiant, kostümiert wie ein Vertreter, wartet in einem fremden Wohnzimmer auf einen Gesprächstermin, als er an der Wand ein schief hängendes Bildchen erblickt. Er versucht es gerade zu rücken, stößt dabei etwas um, will das wieder aufrichten, kommt dabei gegen etwas anderes und so weiter. Am Schluß hat der redlich bemühte Schussel den gesamten Salon in Trümmer gelegt.
Loriot ist leider tot, für eine Wiederverfilmung müßten wir die Rolle neu besetzen. Mein unumstrittener Favorit ist Frankreichs Präsident François Hollande, der, wenn er so weiter macht, ohnehin bald eine neue Stelle benötigen dürfte. Alles, was der anfaßt, fällt ihm auf die Füße. Wirklich alles.

Um endlich mal etwas richtig zu machen, hat sich der glücklose Sozialist etwas ausgedacht, das dermaßen unverfänglich und zeitgeistgerecht zu sein schien, daß es gar nicht in die Hose gehen könne, dachte er.
Der Pariser "Pantheon" ist die Ruhmeshalle der Franzosen, in der sie die Leichen der größten und wichtigsten Landsleute aufbewahren, derzeit sind es 74. Darunter aber nur zwei Frauen: Die eine ist die Atomwissenschaftlerin Marie Curie und die andere liegt da bloß, weil ihr Mann nicht ohne sie begraben sein wollte.
Also eine weitere Frau, dachte sich Hollande, und sogleich sickerte auch eine Idee durch: Die Pionierin der Frauenbewegung, Olympe de Gouges (1748-1793). Madame de Gouges prägte im Jahre 1790 den denkwürdigen Satz: "Die Frau hat das Recht, aufs Schafott zu steigen; sie muß ebenso das Recht haben, eine Rednerbühne zu besteigen."
Rums, da war er in der Weltgeschichte, und ging auch nie wieder weg: der Anspruch der Frau auf politische Mitwirkung. Ist doch keine Frage, daß so eine Vorkämpferin zu den ganz Großen der Nation zählt. Dachte sich vielleicht auch Hollande, doch er dachte falsch: 1793 waren es die Linken unter dem Blutsäufer Robespierre, die Olympe de Gouges auf dem Schafott ermordeten, weil die Dame nämlich nicht nur Frauenrechtlerin, sondern auch überzeugte Monarchistin war.
Das bringt Hollandes linke Genossen auf die Palme und gegen den armen Präsidenten in Stellung: Eine Monarchistin und Kritikerin der Revolution? Niemals! Da hätten sie wahrscheinlich lieber ihren Mörder Robespierre im Pantheon.
Das Pech klebt an ihm: Hollande kann machen, was er möchte. Selbst die Huldigung für eine Frauenrechtlerin gerät in seinen Händen zum Desaster für sich und seine Gesinnungsfreunde. Über ihn selbst ist abermals bewiesen, wie unfähig er ist. Und seine Genossen haben ein selten scheußliches Zeugnis ihrer Verbohrtheit, ihrer Rachsucht und ihrer historischen Unbelehrbarkeit abgeliefert. Ein rundum jammervolles Bild.
In solchen Situationen empfiehlt das Handbuch für den mäßig begabten Politiker-Darsteller, den Unmut des genervten Publikums auf etwas anders zu lenken und ihm einen Buhmann zu basteln, damit man selbst aus der Schußlinie von Wut und Spott herauskommt.
Ein Buhmann also. Wie wär’s mit Deutschland? Das zieht immer. Dabei muß Hollande das nicht einmal selber machen, Brüssel reicht seine hilfreiche Hand.
Seit dieser Woche sitzt die EU-Kommission über Germanien zu Gericht. Was man uns vorwirft, wird seit langem schon bemäkelt: Wir exportieren zu viel und importieren von unseren europäischen Freunden zu wenig. Dafür erwägt Brüssel nun ernsthaft, Deutschland mit einer Milliarden-Strafe zu belegen.
Deutschland soll die Steuern und Sozialabgaben senken, die Löhne erhöhen und viel mehr Geld für Infrastruktur ausgeben, um damit die Binnennachfrage anzukurbeln, so die EU-Forderung. Wie "Deutschland" die Löhne anheben soll, wissen wir nicht recht. Kommt nach dem Mindestlohn bald die zentrale Verordnung aller Gehaltsabschlüsse? So ähnlich wie in der DDR? Offenbar denken die sich das so in Brüssel. Sind die denn bekloppt? Was reitet die? Ja, auf den ersten Blick ziemlich wirres Zeug. Doch wer genauer hinschaut, kommt der Lösung auf die Spur.
Alle diese Maßnahmen wären mit noch mehr Schulden verbunden. Denn würden (wie es vernünftig wäre) Steuersenkungen hier durch Sparmaßnahmen dort ausgeglichen, würde keine zusätzliche "Binnennachfrage" entstehen. Das Ganze wäre dann aus Brüsseler Sicht nutzlos.
Also soll sich Deutschland vor allem stärker verschulden. Wie bitte? Stehen uns die Schulden nicht schon bis zum Hals? Und sehen wir nicht einer Zukunft mit immer weniger Steuer- und Beitragszahlern entgegen, in der uns diese Altschulden über dem Kopf zusammenschlagen?
Sicher, sicher. Aber darum geht es doch gar nicht: Andere Länder haben viel schlimmere Schuldenprobleme. So schlimm, daß nicht mehr sicher ist, ob sie die auch weiterhin und dau-

erhaft bedienen können. Daher hat die globale Finanzwirtschaft immer größere Schwierigkeiten, neue Schuldsklaven aufzutreiben, die man mit weiteren Krediten an die Kette legen kann, ohne daß die einem schlappmachen und Insolvenz anmelden.
Die Deutschen hingegen gelten als folgsam, tüchtig und als zuverlässige Schuldner. Sie nehmen nur leider viel weniger von dem Kredit-Rauschgift, als die Dealer von den globalen Banken es gern hätten. Man könnte mehr aus ihnen herausholen, da sind sich die Goldman-Sachsen dieser Welt einig. Daher schicken sie nun ihre Freunde von der EU vor. Wenn die Germanen den finalen Einzug in den Schuldturm nicht freiwillig antreten, dann zwingen wir sie eben hinein, so die Lösung.
Na gut, das klingt logisch. Aber irgendwann brechen doch auch die Deutschen zusammen, oder? Kann sein, aber bis dahin verdienen Banken und fette "Finanzinvestoren" prächtig. Und bis es kracht, können sie daher in gigantischem Stil Aktien und Land und Gold und alle möglichen anderen Sachwerte zusammenraffen.
Wenn’s dann knallt, die Währungen und Volkswirtschaften zusammenbrechen und das Geld nix mehr wert ist, können sie mit dem Gegenwert ihrer Anlagen ganze Städte für ’n Appel und ’n Ei kaufen, weil alle dringend Geld benötigen oder ihre Hauskredite nicht mehr bedienen können. (Merke: Während man 1948 seine Reichsmark nur zum Bruchteil ihres Nominalwerts in D-Mark getauscht bekam, wurden Immobilienkredite eins zu eins umgestellt.)
Ist es nicht großartig? Wie da alle zusammenarbeiten, wie glatt das alles funktioniert!
Doch was wird aus Europa? Und aus den Deutschen?
Wen interessiert's? Nun, so ganz egal ist das nicht, schließlich will man ja auch nach dem großen Knall irgendwann wieder Bankkredite an sie verkaufen. Sie müssen also fit bleiben, damit sie fleißig arbeiten und erneut kräftig Güter schaffen, die man sich dann später wieder unter den Nagel reißen kann.
Glücklicherweise bemühen sich Gesundheitspolitiker von Union und SPD derzeit um die Einführung einer "Fettsteuer" zur Hebung unserer Arbeitsfähigkeit. Die Hälfte des Mehrwertsteuersatzes auf Lebensmittel (derzeit sieben Prozent) solle aufgeschlagen werden auf Nahrung mit mehr als 275 Kalorien pro 100 Gramm. Das füllt die Kassen und führt uns wieder ein Stückchen näher ans Ideal der umfassenden Erziehungsdiktatur.
Dem Bürger den kompletten Lebenswandel vorzuschreiben, davon träumten einst nur die Grünen. Mittlerweile sind dafür offenbar alle Bundestagsparteien entflammt. Irgendwann kriegen sie auch das mit den zentral befohlenen Lohnsätzen wieder hin wie in der DDR. Wir sind da ganz zuversichtlich.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 30. November 2013: >>**Willkommen in der Neusprech-Diktatur**
Die nächste Stadt ergibt sich dem Neusprech: Auch Halle an der Saale wird bald eine sprachpolizeiliche Verordnung für städtische Veröffentlichungen beschließen. Am vergangenen Mittwoch verwies der Stadtrat einen fraktionsübergreifenden Antrag "zur Vermeidung von Geschlechterstereotypen" in die Ausschüsse.
Da die verbotsfreudigen Fraktionen von Grünen, Linken, SPD und Neuem Forum die Mehrheit im Stadtrat haben und hinter dem Antrag stehen, wird diese Verordnung kommen. Dann werden etwa Wörter wie "Lehrer" und "Lehrerin" verboten und durch "Lehrkraft" ersetzt. Auch das "Rednerpult" wird es nicht mehr geben, es wird daraus das "Redepult". Aus Tagesmüttern werden "Tagesmütter und Tagesväter".
Größter Sprachlenkungsversuch seit Goebbels
Lediglich CDU-Fraktionschef Bernhard Bönisch klagt als einsamer Rufer in der Wüste: "Thema verfehlt, setzen, fünf! Es gibt überhaupt keinen Bedarf für so etwas. Da soll ein Problem gelöst werden, das eigentlich keiner hat." Doch wo die Neusprech-Lobby zuschlägt, hat der gesunde Menschenverstand keine Chance. Denn Halle ist kein Einzelfall. In zahlreichen Städ-

ten wurden bereits sprachpolizeiliche Verordnungen beschlossen, ohne daß dies einer breiten Masse bewußt geworden wäre.
Die Staatsideologie des sogenannten "Gender Mainstreamings" wird von der Europäischen Union (EU) über Bund und Länder bis hinunter auf die kommunale Ebene durchgedrückt. Einen solch breiten Versuch der staatlichen Sprachregelung hat es in Deutschland seit Joseph Goebbels nicht mehr gegeben. Wesentliche Grundlage dafür ist die "Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene" von 2006, finanziert von der EU-Kommission und beschlossen vom "Rat der Gemeinden und Regionen Europas".
Verpflichtung zum Kampf gegen die deutsche Sprache
Inzwischen haben zusammen mit Halle rund 35 deutsche Kommunen diese Charta unterzeichnet, darunter Bonn, Dresden, Frankfurt am Main, Hannover, Heidelberg, Kaiserslautern, Köln, Leipzig, Mainz, Mannheim, Münster, Nürnberg, Stuttgart und Wuppertal. Die Städte haben sich somit dazu verpflichtet, "sprachliche Wendungen … zu bekämpfen …, welche … auf stereotypen Geschlechterrollen für Frauen oder Männer beruhen." Das bedeutet nichts anders als einen Kampf gegen die deutsche Sprache.
Viele Städte haben daraufhin sogenannte "Gleichstellungsaktionspläne" beschlossen, die folglich auch Sprachregelungen enthalten. Die Stadt Köln erweist sich dabei als Hochburg des Neusprech-Karnevals, indem sie in einer Handreichung einen "Würfel für Unentschlossene" anbietet. Diese können sich damit erwürfeln, ob sie lieber "Studenten und Studentinnen", "Studierende", "StudentInnen", "Student_innen" oder "Student*innen" schreiben möchten. Nur das schlichte Wort "Studenten" ist verboten. Außerdem führt Köln neue akademische Grade wie "Dr.in" und "Dipl.-Ing_in" ein. Der Bürgersteig wird - kein Scherz - zum "Bürger_innensteig", das Täterprofil zum "TäterInnenprofil", das Mitarbeitergespräch zum "Mitarbeitendengespräch".
Es wäre zum Lachen, wenn nicht ein systematischer Plan hinter der Sprachlenkung stände. Daher bricht diese Vergewaltigung der deutschen Sprache nicht an ihrer Lächerlichkeit zusammen. Wer beendet daher diesen Blödsinn? Wird die nachfolgende Generation derart behindert sprechen müssen, weil sie es nicht mehr anders, besser kennt? Das ist fürwahr eine gruselige Zukunftsaussicht.
Über Thomas Paulwitz: Historiker und Sprachpfleger, wurde 1973 in Eichstätt geboren und studierte Biologie, Politik und Geschichte in Erlangen. Er ist Gründer der Zeitschrift "Deutsche Sprachwelt" und seither ihr Chefredakteur. 2006 erhielt er den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalismus. Er ist verheiratet und Vater von zwei Kindern.<<
Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtete am 16. Dezember 2013: >>**Geheimbünde**
**Konjunktur in Zeiten historischer Umbrüche**
Sie nennen sich Illuminaten, Freimaurer, Rosenkreuzer oder Skull and Bones. Diese Geheimbünde bestimmen, wenn die Gerüchte über sie stimmen, wahlweise die Geschicke des Vatikans und der Wirtschaft oder sie streben gleich nach der Weltherrschaft.
War es der Haß gegen das verknöcherte jesuitische Bildungssystem? Oder die ungebremste Begeisterung für das, was später Aufklärung genannt wurde? Genau weiß niemand, was den Ingolstädter Philosophen Adam Weishaupt am 1. Mai 1776 dazu bewog, den "Bund der Perfektibilisten" zu gründen, bekannter unter dem Namen "Illuminati".
Der Orden wurde zwar schon zehn Jahre später verboten, seiner atemberaubenden Karriere tat das aber keinen Abbruch. Was wurde den untergetauchten Geheimbündlern nicht alles nachgesagt: daß sie den Aufbau der USA gesteuert hätten; daß sie verantwortlich für die Französische Revolution gewesen seien; daß sie von Außerirdischen gelenkte "Blutsauger" seien, die den Dritten Weltkrieg vorbereiten würden. Humbug, nichts als Humbug! Fehlen dürfen die Illuminati - die Erleuchteten - in Gisela Graichens und Alexander Hesses Buch "Geheimbünde" aber nicht, so wie viele andere bekannte und unbekannte Orden.

*Die üblichen Verdächtigen sind natürlich erst einmal die Freimaurer, aber es soll auch die Illuminaten noch geben, auf jeden Fall gibt es die Rosenkreuzer, wir haben - und das ist einer der spannendsten Geheimbünde - Skull and Bones.*

… erzählt die Hamburger Journalistin Gisela Graichen. Zu den "üblichen Verdächtigen" zählen noch der Mithras-Kult, die Prieuré de Sion, die Terrorloge Propaganda Due, kurz P2, die Templer und einige andere Geheimbünde. Sie alle tauchen auf in den zehn Kapiteln des Buches, das die Autoren chronologisch geordnet haben: Sie beginnen mit den jüngsten und politisch aktiven Orden Skull and Bones, Opus Dei und P2, ältere Orden - die Rosenkreuzer, Templer sowie der Mithras-Kult bilden den Schluß. Eingerahmt sind die gründlich recherchierten Portraits - soweit man "Geheim"-Bünde gründlich recherchieren kann - von einer Einführung ins Thema und einem Kapitel über Verschwörungstheorien.

**Einige Geheimbünde betreiben knallharte Machtpolitik**

*Verschwörungstheorien setzen Gruppierungen und verschwiegene Bünde voraus, die gut organisiert im Geheimen ihr Ziele verfolgen - von angeblichen Mondlandungs- und Alienlügen der NASA, bis hin zur Weltherrschaft, wie sie Freimaurer, Illuminaten oder Skull and Bones anstreben.*

Das ist nicht richtig - Anhänger von Verschwörungstheorien sind keineswegs immer Geheimbündler - richtig ist aber, daß Geheimbünde eine wunderbare Projektionsfläche für Verschwörungstheorien bieten. Ob dabei von außen nach innen projiziert wird oder von innen nach außen, ist häufig nur schwer auszumachen. Zu verschwommen, zu vage sind die Fakten, zu unerklärlich Ziele und Gehabe, eine funktionierende Öffentlichkeitsarbeit ist Geheimbünden naturgemäß fremd. Bei genauem Hinsehen wird ein weiteres Definitionsproblem deutlich: Was genau sind Geheimbünde?

*Man kann sich nicht selbst bewerben, man wird aufgefordert; dann gibt es ein Ritual der Aufnahme, die Initiation, auch die soll geheim gehalten werden; es gibt ein Verbot, darüber zu sprechen, es gibt das Schweigegelübde, man muß auch Gehorsam zeigen, das heißt, man wird ausgestoßen oder man wird auch bestraft …*

… was allerdings auf viele Gruppen und Organisationen zutrifft, auf Sekten, auf die Mafia, ja, selbst die Katholische Kirche hat gemeinsame Schnittmengen mit Geheimbünden - weshalb Dan Brown ja seine Romane gerne im Umfeld des Vatikans ansiedelt. Nun sind einige Geheimbünde Horte ebenso unverständlicher wie harmloser Ideen, der wiederauflebende Mithras-Kult etwa; andere Geheimbünde dagegen betreiben knallharte Machtpolitik:

Die Propaganda Due zählt dazu, ein Netzwerk, das in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts einen Staatsstreich in Italien geplant haben soll, aber auch der schon erwähnte Geheimbund "Skull and Bones", den Studenten im 19. Jahrhundert gegründet haben und der heute ein Netzwerk für konservative Politiker ist. US-Außenminister John Kerry soll Mitglied sein, aber auch Ex-Präsident George W. Bush.

**Der tief verwurzelte Wunsch nach magischem Denken und Geheimnissen**

*Ohne Skull and Bones wäre ein so mittelmäßiger und inkompetenter Politiker wie George W. Bush niemals Präsident der USA geworden …*

… zitiert Graichen aus den Recherchen der amerikanischen Journalistin Alexandra Robbins, *… und wenn Sie bedenken, daß 2004 die beiden sich ja als Präsidentschaftskandidaten gegenüberstanden, Bush für die Republikaner und für die Demokraten Kerry, und beides Skull-and-Boner sind, und die sich dann abends in ihren geheimen Orten, wo man sich da trifft, sie haben eine eigene Insel mit Gebäuden, die unzugänglich für Nichtmitglieder sind, da kommt man sich doch veralbert vor, um es vorsichtig zu formulieren, wenn da zwei sich streiten, und es ist alles nur Show.*

Die Autoren - neben Graichen und Hesse haben noch Holger Diedrich, Jürgen Sarnowsky und Heike Schmidt Texte beigesteuert - beschreiben, welche Bedürfnisse Geheimbünde bedienen:

etwa den tief verwurzelten Wunsch nach magischem Denken und Geheimnissen und die Sehnsucht, einer elitären Gruppe anzugehören, die sich außerhalb der von NSA und BND überwachten Gesellschaft bewegt. Und somit haben Geheimbünde immer Konjunktur, besonders aber in Zeiten historischer Umbrüche, meint Gisela Graichen.
*Das ist die Zeit des zusammenbrechenden Römischen Reiches mit den Mysterienkulten, wir sehen die Aufklärung, typisches Beispiel, Goethe war Freimaurer und Illuminat, Lessing, Schiller, die waren alle Freimaurer, die Zeiten der Französischen und Amerikanischen Revolution, George Washington war Freimaurer, und vor dem Ersten Weltkrieg und heute wieder - es sind Zeiten der Unsicherheit, und wir sind eindeutig auch heute in schwankenden Verhältnissen, wo man nicht weiß, wo soll ich mich festhalten?*
"Geheimbünde" von Gisela Graichen und Alexander Hesse ist gut lesbar, manchmal etwas reißerisch, was aber der Tatsache geschuldet ist, daß es das Begleitbuch zum gleichnamigen Dreiteiler ist, den das ZDF im Januar 2014 ausstrahlt. Wer die Parallelwelten von Geheimbünden kennenlernen möchte, kommt an diesem Buch nicht vorbei.
Gisela Graichen und Alexander Hesse: Geheimbünde, Freimaurer und Illuminaten, Opus Dei und Schwarze Hand. 384 Seiten aus dem Rowohlt Verlag …<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 21. Dezember 2013: >>**100 Jahre Notenbank**
**Mit der Finanzkrise kippte das Image der Fed**
Seit der nebulösen Gründung der Fed vor 100 Jahren ranken sich um die US-Notenbank wilde Verschwörungstheorien. Kritiker halten sie für einen Handlanger der Wall Street. Und sie tut nur wenig dagegen.
Die Geschichte der mächtigsten Notenbank der Welt beginnt mit einer Geheimmission. In einer Novembernacht im Jahr 1910 treffen sich acht Männer auf einem verlassenen Bahnsteig der Kleinstadt Hoboken, wenige Kilometer von Manhattan entfernt. Einer von ihnen, Senator Nelson Aldrich, hat die Gruppe auf große Vorsicht eingeschworen: Redet mit niemandem auf dem Weg, schüttelt die Reporter ab, und sagt euren Familien, ihr fahrt auf Entenjagd!
Unbemerkt von der Öffentlichkeit gelangen die Männer an den Bahnsteig und besteigen den privaten Eisenbahnwagen von Aldrich. In der Dunkelheit der Nacht tritt der Zug seine Reise an, 1.300 Kilometer nach Süden bis in die Küstenstadt Brunswick im US-Bundesstaat Georgia. Von dort setzen die Männer mit einem Schiff nach Jekyll Island über.
Auf der kleinen Insel liegt der exklusive Jekyll Island Club, in dem sich sonst die reichsten Menschen der Welt zum Jagen, Golfen und Reiten treffen. Die nächsten zehn Tage aber gehört die Insel ganz den acht Männern, die sich nur mit ihren Vornamen ansprechen werden. Die Bediensteten sollen keinen Hinweis bekommen, wer dort von morgens bis abends im Salon tagt.
Gemeinsam entwerfen sie die Blaupause einer bundesweiten Notenbank für die USA. Es soll zwar noch drei Jahre dauern, aber dann wird der Plan dank Aldrichs emsigem Strippenziehen mit geringen Änderungen vom Kongreß verabschiedet. Am 23. Dezember 1913 setzt US-Präsidenten Woodrow Wilson den Federal Reserve Act offiziell in Kraft.
**Notenbank ist nicht an Transparenz gelegen**
Gegner der Federal Reserve (Fed) reiben sich bis heute an der nebulösen Gründung und der intransparenten Struktur der Zentralbank auf. Wie kann eine der wichtigsten Institutionen der Neuzeit auf einem Geheimplan fußen statt auf einem demokratischen Prozeß? Und sind nicht die Gründerväter Beweis genug, daß die Fed niemals dem Volk der USA, sondern nur der Wall Street dienen sollte?
Heute sind diese Fragen wieder aktueller denn je. Die Fed hat in den vergangenen 100 Jahren wenig dafür getan, ihr Image zu verbessern. Gerade in der Finanzkrise bewies die Notenbank erneut, daß ihr keineswegs an Transparenz gelegen ist. Stoisch weigerte sich der amtierende Fed-Chef Ben Bernanke, Details zu den Rettungspaketen für die Finanzbranche zu veröffent-

lichen. Und auch Bernankes expansive Geldpolitik hilft der Wall Street mehr als den Steuerzahlern.
Die Steuerzahler hatten die Männer 1910 vermutlich auch nicht im Blick, als sie zu ihrer nächtlichen Zugfahrt aufbrachen. Erst viele Jahre nach dem Geheimtreffen sollte die Öffentlichkeit über die Details der Konferenz auf Jekyll Island unterrichtet werden. Heute weiß man, wer zusammen mit Senator Aldrich die Operation Entenjagd durchzog:
Es waren Arthur Shelton, Aldrichs persönlicher Sekretär, A. Piatt Andrew, Staatssekretär im Finanzministerium, Frank A. Vanderlip, Chef der National City Bank of New York - heute bekannt als Citibank -, Benjamin Strong und Henry P. Davidson, beides enge Vertraute des Bankenmoguls J. P. Morgan, Charles D. Norton, Chef der ebenfalls von J. P. Morgan dominierten First National Bank, sowie Paul M. Warburg vom einflußreichen deutschen Bankhaus M. M. Warburg & Co., der durch Heirat gleichzeitig mit dem New Yorker Investmenthaus Kuhn, Loeb& Co. verbandelt war.
Senator Aldrich fungierte als Vorsitzender der Kongreß-Kommission zur Reform des amerikanischen Währungssystems. Gleichzeitig war auch er eng mit der Hochfinanz verbunden. Seine Tochter hatte er mit John D. Rockefeller Jr. verheiratet, dem einzigen Sohn des seinerzeit reichsten Mannes der Welt.
Gemeinsam repräsentierten die acht Männer auf Jekyll Island ein Viertel des weltweiten Reichtums. Der Vorwurf liegt also nah, daß sie nicht unbedingt das Allgemeinwohl im Auge hatten.

**"Ich habe mein Land betrogen"**

Die Abgeordneten des Kongresses hatten es aber durchaus im Sinn, als sie Aldrich 1908 als Kommissionspräsident für ein stabileres Währungssystem einsetzten. Ein Jahr zuvor hatte ein Börsencrash eine schwere Rezession ausgelöst. Viele Bankhäuser brachen zusammen, weil die USA nicht über eine Zentralbank verfügten, die die Institute hätte retten könnten. Statt dessen beauftragten die einzelnen Bundesstaaten unzählige private Banken damit, Geld zu drucken und in Umlauf zu bringen. In anderen Ländern wie dem Deutschen Reich oder Großbritannien gab es bereits nationale Notenbanken, die als "Lender of Last Resort" in Extremsituationen mit Krediten einspringen konnten.
Weil im Kongreß keine Einigung zustande kam, brach Aldrich 1910 mit seinen sechs Komplizen zu der Geheimoperation auf. Um das Gesetz später im Parlament durchsetzen zu können, mußte Aldrich die Macht seiner reichen Verbündeten ausspielen. Der amtierende, republikanische Präsident William Howard Taft galt als Gegner des Aldrich-Plans. Mit tatkräftiger Unterstützung der Hochfinanz gewann schließlich der farblose Demokrat Woodrow Wilson die Präsidentschaftswahl im Jahr 1913.
Einen Tag vor Heiligabend, als die meisten Abgeordneten längst in den Weihnachtsferien weilten, unterschrieb Wilson den Federal Reserve Act. Überlieferungen zufolge hat er diese Entscheidung Zeit seines Lebens bereut. Auf dem Sterbebett soll er gesagt haben: "Ich habe mein Land betrogen." Das Schicksal der Nation liege fortan "in den Händen einiger weniger Männer". Damals konnte Wilson nicht wissen, daß die Fed in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur führenden Zentralbank des Globus aufsteigen sollte. Zwei Drittel aller Dollar-Scheine befinden sich heute im Ausland.
Gerade wegen ihrer dominanten Stellung erhitzt die ungewöhnliche Struktur der Fed bis heute die Gemüter der Verschwörungstheoretiker. Anders als die Europäische Zentralbank, die Bundesbank oder die Bank of England ist die Fed keine staatliche Institution.
Das Federal Reserve System besteht aus zwölf regionalen Zentralbanken, die privatwirtschaftlich geführt werden. Besitzer dieser Zentralbanken sind rund 3.000 private Mitgliedsbanken. Sie entscheiden auch, wer sechs der neun Sitze in den jeweiligen Führungsgremien der regionalen Fed-Banken besetzt. Der Einfluß der Finanzbranche auf die US-Zentralbank ist

damit weltweit einzigartig.

**Fed in der Zwitterrolle**

Dabei übt der Staat allerdings ebenfalls Kontrolle auf die Fed aus. Der Fed-Chef und die anderen sechs Mitglieder des Board of Governeurs der Fed werden durch den US-Präsidenten ernannt und vom Kongreß bestätigt. Aufgabe des Boards ist es, die regionalen Fed-Banken zu überwachen. Gleichzeitig haben die Board-Mitglieder auch die Mehrheit im zwölfköpfigen Offenmarktausschuß der Fed, der die geldpolitischen Leitlinien, die Geldmenge und den Leitzins festsetzt. Neben den sieben Board-Mitgliedern sitzen fünf Regionalbankchefs im Offenmarktausschuß. Vier von ihnen rotieren im Wechsel. Der Chef der Federal Bank of New York, der die Interessen der Wall Street vertritt, ist dagegen ein ständiges Mitglied.

Im Vergleich zur EZB hat die Fed also eine Zwitterrolle. Sie handelt im Auftrag nicht nur der Steuerzahler, sondern auch der Finanzbranche. Noch komplexer wird ihre Funktion, da sie - anders als die EZB - nicht nur dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet ist. Die US-Zentralbank soll auch das Wachstum der Wirtschaft ankurbeln und für maximale Beschäftigung sorgen. Pikanterweise soll sie außerdem die Banken regulieren - und damit ihre Eigentümer überwachen.

Die Fed ist Diener vieler Herren, gleichzeitig ist sie längst nicht so unabhängig wie die EZB. Ihre Eigenständigkeit wird nur durch ein einfaches Gesetz garantiert, das der Kongreß jederzeit ändern könnte. Die Unabhängigkeit der EZB ist dagegen im EU-Vertrag festgeschrieben. Er kann nur mit der Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten und deren Parlamente geändert werden. Ihre Gewinne schüttet die EZB vollständig an die Mitgliedstaaten aus. Die Fed überweist dagegen zwar das Gros der Profite an das Finanzministerium, ein Teil geht allerdings auch an die Banken.

Weil die Fed keine Bundesbehörde ist, muß sie wesentlich weniger transparent über ihre Geschäfte berichten. Zwar hat sie mit dem Government Accountability Office (GAO) einen staatlichen Aufseher, dem aber enge Grenzen gesetzt sind.

**Greenspan für Finanzkrise verantwortlich gemacht**

In den vergangenen Jahren ist das Mißtrauen gegenüber der weitgehend unkontrollierten Macht der US-Zentralbank gewachsen. Gerade in den 19 Jahren unter dem Fed-Chef Alan Greenspan habe sich die Notenbank gefährlich oft vor den Karren der Wall Street spannen lassen, monieren Experten. Greenspan führte von 1987 bis 2006 die Geschäfte der Federal Reserve. Viele Ökonomen und Politiker machen den 87-Jährigen heute für die Finanzkrise verantwortlich.

Auch die offizielle Untersuchungskommission der US-Regierung gibt Greenspan und den unter ihm umgesetzten Deregulierungen die Hauptschuld für die Krise. In seiner Amtszeit habe die Fed "unter dem Druck der Finanzindustrie jegliche Schutzmechanismen entfernt, die hätten helfen können, die Katastrophe zu verhindern", schrieb die Kommission in ihrem Abschlußbericht 2010. Auch Greenspans stoische Niedrigzinspolitik wird von vielen letztlich als Dienst für die Wall Street gesehen. Die Investmentbanker wollten nicht, daß die Party an den Aktienmärkten aufhört. Der niedrige Leitzins könnte gleichzeitig einer der Gründe gewesen sein, warum es zu der Blase am Immobilienmarkt kommen konnte.

Greenspan bestreitet die Vorwürfe. Seiner Meinung nach hatte der Aufschwung von Ländern wie China oder Rußland nach dem Ende des Kalten Krieges zu einem sprunghaften Anstieg der Sparaufkommen geführt. Dies habe die langfristigen Zinsen in die Höhe schießen lassen. "Durch den Boom in den Schwellenländern haben sich die langfristigen Zinsen von den kurzfristigen abgekoppelt", sagte Greenspan Anfang November der "Welt am Sonntag". Als die Fed 2004 angefangen habe, den Leitzins anzuheben, seien die langfristigen Zinsen trotzdem weiter gesunken. "Wir konnten nichts tun."

Für seinen Mangel an Selbstkritik hat Greenspan viel Häme einstecken müssen. Der US-

Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman bezeichnete ihn kürzlich als "schlechtesten Ex-Notenbankchef der Welt". Greenspan-Freunde halten dagegen, die Weltwirtschaft habe der Fed viel zu verdanken. Schließlich erlebten die USA in den vergangenen 100 Jahren nur drei große Wirtschaftskrisen. In den 100 Jahren davor waren es dagegen zwölf, stellten die US-Ökonomen Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff in Untersuchungen zur Finanzkrise fest.

**Fed war einst auf einem Imagehoch**

Der Verdruß über die Fed wird immer in jenen Zeiten laut, in denen die Wirtschaft nicht brummt. Während der Greenspan-Ära war die Fed auf einem absoluten Imagehoch. Ihr haftete eine Art Unfehlbarkeitsnimbus an, der Präsident wurde als omnipotenter und beinahe allwissender "Maestro der Märkte" verehrt. Die frisch gegründete EZB und ihr erster Präsident Wim Duisenberg galten dagegen als viel zu rückwärtsgewandt und langsam.

Mit der Finanzkrise kippte das Image der Fed. Bei einer Gallup-Umfrage im Juli 2009 fanden nur 30 Prozent der US-Bürger, daß die Zentralbank ihre Aufgaben gut erfülle. Von neun bewerteten US-Behörden landete sie damit auf dem letzten Platz - selbst das Finanzamt IRS war mit 40 Prozent Zustimmung beliebter. Vier Jahre später sind die Ergebnisse kaum besser. Im Mai 2013 konnte die Fed mit 33 Prozent Zustimmung unwesentlich zulegen, immerhin hat sie es wieder knapp vor das Finanzamt auf den vorletzten Platz geschafft.

Auch während der Amtsjahre von Greenspans Nachfolger Bernanke gab sich die Fed reformresistent. Nachdem das Investmenthaus Lehman Brothers im September 2008 Pleite ging, stattete Bernanke die übrigen Banken bereitwillig mit Billionen von Dollar aus. Die US-Nachrichtenagentur Bloomberg forderte Bernanke im Jahr 2008 auf, die genaue Summe zu veröffentlichen.

Doch der Notenbanker hielt Transparenz auch dieses Mal für überbewertet. Die Fed sei keine Bundesbehörde und daher nicht zur Auskunft verpflichtet. Würde er veröffentlichen, welche Banken nur wegen der Fed-Kredite noch ihre Rechnungen begleichen könnten, "stigmatisiere" das die Institute. Die Folgen der Geheimniskrämerei waren abenteuerlich. Im November 2008 berichtete die Bank of America beispielsweise ihren Aktionären, sie habe eine der stärksten Bilanzen der Welt. Sie vergaß zu erwähnen, daß sie bei der Fed mit 86 Milliarden Dollar in der Kreide stand.

Diese Information gelangte nur ans Licht, weil Bloomberg Klage einreichte. Heute weiß man, wie viel Geld die Fed von 2007 bis 2010 in den internationalen Bankensektor pumpte: sagenhafte 16,1 Billionen Dollar. Zum Vergleich: Im Jahr 2012 betrug das Bruttoinlandsprodukt der USA rund 15,7 Billionen Dollar.

Im US-Kongreß gibt es nur wenige Politiker, die sich über diesen Fakt öffentlich echauffierten. Einer davon ist der Republikaner Ron Paul, der bis Anfang 2013 für Kentucky im Repräsentantenhaus saß. 2012 verabschiedete das Repräsentantenhaus unter seiner Führung einen Gesetzesentwurf, nach dem die Fed durch den Kongreß strenger überwacht werden sollte. Das Gesetz schaffte es jedoch nie durch den Senat.

**Kurswechsel ist nicht in Sicht**

Die Vermutung liegt nahe, daß die wenigsten Politiker in den USA den Mut besitzen, sich mit den Interessen der Wall Street anzulegen. Schließlich kommt von dort ein Großteil der Spendengelder für ihre Wahlkampfkassen. Außerdem lenkt die Fed auch ein wenig von der Dysfunktionalität der politischen Klasse in Washington ab. Weil sich Demokraten und Republikaner seit Jahren im Kongreß gegenseitig blockieren, blieben dringend nötige Reformen auf der Strecke.

Daß die US-Wirtschaft trotzdem wieder wächst, ist auch der expansiven Geldpolitik zu verdanken. Seit 2008 liegt der Leitzins beim historischen Niedrigstand von null bis 0,25 Prozent. Darüber hinaus pumpt die Fed seit fünf Jahren durch ihre Anleihenkaufprogramme Geld in den Markt - insgesamt hat sie seit Dezember 2008 mehr als vier Billionen Dollar Staatsan-

leihen und Hypothekenpapiere aufgekauft.
Experten kritisieren, diese Maßnahmen stünden in keinem Verhältnis zu dem Nutzen für die Volkswirtschaft. Einer Berechnung des Investors Pimco zufolge haben die über vier Billionen Dollar den USA nur einen Wachstumsschub von mickrigen 0,25 Prozent gebracht.
Für großes Aufsehen unter Fed-Kritikern sorgte ein vor zwei Wochen veröffentlichter Gastbeitrag im "Wall Street Journal". Der Autor Andrew Huszar leitete 2009 und 2010 bei der Fed das Anleihenrückkaufprogramm. Der Artikel beginnt mit den Worten: "Ich kann nur sagen: Es tut mir leid, Amerika." Offiziell betone die Fed zwar stets, mit den Anleihenkäufen sollten die Kreditkosten für Haushalte und Unternehmen gesenkt und die Wirtschaft angekurbelt werden. Doch das sei eine Lüge: "Trotz der Rhetorik der Fed hat mein Programm überhaupt nicht geholfen, Amerikanern Zugang zu Krediten zu geben."
Statt dessen habe nur die Wall Street profitiert. Die Banken konnten dank höherer Anleihepreise ihre Bilanzen aufbessern und strichen fette Kommissionen für die Kaufprogramme von der Fed ein. "Das Programm ist das größte Rettungsprogramm für die Wall Street der Geschichte, verschleiert durch die Hintertür", schreibt Huszar. Und in der Fed seien die Funktionäre heutzutage nur noch an der Reaktion der Wall Street interessiert, nicht aber an den Folgen für die Steuerzahler.
Ein Kurswechsel ist nicht in Sicht. Im Januar tritt die langjährige Fed-Vizechefin Janet Yellen die Nachfolge von Bernanke an. Von ihr werden keine großen Überraschungen erwartet. Vermutlich wird sie noch lange an Bernankes expansiver Geldpolitik und den niedrigen Zinsen festhalten. Die Wall Street will es so.<<
Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 23. Dezember 2013: >>**US-Notenbank Fed vor 100 Jahren gegründet: Kind der Panik**
Am 23. Dezember 1913 wurde die Federal Reserve gegründet - gegen viel Widerstand. Die amerikanische Notenbank ist bis heute umstritten.
Eigentlich mag Amerika keine Banken. Trotz, oder gerade wegen der Macht der Wall Street zieht sich durch die US-Geschichte eine mächtige Tradition des Mißtrauens gegenüber Banken und Börsen. "Ich glaube, daß Bankinstitute eine größere Gefahr für unsere Freiheiten darstellen, als stehende Heere", sagte Thomas Jefferson, der Hauptautor der Unabhängigkeitserklärung. Das erklärt, warum die Vereinigten Staaten erst vor 100 Jahren, und damit viel später als andere Industrieländer, eine Zentralbank bekamen. Noch heute können sich rechte Anhänger der Tea-Party-Bewegung und linke Demonstranten von "Occupy Wall Street" auf die Parole einigen: "End the Fed" - "Schafft die Federal Reserve ab".
Als der demokratische Präsident Woodrow Wilson am 23. Dezember 1913 im Weißen Haus den "Federal Reserve Act" unterzeichnete, konnte sich niemand vorstellen, daß er damit die Grundlage für eine der mächtigsten Institutionen der Welt gelegt hatte. Daß die Fed überhaupt gegründet werden konnte, war das Ergebnis der Finanzkrise von 1907, eine der schwersten, die Amerika bis dahin erlebt hatte. Am 22. November 1907 war der Finanztrust Knickerbocker in New York zusammengebrochen.
Die Pleite löste eine Panik aus, die das gesamte Finanzsystem zu erfassen drohte. Angesichts der Gefahr brachte der damals mächtigste Mann der Wall Street, John Pierpont Morgan, seine Mitbanker dazu, Geld ins System zu pumpen und Vertrauen zu schaffen. Aber den meisten Finanzleuten war klar, daß man sich in Zukunft auf einen J. P. Morgan nicht würde verlassen können. Man brauchte einen "lender of last resort", eine Institution, die im Notfall als Kreditgeber bereit stand.
Anders als die Deutsche Bundesbank oder die Europäische Zentralbank (EZB) wurde die Fed also gegründet, um Finanzkrisen abzuwenden - einer der Gründe, warum deren DNS bis heute anders ist.
Im Jahr darauf berief der Kongreß eine "Nationale Währungskommission", die nach einer

Lösung des Problems suchen sollte. Vorsitzender war der republikanische Senator Nelson Aldrich aus Rhode Island, sein wichtigster Berater der in Hamburg geborene Banker Paul Warburg. Nach ausgiebigen Reisen, unter anderem zur Bank von England und zur Deutschen Reichsbank, legte die Aldrich-Kommission einen Plan vor: Die USA sollten ein dezentrales System privater Reservebanken bekommen. Das hätte nichts anderes bedeutet, als daß Wall Street sich selbst reguliert. Dagegen erhob sich im Kongreß ein Proteststurm, und nach der Wahl vom November 1912 war der Plan Makulatur. Wahlsieger Wilson stand in der Tradition von Thomas Jefferson - er wollte die Banken im Zaum halten.

So wurde der Federal Reserve Act schließlich ein Kompromiß zwischen Wall Street und Jefferson. Das Gesetz teilte die USA in zwölf Bezirke auf. Für jeden Bezirk war eine private Federal Reserve Bank zuständig. Über allem saß in Washington das Federal Reserve Board, der politisch bestimmte Verwaltungsrat. Woodrow Wilson baute auf diese Weise ein Stück Gewaltenteilung zwischen Finanzsektor und Politik ein, das in Deutschland fremd ist.

Die Gründung der Fed hatte auch ein tragisches Element: Als deren erster Präsident, Charles Hamlin, sein Amt am 10. August 1914 antrat, gab es die Welt nicht mehr, für die die Fed gemacht war. Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges am 1. August standen Geld- und Währungspolitik unter dem Diktat der Kriegsfinanzierung, erst recht nach dem 6. April 1917, als die USA selbst in den Krieg eintraten.

Die neue Institution hatte keine Gelegenheit, zu üben. Ein Problem war zum Beispiel der offene Machtkampf zwischen dem Board und der Federal Reserve Bank of New York. Der führte dazu, daß die Fed dem ungezügelten Börsenboom der Zwanziger Jahre viel zu lange tatenlos zusah, dann aber, als die Krise ausgebrochen war, die taumelnde Wirtschaft nicht genügend mit Geld versorgte. Der berühmte Ökonom und Nobelpreisträger Milton Friedman (1912-2006) erklärte in seiner "Geldgeschichte der Vereinigten Staaten" die Fed zum Hauptschuldigen an der Weltwirtschaftskrise.

Wie wichtig diese Erfahrung für die Notenbank bis heute ist, macht eine Episode aus dem Jahr 2002 deutlich. Während einer Veranstaltung anläßlich des 90. Geburtstags von Friedman in Chicago, sagte Ben Bernanke, damals noch einfacher Notenbank-Gouverneur: "Was die Große Depression betrifft: Sie haben recht, wie haben das verbrochen. Es tut uns sehr leid. Aber dank Ihnen werden wir es nicht wieder tun." Auch Bernankes aggressive und umstrittene Politik der Geldmengenausweitung nach der Finanzkrise von 2008 erklärt sich zumindest teilweise aus der schwierigen Geschichte der Fed.

**Die Politisierung der Fed hatte einen Preis**

Die Weltwirtschaftskrise und der New Deal von Präsident Franklin D. Roosevelt änderten das Machtgefüge innerhalb der Fed grundlegend: Die regionalen Banken verloren an Einfluß, die Zentrale in Washington zog immer mehr Befugnisse an sich. Am wichtigsten waren dabei die Offenmarktgeschäfte, also das Recht, Wertpapiere an der Börse zu kaufen und zu verkaufen, um so die Zinsen zu beeinflussen.

Bis dahin war die New Yorker Bank für diese Operationen zuständig, das Bankengesetz von 1933 installierte nun einen "Offenmarktausschuß " in Washington. Wenn heute Medien berichten, "die Fed" habe etwas entschieden, dann ist meist der Offenmarktausschuß gemeint. Ausdruck des neuen Selbstbewußtseins der Fed-Zentrale ist das wuchtige "Eccles Building" an der Constitution Avenue, das Präsident Roosevelt 1937 einweihte und in dem die Fed bis heute ihren Sitz hat.

Die Politisierung der Fed hatte allerdings einen Preis, und der mußte nach dem Krieg bezahlt werde. Der Ökonom Allan Meltzer, Autor einer zweibändigen Geschichte der Fed, sieht den zweiten großen Fehler in deren Geschichte darin, daß sie die "Große Inflation" zugelassen hat. Gemeint ist damit die Phase von 1965 bis 1984, in der die Teuerungsrate in den USA auf bis zu 13,7 Prozent stieg. Historiker verweisen meist darauf, daß das Geld deshalb seinen Wert

verlor, weil die USA den Vietnamkrieg und die Reformen der "Großen Gesellschaft" von Präsident Lyndon B. Johnson auf Pump finanzierten.
Das ist nicht falsch, aber auch keine Erklärung. Entscheidend war die Politik der Fed, die, so Meltzer, "darauf hinauslief, daß die Notenbank die Defizite des Staates finanzierte". Schuld daran sei die Theorie, wonach Finanz- und Geldpolitik koordiniert werden müßten, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.
Tatsächlich erhielt die Fed während der Inflationszeit ihr bis heute geltendes "doppeltes Mandat": Nach einer Gesetzesänderung von 1977 muß die Fed sich nicht nur um stabile Preise, sondern auch um "maximale Beschäftigung" und "moderate langfristige Zinsen" kümmern. Bis heute sorgt dieses doppelte Mandat für Streit. Linke Kritiker, wie der Nobelpreisträger Paul Krugman, werfen der Fed vor, das Mandat nicht konsequent zu verfolgen, Monetaristen wie Allan Meltzer halten das Mandat schon im Ansatz für falsch.
In der Praxis bestand die "Koordination" mit der Finanzpolitik einfach darin, daß Politiker Druck auf die Fed ausübten, die Zinsen zu senken. Wenige waren in diesem Punkt allerdings so unverfroren wie Richard Nixon. Der sagte am 10. Oktober 1971 zum damaligen Fed-Präsidenten Arthur Burns: "Ich möchte diese Stadt (Washington) nicht vorzeitig verlassen." Auf Deutsch: Ich möchte im nächsten Jahr wiedergewählt werden und dazu kann ich keine Rezession brauchen. Also senke bitte die Zinsen. Burns parierte.
Ende der Siebzigerjahre kam dann die überfällige Korrektur: Präsident Jimmy Carter erkannte, daß die USA in einer "Vertrauenskrise" steckten und berief den damaligen Präsidenten der New Yorker Federal Reserve Bank, Paul Volcker, an die Spitze der Fed. Volcker war entschlossen, die Inflation zu brechen. Er ließ den Leitzins zeitweise auf 20 Prozent steigen. Das Ergebnis war die schwerste Rezession, die die USA bis dahin nach dem Zweiten Weltkrieg erlebt hatten, die Arbeitslosenquote stieg auf elf Prozent.
Das kostete Jimmy Carter die Wahl 1980 und der konservative Revolutionär Ronald Reagan zog ins Weiße Haus ein. Bezeichnenderweise stellte sich nicht nur Carter gegen Volcker, als die Kosten des Kampfes gegen die Inflation klar wurden, sondern auch Reagan. Dieser war entgeistert, weil Volcker die Staatsdefizite nicht bereitwillig finanzierte, die seine Steuersenkungen verursachten. Es dauerte Jahre, bis Reagan und Volcker Frieden schlossen. Der Erfolg gab dem sturen Fed-Chef recht: Die Inflation war besiegt und Volckers Nachfolger Alan Greenspan konnte in den Neunzigerjahren über den längsten Aufschwung der US-Geschichte wachen.
Die guten Jahre der Fed, so Allan Meltzer, endeten 2003. "Damals gelang es der Wall Street, Greenspan davon zu überzeugen, daß die Gefahr einer Deflation drohte. Das stimmte nicht, aber es führte dazu, daß die Geldpolitik zu lange expansiv blieb und den Immobilienboom nährte." Das Ergebnis waren die Finanzkrise und die Rezession, mit deren Folgen die Welt bis heute zu kämpfen hat. Der scheidende Fed-Chef Ben Bernanke hinterläßt seiner Nachfolgerin Janet Yellen eine Notenbank, deren Bilanzsumme sich als Folge der Krisenpolitik von 800 Milliarden auf 3,8 Billionen Dollar vervielfacht hat.
Viele Sparer fragen sich heute: Wann werden diese unfaßbaren Summen zu Inflation werden? Die Geschichte der Fed legt eine Antwort nahe: Alles hängt von der Persönlichkeit des Mannes oder der Frau an der Spitze der Fed ab. In diesem Fall von Yellen. Ist sie bereit, ihren Job zu riskieren, um das Richtige durchzusetzen, selbst wenn das sehr unpopulär ist, dann kann die Inflation eingedämmt werden. Letztlich kann sie aber nur Erfolg haben, wenn sie die Rückendeckung des Präsidenten hat. Insofern ist die Inflationsgefahr keine ökonomische, sondern eine politische Frage.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 23. Dezember 2013: >>**Die Kreatur**

**von Jekyll Island**

Bilderberger, Trilaterale Kommission oder die Group of Thirty - sie alle sind legendenumwoben, doch keine Institution ist zugleich so mächtig wie das hundertjährige Federal Reserve System (Fed) - die Notenbank der USA. Dabei verlief das Gesetzgebungsverfahren für den Federal Reserve Act transparent ab. Beide Kammern des US-Kongresses stimmten nach monatelangen Anhörungen und Abstimmungen mit überwältigender Mehrheit zu. Am 23. Dezember 1913 setzte der demokratische Präsident Woodrow Wilson das Gesetz mit seiner Unterschrift in Kraft.

Weit weniger durchsichtig ist die Vorgeschichte der Fed. Der US-Dollar war bereits seit 1785 die Währung der Vereinigten Staaten. Bis 1811 fungierte die private First Bank of the United States in Philadelphia als Notenbank. Ihr folgte die zu einem Fünftel in Regierungsbesitz befindliche Second Bank, die 1836 - nach Betrugs- und Korruptionsaffären - ihren Notenbankstatus verlor und 1841 liquidiert wurde.

**Schwankendes Vertrauen in den Papierdollar**

Der staatliche Finanzbedarf im 1861 ausgebrochenen Bürgerkrieg beendete dann die "Free Bank"-Ära und beförderte in den Jahren bis 1864 die Legal Tender und National Bank Acts zur Schaffung von US-Nationalbanken. Sie durften vom US-Finanzministerium abgesicherte und gedruckte grüne Banknoten ausgeben - aus 150 Millionen wurden bald 450 Millionen Dollar in "Greenbacks".

Das verfolgte Ziel einer einheitlichen Währung in allen Bundesstaaten wurde damit erreicht - doch das Vertrauen in den Papierdollar schwankte stark. Auf den Bürgerkrieg folgten Krisen und Bankzusammenbrüche. Der Gold Standard Act von 1900 verordnete schließlich einen Fixkurs von 20,67 Dollar pro Feinunze (31,1 Gramm). Doch die Börsenkrisen nahmen kein Ende.

Das durch Gerüchte befeuerte Ende der Knickerbocker Trust Company und die darauffolgende legendäre "Bankers' Panic" vom Herbst 1907 überzeugten wichtige US-Politiker davon, was Bankchefs wie der aus Frankfurt/Main stammende Jacob Schiff (Kuhn, Loeb & Co.) seit Jahren energisch forderten: wie in den europäischen Ländern einer Zentralbank die Kontrolle über die Kreditbeschaffung zuzugestehen.

**Geheimtreffen mit Großbankern**

Der Kongreß berief zur Vorbereitung 1908 die National Monetary Commission, die bis 1912 unter Leitung des republikanischen Senatsführers Nelson Aldrich 30 Reporte erstellte. Zugleich untersuchte der Wirtschaftsanwalt Samuel Untermyer für das Pujo-Komitee den Einfluß des "Money Trust" auf die Wirtschaft. Das entscheidende Geheimtreffen fand allerdings weit ab von Washington statt, auf einer Insel vor der Küste Georgias:

Im November 1910 trafen sich im Jekyll Island Club Senator Aldrich (Schwiegervater von John Rockefeller jr.) und Vizefinanzminister Piatt Andrew mit fünf Großbankern: Henry Davison (JP Morgan), Charles Norton (First National Bank of New York, heute Citigroup), Benjamin Strong (Bankers Trust/JP Morgan), Frank Vanderlip (National City Bank/Rockefeller) und Paul Warburg (Kuhn, Loeb & Co., 1977 von Lehman Brothers übernommen).

Warburg, der in Hamburg geborene Sproß einer Bankendynastie, hatte bereits Jahre zuvor Pläne einer Zentralbank ausgearbeitet. Details des Treffens verarbeitete der US-Autor Eustace Mullins 1954 in seinem umstrittenen Buch "The Secrets of The Federal Reserve". G. Edward Griffin von der rechtslibertären John Birch Society konzentriert sich in seiner Analyse der "Kreatur von Jekyll Island" vor allem auf die wirtschaftspolitischen Aspekte.

Doch das Fed-Gesetz, das Untermyer entscheidend mitformulierte, mußte zunächst warten. Präsident William Taft, der mit 90 Anti-Trust-Regulierungen dem US-"Big Business" Einhalt gebieten wollte, widersetzte sich den Jekyll-Island-Plänen. Der Republikaner leistete jedoch indirekte Vorarbeit: Mit dem unter ihm eingeführten 16. Zusatzartikel zur US-Verfassung er-

hielt der Kongreß das Recht, Bundeseinkommensteuern zu erheben. Das erleichterte es, die Geldhoheit an die Privatbanken zu delegieren.

**Rettungsanker für private Banken**

Mit Wilsons Einzug ins Weiße Haus stand dem Fed-Gesetz nichts mehr entgegen. Ab 1914 entstand das System aus zwölf Regionalbanken und einem Fed-Verwaltungsrat (Board of Governors) mit sieben Mitgliedern. Sie werden vom US-Präsidenten ausgewählt und vom Senat ernannt. Erster Fed-Chef war Vizefinanzminister Charles Hamlin. Benjamin Strong wurde Präsident der New Yorker Fed, der mächtigsten Regionalbank, die den Handel mit US-Staatsanleihen abwickelt und einen Großteil der Goldreserven einlagert. Seit 2009 hat William Dudley (zuvor Goldman Sachs) diesen Posten inne, weil Vorgänger Timothy Geithner als Barack Obamas Finanzminister in die Politik zurückkehrte.

Trotz des Staatseinflusses ist das Fed-System keine Staatsbank. Alle US-Banken, die national tätig sind, müssen sich laut Gesetz dem Fed-System anschließen. Etwa ein Drittel der privaten Geschäftsbanken sind derzeit Fed-Aktionäre. Ursprüngliche Aufgabe der Fed war, bei Finanzkrisen die Privatbanken mit genügend Dollars zu versorgen. Doch schon bald nach ihrer Gründung wurde die Fed kriegsverpflichtet, um ungedecktes "Fiat money" bereitzustellen.

Strong verantwortete mit dem zweiten Fed-Chef William P. G. Harding die zeitweise Abkoppelung vom Goldstandard. Die Fed brachte nach dem Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg "Liberty Bonds" (Kriegsanleihen) unters Volk, was die Inflation anheizte. In den zwanziger Jahren alimentierte die Fed den Börsenrausch - bis die Spekulationsblase am 25. Oktober 1929, dem "Schwarzen Freitag", platzte. Die US-Notenbank erhöhte die Leitzinsen und verknappte so das Geld. Doch dem Tritt auf die finanzielle Bremse folgte Deflation: die Preise fielen, der Kapitalverkehr versiegte. 1931 begann die "Great Depression", Präsident Herbert Hoover installierte 1932 den Bankenrettungsfonds RFC, der mit Fed-Milliarden faule Kredite und Papiere aufkaufte.

**Goldbesitzverbot und finanzielle Repression**

Um den so geschwächten Dollar zu stützen, erließ Franklin D. Roosevelt 1933 die Executive Order 6102 - das berüchtigte Goldbesitzverbot. Alle US-Bürger mußten ihr Gold für 20,67 Dollar pro Unze bei der Fed abliefern. Die neue Goldparität wurde bei 35 Dollar festgelegt. Die Goldbestände der Fed stiegen auf Kosten der Privaten, die bis auf eine Freigrenze von 100 Dollar teilenteignet wurden. Das Goldbesitzverbot wurde erst Ende 1974 aufgehoben.

Trotz des gewonnenen Zweiten Weltkriegs drückten die USA 1945 Staatsschulden von über 115 Prozent der Jahreswirtschaftsleistung (BIP) - eine Quote, die selbst unter Obama noch nicht erreicht wurde. Die Fed drückte die Zinsen unter die Inflationsrate. Die finanzielle Repression zu Lasten der Sparer ließ den Schuldenberg real auf zwei Drittel des BIP abschmelzen. Wirtschaftsaufschwung, Vollbeschäftigung und mit der Inflation steigende Löhne hielten die US-Bürger bei Laune.

Präsident John F. Kennedy unternahm 1963 mit seiner Executive Order 11110 den Versuch, Silber-Dollars parallel zu den formal goldgedeckten Greenbacks zu etablieren. Doch unter seinem Nachfolger Lyndon B. Johnson wurde dies nicht weiterverfolgt. Die einschneidendste Entscheidung traf dann Richard Nixon, der 1971 die Goldbindung aufhob.

Was die Fed in punkto Geldwertstabilität leistete, illustriert ein Blick auf die Preise von "Nathan's", dem berühmten Hot-Dog-Imbiß auf der New Yorker Coney Island: 1916 bekam man für 4,30 Dollar dort 86 Frankfurter. In den sechziger Jahren waren es nur noch zwölf. Im hundertsten Jahr der Fed ist es nur noch ein Würstchen. Dennoch ist der US-Dollar weiter die Weltreserve- und Handelswährung Nummer eins.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2013 im COMPACT-Spezial Nr. 2 über den Libyen-Krieg von März bis Dezember 2011 (x348/60-62): >>**Sex, Lügen und Videos**

*_von Raphael-Maria Grünwald/Andrea Ricci*

Libyen: Im Krieg gegen den "irren Gaddafi-Clan" griff die westliche Propaganda auf bewährte Muster zurück. Ein kleiner Streifzug durch die Bomben-Argumente.

Der Lybien-Krieg war genau drei Tage alt, da meldete sich am 22. März 2011 Joseph ("Joschka") Fischer in der Süddeutschen Zeitung zu Wort. "Westerwelle", so Fischer, habe "den Schwanz eingezogen", als es im UN-Sicherheitsrat zur Abstimmung kam und Deutschland sich der Stimme enthielt. Angeblich seien in Libyen "unmittelbare deutsche und europäische Sicherheitsinteressen" berührt…

Wie sich die Debatte im Nachgang zu Deutschlands Stimmenthaltung in der UNO entwickelte, steht exemplarisch für die das Strickmuster der Kriegslegitimation, das sich im Westen nach dem Zusammenbruch des Ostblocks durchgesetzt hat. An zentraler Stelle steht das "Appeasement- beziehungsweise München-Argument", also der Verweis auf das britische Gewährenlassen der reichsdeutschen Annexion des Sudetenlandes im Münchner Abkommen 1938.

Natürlich funktioniert das Argument dann besonders gut, wenn der jeweilige Schurke gleich zum "Wiedergänger Hitlers" aufgeblasen wird, wie es Hans Magnus Enzensberger 1991 bei Saddam Hussein gemacht hat. Später wurde der Braune Peter an Slobodan Milosevic, Osama bin Laden und Mahmud Ahmadinedschad weitergeschoben.

Ähnlich beliebt sind Zuschreibungen aus der klinischen Psychiatrie. Nach dem "Irren von Bagdad", dem "Irren von Belgrad" und dem "Irren von Pjöngjang" tat sich die Bild-Zeitung mit Schlagzeilen wie "Das ist der irre Gaddafi-Clan" (23.2.2011) oder "Bereitet der irre Despot seine Flucht vor?" (23.3.2011) hervor.

Auch die evangelische Theologin Margot Käßmann bekannte: "Wir müssen die Libyer vor einem irrsinnig gewordenen Diktator schützen." (Zeit, 20.3.2011) Selbst Noch-Bundespräsident Christian Wulff brillierte mit ferndiagnostischen Fähigkeiten: "Gaddafi ist ein Psychopath". (Welt, 25.2.2011)

**Arabischer Frühling**

Der erste NATO-Krieg gegen ein muslimisches Land seit Afghanistan war leicht zu verkaufen, weil der Beschlußfassung in der UNO eine Resolution der Arabischen Liga vorausgegangen war, die ebenfalls die Durchsetzung einer Flugverbotszone gefordert hatte.

Für den flüchtigen Medienkonsumenten mochte es so aussehen, als ob der sogenannte arabische Frühling, der in anderen Ländern der Region wie Tunesien und Ägypten zum Rücktritt altgedienter Despoten geführt hatte, nun auf Libyen übergegriffen habe. Die NATO erschien nicht als Aggressor, sondern als Helfer einer Demokratiebewegung. …

Doch im Unterschied zu den bis dahin gewaltfreien Rebellionen in Kairo und Tunis waren die libyschen Rebellen von Anfang an aggressiv vorgegangen. Bereits im Februar 2011 wurden vielerorts nicht nur Polizeistationen, sondern alle Arten öffentlicher Gebäude niedergebrannt. Besonders empörend: In der Großstadt Al-Baida wurden am "Tag des Zorns" fünfzig als "Söldner" bezeichnete Schwarzafrikaner exekutiert - eine Form rassistischer Gewalt, an der sich die Menschenrechtsfreunde im Westen aber nicht störten. Ende März 2011 meldete die New York Times, daß die CIA die Rebellen bereits "seit Wochen mit verdeckten Aktionen" unterstützte.

Die Rebellen verübten in zahlreichen Fällen Lynchjustiz an Schwarzafrikanern, in ihren Augen "Söldner Gaddafis".

Und: Der Beschluß der Arabischen Liga (AL), mit dem die USA, Frankreich und Großbritannien Druck auf den UN-Sicherheitsrat ausübten, war herbeigetrickst: Wie die Asia Times berichtete, waren von den 22 AL-Vollmitgliedern nur 11 bei der Abstimmung anwesend. Sechs von ihnen waren Mitglieder des Golf-Kooperationsrates (GCC), dem von den USA unterstützten Club von Königreichen oder Scheichtümern: Saudi-Arabien, Bahrain, Kuwait, Qatar, Oman und Vereinigte Arabische Emirate (VAE).

Es war der GCC, der zuerst für eine Flugverbotszone stimmte und mit diesem Votum zur Sitzung der Arabischen Liga marschierte. Saudi-Arabien hatte nur drei weitere Mitglieder zu "verführen", um neun Stimmen zu bekommen. Syrien und Algerien stimmten dagegen. Im Klartext: Von 22 Mitgliedern der Arabischen Liga stimmten nur neun für die Flugverbotszone. Qatar profitiert unmittelbar: Seine zwei Mirages machen bei der Bombardierung Libyens mit, während sich sein Hafen Doha auf die Vermarktung Ost-libyschen Öls vorbereitete.

**Lügen um Bengasi**

Um die westliche Öffentlichkeit auf Krieg einzustimmen, wurde im Februar/März 2011 besonders Bengasi zum Opfersymbol aufgebauscht. Die ostlibysche Stadt war am 20. Februar von den Rebellen erobert worden und wurde in der Folge von Regierungstruppen belagert.

Daniel Cohn-Bendit, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Europaparlament, trommelte: Wenn man "nicht etwas macht, dann wird Gaddafi zum Beispiel zum Einnehmen der Stadt Bengasi bereit sein, zum Beispiel Giftgas anzuwenden".

US-Außenministerin Hillary Clinton sprach später von "einem zweiten Srebrenica an einem Ort namens Bengasi". In einer Ansprache am 1. April 2011 stellte US-Präsident Barack Obama den Krieg als Rettung in letzter Minute dar: "Wir sind eingeschritten, um ein Massaker zu verhindern."

Dabei hatte selbst US-Verteidigungsminister Robert Gates der Greuelpropaganda zunächst widersprochen: "Gates sagte, daß das Pentagon keine Bestätigung dafür habe, daß Revolutionsführer Gaddafi seine Bevölkerung tatsächlich aus der Luft habe beschießen lassen. Er habe das bisher nur Presseberichten entnommen." (FAZ, 3.3.2011) Auch der Bundesregierung lagen "keine detaillierten Informationen über Angriffe der libyschen Luftwaffe auf Zivilisten vor", so ihre Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linken-Politikerin Sevim Dagdelen vom April 2011.

Am 7. März 2011 sendete der russische Fernsehsender Russia Today (RT) eine Reportage aus der angeblich todgeweihten Rebellenhochburg. Die Bilder aus Bengasi zeigten eine Urlauberstadt am Meer, in der Kinder am Strand spielten und die Geschäfte voller Kunden waren. Das Leben auf den Straßen und Plätzen war gelöst, Angst vor Luftangriffen herrschte augenscheinlich nicht.

Allerdings konnten die RT-Reporter beobachten, wie ein Team des qatarischen Senders Al Djazeera auf einer etwas erhöhten Terrasse seine Kamera aufbaute und die Menschen auf dem Platz auffordert, nach vorn zu kommen um Anti-Gaddafi-Parolen zu rufen. Ein Al Djazeera-Mitarbeiter führte wie ein Dirigent Regie, während seine Kameramänner die "Wut" auf den Diktator filmten, die kurz darauf in die Wohnzimmer Europas und Amerikas flimmerten.

Wie dreist die Unkenntnis der westlichen Medienkonsumenten über Libyen von den Medien ausgenutzt wurde, zeigt ein weiteres Beispiel aus Bengasi. Die amerikanische UN-Botschafterin Susan Rice behauptete Ende April 2011, an libysche Regierungstruppen werde Viagra verteilt. Prompt titelte der Kölner "Express": "Gaddafi-Soldaten mit Viagra vollgepumpt". Das Schweizer Boulevard-Blatt Blick setzte noch einen drauf: "Gaddafis Schergen vergewaltigen Frauen und Kinder." Einzige Quelle der ganzen Viagra-Geschichte: ein angeblicher Arzt namens Chalifa al Scharkassi. Wer dieser Scharkassi und wie glaubwürdig er ist, wollte niemand wissen.

Wie fadenscheinig die Behauptung ist, zeigt sich selbst beim flüchtigen Lesen des Blick-Artikels: "In Bengasi, so der Arzt, seien mehr als 100 Frauen von den Soldaten des Regimes vergewaltigt worden - während ihre Männer an der Front kämpften." Gaddafi-Soldaten sollen Massenvergewaltigungen ausgerechnet in Bengasi vorgenommen haben - also der Stadt, die seit Beginn des Bürgerkrieges die wichtigste Hochburg der Rebellen und mittlerweile Sitz ihrer Gegenregierung war?

**Einseitigkeiten**

Ende Mai 2011 kam dann eine neue Beschuldigung von Massenvergewaltigungen, die angeblich libysche Soldaten begangen hätten. Die in Großbritannien ausgebildete Psychologin Seham Sergewa behauptete bei CNN, sie habe 70.000 Fragebögen an Libyer verschickt, davon seien rund 60.000 zurückgeschickt worden und mehr als 200 davon hätten ein Kreuz bei der Frage gemacht, ob sie von Regierungstruppen vergewaltigt oder sexuell mißbraucht worden seien. Luis Moreno Ocampo, Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes ICC in Den Haag, behauptete daraufhin, er habe nun eindeutige Hinweise darauf, daß Gaddafi Massenvergewaltigungen angeordnet habe.
Keine einzige dieser Anschuldigungen konnte durch Fakten gestützt werden - sogar bei Amnesty International reagierte man verwundert. Auch von einem "Genozid" könne nicht die Rede sein, so Amnesty International. Eine offizielle Delegation des UN-Menschenrechtsrats unter Leitung von Cherif Bassiouni - einem der Gründerväter des ICC - ging den Vorwürfen von Massenvergewaltigungen nach. Ohne Erfolg. Er und seine Ermittler konnten keine Beweise für die Anschuldigungen finden. (Frankfurter Rundschau, 11.6.2011)
Typisch auch das Desinteresse der Leitmedien an Berichten über Greueltaten der Rebellen. Immerhin ein Augenzeugenbericht schaffte es am 15. April 2011 in Die Welt. "Vor unseren Augen wurden so viele Menschen erstochen und geköpft." Zum Beweis zeigte der Zeuge ein Video, das er mit seinem Handy aufgenommen hatte. "Darin wird einem am Boden liegenden Mann mit einem langen Messer der Kopf abgeschnitten, was normalerweise nur radikale Islamisten mit ihren Feinden tun. Grausame Bilder, die man kaum ansehen kann."
Aber Die Welt läßt die Leser an ihren Zweifeln teilhaben, "ob das Video tatsächlich aus Misrata stammt, der eine Rebell und der andere ein Soldat der libyschen Armee ist". Diese - journalistisch selbstverständliche - Quellenkritik konnte man allerdings höchst selten bemerken, wenn Videos der Gegenseite über die "Verbrechen Gaddafis" verbreitet wurden.

**"Kollateralschäden"**

Den NATO-Bomben fielen nicht nur viele Zivilisten, sondern in einigen Fällen "versehentlich" sogar Aufständische zum Opfer. Solche "Kollateralschäden" wurden fallweise Gaddafi in die Schuhe geschoben. So meldete die Tagesschau am 27. März 2011: "Die USA werfen dem libyschen Machthaber Muammar Gaddafi die Inszenierung ziviler Opfer vor. Es gebe zahlreiche Geheimdienstberichte, nach denen Gaddafis Truppen von ihnen getötete Menschen an Angriffszielen der westlichen Allianz plaziert hätten, sagte Verteidigungsminister Robert Gates in einem Interview mit dem TV-Sender CBS News."
Anders sah es offensichtlich der Vatikan, der Ende März schwere Vorwürfe gegen die Alliierten erhob, nachdem bei Luftangriffen auf Tripolis mindestens 40 Zivilisten getötet worden waren.
Daß mit einem "Menschenfeind" wie Gaddafi kein Waffenstillstand geschlossen werden sollte, zeigte die rigorose Ablehnung von Vorschlägen, die er oder auch die Afrikanische Union gemacht hatten.
So hatte sich Gaddafi Ende April 2011 an die NATO gewandt und Verhandlungen angeboten. Die Libyer bräuchten, so Gaddafi, die Chance, ihre Konflikte selber zu lösen. Falls der Westen das libysche Öl wolle, könne man mit ihren Ölfirmen Verträge abschließen, betonte er. Die NATO und die Rebellen schmetterte diese Initiative mit dem Hinweis ab, daß man erst über Verhandlungen nachdenken werde, wenn die Regierungstruppen wieder in den Kasernen seien. Auf dem letzten Treffen der Libyen-Kontaktgruppe Anfang Mai forderten die USA schließlich, Verhandlungen mit Gesandten Gaddafis generell abzulehnen.
In der Nacht zum 1. Mai 2011 unterstrich die Allianz mit ihrem Luftangriff auf den von Gaddafi bewohnten Bab-al-Azizyah-Komplex in Tripolis - es war bereits der dritte dieser Art -, was sie von seinen Angeboten wirklich hielt. Bei diesem Angriff wurden einer seiner Söhne und weitere Familienmitglieder getötet. Spätestens hiermit haben Washington, London und

Paris deutlich gemacht, daß ihr Ziel nicht der von der UN-Resolution 1973 geforderte "Schutz der Zivilbevölkerung", sondern der "Regime-Wechsel" war.
Als Gaddafi selbst am 20. Oktober 2012 gefangen genommen wurde, folterten und exekutierten ihn die Rebellen - so der Abschlußbericht von Human Rights Watch zum ersten Jahrestag des Verbrechens. Peter Scholl-Latour behauptet sogar, gestützt auf französische Militärkreise: "Gaddafi ist mit einer Eisenstange gepfählt worden." (Welt, 14.12.2011) Keiner der Schuldigen wurde vor das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag gestellt.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2013 im COMPACT-Spezial Nr. 2 über den Syrischen Bürgerkrieg ab 2011 (x348/63-65): >>**Syrien: Wie alles anfing**
Ein Konflikt in der Beduinenstadt Daraa im Frühjahr 2011 war der Zündfunke, der Syrien in Brand setzte. Obwohl Präsident Assad alle Forderungen der Bewohner erfüllte, begannen ausländische Kämpfer mit dem Schießen.
_ *von Dorothea Schäfer*
Geplant war es schon lange. Angefangen aber hat es in Daraa, einer Stadt mit knapp 100.000 Einwohnern an der Grenze zu Jordanien. Obwohl Daraa eine Beduinenhochburg ist wie Homs und Hama, hat man es anfangs im Westen so dargestellt, als sei es der Beginn einer Studentenrevolte. Das war falsch, denn den Studenten ging es in Daraa wie überall in Syrien durch die Bank gut. Es war ganz anders: Da war eine Gruppe Jugendlicher, fast noch Kinder, die Anfang Februar 2011 verantwortlich zeichneten für eine Aktion, bei der es zu Personen- und Sachschaden kam. Die Fast-noch-Kinder landeten im örtlichen Gefängnis, wo man ihnen ungut mitspielte.
Es waren Tage vergangen, bis die Väter und Onkel und Scheichs einen Termin beim Bürgermeister erreicht hatten. Sie wurden vorstellig und baten: "Gebt uns unsere Söhne und Neffen zurück. Es sind Tage vergangen, sie hatten Strafe genug - und es sind Kinder, einige unter ihnen sind gerade erst sechzehn Jahre." Der Disput ging hin und her.
In dieser Gegend tragen die Beduinen traditionelle Bekleidung: den langen Kaftan und als Kopfbedeckung Kufiya, ein weißes oder farbiges Baumwolltuch, gehalten von einer meist schwarzen Baumwollkordel, dem Aqal. Außer im ganz privaten Umfeld gehört es sich nicht, sich ohne Kopfbedeckung zu zeigen; es wäre nicht ehrenvoll. Die Kopfbedeckung ist ein Symbol für die Ehre, insbesondere die Aqal.
"Gib uns unsere Kinder zurück - sie sind das Kostbarste, das wir haben. Wir ergeben uns Dir - sag, was Du willst. Und als Pfand unserer Unterwerfung geben wir unsere Ehre!", sagten die Väter und Onkel und nahmen - welch ein Schritt! - zum Zeichen, wie ernst es ihnen war, vor dem Bürgermeister ihre Kufiyas und Aqals ab und legten sie auf seinen Schreibtisch. Welch Geste!
**Assad stoppt die Bürokraten**
Und der Bürgermeister? Der machte eine wegwerfende Geste mit dem Arm und fegte seinen Schreibtisch leer: "Weg mit diesem dreckigen Zeug…" und mit einer Handbewegung ließ er den in Kufiyas und Aqals manifestierten Stolz der Beduinen im nächstbesten Papierkorb entsorgen. Nun… daraufhin ging es recht heftig zu. Nicht nur auf dem Bürgermeisteramt - das ganze Städtchen Daraa probte den Aufstand.
Die Kunde drang ziemlich schnell zum Präsidenten, der umgehend reagierte: Die Kinder kamen, wenn auch etwas lädiert (und wie gemunkelt wird, soll wohl auch eines gefehlt haben) umgehend aus dem Gefängnis frei. Der Bürgermeister, wie auch der ebenfalls in die Affäre verwickelte Gouverneur, wurden ihres Amtes enthoben und zur Verantwortung gezogen. Und - geübt im Umgang mit all den Ethnien in seinem Land - schickte der Präsident seine Entschuldigung an die Väter, Onkel und Scheichs, einhergehend mit einer Einladung zum Gespräch im Präsidentenpalast. Ganz im Sinne der Beduinentraditionen hieß es in der präsidialen

Nachricht: "Nur ihr und ich - keiner dazwischen!"
Kaum war die Nachricht überbracht, trafen Reisebusse aus Damaskus ein, und nicht nur die Väter, Onkel und Scheichs nahmen Platz, auch die Schulleitung, die Lehrer und der Vorstand des Jugendfreizeitheims. Der Präsident entschuldigte sich: Es hätte niemals vorkommen dürfen. Und er hörte dem zu, was ihm die Beduinen berichteten, und man diskutierte, was für die jungen Leute getan und was verbessert werden konnte. Es wurde auch erörtert, wie es überhaupt zu den Vorfällen kommen konnte - Graffiti und mutwillige Zerstörung an Gemeinschaftseigentum werden in der Region bei der jungen Generation nicht nur kaum praktiziert, sondern sind eher ziemlich unbekannt.
Zwei- bis dreimal am Tag wurde von vermummten Trupps von den Dächern auf alles, was sich bewegt, gefeuert - Männer, Frauen, Kinder, Katzen, Hunde, Vieh - egal.
Die Spur führte zu einer Lehrerin, die den Jugendlichen ausführlich geschildert hatte, wie es im Westen zugeht und sie zu ihrem Tun ermutigt hatte. Von ihr hatten sie erfahren, daß dies "Revolution" sei. Ein im gegebenen Kontext eher skurril anmutendes Detail, dem man zu jenem Zeitpunkt nicht übermäßig Aufmerksamkeit schenkte - das kam erst später, als ein anderer Zusammenhang da war.
Irgendwann dann ging es im Gespräch um Wiedergutmachung. "Was wollt ihr?", fragte Assad. Das Entrichten von Blutgeld oder ähnlichen Wiedergutmachungen ist in Beduinenkreisen auch heute nichts Ungewöhnliches, sondern eine nützliche und heutzutage zunehmend praktizierte Technik, die Blutrache und ähnliche Dinge vermeiden hilft.
Da war Verschiedenes, das sie sich zum Teil lange schon für ihr Städtchen, für ihre Gemeinschaft, für die Familie gewünscht hatten. Der Präsident sagte: Ja. Und: Ja. Und dann kam ein merkwürdiger Wunsch, der zentrale Wunsch: Man habe aufgrund der Vorfälle derzeit das Vertrauen in die Obrigkeit verloren, man brauche Zeit und Abstand, um dieses wiedergewinnen zu können.
Aus diesem Grund wolle man für einen näher zu bestimmenden Zeitrahmen keine Staatspräsenz, insbesondere keine Polizei mehr in Daraa. Der Präsident war verblüfft: Keine Polizei? Was sei denn bei kleinkriminellen Vorfällen wie Diebstahl, Einbruch, Betrug? - "Wir schützen uns selbst", lautete die Antwort. Und die Regelung des zeitweise nicht unerheblichen Verkehrsaufkommens an zentralen Brennpunkten der City? - "Wir regeln das selbst". Assad zögerte: Für wie lange solle die Regelung denn gelten? Ein paar Wochen nur … Nun gut. Er gewährte auch dies.
Die Väter, Onkel und Scheichs, auch die Schulleitung, die Lehrer und der Vorstand des Jugendfreizeitheims nahmen ihre Plätze in den Bussen wieder ein und fuhren heim. Dort gab es viel zu berichten von der Reise nach Damaskus, und zunächst ließ sich alles erstaunlich gut an: Man organisierte sich selbst und es funktionierte, sogar der Straßenverkehr soll, nachdem die Beduinen die Regelung übernommen hatten, reibungsloser funktioniert haben.

**Ankunft der Terroristen**

Es waren keine zwei Wochen ins Land gegangen, da tauchten Fremde auf in Daraa. Erst einige, dann viele, und immer mehr. Zunächst aus Jordanien und dem Libanon, dann aus Saudi-Arabien und Ägypten. Erst einfach nur Fremde, die sich unter die Bevölkerung mischten: "Ihr seid doch wohl nicht zufrieden, nach all dem, was hier passiert ist! Ihr habt euch mit wenig abspeisen lassen! Schön blöd - reingefallen! Habt euch von der Regierung einwickeln lassen, typisch Beduinen - einfache Gemüter. Wann werdet ihr lernen, euch zu wehren? Laßt euch das doch nicht gefallen. Ihr wart doch mal Krieger - die Herren der Wüste! Und jetzt? Jetzt kuscht ihr!"
Daraa ist ein Grenzstädtchen ganz im Süden. Israel ist nicht weit, es sind nur 50 Kilometer Luftlinie nach Tiberias und 75 nach Nazareth. Nach dem sogar nur 25 Kilometer entfernten Idlib auf der jordanischen Seite ist es lediglich ein Katzensprung, ein schmaler Streifen Wü-

ste, durch den die Grenzlinie verläuft. Wer will sie kontrollieren?
Bald kamen Hunderte und Aberhunderte, darunter ein Trupp jordanischer Krimineller und Outlaws. Die syrische Regierung beschwerte sich, Jordanien entschuldigte sich, aber die Leute blieben. Man hatte ihnen Sold gegeben und sie mit Waffen ausgestattet. Auch einige Militärs aus Nachbarländern. Zwei Generäle recht unterschiedlicher Herkunft und ohne Visum wurden festgenommen. Aus Ägypten kamen Spezialistentrupps, ebenfalls besoldet. Dieselben, die bereits erfolgreich die ersten Anstöße des "Frühlings" in Ägypten losgetreten hatten, ehe im zweiten Schritt dann die Studenten und die Jugend mobilisiert wurden.
Und dann, kurz vor Ostern 2011, ging es los: sinnlose Gewalt, Übergriffe, Schüsse, Bomben. Zwei- bis dreimal am Tag wurde von vermummten Trupps von den Dächern auf alles, was sich bewegt, gefeuert - Männer, Frauen, Kinder, Katzen, Hunde, Vieh - egal. Dann kamen die Panzer. Jürgen Todenhöfer beschreibt in einem seiner Augenzeugenberichte, wie er selbst bei seinen Recherchen in einen solchen Kugelhagel aus dem Hinterhalt geriet. Er schildert auch, wie ihn die Menschen auf der Straße anhielten und ihm Vorwürfe machten, weil auf Druck des Westens die Panzer abgezogen wurden und seither mehrmals täglich wieder das Kreuzfeuer hemmungslos von den Dächern prasselt.

**Scheichs und Agitatoren**

Schon bald breiteten sich die Unruhen in die umliegenden Beduinengebiete aus. Selbst in den Tiefen der Wüste schwanden die Chancen auf Frieden und Glück. Dörfer, die bisher gut zusammengelebt hatten, gerieten in Feindschaft. Ein Beispiel: In einem sunnitischen Dorf gab es Gerede über Waffen in großen Mengen, die in ein alawitisches Dorf in der Nachbarschaft geliefert worden seien. Die betagten Scheichs aus beiden Ortschaften, die ein Leben lang freundschaftliche Beziehungen zwischen ihren Stämmen gepflegt hatten, trafen sich. "Was soll das? Wir hören schlechte Nachricht, daß ihr euch bewaffnet!", sagt der eine. "Ja", sagt der andere, "denn wir wissen, daß es bei euch ebenso ist."
Und auch durch diese entlegenen Gegenden zogen die Trupps der Agitatoren. "Geht nach Homs, geht kämpfen, laßt eure Brüder nicht alleine, gemeinsam werdet ihr siegen!" Immer wieder ziehen sie durch die Dörfer, und immer wieder finden sich junge Leute, die zum einen gern ein bißchen Geld für die Familie annehmen und zudem glauben wollen, was man ihnen erzählt: daß es ehrenvoll sei, für eine gute Sache zu kämpfen, daß es gut sei, den alten Kampfgeist ihrer Vorfahren aufleben zu lassen, daß sie gute Chancen hätten, ins Fernsehen zu kommen - nicht nur in Al Jazeera, sondern sogar ins europäische Fernsehen -, daß sie zum Ruhm ihres Stammes an der neuen Regierung beteiligt sein würden und vor allem, daß die arabischen Landsleute endlich, endlich die Leistung der Beduinen anerkennen würden. …
Was nützt es schon, dagegen zu halten und zu erklären, daß im Westen zwar täglich über Syrien berichtet wird, doch keiner ahnt, was es mit den Beduinen auf sich hat, mit den Agitatoren, mit der im Westen verherrlichten Splittergruppe der Exil-Opposition, die nicht mal einen Plan hat, wie es nach dem Sturz weiter gehen soll. Braucht sie auch nicht - da hilft der Westen dann sicher gerne aus.
Ebenso nutzlos ist es, hierzulande zu hinterfragen, warum die Medien in China und der Sowjetunion so unterschiedlich zu unseren berichten, daß man kaum glauben mag, daß vom selben Land die Rede ist. Wir sind felsenfest davon überzeugt, daß wir die Guten sind und am besten wissen, was gut für jedermann ist. Wir, der Westen, helfen gerne - sei es zum eigenen Vorteil, sei es aus uninformiertem Gutmenschentum. Man nenne nur ein einziges Land in der Region, wo die Folgeschäden dieser "Hilfe" reparabel wären.
_ Dorothea Schäfer bereist das syrische Kernland, so auch Homs, Hama, Daraa und die Umgebung seit vielen Jahren. Berichte ihrer dortigen Freunde haben den obigen Artikel möglich gemacht. - Erstveröffentlichung in COMPACT 9/2012.<<